UNIV. OF
TORONTO
LIBRARY

Geschichte Europas

seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871

Von

Alfred Stern

Achter Band

(Dritte Abteilung. Zweiter Band)

Geschichte Europas von 1848 bis 1871. II

Stuttgart und Berlin 1920
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

Geschichte Europas

von 1848 bis 1871

Von

Alfred Stern

Zweiter Band

191261
2. 10. 24

Stuttgart und Berlin 1920
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

Alle Rechte,
insbesondere das Übersetzungsrecht,
vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis.

I. Frankreich. Die Anfänge des zweiten Kaiserreiches. Napoleon III. Sein Naturell S. 1. Seine Bildung. Sein politisches Programm 2. Heiratspläne. Eugenia de Montijo 3. Ankündigung der Vermählung 22. Januar 1853. Die Hochzeitsfeier 30. Januar. Kaiserin Eugenie 4. Der kaiserliche Hof. Die kaiserliche Verwandtschaft. König Jérôme 5. Prinz Jérôme. Prinzessin Mathilde. Die Nachkommenschaft Lucians Bonaparte. Pierre Bonaparte 6. Lucian und Achille Murat. Walewski. Morny. Persigny 7. Napoleons Alleinherrschaft. Mocquard. Pietri. Conneau 8. Stellung der Minister. Der gesetzgebende Körper 9. Der Senat 10. Der Staatsrat. Baroche. Rouher. Kaiserliche Unverantwortlichkeit und Plebiscit 11.

Ideal und Schwäche des persönlichen Regimentes. Wirtschaftlicher Aufschwung. Eisenbahnen 12. Die einzelnen Bahnnetze 13. Telegraph. Dampfschiffahrt. Crédit mobilier. Grundkreditbank. Fould 14. Gründungen. Mirès. Börsenspiel. Umbau von Paris 15. Haußmann Seinepräfekt 1. Juni 1853 16. Folgen des Umbaus. Wachstum der Städte 17. Das Kaisertum und die Landwirtschaft. Das Kaisertum und die Arbeiterschaft 18. Der kaiserliche Staatssocialismus 19. Seine Mängel. Gesetz über die Schiedssprüche der Prudhommes 1. Juni 1853 20. Gesetz über die Arbeitsbücher 22. Juni 1854. Aufrechthaltung der Koalitionsverbote 21. Socialdemokraten. Proudhon. Republikaner. Die Verbannten. Quinet. Charras. Louis Blanc. Ledru-Rollin u. a. Ribeyrolles. Viktor Hugo 22. Republikaner in Frankreich. Goudchaux, Carnot, Garnier-Pagès u. a. 23. Attentate und Verhaftungen. Delescluze. Pianori. Bellamare 24. Orleanisten. Thiers. Neue Fusionsversuche. Ihr Scheitern. Legitimisten 25. Berryer. Montalembert. Klerikale 26. Plan der Krönung des Kaisers durch den Papst. Sein Scheitern. Unterrichtswesen. Fortoul 27. Unterrichtsgesetz vom 14. Juni 1854. Wachstum der kongreganistischen Schulen 28. Spaltung der Klerikalen. Veuillot. Seine Zeitung „Univers“ 29. Dupanloup. Ermordung des Erzbischofs Sibour 3. Jan. 1857. Knebelung der liberalen Presse 30. Die officiellen und officiösen Zeitungen. Der „Figaro“. Einengung der Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Centralisation. Gemeindegesetz 5. Mai 1856 31. Oppositionelle Regungen in den Salons und in der Akademie. Befestigung des Kaisertums 32.

II. Die Vorgeschichte des Krimkrieges. Wiederaufleben der orientalischen Frage. Die Angelegenheit der heiligen Stätten. Ferman vom 8. Febr. 1852 33. Russische Gegenwirkungen. Versöhnlichkeit Frankreichs 34. Ansprüche des Zaren Nikolaus. Seine Unterhaltungen mit dem englischen Botschafter 35. Zurückhaltung Englands. Rußland und Östreich 36. Die montenegrinische Frage. Einschreiten Östreichs 37. Sendung Leiningens. Sendung Menšikovs. Ministerwechsel in Konstantinopel 38. Menšikovs Forderungen. Verhalten der Westmächte 39. Ankunft Stratford Cannings 5. April 1853. Erledigung der Frage der heiligen Stätten. Zweite Verbalnote Menšikovs. Russisches Ultimatum 5. Mai 40. Türkische Ablehnung 5. Mai. Beschluß des großen Rates 17. Mai. Letzte Verhandlungen 41. Abreise Menšikovs 21. Mai. Letzte russische Mahnung 31. Mai. Türkisches Ausweichen 16. Juni. Die Großmächte. Preußen 42. Östreich. England 43. Frankreich. Manifest des Zaren 26. Juni. Überschreiten des Pruth 2. Juli. Protest des Sultans 44. Die Wiener Konferenzen seit Ende Juni. Die Wiener Note 27. Juli. Änderungsvorschläge in Konstantinopel 45. Nesselrodes Weigerung und Kommentar 7. September. Vorschlag der Einfahrt der westmächtlichen Flotten durch die Dardanellen 22. Sept. Zusammenkunft in Olmütz und Warschau Sept. Okt. 46. Kriegerische Stimmung in Konstantinopel. Türkische Kriegserklärung 4. Okt. Befehl der Einfahrt der westmächtlichen Flotten 15. Oktober 47. Kriegsmanifest des Zaren 1. November.

Seine Enttäuschungen. Beginn der türkisch-russischen Kämpfe. Gereiztheit der Westmächte 48. Haltung Östreichs 49. Wiederaufleben der Wiener Konferenzen. Protokoll und Kollektivnote vom 5. Dec. Seeschlacht bei Sinope 30. Nov. 50. Eindruck in Frankreich. Erregung in England 51. Rücktritt und Wiedereintritt Palmerstons 15. bis 26. Dec. Identische Note der Gesandten in Konstantinopel 15. Dec. 52. Ihre Annahme 31. Dec. Einlaufen der westmächtlichen Flotten ins schwarze Meer 3. Jan. 1854. Starrsinn des Zaren. Weisungen an Brunnow und Kiselev 16. Jan. 53. Schreiben Napoleons an den Zaren 29. Jan. Russische Antwort an die Wiener Konferenz. Forderung bewaffneter Neutralität Östreichs und Preußens 54. Ihre Zurückweisung. Militärische Maßregeln Östreichs 55. Haltung Friedrich Wilhelms IV. Sendung Pourtalès' nach London 56. Die englisch-französische Erwiderung 31. Jan. 1. Febr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Rußlands und der Westmächte 6. Febr. 57. Letzter Schlichtungsversuch Buols. Rüstungen der Westmächte. Stimmung in Frankreich. Kriegseifer in England. Vergebliche Warnungen Cobdens und Brights 58. Parlamentsverhandlungen 59. Ultimatum der Westmächte 27. Febr. Napoleons Rede bei Eröffnung des gesetzgebenden Körpers 2. März Veröffentlichung der Berichte Seymours 18. März 60. Bundesvertrag mit der Türkei 12. März. Entgegengesetzte Stimmungen in Östreich 61. Bruck in Konstantinopel. Hübner in Paris. Gedanken Franz Josefs und Buols 62. Plan einer Konvention der vier Mächte. Fortsetzung der Rüstungen. Parteikampf in Preußen. Die Kamarilla 63. Bismarck. Die Partei des „Preußischen Wochenblattes". Der Prinz von Preußen. Bunsen 64. Seine geheime Denkschrift vom 1. März. Stellung Manteuffels 65. Niederlage der Russengegner in Berlin 66. Verfehlte Mission Hohenzollerns und Gröbens nach Paris und London. Verfehlte Mission Lindheims nach Petersburg 67. Mission Edwin von Manteuffels nach Wien und Heß' nach Berlin. Das Kreditbegehren und die zweite Kammer 68. Wiener Protokoll vom 9. April. Bündnisvertrag der Westmächte 10. April 69. Östreichisch-preußisches Schutz- und Trutzbündnis 20. April 70. Gewinn Östreichs. Unzufriedenheit Bismarcks. Abberufung Bunsens 25. April 71. Entlassung Bonins 5. Mai. Unmut des Prinzen von Preußen. Sein Konflikt mit dem König 72. Uneinigkeit der vier Mächte 73.

III. Der Krimkrieg und der Pariser Kongreß. Mängel der westmächtlichen Rüstung. Landung in Gallipoli 74. Sammlung der Streitkräfte unter Saint-Arnaud. Besetzung des Piräus 26. Mai. Belagerung Silistrias durch Paskevič und Gorčakov 75. Verlegung der westmächtlichen Operationsbasis nach Varna. Haltung Östreichs. Fortsetzung der östreichischen Rüstungen 76. Finanzmaßregeln. Der Vertrag vom 20. April und der deutsche Bund 77. Die Bamberger Note 25. Mai. Ihre Beurteilung in Wien und Berlin. Mission Alvenslebens nach Wien 78. Östreichische Sommation nach Petersburg 3. Juni. Zusammenkunft Franz Josefs und Friedrich Wilhelms IV. in Tetschen 7. Juni 79. Östreichisch-türkischer Vertrag 14. Juni. Gereiztheit des Zaren gegen Östreich. Beantwortung der Sommation 20. Juni 80. Fortdauer der Spannung zwischen Östreich und Rußland. Aufhebung der Belagerung Silistrias 22. Juni 81. Räumung der Donaufürstentümer. Türken und Östreicher in den Donaufürstentümern. Verhandlungen Östreichs und der Westmächte 82. Vereinbarung über die „vier Punkte" 8. August. Das Mindestprogramm des Friedens. Zurückhaltung Preußens 83. Zuwarten Östreichs 84.

Wahl des Kriegsschauplatzes 84. Die Krim. Unglücklicher Feldzug in der Dobrudscha. Feuersbrunst in Varna 10. August 85. Einschiffung nach der Krim. Schlacht an der Alma 20. Sept. Versenkung russischer Schiffe in Sebastopol. Tod Saint-Arnauds 20. Sept. 86. Canrobert Höchstkommandirender. Verteilung der Belagerungstruppen. Verteidigungsanstalten in Sebastopol. Todleben 87. Vergebliches Bombardement 17. bis 19. Oktober. Falsche Siegesnachricht. Schlacht bei Balaklava 25. Oktober 88. Schlacht bei Inkerman 5. Nov. Aufschiebung des Sturmes auf Sebastopol. Abfahrt des Prinzen Napoleon 89. Napoleons Plan einer „Revision der Karte Europas". Barbès' Brief an G. Sand 90. Hoffnungen innerhalb der europäischen Emigration. Kossuth. Klapka u. a. Skeptisches Urteil von Marx und Engels 91. Einschränkung der Pläne Napoleons. Rücksicht auf Östreich. Verhandlungen und Kriegsvorbereitungen. Absicht Buols 92. Sorgen Bismarcks. Buols Erfolge. Östreichische Depesche nach Berlin 9. Nov. Zusatzartikel zum Aprilvertrag 26. Nov. 93. Annahme am Bundestag 9. Dec. Annahme der „Vier Punkte" durch Rußland 28. Nov. Bekämpfung Buols durch Bruck und Heß 94. Rücknahme der Gesamtmobilmachung 21. Nov. Verlegenheit Buols. Bündnisvertrag der Westmächte und Östreichs 2. Dec. 95. Entrüstung des Zaren. Unmut Friedrich Wilhelms IV. 96. Frage des Beitritts

Preußens zum Dreibund. Friedrich Wilhelms IV. Pläne. Missionen Usedoms und Wedells nach London und Paris 97. Erklärung Buols 24. Dec. Erwiderung Manteuffels 5. Januar 1855. Cirkulardepesche Buols 14. Januar 1855 98. Beschluß des Bundestags 8. Febr. Auslegung der „Vier Punkte" in Wien 28. Dec. 1854 99. Bruck, östreichischer Finanzminister 10. März 1855. Scheitern der Mission Usedoms und Wedells 100. Schwierigkeit der Belagerung von Sebastopol. Erregung der öffentlichen Meinung in England 101. Zusammentritt des Parlamentes 12. Dec. 1854. Rücktritt Russells 24. Jan. 1855. Sturz des Ministeriums Aberdeen 30. Januar. Ministerium Palmerston 6. Febr. 102. Austritt der Peeliten 28. Febr. Bericht der Untersuchungskommission 16. Juni. Verbesserungen auf dem Kriegsschauplatz 103. Französische Verstärkungen. Sendung Niels. Napoleons Absicht des Abgangs nach der Krim. Ihre Bekämpfung 104. Englische Wünsche des Gewinns von Bundesgenossen. Spanien. Fruchtlose Verhandlungen. Schweden 105. Nordische Neutralität. Sardinien. Plan Cavours. Widerstand 106. Rücktritt Dabormidas 10. Jan. 1855. Bündnis Sardiniens mit den Westmächten 26. Jan. 107. Ratifikation 10. Febr. 8. März.

Verstimmung des Zaren Nikolaus 108. Russische Niederlage bei Eupatoria 17. Febr. Tod des Zaren 2. März. Manifest Alexanders II. Eröffnung der Wiener Friedenskonferenzen 15. März. Ausschluß Preußens 109. Die Wiener Friedenskonferenzen. Erste Phase 16. März bis 2. April 110. Bombardement Sebastopols 9. April. Wiener Konferenzen. Zweite Phase 17. bis 26. April 111. Vorschlag Buols 112. Billigung durch Drouyn de Lhuys und Russell. Reise des französischen Kaiserpaares nach England 16. bis 21. April. Kriegsrat in London 113. Entlassung Drouyn de Lhuys'. Nachfolge Walewskis 6. Mai. Rücktritt Russells 13. Juli. Letzte Sitzung der Wiener Friedenskonferenzen 4. Juni. Vereinzelung Östreichs 114. Verminderung der östreichischen Rüstung 12. Juni. Gegenbesuch des englischen Herrscherpaares in Paris 18. bis 25. August. Weltausstellung 115. Wachsende Ungeduld der Westmächte. Ruhepause vor Sebastopol 116. Reibungen zwischen Canrobert und Raglan. Pélissier an Stelle Canroberts. Expedition nach dem Asowschen Meer 21. Mai bis 6. Juni 117. Kämpfe bei Sebastopol. Sturmangriff 7. Juni. Mißglückter Angriff 16. Juni 118. Verbleiben Pélissiers. Die Cholera. Tod Raglans 28. Juni und Nachimovs 12. Juli. Schlacht an der Cernaja 16. August 119. Rückzug der Russen. Brief Napoleons an Pélissier 27. August 120. Vorbereitungen des allgemeinen Sturmes. Einnahme des Malakov durch Mac Mahon 8. Sept. 121. Räumung Sebastopols. Versenkung von Schiffen und Zerstörung der Festungswerke. Jubel in Paris und London. Weiterer Kriegsplan Napoleons 122. Einnahme Kinburns 14. Okt. Kämpfe in der Ostsee. Beschießung von Sweaborg 10./11. August. Verhältnis zu Schweden 123. Canroberts Sendung nach Stockholm. Vertrag Schwedens mit den Westmächten. 21. Nov. Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich 124. Die polnische Frage. Reibungen Stratford Cannings und Thouvenels in Konstantinopel 125. Gegensatz bezüglich der Friedensfrage. Russisch-französische Unterhandlungen. Seebach. Morny und Gorčakov 126. Eingreifen Östreichs. Vereinbarung der Präliminarien und des Ultimatums in Wien. Unzufriedenheit der englischen Regierung 127. Beschwichtigungswerk Napoleons. Viktor Emanuel und Cavour in Paris und London 13. Nov. bis 8. Dec. 128. Änderungen des Ultimatums nach Englands Wunsch. Russische Gegenbemühungen. Überreichung des Ultimatums in Petersburg 28. Dec. 129. Fall von Kars 28. Nov. Russische Hoffnungen einer Milderung des Ultimatums 130. Weisung an Gorčakov 5. Jan. 1856. Kronrat in Petersburg 15. Jan. 131. Annahme der Präliminarien 16. Jan. Befriedigung in Paris. Verstimmung in London. Verschärfung der Präliminarien. Wiener Protokoll vom 1. Febr. 132. Paris als Sitz des Friedenskongresses. Frage der Zulassung Preußens. Gedankengang Manteuffels und Bismarcks 133. Eröffnung des Pariser Kongresses 25. Febr. Walewski Präsident. Orlov. Brunnow. Buol 134. Hübner. Ali Pascha. Clarendon und Cowley. Cavour. Sein Schreiben an Walewski 21. Jan. 135. Gruppierung der Kongreßteilnehmer. Russische Ansprüche und Zugeständnisse 136. Frage der Donaufürstentümer. Der Hatti-Humajum vom 21. Febr. 137. Seine Beurteilung auf dem Kongreß. Unterbrechung der Sitzungen 15. bis 18. März. Geburt des kaiserlichen Prinzen 16. März. 138. Einladung Preußens zum Kongreß. Zutritt Manteuffels und Hatzfelds 18. März. Der Friedensvertrag vom 30. März. Türkei 139. Revision des Meerengenvertrags von 1841. Neutralisirung des schwarzen Meeres. Donauschiffahrt. Grenzberichtigung Bessarabiens. Donaufürstentümer 140. Serbien. Grenzberichtigung in Kleinasien. Konventionen betreffend die Meerengen, die Kriegsschiffe im schwarzen Meere, die Alandsinseln. Nachkonferenz 141. Die italienische Frage. Die Sitzung vom 8. April 142. Auftreten Cavours. Clarendons allgemeiner Vorschlag einer Vermittlung vor

Kriegsausbruch 14. April 143. Die Seerechtsdeklaration 16. April 144. Ihre Mängel. Schluß des Kongresses 16. April. Östreichisch-englisch-französischer Schutzvertrag vom 15. April 145. Gewinn des zweiten Kaiserreichs. Ergebnisse des Friedens 146, 147.

IV. Rußland. Regierungsanfänge Alexanders II. Aufhebung der Leibeigenschaft. Zusammenbruch des Regierungssystems Nikolaus' I. Seine Verurteilung 148. Alexander II. Manifest vom 31. März 1856 149. Die Kaiserin-Witwe. Die Zarin Maria. Großfürstin Helene. Großfürsten Michael und Nikolaus. Großfürst Konstantin 150. Die Minister. Entlassung Bibikovs. Lanskoj. Entlassung Kleinmichels. Orlov. Dolgorukij. Suchosanet. Muravjev 151. Rücktritt Nesselrodes. Alexander Gorčakov 152. Freigabe der Auslandsreisen 1856. Gnadenmanifest 7. Sept. (26. August) 153. Polen. Finland. Ostseeprovinzen 154. Zustand der Presse. Milderung der Censur. Alexander Herzens „Glocke" 155. Der Journalismus in Rußland. Die Universitäten 156. Entlassung Narovs 1858. Nachfolger Kovalevskij. Sein Entwurf der Unterrichtsreform. Sein Nachfolger Putjatin 1861. Sonntagsschulen. Zustand der Finanzen 157. Brock. Ukas 1. August/20. Juli 1857. Kniajevič. Anlehen. Reichsbank 1860. Aufhebung der Branntweinpacht 158. Verkehrswesen. Eisenbahnen 159. Eisenbahnkomite 1858. Die Spurweite. Handel. Handelsverträge. Freihändlerische Bestrebungen. Herabsetzung von Zöllen 160. Handwerker- und Fabrikgesetzgebung. Bekämpfung von Reformvorschlägen.

Die Frage der Aufhebung der Leibeigenschaft 161. Hoffnungen der Bauern. Stimmung der Gutsherren. Äußerungen Alexanders II. Bethätigung Lanskojs 162. Denkschrift Levšins. Einsetzung eines geheimen Komites. Seine Eröffnung durch den Zaren 15./3. Januar 163. Levšins zweite Denkschrift 6. Aug./26. Juli. Unzufriedenheit des Zaren. Anträge der litauischen Inventarkommissionen 164. Kaiserliches Reskript 2. Dec./20. Nov. Reskript und ministerielle Erläuterung für das Gouvernement Petersburg. Verhalten des polnischen Adels in den westlichen Gouvernements 165. Verhalten der Mehrheit und Minderheit des großrussischen Adels. Hauptkomite 20./8. Januar 1858 166. Prüfungskommission. Rostovcev. Frage der Landzuteilung. Vorschlag Kavelins 167. Denkschrift Posens. Einwirkung Semenovs. Rostovcevs Briefe an den Zaren 29. August/15. Sept. 1858 168. Vorschläge der Minderheiten adliger Gouvernementskomites. Samarin. Gegenwirkungen Orlovs, Muravjevs u. a. 169. Die Redaktionskommission. Nikolaus Miljutin. Seine Vergangenheit 170. Eröffnung der Redaktionskommission 16. März 1859. Ihr Programm 171. Berufung von Abgeordneten einer Anzahl von Gouvernementskomites. Überwiegen der konservativen Mehrheit. Denkschrift Solovjevs. Einschränkung der Mitwirkung der Abgeordneten 172. Adlige Forderungen und Vorwürfe. Tod Rostovcevs 18./6. Febr. 1860. Panin sein Nachfolger als Präsident der Redaktionskommission 173. Seine reformfeindliche Taktik. Zweite Berufung von Abgeordneten der Gouvernementskomites März 1860. Die Arbeit der Redaktionskommission 174. Ihr Abschluß 22. Okt. 1860. Abänderungen durch das Hauptkomite. Letzte Anstrengungen der Reformgegner. Entscheidung des Reichsrats 175. Unterzeichnung des Befreiungsmanifestes 3. März/9. Febr. 1861. Seine Veröffentlichung 17./5. März. Eindruck in Petersburg und in Moskau. Eindrücke im Lande 176. Aufruhr in Kasan. Hauptinhalt der Reform. Lokale Verordnungen. Befreiung der Apanagebauern 1858 bis 1863 177. Befreiung der Domänenbauern 1861 bis 1866. Die „Friedensvermittler". „Mir" und „Wolost" 178. Durchführung des Befreiungswerkes. Folgen für die Gutsherren. Verschuldung 179. Folgen für die Bauern. Verfürzung des Bauernlandes. Nachteil des „Mir" 180. Wirtschaftliche Fortwirkung der Bauernbefreiung. Umbildung der russischen Volkswirtschaft 181, 182.

V. Das Nationalitätsprinzip im Südosten Europas. Annäherung Frankreichs und Rußlands. Morny Botschafter in Petersburg 183. Gorčakovs Hinneigung zu Frankreich. Schwierigkeiten der Ausführung des Pariser Friedens 184. Russische Ansprüche. Östreichisch-englische Gegenmaßregeln. Verlegenheiten Frankreichs 185. Verhalten Mornys und Walewskis. Politik Napoleons. Verteidigung des englisch-französischen Bündnisses durch Persigny 186. Vorschläge für Schlichtung der Streitfragen. Pariser Konferenz 30. Dec. 1856 bis 6. Jan. 1857. Ihr Ergebnis 187. Englisch-französisches Eingreifen in Neapel. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Okt. 1856 188. Die Westmächte und Griechenland. Räumung des Piräus 27. Febr. 1857. Die Donaufürstentümer 189. Gedanke ihrer Vereinigung. Hoffnungen der nationalen Bojaren. Die Hospodare. Gregor Ghica. Barbu Stirbey. Ernennung Balschs und Alexander Ghicas zu Kaimakamen Juli 1856 190. Die unionistische Partei und Frank-

reich. Konflikte Thouvenels und Stratford Cannings. Prokesch als Bundesgenosse Stratfords 191. Reschid Pascha Großvezir Nov. 1856. Stellung Englands und Rußlands zur Unionsfrage. Berufung der Divans 7. Juni 1857. Der Moniteur-Artikel vom 5. Febr. 192. Besorgnisse Persignys. Tod Balschs 1. März 1857. Ernennung Vogorides' zum Nachfolger 193. Sein Druck auf die Wahlen. Die europäische Kommission in Bukarest. Die Wahlen in der Moldau 19. Juli. Thouvenels Forderung ihrer Kassirung 28. Juli. Zeitweiliger Abbruch der diplomatischen Beziehungen 6. August. Verabschiedung Reschids 194. Drohender Zwiespalt der Westmächte. Warnungen Persignys 195. Napoleons Unterstützung der englischen Allianz. Besuch des französischen Kaiserpaares in Osborne 6. bis 10. August. Halber Ausgleich. Kassirung der Wahlen in der Moldau 23. August 196. Zusammenkunft Napoleons und Alexanders II. in Stuttgart 25. Sept. Verständigung Walewskis und Gortschakows 197. Zusammenkunft Alexanders II. und Franz Josefs in Weimar 1. Okt. Die Wahlen in den Donaufürstentümern 10./26. Sept. Sieg der Unionisten. Die nationalen Programme der Divans 198. Reschid wieder Großvezir Okt. 1857. Beurlaubung und Abrufung Stratfords Dec. 1857./Juli 1858. Tod Reschids 1. Jan. 1858 199. Fermane vom 25. Jan. 1858. Gesamtbericht der europäischen Kommission. Die Pariser Konferenzen 22. Mai bis 19. August 200. Konvention über die Organisation der Donaufürstentümer 19. August. Zwitterzustand. Russische Wünsche 201. Gärung der Rajah. Zurückhaltung Walewskis 202. Ernennung der provisorischen Regierungen in den Donaufürstentümern. Wahlen zu den gesetzgebenden Versammlungen. Wahl Cuzas zum Fürsten in Jassy 17. Jan. 1859 203. Seine Wahl in Bukarest 5. Febr.

Alexander Cuza. Schwierigkeit seiner Stellung 204. Neuer Zusammentritt der Pariser Konferenz 7. April. Bestätigung der Doppelwahl 6. Sept. 1859. Cuzas Bestallung in zwei Fermanen. Seine Reise nach Konstantinopel Okt. 1860 205. Unionsferman 2. Dec. 1860. Cuzas Proklamation 23. Dec. Rumänisches Ministerium Catargi. Hindernisse der Regierung 206. Catargi und seine Gegner. Seine Ermordung 20. Juni 1862. Ministerium Cretzulescu. Bruch Cuzas mit den Konservativen 24. Okt. 1863. Ministerium Cogalniceano 207. Säkularisirung der Klöster 25. Dec. 1863. Parlamentarische Kämpfe. Cuzas Staatsstreich 14. Mai 1864 208. Billigung durch das Plebiscit 26. Mai. Protokoll der Gesandtschaftskonferenz 28. Juni. Verkündigung des Agrargesetzes 24. August 209. Seine Mängel. Reformdekrete. Mängel der Ausführung 210. Montenegro. Protest des Fürsten Danilo gegen die Pforte 31. Mai 1856 211. Seine Reise nach Paris Frühling 1857. Russische Erklärung. Aufstand in der Herzegowina März 1858. Sieg der Montenegriner bei Grahowo 13. Mai 1858 212. Russisch-französische Vermittlung. Protokoll in Konstantinopel 8. Nov. 1858. Reform Danilos 213. Seine Ermordung 13. August 1860. Serbien. Fürst Alexander Karageorgevič und seine Gegner. Seine Demütigung 10. Mai 1858 214. Berufung der Skuptschina 215. Ihr Zusammentritt in Belgrad 12. Dec. 1858. Ihre Beschwerden. Flucht A. Karageorgeviès in die Festung 23. Dec. 1858. Seine Absetzung. Zurückberufung des Miloš Obrenovič. Stellung der Großmächte 216. Abdankung A. Karageorgeviès 3. Jan. 1859. Bestätigung der Wahl Milos'. Sein Einzug in Belgrad 6. Febr. Beseitigung seiner Gegner 217. Türkisch-serbische Rüstungen. Wiederberufung der Skuptschina. Denkschrift vom 7. Mai 1860 218. Tod Milos' 26. Sept. Regierungsantritt seines Sohnes Michael. Investitur 19. Nov. Zusammentritt der Skuptschina 18. August 1861. Ihre Beschlüsse 219. Protest der Pforte. Bombardement Belgrads 17. Juni 1862 229. Konferenz in Konstantinopel 22. Juli. Protokoll vom 8. Sept. Mohammedanischer Fanatismus. Blutbad von Djedda und Damaskus 15. Juni 1858. 9. Juli 1860. Die syrische Expedition. Tod Abdulmedjids 25. Juni 1861. Mißregierung Abdulaziz' 221, 222.

VI. Die Schweiz und der Neuenburgerhandel. — Ausgang der Regierung Friedrich Wilhelms IV. von Preußen. Revision der Bundesverfassung. Arbeit der Revisionskommission 17. Febr. bis 8. April 1848 223. Das amerikanische Vorbild. Beratung der Tagsatzung 15. Mai bis 27. Juni 224. Wiederzusammentritt der Tagsatzung 4. Sept. Verkündung der Annahme der neuen Verfassung 12. Sept. Inhalt der Verfassung. Allgemeine Bestimmungen 225. Bundesbehörden. Nationalrat und Ständerat 226. Bundesrat. Bundesgericht. Revision. Wahlen für die Bundesversammlung. Ihr Zusammentritt 6. Nov. Wahl des Bundesrats 16. Nov. 227. Bern Bundessitz. Ausführung der Verfassung. Postwesen. Zollgesetz. Münzgesetz 228. Telegraph. Eisenbahnen. Alfred Escher. Eisenbahngesetz 28. Juli 1852. Öffentliche Arbeiten 229. Militärwesen. Heimatlose. Frage der eidgenössischen Universität. Polytechnikum. Kappeler und Kern. Berufungen 230.

Das kantonale Verfassungsleben. Sinken des Ansehens Ochsenbeins 231. Der neue Bundesstaat und das Ausland. Die Flüchtlingsfrage. Französische und östreichische Forderungen 232.

Der Kanton Neuenburg und König Friedrich Wilhelm IV. 233. Das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852. Die Neuenburger Royalisten 234. Graf Pourtalès in Berlin. Royalistischer Aufstand 2./3. Sept. 1858 235. Seine Beschwichtigung. 4. Sept. Einleitung des Processes. Stimmung Friedrich Wilhelms IV. Anrufung der Vermittlung der vier Großmächte. Unbefriedigende Antworten 236. Friedrich Wilhelm IV. Schreiben an Napoleon 16. Sept. Seine Antwort 24. Sept. 237. Seine Mahnungen in Bern. Erwiderung des Bundesrates. Verhalten Englands 238. Entgegenkommen des Bundesrates 3. Okt. Bedingungen des Verzichtes des Königs 13. Okt. Englische Mitteilungen in Bern 25. Okt. 239. Napoleons Schreiben an Dufour 24. Okt. Übler Eindruck in Bern. Erwiderung Dufours 30. Okt. 244. Mission Dufours nach Paris 11. bis 22. November. Napoleons Wunsch, die erste Rolle zu spielen 241. Erweiterung der Instruktion Dufours. Scheitern seiner Mission. Französische Note vom 26. Nov. Beschluß des Bundestags 9. Nov. 242. Forderung der Freilassung der Gefangenen in Bern 18. Nov. Erwiderung des Bundesrats 21. Nov. Vertrauliches Schreiben Friedrich Wilhelms IV. an Napoleon 11. Dec. 1856 243. Gleichzeitige kriegerische Drohungen. Thronrede 29. Nov. Beschluß vom 2. Dec. Ansetzung der Mobilmachung auf den 2. Januar 1857. Drohnote Sydows 16. Dec. 1856 244. Rüstung der Schweiz zum Widerstand. Allgemeine Opferwilligkeit. Die Bundesversammlung. Annahme der Anträge des Bundesrates 30. Dec. Wahl Dufours zum General 245. Sein Kriegsplan. Plan einer Kollektivnote der fremden Gesandten 20. Dec. Ihre Vereitelung. Bemühungen zur Erhaltung des Friedens. Östreich. Rußland 246. England. Verschiebung der Mobilmachung. Frankreich. Artikel des Moniteur vom 17. Dec. Einlenken Napoleons. Französisch-englischer Plan der Berufung einer Konferenz 247. Barmanns Bericht in Bern. Instruktion für ihn und Kern. Ihr Empfang durch Napoleon 3. Januar 1857 248. Französische Note vom 5. Januar. Mündliche Berichterstattung Kerns 249. Botschaft des Bundesrates und Berufung der Bundesversammlung. Die Parteien der Bundesversammlung. Annahme der Anträge des Bundesrates 15./16. Januar. Abführung der Gefangenen über die Grenze 250. Friedrich Wilhelms IV. vergebliches Schreiben an die Königin Viktoria 6. Januar 1857. Zweite Mission Kerns nach Paris. Zögerungen in Berlin 251. Walewskis Einladung zu den Konferenzen 9. Febr. Annahme Preußens 15. Febr. Hintergedanken Friedrich Wilhelms IV. 252. Beginn der Konferenzen in Paris. 5. März. Unterbrechung und Formulirung der Bedingungen des Verzichtes in Berlin. Wiederaufnahme der Konferenzen 21. März 253. Gegenvorschläge des Bundesrates 28. März. Vertragsentwurf der vier Großmächte 20. April 254. Bismarcks Rat der Annahme. Annahme durch den Bundesrat 29. April. Halsstarrigkeit Friedrich Wilhelms IV. Seine Unterwerfung. Unterzeichnung des Vertrags 26. Mai 255. Austausch der Ratifikationen 16. Juni. Veröffentlichung des Verzichtes des Königs 19. Juni. Gewinn der Schweiz.

Enttäuschungen Friedrich Wilhelms IV. 256. Proceß Lindenberg. Tod Hinckeldeys im Zweikampf 1. März 1856. Geistesschwäche des Königs. Sein Kummer wegen des Verhaltens Östreichs 257. Sein Verhältnis zu Napoleon III. Gedankengang Bismarcks 258. Seine Unterhaltungen mit Napoleon im Frühling 1857. Seine Ratschläge für Manteuffel 259. Sein Bruch mit Gerlach. Reise Friedrich Wilhelms IV. nach Marienbad und Wien. Leichter Schlaganfall in Pillnitz Juli 1857. Zweiter Schlaganfall in Sanssouci 6. Okt. 260. Frage der Regentschaft oder der Stellvertretung. Stellvertretung des Prinzen Wilhelm für drei Monate 23. Okt. Erste Verlängerung der Stellvertretung für drei Monate 6. Jan. 1858 261. Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm 25. Jan. Einzug in Berlin 9. Febr. 1858. Zweite und dritte Verlängerung der Stellvertretung 9. April 1. Juli 1858. Beratungen des Ministeriums über die Frage der Regentschaft 262. Sträuben der Königin. Entscheidung für die Regentschaft 20. Sept. Ihre Einsetzung 7. Okt. Ihre Übernahme. Entlassung Westphalens 7. Okt. 263. Zusammentritt des Landtags 20. Okt. Anerkennung der Notwendigkeit der Regentschaft 25. Okt. Das Politische Testament Friedrich Wilhelms IV. 264. Vorbehaltslose Eidleistung des Regenten 26. Okt. Entlassung des Ministeriums Manteuffel 6. November 265. Das Ministerium Hohenzollern. Ansprache des Regenten vom 8. November 266, 267.

VII. Die Vorgeschichte des italienischen Krieges. Frankreich. Machtstellung Napoleons III. Wirtschaftliche Krisis 1857 268. Erwachen der politischen Opposition.

Thiers. Die Wahlen 1857 269. Erfolge der Opposition in Paris. Zusammentritt des gesetzgebenden Körpers 28. Nov. Nachwahlen. Die Gruppe der Fünf. Favre. Ollivier. Picard. Darimon. Hénon 270. Die italienische Frage. Rede Cavours 6. Mai 1856 Note Buols 18. Mai 1856 271. Haltung der übrigen italienischen Regierungen. Neapel. Ferdinand II. Die Muratisten 272. Franz Josef in Mailand und Venedig. Amnestie 25. Jan. 1857. Verabschiedung Radetzkys 28. Febr. 1857. Erzherzog Max Generalgouverneur. Demonstration in Turin 273. Österreichische Beschwerden. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Sardiniens und Österreichs. Sardinische Kriegsvorbereitungen. Gutes Verhältnis zu Frankreich und Rußland 274. Übergang von Republikanern zu Cavour. Manin 275. Pallavicino. Fürstin Belgiojoso. La Cecilia. G. und E. Visconti-Venosta. La Farina. Der italienische Nationalverein 276. Seine Ausbreitung. Beitritt Garibaldis 277. Vicepräsident. Gegnerschaft Mazzinis. Komplotte im Königreich beider Sicilien 278. Das Unternehmen Pisacanes. Sein Scheitern 30. Juni 1857. Mazzinis Aufstandsversuche in Genua 279. Sein Scheitern 30. Juni 1857. Cavour gegen Mazzini. Angriffe gegen Rattazzi 280. Neuwahlen 15. Nov. 1857. Austritt Rattazzis 13. Jan. 1858. Attentat Tibaldis auf Napoleon 8. August 1857 281. Orsini. Seine Abwendung von Mazzini 282. Seine Verbindung mit Bernard. Pieri, Rudio, Gomez. Ankunft der Verschwörer in Paris. Das Bombenattentat vom 14. Januar 1858. Rettung des Kaiserpaares 283. Verhaftung der Verschwörer. Eröffnung des gesetzgebenden Körpers 18. Jan. Ankündigung von Ausnahmegesetzen 284. Unterdrückung von zwei Zeitungen. Fünf Militärkommandos 27. Jan. Sicherheitsgesetz 1. Febr. Regentschaftsanordnung 7. Febr. Entlassung Billaults. Espinasse Minister des Inneren 7. Febr. 285. Amendements zum Sicherheitsgesetz. Seine Annahme 19./25. Febr. Verhaftungen und Deportationen. Anklagen gegen England 286. Militärische Adressen. Bedenken Persignys 287. Verschwörungs-Bill. Schwächung des Ministeriums Palmerston. Erste Lesung der Verschwörungs-Bill 9. Febr. 1858 288. Umschlag der Stimmung in England. Amendement Milner Gibsons. Niederlage und Sturz des Ministeriums Palmerston 19. Febr. 289. Das Ministerium Derby 1. März. Schwierige Lage Persignys 290. Malmesburys Antwort auf Walewskis Depesche 4. März. Replik Walewskis 11. März. Taktlosigkeit Persignys. Seine Abberufung. Pélissier sein Nachfolger. Freisprechung Bernards 17. April 291. Besuch des englischen Herrscherpaares in Cherbourg 4.—6. August. Französischer Druck auf Belgien, die Schweiz, Sardinien. Beschwerden in Turin. Mission della Roccas nach Paris 292. Verhalten Viktor Emanuels und Cavours. Desorestas Gesetzvorschläge 293. Ihre Annahme 29. April 1858. Aufhören des Erscheinens der „Italia del Popolo". Der Prozeß Orsinis und seiner Genossen 25.—26. Febr. Jules Favres Verteidigung 294. Orsinis erster Brief an Napoleon. Hinrichtung Orsinis und Pieris 13. März. Orsinis zweiter Brief an Napoleon 11. März. 295. Seine Veröffentlichung in der „Gazzetta Piemontese" 31. März. Napoleons persönliche Politik 296. Abschwächung der französischen Ausnahmegesetze. Ersetzung Espinasses durch Delangle. Prinz Napoleon Minister für Algier und die Kolonieen 24. Juni. Cavours Einladung durch Napoleon 297. Ihre Zusammenkunft in Plombières 20. Juli. Ihre Verabredung des Kampfes gegen Österreich 298. Cavour in Baden-Baden. Seine Rückkehr nach Turin 30. Juli. Kriegsvorbereitungen. Mitwirkung La Farinas 299. Einvernehmen mit Garibaldi. Angriffe der französischen Presse gegen Österreich. Verstellung Napoleons 300. Frage nach der Haltung Rußlands. Prinz Napoleon in Warschau 28. Sept. La Ronciere le Noury in Petersburg. Frage nach der Haltung Preußens. Mission Pepolis nach Berlin 301. Frage nach der Haltung Englands. Besorgnis der Regierung. Abmahnungen in Paris. Französisch-piemontesisches Bündnis 10. Dec. 302. Befürchtungen Hübners.

Napoleons Neujahrsansprache 1. Jan. 1859 303. Ihr Eindruck auf die öffentliche Meinung. Versuch der Abschwächung. Viktor Emanuels Rede 10. Januar 304. Gesetz über Ausdehnung der Nationalgarde. Militärische Maßregeln Österreichs. Prinz Napoleons Werbung um die Prinzessin Klothilde. Französisch-sardinische Militärkonvention 18. Januar. Der Ehevertrag 29. Januar 305. Die Brochüre „Napoleon III. und Italien". Fortdauer der österreichischen Rüstungen. Süddeutsche Sympathiebezeugungen. Standpunkt Bismarcks 306. Standpunkt des Prinzregenten. Friedensbemühungen der englischen Regierung. Erinnerung an die Heiligkeit der Verträge von 1815 307. Friedensstimmung in Frankreich. Napoleons Thronrede 7. Februar 308. Schlechter Eindruck. Vermittlungsmission Cowleys nach Wien 27. Febr. bis 10. März. Ihre ungünstigen Aussichten. Unruhen in Mailand 22. Febr. 309. Thätigkeit Cavours und La Farinas. Die Alpenjäger. Garibaldi in Turin 2. März. War-

nungen Mazzinis. Finanzielle Nöte und Rüstungen Östreichs 310. Cowleys Verhandlungen in Wien. Friedlicher Artikel des Moniteur 5. März. Entlassung des Prinzen Napoleon als Kolonialminister 7. März 311. Rückkehr Cowleys nach Paris 16. März. Rußlands Kongreßvorschlag. Zusage Frankreichs. Zusage Englands und Preußens. Bedingte Zustimmung Östreichs 21. März. Cavour in Paris 25. bis 30. März. Seine Sorgen 312. Napoleons Kriegswille. Frage der Abrüstung. Cavours Antwort 17. April 313. Östreichische Forderungen. Vermittlungsvorschlag Malmesburys. Cavours Befürchtungen und Beruhigung 314. Unversöhnlichkeit Östreichs. Mission des Erzherzogs Albrecht nach Berlin 11. bis 19. April. Beschluß des Ultimatums in Wien. Verurteilung des Schrittes durch England, Preußen, Rußland 315. Freude Cavours. Bewilligung der Diktatur für Viktor Emanuel 23. April. Überreichung des östreichischen Ultimatums in Turin 23. April 316. Seine Zurückweisung 26. April. Letzter vergeblicher englischer Vermittlungsversuch 25. April. Bewilligung des gesetzgebenden Körpers in Paris 26. April 317. Enthaltung der Gruppe der „Fünf". Spannung in Turin. Manifest Franz Josefs 28. April 318. Manifest Viktor Emanuels 29. April. Proklamation Napoleons 3. Mai 319, 320.

VIII. Der italienische Krieg von 1859 und seine nächsten Folgen. Vereinzelung Östreichs. Die großdeutsche Partei. Die kleindeutsche Partei 321. Die deutsche Demokratie und Socialdemokratie. Haltung Preußens. Schleinitz. Usedom. Bonin. Hohenzollern 322. Der Prinzregent. Marschbereitschaft des Bundesheeres 23. April. Kriegsbereitschaft des preußischen Heeres. Neutrale Haltung Englands. Haltung Rußlands. Mobilisirung von vier Armeekorps 323. Entlassung Buols 4. Mai. Sein Nachfolger Rechberg 21. Mai. Tod Metternichs 11. Juni. Östreichs Finanzschwierigkeiten. Verzweifelte Maßregeln Bruck's. Vorübergehende Barzahlung der Bank 324. Mißerfolg des englischen Anlehens. Wiedereinstellung der Barzahlungen der Bank. Stimmung der Bevölkerung. Ungarn. Französische Verhandlungen mit Klapka und Kossuth 325. Kossuth bei Napoleon 5. Mai 1859 326. Mängel des östreichischen Heerwesens. Gyulai Höchstkommandirender. Kuhn Generalstabschef. Durchkreuzung seiner Pläne 327. Verspäteter östreichischer Angriff. Vorrücken auf der Turiner Straße 5. Mai. Verteidigungsstellung bei Mortara 12. Mai 328. Das französische Heer. Ankunft der Spitzen in Susa 29. April. Sammlung um Alessandria und Casale. Erhebung von Massa und Carrara 27./28. April. Parmas 1. Mai. Rückkehr der Herzogin 2. Mai. Toscana. Demokraten und Liberale 329. Leopolds II. Wunsch der Neutralität. Kundgebungen in Florenz 26./27. April. Verspätete Nachgiebigkeit Leopolds II. 330. Abreise der großherzoglichen Familie 27. April. Provisorische Regierung 27. April. Boncompagni Kommissär Viktor Emanuels. Sein Ministerium 8. Mai. Französischer Ministerwechsel 4. Mai 331. Napoleons Abreise nach Italien 10. Mai. Landung in Italien 12. Mai. Ungewisse Angriffspläne. Gefecht bei Montebello 20. Mai 332. Französischer Flankenmarsch. Gefecht bei Palestro 30./31. Mai 333. Garibaldi und die Alpenjäger. Einrücken in Biella 18. Mai und in Varese 23. Mai. Gegenaktion Urbans. Gefecht bei Varese 26. Mai 334. Abberufung Urbans 1. Juni. Expedition des Prinzen Napoleon nach Toscana. Landung in Livorno 23. Mai. Kuhns Angriffsplan 335. Gyulais Schwanken. Rückzug hinter den Tessin. Nachrücken des französisch-piemontesischen Heeres. Schlacht bei Magenta 4. Juni 336. Verzicht der Östreicher auf Fortsetzung des Kampfes. Rückzug hinter die Adda. Einzug Napoleons und Viktor Emanuels in Mailand 337. Proklamationen Napoleons. Garibaldi in Bergamo 8. Juni. Einzug in Brescia 338. Gefecht bei Treponte 15. Juni. Garibaldi im Veltlin. Flucht des Herzogs von Modena 11. Juni. Farini Gouverneur Viktor Emanuels in Modena. Flucht der Herzogin von Parma 339. Abzug der Östreicher aus Bologna 12. Juni. Provisorische Regierung der Romagna. Bewegung in den Marken und Umbrien. Gemetzel in Perugia 20. Juni. Aufstand der Schweizer Truppen in Neapel 7. Juli. Unterwerfung der Marken und Umbriens 340. Massimo d'Azeglio Kommissär Viktor Emanuels in der Romagna. Abzug des Armeekorps des Prinzen Napoleon aus Toscana. Übereinkunft der toscanischen Minister mit Boncampagni 12. Juni. Einspruch Napoleons 341. Königreich beider Sizilien. Neutralitätserklärung 28. April 1859. Tod Ferdinands II. 22. Mai. Franz II. Rückkehr der westmächtlichen Gesandten 342. Ministerium Filangieri 12. Juni. Mission Salmours nach Neapel. Ihr Scheitern 343. Verhalten Preußens. Anerbieten bewaffneter Vermittlung in Wien. Mission Willisens. Forderung eines Vertrags durch Rechberg. Mobilmachung von sechs preußischen Armeekorps 14. Juni 344. Drohungen Rußlands. England. Niederlage Derbys 1. April. Auflösung des Parlaments 23. April 345. Verständigung von Whigs und Radikalen. Mißtrauensvotum 10. Juni. Rück-

tritt des Ministeriums Derby. Ministerium Palmerston. Wiederaufnahme der kriegerischen Operationen. Franz Josef Oberfeldherr. Heß Generalstabschef 346. Zweiteilung des östreichischen Heeres. Stellung des französisch-piemontesischen Heeres. Schwankende Pläne Franz Josefs. Schlacht bei Solferino 24. Juni 347. Niederlage der Östreicher auf dem linken Flügel und im Centrum 348. Benedeks Widerstand bei San Martino 349. Sein notgedrungener Abmarsch. Beiderseitige Verluste. Stimmung Napoleons. Seine Beweggründe zur Beendigung des Krieges 350. Preußischer Vermittlungsantrag in London und Petersburg 24. Juni. Mobilmachung des ganzen preußischen Heeres und Anträge in Frankfurt. Russische Mahnungen. Persignys Vorschläge in London 351. Ihre Zurückweisung. Napoleons Entschluß unmittelbarer Verhandlung mit Franz Josef. Scheinbare Vorbereitungen zur Fortsetzung des Kampfes. Die ungarische Legion. Kossuth im französischen Hauptquartier 3. Juli 352. Fleurys Mission zu Franz Josef 6. Juli. Waffenstillstand 8. Juli 353. Cavours Ankunft im Hauptquartier 10. Juli. Napoleons Verwerfung eines Telegrammes Persignys 354. Seine Zusammenkunft mit Franz Josef in Villafranca 11. Juli. Der Präliminarfriede. Beweggründe Franz Josefs zu seinem Abschluß 355. Befriedigung Napoleons. Erbitterung und Rücktritt Cavours 356. Seine Rückkehr nach Turin. Proklamation Viktor Emanuels 14. Juli. Napoleons Zusammenkunft mit Cavour in Turin. Ministerium Lamarmora 10. Juli 357.

Eindruck des Friedens von Villafranca. Befriedigung Rußlands. Enttäuschung Preußens. Urteil Bismarcks. Enttäuschung Englands 358. Französische Urteile. Napoleons Ansprache beim Empfang der großen Staatskörper 19. Juli. Amnestiedekret 16. August 359. Verlegenheiten Napoleons. Mittelitalien. Volksabstimmungen. Modena. Farini. Parma. Manfredi. Romagna 360. Cipriani. Toscana. Ricasoli 361. Abgeordnetenversammlung in Florenz 11. April. Beschluß der Annexion an Piemont 20. August. Militärische Liga Toscanas, Modenas, Parmas, der Romagna. Scheitern des Planes einer italienischen Konföderation. Widerstand und Klagen Pius' IX. 362. Napoleons Plan eines europäischen Kongresses. Zurückweisung durch England. Vereinigung der Friedensbevollmächtigten in Zürich 8. August. Stocken ihrer Verhandlungen 363. Mazzini in Florenz. Garibaldi Kommandant der toscanischen Division. Fanti Oberbefehlshaber der mittelitalienischen Militär-Liga. Garibaldi zweiter Befehlshaber 364. Areses Mission zu Napoleon. Ihr Ergebnis. Empfang der toscanischen Deputation in Turin 3. Sept. 365. Warnungsartikel des Moniteur 9. Sept. Empfang einer Abordnung aus Modena und Parma in Turin 15. Sept. Beschluß der Annexion in Bologna 7. Sept. Deputation der Romagnolen in Monza 24. Sept. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rom und Turin 1. Okt. 366. Ansprache des Erzbischofs von Bordeaux an Napoleon und dessen Erwiderung 11. Okt. Empfang von Deputationen Toscanas und Parmas durch Napoleon. Plan der Regentschaft Carignans in Mittelitalien 367. Dabormidas Mission nach Paris. Napoleons Brief an Viktor Emanuel 20. Okt. Erwiderung Viktor Emanuels. Mazzinis offener Brief an Viktor Emanuel 20. Sept. 368. Seine Entfernung nach Lugano und London. Fantis kriegerische Weisungen für Garibaldi 19. Okt. Garibaldi in Turin. Wahl Carignans zum Regenten Toscanas 9. Nov. Seine Wahl in Modena, Parma, Romagna 369. Rücktritt Ciprianis. Farini Gouverneur der „Emilia". Napoleons Einspruch gegen Carignans Regentschaft 9. Nov. Beratung in Turin 370. Boncompagni Generalgouverneur Mittelitaliens. Garibaldis Verhandlung mit Farini. Grenzüberschreitung durch Garibaldis Vorhut 12. Nov. Gegenbefehl Fantis. Garibaldis Konflikt mit Farini und Fanti. Seine Unterredung mit Viktor Emanuel 17. Nov. und sein Rücktritt 371. Der Friede von Zürich 10. Nov. 1859. Rundschreiben Walewskis. Protest Dabormidas 372. Die Stellung der Mächte zur Kongreßfrage. Östreich. Preußen. Rußland. England. Stimmung der englischen Regierung und Volkskreise 373. Einladung zum Kongreß 21. Nov. Cavours Ernennung zum ersten sardinischen Bevollmächtigten 374. Die Broschüre „Der Papst und der Kongreß". Geteilte Aufnahme der Schrift. Entrüstung der Klerikalen 375. Empörung des Vatikans. Schreiben Napoleons an Pius IX. 31. Dec. 1859. Antwort Pius' IX. 8. Jan. 1860. Encyklika vom 19. Jan. Unterdrückung des „Univers" 30. Jan. Scheitern des Kongresses. Schwenkung der Politik Napoleons 376. Entlassung Walewskis 4. Jan. Sein Nachfolger Trouvenel. Schwäche des Ministeriums Rattazzi. Annäherung Rattazzis an die äußerste Linke 377. Intrigue gegen Cavour. Vorschiebung Garibaldis. Sein Präsidium der „Gesellschaft der bewaffneten Nation" 378. Ihre Auflösung 4. Jan. 1860. Plan einer Mission Cavours nach Paris und London. Rücktritt des Ministeriums Rattazzi 16. Jan. 1860. Das neue Ministerium Cavour 20. Jan. Günstiger Eindruck. Schwierigkeiten 379. Cavours Rundschreiben vom 27. Jan.

Anschluß an England. Russells vier Vorschläge 15. Jan. Ihre Aufnahme durch Napoleon 380. Sendung Nigras und Arefes nach Paris. Febr. Die Frage der Abtretung Savoyens und Nizzas. Rechbergs Note vom 17. Febr. 381. Napoleons Entscheidung. Festigkeit Cavours. Scheitern des Versuchs einer Verständigung mit Pius IX. Plan der Plebiscite in Mittelitalien 382. Thouvenels Depesche nach Turin 24. Febr. Rücktritt Boncompagnis 2. März. Die Plebiscite für Annexion 11./12. März. Die Wahlen 25. März. Eröffnung des nationalen Parlamentes 2. April 383. Napoleons Thronrede vom 1. März. Ankündigung der Forderung der Annexion von Savoyen und Nizza. Entrüstung in England. Mißtrauen gegen Frankreich 384. Zurückhaltung Östreichs. Hilfeleistung Rußlands. Besorgnisse Preußens. Die Schweiz 385. Die Frage der Neutralität Nordsavoyens. Protest des Bundesrats 15. März. Note vom 19. März 386. Französisch-sardinischer Vertrag vom 12. März. Benedettis Mission nach Turin. Unterzeichnung des Vertrags 24. März. Proklamation Viktor Emanuels 387. Interpellation Garibaldis wegen Nizzas 12. April. Sein Austritt aus der Kammer 23. April. Vorbereitung der Volksabstimmung. Ihr Ergebnis für die Annexion in Nizza 15. April, in Savoyen 22. April. Einzug Viktor Emanuels in Florenz 16. April 388. Sein Empfang in Bologna. Cavours Versuche einer Grenzberichtigung. Seine Verkündigung des Vertrags in der Kammer 26. Mai. Bestätigung 29. Mai/10. Juni. Französisches Senatskonsult 12. Juni. Aufregung in der Schweiz 389. Vollmachten des Bundesrats 4. April. Vergebliche Forderung einer Konferenz 5. April. Letzter Protest des Bundesrates 390.

IX. Östreich nach dem italienischen Krieg. Oktoberdiplom und Februarverfassung. Zusammenbruch des alten Regierungssystems. Reformvorschläge Bruck. Das Laxenburger Manifest 15. Juli 1859 391. Entlassung Kempens und Bachs. Ihre Ersetzung durch Hübner und Goluchowski. Entlassung Toggenburgs. Thuns Protestantenpatent 1. Sept. 1859 392. Austritt Hübners 22. Okt. Entlassung Grünnes 22. Okt. Berufung von Kommissionen. Ermäßigung der Ausnahmegesetze für die Juden. Gewerbegesetz 20. Dec. 1859 393. Patent vom 5. März 1860. Verstärkter Reichsrat. Verhaftung Cynattens. Sein Selbstmord 8. März 1860 394. Sorgen Bruck. Sein Verhör 20. März. Sein Selbstmord 23. April 395. Seine Ehrenrettung durch Plener. Stellung Ungarns zum verstärkten Reichsrat. Deak. Selbstmord Szechenyis. Abberufung des Erzherzogs Albrecht als Statthalter Ungarns. Benedek sein Nachfolger 396. Vereinigung der Verwaltung in Ofen 19. April 1860. Zurücknahme des Protestantenpatentes 15. Mai. Eintritt altkonservativer Ungarn in den verstärkten Reichsrat. Fernbleiben der Venetianer. Eröffnung des verstärkten Reichsrates 31. Mai 397. Charakter der Versammlung 398. Bündnis der konservativen Ungarn und der Feudalaristokratie des Westens. Szecsen und Clam-Martinitz. Schwerer Stand der Minister. Wahl eines Ausschusses 3. Juni 399. Zugeständnisse der Regierung 19. Juli. Pleners Berichte über die Finanzlage 9./15. August. Bericht des Ausschusses 10. Sept. Majoritäts- und Minoritätsgutachten 400. Debatte. Maagers Forderung einer „Konstitution". Annahme des Majoritätsgutachtens 27. Sept. Unzufriedenheit in Ungarn 401. Einfluß Szecsens. Beratungen in Wien. Das Oktoberdiplom 20. Okt. 1860 402. Erfolg des Föderalismus. Herstellung der ungarischen und siebenbürgischen Hofkanzlei, der Komitatsverfassungen u. s. w. Bay ungarischer Hofkanzler. Benedeks Versetzung nach Mailand 403. Goluchowski „Staatsminister". Verabschiedung Thuns und Nadasdys. Degenfeld Kriegsminister. Verschiedenartiger Eindruck des Oktoberdiploms. Die Landesstatute 30. Okt. bis 13. Nov. Ungünstige Aufnahme 404. Tumulte in Pest. Deaks und Eötvös' Forderung der Herstellung der Verfassung von 1848. Zusammentritt der Generalkongregationen 405. Wachsen des Widerstandes. Unhaltbarkeit der Stellung Goluchowskis. Schmerling. Seine Ernennung zum Staatsminister 13. Dec. 406. Sein Programm verfaßt von Perthaler 23. Dec. Freudige Aufnahme durch das deutsche Bürgertum. Wirkungslosigkeit in Ungarn 407. Deaks und Eötvös' vergebliche Audienz 27. Dec. Versagen der Versöhnungsmittel. Reskript gegen die Komitate 16. Jan. 1861. Ihr Widerstand. Fruchtlose Konferenz vom 14. Febr. Wachsende Ungeduld im Westen. Änderung des Ministeriums. Erzherzog Rainer. Pratobevera. Lasser. Wickenburg. Beratung einer Verfassungsurkunde 409. Das Patent vom 26. Febr. 1861. Sein Inhalt 410. Gesamt-Reichsrat und engerer Reichsrat. Die Landesordnungen. Wiederherstellung des Staatsrates 411. Beurteilung des Februarpatentes. Zurückhaltung Bays. Verwerfung durch Deak.

Beifällige Aufnahme durch die Deutschen 412. Die Wiener Stadterweiterung. Geistiger Aufschwung in Wien. Zeitungen 413. „Presse". „Neue Freie Presse".

„Ostdeutsche Post". „Vaterland". „Österreichische Zeitung". „Botschafter". Die „Concordia". Wahlversammlungen 414. Popularität Schmerlings. Protestantenpatent für die Eilande und Venedig 8./9. April 415. Schmerlings Optimismus. Die Frage der Union Siebenbürgens. Ministerkrisis und ihre Ausgleichung 29. März bis 2. April. Oppositionelle Wahlen zum ungarischen Reichstag. Seine Eröffnung 4. April 416. Die nationale Partei in Kroatien. Landtag in Agram 15. April. Die deutsch-slawischen Landtage. Welsche und Nordtiroler 417. Czechen und Deutsche. Das „Böhmische Staatsrecht". Polen und Ruthenen 418. Wahlenthaltung in Venetien. Eröffnung des Reichsrats 1. Mai 1861 419. Das Herrenhaus. Das Abgeordnetenhaus. Das Centrum. Die Rechte. Die Linke 420. Die „deutschen Autonomisten". Adresse des Episkopates 6. Mai 421. Adreßdebatten. Vorstöße der Föderalisten. Beschwerden. Heiße Wortkämpfe. Zeitweiliger Austritt der Rechten 26. Juli 422. Ungarn. Selbstmord Telekis 8. Mai. Debatte der „Adreßpartei" und der „Beschlußpartei". Annahme der Adresse Deaks 5. Juni. Ministerkonferenzen in Wien 423. Entlassung Bays und Szecsens 18. Juli. Ihre Ersetzung durch Forgach und Moriz Esterhazy 424. Kaiserliches Antwortreskript 21. Juli. Zweite von Deak verfaßte Adresse 8. August. Entgegennahme 14. August. Auflösung und Protest des Pester Reichstags 21. August 425. Ernennung Palffys zum Statthalter 5. Nov. Vertagung des kroatischen Landtags 12. Nov. Zuversicht Schmerlings. Zustimmungsadressen des Reichsrates 30. August/3. Sept. 426. Frage der Budgetbehandlung. Erklärungen Pleners 427. Seine Vorschläge 5. Febr. 1862. Enthaltung der Czechen und Polen. Kritik der Finanzvorschläge. Vorlage und Kritik des Budgets für 1863. Genehmigung des Finanzgesetzes für 1862 2. Nov. 428. Beendigung der Beratung des Budgets für 1863 13. Dec. Die Bankfrage. Pleners Übereinkommen mit der Bank. Kritik desselben durch Herbst. Zustandekommen der Bankakte 29. Dec. 1862 429. Gesetz über Staatsschuldenkontrolle 13. Dec. Andere Gegenstände der Beratungen. Mühlfelds Entwurf eines Religionsediktes. Frage der Ministerverantwortlichkeit. Richtlinien des Gemeindewesens 5. März. Habeas-Corpus-Akte und Preßgesetz Okt. Schluß der Reichsratssession 16. Dec. 1862 431. Bedenkliche Aussichten des Werkes Schmerlings. Abnahme seiner Anhängerschaft 431. Drohende Rivalität Preußens 432.

X. Deutschland. Die neue Aera in Preußen und ihr Ende. Die „Neue Aera" in Preußen. Die Wahlen 433. Niederlage der früheren Mehrheit. Altliberale Mehrheit. Vincke. Forckenbeck. Hoverbeck. Thronrede 12. Jan. 1859. Präsidium Schwerins 434. Annahme des Ehegesetzes im Abgeordnetenhaus 13. April. Schwerin Minister des Inneren 3. Juli. Roon Kriegsminister 5. Dec. 435. Enttäuschungen der auswärtigen Politik. Wiederbelebung des nationalen Gedankens. Versammlungen in Eisenach und Hannover 17./19. Juli 1859 436. Versammlung in Eisenach 14. August. Stiftung des „Deutschen Nationalvereins" in Frankfurt a. M. 15./16. Sept. Koburg Sitz des Vereins. Herzog Ernst von Koburg 437. Hinderung der Ausbreitung des Nationalvereins. Rudolf von Bennigsen 438. Streit. Rochau. Brater. Miquel. Reyscher. Metz. Schulze-Delitzsch. Unruh u. s. w. 439. Feier des hundertsten Geburtstags Schillers 10. Nov. 1859. Schützen-, Turner-, Sängerfeste. Ausschußsitzung des Nationalvereins in Berlin März 1860. Erklärung wegen Savoyens 13. März 440. Erklärung gegen Borries 6. Mai. Erste Generalversammlung des Nationalvereins 3. bis 5. Sept. 1860 441. Debatte über das Verhältnis zur italienischen Einheitsbewegung. Bennigsens Antwort an La Farina 442. Nachteil des deutschen Nationalvereins im Vergleich zu dem italienischen. Verhältnis zur preußischen Regierung 443. Der Prinzregent und die Frage einer Reform der deutschen Wehrverfassung. Die Würzburger Konferenzen der Mittelstaaten. Ablehnung der preußischen Vorschläge durch die Militärkommission des Bundestags 2. Mai 1860. Der Verfassungskampf in Kurhessen 444. Eintreten Preußens für die Verfassung von 1831. Beschluß des Bundestags 24. März 1860. Kurhessische Wahlen unter Vorbehalt. Auflösung der Kammer 8. Dec. 1860. Die schleswig-holsteinische Frage. Die dänische Gesamtverfassung 28. Juli 1854 445. Die neue Gesamtverfassung 2. Okt. 1855. Schädigung der Herzogtümer. Anrufung des Bundestags Okt. 1857. Erwägung Bismarcks 446. Beschluß der Bundesversammlung 11. Febr. 1858. Dänisches Ministerium Hall 13. Mai 1857. Beantwortung des Bundestagsbeschlusses. Erklärung vom 15. Juli 1858. Drohung der Bundesexekution 12. August 447. Patente Friedrichs VII. vom 6. Nov. 1858. Sistirung des Exekutionsverfahrens 23. Dec. Zweischneidigkeit der Novemberpatente. Erklärung des Bundestags 8. März 1860 448. Willkürliche Veröffentlichung des dänischen Staatsbudgets 3. Juli 1860. Preußisch-dänischer Notenwechsel. Nachlassen der Reaktion in Sachsen und Baiern. Entlassung Pfordtens

26. März. Ministerium Schrenck 9. April 1859 449. Baden. Erbprinz und Großherzog Friedrich. Angriffe gegen das Konkordat. Entlassung Stengels und Meysenbugs 2. April 1860. Ministerium Lamey-Stabel 450. Proklamation vom 7. April 1860. Freudige Aufnahme. Kirchenpolitische Gesetze. Eintritt Roggenbachs ins Ministerium 2. Mai 1861. Gesetzgeberische Reformen 451. Zusammenkunft Napoleons und des Prinzregenten in Baden-Baden 16./17. Mai 1860. Teilnahme anderer deutscher Fürsten. Nachspiel der Zusammenkunft 452. Ansprache des Prinzregenten an die Fürsten. Erwiderung des Königs von Würtemberg 453. Verhandlung des Königs von Baiern mit dem Prinzregenten. Annäherungsschritte in Wien. Zusammenkunft des Prinzregenten und Franz Josefs in Teplitz 26. Juli 1860 454. Warschauer Zusammenkunft 22. bis 26. Okt. 1860. Napoleons italienisches Programm 455. Enttäuschungen der inneren Politik Preußens. Wahl Waldecks. Austritt Simons' 14. Dec. 1860. Tod Friedrich Wilhelms IV. 2. Januar 1861.

König Wilhelm I. 456. Änderung seiner Beurteilung. Sein politischer Standpunkt 457. Seine Proklamation vom 7. Jan. 1861. Thronrede 14. Jan. Pairsschub 7. Mai. Annahme der Grundsteuervorlage. Adreßdebatte der Abgeordneten. Bildung der Fraktion „Junglitauen" 2. März 1861 458. Bildung der deutschen Fortschrittspartei 9. Juni. Ihr Programm. Schwierige Lage des Ministeriums. Die Frage der Erbhuldigung 459. Entscheidung für die Krönung. Attentat Beckers 14. Juli. Bismarck beim König in Baden-Baden. Sein Zukunftsprogramm. Denkschrift Roggenbachs 460. Beratungen in Ostende. Frage des Verhältnisses Preußens zu Frankreich. Gegenbesuch König Wilhelms in Compiègne 11./12. Okt. 461. Die Krönung in Königsberg 18. Okt. Bernstorff Minister des Auswärtigen 10. Okt. Sein Programm eines deutschen Bundesstaates. Hoffnungen Bennigsens und Roggenbachs 462. Beusts Vorschlag einer Bundesreform 15. Okt. 1861 463. Allgemeiner Widerspruch. Antwort Österreichs 5. Nov. Antwort Preußens 20. Dec. Österreichische Entrüstung. Mission Blomes. Die identischen Noten vom 2. Febr. 1862 464. Haltung Bernstorffs. Preußische Erwiderungsnote 14. Febr. Preußisches Rundschreiben 21. Febr. Die preußische Heeresverfassung 465. Ihre Mängel. Prinz Wilhelm und die Frage der Heeresreform. Vorschläge Clausewitz' Febr. 1858. Denkschrift Roons Febr. 1858. Prüfung im Kriegsministerium Febr. 1859. Bonins Bedenken gegen Roon. Thatsächlicher Beginn der Neugestaltung Sommer 1859. Plan des Kriegsministeriums 30. Aug. 1859 467. Verschärfung durch den Regenten. Entlassung Bonins 28. Nov. 1859. Roon sein Nachfolger 5. Dec. 468. Die Wehrvorlage vor dem Landtag. Kommissionsberatung unter Vorsitz Vinckes. Beanstandung der Kosten und der Zurückdrängung der Landwehr 469. Forderung der zweijährigen Dienstzeit. Festhalten des Prinzregenten an der dreijährigen Dienstzeit. Seine Gereiztheit 470. Vergebliche Warnungen. Der Kommissionsbericht. Zurückziehung des Entwurfes 5. Mai 1860. Mißverständnisse. Das „Provisorium" 471. Bewilligung von 9 Millionen Thalern 15. Mai. Schluß des Landtags 23. Mai. Thronrede König Wilhelms 14. Jan. 1861 472. Verhandlungen im Abgeordnetenhaus. Nochmalige Bewilligung im Extraordinarium. Resolution Vincke. Schluß des Landtags 5. Juni. Roons Untergrabung des Ministeriums 473. Beeinflussung König Wilhelms. Urlaub und Erkrankung Hohenzollerns 474. Allgemeine Neuwahlen 6. Dec. 1861. Großer Sieg der Fortschrittspartei. Zerfall der Fraktion Vincke. Präsident Grabow. Kritik vorgelegter Gesetzentwürfe. Novelle zum Dienstpflichtgesetz von 1814 475. Zustimmung des Herrenhauses 1. Febr. Kommissionsberatung der Abgeordneten. Plan der Auflösung. Antrag Hagen in der Budgetkommission 476. Wiederholung im Plenum 3. März. Annahme. Auflösung des Abgeordnetenhauses 11. März. Hohenlohe-Ingelsingen Ministerpräsident. Einreichung von Programmen der ministeriellen Mehrheit und Minderheit 477. Rücktritt der altliberalen Mehrheit 17. März.

Das neue Ministerium Hohenlohe 18. Mai. Heydt. Roon. Bernstorff. Jagow. Lippe. Mühler. Itzenplitz. Holzbrinck. Druck auf die Wahlen 478. Finanzielle Versprechungen. Ihre Bedeutungslosigkeit für die Wahlen 479. Unversöhnlichkeit der Gegensätze. Bürgertum und Junkertum. Schwere Wahlniederlage der Regierung. 6. Mai. Eröffnung des Landtags 19. Mai 480. Präsidialrede Grabows. Zerfall seiner Fraktion. Adreßdebatte und Annahme der Adresse 7. Juni. Antwort des Königs. Erste Verhandlungen 481. Die kurhessische Frage. Österreichisch-preußischer Antrag am Bundestag 8. März. Bedingte Ausschreibung der kurhessischen Wahlen 3. Mai. Antrag ihrer Sistirung 10. Mai. Sendung Willisens nach Kassel. Beschlußfassung in Frankfurt 13. Mai. Preußische Drohungen 482. Forderung der Wiederherstellung der Verfassung von 1831 24. Mai. Unterwerfung des Kurfürsten 22. Juni. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Drohung und Verschiebung der Bundesexe-

lution 12. Aug. 1861. Orla Lehmann Minister 15. Sept. Verhandlungen zwischen Dänemark und den deutschen Großmächten. Okt. 483. Ausweichende Erklärung Halls 12. März 1862. Eiderdänische Thaten und Hoffnungen. Preußische und österreichische Depeschen 22./26. Aug. Handelspolitischer Gegensatz Östreichs und Preußens. 484. Preußisch-französische Verhandlungen. Östreichische Denkschrift 15. Okt. 1861. Abschluß des preußisch-französischen Handelsvertrages 29. März 1862 485. Protest Östreichs 7. Mai. Annahme des Vertrags in den sächsischen Kammern 14./24. Juni. Östreichs Vorschlag eines Präliminarvertrags. Annahme des Vertrags in den preußischen Kammern 25. Juli 1. August 486. Frage der Anerkennung des Königreichs Italien. Ihre Vollziehung durch Preußen 21. Juli. Die preußische Militärfrage 487. Unnachgiebigkeit des Königs in Sachen der zweijährigen Dienstzeit. Die Wehrvereine. Das Frankfurter Schützenfest 12.—22. Juli 1862. Beschuldigung und Rechtfertigung des Herzogs von Koburg 488. Beschlüsse der Bundeskommission 22. August. Die Theorie der „Verfassungslücke". Bericht des Ministeriums an den König 9. Sept. Gedankengang Roons 489. Seine Rechnung auf Bismarcks Bundesgenossenschaft. Widerstreben des Königs. Bismarck Gesandter in Paris 21. Mai. Sein Urlaub 17. Juli 490. Beginn der Verhandlungen im Plenum 11. Sept. Starrheit der Regierung. Streichung des ersten Postens 16. Sept. Unerwartetes Entgegenkommen Roons 17. Sept. Die Frage der „Kompensationen" 491. Annäherungsversuche Vinckes und Max Duncker. Nochmaliger Zusammentritt der Budgetkommission. Ministerconseil 492. Roons Zurücknahme seiner Erklärung 18. Sept. Ablehnung der Ausgaben für die Heeresorganisation im Ordinarium 23. Sept. Vermittlungsversuch des Kronprinzen 18. bis 20. Sept. Abdankungsurkunde. Abschiedsgesuch Bernstorffs, Heydts, Holzbrincks. Bismarcks Herbeirufung durch Roon 493. Mahnung zur Eile 18. Sept. Bismarcks Ankunft in Berlin 20. Sept. Roon in Babelsberg 21. Sept. Besprechung des Königs und Bismarcks 22. Sept. 494. Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten 23. Sept. (8. Okt.) 495.

XI. Hauptströmungen des geistigen Lebens. Politische und Geistesgeschichte. Realistische Anschauung 496. Schöne Litteratur. Deutschland. Gustav Freytag. Die Journalisten 1852. Soll und Haben 1855 497. Die verlorene Handschrift 1864. Otto Ludwig. Dramen. Erbförster 1849 498. Heiterethei 1854. Zwischen Himmel und Erde 1855. Hebbel. Nibelungen 1861. Gutzkow 499. Die Ritter vom Geist 1850 bis 1852. Der Zauberer von Rom 1858 bis 1861. Auerbach. Auf der Höhe 1865 500. Spielhagen. Problematische Naturen. Die von Hohenstein. In Reih und Glied 1860 bis 1866. Der Münchener Dichterkreis. Geibel. Paul Heyse. Novellen 1855 501. Hans Lange. Kolberg 1866. 1868. Scheffel. Der Trompeter von Säckingen 1854. Ekkehard 1855 502. Gaudeamus 1867. Gottfried Keller. Gedichte 1826. 1851. Der grüne Heinrich 1851 bis 1855 503. Die Leute von Seldwyla I. 1850. Fritz Reuter 504. Läuschen und Rimels 1853. De Reis' nah Belligen 1855. Kein Hüsung 1857. Ut de Franzosentid 1860. Ut mine Festungstid 1862. Ut mine Stromtid 1862 bis 1864 505. England. Kingsley. Gischt 1848 (in Buchform 1850). Alton Locke 1851. Hypatia. Westward Ho 1853. 1855 506. Dickens. David Copperfield 1850. Spätere Romane 1854 bis 1865. Thackeray 507. Barry Lyndon. Eitelkeitsmarkt 1848. Pendennis 1850 508. Henry Esmond 1852. Die Newcomes 1853 bis 1855. Die Virginier 1858 bis 1859. Charlotte Brontë. Jane Eyre 1847 509. Shirley, Villette 1849. 1853. George Eliot 510. Scenen aus dem geistlichen Leben 1858. Adam Bede 1859. Die Mühle am Fluß 1860. Silas Marner 1861. Romola 1863. Felix Holt 1866 511. Meredith. Lyrik. Elisabeth und Robert Browning 512. Rossetti. Ruskin. Tennyson. In Memoriam 1850. Königsidyllen 1859 ff. 513. Enoch Arden 1864. Frankreich. Die Sittenkomödie. Der jüngere Dumas 514. Die Kameliendame 1849. Die Halbwelt 1856. Der uneheliche Sohn 1858. Der Frauenfreund 1861. Augier 515. Der Schwiegersohn des Herrn Poirier 1854. Der goldene Gürtel 1856. Die armen Löwinnen 1858. Folgende Komödien 1861 bis 1869. Das Vaudeville. Meilhac und Halévy. Offenbach 516. Baudelaire. Viktor Hugo. Betrachtungen 1856. Legende der Jahrhunderte 1859 517. Die Elenden 1862. Die Arbeiter des Meeres 1866. George Sand 518. Dramen. Der Schneemann 1859. Flaubert 519. Madame Bovary 1857 520. Salambbo 1852. Rußland. Gogolj. Gončarov. Oblomov 1859 521. Der Absturz. Saltykov-Ščedrin. Gouvernements-Skizzen 1856 ff. Satiren. Unschuldige Geschichten 1863. Zeichen der Zeit. Briefe aus der Provinz 1869. Nekrasov Gedichte 522. Pisemskij. Tausend Seelen 1858. Das aufgeregte Meer 1863. Černičevskij. Was thun? 1863. Dramen. Ostrovskij. Turgenev. Tagebuch eines Jägers 1852 523. Rudin 1855. Ein adliges Nest 1858. Väter und Söhne 1862 524. Rauch 1867. Tol-

stoj 525. Kindheit, Knabenalter, Jünglingsjahre 1852 ff. Novellen. Krieg und Frieden 1865 bis 1868 526. Anna Karenina. Dostoevskij. Erste Novellen 1846 ff. 527. Memoiren aus dem toten Hause 1862. Schuld und Sühne 1866 528. Der Idiot 1868.

Wissenschaftliche Litteratur. Deutschland. Erfolge der Philosophie Schopenhauers († 20. Sept. 1860) 529. Einfluß auf Richard Wagner. Geschichtswissenschaft. Jakob Burckhardt. Die Kultur der Renaissance 1860. Ranke. Französische Geschichte 1852 bis 1861. Englische 1859 bis 1868 530. Gervinus. Geschichte des 19. Jahrhunderts 1855 bis 1866. „Kleindeutsche" Historiker. Droysen. Das Leben Yorcks 1851 ff. Geschichte der preußischen Politik 1855 ff. 531. Sybel. Geschichte der Revolutionszeit 1853 ff. 532. Sein Streit mit Ficker. Die deutsche Nation und das Kaiserreich. Häußer 533. Deutsche Geschichte 1854 ff. Die Preußischen Jahrbücher 534. Treitschke. Historisch-politische Aufsätze 1864 ff. Mommsen. Römische Geschichte 1854 bis 1856 535. England. Macaulay. Geschichte Englands 1849 bis 1861 537. Grote. Geschichte Griechenlands 1846 bis 1856 538. John Stuart Mill. Buckle. Geschichte der Civilisation in England 1857 bis 1861 539. Carlyle. Geschichte Friedrichs des Großen 1858 bis 1865 540. Froude. Geschichte Englands u. s. w. 1856 bis 1870. Frankreich. Thiers. Geschichte des Konsulates und des Kaiserreiches 1845 bis 1862. Charras. Quinet. Lanfrey. Geschichte Napoleons 1867 ff. 541. Michelet. Louis Blanc. Quinet. Tocqueville. Das Ancien Régime und die Revolution 1856 542. Jules Simon. Die Freiheit 1859. Vacherot. Die Demokratie 1859. Laboulaye. Geschichte der Vereinigten Staaten 1855 ff. 543. Einfluß Comtes. Der Positivismus. Taine 544. Frühere Arbeiten. Geschichte der englischen Litteratur 1863 ff. 545. Taines Einfluß auf die studirende Jugend. Renan. Vergleichende Geschichte der semitischen Sprachen 1855 546. Leben Jesu 1863. Geschichte der Ursprünge des Christentums und des Volkes Israel 547. Die Zukunft der Wissenschaft 1848 (1890). Die Naturwissenschaften 548. Der Darwinismus 549.

Anhang.

I. **Schreiben des Kaisers Franz Josef von Östreich an den Sultan Abdulmedjid. Wien 22. Januar 1853** . . . . . S. 553. 554.
(Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien.)

II. **Bericht Persignys an Napoleon III. London 19. Oktober 1855** . S. 554. 555.
(Archives du Ministère des Affaires Etrangères. Paris.
Kopie im Besitz des Eidgenössischen Archivs Bern.)

III. **Auszug aus dem Bericht Persignys an Walewski. London 18. September 1855** . . . . . S. 555. 556
(Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris.
Kopie Eidgen. Archiv Bern.)

IV. **Auszug aus dem Bericht Persignys an Walewski. London 20. Juli 1857** . . . . . S. 556.
(Archives du Ministère des Affaires Etrangères. Paris.
Kopie Eidgen. Archiv Bern.)

V. **Schreiben des Generals Dufour an den Bundespräsidenten Stämpfli. Genf 30. November 1856** . . . . . S. 557.
(Eidgenössisches Archiv Bern.)

VI. **Schreiben Napoleons III. an Friedrich Wilhelm IV. Paris 3. December 1856** . . . . . S. 557. 558.
(Königl. Haus-Archiv Charlottenburg.)

VII. **Aus den Berichten des Erzherzogs Albrecht während seiner Mission nach Berlin an den Kaiser Franz Josef 13. bis 14. April 1859** . S. 558—563.
(Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien.)

Berichtigungen und Zusätze . . . . . S. 564.

I.

Frankreich.

Die Anfänge des zweiten Kaiserreiches.

Mit der Errichtung des zweiten napoleonischen Kaiserreiches trat der Mann auf den Vordergrund der politischen Bühne Europas, der seinen Zeitgenossen in vieler Hinsicht als eine problematische Natur erschien, und der auch den Nachgeborenen noch manches Rätsel zu lösen läßt. Ein Rätsel von unübertrefflicher weltgeschichtlicher Ironie barg schon der Ursprung seines Aufstiegs zur Macht. Er, der alles dem Namen des großen Kaisers verdankte, der als dessen Neffe zum Präsidenten der Republik gewählt und zu ihrem Totengräber geworden war, hätte nach schwer anfechtbarer Meinung gar keinen Tropfen bonapartischen Blutes in sich gehabt. Der Sohn der Königin Hortense und des holländischen Admirals Verhuell wäre im besten Fall ein betrogener Betrüger gewesen. Gewiß ist, daß sein Äußeres und seine ganze Art, sich zu geben, allem, was man von napoleonischer Familie kannte, sehr unähnlich war. Das gewöhnlich matte, halbverschleierte Auge, die Unbeweglichkeit seiner Gesichtszüge und eine gewisse Schwerfälligkeit mündlicher Ausdrucksweise, die zu ausgesprochener journalistischer Begabung im Gegensatz stand, deuteten auf angeborenes Phlegma hin. Er pflegte, seine Zigarette rauchend und seinen Schnurrbart drehend, geduldig zuzuhören und Einwürfe höflich aufzunehmen. Nichts lag ihm ferner, als nach der Weise des korsischen Cäsaren durch einen Sturm sich überstürzender Fragen und Unterbrechungen zu überraschen oder durch hitzige Diskussion sich Luft zu machen. Aber hinter dieser Maske schlaffer Indolenz verbarg sich jene Zähigkeit des Willens, die schon dem Knaben aus dem Munde der Mutter das Beiwort des „sanften Starrkopfes“ eingetragen hatte (s. V. 264). Im Privatleben äußerte sich das starre Festhalten vorgefaßter Meinungen und nachwirkender Gefühle auf verschiedene Weise. „Der Kaiser, durfte Cavour einmal von ihm sagen, verzeiht nie eine Beleidigung, so wie er nie einen geleisteten Dienst vergißt.“ Doch überwiegen die Zeugnisse verschwenderischer Dankbarkeit und weichmütiger

Napoleon III.

Sein Naturell.

Erinnerung an alte Beziehungen, namentlich auf dem Gebiet des Weiblichen. Sie verleihen Napoleons III. Charakterbild Züge der Liebenswürdigkeit, durch die er überhaupt im ungezwungenen persönlichen Verkehr zu gewinnen wußte.

Dem Staatsmann und Herrscher hatte auf seiner abenteuerlichen Laufbahn der unerschütterliche Glaube an seinen Stern zur Stählung des Willens und zur Schärfung des Urteils gedient. Indessen bemerkte Tocqueville, der ihn zu beobachten als Minister die beste Gelegenheit hatte, ein „starkes Auf- und Abschwanken in seinen Plänen" und eine „kleine Ader von Narrheit in der Strömung seines gesunden Menschenverstandes". Auch konnten ihm die Lücken seiner Kenntnisse und das Unzusammenhängende seiner Bildung nicht entgehen. Die Quellen, aus denen Napoleon diese geschöpft hatte, waren vornehmlich Druckwerke aller Art, mit Einschluß socialistischer Abhandlungen, die er während der Jahre erzwungener Muße im Gefängnis zu Ham verschlang, und der Anblick des englischen Volkslebens, das er trotz seines Umgangs mit zweideutigen Gestalten der höheren Gesellschaftsschicht, wie mit dem vertriebenen Herzog Karl von Braunschweig, zu studieren nicht versäumte. Dazu kamen militärische, insonderheit artilleristische Specialkenntnisse, die er, an sich eine unkriegerische Natur, als Schüler Dufours sich angeeignet hatte. Je weniger er sich, von kurzen Zeiträumen abgesehen, an strenge, regelrechte Arbeit und Pflichterfüllung gewöhnt hatte, desto mehr hatte sich der Hang zu stillem Brüten und zu phantastischer Träumerei in ihm entwickeln können.

Seine Bildung

Das politische Programm, das er sich dabei formte, war in allgemeinen Umrissen schon in seiner dem Jahre 1839 angehörigen Schrift „Die Napoleonischen Gedanken" (s. V. 407) zu finden gewesen. Seitdem hatte es noch bestimmtere Gestalt in seiner Seele gewonnen. Für Frankreich schwebte ihm eine reichen Segen spendende, über die Interessen einer Klasse erhabene, den Bedürfnissen der Neuzeit angepaßte Regierung vor Augen, deren nur dem Volk verantwortlicher Inhaber, mit Geringschätzung der parlamentarischen Maschinerie, allen Ruhm auf sein Haupt häufen sollte. Doch verkannte er nicht die Notwendigkeit des Besitzes gefügiger Diener, die im Fall des Mißlingens für ihn in die Bresche zu treten bereit wären. Auch schrak er, von Haus aus sanftmütig, aber ein Mann, dem Eidbruch und Blutvergießen den Weg zum Thron gebahnt hatten, unter Umständen vor der Anwendung gewaltsamer Mittel zur Bekämpfung unversöhnlicher Gegner nicht zurück. Für Europa nahm er Herstellung einer „soliden Gemeinschaft" auf neuen Grundlagen in Aussicht. Sein Freund Malmesbury hörte ihn im März 1849 bei einem Aufenthalt in Paris sagen, Europa bedürfe durchaus einer „Änderung der Verträge von 1815". Er deutete auf die Möglichkeit der Berufung

Sein politisches Programm.

eines Kongresses und auf die Wünschbarkeit einer Verständigung Frankreichs und Englands, das etwa seine Hand auf Aegypten legen dürfe. Hauptpunkte einer künftigen Revision der Karte Europas, wie sie sich in seinem Kopfe malte, waren: Befreiung des von Rußland unterdrückten Polen, Zurückdrängung der östreichischen Macht in Italien zu Gunsten Piemonts, Vergrößerung Preußens in Norddeutschland, Belohnung Frankreichs für die edelmütige Beschützung fremder nationaler Bestrebungen durch Verbesserung seiner Grenzen. In der Verbannung aufgewachsen, Zögling des Augsburger Gymnasiums, als Verschwörer und Prätendent in Italien, in der Schweiz, in Amerika, in England umhergetrieben, mit den Sprachen und dem Leben anderer Völker vertraut, fühlte er sich weniger als Franzose denn als Kosmopolit. Er schwärmte für die eingebildete Mission, Frankreichs Machtmittel zur Verwirklichung moderner, die Völker beglückender Ideen verwerten zu können, freilich mit dem Hintergedanken, daß dabei für sein eigenes Volk ein Gewinn abfallen möge. So war dieser Mann beschaffen, der während der Dauer eines halben Menschenalters mehr als ein anderer zum Orakel der europäischen Politik wurde: eine sonderbare Mischung von Sentimentalität und Härte, von Zutraulichkeit und Verstellung, von Sinnlichkeit und Ideologie, scharfsichtig und träumerisch zugleich, Spieler und Verschwörer aus Neigung und Gewohnheit auch auf dem Kaiserthron, Despot halb und halb wider Willen allen seinen humanitären Antrieben zum Trotz.

Heiratspläne.

Schon in dem Bericht über das Senatskonsult, das die Wiederherstellung des Kaisertums forderte, war der Hoffnung Ausdruck gelichen, daß sich in Bälde neben dem Herrscher eine Gemahlin auf dem Thron niederlassen und ihm seines großen Namens würdige Sprößlinge schenken werde. Das kaiserliche Dekret vom 18. December 1852, das die Erbfolge regelte, hatte diese Hoffnung bestätigt. Eine zeitlang waren Napoleons Blicke auf Enkelinnen seiner Verwandten, der verwitweten Großherzogin von Baden, Stephanie, gerichtet gewesen. Die Verbindung mit der einen oder anderen, einer Prinzessin von Hohenzollern oder einer Prinzessin Wasa, hätte ihn, wenn auch nicht in den Kreis regierender so doch fürstlicher Familien eingeführt. Allein hier wie dort fand seine Bewerbung kein Entgegenkommen. Ebenso aussichtslos waren Bemühungen Mornys und Walewskis, des französischen Botschafters in London, ihrem Herrn die Hand der Prinzessin Adelheid von Hohenlohe, einer Nichte der Königin Viktoria, zu verschaffen. Inzwischen aber hatte er selbst schon seine Wahl getroffen. Seit einigen Monaten zeichnete er eine junge schöne Spanierin auffällig aus, die mit ihrer verwitweten Mutter unter den eingeladenen Gästen bei den Festen in St. Cloud, bei den Jagden in Compiègne, bei den Bällen in den Tuilerien erschien. Es war die Gräfin Eugenia de Montijo,

Eugenia de Montijo.

deren Vater, ein spanischer Grande, ruhmvoll unter den Fahnen Napoleons I. gekämpft und sich mit einer schottischen Adligen aus der den Stuarts treugebliebenen katholischen Familie der Kirkpatrik vermählt hatte. Die junge Spanierin nahm die Huldigungen des von ihr Bezauberten mit Zurückhaltung auf. Ihre Sprödigkeit und der Widerspruch der Mehrzahl seiner Minister und Vertrauten, denen die Erkorene ihrer Herkunft nach des französischen Kaiserthrones nicht würdig erschien, reizten ihn um so mehr. Mitte Januar verlautete mit Bestimmtheit, daß die Heirat fest beschlossen sei. Vorher war es nötig gewesen, die englische Geliebte, Miß Howard, die dem Prinzen nach Frankreich gefolgt war und die ihre vermeintlichen älteren Rechte einer unfürstlichen Braut aufzuopfern sich sträubte, zur Entfernung und zum Verzicht zu bewegen. Für ihre Treue in den Tagen, da sie einen Teil der Kosten der Präsidentenkandidatur bestritten hatte (s. VII. 57), und für die Ergebenheit, die sie durch ihre Entsagung bewies, wurde sie reich belohnt.

Ankündigung der Vermählung 22. Januar 1853.

Am 22. Januar kündigte der Kaiser im Thronsaal der Tuilerien dem Bureau des Senates und des gesetzgebenden Körpers sowie dem Staatsrat seine bevorstehende Heirat an. Die Rede, die er bei dieser Gelegenheit hielt, mit der scharfen Wendung gegen „die Überlieferungen der alten Politik“ und mit der unzarten Anspielung auf die einstige Verbindung des Herzogs von Orléans „mit einer Prinzessin zweiten Ranges und anderen Glaubens“ war sichtlich darauf berechnet, durch den vorherrschenden demokratischen Ton das Volk mit seiner Heirat auszusöhnen. Indessen glaubten ausländische Beobachter, wie der Österreicher Hübner, zu bemerken, daß „sich die am meisten für Gleichheit schwärmende Nation durch die nicht ebenbürtige Eheverbindung des Kaisers erniedrigt fühle“.

Die Hochzeitsfeier 30. Januar 1853.

Selbst bei der prunkvollen Hochzeitsfeier in der Kathedrale Notre Dame am 30. Januar während der Hin- und Zurückfahrt der kaiserlichen Wagen verhielt das nach hunderttausenden zählende Publikum sich ziemlich kühl. Doch nahm die Ablehnung eines Diamantenschmuckes, den der Pariser Gemeinderat der Kaiserin zum Geschenk machen wollte, und die Verwendung der Summe zur Gründung einer Erziehungsanstalt unbemittelter Mädchen für sie ein. Bald verstummten die Stimmen der Mißgunst in dem Chor der schmeichlerischen Urteile, die sie auf Schritt und Tritt begleiteten.

Kaiserin Eugenie.

In der That besaß die Kaiserin Eugenie Eigenschaften, die solche Urteile erklärlich machten. Mit ihrer blendenden Schönheit paarte sich eine gewinnende Herablassung. Ihre angeborene Lebhaftigkeit gab ihrem Gespräch einen Reiz, dem auch verwöhnte Geister sich nicht entziehen konnten. Ihr Mut und ihre Energie waren den stärksten Proben gewachsen. Einseitig, wie ihr klösterlicher Jugendunterricht gewesen war, hatte sie sich doch auf Reisen mit der Mutter und beim Aufenthalt in europäischen

Großstädten mancherlei Weltkenntnis erworben. Freilich war ihre Schätzung der Menschen und Dinge unsicher, die Sanftmut ihres Äußeren nicht selten durch Ausbrüche innerer Leidenschaftlichkeit Lügen gestraft, ihre aufrichtige Frömmigkeit mit abergläubischen Vorstellungen verquickt, ihr Geschmack für künstlerische Genüsse wenig wählerisch, ihre Beschäftigung mit nichtigen und kostspieligen Äußerlichkeiten, wie vornehmlich Toilettenangelegenheiten, übertrieben. Einmischung in die Politik lag ihr anfangs fern. Erst später, vorzüglich als ihre klerikalen Neigungen ins Spiel kamen, fand sie sich dazu angereizt. Ein übriges that dann, nach der Entdeckung kaiserlicher Liebschaften, die manche stürmische Scene verursachte, ohne Zweifel der Wunsch, den Ungetreuen, den ihre Schönheit nicht mehr fesselte, auf andere Weise zu beherrschen und ihrem Willen nach zu leiten.

Der kaiserliche Hof.

Mit der Eheschließung Napoleons nahm sein Haushalt glänzende Formen an, die im einzelnen an die des ersten Kaiserreiches gemahnten. Alle die reich dotirten höfischen Würden und Ämter desselben wurden wiederhergestellt. Ihre Verbindung mit anderen einträglichen Stellen verschaffte Helfershelfern und Vertrauten des ehemaligen Prätendenten, wie Saint-Arnaud, Magnan, Fleury, Edgar Ney, außerordentliche Einnahmen. Maupas, dessen Polizeiministerium nach einem Konflikt mit dem Kriegsminister im Sommer 1853 einging, wurde mit einem Platz im Senat und dem Gesandtschaftsposten in Neapel abgefunden. Bei den großen, sich drängenden Hoffesten, über deren Ceremoniell Graf Felix Bacciochi wachte, ein Verwandter des korsischen Gemahls Elisas, der Schwester Napoleons I., ward ein ansteckender Luxus entfaltet. Der Kaiser, dessen Privatgemächer denen eines einfachen Gelehrten glichen, hielt doch bei großen Repräsentationen auf Prunk und Etikette. Ganz anders, ohne Steifheit, ging es bei den Herbsteinladungen nach Compiègne dort zu, wo Schriftsteller, Musiker, Gelehrte erschienen. Noch formloser, oft ausgelassen verliefen die Montagsabende der Kaiserin. Mitunter hatten Bänkelsängerinnen, die man aus den Pariser Kaffees verschrieb, oder Possenreißer für die Kosten der Unterhaltung aufzukommen. Auch die Mode des Geistercitirens und Tischrückens fand hier ein gläubiges Publikum.

Die kaiserliche Verwandtschaft.

Aus dem Füllhorn der Ehren und Spenden in klingender Münze, das sich nach der Begründung des Kaisertums öffnete, ergoß sich ein gutes Teil auf die zahlreiche, wirkliche oder vorgebliche Verwandtschaft des Herrschers, deren Ansprüche ihm oft sehr lästig wurden. An ihrer Spitze stand Jérôme, der einstige König von Westfalen: eine Art Dekorationsstück zweifelhaften Wertes aus der Vergangenheit. Für seine Jahre noch sehr beweglich und regsam, wußte er seine patriarchalische Stellung trefflich auszunutzen und vor der Welt den weisen Ratgeber zu spielen. Als Her-

König Jérôme.

zog Ernst von Koburg, der erste regierende Fürst, dem kaiserlichen Hof 1854 einen Besuch abstattete, vertraute Jérôme dem deutschen Gast, „er müsse aus Liebe zu seinem Neffen und für die bonapartistische Sache ein wachsames Auge haben, daß der Kaiser nicht von seiner Umgebung in die gefahrvollen Bahnen Napoleons I. getrieben werde". Sein gleichnamiger Sohn, Prinz Napoleon, mit seinem Spitznamen „Plon-Plon", äußerlich dem großen Kaiser sehr ähnlich, reich begabt aber zügellos, hatte sich dem neuen Inhaber der höchsten Gewalt vor dem Staatsstreich durch seine zur Schau getragene Opposition manchmal unbequem gemacht. Die Vorteile und Ehren, die das Kaisertum ihm zuwarf, darunter sogar die Ernennung zum Divisionsgeneral, nahm er wohlgefällig hin. Aber der Hang zur Kritik von Regierungsmaßregeln blieb dem wegen seiner rebellischen Äußerungen als „roter Prinz" Bezeichneten, und die Frömmelei der Spanierin auf dem Kaiserthron war dem Voltairianer vollends ein Greuel. Geistreich und beredt benutzte er dann und wann seinen Platz im Senat, um sein Herz auszuschütten. Das Palais Royal, das er bewohnte, wurde ein Sammelplatz erklärter Gegner des bestehenden politischen und kirchlichen Systems. Ein cynischer Menschenverächter und Wüstling sprach der Prinz aber auch dem Urteil der Gesellschaft Hohn, die sich dadurch rächte, daß sie ihm, wenn auch mit Unrecht, noch den Makel der Feigheit anheftete. Seine Schwester, die Prinzessin Mathilde, mit dem Kaiser, wie vormals mit dem Prinz-Präsidenten, fortwährend in gutem Einvernehmen, aber der Kaiserin wenig gewogen, bildete den Mittelpunkt eines kleinen Hofes für sich. Nach kurzer Ehe mit dem rohen russischen Fürsten Demidov von ihm getrennt und mit einem reichen Jahrgehalt bedacht, lebte sie, in allgemein bekanntem Verhältnis zum Direktor der schönen Künste, dem Baron von Nieuwerkerke, ihrer Neigung für Malerei, Musik, Litteratur und sammelte in ihren Salons eine gewählte Gesellschaft Einheimischer und Fremder, in der manches freie Wort zu hören war.

Prinz Jérôme.

Prinzessin Mathilde.

Hinter der Familie Jérômes trat die Lucians, seines älteren Bruders, zurück. Doch heischte auch sie ihren Anteil an den Segnungen des zweiten Kaiserreiches. Dies war der Fall mit vielen Gliedern der zahlreichen Nachkommenschaft des Fürsten von Canino, der, nachdem seine Rolle als römischer Radikaler ausgespielt, schließlich nach ungern gewährter Erlaubnis seinen Wohnsitz in Paris aufgeschlagen hatte. Von den Stiefgeschwistern Caninos, den Söhnen und Töchtern aus Lucians zweiter Ehe, schuf jener Pierre Bonaparte, der als korsischer Abgeordneter der Konstituante und der Legislative angehört hatte, dem Kaiser große Ungelegenheiten. Bei seinem wechselvollen Leben diesseits und jenseits des Oceans war er als Raufbold berüchtigt geworden und behielt die üblen Gewohnheiten einer wüsten Vergangenheit mit dem ihm zuerkannten prinzlichen

Die Nachkommenschaft Lucians Bonaparte.

Pierre Bonaparte.

Titel bei. Eine harmlosere Figur machte sein Bruder Louis Lucian, ein Dilettant auf dem Gebiet der Sprachforschung und Naturwissenschaft, ehemals gleichfalls republikanischer Abgeordneter, dem seine Unterstützung des Prätendenten die Senatorenwürde verschafft hatte. Denselben Lohn außer einer ansehnlichen Dotation empfing Murats Sohn Lucian, nachdem er eine zeitlang Gesandter in Turin gewesen war. Seine Familie ging bei der Überweisung von Gaben und Würden nicht leer aus. Sein zweiter Sohn Achille durfte seine Gläubiger Jahre lang auf die Kasse des Kaisers verweisen, bis diesem endlich die Geduld riß und er weitere Deckung der ungeheuerlich angewachsenen Schulden verweigerte. Graf Walewski, der Sohn Napoleons I. und seiner polnischen Geliebten, von Thiers einst in die diplomatische Laufbahn eingeführt (s. V. 411), der schöngeistige, selbstbewußte Edelmann, dessen reizende Frau den Kaiser fesselte, bezog schon als sein Gesandter in London reiche Einkünfte. Selbst den entferntesten Sprößlingen der Familie Bonaparte beiderlei Geschlechts legitimen oder illegitimen Ursprungs flossen regelmäßige Unterstützungen oder gelegentliche Almosen zu. Aus den 1870 in den Tuilerien aufgefundenen Papieren hat sich ergeben, daß mindestens 70 Millionen Francs von diesem Abgrund verschlungen worden sind.

Lucian und Achille Murat. Walewski.

Es verstand sich von selbst, daß der nächste leibliche Verwandte des Kaisers, der zugleich das Hauptwerkzeug des Staatsstreiches gewesen war, bei der Verteilung der Beute nicht zu kurz kam. In dieser Welt voller Bastarde nahm der Graf, später Herzog von Morny, Napoleons Halbbruder von mütterlicher Seite, wennschon als solcher von ihm nicht anerkannt, die erste Stelle ein. Elegant und geschmackvoll, feinsinniger Sammler erlesener Gegenstände der Kunst, Verfasser leichtgezimmerter Bühnenwerke, als freigebiger und gütiger Mäcen gepriesen, verbarg Morny unter gewinnenden weltmännischen Formen eine durchaus frivole, aller sittlichen Grundsätze bare Natur. Es geht zu weit, wenn man ihn „einen Cesare Borgia im Frack" genannt hat. Aber daß er sich über die Achtung von Person, Eigentum, Ehre unbedenklich hinwegsetzte, ist gewiß. Die Gier nach Gold, das seine kostspieligen Gelüste und Liebhabereien verschlangen, verführte ihn zu schwindelhaftem Börsenspiel und, wie man behauptete, selbst zu gewissenloser Bestechlichkeit. Nur die Bewunderung geblendeter Schmeichler konnte ihn zu einem staatsmännischen Genie stempeln. Unleugbar aber war das Geschick, mit dem er, seit 1854 Billaults Nachfolger als Präsident des gesetzgebenden Körpers, kaltblütig und überlegen, bald herablassend, bald sarkastisch die Verhandlungen dieser Versammlung zu leiten wußte. Auch war nicht zu verkennen, daß seine politischen Ideen im Verlauf der Jahre auf eine Umbildung der cäsaristischen Regierung in liberalem Sinn abzielten.

Morny.

Manche Reibung fand statt zwischen ihm und dem zweiten Haupt-

Persigny.

kumpan des Staatsstreichs, Napoleons Jugendgefährten und Schicksalsgenossen Persigny, dem nachmals gleichfalls die Herzogswürde verliehen ward. Sie wurden schon durch die Verschiedenheit ihres Naturells getrennt. Der ehemalige Unterofficier und Journalist Fialin, der sich selbst gemäß schlecht verbürgter Familienüberlieferung den Namen eines Vicomte de Persigny beigelegt hatte, Banause bis zu dem Grade, daß er die Meisterwerke des Louvre ohne Besinnen für 20 Millionen losgeschlagen hätte[1]), phantastisch und heißblütig, hatte mit dem vielseitig gebildeten, kühl berechnenden, skrupellosen Grandseigneur Morny wenig gemein. Seine grenzenlose Eitelkeit war durch seine Vermählung mit einer Enkelin des Marschalls Ney noch gesteigert. Gegenüber dem kaiserlichen Gebieter hielt sich der Mitverschworene von Straßburg und Boulogne im Bewußtsein der treu geleisteten Dienste nicht immer in den ihm gezogenen Schranken. Als Minister des Inneren gab er durch seine administrative Unfähigkeit manchen Anstoß. Diese war es auch, wie der östreichische Botschafter Hübner erfuhr, die im Juni 1854 seine Entlassung zur Folge hatte. An seine Stelle trat Billault, der vieljährige Erfahrungen eines an Wandlungen reichen politischen Lebens mit sich brachte, und bei dem immer noch ein Kern liberaler Ansichten unter der Hülle des Ministers im cäsaristischen Staat vorhanden war.

Napoleons Alleinherrschaft.

Soviel auch der Kaiser Morny und Persigny verdankte: eine entscheidende Einwirkung auf seinen Willen war er zu keiner Zeit gesonnen ihnen einzuräumen. Es war sein leitender Gedanke, nicht nur dem Namen nach, sondern in Wirklichkeit Alleinherrscher zu sein und zu bleiben. Alle Fäden der Regierung sollten womöglich in seinem Kabinet zusammenlaufen. Hier war sein vertrautester Gehilfe sein tief eingeweihter Kabinetschef Mocquard. Gebürtig aus Bordeaux, nach kurzem diplomatischem Dienst noch zur Zeit des ersten Kaiserreichs gesuchter Advokat in politischen Prozessen während der Restauration und Jahre lang Unterpräfekt während des Juli-Königtums, hatte er sich als Hausgast in Arenenberg ganz und gar der bonapartistischen Sache verschrieben. Er war dem Prätendenten nach London gefolgt und hatte ihn als Gefangenen in Ham aufgesucht. Seine feine litterarische Bildung, seine schriftstellerische Gewandtheit, seine zuverlässige Verschwiegenheit machten ihn Napoleon unentbehrlich. Fast alle Erzeugnisse der geschäftigen kaiserlichen Feder wurden von diesem strengen Kritiker geprüft. Im Verborgenen übte er einen bedeutenden Einfluß aus und gewann Einblick in die persönliche Politik seines Herrn. Neben ihm genoß der kaiserliche Privatsekretär, der geschmeidige, junge Korse Pietri, ein vielbeneidetes Vertrauen. Auch der alte Freund und

Mocquard.

Pietri. Conneau.

[1]) Viel Castel: Mémoires sur le règne de Napoléon III. 1883. II. 59. Vgl. Graf Dürckheim: Erinnerungen u. s. w. 1887. II. 118.

Leibarzt Conneau wurde von dem Kaiser dann und wann zu wichtigen politischen Geheimdiensten verwendet.

Das kaiserliche Kabinet bildete das vorzüglichste, dauernde verborgene Werkstück der Regierung. Die Minister waren ihre wechselnden, der Außenwelt sichtbaren Agenten. Sie pflegten sich zweimal in der Woche in den Tuilerien unter dem Vorsitz des Kaisers zu versammeln. Er stellte die Tagesordnung der Beratungen fest und liebte nicht, daß man sich von ihr entfernte. Die Diskussion war völlig frei. Er hörte sie aufmerksam an sprach selbst wenig, hob die Sitzung auf und entschied allein. Alle Minister sollten sich mit dem Bewußtsein durchdringen, nur ihm verantwortlich zu sein und nur von ihm die allgemeine Weisung für ihre Amtsführung erhalten zu dürfen. „Wenn ein Minister, schrieb er einmal einem derselben, aus eigenem Antrieb, ohne sich vorher mit mir verständigt zu haben, Maßregeln außerhalb der gewöhnlichen Sphäre seiner Thätigkeit ergreift, so setzt er sich in unmittelbaren Widerspruch mit dem Geist der Verfassung, und dies übt einen unheilvollen Einfluß auf die ganze Verwaltung aus“[1]). Jeder Minister hatte sich nur mit den technischen Angelegenheiten seines Faches zu beschäftigen. Eine innerliche Gemeinsamkeit mit seinen Kollegen fand so wenig statt, daß der Kaiser nach Belieben ohne Befragen der übrigen diesen oder jenen seines Postens enthoben und durch einen anderen ersetzen konnte. Von den Ministern war der des Auswärtigen am häufigsten der Gefahr ausgesetzt, mit dem kaiserlichen Willen in Widerstreit zu geraten. Es kam sogar vor, daß ihm dieser verborgen blieb, wenn es seinem Gebieter gefiel, sich über seinen Kopf hinweg durch geheime Mittelsmänner mit fremden Machthabern in Verbindung zu setzen oder ihm seine mündlichen Verhandlungen mit an seinem Hof beglaubigten Diplomaten zu verschweigen. Eine Verantwortlichkeit der Minister gegenüber den Kammern war gänzlich ausgeschlossen. Sie durften dem gesetzgebenden Körper nicht angehören und hatten ihm niemals Rede und Antwort zu stehen.

Stellung der Minister.

Diese Versammlung, deren Selbständigkeit schon durch die Aufstellung der officiellen Kandidaturen aufs schwerste beeinträchtigt wurde, hatte weder das Recht der Interpellation, noch das Recht, die Thronrede durch eine Adresse zu erwidern. Die legislatorische Initiative war ihr nicht gestattet. Bei der Beratung ihr vorgelegter Gesetzentwürfe sah sie sich beständig durch das Eingreifen der Mitglieder des Staatsrates beengt, die in ihren Kommissionen und in ihrer Gesamtsitzung die Regierung vertraten. Ihre grundsätzliche Befugnis, Amendements vorzubringen, war durch eine Reihe einschränkender Bestimmungen außerordentlich abgeschwächt. Ihr auf

Der gesetzgebende Körper.

[1]) Emile Ollivier: L'empire libéral III. 71. Vgl. auch für das Folgende Henri Berton: L'évolution constitutionelle du second empire. Paris 1900.

dem Papier stehendes Recht der Steuerbewilligung war durch den Zwang, das Budget jedes Ministeriums nur als Ganzes zu behandeln, durch die Möglichkeit der Verschiebung einzelner Posten und durch die Gestattung, mittels kaiserlicher Dekrete Extrakredite für Unternehmungen von allgemeinem Interesse und für Arbeiten des öffentlichen Nutzens anzuordnen, sehr bedeutend zu Gunsten der Exekutive gemindert. Sie durfte sich nach der Verfassung nicht einmal ihren Präsidenten und ihre Vicepräsidenten wählen. Auf Verlangen von fünf Mitgliedern wurde die Öffentlichkeit ihrer Sitzungen aufgehoben. Das Publikum erhielt von ihren Verhandlungen nur Kenntnis nach dem im Moniteur abgedruckten amtlichen Bericht. Alles war darauf angelegt, den gesetzgebenden Körper zu einer gefügigen Maschine zu machen und ihm jeden Anteil an der politischen Macht zu versagen.

Der Senat.

Dem Senat waren Rechte, die dem gesetzgebenden Körper vorenthalten waren, wie das der legislatorischen Initiative, wenigstens im Fall „eines hohen nationalen Interesses“ (s. VII. 766) und der Entgegennahme von Petitionen zugewiesen. Aber „dieser Wächter des Grundvertrags und der öffentlichen Freiheiten“, wie die Verfassung ihn nannte, war trotz der lebenslänglichen Unabsetzbarkeit der Senatoren und trotz der Beschränkung ihrer Zahl nur scheinbar unabhängig und einer selbständigen Pairskammer in keiner Weise vergleichbar. Die Mehrzahl der Senatoren verdankte ihre Ernennung unmittelbar, die Minderzahl mittelbar dem Kaiser. Er durfte den Senat nach seinem Gutdünken berufen und vertagen, sowie die Dauer seiner Session festsetzen. Seine Sitzungen waren nicht öffentlich. Sein Präsident und seine Vicepräsidenten wurden gleichfalls vom Kaiser ernannt. Ihm hatten die mit 30 000 Francs dotirten, großenteils der hohen Beamtenschaft oder dem Heer angehörigen Senatoren Treue zu schwören. Es war kaum denkbar, daß diese Körperschaft, die selbst ein guter Bonapartist verächtlich „ein Lazaret“ nannte[1]), jemals der Promulgation eines dem Kaiser genehmen Gesetzes widerstreben oder ihm jemals ein ihm erforderliches Senatskonsult verweigern werde. Wagte sie dann und wann aus der Rolle zu fallen und ihr zugekommene Gesetze nicht nur auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin zu prüfen, sondern über ihren Inhalt oder ihre Lückenhaftigkeit eine Debatte zu eröffnen, so wurde ihr durch eine Note des Moniteur vor aller Welt eine Rüge erteilt. Auch der Senat war für den Herrscher nur ein brauchbares Regierungsinstrument. Seine Willfährigkeit verkörperte sich in dem ihm gegebenen Präsidenten Troplong, dem Virtuosen schwülstiger Rhetorik, der seine umfassenden juristischen Kenntnisse in den Dienst des neuen Gebieters gestellt hatte.

[1]) Viel Castel II. 205.

Als dritte große politische Körperschaft bestand neben dem gesetzgebenden Körper und neben dem Senat der Staatsrat. Seine Befugnisse waren nächst den Bestimmungen der Verfassung durch eine Reihe von Dekreten geregelt. Außer seiner Thätigkeit als höchster Verwaltungsgerichtshof, Tribunal zur Entscheidung von Kompetenzkonflikten, oberste Aufsichtsbehörde des gesamten Ganges der Verwaltung, war sein wichtigstes Geschäft die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen und ihre Vertretung vor den Kammern. Seinen sechs Sektionen gehörten nicht wenige tüchtige Kräfte an. Unleugbar sehr befähigt für die hohe Stellung, die ihm durch Dekret vom 30. December 1852 verliehen worden, war auch sein Präsident Baroche, der ehemalige, so mancher Wandlung fähig gewesene Parlamentarier und Minister. Seine Geschmeidigkeit wußte er durch würdevolles Auftreten zu maskiren. Selbstbewußt und nie aus der Fassung gebracht war er stets bereit, seine bedeutende advokatorische Kunst, die früher der Verteidigung liberaler Grundsätze gedient hatte, zu Nutz und Frommen der Regierung zu verwerten. An Selbstbewußtsein stand ihm der Vicepräsident Rouher nicht nach. An Arbeitskraft, Scharfsinn, rednerischer Gewandtheit wußte er ihn noch zu übertreffen. Immer schlagfertig und kaltblütig, verstand er es, auch eine schlechte Sache mit dem Brustton der Überzeugung zu verteidigen. Zu Beginn des Jahres 1855 fiel ihm das Ministerium des Handels, des Ackerbaus und der öffentlichen Arbeiten zu. Der ganz dem Imperialismus Gewonnene, in seinem Privatleben unantastbare Mann stieg von Jahr zu Jahr höher in der Gunst des Herrn. Der nach seiner Zusammensetzung von diesem abhängige Staatsrat, dessen Mitglieder er ausscheiden konnte, wie er sie berufen hatte, war für ihn in noch höherem Grad ein Regierungsinstrument als der Senat.

Der Staatsrat.

Baroche.

Rouher.

Nach dem Wortlaut der Verfassung gab es immerhin ein Gegengewicht der Macht des Kaisers: seine Verantwortlichkeit „gegenüber dem Volk“. Wie seine Gewalt durch das allgemeine Stimmrecht sanktionirt worden war, sollte sie diesem, wenn es angerufen würde, unterworfen bleiben. Ein Plebiscit sollte auch über Änderungen „der Grundlagen der Verfassung“, wie sie nach dem Staatsstreich durch Plebiscit genehmigt worden waren, entscheiden. In Wirklichkeit aber handelte es sich bei der gerühmten Verantwortlichkeit des Kaisers gegenüber dem Volk nur um einen blendenden Schein. Die Anrufung des Plebiscites war nicht eine ihm obliegende, geregelte Pflicht, sondern ein ihm zustehendes, unbeschränktes Recht. Der Inhaber erblicher, höchster Gewalt, die auf die Ära der Revolution gefolgt war, der sich die Zeit und die Art der Fragestellung wählen durfte, dem noch dazu alle Druckmittel der administrativen Centralisation zu Gebote standen, konnte im voraus der Zustimmung „des Volkes“ sicher sein. Einem Plebiscit, dessen Verneinung der vorgelegten Frage einen erschreckenden Konflikt zwischen dem Kaiser und

Kaiserliche Unverantwortlichkeit und Plebiscit.

der Nation hervorgerufen haben würde, war von vornherein die Freiheit der Entscheidung versagt. Der Grundsatz der Volkssouveränität blieb zwar erhalten. Aber die dem Namen nach souveräne Nation hatte in Wahrheit auf wirksame Teilnahme an der Behandlung ihrer öffentlichen Angelegenheiten verzichtet. Sie hatte, wie unter dem ersten Kaiserreich, wennschon in viel milderen Formen, wiederum die Verbindung rein persönlicher Regierung mit weitgehender gesellschaftlicher Gleichheit zu erproben. Es war eine neue Auflage des Cäsarismus: nach Jules Simons treffendem Ausdruck: „eine Demokratie ohne Freiheit".

Ideal und Schwäche des persönlichen Regimentes.

Man würde Napoleon III. Unrecht thun, wenn man verkennen wollte, daß es ihm ernstlich am Herzen lag, durch sein persönliches Regiment Versprechungen zu erfüllen, die er als Prätendent dem französischen Volk gemacht hatte. Es sollte aus seiner Hand Förderung des Gewerbefleißes und der Landwirtschaft, Entwicklung der materiellen Wohlfahrt, staatliche Einrichtungen zur Besserung des Loses der Arbeiterklasse empfangen. Die Ordnung des Gemeinwesens, für deren gesicherte Erhaltung nach so vielen Umwälzungen er sich verbürgte, sollte dem socialen Fortschritt im weitesten Sinn dienen. Allein, wenn ihm dies Ideal vor Augen schweben mochte, fehlten ihm doch fast durchaus Neigung und Fähigkeit, sich Tag für Tag mit den praktischen Einzelheiten zu befassen, ohne deren genaue Kenntnis und folgerechtes Ineinandergreifen alles Erstrebte Stückwerk bleiben mußte. Die Bundesgenossenschaft alter Saint-Simonisten, wie Enfantins, Michel Chevaliers, der Brüder Péreire, so wertvoll sie ihm war, konnte doch starke Gegenströmungen nicht hemmen. Seine Absichten wurden nicht selten durch Gleichgiltigkeit oder Eigennutz derer, die sie verwirklichen sollten, durchkreuzt. Seine kühnen Anläufe, die der Welt in großen Worten verkündet waren, erlahmten. Auch blieb ihm selbst die Erfahrung nicht erspart, daß wohlthätige wirtschaftliche Maßregeln und schüchterne staatssozialistische Experimente das Volk auf die Dauer für den Verlust der politischen Freiheit nicht zu entschädigen vermochten.

Wirtschaftlicher Aufschwung.

Indessen konnte der wirtschaftliche Aufschwung Frankreichs, wie man ihn nach Beschwörung der Gefahren von Mißernten, Überschwemmungen, Cholera in den Jahren 1853 bis 1855 erlebte, mit mehr oder weniger Recht der Verherrlichung des Kaisertums dienen. Am sichtbarsten traten seine Verdienste in der Ausbildung der Verkehrsmittel zu Tage.

Eisenbahnen.

Unter dem Juli-Königtum war die Anlage des Eisenbahnnetzes nur zögernd und mit mancherlei Rückschlägen vor sich gegangen (s. VI. 3—5). Die Revolution von 1848 hatte die begonnene Arbeit unterbrochen, und die Bemühungen der Legislative, die verlorene Zeit wieder einzubringen,

waren unvollkommen geblieben. Mit dem Kaiserreich erhielt Frankreich wieder eine starke Regierung, die den Kapitalisten, welche sich ängstlich zurückgehalten hatten, Zutrauen einflößte. Außerdem war dem Kaiser durch das Senatskonsult vom 25. December 1852 die Ermächtigung erteilt, durch einfaches Dekret alle Arbeiten des öffentlichen Nutzens und alle Unternehmungen von allgemeinem Interesse anzuordnen. Eine allfällige nachträgliche Kreditverweigerung durch den gesetzgebenden Körper hatte er nicht zu fürchten. Waren ehemals Kirchturmsinteressen der einzelnen Abgeordneten, die ihren Wahlkreis möglichst begünstigt wissen wollten, oder Neid und Mißtrauen gegenüber den großen Unternehmergesellschaften einer gesunden Eisenbahnpolitik hinderlich gewesen, so hatte die kaiserliche Regierung die Hände so gut wie ganz frei. Sie behielt freilich den Grundsatz des Zusammenwirkens von Privatkapital und Staatsunterstützung bei. Aber sie schrieb für das Verfahren staatlicher Zinsgarantieen und Beihilfe für den Bau allgemein giltige Regeln vor. Sie verlängerte die Konzessionen gleichmäßig auf 99 Jahre und ermöglichte dadurch den Konzessionären eine sachgemäße Entwicklung ihrer Unternehmungen. Sie betrieb die Verschmelzung einzelner Bahnen zu großen Gesellschaften, um die Zerstückelung ihrer Natur nach zusammenhängender Linien zu beseitigen, welche eine Herabsetzung der Tarife gehindert hatte, und hoffte, dadurch auch die Leistungsfähigkeit für den Ausbau von Lokalbahnen zu steigern.

Die einzelnen Bahnnetze.

Auf diese Weise entstand das große Nordbahnnetz, dessen Linien die Hauptstadt mit den Hafenplätzen des Kanals — Calais, Dünkirchen, Boulogne — verbanden und über Belgien den kürzesten Weg nach Köln eröffneten. Dem Ostnetz, das wegen seiner strategischen Bedeutung sehr wichtig war, fielen die Linien Paris—Straßburg, Paris—Basel, Straßburg—Saarbrücken, Straßburg—Basel zu. Damit gewann man den Anschluß an die Schienenwege, die nach Süddeutschland und über München nach Östreich führten. Die Vereinigung des Lyoner und des Südostnetzes zu der Paris—Lyon—Mittelmeer-Gesellschaft erleichterte den Verkehr nach den Hafenplätzen des Mittelmeeres, vor allem nach Marseille, und über die Landesgrenzen hinaus nach der Schweiz und Italien. Die Orléans- und die Westbahngesellschaft zogen von Paris aus nach Auffaugung einer Masse kleinerer Gesellschaften das ganze Becken der Loire und ihrer Nebenflüsse, Bretagne und Normandie in ihren Bereich. Die Südbahn dehnte ihr Netz von Bordeaux über Toulouse nach Cette aus und ermöglichte über Perpignan und Bayonne die Fortsetzung der eisernen Straße nach Spanien. Nur wenige gebirgige Teile Frankreichs verblieben noch ganz außerhalb des modernen Verkehrs mittels Dampfkraft in ursprünglicher Abgeschlossenheit. Im ganzen waren zu Ende des Jahres 1856 nach amtlichen Mitteilungen 6500 Kilometer

zu Ende des Jahres 1858 beinahe 8800 Kilometer in Betrieb, gegen 3627 Kilometer zu Ende des Jahres 1851. Frankreich hatte im Laufe weniger Jahre, wiewohl die Netze jener sechs großen Gesellschaften noch lange nicht ausgebaut waren, den Vorsprung an Betriebslänge, den die deutschen Bahnen bis dahin hatten, beinahe eingeholt. Die Eröffnung jeder neuen Bahnlinie wurde für die Bevölkerung zu einem Fest, bei dem sich Ausrufe der Bewunderung der zaubergleichen Erfindung Stephensons mit Lobsprüchen auf den kaiserlichen Wohlthäter mischten.

Telegraph. Hand in Hand mit der Ausdehnung des Netzes der Schienenwege ging die des Netzes der elektro-magnetischen Telegraphie. Doch blieben die Sätze des Depeschendienstes noch immer so hoch, daß er für das tägliche Leben wie für die Zwecke des Handels nur in beschränktem Maß den gehegten Erwartungen entsprechen konnte. Erst mit dem Jahre 1858 trat eine Erniedrigung der Taxen innerhalb benachbarter Departements wie

Dampfschiffahrt. für größere Entfernungen ein. Um dieselbe Zeit begann mit Unterstützung aus Staatsmitteln die Erweiterung transatlantischer Dampferlinien. Die erste ging von Havre nach New-York, die zweite von Bordeaux nach den Antillen, Mexiko, Cayenne, die dritte nach dem Senegal, Brasilien, Argentinien. Die kaiserliche Regierung ließ es auch nicht an Eifer fehlen, neue Häfen anzulegen, alte zu verbessern, Kanäle graben und Land entsumpfen zu lassen. Seit dem Ende des Jahres 1852 war die von den

Crédit mobilier. Brüdern Péreire gegründete Gesellschaft des Crédit mobilier ein Hauptwerkzeug zur Beschaffung von Kapitalien für Unternehmung öffentlicher Arbeiten jeder Art. Der Crédit mobilier erwuchs zum größten französischen Geldinstitut, das 1855 seinen Aktionären eine Dividende von 178½ Francs für die Aktie gab, und scheinbar auf den festesten Fundamenten

Grundkreditbank. ruhte. Etwas älteren Datums war die Schöpfung der französischen Grundkreditbank, die aus drei Gesellschaften in Paris, Nevers und Marseille verschmolzen war. Handel, Industrie, Landwirtschaft sollten gleichmäßig an den Segnungen der neuen Zeit teilnehmen, die mit der Befestigung der Ordnung gekommen zu sein schien. Mit Stolz wurde auf das Wachsen der Staatseinnahmen, auf das Steigen des Rentenkurses hingewiesen, das schon 1852 die Umwandlung der 5procentigen Rente in eine 4½procentige erlaubt hatte. Wenn in der Folge wegen kriegerischer Ereignisse die Staatsschuld durch Anleihen vermehrt werden mußte, so dienten die hochgespannte Erwartungen noch übertreffenden Ergebnisse der Zeichnungen wieder zur Verherrlichung der vom öffentlichen Vertrauen getragenen Staatsgewalt.

Fould Bei fast allen diesen verschiedenen Angelegenheiten des Wirtschaftslebens hatte der Minister Achille Fould seine Hand im Spiel. Erbe und Mitinhaber eines großen Bankhauses, hatte er sich unter dem Juli-Königtum als eifriger Anhänger Guizots auch politisch bethätigt und in der

Kammer als Sachkenner bei finanziellen Debatten Ansehen erworben. Sein scheinbarer Übergang zur Republik als Mitglied der Konstituante und Legislative hatte ihn ebensowenig Überwindung gekostet wie seine Annäherung an den Prinz-Präsidenten. Man behauptete, daß er sich diesen durch Aufkauf ehemals in London ausgestellter Wechsel persönlich zu Dank verpflichtet habe. Doch war geraume Zeit vergangen, bis der vorsichtige Rechner, wie Rouher erst durch den Erfolg des Staatsstreichs gewonnen, sich dem Imperialismus angeschlossen hatte. Die Konfiskation der Güter der Orléans hatte ihn zur Aufgabe des Finanzministeriums veranlaßt. Das Kaiserreich gab ihm neben dem Amt und Titel des Staatsministers, als welcher er im Juli 1852 Casabianca abgelöst hatte, die Würde eines Ministers des kaiserlichen Hauses, die Ernennung zum Senator, das Großkreuz der Ehrenlegion. Aufgebläht durch diese Häufung von Würden, umschmeichelt von einer Klientel männlicher und weiblicher Günstlinge, geberdete der jüdische Emporkömmling sich wie eine „zweite Majestät", verletzte dadurch nicht selten Mitglieder der kaiserlichen Familie, hatte aber beim Kaiserpaar einen Stein im Brett.

Es war die Glanzzeit von Entwürfen der Anlage von Eisenbahnen, Gründungen.
Kanälen, Docks, Straßen, Bergwerken, für deren Verwirklichung findige Banquiers das nötige Geld zu beschaffen hatten. Mit den Genannten wetteiferte u. a. der aus Bordeaux stammende Isaak Mirès, ein König Mirès.
der Börse und ein Beherrscher der Presse, dessen gewagte Operationen nicht wenig dazu beitrugen, das Fieber des Spieltriebs und der Gründungen zu steigern. Jeder Tag brachte neue Pläne und Vorschläge. Man riß sich um die staatlichen Konzessionen und benutzte nicht selten dunkle Wege, um ihrer teilhaft zu werden. Auch kam es darauf an, durch die Aufnahme der Träger großer Namen in die Verwaltung das Publikum zu locken und zu blenden. Hier bot sich für die stets geldbedürftige Gesellschaft, zu der so manche Spießgesellen des ehemaligen Prätendenten gehörten, die beste Gelegenheit, einen schönen Nebenverdienst einzuheimsen. Zumal blühte Mornys Weizen. Er wurde von aller Welt um Empfehlungen angegangen, als Patron erbeten und ließ sich selbst auf eine Masse gewinnverheißender, mitunter sehr zweifelhafter Geschäfte ein. Sein Beispiel Börsenspiel.
riß weniger Hochstehende mit. Die Sucht der Spekulation und des Börsenspiels ergriff auch die Kreise der kleinen Rentner. Mit der Zeit blieben freilich schwere Enttäuschungen, Verluste und Zusammenbrüche nicht aus. Aber zunächst zeigte sich Einheimischen und Zugereisten das glänzende Bild einer kaum jemals erlebten Betriebsamkeit auf dem Geldmarkt und auf dem Felde der Unternehmungen, des Anschwellens von Reichtümern und der Entfaltung von Pracht und Luxus, womit der kaiserliche Hof bei Bällen und Banketten voranging.

Ein hervorstechender Zug in diesem Bilde war die Umwandlung Umbau von Paris.

der Physiognomie von Paris. Sie entsprach Napoleons eigensten Wünschen und dankte nicht wenig seinem unmittelbaren Eingreifen. Schon kurze Zeit nach dem Staatsstreich hatte er die Ausführung von Plänen, die bereits früher erwogen worden waren, begonnen. Der Bau des Industriepalastes, die Vergrößerung der Markthallen, die Vollendung des Louvre, die Verlängerung der Rue de Rivoli wurden beschlossen. Hienach führte die Notwendigkeit, durch große Durchbrüche bequeme Verbindungslinien von den Bahnhöfen zu den Quartieren des Centrums herzustellen, zuerst zur Anlage des Boulevard de Strasbourg. Da der Seinepräfekt Berger dem Kaiser für die Verwirklichung seiner Ideen nicht hinlänglich thatkräftig erschien, gab er ihm im Sommer 1853 einen Nachfolger in der Person Haußmanns, des bisherigen Präfekten der Gironde.

Haußmann Seinepräfekt 1. Juni 1853.

Haußmann, ein Patenkind Eugène Beauharnais', während der Juli-Revolution als Barrikadenkämpfer leicht verwundet, als Beamter auf verschiedenen Posten geschult, durch die Februar-Revolution seiner Stellung beraubt, aber nach dem Staatsstreich als Schützling Mornys wieder zu Amt und Würden gekommen, war ganz der Mann, verständnisvoll auf die Gedanken des Kaisers einzugehen und ihnen Gestalt zu verleihen. Von stählernem Willen und unermüdlicher Leistungsfähigkeit, durch kein Hindernis geschreckt, auch über Rücksichten auf die Schonung der städtischen Geldquellen und auf die Achtung gesetzlicher Schranken erhaben, installirte er sich sofort im Stadthaus als Herr. Er duldete keinen Widerspruch und behandelte seine Beamten wie ein militärischer Kommandeur. Mit ihm kam ein rascheres Tempo in die Umgestaltung der Hauptstadt. Zwei neue große Verkehrsadern, die eine von Norden nach Süden, die andere von Osten nach Westen, mit ihrer Kreuzung bei dem alten Thurm Saint Jacques, sollten bis zu den äußersten Faubourgs verlaufen. An sie sollten sich zum Zweck der Freilegung von Hauptgebäuden neue Nebenstraßen und unbebaute Plätze anschließen. Alsbald ward das Boulevard du Centre, das später den Namen Boulevard Sébastopol erhielt, in Angriff genommen, das ganze Quartier von Saint Martin und Saint Denis mit seinen engen Gassen und Gäßchen umgewühlt, die Rue de Rivoli bis zur Rue Saint-Antoine fortgeführt, das labyrinthische Straßengewirr der Cité dem Untergang geweiht. Weitere Entwürfe, mit denen Haußmann in vollem Einverständnis mit dem kaiserlichen Gebieter sich trug, fanden später ihre Verwirklichung: so die Umwandlung des Bois de Boulogne in einen Park nach englischem Muster und der Champs Elysées mit ihren Zugängen in einen der glänzendsten westlichen Stadtteile, die Erschließung des Bois de Vincennes und öffentlicher Gärten im Osten, die Verbindung von Louvre und Tuilerien, neue Überbrückungen der Seine, die Anlage des Boulevard Saint Germain, der Bau des neuen Opernhauses, der die Schaffung eines luxuriösen Stadtteiles im Gefolge hatte.

Folgen des Umbaus.

Unzweifelhaft büßte Paris bei der Jahre lang fortgesetzten Arbeit des Niederreißens und Aufgrabens viel von dem Reiz des Altertümlichen und Geschichtlichen ein. Kostbare Überbleibsel der Architektur, ehrwürdige Kunstschätze verschwanden mit der unbarmherzigen Opferung von Klöstern, Kapellen, Türmen, Häusern, deren Façaden einst die Hand des Steinmetzen oder Holzschnitzers geschmückt hatte, um einförmigen, breiten, schnurgeraden Straßenzügen Platz zu machen. Aber der Vorteil, einer Bevölkerung von hunderttausenden Luft und Licht verschafft, die Schlupfwinkel des Verbrechens, die Brutnester ansteckender Krankheiten ausgerottet zu haben, war unverkennbar. In dieser Hinsicht thaten die Anpflanzungen von Squares, die Verbesserung der Kanalisation und der Zufuhr von Trinkwasser, die Beaufsichtigung des Warenverkaufs in riesigen wohlgeordneten Markthallen ein übriges. Bei der planmäßigen Zerstörung so vieler winkliger und finsterer Stadtquartiere sprachen nicht zuletzt auch militärische Rücksichten mit. Die gewohnheitsmäßigen Geburts- und Zufluchtsstätten von Aufständen verschwanden. Die Besatzung der Kasernen erhielt für den Notfall volle Freiheit der Bewegung. Die klassische Kampfweise der revolutionären Erhebungen war auf den weiten, sofort unter Geschützfeuer zu nehmenden Straßen unmöglich, und für den Barrikadenbau bot die moderne Pflasterung nach dem System Mac Adams oder mit der Verwendung von Asphalt nicht mehr so brauchbare Materialien wie ehemals. Für andere große Städte, wie Lyon, Bordeaux, Marseille, wurde das Beispiel von Paris maßgebend. Auch sie begannen, ungeachtet der Steigerung ihrer Schuldenlast, durch Vernichten und Neubauen sich gründlich zu verändern.

Wachstum der Städte.

Die mit Feuereifer betriebene Ausführung großer öffentlicher Unternehmungen im Verein mit der Entwicklung der Industrie, der wie überall in Europa überraschende Fortschritte der Technik zustatten kamen, hatten eine stetig zunehmende Abwanderung vom flachen Lande in die Städte zur Folge. In den Mittelpunkten der Fabrik- und Handelsthätigkeit häuften sich die Massen von Jahr zu Jahr immer mehr an, während die Ziffer der Bevölkerung in vielen Departements von vorwiegend landwirtschaftlichem Charakter immer tiefer sank. Man hat berechnet, daß 1846 nur vier Städte, die Hauptstadt inbegriffen, eine Einwohnerschaft von mehr als 100 000 Seelen hatten: im ganzen 1 540 000 Menschen, was 4,03 Procent der Gesamtbevölkerung Frankreichs entsprach. Zwanzig Jahre später gehörten acht Städte dieser Reihe an mit 3 126 000 Bewohnern, 8,21 Procent der Gesamtbevölkerung. Zumal Paris, dessen Einwohnerschaft in fünfzehn Jahren sich beinahe verdoppelte, übte eine immer stärkere Anziehungskraft aus. Tocqueville verfolgte diese Erscheinung mit geschichtsphilosophischem Blick und suchte sich ihre

Unabwendbarkeit zu erklären[1]). Die kaiserliche Regierung wurde namentlich durch die gesteigerte Ansammlung des industriellen Proletariates beunruhigt. Der Kaiser selbst hatte ein offenes Auge für die Thatsache des Abströmens der konservativen ländlichen Bevölkerung. Er suchte ihre Bedürfnisse auf vielfache Weise zu befriedigen und sie zu erweiterter Thätigkeit anzuspornen. Er ließ sich die Gründung landwirtschaftlicher Schulen, die Veranstaltung landwirtschaftlicher Ausstellungen, die Darbietung staatlicher Vorschüsse zum Zweck der Entwässerung angelegen sein. Er gab mit der Schöpfung von Musterwirtschaften zur Beförderung der Vieh- und Pferdezucht, mit Errichtung von Pachtgütern, Waldanpflanzung, Drainirung auf ihm gehörigen Grund und Boden ein gutes Beispiel. Auch ließen sich im Laufe der Jahre Ergebnisse nachweisen, die sich in zahlenmäßiger Vermehrung des Vieh- und Pferdebestandes, Vergrößerung der mit Getreide und Wein bebauten Fläche ausdrückten. Aber der andauernde Zuzug vom Land in die Stadt blieb ein mit naturgesetzlicher Notwendigkeit sich vollziehendes Ereignis.

Das Kaisertum und die Landwirtschaft.

In vieler Hinsicht gereichte die Betriebsamkeit öffentlicher Unternehmungen aller Art und insonderheit die gründliche Umgestaltung der großen Städte der gesamten Klasse der Arbeiter zum Nutzen. Sie bekamen alle Hände voll zu thun. Ihr Lohn stieg, namentlich während der Jahre 1853 bis 1857, bedeutend. Ihre Wohnungsverhältnisse erfuhren in gesundheitlicher Hinsicht eine merkliche Besserung. Allein der Preis der Lebensmittel erhöhte sich gleichzeitig so sehr, daß häufig das wirkliche Einkommen des Arbeiters dahinter zurück blieb, und während die Eigentümer dem Untergang geweihter Stadtviertel durch reichlich bemessene Expropriationssummen entschädigt wurden, sahen sich die Arbeiter gezwungen, für ihre neuen kleinen Wohnungen theure Mieten zu zahlen[2]). Die Regierung traf eine Reihe von Maßregeln, um diese Notstände zu lindern, die sich besonders in den Jahren schlechter Ernten fühlbar machten. Durch Dekrete vom August und September 1853 wurde wenigstens vorübergehend der Zoll auf die Einfuhr von Getreide ermäßigt und der Tarif des Transportes auf Eisenbahnen und Kanälen herabgesetzt. Ein weiteres Dekret vom 27. December 1853 schuf eine „Bäckereikasse", die dazu bestimmt war, durch Einlagen bei niedrigen Getreidepreisen, und obrigkeitlichen Zuschüssen, in Zeiten der Krise den Brotpreis auf einer mäßigen Höhe zu erhalten. Für die Beschaffung billiger und gesunder Arbeiterwohnungen in Paris war schon 1852 eine Summe von

Das Kaisertum und die Arbeiterschaft.

[1]) Tocqueville: Oeuvres II. 371 ff.

[2]) Thomas: Histoire socialiste. Tome X. Le second empire. 1909. S. 175 ff. Vgl. für das Folgende neben diesem Werk und neben Levasseur: Histoire des classes ouvrières etc. noch P. L. Fournier: Le second empire et la législation ouvrière (Thèse). Paris 1911.

10 Millionen auf die konfiscirten Güter des Hauses Orléans angewiesen worden. Sie wurden teilweise zum Bau der „Cité Napoléon", die auch Bäder und Waschräume enthielt, in der Rue Rochechouart verwandt. Aber die arbeitende Bevölkerung bezeigte wenig Neigung, sich kaserniren zu lassen. Ähnliche Unternehmungen, die sich anschlossen, machten ebenfalls kein rechtes Glück. Es war kaum zu vermeiden, daß die auf kaiserliche Kosten möglichst wohlfeil erbauten und möglichst billig vermieteten Arbeiterwohnungen nach Ablauf einiger Zeit Spekulanten in die Hand fielen[1]). Besser schien die Lösung der Aufgabe dem trefflichen Fabrikanten Jean Dollfuß in Mühlhausen zu gelingen. Er gründete 1853 eine Baugesellschaft zur Anlage eines Musterquartiers von Arbeiterhäuschen und versah sie mit verschiedenen gemeinnützigen Anstalten. Freilich blieb die Wirklichkeit hinter dem ihm vorschwebenden Ideal weit zurück. Die als behagliches Arbeiterfamilienhäuschen gedachte Wohnstatt, die der Insasse durch allmähliche Abzahlungen käuflich erwerben sollte, verwandelte sich im Lauf der Zeit häufig in ein von mehreren Parteien bewohntes, schlechtes Zinshaus. Sie wurde auch hier zum Gegenstand der Spekulation und des Handels[2]). Aber die menschenfreundliche Absicht Dollfuß' und seiner Genossen reizte in Kolmar, Gebweiler, Sennheim und an anderen Orten des Oberelsaß zur Nachahmung. Die kaiserliche Regierung gewährte seiner Baugesellschaft einen Beitrag von 300 000 Francs. Der Kaiser wandte ihr seine lebhafte Teilnahme zu und studierte selbst Modelle von Arbeiterwohnungen.

Der kaiserliche Staatssocialismus.

Indessen dünkte ihn, der einst als Gefangener von Ham eine socialistische Schrift über die „Ausrottung des Pauperismus" verfaßt hatte, ein stärkeres Eingreifen des Staates auf anderen Gebieten nötig, um das Los der Arbeiterklasse zu bessern und sie durch Erweisung von Wohlthaten an sich zu fesseln. So wurde durch Dekret vom 8. März 1855 auf einem der Krone gehörigen Grundstück in Vincennes ein Asyl für erholungsbedürftige Pariser Arbeiter errichtet. Drei Jahre später reihte sich in Vésinet ein Asyl für Arbeiterinnen an. In Lyon entstand eine gleichartige Schöpfung, die, wie zahlreiche andere Wohlfahrtsanstalten, unter das Protektorat der Kaiserin gestellt wurde. Schon durch Dekret vom 22. Januar 1852 waren den bestehenden Gesellschaften gegenseitiger Hilfe für die Invaliden der Arbeit 10 Millionen Francs aus der konfiscirten Masse der Güter des Hauses Orléans zugewandt worden. Ein Dekret vom 26. März 1852 hatte dann die Gemeinden zur Schöpfung solcher Gesellschaften, wo sie nützlich erscheinen möchten, verpflichtet, aber dem Staats-

[1]) Bericht Rumpffs 28. April 1854. Stadt-Archiv Frankfurt a. M.

[2]) Herkner: Die oberelsässische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter (Abhandlungen aus dem staatswissenschaftlichen Seminar zu Straßburg) IV. 1887. S. 210 ff. S. 328 ff. mit Litteraturangaben.

oberhaupt die Ernennung des Präsidenten vorbehalten und die Zufügung von „Ehrenmitgliedern" für erlaubt erklärt. Diese „gebilligten" Hilfsgesellschaften wurden unter der kaiserlichen Regierung mit mancherlei Gunstbezeugungen, wie Erlaß der Stempelsteuer, kostenlose Überweisung von Lokal und Mobiliar, vorteilhafte Anlage ihrer Gelder, bedacht und brachten es allmählich auf einen Fond von 17 Millionen. Frankreich besaß außerdem eine durch Gesetz vom 18. Juni 1850 geschaffene Altersrentenkasse unter Staatsgarantie. Dazu kam unter dem Kaiserreich die Gründung einer Kasse, in der Fabrikanten und Eisenbahngesellschaften ihre Arbeiter und diese sich selbst gegen Verletzungen oder im Todesfall zu Gunsten der Witwe versichern konnten. Dieser Kasse sollte ein Procent der beim Zuschlag öffentlicher Unternehmungen bestimmten Summen zufließen. Da aber kein Versicherungszwang bestand, entsprach der Erfolg jener Anstalten durchaus nicht den gehegten Erwartungen. Ebenso scheute man davor zurück, Gemeinden, die eines Hospitals entbehrten, gesetzlich zur Vorsorge unentgeltlicher ärztlicher Behandlung notleidender Kranker zu zwingen. Man begnügte sich mit ministerieller Empfehlung der Anstellung von Bezirksärzten und mit dem Versprechen staatlicher Geldhilfe. Aber nur 36 Departements kamen der Aufforderung von oben nach, und auch in diesen hatte es fast durchweg bei guten Vorsätzen sein Bewenden. Die Mängel der freiwilligen Armenpflege blieben, abgesehen von einer strengeren Aufsicht der Verwaltung, fast ganz bestehen[1]). Desgleichen fand trotz der Einsetzung von Untersuchungskommissionen keine Fortbildung der mangelhaften Fabrikgesetzgebung statt. Nicht einmal das magere Gesetz zum Schutz der Kinder bei ihrer Verwendung in den Fabriken vom Juli 1841 (s. V. 187, VI. 550) wurde weiter entwickelt, und an vielen Orten blieb es, da es an besoldeten unabhängigen Berufsinspektoren fehlte, ein toter Buchstabe.

Seine Mängel.

Auch wenn die Regierung den Absichten des Kaisers, als Schutzgeist der Arbeiterklasse zu glänzen, besser entsprochen hätte: es würde ihr doch schwerlich gelungen sein, sie in ihrer Masse mit der neuen Herrschaft auszusöhnen. Denn der Herrscher selbst war nicht gewillt, ihr die Rechte und Freiheiten zu gewähren, ohne deren Besitz sie niemals zufriedengestellt werden konnte. Schon ein Gesetz vom 1. Juni 1853 über die Schiedsgerichte der „Prudhommes" zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern war von dem Geist des Mißtrauens gegen diese erfüllt. Zwar blieb der Grundsatz gleichmäßiger Vertretung von Lohnzahlenden und Lohnempfängern, den ein Dekret der Republik vom 28. Mai 1848 anerkannt hatte, bestehen. Aber die neuen Erfordernisse eines Alters von mindestens 25 statt 21 Jahren, eines

Gesetz über die Schiedsgerichte der Prudhommes 1. Juni 1853.

[1]) R. Schwander: Die Armenpolitik Frankreichs u. s. w. Straßburg 1904.

dreijährigen statt eines nur sechsmonatlichen Domiciles, einer fünfjährigen Berufsausübung verengten den Kreis der Wähler der Arbeiter sehr zu Ungunsten dieser. Außerdem sollte der Vorsitzende der Schiedsgerichte nicht mehr durch die Prudhommes aus ihrer Mitte erwählt, sondern von der Regierung nach ihrem Belieben ernannt werden. Ein anderes Gesetz vom 22. Juni 1854 mit Bezug auf das Arbeitsbuch, schien allerdings eine früher dem Arbeiter angelegte Fessel (s. VI. 550) zu lockern. Es beseitigte den Zwang der Ablieferung des Arbeitsbuches an den Patron beim Eintritt in die Werkstatt oder in die Fabrik. Dafür aber wurde die Führung des Arbeitsbuches beiden Geschlechtern zur Pflicht gemacht und dasselbe in ein Mittel zur polizeilichen Überwachung der Arbeiter verwandelt. Es war immer der Polizeibehörde zur Einsicht vorzuweisen. Ohne ihr Visum konnte in Paris kein Arbeiter, der aus der Provinz anlangte, eine Stelle annehmen oder, falls er schon eine solche hatte, dieselbe wechseln.

Gesetz über die Arbeitsbücher 22. Juni 1854.

Vor allem zeigte sich der Argwohn, mit dem die Regierung die industrielle Arbeiterschaft betrachtete, in der strengen Aufrechterhaltung der Koalitionsverbote. Arbeitseinstellungen, wie sie namentlich wegen Einführung neuer Fabrikordnungen oder Lohnherabsetzungen hie und da versucht wurden, fielen unter die herkömmlichen Strafen. Der Gesellenverband der „Union", eine moderne Umgestaltung der „Compagnonnage", in dem man socialistische Keimstoffe witterte, erfuhr gelegentliche Beschlagnahme seiner Archive und Kassen oder Verbote[1]). Die während der Republik begründeten Genossenschaften hatten sich unter dem Druck der Diktatur fast sämtlich aufgelöst oder waren von ihr vernichtet worden. Dasselbe Los traf viele der freien Hilfsgesellschaften unter der wahren oder erdichteten Anklage betrügerischer Geschäftsführung oder Überschreitung ihrer Zwecke der Wohlthätigkeit. Dennoch gelang es den Arbeitern, hie und da diese Form der Hilfsgesellschaften zur Stärkung ihrer Gefühle der Klassengemeinschaft und zur Verteidigung ihrer Interessen im Kampf um Erringung besserer Bedingungen des Lohnvertrags zu benutzen. Selbst einzelne von der Regierung „gebilligte" Hilfsgesellschaften nahmen insgeheim an diesen Bestrebungen teil. Mitunter wurden sie daher von Fabrikherren denuncirt und von Staatsanwälten versemt „Ich weiß, berichtete der von Lyon 1857 dem Minister des Innern, daß die Hilfsgesellschaften eine der Regierung theure Einrichtung sind. Aber die Lieblingskinder sind die, welche die Familien ruiniren. Man ist blind gegen ihre Fehler, man will ihre Ausschreitungen nicht zugeben, bis es zu spät ist, sich dagegen zur Wehre zu setzen ... Die beherrschende Leidenschaft der Arbeiterklasse ist der Haß gegen alle Obrigkeit. Das bildet

Aufrechterhaltung der Koalitionsverbote.

[1]) Stieda: Gewerkvereine und Unternehmerverbände in Frankreich 1879. S. 130 ff. 144.

ihr einigendes Band und ihre Stärke ... Es fehlt ihr nur an Organisation, und die angeblichen Hilfsgesellschaften sind im Begriff, sie ihr zu geben[1])."

Socialdemokraten.

Indessen fühlte sich die kaiserliche Regierung trotz solcher Warnungen zunächst gegen die Gefahren eines Wiederauflebens der streitbaren Socialdemokratie gefeit. Sie rechnete darauf, durch Darbietung von Brot und Arbeit das industrielle Proletariat befriedigen zu können, und baute im übrigen auf die ihr zur Verfügung stehenden Mittel der Überwachung und Unterdrückung. Ein geringes Truppenaufgebot genügte, um eine kopflose Arbeiteremeute, die am 27. August 1855 die Stadt Angers

Proudhon.

einen Augenblick in Aufregung versetzt hatte, zu ersticken. Auch Proudhon, der dem Urteil der Zukunft vorbehalten wissen wollte, ob der Staatsstreich „im Interesse des öffentlichen Nutzens" vielleicht als „entschuldbar" gelten dürfe, wurde die längste Zeit als harmlos betrachtet. Erst 1858 trug ihm sein Werk „Über die Gerechtigkeit der Revolution und die Kirche" eine Verurteilung zu dreimonatlicher Gefängnishaft ein, der er sich durch die Flucht nach Belgien entzog. Dort ließ er seine Feder nicht rasten, wiewohl ohne sichtlichen Einfluß auf die Masse der Arbeiter. Seine an Widersprüchen und Sophismen überreichen Streitschriften hatten zwar zur Kritik der bisherigen socialistischen Schulen nicht wenig beigetragen, aber eine eigene socialistische Partei zu bilden war ihm versagt geblieben.

Republikaner. Die Verbannten.

Nicht ganz so ungefährlich erschien die Partei der reinen Republikaner. Aus der Ferne wirkten die Verbannten, die es verschmähten, kaiserliche Begnadigungsakte anzunehmen, durch ihre Schriften und briefliche

Quinet. Charras.

Verbindungen auf Gesinnungsgenossen in der Heimat zurück. Quinet und Charras schlugen ihren dauernden Wohnsitz in der Schweiz auf. Lagrange, der einstige Führer der Lyoner Aufständischen von 1834, in den republikanischen Versammlungen 1848 und 1849 Angehöriger der äußersten Linken, begab sich, als er Belgien hatte verlassen müssen, nach

Louis Blanc, Ledru-Rollin u. a.

Holland. In London blieben Louis Blanc, Ledru-Rollin, Schölcher, der Freund Godefroy Cavaignacs, Mitarbeiter an der Réforme, dann gleichfalls Mitglied des „Berges" in der Konstituante und Legislative, auf ihrem selbstgewählten Posten. Eine zahlreiche Gruppe installirte sich

Ribeyrolles.

auf der Insel Jersey. Hier konnte Ribeyrolles, der ehemalige Redakteur der „Réforme", zwei Jahre lang bis zu seiner Ausweisung sein Journal „Der Mensch" herausgeben, das einem einzigen, großen, gegen Napoleon geschleuderten Pamphlet vergleichbar war. Nach Jersey begab sich auch

Viktor Hugo.

Viktor Hugo, dessen hier gedichtete „Züchtigungen" über den Urheber des Staatsstreiches ein noch schärferes Verdammungsurteil fällten als sein früher erschienenes Werk „Napoleon der Kleine". Erst 1855, als ein

[1]) Thomas a. a. O. S. 191.

gegen die englisch-französische Allianz an die Königin Viktoria gerichteter Brief Felix Pyats in Jersey einen Sturm gegen die Verbannten, und namentlich gegen Ribeyrolles, entfesselte, siedelte Viktor Hugo mit einer Anzahl von Schicksalsgefährten nach Guernsey über, wo er mit dem doppelten Nimbus des standhaften Märtyrers der Sache der Freiheit und des schöpferischen Genius der Poesie umstrahlt war[1]). Die kaiserliche Regierung wurde die Sorge vor Agitationen nach England Geflüchteter nicht los und fürchtete namentlich ihre Übersiedlung in die Schweiz[2]). Unablässig drängte sie die englischen Minister, sie schärfer zu überwachen, ihre Druckereien zu schließen und womöglich vom Parlament die Bewilligung von Ausnahmemaßregeln zum Zweck ihrer Vertreibung und Verfolgung zu fordern[3]). Die Präfekten ließen es sich angelegen sein, die Korrespondenzen der Verbannten abzufangen und die Einschmuggelung ihrer Schriften zu hindern. Aber sie erreichten nicht immer das gewünschte Ziel. Wie Viktor Hugos flammende Anklagen in Vers und Prosa, so wurden Aufrufe eines auswärtigen Geheimbundes, der „revolutionären Commune", dem Pyat, Boichot, Caussidière angehörten, unter der Hand verbreitet[4]).

Republikaner in Frankreich. Goudchaux, Carnot, Garnier-Pagès u. a.

In Frankreich selbst suchte der ehemalige republikanische Finanzminister Goudchaux, unterstützt von Jules Simon, als Sekretär, den notleidenden Verbannten und ihren zurückgebliebenen Familien durch Geldsammlungen zu Hilfe zu kommen. Dadurch bot sich ein erstes Mittel der Verständigung von Parteifreunden. Andere Vereinigungspunkte bildeten stark besuchte Salons in Paris, wie die Carnots, Garnier-Pagès, Hérolds, der Gräfin d'Agoult, die unter dem Pseudonym Daniel Stern eine „Geschichte der Revolution von 1848" herausgab. Abgesetzte Professoren von republikanischer Gesinnung, die dem Kaiser den Treueid geweigert hatten, fanden einen Wirkungskreis und eine begeisterte Zuhörerschaft in einigen freien Lehranstalten, wie in den Pensionen Masson, Favart und dem Collège Sainte-Barbe. Begräbnisse demokratischer oder republikanischer Berühmtheiten, wie François Aragos 1852, Lamennais' 1854, Cavaignacs 1857 veranlaßten allen Vorsichtsmaßregeln zum Trotz unzweideutige, der Regierung feindliche Kundgebungen. Politische Processe boten Jules Favre Gelegenheit, als Verteidiger Gewaltsamkeiten des Beamtentums und Willkürhandlungen der Polizei zu brandmarken.

[1]) Paul Stapfer: Victor Hugo à Guernsey. 1905.

[2]) Berichte Barmanns: 24. Sept., 25. Dec. 1855, 5., 15. Januar 1856. Eidgen. Arch. Bern.

[3]) Berichte Persignys 9. August, 6., 13., 16., 19., 25. Okt., 17. Nov. 1855. Arch. Paris (nach der Kopie, angefertigt für Canovas del Castillo 3 Bände, erworben aus dem Antiquariat K. W. Hiersemann. Leipzig, im Besitz des Eidgen. Archivs Bern).

[4]) Tschernoff a. a. O. S. 131 ff. über Goudchaux S. 210 ff. Georges Weill: Histoire du parti républicain S. 382 ff.

Attentate und Verhaftungen.

Mehrere dieser Processe knüpften an Attentate, die gegen das Leben des Kaisers geschmiedet wurden. Am 7. Juni 1853 sollte die That vollbracht werden, als er zur Eröffnung einer Gartenbauausstellung von Saint-Cloud nach dem Hippodrome fuhr, am 5. Juli desselben Jahres, als er einer Vorstellung in der Komischen Oper beiwohnte. Beide Male kam die Polizei dem Komplott, in das namentlich Handwerker und Studenten verwickelt waren, rechtzeitig auf die Spur[1]). Die Absicht, Jules Bastide, den republikanischen Minister des Auswärtigen von 1848, oder Goudchaux bei Gelegenheit der Untersuchung bloßzustellen, wurde nicht erreicht. Wohl aber nutzte man den Anlaß aus, um zahlreiche Verhaftungen vorzunehmen und wirkliche oder angebliche Geheimbünde zu verfolgen. Zu den Verhafteten gehörten u. a. Boichot und Delescluze, der einstige stürmische Generalkommissär Ledru-Rollins im Departement du Nord (s. VII. 673). Er hatte sich, wie Boichot, aus England nach Frankreich zurückgewagt und vor dem Zuchtpolizeigericht Rede und Antwort geweigert, war dann aus der Haft, die er in Corsica verbüßen sollte, entwichen und ward auf Grund des drakonischen Dekretes vom 8. December 1851 (s. o. VII. 760) nach Cayenne deportirt. Im September 1854 wollte man eine Verschwörung entdeckt haben, die dazu angezettelt sei, einen Eisenbahnzug, den der Kaiser benutzte, in die Luft zu sprengen. Das Gericht fällte mehrere Todesurteile, aber die Verurteilten befanden sich jenseits der Grenze in Sicherheit. Hingegen büßte Pianori, ein Garibaldischer Freiwilliger aus der Zeit der Verteidigung Roms, der am 28. April 1855 in den Champs Elysées auf den Kaiser, ohne ihn zu verletzen, eine Pistole abfeuerte, mit seinem Kopf. Er rühmte sich noch am Fuß des Schaffots, ganz aus eigenem Antrieb, ohne Mitwissenschaft eines anderen gehandelt zu haben und gab als seinen Beweggrund an: Rache für Napoleons Feldzug gegen die römische Republik. Ein mystisch veranlagter Schuster Bellamare, der am 8. September 1855, ebenso erfolglos, Pianoris Beispiel nachahmte, ward für geistesgestört erklärt und in eine Irrenanstalt verbracht. Indessen seine Bekanntschaft mit dem schon verdächtigten Studenten Arthur Ranc wirkte mit, diesem die Deportation nach Lambesa einzutragen. Freilich wuchs im stillen ein junges republikanisches Geschlecht heran, das seine politischen Ideale für die Zukunft hütete. Aber die Mehrzahl der namhaften alten, ihrem politischen Glaubensbekenntnis treugebliebenen Republikaner war durch den schweren, auf der Partei lastenden Druck entmutigt und hatte das Gefühl der Vereinsamung.

Delescluze.

Pianori.

Bellamare.

[1]) Der Prinz von Joinville, den ein anonymer Brief eines der Verschworenen aufgefordert hatte, „sich in Bereitschaft zu halten", soll Palmerston gebeten haben, den Inhalt dieses Briefes Walewski zur Kenntnis zu bringen. Bericht Rumpffs 22. Juli 1853. Stadt-Archiv Frankfurt a. M.

Von den monarchischen Parteien war die orleanistische dem Kaisertum die unbequemste. In ihr verkörperte sich gutenteils das parlamentarische Regierungssystem, das dem Cäsarismus schnurstracks entgegengesetzt war. Sie hatte Napoleon in der Legislative am erbittertsten bekämpft. Viele ihrer Anhänger wurden beargwöhnt, nur äußerlich ihren Frieden mit dem neuen Herrscher gemacht zu haben. Allein ernstlicher Widerstand war von ihr nicht zu fürchten. Aus dem Heer war sie vollständig ausgemerzt. Changarnier, ihr berühmtester Degen, weilte noch in der Verbannung. Thiers, ihr berühmtester Staatsmann, hatte zwar schon im Sommer 1852 nach Paris zurückkehren dürfen, aber er verhielt sich still und schien ganz in der Vollendung seines großen Geschichtswerkes aufzugehen. Endlich die Glieder des Hauses Orléans selbst, so schwer sie durch die Konfiskation ihrer Güter getroffen waren (s. VII. 767), sannen nicht auf Rache, sondern folgten den französischen Ereignissen aus der Ferne nur als aufmerksame Beobachter.

Orleanisten. Thiers.

Eine zeitlang schienen die Bemühungen einer „Fusion" von Orleanisten und Legitimisten besseren Erfolg zu versprechen als früher (s. VII. 738, 739). Guizot, Salvandy, Changarnier, Berryer arbeiteten für ihr Zustandekommen. Die Witwe Louis Philipps, die sanftmütige Königin Maria Amalia, war dem Plan geneigt. Von ihren Söhnen entwickelte der Herzog von Nemours den größten Eifer, eine Versöhnung mit dem Grafen von Chambord, den seine Getreuesten „König Heinrich V." nannten, anzubahnen. Er suchte ihn gegen Ende des Jahres 1853 in Frohsdorf auf und empfing seinen Gegenbesuch in Wien. Im folgenden Jahre begab sich Graf von Chambord nach England und stellte sich als Gast bei „seiner Tante", der Königin-Witwe, in Claremont ein. Im Winter 1856 sah er sie und den Herzog von Nemours noch einmal in Nervi. Aber gerade hier führte die gereizte Sprache von Höflingen der einen und der anderen Seite den Abbruch der Verhandlungen herbei. Die Brüder des Herzogs von Nemours, ausgenommen der Herzog von Montpensier, hatten sie von Haus aus mißbilligt. Die Herzogin Helene von Orléans, die ihren Witwensitz in Eisenach aufgeschlagen hatte, wachte eifersüchtig über den Rechten ihrer Söhne. Ihr Erstgeborener, der Graf von Paris, erließ, als er volljährig geworden war, eine öffentliche Erklärung, derzufolge er sich Frankreich nach Wiedererrichtung der parlamentarischen Regierung zur Verfügung stellte. Im Grunde war eine Vereinbarung der Ansprüche von Bourbonen und Orléans kaum denkbar. Denn das Symbol derer Chambords blieb die weiße Fahne, während die Orléans an der Trikolore festhielten.

Neue Fusionsversuche. Ihr Scheitern.

Die kaiserliche Regierung hatte die Bestrebungen der „Fusion" der Royalisten mit Gleichmut verfolgt und betrachtete ihr Scheitern nicht ohne Schadenfreude. Sie gewann dadurch eine Verstärkung ihres eigenen

Legitimisten.

Ansehens und eine Vermehrung der Überläufer in ihr Lager. Den Legitimisten, deren Reihen sich schon nach dem Staatsstreich gelichtet, hatte sie von Anfang an größere Nachsicht bewiesen als den Orleanisten. Sie begnügte sich mit zeitweiliger Verhaftung legitimistischer Journalisten, Durchsuchung ihrer Papiere, Beschlagnahme ihrer Briefschaften und mit der Auflösung einer legitimistischen „föderalen Liga". Aber sie sträubte sich nicht gegen die Zulassung ehemaliger Schwärmer für das weiße Lilienbanner in General-Bezirks-Municipalräte und hatte die Genugthuung, zwei der namhaftesten Gefolgsmänner Chambords, den Marquis Larochejaquelein und den Marquis Pastoret, in den Senat eintreten

Berryer. zu sehen. Freilich wahrte Berryer, der beredte Rechtsbeistand so mancher wegen politischer Vergehen Angeklagter, seine stolze Unabhängigkeit. Nach seiner Aufnahme in die Akademie im Februar 1855, weigerte er

Montalembert. sogar dem Kaiser die übliche Aufwartung. Auch Montalembert, der seine nach dem Staatsstreich bewiesene Gefügigkeit längst bitter bereute, gefiel sich in der Rolle des Frondeurs. Ein belgisches Blatt veröffentlichte 1854 ein von ihm an Dupin gerichtetes Schreiben, in dem er über die kaiserliche Regierung gleichsam den Stab brach, und der gesetzgebende Körper verstand sich, wennschon widerstrebend, zur Ermächtigung seiner gerichtlichen Verfolgung. Aber Napoleon wollte keinen Märtyrer aus ihm machen. Morny brachte es mit seinem Willen zuwege, daß nach einem Verhör Montalemberts der Ermächtigung keine weitere Folge gegeben ward.

Klerikale. Ein Bindeglied zwischen der Masse der Legitimisten und der kaiserlichen Regierung war die Begünstigung, die sie dem Klerikalismus erzeigte. Sie setzte damit fort, was die Regierung des Prinz-Präsidenten begonnen hatte. Napoleon wußte den Einfluß des Klerus auf breite Volksschichten richtig einzuschätzen und war bestrebt, sich durch Gunstbezeugungen aller Art seine Unterstützung zu erhalten. Die Erhöhung des Gehaltes geistlicher Würdenträger, die Erleichterung der gesetzlichen Anerkennung von Frauenorden, die Zulassung voller Freiheit für bischöfliche Versammlungen, die Verbrämung amtlicher Festakte mit religiösen Zuthaten: das alles bewies den dringenden Wunsch, die Allianz zwischen dem Bonapartismus und dem Klerus zu wahren. Hatte der Kaiser selbst Gelegenheit, auf seinen Reisen durch das Land sich in öffentlicher Ansprache an eines der kirchlichen Oberhäupter zu wenden, so geschah es in den Formen gesuchter Ergebenheit gegenüber „den heiligen Dienern des Himmels". Der Klerus erzeigte sich im allgemeinen dankbar für so viel Wohlwollen. Es gab Bischöfe, die keinen Anstand nahmen, den Inhaber des Thrones mit Konstantin, Karl dem Großen und Ludwig dem Heiligen zu vergleichen. Indessen wollten sich die anspruchsvollsten Verfechter der Kirche mit dem Erreichten keineswegs begnügen. Sie

forderten namentlich Aufhebung jenes Artikels des Code Napoleon, der die kirchliche Einsegnung der Ehe der obligatorischen Civilehe unterordnete, und Beseitigung der sogenannten „organischen Artikel", die dem zwischen Napoleon I. und Pius VII. im Jahre 1801 abgeschlossenen Konkordat zugefügt waren. In Rom wurden diese Forderungen lebhaft unterstützt. Unter der Bedingung ihrer Erfüllung schien die Kurie sogar bereit, einem Lieblingswunsch des Kaisers stattzugeben: in Paris seine Krönung durch den Papst vornehmen zu lassen.

Plan der Krönung des Kaisers durch den Papst.

Geraume Zeit ward über diese Angelegenheit insgeheim verhandelt[1]). Ein Adjutant des Kaisers, General de Cotti, dessen klerikale Gesinnung bekannt war, hatte schon 1852 das Terrain in Rom sondirt. Ihm war Monseigneur de Bonnechose, der Bischof von Carcassonne, gefolgt. Endlich bot sich in der Person des Abbé de Ségur, eines Auditors der Rota, ein sehr eifriger Vermittler. Pius IX. war nicht abgeneigt, das Beispiel Pius' VII. nachzuahmen. Aber Antonelli und die zu Östreich hinneigenden Kardinäle waren entschieden dagegen. In der Umgebung des Kaisers fand seine Idee beim Prinzen Napoleon und bei Persigny den heftigsten Widerstand. Vor allem er selbst konnte sich nicht entschließen, die geforderten Bedingungen zu erfüllen und überkommene staatliche Rechte preiszugeben. So kam es denn zu keiner Verständigung. Man mußte darauf verzichten, Paris das Schauspiel der Krönung des Kaisers durch den Papst zu bieten. Auf beiden Seiten blieb ein Gefühl der Enttäuschung zurück. Doch war das Einvernehmen der staatlichen und kirchlichen Gewalten nach wie vor unerschüttert.

Sein Scheitern.

Es gab ein Gebiet, auf dem die Festigkeit ihres Bündnisses eine starke Probe zu bestehen hatte: das Unterrichtswesen. Das Unterrichtsgesetz von 1850, wiewohl es den klerikalen Heißspornen noch nicht genug that, hatte unter der Firma der Unterrichtsfreiheit der Kirche doch einen großen Triumph verschafft (s. VII. 734). Indessen war schon durch das Dekret vom 9. März 1852 über den öffentlichen Unterricht der Beweis dafür geliefert worden, daß die Staatsgewalt sich ein unbeschränktes Recht der Ernennung, Beaufsichtigung und Absetzung der Lehrer in ihren Anstalten wahren und der Selbständigkeit der Mitglieder des „Oberrates des öffentlichen Unterrichtes" durch ministerielle Ernennung auf ein Jahr noch geringeren Spielraum belassen wollte. Auch die „permanente Sektion" dieses Unterrichtsrates, die in bestimmten Fällen um Rat gefragt werden sollte, ward unterdrückt. Napoleons Unterrichtsminister Fortoul, der ehemalige Professor der Litteratur in Toulouse und Aix, hatte somit freie Hand, nach Belieben auf seinem Gebiet zu schalten und zu walten. Er machte von seinen Befugnissen einen weitgehenden Ge-

Unterrichtswesen.

Fortoul.

[1]) Zur Ergänzung der gedruckten Litteratur dienen mir die Berichte Rumpffs 24. Nov. 1852, 22., 24. Febr., 14. März, 19. Mai 1853. Stadt-Archiv Frankfurt a. M.

brauch. Sein Hauptaugenmerk richtete er auf Einimpfung guter Gesinnung und strenge Einhaltung der genau vorgeschriebenen Programme. Schüler und Studierende sollten vor allem zu gehorsamen Unterthanen erzogen werden. Den Lehrern wurde bei Wahlen zur Pflicht gemacht, für die officiellen Kandidaten zu stimmen. Der Übereifer des Reglementirens führte sogar dazu, ihnen das Abschneiden der Schnurrbärte vorzuschreiben, „um die letzten Spuren der Anarchie aus dem Kostüm wie aus den Sitten verschwinden zu lassen“[1]). Die Unterdrückung der einzigen Professur für Staatsrecht an der Rechtsfakultät in Paris, die Einengung des philosophischen Unterrichtes auf Logik an der humanistischen, von der realistischen getrennten, Abteilung in Lyceen und Kollegien, der wesentlich auf Abrichtung berechnete neue Lehrplan der Normalschule waren gleichfalls deutliche Zeichen der Zeit.

Fortoul hatte die Absicht, dem Staat auch gegenüber der Kirche, seiner Bundesgenossin, auf dem Feld des Unterrichtswesens wieder einen Machtzuwachs zu sichern. Doch verzichtete er auf die Vorlage eines dahin zielenden, schon 1852 ausgearbeiteten Gesetzentwurfes. Er begnügte sich mit dem 1854 angenommenen Gesetz, das teilweise eine Revision des Gesetzes von 1850 bedeutete. Zwar ward auch bei der Vorlage des neuen Gesetzes die Achtung vor „den geheiligten Rechten“ betont, die man unter dem Gesamteindruck der „Freiheit des Unterrichtes“ verstehe. Aber zugleich ward erklärt, daß es auf „eine Erhöhung und Stärkung des staatlichen Unterrichtes“ abgesehen sei. Daher wurden statt der 86 Departemental-Unterrichtsbehörden wieder größere Unterrichtssprengel, „akademische Bezirke“, sechzehn an Zahl, hergestellt und die ernannten Rektoren dieser Bezirke mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet, die sie mit dem Präfekten zu teilen hatten. In „den akademischen Räten“, die dem Rektor zur Seite standen, hatte nur ein Erzbischof oder Bischof Sitz und Stimme, und dieser wurde, wie die übrigen Mitglieder der Räte, vom Unterrichtsminister ernannt. Die Bemühungen der Klerikalen, allen Erzbischöfen und Bischöfen innerhalb der akademischen Bezirke Sitze in den Räten zu sichern, scheiterten. Dafür hatten sie die Genugtuung, an der Normalschule regelmäßige Gebete sowie abendliche religiöse Lektüre vorgeschrieben und den pflichtmäßigen Religionsunterricht an Lyceen und Kollegien durch Geistliche überwacht zu sehen. Vor allem aber machte im Primar- und Sekundarunterricht das Anwachsen der von geistlichen Kongregationen geleiteten öffentlichen und Privatanstalten beständige Fortschritte (s. VII. 732). Allein in der ersten Gruppe stieg die Zahl der Zöglinge beiderlei Geschlechtes von 677 000 im Jahre 1850 bis zum Jahre 1866 auf 1 151 000. Auch der Sekundarunterricht der Mädchen geriet immer mehr in die

Unterrichtsgesetz vom 14 Juni 1854.

Wachstum der kongregationistischen Schulen.

[1]) A. Thomas: Le second empire S. 559. Liard: L'enseignement supérieur en France S. 243.

Hand von Schwesternschaften, die großenteils kein „Befähigungszeugnis" aufweisen konnten. In der Mehrzahl der Fabrikstädte herrschten die kongreganistischen Schulen durchaus vor. Auch sie sollten nach dem Gesetz von 1850 wenigstens einer gewissen staatlichen Inspektion unterliegen. Indessen wurde dieser, wie Duruy, der spätere ausgezeichnete Unterrichtsminister des Kaiserreichs aus eigener Erfahrung bezeugt, in der Regel ein Schnippchen geschlagen[1]).

Spaltung der Klerikalen.

Mittlerweile trat in der Masse der Klerikalen immer deutlicher eine Scheidung von zwei Parteien zu Tage. Die eine, die eine liberale Färbung bewahrte, sträubte sich dagegen, dem Kaisertum unbedingte Gefolgschaft zu leisten und suchte zugleich dem französischen Episkopat ein gewisses Maß von Selbständigkeit zu wahren. Die andere erbot sich der kaiserlichen Regierung zur willigen Hilfe und trieb dabei die ultramontanen Bestrebungen auf die äußerste Spitze. Die erste Partei erkannte in Montalembert noch vor seinem entschiedenen Auftreten von 1854 ihren Führer. An seine Seite stellte sich sein alter Mitstreiter Lacordaire, der gelegentlich von der Kanzel herab die Äußerung wagte, Gott lasse es zu, daß es Kaiser und Henker gebe, damit es Heilige und Märtyrer gebe. Mit ihnen verbündet waren Graf Falloux, der einstige Minister des Prinz-Präsidenten, und Prinz Albert de Broglie, der Sohn des Herzogs Viktor de Broglie und Enkel Madame de Staëls. Zum Haupt der zweiten Partei wurde Veuillot, der grobschlächtige Handwerkersohn aus der Bourgogne, in früher Jugend Fabrikant sehr weltlicher Schriften, durch eine Wallfahrt nach Rom zum streitbaren Vorfechter der Kirche umgewandelt, nacheinander im Sold des Julikönigtums, feuriger Republikaner, eifriger Legitimist und dienstbeflissener Bonapartist. Ohne tiefe Kenntnisse und Reichtum an Ideen eroberte er sich durch ein journalistisches Talent, das die Satire zum Cynismus steigerte, eine beherrschende Stellung. Sein gefürchtetes Werkzeug war die Zeitung der „Univers", zu dessen Leiter er sich aufgeschwungen hatte. Hier fand sich die gleichzeitige Verherrlichung der kaiserlichen und der päpstlichen Allgewalt.

Veuillot.

Seine Zeitung „Univers".

Der selbstbewußte und kecke litterarische Klopffechter war schon 1851 in offenen Kampf mit Sibour, dem Erzbischof von Paris, geraten, der seinen Geistlichen befohlen hatte, sich von der Politik fernzuhalten und sich der unduldsamen Tyrannei einer Tageszeitung nicht zu beugen. Aber Veuillot war seiner Sache zu sicher, als daß er sich Mäßigung hätte auferlegen sollen. Auch die überspannte Forderung des von Kardinal Gousset unterstützten Abbé Gaume, zunächst in den bischöflichen Lehranstalten die Lektüre der heidnischen Klassiker durch die der Kirchenväter

[1]) S. die VII. 734 angeführte Arbeit von Levasseur 1908, dazu u. a. Levasseur: Histoire des classes ouvrières u. s. w. 2. Auflage 1904. II. 738 ff. Victor Duruy: Notes et souvenirs 1901. II. 3.

Dupanloup.

zu ersetzen, ward von Veuillot leidenschaftlich verteidigt. Dies rief den feingebildeten, gelehrten Bischof von Orléans, Dupanloup, der sich später nicht nehmen ließ, in seinem bischöflichen Palast durch Seminaristen Dramen von Sophokles zur Aufführung zu bringen, gegen ihn auf den Plan. Schließlich kam es 1853 zu einer förmlichen Verdammung des „Univers“ durch den Erzbischof Sibour, dem sich mehrere Bischöfe mit dem Verbot, das Blatt länger zu halten, anschlossen. Pius IX. aber nahm Veuillot, der wieder nach Rom pilgerte, durch die Enchklika vom 21. März 1853 in Schutz[1]). Kurze Zeit trat eine Art Waffenstillstand zwischen den beiden Lagern der Klerikalen ein. Allein die Kluft, die sie trennte, blieb unüberbrückt. Sie konnte selbst nach der Ermordung Sibours, der am 3. Januar 1857 dem Messer eines fanatischen Priesters zum Opfer fiel, nicht geschlossen werden. Inzwischen schien das Bündnis zwischen dem Kaisertum und den Ultramontanen unter Veuillots Führung immer enger zu werden. Die kaiserliche Regierung nahm bei der Ernennung von Bischöfen auf die Wünsche Veuillots und seiner Gesinnungsgenossen alle erdenkbare Rücksicht. So gelangten immer mehr Ultramontane strengster Observanz auf die Sitze des französischen Episkopates. Dafür leistete Veuillot mit seinem ultramontanen Anhang im hohen und niederen Klerus dem Kaisertum getreue Heeresfolge. Er durchzog sogar im napoleonischen Interesse das Land als Wanderapostel und mußte über die kaiserliche Gesinnung des Klerus Gutes zu berichten.

Ermordung des Erzbischofs Sibour 3. Jan. 1857.

Knebelung der liberalen Presse.

Es war bezeichnend, daß dem „Univers“, in dem sogar gelegentlich die Wiedereinführung der Inquisition gefordert wurde, eine unbeschränkte Freiheit seitens der Staatsgewalt belassen wurde, während sie fast der gesamten übrigen Presse mehr oder weniger einzwängende Knebel anlegte. Das grundlegende Dekret vom 17. Februar 1852 (s. VII. 769) mit seinen Fallstricken aller Art war darauf berechnet, die Preßfreiheit zu vernichten. Indessen waren den Parteien der Opposition absichtlich einige Organe belassen worden, die unter scharfer Bewachung standen. Das Sprachrohr der Republikaner war der „Siècle“ unter der gewandten Leitung Havins, des Sohnes eines Konventsmitgliedes, Mitgliedes der dynastischen Linken während des Julikönigtums und Anhängers der Republik nach der Februar-Revolution. Das „Journal des Débats“ diente den Orleanisten, die „Gazette de France“ den Legitimisten. In der „Presse“ machte Emile de Girardin, der nach ein paar Monaten der Verbannung wieder hatte heimkehren dürfen und der in nahen Beziehungen zum Prinzen Napoleon stand, bis zum Verkauf seines Blattes an ein Bankhaus, hie und da Opposition auf eigene Faust. Aber mit ihren Waffen der „Verwarnungen“ und „Suspensionen“, von denen sie ausgiebigsten Gebrauch machte, konnte

[1]) J. Friedrich: Geschichte des Vatikanischen Konzils 1877. S. 162, 422.

die Regierung unschwer jede Regung der Kritik ihrer Handlungen im Zaume halten. Auch behielt sie sich das Recht vor, nach Belieben den Abdruck einer „Mitteilung“ zu fordern, die allen Artikeln vorangehen mußte und die oft mit ausgesuchter Schärfe abgefaßt war. Ihr selbst standen, abgesehen vom Moniteur, mehrere große Zeitungen zu Gebote, mit denen im Vertrieb zu wetteifern um so schwerer wurde, als sich das Interesse mächtiger Finanzgrößen nicht selten mit dem des Kaisertums verschwisterte. Die Zeitung, auf deren gute Gesinnung die Regierung rechnete, sollte auch dazu dienen, die Leser zum tollen Spiel mit unsicheren Börsenwerten anzureizen. Dies war der Fall mit dem „Pays“ und mit dem „Constitutionnel“, die in Mirès' Hände gerieten, und zuerst durch den Vicomte de la Guerronière, den ehemaligen Freund Lamartines, ihre politische Färbung erhielten, ebenso mit der „Patrie“, die der Banquier Delamarre, einst Leibgardist Karls X., erwarb. Später kam der „Pays“ unter die Leitung Graniers de Cassagnac, des hitzigsten und streitsüchtigsten Kämpen des napoleonischen Cäsarismus. Je weniger der Erörterung von Fragen des öffentlichen Lebens freier Spielraum gegönnt war, desto verlockender war es, das Publikum durch Enthüllungen aus der Chronik und Skandalchronik von Stadt und Theater, durch Mitteilungen aus der Hof- und Modenwelt oder aus dem Gebiet der schönen Litteratur zu fesseln. Dafür bot das Muster der 1854 von Villemessant, einem geriebenen Kenner seines Faches, begründete und von seinen begabten Mitarbeitern bediente „Figaro“. Der Erfolg dieser Schöpfung war durchschlagend und wurde von keiner der zahlreichen Nachahmungen des Unternehmens erreicht. Auch die unanstößigen neu auftauchenden illustrirten Blätter konnten sich nicht entfernt eines gleichen Absatzes rühmen. Im ganzen und großen stand die Presse mittelbar oder unmittelbar viel zu sehr unter der Herrschaft der Regierung, als daß diese von ihr eine Gefährdung hätte fürchten sollen.

Die officiellen und officiösen Zeitungen.

Der „Figaro“

Wie der Preßfreiheit schon zur Zeit der Diktatur Napoleons ein Riegel vorgeschoben war, so auch der Versammlungsfreiheit. Ein Dekret vom 25. März 1852, das vom Kaisertum übernommen wurde, hatte den Artikel 291 des Strafgesetzes und das Gesetz vom 3. April 1834 in Bezug auf die öffentlichen Versammlungen für maßgebend erklärt. Demnach war ohne obrigkeitliche Erlaubnis jede öffentliche Versammlung von mehr als 20 Personen verboten. Dieselbe Einschränkung galt für die Bildung von Vereinen, zu schweigen von der Bevormundung, der, wie berichtet, insbesondere Arbeitervereine unterworfen waren. Auch in der Ortsverwaltung wurden die Zügel nicht gelockert, sondern schärfer angezogen. Das Gemeindegesetz vom 5. Mai 1855 beließ nicht nur die Ernennung der Maires, die außerhalb des Gemeinderates erkoren werden konnten, der Regierung, sondern überwies ihr in gleicher Weise auch die der Beigeordneten. Die Ernennung erfolgte nur auf fünf Jahre. Die Ernannten

Einengung der Versammlungs- und Vereinsfreiheit.

Centralisation. Gemeindegesetz 5. Mai 1855.

konnten vom Präfekten suspendirt, vom Kaiser abberufen werden. Dasselbe galt für die auf fünf Jahre von den politisch Berechtigten gewählten Gemeinderäte. Im Fall der Auflösung trat eine Regierungskommission an ihre Stelle. In Paris und Lyon blieb es bei der Ernennung der Gemeinderäte durch den Kaiser und bei der Gemeindeverwaltung durch den Präfekten. Die Sitzungen der Gemeinderäte waren nicht öffentlich. In allen Gemeinden über 40 000 Einwohnern gingen sämtliche Befugnisse der allgemeinen Polizei und einige der bisherigen Municipalpolizei auf den Präfekten über. Nimmt man dazu den Fortbestand der Centralisation in der gesamten Staatsverwaltung, so sieht man, daß die kaiserliche Regierung durch tausend Kanäle ihren Willen und Einfluß über das ganze Land hin geltend machen konnte.

Oppositionelle Regungen in den Salons und in der Akademie.

Abgesehen von den Pariser Salons, in denen frondirende Republikaner, Orleanisten, Legitimisten, liberale Katholiken sich ein Stelldichein gaben, traten Regungen der Opposition gegen das Kaiserreich nur an einer Stelle, und auch dann nur hie und da durch rhetorische Anspielungen, ans Tageslicht. Es war das Institut, wo die Aufnahme berühmter parlamentarischer Größen wie Montalemberts, Berryers, des Herzogs von Broglie, Falloux' in den Kreis der Vierzig unter Guizots Präsidium mittels Rede und Gegenrede die Gelegenheit zu politischen Rück- und Ausblicken bot. Der Unterrichtsminister Fortoul suchte daher die Freiheiten der französischen Akademie zu beschränken. Aber Napoleon war einsichtig genug, seine Erlaubnis dafür zu verweigern. Fortoul setzte nur eine Neuerung durch: die Schaffung einer überflüssigen Sektion der Politik, der Verwaltung, der Finanzen, die der Akademie der moralischen Wissenschaften zugefügt wurde und deren zehn Mitglieder schlechtweg durch Regierungsdekret ernannt wurden.

Beseitigung des Kaisertums.

Alles in allem genommen schien das Kaisertum festen Boden gewonnen zu haben. Die alten Parteien waren gebändigt und zum Stillschweigen verurteilt. Der Bauer sah in dem Namen des Kaisers das Ende der unruhigen Zeiten. Die Bourgeoisie war ihm dankbar für den Aufschwung der Geschäfte. Die Masse der Lohnarbeiter hatte keinen Grund oder keine Kraft sich aufzulehnen. Es fehlte noch der Glanz kriegerischen Ruhmes und auswärtiger Erfolge, um die Stirne des Cäsaren mit Lorbeer zu schmücken und das Volk zu berauschen. Zwar hatte Napoleon nach dem Staatsstreich in Bordeaux (s. VII. 776) die zur Beruhigung der Großmächte bestimmte Losung ausgegeben: „Das Kaiserreich ist der Friede." Auch hatte er diese Friedensversicherung bei Eröffnung der Session des gesetzgebenden Körpers für 1853 wiederholt. Aber schon war der Knoten der Ereignisse geschürzt, aus denen das spannende kriegerische Schauspiel der nächsten Jahre hervorging.

II.

Die Vorgeschichte des Krimkrieges.

Seit dem Jahre 1841 hatte die orientalische Frage geschlummert. Ihr Wiedererwachen verknüpfte die beiden westlichen europäischen Großmächte zum Waffenbund gegen den übermütigen nordischen Selbstherrscher. Beinahe lächerlich winzig erschien der Funke, der den Kriegsbrand entzündete. Alte Zänkereien zwischen griechischen und katholischen Mönchen über Gerechtsame hinsichtlich mehrerer der Erinnerung an Christi Leben geweihter „heiliger Stätten" in Palästina, wie der Geburts-Krypta in Bethlehem und der Grabeskirche in Jerusalem, hatten schon seit 1850 zu diplomatischen Verhandlungen geführt, in denen ein 1847 aus der Geburts-Krypta geraubter silberner Stern sowie die Schlüssel zur Hauptthüre der Geburtskirche und zur Krypta eine große Rolle spielten. Napoleon hatte es noch als Präsident der Republik für wichtig gehalten, um die Gunst der französischen Klerikalen zu gewinnen und um Frankreichs überlieferte Stellung als Vorfechter der katholischen Interessen im Orient zu wahren, mit etwas gewagter Berufung auf einen Vertrag der Pforte und Frankreichs von 1740, in Konstantinopel für die Ansprüche der lateinischen Mönche einzutreten. Andrerseits war dem Zaren Nikolaus die Gelegenheit hoch erwünscht gewesen, sich als angeblich berufener Schützer der griechisch-rechtgläubigen Kirche in diese Händel einzumischen. Der Divan, im Gedränge zwischen den Forderungen des französischen Gesandten, des Marquis de Lavalette, herabgemindert, wie sie waren, und denen des russischen Botschafters Titov, hatte sich gegen Ende des Jahres 1851 einer Lösung der Streitfragen zugeneigt, die den Ansprüchen der orthodoxen Griechen sehr weit entgegenkam. Aber Lavalettes Beschwerden und Drohungen entrangen den Ministern des Sultans Abdulmedjid am 8. Februar 1852 einen Ferman, der wenigstens der uneingeweihten Welt gegenüber als ein gewisser Erfolg Frankreichs ausgegeben werden konnte. In der That begnügte sich Lavalette mit der bescheidensten Genugthuung, die denkbar war[1], im Grunde nicht viel mehr als der Auslieferung eines Kirchenschlüssels, und fügte seiner Annahme der getroffenen Entscheidung nur die Wahrung aller Rechtsansprüche Frankreichs aus dem Vertrag von 1740 für die Zukunft bei.

Wiederaufleben der orientalischen Frage.

Die Angelegenheit der heiligen Stätten.

Ferman vom 8. Febr. 1852.

Die Sache schien damit erledigt zu sein. Lavalette begab sich auf einer

Urlaubsreise in die Heimat. General Castelbajac, der Nachfolger Lamoricières als Vertreter Frankreichs in Petersburg, ließ sich in vollkommenes Vertrauen einwiegen. „Ich kann, schrieb er am 15. April 1852 Thouvenel, dem Direktor im Ministerium des Auswärtigen in Paris, an Rußlands Begehrlichkeiten mit Bezug auf die Türkei nicht glauben.... Die Politik Katharinas ist nicht mehr die des Zaren Nikolaus“[1]). Der alte gascognische Edelmann, der in seiner Jugend den Feldzug von 1812 mitgemacht hatte, stand, als Diplomat wieder auf russischen Boden verpflanzt, ganz unter dem Zauber der besänftigenden Reden Nesselrodes. Die tieferen Absichten des Zaren zu durchschauen blieb ihm versagt. In Wahrheit hatte Nikolaus sich entschlossen, aus der Frage der heiligen Stätten eine persönliche Angelegenheit zu machen und die Hohe Pforte sein Übergewicht fühlen zu lassen. Der Ferman des 8. Februar 1852 wurde in Petersburg als unannehmbar befunden. In Konstantinopel trieb man die Nachgiebigkeit gegen den Dränger an der Newa auf die Spitze. Ein neuer Ferman ward insgeheim ausgefertigt, der den früheren derart zu Gunsten der Griechen ergänzte, daß alle weiteren Ansprüche der Lateiner für immer als unberechtigt erklärt wurden. Bei seiner Rückkehr nach Konstantinopel im Sommer 1852 fand Lavalette diese Sachlage vor. Überzeugt von der Doppelzüngigkeit Mehmed Ali Paschas, des früheren Ministers des Auswärtigen, des Schwagers des Sultans, der seit kurzem an Reschids Stelle als Großvezir getreten war, erhob er Beschwerde, ließ sich aber durch das Versprechen beschwichtigen, der den Griechen günstige Ferman solle in Jerusalem nicht öffentlich verkündigt werden. Allein der russische Botschafter bestand auf der feierlichen Verlesung, deren Unterlassung er als Wortbruch des Sultans bezeichnete. Die Pforte gab trotz der Drohungen Lavalettes, zur Blockirung der Dardanellen die französische Flotte herbeirufen zu wollen, wieder dem Drängen Rußlands nach. Von Tag zu Tage wurde das schroffe Benehmen dieser Macht klarer. Auch erhielt sie in dieser Zeit mit Ocerov, der als Geschäftsträger Titov ablöste, einen noch rücksichtsloseren Vertreter des Zaren. Napoleons Minister des Auswärtigen, Drouyn de Lhuys, der den Ernst der Angelegenheit im Orient durchschaute, hielt es für ratsam, im Januar 1853 den allzueifrigen Lavalette unter dem Schein einer Beurlaubung aus Gesundheitsrücksichten abzurufen. Gleichzeitig richtete er eine sehr versöhnlich gehaltene Depesche an Castelbajac, in der er den dringenden Wunsch aussprach, die Frage der heiligen Stätten mit Schonung der persönlichen Gefühle des Zaren, ohne auf dem äußersten Recht Frankreichs zu bestehen, durch freundschaftliche Verständigung beigelegt zu sehen.

Russische Gegenwirkungen.

Versöhnlichkeit Frankreichs.

[1]) Thouvenel: Nicolas I. et Napoléon III. 1891. S. 35. Bernadotte E. Schmitt: The diplomatic preliminaries of the Crimean war (American Historical Review XXV. Oct. 1919).

Ansprüche des Zaren Nikolaus.

Indessen hatte der Zar bereits unzweideutig kundgegeben, daß ihm die Frage der heiligen Stätten die Handhabe für Geltendmachung von Ansprüchen bieten sollte, die zur gefährlichsten Einmischung in die inneren Angelegenheiten des türkischen Reiches führen konnten. Im Frieden von Kutschuk-Kainardschi war 1774 Rußland gestattet worden, außer der Kapelle des Gesandtschaftshauses im Quartier von Pera eine öffentliche Kirche des griechischen Ritus zu erbauen, die beständig unter dem Schutz des russischen Gesandten stehen und gegen jede Unbill gefeit sein sollte. Auch sollte der russische Gesandte berechtigt sein, zu Gunsten der Geistlichen dieser Kirche Vorstellungen zu machen, welche die Pforte zu berücksichtigen verhieß. Aus diesen harmlosen Artikeln hatte Ocerov schon im December 1852 amtlich ein russisches Protektorat über die Gesamtheit der Angehörigen der griechischen Kirche in der Türkei abgeleitet. Die türkischen Staatsmänner waren über eine solche Zumutung empört. Aber der Zar hielt an der Behauptung fest, daß ihm vertragsmäßig das Recht zugesichert sei, die Interessen der Millionen griechischer rechtgläubiger Unterthanen des Sultans zu überwachen. Diesen Ausdruck gebrauchte er in vertraulichen Unterhaltungen mit dem englischen Botschafter Hamilton Seymour, die am 9. Januar begannen und sich über einen Zeitraum von mehreren Wochen erstreckten.

Seine Unterhaltungen mit dem englischen Botschafter.

Im Vollgefühl seiner Macht und von dem Gedanken beherrscht, der günstige Augenblick einer Lösung der orientalischen Frage zum Hauptvorteil Rußlands sei nahe, suchte er sich vor allem Englands zu versichern. Es kam ihm darauf an, durch eine vorherige geheime Verständigung mit der einen großen Seemacht des Westens, die andere, Frankreich, zu vereinzeln, um seine Absichten im Orient ungehindert ausführen zu können. Als günstig für seine Pläne mochte er das nach Napoleons Staatsstreich in England neu geweckte Mißtrauen gegen den unruhigen Nachbarn jenseits des Kanals betrachten. Ebenso erwünscht war ihm die jüngst erfolgte Bildung des englischen Koalitionsministeriums (s. VII. 672) unter Aberdeen, mit dem er schon 1844 bei seinem Besuch in London über den gleichen Gegenstand verhandelt hatte (s. VI. 65) und der ihm ohne Zweifel durch die Billigung der damaligen Denkschrift Nesselrodes als gebunden galt. Wie damals so spielte er auch gegenüber Hamilton Seymour mit dem Gedanken der bevorstehenden Selbstauflösung des hinfälligen türkischen Reiches. Er verglich dies Reich wieder, wie einst Maurokordatos in seiner berühmten Denkschrift von 1820 (s. II. 231), mit einem „kranken Mann" und warf die Frage auf, ob es nicht ratsam sei, daß Rußland und England für den Fall des Todes des Kranken eine Abrede träfen. Dabei betonte er nochmals, daß er selbst nicht an Landgewinn denke. Auch den Wunsch dauernder Erwerbung Konstantinopels stellte er in Abrede. Er erklärte, höchstens vielleicht durch die Umstände gezwungen werden zu

können, als „Depositär" die türkische Hauptstadt zu besetzen. Wie er niemals dulden werde, daß diese Stadt in den dauernden Besitz einer anderen großen Macht übergehe, werde er sich auch der Ausdehnung Griechenlands zu einem byzantinischen Reich oder der Zerstückelung der Türkei in „kleine Republiken, Asyle für Kossuth, Mazzini und andere Revolutionäre Europas," widersetzen[1]). Mit so mancherlei negativen Sätzen ward ein einziger positiver Vorschlag sehr verfänglicher Art verknüpft: Serbien und Bulgarien in „unabhängige Staaten" nach Art der Donaufürstentümer, also „unter russischem Schutz" zu verwandeln. Zum Entgelt wollte der Zar in verschwenderischer Schenkerlaune nichts dagegen einwenden, bei einer Teilung des osmanischen Reiches Aegypten und Kreta in den Besitz Englands übergehen zu sehen.

Zurückhaltung Englands.

Seymour bewahrte gegenüber diesen Herzensergießungen des Zaren, die Nesselrode abzuschwächen suchte, eine vorsichtige Zurückhaltung. Nicht minder vorsichtig, höflich in der Form, aber entschieden in der Sache, wiesen Russell und Clarendon, die nacheinander das auswärtige Amt in dem neuen englischen Ministerium inne hatten, die kaiserlichen Anmutungen und Verlockungen zurück. Russell gab zu erwägen, daß sich keine wirkliche Krisis ereignet habe, die eine Lösung des ungeheuren europäischen Problems notwendig mache. Clarendon bemerkte ironisch, nichts sei geeigneter, eine Auflösung des türkischen Reiches zu überstürzen, als die beständige Prophezeiung, daß sie nahe bevorstehe. Ein noch so allgemein gehaltenes, geheimes englisch russisches Einverständnis für den Fall ungewisser und ferner Ereignisse ward unbedingt abgelehnt. Man war in London um so mehr auf der Hut, da militärische Vorbereitungen Rußlands zu Wasser und zu Lande sich nicht verbergen ließen. Nesselrode stellte sie allerdings als bloße Vorsichtsmaßregeln zur Unterstützung der Unterhandlungen wegen der heiligen Stätten und zur Aufhebung der Wirkung französischer Drohungen in Konstantinopel dar. In Wahrheit sollten sie einem gegen Konstantinopel geplanten Handstreich dienen.

Rußland und Österreich.

Es lag nahe, den Zaren darauf hinzuweisen, daß er bei seinen Erörterungen einer zukünftigen Lösung der orientalischen Frage Österreich, die Nachbarmacht der Türkei, nicht vergessen dürfe. Auch unterließ Seymour es nicht, ihm dies zu Gemüt zu führen. Die Erwiderung, die er darauf erhielt, lautete mit dürren Worten: „Sie müssen wissen, wenn ich von Rußland spreche, spreche ich ebensogut von Österreich. Was

[1]) S. zur Ergänzung der bisherigen Litteratur Sergius Goriainov: The secret agreement of 1844 between Russia and Great Britain (The Russian Review. London 1912. Juli, Nov. I. Nr. 3, 4) und danach Schiemann: Russisch-englische Beziehungen unter Kaiser Nikolaus I. (Zeitschrift für Osteuropäische Geschichte 1913. III. 485—499). Band IV von Schiemanns Geschichte Rußlands unter Nikolaus I. 1919 ist mir leider erst während des Druckes zugekommen.

dem einen ansteht, steht auch dem anderen an, unsere Interessen hinsichtlich der Türkei sind vollkommen gleichartig." Daß er acht Jahre zuvor Metternich durch die kühne Zusage zu blenden versucht hatte: „Die Erbschaft der europäischen Türkei muß im allgemeinen Interesse Östreich zufallen" (s. VI. 341 vgl. VI. 64), schien seinem Gedächtnis völlig entschwunden zu sein. Offenbar rechnete er auf die sichere Gefolgschaft der habsburgischen Monarchie, die er sich für seinen gegen die ungarischen Rebellen geleisteten Beistand und für seine freundschaftliche Haltung während des Zwistes mit Preußen in Warschau und Olmütz zu grenzenloser Dankbarkeit verpflichtet glaubte.

Eben damals war zwischen Östreich und der Türkei ein Streit ausgebrochen, in dem Rußland sich den Anschein geben konnte, ganz auf Östreichs Seite zu stehen. Es handelte sich um das Fürstentum Montenegro, dessen unbändiges Bergvolk, jener kleine aber selbstbewußte Bestandteil der Rajah serbischen Stammes, der behaupteten Oberlehnsherrschaft des Sultans längst den Gehorsam geweigert hatte und durch Raubzüge in die benachbarten Provinzen Mohammedanern wie christlichen Glaubensgenossen schon oft höchst lästig geworden war. Bis dahin hatte der Vladika, der montenegrinische Landesfürst aus dem Geschlecht Njegosch, weltliche und geistliche Gewalt in seiner Hand vereint und war als höherer Geistlicher zur Ehelosigkeit verpflichtet gewesen. Aber der Neffe des Vladika Peters II., Danilo (s. VI. 333), der im Oktober 1851 nach dessen Tod sein Nachfolger wurde, gefesselt durch die schöne Tochter eines Triestiner Großhändlers, lehnte die Annahme der geistlichen Würde ab und fand bei dem Entschluß, die fürstliche Herrschaft, als eine rein weltliche, erblich in seinem Hause zu machen, die Zustimmung seines Volkes. Durch einen Besuch in Petersburg beim Zaren, dem Hort der griechisch-katholischen Slawen, suchte er sich, wie mancher seiner Vorgänger, einen Rückhalt zu verschaffen. In Konstantinopel sah man in dem Geschehenen die Anbahnung völliger Unabhängigkeit. Man beschloß einen Kriegszug gegen die Montenegriner, der mit Zurückeroberung der von ihnen überrumpelten albanesischen Festung Zabljak beginnen sollte.

Die montenegrinische Frage.

An der Spitze eines starken Heeres zog Omer Pascha gegen das etwa nur 150 000 Seelen zählende trotzige Völkchen zu Felde. Omer Pascha, mit seinem ursprünglichen Namen Michael Lattas, Sprößling einer Soldatenfamilie der kroatischen Militärgrenze, in jungen Jahren nach Bosnien desertirt und Mohammedaner geworden, dank der persönlichen Gunst des Sultans Abdulmedjid und dank eigener Tüchtigkeit im türkischen Kriegsdienst rasch emporgestiegen, 1848 im Bunde mit den Russen Bändiger der Erhebung in der Walachei, danach Besieger eines Aufstandes in Bosnien und in der Herzegowina, nahm Zabljak, das Danilo freiwillig räumte, ohne Schwertstreich wieder in Besitz und wandte sich hierauf

im Januar gegen die Gebirgsstellungen der Montenegriner. Trotz ihres heldenmütigen Widerstandes schienen sie der feindlichen Übermacht erliegen zu müssen. Da kam ihnen Hilfe von Österreich. In Wien, wo man ohnehin der Pforte wegen der langen Duldung politischer Flüchtlinge noch grollte, war man nicht taub gegen die Forderungen südslawischer, jüngst erst beim Kampf mit den Ungarn treu erfundener Unterthanen, die über die Bedrückung ihrer Stammesbrüder durch die Türken bittere Klage führten. Auch wünschte man, scheinbar an einem Strang mit Rußland ziehend, der Meinung entgegenzuarbeiten, als hätten die christlichen Völkerschaften der Balkanhalbinsel nur von dort aus Hilfe gegen die Türken zu erwarten.

Einschreiten Österreichs.

Während in den dalmatinischen Grenzbezirken Truppen zusammengezogen wurden, erschien der Feldmarschall-Lieutenant Graf Christian Leiningen als außerordentlicher Bote mit einem drohenden Schreiben des Kaisers Franz Josef beim Sultan[1]). Außer dem Verlangen des Rückzugs der Heerscharen Omers hatte er eine Reihe anderer Forderungen, wie der Entfernung in den türkischen Militärdienst aufgenommener Flüchtlinge aus der Nachbarschaft der Monarchie, bessere Behandlung der Rajahchristen und österreichischer Kaufleute in Bosnien, Abtretung der Enklaven Klek und Sotorino, in Konstantinopel vorzubringen. Ohne sich auf Unterhandlungen einzulassen, stellte er am 11. Februar ein Ultimatum. Von dem Vertreter Frankreichs zur Vorsicht gemahnt, gab die Pforte nach. Sie bewilligte fast alles Geforderte. Blieb sie auch im Besitz der Hafenplätze von Klek und Sotorino, so räumte sie Österreich doch eine Etappenstraße ein. Omer Pascha gab seinen Vormarsch auf Cettinje auf. Montenegro war gerettet.

Sendung Leiningens.

Der Zar wollte sich in Konstantinopel durch Österreich nicht ausstechen lassen. Die bereits beschlossene Entsendung des Fürsten Menšikov als seines außerordentlichen Boten wurde beschleunigt. Menšikov hatte als General, Admiral, Marineminister, Statthalter von Finland die höchsten Posten ausgefüllt. Sein Rang gab ihm ein viel stärkeres Gewicht als dem Geschäftsträger Ocerov. Er wurde von einem großen Stab hoher Land- und Marineofficiere begleitet. Unterwegs hielt er Musterung über die schon nach Bessarabien bestimmten Truppen sowie über die zum Vorstoß gegen Konstantinopel bestimmte Flotte und langte am 28. Februar in der türkischen Hauptstadt an. Die Angelegenheit Montenegros fand er schon erledigt. So blieb die Frage der heiligen Stätten die einzige, die zum Vorwand seiner Begehren dienen konnte. Seine Instruktionen waren nach der Versicherung Nesselrodes gegenüber Hamilton Seymour versöhnlicher Natur. In Wahrheit aber bedeuteten

Sendung Menšikovs.

[1]) Kaiser Franz Josef an den Sultan Abdulmedjid 22. Januar 1853. Arch. Wien. (S. Anhang I.) Antwort des Sultans in Übersetzung. Arch. Wien.

sie das gerade Gegenteil. Er ging schrittweise vor und errang zunächst durch barsches Auftreten einen Triumph. Am 2. März bei seiner ersten Zusammenkunft mit dem Großvezir, der ihn in Galauniform empfing, verletzte er durch Erscheinen im Überrock das übliche Ceremoniell und erklärte mit dem „betrügerischen" Minister des Auswärtigen, Fuad Efendi, nicht verhandeln zu können. Fuad Efendi, der als Fuad Pascha bald berühmt werdende türkische Staatsmann, Sohn eines namhaften Dichters, von Jugend auf vielseitig gebildet und mit westeuropäischer Kultur vertraut, ursprünglich Arzt, dann Dolmetscher und Diplomat, hatte sich zwar 1848 in Bukarest und 1849 in Petersburg der Gunst des Zaren zu erfreuen gehabt (s. VII. 631 ff.). Aber man verzieh ihm an der Newa nicht, daß er in der letzten Verhandlung über die heiligen Stätten in einigen Punkten die Frankreich gegebenen Versprechungen gehalten hatte. Fuad reichte hierauf, was ganz ungebräuchlich war, seine Entlassung ein und erhielt sie sofort. Sein Nachfolger ward der schwächliche Rifat Pascha. Indessen schien Menšikov mit dieser einen Personaländerung noch nicht Genüge geleistet zu sein. Unmittelbar nach der Audienz beim Sultan, in der er ihm ein Schreiben des Zaren überreichte, begab er sich zu dem seit lange von der öffentlichen Bühne zurückgetretenen alten Freunde Rußlands, dem unter Mahmud II. so einflußreichen Chosrew, und beschenkte ihn mit einem in Diamanten gefaßten Bildnis seines kaiserlichen Herrn. Man konnte fast glauben, Chosrew solle als russischer Kandidat für die Stelle des Großvezirates bezeichnet werden.

Ministerwechsel in Konstantinopel.

Am 17. März ging Menšikov einen Schritt weiter. Er forderte durch eine Verbalnote den Abschluß eines förmlichen Vertrags, in dem das durch den Ferman von 1852 in Sachen der heiligen Stätten Bewilligte festgestellt würde. Dieser Vertrag aber sollte noch eine Reihe darüber hinausgehender Artikel enthalten. Sie betrafen vor allem die Stellung des griechischen Patriarchen in Jerusalem und das beanspruchte Recht des russischen Gesandten, sich zu Gunsten der Kirchen in Konstantinopel „und anderwärts" sowie für die Geistlichkeit des „orthodoxen griechisch-russischen" Glaubens zu verwenden. Am Schluß der Verbalnote ward die Pforte vor dem Rat übelgesinnter Mächte, unter denen Frankreich namhaft gemacht wurde, gewarnt. Der Großvezir fand unschwer heraus, daß ein Vertrag mit diesen Artikeln ein Protektorat Rußlands über die gesamte griechische Kirche in der Türkei begründen könne und erfüllte sich mit schwerer Besorgnis. Menšikov aber begann bald aufs neue, den türkischen Staatsmännern in mündlichen Verhandlungen zuzusetzen. Er stellte das Ansinnen an sie, diese Verhandlungen vor den Vertretern der Westmächte geheim zu halten. Zugleich bot er für den Fall, daß die Pforte eines Schutzes gegen sie bedürfe, im Namen seines Herrn, die zweideutige Hilfe der russischen Flotte und eines Landheeres an.

Menšikovs Forderungen.

Verhalten der Westmächte.

Die Westmächte hatten damals nur Geschäftsträger am Platze: Frankreich den im Konsulatdienst emporgekommenen Korsen Benedetti, England den Obersten Rose. Beide blieben nicht in Unkenntnis der Zumutungen Menšikovs. Rose hatte schon am 6. März auf Ersuchen der türkischen Regierung einen Kurier nach Malta gesandt mit der Aufforderung an den Admiral Dundas, sich mit seinem Geschwader nach Vurla am Meerbusen von Smyrna zu begeben. Allein Dundas hielt es für seine Pflicht, in Malta zu verbleiben, bis er Weisungen aus London erhalten habe. Hier fand man, eingelullt durch die beruhigenden Versicherungen Nesselrodes und Brunnows, die Forderung Roses nicht gerechtfertigt. Anders verhielt man sich in Paris. In einem vom Kaiser präsidirten Ministerrat ward am 19. März auf Persignys Andringen beschlossen, die in Toulon vor Anker liegende Flotte nach Salamis fahren zu lassen. Dort sollte sie bereit sein, dem ersten Wink des neuernannten Botschafters in Konstantinopel, de Lacour, zu folgen. In London, wo man immer noch den friedfertigen Petersburger Versicherungen Glauben schenkte, war man von Frankreichs Vorgehen keineswegs erbaut. Indessen hielt man es doch für geraten, die Rückreise des auf dem Posten in Konstantinopel ergrauten Botschafters aus der Heimat zu beeilen. Es war kein Geringerer als Stratford Canning, der seit kurzem als Viscount Stratford de Redcliffe die Peerswürde erhalten hatte. Nach wenigen Monaten Urlaubs langte er wieder auf dem Schauplatz seines langjährigen ruhmreichen Wirkens am goldenen Horn an. Mit ihm, dem genauen Kenner der türkischen Verhältnisse und der russischen Orientpolitik, den der Zar sich einst als Vertreter Englands an seinem Hof verbeten hatte (s. IV. 495), erschien ein ihm gewachsener Widersacher. Er verband höchstes Ansehen und stärkstes Selbstbewußtsein, kluge Umsicht und unbeugsame Willenskraft in seltenem Maße.

Ankunft Stratford Cannings 5. April 1853.

Erledigung der Frage der heiligen Stätten.

Stratfords erstes Bemühen ging dahin, die Frage der heiligen Stätten von allen übrigen zu trennen. Es gelang ihm in der That, zwischen seinem französischen Kollegen de Lacour, der ein paar Tage nach ihm eintraf, und Menšikov eine Vereinbarung zustande zu bringen. Daraufhin konnten an der Pforte zwei neue Fermane ausgearbeitet werden, die geeignet waren, beide Parteien zu befriedigen. Inzwischen aber hatte Menšikov durch eine zweite, schärfer gefaßte Verbalnote vom 19. April das umfassende Programm seiner Forderungen wiederholt. Der von Rußland erheischte Vertrag sollte zwar die mildere, den Türken geläufige Form eines „Sened", einer „Verbriefung", tragen dürfen. Aber der kaum verhüllte Anspruch eines Protektorates des Zaren über sämtliche „griechisch-russisch" gläubige Unterthanen des Sultans blieb in voller Kraft bestehen. Rifat Pascha beschränkte sich auf die Zustellung der beiden Fermane hinsichtlich der heiligen Stätten, überging jedoch den Hauptteil der Verbalnote Menšikovs

Zweite Verbalnote Menšikovs.

mit Stillschweigen. Noch denselben Tag, am 5. Mai, richtete dieser, an Weisungen aus Petersburg gebunden, eine Note an Rifat Pascha, die sich wie ein Ultimatum ausnahm. Sie verlangte eine Antwort bis spätestens fünf Tagen und erklärte, daß eine längere Verzögerung ihm die peinlichsten Pflichten auflegen werde. Indessen die Berechnung der Einschüchterung schlug fehl. Auf Stratfords Rat erfolgte am 10. Mai eine Erwiderung, die, höflich und versöhnlich in der Form, mit ihrem Widerspruch gegen die Zumutung einer Verletzung „der Unabhängigkeit" der türkischen Regierung thatsächlich einer Ablehnung gleichkam. Tags zuvor hatte „der große Elchi", wie seine bewundernden Landsleute nach türkischer Titulatur ihren Botschafter mit Vorliebe nannten[1]), gemäß den von ihm selbst noch in London aufgesetzten Instruktionen, dem Sultan Abdulmedjid versichern dürfen, daß er ermächtigt sei, im Fall einer Gefahr den Oberbefehlshaber der britischen Seemacht im Mittelmeer aufzufordern, sein Geschwader in Bereitschaft zu halten.

Russisches Ultimatum 5. Mai.

Türkische Ablehnung 5. Mai.

Noch gab Menšikov das Spiel nicht verloren. Er verlängerte den angesetzten Termin um vier Tage. Er suchte durch geheime Agenten auf Rifat Pascha zu wirken. Er erzwang sich Zutritt zum Sultan, den der Tod seiner Mutter soeben in tiefe Trauer versetzt hatte, um sich über seine Diener zu beschweren. Dieser kühne Schritt hatte allerdings einen Ministerwechsel zur Folge. Aber man durfte bezweifeln, ob er Rußland zum Nutzen gereichen werde. Der über Menšikovs gröblichen Bruch der Etikette empörte Großvezir Mehemed Ali Pascha nahm seine Entlassung und machte Mustafa Pascha, dem Vorsitzenden des Rates, Platz. Dessen Stelle fiel Rifat Pascha zu, den Stratfords alter Bundesgenosse, Reschid Pascha, im auswärtigen Amt ersetzte. Reschid erbat von Menšikov eine neue Frist, während deren die höchsten aktiven und nicht aktiven Beamten zum Ministerrat zugezogen wurden. Diese Versammlung beschloß am 17. Mai mit großer Mehrheit, was immer Rußland zugestanden werde, eine vertragsmäßige Bindung abzulehnen. Das Ergebnis der Beratung ward von Reschid persönlich Menšikov mitgeteilt. Seine schriftliche Antwort war, er betrachte seine Sendung als beendigt, und er müsse, um seinen Gebieter nicht neuen Beleidigungen auszusetzen, nach ihm erteilter Vollmacht mit dem gesamten Gesandtschaftspersonal Konstantinopel verlassen.

Beschluß des großen Rates 17. Mai.

In diesem kritischen Augenblick dünkte es Stratford Canning angemessen, die Vertreter der drei übrigen Großmächte zu sich zu berufen und die orientalische Frage gleichsam auf den Boden europäischer Überwachung zu stellen. Sie entrangen Menšikov durch den östreichischen Geschäftsträger das Zugeständnis, auf privatem Weg eine Erwiderung der Pforte ent-

Letzte Verhandlungen.

[1]) S. über diese Bezeichnung Stanley Lane Poole: Stratford Canning II. 54.

gegenzunehmen. Noch immer hoffte er die geforderte Verpflichtung des Sultans wenigstens in Form einer türkischen Note zu erwirken. In diesem Sinn war ein von ihm Reschid Pascha übersandter Entwurf abgefaßt. Er kam sofort zu Stratfords Kenntnis, der ihn für unannehmbar hielt. Er veranlaßte seine Kollegen zu der Erklärung, in einer Frage, welche die Souveränität des Sultans so nahe berühre, werde Reschid am besten beurteilen, wie er zu verfahren habe. Durch diese Erklärung gestärkt, entschloß sich Reschid zur Abweisung auch dieses russischen Ansinnens.

Abreise Menšikovs 21. Mai.

Nun endlich machte Menšikov seine Drohung wahr. Am 21. Mai schiffte er sich nach Odessa ein. Das gesamte russische Gesandtschaftspersonal folgte ihm nach. Das kaiserliche Wappen, das in Pera den Eingang des russischen Gesandtschaftshotels schmückte, ward abgenommen.

Bei der Kunde des Mißerfolges Menšikovs bezeugte der Zar fast noch mehr Erstaunen als Zorn. Der Widerstand der von ihm verachteten „türkischen Hunde" erschien ihm schier unbegreiflich. Zunächst ließ er sich bewegen, unter Fortdauer seiner Rüstungen, nochmals den Hebel in Konstantinopel anzusetzen. Auf seinen Befehl richtete Nesselrode am 31. Mai eine letzte Mahnung an Reschid Pascha, nach eingeholter Zustimmung des Sultans den von Menšikov zurückgelassenen Notenentwurf zu unterzeichnen. Zur Übersendung des unterzeichneten Aktenstückes nach Odessa ward eine Frist von acht Tagen gesetzt. Für den Fall der Weigerung wurde Überschreitung der türkischen Reichsgrenze durch russische Truppen angedroht. Sie sollte erfolgen, nicht etwa um gegen den Sultan Krieg zu führen, sondern nur um Rußland „materielle Bürgschaften" zu verschaffen, bis die Pforte die geweigerten „moralischen Bürgschaften" gewähren werde. Ein langatmiges Rundschreiben Nesselrodes an die kaiserlichen Gesandtschaften, zur Mitteilung an die fremden Regierungen bestimmt, suchte den Gang der russischen Politik zu rechtfertigen. In Konstantinopel parirte man am 16. Juni den Hieb durch die Erklärung der Bereitwilligkeit, zur Wiederaufnahme der Verhandlungen einen außerordentlichen Gesandten nach Petersburg schicken zu wollen, ohne der bestimmten Zurückweisung eines Eingriffes in die Souveränität und Unabhängigkeit etwas zu vergeben. Bereits vorher am 4. Juni hatte man sich durch Erlaß eines Fermans gedeckt, der allen christlichen Gemeinschaften und insonderheit der griechischen Kirche ihre Privilegien feierlich bestätigte. Sollte die Drohung des Zaren kein Schlag ins Wasser bleiben, so war das Einrücken seiner Soldaten in die Donaufürstentümer stündlich zu gewärtigen.

Letzte russische Mahnung 31. Mai.

Türkisches Ausweichen 16. Juni.

Die Großmächte.

Schon in diesem Zeitpunkt schien die orientalische Frage sich wieder in eine occidentalische verwandeln zu müssen. Die zwischen Rußland und der Türkei eingetretene Spannung zog die übrigen Großmächte Europas mehr oder minder in Mitleidenschaft. Am wenigsten berührte sie seiner

Preußen.

geographischen Lage nach Preußen. Eine kriegerische Wendung galt in Berlin noch für sehr unwahrscheinlich. Immerhin verfolgte man hier die Dinge mit wachsender Aufmerksamkeit. Daß der Zar sich „willkürlich und rücksichtslos" benehme, konnte selbst Leopold von Gerlach, einer seiner größten Bewunderer, nicht leugnen. Friedrich Wilhelm IV. fand bei aller Verehrung seines Schwagers dessen Anspruch eines einseitigen Protektorates über die griechisch-gläubigen Unterthanen der Pforte doch unerwünscht. Sein Gedanke, den er durch Bunsen in London zu Gehör brachte, war, daß die Rechte der gesamten christlichen Bevölkerung im türkischen Reich durch einen Senedt unter den Schutz aller europäischen Großmächte gestellt werden sollten. Allein schon im englischen Ministerium stieß dieser Plan, von dessen Verwirklichung man eine Schwächung der Türkei fürchtete, auf Widerstand. Noch weniger schmackhaft erschien er in Petersburg. Das heiße, ließ Nesselrode nach Berlin wissen, Rußland um seinen wohlerworbenen, mächtigen Einfluß auf seine Glaubensgenossen bringen. Somit blieb die gutgemeinte Idee des Königs ein frommer Wunsch. Fortan suchte er, wie er Bunsen schrieb, „in absoluter Neutralität das Heil Preußens".

Österreich.

In Wien hatte man allerdings der großen Dienste, die der Zar der habsburgischen Monarchie erwiesen, nicht vergessen und war geneigt, ihn durch theoretische Anerkennung seiner in Konstantinopel erhobenen Forderungen zu befriedigen. Aber Buol wurde den Argwohn gegen weitergehende Absichten Rußlands nicht los. Die in Aussicht genommene Besetzung der Donaufürstentümer drohte zu wichtige Interessen Östreichs zu verletzen, als daß man nicht hätte suchen sollen, sie zu hindern. Daher war gegen Ende Mai Graf Gyulai mit einem Handschreiben seines Kaisers, der den Zaren dringend um Vertagung jener Maßregel bat und eine militärische Mitwirkung Östreichs gegen die Türkei für unthunlich erklärte, nach Petersburg entsandt. Vollends lästig erschien das Ansinnen, das der Zar im Juni durch seinen Gesandten Meyendorff, Buols Schwager, an die östreichische Regierung richtete: durch Besetzung Serbiens, Bosniens und der Herzegowina einen Druck auf die Türkei auszuüben, um im Bunde mit den russischen Gewaltmitteln die Annahme der Mensikovschen Note in Konstantinopel zu erzwingen, wofür Östreich stets russischer Hilfe zur Verteidigung seiner Lande, zumal jenseits der Alpen, versichert sein sollte. Indessen wagte Buol doch nicht, eine unzweideutig feste Stellung gegenüber dem Zaren einzunehmen. Seinerseits äußerte dieser unverhohlenen Groll gegen die Wiener Regierung, die sich für die von ihm geleisteten Dienste nicht dankbar genug erzeige.

England.

Entschiedener war die Haltung der Westmächte. Wider Erwarten übernahm England die Führung. Die Frage der heiligen Stätten hatte hier ganz kalt gelassen. Aber die Frage eines russischen Protektorates

über Millionen der Rajah-Bevölkerung war sehr geeignet, die Gemüter zu erregen. Im Ministerium, auf das Stratford durch seine Berichte aus der Ferne einwirkte, trieb Palmerston zu kräftigem Auftreten für den Schutz der Türkei. Russell schloß sich dieser Meinung an. Clarendon begann in seinem Vertrauen auf die versöhnlichen Zusicherungen Rußlands von Tag zu Tag unsicherer zu werden. Aberdeen, „unser einziger Freund", wie Brunnow in seinen Berichten ihn nannte, blieb nach wie vor seinem Glauben an die Ehrlichkeit der friedfertigen Gesinnungen des Zaren treu, aber er hatte einen schweren Stand gegen mißtrauischere Kollegen. Nach lebhaften Diskussionen kam das englische Kabinet am 2. Juni zu dem Entschluß, dem Geschwader in Malta die Abfahrt nach der Bucht von Besika am sigeischen Vorgebirge südlich der Dardanellen zu befehlen. Von dort konnte es im Notfall rasch zum Schutz Konstantinopels herbeieilen. Frankreich zögerte nicht, das Beispiel Englands zu befehlen. Auf Befehl Napoleons fuhr die französische Flotte, die immer noch in Salamis verweilte, gleichfalls nach der Besikabucht ab und warf neben der englischen Anker.

Frankreich.

Manifest des Zaren 26. Juni.

Länger hielt der erbitterte Zar nicht an sich. In einem Manifest vom 26. Juni erinnerte er seine Unterthanen an den aus unvordenklichen Zeiten stammenden Schwur seiner glorreichen Vorfahren, den orthodoxen Glauben zu verteidigen und kündigte die Besetzung der Donaufürstentümer an. Sie sollten Rußland zunächst als Pfand für die Wiederherstellung seiner verletzten Rechte dienen. Falls aber die halsstarrige und verblendete ottomanische Regierung diese weigere, werde der Zar im Vertrauen auf die göttliche Hilfe zum Schutz des orthodoxen Glaubens in den Kampf gehen. Eine Cirkulardepesche Nesselrodes vom 2. Juli beteuerte nochmals, daß der Zar nicht daran denke, das türkische Reich stürzen oder sich auf Kosten desselben bereichern zu wollen, und suchte mit dem Hinweis auf die Flottenbewegung der Westmächte, Rußlands Vorgehen vor „dem unparteiischen Europa" zu rechtfertigen. An demselben Tag, dem 2. Juli, überschritten die russischen Truppen den Pruth. Vier Tage später hielt ihr Oberbefehlshaber Fürst Michael Gorčakov seinen Einzug in Bukarest. Im Widerspruch mit der Zusage voller Erhaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse von Moldau und Walachei, wurde den Hospodaren befohlen, jede Verbindung mit der Pforte abzubrechen. Der Zwangskurs des russischen Papiergeldes wurde eingeführt und ein Teil der moldau-walachischen Miliz dem russischen Heer einverleibt. Später, als die geängstigten Hospodare sich außer Landes, nach Wien, begaben, setzte Gorčakov zwei russische Regierungspräsidenten ein und legte Beschlag auf alle Kassen.

Überschreiten des Pruth 2. Juli.

In Konstantinopel wirkte die Kunde des Einmarsches der Russen in die Donaufürstentümer so aufreizend, daß den Sultan die Entlassung des

Großvezirs und des Ministers des Auswärtigen, als zu friedfertiger Ratgeber, nötig dünkte. Doch ließ er sich durch Stratford zu ihrer Beibehaltung bewegen und begnügte sich mit einem Protest gegen den russischen Gewaltakt. In London und Paris bedeutete man die russische Regierung, daß die Pforte das Recht habe, in der geschehenen Verletzung ihres Gebietes eine kriegerische Handlung zu sehen. Hier wie dort wurde hinzugefügt, daß unter diesen Umständen eine allfällige Öffnung der im Frieden fremden Kriegsschiffen verschlossenen Meerengen der Dardanellen und des Bosporus für die zum Schutz Konstantinopels herbeigerufenen westmächtlichen Flotten keine Mißachtung des Vertrages vom 13. Juli 1841 (s. V. 430) bedeuten werde. Soviel war klar, mit Hübner, dem scharfsichtigen östreichischen Botschafter in Paris, zu sprechen: an dem Tage, an welchem die Russen den Pruth überschritten, wurde die orientalische Frage „eine europäische Lebensfrage".

Protest des Sultans.

Mittlerweile mühte eine Konferenz der Vertreter Englands, Frankreichs, Preußens in Wien unter Vorsitz Buols sich ab, noch eine friedliche Lösung der russisch-türkischen Verwicklung ausfindig zu machen[1]). Der französische Entwurf einer Note lag ihr vor, die darauf berechnet war, ohne Demütigung der Pforte den Zaren ihres Entgegenkommens zu versichern. Er war bereits von Paris aus bedeutet worden, daß man ihm hinsichtlich seiner Hauptforderungen „Genugthuung" gewähren wolle. Am 27. Juli machte die Konferenz sich diese Note mit wenigen Abweichungen zu eigen und übersandte sie gleichzeitig nach Petersburg und Konstantinopel. In Petersburg fand man zwar, daß die Wiener Note nicht vollständig der Note Menšikovs entspreche, erklärte sich aber zu ihrer Annahme bereit, vorausgesetzt, daß sie in Konstantinopel völlig unverändert gutgeheißen werde. Hier aber hielt man zur Vermeidung gefährlicher Auslegung einige Änderungen für unumgänglich. Vergeblich suchte der seit kurzem in Konstantinopel als östreichischer Internuntius angelangte Bruck die Bedenken der türkischen Staatsmänner zu überwinden[2]). Er fand sich durch Stratford, seinen englischen Kollegen, der persönlich das diplomatische Wiener Machwerk mißbilligte, nicht genügend unterstützt und sah mit Sorgen die kriegerische Stimmung in der Umgebung des Sultans wachsen. Der Zar versuchte inzwischen mit Castelbajac dasselbe Spiel wie zu Anfang des Jahres mit Hamilton Seymour. Er entwarf dem Vertreter Napoleons gleichfalls ein Bild des „kranken Mannes".

Die Wiener Konferenzen sein Ende Juni.

Die Wiener Note 27. Juli.

Änderungsvorschläge in Konstantinopel.

[1]) Zur Ergänzung der früheren Litteratur s. Bapst: Les origines de la guerre de Crimée 1912.

[2]) S. über diese Periode der politischen Thätigkeit Brucks und über seine „Memoiren aus der Zeit des Krimkriegs" Friedjung: Der Krimkrieg und die österreichische Politik 1907, hier wie für den Gegenstand überhaupt zur Ergänzung von Adolf Beer, und Charmatz: Minister Freiherr von Bruck 1916.

Er besprach mit ihm die Möglichkeiten der künftigen Erbschaft. Er erklärte „die sehr nahe Auflösung des türkischen Reiches“ selbst im Fall einer friedlichen Lösung der augenblicklichen Spannung durch unveränderte Annahme der Wiener Note für unabwendbar.

Nesselrodes Weigerung und Kommentar 7. September.

Die Weigerung der Pforte, die Wiener Note Wort für Wort gutzuheißen, ward in Petersburg als ehrenrührig betrachtet. Eine Depesche Nesselrodes vom 7. September kündigte den Mächten den festen Entschluß des Zaren an, sich auf die von Reschid Pascha vorgeschlagenen Änderungen nicht einzulassen. Freilich rechtfertigte die nicht geheim bleibende Auslegung, die er nachträglich den in Konstantinopel angefochtenen Stellen gab, nur allzu deutlich die hier gemachten Vorbehalte. Dem Mißtrauen gegen Hintergedanken des Zaren in London und Paris wurde dadurch neue Nahrung gegeben. An beiden Stellen ward eine nochmalige Empfehlung der Wiener Note in Konstantinopel abgelehnt. Auf Andrängen Drouyn de Lhuys gab das englische Kabinet sogar dem Vorschlag allfälliger Einfahrt der westmächtlichen Flotten in die Dardanellen seine Zustimmung. Schon vorher, als während des Bairamfestes Ausschreitungen mohammedanischer Fanatiker befürchtet wurden, waren von den westmächtlichen Gesandten zwei französische und zwei englische Fregatten herbeicitirt worden, die erst anfangs Oktober in die Besikabucht zurückkehrten. Brunnow protestirte gegen eine Verletzung des Meerengenvertrags von 1841. Aber Clarendon gab ihm zur Antwort, von dem Augenblick, in dem der erste russische Soldat die Donaufürstentümer betreten, habe die Pforte aufgehört, im Frieden zu sein.

Vorschlag der Einfahrt der westmächtlichen Flotten durch die Dardanellen 22. Sept.

Noch war es nicht zum offenen Bruch zwischen Konstantinopel und Petersburg gekommen. Noch klammerten sich die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens an eine Zusammenkunft des Zaren mit dem Kaiser Franz Josef, die Ende September in Olmütz stattfand, und auf die anfangs Oktober eine Zusammenkunft beider Herrscher mit Friedrich Wilhelm IV. in Warschau und ein Gegenbesuch des Zaren in Potsdam folgten. Allerdings ward in Olmütz zwischen Buol und Nesselrode ein neuer Aussöhnungsplan verabredet. Die Pforte sollte nochmals durch die vier Mächte zur Unterzeichnung der Wiener Note ohne Änderung des Wortlautes eingeladen werden. Dafür sollte sie die feierliche Versicherung erhalten, daß dies Dokument nach bestimmter Zusage der russischen Regierung die Souveränitätsrechte und die Würde des Sultans keineswegs beeinträchtige. Auch beteuerte der Zar, er denke nicht an einen Angriff gegen die Türken und werde die Donau aus freien Stücken nicht überschreiten. Übrigens war es klar, daß er Östreich und Preußen an sich heranziehen, womöglich im Fall einer Verwicklung mit den Westmächten zur Parteinahme für Rußland zu verpflichten wünschte. Diesen Zweck erreichte er freilich nicht. Franz Josef hatte schon vorher den Lockungen des Zaren widerstanden,

Zusammenkunft in Olmütz und Warschau Sept. Okt.

sich für ein gemeinsames Protektorat sich losreißender türkischer Gebiete unter Fürsten eigener Wahl und für Verwandlung Konstantinopels in eine Freistadt unter gemeinsamer Garantie zu erklären[1]). Er fand Nesselrode mit dem allgemein gehaltenen Versprechen ab, Östreich werde dem alten Bündnis treu bleiben. Manteuffel ließ sich auf nichts Schriftliches ein und beschränkte sich in einem erregten Gespräch mit dem Zaren auf die Beteuerung, falls aus den russisch-türkischen Händeln ein europäischer Krieg entstehe, in dem es sich um einen Kampf der Revolution mit den konservativen Interessen handle, werde Preußen mit aller Kraft für die letzten in die Schranken treten[2]). Immerhin konnte der Zar glauben, auf eine wohlwollende Neutralität der beiden deutschen Großmächte zählen zu dürfen. Das Begegnis mit ihren Herrschern, auf die er wie ein gnädiger Protektor herabsah, hatte jedenfalls nicht dazu gedient, das hochmütige Vertrauen auf seine Selbstherrlichkeit zu erschüttern.

Kriegerische Stimmung in Konstantinopel.

Währenddes war die Entscheidung in Konstantinopel gefallen. Die Friedenspartei hatte hier von Tag zu Tag an Boden verloren. Ulemas und Derwische predigten den heiligen Krieg. Der Scheich ul Islam, der erste geistliche Würdenträger, wurde mitgerissen, der Sultan, in dessen Palast eine Deputation von Ulemas Zutritt fand, eingeschüchtert. Reschid Pascha und seine Genossen im Ministerium ließen sich von der Strömung treiben. Stratford, der freilich durch sein außeramtliches Auftreten zur Ermutigung des Divans sehr viel beigetragen hatte, wäre, selbst wenn er es gewollt hätte, nicht mehr fähig gewesen, sie einzudämmen. Als die Nachricht der russischen Verwerfung jeder Abänderung der Wiener Note angelangt war, empfahl ein großer Rat der höchsten Beamten, Officiere und Ulemas am 26. September einhellig dem Sultan, keine weiteren Zugeständnisse zu machen und der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Am 4. Oktober erfolgte die Kriegserklärung an Rußland und die Veröffentlichung eines Manifestes zu ihrer Rechtfertigung. Zwei Tage danach forderte Omer Pascha, der Höchstkommandirende der rumelischen Truppen, von seinem Hauptquartier Schumla aus, Gorčakov auf, binnen fünfzehn Tagen die Donaufürstentümer zu räumen. Gorčakov erwiderte, daß er dazu ebensowenig befugt sei, wie zu Friedensverhandlungen oder zur Eröffnung des Krieges. Am 7. Oktober ersuchte die Pforte die Botschafter der Westmächte, gemäß ihren Vollmachten die vereinigten Flotten in die Dardanellen einlaufen zu lassen. Stratford, der einen neuen Vermittlungsvorschlag ersonnen hatte, wußte die Erteilung der geforderten Befehle an die Admirale noch eine Woche hinzuzögern und erreichte bei Reschid eine zehntägige Verlängerung der von Omer Pascha gesetzten

Türkische Kriegserklärung 4. Okt.

Befehl zur Einfahrt der westmächtlichen Flotten 15. Oktober.

[1]) Schlitter: Aus der Regierungszeit Kaiser Franz Josephs I. Wien 1919. S. 93, 94.

[2]) H. von Poschinger: Preußens auswärtige Politik. 1850—1858. Berlin 1902. II. 150.

Frist. Aber die Weisung erreichte diesen zu spät. Die Feindseligkeiten hatten schon begonnen. Ein Kriegsmanifest des Zaren vom 1. November, in dem die Pforte des Vertragsbruches beschuldigt und das russische Volk an „die heilige und gerechte Sache der Verteidigung der rechtgläubigen Kirche im Orient" erinnert wurde, erwiderte in verschärfter Tonart das Manifest des Sultans. Während die Federn der Diplomaten noch immer zu Gunsten der Erhaltung des Friedens geschäftig waren, sprach bereits der eherne Mund der Kanonen.

Kriegsmanifest des Zaren 1 Nov.

Seine Enttäuschungen.

Bis dahin hatten den Zaren alle seine Berechnungen getrogen. Er hatte gewähnt, in Konstantinopel durch Einschüchterung seinen Zweck zu erreichen und war hier auf unerwartete Abwehr gestoßen. Er hatte versucht, einen Keil zwischen die Westmächte zu treiben und sah sie allmählich immer näher aneinander rücken. Er hatte gehofft, Östreich und Preußen durch bestimmte Verpflichtungen zu binden und mußte sich mit allgemeinen wohlwollenden Versicherungen begnügen. Eine nicht geringere Enttäuschung bereitete ihm die militärische Widerstandskraft der verachteten Türken. In einem ersten Gefecht erlitten die russischen Kriegsschiffe, die von Ismail nach Galatz die Donau hinauffahren sollten, beim Passiren der Festung Isaktscha am 23. Oktober nicht geringe Verluste. Dann überschritten bei Kalafat, Nikopoli, Oltenitza drei türkische Korps die Donau und verschanzten sich auf dem nördlichen Ufer. Die stärkste Abteilung stieß am 4. November bei Oltenitza mit dem General Dannenberg zusammen, der in zwei Gefechten beinahe tausend Mann einbüßte. Erst als Gorčakov selbst bei Oltenitza eintraf, zogen sich die Türken unbelästigt von der Übermacht auf das jenseitige Ufer zurück. Dies geschah auch sonst. Doch behaupteten sie sich in Kalafat und Giurgewo und zwangen am 6. Januar 1854 bei Cetate den Feind unter schweren Verlusten zum Weichen. Mitte Februar mußten sie freilich Giurgewo räumen. Aber sie hielten sich tapfer auf mehreren Inseln des Stromes und vernichteten bei Kalarasch einen Teil der gegen Silistria errichteten Batterieen. Die ersten stark übertriebenen Siegesberichte steigerten den mohammedanischen Enthusiasmus in Konstantinopel. Er wurde auch durch die Kunde der Mißerfolge auf dem asiatischen Kriegsschauplatz wenig gedämpft. Dort war die Erstürmung des russischen Forts St. Nicolai am schwarzen Meer die einzige That, deren man sich rühmen konnte. Ein Aufstand in Kaukasien, auf den man gehofft hatte, unterblieb, und ein bis Georgien vorgedrungenes türkisches Korps mußte sich nach einer blutigen Niederlage hinter die Wälle der Festung Kars zurückziehen.

Beginn der türkisch-russischen Kämpfe.

Bisher handelte es sich nur um einen Waffengang zwischen Rußland und der Türkei. Aber, wie Prinz Albert von Windsor aus sorgenvoll am

Gereiztheit der Westmächte.

16. Oktober dem Freunde Stockmar schrieb, die Möglichkeit, einen europäischen Krieg vermeiden zu können, schwand immer mehr. Gleich der Königin Viktoria und gleich Aberdeen ängstlich bestrebt, einen Bruch mit Rußland zu vermeiden, konnte er doch nicht leugnen, daß der Zar die Lösung dieser Aufgabe äußerst erschwere. Er fand das russische Kriegsmanifest vom 1. November „voller Hochmut und Falschheit". Er verurteilte ein zwei Tage vorher an die Königin Viktoria gerichtetes eigenhändiges Schreiben des russischen Selbstherrschers, durch das dieser sie aufforderte, zwischen ihm und ihrem Ministerium „zu entscheiden" und nicht zu dulden, „daß die englische Flagge neben dem Halbmond wehe, um das Andreaskreuz zu bekämpfen". Die Erwiderung der Königin ließ den Zaren nicht darüber im Zweifel, daß er sich durch Berufung auf den Vertrag von Kutschuk-Kainardschi und durch Einmarsch seiner Truppen in die Donaufürstentümer ins Unrecht gesetzt habe. Sie fügte allerdings den Ausdruck der Hoffnung auf Herstellung der russisch-türkischen Annäherung und auf Vermeidung eines allgemeinen europäischen Brandes hinzu. Aber der Zar machte in seiner Rückantwort aus seiner gereizten Stimmung kein Hehl und wälzte die Verantwortlichkeit für den Ausbruch eines allgemeinen Krieges im voraus von sich ab[1]). Daß Frankreich und England denselben Gang einhalten würden, konnte ihm nicht länger verborgen bleiben. Kiselev, im November der Gast des Kaiserpaares in Fontainebleau, mochte von seiner Aufnahme daselbst entzückt sein und den Eindruck mit hinwegnehmen, daß Napoleon an Krieg nicht denke. Aber er hatte doch zu berichten, daß der Kaiser ihm sein Bedauern über Widersprüche der „wohlwollenden Beteuerungen" und einzelner „Handlungen und Maßnahmen" des Zaren kundgegeben habe[2]). Ein Zeichen der französischen Auffassung der Lage war es auch, daß de Lacour, als zu wenig selbständig und thatkräftig, von seinem Posten als Botschafter in Konstantinopel abgerufen und durch einen energischen, rauhen Soldaten, den General Baraguay d'Hilliers, ersetzt wurde.

Haltung Östreichs.

In je weitere Ferne die Aussicht auf Beilegung des ausgebrochenen Kampfes rückte, desto unbehaglicher wurde der östreichischen Regierung zu Mute. Bis dahin hatte sie durch ihre schwächliche Haltung den Zaren ermutigt, auf dem betretenen Wege fortzuschreiten. Nach der Kriegserklärung der Pforte verkündigte sie ihren Willen vollkommener Neutralität. Sie setzte sogar aus finanziellen Gründen die Stärke der Armee bedeutend herab. Sie unterließ alles, was sie befähigen konnte, ihr Gewicht in die Wagschale zu werfen, falls Rußland die Donaufürstentümer

[1]) Martens: Recueil XII. 355, zur Ergänzung von Stockmar, Bunsen, Martin: Prince Albert, Letters of Queen Victoria u. a. Martens' Kommentar ist, wie häufig, sehr anfechtbar.

[2]) Martens: Recueil XV. 275.

festhielt oder gar die mit den östreichischen Südslawen stammverwandten christlichen Unterthanen der Türkei südlich der Donau zur Erhebung anstachelte. Indessen mehrten sich die Gründe des Verdachtes, daß man beim Fortgang des Krieges in Petersburg nicht davor zurückschrecken werde, auch von dieser Waffe Gebrauch zu machen, deren Anwendung nach warmer Empfehlung des panslawistischen Führers Pogodin dem Zaren sehr einleuchtete [1]). Außerdem aber wuchs die ganze Verwicklung immer sichtbarer über den Rahmen der orientalischen Frage hinaus. Dies betonte namentlich Hübner auf seinem Beobachtungsposten in Paris. „Es ist nicht die Türkei, mahnte er Buol schon am 13. November, um die es sich handelt. Für England und für Frankreich handelt es sich um das Übergewicht Rußlands ... Heute begreift man, daß, um die Partie zu gewinnen, Rußland zum Rückzug gezwungen werden muß. Daher wendet man sich an jene Macht, die über die Mittel verfügt, die freiwillige oder erzwungene Räumung der Fürstentümer zu veranlassen." Er erklärte das Festhalten an der Neutralität bei einem Zusammenstoß der Westmächte mit Rußland für unmöglich und glaubte voraussagen zu dürfen, daß man bald einen endgiltigen Beschluß werde fassen müssen.

Wiederaufleben der Wiener Konferenzen.

In Wien blieben diese Warnungen nicht ohne Eindruck. Buol ward allmählich für die Idee gewonnen, ohne Rücksicht auf die Reizbarkeit des Zaren dessen Händel mit der Türkei gleichsam dem Ausspruch der übrigen Großmächte zu unterwerfen. Sie sollten beiden kriegführenden Parteien zunächst zum Abschluß eines Waffenstillstandes, dann zur Herstellung des Friedens ihre förmliche Vermittlung anbieten. Manteuffel, dem vor einem Zusammenstoß zwischen Rußland und den Westmächten bangte, begrüßte diese Wendung mit Freuden. In Paris und in London war man zur Mitwirkung bereit. So lebten denn die Wiener Konferenzen der vier Mächte wieder auf. Bereits am 5. December führten sie zur Unterzeichnung eines Protokolles, das dem Zaren auf höfliche Art seine Zusage ins Gedächtnis rief, weder den Bestand der Türkei antasten, noch die Autorität des Sultans über seine christlichen Unterthanen schmälern zu wollen. Dem Protokoll ward eine an die Hohe Pforte gerichtete Kollektivnote beigefügt, durch die sie aufgefordert wurde, nach Abschluß eines Waffenstillstandes ihre Anerbietungen zu erneuern und auf neutralem Boden in Gegenwart der Gesandten Östreichs, Frankreichs, Großbritanniens, Preußens durch einen Bevollmächtigten mit einem russischen Bevollmächtigten in Unterhandlung zu treten.

Protokoll und Kollektivnote vom 5. Dec.

Seeschlacht bei Sinope 30. Nov.

Ein unvorhergesehenes kriegerisches Ereignis trug nicht wenig dazu bei, dies künstliche diplomatische Netzwerk zu zerreißen. Gegen Ende Oktober hatten die Flotten der Westmächte am goldenen Horn Anker ge-

[1]) S. bei Martens: Recueil XII. 343 ff. die Auszüge aus einer Denkschrift des Zaren Nikolaus vom November 1853 und die Gegenbemerkungen Nesselrodes.

worfen. Im November lag eine Anzahl ihrer Schiffe am Bosporus. Eine Ausfahrt in das stürmische schwarze Meer war noch unterblieben. Inzwischen sammelte sich ein türkisches Geschwader auf der unsicheren Reede von Sinope, sei es, um Proviant nach der Festung Batum, sei es, um Waffen und Munition nach der tscherkessischen Küste zu führen. Am 30. November ward es von einer überlegenen russischen Streitmacht unter dem Admiral Nachimov angegriffen und nach kurzem, grausigem Kampf vollständig vernichtet. An 4000 Mann der Besatzung gingen dabei elendiglich zu Grunde. Ein Teil der Stadt Sinope ward ein Raub der Flammen. Ein einziges Dampfschiff konnte sich retten, um die Nachricht des Geschehenen nach Konstantinopel zu verbringen. Die Kunde des „Gemetzels von Sinope", wie man das Vorgefallene nannte, die am 11. December auf telegraphischem Weg über Wien in den Hauptstädten der Westmächte anlangte, schlug dort blitzartig ein. An sich hätte das Ereignis, ein Seitenstück zur Seeschlacht von Navarino, angesichts des Kriegszustandes, in dem sich Rußland und die Türkei befanden, keinen Grund für den Ausbruch der Empörung abgeben können. Aber man entrüstete sich darüber, daß die That gleichsam unter den Augen der westmächtlichen Admirale vollführt worden war, deren Aufgabe, türkisches Gebiet vor russischen Angriffen zu schützen, in Petersburg bekannt gegeben war.

Eindruck in Frankreich.

In Frankreich begann die öffentliche Meinung, die bis dahin gegenüber den Ereignissen im Orient große Kühle bewahrt hatte, bei der Vorstellung einer Verletzung der nationalen Ehre allmählich sich zu erwärmen. „Der kühne Streich Rußlands, schrieb Drouyn de Lhuys erbittert an Castelbajac, trifft nicht nur die Türkei." „Die Zeit der Erklärungen und Demonstrationen, sagte er dem Vertreter der freien deutschen Städte, ist nun vorüber. Jetzt kommt es aufs Handeln an. Die Moderation des Kaisers Napoleon ist in ganz Europa anerkannt und gewürdigt. Aber diese Moderation hat eine sehr bestimmte Grenze. Er ist in dieser Hinsicht von ganz anderem Stoff als Louis Philipp"[1]). In der That fühlte Napoleon sich bewogen, England eine kräftige Gegenmaßregel vorzuschlagen. Die vereinigten westmächtlichen Flotten sollten durch die Gesandtschaften in Konstantinopel angewiesen werden, in das schwarze Meer auszufahren, mit dem Auftrag, nicht nur neue russische Angriffe gegen die türkische Küste zu hindern, sondern auch türkische Transporte zur Verproviantirung ihrer Truppen in Kleinasien zu schützen. Jedes russische Kriegsschiff sollte bei einer Begegnung mit Kriegsschiffen der Westmächte aufgefordert werden, nach Sebastopol oder in den nächsten Hafen zurückzukehren.

Erregung in England.

In England, wo man ganz vergessen zu haben schien, daß 1807 eine englische Flotte mitten im Frieden Kopenhagen bombardirt hatte, kannte

[1]) Bericht Rumpffs 20. Dec. 1853. Stadt-Archiv Frankfurt a. M.

die Erregung über die „barbarische Unthat“ von Sinope keine Grenzen. Ein kriegerischer Taumel ergriff weite Volkskreise. In den Zeitungen erhob sich ein Geschrei gegen Aberdeen als verkappten oder gar gekauften Russenfreund. Die blinde Wut nahm auch den Prinzen Albert, „den Fremden“, „den Koburger“, den „verräterischen“ Mentor der Königin, zur Zielscheibe. Sie zog Nahrung aus dem schon von früher her nicht verborgenen Gegensatz der Ansichten des Herrscherpaares und Palmerstons (s. VII. 659 ff.), der, von einer ihm ergebenen Meute in der Presse bedient, als wahrer Verfechter der nationalen Würde auf den Schild erhoben wurde. Die Leidenschaften erhielten neuen Brennstoff in Folge des zeitweiligen Rücktrittes dieses Abgottes Tausender von seinem Posten. Palmerston nahm seine Mißbilligung einer von Russell ausgearbeiteten, nach den Enthüllungen der Wahlumtriebe von 1852 von ihm für unaufschiebbar erklärten Reformvorlage zum Anlaß, um am 15. December seinen Abschied zu fordern. Nach allgemeinem Urteil war sein Austritt, wie auch Bunsen nach Berlin berichtete, „eine Kriegserklärung gegen das Ministerium“ in der orientalischen Frage. In Wahrheit suchte er einen Vorwand, das Kabinet zu sprengen und namentlich Russell bei Seite zu schieben. Als ihm dies nicht gelang, bauten ihm die Peeliten, als Vermittler, eine goldene Brücke zum Wiedereintritt. Auch dieser aber ward von Uneingeweihten als ein Sieg des patriotischen „Russenfeindes“ ausgelegt, nachdem das Ministerium sich für die Annahme des französischen Vorschlags hinsichtlich der Flotten entschieden hatte. Palmerston nutzte die ihm dargebrachten Huldigungen aus und wurde fortan in London die treibende Kraft für den Abschluß einer Allianz der Westmächte und der Türkei.

Rücktritt und Wiedereintritt Palmerstons 15. 26. Dec.

Inzwischen war am 16. December die Wiener Kollektivnote vom 5. des Monats angelangt. Tags zuvor hatte Reschid Pascha eine identische Note der Vertreter Englands, Frankreichs, Östreichs, Preußens entgegengenommen, die auf Betreiben Stratford Cannings zustande gekommen war. Auch diese Note befürwortete eine Erklärung der Pforte, daß sie bereit sei, einen Bevollmächtigten an einen nach Wahl der vier Großmächte zu bestimmenden Ort zu entsenden, um nach Abschluß eines Waffenstillstandes, unter der Bedingung baldiger Räumung der Donaufürstentümer, mit einem Bevollmächtigten des Zaren auf Grund der alten Verträge über die Herstellung des Friedens zu verhandeln. Für die volle Berechtigung, als ein Glied der europäischen Staatenfamilie betrachtet zu werden, sowie für die Bestätigung und Vervollständigung des Meerengenvertrags wollte die Pforte, nach dem weiteren Inhalt dieses Aktenstückes, die guten Dienste der Großmächte in Anspruch nehmen. Dafür sollte sie die Gerechtsame der christlichen Gemeinschaften innerhalb ihres Gebietes nicht nur nochmals bestätigen, sondern auf alle in gleicher Weise ausdehnen und die Zusage geben, allen Klassen ihrer Unterthanen

Identische Note der Gesandten in Konstantinopel 15. Dec.

die Wohlthaten der Gerechtigkeit und Sicherheit verschaffen und zu dem Zweck in allen Zweigen der Staatsverwaltung gemäß den heißen Wünschen des Sultans die nötigen Reformen einführen zu wollen. In Erwartung der Annahme dieser Urkunde hielt Stratford im Einverständnis mit seinen Kollegen es für geraten, die Überreichung der Wiener Kollektivnote zu verschieben. Sie sollte „als zweite Sehne des Bogens" zurückgehalten werden, falls etwa die erste versagte. In der That ging Stratfords ehrgeiziger Wunsch, als Sieger in diesem diplomatischen Spiel der Wiener Konferenz den Rang abzulaufen, in Erfüllung. Die wütenden Softas und Volkshaufen, die Rache für Sinope forderten, wurden gebändigt. Der Sultan, dem Stratford Mut einsprach, folgte ganz seiner Leitung. Der große Rat gab die erforderte Zustimmung, und eine Kollektivnote der Pforte vom 31. December nahm die Vorschläge der Vertreter der vier Mächte an. Drei Tage später liefen die vereinigten Geschwader Englands und Frankreichs in das schwarze Meer ein. Eine englische Fregatte überbrachte die Weisungen der verbündeten Admirale nach Sebastopol. Sobald der Wiener Konferenz die zustimmende Antwort der Pforte vom 31. December bekannt wurde, beeilte sie sich, durch ein Protokoll vom 13. Januar 1854 zu erklären, diese Antwort stehe mit ihrer Kollektivnote vom 5. December im Einklang, und daraufhin durch Buol die Aufforderung zur Aufnahme von Friedensverhandlungen nach Petersburg gelangen zu lassen.

Ihre Annahme 31. Dec.

Einlaufen der westmächtlichen Flotten ins schwarze Meer 3. Jan. 1854.

Hier aber war man, wie Stratford vorausgesehen hatte, starrsinnig. Der Zar war schon durch das Wiener Protokoll vom 5. December, und namentlich durch Preußens Beteiligung an demselben, tief verletzt. Er verwarf jeden Gedanken einer Vermittlung der Großmächte und verbat sich ihr Hineinreden in seine Zwistigkeiten mit der Pforte. Nur mit ihr allein wollte er unmittelbar verhandeln, nicht aber, wie er Castelbajac zu hören gab, vor einem „europäischen Kriegsrat" Rede und Antwort stehen[1]). Er forderte Erscheinen eines türkischen Bevollmächtigten im Hauptquartier oder in seiner Residenz, wo die Vertreter der vier Mächte diesen höchstens durch ihre Ratschläge leiten möchten. Vollends brachte ihn das Einlaufen des englisch-französischen Geschwaders in das schwarze Meer, das er beinahe als ausschließlich russische Domäne betrachtete, in zornige Wallung. Die mündliche formlose Mitteilung der ihren Admiralen vorgeschriebenen drohenden Verhaltungsmaßregeln durch Seymour und Castelbajac dünkte auch Nesselrode höchst beleidigend. Indessen drang seine Ansicht durch, zunächst Brunnow in London und Kiselev in Paris anfragen zu lassen, ob die verbündeten Flotten auch das türkische Geschwader an jedem Angriff auf russische Schiffe und russisches

Starrsinn des Zaren.

Weisungen an Brunnow und Kiselev 16. Jan.

[1]) Bericht Barmanns 2. Januar 1854. E. Arch. Bern.

Gebiet hindern würden, und ob der Marine des Zaren gleichfalls die sichere Verbindung von einem russischen Hafen zum anderen für den Transport von Lebensmitteln und Kriegsvorräten verbürgt werde. Lautete die Erwiderung unbefriedigend, so hatten Brunnow und Kiselev sofort ihre Pässe zu fordern.

Noch vor Übermittlung der Antworten, von deren Inhalt und Aufnahme der Bruch Rußlands mit den Westmächten abhängen zu müssen schien, that Napoleon einen Schritt, der ihn persönlich in das schönste Licht stellen und später als glänzendes Probestück der Mäßigung seiner Politik zur Gewinnung der öffentlichen Meinung verwertet werden konnte. Nach berühmten Mustern wandte er sich am 29. Januar in einem eigenhändigen, im Einverständnis mit der englischen Regierung[1]) abgefaßten Schreiben an den Zaren, der ihm die „brüderliche" Anrede bei der Begründung des Kaisertums geweigert hatte. Er warf einen Rückblick auf den Gang der Ereignisse von der Besetzung der Donaufürstentümer bis zu dem Kampf von Sinope, rechtfertigte die den westmächtlichen Admiralen erteilten Befehle und schlug als Mittel zur Vermeidung eines endgiltigen Bruches vor: Unverweilten Abschluß eines Waffenstillstandes, Räumung der Donaufürstentümer durch die russischen Truppen und Räumung des schwarzen Meeres durch die westmächtlichen Flotten, Friedensunterhandlung zwischen einem russischen und einem türkischen Bevollmächtigten, deren Ergebnis der Wiener Konferenz vorzulegen sei. Ehe dies Schreiben in die Hände des Zaren gelangte, lief am 2. Februar in Wien die russische Erwiderung der letzten Aufforderung der Konferenz vom 13. Januar ein. Sie bezeugte die Fortdauer der Hartnäckigkeit des Zaren. Er bestand auf unmittelbarer Verhandlung mit der Pforte ohne Einmischung einer Konferenz der vier Mächte. In den kurz skizzirten Friedensbedingungen wurden die früher geltend gemachten Ansprüche durch das Verlangen einer Beschränkung des türkischen Asylrechtes noch verschärft. Die Donaufürstentümer sollten erst nach vollzogenem Ausgleich geräumt werden. Die Notwendigkeit einer Erneuerung oder Vervollständigung des Meerengenvertrags wurde in Abrede gestellt. Diese russischen „Gegenvorschläge" wichen so weit von der letzten Festsetzung der Konferenz ab, daß ihre Mitglieder dieselben für ungeeignet zur Vorlegung in Konstantinopel erklärten und ihren Regierungen weitere Entschließungen überließen.

Schreiben Napoleons an den Zaren 29. Jan.

Russische Antwort an die Wiener Konferenz.

Auf ein Entgegenkommen der Westmächte hatte man in Petersburg von Haus aus nicht rechnen dürfen und auch schwerlich im Ernst gerechnet. Hingegen hatte man sich geschmeichelt, je drohender ihre Beteiligung an dem Krieg gegen Rußland wurde, Östreich und Preußen förmlich

Forderung bewaffneter Neutralität Östreichs und Preußens.

[1]) S. Genaueres darüber in Greville: Memoirs VII. 138.

zu bewaffneter Neutralität verpflichten zu können. Sie wäre, ohne Gebrauch des Wortes, einer Defensiv-Allianz zwischen ihnen und Rußland gleichgekommen. Jede der drei Mächte sollte einen Angriff Frankreichs oder Englands gegen das Gebiet Östreichs, Preußens oder eines andern deutschen Staates wie einen Angriff auf ihr eigenes Gebiet betrachten und sich zur Abwehr gegenseitig militärischen Beistand leisten. Der Zar versprach außerdem, den Krieg beenden zu wollen, sobald seine Würde und das Interesse seines Reiches es gestatten würden, und bei allfälligen Vereinbarungen mit den Westmächten über Änderungen in der Türkei keinen Entschluß ohne vorausgehende Verständigung mit seinen Verbündeten zu fassen. Dies war der Inhalt eines Protokolles, das sein Gesandter Budberg in Berlin und sein Busenfreund Graf Orlov in Wien zur Unterzeichnung vorlegen sollten. In einer Begleitnote Nesselrodes hieß es drohend, Rußland, in seinem eigenen Lande unangreifbar, werde bei Zurückweisung seiner Vorschläge sich dahin einrichten, für die Zukunft die Hilfe seiner alten Verbündeten entbehren zu können. Nicht weniger drohend war der Ton, den der Zar in einem an seinen königlichen Schwager gerichteten Brief anschlug.

Ihre Zurückweisung.

Indessen, in Wien wie in Berlin wurden seine hochmütigen Anträge zurückgewiesen. In Wien, wo Orlov Ende Januar anlangte, machte der Kaiser Franz Josef in der ersten Unterhaltung mit ihm, unter Berufung auf frühere Beteuerungen des Zaren, Gegenvorschläge, zu deren Annahme Orlov nicht ermächtigt war. Rußland sollte vom Krieg auf dem europäischen Gebiet der Türkei abstehen und im Frieden nach Räumung der Donaufürstentümer an dem Gesamtbestand des türkischen Gebietes nichts ändern. Ohne diese ausdrückliche Zusage empfangen zu haben, wollte Östreich sich in keiner Weise binden. Buol betonte noch schärfer, daß Östreich einer Ausdehnung der Macht Rußlands auf dem Balkan sich widersetzen müsse. Vergeblich warf Orlov wie schon früher der Zar als Preis für die zu Gunsten Rußlands geforderte bewaffnete Neutralität die Lockspeise einer Teilung des Protektorates halbsouveräner Balkanstaaten hin. Franz Josef erwiderte mit Recht, dabei werde er eine untergeordnete Rolle spielen, und verlangte seinerseits, daß Rußland sich verpflichte, die griechisch-gläubige Rajah bei Aufstandsversuchen nicht zu unterstützen. Orlov verzögerte seine Abreise noch über eine Woche, ohne seinen Zweck erreicht zu haben. Wohl aber mußte er erfahren, daß Östreich erste militärische Vorsichtsmaßregeln traf, die ihre Spitze nur gegen Rußland richteten[1]). Nach kaiserlichem Befehl vom 2. Februar ward in Südungarn ein Armeekorps von 25 000 Mann unter Kommando

Militärische Maßregeln Östreichs.

[1]) Berichte Steigers, Wien 7., 9., 14., 22. Februar 1854. E. Arch. Bern. Vgl. Friedjung a. a. O. S. 19 und bei Schlitter a. a. O. S. 100 ff. den Briefwechsel Franz Josefs und des Zaren Nikolaus.

des Feldmarschall-Lieutenants Coronini aufgestellt. Bald danach wurden alle in Ungarn liegenden Regimenter auf Kriegsfuß gesetzt. Weitere Truppenverstärkungen an der südöstlichen Grenze zur Wahrung „der Selbständigkeit des Reiches und dessen teuerster Interessen", wie die amtliche Kundmachung lautete, folgten. Einige Wochen später wurde sogar das Armeekorps aus Niederösterreich abgerufen, um zwischen der Donau und der unteren Theiß Quartiere zu beziehen, und das kroatisch-dalmatinische Korps unter Jellačić erhielt Kriegsstärke.

Haltung Friedrich Wilhelms IV.

Wie Orlov in Wien, so konnte auch Budberg in Berlin nichts ausrichten. König Friedrich Wilhelm IV. hatte im Gedränge zwischen widerstreitenden Gefühlen erst eben einen Versuch gemacht, zu England, vor dessen „Incest" mit Frankreich ihm graute, ein engeres Verhältnis zu gewinnen. Jener Graf Albert Pourtalès, vormals Gesandter in Konstantinopel, Bunsens Freund, Bethmann-Hollwegs Schwiegersohn und Mitbegründer des „Preußischen Wochenblattes" (s. VII. 493), zur Disposition gestellt, aber seit kurzem von Manteuffel mit der Behandlung der orientalischen Angelegenheiten betraut, war im December 1853 nach London entsandt worden, um dort das Terrain zu rekognosciren. Er war vom König angewiesen, ein Verständnis mit der englischen Regierung anzubahnen, unter Betonung der Stärke Preußens in einer nach allen Seiten hin unabhängigen Stellung, wodurch es unter Umständen befähigt sein werde, ein entscheidendes Gewicht in die Wagschale Europas zu werfen. Für diesen Fall sollte dem König gemäß einer von ihm genehmigten Denkschrift Pourtalès' die Unverletzlichkeit des preußischen und deutschen Gebietes durch die Westmächte verbürgt und für die Herstellung deutscher militärischer Einheit durch Übertragung des Oberbefehls freie Hand gelassen werden. Friedrich Wilhelm hielt außerdem persönlich an einem seiner Lieblingsgedanken fest: als Lohn seiner Dienste durch den Frieden das verlorene Neuenburg (s. VI. 523) zurückzuerhalten[1]). Die englischen Minister wollten ohne Verständigung mit Frankreich auf die ihnen gemachten Vorschläge nicht eingehen. König Friedrich Wilhelm IV. aber hielt sich für gebunden, vor Empfang einer Antwort von London keine Verpflichtung irgend welcher Art zu übernehmen. Dies konnte er neben dem Hinweis auf eine allfällige Gefährdung der preußischen Küsten und auf die von Gott ihm verliehene „Friedensmission" als Grund seiner Ablehnung des russischen Antrags anführen. Er stellte dem Zaren

Sendung Pourtalès nach London.

[1]) Petersdorff: König Friedrich Wilhelm 1900 S. 201 korrigirt die Datirung bei Ranke und Sybel „9. Januar" in „9. Februar". Indessen zeigt ein Vergleich mit Poschinger: Preußens auswärtige Politik u. s. w. 1902. II. 268 (wo irrtümlich in der Anmerkung „11. Juni" statt „11. Januar" steht), 307—310, daß Ranke aus einem Briefe des Königs an Bunsen vom 9. Januar nur ein kleines Stück anführt. Das übrige gehört einem späteren Brief an.

in seiner Erwiderung vor Augen, daß Preußens Neutralität ohnehin Rußlands Westgrenze schütze und beschwor ihn als treuester Freund „auf den Knieen und mit Thränen", zum Heil Europas durch Einlenken in Friedensverhandlungen die Pläne der zum allgemeinen Krieg treibenden „revolutionären Partei" zu zerreißen und den ungeheuerlichen, widernatürlichen Bund Frankreichs und Englands zu sprengen. Übrigens hatte er sich, wie er Manteuffel nicht verbarg, durch die Drohungen des Zaren verletzt gefühlt. Viel bitterer empfand Manteuffel selbst, bei aller Verehrung „der großen Eigenschaften" des Zaren, Inhalt und Form des von Petersburg an Preußen gestellten Ansinnens. „Glaubt der Kaiser wirklich, schrieb er dem Gesandten Rochow dorthin, daß wir ihm in dem Maß untergeben sind, um wegen der Händel, welche er doch wahrlich nicht auf unseren Wunsch angefangen hat, unsere Haut, unseren Handel und unsere Existenz zu Markte zu tragen, so mag er uns doch lieber gleich den Befehl geben, dann wird es sich finden, ob wir zu gehorchen in der Lage sind oder nicht."

Der stolze Herrscher an der Newa war um eine Enttäuschung reicher und gab sich keine Mühe, seinen Grimm zu verbergen. Inzwischen hatten Brunnow in London und Kiselev in Paris von Clarendon und Drouyn de Lhuys die verlangte Erwiderung auf ihre Anfragen erhalten. Sie besagte in mehr oder weniger schroffer Form, daß von einer Änderung der den Admiralen erteilten Befehle keine Rede sein könne. Daraufhin forderten beide Vertreter des Zaren ihre Pässe und reisten mit dem gesamten Gesandtschaftspersonal ab. Drei Tage später beantwortete der Zar den Brief Napoleons. Nach seinem Empfang hatte er ihm die lakonische Randglosse beigefügt: „Meiner Ansicht nach ist dies ein unwürdiger Hohn"[1]). Dies Urteil erhielt in der Erwiderung eine sehr höfische Gewandung. Aber der Zar konnte doch die verletzende Phrase nicht unterdrücken: „Rußland wird, dafür bürge ich, wenn es Not thut, 1854 dasselbe sein wie 1812". Napoleon war ohne Zweifel durch den Telegraphen schon vor dem Eintreffen der Erwiderung des Zaren von ihrem Inhalt unterrichtet[2]). Seine Rache bestand in der vorausgehenden Veröffentlichung seines eigenen Schreibens. Selbstverständlich mußten nun auch Seymour und Castelbajac, dieser bis zuletzt sehr gut beim Zaren angeschrieben und zum Abschied durch einen hohen russischen Orden ausgezeichnet, ihre Posten verlassen. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Westmächten und Rußland war vollzogen. Ein Manifest des Zaren an sein Volk kündigte ihm an, daß jene sich mit den Feinden des Christentums in eine Reihe gestellt hätten gegenüber dem für die rechtgläubige Kirche streitenden Rußland.

Die englisch-französische Erwiderung 31. Januar 1. Februar.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen Rußlands und der Westmächte 6. Febr.

[1]) Martens a. a. O. XV. 277.

[2]) Poschinger a. a. O. II. 320, 326, 330.

Letzter Schlichtungsversuch Buols.

Unter diesen Umständen war ein letzter Versuch friedlicher Schlichtung der im Orient erwachsenen Streithändel aussichtslos. Er war von Buol durch Übereinkommen mit Orlov, als dieser Wien verließ, um nach Petersburg zurückzukehren, unternommen worden. Er wollte abwarten, ob dort nicht der Plan von Friedenspräliminarien gemäß dem Protokoll der Wiener Konferenz vom 31. Januar wieder aufgenommen werde und ihr etwa beigefügte russische Abänderungsvorschläge zur Annahme unterbreiten. Aber als daraufhin ein Entwurf Nesselrodes für Friedenspräliminarien in Wien anlangte, fand die Konferenz ihn so grundverschieden von ihren eigenen Anträgen, daß sie ihn am 5. März als ungeeignet für weitere Verhandlungen zu den Akten legte.

Rüstungen der Westmächte.

Mittlerweile hatten die Ereignisse diesen letzten Akt überholt. Die Westmächte rüsteten sich immer sichtbarer für den Eintritt in den Krieg. Schon waren Vorbereitungen der Entsendung eines französisch-englischen Landungskorps zum Schutz der Türkei und Verabredungen über seine Führung in vollem Gange. Allerdings war die allgemeine Stimmung in Frankreich noch immer nichts weniger als leidenschaftlich kriegerisch. Kaufleute und Gewerbtreibende sahen nicht ohne Sorgen einer Störung des geschäftlichen Lebens entgegen. Gegner des Kaisertums schlugen aus der Verleugnung des ehemaligen Programmes von Bordeaux „Das Kaiserreich ist der Friede" Kapital. Auch empfand man es unliebsam, daß der gesetzgebende Körper nicht versammelt war, wo man wenigstens Gelegenheit gehabt hätte, eine offene Aussprache von höchster Stelle zu vernehmen. Indessen kam doch bei manchem politisch Denkenden das Gefühl zum Durchbruch, dem Tocqueville in einem Brief beredten Ausdruck gab: „Es handelt sich um Europa und um die Civilisation ... es handelt sich um die Zukunft der Freiheit, Rußland ist ihr gefährlichster Feind auf dem Festland. Wird Rußland besiegt, so erleidet meiner Überzeugung nach die Sache der unumschränkten Gewalt eine unheilbare Niederlage."

Stimmung in Frankreich.

Kriegseifer in England.

Mit viel stärkerer Wucht ergriff der Kriegseifer die Tiefen des englischen Volkes. „Das Blut der Nation, verzeichnete Greville in seinem Tagebuch, ist in Wallung ... Mit jedem Tag wächst die kriegerische Wut und niemand scheint etwas anderes zu fürchten, als daß wir bei diesem Wagnis nicht genug Geld und Menschen opfern." Ähnlich lauten die Notizen Malmesburys: „Nichts kommt dem patriotischen Eifer aller Klassen gleich. Niemand scheint die mindeste Furcht wegen des Ausganges zu hegen." Einer solchen populären Strömung sich entgegenzustemmen, hat zu allen Zeiten ein ungewöhnliches Maß von Mut erfordert. Damals bewiesen ihn Cobden und Bright, auf deren Einfluß der Zar zu sehr gerechnet haben mochte, in glänzendster Weise. Sie wurden nicht müde, in Wort und Schrift vor der Verschwendung von englischem Gut und Blut für das allgemein gepriesene sogenannte „Gleichgewicht der Mächte Europas"

Vergebliche Warnungen Cobdens und Brights.

oder für die allgemein als notwendig behauptete „Erhaltung des türkischen Reiches" zu warnen. Sie verfochten in immer neuen Wendungen aus tiefster Überzeugung die Lehre, daß jene Gleichgewichtstheorie die unversiegliche Quelle von Völkerkämpfen sei, und daß die unheilbare Mißwirtschaft des türkischen Staatswesens, unter der die christliche Rajah seufze, keine Erhaltung durch Waffengewalt verdiene. Aber ihre Mahnungen fanden bei denen, die in Rußland den Ruhestörer Europas erblickten und die an die Möglichkeit einer Verjüngung des türkischen Reiches glaubten, keinen Widerhall. Bei der großen Masse, die sich wie immer durch das Gefühl und nicht durch Gründe leiten ließ, brachte vornehmlich die Verhaßtheit des Despoten an der Newa jeden Fürsprecher des Friedens in Verruf. So sahen sich denn die Führer der Manchesterschule mit einem Schlag ihrer Volkstümlichkeit beraubt. Ihre alte Gefolgschaft aus der bürgerlichen Mittelklasse und der Arbeiterschaft ließ sie im Stich. Das Instrument öffentlicher Versammlungen, das ihnen ehemals so große Erfolge verschafft hatte, versagte. Cobden mußte erleben, daß in einer Versammlung seiner eigenen Wählerschaft Beschlüsse gegen ihn gefaßt wurden. Brights Bild wurde auf offener Straße verbrannt. Jeden Morgen lasen sie ihre Namen in den Zeitungen als die von Landesverrätern gebrandmarkt.

Parlamentsverhandlungen

Auch im Parlament konnten sie nur auf die Zustimmung einer verschwindenden Minderheit rechnen. Am 31. Januar waren beide Häuser wieder zusammengetreten. Russell und Aberdeen benutzten die erste sich bietende Gelegenheit, um den Prinzen Albert gegen die immer noch fortgesetzten Verleumdungen in Schutz zu nehmen. Danach beanspruchte die Entwicklung der Dinge im Osten das Interesse so gut wie ausschließlich. Im Sturm der sich drängenden Ereignisse der auswärtigen Politik ging auch die Vorlage der Reformbill unter, die Russell einbrachte, und die Palmerston, obwohl sie sehr dürftig war, immer noch mit ungünstigen Augen ansah. Ihre Beratung wurde zunächst vertagt, dann ganz fallen gelassen. Man begnügte sich schließlich mit einem neuen, gegen Bestechung bei den Wahlen gerichteten Gesetz, das ziemlich wirkungslos blieb. Es kam so, wie Bright in einem Ende December 1853 geschriebenen Brief Cobden voll trüber Ahnungen vorausgesagt hatte: Wir verlieren eine Reformbill und gewinnen einen Krieg[1]). Wohl gestanden ihm Aberdeen und Granville schwermütig ein, daß ihre Friedensliebe so stark wie die seinige sei. Gladstone teilte im Herzen ihre Gesinnungen. Aber die Mehrheit ihrer Kollegen, unter Führung Palmerstons, gab dem Drängen der Volksstimmung nach, und wenn die konservative Opposition aus früheren Widersprüchen und Schwankungen der Regie-

[1]) G. Macaulay Trevelyan: Life of John Bright 1913. S. 229: „Losing a Reform Bill and gaining a war."

rung auch Kapital zu schlagen suchte, war sie doch nicht gewillt, mit Bright und Cobden gemeinsame Sache zu machen.

Von nun an war auf der abschüssigen Bahn, vor deren Betreten das ehemals gefeierte Freundespaar vergeblich gewarnt hatte, kein Halten mehr. Am 27. Februar stellten die Westmächte Rußland ein Ultimatum. Sie gewährten der Regierung des Zaren für die vollständige Räumung der Donaufürstentümer eine Frist bis zum 30. April. Die Weigerung der Erfüllung dieser Aufforderung oder das Schweigen des russischen Kabinets sollte als Kriegserklärung betrachtet werden. Bei der Eröffnung des gesetzgebenden Körpers am 2. März ward sie in der Rede Napoleons schon als gewiß vorausgesetzt. Er betonte, daß Frankreich keine Eroberungen machen wolle, daß er auf einen baldigen dauernden Frieden hoffe, und daß Östreichs Beitritt zu der Allianz, die einer gerechten und moralischen Sache diene, zu erwarten sei. Ohne Debatte ward danach die Aufnahme eines Anlehens von 250 Millionen bewilligt. In London wurde bei einem Bankett des Reformklubs, unter Vorsitz Palmerstons und mit Beteiligung der Minister Graham und Molesworth, der alte Seeheld Charles Napier, dem der Oberbefehl der britischen Ostseeflotte anvertraut war, in prahlerischen, den Sieg vorwegnehmenden Reden gefeiert. Die Folge waren heftige Vorwürfe Brights und spöttische Erwiderungsworte Palmerstons im Unterhaus. Aberdeen fühlte sich durch den Gang der Ereignisse immer stärker bedrückt, aber er wurde gegen seinen Willen mit fortgerissen. Ein vom Gefühl gekränkter Unschuld überfließender Artikel des amtlichen Petersburger Journals, als Antwort auf eine scharfe Anklagerede Russells gegen die Regierung des Zaren, goß Öl ins Feuer. Durch die Anspielungen jenes Artikels auf frühere vertrauliche Verhandlungen sah sich das englische Ministerium gezwungen, dem Parlament nicht nur die Denkschrift Nesselrodes von 1844, sondern auch Seymours Berichte über seine Unterhaltungen mit dem Zaren von Anfang des Jahres 1853 vorzulegen. Die allgemeine Entrüstung gegen diesen wurde dadurch noch gesteigert und ließ keinen Raum für die so naheliegende Kritik der eigenen Geheimdiplomatie. Aus Frankreich tönte das Echo zurück. Der Moniteur enthüllte, daß der Zar, als seine Verlockungen bei England fehlgeschlagen, sich an Frankreich gewandt habe. Das Journal de l'Empire ergänzte diese Mitteilung durch die Andeutung, man habe von Petersburg aus dem Erben Napoleons I. die Aussicht auf irgend eine Kombination nach Art des Vertrages von Tilsit eröffnet, wo Rußland und Frankreich die Teilung der Herrschaft Europas anstrebten[1]).

Ultimatum der Westmächte 27. Febr.

Napoleons Rede bei Eröffnung des gesetzgebenden Körpers 2. März.

Veröffentlichung der Berichte Seymours 18. März.

[1]) Jasmund: Aktenstücke zur orientalischen Frage 1855 S. 289—291. Vgl.: o. S 25 Anm. 1. Der schweizerische Gesandte in Paris wollte wissen: „Je tiens d'une personne qui doit le savoir qu'il ne s'agissait de rien moins que de la cession de la ligne du Rhin." Bericht Barmanns 24. März 1854. E. Arch. Bern.

Daß es kein Zurück mehr für die Westmächte gab, bewies der Bundesvertrag, den sie am 12. März mit der Türkei abschlossen. Es hatte einige Zeit gedauert, bis Stratford und Baraguay d'Hilliers mit Reschid Pascha ins reine kamen. Wenn Frankreich und England dem Gesuch des Sultans entsprachen, ihm zur „Verteidigung des Bestandes seines Reiches und der Unabhängigkeit seines Thrones" Beistand zu leisten, so forderten sie, in der Voraussicht, die Hauptlast des Krieges tragen zu müssen, Zugeständnisse von der Pforte, die nur zögernd bewilligt wurden. Sie mußte sich verpflichten, den englisch-französischen Hilfstruppen in jeder Weise entgegenzukommen, ohne das Recht zu haben, die mindeste Kontrolle über ihre Bewegungen auszuüben. Es war vorauszusehen, daß sie bei der angenommenen Feststellung des allgemeinen Feldzugsplans durch die Oberbefehlshaber der drei Heere nur die zweite Rolle spielen werde. Bei Abschluß eines Waffenstillstandes und bei Friedensverhandlungen mit Rußland war sie an die Einwilligung Englands und Frankreichs gebunden. Indessen der Regierung des Sultans in ihrer bedrängten Lage blieb keine Wahl. Stratford, ein ächter Engländer der alten Schule und nicht wenig stolz auf das Erreichte, schrieb einem Freund in die Heimat: „Es handelt sich nicht um die Unabhängigkeit, sondern um das Dasein des türkischen Reiches und damit um das zukünftige Schicksal dieses herrlichen Stückes des Erdballs, von dem ein großer Teil unserer Handelswohlfahrt abhängt, die von der Wohlfahrt der Civilisation und der Humanität unzertrennlich ist."

Bundesvertrag mit der Türkei 12. März.

Für alle Fälle, sei es, um durch eine enge Allianz zu Vieren noch im letzten Augenblick den Zaren zur Nachgiebigkeit zu zwingen, sei es, um sich Bundesgenossen für den Waffengang zu sichern, ward es nunmehr von höchster Wichtigkeit für die Westmächte, Östreich und Preußen fest an sich zu ketten. In Östreich arbeitete ihnen allerdings eine einflußreiche russenfreundliche Partei entgegen. Zu ihr gehörten zahlreiche Mitglieder des Hochadels, die den Zaren als Hort der Legitimität und Feudalherrschaft, als Retter vor der Brandung der Revolution verehrten. Ihr Führer war Fürst Windischgrätz, dem sich die meisten aus der Aristokratie herstammenden Generale anschlossen. Auch Radetzky stand auf ihrer Seite, mißtrauisch gegen Frankreichs Absichten in Italien, auf das immer sein Hauptaugenmerk gerichtet blieb, und der entschiedenen Meinung, die er in kühnen Denkschriften vertrat, Östreich möge sich mit Rußland zur Befreiung der Südslawen und zur Teilung der europäischen Türkei verbinden. Der Generaladjutant des Kaisers, Graf Grünne, um so mächtiger, seit er 1853 die Aufhebung des Kriegsministeriums durchgesetzt und dessen Geschäfte unter dem Deckmantel des „allerhöchsten Oberkommandos" in seine Hand gebracht hatte, war gleichfalls für enges Zusammengehen mit Rußland. Hingegen vertrat Radetzkys Waffengefährte, der von aristokratischen Vor-

Entgegengesetzte Stimmungen in Östreich.

urteilen freie Generalstabschef Heß die Ansicht, daß Österreich, womöglich allerdings ohne mit dem Zaren zu brechen, mit Preußen und dem deutschen Bund als Rückhalt, den Abzug der Russen aus den Donaufürstentümern erzwingen müsse. Auch der greise Metternich that zu Meyendorffs Ärger den Ausspruch, man müsse die Russen aus den Donaufürstentümern „hinausmanövriren". Dieselbe Politik verfocht von höheren Gesichtspunkten aus, in Anknüpfung an frühere Pläne (s. VII. 418, 463, 509), Bruck. Auf seinem Posten in Konstantinopel schwebte ihm die Idee vor, durch Zusammenfassung der politischen und wirtschaftlichen Kraft Mitteleuropas gleichzeitig die russischen Ansprüche wie die englische Handelsherrschaft zurückzuweisen und die Völkerschaften des Balkans durch Einströmen österreichisch-deutscher Unternehmungen aufzufrischen. Durchaus eingenommen für ein Bündnis Österreichs mit den Westmächten waren Prokesch-Osten und Hübner. Jener, 1853 als Präsidialgesandter des Bundestags nach Frankfurt versetzt, folgte von da mit Spannung der Entwicklung der Angelegenheiten des ihm so wohlbekannten Orients. Die Türkei hielt auch er für todkrank, aber er erhoffte von einer Verbindung Österreichs mit den Westmächten die Erwerbung des Protektorates über die Donaufürstentümer, Serbien, Montenegro für die habsburgische Monarchie. Noch höher verstiegen sich die Wünsche Hübners, der, in Paris bei dem Kaiserpaar sehr wohlgelitten, nicht müde wurde, daheim den Bruck mit den russenfreundlichen Überlieferungen zu befürworten. Bei beiden spielte das tiefeingewurzelte Gefühl der Feindseligkeit gegen Preußen mit, dessen Nebenbuhlerschaft in Deutschland sie mit Hilfe der Westmächte unschädlich gemacht zu sehen erwarteten.

Bruck in Konstantinopel.

Hübner in Paris.

Unter dem Druck aller dieser verschiedenartigen Einflüsse war die Regierung in Wien allmählich mehr und mehr in das antirussische Fahrwasser eingelenkt. Der Kaiser mißtraute allerdings dem Erben der napoleonischen Krone, solange dieser hinsichtlich der österreichischen Besitzungen in Italien nicht genügende Bürgschaften gegeben habe. Aber er widerstrebte einer Ausbreitung der russischen Herrschaft auf der Balkanhalbinsel, wie sie durch die Besetzung der Donaufürstentümer vorbereitet zu werden schien. Noch argwöhnischer in dieser Hinsicht war Buol, dem Hübner die Gefahren russischer Aufwiegelung der Balkanvölker vor Augen führte. Eine Erhebung der Christen in Epirus, die hie und da in Raubzüge ausartete, war seiner Meinung nach durch die Anwesenheit der Russen in den Donaufürstentümern hervorgerufen. In Griechenland wurde für die Aufständischen gesammelt, Freiwillige strömten ihnen zu, selbst höhere griechische Offiziere erschienen in den Reihen der Rebellen. Serbien unter der Herrschaft des Österreich geneigten Fürsten Alexander Karageorgevič hielt sich zwar noch neutral, aber die Truppenanhäufungen an den Grenzen des Fürstentums veranlaßten von den Türken zugestandene Rüstungen,

Gedankengang Franz Josefs und Buols.

die möglicher Weise auf die Stammesbrüder in Ungarn zurückwirken und Rußlands Plänen zustatten kommen konnten. In der Beargwöhnung Rußlands stimmte Bach, der bedeutendste seiner Kollegen im Ministerium, mit Buol überein. Der Aufforderung Englands und Frankreichs, ihr Verlangen baldiger Räumung der Donaufürstentümer in Petersburg energisch zu unterstützen, wurde demnach von Wien aus mit Freuden Folge geleistet. Man war hier sogar, wenn in Berlin zugestimmt wurde, zur Unterzeichnung einer zwischen England, Frankreich, Östreich, Preußen abzuschließenden Konvention bereit, der gemäß diese vier Mächte nach Kenntnisnahme der Absicht des Sultans, die religiösen und bürgerlichen Interessen seiner Unterthanen zu schützen, mit aller Kraft darauf hinwirken sollten, unter der Bedingung der Achtung der Integrität der Türkei und folglich der Räumung ihrer von den Russen besetzten Gebiete, den Frieden zwischen Rußland und der Türkei wiederherzustellen. Des weiteren sollten sie gemeinsam die geeignetsten Mittel aufsuchen, um durch Revision des Meerengenvertrags von 1841 das ottomanische Reich mit dem europäischen Gleichgewicht zu verknüpfen, und nur nach gemeinsamer Beratung ein endgiltiges Abkommen mit Rußland oder einer anderen Macht treffen[1]).

Plan einer Konvention der vier Mächte.

Diese Haltung Östreichs erklärte die zuversichtlichen Worte Napoleons bei Eröffnung des gesetzgebenden Körpers (s. o. S. 60) und die Versicherung des englischen Botschafters in Wien, „das gute Einvernehmen Östreichs und der Westmächte in der orientalischen Frage sei eine Thatsache“[2]). Im Lauf des März traten allerdings in Wien wieder Schwankungen ein, die Hübner schwere Sorgen bereiteten. Indessen als man bestimmte Kunde erhielt, daß die Russen im Begriffe seien, die Donau zu überschreiten, raffte man sich zu entschiedenen Beschlüssen auf. Ein Ministerrat, an dem Heß und Kübeck, der Präsident des Reichsrates, teilnahmen, erklärte sich für die Notwendigkeit, Rußland zur Räumung der Donaufürstentümer zu zwingen. Die militärischen Rüstungen wurden fortgesetzt, den Zeitungen scharfe Ausfälle gegen die nordische Macht gestattet. Gleichzeitig ward auf die preußische Aufforderung der Verabredung eines Schutz- und Trutzbündnisses Östreichs, Preußens und des deutschen Bundes die Entsendung des Feldzeugmeisters Heß nach Berlin beschlossen, um Preußen zu gemeinsamen, wenn nötig auch militärischen Schritten in Sachen der Räumung der Donaufürstentümer zu bestimmen.

Fortsetzung der Rüstungen.

In Preußen spielte währenddes vor und hinter den Kulissen ein heißer Kampf in Sachen der auswärtigen Politik. Auf der einen Seite stand die Kamarilla und die ganze mit ihr verbundene reaktionäre Partei, der die Kreuzzeitung als Sprachrohr diente. Diese Partei, die den stärksten

Parteikampf in Preußen. Die Kamarilla.

[1]) Gefficken: Zur Geschichte des orientalischen Krieges 1881. S. 76. Vgl. Hübner S. 125, 128 (21., 28. Februar 1854).

[2]) Bericht Steigers Wien 9. März 1854. E. Arch. Bern.

Einfluß auf den König hatte, sah wie ihre aristokratischen Gesinnungsgenossen in Österreich im Zaren den Retter Europas aus den Gefahren des Umsturzes und begleitete ihn mit ihren Segenswünschen in dem heiligen Streit des Kreuzes gegen den Halbmond. Verstieg sie sich auch noch nicht zu dem Rat, gewappnet an seine Seite zu treten, so graute ihr doch vor einem Zusammengehen mit den Westmächten. Sie machte Front gegen Frankreich, von dessen Beherrscher, dem Erben der Revolution, sie sich wie Friedrich Wilhelm IV. des „Tigersprunges" auf Deutschland versah. Die Brüder Gerlach, der bald danach als Feldmarschall verabschiedete greise Friedrich Graf Dohna, die Generale von der Gröben und Wrangel, der Flügeladjutant Edwin von Manteuffel, der Kabinetsrat Niebuhr waren ihre Führer. Auch der Minister Westphalen zog mit ihnen an einem Strang. Einen unschätzbaren Bundesgenossen hatten sie an dem preußischen Bundestagsgesandten. Freilich hatte Bismarck die Fesseln der legitimistischen Parteidoktrin schon so ziemlich abgestreift. Für ihn galt die Erhaltung der Freundschaft mit Rußland nicht sowohl als Glaubenssatz des hochkonservativen Katechismus, sondern vielmehr als realpolitisches Erfordernis der Sicherung Preußens bei einer späteren Auseinandersetzung mit Österreich, die er allmählich für eine „Naturnotwendigkeit" zu halten lernte. Aus einer wie immer gestalteten Verbindung Preußens mit den beiden Westmächten versprach er sich keinen Gewinn, sondern fürchtete eine Belastung für seinen Staat. Auch an Österreich wollte er diesen höchstens gegen Einräumung von Vorteilen in Deutschland enger als bisher geknüpft wissen. Seine Parole war Bewahrung strenger, auf der eigenen Kraft ruhender Neutralität.

Bismarck.

Die Partei des „Preußischen Wochenblattes".

Im Gegensatz zur Kreuzzeitungspartei stand die von Bethmann-Hollweg geleitete gemäßigt konservative Gruppe, die sich um das „Preußische Wochenblatt" scharte (s. VII. 492)[1]. Sie richtete ihre Spitze gegen Rußland und drang, um dem Hochmut des Zaren Schranken zu setzen, auf Zusammenwirken mit den Westmächten. Die Grafen Pourtalès, Goltz, Usedom, in zweiter Ehe mit der freigesinnten Tochter des englischen Generallieutenants Malcolm vermählt, waren in diesem Sinne besonders thätig. Der Kriegsminister Bonin stand auf ihrer Seite. Noch wichtiger war für sie die Bundesgenossenschaft des Koblenzer Hofes. Der Prinz von Preußen, noch immer grollend wegen Preußens Zurückweichen in Olmütz und in Sachen Holsteins, das er mit Recht dem Eingreifen des Zaren zuschrieb, forderte, daß man Rußland durch „Handeln" eine Lehre erteile und unter dem Druck der vier übrigen vereinigten Großmächte zum Verzicht auf seine herrischen Ansprüche zwinge. Der Hauptkämpe des antirussischen Lagers war Bunsen. Er spielte als Dränger für den An-

Der Prinz von Preußen.

Bunsen.

[1]) Vgl. die dort angeführte Arbeit von Schmidt 1910.

schluß Preußens an die Westmächte von London aus gegenüber Manteuffel die Rolle Hübners gegenüber Buol. In seinen Manteuffel übersandten Berichten und Privatschreiben suchte er alle Bedenken zu zerstreuen, die sich wider ein schroffes Auftreten gegen Rußland erheben könnten. „Der Augenblick kommt nie wieder, schrieb er am 14. Februar 1854, jetzt endlich und nur jetzt noch kann dem Kriege vorgebeugt werden." Er empfahl aufs wärmste den Beitritt zu der vorgeschlagenen Konvention der vier Mächte. Er faßte selbst den Fall einer Teilnahme Preußens an dem Krieg gegen Rußland, wenn er doch nicht vermieden werden könne, ins Auge. Ohne dazu angewiesen zu sein, besprach er mit Clarendon Bedingungen, unter denen diese Teilnahme erfolgen könne, und entwickelte schon ein paar Tage vorher seine Ideen über die Notwendigkeit, „Rußlands Übermacht zu brechen", sowie über die Möglichkeit, „der Monarchie Friedrichs des Großen", wenn sie „ein entscheidendes Gewicht in die Wagschale lege", bei Neugestaltungen „den ihr gebührenden Platz" in Europa zu verschaffen, in einer kühnen, phantasiereichen Denkschrift vom 1. März[1]).

Seine geheime Denkschrift vom 1. März.

Seine Vorschläge liefen auf nichts Geringeres hinaus, als auf Rückgabe der Alandsinseln und Finlands an Schweden, Überlassung der „Krim, Bessarabiens, Chersons, Tauriens", der Donaufürstentümer gegen Geldentschädigung der Pforte an Österreich, wofür dieses die Lombardei bis zum Mincio an Sardinien abzutreten hätte, Wiederherstellung Polens, als „Grenzhüter Europas gegen Moskau", mit Einschluß Galiziens und „im Notfall" mit Aufopferung der östlichen Hälfte der Provinz Posen, unter dem sächsischen Königshaus, womit der verdrängten ernestinischen Linie der ihr gebührende Platz in Sachsen wiedergegeben werden könne, endlich Verstärkung Preußens durch Mähren und Österreichisch-Schlesien. Folgte man seinem Rat, so dünkte es Bunsen nicht schwer, Preußen die vergeblich erhoffte Leitung Deutschlands zu verschaffen, was 1849 und 1850 durch „die Eifersucht der Mächte und insbesondere die Übermacht Rußlands mehr noch als eigene Fehler" unmöglich gemacht worden sei. Er forderte Manteuffel auf, seine Denkschrift dem König vorzulegen und ermahnte diesen durch ein Privatschreiben: „Eure Majestät können durch Anschließen an die drei Mächte noch jetzt alles retten, sicherer feststellen und alles erreichen, was Sie wünschen. Sie können großes Unrecht sühnen, tiefe Wunden heilen helfen. Sie können den Kampf wo nicht unmöglich, doch kurz und entscheidend machen."

Stellung Manteuffels.

Zwischen beiden Parteien stand der allen Überschwenglichkeiten von

[1]) Wörtlich abgedruckt in dem Artikel „Der Rücktritt Bunsens von dem Londoner Posten". Von Bogislaw (Lothar Bucher) in der Deutschen Revue VII. S. 152 ff. 1882. Vgl. H. von Poschinger a. a. O. und Fester: Über den historiographischen Charakter der „Gedanken und Erinnerungen" Bismarcks (Historische Zeitschrift LXXXV. 58, 59. 1900 zur Kritik der Angaben Bismarcks).

rechts und links abgeneigte Ministerpräsident Manteuffel. Er suchte sich gegenüber dem Zaren den Rücken zu decken, zugleich aber Preußen freie Hand zu wahren. Indessen kam er allmählich, nicht ohne Einwirkung seines Hauptgehilfen, des Legationsrates von Balan, in der Behandlung der orientalischen Angelegenheiten den Wünschen der Partei des „Politischen Wochenblattes" entgegen. Mit Sorgen sah die Kamarilla, daß nach Verabschiedung des Unterstaatssekretärs Lecoq als sein Nachfolger Pourtalès in das auswärtige Amt eintrat. „Pourtalès und Balan, notirte Leopold von Gerlach am 20. Februar in seinem Tagebuch, führen Manteuffel immer weiter und der König kommt zum Bruch mit Rußland gegen seinen Willen." Er fürchtete einen Sieg der „Bethmänner" und verdachte es dem antirussisch gesinnten Hinckeldey gar sehr, daß dieser dem König versicherte, „Zusammenkünfte bei Usedom und seiner radikalen englischen Frau wären der unschuldigsten Art". Ganz im Sinn der Partei Bethmann-Hollwegs befürwortete Manteuffel in Petersburg, gleich Buol, die auf Räumung der Donaufürstentümer abzielende Forderung der Westmächte. Er war anfänglich sogar gewillt, die vorgeschlagene Konvention der vier Mächte zu unterzeichnen, um den Zaren zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

Angesichts dieser Gefahr bot die Kreuzzeitungspartei alle ihre Kräfte auf. Senfft-Pilsach, der im höchsten Vertrauen beim König stand, riet diesem geradezu Manteuffels Entlassung an. Bismarck, dessen Herberufung gelang, zog sich nach einem erregten Gespräch mit dem Prinzen von Preußen dessen Tadel zu, „die Politik eines Gymnasiasten" zu treiben, verfocht aber beim König wie bei Manteuffel nachdrücklich und erfolgreich seine Ansicht. Am 2. März wurde Pourtalès, als er sich zum Vortrag beim König melden ließ, von diesem nach Hause geschickt. Am folgenden Tage mußte Manteuffel an Bunsen telegraphiren, daß der König die vorgeschlagene Konvention mißbillige und unter keinen Umständen die Verpflichtung jetzt auf sich nehmen wolle, Rußland den Krieg zu erklären. Der Triumph der Kreuzzeitungspartei wurde dadurch vervollständigt, daß eben jetzt Bunsens Denkschrift und sein Bericht über seine Verhandlung mit Clarendon eintrafen. Der König meinte, sein Freund und Gesandter in London sei „rein toll geworden". Bunsens „schnelle Beseitigung" dünkte Leopold von Gerlach dringend nötig. Pourtalès' und Usedoms Entlassung, die in der That wenig später erfolgte, hielt er schon jetzt für gewiß. Bitterlich beklagte sich der Prinz von Preußen gegenüber Manteuffel über das „Spiel einer Clique", deren „Frechheit" sich in letzter Linie gegen ihn, den Thronerben, richte. In seinem Unmut ging er so weit zu sagen, daß „das russische Gold bis in die Vorkammer des Königs rolle und Preußen ins russische Lager verkauft sei"[1]).

Niederlage der Russengegner in Berlin.

[1]) H. von Poschinger: Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten O. von Manteuffels II. 422.

Widerstrebend und mehr als einmal nahe daran, seinen Abschied zu fordern, fügte sich Manteuffel der Entscheidung des Königs. Diesem zu Gefallen, welcher der Meinung war, „das Werk der Souveräne beginne da, wo das der Diplomatie aufhöre", willigte er auch, wennschon ohne Hoffnung auf irgendwelchen Erfolg, in die Entsendung zweier außerordentlicher Boten, des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen nach Paris und des Generals Graf Karl von der Gröben nach London. Sie überbrachten eigenhändige Briefe ihres Herrn an den Kaiser Napoleon und an die Königin Viktoria mit dringlichen Bitten, um der Erhaltung des kostbaren Friedens willen die von der Wiener Konferenz verworfenen russischen Vorschläge noch einmal zu prüfen. Zugleich sollten sie Preußens Verhalten, insonderheit die Verwerfung der geplanten Konvention der vier Mächte, rechtfertigen. Beide Missionen verfehlten ihren Zweck. Napoleons Antwort, in der betont wurde, ein wohlarrondirtes, richtig begrenztes Preußen werde Frankreich stets willkommen sein, aber Preußens Weigerung, sich den Westmächten anzuschließen, könne unberechenbare Folgen durch Erschütterung der Grundfesten Europas nach sich ziehen, war rücksichtsvoll in der Form. Schärfer gefaßt war die Erwiderung Viktorias, die Friedrich Wilhelm IV. den freiwilligen Verzicht Preußens auf seine Großmachtstellung bei der Verpflichtung, „Recht und europäische Civilisation" gegen zarische Willkür zu schützen, vor Augen rückte und erklärte, jedem Engländer seien die von Shakespeare dem Polonius in den Mund gelegten Worte „tief ins Herz geschrieben":

Verfehlte Mission Hohenzollerns und Gröbens nach Paris und London.

> Hüte dich
> In Händel zu geraten; bist du drin
> Führ sie, daß sich dein Feind vor dir mag hüten.

Ebenso ergebnislos verlief eine außerordentliche Sendung des Generaladjutanten von Lindheim nach Petersburg. Er war Überbringer eines Briefes des Königs, in dem dieser den Zaren „im Namen Gottes" beschwor, da der Sultan alle „seine christlichen Unterthanen befreit habe" und damit jeder Kriegsgrund geschwunden sei, den Westmächten die Hand der Versöhnung zu reichen und durch Räumung der Donaufürstentümer ein gutes Beispiel zu geben. Der Zar forderte in seiner Erwiderung zunächst, daß die Mächte von der Pforte „Bürgschaften" für die Einhaltung ihrer Zusagen erlangten und daß die Flotten der Westmächte nicht nur aus dem schwarzen Meer, sondern auch aus dem Bosporus und den Dardanellen zurückgezogen würden. Seinerseits erklärte er sich für unfähig, angesichts der krankhaften Verhältnisse des türkischen Reiches eine allgemeine Garantie der Erhaltung des Bestehenden in den Provinzen der europäischen Türkei zuzusichern, aber wohl bereit, im Fall einer Lossagung der slawischen Rajah nach dem Beispiel der Griechen, für sich und

Verfehlte Mission Lindheims nach Petersburg.

seine Nachkommen zu versprechen, daß diese Gebiete sich niemals auf Kosten Östreichs ausdehnen würden[1]).

Mission Edwin von Manteuffels nach Wien und Heß nach Berlin.

Besser als in Paris, London und Petersburg gelang es Friedrich Wilhelm IV. in Wien sich Gehör zu verschaffen. Sein Schreiben, das der Flügeladjutant Edwin von Manteuffel dem Kaiser Franz Josef überbrachte, mit dem Vorschlag eines Schutz- und Trutzbündnisses „der drei großen centraleuropäischen Ländermassen" und „gegenseitiger Garantie" ihrer Grenzen „für die ganze Dauer des bevorstehenden, scheußlichen Krieges" fand hier die freudigste Aufnahme. Es veranlaßte jene Sendung des Feldzeugmeisters Heß nach Berlin, der hier östreichische, noch weit über Friedrich Wilhelms IV. Vorschlag hinausgehende Anträge vorbringen sollte. Inzwischen hatte Manteuffel den Kammern über den Gang der preußischen Politik Rede zu stehen. Er that es am 18. März bei Einbringung einer Vorlage, die wegen der drohenden Kriegsgefahr Bewilligung eines Kredites von 30 Millionen Thalern für eine Anleihe und vorübergehender Steuererhöhung zum Zweck ihrer Verzinsung und Amortisation forderte. „Die Regierung, erklärte er, ist fest entschlossen, Preußen unter allen Umständen die ihm gebührende Mitwirkung zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts zu wahren, bisher aber liegt uns nicht in demselben Maße wie anderen Mächten vermöge ihrer geographischen Lage und maritimen Hilfsquellen der Beruf ob, handelnd in einen nach seiner ganzen Tragweite noch nicht zu übersehenden Streit einzugreifen." Aber man bedürfe, fügte er hinzu, der nötigen Mittel, um jeden Versuch, von welcher Seite er auch käme, zu hindern, „Preußen aus der in freier Selbstbestimmung gewählten Bahn zu drängen".

Das Kreditbegehren und die zweite Kammer.

Die mißtrauische Mehrheit der zur Vorprüfung der Kreditvorlage gewählten Kommission der zweiten Kammer war jedoch nicht gewillt, der Regierung eine unbedingte Vollmacht zu gewähren. Sie verlangte Sicherheit dafür, daß die dem Lande aufzuerlegenden Lasten nicht im Sinn einer russenfreundlichen Politik verwandt würden. Auch im Plenum der Kammer, in der Vincke mit scharfer Wendung gegen Manteuffel, den Unterhändler von Olmütz, die Losung ausgab „Europa erwartet, daß Preußen seine Schuldigkeit thut", war vielleicht die Annahme einschränkender Beschlüsse zu gewärtigen. Zwar hatte der Kriegsminister Bonin, wie verlautete, zur Empörung der Kreuzzeitungspartei in der Kommission das Wort fallen lassen, ein Bündnis mit Rußland, als verbrecherisch, liege ebenso außerhalb der Möglichkeit wie Solon in Athen keine Strafe für den Vatermord zu bestimmen gehabt habe. Aber Bonins persönliche Äußerungen konnten nicht als genügend gelten. Zur Beschwichtigung argwöhnischer Gemüter teilte daher Manteuffel der zweiten

[1]) Martens: Recueil VIII. 434. H. von Poschinger: Preußens auswärtige Politik II. 382 ff.

Kammer mit, der preußische Gesandte in Wien sei zur Unterzeichnung eines neuen gemeinsamen Protokolles der vier Mächte angewiesen worden. In der That ward nach Überwindung des Widerstrebens Friedrich Wilhelms IV. am 9. April in den Wiener Konferenzen wieder ein Protokoll vereinbart. Sein Text entsprach wesentlich dem früher vorgeschlagenen Konventionsentwurf (s. o. S. 63), ohne daß es nach Manteuffels Ansicht „etwas praktisch Obligatorisches für Preußen" enthielt. Dieser Schachzug that seine Wirkung. Die Kreditvorlage wurde zum Jubel der Kreuzzeitung und zur Genugthuung Manteuffels ohne jeden Zusatz einfach angenommen[1]).

Wiener Protokoll vom 9. April.

Währenddes hatte sich der Eintritt der Westmächte in den Krieg entschieden. Der Stolz des Zaren bäumte sich dagegen auf, ihr Ultimatum vom 27. Februar überhaupt zu erwidern. Er ließ, ohne sie einer Antwort zu würdigen, die ihm gewährte Frist für die Räumung von Moldau und Walachei verstreichen. Seine Truppen überschritten sogar in den Tagen vom 20. bis 23. März die Donau und begannen sich in der Dobrudscha auszubreiten. Währenddes erfolgte der Abschluß des Allianzvertrags zwischen England und Frankreich. Die beiden Westmächte verpflichteten sich, alles aufzubieten, um die Wiederherstellung des Friedens zwischen Rußland und der Türkei auf dauerhafter Grundlage erwirken und Europa vor der Wiederkehr beklagenswerter Verwicklungen, wie Rußland sie verschuldet, zu bewahren. Sie entsagten von vornherein jedem Sondergewinn und hielten anderen europäischen Mächten zur Mitwirkung für ihren Zweck die Aufnahme in ihr Bündnis offen. Es war ein großer Triumph der auswärtigen Politik Napoleons. Ein Bündnis mit England war seit lange sein Lieblingsgedanke. Stratford Canning hatte im März 1853 bei der Durchreise durch Paris aus seinem Munde Äußerungen herzlichster Gesinnung mit Bezug auf das Land vernommen, das ihm eine so freundliche Gastfreiheit gewährt habe. Malmesbury hatte ein paar Tage später im vertraulichen Tischgespräch hören dürfen, daß ihm sehr daran gelegen sei, wegen gemeinsamer Interessen in jeder Frage „Arm in Arm mit England zu gehen", und daß die Sicherheit Westeuropas von dem Bunde Englands und Frankreichs abhänge. Dies Leitmotiv des kaiserlichen Gedankenganges war auch Hübner nicht verborgen geblieben. Schon im Herbst 1853 wies er in Wien darauf hin, daß es sich für England und Frankreich nicht mehr um die Türkei handle, sondern „um das Übergewicht Rußlands", und daß es Napoleon gelingen werde, mit Verwertung dieses Umstandes Frankreich „aus der Isolirung, in der es sich befinde", herauszureißen. In der That war das Kaiserreich,

Bündnisvertrag der Westmächte 10. April.

[1]) S. alles Nähere bei H. von Poschinger: Unter Friedrich Wilhelm IV. Band II. 405 ff. und Preußens auswärtige Politik II 396 (daselbst S. 395 muß die Datirung der Depesche an Rochow irrig sein) Gefficken. S. 94.

das bei seiner Begründung völlig vereinzelt dagestanden hatte nun, wie einst das Julikönigtum nach seiner Entstehung, und viel fester als dieses mit der insularen Großmacht des Westens verknüpft, während der Bund der drei Ostmächte, anders wie damals, in die Brüche ging.

Österreichisch-preußisches Schutz- und Trutzbündnis 20. April.

Zehn Tage nach dem Abschluß der Allianz der Westmächte erfolgte die Unterzeichnung des Schutz- und Trutzbündnisses Österreichs und Preußens. Der nach Berlin entsandte Feldzeugmeister Heß trat hier mit Vorschlägen auf, welche die Gefahr in sich bargen, Preußen wider den Willen des Königs, der Kamarilla und auch des leitenden Ministers zum Krieg mit Rußland zu treiben. Man suchte sich dieser Gefahr durch einen vorsichtig gefaßten Gegenentwurf zu entziehen. Leopold von Gerlach beschwor den König, auf seiner Hut zu sein, und vertraute seine Sorgen dem russischen Gesandten Budberg, zu dessen Unterstützung der Großherzog Georg von Mecklenburg-Strelitz herbeieilte. Aber Heß' Gewandtheit und Energie trugen einen vollen Erfolg davon. Er erwirkte, daß Leopold von Gerlach, den noch dazu eine gefährliche Erkrankung seiner Frau in Anspruch nahm, neben dem lenkbaren General von der Gröben nur mit der militärischen Abmachung betraut wurde. Er wußte in der politischen Unterhandlung Manteuffels Behutsamkeit möglichst entgegenzuarbeiten. Er zog Vorteil aus der Furcht des Königs vor Österreichs Übertritt zu den Westmächten und brachte ihn dazu, wie dieser selbst gestand, in seiner Nachgiebigkeit fast „über die Grenze seiner Friedenspolitik" hinauszugehen.

In dem für die ganze Dauer des Krieges giltigen Vertrag verbürgten sich Österreich und Preußen gemäß dem ersten Artikel gegenseitig den Besitz ihrer deutschen und nichtdeutschen Gebiete in der Weise, daß jede Partei einen gegen das Gebiet eines von beiden gerichteten Angriff als eine gegen das Gebiet des anderen gerichtete feindliche Unternehmung ansehen sollte. Sie betrachteten sich nach dem zweiten Artikel zu gemeinsamer Verteidigung gegen jeden auf irgend einen Teil ihres Territoriums gerichteten Angriff verbunden, selbst für den Fall, daß sich einer von beiden, zufolge einer vorbehaltenen Übereinkunft mit dem anderen, zum Schutz der deutschen Interessen genötigt finde, handelnd vorzugehen. Alle deutschen Bundesstaaten sollten aufgefordert werden, dem Vertrag beizutreten. Während seiner Dauer sollte keine der beiden Mächte ein Sonderbündnis mit irgend einer anderen Macht abschließen dürfen, das nicht mit seinen Grundlagen vollkommen übereinstimme. Ein Zusatzartikel, auf dem Heß bestanden hatte, bestimmte, daß, falls Rußland auf eine österreichische, von Preußen unterstützte Mahnung dem Vorrücken seiner Truppen auf türkischem Gebiet nicht Einhalt gebiete und die Räumung der Donaufürstentümer verzögere, alsdann die von Österreich zur Erreichung dieses Zieles zu ergreifenden Maßregeln unter den Schutz des zweiten Bündnisartikels fallen sollten. Ein offensives

beiderseitiges Vorgehen aber würde erst durch Einverleibung der Donaufürstentümer sowie durch Angriff oder Überschreiten des Balkans von Seite Rußlands bedingt. Eine dem Vertrag angehängte Militärkonvention verpflichtete Östreich für den Notfall nach Vereinbarung mit Preußen über die Zeitpunkte sein Heer in Ungarn bis auf 250 000 Mann zu verstärken, mutete aber auch Preußen zu, unter Umständen nach Verabredung mit Östreich binnen 36 Tagen an seiner Ostgrenze 100 000 Mann zu sammeln und sein Heer, wenn nötig, auf 200 000 Mann zu bringen.

Gewinn Östreichs.

Unleugbar lag der Hauptvorteil des Vertrags auf Seite Östreichs. Es gewann nicht nur Sicherheit bei einer Bedrohung seiner italienischen Besitzungen, sondern auch die erwünschteste Rückendeckung für ein allfälliges Vorgehen gegen Rußland. Daher nannte Leopold von Gerlach den Vertrag „eine verlorene Bataille". Er wurde die Furcht nicht los, daß „Preußen im Schlepptau von Östreich in das Lager der Westmächte gehe". Nicht minder unzufrieden mit dem Ergebnis der Heßschen Verhandlungen war Bismarck. „Wir übernehmen keine leichte Aufgabe, schrieb er, noch ehe er ihren Abschluß kannte, dem Freunde Gerlach, wenn wir Hand in Hand mit Östreich unser Jahrhundert in die Schranken fordern ... Ich würde nie dazu raten, Gefahren zu scheuen, wenn sie nur etwas einbringen; nur keine sentimentalen Bündnisse, bei denen das Bewußtsein der guten That den Lohn edler Aufopferung zu bilden hat." Als er den fertigen Vertrag kennen gelernt hatte, drückte sich seine Mißbilligung in Randbemerkungen zu einem weniger offenherzigen Berichtsentwurf aus: „Der 20. April, hieß es in diesen Notizen, täuscht die Erwartungen der deutschen Staaten und diskreditirt Preußen bei ihnen; sie sehen, daß Östreich sein Herr ist." Friedrich Wilhelm IV. suchte sein Gewissen durch die Vorstellung zu beruhigen, daß das Schutz- und Trutzbündnis mit Östreich seine Front eher gegen Westen als gegen Osten richte. Doch hielt er es für nötig, sich bei seinem kaiserlichen Schwager, seinem „theuren und guten Nix", durch ein ausführliches Schreiben zu entschuldigen. Er suchte ihn davon zu überzeugen, daß er hoffe, durch die Fassung des Vertrags „Östreich von gewissen leichtsinnigen Streichen zurückzuhalten, die für sie beide verhängnisvoll sein würden". Gleichzeitig machte sich die Kamarilla ans Werk, mit Hilfe des Großherzogs von Strelitz, dem Vertrag eine Auslegung zu geben, durch die seine in Petersburg sehr übel vermerkte Drohung abgeschwächt werden sollte.

Unzufriedenheit Bismarcks.

Deutlicher als durch solche Wortkünste wurde der Welt durch Thaten bewiesen, daß die russenfreundliche Kreuzzeitungspartei ihr Spiel noch nicht verloren gegeben habe. Einer ihrer Hauptgegner verschwand mit Bunsen, der sich vergeblich, unmittelbar und durch Entsendung seines Sohnes Ernst nach Berlin, zu rechtfertigen versucht hatte, von der politischen Bühne. Sein königlicher Freund wünschte ihn freilich zu halten. Aber Bunsen selbst

Abberufung Bunsens 25. April.

forderte mit Verschmähung eines Urlaubs, an dessen Annahme er Bedingungen geknüpft hatte, seine Entlassung. Schweren Herzens, namentlich auf Drängen des Feldmarschalls Dohna, nach Einholung eines Gutachtens des der Kamarilla nahestehenden Grafen Alvensleben, unterzeichnete der König am 25. April Bunsens Abberufung und die Ernennung des Grafen Albrecht Bernstorff zu seinem Nachfolger auf dem Londoner Posten[1]). Als zweites Opfer fiel am 5. Mai der Kriegsminister Bonin, an dessen Stelle der nach Gerlachs Zeugnis „politisch ganz taktfeste" General Graf Waldersee trat. Auch an Bonins Sturz hatte Dohna kräftig mitgearbeitet, und der König war ihm auf halbem Weg entgegengekommen. Der Grund seiner Entlassung, gestand er dem in Ungnade Gefallenen selbst, liege nicht in seiner Amtsführung, mit der er sehr zufrieden sei, sondern in Parteirücksichten. Diese Vorgänge erfüllten den Prinzen von Preußen in erhöhtem Maße mit Entrüstung. In Bunsens Abberufung fand er „russischen Einfluß stärker als Rechts- und Billigkeitsgefühl". Nach Bonins Entlassung machte er Manteuffel unerlaubte „Passivität" zum Vorwurf und gab ihm die bittere Klage zu hören: „Daß die Intrigue mich trifft, ist doch sonnenklar. Alle Personen, die mit mir vertraut sind, sind in wenig Wochen beseitigt, verabschiedet, fortgeschickt; weil man mir nicht direkt zu Leibe konnte, mußten jene büßen."

Entlassung Bonins 5. Mai.

Unmut des Prinzen von Preußen.

Dem Bruder selbst schrieb er einen zornigen „Absagebrief", in dem er namens des Heeres Protest gegen Bonins Entlassung einlegte. Der König bezwang sich, ihm nicht in gleichem Ton zu antworten. Er erklärte ihm, den strafbaren Protest diesmal ignoriren zu wollen und bewilligte ihm einen erbetenen vierwöchentlichen Urlaub nach Baden-Baden mit Enthebung von seinen Amtspflichten als Gouverneur der Rheinlande während dieser Zeit. Am 7. Mai verließ der Prinz Berlin, um „der Welt zu zeigen", wie er bald danach den Herzog Ernst von Koburg wissen ließ, daß er „als erster Unterthan auch der erste sein werde, der den Befehlen des Königs gehorsam sein wird", aber daß er nicht imstande sei, „ihm bei einer politischen Schwenkung zu helfen", die „gegen seine Überzeugung" laufe. Eine „Herstellung des Familienfriedens" fand erst am 11. Juni in Babelsberg bei der Feier der silbernen Hochzeit des prinzlichen Paares statt. Aber dem Führer der Kamarilla, Leopold von Gerlach, der auch zu dem Fest daselbst erschienen war, reichte der grollende Prinz kaum die Hand, und von seinem politischen Standpunkt in Sachen der orientalischen Verwicklung ließ er sich nicht abbringen[2]).

Sein Konflikt mit dem König.

[1]) P. de la Gorce: Histoire du second empire II. 343 nennt irriger Weise Gröben als Bunsens Nachfolger.

[2]) R. Koser: Zur Geschichte der preußischen Politik während des Krimkrieges (Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 1869 II. 233 ff. Der da-

So viel war klar: das östreichisch-preußische Bündnis stand auf schwachen Füßen, und Friedrich Wilhelms Haltung war nicht dazu angethan, den Zaren noch in letzter Stunde zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Prinz Albert, der den Lauf der Dinge tief beklagte, äußerte damals in einem an seine Stiefmutter gerichteten Brief: „Gäbe es ein Deutschland und einen deutschen Fürsten in Berlin, so wäre es nie dahin gekommen." Noch ein Menschenalter später urteilte Gladstone, der in jenen Tagen der englischen Regierung angehörte: „Wären die vier Mächte einig gewesen, so erscheint es fast gewiß, daß Rußland ihrer gemeinsamen Autorität gewichen wäre. Aber als Schwankungen des Willens oder dynastische Sympathieen den König von Preußen, obwohl er mit den anderen die Hand an den Pflug gelegt hatte, zurückweichen ließen, wurde die Stärke dieser Verbindung wesentlich verkrüppelt[1])." Preußens Unzuverlässigkeit lähmte hinwiederum Östreich. Als der Augenblick des Handelns gekommen war, traten England und Frankreich allein in die Schranken.

Uneinigkeit der vier Mächte.

selbst S. 236 Anm. 1 erwähnte Brief Friedrich Wilhelms IV. an die Königin Viktoria vom 24. Mai 1854 ist im Auszug abgedruckt in The letters of Queen Victoria III. 28—30). Vgl. H. von Petersdorff: Friedrich Wilhelm IV. S. 204. H. von Poschinger: Unter Friedrich Wilhelm IV. Band II. 441 ff. und Preußens auswärtige Politik II. 414, 415.

[1]) Gladstone: The history of 1852—1860 and Grevilles latest journals (English Historical Review 1887 II. 291, 292).

III.

Der Krimkrieg und der Pariser Kongreß.

Mängel der westmächtlichen Rüstung.

Die Westmächte waren für den Kampf, auf den sie sich einließen, sehr schlecht gerüstet. Sie hatten kostbare Monate mit dem diplomatischen Feldzug verstreichen lassen und trafen erst im März ernste Anstalten, ihrem türkischen Verbündeten Hilfe zu bringen. Als Sammelpunkt für ein Landungsheer, das dem gefürchteten Durchbruch der Russen durch die Balkanpässe und ihrem Vormarsch gegen Adrianopel und Konstantinopel Trotz bieten sollte, war die Halbinsel von Gallipoli am Eingang des Marmarameeres ausersehen. Die französische Orientarmee, die von Marseille dorthin verbracht werden mußte, war anfangs auf nicht mehr als 30 000 Mann berechnet. Zu ihrem Führer war der Marschall Saint-Arnaud bestimmt, der das Kriegsministerium dem Marschall Vaillant abtrat. An der Spitze der allmählich gebildeten, für Saint-Arnaud verfügbaren Divisionen standen die Generale Canrobert, der als der erste mit einer kleinen Abteilung anfangs April in Gallipoli anlangte, Bosquet, der Prinz Napoleon, der General Forey. Oberbefehlshaber des englischen, ursprünglich nur 25 000 Mann umfassenden, in Malta gesammelten Expeditionskorps war der bejahrte Lord Raglan, Wellingtons Waffengefährte, der bei Waterloo den rechten Arm verloren hatte. Unter ihm kommandirten der Herzog von Cambridge, de Lacy Evans, Richard England, Catheart, George Brown. Schon bei der Überführung der Truppen auf türkischen Boden zeigten sich Schwierigkeiten und Mängel aller Art. In Frankreich fehlte es an Raschheit bei der Bildung der Brigaden und Divisionen, da man keine kriegsbereiten Armeekorps im Frieden kannte, an einer genügenden Zahl geräumiger Transportschiffe, an Ordnung bei der Verteilung von Mannschaften, Pferden, Artillerie. In England befanden sich nach vierzig Jahren der Entwöhnung von Kämpfen in Europa die Ausrüstung und das Verpflegungswesen in bedrohlichem Zustand. In Gallipoli herrschte während der ersten Wochen nach der Landung große Verwirrung. Stratford Canning, der seine Thätigkeit vervielfältigte und neben seinem diplomatischen Beruf zahllose Angelegen-

Landung in Gallipoli.

heiten zu erledigen hatte, konnte allen den Ansprüchen, die an ihn gestellt wurden, kaum genügen. Dazu hatte er mit der Eifersucht und dem bösen Willen seines französischen Kollegen Baraguay d'Hilliers' zu kämpfen, der die Allianz Frankreichs mit England durchaus nicht billigte und sich mit Reschid Pascha gänzlich überwarf[1]). Dieser Übelstand ward erst durch Abrufung Baraguay d'Hilliers' beseitigt. Statt seiner, dem das Kommando der französischen Flotte in der Ostsee übertragen ward, führte der erste Sekretär der französischen Botschaft, Benedetti, mit großer Gewandtheit ihre Geschäfte, bis nach Jahresfrist Thouvenel auf dem erledigten Posten erschien.

Sammlung der Streitkräfte unter Saint-Arnaud.

In der zweiten Hälfte des Mai waren die französisch-englischen Streitkräfte, insgesamt etwa 55 000 Mann, zu Saint-Arnauds Verzweiflung ohne genügenden Proviant, Pferdebestand und Geschützmaterial, an Ort und Stelle. Aber kriegerische Lorbeeren waren hier nicht für sie zu holen. Bisher hatten nur die westmächtlichen Flotten auf dem orientalischen Schauplatz etwas unternehmen können. Auch dabei kam aber nicht viel Rühmliches heraus. Am 22. April waren der Hafen und die Magazine Odessas, nicht ohne Beschädigung einiger Schiffe durch das Feuer der russischen Kanonen in den Festungswerken, von ihnen beschossen worden.

Besetzung des Piräus 26. Mai.

Einen Monat später erzwang General Forey auf dem Weg nach Gallipoli durch Landung im Piräus und Ausschiffung eines Besatzungskorps vom König Otto von Griechenland die Annahme eines Ultimatums Frankreichs und Englands, die der offen betriebenen Unterstützung des Aufstandes in Epirus ein Ende machte. Sein Nachspiel in Thessalien hatte dank dem siegreichen Einschreiten Fuad Effendis keine lange Dauer, und die abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und den Verbündeten wurden nach einem in Athen durchgeführten Ministerwechsel wiederhergestellt.

Belagerung Silistrias durch Paskevič und Gorčakov.

Inzwischen war man im englisch-französischen Hauptquartier darüber vergewissert worden, daß ein Vorstoß der Russen jenseits der Balkanpässe nicht zu fürchten sei. Im April hatte auf Drängen des Zaren Fürst Paskevič an Stelle Gorčakovs den Oberbefehl der Donauarmee übernommen. Der greise, von seinem alten Ruhm zehrende, vor kraftvollem Handeln zurückschreckende Feldmarschall wandte sich, nach Räumung der kleinen Walachei, zur Belagerung Silistrias. Aber immer in Furcht vor einem Einbruch der Östreicher in die Donaufürstentümer und vor einem Heranrücken der Türken wagte er es nicht, seine Gesamtmacht zur vollkommenen Einschließung der Festung zu verwenden. Seine Zögerungen kamen der heroischen Tapferkeit der Verteidiger zu Hilfe. In seinem eigenen Hauptquartier wuchs die Unzufriedenheit mit seiner Führung. Am 9. Juni,

[1]) Thouvenel: Nicolas I. et Napoléon III. S. 349 ff. und Poole: Stratford Canning II. 348 ff.

nach einer von ihm unternommenen Rekognoscirung, wurde er in den Glauben versetzt, eine Quetschung erlitten zu haben, und auf Zureden der Ärzte zur Entfernung vom Heer bewogen. Er gab den Oberbefehl wieder an Gorčakov ab. Schon vorher war bei Zusammenkünften Omer Paschas, Saint-Arnauds, Raglans auf den Vorschlag des türkischen Generalissimus hin beschlossen worden, die Operationsbasis des englisch-französischen Heeres von Gallipoli nach Varna zu verlegen. Omer Pascha gewann die Verbündeten für den Plan, von dort aus und unter seiner Mitwirkung Silistria zu entsetzen und die Russen über die Donau zurückzuwerfen. Zwar überkam Saint Arnaud angesichts der Mängel in der Ausrüstung seiner Truppen wieder Reue. Schließlich aber siegte auch bei ihm der Gedanke, sich mit Bedrohung der linken Flanke des Gegners in Varna dem Kriegstheater zu nähern. Die Truppen wurden teils zu Wasser, teils zu Lande dorthin verbracht. Ende Juni war das Hauptquartier Saint Arnauds und Raglans daselbst installirt. Aber auch auf diesem Boden blieb es den westmächtlichen Verbündeten versagt, sich mit dem Feinde zu messen. Politische Einwirkungen hatten das Bild der militärischen Lage von Grund aus verändert.

Verlegung der westmächtlichen Operationsbasis nach Varna.

Durch das mit Preußen abgeschlossene Schutz- und Trutzbündnis vom 20. April, wie man voraussetzen durfte, gedeckt, nahm Österreich eine immer drohendere Haltung gegenüber Rußland an. Mit Freuden bemerkte dies Hübner, den eine Einladung zur Feier der Vermählung des Kaisers (24. April) mit der liebreizenden Prinzessin Elisabeth, der Tochter des Herzogs Max von Baiern, nach Wien geführt hatte. Zwar konnte er die meisten der Generale, die er zu sprechen bekam, noch nicht zu seiner Ansicht bekehren. Aber Buol und seine Ratgeber fand er geneigt, „eine von Rußland unabhängige Politik" zu begünstigen. Sie schienen sogar „vor der Eventualität eines Krieges mit Rußland" nicht zurückzuschrecken. Aus einer Audienz beim Kaiser nahm er die beruhigende Überzeugung mit hinweg, daß der junge Herrscher trotz des aufrichtigen Bedauerns über die Spannung mit dem Zaren, sich nicht hindern lassen werde, gegenüber seinen Völkern „seine Pflicht" zu erfüllen. Ähnliche Eindrücke empfing bald danach Herzog Ernst von Koburg bei einem Aufenthalt in Wien. Buol fand er „aus seinem früheren Ideenkreise herausgedrängt . . . entschlossen, die Bande zu brechen, welche nur zu lange auf Österreich lasteten". Der Kaiser äußerte sein lebhaftes Bedauern über das Dasein einer „ausgebreiteten russischen Partei in Berlin und in Wien" und erschien tief verletzt durch ihm bekannt gewordene Umtriebe russischer Emissäre in den slawischen Ländern seiner Monarchie. Durch den Feldmarschall Heß wurde Herzog Ernst auch von militärischen Operationsplänen, mit denen man sich schon seit einiger Zeit beschäftigte, in Kenntnis gesetzt. Seit Anfang April war in Ungarn die Bildung

Haltung Österreichs.

Fortsetzung der österreichischen Rüstungen.

einer „dritten Armee“ mit dem Erzherzog Albrecht als Oberbefehlshaber im Gange. Generalstabschef des Erzherzogs war Ramming, der allerdings einen Angriffskrieg gegen das Zarenreich widerriet, aber darauf drang, die Russen aus den Donaufürstentümern herauszuwerfen und dann am Pruth Halt zu machen[1]). Die Ansammlung russischer Streitkräfte in Polen und Wolhynien veranlaßte weitere östreichische Rüstungen. Am 15. Mai ward die Bildung einer „vierten Armee“, bestehend aus drei Armeekorps und einem Kavalleriekorps, unter Kommando des Grafen Schlick in Galizien verfügt. Gleichzeitig ward zu diesem Zweck eine neue Rekrutenaushebung von 95000 Mann angeordnet.

Finanzmaßregeln.

Durch diese Maßregeln ward den ohnehin durch Entwertung des umlaufenden Papiergeldes schwer zerrütteten Finanzen des Staates eine noch stärkere Anspannung zugemutet. Das Deficit für 1854 war auf 95 Millionen Gulden, die Ausgabe zu militärischen Zwecken auf 112 Millionen angesetzt. Aber schon in den ersten drei Monaten wurden hierfür allein 115 Millionen erfordert. Ein im Inland aufgelegtes Lotterieanlehen und ein zu sehr ungünstigen Bedingungen in Frankfurt und Amsterdam durch die Bankhäuser Rothschild, Becker und Fould vermitteltes Anlehen von 35 Millionen gewährten keine wirksame Abhilfe. Ende Mai stand man Forderungen von 60 Millionen gegenüber, die in den nächsten fünf Monaten zu berichtigen, vorläufig aber ungedeckt waren. Da erging am 1. Juni die kaiserliche Ermächtigung zur „Radikalkur“ des Geldwesens den Plan eines großen freiwilligen Nationalanlehens zu erwägen, dessen Aufnahme wirklich wenig später, am 26. Juni, im Betrage von mindestens 350 und höchstens 500 Millionen durch kaiserliches Patent angekündigt wurde. Derart rüstete man sich, um im Notfall die Räumung der türkischen Gebiete durch die Russen mit dem Schwert zu erzwingen. Indessen hatte man hinsichtlich des Vertrags vom 20. April Erfahrungen zu machen, die dazu geeignet waren, jeden Übereifer abzukühlen.

Der Vertrag vom 20. April und der deutsche Bund.

Der Vertrag nahm den bedingungslosen Beitritt aller deutschen Bundesstaaten in Aussicht. Es erging daher an diese eine darauf bezügliche Aufforderung Östreichs und Preußens. Man hatte dabei jedoch das Selbstgefühl der mittelstaatlichen deutschen Regierungen außer Acht gelassen, das sich besonders in Beust und Pfordten, den leitenden Ministern Sachsens und Baierns, verkörperte. Sie gedachten den beiden deutschen Großmächten zu Gemüte zu führen, daß außer ihnen noch andere souveräne deutsche Staaten und ein Frankfurter Bundestag vorhanden seien, und wünschten zugleich, beim Zaren keinen allzustarken Anstoß zu geben. Auf ihr Betreiben fand eine Konferenz von Regierungsvertretern der vier Königreiche, der beiden Hessen und Nassaus in Bamberg statt. Es war

[1]) Friedjung a. a. O. S. 39.

dieselbe mittelstaatliche Triasgruppe, die zwei Jahre vorher in Darmstadt eine eigene Politik in den Zollangelegenheiten zu treiben versucht hatte (s. VII. 501). Sie einigte sich am 25. Mai in Bamberg über eine von Beust verfaßte, an Österreich und Preußen gerichtete Note. Dies Aktenstück anerkannte zwar grundsätzlich den hohen patriotischen Wert der österreichisch-preußischen Vereinbarung. Es belehrte aber auch die beiden Großmächte, daß ihre Einladung zum Beitritt an den Bundestag zu richten gewesen wäre. Es nahm für diesen als „Gesamtmacht" das Recht der Beteiligung an allen ferneren Verhandlungen durch eigene Bevollmächtigte in Anspruch. Es gab dem Wunsch Ausdruck, daß zum Zweck der Friedensherstellung nicht nur an Rußland die Aufforderung zur Räumung des türkischen Gebietes, sondern auch an die Westmächte die zum Rückzug ihrer Land- und Seestreitkräfte gerichtet werde.

Die Bamberger Note 26. Mai.

In Wien vermerkte man diese „Sucht" der Regierungen zweiten Ranges, „europäische Politik auf eigene Faust zu machen", sehr übel. Mit größerer Gelassenheit betrachtete man sie in Berlin. Man mochte sie hier sogar als brauchbar ansehen, um Wasser in den Wein des antirussischen Eifers Österreichs zu gießen. In diesem Sinn hatte schon Edwin von Manteuffel bei seinem Aufenthalt in Wien zu wirken gesucht. Von dort zurückgekehrt, erklärte er, daß Heß bei der Verhandlung des Aprilvertrags die preußischen Partner „übergerannt" habe und daß es ratsam sei, zur Stärkung des der Lage nicht gewachsenen Gesandten in Wien, des Grafen Arnim-Heinrichsdorff, den erprobten Grafen Alvensleben an den österreichischen Hof abzuordnen[1]). Der wieder von Frankfurt als Helfer nach Berlin berufene Bismarck, der Preußens Politik dringend „eine respektable Farbe" wünschte, arbeitete mit Leopold von Gerlach vereint gleichfalls dafür.

Ihre Beurteilung in Wien und Berlin.

Der König genehmigte die Mission und gab Alvensleben bei seiner Abreise am 14. Mai ein Schreiben mit, in dem er den „allertreuesten" Kaiser Franz Josef flehentlich mahnte, die an den Zaren zu richtende „sogenannte Sommation" sorgfältig zu erwägen und überhaupt nichts zu unternehmen, was sie beide in Krieg mit Rußland verwickeln könne. Er bat ihn, seinen Blick von Osten auch auf den Westen zu wenden, wo die Bildung französischer Lager bei St. Omer und bei Marseille für Deutschland und für die italienischen Besitzungen Österreichs nichts Gutes ahnen lasse, und drückte ihm sein Vertrauen auf Sicherung des Friedens durch das bloße Dasein des „europäischen Centralbundes" aus. Der Minister Otto von Manteuffel hatte keine Einwendung gegen Alvenslebens Mission erhoben. Sein Auftrag sei keineswegs, schrieb er dem Grafen Hatzfeld nach Paris, den Vertrag vom 20. April „rückgängig zu machen oder auch nur

Mission Alvenslebens nach Wien.

[1]) Vgl. H. von Petersdorff: Graf Albrecht von Alvensleben-Erxleben (Historische Zeitschrift S. 309 ff. 1907).

zu schwächen", sondern „seine Kompromittirung zu verhindern". „Wir stehen, fügte er zur Beschwichtigung seines eigenen Gewissens bei, auf dem Boden der Wiener Protokolle, leiten aber daraus für uns keine weitere Verpflichtung ab, als die, gemeinschaftlich über die Mittel zu beraten, einen dauerhaften Frieden herzustellen." Alvenslebens erste Berichte aus Wien klangen beruhigend. Er schmeichelte sich, den Kaiser und Buol für die Idee „eines Frontmachens gegen die Westmächte" und sogar für den Vorsatz, von der Sommation an den Zaren ganz abzusehen, gewonnen zu haben. Aber er wurde bald genug gründlich enttäuscht. In Wien beschloß man kurzerhand, die preußische Regierung wie die Bamberger vor eine vollendete Thatsache zu stellen.

Österreichische Summation nach Petersburg 3. Juni.

Am 3. Juni erging die Sommation nach Petersburg, die Operationen in den Ländern jenseits der Donau nicht weiter auszudehnen und bestimmte Angaben über den genauen und, wie man hoffe, nicht fernen Zeitpunkt zu machen, wann der Besetzung der Donaufürstentümer ein Ziel gesetzt werde. Falls die Dauer dieser Besetzung unbestimmt bleibe oder falls die Räumung etwa an Bedingungen geknüpft werde, deren Erfüllung nicht von Österreichs Willen abhange, werde der Kaiser Franz Josef der gebieterischen Pflicht nachkommen, zum Schutz der gefährdeten Interessen selbst die nötigen Mittel in Betracht zu ziehen. Die scharfe Form dieser Sommation unterschied sich wenig von einem Ultimatum. Man wollte klarstellen, hatte Buol am 2. Juni Manteuffel wissen lassen, daß man nötigenfalls „die äußersten Konsequenzen" aus dem Schutz- und Trutzbündnis ziehen werde. Hierauf zielte auch die Sendung des Generalmajors von Mayerhofer nach Berlin mit der Aufforderung, gleichfalls Truppen an der russischen Grenze zu sammeln. Friedrich Wilhelm IV. war über das rasche Vorgehen seines Verbündeten stark verstimmt. Indessen ließ er sich bei einer Zusammenkunft mit dem Kaiser Franz Josef, im Schloß von Tetschen, an der auch der Minister Manteuffel, Leopold von Gerlach und Alvensleben teilnahmen, beschwichtigen. Preußen unterstützte vertragsgemäß die österreichische Sommation durch Weisung vom 12. Juni an den Baron Karl von Werther in Petersburg, den Nachfolger des jüngst verstorbenen Generals von Rochow. Ein langatmiger Brief Friedrich Wilhelms IV. an seinen Schwager und mündliche Erläuterungen Edwins von Manteuffel, des diplomatischen Boten in der Uniform des Flügeladjutanten, sollten die bittere Pille versüßen und dem Zaren eine goldene Brücke zum Rückzug bauen helfen. Die Bamberger sträubten sich noch eine zeitlang gegen einfache Annahme des Aprilvertrags. Aber nach der Vorlage desselben in Frankfurt erfolgte sie am 24. Juli auch dort mit allen gegen die eine Stimme Mecklenburg-Strelitz. Anderthalb Wochen nach dem Erlaß der Sommation an den Zaren errang Österreich einen bedeutenden diplomatischen Erfolg in Konstantinopel.

Zusammenkunft Franz Josefs und Friedrich Wilhelms IV. in Tetschen 7. Juni.

Österreichisch-türkischer Vertrag 14. Juni.

Es gelang dem Internuntius Bruck, am 14. Juni mit Reschid Pascha einen vorerst geheim gehaltenen Vertrag zu schließen, der Österreich berechtigte, Truppen in die Donaufürstentümer einrücken zu lassen und sie bis zur Herstellung des Friedens zwischen Rußland und der Türkei besetzt zu halten. Ein zweiter Vertrag bevollmächtigte Österreich, beim Ausbruch von Unruhen in Bosnien, Albanien, Montenegro auch in diesen Gebieten militärisch einzuschreiten. „Welcher Fortschritt seit Juni 1853", verzeichnete Hübner triumphirend in seinem Tagebuch.

Gereiztheit des Zaren gegen Österreich.

Der erste Eindruck der österreichischen Sommation in Petersburg löste hier das Gefühl unbezähmbaren Zornes aus. Der Zar war außer sich über die Undankbarkeit Franz Josefs und sann auf Rache. Die slawophile Partei, die ihn schon längst nach dem Zeugnis kundiger Beobachter vorwärtstrieb[1]), konnte ihre Stunde gekommen glauben. Denkschriften ihres Hauptführers Pogodin, die abschriftlich in Umlauf waren, forderten die Zertrümmerung der habsburgischen Monarchie und einen panslawistischen Bund mit Rußland an der Spitze und mit Konstantinopel als Hauptsitz. Daß der Weg nach Konstantinopel über Wien führe, war ein Wort, das damals in Petersburg gefallen sein soll. Ein hienach gedachter Feldzugsplan war dem Zaren von General Sumarakov eingereicht. Vorsichtiger stellte der greise General Jomini, der einst aus französischen in russische Dienste übergegangen war, zwei Pläne zur Wahl: nach Zurückziehung der Truppen aus den Donaufürstentümern entweder Verteidigungskrieg mit der Krim als Hauptbollwerk oder Sammlung aller Kräfte zum Angriff auf Österreich.

Beantwortung der Sommation 29. Juni.

Mit Entschiedenheit aber mahnte Nesselrode von dem Abenteuer ab, um der Ehre willen sich in einen Kampf zu stürzen, der ganz Europa gegen Rußland vereinen werde. Ihm war es auch zu danken, daß die nach langem Zögern am 29. Juni erteilte russische Antwort auf die österreichische Sommation viel maßvoller ausfiel, als man hätte erwarten sollen. Die russische Regierung erklärte sich bereit, über den genauen Zeitpunkt der Räumung der Donaufürstentümer mit der österreichischen in Verhandlung zu treten, wenn diese ihr Bürgschaften dafür gebe, daß die Westmächte die abziehenden Truppen nicht verfolgen oder ihre ganzen verfügbaren Streitkräfte nicht zum Einfall in die asiatischen oder europäischen Küstenländer verwenden würden. Auch gab sie ihre Bereitschaft kund, die Grundsätze des Protokolles vom 9. April anzuerkennen. Nur über den einen bewahrte sie ein beredtes Schweigen, nach dem die Unterzeichner jenes Protokolles sich verpflichteten, gemeinschaftlich die Auffindung von Bürgschaften zu erstreben, die den Bestand des türkischen Reiches mit dem europäischen Gleichgewicht verknüpfen würden. Buol antwortete, die Erfüllung der von Rußland aufgestellten Bedingung hänge nicht

[1]) S. z. B. H. von Poschinger: Preußens auswärtige Politik II. 413.

von Östreichs Willen ab, falls die Westmächte sie verweigerten, müsse Östreich auf seinem an Rußland gerichteten Verlangen in ganzer Ausdehnung verharren.

So dauerte die Spannung zwischen Wien und Petersburg fort. Der Zar überschüttete den Vertreter Östreichs an seinem Hof, den Grafen Valentin Esterhazy, mit Vorwürfen. Noch unverhüllter äußerte sich sein Ingrimm gegen den Kaiser Franz Josef in seinem Briefwechsel mit Friedrich Wilhelm IV. Dieser fühlte sich allerdings auch durch den ohne Preußens Vorwissen abgeschlossenen, nun bekannt gewordenen östreichisch-türkischen Vertrag nicht wenig verletzt. Aber er beschwor den Zaren, vom Wunsch beseelt, „schluchzend an seinem Halse zu hängen", durch seine Schwester, die Zarin, inständig, dem Einrücken östreichischer Truppen in den Donaufürstentümern kein Verbot entgegenzustellen und zu glauben, daß der Kaiser Franz Josef, friedlicher gesinnt als Buol, nicht an Krieg gegen Rußland denke. In Wahrheit wünschte auch Buol die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Genug, wenn der gewollte Zweck durch diplomatischen Druck in Verbindung mit militärischen Vorbereitungen erreicht werde. Diese nahmen sich in der That ernst genug aus. In Folge vorgenommener Truppenverschiebungen sollte die Hauptmasse der dritten und vierten Armee nach Galizien und nach der Bukowina versetzt werden. Auch das serbisch-banatische Korps ward ihnen als rechter Flügel angegliedert. Alles in allem hätten sieben Armeekorps und ein Kavalleriekorps, in runder Summe 200 000 Mann, wennschon noch mangelhaft ausgerüstet und nicht zum besten verpflegt, im Spätsommer unter dem Oberbefehl von Heß gegen Rußland bereit gestanden. Während die östreichischen Truppen sich in Marsch setzten und in Galizien verschanzte Lager angelegt wurden, stellte Hübner nach Buols persönlichem Auftrag in Paris eine vertrauliche Anfrage, unter welchen Bedingungen die Westmächte zum Abschluß eines Bündnisses mit Östreich geneigt seien. Doch blieb die Genehmigung eines Vertragsentwurfes, an dessen Arbeit er sich mit Eifer machte, dem Kaiser Franz Josef vorbehalten.

Fortdauer der Spannung zwischen Östreich und Rußland

Angesichts der drohenden Haltung Östreichs gab der Zar schweren Herzens die bisherigen Pläne des Donaufeldzugs preis. Am 22. Juni hob Fürst Michael Gorčakov nach ihm zugekommenem Befehl die Belagerung von Silistria auf und zog sich auf das linke Ufer des Stromes zurück. „Die Russen stehlen mir, schrieb der enttäuschte Saint-Arnaud seinem Bruder, eine schöne Gelegenheit des Sieges." Zwar konnte Omer Pascha, der im französisch-englischen Lager anlangte, nach dem Übergang über die Donau bei Giurgewo am 7. Juli der russischen Nachhut noch eine Schlappe beibringen. Aber die Masse der Zurückweichenden entzog sich nach kurzem erneuten Stillstand jedem Zusammenstoß. Bald konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Räumung nicht nur der Walachei,

Aufhebung der Belagerung Silistrias 22. Juni.

Räumung der Donaufürstentümer.

sondern auch der Moldau beschlossene Sache sei. Am 8. August ward sie Buol in aller Form durch den Vertreter des Zaren angekündigt. Es war nicht mehr Meyendorff, der seinen Posten verlassen mußte, weil man ihm vorwarf, daß er sich durch seinen Schwager Buol hinters Licht habe führen lassen, sondern Fürst Alexander Gorčakov, ein Vetter des Generals, als geriebener Diplomat längst erprobt, zuletzt Gesandter in Stuttgart, wo er im Herbst 1853 vom Prinzen Napoleon über die Möglichkeit einer russisch-französischen Verständigung sondirt worden war[1]). Nach Gorčakovs Mitteilung sollte die Räumung der Donaufürstentümer „nur aus strategischen Gründen" erfolgt sein. Auch ließ er es im dunkeln, ob man nicht ihre Wiederbesetzung zu gewärtigen habe. Die Ungewißheit über die russischen Absichten verursachte eine Verzögerung des Nachrückens der Östreicher. Zudem wollte man Preußen möglichst lange verhindern, sich der Pflichten für enthoben zu erklären, die der Vertrag vom 20. April nach östreichischer Auslegung ihm aufbürdete. So ward es den Türken möglich, den Östreichern zuvorzukommen. Schon am 7. August rückten sie in Bukarest ein. In den folgenden Wochen zogen sie an 80 000 Mann in den Fürstentümern zusammen. Die östreichischen Truppen überschritten erst am 22. August die walachischen Grenzen. Streitigkeiten zwischen den östreichischen und türkischen Militärbehörden blieben nicht aus. Schließlich wurde im September bei einer persönlichen Zusammenkunft Omer Paschas und Heß' sowie mittels Verhandlungen Bruck in Konstantinopel die gemeinsame Besetzung von Bukarest, aber die Okkupation der Moldau durch die Östreicher allein verabredet. Auf diese Weise sollte ein Zusammenstoß zwischen Türken und Russen, der Östreich unzweifelhaft sofort in Mitleidenschaft gezogen hätte, vermieden werden.

Türken und Östreicher in den Donaufürstentümern.

Verhandlungen Östreichs und der Westmächte.

Währenddes hatte Hübner, im Auftrag Buols seine Verhandlungen über ein mit den Westmächten abzuschließendes Bündnis fortgesetzt. In Paris und London drängte man um so entschiedener auf Östreichs Beitritt zu der Allianz, je weniger man glaubte, auf Preußens weiteres Mitwirken überhaupt rechnen zu können. War doch dessen Vertreter nach Eintreffen der russischen Antwort vom 29. Juni den Wiener Konferenzen fern geblieben, da Manteuffel die Würdigung dieser Antwort zunächst den Unterzeichnern des Aprilvertrags vorbehalten wissen wollte. Hübner selbst ließ es an Mahnungen in Wien, sich rasch zur Unterschrift des Dreibundes zu entschließen, nicht fehlen. Allein der Kaiser Franz Josef war vorderhand nicht dafür zu gewinnen. Er stimmte nur einem Austausch gleichlautender Noten zwischen Buol, Westmoreland und Bourqueney zu, durch welche, gemäß dem Verlangen der Westmächte, weitere Begehren je nach dem Gange des Krieges vorbehalten, vier Punkte als festzuhaltendes Mini-

[1]) Goriainov: Les étapes de l'alliance franco-russe (Revue de Paris 1912. 1. Januar, 1. Februar).

mum für den Frieden bezeichnet wurden. Diese vier Punkte sollten die durch das Protokoll vom 9. April erforderten Bürgschaften für die Verbindung des Bestandes der Türkei mit dem europäischen Gleichgewicht in sich enthalten. Sie umfaßten erstens eine europäische Gesamtgarantie für die staatsrechtliche Stellung der Donaufürstentümer und Serbiens statt der bisherigen alleinigen russischen Schutzherrschaft, zweitens Sicherung der freien Schiffahrt in den Donaumündungen, drittens Revision des Meerengenvertrags von 1841 im Interesse des europäischen Gleichgewichtes, viertens Aufgabe des russischen Anspruchs einer Schirmherrschaft über Unterthanen des Sultans und Verständigung der fünf Großmächte zur Sicherung der den verschiedenen christlichen Religionsgenossenschaften gewährten religiösen Privilegien mit Vermeidung eines Angriffs auf die Würde und Unabhängigkeit seiner Krone. Die Unterzeichnung der vier Punkte in Wien erfolgte an demselben Tag, an dem hier die gänzliche Räumung der Donaufürstentümer mitgeteilt wurde. Aber dies Zugeständnis war verspätet. In einer nach Petersburg gerichteten Depesche vom 10. August konnte Buol nicht umhin, die rückhaltlose Annahme der vier Punkte als Vorbedingung der Herstellung eines dauerhaften Friedens zu empfehlen. Wohl oder übel schloß Manteuffel am 13. August sich dieser Empfehlung an, so bitter es auch in Berlin empfunden ward, daß man durch den Verbündeten an der Donau wieder erst nachträglich in das Geheimnis der vorausgegangenen Verhandlungen eingeweiht worden war. Doch verpflichtete sich Preußen für den Fall der Ergebnislosigkeit seiner Empfehlung in keiner Weise für die Erzwingung der Annahme.

Vereinbarung über die „vier Punkte" 8. August

Nichts konnte deutlicher die Verschiebung des ursprünglichen Kriegszieles bekunden als das in den vier Punkten enthaltene Mindestprogramm des künftigen Friedens. Es handelte sich nicht mehr um den Schutz der bedrängten Türkei, sondern um die Eindämmung der russischen Obmacht auf der Balkanhalbinsel und auf dem schwarzen Meer. Die gereizte Erwiderung Nesselrodes vom 26. August bewies, daß man in Petersburg die Tragweite des Ansinnens vollkommen verstand. Es wurde, als mit der Ehre des noch nicht besiegten Zarenreiches schlechthin unvereinbar, entrüstet abgelehnt. „In unsere Grenzen zurückgekehrt, schloß die Erwiderung, und uns in der Defensive haltend, werden wir in dieser Stellung abwarten, daß billige Wünsche uns gestatten, unsere Wünsche für den Frieden mit unsrer Würde und unsern politischen Interessen zu vereinigen." Der preußischen Politik bot diese Erklärung Rußlands, sich fortan in der Defensive halten zu wollen, eine Handhabe, weitere Zumutungen abzuwehren, die ungestüm in Berlin und zunächst durch Sondirung in Frankfurt von Wien aus gemacht wurden. Vergeblich berief man sich hier auf den Vertrag vom 20. April, um daraus militärische Verpflichtungen Preußens und des Deutschen Bundes zu allfälligem Schutz

Das Mindestprogramm des Friedens.

Zurückhaltung Preußens.

der österreichischen Truppen in den Donaufürstentümern und „bei Aneignung" der vier Punkte herzuleiten. Unter Beirat Alvenslebens, Edwin von Manteuffels und nicht zuletzt Bismarcks, der es empörend fand, daß Preußen „wie ein herrenloser Pudel" Österreich „nachlaufen" solle, wies Friedrich Wilhelm IV. die Eingehung neuer Verpflichtungen gegen Österreich zurück. Eine Cirkulardepesche des Ministers von Manteuffel an die preußischen Gesandten in Deutschland vom 3. September kündigte an, daß nach dem Wegfall früherer Voraussetzungen der Zusatzartikel zu dem Aprilvertrag als erledigt anzusehen sei, und daß der König seinen deutschen Verbündeten eine Aneignung der vier Punkte, nicht zu empfehlen vermöge, insoferne sie Lasten und Pflichten zur Folge haben könnten, die nicht aus klar erkannten, allgemein deutschen Interessen herzuleiten wären. In Wien konnte man den Unmut über die vorsichtige Zurückhaltung des preußischen zu Schutz und Trutz Verbündeten nicht verbergen. Noch schärfer lauteten die Urteile über die preußische Politik in London und in Paris. Besonders in England stieg die Erbitterung auf einen hohen Grad. Bernstorff bekam sogar wiederholt Drohungen aus Clarendons Mund zu hören[1]). Prinz Albert verhehlte dem König nicht, daß die Westmächte ihm Schuld gäben, „dem Frieden Hindernisse in den Weg zu werfen, Rußland die wichtigsten Dienste zu leisten" und es unmöglich zu machen, die durch Rußlands Übermut aufgeworfene Frage „im Interesse Europas und durch ein geeinigtes Europa" geklärt zu sehen. Aber auch mit Österreich war man an der Themse und an der Seine nichts weniger als zufrieden. Man hatte bestimmt darauf gerechnet, daß Kaiser Franz Josef nach Abweisung der vier Punkte durch den Zaren zum mindesten seinen Gesandten aus Petersburg abberufen und danach ein förmliches Kriegsbündnis mit den Westmächten schließen werde. Statt dessen verharrte Österreich bis zum Herbst unerschütterlich in seiner zuwartenden Haltung bewaffneter Neutralität. Die begonnenen Rüstungen wurden sogar teilweise rückgängig gemacht und einige der in Galizien angesammelten Truppenkörper wieder nach Ungarn verlegt. Dies „Schaukelspiel", das Hübner aufs höchste mißbilligte, ermöglichte Rußland, zunächst sein Hauptaugenmerk auf die Stelle zu richten, auf der es zur zähesten Verteidigung herausgefordert wurde. Es war die Krim, die dem ganzen Krieg den Namen gegeben hat.

Zuwarten Österreichs.

Wahl des Kriegsschauplatzes.

Für die mit der Türkei verbündeten Westmächte konnten zum Angriff auf den Koloß des weit ausgedehnten russischen Reiches nur drei mögliche Ziele in Frage kommen: Polen, Finland mit dem Becken der

[1]) Im Kampf für Preußens Ehre. Aus dem Nachlaß des Grafen A. von Bernstorff. 1906. S. 218 ff. zur Ergänzung von H. von Poschinger, Martin u. a.

Ostsee und die Halbinsel der Krim mit ihrer starken Festung Sebastopol, dieser beständigen Bedrohung Konstantinopels und Ausgangspforte zur Geltendmachung russischer Machtansprüche im schwarzen Meer. Ein Angriff auf Polen war ohne Östreichs Mitwirkung ausgeschlossen und verbot sich mit Rücksicht auf Preußen. Ein Kampf zu Lande in Finland hätte der Bundesgenossenschaft Schwedens bedurft. In der Ostsee war, abgesehen von der Blockade der russischen Küste, bisher der einzige nennenswerte Erfolg der englisch-französischen Flotte unter Napier und Baraguay d'Hilliers die Einnahme und Zerstörung des Festungswerkes Bomarsund auf der größten der Alandsinseln (16. August). So blieb denn die Krim als einzig verwundbare Stelle des riesigen russischen Reichskörpers übrig. Der Gedanke, hier mit dem Angriff einzusetzen, lag schon längst gleichsam in der Luft. Er war Napoleon und Saint-Arnaud seit Monaten vertraut, vom Herzog von Newcastle, dem englischen Kriegsminister, in Form eines Feldzugplanes ausgearbeitet, von Palmerston mit Wärme verteidigt, von der öffentlichen Meinung in England mit Begeisterung aufgenommen. Schon Mitte Juli waren die Weisungen in die Hauptquartiere der Verbündeten ergangen, alles für die Landung in der Krim vorzubereiten. Ein Schiff mit George Brown, Canrobert, Oberst Trochu, dem Adjutanten Saint-Arnauds, an Bord, ward vorausgeschickt, um den geeignetsten Landungsplatz ausfindig zu machen.

Die Krim.

Indessen wurden vor der Überführung der Truppen auf den neuen Kriegsschauplatz in Folge einer verfehlten Maßregel Saint-Arnauds dem französischen Heer noch schwere Opfer zugemutet. Der Wunsch, die abziehenden Russen in der Dobrudscha zu fassen, wo sie einer türkischen Abteilung eine Niederlage beigebracht hatten, verführte ihn zur Anordnung einer Expedition in das unfruchtbare, schwach bewohnte Land. An ihrer Spitze stand der durch seine Beteiligung am Staatsstreich vom zweiten December sattsam bekannte General Espinasse. Er hatte ein sumpfiges Gebiet mit verpesteten Ausdünstungen zu durchschreiten, und die Cholera, die ihm schon von Varna aus gefolgt war, breitete sich mit erschreckender Schnelligkeit unter seinen Soldaten aus. Ohne eines Feindes ansichtig geworden zu sein, kehrte er nach Verlust eines Viertels seines ursprünglich 11 000 Mann starken Korps wieder um. Auch im Lager von Varna und auf den Schiffen erlagen hunderte der Seuche. Zu allem Unglück zerstörte am 10. August eine furchtbare Feuersbrunst in Varna fast alle Proviantmagazine der Verbündeten. Mit größter Mühe wurden die Pulver- und Munitionsvorräte gerettet. Saint-Arnaud, der früher selbst manche Bedenken gegen die Fahrt nach der Krim gehegt hatte, körperlich und seelisch schwer leidend, brannte darauf, die Anker zu lichten. Dort glaubte er, wie er seiner Frau versicherte, binnen „eines Monats" zum Ziel zu gelangen. Noch wurden ihm, nicht nur von englischer Seite,

Unglücklicher Feldzug in der Dobrudscha.

Feuersbrunst in Varna 10. August.

sondern auch im eigenen Lager, vom Prinzen Napoleon und vom Admiral Hamelin, gewichtige Einwendungen gemacht. Aber am 25. August kündigte ein Tagesbefehl dem Heer an: „Bald werden wir die drei vereinigten Fahnen auf den Mauern Sebastopols flatternd begrüßen."

Einschiffung nach der Krim.

In den ersten Septembertagen begann die Einschiffung der französisch-englischen Streitmacht und eines kleinen türkischen Korps, alles in allem nicht mehr als etwa 58 000 Mann, in Varna. Die Überfahrt ging glatt von statten, ebenso vom 14. bis 18. September die Landung in der Bucht von Kalamita südlich von Eupatoria. Diese von den Russen verlassene Stadt konnte ohne weiteres besetzt und dann sofort der Vormarsch südwärts gegen Sebastopol angetreten werden. Der russische Oberbefehlshaber in der Krim, Fürst Menšikov, hatte im ganzen kaum 50 000 Mann und zur Verteidigung der Festung kaum 30 000 Landtruppen zur Verfügung. Durch Heranziehung einiger Abteilungen aus dem Osten der taurischen Halbinsel verstärkt, entschloß er sich, auf den südlichen Abhängen des Flusses Alma in starker Stellung den heranrückenden Feinden

Schlacht an der Alma 20. Sept.

die Stirn zu bieten. Hier kam es am 20. September zur Schlacht. Sie endete, vor allem dank der überlegenen Taktik und der besseren Bewaffnung der Verbündeten, trotz tapferer Gegenwehr der Russen mit ihrer Niederlage. Ihre Verluste von 5000 Mann an Toten und Verwundeten überstiegen die ihrer Gegner etwa um das Doppelte. Der Mangel an Reiterei, die noch nicht vollzählig hatte gelandet werden können, ließ Saint-Arnaud die von Raglan befürwortete rasche Verfolgung unratsam erscheinen. Das geschlagene russische Heer erhielt für seinen Rückzug nach

Versenkung russischer Schiffe in Sebastopol.

Sebastopol einen Vorsprung von mehreren Tagen. Gleichzeitig vollzog Admiral Kornilov schweren Herzens auf Menšikovs Befehl die Versenkung der im Hafen von Sebastopol liegenden ältesten Kriegsschiffe. Infolge dieser kühnen Maßregel, die mit der Verbrennung Moskaus verglichen wurde, ward die geplante unmittelbare Mitwirkung der verbündeten Flotte bei einem Angriff des Landheers auf die Festung unmöglich gemacht. In dieser selbst erhielt die Garnison eine bedeutende Verstärkung durch schwere Schiffsartillerie und durch die Marinesoldaten. Menšikov überließ den 17 000 Mann unter Kornilov und Nachimov die Verteidigung der Stadt und sicherte seiner Hauptmacht nordwärts von ihr freie Bewegung, während die verbündeten Heere nach einem gewagten Flankenmarsch die Tschernaja überschritten und südlich von Sebastopol ihr Lager bezogen.

Tod Saint-Arnauds 29. Sept.

Es war Saint-Arnaud versagt, auch sein Zelt hier aufzuschlagen. Bis dahin hatte er sich mit eiserner Willenskraft gegen die quälenden Leiden aufgebäumt, die seinen Körper zerrütteten. Aber ein Choleraanfall, der ihn während des Marsches heimsuchte, brachte ihn um seine letzten Kräfte. Am 26. September nahm er durch einen Tagesbefehl von

seinem Heer Abschied und kündigte ihm, gemäß einem vorsorglichen, bisher geheim gehaltenen Brief des Kaisers, die Ernennung Canroberts zu seinem Nachfolger an. Am 29. September ward er sterbend in einer Sänfte auf dasselbe Schiff getragen, das ihn wenige Wochen vorher an die Küste von Gallipoli verbracht hatte. Napoleon, der dem skrupellosen Helfershelfer des zweiten Decembers so viel zu danken hatte, bestimmte die Beisetzung des Leichnams im Dom der Invaliden.

Canrobert, der mit Übergehung des im Dienst älteren Forey an Stelle Saint-Arnauds trat[1]), hatte sich durch seine Thaten in Afrika einen Namen gemacht und erfreute sich bei den Soldaten großer Beliebtheit. Aber der tapfere, bescheidene, gutmütige Korpsführer war den Aufgaben des Höchstkommandirenden nicht ganz gewachsen. Vor der Verantwortlichkeit des Abenteuers eines unverweilten Sturmes auf Sebastopol, wie ihn Cathcart empfahl, schrak er wohl mit Recht zurück. Raglan stimmte ihm bei. Beide waren darüber einig, daß ein Bombardement den Sturm vorbereiten müsse. Für dessen vollen Erfolg rechneten sie auf wenige Wochen, höchstens auf ein paar Monate. Zunächst galt es, durch Verbindung mit den Geschwadern die Verproviantirung und den Nachschub der Truppen zu sichern. Dafür diente den Engländern die südliche Bucht von Balaklawa, den Franzosen die westliche von Kamiesch. Jene hatten auf dem rechten, diese auf dem linken Flügel durch eine Schlucht getrennt, den Angriff durchzuführen. Die türkischen Bataillone hielten sich vornehmlich in der Umgebung der beiden Buchten als Reserve. Ein gemischtes Beobachtungskorps sollte die Bewegungen Menšikovs in der Krim überwachen, mit der Sebastopol durch eine große Reede in Verbindung blieb. In der Nacht vom 9. auf den 10. Oktober konnten die ersten Laufgräben eröffnet, und in den nächsten Tagen die Batterieen für das Bombardement errichtet werden.

Canrobert Höchstkommandirender.

Verteilung der Belagerungstruppen.

Diese Vorbereitungen hatten den Verteidigern Sebastopols Zeit gegeben, die Rüstung der Festung, die gerade auf der Südseite anfangs sehr schwach und lückenhaft war, zu verstärken. Das Hauptverdienst daran erwarb sich der Kurländer Todleben. Sohn eines angesehenen Kaufmanns in Mitau, auf der Kadettenschule in Riga und auf der Ingenieurschule in Petersburg ausgebildet, hatte er sich schon bei den Kämpfen im Kaukasus und bei der Belagerung Silistrias bewährt. Von dort ward er nach Sebastopol abgerufen, wo der geniale Offizier, obwohl erst zu niederer Rangstufe aufgerückt, das volle Vertrauen Kornilovs gewann. Er begann, mit kluger Benutzung der Bodenverhältnisse und unter Anspannung tausender von Arbeitern, trefflich armirte, zusammenhängende Verteidigungswerke zu schaffen: wie namentlich rechts von der Südbucht

Verteidigungsanstalten in Sebastopol.

Todleben.

[1]) Zur Ergänzung und teilweise zur Berichtigung der früheren Litteratur Bapst: Le maréchal Canrobert 1910 ff.

die Quarantäne-, Central- und Mast-Basteien, gegenüber der Vorstadt Karabelnaja den großen Redan, auf dem Malakovhügel den Malakovturm und nordöstlich davon den kleinen Redan. Am 17. Oktober nahm gleichzeitig von der Land- und Seeseite das Bombardement, das dem Sturm vorausgehen sollte, seinen Anfang. Den Engländern gelang es, den großen Redan und den Malakovturm beinahe zu zertrümmern. Kornilov selbst, der zu der gefährdeten Stelle heransprengte, empfing hier die Todeswunde. Aber die französischen Batterieen, in deren einer das Pulvermagazin in die Luft flog, wurden durch das russische Feuer übel mitgenommen. Auch die Schiffe der verbündeten Geschwader erlitten starke Verluste. Raglan wagte es nicht, mit seinen geschwächten Mannschaften ohne Unterstützung der Bundesgenossen in die Vorstadt einzudringen. Während der Nacht und am folgenden Tag besserte Todleben die den Werken zugefügten Schäden gutenteils wieder aus. Die Fortsetzung des Bombardements am 18. und 19. Oktober brachte den Verbündeten keinen Vorteil. Die Vorstellung, daß man binnen weniger Wochen im Besitz des Platzes sein werde, begann zu schwinden. Einsichtige machten sich mit dem Gedanken eines Winterfeldzuges vertraut.

Vergebliches Bombardement 17. bis 19. Oktober.

Falsche Siegesnachricht

Der Eindruck des unleugbaren Mißerfolges war um so tiefer, da kurz vorher eine falsche Nachricht vom Kriegsschauplatz in Paris und in London den größten Jubel ausgelöst hatte. Am 24. September war bei der französischen Gesandtschaft in Wien, wie es hieß, aus Bukarest übermittelt, eine Depesche angelangt, derzufolge ein tatarischer Reiter die Einnahme Sebastopols angekündigt hatte. Sie sollte einen Tag nach der Schlacht an der Alma stattgefunden haben. In den westmächtlichen Hauptstädten zweifelte man nicht an der Richtigkeit der Freudenkunde. Illumination, Flaggenschmuck, Kanonendonner bezeugten die festliche Stimmung. Indessen, es dauerte nicht lange, so erfuhr man, daß der bewußte Tatar einfach gelogen habe. Wenn es auch in der Folge an „Tatarennachrichten" nicht fehlte, so verloren sie jedes Interesse[1]). Ermutigt durch die Abwehr des Bombardements gingen die Russen, denen die Räumung der Donaufürstentümer bedeutende Verstärkungen verschafft hatte, ihrerseits zum Angriff über. Am 25. Oktober wandte sich General Liprandi gegen das Lager von Balaklawa. Die vorgeschobenen türkischen Verschanzungen im Norden wurden genommen. Die leichte englische Kavallerie unter dem Grafen Cardigan ward bei einem tollkühnen von Raglan befohlenen Ansturm durch das furchtbare Kreuzfeuer der feindlichen Artillerie fast vollständig aufgerieben. Aber vor diesem letzten Akt der Schlacht hatte sich die Kraft der russischen Angriffes an dem Widerstand der Hochländer und der schweren englischen Reiterei gebrochen. Am folgenden Tag ward ein

Schlacht bei Balaklawa 25. Oktober.

[1]) Bericht Steigers Wien 19. Okt. 1854. E. Arch. Bern.

Ausfall, der dem rechten Flügel der Engländer galt, von Lacy Evans unter starken Verlusten der Russen abgeschlagen. Allein der bei Balaklawa errungene Bodengewinn und der Wunsch, einem Angriff der Verbündeten auf die schwachen Stellen Sebastopols zuvorzukommen, ermutigten Menšikov, einen großen Schlag gegen sie zu versuchen. Wiederum richtete er sich zunächst gegen das ungenügend geschützte englische Lager. Im nebligen Frühmorgen des 5. Novembers setzten sich mehrere russische Korps, in einer Gesamtstärke von 50 000 Mann, unter Oberbefehl des Generals Dannenberg gegen die Hochebene von Inkerman auf dem linken Ufer der Tschernaja in Bewegung. In erbittertem hin- und herschwankendem Kampf, der fünf britischen Generalen, darunter Cathcart, das Leben kostete, rangen die Engländer mit der erdrückenden Übermacht. Endlich brachten ihnen die französischen Waffengefährten dank Bosquets energischer Führung die früher abgelehnte Hilfe. Die Russen mußten unter zermalmendem Feuer der französischen Kanonen den Rückzug antreten. Ein gleichzeitig zum Zweck der Ablenkung unternommener Ausfall aus der Festung gegen die Belagerungsbatterieen auf dem linken Flügel wurde von Forey zurückgewiesen. Der mörderische Kampf hatte die Verbündeten in runder Summe 4000, die Russen 10 000 Tote und Verwundete gekostet.

Schlacht bei Inkerman 5. Nov.

Indessen so glorreich auch der Sieg von Inkerman erscheinen mochte: einen greifbaren Gewinn konnte er den Belagereren Sebastopols nicht einbringen. An das Wagnis eines Sturmes durften sie jetzt erst recht nicht denken. Die Lücken, die in ihre ohnehin schwächeren Reihen gerissen waren, ließen sich nicht so rasch ausfüllen wie die auf der Gegenseite. Sie hatten die Ankunft von Verstärkungen abzuwarten und inzwischen manche harte Geduldsprobe zu bestehen. Ein furchtbarer Orkan richtete am 14. November in ihren leichtgezimmerten Baracken und auf ihren verankerten Schiffen arge Verwüstungen an. Der erste Schneefall war der Vorbote eines Winters, dessen unsägliche Strapazen man bald gründlich kennen lernte. Der Prinz Napoleon, den damals ein Ruhranfall heimsuchte, entging ihnen durch seine Abfahrt nach Konstantinopel, von wo er einige Wochen später nach Frankreich zurückkehrte. Canrobert stellte ihm zwar das Zeugnis aus, nicht die Furcht vor den feindlichen Kugeln habe seinen Fortgang bewirkt, sondern der Abscheu vor den Unsauberkeiten und Unbequemlichkeiten des Lagerlebens[1]). Aber der Vorwurf der Feigheit heftete sich nichtsdestominder an die Fersen des Prinzen, der seinerseits wie gewohnt seiner frondirenden Laune in der Heimat die Zügel schießen ließ und den französischen Höchstkommandirenden in der Krim am wenigsten schonte. Wie der Prinz Napoleon, so verließ auch

Aufschiebung des Sturmes auf Sebastopol.

Abfahrt des Prinzen Napoleon.

[1]) Bapst: Le maréchal Canrobert II. 355.

der Herzog von Cambridge das Heer. Der Anblick des Gemetzels von Inkerman hatte ihn derart erschüttert, daß man für seinen Geisteszustand fürchtete. Manche Offiziere suchten gleichfalls aus Gesundheitsrücksichten die Erlaubnis der Heimkehr nach. Ihre mündlichen Schilderungen des vor Sebastopol Erlebten und Erduldeten ergänzten die schriftlichen von dort angelangten Berichte und machten die Notwendigkeit neuer starker Kräfteanspannung der Westmächte noch klarer.

Napoleons Plan einer „Revision der Karte Europas."

Indessen, wenn sie darüber einig waren, so frug sich, ob ihre Pläne hinsichtlich der letzten Kriegsziele sich dauernd auf derselben Linie bewegen würden. Napoleon wenigstens schwebte ein Friedensprogramm vor, das sehr weit über die Mindestforderungen der „vier Punkte" (s. o. S. 83) hinausging. Er wälzte unablässig seinen Lieblingsgedanken einer „Revision der Karte Europas" hin und her. Den schärfsten Ausdruck hatte dieser Gedanke in einer nach seiner Anregung und von ihm korrigirten Flugschrift Graniers de Cassagnac gefunden, die sich in manchen Punkten mit Bunsens kühner Denkschrift vom 1. März 1854 deckte. In Cassagnacs Flugschrift waren die Donaufürstentümer und Bessarabien Östreich zugeteilt, die Abtretung der Lombardei an Sardinien, die Polens an Preußen, die des asiatischen Ufers des schwarzen Meeres, des Kaukasus, der Krim an die Türkei in Aussicht genommen. Einige gedruckte Exemplare gingen Napoleons Ministern und ein paar Zeitungen als Fühler zu. Die Minister, nicht wenig durch den Inhalt des gewagten Machwerkes erschreckt, beschlossen seine Unterdrückung, ohne hindern zu können, daß die Redaktion des „Siècle" vorher eine Kopie davon nahm. Dann und wann beschränkte Napoleon, wie es schien, diese Pläne einer Umgestaltung der Karte Europas auf gewisse Hauptpunkte. So besprach er im März 1854 mit dem in Paris weilenden Herzog Ernst von Koburg die Idee einer Wiederherstellung Polens, ohne dabei auf die östreichischen und preußischen Teilstücke rechnen zu wollen. In gleicher Weise äußerte er sich wiederholt gegenüber Hübner und gegenüber dem Prinzen Albert, als dieser ihm im September des Jahres einen Besuch im Lager von Boulogne abstattete. Daneben machte er ihm, wie vorher dem Herzog Ernst, aus seinem Wunsch kein Hehl, die Lombardei der östreichischen Herrschaft entzogen zu sehen. In jedem Fall war er, wie der Koburger aus seinem Mund gehört hatte, überzeugt von der Notwendigkeit eines „europäischen Friedenskongresses" nach einem günstigen Ergebnis des Krieges, „um alle die im Wiener Kongreß unvollkommen entschiedenen Fragen zu lösen und endlich den Völkern einen dauernden Frieden zu geben".

Barbès' Brief an G. Sand.

Ohne in die Gedankengänge des Kaisers eingeweiht zu sein, betrachteten hochherzige Enthusiasten den Kampf der Westmächte gegen Rußland unter dem Gesichtswinkel eines „Befreiungskrieges" zu Gunsten

unterdrückter und zerrissener Völker. In diesem Sinn schrieb Barbès aus seinem Gefängnis einen Brief an George Sand, in dem er glühende Wünsche für den Sieg der französischen Waffen äußerte. Seine Freundin brachte das Schreiben dem Kaiser zur Kenntnis, der daraufhin die Freilassung des alten Republikaners anordnete. Doch protestirte dieser öffentlich gegen eine Gunst, durch die er sich entehrt fühlte, und zog die freiwillige Verbannung der Begnadigung des verhaßten Urhebers des Staatsstreiches vor. Auch in manchen Kreisen der europäischen Emigration trug man sich mit weitgehenden Hoffnungen. Kossuth, der erst jüngst durch ein für seine maßlose Phantasie bezeichnendes, geheim gebliebenes Schriftstück der Eidgenossenschaft das Angebot eines Bündnisses gegen Östreich gemacht hatte[1]), bediente sich mehrerer Sendboten, um die Türken zur Verlegung des Kriegsschauplatzes nach Ungarn und Siebenbürgen zu bewegen, sowie gleichzeitig Walachen und Serben aufzuwiegeln[2]). Klapka und Türr begaben sich nach Konstantinopel, um der Türkei ihre Dienste anzubieten. Der erste reiste von da in Omer Paschas Hauptquartier und fand bei ihm freundliche Aufnahme. Der zweite verbrachte über ein Jahr am goldenen Horn, bis er einsehen mußte, daß für seine patriotischen Zwecke nichts zu erreichen sei. Josef Wysocki und Ladislaus Zamoyski, die 1849 auf türkischen Boden Geflüchteten, beschäftigten sich mit der Bildung einer polnischen Legion. Auch in Paris wurde an die Schaffung einer Fremdenlegion gedacht, deren Grundstock Polen und Ungarn ausmachen sollten. Die namhaftesten Führer der französischen und italienischen Emigration, wie Ledru-Rollin und Mazzini, hielten sich dagegen zurück. Erst 1855 veröffentlichten sie mit Kossuth vereint einen Aufruf an die Republikaner des Weltteils, um sie zu mahnen, aus dem Krieg der Mächte für die Sache der Völkerfreiheit Nutzen zu ziehen und durch die Revolution Europa zu erneuern[3]). Ganz frei von Illusionen, wennschon in einzelnen Irrtümern befangen, waren von Anfang an Karl Marx und Friedrich Engels. Von ihrem Londoner Asyl aus verfolgten sie die Ereignisse nicht nur als skeptische Beobachter, sondern auch als journalistische Berichterstatter. Sie warnten eindringlich vor dem Wahn, von dem im Osten entbrannten Krieg völkerbefreiende Folgen zu erwarten, und wollten auf keine der gegen Rußland gewappneten Mächte in dieser Hinsicht irgend welche Hoffnung setzen[4]).

Hoffnungen innerhalb der europäischen Emigration Kossuth, Klapka u. a.

Skeptisches Urteil von Marx und Engels.

[1]) Kossuths Brief an Druey 3. Juni 1853 (Politisches Jahrbuch der Eidgenossenschaft herausgegeben von Hilty 1895. IX. 695—702, vgl. 335).

[2]) Eduard von Wertheimer: Kossuth und die Revolutionirung Ungarns II (Pester Lloyd No. 164. 13. Juli 1911).

[3]) G. Weill: Histoire du parti républicain en France. S. 390. Tschernoff: Le parti républicain S. 145.

[4]) Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels 1852 bis 1862. Herausgegeben von N. Rjasanoff Band 1 und 2. Stuttgart 1917.

Einschränkung der Pläne Napoleons.

In der Tat ward ihr Unglaube durch die Entwicklung der Dinge vollkommen gerechtfertigt. Durch eine Revision der Karte Europas, die nationalen Bestrebungen entsprochen hätte, wäre vor allem die österreichische Monarchie in Mitleidenschaft gezogen worden. Auf sie Rücksicht zu nehmen ward aber im Herbst 1854 in London wie in Paris für unbedingt geboten erachtet. Selbst Palmerston, derjenige der englischen Minister, dem Napoleons Zukunftspläne am ehesten schmackhaft waren, mußte es für wünschenswert halten, die Leiter der österreichischen Politik nicht geradezu vor den Kopf zu stoßen. Denn eben damals schien sich in Wien eine Wendung zum Eintritt Österreichs in den Krieg an der Seite der Westmächte anzubahnen. Ermutigt durch die ersten Erfolge der Verbündeten in der Krim und von Bourqueney, dem Vertreter Frankreichs, gedrängt, kräftig vorzugehen, gab Buol dem darüber hocherfreuten Hübner in Paris und dem Gesandten in London, dem Grafen Franz Colloredo, anfangs Oktober Auftrag, die Wiederaufnahme der Wiener Konferenzen und den Abschluß eines Dreibundes vorzuschlagen. Diesmal handelte er mit Zustimmung seines Kaisers. Doch sollte Österreich sein letztes Wort erst sprechen, wenn Rußland sich weigere, auf noch zu bestimmende Friedensbedingungen einzugehen. Danach kamen die Verhandlungen in Fluß, rascher in Paris als in London, wo Napoleon selbst durch Walewski das Mißtrauen zu zerstreuen suchte, das man in den ernstlichen Kriegswillen Österreichs setzte. Gleichzeitig gelang es Buol, gegen den Willen des Feldzeugmeisters Heß, bei seinem Kaiser die Erlaubnis für Omer Pascha zu erwirken, seine militärischen Operationen über den Pruth nach Bessarabien auszudehnen. Die Russen hatten bisher von dort ungestört Verstärkungen für ihr Heer in der Krim absenden können. Es gereichte den Verbündeten zum Vorteil, daß dieser Zuzug von nun an erschwert wurde. Endlich erging am 22. Oktober, auf Buols und Bachs Drängen, mit Umgehung des sonst so einflußreichen Generaladjutanten Grünne, ein kaiserlicher Befehl, der die gesamte Armee der Monarchie, soweit dies noch nicht geschehen war, auf den Kriegsfuß setzte. Man hätte nach den ausgearbeiteten Mobilisirungs- und Marschplänen im Frühling 1855, mit Verminderung der Besatzungstruppen in Italien, die wider den Rat Radetzkys erfolgen, und mit Entblößung Ungarns, das allein Jellačić in Zaum halten sollte, über 300 000 Mann und über 1000 Geschütze zum Kampf gegen Rußland zur Verfügung gehabt.

Rücksicht auf Österreich.

Verhandlungen und Kriegsvorbereitungen.

Absicht Buols.

Diesen Kampf allen Ernstes zu beginnen, war Buol noch nicht fest entschlossen. Seine Absicht war vielmehr, durch gesteigerten Druck den Zaren zu einem Friedensschluß zu zwingen, der ihm nicht nur die Annahme der „vier Punkte" abnötigen, sondern Österreich auch, unter der Hülle einer europäischen Gesamtbürgschaft thatsächlich zum mindesten die Oberhoheit über die Donaufürstentümer verschaffen sollte. Zur Er-

reichung dieses Zieles kam es Buol sehr darauf an, womöglich die ganze bewaffnete Macht Deutschlands, als Einschüchterungsmittel, gegen Rußland aufzubieten. Dabei hoffte er gegenüber den deutschen Mittelstaaten aus der Furcht vor französischer Einmischung Nutzen ziehen zu können und rechnete immer noch auf die Überwindung des Widerstandes Preußens. Mit Unmut verfolgte Bismarck den diplomatischen Schriftwechsel, der zwischen Wien, Berlin, Frankfurt hin- und herging. „Um ein paar stinkende Walachen zu ergaunern, schrieb er Leopold von Gerlach im Hinblick auf die Werbungen der Österreicher, tragen sie kein Bedenken ... den deutschen Bundesgenossen mit französischen Bajonetten zu drohen, ... Die Schwäche unsrer Position liegt in der Überzeugung der deutschen Kabinette von unsrer unerschöpflichen Gutmütigkeit, sie zweifeln nicht daran, daß wir uns niederträchtig behandeln und unterdrücken lassen, ehe wir uns entschließen, zu denselben undeutschen Mitteln zu greifen wie unsre Gegner."

Sorgen Bismarcks

In der That blieben Buols Bemühungen nicht erfolglos. Zwar ward im Oktober die Warnung Manteuffels vor Österreichs Zumutungen von den deutschen Bundesgenossen noch beherzigt. Aber Manteuffel selbst sah sich bald genötigt, die Nachgiebigkeit seines Königs gegen die österreichischen Wünsche gutzuheißen. Friedrich Wilhelm IV. fand, daß man, „um Österreich zum Stillstand auf dem verderblichen Wege zu bringen" und von einer förmlichen Allianz mit den Westmächten zurückzuhalten, durch einen neuen Zusatzartikel zum Vertrag vom 20. April in Wien die Hilfeleistung des ganzen Bundes, auch für den Fall eines russischen Angriffes auf die Donaufürstentümer, zusagen müsse. In diesem Punkt stimmte sein Bruder, Prinz Wilhelm, ganz mit ihm überein[1]). Nach langen Verhandlungen, bei denen der bairische Minister von der Pfordten den Zwischenträger machte, kam es zu einer Verständigung. In einer nach Berlin gerichteten Depesche vom 9. November erklärte Buol, wenn Rußland einer erneuten Aufforderung Preußens nachgebe, „die vier Punkte" anzunehmen, und wenn die Westmächte trotzdem den Krieg fortsetzen sollten, werde Österreich ihnen gegenüber keine Verbindlichkeit eingehen; keinesfalls werde es ohne vorherige rechtzeitige vertrauliche Beratung mit seinen deutschen Bundesgenossen einen Beschluß zur Erzwingung der vier Punkte fassen. Einige Wochen später, am 26. November, ward ein neuer Zusatzartikel zu dem Aprilvertrag unterzeichnet, durch den sich der König von Preußen auch bei einem Angriff auf die österreichischen Truppen in den Donaufürstentümern zu gemeinsamer Abwehr verpflichtete. Beide deutsche Großmächte wollten mit Zuversicht auf eine gleiche Bereitwilligkeit seitens der Bundesversammlung in Frank-

Buols Erfolge.

Österreichische Depesche nach Berlin 9. Nov.

Zusatzartikel zum Aprilvertrag 26. Nov.

[1]) H. von Poschinger. Preußens auswärtige Politik II. 50, 512, 514, 521 ff. zur Ergänzung der Mitteilungen Leopolds von Gerlach.

Annahme am Bundestag 9. Dec.

furt rechnen. Danach war auch dort die Annahme des Zusatzartikels mit Bestimmtheit zu erwarten.

Schon vorher hatte in Petersburg der Rat Nesselrodes obgesiegt, sich nicht länger gegen die Annahme der vier Punkte zu sperren und sie in Wien anzukündigen. Mit Nesselrode arbeitete Gorčakov, der neue Vertreter des Zaren in Wien, Hand in Hand, dem die östreichischen Rüstungen schwere Sorgen bereiteten. Vor allem beschwor Friedrich Wilhelm IV. seinen Schwager, den Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen, um Franz Josef nicht vollends ins Lager der Westmächte zu treiben, Preußen nicht der vereinten Pression Frankreichs, Englands und Östreichs auszusetzen und „eine Zertrümmerung des deutschen Bundes" zu hindern. Der Zar konnte allerdings seinen tiefen Mißmut gegenüber Friedrich Wilhelm IV. nicht verhehlen. „Ich hatte gehofft, ließ er ihn wissen, wir würden zusammen stehen oder fallen wie 1813 und 1814. Wie mein Bruder damals würde auch ich jetzt gehandelt haben, und ich bin überzeugt, wir würden stark genug sein." Allein er überwand sich, dem auf ihn ausgeübten Druck nachzugeben. Am 6. November meldete Nesselrode dem russischen Gesandten in Berlin, um die Besorgnisse der deutschen Regierungen zu zerstreuen, sei der Zar geneigt, an Friedensverhandlungen auf Grund der vier Punkte teilzunehmen. Zehn Tage später wiederholte er diese Erklärung gegenüber dem östreichischen Botschafter in Petersburg. Am 28. November konnte Gorčakov in Wien mitteilen, daß sein erlauchter Gebieter die vier Punkte annehme, um sie als Ausgangspunkt für Friedensverhandlungen dienen zu lassen.

Annahme der „Vier Punkte" durch Rußland 28. Nov.

Bekämpfung Buols durch Bruck u. Heß.

Mittlerweile schien sich auch im Schoß der östreichischen Regierung die friedliche Strömung durchzusetzen. Das Vorgehen Buols, das sichtlich dem Kriegsbund mit den Westmächten und dem Bruch mit Rußland entgegentrieb, wurde von Staatsmännern und Militärs in hohen Stellungen scharf bekämpft. In der ersten Gruppe war es vor allem Bruck, der stolze Vertreter Östreichs in Konstantinopel, der gegen seinen Vorgesetzten Front machte und ihm brieflich die Schwankungen und Wagnisse seiner Politik vorhielt. Persönlich durchaus nicht in gutem Einvernehmen mit seinen englischen und französischen Kollegen am goldenen Horn, warnte er ihn vor „der lügenhaften Freundschaft" der Westmächte und vor einer noch tieferen Demütigung Rußlands. Er übersandte sein Schreiben auch Windischgrätz und Heß. Dieser stand an der Spitze der Generale, die ein Kriegsbündnis Östreichs und der Westmächte aufs stärkste mißbilligten. In einer dem Kaiser Franz Josef eingereichten Denkschrift entwickelte er seine Ansicht über die militärischen und politischen Gefahren eines Angriffes gegen das Zarenreich. Zur Sicherung der bisherigen Erfolge Östreichs empfahl er ein Verteidigungsbündnis der vier vormals bei den Wiener Konferenzen beteiligten Mächte. Er bat den Kaiser um Berufung eines Ministerrates

zur Prüfung seiner Vorschläge. Franz Josef gab seinem Verlangen nach. Am 17. und 19. November fanden in seiner Gegenwart die Beratungen der Minister statt. Hier brach Bach noch einmal für Buols Programm eine Lanze. Aber der Kaiser, auf den vor allem die Abmahnungen der Generale Eindruck gemacht hatten, entschied sich am 21. November für Rücknahme des erst vier Wochen vorher erteilten Befehls der Gesamtmobilmachung. Abgesehen von den im Osten schon zusammengezogenen Heeresteilen sollte kein Truppenkorps auf den Kriegsfuß gesetzt werden.

Rücknahme der Gesamtmobilmachung 21. Nov.

Nunmehr geriet Buol in schwere Bedrängnis. Denn inzwischen hatte Hübner am 17. December in Paris von ihm die Weisung erhalten, Österreich nehme den englisch-französischen Dreibundsvorschlag an, über den man sich endlich verständigt hatte. Freilich hatte er die Bedingung hinzugefügt, daß die Westmächte sich verpflichten sollten, durch Österreich in Friedensverhandlungen mit Rußland zu treten, wenn dies den vier Punkten zustimme. Diese Zustimmung war nun erfolgt. Aber zugleich war durch die letzte Entscheidung des Kaisers in Wien dem geplanten Kriegsbündnis das Mark ausgebrochen. Napoleon, den Franz Josef durch ein Schreiben darauf vorbereitete, geriet wegen der Unterzeichnung des von ihm ersehnten Dreibundes in Sorgen. Palmerston, der eben damals in Paris eintraf, machte aus seinem dauernden Mißtrauen in die Ehrlichkeit der österreichischen Politik noch weniger ein Hehl. In der That bedurfte es erst der Drohung der Vertreter Frankreichs und Englands in Wien, ihre Pässe fordern zu wollen, um den letzten Widerstand hier zu brechen. Erst dann erfolgte am 2. December die Unterzeichnung des Allianzvertrags der drei Mächte zu Schutz und Trutz.

Verlegenheit Buols.

Als sein Zweck war bezeichnet Wiederherstellung des allgemeinen Friedens nach gemeinsamer Beratung mit Bezugnahme auf die vier Punkte als Mindestprogramm, aber mit dem Vorbehalt seiner Erweiterung durch Aufstellung von Bedingungen, welche die Verbündeten für ein Interesse Europas notwendig erachten würden. Sollte der Friede auf solchen Grundlagen nicht bis zum Ende des Jahres gesichert sein, so versprachen sich die Alliirten, ungesäumt „die zur Erreichung des Gegenstandes ihrer Allianz wirksamen Mittel“ in Erwägung ziehen zu wollen. Für den Fall des Ausbruchs von Feindseligkeiten zwischen Rußland und Österreich wurde dieser Macht der Beistand französischer und englischer Streitkräfte zugesagt. Ihrerseits verpflichtete sie sich, die Donaufürstentümer gegen jede Rückkehr russischer Truppen zu schützen und die freie Bewegung der englisch-französischen und türkischen Truppen in diesen Gebieten nicht zu hindern. Preußen sollte nach gemeinsamer Mitteilung des Vertrags zum Beitritt aufgefordert werden. Die ganze Urkunde erschien als Versuch eines Ausgleichs der Kriegspolitik Buols und der Friedensliebe Franz Josefs. Aber so vieldeutige Klauseln sie auch enthielt:

Bündnisvertrag der Westmächte und Österreichs 2. Dec.

das Schutz- und Trutzbündnis zwischen den Westmächten und Österreich war doch Tatsache geworden. Jedenfalls hatte Österreich aller Voraussicht nach auf unbestimmte Zeit die schwere Bürde seiner bisherigen Rüstung zu tragen, durch welche die russische Grenze bedroht wurde. Uneingeweihte, denen die Vorgeschichte des Vertrages unbekannt war, erwarteten sogar für den Anfang des neuen Jahres die unverzügliche Beteiligung der österreichischen Streitkräfte am Kampf. Zumal in Paris schwelgte das Publikum in übermäßigen Hoffnungen. Napoleon, der die Unterzeichnung des Vertrags sofort im Moniteur veröffentlichen ließ, that das Seinige, diese freudige Stimmung zu steigern. „Jetzt ist Deutschland mit uns," sagte er einem der an seinem Hof beglaubigten Diplomaten. An der Börse stieg die Rente um $2^3/_4$ Francs. Selbst als man den Wortlaut des Vertrags genauer prüfte, blieb das triumphirende Gefühl vorherrschend, daß „der Zar aufgehört habe, der Schutzengel der deutschen Regierung zu sein", und „daß Frankreich fortan die Hauptrolle im europäischen Koncert spiele"[1]).

Entrüstung des Zaren.

Auf Seite Rußlands, das eben erst das Opfer der Annahme der vier Punkte gebracht hatte, waren Bestürzung und Entrüstung gleich groß. Gorčakov sagte Buol, als dieser ihm den Abschluß des Dreibundes persönlich mitteilte, ziemlich unverblümt ins Gesicht, er habe ihn hintergangen, sprach von der Notwendigkeit, seine Abberufung zu fordern und ließ die Entschuldigungsgründe des österreichischen Ministers nicht gelten. Der Zar Nikolaus fühlte sich im tiefsten durch das Geschehene getroffen. Er befahl, das Bild und die Statuette Franz Josefs aus seinem Arbeitszimmer zu entfernen und schenkte diese gut verbürgtem Zeugnis nach seinem Kammerdiener.

Unmut Friedrich Wilhelms IV.

Kaum weniger empört war Friedrich Wilhelm IV. Nach rücksichtsloser Mißachtung der Zusage Buols vom 9. November dünkte er sich von Österreich „verraten". Schon malte ihm seine Phantasie das Schreckbild einer katholischen heiligen Liga gegen die Protestanten aus. In der ersten Aufwallung und in krankhafter Besorgnis eines möglicherweise nahe bevorstehenden Angriffs dieser Macht gegen Schlesien, gedachte er hier alsbald 30 000 bis 50 000 Mann zusammenzuziehen. Indessen war er nicht gewillt, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und etwa den Zusatzartikel zu dem Aprilvertrag zu kündigen. Auch in Frankfurt ward dieser Zusatzartikel, der gemeinsamen österreichisch preußischen Empfehlung gemäß trotz der durch den Dreibund geweckten Befürchtungen, nebst Aneignung der vier Punkte, nunmehr am 9. December von sämtlichen Stimmen mit Ausnahme der mecklenburgischen, gutgeheißen. Die nächste und wichtigste Frage aber war die der Stellung Preußens zu dem Allianzvertrag Englands, Frankreichs und Österreichs.

[1]) Berichte Barmanns 6., 9., 14. Dec. 1854. E. Arch. Bern.

Die drei Mächte brachten ihn am 16. December officiell zur Kenntnis der preußischen Regierung und forderten sie zum Beitritt auf. In Berlin begann nun ein ähnlicher Ringkampf wie im Frühling. Der Ministerpräsident Manteuffel war dem Anschluß Preußens an den Dreibund unter gewissen Bedingungen nicht abgeneigt. Doch befliß er sich in seiner Antwort auf die Mitteilung vom 16. December, die drei Tage später erging, einer vorsichtigen Zurückhaltung. Er forderte zunächst, ehe Preußen Verpflichtungen übernehme, deren Tragweite sich nicht übersehen lasse, bestimmte Angaben über die Auslegung der vier Punkte. Der Prinz von Preußen stachelte ihn an, den Gedanken des Beitrittes zu der Tripleallianz festzuhalten, da er in ihr das einzige Mittel sah, „die etwa weiter gehen wollenden Westmächte zu mäßigen" und zugleich Rußland „durch kategorisches Auftreten" um so eher zur Nachgiebigkeit zu bringen. Auf der Gegenseite warnte die Kreuzzeitungspartei, Leopold von Gerlach an der Spitze, vor „einer demoralisirenden Allianz mit Frankreich". Wieder rief sie sich, wie im Frühling, Bismarck zu Hilfe. So wenig er ihre moralisch-legitimistischen Beweggründe teilte, sah er doch „gar keine Notwendigkeit", dem Bündnis des 2. Decembers „aus Hingabe für Östreich" beizutreten. Er hatte im Januar 1855 eine neue scharfe Auseinandersetzung mit dem Prinzen von Preußen, der ihn vergeblich davon zu überzeugen suchte, Preußens von der Vorsehung gestellte Aufgabe sei es, durch Zutritt zu dem Dreibund den Frieden diktatorisch herbeizuführen, und so den alten russischen Freund auch gegen seinen Willen zu retten[1]).

Frage des Beitritts Preußens zum Dreibund.

König Friedrich Wilhelm IV., auf dessen Entscheidung es ankam, befand sich in einem Widerstreit der Gefühle. Der einfache Zutritt zu dem Dreibund war für ihn, zumal nach der von Östreich erfahrenen Kränkung, ein Ding der Unmöglichkeit. Aber die Furcht vor einer Vereinzelung Preußens gab ihm den Gedanken ein, den Westmächten ein selbständiges Bündnis Preußens anzubieten. Dies sollte nach seiner Lieblingsweise durch außerordentliche Boten, als Überbringer seiner Briefe an die Königin Viktoria und den Kaiser Napoleon geschehen. Zunächst sollte der wieder in Gnaden aufgenommene Usedom in London ein Einvernehmen mit England anbahnen. Er hatte die politische und militärische Mitwirkung Preußens durch Zusammenziehung eines Heeres an der russischen Grenze in Aussicht zu stellen, dafür aber das Versprechen zu fordern, daß in Russisch-Polen kein Aufstand erregt werde, der auch die Provinz Posen beunruhigen könne, und daß Deutschland gegen den Durchmarsch fremder Truppen gefeit bleibe. Zu einer gleichartigen Mission nach Paris ward bald darauf der alte General von Wedell, der

Friedrich Wilhelms IV. Pläne. Missionen Usedoms und Wedells nach London und Paris.

[1]) Schiemann: Bismarcks Audienz beim Prinzen von Preußen (Historische Zeitschrift 1899 LXXXIII. 407—458 mit Berichtigung der irrigen Datirung dieses Gespräches durch Max Lenz).

einstige Waffengefährte Schills, damals Gouverneur von Luxemburg, ausersehen, der erst vor kurzem Napoleons Gast im Lager von Châlons gewesen war. Die ständigen Vertreter Preußens in London und Paris, Bernstorff und Hatzfeld, waren von der sie gewissermaßen bei Seite schiebenden Mission der königlichen Sendboten wenig erbaut. Auch Manteuffel widerstrebte ihr und hatte kein Vertrauen zu ihrem Erfolg. Aber er raffte sich nicht dazu auf, sie zu hindern[1]).

Erklärung Buols 21. Dec.

Mittlerweile kam aus Wien eine Antwort Buols vom 24. December auf seine Frage wegen der Auslegung der vier Punkte. Buol vertröstete ihn auf das Ergebnis eines Meinungsaustausches der drei verbündeten Mächte. Übrigens fügte er sehr kühl hinzu, könne, solange der Krieg noch daure, eine in allen Punkten vollständige Feststellung der Friedensbedingungen nicht erwartet werden. In einer zweiten Depesche vom gleichen Datum hatte er die Kühnheit, obwohl es sich für die nächste Zeit gar nicht um einen allfälligen Kampf Österreichs zur Abwehr handeln konnte, gestützt auf den letzten Zusatzartikel zu dem Aprilvertrag, die Aufstellung von 200 000 Mann preußischer Truppen gegen Rußland zu fordern. Auch ward unter Hinweis auf den Bundesbeschluß vom 9. December der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Preußen gemeinschaftlich mit Österreich in Frankfurt auf schleunige Mobilisirung der Hälfte der übrigen Kontingente, als Mindestmaß der Bundesleistungen, hinwirken werde. Mit aller Entschiedenheit wandte sich Bismarck gegen diese Anforderungen. Sein Rat, sich „durch eine unbestimmte Angst vor sogenannter Isolirung" oder gar „vor einem Krieg mit den drei Kontrahenten vom 2. December" nicht einschüchtern zu lassen, fand Unterstützung bei dem Flügeladjutanten Edwin von Manteuffel, der wieder als Diplomat in Wien das Terrain zu sondiren und dem Kaiser Vorhaltungen seines Herrn zu überbringen hatte. Sein Vetter, der Minister, verschloß Bismarcks Mahnungen nicht sein Ohr. Er wies am 5. Januar 1855 Buols Verlangen mit Betonung des rein defensiven Charakters des Aprilvertrags und mit Vorbehalt aller Rechte Preußens, als europäischer Großmacht, rundweg ab. Friedrich Wilhelm IV. konnte nicht umhin, diese Erwiderung „ein Meisterstück" zu nennen.

Erwiderung Manteuffels 6. Jan. 1855.

Buol machte hierauf den Versuch, selbständig am Bundestag vorzugehen. Eine Cirkulardepesche vom 14. Januar teilte den deutschen Regierungen mit, der kaiserliche Präsidialgesandte werde die Mobilisirung von wenigstens der Hälfte der Bundeskontingente und die Wahl eines Bundesoberfeldherrn beantragen. Am gleichen Tage richtete er eine vertrauliche Anfrage an mehrere deutsche Regierungen, ob sie, wenn

Cirkulardepesche Buols 14. Jan. 1855.

[1]) Friedjung: Der Krimkrieg u. s. w. S. 136 irrt in der Annahme, Usedoms und Wedells Sendung sei „ohne Wissen Manteuffels und Gerlachs" erfolgt. Über die Sendung Usedoms und seine Konflikte mit Bernstorff alles Genauere zur Ergänzung von Gefficken, H. von Poschinger u. a. in dem Werk „Im Kampf für Preußens Ehre" 1906.

Preußen noch länger „bei seiner unentschiedenen Politik" beharre, gegen Verbürgung ihres Besitzstandes und Verheißung eines verhältnismäßigen Anteils am Kriegsgewinn, ihre Truppen Östreich unter dem Oberbefehl des Kaisers zur Verfügung stellen würden. Wie Bismarck vorausgesehen, drangen die östreichischen Begehren auch in Frankfurt nicht durch. Schon anfangs Januar hatte hier, wie er nach Berlin berichtete, der Gesandte eines süddeutschen Staates das Wort fallen lassen: „Ich möchte wissen, wann wir unsre Armee wiedersehen, wenn sie erst einmal unter östreichischem Befehl in Siebenbürgen steht?" Für Anträge auf Mobilisirung und Wahl eines Bundesoberfeldherrn war nicht auf Zustimmung des Bundestags zu rechnen. Man mußte in Wien noch froh sein, daß der am 8. Februar praktisch ziemlich belanglose Beschluß „der Bereitstellung sämtlicher Bundeskontingente den Schein eines Eingehens auf östreichische Wünsche erweckte. Aber in den Motiven dieses Beschlusses, für die Bismarcks Stimme maßgebend gewesen war, hieß es ausdrücklich, er sei wegen der bedrohlichen Lage der europäischen Angelegenheiten nur mit Rücksicht auf den Schutz der Unverletzlichkeit Deutschlands gefaßt worden. Von irgend welchen aus dem Vertrag vom 20. April 1854 und seinem Zusatzartikel übernommenen Verpflichtungen war dabei keine Rede. Der Präsidialgesandte Prokesch-Osten erklärte sofort, Östreich nehme die Ausschußanträge an, ohne sich die Motive anzueignen. Einige Wochen später versuchte er, den Beschluß des Bundestags einseitig auch im Sinne einer Verbindlichkeit zur Abwehr eines russischen Angriffes auf die östreichische Monarchie oder auf die Donaufürstentümer auszulegen. Dies führte zu einem Schriftwechsel zwischen Wien, Berlin, Frankfurt und den Hauptstädten der deutschen Mittelstaaten, dessen Ergebnis eben nicht zur Erhöhung des Ansehens Östreichs dienen konnte.

Beschluß des Bundestags 8. Febr.

Noch blieb es fraglich, was die habsburgische Monarchie bei ihrem Bund mit den Westmächten gewinnen werde. Zunächst verständigten sich die drei Alliirten in Wien im allgemeinen über eine genaue Auslegung der vier Punkte. Das Hauptgewicht dieser Verständigung lag unzweifelhaft in der schroffen Erklärung, durch Revision des Meerengenvertrags von 1841 solle dem Übergewicht Rußlands im schwarzen Meer ein Ende gemacht werden. Gorčakov, dem die Erläuterung der vier Punkte von Buol im Beisein Bourqueneys und Westmorelands am 28. December 1854 mitgeteilt wurde, hatte einen schweren Stand. „Noch sind wir nicht gezwungen, warf er ein, unter dem Caudinischen Joch hindurchzugehen, noch glaube ich, im Namen einer Großmacht zu sprechen." Allein es mußte ihm vor allem wichtig sein, Zeit zu gewinnen, damit die gefürchtete Jahreswende ohne weitere militärische Maßregeln Östreichs vorübergehe. So gab er denn nach Erwirkung neuer Instruktionen am 7. Januar 1855 bei einer zweiten Zusammenkunft zu, in förmlichen Friedenskonferenzen

Auslegung der Vier Punkte in Wien 28. Dec. 1854.

die Mittel zur Beendigung des Zustandes erwägen zu wollen, den die drei Mächte als Übergewicht Rußlands im schwarzen Meere bezeichneten. Nur machte er den Vorbehalt der Wahrung der vollen Souveränitätsrechte des Zaren in seinem Gebiet.

Indessen hatte man es mit der Eröffnung der förmlichen Friedenskonferenzen nicht so eilig. Den Westmächten kam es darauf an, durch militärische Erfolge eine ihnen möglichst günstige Lage zu schaffen. Zum mindesten sollte jeder Verhandlung über ein endgiltiges Abkommen die Einnahme Sebastopols vorausgehen. In Österreich ergaben sich Hinderungen aus dem unsicheren Gang der Politik, die wesentlich durch die Verschiedenheit der Ansichten und Absichten in den höchsten Regionen zu erklären waren. Buol hatte seit Österreichs Mißerfolg in Frankfurt immer mehr an Ansehen beim Kaiser Franz Josef eingebüßt. Dieser führte von nun an die wichtigeren Verhandlungen selbst und gewährte seinem Minister des Auswärtigen nicht einmal Einblick in alle auf sein Amt bezüglichen Aktenstücke. Auch bildete die Berufung Brucks zum Finanzminister ein weiteres Hemmnis der Thätigkeit Buols. Bruck dankte es vor allem seinem Gönner, dem Erzherzog Ferdinand Max, dem Bruder des Kaisers, daß er seinen Posten in Konstantinopel mit dem Amt des Leiters der österreichischen Finanzen vertauschen durfte, und arbeitete in seiner neuen Stellung im Interesse des Staatsschatzes für Abrüstung. Hand in Hand mit ihm ging der ehemalige Präsident der lombardisch-venetianischen Central-Kongregation, Ritter von Toggenburg, der das vom Finanzministerium abgezweigte Handelsministerium übernahm. So kam es zu Schwankungen, die ein übles Licht auf die Politik des Kaiserstaates warfen. Man trug zu Hübners Betrübnis öffentlich die Hoffnung zur Schau, ohne am Kriege teilzunehmen einen baldigen Frieden zu erlangen. Aber man entsandte doch den General Grafen Crenneville nach Paris, um dort für alle Fälle einen gemeinsamen Feldzugsplan zu vereinbaren. Dabei handelte es sich nicht zuletzt um die Frage, welche Stellung Preußen einnehmen werde. Einer Zulassung dieser Macht zu den bevorstehenden Friedenskonferenzen, solange sie bei ihrer Neutralität verharrte, widerstrebte man in London wie in Paris mit Entschiedenheit.

Bruck, österreichischer Finanzminister 10. März 1855

Aber hier wie dort kam Friedrich Wilhelm IV. mit seinen Versuchen nicht zum Ziel, durch ein selbständiges Bündnis sich den Westmächten anzunähern. Zwischen Usedom und Bernstorff, wie zwischen Wedell und Hatzfeld herrschte kein gutes Einvernehmen. Die Verwendung des Obersten von Olberg als eines dritten außerordentlichen Vertrauensmannes Friedrich Wilhelms machte die persönlichen Reibungen noch fühlbarer. Dazu kam das Mißtrauen der englischen und französischen Staatsmänner in die Absichten des unberechenbaren Herrschers an der Spree. Clarendon hegte anfangs den Verdacht, daß über die Köpfe der englischen Minister hinweg

Scheitern der Missionen Usedoms und Wedells.

unmittelbar mit der Königin Viktoria verhandelt werden solle, und meinte, „die Usedomsche Mission sei nichts als eine Maske, indem man unter dem Deckmantel eines Liberalen russische Vorschläge hergeschickt habe". Drouyn de Lhuys spottete über „diese außerordentlichen und sehr außerordentlichen Missionen, über diese mehr oder weniger sentimentalen eigenhändigen [königlichen] Briefe". Endlich wurde Mitte Februar bei einer Anwesenheit Usedoms in Paris die Skizze eines zwischen den Westmächten und Preußen abzuschließenden Vertrags entworfen, der sich von ihren Vorschlägen nicht allzuweit entfernte. Aber inzwischen war der Wind in Berlin wieder umgeschlagen. Der König und mit ihm nun auch Manteuffel wollten sich auf das für den Fall des Scheiterns der Friedensverhandlungen geforderte Schutz- und Trutzbündnis nicht einlassen. Preußens Hauptzweck, urteilte man in Paris, sei, an den Verhandlungen in Wien teilzunehmen, um dort zur Verteidigung Rußlands aufzutreten[1]). Die Westmächte ihrerseits bestanden, wenn Preußen in Wien zugelassen werden sollte, auf Annahme ihrer Bündnisforderung. So drehte man sich im Kreise, ohne vorwärts zu kommen. —

Schwierigkeit der Belagerung von Sebastopol.

Währenddes hatte das Belagerungsheer vor Sebastopol schwere Tage und Nächte durchzumachen. Der Winter brach ein und mit ihm eine Leidenszeit, von der man sich nichts hatte träumen lassen. Es fehlte an Schutz gegen die eisige Kälte und gegen die verheerenden Stürme. Die Heranschaffung von Lebensmitteln und Munition auf dem Seeweg erlitt Stockungen. Die Hospitäler für die Verwundeten und Kranken waren unzureichend. Ihre Überführung nach Konstantinopel und Skutari brachte wenig Nutzen. Denn auch dort herrschte großer Mangel an Ärzten, Verbandzeug, Arzneimitteln. In Frankreich konnte die Regierung, dank der Einschränkung der Preßfreiheit, Mitteilungen vom Kriegsschauplatz, die ihr nicht genehm waren, unterdrücken. Anders in England. Auch ließ das englische Verpflegungswesen viel mehr zu wünschen übrig als das französische. In einem großen englischen Hospital starb binnen eines Monats mehr als die Hälfte der Insassen. Die Schilderungen des Elends der Belagerungsarmee durch an Ort und Stelle befindliche Zeitungskorrespondenten erregten daheim Entsetzen und Empörung. Das Beispiel der edlen Miß Florence Nightingale, der Tochter eines reichen englischen Landadligen, die, im Hospitaldienst bewandert, mit einem Stabe geschulter Pflegerinnen nach Skutari eilte, feuerte opferbereite Damen der höheren Stände zur Nacheiferung an. Aber dadurch konnten die Stimmen der Entrüstung nicht zum Schweigen gebracht werden, die Genugthuung für alle durch den Schlendrian einer verrotteten Verwaltung angerichteten Schäden forderten.

Erregung der öffentlichen Meinung in England.

[1]) Zur Ergänzung der gedruckten Litteratur dienen mir Bormanns Berichte 5., 11. Februar, 1. März 1855. E. Arch. Bern.

Zusammentritt des Parlamentes 12. Dec. 1854.

Noch waren sie nicht in vollem Umfang bekannt, als am 12. December 1854 das Parlament wieder zusammentrat. Die Minister und die Mehrheit des Unterhauses mußten am 22. December scharfe Anklagen in einer packenden Rede John Brights über sich ergehen lassen. Eine Antwort ward ihm nicht zuteil. Das Koalitionsministerium Aberdeen behauptete noch mit Mühe seinen Platz. Aber es ging aus den Fugen, als nach kurzer Vertagung der Radikale Roebuck am 23. Januar 1855 ankündigte, er beabsichtigte die Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Lage des Heeres vor Sebastopol und des Verhaltens der für sein Wohl verantwortlichen Regierungsbehörden zu beantragen. John Russell, der schon vorher bei Aberdeen auf Ersetzung des Herzogs von Newcastle, des Kriegsministers, gedrungen hatte, verließ das sinkende Schiff. Er reichte seine Entlassung ein. Mit dem Ausscheiden des Führers im Hause der Gemeinen wurde der Widerstand, der Roebucks Antrag von der Regierung geleistet wurde, völlig gelähmt. Eine überwältigende Mehrheit entschied sich am 29. Januar für seine Annahme. Aberdeen erklärte der Königin sofort seinen und seiner Kollegen Rücktritt. Das Ministerium „aller Talente" erlebte ein schmachvolles Ende. Die Königin wandte sich zuerst an Derby. Indessen schrak dieser vor der Bildung einer neuen Regierung zurück, als Palmerston, Gladstone, Sidney Herbert, deren Hilfe er für unentbehrlich hielt, sich ihm versagten. Lord Lansdowne, an den der nächste Ruf erging, lehnte wegen seines Alters und seiner Kränklichkeit ab. Russell, auf den er verwies, fand keinen seiner früheren Genossen bereit, ihm Beistand zu leisten. So blieb denn der Königin nichts übrig, als Palmerston mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Sie übergab dem „Lord Feuerbrand" nur ungern die Zügel. Aber das Land sah in ihm den rettenden Piloten, und in Paris galt er als unentbehrlicher Bürge des Bundes der Westmächte. Am 6. Februar hatte Palmerston seine Aufgabe gelöst. Dank der edelmütigen Verwendung Aberdeens konnte er sich des Beitrittes der Peeliten Graham, Gladstone, Sidney Herbert versichern. Lansdowne übernahm neben Granville die Führung des Hauses der Lords. Clarendon behielt das Auswärtige. Mit Ausnahme Aberdeens, der für immer von der öffentlichen Bühne verschwand, Newcastles, der durch Lord Panmure ersetzt wurde, Russells, der mit der Vertretung Englands bei den Wiener Konferenzen betraut werden sollte, war das Kabinet Palmerstons fast durchaus eine zweite Auflage des vorausgegangenen Koalitionsministeriums.

Rücktritt Russells 24. Jan. 1855.

Sturz des Ministeriums Aberdeen 30. Januar.

Ministerium Palmerston 6. Febr.

Indessen hielt der Bund Palmerstons mit den Peeliten nicht lange vor. Sie erwarteten, daß seine Volkstümlichkeit das Unterhaus zum Verzicht auf die Wahl der von Roebuck beantragten Untersuchungskommission bewegen werde. Durch ihre Wirksamkeit fürchteten sie hochgestellte Parteimitglieder bloßgestellt zu sehen. Sie verschanzten sich

hinter die Behauptung, eine solche Kommission werde einen verfassungswidrigen, gefährlichen Präcedenzfall bilden. Auch Palmerston hätte ihre Einsetzung sehr gern vereitelt. Aber er mußte sich durch eine Besprechung mit hervorragenden Mitgliedern des Unterhauses davon überzeugen, daß im Hinblick auf die gereizte Stimmung des Landes eine große Mehrheit auf ihr bestehen werde. Genug, wenn es gelang, ihrer Untersuchung gewisse Grenzen zu ziehen und unbequeme Fragesteller von ihr fernzuhalten. Den Peeliten Graham, Gladstone, Sidney Herbert war jedoch auch das Betreten dieses Mittelwegs anstößig. Sie reichten am 21. Februar ihre Entlassung ein. An die Stelle der beiden ersten traten Charles Wood, der Schwager des Grafen Grey, und George Cornewall Lewis, Staatsmann und Gelehrter in einer Person, der Schwager Clarendons, wodurch zwei große whigistische aristokratische Familien abgefunden wurden. Die dritte Lücke wurde durch Russell ausgefüllt, den langjährigen Führer der Whigs im Hause der Gemeinen. Schon auf der Reise begriffen, erklärte er zu allgemeiner Verwunderung sich bereit, unter Palmerston zu dienen. Alles in allem genommen hatte Palmerstons Kabinet durch diese Veränderungen an einheitlicher Färbung gewonnen. Auch von der parlamentarischen Untersuchungskommission hatte es, da Roebuck sich eine Änderung der ursprünglichen Liste ihrer Mitglieder gefallen ließ, nichts Ernstliches zu fürchten. Nach Monate langen Sitzungen faßte die Kommission ihre Arbeit in einem Bericht zusammen, der in allgemeinen Ausdrücken dem früheren Ministerium vorwarf, sich über die Schwierigkeiten der Krimexpedition getäuscht und keine genügende Vorsorge für einen Winterfeldzug getroffen zu haben. Die Verantwortlichkeit für begangene Fehler schien nicht sowohl auf einzelnen Persönlichkeiten als vielmehr auf dem ganzen verrotteten System zu lasten. Seinen schreienden Mängeln sollte teilweise durch die schon erfolgte Verschmelzung des Kriegssekretariates mit dem Kriegsministerium und durch Beseitigung des Feldzeugmeisteramtes abgeholfen werden. Aber tief eingewurzelte Mißstände des alten Heerwesens, wie die Käuflichkeit von Officierspatenten, blieben trotz den gemachten schlimmen Erfahrungen unangetastet.

Austritt der Peeliten 23. Febr.

Bericht der Untersuchungskommission 16. Juni.

Auf dem Kriegsschauplatz selbst erschienen von der Regierung entsandte Kommissionen zur Beaufsichtigung und Verbesserung des Hospital- und Verpflegungswesens. Palmerston mahnte den Höchstkommandirenden Lord Raglan, ihnen ihre Aufgabe in jeder Weise zu erleichtern. Allmählich wurden denn auch die gröbsten Unterlassungssünden gesühnt. Was durch Geldaufwand und Arbeit verspätet zu erreichen war, geschah. Spitäler und Feldlazarette erhielten die dringend erforderliche Ausrüstung. Eine Eisenbahn verband den Hafen von Balaklawa mit dem Lager. Der Nachschub von Lebensmitteln, Decken, Bekleidungsstücken ging regelmäßiger vor sich.

Verbesserungen auf dem Kriegsschauplatz.

Freiwillige Spenden ergänzten die staatliche Thätigkeit. Am fühlbarsten war und blieb der Rückgang des Truppenbestandes, in welchen die Schlachten des Winters und Krankheiten furchtbare Lücken gerissen hatten. Ihre Ausfüllung stieß, selbst bei Anspannung der Werbung und Bildung einer Fremdenlegion auf Schwierigkeiten. In dieser Hinsicht war Frankreich dank seinem militärischen System weit besser daran. Die Orientarmee wurde um drei Divisionen verstärkt. Der gesetzgebende Körper bewilligte mit gleicher Gefügigkeit wie ein neues Anlehen von 500 Millionen so eine Aushebung von 140 000 Mann der Jahresklasse 1854. Ein Teil der kaiserlichen Garde wurde zur Abfahrt nach Marseille verbracht. Eine Anzahl erprobter höherer Officiere vertauschte die Garnisonen im Lande oder in der Kolonie Algier mit der Krim. Unter den letzten befand sich General Pélissier, der Forey auf seinem Posten vor Sebastopol ablöste. Als Mann des eigensten kaiserlichen Vertrauens erschien beinahe gleichzeitig Napoleons Adjutant, der Ingenieur-General Niel, der sich 1849 bei der Belagerung Roms und jüngst bei der Einnahme Bomarsunds ausgezeichnet hatte. Er brachte ein kaiserliches Dekret mit, demzufolge das französische Heer in der Stärke von etwa 80 000 Mann neu eingeteilt wurde. Nach kurzem Aufenthalt in Konstantinopel stellte er sich wieder im Lager ein und verfocht hier mit Zähigkeit den Plan, man müsse vorläufig auf jeden Angriff verzichten und die Hauptkräfte zur Abschneidung der Festung vom Hinterland verwenden. Dies sollte durch die Bildung von drei Heeren erreicht werden, von denen eines die Belagerung weiterführen, das zweite die Verbindung von Sebastopol und Simpheropol bedrohen, das dritte von Simpheropol her im Rücken des Feindes operiren würde. Canrobert suchte seine Selbständigkeit gegenüber diesem ihm aufgedrungenen Ratgeber zu wahren. Aber mancher seiner Untergebenen fühlte heraus, daß ein höherer Wille aus Niels Mund rede.

Französische Verstärkungen.

Sendung Niels

Napoleons Absicht des Abgangs nach der Krim.

In der That hatte er den Kaiser, der aus der Ferne mit fachmännischem Eifer die Belagerung von Sebastopol verfolgte, für seinen Plan gewonnen. Napoleon war mit dem bisherigen Verlauf der Dinge sehr unzufrieden. Er brannte darauf, durch sein persönliches Erscheinen an Ort und Stelle die von ihm vermißte Einheitlichkeit des Kommandos herzustellen. Indessen stieß er dabei, von der Kaiserin abgesehen, auf den Widerstand seiner ganzen Umgebung. Man mißtraute seiner strategischen Begabung und fürchtete eine revolutionäre Erhebung während seiner Abwesenheit. Persigny, Morny, Drouyn de Lhuys nahmen gegenüber ihrem Gebieter kein Blatt vor den Mund. Fremde Diplomaten bekamen in vertraulichem Gespräch zu hören, die kaiserliche Idee sei „eine Thorheit, eine Geistesverwirrung, eine öffentliche Kalamität, die zu einer Sintflut führen könne". Dieser und jener munkelte, falls der Kaiser auf seinem Kopf beharre, müsse er unbedingt Vorsichts halber seinen Vetter Jérôme

Ihr Bekämpfung.

mit sich nehmen oder hinter Schloß und Riegel setzen lassen. Denn dem Ehrgeiz dieses Prinzen, in dem man den Auftraggeber eines in Brüssel erschienenen giftigen Pamphlets, voller Anklagen gegen die Politik und Kriegführung der kaiserlichen Regierung, vermutete, wurde in vielen Kreisen das Schlimmste zugetraut[1]). Nicht weniger scharf verurteilten die Machthaber Englands den Vorsatz des Kaisers, den er nicht vor ihnen verbarg. Seine Anwesenheit in der Krim und seine Übernahme des Oberbefehls drohten die Rolle Englands ungebührlich zu verkleinern und den Wert der westmächtlichen Allianz in den Augen des englischen Volkes herabzusetzen. Daher sollte Clarendon alles aufbieten, bei einem Besuch des Lagers von Boulogne den Kaiser von seinem Plan abzubringen.

Englische Wünsche des Gewinns von Bundesgenossen.

In einem anderen Punkte war der reizbaren öffentlichen Meinung Englands eine kleine Genugthuung zuteil geworden. Das Stärkeverhältnis der westmächtlichen Truppen mußte unter allen Umständen ungünstig für England bleiben. Nichts konnte hier daher erwünschter sein, als die Mitwirkung anderer bundesgenössischer Streitkräfte zu gewinnen. Darunter verstand man nicht sowohl freigewordene Truppen Omer Paschas, deren Vorhut schon im December 1854 bei Eupatoria gelandet, als Kontingente europäischer Staaten, denen die Aufnahme in den Allianzvertrag Frankreichs und Englands offen gehalten war. Kurz nach dem Ausbruch des Krieges waren darüber bereits mit Spanien vertrauliche Verhandlungen gepflogen worden. Gegen Verbürgung seiner insularen Besitzungen, vor allem Cubas, sollte Spanien die Stellung von zwei Korps, des einen zur Ablösung der französischen Besatzung in Rom, des anderen zu allfälliger Verwendung wider Griechenland auf sich nehmen[2]). Allein der Ausbruch der spanischen Revolution im Sommer des Jahres 1854, den das Ministerium des Grafen San Luis durch Absetzung von Senatoren und Verbannung von Generalen der Opposition, durch Verhängung des Belagerungszustandes und Ausschreibung eines Zwangsanlehens hervorgerufen hatte, machte weiteren Verhandlungen ein Ende.

Spanien. Fruchtlose Verhandlungen

Ebensowenig war damals auf einen Anschluß Schwedens zu rechnen, obwohl französische Zeitungen ihn als nahe bevorstehend ankündigten[3]). Zwar hatte die liberale Presse Schwedens das Erscheinen der westmächtlichen Flotten in der Ostsee mit Freude begrüßt, und die Einnahme Bomarsunds, dieser russischen Festung, die eine dauernde Be-

Schweden.

[1]) Zur Ergänzung von Gedrucktem Berichte Barmanns 19. Febr. 1855. E. Arch. Bern. — Rumpffs 15., 16., 26. Febr. 1855. Stadt-Archiv Frankfurt a. M. Über das Pamphlet De la conduite d'Orient etc. Bruxelles, Février 1855. s. Rjasanoff a. a. O. II. 514.

[2]) Bericht Barmanns 10. Mai 1854. E. Arch. Bern. Vgl. Geffcken S. 106.

[3]) Berichte Barmanns 13. Mai, 13. Juni 1854. E. Arch. Bern.

drohung Stockholms bedeutete, war hier mit Jubel aufgenommen worden. Aber König Oskar I. wich Anträgen aus, die ihm obenhin bei einem Besuch des Admirals Napier und bestimmter durch mündliche Eröffnungen Baraguay d'Hilliers' gemacht wurden. Auch gewisse Andeutungen Drouyn de Lhuys' und Clarendons in Gesprächen mit seinen Gesandten verfehlten ihren Zweck. Die Möglichkeit eines Gewinnes der Alandsinseln oder gar Finlands, der ihm vor Augen gehalten wurde, schwebte vor völliger Besiegung Rußlands in der Luft. Zunächst dünkte es ihn daher angemessen, strenge Neutralität zu wahren, wie sie durch eine mit Dänemark verabredete Erklärung kundgegeben war. Vollends in diesem nordischen Reich, dessen Regierung dem Schutz und Fürwort des Zaren so manchen Dank schuldete, konnten Versuche der Westmächte, einen Druck zu ihren Gunsten auszuüben, nicht auf Erfolg zählen[1]).

Nordische Neutralität.

Sardinien.

Anders stand es mit dem Königreich Sardinien. Zar Nikolaus, als Schützer der Legitimität, hatte 1848 die diplomatischen Beziehungen zu Karl Albert abgebrochen und sich geweigert, sie mit seinem Nachfolger zu erneuern. Es lag nahe, diesen formellen Grund der Spannung zwischen dem gewaltigen russischen Reich und dem kleinen italienischen Mittelstaat zu verwerten. Schon im Frühling 1854 waren von englischer Seite Aufforderungen zur Beteiligung am Krieg nach Turin gelangt. Von Paris aus erfolgte kein Drängen, aber der Rat, sich im stillen auf alle Fälle vorzubereiten. Der geniale Staatsmann, der an der Spitze der sardinischen Regierung stand, hätte dieses Rates nicht bedurft. In Cavours Geist verdichtete sich der Gedanke, den Orientkrieg durch Anschluß Sardiniens an die Westmächte für die nationale Sache Italiens auszubeuten, zu einem kühnen Plan. König Viktor Emanuel war Feuer und Flamme für die Idee, seine Fahne neben der Englands und Frankreichs vor den Wällen Sebastopols aufzupflanzen. Mit Cavour stimmten weitsichtige Politiker, wie Farini, Massari, der Flüchtling aus der Emilia, Dina, der gewandte Redakteur der „Opinione", überein. Länger dauerte es, bis Rattazzi, seit 1853 Justizminister, seit dem Frühling 1854 Minister des Inneren, sich für die Allianzpolitik gewinnen ließ. Indessen im Parlament wie in der Presse hatte es Cavour mit einem starken Widerstand zu tun[2]). Namentlich aus den Kreisen der demokratischen Partei erhoben

Plan Cavours.

Widerstand.

[1]) Albin Cullberg: La politique du roi Oscar I pendant la guerre de Crimée. Tome I. Stockholm 1912. Hallendorf: Oscar I, Napoleon och Nikolaus. Stockholm 1918. N. Neergaard: Under Junigrundloven Kopenhagen. 1892 I. 907 ff. F. Bajer: Nordens, saerlig Danmarks neutralitet under Krimkrigen. Kopenhagen 1914.

[2]) Adolf Reiß: Die Teilnahme Sardiniens am Krimkrieg und die öffentliche Meinung in Italien (Jenaer Dissertation) Leipzig 1910 (S. 172—175 Litteraturverzeichnis, dem noch beizufügen wäre: degli Alberti: Per la Storia della alleanza della campagna di Crimea in der Biblioteca di storia Italiana recente IV. 1910).

sich die Fragen, was die Aufrichtung eines unabhängigen Italiens mit dem Kampf im fernen Osten zu schaffen habe, und welches Heil den unterdrückten Völkern aus Kriegsbündnissen mit den Fürsten erwachsen könne. Diese Fragen fanden lauteren Widerhall, als man vernahm, daß das verhaßte Östreich ein Bündnis mit den Westmächten geschlossen habe. Trete Sardinien auch auf ihre Seite, ließen Cavours Gegner sich vernehmen, so müsse der Piemontese mit dem Kroaten Schulter an Schulter kämpfen.

Eben damals, Mitte December 1854, traf in Turin der förmliche Antrag der Westmächte ein, sich ihrer Allianz anzuschließen und ein Truppenkorps nach der Krim zu senden. Zu Östreichs Beruhigung verpflichtete sich Frankreich mit Englands Zustimmung am 22. December, während des Orientkrieges die Aufrechterhaltung des territorialen Besitzstandes in Italien, wenn nötig selbst mit Waffengewalt, zu schützen. Es ist streitig, ob Cavour von diesem Geheimvertrag, der erst zwei Jahre später durch eine Enthüllung Disraelis bekannt wurde, eine Ahnung hatte[1]), als er auf Annahme des westmächtlichen Antrags drängte. Sie verzögerte sich jedoch, da sein Amtsgenosse Dabormida die Zufügung von drei Geheimartikeln forderte. Nach diesen sollten die Westmächte sich verpflichten, Sardinien für die gebrachten Opfer durch Beteiligung am Friedensvertrag zu entschädigen, sich bei Östreich für Aufhebung des Sequesters der Güter der zu piemontesischen Bürgern gewordenen lombardisch-venetianischen Emigranten zu verwenden und bei den Friedensverhandlungen die Zustände Italiens zur Sprache bringen zu lassen. Die Gesandten Frankreichs und Englands in Turin waren nicht ermächtigt, eine dieser Bedingungen, sei es auch in anderer Form als der von Geheimartikeln, zu erfüllen. Daraufhin erklärte Dabormida, seinen Namen nicht unter den Vertrag setzen zu können. An seiner Stelle übernahm Cavour vorläufig selbst das Auswärtige, um es später Cibrario zu überlassen, und unterzeichnete das Protokoll, das den Beitritt Sardiniens zum Bündnis der Westmächte aussprach. Er war sich der ernsten Bedeutung dieses Schrittes bewußt. „Ich habe, schrieb er einem Freund, eine furchtbare Verantwortung auf mein Haupt geladen, aber gleichviel, mag daraus entstehen, was da will, mein Gewissen sagt mir, daß ich eine heilige Pflicht erfüllt habe."

Rücktritt Dabormidas 10. Jan. 1855.

Der Vertrag, den eine Militär- und Finanz-Konvention ergänzten, verpflichtete den König Viktor Emanuel, ein Armeekorps von 15 000 Mann unter Befehl eines sardinischen Generals auf den Kriegsschauplatz zu entsenden. Zur Deckung der Kriegskosten verbürgte England die Vorstreckung einer Anleihe von einer Million £. Auch übernahm England den unentgeltlichen Transport der sardinischen Truppen. Beide West-

Bündnis Sardiniens mit den Westmächten 26. Jan.

[1]) Reuchlin: Geschichte Italiens III. 238 behauptet es.

mächte leisteten für den Gebietsbestand des Königreichs Sardinien Gewähr und verpflichteten sich, es während der Dauer des Krieges gegen jeden Angriff zu schützen. Cavour ließ nichts unversucht, um die öffentliche Meinung für den Vertrag zu gewinnen. Er schlug Kapital aus dem Lob der westmächtlichen, vor allem der englischen Presse, die das entschlossene Verhalten des kleinen Sardinien mit dem schwankenden Gang der Großmacht Preußen verglich. Er griff in die Kammerdebatten mit einer meisterhaften Rede ein, die wirtschaftliche und politische Gründe für eine Beteiligung am Kampf „gegen den nordischen Koloß, ... den ärgsten Feind der Civilisation" zusammenstellte, und wagte die Prophezeiung, daß die Lorbeeren, welche die piemontesischen Soldaten auf den Schlachtfeldern im Orient erringen möchten, für das künftige Schicksal Italiens von größerem Nutzen sein würden als alle möglichen Deklamationen und Schreibereien. Mazzini, auf den u. a. diese Worte gemünzt waren, wurde durch sie erst recht zum Widerspruch gereizt. Er brandmarkte in einem offenen Brief Cavour als „Verbündeten Östreichs und des kaiserlich französischen Despotismus". Aber in der Kammer fand sich am 10. Februar 1855 eine Mehrheit von einundvierzig Stimmen und eine noch größere am 3. März im Senat für Annahme des Vertrags. Noch ehe das sardinische Korps unter Führung Alfonso Lamarmoras sich nach der Krim einschiffte, war ein Ereignis eingetreten, das für einen Augenblick Hoffnungen auf rasche Beendigung des kriegerischen Schauspiels erwecken konnte.

Ratifikation 10. Febr. 3. März

Zar Nikolaus, den die Einwirkung der leidenschaftlichen Slawophilen schrittweise vorwärts getrieben hatte, war durch den Gang der Ereignisse aufs peinlichste berührt. Ihm nahe Stehende fanden ihn sehr gealtert, ohne die frühere Spannkraft, häufig in einen melancholischen Zustand versunken. Zwar hatte er nichts unterlassen, durch Aufstachelung der religiösen Gefühle in den Massen seines Volkes Begeisterung für den „heiligen Krieg" zu wecken, der ihm als Schützer der Glaubensbrüder im Orient aufgedrungen sei, und dies war ihm, mit Hilfe der Bischöfe und Popen, bis zu einem gewissen Grade auch gelungen. Aber er konnte sich schwerlich darüber täuschen: im höheren Beamtentum und im Heer war die allgemeine Stimmung durchaus keine enthusiastische[1]). Die Mißerfolge seiner Truppen hatten ihn mit bitterem Schmerz erfüllt, den er sich bemühte, in ermutigenden und tröstenden Schreiben an die Fürsten Menšikov und Gorčakov zu verbergen. Seine Gedanken weilten vor allem bei den heldenmütigen Verteidigern Sebastopols, die unter den Unbilden des Winters und den Mängeln des Verpflegungs- und Sanitäts-

Stimmung des Zaren Nikolaus

[1]) Theodor von Bernhardi: Tagebücher II. 201.

wesens kaum weniger litten als die Belagerer, aber dank Todlebens Genie deren Arbeiten durch immer neue vervollkommnete Erdwerke und Gegenminen durchkreuzten. Seit einigen Monaten weilten die Großfürsten Nikolaus und Michael in der Festung, und alle Hilfsquellen Rußlands schienen zur Stärkung dieses einen Punktes ausgebeutet werden zu sollen. Auch bewies die am 13. Februar 1855 erlassene Verordnung über die Bildung einer allgemeinen Reichsmiliz, daß der Zar zum äußersten Widerstand entschlossen sei. Inmitten seiner Sorgen ward er durch die Nachricht betroffen, daß Omer Pascha am 17. Februar einen Sturm auf Eupatoria mit schweren Verlusten für die Angreifer zurückgeschlagen habe. Diese seinen Truppen von den verachteten Türken bereitete Niederlage verletzte seinen Stolz aufs tiefste. Gleichzeitig setzte eine Grippe seinen Kräften zu. Umsonst beschwor ihn sein Leibarzt, sich zu schonen. Er besichtigte in schneidender Luft ein Regiment, das in die Krim befördert werden sollte, und kehrte fiebernd in den Winterpalast zurück. Nach wenigen Tagen, am 2. März, war er eine Leiche.

Russische Niederlage bei Eupatoria 17. Febr.

Der erste Eindruck der Kunde seines Todes war weit und breit der einer Erleichterung. „Europa atmete, wie Hübner in seinem Tagebuch vermerkte, freier auf." Damit verbanden sich Friedenshoffnungen. An den Börsen von Paris und London schnellten die Kurse in die Höhe. Sehr bald indessen folgte die Enttäuschung. Der Nachfolger des Zaren, der siebenunddreißigjährige Alexander II., so sehr sein Naturell sich von dem des Vaters unterschied, hielt sich doch zunächst für verpflichtet, als Vollstrecker seines Willens aufzutreten. In einem an seine Unterthanen gerichteten Manifest gelobte er, Rußland „auf der höchsten Stufe der Macht und des Ruhmes" erhalten zu wollen. Als seine Vorbilder, deren beständige Absichten zu erfüllen sein heißer Wunsch sei, nannte er neben dem Vater Peter den Großen, Katharina II., Alexander I. Beim Empfang des diplomatischen Korps warf er dem Vertreter Franz Josefs mit scharfen Worten Österreichs Undankbarkeit vor und erklärte, unter entehrenden Bedingungen keinen Frieden schließen zu können. Ein Rundschreiben Nesselrodes an die kaiserlichen Gesandten erläuterte dies in dem Sinn, daß der neue Herrscher die Vollmachten seines Botschafters in Wien für die dort bevorstehenden Friedenskonferenzen, getreu den Absichten seines erlauchten Vaters, bestätigt habe.

Tod des Zaren 2. März.

Manifest Alexanders II. 3. März.

Am 15. März konnten diese Konferenzen endlich durch Buol, dem Prokesch-Osten, als guter Kenner des Orients, zur Seite gestellt war, eröffnet werden. Gemäß Österreichs Wunsch blieb der Kleinstaat Sardinien von den Verhandlungen ausgeschlossen. Aber auch die Großmacht Preußen war unvertreten. Der Tod des Zaren Nikolaus hatte in Berlin den Versuch vollends vereitelt, mit den Westmächten zu einem bündnismäßigen Abkommen zu gelangen, ohne welches Preußen die Teilnahme an den Wiener Konferenzen versagt bleiben sollte. Die Kamarilla be-

Eröffnung der Wiener Friedenskonferenzen 15. März.

Ausschluß Preußens.

trauerte in dem Entschlafenen einen Schutzgeist. Ludwig von Gerlach sagte in der Kammer, sein Tod werde wie der eines Vaters empfunden. Die Kreuzzeitung erschien, als sie ihn meldete, mit schwarzem Rand. Gardeofficiere trugen an der Uhr Trauermedaillen mit dem Bildnis des Zaren. Solchen Gefühlen gab sich auch König Friedrich Wilhelm IV. vollkommen hin. Er pries den Zaren in einem Brief an den unbekehrbaren Bunsen als „einen der edelsten Menschen, eine der herrlichsten Erscheinungen in der Geschichte". Er war tief gerührt durch die letzten, ihm überbrachten Mahnungen des Sterbenden, für Rußland immer derselbe zu bleiben und des Vermächtnisses seines Vaters zu gedenken, dessen Leitstern das Zusammenhalten der drei Ostmächte gewesen war. In dieser Stimmung befahl er, die Unterhandlungen mit den Westmächten zu vertagen. Er wollte sie noch nicht ganz abgebrochen wissen, erklärte sich zur Annahme des Protokolles vom 28. December 1854 (s. o. S. 99) bereit[1]), sandte den nach Berlin gekommenen Wedell mit einem neuen Handschreiben an den Kaiser Napoleon nach Paris zurück, forderte aber „als Anerkennung von Preußens wohlerworbenem Recht" vor jeder weiteren Bindung eine Einladung zu den Wiener Friedenskonferenzen. Allein die Westmächte blieben fest. Sie weigerten Preußen mit Mißbilligung seines angeblichen Verzichtes auf die Stellung einer Großmacht die Zulassung.

Die Wiener Friedenskonferenzen. Erste Phase 16. März bis 2. April.

Über die ersten zwei der „vier Punkte", Aufhebung des ausschließlichen russischen Protektorates hinsichtlich der Donaufürstentümer und Serbiens, sowie über die Freiheit der Donaudampfschiffahrt kam sehr bald eine Einigung in den Wiener Konferenzen zustande. Dagegen bei der Erörterung des dritten Punktes, der die Beseitigung des russischen Übergewichtes im schwarzen Meer betraf, erhoben sich Schwierigkeiten. Buol, der Präsident der Konferenzen, schob, unter Zustimmung der westmächtlichen Vertreter, den Russen selbst die dornige Aufgabe zu, hiefür geeignete Vorschläge zu machen. Indessen lehnte Gorčakov die ihm zugemutete Initiative ohne den Besitz bestimmter Weisungen seiner Regierung ab. Die Zwischenzeit bis zu ihrem Eintreffen beantragte Buol für die Beratung des vierten Punktes, der sich auf die Lage der christlichen Unterthanen des Sultans bezog, zu verwenden. Gorčakov ging mit großer Bereitwilligkeit darauf ein. Aber die Bevollmächtigten Frankreichs und Englands protestirten gegen jede Änderung der Reihenfolge für die Besprechung der vier Punkte. In Paris wie in London befürchtete man nämlich, daß wenn auch hinsichtlich des vierten wie hinsichtlich der beiden ersten eine Regelung zu Östreichs Befriedigung stattfinde, dessen Eifer in

[1]) S. Poschinger: Preußens auswärtige Politik III. 66, 81, 83 u. s. w. In der Angabe Friedjungs S. 141, „Preußen trat nach langem Schwanken dem Vertrag vom 2. December bei", liegt eine Verwechslung mit dem Protokoll vom 28. December vor.

Sachen des dritten sich zu Gunsten Rußlands abkühlen werde. Gerade dieser dritte Punkt aber, die Schwächung Rußlands im schwarzen Meer, galt den Westmächten als der wichtigste. Da Russell bereits an der Konferenz teilnahm, Ali Pascha zur Unterstützung des türkischen Gesandten von Konstantinopel nach Wien abgeordnet wurde, so hielt Napoleons Minister des Auswärtigen, Drouyn de Lhuys, bei der Bedeutung der zur Entscheidung vorliegenden Frage es für unerläßlich, auch dort zu erscheinen. Napoleon, bisher mit Bourqueney immer in unmittelbarer telegraphischer Verbindung[1]), gab seine Einwilligung. Drouyn de Lhuys verständigte sich Ende März bei einem kurzen Aufenthalt in London noch mit den englischen Staatsmännern über die in Wien zu stellenden Forderungen und langte am 6. April dort an. Mit seiner Ankunft verwandelten sich die bisherigen Konferenzen beinahe in einen Ministerkongreß.

Bombardement Sebastopols 9. April.

Der Fall Sebastopols vor dem Wiederbeginn der Wiener Verhandlungen wäre ein unberechenbarer Vorteil für die Westmächte gewesen. Nach sorgfältiger Vorbereitung wurde daher am 9. April ein neues Bombardement aus mehr als 500 Feuerschlünden gegen die Festungswerke begonnen. Aber trotzdem sie schweren Schaden litten, wagten die Belagerer doch keinen Sturm. Die Verteidiger erhielten Zeit, die Breschen notdürftig auszufüllen, und nach vieltägigem Artilleriekampf, der Tausende von Opfern kostete, war Sebastopol noch unbezwungen. Beim Wiederbeginn der Konferenzen in Wien, am 17. April, hatten die Vertreter der Westmächte mit dieser Thatsache zu rechnen. Da Gorčakov auch jetzt, nach Empfang von Weisungen aus Petersburg, jede Initiative von Vorschlägen betreffend den dritten Punkt ablehnte, so blieb ihnen nichts übrig, als selbst anzugeben, wodurch die Beseitigung des russischen Übergewichtes im schwarzen Meer herbeigeführt werden solle. Nach der in London getroffenen Vereinbarung sollte entweder die vollkommene Neutralisation des schwarzen und Asowschen Meeres oder, wenn ein solches Begehren den Östreichern allzu hart erscheine, eine Beschränkung der Seestreitkräfte beider Uferstaaten in diesem Gebiet auf vier Linienschiffe, vier Fregatten und eine verhältnismäßige Zahl leichter Fahrzeuge gefordert werden. In jedem Fall wollte man Östreich zu binden suchen, den einen oder den anderen Vorschlag als Ultimatum zu betrachten, dessen Ablehnung seinen Eintritt in den Krieg bedinge. Unterhaltungen mit Buol und eine Audienz beim Kaiser Franz Josef hatten Drouyn de Lhuys davon überzeugt, daß Östreich für die Idee der Neutralisation nicht zu haben sei. So brachte er denn im Einverständnis mit Russell und Buol den Vorschlag einer Beschränkung der Seestreitkräfte aufs Tapet. Gorčakov bat um kurze Bedenkzeit, wies dann aber den Vorschlag, als demütigend für

Wiener Konferenzen. Zweite Phase 17. bis 26. April.

[1]) Bericht Barmanns 24. März 1855. E. Arch. Bern.

Rußland, zurück und machte den Gegenvorschlag, durch Aufhebung des Meerengenvertrags von 1841 den Kriegsflaggen aller in Friedenszustand mit der Pforte befindlichen Nationen ohne Unterschied die freie Durchfahrt durch die Dardanellen und durch den Bosporus zu gestatten. Damit hätte Rußlands Kriegsflotte den lange begehrten Zutritt zum mittelländischen Meer erlangt. Die Vertreter der Westmächte weigerten sich, da ihre Instruktionen erschöpft seien, in eine Besprechung über Gorčakovs Gegenvorschlag einzutreten. Die Konferenz war allem Anschein nach gescheitert.

Indessen wurde auf Gorčakovs Antrag am 26. April noch eine Sitzung gehalten. Vom Wunsch beseelt, den Bruch zu vermeiden, der auf Östreichs Entschlüsse zu Ungunsten Rußlands einwirken konnte und durch eine telegraphische Weisung aus Petersburg dazu ermächtigt[1]), nahm er eine kühne Schwenkung vor. Während er eben erst die Öffnung der Meerengen empfohlen hatte, beantragte er nunmehr, den Grundsatz ihrer Schließung in voller Kraft zu belassen, dem Sultan aber das Recht vorzubehalten, sie ausnahmsweise, wenn er die Sicherheit der Pforte bedroht glaube, den Flotten der fremden Mächte zu öffnen. Die Vertreter der Westmächte wie die der Türkei lehnten auch diesen Vorschlag ab, der nach Drouyn de Lhuys' ironischen Worten unter Umständen gerade das Gegenteil eines Aufhörens des russischen Übergewichtes im schwarzen Meer bewirken konnte. Günstiger beurteilte ihn Buol, obwohl er ihn in seiner skizzenhaften Form nicht als Grundlage einer Lösung betrachten wollte. Gorčakov aber konnte die Sitzung mit der Bemerkung schließen, daß die russischen Bevollmächtigten durch ihre verschiedenartigen Vorschläge in ausgedehnter Weise ihre Zusagen erfüllt hätten.

Vorschlag Buols.

Inzwischen hatte Buol sich bemüht, eine neue Lösung zu finden, die den vielumstrittenen dritten Punkt etwas günstiger für Rußland gestalten wollte. Dabei war ihm Drouyn de Lhuys auf halbem Wege entgegengekommen. Dieser erfahrene Staatsmann, ein Zögling der alten französischen diplomatischen Schule, gut katholisch gesinnt und Plänen einer Revision der Karte Europas durchaus nicht geneigt, hegte die Hoffnung, durch den Krimkrieg eine dauernde Allianz Frankreichs und Östreichs geschaffen zu sehen. Sie erschien ihm, wie Hübner schon seit lange erkannt hatte, „als ein Mittel gegen die revolutionären Tendenzen seines Herrn und gleichzeitig als Gegengewicht gegen den englischen Einfluß". „Was mich nach Wien geführt hat, sagte er dem Kaiser Franz Josef in der ersten ihm gewährten Audienz, ist weniger der Wunsch, den Frieden mit Rußland zu schließen, als die Allianz mit Östreich zu befestigen"[2]). Er drang in den Kaiser, noch während seines Aufenthaltes in Wien die von dem General

[1]) Gorianov: Le Bosphore et les Dardanelles 1910 S. 117.

[2]) Hübner I. 116. d'Harcourt: Les quatre ministères de M. Drouyn de Lhuys S. 133.

Crenneville nach Paris überbrachte Militärkonvention zu unterzeichnen. Franz Josef suchte den Eifer des französischen Ministers abzukühlen. Immer aber hielt dieser an dem Gedanken fest, falls Rußland jeden Friedensversuch zurückweise, Österreich den Entschluß einer Beteiligung am Kriege abzuringen. Daher ging er auf Buols neueste Vorschläge, die als österreichisches Ultimatum gelten sollten, ohne Rücksicht auf die Londoner Verabredungen ein. Diese Vorschläge waren: Europäische Garantie der Unabhängigkeit und des Besitzstandes des türkischen Reiches, Schließung der Meerengen, aber Ermächtigung für die Verbündeten, je zwei Fregatten im schwarzen Meer zu halten, Beschränkung der russischen Flotte daselbst auf den Stand wie vor dem Beginn des Krieges, im Fall der Überschreitung dieses Standes Berechtigung jedes der Verbündeten, die Zahl seiner Kriegsschiffe bis zur Hälfte der russischen zu vermehren, im Fall einer Bedrohung der Pforte Berechtigung derselben, allen Seestreitkräften ihrer Verbündeten die Meerengen zu öffnen. Auch John Russell stimmte, obwohl er dadurch seine Instruktionen überschritt, ehe er Wien verließ, dem künstlichen Plan zu, den Buol und Drouyn de Lhuys ausgeheckt hatten.

Billigung durch Drouyn de Lhuys und Russell.

Indessen in London und in Paris ward er verworfen. Das englische Ministerium war sofort entschlossen, sich nicht auf einen Vorschlag einzulassen, der, nach Clarendons Ausdruck, die Türkei und die Westmächte genötigt hätte, „eine beständige Polizeiaufsicht im schwarzen Meer auszuüben." Wesentlich englischer Einfluß bestimmte auch die Entschlüsse Napoleons. Er war mit seiner Gemahlin einer Einladung des englischen Herrscherpaares gefolgt und weilte vom 16. bis zum 21. April wieder in dem Lande, das ehemals dem flüchtigen Abenteurer und Prätendenten ein Asyl gewährt hatte. Der Empfang, den die Stadt London den kaiserlichen Gästen bereitete, war ein sehr warmer, und im Schloß von Windsor stellte sich zwischen ihnen und ihren Wirten ein ungezwungenes, herzliches Verhältnis her. Über den Festlichkeiten wurde die Politik und die Kriegführung nicht vergessen. In einer Beratung, der außer dem Kaiser, der Königin, dem Prinzen Albert noch Marschall Vaillant, Palmerston, Clarendon, Panmure anwohnten, wurde gemäß den Ideen des Kaisers die Einteilung der in der Krim verfügbaren Streitkräfte in zwei Operationsheere neben dem Belagerungskorps verabredet. Noch schien der Kaiser, allen Einwendungen zum Trotz, den Plan des Abgangs nach der Krim, wo er sich die Übernahme des Oberbefehls einer der Operationsarmeen vorbehielt, nicht aufgegeben zu haben. Aber das Attentat Pianoris, das unmittelbar nach der Heimkehr am 28. April sein Leben bedrohte (s. o. S. 24) machte ihn anderen Sinnes. Er folgte den Ratschlägen derer, die ihm vor Augen hielten, daß die Revolutionäre noch nicht die Waffen niedergelegt hätten, und daß seine Abwesenheit auf unbe-

Reise des französischen Kaiserpaares nach England 16. bis 21. April.

Kriegsrat in London.

stimmte Zeit Frankreich unvorhergesehenen Erschütterungen aussetzen könne.

Zwei Tage nach Pianoris Attentat langte Drouyn de Lhuys wieder in Paris an. Hübner, der in ihm freudig „mehr denn je den Mann der östreichischen Allianz" erkannte, glaubte noch hoffen zu dürfen, Napoleon werde den in Wien entworfenen Vorschlag wenigstens einer Prüfung würdigen. Aber der berauschende Eindruck der letzten Reise, die Vorstellungen des englischen Botschafters Cowley und des Marschalls Vaillant, die Furcht, durch Gutheißung eines unbefriedigenden Abkommens dem Heer zu mißfallen: das alles wirkte zusammen, den Kaiser zur Verwerfung zu bestimmen. Dazu kam, daß er, schon über Plänen einer Hilfeleistung für die Verfechter der italienischen Nationalidee brütend, von Drouyn de Lhuys' Wertschätzung einer dauernden Allianz mit Östreich weit entfernt war. Drouyn de Lhuys fühlte sich bloßgestellt und hatte so viel Selbstachtung, auf seiner Entlassung zu bestehen. Zu seinem Nachfolger ward Walewski ausersehen, der bisherige Botschafter in London, den Persigny auf diesem Posten ablöste. Im Unterschied zu Drouyn de Lhuys verleugnete Russell die Rolle, die er zuletzt in Wien gespielt hatte, und trat bei der ersten sich bietenden Gelegenheit mit einer höchst kriegerischen Rede im Unterhaus auf. Aber, durch Enthüllungen Buols entlarvt, ward er von seinen eigenen Parteigenossen gezwungen, vor dem Entrüstungssturm, der sich erhob, zu weichen und aus dem Ministerium auszuscheiden.

Entlassung Drouyn de Lhuys'. Nachfolge Walewskis 6. Mai.

Rücktritt Russells 14. Juli.

In Wien suchte man nach dem Scheitern des letzten Vermittlungsvorschlags den Riß mit den Westmächten noch zu verschleiern. Die Konferenzen sollten nicht abgebrochen, sondern nur vertagt sein. In der That wurden sie nochmals auf den 4. Juni einberufen. Buol brachte hier wieder die wesentlichen Punkte des zwischen ihm und Drouyn de Lhuys getroffenen Übereinkommens vor. Neu war nur, daß er jetzt eine unmittelbare Einigung Rußlands und der Türkei über den Stand ihrer Seestreitkräfte im schwarzen Meer empfahl, die einen integrirenden Teil des Friedensvertrags bilden sollte. Dabei sollte vorausgesetzt werden, daß die russische Seemacht den augenblicklichen Stand der im schwarzen Meer fahrbereiten Schiffe nicht übersteigen dürfe. Gorčakov behielt seiner Regierung die Erwiderung vor, wollte für seine Person eine direkte Verhandlung mit der Pforte nicht ablehnen, sah aber in der Vorschrift über die Feststellung ihrer Seestreitkräfte durch andere Mächte einen Eingriff in die Hoheitsrechte des Zaren wie des Sultans. Die Vertreter der Westmächte und der Türkei, an ihre Instruktionen gebunden, lehnten jede weitere Verhandlung ab. Damit hatten die Friedenskonferenzen ein Ende. Der Knoten mußte durch das Schwert zerhauen werden.

Letzte Sitzung der Wiener Friedenskonferenzen 4. Juni.

Der allgemeine Sündenbock wurde nun Östreich. Mit Rußland hatte es sich seit dem Decembervertrag tötlich verfeindet. Daran konnten Be-

Vereinzelung Östreichs.

schwichtigungsversuche, zu denen Windischgrätz verwandt wurde, und freundliche Worte, mit denen der Kaiser Franz Josef nach dem Abbruch der Konferenzen Gorčakov bedachte, nichts ändern. Aber auch zu den Westmächten geriet Österreich in ein höchst gespanntes Verhältnis. Ihre Ablehnung der letzten Vermittlungsvorschläge diente in Wien als Grund, sich der Verpflichtung zur Waffenhilfe für entbunden zu halten. Nur um den Schein zu wahren, ward General Crenneville nochmals zur Verhandlung einer Militärkonvention nach Paris geschickt. Der Allianzvertrag des 2. Decembers 1854 war, wie Palmerston vorausgesagt hatte, „ein totgeborenes Kind". Der kundige Vertreter der Schweiz in Wien faßte sein Urteil in die Worte zusammen: „Ich glaube nicht, daß Österreich gegen die Westmächte falsch handeln wollte, allein die Verhältnisse drängen zu einer unvermeidlichen Neutralität"[1]). In London und in Paris aber hielt man sich für getäuscht. Palmerston spottete im Unterhaus über die nur „bis zu einem gewissen Punkt gehende", und nur „moralische" Bundesgenossenschaft Österreichs. Napoleon nahm sich mehr zusammen. Er beteuerte dem jungen Fürsten Richard Metternich, der damals in Paris weilte, daß er noch den größten Wert auf die Allianz mit Österreich lege, dem er nur mehr Entschlossenheit wünsche[2]). Deutlicher waren die vorwurfsvollen Worte, die er am 2. Juli bei Eröffnung der außerordentlichen Sitzung des gesetzgebenden Körpers sprach: „Wir haben immer noch darauf zu warten, daß Österreich seine Verbindlichkeiten erfülle." In Wahrheit geschah gerade das Gegenteil. Gedrängt von Bruck, dem neuen Finanzminister, der die Fortdauer der drückenden Ausgabenlast unverantwortlich fand, im vollen Einverständnis mit Heß und unter dem Eindruck einer Besichtigung der durch die Cholera decimirten Truppen in Galizien verfügte der Kaiser die Versetzung des Heeres auf den Friedensfuß sowie die Auflösung des Oberkommandos. Die Regimenter rückten in ihre Friedensgarnisonen ab. Doch blieb ein Armeekorps unter dem Feldmarschall-Lieutenant Coronini in den Donaufürstentümern stehen.

Verminderung der österreichischen Rüstung 12. Juni.

Die Westmächte, durch das Verhalten Österreichs äußerst gereizt und nicht gewillt, diese Gebiete dauernd seinem Einfluß auszuliefern, schlossen sich um so enger aneinander. In Persigny, Napoleons neuem Vertreter bei der englischen Regierung, so manchen Streich seine Einbildung, seine Eifersucht auf Walewski und die Launenhaftigkeit seiner Frau ihm spielten[3]), gewann die Idee des Wertes der unverbrüchlichen englisch-französischen Allianz den feurigsten Verfechter. Symbolisch für ihre Bedeutung war der Gegenbesuch, den das englische Herrscherpaar dem Kaiser und der Kaiserin machten. Er fiel zusammen mit dem Höhepunkt der zweiten im

Gegenbesuch des englischen Herrscherpaares in Paris 18. bis 25. August. Weltausstellung.

[1]) Bericht Steigers 11. Juni 1855. E. Arch. Bern.

[2]) Tagebücher des Freiherrn von Kübeck 1909 II. 109.

[3]) Bapst: Canrobert III. 125 ff,

Frühling in den Champs Elysées eröffneten Weltausstellung, durch die das Londoner Vorbild von 1851 womöglich übertroffen werden sollte. Eine wahre Völkerwanderung ergoß sich nach der verschönerten Hauptstadt des Kaiserreichs, die den hohen, über den Kanal gekommenen Gästen zujubelte. Die glänzenden Feste in Paris und Versailles wurden abgelöst durch das vertrauliche Zusammensein in St. Cloud. Die Königin Viktoria gestand nach der Heimkehr brieflich ihrem Oheim, dem König Leopold von Belgien, und dem alten Vertrauten, dem Baron Stockmar, daß alle ihre und des Prinzen Albert Erwartungen übertroffen seien. „Es war rührend und höchst erfreulich, schrieb sie, noch voll von dem jüngst Erlebten, alte Feindschaften und Rivalitäten ausgetilgt zu sehen über dem Grab Napoleons I., an dessen Sarg ich am Arm Napoleons III., jetzt meines nächsten und theuersten Alliirten, stand ... Das feste Bündnis beider Länder ist auf die kräftigste Art besiegelt, denn es ist nicht nur ein Bündnis der beiden Regierungen, der beiden Herrscher, sondern der beiden Völker."

Wachsende Ungeduld der Weltmächte.

Indessen ließ sich nicht verkennen, daß diesseits wie jenseits des Kanals die Ungeduld wuchs, mit der Einnahme Sebastopols die Frucht dieses Bündnisses endlich reifen zu sehen. In Frankreich konnte die Unzufriedenheit mit dem Mißverhältnis der bisher gebrachten Opfer und der bisher erreichten Erfolge sich öffentlich nur schüchtern hervorwagen. Die Ermächtigung einer Aushebung von 140 000 Mann und eines neuen Anlehens von 750 Millionen ging ohne Widerspruch im gesetzgebenden Körper vor sich. In England dagegen hatte die Regierung außerhalb wie innerhalb des Parlamentes manche Anfechtung zu erfahren. Die finanziellen Anforderungen, die der Krieg bedingte, machten sich namentlich in der Mittelklasse und der Arbeiterschaft fühlbar. Er hatte bereits Gladstone genötigt, sein Budgetprogramm gründlich zu verändern. Gladstones Nachfolger, Cornewall Lewis, der für 1855 mit einem Fehlbetrag von 23 Millionen Pfund Sterling zu rechnen hatte, wußte sich nur durch ein Anlehen und daneben durch Erhöhung der Einkommensteuer sowie der Abgaben auf Zucker, Thee, Kaffee, Spirituosen zu helfen. Durch die nach Roebucks Antrag eingesetzte Untersuchungskommission ward gleichzeitig das Fiasko der Civil und Militärverwaltung beleuchtet. Tories, Peeliten und Radikalen fehlte es nicht an Stoff für ihren gemeinsamen Kampf gegen das Ministerium. Nur mit Mühe und nur mit drei Stimmen Mehrheit setzte es die Bewilligung der Garantie eines der Türkei zu gewährenden Anlehens von drei Millionen Pfund Sterling durch. Der Fall von Sebastopol wurde von Palmerston wie von Napoleon als Mittel zur Befriedigung der öffentlichen Meinung schnlich erwartet.

Ruhepause vor Sebastopol.

Nach dem Bombardement in der ersten Aprilhälfte war, abgesehen von der Eroberung der Außenwerke der Centralbastion, eine kurze Pause

in den Kämpfen um die Festung eingetreten. Die Russen hatten nach der noch vom Zaren Nikolaus beschlossenen Abrufung des Fürsten Menšikov in der Person des Fürsten Michael Gorčakov einen neuen Oberfeldherrn in der Krim erhalten. Er mußte sich jedoch jede Unternehmung zum Versuche des Entsatzes Sebastopols vor der Ankunft von Verstärkungen gänzlich versagen. Die Festung, deren Obhut an den General Osten-Sacken übergegangen war, blieb sich selbst überlassen. Auf der Gegenseite konnten Canrobert und Raglan sich nicht über neue umfassende Angriffspläne einigen. Um einen Wunsch der Engländer zu erfüllen, wurde eine Expedition nach dem Asowschen Meer vorbereitet. Aber ein aus Paris anlangender Befehl, die Flotte zur Aufnahme von Reserven schleunigst nach Konstantinopel zu senden, nötigte Canrobert zu Raglans Enttäuschung, die Expedition aufzugeben. Die Reibungen mit dem englischen Höchstkommandirenden waren nicht der einzige Grund, der Canrobert zu dem Entschluß brachte, den Oberbefehl niederzulegen. Er verstand sich schlecht mit dem an Stelle des gefallenen Generals Bizot zum Kommandanten des französischen Ingenieurkorps ernannten Niel. Er fand sich überrascht durch die aus Paris erhaltenen Weisungen des Kaisers, welche die Bildung der beiden beweglichen Operationsheere neben dem Belagerungsheer vorschrieben. Bedrückt durch die Last der auf ihm ruhenden Verantwortlichkeit bat er am 17. Mai telegraphisch um Enthebung von seinem Posten und trat bescheiden, ohne Groll wieder an die Spitze seiner Division. Statt seiner übernahm Pélissier den Oberbefehl der französischen Truppen, der ihm durch ein bis dahin geheim gehaltenes kaiserliches Schreiben schon bestimmt war. Pélissier, aus viel härterem Holz geschnitzt als Canrobert, ungeachtet der feinen litterarischen Bildung, auf die er stolz war, nicht selten bis zu Ausbrüchen brutaler Grobheit oder schneidenden Hohnes fortgerissen, verstand es, seinen eisernen Willen auch gegen Ratgeber wie Niel durchzusetzen, die sich auf Weisungen von allerhöchster Stelle beriefen. Gegenüber dem Kaiser selbst und in seinem Briefwechsel mit dem Kriegsminister wahrte er, ohne seiner Würde etwas zu vergeben, die Formen der Unterwürfigkeit. Aber er wußte immer neue Vorwände beizubringen, um die Ausführung von Plänen zu verschieben, die seinem eigenen einfachen Programm widersprachen. Dies bestand schlechtweg in energischer Fortsetzung der Belagerung durch unablässige Angriffe auf die starken südlichen und östlichen Festungswerke, ohne Rücksicht auf Blutvergießen, und mit vorläufigem Verzicht auf weitausgedehnte Operationen in der Ferne.

Reibungen zwischen Canrobert und Raglan.

Pélissier an Stelle Canroberts.

Eine einzige Ausnahme hiervon wollte Pélissier zulassen. Um den Engländern eine Genugthuung zu geben, ward am 21. Mai jene Expedition nach dem Asowschen Meer wieder aufgenommen. Ein aus Franzosen, Engländern, Türken gemischtes Korps von etwa 15 000 Mann ward

Expedition nach dem Asowschen Meer 21. Mai bis 6. Juni.

am 24. Mai unweit der Stadt Kertsch ans Land gesetzt. Ihre schwache Besatzung leistete keinen Widerstand. Sie zog nach Sprengung der Festungswerke und Vernichtung eines Teiles der Magazine ab. Doch fielen den Verbündeten noch bedeutende Vorräte in die Hände. Am folgenden Tag besetzten sie Jenikale, wo sie noch größere Beute machten. Hienach fuhr der englische Viceadmiral Lyons in das offene Asowsche Meer ein, bombardirte Berdiansk, Mariupol, Taganrog und zerstörte bedeutende Massen von Munition, die für den Nachschub nach Sebastopol von höchstem Wert gewesen wären.

Kämpfe bei Sebastopol

Inzwischen waren hier in erbitterten Kämpfen die Russen aus einer Reihe ihrer südwestlichen Verschanzungen herausgeworfen worden. Am 25. Mai wurde durch Besetzung des linken Cernaja-Ufers die Stellung der Verbündeten ausgedehnt und besser gegen Störungen von außen gesichert. Am 6. Juni bereitete ein gewaltiges Bombardement den Angriff vor, der am folgenden Tag von den Engländern auf die Steinbruchwerke vor der dritten Bastion, dem großen Redan, von den Franzosen auf den noch stärker befestigten grünen Hügel nebst seinen Nachbarredouten gemacht wurde. Unter schweren Verlusten kam man zum Ziel. Am härtesten war der Kampf um den grünen Hügel, wo Nachimov verzweifelten Widerstand leistete. Ein Teil der Sieger ließ sich zur Verfolgung der Feinde fast bis zum Graben des Malakovturmes verlocken, geriet in ein Kreuzfeuer, riß bei dem fluchtartigen Rückzug die Besatzung des eben eroberten Forts mit sich. Schon konnten die Russen sich seiner wieder bemächtigen. Aber die Geistesgegenwart und Umsicht des Generals Bosquet bewirkten, daß sie ihre Beute fahren lassen mußten. Bei Einbruch der Nacht flatterte die Trikolore wieder auf den eroberten Wällen. Sämtliche wichtige Außenwerke waren nunmehr im Besitz der Verbündeten.

Sturmangriff 7. Juni.

Pélissier brannte darauf, durch Erstürmung des großen Redan und des Malakovs die Hauptstücke aus dem Kern der inneren Festung auszubrechen und die aus Paris ihm zukommenden, seine Pläne durchkreuzenden Mahnungen durch die That zu widerlegen. Dem Sturm, bei dem die Rollen wieder wie am 7. Juni zwischen Engländern und Franzosen verteilt waren, ging eine Beschießung voraus, die viele der russischen Batterieen zum Schweigen brachte. An 1600 Verwundete mußten in die Ambulanzen Sebastopols und der Vorstadt Karabelnaja verbracht werden.

Mißglückter Angriff 18. Juni.

Im Morgengrauen des 18. Juni bereiteten sich die Kolonnen der Belagerer zum Angriff. Aber er erfolgte teils verfrüht, teils verspätet und traf auf eine wohl vorbereitete Abwehr. Verhängnisvoll war es auch, daß, sehr wider seinen Willen, der erprobte und kundige Bosquet jüngst an die Cernaja abkommandirt und durch den mit den Bodenverhältnissen gar nicht vertrauten General Regnault de Saint-Jean-d'Angely ersetzt worden war. Wie der französische Sturm auf den Malakov so

mißglückte der englische auf den großen Redan. Die Gesamtverluste der Verbündeten an Toten und Verwundeten betrugen an 5000 Mann, darunter nicht wenige hohe Officiere. Die Russen hatten, gedeckt durch ihre Festungswerke, nicht so viel Opfer zu bringen gehabt. Sie durften sich den Sieg zuschreiben und feierten ihn durch Dankgebete.

Verbitterung Pélissiers

Unter dem ersten Eindruck der Kunde des Mißerfolges faßte Napoleon den Entschluß, den Oberbefehl von Pélissier auf Niel zu übertragen. Allein Vaillant verzögerte die Übersendung des kaiserlichen Befehls und Fleury wußte seine Rücknahme zu erwirken. Pélissier blieb auf seinem Posten und trotzte, voll Selbstgefühl, allen Widerwärtigkeiten, die sich an die letzte Niederlage anschlossen. Mancher seiner Waffengefährten wagte es, mehr oder weniger laut Kritik an seinen Maßregeln zu üben. Niel hielt im Kriegsrat mit seinem Widerspruch nicht zurück und in seiner Umgebung fand man es ungehörig, daß die oberste Leitung der Belagerungsarbeiten nicht einem Genieofficier anvertraut werde. Bosquet, wieder auf seinen alten Platz gegenüber dem Fort Malakov zurückgerufen, machte dann und wann seinem Herzen gegenüber ihm untergebenen Generalen Luft. Die schwere Arbeit des Ausgrabens neuer Laufgräben und der Errichtung neuer Batterieen ermüdete die Truppen aufs äußerste. Dazu verbreitete sich das lähmende Gefühl der Ohnmacht angesichts des Wiederausbrechens der Cholera. Sie griff während der Sommerhitze rasend um sich und forderte tausende von Opfern. Am 28. Juni erlag ihr der greise Lord Raglan, an dessen Stelle sein bisheriger Generalstabschef James Simpson rückte. Die Russen hatten freilich nicht minder schmerzliche Verluste zu beklagen. Am 10. Juli wurde einer ihrer tapfersten Helden, der Admiral Nachimov, bei der Besichtigung der Malakowwerke von einer französischen Kugel in die Schläfe getroffen. Er starb zwei Tage später im Nordlazarett. Kurz vorher war Todleben verwundet worden. Er wurde, nachdem eine Bombe in seiner Unterkunftsstätte geplatzt war, in Sicherheit außerhalb der Festung verbracht. Innerhalb ihrer Wälle wütete um die Wette mit Typhus und Skorbut die Cholera nicht minder verheerend wie unter den Belagerern. In den Hospitälern und Ambulanzen, denen es am Notwendigsten mangelte, spielten sich Scenen des Jammers und Grausens ab, wie sie der Griffel des mitkämpfenden Augenzeugen Tolstoj festgehalten hat. Ganze Straßenviertel waren durch Brände in Schutt und Asche verwandelt. Aber trotz aller Leiden hielt die todesmutige Besatzung Sebastopols aus.

Die Cholera

Tod Raglans 28. Juni und Nachimovs 12. Juli.

In Petersburg sträubte man sich gegen den Gedanken, die Festung preiszugeben. Vom Zaren in die Krim entsandte Boten drangen auf einen Angriff Gorčakovs wider die Belagerer, um den Platz zu entsetzen. Gorčakov hatte ein solches Unternehmen „gegen einen an Zahl überlegenen und in unnahbarer Stellung verschanzten Feind" geradezu für

Schlacht an der Cernaja 16. August

„Wahnsinn" erklärt. Aber in einem auf Befehl des Zaren berufenen Kriegsrat wurde er überstimmt. Ein Angriff an der Cernaja ward zum Beschluß erhoben. Widerwillig machte sich Gorčakov diesen Beschluß zu eigen. Vergeblich sprach sich der verwundete Todleben, dessen Rat er noch einholte, dagegen aus. In der Nacht vom 15. auf den 16. August stieg das russische Heer, etwa 50 000 Mann stark, in zwei Korps unter den Generalen Liprandi und Reid geteilt, in das Flußtal hinab. Der Traktir-Brückenkopf ward umgangen und der Fluß an mehreren Stellen durchwatet. Aber die wütenden Stürme auf die Höhen des linken Ufers brachen sich an dem Widerstand ihrer Verteidiger. Seine Hauptlast ruhte auf drei französischen Divisionen. Neben ihnen zeichneten sich die Piemontesen aus. Woche um Woche hatte Cavour, von qualvoller Ungeduld verzehrt, auf Siegesnachrichten Lamarmoras geharrt. Nach Empfang seines den Erfolg verkündenden Telegrammes jubelte er und hatte die Genugthuung, manchen ehemaligen Gegner des Allianzvertrags bekehrt zu sehen. Die Russen mußten wieder über den Fluß zurückweichen. Sie hatten alles in allem 8000 Mann an Toten, Verwundeten, Gefangenen eingebüßt. Drei ihrer Generale waren gefallen, darunter General Reid und sein Stabschef. Die Verluste der Franzosen an Toten und Verwundeten beliefen sich auf 1550, die der Piemontesen auf etwa 200.

Rückzug der Russen.

Die russische Niederlage an der Cernaja wurde in Paris an eben dem Tage bekannt, an dem die Königin Viktoria mit ihrem Gemahl dort eintraf. An dem Tag, an dem das englische Herrscherpaar den Boden Frankreichs wieder verließ, erschien ein Brief des Kaisers Napoleon an Pélissier im Moniteur, durch den er ihm auftrug, den Soldaten zu sagen, das Ende ihrer Prüfungen sei nahe. Er berief sich auf „bestimmte Nachrichten", denen zufolge, selbst wenn Sebastopols Fall sich noch verzögere, ein Winterfeldzug in der Krim ausgeschlossen sei. In der That war Napoleon auf eigentümliche Weise in Besitz solcher „bestimmter Nachrichten" gelangt. Seit einiger Zeit war ein früherer Zuchthäusler und nachmaliger Polizeispion, namens Techen, im Dienst des Ministers von Manteuffel am Werk, durch Bestechung eines Bedienten Leopolds von Gerlach, sich Abschriften von Briefschaften zu verschaffen, die sich in dessen Schreibtisch befanden. Er überbrachte sie dem Minister, dem es wichtig war, Einblick in die geheime Korrespondenz der Kamarilla zu gewinnen. Von diesem aber „mit preußischer Sparsamkeit bezahlt, suchte er nach weiterer Verwertung seiner Bemühungen"[1]). Er fand sie zunächst bei dem Marquis de Moustier, dem französischen Gesandten in Berlin. Diesem war es von höchstem Wert, Briefe und Berichte des preußischen Militärbevollmächtigten in Petersburg, des Grafen Münster,

Brief Napoleons an Pélissier 27 August.

[1]) Worte Bismarcks in seinen „Gedanken und Erinnerungen" I. 115.

in die Hand zu bekommen, welche die Lage Sebastopols nach russischen Aussagen als verzweifelt schilderten, und durch Mouftier erhielt Napoleon Kenntnis von dem Inhalt der gestohlenen Aktenstücke.

Vorbereitungen des allgemeinen Sturmes

Pélissier bedurfte keines äußeren Antriebs, um einen entscheidenden Entschluß zu fassen. Die Belagerungsarbeiten waren so weit vorgerückt, daß ein unter seinem Vorsitz gehaltener Kriegsrat sich nicht länger bedachte, den Beginn des allgemeinen Sturmes auf den 8. September festzusetzen. Um die Mittagsstunde dieses Tages sollten die französischen Kolonnen gegen den Malakov und den kleinen Redan vorbrechen. Sobald deren Einnahme gelungen sei, sollten die Engländer auf ein Zeichen Pélissiers sich auf den großen Redan stürzen. Gleichzeitig sollte der Angriff auf die Mast-Bastei und auf die Central-Bastei erfolgen. Die schwierigste Aufgabe, die Erstürmung des Malakov-Turmes, fiel jener Division zu, die Canrobert bis dahin so ruhmvoll geführt hatte. Ihm selbst blieb es versagt, an der ihr zugedachten Heldenthat teilzunehmen. Er war anfangs August von Napoleon, der seine Stellung unter Pélissier für verfänglich hielt, nach Frankreich zurückgerufen und in der Heimat, wo viele ihn als ein Opfer kaiserlicher Ungnade betrachteten, mit rührenden Beweisen seiner Volkstümlichkeit empfangen worden. Statt seiner war ein kürzlich erst von Algier angelangter, dort erprobter General altirischer Herkunft, Mac Mahon, an die Spitze der Division gestellt worden. Ein dreitägiges, nach den Berichten Gorčakovs „höllisches" Bombardement, das die Russen 7500 Mann an Toten und Verwundeten kostete, ging dem Sturm voraus. Mittags am 8. September gab Bosquet den Befehl zum Angriff.

Einnahme des Malakov durch Mac Mahon 8. Sept

Die Zuaven Mac Mahons waren die ersten, die auf der vordersten Brustwehr des Malakovs erschienen. Nach kurzem erbittertem Kampf konnte er seine Fahne auf dem eroberten Wall aufpflanzen. Aber stundenlang dauerte noch in dem Gewirr der inneren Gänge und Gewölbe und an den äußersten Schanzen der verzweifelte Widerstand der Verteidiger. Zwei ihrer Führer, die Generale Chrulev und Juverov, wurden schwer verwundet, ein dritter, General Lisenko, wurde getötet. Unglücklicher verlief der Angriff auf den benachbarten kleinen Redan. Dies Festungswerk wurde den Franzosen, nachdem sie zuerst eingedrungen waren, wieder entrissen, und Ströme von Blut konnten es nicht zurückgewinnen lassen. Hier fielen die Generale Saint Pol und de Marolles, und fünf Generale, unter ihnen Bosquet und Bourbaki, wurden verwundet. Nicht besser erging es den Engländern beim Sturm auf den großen Redan, den Codrington und Markham nicht behaupten konnten. Vor der Central-Bastei mußten Trochu und Couston, beide verwundet, nach anfänglichen Erfolgen, zurückweichen. Die Mast-Bastei verblieb gleichfalls in der Hand der Verteidiger. Der einzige große Erfolg der Verbündeten war die Einnahme des Malakov. Aber sie mußte, wenn Mac Mahon standhielt,

über das Schicksal der Karabelnaja-Vorstadt und damit Sebastopols entscheiden. Daß er standhalten werde, dessen war Pélissier sicher. Auch ließ er selbst es den General Simpson mit der zu einem geflügelten Wort gewordenen Versicherung wissen: „Hier bin ich und hier bleibe ich[1])." Ein letzter von zwei russischen Regimentern unternommener Versuch, ihm seine Beute wieder abzunehmen, scheiterte. Eine furchtbare Explosion der Kurtine zu seiner Rechten ließ seine Stellung unerschüttert.

Räumung Sebastopols.

Gegen Abend langte Gorčakov, der über die Reede übergesetzt war, auf der Stätte des Gemetzels und der Ruinen an. Mitten im Feuer, das einen seiner Officiere an seiner Seite wegraffte, gewann er die Überzeugung, daß nach dem Verlust des Malakovs Sebastopol nicht länger zu halten sei. In Voraussicht eines allfällig unvermeidlichen Abzugs war bereits seit Ende August eine neunhundert Meter lange Brücke aus Flößen vom Fort Nikolaus zum Fort Michael über die große Hafenbucht geworfen worden. Bei Einbruch der Nacht sah Pélissier freudig überrascht aus der Ferne auf dieser Brücke Soldatenhaufen, untermischt mit Wagen und Kanonen, in Bewegung nach Norden. Der Rückzug über die Brücke und zu Wasser auf Kähnen währte die ganze Nacht hindurch. Aber Gorčakov wollte den Siegern so viel wie möglich von der Beute, auf die sie hofften, entziehen. Was von der Flotte des schwarzen Meeres noch übrig war, wurde versenkt. Eine Anzahl von Batterieen, über dreißig Pulvermagazine, das Fort Paul wurden in die Luft gesprengt. Zuletzt wurde die große Holzbrücke, die dem Rückzug gedient hatte, zerstört. Immerhin fiel den Verbündeten, als sie in die mit Trümmern bedeckte, rauchende Stadt einzogen, noch eine große Masse von Geschützen, Munition und Kriegsmaterial aller Art in die Hände. Die Belagerung, die 349 Tage gedauert, hatte sie nach den geringsten Angaben 44 000 Mann an Toten und Verwundeten, freilich nicht halb so viel wie die Verteidiger gekostet. Allein an dem einen letzten Tag des Sturmes betrug ihr Gesamtverlust nicht viel weniger als der auf der Gegenseite, an 10 000 Mann[2]).

Versenkung von Schiffen und Zerstörung der Festungswerke.

Jubel in Paris und London.

In Paris wie in London gingen die Klagen über so schmerzliche Opfer in dem Jubel über den endlich erreichten Erfolg unter. Indessen deutete noch nichts darauf hin, daß man mit ihm dem Frieden näher gekommen sei. Der Zar begab sich in den Süden seines Reiches, entschied sich für Verbleiben seines Heeres in der Krim, und ermutigte es in einem Tagesbefehl zum Ausharren. Napoleon kam daher auf frühere strategische Pläne zurück, in deren Mittelpunkt die Besetzung Simpheropols stand.

Weiterer Kriegsplan Napoleons.

[1]) S. über den Ursprung dieser „paroles historiques" nach der Erzählung des Majors Biddulph Bapst: Canrobert II. 557.

[2]) S. über die abweichenden Zahlenangaben: Bamberg: Geschichte der orientalischen Angelegenheit 1892 S. 229.

Dadurch sollten die Russen zum Aufgeben ihrer festen Stellung nordwärts Sebastopols gezwungen und den Verbündeten die Möglichkeit gewährt werden, den Platz, statt ihn vollends zu zerstören, unbehelligt wieder zu einem starken Bollwerk zu machen. Dies könnte man als Pfand bis zum Frieden behalten und von dort aus könnte man die Küsten des schwarzen Meeres beherrschen. Die Hauptsache sei, die Russen im Rücken zu bedrohen, um sie dadurch zur Räumung der Krim zu nötigen. Allein der mit dem Marschallstab belohnte Pélissier widersprach Plänen weiterer Offensivoperationen zu Lande. Er hielt sie für allzu gewagt und rechnete auf Ermüdung des Gegners durch Verbleiben auf dem eroberten Gebiet. Eine günstigere Aufnahme fanden die Ideen des Kaisers in London. Man frug sich nur, ob es nicht geratener sei, die Bewegung, durch die der Rückzug der Russen bedroht werden sollte, von Eupatoria aus vorzunehmen, und hielt es für besser, alles was in Sebastopol noch an Forts, Kasernen, Docks unzerstört war, zu vernichten[1]). Noch ehe damit Ernst gemacht wurde, brachte General d'Allonville am 29. September einer Abteilung russischer Kavallerie eine Niederlage bei. Ein paar Wochen später am 17. Oktober bemächtigte sich ein englisch-französisches Expeditionskorps unter Führung des Generals Bazaine der kleinen Festung Kinburn am Ausfluß des Dnèpr. Diesen geringfügigen Thaten der Verbündeten auf dem europäischen Kriegsschauplatz ging die Vorbereitung von Winterquartieren und die Verstärkung der Truppen in und um Sebastopol zur Seite. Sie wuchsen insgesamt bis auf 200 000 Mann. An die Spitze der Engländer trat, da Simpson der Mißerfolg vor dem großen Redan nicht verziehen wurde, Codrington, der mit Pélissier darin einig war, größere Unternehmungen in der Krim zu verurteilen.

Einnahme Kinburns 14. Okt.

Mußte man sich auf den Fortgang des Krieges gefaßt machen, so konnte unter Umständen wieder das Becken der Ostsee als Schauplatz von Kämpfen in Frage kommen. Bis dahin hatten die Verbündeten hier nur sehr dürftige Lorbeeren errungen. Nach der Einnahme Bomarsunds (s. a. S. 85) war die zweitägige Beschießung der Docks und des Arsenals der finischen Festung Sweaborg durch den englischen Admiral Dundas als einzige Heldenthat zu verzeichnen. Für die Zukunft ergab es sich von selbst, daß man auf den Gedanken zurückkam, Schweden zum Abschluß eines Bündnisvertrags zu bewegen. Schon seit dem Sommer wurde darüber zwischen Paris und London verhandelt. Auch König Oskar I. schien sich weniger spröde zu verhalten als im Jahr zuvor (s. o. S. 106), wennschon er zuerst ohne Mitwirkung Dänemarks keinen Schritt zu thun geneigt war[2]). Nach der Einnahme Sebastopols, die

Kämpfe in der Ostsee.

Beschießung von Sweaborg 10./11. Aug.

Verhältnis zu Schweden.

[1]) Berichte Persignys 18., 24., 29. Sept., 19. Okt. 1855 (S. Anhang II). Arch. Paris.

[2]) Berichte Persignys 16. Juni, 4., 20. Juli 1855. Arch. Paris.

in Stockholm, Upsala und in andern Städten seines Reiches Freudenbezeugungen hervorrief, entsandte er eine Militärkommission in die Krim und knüpfte persönliche, freundschaftliche Beziehungen mit Napoleon an. Sein Admiral Virgin überbrachte dem Kaiser die Insignien des Seraphinenordens und eine übersichtliche Tabelle der schwedischen Land- und Seestreitkräfte. Napoleon erwiderte diese Höflichkeit durch Entsendung Canroberts nach Stockholm. Angeblich beschränkte sich seine Mission auf Überbringung des Großkreuzes der Ehrenlegion für den König und seine Söhne. In Wahrheit beschleunigte sie die Unterzeichnung eines Vertrags, der zwei Tage vor Canroberts Abreise von Stockholm am 21. November zustande kam und einige Wochen später im Moniteur veröffentlicht wurde. Er gab sich nur als ein Verteidigungsbündnis Schwedens mit den Westmächten. Sie sicherten dem König zum Schutz gegen allfällige Ansprüche oder Angriffe des Zaren ihre Hilfe zu. Er seinerseits verpflichtete sich, in keine Abtretungen, Austausche, Besetzung von Gebieten zu willigen, und jedes von Rußland an ihn gestellte derartige Ansinnen unverzüglich in Paris und London mitzuteilen. Aber dem offenen Vertrag waren geheime zwischen den Mächten ausgetauschte Noten beigefügt, in denen die Bedingungen einer Umwandlung dieses Schutzbündnisses in eine Offensivallianz angegeben waren. Für diesen Fall hatte König Oskar I. den Oberbefehl über das aus seinen und seiner Verbündeten Truppen gemischte Heer beansprucht und diese Forderung trotz anfänglicher Bedenken der englischen Staatsmänner durchgesetzt. Auch wurde bereits ein Feldzugsplan vom Kronprinzen und Canrobert besprochen[1]). Auf dem Rückweg hielt Canrobert sich kurze Zeit in Kopenhagen auf. Er hatte dem König Friedrich VII., der ihn bei einem Trinkgelage auf eine harte Probe stellte, gleichfalls das Großkreuz der Ehrenlegion zu überreichen und die Nachahmung des schwedischen Beispiels zu empfehlen. Aber die Stimmung der dänischen Regierung und Bevölkerung war dafür nicht gemacht. Dänemark wich nicht um Haares Breite von seiner Erklärung strengster Neutralität[2]).

Canroberts Sendung nach Stockholm.

Vertrag Schwedens mit den Westmächten 21. Nov.

Bei der Verhandlung mit Schweden waren Frankreich und England Hand in Hand gegangen. Aber es gab andere Gegenstände, über die sich Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen zu erheben drohten. Napoleon hatte dem Gedanken noch keineswegs entsagt, den Krieg durch einen großen Friedenskongreß zu beendigen, um alle auf dem Wiener Kongreß unvollkommen erledigten, in Wahrheit noch „offenen Fragen" zu Gunsten nationaler Wünsche zu lösen. Der Herzog Ernst von Koburg, den die

Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich.

[1]) Bapst: Le maréchal Canrobert III. 44. 45. — Berichte Persignys 13., 15., 17. Nov. 1855. Arch. Paris. — Hallendorf: Oscar I., Napoleon och Nikolaus. Stockholm 1918.

[2]) Neergaard: Under Junigrundloven 1916. II. 61.

Aufführung einer von ihm komponirten Oper im Herbst wieder nach Paris geführt hatte, hörte ihn sagen, zu diesen offenen Fragen gehörten Polen und Italien. „Die Stimme der Völker, fügte der Kaiser hinzu, breche doch immer wieder durch und mache alles zunichte, was gegen ihr Interesse geschehen sei." Zunächst schienen ihm die Polen, die so manchen Streiter gegen Rußland gestellt hatten, deren größter Dichter Mickiewicz eben damals auf den Kriegsschauplatz eilte, um ein Opfer der Cholera zu werden, irgendwelche, wäre es auch noch so geringe Belohnung zu verdienen[1]). Begreiflicher Weise dachte sein Minister des Auswärtigen, Walewski, der schon 1831 als junger Mann mit dem Schwert und mit der Feder für sein Vaterland gekämpft hatte, nicht anders. Daher ward Persigny beauftragt, der englischen Regierung klar zu machen, wie wünschenswert es sei, sich mindestens hinsichtlich der Herstellung Polens nach den Bestimmungen von 1815 schon jetzt durch gegenseitige Zusagen zu binden. Allein obwohl das Kabinet in London den kaiserlichen Vorschlag an sich billigte und Palmerston persönlich ihm seinen Beifall schenkte, dünkte ihn die Übernahme einer unverzüglichen Verpflichtung doch im höchsten Grade gefährlich und unnötig[2]).

Die polnische Frage.

Auf einem anderen entfernteren Schauplatz, in Konstantinopel, kam es zu starken Reibungen zwischen den beiden Vertretern der verbündeten Westmächte: Stratford Canning und dem seit kurzem hierher versetzten Thouvenel. Der durch seine bisherigen Erfolge verwöhnte, reizbare Stratford empfand es bitter, daß unter dem Druck des militärischen Übergewichtes Frankreichs der französische Einfluß an der Hohen Pforte stärker wurde als der englische. Schon im Frühling 1855 hatte ein türkischer Ministerwechsel, der den französischen Parteigängern Ali Pascha und Fuad Pascha das Großvezirat und das Auswärtige verschafft, ihn mit Unmut erfüllt. Im Sommer mußte er erleben, daß während seiner Abwesenheit in der Krim auf französischen Antrieb der alte Gegner seines Freundes Reschid, des Sultans Schwager Mehmed Ali, ein mit Verbrechen befleckter Mann, aus der Verbannung zurückgerufen und zur Würde des Kapudan Pascha erhoben wurde. Von seiner Reise nach Konstantinopel zurückgekehrt, fuhr er gegen ihn und gegen Thouvenel das gröbste Geschütz auf, und ging so weit, dem Sultan in einer Denkschrift persönlich den Text zu lesen. Man hatte in London und in Paris Mühe genug, das Feuer zu löschen. Von französischer Seite wurde die Abrufung des „herrschsüchtigen" Engländers angeregt. Soweit wollten Palmerston und Clarendon nicht gehen. Aber das gute Ein-

Reibungen Stratford Cannings und Thouvenels in Konstantinopel.

[1]) S. über die Beteiligung der Polen am Krimkrieg: Milkowski: Udział Polaków w wojnie wschodniéj (Die Teilnahme der Polen am orientalischen Krieg, 1853—1856). Paris 1858. und T. Gasztowit: La Pologne et l'Islam. Paris 1907.

[2]) Bericht Persignys 18. Sept. 1855. Arch. Paris (S. Anhang III).

vernehmen mit Frankreich war ihnen doch zu wichtig, als daß sie Stratford einen ernsten Tadel hätten ersparen sollen[1]).

Gegensatz bezüglich der Friedensfrage

Wichtiger als alles dies war ein kaum zu verhüllender Gegensatz der Verbündeten hinsichtlich der Friedensfrage. In Frankreich war man des Krieges herzlich müde. Die Geschäftswelt sehnte sich nach seiner Beendigung, und die Landbevölkerung, welche die Masse der Soldaten gestellt hatte, hoffte, nicht weitere Opfer bringen zu müssen. Der nationalen Eigenliebe war nach den glorreichen Thaten, die durch die Erstürmung des Malakov gekrönt wurden, Genüge geleistet. Auch der Kaiser wünschte trotz seiner eifrigen Beschäftigung mit strategischen Entwürfen ein baldiges Aufhören des Kampfes und machte aus diesem Wunsch in seiner Rede bei der Schließung der Ausstellung kein Hehl. In England dagegen war man durch den bisherigen Gang der Ereignisse nicht befriedigt. Die englischen Soldaten hatten zum Sieg an der Cernaja nichts beigetragen und ihre Tapferkeit war an den Wällen des großen Redan zerschellt. Es widerstrebte dem Gefühl vieler Engländer, daß man den Kampf abbrechen solle, ehe jene Scharte ausgewetzt sei. Bright und Cobden hatten in ihrem Briefwechsel „die Thorheit" ihrer Landsleute zu beklagen, die in der Presse den Ton angaben. Die leitenden englischen Staatsmänner glaubten allem Anschein nach die vorherrschende gereizte Stimmung berücksichtigen zu müssen. Palmerston hielt bei dem Bankett am Lord-Mayors Tag eine kriegatmende Rede. Clarendon belehrte Persigny: „Unsere Länder sind nicht in gleicher moralischer Lage; bei euch neigt die öffentliche Meinung zum Frieden, bei uns zum Krieg"[2]). In keinem Fall wollte man Verhandlungen dulden, an denen man keinen Anteil hätte und die Rußland eine Hintertüre offen lassen könnten.

Russisch-französische Unterhandlungen

Seit dem Herbst waren geschäftige Hände am Werk, zwischen Paris und Petersburg Fäden anzuknüpfen, aus denen womöglich das Friedenswerk gesponnen werden sollte[3]). Die Ausstellung hatte unter anderen Besuchern auch Pfordten und Beust, die rührigen Wortführer der deutschen Mittelstaaten, in die französische Hauptstadt geführt, die kein Geheimnis aus Napoleons ihnen anvertrauten Ansichten machten. Bald danach bot sich der sächsische Gesandte in Paris, Vertreter der russischen Interessen daselbst, Baron von Seebach, Nesselrodes Schwiegersohn, als gegebener Mittelsmann für officiöse diplomatische Verhandlungen zwischen Frankreich und Rußland. Noch wichtiger konnte unter Umständen hiefür eine Verbindung werden, die sich zwischen Morny, Napoleons Halbbruder,

Seebach

Morny und Gortschakov.

[1]) Zur Ergänzung von Stanley Lane-Poole: Stratford Canning II. 408, 419 ff. dienen mit Berichte Persignys 14., 22., 26., 27. Sept., 2., 30. Okt. 1855. Arch. Paris.

[2]) Bericht Persignys 19. Nov. 1855. Arch. Paris.

[3]) Der älteren Litteratur reiht sich an François Charles Roux: Alexandre II, Gortschakoff et Napoléon III 1913. S. 41 ff.

und Gorčakov, dem Vertreter des Zaren in Wien, herstellte. Mornys Wunsch, durch Anbahnung des Friedens große Gewinne einzuheimsen, begegnete sich mit Gorčakovs Wunsch, auf diese Weise mit Umgehung Östreichs an der habsburgischen Monarchie Rache zu nehmen. Der vertrauliche Briefwechsel beider Staatsmänner ging durch die Hände der Wiener Finanzgrößen, der Barone Eskeles und Sina. Den Erstgenannten führte der Verkauf der östreichischen Südbahn an eine Privatgesellschaft, der mit Hilfe des Crédit Mobilier eben damals erfolgte, häufig mit dem spekulirenden Paladin des napoleonischen Reiches zusammen, dem wie Gorčakov eine spätere Allianz des Kaisers und des Zaren vor Augen schwebte.

Eingreifen Östreichs.

Die Furcht, Östreich völliger Vereinzelung in Europa preisgegeben zu sehen und die Sorge vor der Gefahr einer russisch-französischen Annäherung, bestimmten Buol, so gut es angehen mochte, wieder enge Beziehungen zum Kabinet der Tuilerien herzustellen. Er holte die Glückwünsche seines Kaisers zur Einnahme Sebastopols nach, deren wochenlanges Ausbleiben Napoleon nicht wenig verletzt hatte. Dann setzte er sich mit Napoleons Botschafter Bourqueney in Verbindung und vereinbarte mit ihm Friedenspräliminarien, die von Seite Östreichs in Petersburg vorgelegt werden sollten. Diesmal handelte es sich um ein östreichisches Ultimatum, dem auch der Kaiser Franz Josef seine Zustimmung gab. Rußland sollte nach Überreichung der Präliminarbedingungen drei Wochen Frist für ihre Annahme gesetzt werden. Blieb diese aus, so hatte Östreich wennschon nicht den Krieg zu erklären, so doch sofort alle seine diplomatischen Beziehungen zu Rußland abzubrechen. Der Inhalt der vereinbarten Friedenspräliminarien ging über die früheren östreichischen Vorschläge hinaus. Für den dritten der vier Punkte ward nunmehr die vollkommene Neutralisation des schwarzen Meeres als Lösung festgesetzt. Ausgenommen einige, zur Überwachung der Küsten nötige leichte Schiffe, über deren Zahl die beiden Uferstaaten sich verständigen sollten, durften keine Kriegsschiffe das schwarze Meer befahren, keine militärischen Arsenale an seinen Gestaden beibehalten oder angelegt werden. Weitere Verschärfungen bestanden in der für Östreich vorteilhaften Zufügung des Begehrens einer Abtretung des an die Donau grenzenden Teiles von Bessarabien an die Moldau gegen Rückgabe der besetzten russischen Festungen und Gebiete, sowie des Vorbehaltes der kriegführenden Mächte, in einem europäischen Interesse außer den vier Garantiepunkten noch besondere Bedingungen aufzustellen.

Vereinbarung der Präliminarien und des Ultimatums in Wien.

Die englische Regierung wurde durch die Mitteilung der französisch-östreichischen Vereinbarung sehr peinlich berührt. Palmerston und Clarendon wehrten sich gegen die dringende Anmutung Walewskis, dem Wiener Angebot, ohne viel am Wortlaut des Ultimatums zu

Unzufriedenheit der englischen Regierung.

mäkeln, unverweilt zuzustimmen. Palmerston fand, daß die „an das ohnmächtige Östreich verschwendeten Schmeicheleien nichts genützt hätten", und erklärte Persigny, England werde lieber den Krieg allein mit der Türkei zur Seite fortsetzen, als einen ungenügenden Friedensvertrag unterzeichnen. Clarendon bemerkte, wenn man überhaupt in Verhandlungen über die östreichischen Vorschläge eintrete, so geschehe es nur aus Rücksicht auf die Schwierigkeiten Frankreichs. Beide verlangten eine Reihe von Zusätzen, vor allem Ausdehnung des Princips der Neutralisation auf das Asowsche Meer, Billigung und Aufnahme der russisch-türkischen Vereinbarung über die Zahl der leichten Schiffe in den Friedensvertrag. Außerdem forderten sie unverweilte Benachrichtigung Östreichs von den besonderen Bedingungen, die in einem europäischen Interesse zu stellen seien, wie namentlich der Entfestigung der Alandsinseln und einer Beschützung der Völkerschaften östlich des schwarzen Meeres[1]).

Beschwichtigungsversuch Napoleons.

Zur Beschwichtigung der Gereiztheit in den hohen Regionen der englischen Regierung wandte sich Napoleon am 22. November mit einem Schreiben an die Königin Viktoria. Er verwahrte sich mit Entschiedenheit gegen die Annahme, als sei er für einen Frieden um jeden Preis. Aber er gab zu erwägen, daß es nicht wohlgethan sei, „um mikroskopischer Vorteile willen" sich des Beistandes Östreichs zu berauben. Nehme man das östreichische Angebot nicht an, so bleibe nur die Möglichkeit eines Defensivkrieges oder einer Umänderung der Karte Europas durch Aufrufung nach Unabhängigkeit strebender Nationen, wie Polens, Finlands, Circassiens, Ungarns, Italiens. Die Erwähnung Italiens konnte um so mehr Eindruck machen, da König Viktor Emanuel, der Verbündete der Westmächte, erst jüngst bei Eröffnung der Kammern in seiner Thronrede dem Wunsche Worte geliehen hatte, daß der Friede „jeder Nation das ihr gebührende Recht verschaffen möge". In der That trug man sich in Turin noch mit der Hoffnung, aus der Beteiligung am Kampf in der Krim einen greifbaren Gewinn für das Königreich Sardinien und damit für die Zukunft Italiens erwachsen zu sehen. Von dieser Hoffnung beseelt, trat Viktor Emanuel in Begleitung Cavours und Massimo d'Azeglios eine schon seit längerer Zeit geplante Reise nach Paris und London an. Die Aufnahme des martialischen, grobschlächtigen, offenherzigen Königs an beiden Orten, bei Hof und bei der Bevölkerung, ließ nichts zu wünschen übrig[2]). Aber die Friedensideen Napoleons versetzten ihn, wie Cavour seinem Kollegen Cibrario schrieb, in schlechte Laune.

Viktor Emanuel und Cavour in Paris und London 23. Nov. bis 5. Dec.

[1]) Zur Ergänzung der gedruckten Litteratur Berichte Persignys 20., 22., 26. Nov. très confidentielle 30. Nov., 4., 6., 10., 11., 12., 13. Dec. 1855. Arch. Paris.

[2]) Pikante Einzelheiten u. a. bei Viel Castel: Mémoires III. 186, Malmesbury: Memoirs of an exminister II. 210 ff., Greville: Memoirs VII. 307 ff.

Für Cavour selbst bot sich auf dem Rückweg als schwacher Lichtblick die Aufforderung Napoleons, Walewski vertraulich wissen zu lassen, was er, der Kaiser, nach seiner Ansicht für Piemont und Italien thun könne. Auch hielt Cavour den Frieden durch Östreichs Vermittlung noch nicht für gesichert und daher im Verlauf der Ereignisse u. a. einen Austausch der Donaufürstentümer gegen die Lombardei für nicht unmöglich.

Änderungen des Ultimatums nach Englands Wunsch.

Inzwischen aber hatten sich Frankreich und England über in Wien zu fordernde Änderungen des östreichischen Ultimatums geeinigt. England bestand nicht auf der Einbeziehung des Asowschen Meeres in den Bereich der Neutralisation. Dafür erreichte es, daß das Verbot der Anlage von Arsenalen an den Küsten des schwarzen Meeres schärfer gefaßt wurde, und daß die russisch-türkische Vereinbarung über die erlaubte Anzahl leichter Schiffe als integrirender Bestandteil des Gesamtvertrags gelten sollte. Der Vorbehalt der Aufstellung besonderer Bedingungen in einem Interesse Europas außer den vier Garantiepunkten als fünfter Punkt blieb in voller Kraft. Doch wurde ihre Aufzählung unterlassen. Am 4. December konnte Walewski den abgeänderten Text der für das östreichische Ultimatum maßgebenden Friedenspräliminarien nach Wien an Bourqueney senden. Am 15. Abends nach der Rückkehr von der Jagd gab Kaiser Franz Josef den Abänderungen seine Zustimmung. Am folgenden Tag machte sich Graf Valentin Esterhazy von Wien aus mit dem Ultimatum auf den Weg nach Petersburg. Gleichzeitig gingen Briefe Franz Josefs nach Berlin und München ab, um die Könige von Preußen und von Baiern zur Unterstützung seines Schrittes beim Zaren zu ersuchen.

Russische Gegenbemühungen.

Während dessen waren russische Bemühungen, die Verständigung der Westmächte zu durchkreuzen und mit Frankreich allein auf bessere Bedingungen hin überein zu kommen, gescheitert. Napoleon gab jenen Verhandlungen keine Folge, die durch Mittelsmänner wie Morny und Seebach mit Gorčakov und Nesselrode eingeleitet waren. Den Sachsen Seebach, der im Begriff war, nach Petersburg zu reisen, entließ er bei seiner Abschiedsaudienz mit dem dringenden Rat, seinem Schwiegervater Nesselrode die unbedingte Annahme des Ultimatums zu empfehlen, das ebensowohl das seinige wie das Englands sei. In Petersburg hatte man schon vor Esterhazys Ankunft den Wortlaut des Ultimatums kennen gelernt. Aus dem Kabinet Friedrich Wilhelms IV. war er dem russischen Botschafter zugekommen. Die officielle Überreichung durch Esterhazy fand am 28. December statt. Eine Woche verging, während deren in die Geheimnisse der Diplomatie Eingeweihte wie Uneingeweihte in ganz Europa mit Spannung auf die Entscheidung harrten.

Überreichung des Ultimatums in Petersburg 28. Dec.

Verschiedene Ursachen wirkten zusammen, den Zaren hoffen zu lassen, noch werde man der einfachen Annahme des Ultimatums mit

Gegenvorschlägen ausweichen können. Zunächst konnte man sich eines jüngst auf dem asiatischen Kriegsschauplatz davongetragenen bedeutenden Erfolges rühmen, der Rußland ein wichtiges Pfand überlieferte. Hier war im Juni 1855 General Muravjev in Türkisch-Armenien eingebrochen und hatte sich an die Belagerung der Festung Kars gemacht, die 1828 in Paskevičs Hand gefallen, im Frieden von Adrianopel aber wieder herausgegeben war. Der Platz war seitdem bedeutend verstärkt, und sein Verteidiger, der englische General Williams, dem eine Anzahl westeuropäischer Officiere zur Seite stand, verfügte über eine tapfere, gut geschulte Mannschaft. Aber seine Hoffnung auf Ersatz wurde zuschanden. Die verbündeten Westmächte machten keine Anstrengungen, ihm zu Hilfe zu kommen. Sie überließen diese Aufgabe Omer Pascha, der sich im Frühling nicht ungern aus der Krim entfernt hatte, um den Kampf womöglich wieder in die transkaukasischen Gebiete Rußlands zu tragen. Indessen dauerte es Monate, bis er mit seinem schwachen, schlecht verpflegten und mangelhaft ausgerüsteten Heer von Suckumkalch aus gegen den Feind vorrücken konnte. Er brachte zwar einem russischen Korps am Flusse Ingur eine Niederlage bei und verfolgte es bis in die Nähe der Stadt Kutais. Dann aber gebot die Übermacht der Feinde ihm Halt und zwang ihn zum Rückzug. Inzwischen hatte Williams, vom Kommandanten Erzerums, auf dessen Hilfe er gehofft, im Stich gelassen, aus Mangel an Lebensmitteln Verhandlungen wegen der Übergabe von Kars eingeleitet. Am 28. November lieferte er Muravjev die Festung aus und ergab sich mit der Mehrzahl der Officiere und der Truppen, von denen nur ein paar hundert Mann sich nach Erzerum hatten durchschlagen können, in russische Kriegsgefangenschaft. Die Sache machte, namentlich in England, ungeheures Aufsehen. Selbst Stratford Canning entging nicht grundlosen Beschuldigungen. Das Ministerium Palmerston bestrebte sich, später in dem künstlich zusammengestellten Blaubuch die ganze Verantwortlichkeit auf die Türken abzuwälzen. In jedem Fall bedeutete die Eroberung von Kars einen Gewinn Rußlands, der bei den Verhandlungen über den Frieden ihm gutgeschrieben werden mußte.

Fall von Kars 28. Nov.

Man mochte sich immer noch in dem Wahn wiegen, zur Beschleunigung seines Abschlusses werde Napoleon Milderungen der von Österreich vorgelegten Präliminarien zulassen. Denn trotzdem er sich gegenüber Seebach zu dem Ultimatum bekannt, hatte er ihm doch den Wunsch nicht verhehlt, sich Rußland anzunähern. Auch von Seite Preußens fürchtete man vorerst nicht, zur einfachen Annahme des Ultimatums gedrängt zu werden. Für die Denkweise in gewissen Kreisen Berlins war es jedenfalls bezeichnend, daß General Wrangel mit seinem Stab dem Tedeum zur Einnahme von Kars in der russischen Gesandtschaftskapelle beiwohnte. Wennschon Friedrich Wilhelm IV. nicht umhin

Russische Hoffnungen einer Milderung des Ultimatums.

konnte, diese Demonstration zu mißbilligen, war er doch anfangs über den Inhalt der östreichischen Präliminarvorschläge empört und keineswegs gewillt, sie sich anzueignen. So wagte man es denn in Petersburg durch eine Weisung vom 5. Januar 1856 Gorčakov wissen zu lassen, daß man, wiewohl von denselben friedlichen Gesinnungen beseelt wie die Verbündeten, doch zwei Punkten der vorgeschlagenen Präliminarien nicht zustimmen könne: der geforderten Abtretung des Stückes Bessarabiens und dem Vorbehalt der kriegführenden Mächte, in einem europäischen Interesse außer den vier Garantieartikeln in einem fünften noch mit besonderen Bedingungen hervorzutreten. Überdies wurden ein paar redaktionelle Änderungen gewünscht. Allein in Wien blieb man fest. Buol erklärte Gorčakov, dies sei nicht die verlangte Annahme; erfolge sie nicht telegraphisch bis zum 18. Januar, so werde er seine Pässe erhalten und Esterhazy die seinigen fordern.

Weisung an Gorčakov 5. Jan. 1856.

Länger konnte man in Petersburg der Entscheidung, ob man sich beugen oder den Krieg fortsetzen solle, nicht ausweichen. Am 15. Januar versammelte der Zar im Winterpalast einen Rat seiner Minister und vornehmsten Würdenträger, um ihnen die Frage vorzulegen. Die Antwort stand im voraus so gut wie fest. Die Streitkräfte Rußlands waren geschwächt und weit zerstreut. Auf dem schwarzen Meer wie in der Ostsee geboten die Verbündeten. Daß sie sich trotz Napoleons Friedensliebe auf eine Fortsetzung des Kampfes für alle Fälle einrichten wollten, machte ein großer Kriegsrat wahrscheinlich, der sich unter seinem Vorsitz vor kurzem versammelt hatte. Auch die Veröffentlichung des Schutzbündnisses Schwedens mit den Westmächten im Moniteur bedeutete ihrerseits eine nicht mißverständliche Drohung. Ob Östreich einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen nicht doch als Vorspiel einer Kriegserklärung auffassen werde, blieb ungewiß. Preußen hielt freilich daran fest, sich den Inhalt des Ultimatums nicht anzueignen. Noch weniger wollte man in Berlin für den Fall einer Verwerfung, wie Buol es wünschte, auch die Abrufung des preußischen Gesandten von Petersburg in Aussicht stellen[1]). Aber eigenhändige Schreiben Friedrich Wilhelms IV. an seinen kaiserlichen Neffen mit dem dringenden Rat, im Gefühl seiner Verantwortlichkeit um des Friedens willen möglichst weitgehende Zugeständnisse zu machen, konnten doch des Eindrucks nicht verfehlen. Dazu kam der trostlose Zustand der russischen Finanzen, für den es bezeichnend war, daß schon seit Monaten Gold ganz aus dem Verkehr geschwunden war und für Silber-Rubel ein bedeutendes Agio gezahlt werden mußte. Alles dies zusammengenommen verhalf Nesselrodes Votum für Annahme der Präliminarien zum Sieg. Ein Telegramm Gorčakovs, das

Kronrat in Petersburg 15. Jan.

[1]) Die gegenteilige Behauptung französischer Schriftsteller, wie noch Roux: Alexandre II u. s. w. S. 74 ist irrig.

ihre Verwerfung und Anknüpfung unmittelbarer Verhandlungen mit Frankreich empfahl, behielt er für sich. Am 16. Januar kündigten Depeschen aus Petersburg in Wien, Paris, London die vorbehaltlose Zustimmung Rußlands zu den östreichischen Vorschlägen an.

Annahme der Präliminarien 16. Jan.

Befriedigung in Paris.

In Paris wurde die Kunde freudig aufgenommen. Napoleon, der noch am 15. Januar der Königin Viktoria zu erwägen gegeben hatte, ob man nicht wohl daran thue, die Verhandlungen auf Grund der letzten Eröffnungen Gorčakovs fortzuspinnen, sah sich an dem ersehnten Ziel. Die Kurse an der Börse stiegen sofort um ein Bedeutendes. Die Zeitungen waren so gut wie einstimmig im Preise des Erreichten. In England dagegen ließ sich das Gefühl einer gewissen Enttäuschung nicht verbergen. Ein neuer Feldzug, hieß es in der Presse, würde mehr Vorteile bieten als dieser Friede, der nicht genug gewähre. In den Regierungskreisen fürchtete man die Kritik des Parlamentes und mißtraute Rußlands Ehrlichkeit. Man forderte, daß es vor Unterzeichnung der Präliminarien sich zur Annahme der über die vier Punkte hinausgehenden besonderen Bedingungen der Kriegführenden verpflichten müsse, die bisher in dem allgemeinen fünften Punkt nicht einzeln aufgeführt waren. Nach Clarendons vertraulichen Mitteilungen an Persigny hätte eine dieser Bedingungen die Errichtung unabhängiger Fürstentümer in Circassien und Georgien sein sollen. Statt dessen wollte man sich mit dem Recht der Prüfung der Gebietsverhältnisse im Osten des schwarzen Meeres begnügen. Die Einräumung dieses Rechtes und das Versprechen der dauernden Entfestigung der Alandsinseln sollten aber unweigerlich als Bedingungen gelten, ohne deren Annahme Rußland der Friede verweigert werden müsse. Napoleon und noch entschiedener in seinem Namen Walewski wehrte sich gegen die englische Forderung. Persigny hatte Palmerston und Clarendon vorzuhalten, daß auf diese Weise Rußland ein zweites Ultimatum gestellt werde. Schließlich einigten sich die Westmächte dahin, beide Bedingungen der russischen Regierung durch Seebach mitteilen zu lassen, ohne auf ihrer öffentlichen Bekanntmachung zu bestehen[1]). Erst danach wurde am 1. Februar in Wien ein Protokoll betreffend die Annahme der fünf Punkte unterzeichnet. Es vereinbarte die Ernennung von Bevollmächtigten für den Abschluß eines Waffenstillstandes und des endgiltigen Friedensvertrags und bezeichnete Paris als den Ort, an dem sie spätestens binnen drei Wochen zusammentreten sollten. Der Krieg war zu Ende. Dem Friedenswerk galt der Pariser Kongreß.

Verstimmung in London.

Verschärfung der Präliminarien

Wiener Protokoll vom 1. Febr.

[1]) Zur Ergänzung der gedruckten Litteratur dienen mir Berichte Persignys 17., 21., 22., 23., 24., 26., 28. Januar 1856. Arch. Paris.

Es war der Wunsch Napoleons gewesen, seine Hauptstadt als Sitz des Kongresses auserwählt zu sehen. Von Seite Rußlands war dieser Wunsch lebhaft unterstützt, von Seite Englands, wo man gute Miene machte, nicht gekreuzt worden. Daß das kleine Königreich Sardinien, dessen Söhne auch ihr Blut in der Krim vergossen, bei dem Friedenskongreß vertreten sein werde, war längst von den Westmächten in Turin zugestanden. Doch sollte sich die unmittelbare Teilnahme des Bevollmächtigten Viktor Emanuels auf die Verhandlungen beschränken, die irgendwie sardinische Interessen berührten. Anders stand es mit der europäischen Großmacht Preußen. Ihre Zulassung zu den Verhandlungen stieß bei der englischen Regierung auf die stärksten Hindernisse. Man war in London sehr übel auf Preußen zu sprechen, beschuldigte es, Rußland mit Kriegsmaterial unterstützt zu haben, bestritt ihm jedes Verdienst an dem Zustandekommen des Präliminarfriedens. Preußen, bekam Bernstorff, der Gesandte Friedrich Wilhelms IV., von Clarendon zu hören, habe gar kein Recht, auf seine Macht als europäischer Großstaat zu pochen, da es sich während des Krieges stets auf seine Stellung als deutscher Bundesstaat zurückgezogen habe[1]). Jedenfalls, erklärte er, müsse die bedingungslose Aneignung der Präliminarien der Zulassung Preußens vorausgehen und Preußens Neutralität ein Ende haben, falls der Krieg wider Erwarten von neuem entbrennen sollte. Napoleon ließ sich, obwohl ohne jeden Groll gegen Preußen, von den Verbündeten an der Themse vorläufig ins Schlepptau nehmen. Vergeblich suchte Österreich den Widerstand der Westmächte zu brechen. Zugleich drang allerdings auch Buol darauf, daß Preußen sich ohne Zeitverlust für das in Wien angenommene Programm in bindender Weise verpflichte.

Paris als Sitz des Friedenskongresses.

Frage der Zulassung Preußens.

In Berlin bewahrte man kaltes Blut. Der König empfand zwar die Mißachtung seiner Stellung sehr bitter. Er spielte zeitweise mit der Idee, sich mit Napoleon über die Berufung eines Fürstenkongresses zunächst etwa nach Aachen, zu einigen, der an die Stelle der Pariser Konferenzen treten sollte. Aber er blieb bei dem Satz: „Wir gehen keine Verpflichtung ein, ehe wir nicht im Koncert sitzen." Noch entschiedener war Manteuffel. In einem an den König von Belgien gerichteten Brief äußerte er: „Preußen weigert seinen Zutritt im europäischen Interesse nicht, sieht aber keine Veranlassung, Entrée zu bezahlen, am wenigsten mit einer Beleidigung unseres mächtigsten östlichen Nachbarn." In demselben Gedankengang bewegte sich Bismarck: „Wir laufen Gefahr, schrieb er von Frankfurt an seinen Vorgesetzten, mit einem Schlage die Früchte zweijähriger Weisheit und Ruhe einzubüßen, wenn wir dem westlichen Programm

Gedankengang Manteuffels und Bismarcks.

[1]) Zur Ergänzung von Gerlach, Poschinger, Bernstorff (Im Kampf für Preußens Ehre) u. a. Berichte Persignys 31. Jan. 1856. Arch. Paris. Barmanns 15. Jan., 1. Febr. 1856. E. Arch. Bern.

beitreten, solange dasselbe nicht abgeklärter ist als bisher. ... Je größeres und ungeduldigeres Verlangen wir durchblicken lassen, in den Konferenzen zu figuriren, um so höher wird man uns den Stock halten, über den wir springen sollen, um hineinzukommen." So blieb denn Preußen fürs erste der Pariser Versammlung fern, die Europa ein Schauspiel bot, dessen gleichen seit mehr als einem Menschenalter nicht gesehen war.

Eröffnung des Pariser Kongresses 25. Febr.

Allmählich fanden sich die Bevollmächtigten der einzelnen Staaten an der Seine zusammen. Doch dauerte es bis zum 25. Februar, ehe im Ministerium des Äußeren die erste Sitzung des Kongresses stattfand, in der es sich um die Wahl des Präsidenten, Umwandlung des Wiener Protokolles in formelle Friedenspräliminarien und Abschluß eines fünfwöchentlichen Waffenstillstandes handelte. Selbstverständlich fand der Vorschlag, den Hausherrn Walewski zum Präsidenten zu wählen, keinen Widerspruch. Walewski, mit dem Kopf eines römischen Imperators, mit seinen eleganten Umgangsformen, mit seiner leidenschaftslosen Sprechweise war äußerlich für die ihm zugewiesene Rolle wie geschaffen. Aber durch seine Unwissenheit auf manchem Gebiet, die sich mit der Neigung leerer Phrasenhaftigkeit paarte, gab er sich mehr als eine Blöße. In solchen Fällen konnte sein Untergebener, der Protokollführer des Kongresses, Benedetti, der unlängst von der Gesandtschaft in Konstantinopel abberufen und als Direktor der politischen Angelegenheiten im Auswärtigen angestellt war, seine Verlegenheit und sein Mißvergnügen nicht verbergen. Übrigens war Walewski im Grunde nur das Mundstück Napoleons. Dem kaiserlichen Herrn hatte er Tag für Tag Bericht über den Gang der Verhandlungen zu erstatten. Von ihm empfing er regelmäßige Weisungen. Nach diesen hatte sein aus Wien herbeigerufener Gehilfe Bourqueney sich gleichfalls zu richten.

Walewski Präsident.

Orlow.

Von den fremden Teilnehmern des Kongresses machte unzweifelhaft der Hauptvertreter Rußlands, Graf Orlow, die größte Figur. Der greise Vertrauensmann des verstorbenen Zaren, dessen soldatische Derbheit sich mit diplomatischer Schlauheit verband, ein Hüne von Gestalt, in glänzender Uniform, war gleich nach seiner Ankunft in Paris der Gegenstand allgemeiner Neugierde und Sympathie. Er wußte sie durch sein gewinnendes und würdiges Auftreten noch zu steigern. Seine erste Unterhaltung mit Napoleon ließ ihm keinen Zweifel über dessen Wunsch, ohne Preisgebung der englischen Allianz sich mit Rußland gut zu stellen. Bei jeder auftauchenden Schwierigkeit wandte er sich daher unmittelbar an die wohlwollende kaiserliche Vermittlung. In den Kongreßverhandlungen überließ er für gewöhnlich die Verteidigung der russischen Forderungen Brunnow, dem zweiten Bevollmächtigten und langjährigen Gesandten des Zaren in London, der mit Ehrerbietung zu Orlow aufblickte und jedem seiner Winke folgte. Der Hauptvertreter Östreichs, Graf

Brunnow.

Buol

Buol, in seiner Erscheinung nicht weniger imponirend als Orlov, hatte ihm gegenüber doch von Anfang an den Nachteil zu empfinden, daß ihm nicht wie diesem die Gunst der öffentlichen Meinung entgegenkam. Dazu gelang es ihm nicht immer, in den Sitzungen seine angeborene Heftigkeit und Reizbarkeit zu beherrschen. Ihm zur Seite stand der mit dem Pariser Terrain vertraute Hübner, der sich nach Kräften bemühte, ihm zu sekundiren. Im Gegensatz zu Orlovs und Buols stark ausgeprägter Persönlichkeit bot der Türke Ali Pascha, der sich meistens im Hintergrund hielt, das Bild eines anspruchslosen, sanftmütigen Mannes. Indessen vergab er sich nichts und erstaunte seine abendländischen Kollegen durch die Weite seines geistigen Horizontes und die Sicherheit seines Urteils. Eine Stütze hatte er an dem türkischen Gesandten in Paris, Achmed Djemil Bey, dem Sohn Reschid Paschas. Clarendon, dem neben Cowley, dem Botschafter am kaiserlichen Hof, die Vertretung Englands oblag, der vornehme whigistische, in so vielen wichtigen Stellungen erprobte Staatsmann, war der Typus des Diplomaten aus der Schule Palmerstons. Er hatte vor allem die Macht Großbritanniens im Auge und suchte seinen Weisungen gemäß durch Vorbesprechungen mit Napoleon diesen bei dem Entschluß festzuhalten, ungeachtet möglicher Lockungen, gegenüber Rußland unerschütterlich auf den vereinbarten Bedingungen zu bestehen.

Hübner

Ali Pascha

Clarendon und Cowley

Eine bedeutende Rolle für sich spielte neben den Abgesandten der Großmächte der Vertreter des sardinischen Königreichs. Ursprünglich war Massimo d'Azeglio dafür in Aussicht genommen. Aber als er aus den Akten ersah, was Cavour verschwiegen hatte, daß der sardinische Bevollmächtigte keine völlig gleichberechtigte Stellung mit denen der anderen Mächte haben solle, lehnte er entrüstet den Auftrag ab und meinte, wer die Suppe eingebrockt habe, möge sie aufessen. So mußte Cavour, unterstützt von General Villamarina, dem Gesandten Viktor Emanuels in Paris, die aller Voraussicht nach höchst undankbare Aufgabe auf sich nehmen. Er hielt es nicht für unmöglich, daß dieser Gang seine politische Laufbahn beschließen werde. Seine Hoffnung, aus dem orientalischen Krieg einen territorialen Gewinn für Piemont, etwa durch Austausch der Lombardei und der Donaufürstentümer, oder durch Angliederung der Po-Herzogtümer hervorgehen zu sehen, war tief herabgestimmt. Gemäß den veränderten Umständen hatte er sich in Beantwortung der Frage Napoleons, was er für Piemont und Italien thun könne, in einem an Walewski gerichteten Schreiben auf folgende Wünsche beschränkt: Aufhebung der Sequestrirung des Besitztums der ehemaligen zu sardinischen Staatsbürgern gewordenen östreichischen Unterthanen, bessere Behandlung der Bevölkerung im lombardisch-venetianischen Königreich, Zurückziehung der östreichischen Besatzungen aus den Legationen und

Cavour

Sein Schreiben an Walewski 21 Jan.

aus der Romagna, Einführung einer weltlichen Regierung in diesen Gebieten, Milderung der menschenunwürdigen Herrschaft im Königreich Neapel. Diese bescheidenen Forderungen setzte er an Stelle einer weitschweifigen von Azeglio ausgearbeiteten Denkschrift. In Paris angelangt, faßte er wieder frischen Mut. Von der steifen Förmlichkeit, mit der Walewski ihn empfing, stach die Liebenswürdigkeit des Kaisers erfreulich ab. Auch Clarendon erzeigte sich sehr entgegenkommend. Beide gaben ihm die Zusicherung, man werde die anfänglich geplante Beschränkung der Teilnahme Sardiniens an den Verhandlungen fallen lassen. Fortan war er unermüdlich thätig, bei Besuchen, Mittagstafeln, Abendgesellschaften der ihm am Herzen liegenden Sache seines Vaterlandes Freunde zu werben. Er gewann Verbündete in König Jérôme, dem Prinzen Napoleon, Conneau, und wußte auch weibliche Hilfstruppen heranzuziehen, wie vor allem seine schöne, von aller Welt bewunderte Landsmännin, die Gräfin Castiglione, der es unschwer gelang, den Kaiser zu bezaubern[1]).

Gruppirung der Kongreßteilnehmer.

Schon die ersten Sitzungen des Kongresses deuteten auf eine Gruppirung der Teilnehmer, die sich in der Folge nicht selten wiederholte. Österreich und England näherten sich hinsichtlich mancher Fragen in demselben Maß einander an wie Rußland und Frankreich. Clarendon klagte Stratford in melancholischen Briefen, daß er nur auf den festen Beistand der Österreicher rechnen könne. Hübner hatte seinem Tagebuch mitunter anzuvertrauen, daß Walewski „mehr Russe" sei als Orlov. Dieser machte unter vier Augen aus seinem Unmut besonders gegen die Österreicher kein Hehl: „Sie sprechen so, sagte er verächtlich, als hätten sie Sebastopol erobert." Auch am grünen Tisch fiel manches scharfe Wort, das die höflich abgefaßten Protokolle sorgsam verschwiegen. Ein heißer Streit erhob sich über den Anspruch der Russen, die Festung Kars nur gegen Verzicht der Verbündeten auf bessarabische Abtretungen herausgeben zu wollen. Diesen Anspruch konnten sie freilich nicht durchsetzen. Auch mußten sie zugeben, daß in einem besonderen zwischen den Westmächten und Rußland abgeschlossenen Akt, der dem allgemeinen Vertrag zugefügt werden sollte, vom Zaren scheinbar aus freien Stücken erklärt wurde, auf den Alandsinseln werde keine Erhaltung oder Anlage militärischer oder maritimer Befestigungen stattfinden. Dafür erlangten sie dank der Vermittlung Napoleons im Widerspruch zu den Forderungen der Österreicher und Engländer eine bedeutende Milderung des bessarabischen Gebietsverlustes und die Vertagung einer Prüfung des Zustandes der Völkerschaften im Osten des schwarzen Meeres auf unbestimmte Zeit. Hier sollte nur durch eine gemischte Kommission, jedoch ohne Gebietsnachteil

Russische Ansprüche und Zugeständnisse.

[1]) Loliée: Le roman d'une favorite: La comtesse de Castiglione 1912.

für die eine oder andere Partei, eine russisch-türkische Grenzberichtigung vorgenommen werden.

Frage der Donaufürstentümer

Ein anderer Gegenstand, der eine Übereinstimmung Frankreichs und Rußlands offenbarte, betraf die Donaufürstentümer. Nach dem ersten Artikel der Präliminarien war das thatsächliche Protektorat, das der Zar über sie ausgeübt hatte, vollständig abgeschafft. Es galt nunmehr, diese Lücke durch positive Bestimmungen über ihre künftige Organisation auszufüllen. Napoleon war, zufolge seiner Lieblingsideen einer Revision der Karte Europas mit Beachtung nationaler Wünsche, für ihre Vereinigung, wenngleich mit Aufrechterhaltung der Suzeränität des Sultans. Schon während der Wiener Konferenzen hatte er eine Denkschrift in diesem Sinn durch Bourqueney einreichen lassen. In der Sitzung des Kongresses vom 8. März sprach Walewski in seinem Namen dafür, die Vereinigung von Moldau und Walachei, als ihren wahren Interessen angemessen, zu verkünden. Clarendon war einer Erwägung der Unionsfrage unter Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung wenigstens nicht abgeneigt[1]). Cavour, als Verfechter des Nationalitätsprinzips, befürwortete den französischen Vorschlag aufs wärmste, und Orlov stimmte, sei es aus Überzeugung, sei es, um sich Napoleon gefällig zu erweisen, Walewski gleichfalls zu. Aber Ali Pascha und Buol, in deren Augen die Begünstigung nationaler Strömungen eine Gefährdung ihrer Mächte bedeutete, legten entschiedenen Widerspruch ein und erklärter, nicht befugt zu sein, der Verhandlung auf dies Gebiet zu folgen. So beschränkte man sich denn auf allgemeine Bestimmungen über die Grundlagen der Verwaltung der Fürstentümer und auf die Verpflichtung des Sultans, in jedem derselben einen Divan zu berufen, um hinsichtlich ihrer endgiltigen Organisation die Wünsche der Bevölkerung zu erkunden.

Der Hatti-Humajum vom 21. Febr.

Der vierte Artikel der Präliminarien forderte Rußland auf, sich bei den Verhandlungen zu beteiligen, die ohne Verletzung der Unabhängigkeit und Würde der Krone des Sultans seinen christlichen Unterthanen ihre religiösen und politischen Rechte sichern sollten. Hier war die Pforte nun, vornehmlich dank dem unablässigen Drängen Stratford Cannings, den Mächten zuvorgekommen. Er verhalf in Konstantinopel der Überzeugung zum Durchbruch, wie wichtig es sei, beim Friedensschluß, ohne russische Gegenvorschläge abzuwarten, mit einer vollendeten Thatsache hervorzutreten. In Konferenzen mit Ali Pascha und Fuad Pascha, an denen außer ihm seine Kollegen Thouvenel für Frankreich und der als Internuntius nach Konstantinopel versetzte Prokesch-Osten für Östreich teilnahmen, kam der „Hatti-Humajum", der mit eigenhändigem Dekret

[1]) S. zur Korrektur der Protokolle die Bemerkungen von Gefficken (der die Korrespondenz Clarendons und Palmerstons benutzen konnte): Zur Geschichte des orientalischen Krieges S. 244.

versehene Befehl des Großherrn, vom 21. Februar zustande. Er bestätigte zunächst die 1839 durch den „Hatti-Scherif von Gülhane" (s. V. 394) und durch spätere Verordnungen gewährleistete Sicherheit von Leben, Ehre und Eigentum aller seiner Unterthanen sowie die den nichtmohammedanischen Glaubensgenossenschaften gewährten Rechte. Darauf folgten Bestimmungen über die Trennung der geistlichen und weltlichen Angelegenheiten der Rajahvölker, über Erleichterung der Errichtung und Reparatur ihrer Gotteshäuser, über Verpönung amtlich bisher üblicher verächtlicher Bezeichnungen von Angehörigen nichtmohammedanischer Bekenntnisse. Zugeständnisse, gegen die sich die Türken lange gewehrt hatten, schlossen sich an: Aufhebung aller Strafen für Abfall vom Islam, Zulassung von Nichtmohammedanern zu allen bürgerlichen Ämtern, Gleichstellung der Zeugenaussagen von Christen und Türken in Kriminalsachen, wie sie schon 1854 verfügt war, Berechtigung von Ausländern, unter gewissen Bedingungen Grundstücke in der Türkei zu erwerben. Endlich fehlte es nicht an einer Reihe anderweitiger Zusagen: wie der Einsetzung gemischter Gerichtshöfe zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten zwischen Mohammedanern und Christen, der Zuziehung von Vertretern der Rajahvölker zu Gemeinde- und Provinzialräten und zum Staatsrat, ihrer Teilnahme am Kriegsdienst mit Erlaubnis des Stellvertreterkaufes, einer Verbesserung von Polizei und Gefängnisanstalten, einer Reform des Steuer- und Münzwesens. Auf dem Papier nahmen sich alle diese Sätze vortrefflich aus. Eine andere Frage war, ob sie in Anbetracht des Widerwillens der ungebildeten türkischen Volksmassen und der Willkür unzuverlässiger türkischer Behörden ohne Druck von außen wirklich ins Leben eingeführt werden könnten. Für den Pariser Kongreß aber dienten sie als brauchbares Paradestück. Ali Pascha erklärte, der von der Pforte veröffentlichte Hatti-Humajum, durch den sie den Anforderungen des vierten Präliminarpunktes Genüge geleistet zu haben glaube, werde den Mächten durch eine officielle Note mitgeteilt werden. Die Vertreter Östreichs, Frankreichs, Großbritanniens bezeugten ihre Anerkennung des liberalen Charakters der in Konstantinopel getroffenen Verfügungen. Mit denen Rußlands einigten sie sich darüber, daß in dem Friedensvertrag der Akt des Sultans erwähnt werden müsse, aber ohne daß daraus irgend ein Recht der Einmischung in die Beziehungen seiner Regierung zu seinen Unterthanen abgeleitet werden dürfe.

Seine Beurteilung auf dem Kongreß.

Vom 15. bis 18. März fand eine Unterbrechung der Sitzungen statt. Ein mit Spannung erwartetes Ereignis hielt wie die Bevölkerung von Paris so die Versammlung der Staatsmänner und Diplomaten in Atem. Am 16. März verkündigten 101 Kanonenschüsse der Invaliden, daß dem Kaiser der ersehnte Thronerbe geboren sei. Von den Angehörigen

Unterbrechung der Sitzungen 15. bis 18. März.

Geburt des kaiserlichen Prinzen 16. März.

des Kaiserhauses konnte der Prinz Napoleon seine schlechte Laune nicht verbergen. Die großen Staatskörperschaften erschöpften sich in byzantinischen Glückwünschen. Auch die glückwünschenden Teilnehmer des Kongresses defilirten an der Wiege des „Kindes von Frankreich" vorüber. Als der Kongreß seine Sitzungen am 18. März wieder aufnahm, zählte er zwei Mitglieder mehr: den preußischen Ministerpräsidenten Otto von Manteuffel und den in den Tuilerien sehr gern gesehenen preußischen Gesandten, den Fürsten Hatzfeld. Daß Preußens Mitwirkung bei der Revision des Meerengenvertrags von 1841 nicht umgangen werden könne, war schon in der zweiten Sitzung allseitig zugestanden worden. Doch hatte Clarendon die Zuziehung Preußens erst nach Feststellung der Hauptpunkte des Vertrags für gerechtfertigt halten wollen. In der siebenten Sitzung am 10. März hatte alsdann Walewski unter Zustimmung des Kongresses die Meinung begründet, der Augenblick sei gekommen, Preußen, als Mitunterzeichner des Meerengenvertrags von 1841, im europäischen Interesse zur Sendung von Bevollmächtigten einzuladen. Auf die ergangene Einladung hin machte sich Manteuffel schleunigst auf den Weg, um vereint mit Hatzfeld noch rechtzeitig zur Mitunterzeichnung des Friedens am Platz zu sein. Am 18. März ließ man sie beide zunächst im Vorzimmer bis zur Beendigung einer Rede Buols über die Freiheit der Dardanellenschiffahrt warten. Dann erhoben sich neue Schwierigkeiten, da die Engländer in der Einleitung zum Friedensvertrag ausdrücklich festgestellt zu sehen verlangten, daß die Preußen erst nach Vereinbarung der Friedensbedingungen unter den übrigen Mächten zu bloßer Zustimmung herberufen seien. Manteuffel und Hatzfeld empfanden diese Demütigungen sehr bitter. Der erste drohte sogar mit seiner Abreise. Schließlich aber ward dank Walewskis Vermittlung eine Formel für die Einleitung gefunden, mit der sich alle einverstanden erklärten[1]). Die Preußen nahmen auf dem Fuß der Gleichberechtigung an den letzten Sitzungen teil und unterzeichneten auf demselben Fuß mit den übrigen Bevollmächtigten am 30. März den endgiltigen Friedensvertrag.

Einladung Preußens zum Kongreß

Zutritt Manteuffels und Hatzfelds 18. März

In dieser Urkunde bildete das Versprechen allseitiger Räumung der während des Krieges besetzten Gebiete den Inhalt der ersten Paragraphen. Demnächst wurde die Pforte als aller Vorteile des öffentlichen europäischen Rechtes und des europäischen Konzertes teilhaftig erklärt. Die Mächte verpflichteten sich, die Unabhängigkeit und den Territorialbestand des osmanischen Reiches zu achten und verbürgten gemeinschaftlich die genaue Beobachtung dieser Verpflichtung. Sollten zwischen der Pforte oder einer oder mehreren der vertragschließenden Mächte Meinungsverschiedenheiten entstehen, die ihre Beziehungen zu stören

Der Friedensvertrag vom 30. März Türkei.

[1]) S. zur Ergänzung von Hübner, L. von Gerlach, Poschinger, Geffcken noch (Bernstorff) Im Kampfe für Preußens Ehre 1906. S. 323—325.

drohen würden, so wollte die Pforte und jede dieser Mächte vor Anwendung von Gewaltmaßregeln die anderen instand setzen, dem Bruch durch ihre Vermittlung vorzubeugen. Der Hatti-Humajum vom 21. Februar wurde lobend zur Kenntnis genommen mit ausdrücklichem Verzicht auf das Recht, sei es gemeinschaftlich, sei es einzeln, sich in die Beziehungen des Sultans zu seinen Unterthanen oder in die innere Verwaltung seines Reiches einzumischen. Bei der Revision des Meerengenvertrags von 1841 wurde die alte Regel der Schließung von Dardanellen und Bosporus gegen fremde Kriegsschiffe in Friedenszeiten bestätigt. Aber der früheren Ausnahme der Gestattung des Einlaufens leichter Kriegsfahrzeuge für den gesandtschaftlichen Dienst wurde eine zweite hinzugefügt, nach der jede der vertragschließenden Parteien befugt sein sollte zur Sicherung der freien Donauschiffahrt je zwei leichte Kriegsfahrzeuge an den Mündungen dieses Stromes aufzustellen. Die Neutralisirung des schwarzen Meeres, das Verbot der Errichtung oder Erhaltung militärisch-maritimer Arsenale an seinen Küsten, die Zulassung von Konsuln in seinen Häfen, die Bestätigung des Vertrags Rußlands und der Türkei über die Stärke und Zahl der leichten, zum Dienst ihrer Küsten notwendigen Kriegsschiffe waren das Ergebnis der langen, oft erbitterten vorausgegangenen Verhandlungen. Darauf folgte eine Reihe von Paragraphen betreffend die Freiheit und Sicherung der Donauschiffahrt, sowie die Einsetzung einer mit ihrer Verwirklichung zu betrauenden europäischen Kommission. Die Befugnisse derselben sollten nach zwei Jahren auf eine dauernde Kommission der Uferstaaten übergehen, in der auch den drei Vasallenstaaten der Türkei, Serbien, Moldau, Walachei, je ein Vertreter zugestanden wurde. Hieran reihte sich die Berichtigung der Grenze in Bessarabien, wie man die Abtretung eines Stückes russischen Gebietes an das Fürstentum Moldau schonend zu nennen beliebte.

Revision des Meerengenvertrags von 1841

Neutralisirung des schwarzen Meeres

Donauschiffahrt

Grenzberichtigung Bessarabiens

Für beide Donaufürstentümer, die unter der Oberherrlichkeit der Pforte und unter der Kollektivgarantie der Vertragschließenden ihre Privilegien und Immunitäten genießen sollten, wurde jedes ausschließliche Schutz- oder Einmischungsrecht einer einzelnen garantirenden Macht ausgeschlossen. Hinsichtlich ihrer endgiltigen Organisation sollten die Wünsche der in jedem Fürstentum zu berufenden Divans, in denen die Interessen aller Gesellschaftsklassen zu vertreten wären, gehört werden. Gleichzeitig sollte eine Kommission, über deren Zusammensetzung die Mächte sich eine Verständigung vorbehielten, in Bukarest mit einem Kommissar der Pforte Vorschläge über die Grundlage der künftigen Organisation der Fürstentümer vereinbaren. Nach Erwägung der Wünsche der Divans hatte sie ihre eigene Arbeit nach Paris zu senden. Hier war die schließliche Verständigung mit dem Suzerän durch einen Vertrag

Donaufürstentümer

festzustellen, demgemäß ein Hatti-Scheriff die endgiltige Organisation beider Provinzen regeln sollte. In beiden sollte zur Erhaltung der Sicherheit im Inneren und zum Schutz der Grenzen eine nationale bewaffnete Macht errichtet werden. Bei Bedrohung der inneren Ruhe hatte die Pforte sich mit den anderen vertragschließenden Mächten über die zu ergreifenden Maßregeln zu verständigen. Ohne vorgängige Einigung dieser Mächte durfte keine bewaffnete Dazwischenkunft stattfinden.

Serbien

Auch Serbien wurde mit Erhaltung seiner Rechte und Immunitäten, aber auch mit Erhaltung des türkischen Garnisonsrechtes, unbeschadet der Oberherrlichkeit der Pforte, unter die Kollektivgarantie der vertragschließenden Mächte gestellt. Auch hier durfte ohne ihre vorherige Übereinstimmung keine bewaffnete Intervention eintreten. Endlich ward in einigen der letzten Paragraphen das Übereinkommen hinsichtlich der Grenzberichtigung in Kleinasien festgelegt und der einfachen Wiederherstellung der russisch-türkischen Verträge in Bausch und Bogen, namentlich in Betreff des Handels, ein Riegel vorgeschoben. Dem Gesamtvertrag waren die drei Konventionen angehängt, welche dieselbe Kraft haben sollten, als wären sie in denselben aufgenommen. Die erste betraf die Revision des Meerengenvertrags von 1841, die zweite die Übereinkunft Rußlands und der Türkei, dergemäß je sechs größere und vier leichtere Kriegsfahrzeuge unter ihrer Flagge zum Küstendienst im schwarzen Meer gehalten werden durften, die dritte die russische, England und Frankreich gegebene Zusage der Entfestigung der Alandsinseln[1]). Am 30. März konnte die Unterzeichnung sämtlicher Aktenstücke stattfinden. Danach begaben sich auf Clarendons Vorschlag alle Kongreßmitglieder in die Tuilerien, um dem Kaiser die Vollendung ihres Werkes anzukündigen. Abends war Paris illuminirt. Am 31. März vereinigte Walewski eine glänzende Gesellschaft zum Friedensbankett. Am 1. April lockte eine große Revue, an der die soeben zu Marschällen ernannten Canrobert und Bosquet teilnahmen, die schaulustigen Massen zum Marsfeld.

Grenzberichtigung in Kleinasien

Konventionen betreffend die Meerengen, die Kriegsschiffe im schwarzen Meer, die Alandsinseln

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags waren die Arbeiten des Kongresses noch nicht zu Ende. Es gab noch verschiedene Ausführungsbestimmungen zu regeln. Auch hegte Napoleon immer noch den Wunsch, die Gelegenheit zu benutzen, um eine Revision der Verträge von 1815 zur Sprache zu bringen. Allein Clarendon gab ihm zu bedenken, daß dies ohne vorherige Verständigung von drei bis vier Mächten über das, was sie wollten und könnten, ganz unmöglich sei. Orlov warnte insbesondere vor jeder Berührung der Angelegenheiten Polens im eigenen

Nachkonferenz

[1]) Vgl. La question des Iles d'Aland par M. le Baron L. de Staël-Holstein (Revue politique internationale Dec. 1916. No. 23, 24 und die daselbst angeführte Litteratur). Dazu: Max Fleischmann: Die Alandfrage. Eine Denkschrift. Berlin, Springer 1918 und: Die Alandfrage. Das Kernproblem der Ostseepolitik. Berlin R. Hobbing 1918.

Die italienische Frage.

Interesse der Polen, denen gegenüber der neue Zar aus freien Stücken sich gnädig erweisen wolle. Dagegen sollte es hinsichtlich der Zustände Italiens wenigstens zu einer akademischen Erörterung kommen. Mit Ungeduld hatte Cavour diesem Tag entgegengesehen. Es war ihm versagt geblieben, für seinen Staat und für sein Vaterland irgend einen materiellen Vorteil zu erlangen. Der flüchtig aufgetauchte Gedanke, den Herzog von Modena nach den Donaufürstentümern zu verpflanzen und dafür Piemont die Anwartschaft auf sein Land zu sichern, wurde alsbald von ihm selbst für augenblicklich unausführbar erklärt. Ebenso rasch verflogen andere von ihm erwogene Kombinationen. Um so mehr war er darauf erpicht, die Zustände Italiens vor Europa brandmarken zu dürfen. Bei der Sammlung von Aktenstücken zur Beleuchtung der päpstlichen Regierung, die er dem Kaiser, Walewski und den Engländern in Form einer Denkschrift vorlegte, war der von ihm herbeigerufene Minghetti sein bester Gehilfe. Mit Einwilligung Napoleons und mit lebhafter Zustimmung Clarendons wurde die Sitzung des 8. April zur Besprechung der italienischen Dinge ausersehen. Um diese Besprechung aber nicht vom Zaun zu brechen, wurden „zu dem Zweck, für die Zukunft die Ruhe der Welt zu sichern", dem Kongreß von Walewski noch andere Fragen für „einen Gedankenaustausch" vorgelegt, wie die der beleidigenden Sprache der belgischen Presse gegen Frankreich, einer Fortbildung des Seerechtes, der noch dauernden, von den Westmächten im Frühling 1854 (s. o. S. 75) für nötig erachteten Besetzung des Piräus. An die Besprechung dieser Okkupation eines fremden Gebietes ließ sich ungezwungen die der Okkupation des Kirchenstaates durch französische und österreichische Truppen anknüpfen, und von da war unschwer ein Übergang zu einer Enthüllung des Mißregimentes in Neapel zu finden.

Die Sitzung vom 8. April

Die Verhandlung aller der Gegenstände, bei denen Italien aus dem Spiel blieb, verlief sehr ruhig. Auch Manteuffels Anregung, die Frage Neuenburgs, wo im Widerspruch mit den Verträgen eine „revolutionäre, die Rechte des Souveräns mißachtende Gewalt" herrsche, unter die Zahl der zu prüfenden aufzunehmen, konnte die Geister nicht erhitzen und blieb erfolglos[1]). Anders war es, als verabredeter Maßen Italien aufs Tapet kam. Dieser Gegenstand war allzu brennend, als daß es bei seiner Berührung ohne heftige Äußerungen hätte abgehen können, die man Sorge trug, in dem Protokoll zu verschweigen oder abzuschwächen[2]). Walewski leitete die Sache, erhaltener Weisung nach,

[1]) Berichte Barmanns Paris 13., 24., 28., 30. April, 10. Mai 1856. (Nach Barmann wäre Manteuffel durch die Vertreter Österreichs und Rußlands unterstützt, durch die Frankreichs und Englands bekämpft worden.) E. Arch. Bern. — Vgl. H. von Poschinger: Preußens auswärtige Politik III. 226, 227, 233, 235.

[2]) Bianchi: VII. 272. Bericht Barmanns 13. April 1856. E. Arch. Bern.

ein: mit schonenden Worten gegenüber der päpstlichen Regierung, weniger rücksichtsvoll gegenüber der des Königs beider Sicilien. Clarendon nahm das Thema mit großer Lebhaftigkeit auf, nannte das Priesterregiment in Rom „eine Schande für Europa", überschüttete die grausamen Machthaber in Neapel mit Vorwürfen. Buol lehnte jede sachliche Erörterung aufs schroffste ab, da der Kongreß nicht dazu berufen sei, unabhängigen Souveränen Begehren bezüglich der inneren Angelegenheiten ihrer Länder kundzugeben. Orlov und Manteuffel verschanzten sich hinter dem Mangel an Instruktionen. Doch hielt dieser wenigstens mit dem Wunsch nicht zurück, die päpstliche Regierung in die Lage versetzt zu sehen, fremde Okkupation entbehren zu können. Mit Cavour kam der geborene Anwalt Italiens zu Wort, der, gemäßigt in der Form, aber scharf in der Sache, verderbte heimische Regierungen und ihren östreichischen Schutzherrn anklagte. Namentlich lenkte er die Aufmerksamkeit Europas auf die Gefahr der seit sieben Jahren dauernden Anwesenheit östreichischer Truppen im Herzogtum Parma und in den Legationen, wo Bologna immer noch unter dem Belagerungszustand seufze. Hübners Einwurf, daß er nur von der östreichischen Okkupation, aber nicht von der französischen in Rom gesprochen habe, parirte er mit der Erwiderung, er wünsche das Aufhören beider, betrachte aber die östreichische, die sich auf die Festungen Ferrara und Piacenza stütze und bis Ancona ausdehne, als viel bedrohlicher für die Unabhängigkeit Italiens. Er hatte die Genugthuung, daß dieser ganze Gedankenaustausch, wennschon gemildert, gegen den Widerspruch der Östreicher ins Protokoll aufgenommen wurde und verließ die denkwürdige Sitzung in gehobener Stimmung. Gespräche mit Clarendon verführten ihn sogar vorübergehend zu dem Glauben, bei einem Kriege Piemonts gegen Östreich werde es jenem an Englands Unterstützung nicht fehlen.

Auftreten Cavours.

Nochmals erhielt er Gelegenheit, sich mit Buol zu messen, als Clarendon in der 23. Sitzung vom 14. April den Vorschlag machte, eine Bestimmung des Friedens (s. o. S. 140) zu verallgemeinern. Er empfahl nämlich einen Kongreßbeschluß, demgemäß vor jedem Beginn kriegerischer Zusammenstöße die Vermittlung einer befreundeten Macht angerufen werden sollte. Cavour benutzte diesen Anlaß, um zu fordern, daß der Grundsatz vorläufiger Vermittlung auch in Fällen einer gegen thatsächliche Regierungen gerichteten Militärintervention angewendet werde, und citirte als Beispiel Östreichs Intervention in Neapel im Jahr 1821. Buol erwiderte ihm gereizt und ironisch, er vergesse, daß jene Intervention das Ergebnis einer Verständigung der auf dem Kongreß von Laibach vereinten Großmächte gewesen sei, und daß eine solche Vereinbarung für einen Staat zweiten Ranges niemals Gegenstand einer Beschwerde werden dürfe. Übrigens blieb Clarendons Vorschlag ohne

Clarendons allgemeiner Vorschlag einer Vermittlung vor Kriegsausbruch 14 April.

jede praktische Wirkung. Die Vertreter der Großmächte wollten, besorgt für deren Unabhängigkeit, keine bindende Verpflichtung auf sich nehmen. So beschränkte man sich auf den Ausdruck des gemeinsamen Wunsches, „daß die Staaten, zwischen denen ein ernster Zwiespalt entstehe, vor Anwendung der Waffen, soweit es die Umstände zulassen würden, zu den guten Diensten einer befreundeten Macht ihre Zuflucht nehmen möchten".

Die Seerechtsdeklaration 16. April.

Ein besseres Ergebnis hatte die von Walewski gemachte Anregung einer Fortbildung des Seerechtes. Am 16. April erfolgte die Unterzeichnung folgender vier Sätze: erstens: Die Kaperei ist und bleibt abgeschafft: zweitens: Die neutrale Flagge deckt die feindliche Ware, mit Ausnahme der Kriegskontrebande: drittens: Neutrale Ware, selbst unter feindlicher Flagge, mit Ausnahme der Kriegskontrebande, darf nicht mit Beschlag belegt werden: viertens: Blockaden müssen, um rechtsverbindlich zu sein, wirksam sein, d. h. durch eine Streitmacht ausgeübt, die hinreicht, um den Zugang zur feindlichen Küste thatsächlich zu hindern. Lange Verhandlungen zwischen Frankreich und England, die bis zum Beginn des Krieges zurückreichten, waren diesen Beschlüssen vorausgegangen. Beide Mächte hatten bis dahin eine verschiedene Stellung zu den Neutralen eingenommen. Frankreich verfocht den Grundsatz: „Frei Schiff, frei Gut, unfrei Schiff, unfrei Gut", wonach neutrale Ware auf feindlichem Schiff ungeschützt, feindliche Ware auf neutralem Schiff geschützt war. Dagegen betrachtete England auch feindliche Ware unter neutraler Flagge als gute Beute. Bei Ausbruch des Krieges wurde von Paris aus zur Vermeidung unabsehbarer Unzuträglichkeiten auf eine gleichlautende Erklärung der Westmächte hinsichtlich der Neutralen gedrängt. In London entschloß man sich zur Annahme des Satzes „Frei Schiff, frei Gut", verwarf aber zugleich den Satz „Unfrei Schiff, unfrei Gut". Frankreich nahm die englischen Vorschläge an. Daraufhin erschien am 29. März 1854 eine Deklaration beider Mächte, die von den Neutralen freudig begrüßt wurde. Ein Zurücktreten von den Grundsätzen dieser Deklaration, die zwei Jahre in Kraft gewesen war, erschien undenkbar. Im Gegenteil empfahl es sich, sie in Verbindung mit dem Verbot der Kaperei und der Erläuterung der Rechtsverbindlichkeit von Blockaden dauernd festzulegen. Dies geschah durch den Kongreßbeschluß des 16. April. Allerdings band er zunächst nur die unterzeichnenden Mächte. Aber sie verpflichteten sich, ihn allen übrigen Mächten mit der Aufforderung des Beitritts zur Kenntnis zu bringen. Auch enthielt das Protokoll der Sitzung des 16. April die Bestimmung, daß die vier Grundsätze des Beschlusses unteilbar seien, und daß die Mächte, die ihn unterzeichnet hätten oder die ihm beitreten würden, in Zukunft gebunden sein sollten, sich auf kein Übereinkommen über Seekriegsrecht einzulassen, das nicht

auf den vier Grundsätzen der Deklaration beruhe. Unleugbar war sie mit schweren Mängeln behaftet. Sie ließ den Begriff der Kontrebande völlig unbestimmt und gewährte nach ihrer Begriffsbestimmung der Wirksamkeit einer Blockade derselben die weiteste Ausdehnung in der Praxis. Vor allem fehlte in ihr die namentlich von England stets geweigerte grundsätzliche Zusicherung der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekrieg. Dies war es, was die Vereinigten Staaten hinderte, dem Beispiel der meisten übrigen Mächte zu folgen, die der Deklaration beitraten. Man war in Washington ganz bereit, sofort ihre drei letzten Sätze zu unterzeichnen. Aber dem ersten, der den schwächeren Seemächten den Verzicht auf ihre schärfste Waffe zumutete, wollte man solange nicht zustimmen, bis die stärkeren nicht auf ihr Seebeuterecht verzichtet hätten. Indessen mit allen ihren Mängeln und Lücken bedeutete die Pariser Deklaration doch einen bedeutenden Fortschritt. Der Grundgedanke, aus dem sie unbewußt hervorging, die Forderung der „Freiheit der Meere", wurde die Parole für die künftige Gestaltung des Völkerrechts zur See. Ihre Mängel.

Die Sitzung des 16. April war die letzte des Kongresses. Mit einem von Orlov beantragten Dank an Walewski löste er sich auf. Aber einen Tag zuvor war zwischen dreien seiner Mitglieder ein Vertrag geschlossen worden, der zunächst streng geheim gehalten[1]), dann durch die Verhandlungen im englischen Parlament allgemein bekannt geworden, ein tiefes Mißtrauen in die Dauerhaftigkeit des Friedenswerkes bezeugte. Nach dem östreichisch-französischen Memorandum vom 14. November 1855 (s. o. S. 127) war der Abschluß eines Garantievertrags der Westmächte und Östreichs in Aussicht genommen, durch den jede Verletzung des demnächst zu erwartenden Friedensvertrags als Kriegsfall erklärt werden sollte. Zu Beginn des Kongresses war der Sache nicht gedacht worden. Aber die unverkennbare Gereiztheit der Russen gegen Östreich ließ Buol die Deckung durch ein Bündnis mit den Westmächten, wäre es auch nur für einen bestimmten Zweck, als wünschenswert erscheinen. Auf die Zustimmung der Engländer, namentlich Palmerstons, durfte er ohne weiteres rechnen. In der That wurde dem englischen Ministerium durch ein solches Abkommen gegenüber parlamentarischer Kritik des Friedens eine treffliche Schutzwehr geboten. Auch Napoleon erhob zuerst keine Bedenken. So machten sich denn Hübner, Cowley und Bourqueney ans Werk, den Allianzvertrag auszuarbeiten. Allein je enger sich die französisch-russischen Beziehungen knüpften, desto mehr widerstrebte dem Kaiser der geplante Dreibund. Er machte gegenüber Clarendon und Buol geltend, man werde Rußland unnötiger Weise beleidigen, der Friedens- Schluß des Kongresses 16. April. Östreichisch-englisch-französischer Schutzvertrag vom 15. April.

[1]) Bericht Rumpffs 8. Mai 1856. Stadt-Archiv Frankfurt a. M. Vgl. Geffcken, Zur Geschichte der orientalischen Frage S. 286 ff.

vertrag enthalte schon alles Erforderliche. Nicht ohne Mühe ward sein Widerstand überwunden. Doch ward auf sein Drängen wenigstens vermieden, daß ein von östreichischer und englischer Seite geplanter Geheimartikel seine Spitze ausdrücklich gegen allfällige russische Rüstungen richtete[1]). So enthielt denn der Vertrag der drei Mächte vom 15. April nur die allgemeine Zusage, jede Verletzung der im Frieden verbürgten Unabhängigkeit und Integrität des türkischen Reiches als Kriegsfall betrachten, sich dann mit der Pforte über die nötig werdenden Maßregeln verständigen und untereinander unverzüglich die Verwendung ihrer militärischen und maritimen Streitkräfte regeln zu wollen. Auch in dieser Form mußte der Vertrag, von dem Orlov Wind bekam, den Zaren höchst peinlich berühren. Er fand das Benehmen Napoleons „nicht sehr loyal" und wollte es sich als „Norm für den Grad des Vertrauens, das er einflößen könne", dienen lassen. Napoleon suchte Orlov zu beschwichtigen, verwies auf den Druck Englands und Östreichs, dem er habe weichen müssen, und berief sich auf die von ihm durchgesetzte Verwerfung des Geheimartikels. Aber bei den Russen blieb ein Stachel zurück.

Gewinn des zweiten Kaiserreichs

Alles in allem genommen war eben durch diesen Vertrag Englands, Frankreichs und Östreichs das Geständnis erbracht, daß man die orientalische Frage nicht als abgeschlossen betrachte. Rußland mochte für einige Zeit zum Einhalten gezwungen sein. Aber wer sich durch den Schein nicht täuschen ließ, konnte kaum bezweifeln, daß es früher oder später versuchen werde, die ihm gesteckten Schranken zu durchbrechen und auf seine alten Pläne zurückzukommen. Man durfte daher fragen, ob die ungeheuren Opfer, welche die Westmächte zu Gunsten des alten türkischen Reiches, dessen Lebensfähigkeit noch zu erproben war, in diesem Kampf gebracht hatten, zu dem errungenen Gewinn im richtigen Verhältnis ständen. Diese Frage konnte in England nicht zum Schweigen gebracht werden. Selbst die Königin Viktoria ließ in ihrem Glückwunschschreiben an Napoleon nach Unterzeichnung des Pariser Friedens die Bemerkung einfließen, sie teile das Gefühl der Mehrheit ihres Volkes, welche finde, daß dieser Friede vielleicht ein wenig verfrüht sei. Auch in Frankreich fehlte es nicht an kühlen Beurteilern der Ereignisse, die in Zweifel zogen, ob Sebastopol den Preis wert sei, den es gekostet habe.

Ergebnisse des Friedens.

Aber im allgemeinen herrschte hier hohe Befriedigung über das durch glänzende Waffenthaten Erreichte. Vor allem trug das Kaiserreich aus dem Krimkrieg den größten Gewinn davon. Frankreich nahm wieder einen unvergleichlichen Platz in der Welt ein. Napoleon, der mit England vereint den Bund der Ostmächte gesprengt, Europa von dem Alpdruck

[1]) Hübner I. 242. Goriainov: Le Bosphore et les Dardanelles S. 141, 142. Martens: Recueil XV. 293, 294.

der nikolaitischen Zarenherrschaft erlöst hatte, erschien dank dem Siege seiner Krieger und dank seiner Mäßigung nach dem Siege geblendeten Augen gleichsam wie ein Schiedsrichter der Völker. Als Parieu in der Akademie der moralischen Wissenschaften eine Abhandlung vorlas, in der er vom „Kaiser der Franzosen" sprach, unterbrach ihn Cousin mit dem Ausruf: „Sagen Sie Kaiser von Europa."[1]).

[1]) E. Ollivier: L'empire libéral III. 370.

IV.

Rußland.

Regierungsanfänge Alexanders II. Aufhebung der Leibeigenschaft.

Zusammenbruch des Regierungssystems Nikolaus' I.

Erst aus blutigen Niederlagen sind häufig heilsame Reformen erwachsen. Diese Erfahrung wiederholte sich in der Geschichte Rußlands nach dem Krimkrieg. Das alte, vielgerühmte Regierungssystem Nikolaus' I. war schmählich zusammengebrochen. Die innere Fäulnis, die sich hinter einer glänzenden Außenseite verbarg, war überall zu Tage getreten. Selten hatten sich die Folgen des bureaukratischen Hochmutes, der Geringschätzung freier Selbstbethätigung, des Schlendrians, der Geheimniskrämerei und der dadurch begünstigten Verderbnis in den meisten Verwaltungszweigen so deutlich gezeigt wie hier. Die Vernachlässigung des Eisenbahnbaues, der Straßen- und Kanalanlagen war angesichts der weiten Entfernungen zwischen den einzelnen Teilen des ungeheuren Reiches ein Haupthindernis rascher Beförderung von Truppen und Kriegsmaterial gewesen. Aufgehäufte Vorräte waren massenhaft zu Grunde gegangen oder in unrechte Hände gekommen, und niemals war nach glaubwürdigem Zeugnis in der Weise und in dem Maße gestohlen und betrogen worden wie in Sebastopol[1]). Das Gefühl, daß es so nicht bleiben könne, war weit verbreitet.

Seine Verurteilung.

Schon unmittelbar nach dem Tode des Zaren Nikolaus schrieb der russische Gelehrte Nikitenko in sein Tagebuch: „Eine lange und, man muß gestehen, unerquickliche Seite in der Geschichte des russischen Reiches ist zu Ende geschrieben, eine neue wird von der Hand der Zeit aufgeblättert." Einige Monate später übte der seit kurzem zum Civilgouverneur von Kurland ernannte Staatsrat und Kammerherr Graf Valuev in seinen „Gedanken eines Russen", Aufsätzen, die abschriftlich durch das ganze Reich verbreitet wurden, scharfe Kritik an dem Mangel alles Zusammenhanges zwischen den verschiedenen Ministerien, an der Scheinthuerei des Beamtentums, an dem Übel der Branntweinpacht, an der Härte der Censur, an

[1]) Th. von Bernhardi: Tagebücher II. 329.

der Knebelung der Universitäten[1]). Auch Rochows Nachfolger, der neue preußische Gesandte in Petersburg, Freiherr Karl von Werther, mußte zugeben, daß „das Andenken des Kaisers Nikolaus durch die jetzige Krisis beim großen Publikum sehr leide". „Man klagt darüber, hieß es in einem seiner Berichte, daß er in seiner Machtvollkommenheit das jetzige Unglück über Rußland gebracht und es seinem Sohne als schwere Erbschaft hinterlassen hat. Man hört hervorheben, wie wenig in der langen Regierung des Kaisers Nikolaus für Justiz, innere Verwaltung u. s. w. geschehen, er sein Augenmerk allein auf die Armee gerichtet und die doch nicht den Erwartungen entspräche, weil er allen nützlichen Neuerungen entgegen gewesen, und in den militärischen Fragen nur ein verfehltes Formsystem befolgt worden sei"[2]). Was tausende empfanden, drängte der Dichter Turgenev in einem Brief an seinen Freund Annenkov in die Worte zusammen: „Wenn wir nur aus diesen grausamen Lehren denselben Nutzen ziehen wie die Preußen aus der Niederlage bei Jena."

Alexander II.

Der neue Zar war für eine solche Mahnung, auch wenn sie nur auf Umwegen an ihn gelangte, nicht unempfindlich. Der beim Tode des Vaters siebenunddreißigjährige Alexander II. war seinem Naturell und seinen Neigungen nach von diesem sehr verschieden. Gutmütig und weich, in der Jugend sogar mitunter schüchtern und träumerisch, fand er an militärischem Drill und an militärischen Schaustellungen wenig Geschmack. Sein Lehrer, der Dichter Zukovskij, hatte ihn mit den Ideen der Romantik, mit der vaterländischen Geschichte und Litteratur vertraut gemacht. Er beherrschte neben der Muttersprache das Französische und Deutsche, hatte sich mannichfache, wenn auch nicht gründliche Kenntnisse erworben und war früh zu Inspektionsreisen, Sitzungen des Reichsrates und des Ministerrates zugezogen worden. Die technischen Einzelheiten wirtschaftlicher und socialer Aufgaben waren ihm allerdings fremd, und seiner ganzen Geistesart entsprach der Hang, scharfen Entscheidungen auszuweichen und Vermittlungen zu suchen. Dies erklärt zum Teil manche Schwankungen seiner Regierung und manchen Wechsel der Ratgeber, deren er sich bediente. Indessen erfüllte ihn bei seiner Thronbesteigung das ehrliche Bestreben, so viel Pietät er dem Andenken des Vaters widmete, die Härten der überkommenen Regierung zu mildern. Er war von der in bitteren Erfahrungen gereiften Überzeugung durchdrungen, daß Rußland nur mittels großer innerer Umwandlungen die Fähigkeit wieder erhalten werde, seinen hohen Rang in der Welt einzunehmen. Sein Manifest vom 31. März 1856, durch das er seinen Völkern den Ab-

Manifest vom 31. März 1856.

[1]) P. A. Walujeff in (Eckardt): Aus der Petersburger Gesellschaft I. 121 ff. Eckardt: Die Tagebücher des Grafen Walujew (Preußische Jahrbücher 1901. CVI. 491—526).

[2]) H. von Poschinger: Preußens auswärtige Politik usw. III. 163.

schluß des Friedens ankündigte, überging diesen Gegenstand nicht mit Stillschweigen. In erster Linie pries er allerdings die im Kriege bewährte Opferwilligkeit aller Stände und das „wennschon auf nicht vorhergesehenen Wegen" erreichte Ergebnis des Kampfes: „Sicherstellung des Loses und der Rechte aller Christen im Orient". Danach aber gab er der Hoffnung Ausdruck, daß im Frieden Rußlands „inneres Gedeihen sich vervollkommnen", „Gerechtigkeit und Milde in seinen Gerichten walten", „das Streben nach Aufklärung und nach jeder nützlichen Thätigkeit sich entfalten" möge.

Die Kaiserin-Witwe.

Von den Gliedern der kaiserlichen Familie übten die Mutter und die Gemahlin des neuen Herrschers so gut wie gar keine Einwirkung auf seine Entschlüsse aus. Jene, die Schwester Friedrich Wilhelms IV. von Preußen, immer von zarter Gesundheit, lebte nach dem Tode des Zaren Nikolaus

Die Zarin Maria.

noch zurückgezogener als vorher. Diese, Maria, die rasch verblühte, frömmelnde Tochter des Großherzogs Ludwigs II. von Hessen-Darmstadt, die Alexander als junger Mann bei einer Reise durch Deutschland kennen gelernt hatte, wußte seine Neigung auf die Dauer nicht zu fesseln und hatte die Nebenbuhlerschaft sich ablösender Favoritinnen zu dulden. Dagegen war der politische Einfluß einer anderen weiblichen Angehörigen des Kaiserhauses, der Großfürstin Helene, wiewohl oft überschätzt, zeit-

Großfürstin Helene.

weise nicht ganz unbedeutend. Die Witwe des Großfürsten Michael, die geistig regsame schwäbische Prinzessin, die vor Jahrzehnten aus dem lieblichen Stuttgart in die Nebel Petersburgs verpflanzt worden war, hatte sich einen Sinn für höhere Interessen bewahrt und atmete auf nach dem Tode ihres Schwagers, des eisernen Zaren Nikolaus. Ihr gastliches Haus wurde ein Sammelpunkt nicht nur hervorragender Künstler und Gelehrten, sondern auch freier denkender Staatsmänner und Schriftsteller, die an ihr eine Fürsprecherin hatten. Den beiden jüngsten Brüdern des neuen Zaren, den Großfürsten Michael und Nikolaus, lag das Streben

Großfürsten Michael und Nikolaus.

fern, eine politische Rolle in seiner Umgebung zu spielen. Jener errang als kaukasischer Statthalter in Tiflis eine eifersüchtig gehütete Sonderstellung. Dieser erwarb sich als Chef des Petersburger Militärbezirkes und des Genieweseus scheinbare Verdienste, die in Wirklichkeit seinen trefflichen Gehilfen, wie namentlich Todleben, zuzuschreiben waren.

Großfürst Konstantin.

Einen höheren Platz nahm ihr älterer Bruder, der Großfürst Konstantin, ein. Seit früher Jugend zum Großadmiral bestimmt, ehrgeizig und schlagfertig, durch schmeichlerische Höflinge über Gebühr verherrlicht, hatte er den Ruf eines Musters von Energie und Einsicht erlangt. An die Spitze der Marineverwaltung gestellt, räumte er in der That mit unfähigen und unzuverlässigen Beamten ohne Rücksicht auf Stand und Rang durchgreifend auf und wetterte in scharfen, der Öffentlichkeit übergebenen Erlassen gegen das hergebrachte System officieller Verschleierungen und

Lügen. Auch war auf seine Veranlassung die Strafe körperlicher Züchtigung für die Marinesoldaten abgeschafft, das Kommissariats- und Proviantwesen verbessert, die Nachahmung fremder Schiffsmodelle empfohlen. Als Protektor und Präsident der geographischen Gesellschaft suchte und fand er Fühlung mit der Gelehrtenwelt. Aber als Politiker zu urteilen und nach bestimmten Überzeugungen zu handeln, war nicht seine Sache. Der Reihe nach Beschützer der Liberalen von westeuropäischer Bildung, national-russischer Heißsporn, Frondeur auf eigene Hand, war er unzuverlässig und unberechenbar.

Die Minister.

So bedeutend der Einfluß des Großfürsten Konstantin auf seinen Bruder, den Herrscher, zu Beginn seiner Regierung und später noch sein mochte: wichtiger war die Auswahl der Minister, denen er bei der Behandlung der Geschäfte sein Vertrauen zu entziehen oder zu schenken gewillt war. Gleich nach seiner Thronbesteigung hatte er Bibikov, den vielleicht verhaßtesten der Staatsmänner des Zaren Nikolaus, während seines letzten Regierungsjahrs Minister des Innern, entlassen und den Geheimrat Lanskoj an seine Stelle gesetzt, dessen Fähigkeiten allerdings zu seinen guten Absichten im Mißverhältnis standen. Er hatte in seiner Jugend Beziehungen zu den Dekabristen gehabt und aus jener Zeit Neigung für Reformen bewahrt. Aber die Last der Jahre und angeborenes Phlegma bildeten dawider ein Gegengewicht. Zu Ende des Jahres 1855 mußte Graf Kleinmichel, der rohe, gefürchtete Generaldirektor des Verkehrswesens und der öffentlichen Bauten, vom Platz weichen. Graf Orlov wurde nach seiner Rückkehr von Paris zum Präsidenten des Reichsrates und zum Vorsitzenden des Ministerrates ernannt. Daneben behielt er, mit dem Fürstentitel belohnt, die Leitung der berüchtigten „dritten Abteilung“ (s. VI. 315) noch bei, bis er sie 1857 in die Hände des bisherigen Kriegsministers, des Fürsten Dolgorukij, legte. Unter diesem unbedeutenden Dilettanten, der sich auf seinem früheren Posten besonders eifrig mit einer Änderung der Uniformen der Garde beschäftigt hatte, verlor die gefürchtete Einrichtung der „dritten Abteilung“ viel von ihren Schrecken.

Entlassung Bibikovs. Lanskoj.

Entlassung Kleinmichels.

Orlov.

Dolgorukij.

Im Kriegsministerium wurde Dolgorukij durch den alten General Suchosanet ersetzt, der den Zaren bei seiner Anwesenheit in der Krim freimütig auf die Mängel und Mißbräuche im Heerwesen aufmerksam gemacht hatte. Ein Wechsel zum Schlimmen ging im Domänenministerium vor sich, das seit jeher als Versuchsfeld für agrarische Reformen gegolten hatte. Aus den Händen des gebildeten, freisinnigen, uneigennützigen Grafen Paul Kiselev, der 1856 zum Botschafter in Paris ernannt wurde, übernahm es der brutale, reaktionäre, bestechliche General Michael Muravjev. Unter einem solchen Chef dienen zu müssen, versetzte den freigesinnten Valuev in die peinlichste Lage, als er seine Kurländer Gouverneur-

Suchosanet.

Muravjev.

stelle gegen die eines Departementsdirektors im Domänenministerium auszutauschen hatte.

Weitaus die bedeutendste Personaländerung, die Alexander II. zu Anfang seiner Regierung vornahm, betraf das Ministerium des Äußeren. Der greise Reichskanzler Nesselrode, der vier Jahrzehnte hindurch die auswärtige Politik Rußlands mit seinem Namen gedeckt hatte, war nach dem Tode des Zaren Nikolaus nur noch des Anstandes halber im Amt verblieben. Der Zwiespalt mit Östreich versetzte dem politischen System, das er vertreten hatte, den Todesstoß, und in die neue Zeit, die mit der Thronbesteigung Alexanders II. anzubrechen schien, konnte er sich nicht finden. Im Frühling 1856, nach dem Abschluß des Friedens, trat er, mit Gnaden überhäuft, zurück. Sein Nachfolger wurde Fürst Alexander Gorčakov, der Freund und Studiengenosse Puškins in Zarskoe Selo. Mit seinen achtundfünfzig Jahren hatte Gorčakov schon eine reiche politische Erfahrung hinter sich. Nesselrodes vertrauter Gehilfe während der Kongresse von Laibach und Verona, diplomatisch geschult auf verschiedenen Posten in London, Florenz, Wien, war er als Gesandter in Stuttgart durch die nach Überwindung vieler Hindernisse 1846 gelungene Vermittlung der Ehe des württembergischen Kronprinzen und der Großfürstin Olga zu hohem Ansehen bei seinem Gebieter, dem Zaren Nikolaus, gelangt. Zum Dank für seine Verdienste übertrug dieser ihm 1850 die Vertretung Rußlands beim deutschen Bundestag und 1854 den Botschafterposten in Wien. In allen diesen Stellungen hatte er sich als ausgezeichneter Geschäftsmann und als scharfsinniger Beurteiler der Menschen und Dinge bewährt: Aristokrat nach Geburt und Bildung und zugleich doch nicht ohne Sinn für die Bestrebungen des Volksgeistes und für die Macht der öffentlichen Meinung. Die Beweglichkeit seines Wesens, der Zauber seiner Unterhaltung, die rhetorische Kunst, über die er in Wort und Schrift gebot, selbst Äußerlichkeiten, wie das feine Lächeln, das seine Lippen umspielte, die goldene Brille, durch die seine Augen blitzten, gaben ihm eine gewisse Ähnlichkeit mit dem bürgerlichen Emporkömmling Thiers. Aber er übertraf ihn durch unbezähmbare, mit den Jahren auf groteske Weise sich steigernde Eitelkeit. Für die auswärtige Politik, wie er sie verstand, kam vor allem in Betracht, daß er in Wien Östreich glühenden Haß zugeschworen hatte. In den Augen der aufstrebenden russischen Nationalpartei der Slawophilen war dies eine starke Empfehlung Gorčakovs. Zugleich aber brachte er hinsichtlich der inneren Politik volles Verständnis für die Notwendigkeit mit, die alten, ausgefahrenen Geleise zu verlassen und die Wohlfahrt des Volkes, die Entwicklung der Hilfsquellen des Reiches, die Pflege gesamteuropäischer Kultur zum Staatszweck zu machen. Bezeichnend dafür war das berühmt gewordene Wort des amtlichen Rundschreibens, mit dem er sich einführte, „Rußland schmollt

Rücktritt Nesselrodes.

Alexander Gorčakov.

nicht, es sammelt sich". Es wurde zur Parole für die Mehrheit der Gebildeten Rußlands, die nach dem Zusammenbruch der harten Herrschaft des Zaren Nikolaus die Schaffung eines neuen Zeitalters durch seinen Nachfolger erhofften.

Freigabe der Auslandsreisen 1856.

Ein erstes Zeichen der Lockerung drückender Fesseln erblickte man in dem kaiserlichen Erlaß, der die Absperrung Rußlands gegen das Ausland aufhob. Das Verbot der Reisen über die Reichsgrenze, das nur seltene Ausnahmen zugelassen hatte, wurde kassirt und die bis auf 100 Rubel gesteigerte Paßgebühr bedeutend herabgesetzt. Die Folge war eine wahre Wanderung nach dem Westen, an der sich nicht nur reiche und vornehme Herren, sondern auch Kaufleute, Gewerbtreibende, Beamte, Künstler, Gelehrte, Studierende beteiligten. Sie kehrten aus Deutschland, Frankreich, England, Italien mit neuen Ideen in die Heimat zurück und brachten einen geistigen Gärungsstoff mit wie einst jene zahlreichen Officiere, die während der Befreiungskriege unter den Fahnen Alexanders I. nach Paris gezogen waren. Eine Genugthuung anderer Art bereitete das auf die feierliche Krönung in Moskau folgende Gnadenmanifest. Abgesehen von dem vierjährigen Verzicht auf militärische Aushebung für ganz Rußland und von dem Erlaß einzelner Abgaben und Leistungen für bestimmte, schwer leidende Reichsteile, enthielt es eine Amnestie wegen politischer Verbrechen Verurteilter, die tausenden zugute kam. Manche erfuhren am Ort ihrer Verbannung in Sibirien eine Milderung ihres Loses. Die Mehrzahl, Mitglieder geheimer Gesellschaften, unter ihnen vom Tod verschont gebliebene Dekabristen und Teilnehmer des polnischen Aufstandes von 1831, wenn sie nicht „durch ihr Benehmen unverbesserliche Feindschaft gegen die kaiserliche Regierung gezeigt und dabei beharrten", durften ihren Aufenthaltsort in den inneren Provinzen des Reiches, mit Ausnahme der beiden Hauptstädte, nach Belieben wählen. Freilich war die Liste der Amnestirten nicht vollständig. Der Name Bakunins wurde, wie dieser erfahren haben wollte, eigenhändig vom Zaren gestrichen[1]). Die Mitglieder der Verschwörung Petraševskijs waren in dem Gnadenerlaß nicht inbegriffen. Dostoevskij, eines der Opfer in dem Proceß, der wegen jener Verschwörung stattgefunden (s. VII. 615), hatte es dem Fürwort Todlebens, seines Mitschülers in der Ingenieurschule, und des Prinzen Peter von Oldenburg zu danken gehabt, daß er in Sibirien nicht mehr als gemeiner Soldat behandelt wurde. Später erst erfolgte seine Beförderung vom Unteroffizier zum Officier, seine Entlassung aus dem Militärdienst und seine Übersiedelung nach Twer, endlich 1859 die Erlaubnis seiner Rückkehr nach Petersburg.

Gnadenmanifest 7. Sept. / 26. August.

[1]) Michael Bakunins socialpolitischer Briefwechsel mit A. J. Herzen und Ogarjew. Herausgegeben von Dragomanov und übersetzt von Minzes (Schiemann: Bibliothek russischer Denkwürdigkeiten 1895. VI. S. 21, 36).

Polen. In Polen, wo der Zar schon im Frühling 1856 bei einem Aufenthalt in Warschau die Adelsmarschälle des Landes mit den Worten empfangen hatte: „Ich bringe Ihnen Vergessenheit des Vergangenen", freilich mit Zufügung der Mahnung „keine Träumereien", war man durch das Gnadenmanifest keineswegs befriedigt. Man wollte und konnte es nicht als eine Entschädigung für alles an Rechten und Gütern Eingebüßte betrachten. Vollends in den Kreisen der polnischen Emigration, die ihre Hoffnungen auf Herstellung eines unabhängigen polnischen Staatswesens nie aufgegeben hatte, wurde von der angebotenen Amnestie, die „Unterwerfung" zur Vorbedingung hatte, gar kein Gebrauch gemacht. Auch die Ersetzung des verhaßten Fürsten Paskevič, der im Februar 1856 starb, durch den milderen Fürsten Michael Gorčakov in der polnischen Statthalterwürde brachte keine Veränderung der Stimmung im Lande verbliebener polnischer Patrioten hervor. Sie hatten darüber zu klagen, daß der kränkelnde Fürst die entscheidende Leitung der Verwaltung dem gestrengen Kurator des Warschauer Lehrbezirkes Paul Muchanov überließ, einem geschworenen Feinde polnischen Bildungswesens. Ihr kühles Verhalten verstimmte den Zaren und hielt ihn zunächst von der Gewährung irgendwelcher Zugeständnisse zurück. Besser gestaltete sich das Verhältnis der neuen Regierung in ihren Anfängen zu Finland und zu den Ostseeprovinzen. Hier wie dort fühlte man die Änderung, die sich mit dem Tode des Zaren Nikolaus angekündigt hatte. In Finland, das während des Krimkriegs durch Handelsstockung und Wegnahme von Schiffen gelitten hatte, wirkte eine Ansprache des neuen Herrschers an den Senat bei seiner Reise durch das Land im Frühling 1856 belebend. Die vaterländische Gesinnung des Vertreters Finlands in Petersburg, des Staatssekretärs Grafen Alexander Armfeldt, dem ein 1857 erneuertes „Komite für finländische Angelegenheiten" zur Seite stand, konnte sich noch entschiedener als früher bethätigen. Der Generalgouverneur Graf Berg, so strenge er seines Amtes waltete, suchte doch der wirtschaftlichen Entwicklung des Großfürstentums Vorschub zu leisten. Im Jahre 1858 wurde der Bau der ersten finischen Eisenbahn, die Helsingfors und Tavastehus verbinden sollte, in Angriff genommen. Die Errichtung von Forst- und Ackerbauschulen und eine Reform des Münzwesens hatten wohlthätige Folgen. Schon wagten sich die Ansprüche auf Wiederherstellung der verbrieften verfassungsmäßigen Zustände ans Licht. Insbesondere wurde nach einer mit Jubel aufgenommenen Festrede des Theologieprofessors Franz Ludwig Schaumann Berufung des seit Jahrzehnten eingeschlummerten Landtages gefordert.

Finland.

Ostseeprovinzen. In den baltischen Provinzen gelang es dem beliebten Generalgouverneur Fürsten Suvorov etwas besser als zuvor, die Gerechtsame der ihm anvertrauten Gebiete zu schützen. Der Ukas von 1850, dem-

zufolge der gesamte Schriftenwechsel der Kronbehörden der drei Ostseeprovinzen vom 1. Januar 1858 an in russischer Sprache geführt werden sollte (s. VII. 622), wurde widerrufen. Die Verschönerung Rigas, die Verbesserung des Dünahafens, die Errichtung des baltischen Polytechnikums waren Früchte der gesegneten Thätigkeit des Generalgouverneurs und seines Zusammenwirkens mit den ständischen Behörden. Den Bauern in Estland ward 1856 das von ihnen bewirtschaftete Land unter Anerkennung des Eigentumsrechts des Gutsherrn zu bleibendem Besitz zugesprochen. Dieselbe Bestimmung erging 1860 für Livland, während in Kurland 1863 dem Bauern mit einem Vorzugsrecht des Pächters das Recht gewährt wurde, durch Kauf das von ihm bestellte Land zu vollem Eigentum zu erwerben. Blieb auch der seit Menschenaltern ererbte Groll der Letten gegen die deutschen Gutsherren bestehen, so war doch die Hebung des bäuerlichen Wohlstandes in den lettischen Provinzen unleugbar. Erst damit gewannen die Jungletten die Möglichkeit, das geistige Leben der Bauern zu wecken. Dabei kam auch ihnen zustatten, daß wie in Finland so in den Ostseeprovinzen trotz der noch bestehenden Präventivcensur die periodische Presse bald einen bedeutenden Aufschwung nahm. Hiefür lieferte ihr die russische selbst ein erwünschtes Vorbild.

Zustand der Presse.

Schon geraume Zeit vor dem Amnestieerlaß, zu Ende des Jahres 1855, war das 1848 eingesetzte geheime Obercensurkomite aufgehoben worden. Diese Maßregel bildete die Einleitung zu einer milderen Handhabung der Censur überhaupt. Eine ganze Litteratur russischer Zeitschriften und Zeitungen schoß empor, die allmählich zu einer bisher im Zarenreich unbekannten Macht wurde. Den Hauptanstoß dafür aber bot ein Unternehmen des als Verbannter im Ausland weilenden größten damaligen russischen Publicisten Alexander Herzen. In London, wo er seinen Sitz aufgeschlagen (s. VII. 637), hatte er zum Zweck der Einwirkung auf seine Landsleute eine russische Druckerei begründet. Aus ihr ging die Monatszeitschrift „Der Polarstern" und das Wochenblatt „Die Glocke" (Kolokol) hervor. Namentlich durch dies zweite seit dem 1. Juli 1857 erscheinende Blatt übte er einen unermeßlichen Einfluß auf die Bildung der öffentlichen Meinung in Rußland aus. In einer der ersten Nummern richtete er ein offenes Schreiben an Alexander II., in dem er, ein russischer Marquis Posa, gänzlichen Bruch mit der alten despotischen Regierung forderte. Als dessen Vorbedingung galt ihm unverweilte Aufhebung der Leibeigenschaft. Das Verbot der Einfuhr der „Glocke" in Rußland hinderte nicht, daß Tausende von Lesern sie verschlangen. Selbst auf dem Schreibtisch des Zaren war sie regelmäßig zu finden. Geheime Druckereien vervielfältigten sie in den Provinzen. Man riß sich um die Artikel, in denen Herzen und sein Exilgenosse Ogarev die Schäden des russischen Staats-

Milderung der Censur.

Alexander Herzens „Glocke".

wesens bloßlegten[1]). Aus der Heimat selbst kamen Herzen auf rätselhafte Weise Nachrichten und Korrespondenzen in Hülle und Fülle zu. Schonungslos enthüllte er in seinem Blatt Skandale der hohen und niederen Verwaltung, Bestechungen und Polizeiwillkürlichkeiten. Minister, Gouverneure, Generale zitterten vor dem Verbannten an der Themse, der in allen Klassen der Gesellschaft Bundesgenossen fand.

Der Journalismus in Rußland.

Schon um ein Gegengewicht gegen seine unwiderstehliche Macht zu schaffen, sah sich die Regierung genötigt, den Tagesschriftstellern in Rußland selbst durch die Finger zu sehen. Der „Russische Bote" Katkovs, der „Zeitgenosse" Černiševskijs, die „Pfeife" Dobroljubovs wetteiferten miteinander an Kampflust. Wenn eine unmittelbare Verurteilung über kommener, verrotteter Einrichtungen zu gewagt erschien, kleidete sie sich in die Form vergleichender Betrachtungen der Zustände des Westens. Die Ergebnisse moderner Geschichtswissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Philosophie in Frankreich, England, Deutschland wurden in Übersetzungen verbreitet. Daneben ergoß sich der Strom satirischer Verspottung veralteter Privilegien, Vorschriften, Reglemente, eingewurzelter Mißstände des Beamtentums und der Gesellschaftsordnung in der schönen Litteratur. Das freie Wort brachte sich trotz ängstlich verschlossener Thüren zu Gehör oder kam in handschriftlich verbreiteten prosaischen wie poetischen Philippiken zum Ausdruck[2]). Eine fieberhafte Bewegung breitete sich von Salons und Amtsstuben bis zur Schenke und Bauernhütte aus.

Die Universitäten.

Sie ergriff auch Lehrer und Schüler der Universitäten, denen unter dem Scepter des Zaren Nikolaus so entwürdigende Fesseln angelegt waren. Nach seinem Tode wurde eine Zwangsmaßregel nach der anderen abgeschafft. Die Zahl der Studirenden an einer Hochschule war nicht mehr auf 350 beschränkt (s. VII. 618), sondern ganz unbegrenzt. Dem Professorenkollegium ward das Recht der Wahl von Rektoren und Dekanen zurückgegeben. Der Oberinspektor verlor die Gewalt über die Studenten außerhalb der Räume der Universität. Nur innerhalb derselben hatten sie noch die vorgeschriebene Uniform zu tragen, bis 1861 auch diese Bestimmung fiel. Die Katheder für Staatsrecht und Philosophie wurden wiederhergestellt. Erledigte Kuratorenstellen gingen aus der Hand alter Generale in die gebildeter Bürgerlicher über. Alle diese Maßregeln wurden verfügt, ohne eine allgemeine Reform des Hochschulwesens abzuwarten. Zu gleicher Zeit ward jedoch auch die Frage einer solchen im Unterrichtsministerium erwogen. An seiner Spitze stand seit

[1]) Zur Ergänzung der bekannten Litteratur s. K. Kawelins und J. Turgenjews socialpolitischer Briefwechsel mit A. J. Herzen, herausgegeben von Dragomanov, übersetzt von Minzes (Schiemann: Bibliothek russischer Denkwürdigkeiten IV. 1895).

[2]) S. ein Beispiel der handschriftlich verbreiteten Satiren bei Donald Mackenzie Wallace: Rußland. Vierte deutsche Ausgabe 1906. II. 84 ff.

dem 1853 erfolgten Tode des bigotten und geistlosen Fürsten Širinskij-Šichmatov der stelzfüßige Mitkämpfer der Befreiungskriege Narov, der bei aller Gutmütigkeit und Willfährigkeit für den hohen Posten, den er einnahm, nicht viel besser geeignet war wie sein Vorgänger. Aber im Frühling 1858 mußte er dem aus Kasan herbeigerufenen Kurator des dortigen Lehrbezirkes Kovalevskij weichen. Kovalevskij hatte sich in praktischem Bergwerksdienst hohe Verdienste erworben, durch Skizzen der Ethnographie des Kaukasus litterarisch vorteilhaft bekannt gemacht und genoß wegen seiner umfassenden Bildung und erprobten Charakterfestigkeit allgemeine Achtung. Sein Reformentwurf umfaßte das ganze Unterrichtswesen von der Volksschule bis zur Universität. Hinsichtlich dieser entschied er sich im ganzen und großen zu Gunsten des deutschen Musters, das Selbstverwaltung der akademischen Körperschaft, sowie Lehr- und Lernfreiheit zur Regel machte. Seine Pläne zu verwirklichen ward ihm freilich versagt, da der Zar mißtrauisch gegen sie gemacht wurde und ihm 1861 den allen freisinnigen Ideen feindlich gesinnten Admiral Putjatin zum Nachfolger gab. Allein die Frage der Reform des Unterrichtswesens und insbesondere der Universitäten ließ sich nicht mehr zurückdrängen. Seit Pirogov, der geniale Mediciner, im Krimkrieg Oberarzt des Heeres, danach Kurator des Odessaschen Lehrbezirkes, 1856 in einem vielgelesenen Aufsatz die Bildung des Menschen zum Menschen als Ziel aller Bildung aufgestellt hatte, gehörte die Behandlung pädagogischer Gegenstände zur Tagesordnung. Die Streitfragen über das Verhältnis von Fachschulen und allgemeinen Lehranstalten, über die Vorzüge realer und klassischer Bildung, naturwissenschaftlichen und sprachlichen Unterrichtes wurden eifrig erörtert. Währenddes entstanden in Petersburg und in Moskau, auf rein privaten Antrieb und nur aus freiwilligen Beiträgen erhalten, Sonntagsschulen zum Unterricht der Armen durch Angehörige der gebildeten Stände. Die Begeisterung für Verbreitung von Kenntnissen unter dem Volk ging tief. Unter den Mitgliedern des Petersburger Volksunterrichtskomites befanden sich Leo Tolstoj und Ivan Turgenev[1]). Auf den Universitäten setzten von der ärgsten Dressur erlöste Professoren und Studenten sich nicht selten über die vorgeschriebenen Lehrprogramme hinweg, um dafür in Lesegesellschaften und Zeitungsklubs hohe Politik zu treiben oder Idealen radikaler Weltverbesserung nachzujagen.

Entlassung Narovs 1858. Nachfolger Kovalevskij.

Sein Entwurf der Unterrichtsreform.

Sein Nachfolger Putjatin 1861.

Sonntagsschulen.

Größere Sorgen als der Zustand des Unterrichtswesens bereitete der Regierung Alexanders II. die in tiefes Geheimnis gehüllte Lage der Finanzen. Eine traurige finanzielle Erbschaft des Krieges war für die Jahre 1853 bis 1857 ein Gesamtdeficit von 772 Millionen Rubel, welche

Zustand der Finanzen.

[1]) Protopopov: Geschichte des St. Petersburger Volksunterrichtskomites 1898. (Russisch, vgl. Minzes' Artikel in der „Nation" 1899, Nr. 5.)

Summe die Einnahmen in diesem Zeitraum um mehr als das Dreifache
Brock. übertraf[1]). Der Nachfolger Vrončenkos, der für sein Amt schlecht vorgebildete Brock, ein Bureaukrat reinsten Wassers, wußte sich nur durch ausländische, zu höchst ungünstigen Bedingungen gemachte Anleihen, durch geheime Entnahme von Geldern aus den Staatsbanken und vor allem durch fortgesetzte Arbeit der Notenpresse zu helfen. Bei Beginn des Jahres 1858 hatte man einen Umlauf von 735 Millionen Silberrubelscheinen und eine Gesamtschuld von 1520 Millionen. Die staatlichen Einnahmequellen flossen spärlich, das Steuersystem war veraltet, und das Papiergeld, dessen versprochene allmähliche Einziehung nicht in Angriff genommen wurde, sank immer tiefer. Ein viel angefochtener Ukas vom
Ukas 1. August 20. Juli 1857. August 1857, der den Zinsfuß der Reichskreditbanken herabsetzte, veranlaßte eine plötzliche starke Zurückziehung der Kapitalien. Die Folge war ein Verschwinden alles Bargeldes aus dem Verkehr. Der einzig umlaufende Papierrubel repräsentirte statt 100 nicht einmal 75 bis 80 Kupferkopeken, da auch für Kupfer bald Aufgeld gegeben wurde. Unfähig, seiner Aufgabe zu genügen, trat Brock im Frühling 1858 zurück. Sein Abgang wurde von niemandem bedauert, außer vielleicht von den Pächtern des einträglichen Branntweinausschanks, die ihm Dank schuldeten, weil er unter dem Vorwand des Krieges ihre Verträge ohne neues Meistgebot auf vier Jahre verlängert hatte.

Kniajevič. An Brocks Stelle trat der Senator Kniajevič, Sprößling einer serbischen Emigrantenfamilie und einstiger Mitarbeiter Cancrins. Er brachte gute Kenntnisse und Einsicht in die vorhandenen Mängel des Finanz-
Anlehen. wesens mit. Indessen ihnen abzuhelfen war auch er außerstande. Ein neues auswärtiges Anlehen von 1859 ergab nur einen unbedeutenden Betrag, der zur Hebung des Wechselkurses verwandt werden mußte. Ein anderes von 1860 konnte erst zwei Jahre später ausgeführt werden. Zwei innere Anlehen, die besser glückten, vermehrten die dem Staatsschatz aufgebürdete Zinsenlast. Mit Mühe gelang es, durch Verwendung von Kapitalien aus verschiedenen Verwaltungszweigen einen kleinen Teil der umlaufenden Staatskreditbillets zu tilgen. Aber die wechselnden Experimente, mit denen Kniajevič die verzweifelte Lage des Staats-
Reichsbank 1860. kredits zu heben suchte, mißlangen. Die 1860 gegründete Reichsbank, die alle bis dahin bestehenden staatlichen Kreditanstalten, Spar- und Hilfskassen ersetzen sollte, leistete nicht, was von ihr erwartet wurde, da ihr nicht dieselbe Unabhängigkeit gewährt wurde wie der Bank von England
Aufhebung der Branntweinpacht. oder der Bank von Frankreich. Ein damals vorbereitetes und drei Jahre später in Kraft tretendes Gesetz, das mit Einführung der Accise beim Brennen an Stelle des Kronmonopols für das ganze Reich die Brannt-

[1]) Skalkovsky: Les ministères des finances de la Russie 1802—1890. Traduit du Russe par P. de Nevsky 1891, S. 100.

weinpacht aufhob, führte dank der Vermehrung der Schenken nur zu einer Steigerung der Trunksucht. Tausende von Bauern ruinirten sich, um Schnaps zu erstehen, durch den Verkauf ihrer Kühe, Pferde und selbst ihrer Ackergeräte. Die besten Absichten zu sparen wurden durch die Forderungen des Kriegsministeriums vereitelt, und die Erhöhung einiger direkten Steuern, wie des Kopfgeldes und der Stempelsteuer, war ein zweischneidiges Mittel.

Verkehrswesen.

Dieser Zustand der Staatsfinanzen erlaubte der Regierung nicht, wie es ihr Wunsch gewesen wäre, unmittelbar aus eigener Kraft Hauptmängel der Verkehrswege zu bessern. Und doch hatte man während des Krimkrieges erleben müssen, daß die Truppenbeförderung von London nach Balaklawa rascher vor sich ging als die von Moskau nach Sebastopol. Die Notwendigkeit eines umfassenden Eisenbahnnetzes schon aus strategischen Gründen, von den wirtschaftlichen Erfordernissen zu schweigen, war allgemein anerkannt. Aber man hatte sich an die private Unternehmungslust zu wenden, und da sie im Inland zunächst versagte, mußte man ausländischen Kapitalisten das Feld überlassen[1]). Nachdem sich Verhandlungen mit einer englischen und mit einer amerikanischen Gesellschaft zerschlagen hatten, wurde 1857 ein Vertrag mit einer Gruppe französischer Finanzleute, an deren Spitze die Brüder Péreire standen, abgeschlossen. Sie übernahm gegen Gewährung zahlreicher Begünstigungen und einer staatlichen Zinsengarantie die Verpflichtung, binnen zehn Jahren nach einem bestimmten Plan 4000 Werst Eisenbahnen fertigzustellen. Das Unternehmen entfachte eine wilde Börsenspekulation, unter deren Eindruck es der russischen Regierung 1857 und 1859 gelang, zwei polnische Gesellschaften für Übernahme der Warschau—Wiener und der Warschau—Bromberger Eisenbahnlinien zu gewinnen, deren erste vor Jahren vom Staate begonnen war. Diese beiden einheimischen Gesellschaften erfüllten im Lauf der Jahre, gemäß der ihnen erteilten Konzession, ihre Verpflichtungen. Indessen für die ausländischen Bankhäuser, welche „die große russische Eisenbahngesellschaft" gegründet hatten, war die Erbeutung der Gründungsgewinne, wie sich bald zeigte, die Hauptsache gewesen. Ein Jahr nach erfolgter Aktienausgabe war das ganze Aktienkapital aufgebraucht, obwohl die Bauarbeiten nur an einer Linie begonnen waren. Das Obligationenkapital wurde gleichfalls aufgebraucht, und die Regierung fand sich 1861 bewogen, die Verbindlichkeiten der Gesellschaft auf den Bau der Warschauer und Novgoroder Linien zu beschränken. Dazu hatte man noch die schlechte Arbeit französischer Ingenieure zu beklagen, die viele Neubauten nötig machte.

Eisenbahnbau.

[1]) Sax: Die Verkehrsmittel in Volks- und Staatswirtschaft 1879. II. 535 ff. Schmeidler: Das russische Reich unter Alexander II. 1879 nach Perl: Die russischen Eisenbahnen 1870—1871.

Eisenbahnkomite 1858.

Inzwischen war 1858 ein Eisenbahnkomite unter Vorsitz Nesselrodes eingesetzt worden, das Vorschläge über die Konzessionirung des Baues einzelner Linien zu machen hatte. Sie war bereits für die Riga—Dünaburger und für die Wolga—Don-Bahn erteilt und erfolgte danach mit verschiedenartiger Gewährung von Zinsgaranticen, für einige andere von englischen und einheimischen Gesellschaften übernommene Glieder des Gesamtnetzes. Allein erst um die Mitte der siebziger Jahre kam in die begonnenen Bauten etwas mehr Leben.

Die Spurweite.

Mit wenigen Ausnahmen, wie der Warschau—Wiener und der Warschau—Bromberger Eisenbahn, erhielten sämtliche russische Bahnen eine Spurweite von weiterer Ausdehnung als die der Nachbarstaaten. Dadurch sollte ein unmittelbarer Übergang der Wagen von und zu ihnen unmöglich gemacht werden. Dieser Absicht lagen vornehmlich militärische

Handel.

Erwägungen zu Grunde. Doch sprachen dabei wohl auch überlieferte Bestrebungen mit, Rußland vor dem Wettbewerb des ausländischen Gewerbfleißes und des ausländischen Handels zu schützen. In der That blieben die Zollmauern, in die nur der neue Zolltarif von 1850 eine schmale Bresche gebrochen hatte, anfangs beinahe in alter Höhe aufrecht.

Handelsverträge.

Die Handelsverträge, die in den ersten Regierungsjahren Alexanders II. mit Frankreich, den Vereinigten Staaten, Griechenland, Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, Preußen abgeschlossen wurden, konnten

Freihändlerische Bestrebungen.

daran nichts ändern. Allerdings machte damals die gemäßigt freihändlerische Schule, die sich an den Haupturheber des Zolltarifes von 1850, den namhaften Nationalökonomen polnischer Herkunft, Staatsrat Tegoborski, anschloß, sichtliche Fortschritte. Auch ließen sich jüngere freihändlerische Schriftsteller vernehmen, die nicht mehr wie Tegoborski von Mißtrauen gegen die Fabrik und von ausschließlicher Begeisterung für das hausindustrielle bäuerliche „Kustargewerbe“ (s. VI. 307) erfüllt waren. Gutenteils Vertreter der Interessen der Finanz- und Börsenwelt, die mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes und mit der Gründung zahlreicher neuer Aktiengesellschaften wuchsen, bewunderten sie die wirtschaftliche Entwicklung des Westens. Sie erhielten Bundesgenossen aus den Kreisen der Kaufmannschaft in Odessa, der es einleuchtete, daß die Getreideausfuhr durch die Zunahme der Einfuhr fremder Waren nur gewinnen könne[1]). Auch der grundbesitzende Adel verschloß sich teilweise dieser Ein-

Herabsetzung von Zöllen.

sicht nicht. So kam es zur Lockerung der Zollschranken in dem Tarif von 1857, sowie 1859 und 1861 zur allmählichen Herabsetzung des Zolles auf die Einfuhr von Roh- und Gußeisen, die für Maschinen und Eisenbahnbau nicht entbehrt werden konnten, von der heimischen Industrie

[1]) Tugan-Baranowsky: Geschichte der russischen Fabrik. Deutsche Ausgabe von B. Minzes S. 598. Wittschewsky: Rußlands Handels-, Zoll- und Industriepolitik 1905, S. 17 ff.

aber noch nicht geliefert wurden. Allein ein entschiedener Bruch mit der alten protektionistischen Zollgesetzgebung fand doch nicht statt.

Handwerker- und Fabrikgesetzgebung.

Ebenso verblieb in der überkommenen Handwerker- und Fabrikgesetzgebung trotz guter Absichten zu bessern, was schadhaft erschien, zunächst noch alles beim alten. Allerdings wurde 1859 von einer dem Petersburger Generalgouverneur unterstellten Kommission, im Einvernehmen mit Petersburger Fabrikanten, der Entwurf eines Reglementes für die Fabriken in Petersburg und im Petersburger Distrikt ausgearbeitet, das sich von dem Moskauer Arbeiterreglement Zakrevskijs (s. VII. 620) vorteilhaft unterschied. Es verbot u. a. die Verwendung von Kindern unter zwölf Jahren, beschränkte den Arbeitstag der Zwölf- bis Vierzehnjährigen auf zehn Stunden, untersagte die Nachtarbeit Minderjähriger, nahm die Einsetzung eines Fabrikinspektorates mit bedeutenden Vollmachten in Aussicht. Dieser Entwurf wurde den Arbeiten einer anderen, gleichfalls 1859 im Finanzministerium unter dem Präsidium des Grafen Stackelberg eingesetzten Kommission zugrunde gelegt, welche die gesamte russische Handwerks- und Fabrikgesetzgebung reformiren sollte. Sie verfaßte ein neues Gewerbereglement, das noch über die Vorschläge jenes ersten Entwurfes hinausging. Es dehnte den Arbeiterschutz auf alle großen und kleinen Gewerbeunternehmungen mit Lohnarbeitern, einschließlich der Kustarwerkstätten, aus, befürwortete die Errichtung von Gewerbegerichten, in gleicher Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erwählt, und nahm die Abschaffung der Zünfte in Aussicht. Allein der Widerstand zahlreicher Fabrikanten, an deren Spitze die Moskauer Sektion des Manufakturrates sich hervorthat, brachte den Gesetzentwurf zu Fall. Die Arbeit beider Kommissionen blieb vorläufig „schätzbares Material“ [1]). Ein besseres Schicksal hatte das lange vorbereitete Reformwerk, das an die Grundlagen des ganzen russischen Staatswesens und der ganzen russischen Gesellschaft rührte. Es war die Aufhebung der Leibeigenschaft.

Bekämpfung von Reformvorschlägen.

Die Frage der Aufhebung der Leibeigenschaft.

Während der letzten Jahre des Zaren Nikolaus, die durch die orientalische Verwicklung und durch den Krimkrieg in Anspruch genommen wurden, war für die Lösung dieser wichtigsten Frage des russischen Volkslebens kein Schritt geschehen. Aber die Streitigkeiten der Gouverneure, die als Vertreter der Regierung den ärgsten Mißhandlungen der Leibeigenen zu wehren suchten, und der Adelsmarschälle, die als Vertreter der adligen Gutsherren für diese Partei zu nehmen pflegten, hatten sich gehäuft. Unter den Leibeigenen selbst hatte die Meinung Wurzel

[1]) Tugan-Baranowsky S. 438 ff.

gefaßt, der Zar werde nur durch die Gutsherren daran gehindert, ihnen die Freiheit zu geben. Bei dem Aufgebot der allgemeinen Reichsmiliz durch kaiserliches Manifest fand das Gerücht Glauben, wer in sie eintrete, werde frei. In manchen Gegenden ließen die Bauern es sich nicht ausreden, das wahre Manifest, in dem dies verkündet worden, sei von den Gutsherren unterschlagen. Hie und da mußten diese militärische Hilfe gegen unbotmäßige Unterthanen anrufen. So war die Lage, die Alexander II. bei seiner Thronbesteigung vorfand. Abgesehen von diesen bedrohlichen Erscheinungen ließ sich der Gedanke nicht abweisen, daß ohne Aufhebung der Leibeigenschaft überhaupt durchgreifende Reformen unmöglich seien. Denn sie bildete das Fundament des brüchig gewordenen Gebäudes der im Krimkrieg bloßgestellten alten Staatskunst. Der neue Zar war schon als Kronprinz von der Notwendigkeit, die Aufhebung der Leibeigenschaft durchzuführen, überzeugt gewesen. Sein Entschluß, sie zu verwirklichen, stand fest und beschäftigte ihn, nach allem, was man weiß, seit dem Tage seines Regierungsantritts.

Hoffnungen der Bauern.

Indessen glaubte die Masse der adligen Gutsherren, die dieser Maßregel widerstrebte, sich noch in Sicherheit wiegen zu dürfen. Die ersten Kundgebungen des neuen Herrschers vermieden jede Berührung der großen Frage. Die Entlassung Bibikovs als Minister des Inneren, der in den westlichen Provinzen bei der Herstellung von „Inventaren" der gegenseitigen Verpflichtungen von Herren und Bauern mit willkürlicher Schroffheit gegen die dortigen Gutsbesitzer aufgetreten war, wurde als Zeichen eines Verzichtes auf irgendwelches Rütteln an der Einrichtung der Leibeigenschaft gedeutet. In demselben Sinn ward ein an die Adelsmarschälle gerichtetes Rundschreiben Lanskojs, des Nachfolgers Bibikovs, aufgefaßt, in dem es hieß, der Zar habe ihm befohlen, die dem Adel von Rußlands Herrschern verliehenen Rechte unverletzt aufrecht zu erhalten. Allein die eigenen Worte des Zaren beim Empfang der Moskauer Adelsvertreter, nach dem Abschluß des Pariser Friedens, lauteten anders. Wohl widersprach er dem Gerücht, als beabsichtige er, die Leibeigenschaft sofort aufzuheben. Aber er führte den Herren zu Gemüt, daß „das bestehende Verhältnis des Besitzes von Seelen" nicht unverändert bleiben könne. „Es ist besser, fügte er hinzu, die Leibeigenschaft von oben abzuschaffen, als die Zeit abzuwarten, bis sie von unten aus abgeschafft wird." Er bat, seine Worte zu verbreiten, damit der Adel sie in Erwägung ziehe. Von da an war der Ernst der Absicht des Zaren nicht mehr zu bezweifeln.

Stimmung der Gutsherren.

Äußerungen Alexanders II.

Im Ministerium des Innern, das mit Genehmigung des Zaren alle Angelegenheiten in Sachen der Leibeigenschaft seinem Amtsbereich unterstellte, fing man daher an, sich mit der von ihm geforderten Reform

Bethätigung Lanskojs.

zu beschäftigen[1]). Lanskoj übertrug die Oberleitung der Arbeit dem Geheimrat Levšin, einem Großgrundbesitzer, der sich bisher als Departementschef im Ministerium der Reichsdomänen bewährt hatte. Allein Levšin war noch weit entfernt von der Idee, zur Lösung der großen Aufgabe einen bestimmten Plan zu entwerfen. Er begnügte sich zunächst mit der Abfassung einer geschichtlichen Denkschrift über die Leibeigenschaft und die seit Peter dem Großen zu ihrer Beschränkung ergriffenen Maßregeln. Am Schluß warf er nur einige Fragen auf, wie die, ob das ganze Land den Gutsherren verbleiben, ob sie von der Regierung einen Ersatz für ihre Verluste zu erwarten hätten, enthielt sich aber seinerseits einer Antwort. Durch dies schlaffe Benehmen wurde der Adel der großrussischen Gouvernements in dem passiven Widerstand sehr ermutigt, den er der geplanten Reform entgegenzusetzen sich bemühte. Er unterschied sich darin von dem polnischen Adel der westlichen, insonderheit der litauischen Gouvernements, der geneigt zu sein schien, den Wünschen des Zaren zu entsprechen. Eine Hauptstütze hatte der widerstrebende Adel Großrußlands an dem mächtigen Fürsten Orlov. Mit ihm zog der neue Domänenminister General Michael Muravjev, dem Millionen von Leibeigenen der Krone untergeben waren, an einem Strang.

Denkschrift Levšins.

In Verlegenheit, was weiter zu thun sei, beantragte Lanskoj die Einsetzung eines geheimen Komites zur Beratung der hinsichtlich der Leibeigenschaft zu fassenden Entschlüsse. Die Mitglieder dieses Komites waren Fürst Orlov, der Präsident des Reichsrates, der in Abwesenheit des Zaren den Vorsitz zu führen hatte, die Minister des Inneren, der Finanzen, des Verkehrswesens, Lanskoj, Brock, Cevkin, sowie der ewig jugendliche Minister des kaiserlichen Hauses, Graf Adlerberg, Fürst Dolgorukij, die Reichsräte Fürst Paul Gagarin, Baron Korff, General Rostovcev, Graf Bludov, Präsident der Gesetzgebungsabteilung der kaiserlichen Kanzlei, denen später auf Orlovs Betreiben noch der neue Domänenminister Muravjev zugesellt wurde. Der Zar eröffnete die erste Sitzung des geheimen Komites am 15. Januar 1857 mit der Fragestellung, ob es nicht zeitgemäß sei, entscheidende Maßregeln zur Aufhebung der Leibeigenschaft zu treffen. Die Geschäftsführung überließ er nach Orlovs Antrag dem Reichssekretär Vladimir Butkov. Bald zeigte

Einsetzung eines geheimen Komites.

Ihre Eröffnung durch den Zaren 15. 3. Jan.

[1]) Engelmann: Die Leibeigenschaft in Rußland 1884. Ein bibliographischer Überblick über die weitschichtige russische Litteratur zur Geschichte der Aufhebung der Leibeigenschaft findet sich in dem russischen Werk von N. Rubakin „Unter Büchern", Moskau 1913 II. S. 698 ff. Daselbst unter Nr. 12658 das russische Hauptwerk „Die große Reform usw." 6 Bände, Moskau 1911. Vgl. Michel Delines: Les grandes réformes d'Alexandre II. de Russie (Bibliothèque Universelle Lausanne 1896 CI. nach dem russischen Werk von G. Džanšev: „Aus den Zeiten der großen Reformen", Moskau 1892, spätere Auflagen bis 1905).

sich, daß die überwiegende Mehrzahl der Komitemitglieder wie Orlov selbst auf alle Weise bestrebt war, die Verwirklichung der Absichten des Zaren zu hindern. Sie suchte die ganze Angelegenheit dem Ministerium des Inneren aus der Hand zu nehmen und übertrug die Zusammenstellung sämtlicher eingelaufenen Vorschläge einer dreigliedrigen Kommission, die aus dem Fürsten Gagarin, dem Baron Korff, dem General Rostovcev bestand. Da diese sich nicht einigen konnten, wurden ihre verschiedenartigen Gutachten den übrigen Komitemitgliedern zum Studium überwiesen. Dasselbe geschah mit einer zweiten Denkschrift Levšins vom 6. August 1857, in der er die früher von ihm aufgeworfenen Fragen zu beantworten unternahm. Freilich bewies er dabei eine vollständige Verkennung der Schwierigkeiten der zu lösenden Aufgabe. Er versagte es sich ganz und gar, Einzelheiten der künftigen Rechtslage der Bauern anzugeben und verwarf die Idee einer Ablösung des Bauernlandes durch finanzielles Eingreifen des Staates. Er empfahl nur eine allmähliche Einführung der persönlichen Freilassung der Bauern mit Eigentumserwerb von Wohnstelle und Garten durch Kauf in einem Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren und Verleihung eines Nutznießungsrechtes am Acker gegen bestimmte Leistungen nach Gouvernements, der Art, daß man mit den westlichen Gouvernements von Wilna, Kowno, Grodno den Anfang machen sollte. Die Gegner der Reform in dem geheimen Komite trieben ihre Taktik der Verschleppung weiter. Nach ihren zur Annahme gebrachten Vorschlägen sollte die Verbesserung des Loses der Bauern in drei Zeitabschnitten vor sich gehen. Für den ersten, während dessen einige Rechte der Gutsherren beschränkt und Freilassungen bloß nach Vereinbarung erlaubt sein sollten, war gar kein Endtermin angesetzt. Eine zehnjährige Frist bestimmte man für den zweiten, während dessen auf Grund gesammelter statistischer Materialien eine Bauernverordnung auszuarbeiten war. Ihre Durchführung endlich war der dritten Periode vorbehalten.

Levšins zweite Denkschrift 6. Aug. 26. Juli.

Unzufriedenheit des Zaren.

Inzwischen war der Zar durch die Langsamkeit der Arbeit des geheimen Komites verstimmt worden. Bei der Rückkehr von einem Aufenthalt in Deutschland, wo er durch den aus Paris berufenen Grafen Kiselev ermutigt worden war, auf dem betretenen Weg weiterzugehen, suchte er durch Ernennung seines Bruders, des Großfürsten Konstantin, zum Mitglied des Komites, dessen Gang zu beschleunigen. Indessen fand Konstantin sich durch den Fürsten Orlov und seinen Anhang gehemmt, ohne auf thatkräftige Unterstützung anderer Mitglieder, abgesehen höchstens von General Rostovcev, zählen zu können. Erst ein äußerer Anstoß förderte die Sache um einen Schritt weiter. Im Spätherbst überbrachte Nazimov, der dem Zaren nahestehende Generalgouverneur von Wilna, von ihm hervorgerufene Anträge der adligen „Inventarkommissionen" der litaui-

Anträge der litauischen „Inventarkommissionen".

schen Gouvernements Wilna, Kowno und Grodno, die persönliche Freilassung der Leibeigenen beantragten. Die Antwort des Zaren war ein Reskript vom 2. December 1857, das auf sein Drängen aus der gemeinsamen Arbeit des geheimen Komites und des Ministeriums des Inneren hervorging. Seine Hauptsätze waren mit einigen Ergänzungen der zweiten Denkschrift Levšins entnommen: Erhaltung des gutsherrlichen Eigentums am gesamten Land, der gutsherrlichen Polizei und Aufsicht über die Gemeindeverwaltung, Eigentumserwerb von Wohnung und Garten für den Bauern durch Kauf in bestimmter Frist, Überlassung der Nutznießung von Ackerland gegen Pachtzahlung oder Naturalleistungen und Arbeiten. Nach diesen Grundsätzen sollten Komites von Gutsbesitzern jener drei Gouvernements unter Oberaufsicht der Generalgouverneure entsprechende Gesetzentwürfe ausarbeiten. Das Reskript vermied aber vorsichtig den Ausdruck „Aufhebung der Leibeigenschaft" und sprach nur von einer „Verbesserung des Zustandes gutsherrlicher Bauern". Ein erläuterndes Schreiben des Ministers des Inneren gebrauchte allerdings die Worte „Aufhebung der Leibeigenschaft", betonte aber, daß die Bauern anfangs, während eines Übergangszustandes bis zu zwölf Jahren, mehr oder weniger noch an die Scholle gebunden sein sollten. Beide Aktenstücke blieben nicht geheim. Sie wurden auf Antrag Lanskojs sämtlichen Gouverneuren und Adelsmarschällen „zur Kenntnisnahme und zur Richtschnur für den Fall, daß der örtliche Adel ähnliche Wünsche hege", in gedruckter Form übersandt.

Kaiserliches Reskript 2. Dec. 20. Nov.

Da der Adel des Petersburger Gouvernements schon früher um die Genehmigung der Entwerfung von „Inventaren", als Vorstufe allmählicher persönlicher Freilassung der Leibeigenen nachgesucht hatte, so wurde dem Generalgouverneur von Petersburg ein besonderes kaiserliches Reskript übermittelt. Es unterschied sich in nichts von dem allgemeinen Reskript. Dagegen erfuhr das erläuternde ministerielle Schreiben, an dem Muravjev mitgearbeitet hatte, einige nicht unbedeutende Abschwächungen. Diese beiden Aktenstücke wurden nach dem Wunsch des Großfürsten Konstantin auch in einigen Zeitungen der Hauptstädte veröffentlicht. Zugleich erfuhr man, daß der Zar beim Empfang der Adelsmarschälle von Petersburg nochmals erklärt habe, daß die Durchführung der Reform bei ihm fest beschlossen sei, und daß er bestimmt auf die Mitwirkung des Adels rechne. Indessen fand diese Mahnung von höchster Stelle im allgemeinen zunächst wenig Anklang. Auch ein vom Minister des Innern an die Gouverneure und Adelsmarschälle gerichtetes mattes Rundschreiben, das zur Berichterstattung über den Eindruck der bisher getroffenen Maßregeln aufforderte, hatte geringen Erfolg. Zwar lauteten die Berichte aus den Gouvernements von Podolien, Wolhynien, Kiew, Minsk günstig. Der dortige polnische Adel, politisch gebildeter als der

Reskript und ministerielle Erläuterung für das Gouvernement Petersburg.

Verhalten des polnischen Adels in den westlichen Gouvernements.

russische, begriff sofort, daß es in seinem Interesse liege, der Regierung entgegen zu kommen und hoffte durch persönliche Befreiung der Bauern die ihm lästigen Inventare los zu werden. In Wilna, Kowno, Grodno hatte die Eröffnung der in Aussicht genommenen Komites bereits stattgefunden, und der Adel des Dünaburgischen Kreises bat um die Erlaubnis, dies Beispiel nachahmen zu dürfen. Aber die Mehrzahl der adligen Gutsbesitzer Großrußlands verhielt sich durchaus ablehnend. Sie machte aus ihrer Bestürzung kein Hehl, erklärte den Bauern für die Reform nicht reif und malte düstere Schreckbilder der Zukunft an die Wand. Die Minderheit, die der Reform grundsätzlich geneigt war, hatte doch an den bisherigen für sie gezogenen Richtlinien manches auszusetzen. Namentlich empfahl sie im Gegensatz zu ihnen Aufhebung oder Ablösung aller Naturalleistungen und Aufhören der gutsherrlichen Polizei nach der Freilassung der Bauern. Im Rat des Zaren wurden diese Vorschläge der adligen Minderheit damals noch als zu radikal verworfen. Hingegen wurde der offene Widerstand der Mehrheit durch ministeriellen Tadel von sieben Adelsmarschällen und eines Gouverneurs, die sich am schärfsten geäußert hatten, gebrochen. Der großrussische Adel begann einzusehen, daß der Entschluß des Zaren unwiderruflich sei. In Moskau, wo der Generalgouverneur Graf Zakrevskij bis dahin sogar jede Besprechung der kaiserlichen Wünsche verhindert hatte, wollte man das Versäumte möglichst zu eigenem Vorteil nachholen. Die adligen Gutsbesitzer baten nunmehr um Genehmigung der Bildung eines Komites zur Entwerfung einer Bauernverordnung, wie sie dasselbe für das Moskauer Gouvernement als praktisch erachten würde. Allein die Bittsteller wurden durch ein Antwortreskript ungnädig dahin beschieden, daß für alle Entwürfe die bereits für andere Gouvernements festgestellten Grundsätze maßgebend zu sein hätten.

Verhalten der Mehrheit und Minderheit des großrussischen Adels.

Länger ward nicht gezögert, die große Angelegenheit ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Das bisher geheime Komite verwandelte sich am 20. Januar 1858 in ein anerkanntes „Hauptkomite". Abgesehen von der Ersetzung Korffs durch den Justizminister Grafen Panin und Brocks durch Kniajevič, den neuen Finanzminister, blieb sein Bestand der gleiche. Es ward gestattet, alle Beschlüsse der Regierung, Reskripte und Adelsadressen nicht nur durch die hauptstädtische Presse, sondern auch durch die Gouvernementszeitungen bekannt zu machen. Zwei Zeitschriften, denen freilich nur eine kurze Lebensfrist gewährt wurde, widmeten sich sogar ausschließlich der Behandlung von Fragen, die mit der Aufhebung der Leibeigenschaft im innigsten Zusammenhang standen: „Die ländliche Wohlfahrt", in der die Slawophilen für den Gesamtbesitz der bäuerlichen Gemeinde eintraten, und „Das Journal für Grundeigentümer", das vornehmlich den Interessen der Großgrundbesitzer diente. In den adligen

Hauptkomite 20./8. Januar 1858.

Gouvernementskomites begann man nach Festsetzung eines vom Hauptkomite aufgestellten Programmes an Entwürfen von Bauernverordnungen für jedes Gouvernement zu arbeiten. Bei einer Rundreise des Zaren während des Sommers empfing er überall den Adel und machte immer die ihm vorschwebende Reform zum Gegenstand seiner Ansprachen. Auch verfügte er die Einsetzung einer aus Lanskoj, Panin, Muravjev und Rostovcev bestehenden Kommission zum Zweck vorläufiger Prüfung der von den Gouvernementskomites verfaßten Entwürfe und räumte diesen das Recht ein, je zwei Abgeordnete nach Petersburg zu senden, die von dem Hauptkomite und von der Viererkommission zu ihren Sitzungen eingeladen werden durften.

Prüfungskommission.

Die treibende Kraft in jener Kommission wie in dem Hauptkomite wurde von nun an General Rostovcev. Sohn eines Kaufmanns, Enkel eines Schlossers, in einem Kadettenkorps erzogen und als Autodidakt oberflächlich gebildet, dankte dieser glückliche Emporkömmling die Gunst des kaiserlichen Hauses dem Umstand, daß er als junger Officier 1825 den Zaren Nikolaus vor dem Ausbruch der Dekabristenverschwörung, aber ohne Angabe von Namen, gewarnt hatte (s. III. 2. Aufl. S. 70). Als Adjutant des Großfürsten Michael, des Lieblingsbruders des Zaren Nikolaus, und als thatsächlicher Chef des Generalstabes der wichtigsten Militärlehranstalten, die nach Michaels Tod dem Thronerben Alexander unterstellt waren, stieg er auf der Staffel militärischer Würden empor und erlangte den Ruf eines strengen, aber einsichtigen und selbstlosen Vorgesetzten. Mit Alexander II. verband ihn eine wahre, auf gegenseitige Zuneigung gegründete Freundschaft. Er teilte mit dem jungen Herrscher das gutmütige, sanguinische Naturell. Die Milderungen des harten und geistlosen Drills, die er in den Militärlehranstalten einzuführen vermocht hatte, waren ganz nach dessen Sinn. Allerdings mußte sich noch zeigen, ob der in den Reichsrat aufgenommene und mit dem allerhöchsten Vertrauen beehrte General imstande sein werde, die glückliche Lösung der wichtigsten Frage des bürgerlichen Lebens Rußlands zu fördern, als welche die Aufhebung der Leibeigenschaft zu betrachten war. Er selbst war, wie er dem Zar gestanden, nicht frei von dem Gefühl „der Furcht vor Rußland und vor der Nachwelt". Aber er widmete sich mit Feuereifer der ihm fremden Aufgabe und begeisterte sich je länger je mehr für ihre Größe.

Rostovcev.

Rostovcev lag anfangs der Gedanke fern, mit der persönlichen Befreiung der Bauern eine gleichzeitige Zuteilung von Land als Eigentum auf Grund einer staatlichen Zwangsablösung zu verbinden[1]). Dieser Gedanke war von dem ausgezeichneten Rechtshistoriker Kavelin auf

Frage der Landzuteilung.

Vorschlag Kavelins.

[1]) M. Kowalewsky: Die ökonomische Entwicklung Europas usw. Deutsche Übersetzung aus dem Russischen VI. 408 ff. 1913, vornehmlich nach P. Semenovs Memoiren.

Anregung der Großfürstin Helene verfochten worden, die ihn bei der Befreiung der Bauern auf ihren Gütern im Gouvernement Poltawa zur Ausführung bringen wollte. In Form einer Denkschrift zuerst handschriftlich verbreitet, im Frühling 1858 dem Druck überliefert, erregte Kavelins Vorschlag die Unzufriedenheit des Zaren und fand auch vor Rostovcevs Augen keine Gnade. Der General stand vielmehr noch unter dem Einfluß einer Denkschrift, die Posen, ein reicher Gutsbesitzer von Poltawa, vormals Chef der Kanzlei des Kriegsministeriums, schon dem geheimen Komite eingereicht hatte. Hier war allerdings auch einer Zwangsablösung unter staatlicher Vermittlung nach einer zwölfjährigen Übergangszeit das Wort geredet. Allein sie sollte sich nur auf die bäuerlichen Wohnstellen mit Hof- und Gartenland beziehen und durch die Ablösungszahlungen der Bauern gesichert werden. Den Gutsbesitzern sollte das gesamte bäuerliche Ackerland verbleiben. Außerdem sollten sie für den Verlust ihrer Rechte auf die Person und die Frondienste der Bauern eine Entschädigung erhalten. Die Denkschrift Posens ward als ausgearbeitetes Programm dem Hauptkomite vorgelegt und von demselben angenommen. Dies rief in der ausländischen Presse und namentlich in Herzens „Glocke" den schärfsten Tadel des Hauptkomites hervor. In Rußland selbst stellte sich Kavelin an die Spitze der Angreifer, was nach einer Denunciation Dolgorukijs seine Entfernung vom Amt eines Lehrers des Thronerben zur Folge hatte. Inzwischen benützte der gelehrte Peter Semenov seine Bekanntschaft mit Rostovcev, als eifrigem Mitglied der russischen geographischen Gesellschaft, um ihm andere Ansichten über die Rechtsverhältnisse und Bedürfnisse der bäuerlichen Bevölkerung beizubringen. Namentlich suchte er ihn von dem alten Recht des Mitbesitzes der Bauern an Gutsländereien und von der Notwendigkeit zu überzeugen, ihnen bei ihrer Befreiung das für ihr wirtschaftliches Gedeihen und für die Erfüllung der Staatspflichten nötige Land als unantastbares Eigentum zu sichern. Rostovcev, im Begriff einen Sommeraufenthalt in Deutschland zu machen, versprach ihm, dort frei von Geschäften die ganze Frage gründlich zu prüfen. In der That rang er sich während der drei Monate seiner Abwesenheit von Petersburg, die ihm Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit fremden Staatsmännern und Gelehrten gaben, zu anderen Ansichten durch.

Denkschrift Posens.

Einwirkung Semenovs.

Das Ergebnis seines Nachdenkens waren vier Briefe, die er aus der Ferne an den Zaren richtete. Ohne sonderliche logische Schärfe und Originalität der Ideen bestachen sie doch durch die Wärme des Tones und die hoffnungsfreudige Stimmung des Schreibers. Wurde in dem ersten Brief die Ablösung des Bauernlandes durch staatliches Eingreifen in finanzieller Beziehung noch als undurchführbar erklärt, so ward in dem letzten der Erwerb ausreichenden Landeigentums in Verbindung

Rostovcevs Briefe an den Zaren 29. Aug. 15. Sept. 1858.

mit der Bauernbefreiung, bei vorsichtigem Hinweis auf staatliche Unterstützung, zu einer entschiedenen Forderung erhoben. Ebenso entschieden war das Verlangen, daß die polizeiliche Gewalt über den einzelnen Bauern künftig nicht vom Gutsherrn, sondern von der Gemeinde gehandhabt werde. Auf den Zaren machten die Briefe seines Freundes tiefen Eindruck. Er ließ ihren wesentlichen Inhalt dem Hauptkomite als Richtschnur für die weitere Behandlung der ganzen Angelegenheit mitteilen. Danach gestattete er ihre Drucklegung für die Mitglieder des Hauptkomites und für andere Würdenträger des Reiches. Auf diese Weise wurden sie im Publikum bekannt und verschafften Rostovcev einen guten Namen bei allen Liberalen. Auch einer der amnestirten, aus Sibirien zurückgekehrten Dekabristen, Fürst Obolenskij, konnte ihm seine Zustimmung nicht vorenthalten, und Rostovcev räumte den Ratschlägen dieses alten Freundes großen Einfluß auf seine Entschlüsse ein.

Vorschläge der Minderheiten adliger Gouvernementskomites.

Eine bedeutende Unterstützung gewährten ihm die Vorschläge der Minderheiten einzelner adliger Gouvernementskomites. Für ihre Beratungen hatte das ursprünglich aufgestellte Programm in Sachen der Landzuteilung und der Polizeigewalt ohnehin keine Geltung mehr. Die Versorgung der Bauern mit Land zur Begründung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit war vornehmlich von dem als feurigen Slawophilen und glänzenden Publicisten schon bekannten Samarin (s. VII. 623) namens der Minderheit des Komites des Gouvernements Samara verfochten worden. Damit verband er, im Gegensatz zu den Befürwortern des bäuerlichen Privateigentums, wie die ganze Schule der Slawophilen und vieler ihrem Lager nicht angehörigen russischen Liberalen, eine begeisterte Verteidigung der Erhaltung des „Mir", des ländlichen Gemeinbesitzes und der genossenschaftlichen Bewirtschaftung. Aber die Mehrzahl der adligen Gutsbesitzer in den Gouvernementskomites sprach sich gegen jede Landzuweisung an die Bauern aus. Sie wollte ihnen auch jeden Anteil an der Forstgerechtigkeit in den Gutsforsten weigern. Ihr Widerstand wurde durch höchstgestellte Persönlichkeiten, wie Fürst Orlov und Graf Muravjev, ermutigt. Jenem wurde das Wort nachgesagt, er lasse sich lieber die Hand abhauen, ehe er die Landverleihung an die Bauern unterschreibe. Dieser suchte Rostovcev und seine Gesinnungsgenossen als „Schüler" Alexander Herzens zu verdächtigen. Auch der alte Oberhofmarschall Andreas Suvolov geberdete sich nach Valuevs Tagebüchern wie unsinnig. Immerhin war die Opposition des Landadels, der die gewollte Reform an sich nicht mehr bekämpfte, aber seine materiellen Interessen zu wahren suchte, weniger gefährlich als die der hohen Bureaukratie und der höfischen Umgebung des Zaren, die noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben hatten, seinen menschenfreundlichen Plan überhaupt zum Scheitern zu bringen.

Samarin.

Gegenwirkungen Orlovs, Muravjevs u. a.

Die Redaktionskommission.

Unter diesen Umständen ward es von den Freunden der Reform freudig begrüßt, daß der Zar nach Rostovcevs Anregung den Schwerpunkt der ganzen Arbeit aus dem von den Gegnern der Reform beherrschten „Hauptkomite" in zwei „Redaktionskommissionen" verlegte, die bald zu einer verschmolzen wurden, deren Mitglieder Rostovcev zu ernennen und deren Leitung er als Vorsitzender zu übernehmen hatte. Ihre Aufgabe bestand in der Zusammenstellung, Vergleichung, Begutachtung der Entwürfe der Gouvernementskomites und in der darauf begründeten Abfassung einer allgemeinen Bauernverordnung sowie anderer hierauf bezüglicher örtlicher Sonderbestimmungen. Damit war die Herstellung eines allgemeinen Gesetzes in erster Linie entschieden. Für dessen Grundcharakter schien die Zusammensetzung der Kommission genügende Bürgschaften zu leisten. Rostovcev traf seine Wahl der 36 Mitglieder der Art, daß die Anhänger der Bauernbefreiung in der weit überwiegenden Mehrheit waren. Die eine Hälfte der Kommission bestand aus Beamten der Ministerien des Inneren, der Domänen, der Justiz, des Apanagedepartements, der kaiserlichen und reichsrätlichen Kanzleien, die andere aus Sachverständigen, die großenteils den liberalen Minoritäten der Gouvernementskomites entnommen waren. Hier kamen Samarins Begabung und Feuereifer erst recht zur Geltung. Ihm stellte sich ein slawophiler Mitkämpfer, Fürst Cerkasij, zur Seite, dessen kräftiges Auftreten zu Gunsten der Bauern im Komite des Gouvernements Tula bei der Mehrheit des Adels Stürme der Entrüstung erregt hatte. Der erfahrene Beamte des Domänenministeriums, A. Solovjev, die nachmaligen Finanzminister Reutern und Bunge leisteten der großen Sache gleichfalls ihre Dienste. Niemand aber hatte vielleicht eine so gewichtige Stimme in der Redaktionskommission wie Samarins Freund, Nikolaus Miljutin, der damals zuerst den Ruhm staatsmännischer Bedeutung erlangte[1]).

Nikolaus Miljutin.

Seine Vergangenheit.

Einer in ihren Vermögensverhältnissen ziemlich heruntergekommenen Adelsfamilie entstammt, die im siebzehnten Jahrhundert aus Serbien nach Rußland eingewandert war, hatte Nikolaus Miljutin, wie sein älterer Bruder Demetrius, sich frühe schon mit liberalen Ideen erfüllt und vor allem die Aufhebung der Leibeigenschaft als dringendstes Erfordernis für jeden socialen und politischen Fortschritt betrachten gelernt. Der Gunst seines Oheims von mütterlicher Seite, des aufgeklärten Grafen Paul Kiselev, dankte er, noch nicht zwanzigjährig, die Aufnahme in das Ministerium des Inneren. Hier stieg er rasch von einer Stufe zur anderen empor, machte sich noch während der Regierung des Zaren Nikolaus durch die Schöpfung einer Municipalität in Petersburg verdient, und

[1]) Eine Ergänzung des Werkes von Leroy-Beaulieu: Un homme d'état Russe (N. Milutine) 1884 bietet der Essai von Kiesewetter in dem russischen Sammelwerk „Die Befreiung der Bauern" Moskau 1911.

ward an der Spitze des ökonomischen Departements der Schrecken der Gutsherren, die ihre Macht gegenüber ihren Bauern mißbrauchten. Nach dem Regierungsantritt Alexanders II. wurde der kenntnisreiche, charakterfeste, der Feder und des Wortes gleich mächtige Mann die rechte Hand des Ministers Lanskoj. Die Großfürstin Helene zeichnete ihn durch ihre Freundschaft aus, während er bei Hof als „ein Roter" nicht zum besten angeschrieben war. Es fehlte wenig, daß er bei einem unbedeutenden Anlaß, in seinem Stolz verletzt, seinen Abschied genommen hätte. Indessen Lanskoj verbürgte sich beim Zaren für die Loyalität seines ihm unentbehrlichen Untergebenen und durfte ihn als Nachfolger des ausscheidenden Levšin zu seinem „zeitweiligen Beigeordneten" ernennen. Als solcher hatte er in dem „Agrardepartement" des Ministeriums alle die Organisation der Bauern betreffenden Angelegenheiten zu bearbeiten. Er trieb den schwankenden Minister vorwärts und gewann bald auch ein gutes Verhältnis zu Rostovcev, dem er anfangs als „Denuncianten" der Dekabristen mißtrauisch begegnet war. Rostovcev nahm ihn in die Redaktionskommission auf und ließ sich vornehmlich durch ihn bei der Ernennung ihrer Mitglieder leiten. An der Spitze einer von ihm selbst ausgewählten Gefolgschaft, seiner Überlegenheit sich bewußt, ohne deshalb die Verdienste anderer zu mißachten, ward er ihr Führer im Kampf um die Erringung wirtschaftlicher und kommunaler Selbständigkeit der Bauern, als notwendige Ergänzung ihrer persönlichen Befreiung.

Eröffnung der Redaktionskommission 16. März 1859.

Die Redaktionskommission, der eine große Bibliothek zur Verfügung gestellt war, wurde am 16. März 1859 eröffnet. Sie begann ihre Thätigkeit mit der Regelung ihrer Arbeit in mehreren Abteilungen. Die juristische hatte sich mit den persönlichen Rechten der Bauern und mit den Ansprüchen der Gutsherren auf das Land zu befassen, die administrative mit der Einrichtung der Gemeinden und ihrer Beziehungen zum Gutsherrn und zur Staatsverwaltung, die ökonomische mit dem Verhältnis der Bauern zum Land und zum Gutsherrn. Eine vierte Abteilung, die finanzielle, welche die Frage der Landablösung zu behandeln hatte, ward bald danach den drei ersten beigefügt. Man beschloß dreitausend Exemplare der Kommissionsberichte drucken zu lassen und an die Minister, Gouverneure und Adelsmarschälle zum Zweck der Beurteilung zu versenden. Übrigens wurden nach Rostovcevs Antrag für die Kommissionsarbeiten sofort eine Reihe von Grundsätzen als maßgebend erklärt. An der Spitze dieser Grundsätze stand Ermöglichung von Landerwerb zu Eigentum durch die Bauern bei Aufhebung der Leibeigenschaft. Allerdings verhalf er gegen den Wunsch der Mehrheit, mit Berufung auf den unabänderlichen Willen des Zaren, dem Beschluß zur Annahme, daß der Landerwerb auf freier Vereinbarung von Gutsherrn und Bauern beruhen solle. Allein der Zusatz, die Regierung werde nach Ablauf

Ihr Programm.

einer zwölfjährigen Frist Maßregeln treffen, um den dann noch vorhandenen Bedürfnissen abzuhelfen, stellte für den Notfall doch einen staatlichen Zwang der Ablösung in Aussicht. Als Grundlage der Einzelarbeit diente der Redaktionskommission ein kaum übersehbarer Stoff eingelieferter, statistischer Angaben über alle Gutsherrschaften. Da man aber Eile hatte, etwas zustande zu bringen, kamen zunächst nur diejenigen Angaben zur Verwendung, die sich auf Güter mit hundert und mehr Seelen bezogen. Später erst wurden Stichproben hinsichtlich kleinerer Güter zur Vergleichung mit dem Gesamtergebnis herangezogen.

Berufung von Abgeordneten einer Anzahl von Gouvernementskomites.

Noch war die Bearbeitung der Entwürfe von 21 Gouvernementskomites nicht ganz vollendet, als man sich zur Einberufung von Abgeordneten derselben nach Petersburg entschloß. Die ursprüngliche kaiserliche Zusage, Abgeordnete sämtlicher adliger Gouvernementskomites an den Sitzungen des „Hauptkomites" teilnehmen zu lassen, blieb unerfüllt. Sie wurden vorsichtshalber gruppenweise nur zu den Sitzungen der Redaktionskommission eingeladen. Auch ward den Komites das Recht freier Wahl der Abgeordneten versagt. Wo einem Entwurf der Mehrheit ein Entwurf der Minderheit gegenüberstand, sollte ein Abgeordneter von jener, einer von dieser bestimmt werden. Lagen zwei Entwürfe der Minderheit vor, so sollte diese sogar zwei Vertreter entsenden dürfen. Auf diese Weise hoffte man, der konservativen Adelspartei, deren Bestrebungen mit den Absichten der Regierung in Widerspruch

Überwiegen der konservativen Mehrheit.

standen, ein Paroli bieten zu können. Indessen überwog die konservative Mehrheit trotzdem unter den Abgeordneten. Mit ihrem Erscheinen verschärfte sich der Widerstreit der Parteien. Je sichtlicher die Redaktionskommission unter Rostovcevs Leitung den Charakter einer gesetzgebenden Körperschaft annahm, desto enger schlossen alle Gegner der Reform sich zusammen. Sie setzten Beschwerdeschriften in Umlauf und verfaßten

Denkschrift Solovjevs.

Adressen, in denen sie sich klagend an den Zaren wandten. Zu ihrer Bekämpfung ließ Lanskoj durch Solovjev eine geheime Denkschrift ausarbeiten, in welcher der Zar vor ihren Plänen gewarnt wurde. Der Zar teilte sie Rostovcev zur Nachachtung mit und veranlaßte dadurch die Abfassung einer Instruktion, welche die Mitwirkung der adligen Abgeordneten

Einschränkung der Mitwirkung der Abgeordneten.

aufs äußerste einschränkte. Gemeinsame officielle Beratungen untereinander wurden ihnen verboten. Es sollte ihnen nur die Beantwortung von Fragen und die Erstattung von Gutachten erlaubt sein, die sich auf die einzelnen Gouvernements bezögen. Hiefür wurde ihnen die kurze Frist eines Monats gesetzt. Eine so entwürdigende Behandlung reizte die liberalen Abgeordneten des Adels nicht weniger wie die konservativen. Sie waren einig in der Verurteilung des bisherigen selbstherrlichen Beamtentums und ließen sich durch eine versöhnliche Ansprache des Zaren beim Empfang in Zarskoe Selo nicht beschwichtigen. Einer der

Führer der ersten Gruppe, Unkovskij, der Adelsmarschall von Twer, forderte zusammen mit vier Genossen in einer Adresse gleichzeitig obligatorische Ablösung des Bauernlandes und Trennung von Justiz und Verwaltung, Verantwortlichkeit der Beamten vor Gericht, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Geschworenengericht. Dies trug ihm Strafen ein, die ein Vorspiel späterer zeitweiliger Verbannung waren. Auf der anderen Seite forderte ein Hauptkämpe der Konservativen, Sidlovskij, Abgeordneter des Komites von Simbirsk, in einer Adresse vom Zaren, er möge die Bauernreform unter eigener Aufsicht allein mit Zuziehung adliger Bevollmächtigter zu Ende führen. Noch unmittelbarer wandte sich Michael Bezobrazov, Neffe des Fürsten Orlov, Sprößling einer der vornehmsten und reichsten Familien, in einer dem Zaren eingereichten Denkschrift gegen die Redaktionskommission, die er mit den heftigsten Vorwürfen überschüttete. Aber an Alexander II. prallten diese Vorwürfe ab. In Randbemerkungen zu den ihm überlieferten Schriftstücken sprach er entrüstet von dem offenbaren Wunsche der Herren, „eine oligarchische Verfassung in Rußland einzuführen". Rostovcev ließ er brieflich wissen: „Denken diese Herren, daß sie mir mit ihren Schritten Furcht einflößen können, so sind sie in einem starken Irrtum befangen. Ich bin zu sehr von der Richtigkeit meines heiligen Werkes überzeugt, als daß es jemand gelingen könnte, mich von seiner Ausführung abzuhalten."

Adlige Forderungen und Vorwürfe.

Allein des Zaren vertrauter Freund, dessen begeisterte, selbstlose Hingabe an die Sache sein Hauptverdienst gewesen war, erlebte ihre Vollendung nicht mehr. Im Herbst 1859, noch ehe die Abgeordneten der ersten Gruppe der Gouvernementskomites Petersburg verlassen hatten, befiel ihn eine Erkrankung, die sich während des Winters verschlimmerte. Er konnte noch mehrere Kommissionssitzungen in seiner Wohnung abhalten lassen und eine für die Augen Alexanders bestimmte Denkschrift über die Bauernbefreiung diktiren. Am 18. Februar 1860 starb er, vom Zaren tief betrauert[1]). Die letzten Worte, mit denen er Abschied von ihm genommen, hatten gelautet: „Sire, gehen Sie vorwärts, fürchten Sie nichts." Mit allgemeiner Spannung wurde die Ernennung seines Nachfolgers als Präsident der Redaktionskommission erwartet. Zu schwerer Enttäuschung der Liberalen fiel die Wahl des Zaren auf den Grafen Panin, den Justizminister. Panin war bekannt als Urbild eines alten konservativen Bureaukraten, der in kleinlichen Äußerlichkeiten des Dienstes aufging, ein verwittertes Erbstück der nikolaitischen Zeiten. Die Grundzüge der Reform, wie Rostovcev, gedrängt von Miljutin, Samarin und ihren Freunden, sie angenommen hatte, waren ihm

Tod Rostovcevs 18. Febr. 6. 1860.

Panin sein Nachfolger als Präsident der Redaktionskommission.

[1]) Der Zar selbst trug seinen Sarg „ein einziger Fall in der Geschichte Rußlands". Bericht Thuns Petersburg 29. Febr. 1860. Arch. Wien.

durchaus zuwider. Man wollte wissen, daß der Zar, um sie den aristokratischen Gegnern schmackhaft zu machen, ihnen in der Personenfrage ein Opfer gebracht habe[1]). In der That suchte er die Bedenken der über seine Wahl erstaunten Großfürstin Helene durch die Worte zu zerstreuen: „Sie kennen Panin nicht, er hat keine andere Meinung, als meine Befehle auszuführen." Panin selbst erklärte dem Großfürsten Konstantin, er habe zwar „unbeugsame Grundsätze", aber seine Pflicht als loyaler Unterthan des Zaren nötige ihn vor allem, dem nachzuleben, was Seiner Majestät Willen sei. So übernahm er das Präsidium der Redaktionskommission unter der Bedingung, die Arbeit im Sinn seines Vorgängers fortzusetzen. In der ersten Rede, die er als Präsident hielt, flocht er sogar die Phrase ein: „Die Bauern haben keine Vertreter unter uns, daher ist es meine Pflicht, über ihren Interessen zu wachen."

Seine reformfeindliche Taktik.

Indessen stimmte sein Verhalten mit seinen Worten schlecht überein. Zunächst versuchte er, wesentliche Änderungen der bisherigen Beschlüsse zu Gunsten der Gutsherren durchzusetzen. Als er die liberale Mehrheit unter Führung Miljutins nicht brechen konnte, verlegte er sich darauf, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. In ängstlicher Geheimniskrämerei beschränkte er die Zahl der gedruckten Kommissionsberichte auf 50 Exemplare und forderte den Kommissionsmitgliedern früher überlieferte wieder ab. Schenkte man seinen Gegnern Glauben, so schrak er selbst vor Fälschung der Protokolle in einem seinen Absichten entsprechenden Sinn nicht zurück. Die hochgestellten Widersacher der Reform fühlten sich durch Rostovcevs Verschwinden vom Schauplatz und durch Panins Nachfolgerschaft in ihrem Ränkespiel ermutigt, Graf Muravjev riet, „ohne vorzeitige Demaskirung der Batterieen", doch unablässig „von der drohenden Gefahr der Demokratie" zu sprechen. Fürst Dolgorukij behauptete, die unzufriedenen Adligen würden die Fahne der Revolution aufstecken. So wenig gerechtfertigt eine solche Beschuldigung auch war,

Zweite Berufung von Abgeordneten der Gouvernementskomites. März 1860.

unleugbar traten die einberufenen Abgeordneten einer zweiten Gruppe von weiteren 22 Gouvernementskomites, deren Entwürfe bis zum März 1860 bearbeitet waren, in noch schärferen Gegensatz zu der Redaktionskommission, als die der ersten. Der Zar forderte sie in einer huldvollen Ansprache auf, das allgemeine Wohl im Auge zu haben und Opfer zu bringen, die seinem Wunsch nach möglichst leicht sein sollten. Der namhafte Publicist Koševlev, einer der früheren Deputirten, ermahnte sie durch eine im Ausland veröffentlichte Druckschrift, einig zu sein, alle kleinlichen Streitigkeiten mit den Vertretern der Regierung zu unterlassen und ihre Interessen der Erreichung obligatorischer Ablösung des Bauerlandes, sowie der Einrichtung örtlicher Selbstverwaltung unterzuordnen.

[1]) So auch im Bericht Thuns 29. Febr. 1860. Arch. Wien.

Aber ihre Mehrheit schlug diese Mahnungen in den Wind. Sie stemmte sich gegen den Gedanken obligatorischer Ablösung und kämpfte für Aufrechterhaltung der gutsherrlichen Polizei. Die Redaktionskommission schob jedoch ihre Einwendungen bei Seite. Sie ließ sich auch durch den Austritt von zwei Mitgliedern, des Fürsten Paskevič, eines Sohnes des Feldmarschalls, und des Grafen Paul Suvolov, eines Sohnes des Oberhofmarschalls, nicht beirren, deren Vorschlag unverzüglicher persönlicher Freilassung der Bauern, aber des Aufschubs einer Entscheidung über die Ablösung der bäuerlichen Ländereien und über die Auseinandersetzung mit den Gutsherren, auf nichts anderes als auf eine Vertagung der wichtigsten Streitfragen hinauslief. Nach einer gründlichen Umarbeitung der Bauernverordnung und nach der von Panin lange hingezögerten Abfassung des Gesetzentwurfes schloß sie am 22. Oktober 1860 ihre Arbeit ab.

Die Arbeit der Redaktionskommission.

Ihr Abschluß 22. Okt. 1860.

Sie wurde dem „Hauptkomite" unterbreitet, das damit wieder in den Vordergrund trat. Statt des erkrankten Fürsten Orlov führte der Großfürst Konstantin das Präsidium, der sich mit Miljutin ins Einvernehmen setzte. Immerhin gelang es Panin dank der den Reformfreunden ungünstigeren Zusammensetzung des Hauptkomites, hier bedeutende Änderungen des Gesetzentwurfes zu erwirken. So wurden die Anteile des Bauernlandes herabgemindert und die Sätze der den Bauern obliegenden Zahlungen gesteigert. Der Zar wollte oder konnte den bösen Willen derer, die für die materiellen Vorteile des grundbesitzenden Adels auf Kosten der Bauern zu sorgen wußten, nicht bändigen. Im December war man so weit, den Entwurf für die Beratungen des Reichsrates fertig gestellt zu haben. Je näher der Anfangstermin derselben heranrückte, desto eifriger spannten die Gegner der Reform alle Kräfte an, um sie womöglich noch in letzter Stunde zu Fall zu bringen. Der Liberale Valuev war seinem Tagebuch nach unfreiwilliger Zeuge der von seinem Chef, dem Domänenminister Muravjev, angesponnenen Umtriebe. Eine zeitlang erhoffte Muravjev Erfolg von der Einbringung eines Gegenentwurfes, zu dessen Unterzeichnung er sich mit dem Fürsten Dolgorukij verband. Aber aus Furcht, die Ungnade des Zaren auf sich herabzuziehen, verzichtete er auf die Ausführung des verabredeten Feldzugsplans. Der Zar eröffnete die Reichsratssitzungen am 9. Februar 1861 mit einer Rede, in der er zwar vereinzelte Änderungen für statthaft erklärte, aber unbedingt auf Festhalten an den Hauptgrundsätzen und auf rascher Durchberatung bestand. Dann erfolgte unter dem Präsidium des Grafen Bludov, der hier den erkrankten Orlov vertrat, die Durchnahme der einzelnen Artikel. Die wichtigste Änderung, die der Reichsrat an dem Gesetzentwurf vornahm, bestand nach dem Antrag des Fürsten Gagarin in der Gutheißung der verhängnisvollen Bestimmung, daß der Herr, der freiwillig

Abänderungen durch das Hauptkomite.

Letzte Anstrengungen der Reformgegner.

Entscheidung des Reichsrats.

ein Viertel des von dem Bauern abzulösenden Normallandanteiles abtrete, von allen weiteren Verpflichtungen gegenüber seinen früheren Leibeigenen frei sein solle. Am 27. Februar war die Arbeit des Reichsrates beendigt.

Unterzeichnung des Befreiungsmanifestes 3. März 19. Febr. 1861.

Am 3. März (19. Februar alten Stils), dem Jahrestag seiner Thronbesteigung, unterzeichnete der Zar ein Manifest, in dem die Aufhebung der Leibeigenschaft, gemäß den gesetzlich festgestellten Vorschriften verkündigt wurde. Ein an den Senat gerichteter Ukas von demselben Datum befahl die Veröffentlichung des Manifestes, desgleichen die von siebzehn als Beilagen zugefügten, auf die Umgestaltung bezüglichen Verordnungen. Das Manifest war von Samarin und Miljutin entworfen worden. Aber auf Drängen Panins wurde es dem Moskauer Metropoliten Filaret zur Verbesserung überwiesen. Der hohe geistliche Herr, ein leidenschaftlicher Gegner der Reform, wollte sich anfangs nicht dazu hergeben. Als sein Beichtvater seinen Widerstand überwunden hatte, merzte er eine Anzahl von Sätzen aus, in denen von dem „Freudentag" der Befreiung und von dem künftigen „Glück der Befreiten" die Rede war, flocht dafür aber biblische Anspielungen auf die Pflicht des unterthänigen Gehorsams ein. Neun Tage verstrichen noch bis zur Veröffentlichung der Aktenstücke. Man wollte die Fastnachtszeit verstreichen lassen, da man wegen des großen Alkoholverbrauchs in dieser Zeit Ausschreitungen befürchtete [1]). Am 17. März, dem letzten Tag der Fastnacht, wurde das Manifest in Petersburg angeschlagen und in den Kirchen verkündigt. Der Zar selbst verlas es nach Abhaltung einer Revue in der Reitschule. Als er sich in den Straßen zeigte, begrüßte ihn das dankbare Volk ehrfurchtsvoll, aber ohne stürmische Zurufe, da die Polizei dies nicht erlaubte. Dann eilte die Menge in die Kirchen zurück, um dem König der Könige zu danken. Am lautesten äußerte sich die Freude in den hauptstädtischen Kreisen der gebildeten Liberalen. Man sah solche, die sich weinend umarmten und beglückwünschten. Der Professor Nikitenko, der selbst noch als Leibeigener geboren und erst mit einundzwanzig Jahren von seinem gräflichen Herrn freigegeben war, las das Manifest tief bewegt seiner Frau und seinen Kindern vor und zeichnete das Datum des „großen Tages" zu dauerndem Gedächtnis auf. In Moskau erblickte man dasselbe Bild wie in Petersburg. Das Volk strömte zu den Altären und Heiligenbildern und pries den Zar-Befreier, ohne daß irgend welche Ausschreitungen, wie die Gegner der Reform sie prophezeit hatten, vorfielen. Im Gegenteil wurde bemerkt, daß hier die Zahl der Betrunkenen geringer war als an den vorausgegangenen Festtagen.

Seine Veröffentlichung 17. März 5.

Eindruck in Petersburg und in Moskau.

Eindrücke im Lande.

Langsam nur gelangte die mit Spannung erwartete Nachricht der

[1]) Bericht Thuns 10. März 1860. Arch. Wien.

Aufhebung der Leibeigenschaft in die Provinz. In einigen Dörfern kamen Drucke des kaiserlichen Manifestes und des Textes des Gesetzes erst im Mai zur Verteilung. Der Starost hatte es nicht immer leicht, einen des Lesens kundigen Mann zu finden, der den Bauern die Heilsbotschaft mitteilen sollte. In vielen Fällen bot sich dafür der Pope, dessen Worten die an stummes Gehorchen gewohnte Masse in der Regel andächtig lauschte. Aber es fehlte auch nicht an nachfolgenden Streitigkeiten über zweifelhafte Auslegungen des Gesetzes und an Zeichen der Enttäuschungen wegen gewisser Artikel, durch die es hinter stets gehegten Hoffnungen weit zurückblieb. Die Überzeugung, daß das Land den Bauern gehöre, war tief eingewurzelt und machte sich in bitteren Klagen über die ihnen zugemuteten Leistungen Luft. Hie und da wurden die geforderten Abgaben zur Entschädigung der Herren geweigert. Mitunter bedurfte es militärischen Einschreitens. Im Gouvernement Kasan kam es zu förmlichem Aufruhr. Der Bauer Anton Petrov, ein moderner Pugačev, der sich für den vom Adel verjagten Zaren ausgab und das in den Kirchen verlesene Manifest für gefälscht erklärte, sammelte an zehntausend gläubige Anhänger. Zu seiner Bewältigung mußte eine starke Truppenmacht aufgeboten werden. Ein paar hundert seiner Gefolgschaft fielen im Kampf, er selbst ward gefangen und erschossen. Aber im ganzen vollzog sich die große Wandlung doch ohne allzustarke, von Schwarzsichtigen vorausgesagte Erschütterungen.

Aufruhr in Kasan.

Der Hauptinhalt der Reform bestand in folgenden Bestimmungen: Die bisher an die Scholle gebundenen leibeigenen Bauern wurden für frei erklärt, mit dem Recht, ihre Wohnstätte, Haus und Hof, durch Abkauf nach gesetzlich festgestelltem Preis zu Eigentum zu erwerben. Das Land blieb Eigentum des Gutsherrn. Aber die früheren Leibeigenen hatten ein beständiges Nutzungsrecht des bäuerlichen Landanteils, dessen Umfang für einzelne Gegenden verschieden, nach einem Maximum und Minimum durch das Gesetz bestimmt wurde. Für dies Nutzungsrecht waren ihnen Pachtzahlungen oder Naturalleistungen auferlegt, die sie zu „zeitweise verpflichteten" Bauern machten. Ihre Verpflichtungen hörten auf, sobald sie mit Zustimmung des Gutsherrn nach einem gleichfalls gesetzlich normirten Preis den bäuerlichen Landabteil abgelöst und zum Eigentum erworben hatten. Hiefür gewährte die Regierung Erleichterungen durch Vorschüsse, der Art, daß die Bauern dem Staat nach der Landablösung 49 Jahre lang 6 Procent des Schuldkapitals zu zahlen hatten, während er den Adel durch Papiere, zu 5—5½ Procent verzinslich, abfand. Zur Ergänzung dieser allgemeinen Bestimmungen und besonders mit Rücksicht auf die schon früher angebahnte Regelung der Verhältnisse von Bauern und Gutsherren in den westlichen Gouvernements, diente eine Reihe von „Lokalverordnungen". Andere, das all-

Hauptinhalt der Reform.

Lokalverordnungen.

gemeine Gesetz ergänzende Verordnungen betrafen die kleinen Güter, in denen bei der letzten Revision 1858 nicht mehr als zwanzig „Seelen" eingeschrieben waren, die in Fabriken bisher beschäftigten gutsherrlichen Leibeigenen u. a. m. Dem leibeigenen Hausgesinde ward, falls es dies wünschte, mit Ansetzung einer zweijährigen Frist, während deren es den Herren noch zu dienen hatten, gleichfalls die Freiheit gegeben.

Befreiung der Apanagebauern 1858 bis 1863.

Die persönliche Leibeigenschaft der Apanagebauern, die auf den Erbgütern der Zarenfamilie saßen, war bereits durch Ukas von 1858 aufgehoben. Nach Erlaß des Befreiungsgesetzes vom 3. März 1861 erfolgte eine Neuordnung der Nutzung ihres Landanteils, ihrer Leistungen, ihrer Selbstverwaltung. Zwei Jahre später ward ihnen unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen der Eigentumserwerb des gesamten, früher von ihnen genutzten Landes, und zwar kraft obligatorischer Ablösung, binnen 49 Jahren ermöglicht. Weniger vorteilhaft, aber immerhin günstiger als für die ehemaligen gutsherrlichen Bauern, war das Ergebnis der Neuordnung für die Bauern der Reichsdomänen. Die ihnen zugewiesenen Landanteile, die sie ablösen durften, waren durchweg größer als die Höchstmaße der den früheren gutsherrlichen Leibeigenen überlassenen, und ihre Pachtsteuer, obwohl in vielen Gouvernements durch Muravjevs Härte erhöht, blieb hinter den von jenen zu leistenden Zahlungen zurück. Die Masse der befreiten Bauern verteilte sich in runder Summe auf elf Millionen männlicher ehemaliger gutsherrlicher, 900 000 Apanage- und elf Millionen Domänenbauern. Zur Schlichtung sich ergebender Streitigkeiten, bei Ausscheidung des Herren- und Bauernlandes, Regelung der Ablösung binnen einer Frist von zwei Jahren wurde das Amt besoldeter „Friedensvermittler" geschaffen, die vom Gouverneur dem Landadel entnommen werden sollten, um in den einzelnen Bezirken eine schiedsrichterliche Thätigkeit auszuüben. Ihre Mitwirkung ward auch bei der Organisation der bäuerlichen Gemeinden in Anspruch genommen, die mit dem Befreiungswerk aufs engste verknüpft war.

Befreiung der Domänenbauern 1861 bis 1866.

Die „Friedensvermittler".

„Mir" und „Wolost".

Es war ein Sieg Samarins, Miljutins, Cernisevskijs und ihrer Freunde, daß hiebei die im Norden, Osten und Süden des Reiches vorwaltende, von ihnen bewunderte Einrichtung des „Mir" (s. o. S. 169, vgl. III. 5) in die agrarische Neuordnung hinübergenommen und zu einem Hauptpfeiler des russischen Staatsgebäudes gemacht wurde. Der Gesamtheit der stimmberechtigten Gemeindeglieder, nach der durch die letzte Revision von 1858 ermittelten Zahl der Seelen, wurde die solidarische Haft, die Ablösungszahlung überbunden. In ihr Eigentum, mit altgewohnter wechselnder Zuweisung der Ackerlose, ging das abgelöste Bauernland über. Für den Beschluß des Übergangs zum Privateigentum war die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln ihrer Mitglieder erforderlich. Sie hatte für die Verteilung und pünktliche Entrichtung der Staats-

und Provinzialsteuern einzutreten und durfte gegen Mitglieder, die damit im Rückstand waren, Zwangsmaßregeln ergreifen. Zur Bestreitung der Kosten ihrer eigenen Bedürfnisse war sie auf Erhebung von Abgaben in Geld oder Naturalien angewiesen. Als Organe ihrer Selbstverwaltung dienten der Staroſt, der Dorfälteſte, und die Gemeindeverſammlung. Dieſe entſchied über Aufnahme neuer und Entlaſſung oder Ausſchluß bisheriger Mitglieder. Mehrere Gemeinden wurden in der vom „Starčina" geleiteten „Voloſt" gruppirt, einer Einrichtung, die unter dem Zaren Nikolaus bereits auf den Krondomänen ins Leben getreten war. Die Bauern einer Voloſt bildeten eine Einheit der Rekrutirung. Ein Voloſtgericht mit jährlich von den Bauern aus ihrer Mitte gewählten Richtern und eine Voloſtverſammlung der Gemeindebeamten und gewählter Dorfvertreter übten in gewiſſem Umfang gerichtliche, polizeiliche, adminiſtrative Befugniſſe, wie ſie ehemals den Gutsherren zugeſtanden hatten. Auf dieſe Weiſe wurde innerhalb des unumſchränkt regierten ruſſiſchen Geſamtſtaates eine bäuerliche Selbſtverwaltung geſchaffen, wie ſie mit gleich ausgedehnter Macht über die einzelnen Gemeindeglieder nirgendwo im weſtlichen Europa zu finden war.

Durchführung des Befreiungswerkes.

Dank der hingebenden Arbeit der „Friedensvermittler", an der ſich viele der angeſehenſten Landadligen beteiligten, vollzog ſich die Auseinanderſetzung zwiſchen Gutsherren und Bauern verhältnismäßig raſch und ohne allzu empfindliche Reibungen. Sie wußten in der Regel das Vertrauen beider Parteien zu gewinnen und fühlten ihre Verantwortlichkeit gegenüber der öffentlichen Meinung, unter deren Aufſicht ſie ſtanden. Die Bureaukratie, die ihnen das dornige Geſchäft nicht ungern überließ, bereitete ihnen zunächſt keine Schwierigkeiten. Für die von der Einwilligung der Gutsherren abhängige Landablöſung erwies ſich in vielen Fällen auch deren ſchwere Verſchuldung als förderlich. Ihre Kreditnot war durch die Unterdrückung der alten Kreditanſtalten zu Gunſten der ungenügenden Reichsbank (ſ. o. S. 158) geſteigert worden, und mancher frühere Gegner der Bauernbefreiung ſuchte, um bares Geld zu erhalten, aus dem Ablöſungsgeſetz Nutzen zu ziehen. Er machte dabei in der Regel ein ausgezeichnetes Geſchäft. Denn die Verteidiger der materiellen Vorteile des Adels hatten es ſo einzurichten gewußt, daß die Bauern faſt den doppelten Preis des Marktwertes der ihnen überlaſſenen Landteile zu zahlen hatten[1]). Das Ergebnis des Befreiungswerkes für die Gutsherren glaubte einer aus ihrer Zahl in das Witzwort faſſen zu dürfen: „Früher führten wir keine Bücher und tranken Champagner, jetzt rechnen wir und begnügen uns mit Bier"[2]). Indeſſen wäre ein gleichmäßiges,

Folgen für die Gutsherren.

[1]) Zahlenangaben bei Roubakine: La réaction Russe (La Revue politique internationale Nr. 21, Mai, Juni 1916. S. 233, 234 nach der Statiſtik Loſitzkis).

[2]) Sir Donald Mackenzie Wallace: Rußland. Vierte deutſche Auflage 1906 II. 163.

über alle Unterschiede hinwegsehendes Urteil nicht statthaft. Ein tüchtiger und sorgsamer Gutsbesitzer stand sich allerdings besser mit der Verwendung freier Landarbeit als vorher. Wer sich aber an die Bedingungen des gleichen Wettbewerbs mit den anderen Ständen, an regelmäßige Wirtschaftsthätigkeit und umsichtige Lebensführung nicht gewöhnen konnte, büßte den von den Vätern ererbten Grund und Boden ein. Dies war in

Verschuldung.

zahlreichen Fällen unabwendbar. Trotz der Verbilligung des Kredites, die mit der Gründung von Privatbanken eintrat, trotz verschiedener Erleichterungen und Fristverlängerungen nahm die Verschuldung der adligen Gundbesitzer nach der Bauernbefreiung mit erschreckender Schnelligkeit zu. Als die Verbesserung der Verkehrsmittel den Holztransport erleichterte, ward auch das Kapital der Wälder angegriffen. Im Lauf von dreißig Jahren verlor der Adel ein Viertel seiner gesamten Güter, die teilweise in die Hände bürgerlicher Eigentümer, wie der kleinen landstädtischen Kaufmannschaft übergingen[1]). Diese Erschütterung seiner auf dem Grundbesitz ruhenden Stellung hatte eine allmähliche Abbröckelung

Folgen für die Bauern.

der Vorrechte des Adels zur notwendigen Folge. Dem Bauern andrerseits brachte die Aufhebung der gutsherrlichen Leibeigenschaft im allgemeinen keineswegs, was Miljutin und seinen Mitkämpfern vorgeschwebt hatte: neben persönlicher Befreiung auch volle Sicherung eines menschenwürdigen Daseins durch Überlassung eines ausreichenden Landanteils.

Verkürzung des Bauernlandes.

Vielmehr wurde der Umfang des Bauernlandes in der Regel stark verkürzt. Nicht selten führte die durch das Gesetz dem Herrn gestattete freiwillige Abtretung des Viertels, bei der er das schlechteste Stück auswählen konnte, zur Hingabe der verrufenen „Bettelanteile". Dazu kam, daß die den Bauern obliegenden kaum erschwinglichen Ablösungszahlungen und Steuern meistens den Ertrag des Landanteils übertrafen. Dies war besonders in mittleren und südlichen Reichsteilen der Fall, wo der Bauer häufig ein proletarischer Zwergbesitzer wurde, der dem alten Herrn seine Arbeitskraft um jeden Preis verkaufen mußte und die Erbstücke der Leibeigenschaft, „Mangel der Selbstthätigkeit und bedingungslose Unterwerfung unter das, was von außen kommt", in die neuen Verhältnisse hinübernahm[2]).

Nachteil des „Mir".

Die Fortdauer der wirtschaftlichen Form des Gemeindebesitzes und die Einrichtung der mit ihm verbundenen Gemeindeverfassung waren nicht geeignet, den Nöten von tausenden frei gewordener Bauernfamilien abzuhelfen. Der „Mir" mit seinem ausschließlichen Recht der Verfügung über das der ganzen Gemeinde gehörige oder von ihr

[1]) S. Zahlenangaben bei Miljukow: Skizzen russischer Kulturgeschichte. Deutsche Ausgabe 1898 I. 182 und bei Roubakine: La réaction Russe a. a. O. S. 233, 234.

[2]) Schulze-Gävernitz: Volkswirtschaftliche Studien in Rußland 1899 S. 335 nach Kavelin: Bauernfrage.

gepachtete Ackerland und mit seiner fast unumschränkten Gewalt über seine Mitglieder ließ die Gebundenheit an die Scholle ihrem Wesen nach für Millionen zunächst beinahe fortbestehen. Zwar gestattete das Befreiungsgesetz jedem Bauern den Erwerb, die Veräußerung, die Verpfändung unbeweglichen Eigentums und rechnete dazu auch die nach Tilgung der Ablösungsschuld aus dem Gemeindebesitz ausgeschiedene Landparcelle. Aber so lange noch die Last der Ablösungszahlungen auf dem Bauernland ruhte, stand diese gesetzliche Verfügungsfreiheit, von seltenen Ausnahmen abgesehen, nur auf dem Papier. Außerdem hing die Erteilung eines Passes, ohne den ein Bauer die Scholle nicht verlassen durfte, so ziemlich von der Willkür des Starosten ab[1]). Mit der kapitalistischen Entwicklung, auf deren Bahnen das europäische Rußland unaufhaltsam allmählich gedrängt wurde, erwies sich der „Mir" auf die Dauer als unverträglich. Auch konnte er trotz des Schimmers patriarchalischer Heiligkeit, mit dem er in den Augen seiner theoretischen Bewunderer umgeben war, für gewöhnlich die Gebrechen von Faulheit, Trunksucht, Unwissenheit nicht heilen, die niedere Technik der hergebrachten Bodenbewirtschaftung nicht auf eine höhere Stufe heben und die Herrschaft einer habgierigen, gewaltthätigen Minderheit über die verschuldete, schutzlose Mehrheit der Genossen in vielen Fällen nicht hindern.

Wirtschaftliche Fortwirkung der Bauernbefreiung.

Mit allen seinen Mängeln und Ungerechtigkeiten bedeutete die That des 3. März 1861 doch einen Riesenschritt in der Geschichte Rußlands. Von ihren unermeßlichen moralischen Folgen zu schweigen: ihre wirtschaftlichen Fernwirkungen waren vielleicht noch bedeutender. Sie schuf die freie Arbeit und räumte dadurch eine Hauptschranke hinweg, die den Übergang von der Natural- zur Geldwirtschaft gehemmt hatte. Sie bot die Grundlage, auf der eine Entwicklung der modernen Großindustrie und des modernen Großhandels erst möglich wurde. Sie bereitete, im Bunde mit dem allmählich in das Innere des Reiches vordringenden Dampfroß, die Wege, auf denen die Erzeugnisse des heimischen Ackers in immer gewaltigeren Massen dem westlichen Europa zugeführt werden konnten. Zunächst beförderte die große Menge flüssigen Kapitals, die durch die Ausgabe der verkäuflichen Ablösungsscheine geschaffen wurde, ein Emporschießen von gewerblichen und finanziellen Unternehmungen. Der grundbesitzende Adel, zumal der nördlichen unfruchtbareren Ackerbauzone, begann mit zunehmender Übersiedelung in die Städte seine naturalwirtschaftlichen Gewohnheiten abzustreifen und suchte in den zahlreichen Industrie- und Handelsanstalten unterzukommen. In der fruchtbareren Schwarzerdezone gewann er in steigendem Maß Interesse an der Ausfuhr des Getreides wie an der Einfuhr ausländischer Maschinen. Die

[1]) Roubakine: La question agraire en Russie (Revue politique internationale 1917 Juli—Sept. Nr. 28. 29. S. 37).

Moskauer Kaufleute fanden ihren Vorteil bei der Erweiterung ihrer Tuchfabriken, denen noch mehr freie Lohnarbeiter zuströmten als früher. Gleichzeitig machte allerdings der Verfall der adligen Erbgutsfabriken, die ausschließlich Leibeigene beschäftigt hatten, reißende Fortschritte, und die staatlichen Hüttenwerke im Uralgebiet, die ganz auf der Zwangsarbeit beruht hatten, wurden von tausenden frei Gewordener verlassen.

Umbildung der russischen Volkswirtschaft.

Aber die begonnene Umbildung der russischen Volkswirtschaft nach westeuropäischem Muster brachte nach einigen Jahren eine Vermehrung der Erzeugung von Gußeisen hervor. Die mechanische Leinenspinnerei nahm, als in Folge des amerikanischen Bürgerkrieges die Baumwolleinfuhr sich verminderte, einen unerwarteten Aufschwung. Die beliebten Jahrmärkte, für welche die Messe in Nižnij-Novgorod Muster war, wie das bäuerliche hausindustrielle Kustargewerbe, das ganze Dörfer beschäftigt hatte, verloren allmählich viel von ihrer alten Bedeutung[1]). Alle diese Änderungen des wirtschaftlichen Lebens Rußlands vollzogen sich freilich nicht in kurzen Zeiträumen, nicht ohne Schwankungen und unter dem Einfluß zahlreicher anderer Ursachen außer der Aufhebung der Leibeigenschaft. Aber daß ihr eine Hauptrolle in der Geschichte dieser Entwicklung zukommt, kann nicht geleugnet werden.

Selbst wer, wie Ivan Aksakov nach einem an Alexander Herzen gerichteten Brief noch in Zweifel zog, ob das Gesetz vom 3. März 1861 „eine positive, organisatorische Kraft" sei oder ob es „nur eine Bresche in die Festungsmauer geschossen" habe, mußte zugeben, daß mit ihm „eine neue Ära eröffnet worden", daß „die alte Ordnung sich senke und einstürze". Die Bahn der Reformen war betreten und die eine große Neuerung zog im Laufe der nächsten Jahre andere nach sich. Gleichzeitig mit der Wandlung im Inneren Rußlands vollzog sich eine neue Wendung seiner auswärtigen Politik. Sie beschränkte sich nicht auf fortdauernde Eroberungszüge in Centralasien. Die Befreiung der Bauern kräftigte im Sinn der Slawophilen die nationale Idee. Für dies bestechende Wort suchte der Zar im Bunde mit dem Herrscher an der Seine, freilich mit gewissen Vorbehalten, soweit seine eigene Herrschaft in Frage kam, auch jenseits der Reichsgrenzen, das Gewicht der russischen Macht in die Wagschale zu werfen.

[1]) Tugan-Baranowsky a. a. O. S. 371 ff.

V.

Das Nationalitätsprincip im Südosten Europas.

Annäherung Frankreichs und Rußlands.

Schon während des Pariser Kongresses war die Annäherung Frankreichs und Rußlands unverkennbar gewesen. Nach der Wiederherstellung des Friedens machte sie sichtliche Fortschritte. Napoleon sprach sich gegenüber dem Baron Brunnow, der vorläufig bis zur Ankunft eines neuen Botschafters an seinem Hof den Zaren vertrat, mit Wärme über diesen Gegenstand aus. Freilich wollte er die mit England geschlossene Allianz nicht aufgeben. Aber er legte hohen Wert auf ein gleichzeitiges „gutes Einvernehmen" mit Rußland. „Verständigen sich die drei Mächte untereinander, äußerte er sich, so sind sie meiner Ansicht nach fähig, alle etwa auftauchenden Fragen friedlich zu lösen." Rußlands und Frankreichs Interessen insonderheit sah er nirgendwo, weder im Osten noch im Westen im Widerstreit. „Unsere Übereinstimmung, schloß er, scheint mir also gesichert[1])."

Morny, Botschafter in Petersburg.

Es war ein Zeichen der Wichtigkeit, die er dem innigen Einvernehmen mit dem Zarenreich beimaß, daß er nicht zögerte, seinen Halbbruder, den Grafen Morny, auf den Botschafterposten nach Petersburg zu entsenden. Niemand in seiner Umgebung hatte so eifrig an der Versöhnung der beiden Kaiserreiche gearbeitet wie Morny. Der Wunsch, sie künftig eng verbunden zu sehen, beherrschte ihn durchaus. Er wäre sogar nicht abgeneigt gewesen, diesem Bündnis die Rücksicht auf die Allianz mit England unterzuordnen. In dieser Stimmung erschien er mit glänzendem Gefolge bei der Krönung und am Hof des Zaren: das Muster eines weltkundigen Grand-Seigneur, verhätschelt von der vornehmen russischen Gesellschaft, die sich in den Festräumen der französischen Botschaft ein Stelldichein gab, und aus deren Mitte der blasirte Lebemann bald die junge, reiche Fürstin Sophie Trubeckoj als Gattin heimführte[2]). Der

[1]) Martens: Recueil u. s. w. XV. 295.

[2]) Extraits des mémoires du duc de Morny. Ambassade en Russie. 1892. Dazu die wichtigen Ergänzungen in Roux; Alexandre II., Gortschakoff et Napoléon III. 1913.

Zar empfing ihn mit größter Liebenswürdigkeit. Er überhäufte ihn mit Aufmerksamkeiten und schenkte ihm in seinen Gesprächen ein weitgehendes Vertrauen. Noch inniger gestaltete sich das Verhältnis Mornys zu Gorčakov, dem Nachfolger Nesselrodes. „Fürst Gorčakov und ich, berichtete er einmal seinem kaiserlichen Halbbruder, wir verkehren miteinander nicht wie ein Botschafter und wie ein Minister, sondern wie zwei Freunde. ... Da seine frühere Politik sich mit der neuen Lage der Dinge im Einklang befindet, so ist er glücklich über das zwischen uns herrschende gute Verständnis und thut alles, um es zu bewahren."

Gorčakovs Hinneigung zu Frankreich.

In der That war Gorčakov seit dem Beginn seiner Amtsführung für die Idee einer engen Verbindung Rußlands und Frankreichs gewonnen. In ihr sah er, wie schon längst mancher vornehme Landsmann[1]), das vorzüglichste Mittel, Rußland für die Einbußen des Krimkriegs zu entschädigen und vor allem, der Rache an Östreich freie Bahn zu eröffnen. Für eine solche Verbindung sollte nach seinen geheimen Instruktionen auch der im August 1856 zum Botschafter in Paris ernannte Graf Paul Kiselev seine Kraft einsetzen. „Östreich, hieß es hier, kann nicht mehr auf unsere moralische, noch weniger auf unsere materielle Unterstützung rechnen. Was England betrifft, so ruhen alle unsere Beziehungen zu ihm nur auf kühler Berechnung. Frankreich allein erfüllt die Bedingungen einer Allianz. Die beiden Kaiserreiche stehen zu einander in organischen und geographischen Beziehungen, die sie nicht zu Nebenbuhlern oder Gegnern machen müssen. Unser erhabener Herr findet, daß es gesunde Politik ist und im Interesse Rußlands liegt, in erster Linie ein Einvernehmen mit Frankreich festzustellen, und das ohne Rücksicht auf die Art der Regierung dieses Landes, vorausgesetzt, daß sie einen geordneten Gang innehält." Daher werde Rußland Napoleon in der Ausführung allfälliger Pläne hinsichtlich Italiens, Savoyens, Nizzas freie Hand gewähren. Denke er an Herstellung der Rheingrenze, so werde Rußland allerdings Preußen nicht im Stich lassen, aber nicht über die Anbietung seiner guten Dienste hinausgehen. Beabsichtige er, Östreich anzugreifen, so werde Rußland nichts thun, um ihn daran zu hindern[2]). Dem seit kurzem zum Rang eines Botschafters erhobenen Östreicher Hübner war denn auch bei den Freundschaftsversicherungen Kiselevs nicht ganz wohl zu Mute. Er fand ihn, obwohl er wie „ein vollkommen rechtschaffener Mann" aussah, doch „allzusüß" und war vor ihm auf der Hut.

Schwierigkeiten der Ausführung des Pariser Friedens.

Es fehlte nicht an Gelegenheiten, schon in der nächsten Zeit das gute Einvernehmen Frankreichs und Rußlands auf die Probe zu stellen. Die

[1]) S. z. B. „Ein russisch-französisches Allianzprojekt von 1855" (Deutsche Revue 1896. XXI. 4).

[2]) Martens: Recueil XV. 296 ff.

Ausführung des Pariser Friedens stieß auf eine Reihe von Schwierigkeiten, die ernste Zerwürfnisse zwischen den Mächten, die ihn geschlossen hatten, hervorzurufen drohten. Die Russen verzögerten nicht nur die Räumung von Kars, sondern schickten sich auch zur Zerstörung der Citadelle an, die sie nach dem Friedensvertrag mit der Stadt den Türken zurückzustellen hatten. Sie machten sich das Stillschweigen der Friedensurkunde zunutze, um gleichfalls die Festungswerke von Ismail und Reni, die in dem an die Moldau abgetretenen Gebiet belegen waren, zu vernichten. Noch stärkeren Anstoß gab ihr Verhalten bei der Absteckung der neuen bessarabischen Grenze. Nach Artikel 20 des Friedensvertrages sollte sie südlich von Bolgrad verlaufen. Als die Kommissäre der Mächte zum Zweck der Grenzberichtigung an Ort und Stelle eintrafen, fand sich, daß es zwei Plätze dieses Namens gab: einen, Neu-Bolgrad, am Yalpak-See und einen anderen, Alt-Bolgrad, etwas nördlich davon gelegenen. Nach russischer Behauptung wäre auf dem Kongreß, dem eine ungenaue Karte vorgelegen hatte, jenes erste gemeint gewesen, der Sitz bulgarischer Kolonisten, die sich nach dem Frieden von Adrianopel hier angesiedelt hatten. Die Russen nahmen zugleich ein Stück des Sees in Anspruch, der eine schiffbare Verbindung mit der Donau bot. Dem widersetzten sich die türkischen Kommissäre, mit dem Hinweis auf jenes zweite nördlichere Bolgrad. Endlich machte Rußland auch sein Recht der Wiederbesetzung der gegenüber den Donaumündungen gelegenen Schlangeninsel geltend. Einem türkischen Posten zum Trotz, der hier stationirte, wurde eine kleine russische Soldatenabteilung auf ihr ausgeschifft, um den dort befindlichen Leuchtturm zu bedienen.

Russische Ansprüche.

Diese Vorgänge boten Österreich den besten Vorwand, die vollständige Räumung der Donaufürstentümer hinzuzögern. Noch entschiedener reizten sie England zu Gegenmaßregeln. Die englische Regierung gab Rußland in allen Punkten Unrecht, forderte seinen einfachen Verzicht und ließ im August, ohne vorherige Verständigung seines Bundesgenossen, wieder einige Kriegsschiffe in das Schwarze Meer einlaufen, deren Zahl sich bis zum Oktober verviersachte. Für die französische Regierung erwuchsen aus alledem nicht geringe Verlegenheiten. Man war in Paris durchaus nicht gewillt, von vornherein sämtliche Streitfragen zu Ungunsten Rußlands zu entscheiden. Zwar in Sachen der Räumung von Kars stimmte man mit den Beschwerden der Türkei, Englands und Österreichs überein. Aber hinsichtlich Neu-Bolgrads, das Napoleon selbst ohne genaue Kenntnis der Karte während des Kongresses dem Fürsten Orlov zugestanden hatte, wollte man Rußlands gutes Recht nicht in Zweifel ziehen, und was die Schlangeninsel anlangte, über welche die Friedensurkunde schwieg, bestritt man beiden Parteien das Recht einseitiger Entscheidung. In diesen beiden Punkten aber schien England, unterstützt

Österreichisch-englische Gegenmaßregeln.

Verlegenheiten Frankreichs.

von Östreich, zu energischem Widerstand entschlossen. Palmerston und der kürzlich in London neu angelangte russische Gesandte Chreptovič gerieten hart aneinander. Eine scharfe Erwiderung Gorčakovs auf die englische Beschwerde, wie jene in Form einer Cirkularnote, goß Öl ins Feuer. Die englischen Minister konnten den Argwohn nicht los werden, „Rußland wolle die orientalische Frage, sobald seine Verluste ausgeglichen seien und sobald Eisenbahnen die Krim an seine ungeheuren Hilfsquellen angeschlossen hätten, wieder aufrollen". Mit diesem Argwohn verband sich das Gefühl der Enttäuschung wegen des Verhaltens Frankreichs.

Verhalten Mornys und Walewskis.

Morny, gedrängt von Gorčakov, ließ es nicht an Versuchen fehlen, seinen Vorgesetzten Walewski auf die russische Seite hinüberzuziehen. Walewski, während einer Abwesenheit seines kaiserlichen Herrn in Plombières und Biarritz sich selbst überlassen, kam den Russen, die in die englisch-französische Allianz einen Keil zu treiben suchten, auf halbem Weg entgegen. Seine Vermittlungsvorschläge fanden an der Themse keine Zustimmung. Die Antworten, die er von dort erhielt, nahmen allmählich einen gereizten Ton an. Man frug sich in London, berichtete Persigny, „ob die Regierung Napoleons etwa die Politik Louis Philipps anfangen wolle, der sich durch die Verbindung mit England nicht stark genug glaubte und Rußland zu gewinnen suchte" und man beklagte, daß die beiden im Krimkrieg alliirten Westmächte „Europa zum ersten Mal das Schauspiel von Meinungsverschiedenheiten gäben"[1]).

Politik Napoleons.

Indessen arbeiteten verschiedene Kräfte an einer Ausgleichung der sich zuspitzenden Gegensätze. Napoleon war nicht gesonnen, einer Allianz mit Rußland die Allianz mit England aufzuopfern. Sein Ideal war und blieb ein Dreibund der Westmächte und der Großmacht des Ostens. „Könnten wir uns, frug er Kiselev, nicht zu dritt verständigen? Wir würden Europa beherrschen." Er schrieb Morny in gleichem Sinn. Er wies die von ihm übermittelten Vorschläge zurück, die auf Erkaufung russischer Gutheißung irgend welcher späteren Vergrößerung Frankreichs für Trennung von England abzielten. Er gab in Unterhaltungen mit den Botschaftern Englands und Östreichs, Cowley und Hübner, zu verstehen, daß Walewski, als „Anwalt Rußlands" über seine Absichten hinausgegangen sei. Beide bestärkten ihn in dem Wunsch, sich nicht allzutief in das russische Fahrwasser treiben zu lassen. Vor allem suchte ihn Cowley während eines Aufenthaltes des Kaiserpaares in Compiègne im November über die Tragweite des russischen Begehrens aufzuklären.

Verteidigung des englisch-französischen Bündnisses durch Persigny.

Eben dort stellte sich Persigny ein, Napoleons Vertreter in London, der Nebenbuhler und Widersacher seines Vorgesetzten Walewski. Er verurteilte dessen Hinneigung zu Rußland, welche die englisch-französische

[1]) Berichte Persignys 13., 15., 23. September, 6., 7., 11., 22. Okt. 1856. Arch. Paris.

Allianz gefährdete, aufs stärkste. „Bedenkt man, hatte er schon vor Monaten geäußert, daß diese Allianz die größte Macht bildet, die je da war, so sollte man sich jeden Tag mehr bemühen, sie aufrecht zu erhalten[1])." Er machte dem Kaiser begreiflich, daß das englisch-französische Bündnis in die Brüche gehen werde, wenn Rußland dank der Unterstützung Frankreichs seine Hauptforderung hinsichtlich Bolgrads durchsetze. Er erwirkte ein Antwortschreiben der Kaiserin Eugenie auf einen etwas vorwurfsvollen Brief der Königin Viktoria, das sehr versöhnlich klang. Gelang es ihm auch nicht, Walewski zu verdrängen, so zwang er ihn doch, seinen Ton gänzlich zu wechseln[2]).

Vorschläge für Schlichtung der Streitfragen.

Inzwischen war nach ursprünglich russischer Anregung bereits ein Mittel friedlicher Schlichtung der verbleibenden Streitfragen gefunden: die Wiederberufung der Teilnehmer des Pariser Kongresses. Allerdings sperrte sich die englische Regierung zuerst gegen ihre Gesamtzulassung. Sie wollte nur eine Konferenz der im Krimkrieg gegen Rußland Verbündeten zugeben, in der Rußland selbst weder Sitz noch Stimme haben dürfe. Auch die Pforte war anfangs dem Vorschlag einer Erneuerung des Kongresses abgeneigt. Einige andere Auskunftsmittel, darunter das schiedsgerichtlicher Entscheidung des Königs von Belgien oder des Königs von Schweden, tauchten auf und wurden verworfen. Endlich einigte man sich doch über die Berufung der zweiten Vertreter aller Mächte, die den Friedensvertrag unterzeichnet hatten, zu einer Konferenz nach Paris. Sie trat nach Überwindung vieler Weiterungen am 30. December 1856 zusammen und war schon am 6. Januar 1857 mit ihrer Arbeit fertig. Im Grunde handelte es sich, wie Eingeweihte wußten, um eine „verabredete Komödie"[3]). Um Napoleon die Möglichkeit zu gewähren, ohne Gefährdung der westmächtlichen Allianz, sein Orlov gegebenes Versprechen hinsichtlich Bolgrads zu halten, war der Bevollmächtigte Sardiniens angewiesen, sich dem englischen, östreichischen und türkischen Votum bei der Abstimmung anzuschließen. So war die Mehrheit gegen Rußlands Anspruch gesichert. Dafür hatte sich Rußland im voraus zur Annahme einer Entschädigung bequemt. Sie bestand in der Erwerbung der Stadt Komrat auf dem rechten Ufer des Flusses Yalpuk mit einem ansehnlichen, von arbeitsamen Kolonisten bewohnten Gebiet. Alt- und Neu-Bolgrad sollten der Moldau verbleiben. Die Schlangeninsel wurde

Pariser Konferenz 30. Dec. 1856 bis 6. Jan. 1857.

Ihr Ergebnis.

[1]) Bericht Persignys 31. Mai 1856. Arch. Paris.

[2]) Persignys Depeschen, die mir vorlagen, ergänzen die gedruckte Litteratur: Gefficken: Zur Geschichte der orientalischen Frage S. 294 ff. Hübner: Neun Jahre der Erinnerungen. I. S. 256 ff. Malmesbury: Memoirs II. 227. The Greville Memoirs VIII 64 ff. Letters of Queen Victoria III. 207, 213. Roux a. a. O.

[3]) Greville VIII. 70 vgl. Malmesbury: Memoirs of an exminister II. 227. Alles Nähere bei Hübner, Gefficken, Roux a. a. O.

zum Donaudelta geschlagen und der Türkei unmittelbar zugeteilt. Die Übergabe des bessarabischen Landstriches nach der nun festgestellten Grenze durch Rußland hatte am 30. März stattzufinden. Gleichzeitig waren die östreichischen Truppen aus den Donaufürstentümern und die englischen Kriegsschiffe aus dem Schwarzen Meer zurückzuziehen. Von einer Schadloshaltung der Türkei für die zerstörten Festungswerke von Kars, Ismail und Reni war keine Rede. Auf diese Weise blieb trotz der französisch-russischen Annäherung die englisch-französische Allianz unversehrt. „Ich hoffe, schrieb die Königin Viktoria in Beantwortung eines Briefes Napoleons, daß unser gutes Einvernehmen, das dem Wohl Europas so wichtige Bürgschaften bietet, künftig durch nichts gestört wird."

Englisch-französisches Eingreifen in Neapel.

Mittlerweile hatte dies gute Einvernehmen sich in zwei Angelegenheiten bewährt, die unmittelbar russische Interessen nicht berührten, den Zaren und seine Berater aber doch nicht gleichgiltig ließen. Die erste betraf das Königreich beider Sicilien. König Ferdinand II. konnte den Tadel seiner Mißregierung durch die Minister der Westmächte auf dem Pariser Kongreß nicht verschmerzen. „Über mir, soll er geäußert haben, steht nur Gott ... jeder regiert auf seine Weise, ich halte an der meinigen fest[1])." Er ließ die Gesandtschaften Englands und Frankreichs polizeilich überwachen und gab zu verstehen, daß die Revolutionäre in seinem Reich durch die Fremden ermutigt würden. Palmerston forderte und erreichte daraufhin die Entlassung des Generaldirektors der Polizei und brachte in Paris die Ergreifung gemeinsamer Maßregeln in Vorschlag, um der grausamen Behandlung der politischen Gefangenen in Neapel ein Ende zu machen[2]). Zunächst beschränkte man sich auf diplomatische Vorstellungen, in denen um der Ruhe Italiens und Europas willen ein Amnestieerlaß und gerichtliche Reformen empfohlen wurden. Der König verbat sich in hochfahrender Weise jede Einmischung in die inneren Verhältnisse seines Reiches und lieh auch sanften Mahnungen aus Wien, es mit den Westmächten nicht zu verderben, kein Ohr. Darauf erklärten diese in identischen Noten, mit einer Regierung, die jeden freundschaftlichen Rat verschmähe, keine Beziehungen mehr haben zu können. Sie riefen ihre Gesandten ab und drohten mit dem Erscheinen von Kriegsschiffen, die zur Verfügung ihrer Konsuln stehen sollten. Weder Östreich, obwohl mit Neapel verbündet, noch Preußen mischten sich in die Sache. Rußland aber hielt es für geboten, ein Wort mitzusprechen. Ein Rundschreiben Gorčakovs an die Vertreter des Zaren bei den fremden Höfen protestirte gegen den Versuch, durch Drohungen dem König von Neapel Zugeständnisse hinsichtlich der inneren Regierung seiner Staaten abzupressen. Gegenüber Morny, dem dieser neapolitanische Zwischenfall

Abbruch der diplomatischen Beziehungen Okt. 1856.

[1]) Nisco: Gli ultimi trentasei anni del reame di Napoli 1897 II. 341.

[2]) Bericht Persignys 10. Juni 1856. Arch. Paris.

sehr in die Quere kam, klagte er darüber, daß „die so weise Regierung des Kaisers Napoleon sich der Heftigkeit seines Nachbarn jenseits des Kanals anschließe". Freilich trug man Bedenken, mit der angedrohten Entsendung von Kriegsschiffen Ernst zu machen, da von ihrem Erscheinen in Neapel revolutionäre Bewegungen befürchtet wurden. Führten sie etwa zur Ausrufung einer Republik, so wären sie in Paris unerwünscht gewesen. Ebneten sie einem Murat den Weg zum Thron, so hätte dies in London Anstoß erregt[1]). Immerhin aber blieben die diplomatischen Beziehungen der Westmächte zum Königreich beider Sicilien abgebrochen.

Die Westmächte und Griechenland.

Auch bei der zweiten Angelegenheit, die Rußland gegen England und Frankreich auf den Plan rief, handelte es sich um die Frage der Einmischung in die inneren Verhältnisse eines unabhängigen Staates. Die Besetzung griechischen Gebietes durch Streitkräfte der Westmächte, die während des Krieges erfolgt war, dauerte auch nach dem Friedensschluß von Paris noch fort. Auf dem Kongreß hatten Walewski wie Clarendon erklärt, daß vor der Zurückrufung der französischen und englischen Truppen feste Bürgschaften für einen befriedigenden Zustand der Dinge in Griechenland gegeben sein müßten. Hiemit sah es aber in der That sehr übel aus. Handel und Schiffahrt stockten. Die aus Epirus und Thessalien zurückströmenden Palikaren bildeten teilweise wieder Räuberbanden. Die Finanzen waren der Art zerrüttet, daß die Möglichkeit der Verzinsung und Tilgung der Anleihe von 60 Millionen Francs, welche die drei Schutzmächte 1832 garantirt hatten (s. IV. 474), ganz aussichtslos erschien. Frankreich und England bestanden daher auf Einsetzung einer Kommission zur Überwachung der Einnahmen Griechenlands. Die dritte Schutzmacht, Rußland, forderte vorherige Räumung des griechischen Gebietes. Nach langen Verhandlungen wurde im Februar 1857 dies Verlangen erfüllt. Zugleich trat die Kommission der drei Schutzmächte ins Leben, welche Griechenland eine jährliche Zahlung von 900 000 Drachmen zur Tilgung der Garantieschuld auferlegte. Erst gegen Ende 1859 erklärte sich die griechische Regierung grundsätzlich damit einverstanden. Aber es erfolgte nur eine einmalige Zahlung, und die Fortdauer der Finanznot in Verbindung mit der bitteren Enttäuschung nationaler Wünsche erschütterte den Boden, auf dem die nach Athen verpflanzte bairische Dynastie kaum Wurzel geschlagen hatte.

Räumung des Piraeus 27. Febr. 1857.

Die Donaufürstentümer.

Indessen traten diese Angelegenheiten hinter der der Donaufürstentümer in den Hintergrund[2]). Hier ergab sich aufs neue eine Gruppirung

[1]) Bericht Persignys 2. Okt. 1856. Arch. Paris.

[2]) Zur Ergänzung der V. 356, 358 angeführten Werke von Kénopol und Jorga s. Bamberg: Geschichte der orientalischen Angelegenheit u. s. w. 1892. Damié: Histoire de la Roumanie contemporaine 1900. Mano: L'union des principautés Roumaines. Thèse Paris 1900.

der Mächte, bei der Frankreich und Rußland gegen England und Östreich zusammengeführt wurden. Auf dem Pariser Kongreß war Frankreich, gemäß Napoleons Wünschen, die Karte Europas mit Berücksichtigung der nationalen Bestrebungen revidirt zu sehen, für den Gedanken der Vereinigung von Moldau und Walachei aufgetreten, der seit der Veröffentlichung des Programmes Cogalniceanos (s. VII. 625) immer mehr Anhänger unter seinen Landsleuten gewonnen hatte. Walewski hatte diesen Gedanken im Auftrag Napoleons befürwortet. Clarendon hatte ihn namens Englands wenigstens der späteren Erwägung nicht für unwert erklärt. Orlov hatte namens Rußlands seine Zustimmung erteilt. Allein in Anbetracht des Widerspruchs Östreichs und der Türkei hatte man sich auf den Beschluß beschränkt, die endgiltige Organisation der beiden, unter der Suzeränität der Pforte verbleibenden Fürstentümer der Kundgebung ihrer Wünsche in getrennten, für diesen Zweck zu berufenden Divans und einer Verständigung mit dem Sultan vorzubehalten. Kommissare der Mächte sollten in Bukarest mit einem Kommissar der Pforte über die Grundlage der künftigen Organisation der Fürstentümer sich ins Benehmen setzen.

Gedanke ihrer Vereinigung.

Hoffnungen der nationalen Bojaren.

Die Hospodare. Gregor Ghica.

Barbu Stirbey.

Ernennung Balschs und Alexander Ghicas zu Kaimakamen Juli 1856.

Die nationale Bojarenpartei schöpfte, obwohl der Pariser Kongreß die Vereinigung der Donaufürstentümer in der Schwebe gelassen hatte, frischen Mut. Zahlreiche ehemals Verbannte weilten wieder in der Heimat und arbeiteten im Bunde mit ihren noch in der Fremde wirkenden Gesinnungsgenossen für die Sache freier Entwicklung der rumänischen Nationalität in einem gemeinsamen Staatswesen. In der Moldau stellte der als Hospodar vor Monaten zurückgekehrte Gregor Ghica sich an die Spitze der Bewegung und brachte in Jassy die Gründung eines Centralausschusses für die Union zustande. In der Walachei ließ der gleichfalls auf seinem fürstlichen Posten wieder erschienene Barbu Stirbey ihre Befürworter gewähren. Die Pforte wandte alle Mittel an, um die Agitation zu ersticken, in der sie ein Vorspiel der völligen Ablösung der Donaufürstentümer aus dem Reichsverband erblickte, und nutzte dafür die ihr vom Pariser Kongreß gewährten Vollmachten aus. Nach dem Ablauf der durch den Vertrag von Balta-Liman (s. VII. 632) festgestellten siebenjährigen Regierungsdauer der beiden Hospodare ernannte sie im Juli 1856 zu ihrer vorläufigen Stellvertretung sogenannte „Kaimakame" (Verweser). Sie setzte sich dabei aber über die für einen solchen Fall immer noch giltigen Bestimmungen des „Organischen Reglementes" von 1831 hinweg, nach denen je ein Triumvirat, die im Amt befindlichen Minister des Inneren, der Justiz und der Präsident des obersten Gerichtshofes, „die Kaimakamie" bilden sollten. Die Ernannten waren für die Moldau Theodor Balsch, ein von Ehrgeiz verzehrter Mann, den die Hoffnung, Hospodar der Moldau zu werden, zum Gegner

der Union machte, für die Walachei der durch das Alter gebeugte, durch Bibesco abgelöste ehemalige Hospodar Alexander Ghica (s. VI. 326). Balsch begann sofort die unionistische Nationalpartei zu bekämpfen, verdrängte ihre Anhänger aus Behörden und Richterstellen, machte kraft eines in Konstantinopel erwirkten Fermans die unionistische Presse mundtodt. Weniger unduldsam verhielt sich Alexander Ghica in der Walachei. Indessen verfolgte auch er durch Bekämpfung der Anhänger Bibescos und Stirbeys in erster Linie eigene Zwecke und benahm sich gegenüber den Weisungen des türkischen Oberlehnsherrn gefügig.

Die unionistische Partei setzte ihre Hoffnungen nach wie vor besonders auf die Unterstützung Frankreichs. Napoleons Wunsch, dem Nationalitätsprincip durch Erschaffung eines rumänischen Gemeinwesens zum Sieg zu verhelfen, konnte nicht bezweifelt werden. In diesem Sinn arbeiteten seine Agenten, vor allem der französische Konsul Viktor Place in Jassy. In gleicher Richtung war auf Walewskis Andringen Thouvenel, der französische Botschafter in Konstantinopel, thätig. Eben hier aber wurde aufs neue ein Gegensatz der französischen und der englischen Politik bemerklich. Thouvenel, dem die Erhaltung der englisch-französischen Allianz sehr am Herzen lag, hatte es schmerzlich zu empfinden, daß sein berühmter englischer Kollege Stratford Canning, wie in allem, was sich auf die Ausführung des Friedens bezog, so auch in der Frage der Donaufürstentümer, den Widerstand der türkischen Staatsmänner zu stärken suchte und damit dem seit kurzem hier angelangten östreichischen Internuntius Prokesch-Osten die wertvollste Hilfe leistete[1]). Prokesch-Osten machte aus den Beweggründen, die Östreichs Gegnerschaft wider die Idee der Union von Moldau und Walachei zu einem Staatswesen bedingten, kein Hehl. „Ein solches Land, erklärte er Thouvenel, wäre ein furchtbares Instrument der Angriffe in den Händen Rußlands gegen Östreich und die Türkei. Hätte man die rumänischen Ansprüche der Armutigt, wie könnte man glauben, daß sie da Halt machen würden? Es wäre gegen die menschliche Natur. Die Rumänen würden bald die Suzeränität der Pforte als eine Schmach und Ungerechtigkeit empfinden, sie würden ihr Land zu klein finden, sie würden einen unabhängigen Staat anstreben, der die Bukowina, den rumänischen Teil Siebenbürgens, das Banat umfassen und den Balkan zur Grenze haben sollte. Schöne Aussichten für Östreich! Ein schönes Beispiel für Serbien! Eine schöne Gelegenheit für Rußland, auf das diese Länder sich stützen würden!“ Die gewohnte Beargwöhnung Rußlands und die Eifersucht auf die Beeinflussung der Pforte durch Frankreich führte Stratford

Die unionistische Partei und Frankreich.

Konflikte Thouvenels und Stratford Cannings.

Prokesch als Bundesgenosse Stratfords.

[1]) Thouvenel: Trois années de la question d'orient 1856—1859. Paris 1897. Vgl. Prokesch-Osten: Ein Beitrag zur Geschichte der orientalischen Frage (Deutsche Revue 1880. IV).

Reschid Pascha Großvezir Nov. 1856.

Canning auf Prokesch's Seite. Im Spätherbst 1856 gelang es ihm, durch persönliche Einwirkung auf den schlaffen, immer mehr dem Trunk und den Haremsfreuden ergebenen, durch Überreichung des Hosenbandordens geschmeichelten Sultan Abdulmedjid seinen Günstling Reschid Pascha wieder als Großvezir an die Stelle Ali Paschas zu setzen, dem er eine zu starke Hinneigung zu Frankreich zuschrieb. Auch Alis Freund, der Minister des Auswärtigen, Fuad Pascha, mußte vom Platze weichen.

Stellung Englands und Rußlands zur Unionfrage.

Noch gab die englische Regierung das auf dem Pariser Kongreß festgestellte Programm nicht preis, demgemäß die Wünsche der Vertretungen von Moldau und Walachei für die Feststellung ihrer endgiltigen Organisation maßgebend sein sollten. Aber zu Persignys Kummer begann sie schwankend zu werden. Clarendon und Palmerston waren jedenfalls entschieden dagegen, daß man der Türkei Gewalt anthue, um sie zur Gutheißung einer Union der Donaufürstentümer zu zwingen[1]). Die russische Regierung schien eine zeitlang unschlüssig, welchen Weg sie einschlagen solle. Die Bildung eines rumänischen Staatswesens von fünf Millionen Seelen unter einem einzigen Fürsten mochte den allgemeinen Interessen Rußlands weniger entsprechend gelten als der Fortbestand der zwei getrennten Hospodarate von Moldau und Walachei. Andrerseits hatte es viel Verlockendes, auch bei dieser Gelegenheit an der Lockerung der englisch-französischen Allianz zu arbeiten und sich Napoleon zu Gefallen an der Beschützung der nationalen Idee in den Donaufürstentümern zu beteiligen. Gorčakov hielt daher vorsichtig mit einer bindenden Entscheidung zu Gunsten der Union noch zurück. Aber er forderte, daß der freien Aussprache der Bevölkerung in Moldau und Walachei kein Hindernis in den Weg gelegt werde. Diese Forderung vertrat der russische Gesandte Butenev in Konstantinopel als Bundesgenosse Thouvenels.

Berufung der Divans 7. Jan. 1857.

Endlich nach vielen Zögerungen und Ausflüchten der Pforte kam am 7. Januar 1857 der Ferman zustande, der die zugesagten Divans in Moldau und Walachei berief. Thouvenel, dessen Feder dafür in Anspruch genommen war, rühmte sich dieses Triumphes nicht wenig. Nach dem Wortlaut des Fermans sollten die Divans aus freigewählten Vertretern aller Klassen der Bevölkerung der Moldau und Walachei, vom Bojaren bis zum Bauern, stattfinden, und es war vorausgesetzt, daß beide Versammlungen sich mit der Frage der Union befassen dürften. Für die Union sprach sich nochmals mit aller Entschiedenheit Napoleon durch

Der Moniteur-Artikel vom 5. Febr.

einen Artikel des Moniteur vom 5. Februar aus. In Wien gab diese offene Sprache starkes Ärgernis[2]). Die Depeschen, die Buol daraufhin Hübner nach Paris übersandte, waren nach dessen Ausdruck „mit Galle

[1]) Berichte Persignys 27., 31. Mai, 22. Sept., 18. Okt. 1856. Arch. Paris.

[2]) Bericht Steigers 12. Febr. 1857. E. Arch. Bern.

statt mit Tinte" geschrieben. Indessen auch im englischen Kabinet brachte die eigenmächtige programmatische Erklärung des Bundesgenossen an der Seine nicht geringe Erregung hervor. Palmerston suchte allerdings sein Unbehagen mit dem Witzwort hinwegzutäuschen, England und Frankreich seien „keine siamesischen Zwillinge", jeder von beiden könne den Weg gehen, der ihm gefalle[1]). Aber Clarendon klagte im Freundeskreise bitterlich, daß er nie genau wisse, wie er mit Frankreich daran sei, das sich im Fall eines ernsten Streites wahrscheinlich mit Rußland gegen England verbinden werde, und äußerte gegenüber Persigny seine schweren Bedenken. Dieser sah die englisch-französische Allianz aufs neue gefährdet und frug sorgenvoll in Paris an, ob das Programm des Kaisers Frankreichs Interessen nicht zuwiderlaufe. „Es handelt sich, urteilte er, um eine ungeheure grundsätzliche Frage, die zugleich unsere Politik im Orient und unsere Stellung im System Europas berührt ... Was sollen die christlichen Völker in der Türkei heute sagen, wenn sie sehen, wie Frankreich und Rußland sie überall zur Unabhängigkeit aufreizen? Gewiß, der Gedanke des Kaisers, der die Union der Donaufürstentümer will, ist höchst liberal und den Grundsätzen der Civilisation gemäß. Aber werden nicht Serbien, Bulgarien, die verschiedenen griechischen Provinzen des türkischen Reiches auf ähnliche Weise organisirt sein wollen? ... Werden wir nicht selbst das Signal zum Sturz des türkischen Reiches gegeben haben? Das heißt eben das thun, was die Russen haben thun wollen und auf den Hauptgewinn des Sieges, auf das Recht Frankreichs und Englands, die Schützer der Türkei zu sein, verzichten." Wiederholte Gespräche mit Palmerston und Clarendon ließen ihn hoffen, daß noch ein Ausweg gefunden werden könne. Wenigstens gestand ihm Clarendon, um einen neuen Konflikt mit Frankreich zu vermeiden, werde die englische Regierung vielleicht bereit sein, der Union mit Ausschluß eines europäischen Prinzen griechischen Bekenntnisses und mit Verstärkung der oberlehnsherrlichen Rechte des Sultans zuzustimmen. Aber dies war nur Clarendons persönliche Ansicht, und Walewski hielt es nicht einmal für der Mühe wert, auf den Vorschlag einzugehen[2]).

Besorgnisse Persignys.

Während des trat in der Moldau eine Änderung der provisorischen Regierung ein, welche die Anhänger des Unionsgedankens von einem gefährlichen Gegner befreite. Der Kaimakam der Moldau, Theodor Balsch, verschied am 1. März 1857 nach kurzer Krankheit. Die Mächte gestatteten der Pforte aufs neue, ohne Rücksicht auf die Vorschriften des „Organischen Reglementes", die durch seinen Tod entstandene Lücke auszufüllen. Sie ernannte als seinen Ersatzmann einen mit dem Paschatitel geschmückten jungen Griechen, Nikolaus Vogorides, Balschs bisherigen

Tod Balschs 1. März 1857.

Ernennung Vogorides' zum Nachfolger.

[1]) The Greville Memoirs VIII. 88, 89.

[2]) Berichte Persignys 10., 18., 26. Februar, 11. April 1857. Arch. Paris.

Finanzminister. Dem Ernannten war sogar die Sprache des Landes, das er vorläufig regieren sollte, fremd, aber als Schwiegersohn und Erben des Bojaren Conachi standen ihm große Mittel und als Sprößling einer einflußreichen Fanariotenfamilie weitverzweigte Verbindungen zur Verfügung. Er verpflichtete sich gegenüber dem französischen Konsul Place in Jassy schriftlich zu völliger Unparteilichkeit bei den Wahlen und während der Beratungen der Divans. Allein kaum im Besitz der Macht, ließ er, gedeckt durch geheime Weisungen der Pforte, die Maske fallen. Die von seinen Beamten und Vertrauten aufgestellten Wählerlisten waren auf völlige Unterdrückung der Unionisten berechnet. So waren von den rund 2000 Großgrundbesitzern nur 350, von den rund 20 000 kleinen Eigentümern nur 2264 in die Listen aufgenommen. Man konnte sicher sein, daß bei den Wahlen selbst Gewalt und Betrug ein übriges thun würden.

Sein Druck auf die Wahlen.

Die europäische Kommission in Bukarest.

Die nach den Beschlüssen des Pariser Kongresses ernannte europäische Kommission, die erst die Räumung der Donaufürstentümer durch die östreichischen und türkischen Truppen abgewartet hatte, ehe sie sich in Bukarest vereinigte, keineswegs eines Sinnes, war machtlos gegenüber der Unterdrückung der unionistischen Partei in der Moldau. Aber in Konstantinopel drang Thouvenel, vom Konsul Place über Vogorides' Wortbruch aufgeklärt, beim Großvezir Reschid auf Genugthuung wegen offenbarer Verletzung der Bestimmungen des Pariser Kongresses. Der russische, sardinische und preußische Gesandte, Butenev, Durando, Wildenbruch, unterstützten ihn. Indessen Reschid machte im Vertrauen auf den Beistand Stratfords und Prokeschs Ausflüchte. Sein Versprechen einer Verschiebung der Wahlen in der Moldau wurde nicht gehalten. Sie fanden am 19. Juli statt und glichen einer großen Komödie. Hierauf ließ Thouvenel nach Walewskis Instruktion alle Minen springen. Er bestand am 28. Juli auf sofortiger Kassirung der Wahlen. Für den Fall der Weigerung war er angewiesen, seine Pässe zu fordern. Wenige Tage später machte er seine Drohung wahr. Er bestieg mit dem ganzen französischen Gesandtschaftspersonal ein Kriegsschiff und ließ die Trikolore am Hauptmast einziehen. An demselben Tag nahm er Abschied vom Sultan. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der Türkei wurden für abgebrochen erklärt. Die Gesandten Rußlands, Preußens, Sardiniens folgten Thouvenels Beispiel. Reschid Pascha hatte den Schritt der vier Mächte nicht abgewartet, um sich zum Opfer zu bringen. Der Sultan hatte es nicht gewagt, ihn trotz der Beschützung Stratfords und Prokeschs auf dem Posten des Großvezirs zu belassen. An seine Stelle wurde Mustafa Pascha, der ehemalige Gouverneur von Kreta, berufen, der in Paris gut angeschrieben war. Auch Ali Pascha, als Minister des Äußeren, und Fuad Pascha ohne bestimmten Geschäftskreis traten wieder in die Regierung ein.

Die Wahlen in der Moldau 19. Juli.

Thouvenels Forderung ihrer Kassirung 28. Juli.

Zeitweiliger Abbruch der diplomatischen Beziehungen 6. August.

Verabschiedung Reschids.

Indessen war damit der Hauptforderung Thouvenels noch nicht Genüge geleistet. Auch hinterließ die ganze Angelegenheit den bitteren Beigeschmack eines neuen Zwiespaltes der Vertreter Frankreichs und Englands, der beiden dem Namen nach noch immer verbündeten Mächte. In Petersburg, wo nach Mornys Abrufung zum Präsidium des gesetzgebenden Körpers im Frühling 1857 sein Nachfolger, der Herzog von Montebello, die angeknüpften Fäden weiter spann, sah man das Einverständnis der beiden westlichen Alliirten in der Frage der Donaufürstentümer schadenfroh mehr und mehr sich lockern und betonte um so lauter die eigene Zuvorkommenheit gegenüber den Wünschen Napoleons. „Uns hat, beteuerte Gorčakov, nur ein Gefühl geleitet: das, Frankreich bei seinen Schritten zu unterstützen ... Wir haben der französischen Regierung eine neue Probe unseres Bestrebens gegeben, als gute Kameraden mit ihr vorzugehen." Der überaus herzliche Empfang des Westeuropa bereisenden Großfürsten Konstantin in Paris, wo er seinerseits bei einem Gastmahl einen Trinkspruch auf die Sieger von der Alma und Sebastopol ausbrachte, stimmte aufs beste zu dem Bilde der jungen russisch-französischen Freundschaft. Drohender Zwiespalt der Westmächte.

Umgekehrt war in London die zunehmende Verschärfung des Gegensatzes Frankreichs und Englands hinsichtlich der türkischen Angelegenheiten unverkennbar. In Sachen der Union von Moldau und Walachei erklärte Clarendon anfangs Juni, daß sie der englischen Regierung immer gefährlicher erscheine, da man als ihre Folge Umwälzungen in dem ganzen Rest der europäischen Türkei befürchten müsse. Er empfahl, wie das auch in Wien vorgeschlagen war[1]), zunächst Wahl von zwei Hospodaren, des einen in der Moldau, des anderen in der Walachei, getrennte Divans, aber Militär-, Zoll-, Rechtseinheit beider Fürstentümer. Bei den Verhandlungen über Berufung der europäischen Donaukommission stellte die englische Regierung die ausdrückliche Bedingung ihrer vorherigen Investitur durch die Pforte, als Inhaberin des Donaudeltas. Der Druck, den Thouvenel, um Vogorides' Vorgehen zu durchkreuzen, auf den Sultan ausübte, wurde von ihr als Erschütterung seiner Autorität nicht gebilligt. Man dürfe, ließ Palmerston im Gespräch mit Persigny verlauten, „mit der Sachlage nicht spielen", Frankreich und England müßten sich um jeden Preis verständigen, aber Frankreich erschwere eine Verständigung durch die Neigung, jede Diskussion mittels öffentlicher Erklärungen abzuschneiden. Wiederum erhob Persigny seine warnende Stimme. Von Walewski beauftragt, die englische Regierung aufzufordern, gemeinsam mit der französischen in Konstantinopel auf Abrufung des Kaimakam Vogorides zu dringen, schrieb er nach Paris: „Man darf sich nicht verbergen, daß in den gegenwärtigen Umständen jede Drohung gegen die Türkei eine Warnungen Persignys.

[1]) Hübner a. a. O. II. 19.

Drohung gegen England ist." Er hätte es begriffen, obschon beklagt, weil die Dynastie des Kaisers seiner Ansicht nach keinen Ruhm mehr nötig hatte, wenn Frankreich für irgendeine „große Sache", wie „die Rheinprovinzen, Italien, Polen, Ungarn das Schwert zöge". Aber es war ihm unfaßbar, daß „die französische Ehre ohne wirkliches Interesse in so unwichtigen Sachen", wie die der Donaufürstentümer, „verpfändet werden und damit die Freundschaft Englands verscherzt werden sollte"[1]).

Napoleons Unterstützung der englischen Allianz.

Napoleon legte auf die Allianz mit England einen zu hohen Wert, als daß ihn eine Verständigung mit dieser Macht in Sachen der Donaufürstentümer nicht unbedingt notwendig gedünkt hätte. Zu diesem Zweck hatte er schon im Frühling eine persönliche Zusammenkunft mit dem englischen Herrscherpaar in Osborne auf der Insel Wight angeregt. Die Ausführung des Planes mußte jedoch bis zum 6. August verschoben werden. An diesem Tag langte das französische Kaiserpaar, begleitet von Walewski, in Osborne an, wo sich auch Persigny, Palmerston, Clarendon als Gäste einstellten. Bis zum 10. August blieb man hier in vertraulichen Gesprächen und Verhandlungen bei einander. Für Napoleon waren die türkischen Angelegenheiten nicht ihr einziger Gegenstand. Er wünschte die Engländer im Hinblick auf seine gegen Östreich gerichteten Pläne zu sondiren, sprach mit dem Prinzen Albert unverhohlen von seiner „fixen Idee" der Notwendigkeit einer Revision der Karte Europas und schlug für alle Fälle den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses vor[2]). Mit diesem außerordentlichen Vorschlag hatte er jedoch kein Glück. Er mußte sich mit einem halben Gewinn in der vorliegenden Streitfrage begnügen. Die englischen Staatsmänner versprachen die Unterstützung der Forderung unverzüglicher Kassirung der Wahlen in der Moldau. Gegen die Zulassung einer vollständigen politischen Verschmelzung beider Donaufürstentümer sträubten sie sich noch immer, willigten aber in eine Union auf dem Gebiet des Militär-, Finanz- und Gerichtswesens, falls die ordnungsmäßig gewählten Divans sie fordern würden. Daraufhin ward Thouvenel angewiesen, auf seinem Posten zu verbleiben. Ebenso nahmen die Vertreter Rußlands, Preußens, Sardiniens ihre Beziehungen zur Pforte wieder auf. Stratford aber erhielt Befehl, auf Annullirung der Wahlen in der Moldau zu bestehen und mußte sich wohl oder übel fügen. Die englisch-französische Allianz, deren Erschütterung Gorčakov erhofft hatte, erschien aufs neue gekittet.

Besuch des französischen Kaiserpaares in Osborne 6. bis 10. August.

Halber Ausgleich

Kassirung der Wahlen in der Moldau 23. August.

Indessen konnte tiefer Eingeweihten, wie dem Herzog Ernst von Koburg, nicht entgehen, daß „die schleichende Verstimmung zwischen den

[1]) Berichte Persignys 23., 28. Mai, 3., 6., 9., 25. Juni, 19., 20. Juli (s. Anhang IV) 21., 24., 27., 31. Juli 1857. Arch. Paris.

[2]) Vitzthum von Eckstädt: St. Petersburg und London I. 213, Ergänzung von Martin: Life of the Prince Consort, Letters of Queen Victoria III. 232. Roux a. a. O. S. 186.

beiden Mächten" durch den Besuch in Osborne nur „vermehrt und bestärkt" worden war. Dazu trug auch die Mitteilung einer bevorstehenden Zusammenkunft des Zaren und Napoleons bei, die dieser selbst auf harmlose Weise dem Prinzen Albert machte. In der That war ein Zusammentreffen der beiden Herrscher, die jüngst erst ihre Waffen gekreuzt hatten, schon seit längerer Zeit verabredet. Als Ort der Handlung war Stuttgart in Aussicht genommen, die Hauptstadt des greisen Königs Wilhelms I. von Würtemberg, der als Schwiegervater der Großfürstin Olga, als Schwager Nikolaus' I. und Jérômes, des ehemaligen Königs von Westfalen, mit beiden kaiserlichen Häusern verwandt war[1]). Die Fürsten waren von ihren Ministern Walewski und Gorčakov begleitet. Eine Teilnahme Friedrich Wilhelms IV., des Königs von Preußen, an dem Stelldichein wurde vermieden, weil die Zusammenkunft nach Leopold von Gerlachs Ausdruck „mit ihm den Charakter einer Koalition gegen Östreich angenommen hätte". Dafür begrüßte des Königs Bruder Prinz Wilhelm, von dem Bundestagsgesandten Bismarck begleitet, Napoleon, als er in Baden-Baden kurzen Aufenthalt bei seiner Verwandten, der Großherzogin Stephanie, machte. Am 25. September zog er in Stuttgart ein, wo der Zar ihn schon erwartete. Zuerst schien dieser sich durch das Zusammensein mit dem einstigen prinzlichen Abenteurer, der aller Augen auf sich zog, dem Sieger von Sebastopol, etwas bedrückt zu fühlen. Allmählich aber kamen die beiden Herrscher sich näher. Das verfängliche Thema „Polen" wurde in ihren Gesprächen nur einmal berührt, als Napoleon die Frage wagte, warum der Zar nicht eine allgemeine Amnestie gewähre.

Zusammenkunft Napoleons und Alexanders II. in Stuttgart 25. Sept. ff.

Noch besser verstanden sich Walewski und Gorčakov. Sie besprachen eingehend alle schwebenden politischen Angelegenheiten und vereinbarten mündlich: Verständigung Rußlands und Frankreichs in jeder Frage von europäischem Interesse, Ausschluß der Teilnahme an einer gegen die eine oder gegen die andere Macht sich richtende Koalition, gemeinsamer Gang im Orient durch entsprechende Anweisung der Gesandten und Konsuln und Verständigung für den Fall der Auflösung der Türkei. Von einer schriftlichen Bindung in Form eines Protokolles oder eines Vertrages nahm man Umgang. Napoleon kam es darauf an, seine Karten in dem Spiel nicht zu früh aufzudecken, das er auf dem Schachbrett westeuropäischer Politik, zunächst zu Gunsten der italienischen Nationalität, zu beginnen dachte. Die russischen Machthaber hüteten sich, mit Bezug auf den Orient bestimmte Ziele aufzustellen, um nicht die junge Pflanze der französischen Freundschaft zu schädigen. Man schied aber in dem Bewußtsein, die früher angeknüpften Bande gefestigt zu haben.

Verständigung Walewskis und Gorčakovs.

[1]) Rothan: L'entrevue de Stuttgart (Revue des deux mondes 1. Dec. 1888, 1. Jan. 1889) danach und nach Goriainov: Les étapes de l'alliance franco-russe (Revue de Paris 1. Jan. 1912) vorzüglich Roux a. a. O. S. 211 ff.

„Die Stuttgarter Zusammenkunft, glaubte Gorčakov dem französischen Geschäftsträger in Petersburg versichern zu dürfen, wird in der Zukunft Früchte tragen." „Die Unterhaltungen Ihrer Majestäten, verkündete ein Rundschreiben Walewskis, hat ihnen Gelegenheit gegeben, sich gegenseitige Gefühle des Vertrauens und der Achtung zu bezeugen."

Zusammenkunft Alexanders II. und Franz Josefs in Weimar 1. Okt.

Nicht ohne Sorgen hatte man in Wien der Zusammenkunft Napoleons und Alexanders II. entgegen gesehen. In östreichischen Zeitungen war die Erinnerung an Tilsit und Erfurt aufgefrischt worden. Kaiser Franz Josef, dem es darauf ankam, den üblen Eindruck der Stuttgarter Zusammenkunft abzuschwächen, hatte den Zaren dringend ersucht, bei seinem Heimweg über Berlin auch ihm Gelegenheit zu mündlicher Aussprache zu geben. Nach einigem Zögern hatte der Zar diesem Ersuchen entsprochen. Doch wurde vorausgesetzt, daß der Minister Buol ihm nicht vor Augen komme. Am 1. Oktober begegneten sich beide Herrscher auf Einladung des Großherzogs von Weimar in dessen Residenz. Am Berliner Hof wollte man nach dem Bericht eines Augenzeugen wissen, daß sie „sehr gut und sogar gerührt" miteinander gewesen seien, und im großen Publikum ward die vermutete Wichtigkeit der Stuttgarter Zusammenkunft durch dies Weimarer Nachspiel etwas gemindert. In Wirklichkeit aber blieb das Verhältnis Rußlands zu Östreich geradeso kühl wie zuvor. Gorčakov ließ keinen Zweifel daran aufkommen und widersprach, nach Petersburg zurückgekehrt, zur Beschwichtigung französischen Argwohns, ausdrücklich der Annahme, daß Weimar „das Korrektiv" von Stuttgart gewesen sei. Vor allem in den orientalischen Angelegenheiten zeigte sich aufs neue ein enges Zusammengehen Rußlands und Frankreichs, das Östreich sehr unbequem war.

Die Wahlen in den Donaufürstentümern 10./26. Sept. Sieg der Unionisten.

Die englische Regierung war damals durch den furchtbaren Aufstand in Indien der Art in Atem gehalten, daß sie nicht wagen konnte, das in Osborne gemachte Zugeständnis zurückzunehmen oder einzuschränken. Nach Annullirung der Wahlen in der Moldau und Reinigung der Wählerlisten von vorgekommenen Fälschungen fanden am 10. September die neuen Wahlen statt. Sie ergaben einen glänzenden Triumph der unionistischen Nationalpartei. Ebenso siegreich ging sie am 26. September aus den Wahlen in der Walachei hervor. Der Divan wurde in Jassy mit enthusiastischen Freudenbezeugungen am 4. Oktober eröffnet und faßte schon am 19. Oktober nach einer ergreifenden Rede Cogalniceanus mit 81 gegen 2 Stimmen die nationalen Wünsche in folgenden Punkten zusammen: Anerkennung der Autonomie der Donaufürstentümer gemäß den mit der Pforte geschlossenen Kapitulationen, ihre Vereinigung zu einem Staat Rumänien unter einem gewählten fremden, erblichen Fürsten aus einer der herrschenden Dynastieen Europas, dessen Nachfolger in der Religion des Landes zu erziehen seien, Neutralität und Unverletz-

Die nationalen Programme der Divans.

lichkeit des Gebietes des neuen Staates, gesetzgebende Gewalt in einer einzigen gewählten Versammlung mit Vertretung aller Interessen der Nation, und alles dies unter der Gesamtbürgschaft der Signatarmächte des Pariser Vertrages. Ein brausender Ruf: „es lebe die Union" begrüßte die Verkündung der Abstimmung. In der Walachei, deren Divan am 11. Oktober in Bukarest eröffnet wurde, hatte man sich über einen gleichlautenden Antrag verständigt. Nach der Berichterstattung Bratianus ward er von mehreren Rednern verteidigt, unter denen selbst der ehemalige Hospodar Bibesco sich für die Wahl eines fremden Prinzen zum Fürsten des aus Moldau und Walachei vereinten Rumänien aussprach. Die Versammlung in Jassy beschäftigte sich noch mit einer Reihe von Fragen, welche die inneren Angelegenheiten betrafen. Unter ihnen nahm die des elenden Zustandes der bäuerlichen Bevölkerung die erste Stelle ein. Hiebei aber ging in Folge des Widerstrebens der meisten grundbesitzenden Bojaren gegen Verzicht auf ihre Herrenrechte die bisherige Einmütigkeit in die Brüche. Die Versammlung in Bukarest vermied es, diesen glühenden Boden zu betreten und beschränkte sich auf die der europäischen Kommission überreichte Erklärung, daß die notwendigen Reformen der künftigen Organisation des Landes untergeordnet sein müßten.

Reschid wieder Großvezir Okt. 1857.

In Konstantinopel gelangte währenddes durch einen Theaterstreich, wie er hier nicht selten vorkam, Reschid Pascha aufs neue in den Besitz des Großvezirats. Allein gewitzigt durch seine letzten Erfahrungen suchte er sich mit Thouvenel auf guten Fuß zu stellen. Auch entsandte er einen geheimen Agenten nach Paris, der dort zu seinen Gunsten zu wirken suchte. Die Stütze, die er früher an Lord Stratford gehabt hatte, ward ihm eben damals entzogen. Die englische Regierung konnte ihr Ohr den Beschwerden, die Persigny über diesen herrischen, unfügsamen Vertreter Englands am goldenen Horn vorbrachte, nicht länger verschließen. Stratford trat gegen Ende 1857 eine Urlaubsreise in die Heimat an, die nur ein Vorspiel seiner Abrufung war[1]). Sie erfolgte allerdings nicht mehr unter dem Ministerium Palmerston, sondern unter dem Derbys, in dem Malmesbury wieder das Auswärtige inne hatte. Unmittelbar nach Stratfords Abreise ward Reschid Pascha durch einen plötzlichen Tod hinweggerafft. Nach dem Verlust dieses Freundes kehrte Stratford noch einmal an die Stätte seiner Mühen und seines Ruhmes zurück, aber nur um endgiltig von ihr Abschied zu nehmen. Sein Nachfolger in der britischen Botschaft, bisher englisches Mitglied der europäischen Kommission in Bukarest, Henry Bulwer war trotz aller seiner glänzenden Talente nicht fähig, ihn zu ersetzen, und der Einfluß Englands in Konstantinopel begann zusehends zu sinken.

Beurlaubung und Abrufung Stratfords Dec. 1857. Juli 1858.

Tod Reschids 1. Jan. 1858.

[1]) Berichte Persignys 21. August, 11. Nov., 1. Dec. 1857. Arch. Paris.— Lane Poole: Life of Stratford Canning II. 443 ff.

Mittlerweile hatte der Divan der Walachei am 16. December 1857 sich auf unbestimmte Zeit vertagt und der Divan der Moldau am 2. Januar 1858 seine Sitzungen beendigt. Der Sultan sandte am 25. Januar 1858 Fermane, kraft deren er beide Versammlungen schloß und die Zugehörigkeit der Fürstentümer zu seinem Reich nochmals kräftig betonte. Im Besitz der von den Divans geäußerten Wünsche verfaßte die europäische Kommission der Mächte in Bukarest einen Gesamtbericht. Es war ein schwieriges und, wie der französische Kommissär, Baron Talleyrand-Périgord, ein Großneffe Talleyrands, in seinem Briefwechsel mit Thouvenel offen bekannte, ein ziemlich wertloses Stück Arbeit. Über die Hauptsache, die Frage der politischen Union beider Donaufürstentümer, war keine Verständigung möglich. Die Pforte hatte dieser Forderung wiederholt unmittelbar sowie durch den Mund ihres Kommissärs entschieden widersprochen. Die übrigen Kommissäre, so wenig ihre Meinungsverschiedenheiten verborgen waren, fühlten sich ihren Weisungen nach nicht berechtigt, ein Urteil abzugeben. So blieb nichts übrig, als wieder an die Mächte selbst Berufung einzulegen. Zum zweiten Mal trat, als eine Art Anhang des Pariser Kongresses, in der französischen Hauptstadt eine Konferenz zusammen, um eine Lösung der dornigen Frage zu versuchen. Sie wurde am 22. Mai 1858 unter Walewskis Vorsitz eröffnet.

Fermane vom 25. Jan. 1858.

Gesamtbericht der europäischen Kommission.

Die Pariser Konferenzen 22. Mai bis 19. August.

Die Pforte hatte einen ihrer fähigsten Staatsmänner, Fuad Pascha, zu ihr abgeordnet. England, Österreich, Rußland, Preußen, Sardinien waren durch Cowley, Hübner, Kiselev, Hatzfeld, Villamarina vertreten. Die Protokollführung ward wieder Benedetti anvertraut. Die Rollenverteilung stand von Anfang an so gut wie fest, und das Ergebnis der dreimonatlichen Verhandlungen bot keine allzugroßen Überraschungen. Walewski hatte zunächst in Napoleons Sinn an den alten Vorschlag Frankreichs, Union von Moldau und Walachei unter einem fremden Fürsten, zu erinnern und konnte sich dabei auf die Willensmeinung der beiden Divans berufen. Aber beengt durch die Verabredung von Osborne, war er zu einem weniger durchschneidenden Übereinkommen bereit, mit dem Fuad Pascha voreilig noch in Konstantinopel gegenüber Thouvenel sich einverstanden erklärt hatte. Auf der Reise in Wien von den dortigen Staatsmännern bearbeitet nahm er jedoch während der Konferenzen eine ablehnende Haltung ein. Österreich ging auch das neue französische Programm, als Gefährdung der Rechte des türkischen Suzeräns, zu weit, und Hübner suchte in zähem Ringen einzelnes abzuhandeln. Cowley, dem das französische Bekenntnis zur vollen Union immer noch verdächtig war, stand ihm in einzelnen Fragen bei. Kiselev, obwohl für seine Person der Union der Donaufürstentümer abgeneigt, hatte den Befehl, Walewski in allem beizustimmen. Hatzfeld beschränkte sich nach Hübners Ausdruck „auf eine vorsichtige

Neutralität“[1]), und Villamarina war von Cavour zu der Erklärung angewiesen, daß Sardinien jeden Beschluß der Konferenz annehmen werde.

Konvention über die Organisation der Donaufürstentümer 19. August.

Am 19. August nach dreimonatlichem Feilschen und Markten ward die Konvention für die Organisation der Moldau und Walachei, die hier als „Vereinigte Fürstentümer unter der Suzeränität des Sultans“ bezeichnet wurden, unterschrieben. Sie bestimmte zwar Trennung der Regierungen beider nach dem Inhalt der Kapitulationen autonomen Fürstentümer durch je einen auf Lebenszeit von den gesetzgebenden Versammlungen erwählten Hospodaren moldauischer oder walachischer Herkunft, herkömmliche Investitur der beiden Hospodare durch den Sultan, Verpflichtung zur Zahlung eines Tributes an ihn. Aber sie stellte zugleich eine Verbindung beider Fürstentümer her durch Gewährung einer ständigen Centralkommission in Fokschani, eines gemeinsamen Gerichts- und Kassationshofes ebendaselbst, gleichmäßiger Organisation der Milizen, die unter einem einzigen Kommandanten bei Bedrohung der inneren oder äußeren Sicherheit vereinigt werden konnten, ein und desselben blauen Fahnenbandes der verschiedenen Fahnen dieser Milizen. Die Centralkommission sollte aus acht Moldauern und acht Walachen bestehen, von denen je vier von den Hospodaren aus den Mitgliedern der gesetzgebenden Versammlungen oder ehemaligen hohen Beamten, je vier von jeder Versammlung selbst aus ihrer Mitte zu wählen waren. Der Geschäftskreis dieser Centralkommission erstreckte sich auf Kodifikation der bestehenden Gesetzbücher, Vorschlag von Verwaltungsreformen, Prüfung und Verarbeitung von den Hospodaren vorgelegter Entwürfe gemeinsamer Gesetze bezüglich der Rechtseinheit, der Einheit im Zoll-, Post-, Telegraphenwesen, der Feststellung des Münzfußes, der gemeinsamen Anstalten des öffentlichen Nutzens. Allen Moldauern und Walachen ward Gleichheit vor dem Gesetz und vor der Besteuerung, individuelle Freiheit sowie Schutz des Eigentums und, soweit sie einem christlichen Glaubensbekenntnis angehörten, gleichmäßiger Genuß der politischen Rechte zugesagt. Alle Privilegien, Exemtionen, Monopole einzelner Klassen sollten in Wegfall kommen und die Verhältnisse der Grundeigentümer zu den Bauern zur Besserung ihres Loses unverzüglich geregelt werden. So war dieser Vertrag beschaffen, der vorläufig einen Zwitterzustand schuf, aber den Triumph des von Napoleon beschützten Nationalitätsprincips voraussehen ließ. Daher konnte Walewski befriedigt Thouvenel schreiben: „Ist das auch nicht die augenblickliche Union, so ist es doch die Sicherung der Union für die Zukunft.“

Zwitterzustand.

Russische Wünsche.

Wäre es nach Gorčakovs Wünschen gegangen, so hätte die Pariser Konferenz noch eine zweite, insbesondere für die Regierung des Zaren

[1]) Vgl. H. von Poschinger: Preußens auswärtige Politik 1850—1858 III. 453 ff.

verwertbare, Frucht gezeitigt. Als Lohn für die kräftige Unterstützung, die Rußland hier wieder Frankreich darbot, mochte ihm die Genugthuung zuteil werden, vor Europa in der alten Rolle des Schützers der christlichen Unterthanen des Sultans aufzutreten. Es war bereits klar, daß der Hatti-Humajum vom 18. Februar 1856 (s. o. S. 137) diesen keineswegs die erwarteten Vorteile brachte. Die Verordnungen, durch die er ausgeführt werden sollte, stießen bei den türkischen Behörden wie bei der türkischen Bevölkerung auf starken Widerstand. Auch viele Christen selbst, denen die Gleichstellung im Kriegsdienst eine drückende Last zumutete, und die in der Trennung ihrer geistlichen und weltlichen Angelegenheiten eine Bedrohung ihrer kirchlich-nationalen Selbständigkeit erblickten,

Gärung der Rajah.

bekundeten ihre Unzufriedenheit und machten Schwierigkeiten. Unruhige Bewegungen in Bosnien, in der Herzegowina, in Albanien bezeugten die fortdauernde Gärung innerhalb der Rajah. Hier setzte die russische Politik ein, um wieder auf ernste Beschäftigung mit dem Zustand des „kranken Mannes" zu dringen. „Fürst Gorčakov meint, meldete Montebello von Petersburg, die Lage der Dinge sei zu bedenklich, als daß Europa sich nicht darum kümmern müsse ... Er wünscht, daß man sich nicht mit leeren Versprechungen begnüge, die den christlichen Bevölkerungen und den Mächten kein Vertrauen einflößen könnten, sondern daß man sich verständige, um in Konstantinopel eine feste Sprache zu führen und wirksame Maßregeln wenigstens zum Beginn der Ausführung des Hatti-Humajum durchzusetzen." Gorčakov hütete sich, praktische Vorschläge zu machen und schob die Aufgabe der Verwirklichung seiner Wünsche

Zurückhaltung Walewskis.

Walewski zu. Dieser wich jedoch der Versuchung vorsichtig aus. Er erklärte, ohne Sondirung Englands nicht vorgehen zu können und fügte hinzu, daß auch die englische Regierung sehr in Verlegenheit sein werde, zu sagen, was sie wolle. „Wir sind bereit, schloß er dies diplomatische Zwiegespräch, alle Vorschläge in Betracht zu ziehen, die uns hinsichtlich dieses Gegenstandes von Petersburg und London zukommen würden, aber wir wünschen die Ergreifung einer schwierigen und undankbaren Initiative zu vermeiden." Eine Anregung Gorčakovs, vorerst durch einen Kollektivschritt der Mächte in Konstantinopel die Ausführung der Reformen zu fordern und für diesen Fall ihre moralische Hilfe zur Beruhigung der christlichen Unterthanen des Sultans zuzusichern, hatte keine Folgen[1]). Es blieb bei der Beschränkung der Mächte auf die Ordnung der Verhältnisse von Moldau und Walachei.

Hier hatte die Entscheidung der Pariser Konferenz zunächst eine starke Enttäuschung hervorgerufen. Bald aber raffte man sich wieder auf, um Europa zu beweisen, daß der nationale Wille mehr vermöge als der

[1]) Roux a. a. O. S. 234 ff.

Beschluß einer Diplomatenversammlung. Die erste Gelegenheit dafür boten die Wahlen für die beiden zur Erkiesung der Hospodare berufenen Versammlungen. Um die volle Freiheit dieser Wahlen zu verbürgen sowie gefährliche Rivalitäten und äußere Einflüsse auszuschließen, war in Paris trotz des Sträubens der Pforte die Ernennung provisorischer Regierungen gemäß dem organischen Reglement, „Kaimakamien" zu dreien, die Minister des Inneren, der Justiz und der zwei Präsidenten der obersten Gerichtshöfe, vereinbart worden. Dabei griffen aber die Mächte auf die sechs ehemaligen Würdenträger der letzten Hospodare Gregor Ghica und Stirbey zurück. Dies ergab für die Walachei eine provisorische Regierung, die der Union abgeneigt war und ihre Anhänger verfolgte, während die Regierung der Moldau in zweien ihrer Mitglieder die feurigsten Verteidiger der Union besaß. Das dritte Mitglied Stephan Catargi, der frühere Minister Michael Stourdzas, ein Werkzeug der Türkei und Östreichs, ließ kein Mittel unversucht, der nationalen Unionspartei den Sieg zu erschweren und rief sich sogar gegen seine Kollegen die Einmischung des suzeränen Gebieters in Konstantinopel zu Hilfe.

Ernennung der provisorischen Regierungen in den Donaufürstentümern

Während dieser Streitigkeiten gingen nach einem auf der Pariser Konferenz oktroyirten Wahlgesetz, das fünf Millionen Menschen nur etwa 3500 Wähler auf der zweiten Stufe zugestand, zuerst in der Moldau die Wahlen vor sich. Die Nationalpartei zählte von den 64 Abgeordneten nur 30 zu den Ihrigen, und diese schieden sich im Hinblick auf das Maß des den Bauern zu Gewährenden noch dazu in Konservative und Liberale. Aber die ihnen gegenüberstehende Mehrheit war auch in zwei sich befehdende Gruppen gespalten, von denen die eine den ehemaligen Hospodaren Michael Stourdza, die andere seinen Sohn Gregor auf den Schild hob. Angesichts der Gefahr einer Verbindung ihrer Gegner, einigten sich die Mitglieder der Nationalpartei auf die Wahl eines nicht den vornehmsten Bojarengeschlechtern angehörigen, volkstümlichen Fürsten und gewannen dafür auch die Gefolgschaft der beiden Stourdzas. So kam es am 17. Januar 1859 zur einstimmigen Wahl des neununddreißigjährigen Obersten Alexander Cuza. In der Walachei schienen die Wahlen Georg Bibesco eine starke Mehrheit zu sichern. Allein die unionistische Minderheit setzte sich mit den Gesinnungsgenossen der Moldau in Verbindung und verabredete mit ihr, um die Union durchzuführen, in Bukarest die Erwählung derselben Persönlichkeit zu erzwingen, der in Jassy die Hospodarwürde zugefallen war. Die Anhänger Bibescos wurden durch ein von Bratianu geführtes bewaffnetes Aufgebot vorstädtischer und bäurischer Scharen eingeschüchtert. Die beredte Mahnung des jugendlichen Abgeordneten Boerescо, durch Cuzas Wahl ein patriotisches Werk zu vollbringen, und dessen förmliches Versprechen, für den Fall der Zulassung der Union durch die Mächte vor einem fremden Prinzen zurück-

Wahlen zu den gesetzgebenden Versammlungen.

Wahl Cuzas zum Fürsten in Jassy 17. Jan. 1859.

Seine Wahl in Bukarest 5. Febr.

treten zu wollen, verfehlten ihre Wirkung nicht. Am 5. Februar ward er einstimmig als Alexander Johann I. auch zum Hospodar der Walachei gewählt. Thatsächlich war damit die Union vollzogen.

Alexander Cuza.

Der damals neunundddreißigjährige Alexander Cuza, der Sohn eines moldauischen Landbojaren, war nach notdürftigem Schulunterricht in Galatz als Kadett in die Miliz eingetreten und dann zu weiterer Ausbildung nach Paris geschickt worden. Hier hatte er sich mehr beflissen, die Freuden des großstädtischen Lebens durchzukosten als dem Rechtsstudium obzuliegen, war aber doch, in die Heimat zurückgekehrt, Richter am Galatzer Gerichtshof geworden. Seine Beteiligung an dem Aufstand in Jassy nötigte ihn 1848 zur Flucht. Erst unter dem Hospodarat Gregor Ghicas erschien er wieder in Galatz, wo er zur Stelle des Präfekten aufrückte. Vogorides glaubte, als Kaimakam den jungen, strebsamen Mann gewinnen und für sein Willkürregiment benutzen zu können. Er ernannte ihn zu seinem Adjutanten und beförderte ihn in wenig Monaten vom Sekondelieutenant zum Obersten. Allein Cuza hatte schon vorher durch Einreichung seiner Entlassung als Präfekt von Galatz gegen Vogorides' Gewaltthaten protestirt und war als Abgeordneter in dem Divan der Moldau von 1857 kräftig für die Union aufgetreten. Der gute Name, den er dadurch erlangte, und sein militärischer Grad verhalfen ihm zur Berufung als Kriegsminister in die provisorische Regierung der Moldau und danach zur Doppelwahl in beiden Fürstentümern. Wider Erwarten auf eine Höhe gehoben, von der er sich nichts hatte träumen lassen, beseelt von guten Vorsätzen und vielseitig begabt, aber mit einem genußsüchtigen Naturell eine leichte Beute unwürdiger Günstlinge, ohne Erfahrung, ohne Anhang, ohne Geldmittel, zweifelte er selbst halb und halb an der Möglichkeit, alle vor ihm sich auftürmenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Schwierigkeit seiner Stellung.

Im Inneren hatte er, obwohl von einer walachischen Deputation freudig begrüßt, als Moldauer die Voreingenommenheit der Aristokratie des verbrüderten Fürstentums zu entwaffnen, die Nebenbuhlerschaft von Bukarest und Jassy zu beschwichtigen, tief eingewurzelte Schäden der Verwaltung und der socialen Zustände zu bessern. Dabei sollte er sich selbst, wie die ins Leben tretende Centralkommission in Fokschani ihm nochmals zu Gemüt führte, nur als Platzhalter eines fremden erblichen Fürsten betrachten. Von außen bedrohte ihn der Protest der auf Östreichs und Englands Unterstützung rechnenden suzeränen Türkei gegen seine Doppelwahl, die in Konstantinopel eine schreiende Verletzung des Übereinkommens vom 19. August 1858 genannt wurde. In Wahrheit war eine solche Doppelwahl, mochte sie auch dem Geiste jenes Übereinkommens

widersprechen, durch seinen Wortlaut nicht ausgeschlossen. Aber nur von Frankreich, dessen Herrscher nach wie vor an dem Gedanken voller Union der Donaufürstentümer festhielt, war zunächst Hilfe zu erwarten. In Petersburg betrachtete man die Doppelwahl nicht als „regelrecht", erklärte sich jedoch bereit, um mit Frankreich zusammenzugehen, sie ausnahmsweise durch die Garantiemächte bestätigen lassen zu wollen. Östreich, eben damals am Vorabend des Krieges in Italien gegen Frankreich und Piemont, war genötigt, seinen Ton herabzustimmen, und England allein konnte sich einer friedlichen Verständigung nicht widersetzen. Aufs neue vereinigte sich am 7. April 1859 in Paris die Konferenz. Cuza hatte sich vor ihrem Zusammentritt durch Entsendung seines Freundes, des Dichters Alessandri nach Paris, London, Turin schon einen günstigen Boden bereitet. Der Protest des türkischen Vertreters Musurus Bey gegen die Doppelwahl und seine Forderung militärischer Einmischung wurden nur von dem Östreicher Hübner unterstützt. Der Beginn des italienischen Krieges unterbrach die Sitzungen der Konferenz. Als sie nach Östreichs Besiegung wieder zusammentrat, konnte Hübners Nachfolger, Metternich, der Sohn des Staatskanzlers, seinem türkischen Kollegen keine Hilfe mehr bieten. Die Konferenz beschloß, der Pforte ausnahmsweise die Investitur des in beiden Fürstentümern Gewählten, jedoch in zwei getrennten Fermanen, zu empfehlen. Bei künftiger allfälliger Verletzung der Konvention vom 19. August 1858 sollte ein türkischer Kommissär in Begleitung von Delegirten der beim Sultan beglaubigten Vertreter der Garantiemächte Wiedergutmachung fordern. Wenn sie nicht erfolge, sollte eine Verständigung zwischen der Pforte und den Gesandten über die Anwendung von Zwangsmaßregeln stattfinden.

Neuer Zusammentritt der Pariser Konferenz; 7. April.

Bestätigung der Doppelwahl 6. Sept. 1859.

Fürs erste konnte sich Cuza hiebei beruhigen. Dem Drängen der unionistischen Partei auf Verschmelzung der beiden Versammlungen in eine einzige und auf Herstellung einer gemeinsamen Verfassung leistete er Widerstand. Er begnügte sich zunächst mit der Vereinigung der beiden Zollverwaltungen, die mit der Ersetzung der Verpachtung der Zolleinkünfte durch das Regiesystem Hand in Hand ging[1]). In Konstantinopel, wo er im Herbst 1860 nach Empfang der beiden Fermane dem Oberlehnsherrn seinen Besuch abstattete, trat er, ohne sich etwas zu vergeben, bescheiden und gewinnend auf. Doch machte er weder den türkischen Staatsmännern noch den Gesandten der Mächte ein Hehl aus der unausweichlichen Forderung, der Zwitterstellung, in der er sich befand und in der er sich aufrieb, enthoben zu werden. In einer ausführlichen Denkschrift begründete er den Antrag einer Verschmelzung der beiden Ministerien und Versammlungen sowie einer Änderung des 1858 oktroyirten

Cuzas Bestallung in zwei Fermanen. Seine Reise nach Konstantinopel. Okt. 1860.

[1]) J. Boicoianu: Geschichte der rumänischen Zollpolitik (Münchener volkswirtschaftliche Studien XIV. 1896) S. 110. Gesetz vom 20. Juli 1860.

Wahlgesetzes mit seinem überaus hohen Aktiv- und Passiv-Census. Sein Freund, der gewandte Konstantin Negri, den er als Agenten in Konstantinopel zurückließ, spannte seine Kraft vor allem zur Erringung der Real-Union an. Nach langen Verhandlungen und unter Beifügung dem Wortlaut nach abschwächender Klauseln willigte die Pforte für die Regierungszeit Cuzas, durch einen Ferman vom 2. December 1861 ein.

Unions-ferman 2. Dec. 1861.

Die Mächte, abgesehen von Östreich, machten durch beinahe identische Noten ihrer Vertreter in Konstantinopel gegen die Beschränkung der Union auf die Regierungszeit Cuzas Vorbehalte. Sie gaben der Überzeugung Ausdruck, daß, falls beim Tode des jetzigen Hospodars mit der Union gute Erfahrungen gemacht wären, „die Regierung Seiner Majestät des Sultans in ihrer Sorge für das Wohl der Bevölkerungen sich beeilen werde, im Einverständnis mit den Garantiemächten die natürlichen Folgen einer solchen Lage der Dinge zu prüfen". Nach Eröffnung der beiden Versammlungen am 23. December richtete Cuza eine Proklamation an das Volk, in der er die Vollziehung der Union ankündigte und die Bezeichnung Rumänen statt der Bezeichnung Moldauer und Walachen gebrauchte. Einige Tage später lud er in einer Botschaft beide Versammlungen ein, sich am 5. Februar 1862 in Bukarest, der erkorenen Hauptstadt, zu vereinigen. Gleichzeitig ernannte er ein einheitliches Ministerium für beide Fürstentümer mit dem Walachen Barbu Catargi an der Spitze. Die Thronrede, mit der er die gemeinsame Versammlung eröffnete, verschwieg seine früher geäußerte Bereitwilligkeit, vor einem fremden, erblichen Fürsten zurückzutreten. Die Einheit des rumänischen Staates erschien in seiner Person verkörpert. Das Nationalitätsprincip hatte hier im Südosten Europas einen großen Triumph gefeiert.

Cuzas Proklamation 23. Dec.

Rumänisches Ministerium Catargi.

Bis es dazu kam, hatte Cuzas Regierung schwere Zeiten durchgemacht. Das verwickelte Räderwerk der Gesetzgebungsmaschine, Centralkommission und zwei getrennte Versammlungen, war an sich ein Hindernis notwendiger Reformen gewesen. Unaufhörliche Kämpfe der politischen Parteien, der Konservativen und Liberalen, der „Weißen" und der „Roten", hatten zur Vergeudung von Kraft und Zeit geführt. Unfähig, sie im Gleichgewicht zu erhalten oder eine beherrschende Stellung über ihnen einzunehmen, hatte der Hospodar als Emporkömmling häufig die Feindschaft alter Bojarenfamilien verspüren müssen. Da seine Ehe mit der Tochter Georg Rosettis kinderlos war, hatten die ehrgeizigen Pläne bei der Fürstenwahl Besiegter neue Nahrung erhalten. Seine Ministerien waren nach wenig Monaten, mitunter nach wenig Wochen gestürzt, und jedesmal beinahe hatte ihr Sturz einen Wechsel von Abgeordneten und Beamten bewirkt. Mit Erringung der vollen Union ließ sich eine Festigung der Regierung und damit eine Durchführung von Reformen erhoffen, für

Hindernisse der Regierung.

deren Dringlichkeit Cuza ein offenes Auge hatte. Indessen fand er den von den aristokratisch gesinnten Bojaren ihm aufgedrängten Ministerpräsidenten Catargi, mit dem er früher schon zusammengestoßen war, durchaus nicht gewillt, auf seine Ideen einzugehen. Catargi, ein Mann von anerkannter Uneigennützigkeit, aber zugleich von unbändiger Heftigkeit, unter dem Hospodaren Bibesco Sekretär des Justizwesens, während der revolutionären Bewegung des Jahres 1848 ins Ausland entwichen und erst mit den russischen Truppen zurückgekehrt, war ein energischer, leidenschaftlicher Verfechter der Privilegien des grundbesitzenden Bojarenadels. Mit einer festen Mehrheit der Versammlung in Bukarest hinter sich glaubte er, alle Gegner aus dem Felde schlagen zu können. Sie schlossen sich zusammen im Kampf um ein von der Centralkommission ausgearbeitetes Agrargesetz, dessen Vorlage durch die wachsende Erregung der bäuerlichen Bevölkerung unaufschiebbar gemacht wurde. Die hervorragendsten liberalen Bannerträger, Johann Bratianu und Cogalniceano maßen sich mit Catargi in erbitterter Redeschlacht. Die hitzigsten ihrer Genossen suchten durch Aufbietung gewaltthätiger vorstädtischer Arbeitermassen einen Druck auf die Beratungen auszuüben. Ihrem Vorsatz, am Jahrestag der Erhebung von 1848 in unmittelbarer Nähe des Saales der Abgeordneten eine große Volksversammlung zu halten, widersprach Catargi am 20. Juni 1862 in einer stürmischen Sitzung. Nach ihrer Beendigung fiel er bei der Fahrt nach Hause der Kugel eines unbekannt gebliebenen Mörders zum Opfer.

Catargi und seine Gegner.

Seine Ermordung 20. Juni 1862.

Sein Tod befreite Cuza von einem gefährlichen Widersacher. Aber noch wollte er es nicht wagen, die konservative Bojarenpartei, die mit Catargi ihren begabtesten Führer verloren hatte, vor den Kopf zu stoßen. Nach interimistischer Übernahme des Ministerpräsidiums durch Arsaki, den bisherigen Minister des Auswärtigen, ging es in die Hände Cretzulescus über, der sich nach Catargis Beispiel gegen einschneidende Reformen sperrte. Während seiner aufreibenden Kämpfe mit den Liberalen gingen Pläne der Aufnahme eines Anlehens, des Baues von zwei Eisenbahnen, der Gründung einer Bank in Rauch auf, und das ganz auf den Vorteil der Privilegirten zugeschnittene Agrargesetz, das die Versammlung angenommen hatte, wurde von Cuza nicht sanktionirt. Erst am 24. Oktober 1863 brach er mit den Konservativen und berief Cogalniceano, den einstigen Geschichtsprofessor, den geistigen Führer des jungen patriotischen Geschlechtes, an die Spitze der Regierung. Zwar hatte er, der am liebsten mit lockeren Gesellen verkehrte, zu dem ernsten willensstrengen Mann persönlich keine Zuneigung. Aber die Thatkraft Cogalniceanos schien die Möglichkeit zu verbürgen, den unfruchtbaren Debatten der Versammlung ein Ende zu machen, die stockende Reformgesetzgebung in Gang zu bringen und vor allem das Land mit einer Agrarreform ohne ängstliche Rücksicht

Ministerium Cretzulescu.

Bruch Cuzas mit den Konservativen 24. Okt. 1863.

Ministerium Cogalniceano.

auf überspannte Ansprüche der Aristokraten zu begaben. Cogalniceano ward allerdings sofort durch ein Bündnis bisher feindlicher Brüder der Versammlung befehdet. Die neuen Verbündeten wandten sich sogar im geheimen gegen den Fürsten selbst und suchten ihn durch eine Denkschrift bei den Garantiemächten anzuschwärzen. Immerhin gelang es Cogalniceano, im December 1863 wenigstens eine wichtige gesetzgeberische Frage zu lösen. Es handelte sich um die alte Angelegenheit der „dedicirten Klöster" (s. V. 359), die eine Regierung der anderen überliefert hatte. Sie hatte auch auf der Pariser Konferenz 1858 keine endgiltige Regelung erfahren. Cuza war darauf zu einer vorläufigen Beschlagnahme jener Klostergüter geschritten. Die aus der Ferne gekommenen griechischen Mönche, die sich etwa ein Fünftel des rumänischen Grund und Bodens zugeeignet, Jahrzehnte lang zahlreiche Dörfer bedrückt, eine fremde Sprache im Gottesdienst eingeführt hatten, setzten sich, vornehmlich im Vertrauen auf russische Hilfe, zur Wehre. Sie rechneten auch auf das Scheitern einer durch Negri in Konstantinopel mit der Pforte, als Vertreterin ihrer griechischen Unterthanen, angeknüpften Unterhandlung. Da machte ihnen die Annahme des Gesetzes einen Strich durch die Rechnung, das die Säkularisation sämtlicher rumänischer Klöster zu Gunsten des Staates verfügte. Den ausländischen „heiligen Schutzstätten", denen so viele Millionen der Einkünfte „dedicirter Klöster" zugeflossen waren, ward eine Entschädigungssumme zugesprochen, die von dem Patriarchen freilich verschmäht wurde.

Säkularisirung der Klöster 25 Dec. 1863.

Mit der Annahme des Gesetzes der Klöstersäkularisation erschöpfte sich die Zusammenarbeit von Regierung und Versammlung. Diese konnte sich mit jener über das Agrargesetz nicht einigen und verwarf eine Änderung des Wahlrechts in demokratischer Richtung. Am 25. April 1864 erteilte sie dem Ministerium Cogalniceano sogar ein förmliches Tadelsvotum. Es reichte seine Entlassung ein, aber Cuza verweigerte sie. Die Versammlung wurde vielmehr bis zum 14. Mai vertagt und nach ihrem Wiederzusammentritt aufgelöst. Noch denselben Tag richtete Cuza eine Proklamation an das rumänische Volk, in der er „den unversöhnlichen Widerstand einer aufrührerischen Oligarchie" gegen seine dem Volkswohl gewidmeten Pläne brandmarkte und die ganze „Nation" zur Abgabe eines Plebiscites aufforderte. Alle volljährigen Rumänen, ohne Unterschied des Standes und des Vermögens, wurden aufgerufen, über Annahme oder Verwerfung eines Statutes, als Vervollständigung der Konvention von 1858, und über ein neues Wahlgesetz abzustimmen. Das Statut überwies dem Fürsten allein, unter Mitwirkung eines Staatsrates, die Initiative der Gesetzgebung, schuf neben der Kammer der Abgeordneten einen vom Fürsten zu ernennenden Senat, gab diesem ausschließlich das Petitionsrecht, verlieh dem Fürsten bis zur Berufung der neuen Kammern diktatorische

Parlamentarische Kämpfe.

Cuzas Staatsstreich 14. Mai 1864.

Gewalt. Das neue Wahlgesetz erweiterte den Kreis der Wähler der Art, daß neben der Begünstigung der gelehrten und freien Berufe auch den Bauern ein Stimmrecht wenigstens für die Ernennung von Wahlmännern gegeben wurde, die freilich aller Voraussicht nach nur der Wahl von Regierungskandidaten dienlich sein mußte. Das Plebiscit vom 26. Mai 1864 billigte mit einer erdrückenden Mehrheit, was die überraschten Gegner der Regierung nicht mit Unrecht einen „Staatsstreich" nannten. Die Garantiemächte schwiegen, während die Pforte gegen diese einseitige Änderung eines internationalen Vertrags protestirte. Indessen eine zweite Reise Cuzas nach Konstantinopel führte zur Anerkennung des Geschehenen. Er bediente sich mit Erfolg der Vermittlung des französischen Botschafters, der die Nachahmung des napoleonischen Beispiels auf rumänischem Boden nicht mißbilligen durfte. Ein Protokoll der Gesandtenkonferenz in Konstantinopel vom 28. Juni bestätigte durch eine Zusatzakte zur Konvention vom 19. August 1858 das vorher erfolgte Einverständnis zwischen der Pforte und dem Fürsten hinsichtlich der Verfassungsänderung. Außerdem enthielt es die wichtige Bestimmung, daß die vereinigten Fürstentümer künftig die Gesetze zur Regelung ihrer inneren Verwaltung „mit der gesetzlichen Beihilfe aller bestehenden Staatsgewalten ohne irgend welche Dazwischenkunft" ändern könnten, mit dem einzigen Vorbehalt, daß diese Änderungen sich nicht auf die Bande, welche die Fürstentümer an das osmanische Reich knüpften, oder auf bestehende Verträge zwischen der Pforte und den übrigen Mächten erstrecken dürften. So war ein neuer Schritt auf der Bahn gemacht, die zur Bildung eines selbständigen rumänischen Nationalstaates führte.

Billigung durch das Plebiscit 26. Mai.

Protokoll der Gesandtschaftskonferenz 28. Juni.

Nach Bukarest zurückgekehrt machte Cuza erstmals Gebrauch von seiner diktatorischen Gewalt durch Verkündung des von Cogalniceano unterzeichneten Agrargesetzes[1]). Es bedeutete den stärksten Bruch mit der Vergangenheit. Etwa 455 000 bisher fronpflichtige Bauernfamilien, nach der Spannfähigkeit und Nichtspannfähigkeit in drei Klassen geteilt, erhielten außer Hütte und Garten ein dreißig Jahre lang unveräußerliches und unverpfändbares Stück der bebauten Scholle zum Eigentum. Der Gutseigentümer hatte bis zu zwei Drittel Land, die Wälder nicht eingerechnet, die er für sich behielt, abzutreten. Alle im Dorfe liegenden Baulichkeiten, Mühlen, Dämme verblieben ihm gleichfalls. Fronbauern auf Grundstücken, von denen zwei Drittel den gesetzlichen Umfang nicht erreichten, sollten auf den nächstbelegenen Staatsdomänen gegen Kauf angesiedelt werden. Alle Fronarbeiten, Holzfuhren, Zehnten sowie sonstige Natural- und Geldleistungen wurden für immer in Rumänien abgeschafft. Dafür war von den Bauern binnen fünfzehn Jahren dem

Verkündigung des Agrargesetzes 24. August.

[1]) Dimitrie Jonescu: Die Agrarverfassung Rumäniens (Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von Schmoller und Sering 1909. Heft 136, S. 37 ff.).

Staat eine Loskaufssumme zu zahlen, die den Grundstock für die Entschädigung der Gutseigentümer bildete. Verpflichtungen zu Arbeitsleistungen ruhten in Zukunft auf „freien Vereinbarungen" von Gutsherren und Bauern. Doch sollten solche Vereinbarungen immer nur auf fünf Jahre getroffen werden dürfen.

Seine Mängel.

Die schweren Mängel des Gesetzes, das wie die drei Jahre zuvor bei der Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland erlebte Reform noch zu viel Rücksicht auf die Interessen der Großgrundbesitzer nahm und sich mit einer Halbheit begnügte, machten sich bald genug fühlbar. Es ließ etwa 52 000 bäuerliche Familienhäupter ganz ohne Ausstattung mit Land und schützte namentlich in der Walachei die neuen Eigentümer nicht vor der Gefahr, von ihrer fruchtbaren Scholle versetzt zu werden, um dafür steinigen, mitunter weit vom Dorf entfernten Boden zu erhalten. Es schuf keine Klasse unabhängiger Bauern, wie sie durch Verwandlung des losen Pachtverhältnisses in ein Erbpachtverhältnis mit genügendem Ausmaß des Landes wenigstens für die spannfähigen Bauern hätte herangebildet werden können. Es drückte vielmehr die große Masse der ländlichen Bevölkerung auf die Stufe eines verschuldeten Bauernproletariates herab, das von den kleinen, durch Erbteilung noch mehr zersplitterten Parcellen Ackerlandes nicht leben konnte, seine Arbeitskraft um einen Spottpreis verkaufen mußte und der Ausbeutung von Pächtern und Wucherern preisgegeben war. Dennoch blieb Cuzas Andenken in den Herzen der rumänischen Bauern gesegnet. Sie riefen in ihren späteren Kämpfen den Namen des verschwundenen ersten Hospodars der Vereinigten Donaufürstentümer an, von dessen Wiederkehr sie Besserung ihres Loses erhofften.

Reformdekrete.

Außer der Verkündung des Agrargesetzes erließ Cuza kraft der durch Plebiscit ihm übertragenen diktatorischen Gewalt eine Reihe von Dekreten, die eine gründliche Umgestaltung des ganzen rumänischen Staatswesens im Sinn westeuropäischer Kultur anzubahnen schienen. Der Code Napoleon wurde eingeführt. Maß- und Gewichtsordnung ward nach dem Decimalsystem bestimmt. Neue Bezirks- und Gemeindebehörden, erste Eisenbahnanlagen, Universitäten in Jassy und Bukarest sollten ins Leben treten. Ein Unterrichtsgesetz erklärte den Unterricht für unentgeltlich in allen öffentlichen Schulanstalten und dazu für obligatorisch in den Volksschulen. Dies alles klang verheißungsvoll. Aber die Ausführung des Cuza vorschwebenden glänzenden Zukunftsbildes ließ sehr viel zu wünschen übrig. Die Finanzen des Staates waren in trauriger Verfassung. Der Ertrag der Zölle blieb, trotz Wiedereinführung der 1861 nach dem Verlangen der herrschenden Agrarier aufgehobenen Ausfuhrzölle, weit hinter den gehegten Erwartungen zurück. Die Steuern, die den Bauern übermäßig schwer belasteten, während der Großgrundbesitzer sich gegen

Mängel der Ausführung.

eine stärkere Heranziehung zu wehren gewußt hatte, ließen ungenügend und unregelmäßig ein. Von einer rumänischen Industrie konnte noch keine Rede sein, wenn man nicht etwa armselige Seifen- und Kerzenfabriken oder primitive Branntweinbrennereien als Zeugnisse derselben gelten lassen wollte. An Landstraßen hatte das ganze Fürstentum vor 1861 nur 727 Kilometer, und in den sechs darauffolgenden Jahren wurden nur 100 Kilometer jährlich gebaut[1]). Die Unterrichtsräume der Lyceen waren gutenteils mangelhaft, und die Landschulen, die dank Cogalniceanos Fürsorge in einer Anzahl von Dörfern begründet wurden, bestanden meistens in dumpfigen Baracken, in die Schnee und Regen eindrangen. Dazu kam die gewohnheitsmäßige Feindschaft des ungelehrten, von seinen Einkünften zehrenden Dorfpriesters und des mit seiner niederen Stellung unzufriedenen, durch Lesen radikaler und socialistischer Schriften verbitterten Dorfschulmeisters. Der begüterte, in der Regel französisch erzogene Bojar brachte meistens nur die Frühlings- und Sommermonate auf dem Lande zu, um im Herbst und Winter in Bukarest oder Paris sein Geld zu verprassen. Der von allen politischen Rechten ausgeschlossene Jude suchte als Pächter, Aufkäufer der Ernte, Schenkwirt, Händler, Hausirer möglichst viel zu verdienen, und in der untersten socialen Schicht führte der ungebildete, gedrückte Bauer auch nach Erlaß des befreienden Agrargesetzes der Masse nach immer noch ein elendes Dasein. Indessen trotz aller Mängel des Gemeinwesens, die durch Cuzas zunehmende Günstlingswirtschaft bald noch gesteigert wurden, blieb die geschichtliche Thatsache der Bildung eines rumänischen Nationalstaates bestehen. —

Montenegro.

Wie die Verwirklichung der rumänischen Nationalidee dem Fürwort Frankreichs, das Rußland ins Schlepptau nahm, das beste verdankte, so kam der Schutz beider Mächte auch der Bevölkerung Montenegros zustatten. Im Pariser Friedensvertrag war des kleinen Fürstentums nicht gedacht worden. Aber während der Verhandlungen des Pariser Kongresses hatte Ali Pascha Gelegenheit gehabt, zu erklären, daß die Pforte, ohne eine Änderung des gegenwärtigen Standes der Dinge zu beabsichtigen, Montenegro als integrirenden Bestandteil des ottomanischen Reiches betrachte. Hiegegen wandte sich ein an die Großmächte gerichteter Protest des Fürsten Danilo vom 31. Mai 1856. Nicht allein, daß er der türkischen Behauptung widersprach und Anerkennung der Unabhängigkeit Montenegros forderte: er erhob auch den Anspruch einer Feststellung und Erweiterung der Grenzen Montenegros nach der Seite der Herzegowina und Albaniens und einer Zufügung der Hafenstadt Antivari zu seinem Gebiet. „Ich erwarte mit Vertrauen, hieß es in seiner erläuternden Denkschrift, daß die großen Mächte Europas den Schwächeren

Protest des Fürsten Danilo gegen die Pforte 31. Mai 1856.

[1]) Jorga II. 438 nach Odobescu.

unter ihren Schutz nehmen und ihm gegen den Stärkeren seine Integrität, sein nationales Leben und seine Rechte sichern werden." Um seinen Forderungen einer Grenzerweiterung Geltung zu verschaffen, beschloß Danilo im Frühling 1857 eine Reise nach Paris zu Napoleon, dem erklärten Schützer nationaler Bestrebungen. Durch Vermittlung des französischen Vicekonsuls in Skutari stand er schon seit einiger Zeit mit dem Kabinet der Tuilerien in Verbindung, und unter der Ägide Thouvenels, des französischen Botschafters in Konstantinopel, war daselbst, ohne Zuziehung des russischen Gesandten Butenev, eine Unterhandlung begonnen worden, um die Pforte als Preis für Anerkennung ihrer Suzeränität zu gewissen Landabtretungen zu bewegen[1]).

Seine Reise nach Paris Frühling 1857.

In Petersburg fühlte man sich durch dies einseitige Vorgehen betroffen. Zwar hatten die russischen Bevollmächtigten auf dem Pariser Kongreß erklärt, ihre Regierung unterhalte mit Montenegro keine anderen Beziehungen als die, welche aus den Sympathieen der Montenegriner für Rußland und aus den wohlwollenden Absichten Rußlands für diese Bergbewohner hervorgegangen seien. Allein Gorčakov ließ Morny hören, seit Peter dem Großen übe Rußland eine Art Protektorat über Montenegro aus, und es werde nicht ohne Schmerz diese christliche Bevölkerung der mohammedanischen Suzeränität unterworfen sehen. Vom dringenden Wunsch beseelt, die russische Empfindlichkeit zu schonen, bereiteten Napoleon und Walewski dem Fürsten Danilo, der in prächtiger Landestracht, Handschar, Dolch und Messer im Gürtel, erschien, einen kühleren Empfang, als er erwartet haben mochte. Er mußte sich mit dem bescheidenen Vorschlag einer Grenzberichtigung begnügen. Um diese zu erlangen, sollten Thouvenel und Butenev in Konstantinopel einträchtig zusammenwirken.

Russische Erklärung.

Noch waren die Verhandlungen darüber nicht abgeschlossen, als im März 1858 der in der Herzegowina ausbrechende Aufstand die Montenegriner wieder, als Bundesgenossen ihrer christlichen Nachbarn, gegen die Türken unter die Waffen rief. Danilo wurde mitgerissen. Die Wechselfälle des Kampfes wurden in Paris und in Petersburg mit Teilnahme für Montenegro, in Wien und in London mit Teilnahme für die Pforte verfolgt. Napoleon entsandte den Admiral Jurien de la Gravière mit zwei Linienschiffen in das adriatische Meer. Östreich gestattete den Türken ausnahmsweise den Hafen von Klek für ihre Truppensendungen zu benutzen, was früheren Verträgen zuwiderlief[2]). Am 13. Mai trugen die Montenegriner in der Ebene von Grahowo nach zweitägiger Schlacht über das weit stärkere türkische Heer einen Sieg davon und trieben die Feinde bis Trebinje zurück. In Wien wie in London glaubte man, ihren Sieg einem Verrat

Aufstand in der Herzegowina März 1858.

Sieg der Montenegriner bei Grahowo 13. Mai 1858.

[1]) Roux a. a. O. S. 188 ff., 221 ff., 232 ff., 238. Vgl. Thouvenel a. a. O. S. 243 ff. 315. Hübner a. a. O. II. 11, 77, 82, 95, 103, 108.

[2]) Gopčević: Montenegro und die Montenegriner 1877, S. 37.

zuschreiben zu müssen. „Das erste, was Walewski zu thun hat, ließ sich Malmesbury im Briefwechsel mit Cowley vernehmen, ist, seinem verdammten Helden Danilo Einhalt zu gebieten[1])."

Russisch-französische Vermittlung.

In der That legte sich Frankreich im Einvernehmen mit Rußland ins Mittel. Aber sie geboten nicht nur beiden Parteien Waffenruhe, sondern drohten auch der Pforte durch ein Ultimatum, für den Fall ihrer Weigerung der Annahme bestimmter Vorschläge, mit der Anerkennung voller Unabhängigkeit Montenegros. Hübner beschwerte sich in Paris bei Walewski sehr ernstlich wegen des Ultimatums, und der kommandirende General von Dalmatien erhielt von Wien aus Befehl, den französischen Admiral, wenn er versuchen sollte, die Einfahrt in den Golf von Cattaro zu erzwingen, mit Waffengewalt zurückzutreiben. Indessen das drohende Gewölk zerteilte sich. In Konstantinopel begannen Verhandlungen über die französisch-russischen Vorschläge, und Jurien de la Gravière kehrte erhaltener Weisung gemäß nach Toulon zurück. Als Ergebnis der Verhandlungen der türkischen Staatsmänner und der Vertreter der Großmächte bei der Pforte ward am 8. November 1858, auf Grund der Vorarbeiten einer gemischten Kommission in Ragusa, ein Protokoll unterzeichnet, das Montenegro durch Grenzberichtigung einen erklecklichen Gebietszuwachs verschaffte. Eine Anerkennung des türkischen Suzeränitätsrechtes, die der Großvezir in das Protokoll aufgenommen zu sehen gewünscht hatte, fand dabei nicht statt. Das Geschehene ward in Konstantinopel als eine Demütigung empfunden. „Die Frage der Abgrenzung Montenegros, schrieb Ali Pascha beinahe vorwurfsvoll Thouvenel, ist nach eurem Wunsch gelöst. Die Pforte hat eurem Rat nach diesen Dorn aus ihrem Fuß herausgerissen. Aber sie hat sich, um sich von ihm zu befreien, einer schmerzlichen moralischen Amputation unterziehen müssen, die man ihr hätte ersparen können."

Protokoll in Konstantinopel 8. Nov. 1858.

Reform Danilos.

Fürst Danilo betrachtete das Erreichte nur als eine Abschlagszahlung. Inzwischen fuhr er fort, auf den steinigen Boden halbbarbarischer Zustände, die er bei seinem Regierungsantritt noch vorgefunden hatte, nach Kräften Samenkörner der Kultur zu streuen. Schon im Jahre 1855 hatte er ein Gesetzbuch veröffentlicht, das einen unleugbaren Fortschritt bedeutete. Die Vorschriften desselben wurden unerbittlich gehandhabt. Die altgewohnte Blutrache war streng verpönt. Räuber und Gewohnheitsdiebe hatten Erschießung zu gewärtigen. Auf Entführung von Mädchen stand Landesverweisung und Vermögenseinziehung. Bald fand die freilich gewagte Behauptung Glauben, man könne in Montenegro auf den begangensten Weg Geld legen, ohne befürchten zu müssen, es andern Tags

[1]) Bericht Steigers Wien 20. Mai 1858. E. Arch. Bern. — Malmesbury: Memoirs II. 298.

nicht wieder zu finden[1]). Mit der Gründung von Volksschulen wurde wenigstens ein schwacher Anfang gemacht. Die in Cettinje bestehende Druckerei ließ Danilo erweitern. In dieser seiner Residenz, die allmählich ihr dorfartiges Aussehen verlor, nahm er den Bau eines neuen Palastes in Angriff. Inmitten seiner rastlosen Thätigkeit ward er am 13. August 1860 durch die Kugel eines rachsüchtigen Landsmannes hinweggerafft. Da seine Ehe kinderlos war, hatte er seinen Neffen Nikolaus zu seinem Nachfolger bestimmt. In Triest und dann in Paris ausgebildet, trat dieser mit neunzehn Jahren die Regierung an, fest entschlossen, das Werk seines Vorgängers im Inneren fortzusetzen und nach außen für die Selbständigkeit der serbischen Nationalität zu arbeiten. —

Seine Ermordung 13. August 1860.

Serbien.

Ungleich wichtiger hiefür mußte die Entwicklung des größeren serbischen Gemeinwesens werden, das unter dem Fürsten Alexander Karageorgevič während des Krimkriegs seine Neutralität gewahrt hatte[2]). Den Lohn für diese Politik hatte er durch die Bestimmungen des Pariser Friedens empfangen. Allerdings bestätigten sie die Oberlehnsherrlichkeit des Sultans und das türkische Garnisonsrecht, aber sie stellten das Fürstentum mit seiner unabhängigen und nationalen Verwaltung, mit der vollen Freiheit des Kultus, der Gesetzgebung, des Handels, der Schiffahrt unter die Kollektivgarantie der vertragschließenden Mächte und verboten jede bewaffnete Einmischung in Serbien ohne ihr vorgängiges Einvernehmen. Alexander Karageorgevič berühmte sich in einer an sein Volk gerichteten Proklamation dieser Errungenschaften und mahnte es zu vertrauensvollem Gehorsam. Allein er hatte sich durch seine Hinneigung zu Östreich die Gemüter vieler seiner Unterthanen entfremdet, die ihre Augen nach Petersburg wandten, und konnte selbst durch einen Wechsel seiner Minister, bei dem vermutlich der russische und der französische Konsul die Hand im Spiel hatten, das eingebüßte Vertrauen nicht zurückgewinnen. Dazu kam sein langes Sträuben gegen die Einberufung einer Skuptschina. Es bildete sich eine Verschwörung angesehener Männer, die es auf seine Beseitigung abgesehen hatten. Ein Hochverratsproceß endete mit der Verurteilung von acht Angeklagten, darunter mehrerer zum Verzicht auf ihre Würden gezwungener Senatoren, zum Tode. Daß der Fürst die Todesstrafe in lebenslängliches Gefängnis verwandelte, konnte seine Gegner nicht entwaffnen. Auch die Pforte, ohne deren Einwilligung nach dem Grundgesetz von 1838 kein Senator abgesetzt werden durfte (s. V. 364), mischte sich durch Absendung Edhem Paschas, als Kommissär, nach Belgrad zur Untersuchung der Sache ein.

Fürst Alexander Karageorgevič und seine Gegner.

Seine Demütigung 10. Mai 1858.

In seiner Bedrängnis unterwarf sich Fürst Alexander allen Forde-

[1]) Gopčevič a. a. O. S. 39.

[2]) Vgl. zu Rankes Darstellung die Arbeiten von Ristič, ausgezogen von Kanitz in der Östreichisch-Ungarischen Revue. N.-F. 1887. Februar—April.

rungen des türkischen Kommissärs und der mit ihm verbundenen Oppositionspartei. Er willigte in die Entlassung der Verschwörer aus der Haft und in ihre Verbannung nach der Türkei. Er setzte die zur Abdankung genötigten Senatoren wieder in ihre Stellen ein. Er rief zwei willensstarke, ihrer Natur und ihrer Erziehung nach grundverschiedene, aber nun auf Zusammenarbeit angewiesene Männer an die Spitze der Regierung: den wilden, des Lesens und Schreibens unkundigen Häuptling Vučić, der seinen Ruhm vorzüglich seinem Schwert verdankte, als Senatspräsidenten und den feingebildeten, von modernen Ideen erfüllten Garaschanin, der dem Land schon früher als Minister ersprießliche Dienste geleistet hatte, aber beim Beginn des Krimkriegs auf russisches Andringen von dem Fürsten entlassen war, als Minister des Inneren. Er versprach, in Zukunft seine Minister immer aus der Mitte der Senatoren wählen und alle Vorlagen des Ministeriums unterzeichnen zu wollen. Der Senat, hiedurch kühner gemacht, bestand auf einer noch stärkeren Beschränkung der fürstlichen Macht zu seinen Gunsten. Die Minister sollten nur dem Senat verantwortlich, die Senatoren gegen Verfolgungen, wie die jüngst erlebten, geschützt sein, Senatsvorlagen nach zweimaliger Annahme durch die Zweidrittelmehrheit dieser Körperschaft selbst ohne Bestätigung des Fürsten, Gesetzeskraft erhalten. Alexander Karageorgević demütigte sich so weit, auch diese Forderung zu bewilligen. So bildete sich in dem demokratischen Serbien eine mit außerordentlichen Vorrechten ausgestattete Oligarchie.

An ihrer Spitze standen Garaschanin, nunmehr Minister des Äußeren, Vučić und ihr Verbündeter Mischa, der reichste Mann des Landes. Aber das aristokratische Regiment, das die Senatoren aufzurichten gedachten, hatte kein festes Fundament. Zwistigkeiten unter ihnen selbst, Spaltungen der höheren Beamten, Klagen über Willkürlichkeiten der Verwaltung und Nepotismus des Fürsten ließen die Einberufung einer Skuptschina noch dringlicher erscheinen als zuvor. Der Fürst mußte sie endlich bewilligen. Zum ersten Mal sollte sich diesmal statt der bisherigen unregelmäßigen Landtage der Knesen und ihrer Gefolgschaft eine nach einem von Ministern und Senatoren ausgearbeiteten Reglement aus Wahlen hervorgehende Volksvertretung vereinigen. Je dreihundert Steuerpflichtige hatten einen Abgeordneten zu wählen. Der türkische Gouverneur von Belgrad erließ ein Verbot der Wahlen, ohne Zweifel im Einverständnis mit dem östreichischen Konsul. Denn in Wien konnte man eine Rückwirkung einer Nationalversammlung des serbischen Fürstentums auf die eigenen Unterthanen serbischer Nationalität befürchten. Aber der französische Konsul, wie man vermutete, eines Sinnes mit seinem russischen Kollegen, trat dem östreichischen entgegen, und in Konstantinopel genügte eine Anfrage des französischen Botschafters, um den Widerstand der Pforte zu brechen.

Berufung der Skuptschina.

Die leitenden Männer in Serbien hatten sich die türkische Einmischung in eine innere Angelegenheit des Fürstentums verbeten. Ermutigt durch den Rückhalt, den sie an Frankreich und Rußland zu haben glaubten, ließen sie im November die Wahlen vornehmen. Sie waren dem Fürsten durchaus feindlich. Von den 500 Abgeordneten, die mit einer dreifachen Zahl Bewaffneter am 12. December in Belgrad erschienen, war die Mehrheit entschlossen, sich seiner zu entledigen. Nach ihrer Konstituirung am 15. December dankte die Versammlung den Mächten für die im Pariser Frieden Serbien zugesicherten Rechte und verwarnte den Kommissär der Pforte, Kabuli Efendi, sich etwa in die inneren Angelegenheiten des Landes mischen zu wollen. Dann aber beantwortete sie die Thronrede des Fürsten mit der Aufzählung von Beschwerden, unter denen die der Hinneigung zu Östreich nicht die letzte Stelle einnahm. Schließlich übersandte sie ihm mit Umgehung des Senates eine Akte, in der er aufgefordert wurde, seine Regierungsgewalt, die er der Wahl einer früheren Skuptschina verdanke, in die Hände der gegenwärtig tagenden zurückzulegen. Der Fürst befrug in seiner Not den Pfortekommissär und die fremden Konsuln um Rat. Diese wollten erst auf Weisungen ihrer Regierungen warten, doch verwahrte sich der französische und russische sofort gegen die Erörterung der Frage, ob sich die Skuptschina auf revolutionären Boden stelle. Inzwischen hatte sich die Skuptschina für permanent erklärt und durch eine zweite Deputation den Fürsten gemahnt, bis zum Abend seinen Entschluß zu verkünden. Minister und Senatoren rieten ihm jetzt einstimmig, die Abdankungsurkunde zu unterzeichnen. Er floh statt dessen zu dem türkischen Pascha in die Festung, in der Hoffnung, von da der Stadt sich wieder bemächtigen zu können. Aber die Bürgerschaft und die serbischen Truppen erklärten sich gegen ihn. Die Skuptschina sprach seine Absetzung aus und rief zugleich den alten beinahe achtzigjährigen Helden Miloš Obrenović als Fürsten mit dem ihm einst vom Sultan bewilligten Recht erblicher Fürstenwürde aus der Fremde zurück. Damit war das Schicksal Alexander Karageorgevics entschieden.

Ihr Zusammentritt in Belgrad 12. Dec. 1858.

Ihre Beschwerden.

Flucht A. Karageorgevics in die Festung 23. Dec. 1858.

Seine Absetzung.

Zurückberufung des Miloš Obrenović.

Eine dem Sultan zugesandte Adresse der Skuptschina erbat die Investitur des Erwählten mit der Erblichkeit in der männlichen Linie seines Geschlechtes. Die Frage war, wie die Großmächte, wie namentlich die suzeräne Macht in Konstantinopel, die geschehene Umwälzung aufnehmen würden. Wieder standen Rußland und Frankreich als Schützer der auf dem souveränen Volkswillen ruhenden nationalen Idee zusammen. Napoleon III. und Alexander II. zogen das Recht der Serben, sich einen Fürsten zu wählen, nicht in Zweifel. In Wien war man zwar nicht gesonnen, für den bisherigen Günstling Karageorgevic das Schwert zu ziehen, aber die Festung Belgrad wollte man um keinen Preis in die Hand der Serben fallen lassen und befahl dem Kommandanten von

Stellung der Großmächte.

Semlin, wenn es nötig sei, dagegen einzuschreiten. Die Hoffnung auf mögliche östreichische Unterstützung hätte die Pforte in ihrem Widerwillen gegen Anerkennung der Umwälzung in Serbien ermutigen können, wäre sie nicht angesichts der Unruhen in anderen Reichsgebieten, besonders von Frankreich und Rußland vor einem gefährlichen Spiel mit dem Feuer gewarnt worden. So beschränkte man sich in Konstantinopel zunächst auf die Erklärung, die Neuwahl eines serbischen Fürsten müsse auf anderem Weg, durch den Senat, vollzogen werden. Inzwischen aber hatte Kabuli Efendi in Belgrad die Unmöglichkeit, Miloš' Wahl rückgängig zu machen, eingesehen. Auch Alexander Karageorgević hatte sich nicht länger gegen Unterzeichnung der Abdankungsurkunde gesträubt. Er verließ das Land und fand eine Zuflucht in Östreich. Noch zögerte Miloš, dem Ruf, der ihn in Bukarest erreicht hatte, zu folgen. Er wollte erst volle Gewißheit der Einwilligung des Sultans haben. Unter dem Druck von Ratschlägen der europäischen Mächte, die sich zu Miloš' Gunsten aussprachen, gab die Pforte nach. Sie bestätigte die Wahl der Skuptschina. Doch war in dem Investiturberat, der den neuen Fürsten zu Gehorsam und Treue mahnte, kein Wort von der Erbfolge des Hauses Obrenović zu lesen. „Wohin würde man geraten, gab der Großvezir, im Gespräch mit dem preußischen Gesandten zu erwägen, wenn man allen Wünschen empörter Völker nachgeben wollte."

Abdankung A. Karageorgević's 3. Jan. 1859.

Bestätigung der Wahl Miloš'.

Miloš setzte sich über diese Lücke der großherrlichen Bestallung hinweg, kam mit seinem Sohn Michael am 6. Februar in Belgrad an und wurde von der Volksmasse mit Jubel begrüßt. Alle Gewaltthaten seiner früheren Herrschaft waren vergessen. Man sah in ihm nur den ehrwürdigen Helden des Befreiungskrieges, den tapferen Vorkämpfer der nationalen Selbständigkeit. Er versprach, das Land in der Zeit die er noch zu leben habe, wie ein Vater zu regieren, dankte der Skuptschina für ihre Anerkennung des Rechtes der Erblichkeit in seinem Hause und entließ sie dann mit dem Versprechen der Wiederberufung für den Herbst. Die Zwischenzeit benutzte er, um seine Gegner unschädlich zu machen. Eine Anzahl derselben ward aus dem Lande verbannt, andere wurden in strenger Haft gehalten. Unter ihnen war sein alter Feind Vutčić, der im Gefängnis plötzlich starb. Man mutmaßte Vergiftung und beschuldigte den Fürsten selbst, der sich der Leichenschau widersetzte, die Hand im Spiel gehabt zu haben. Gegenüber der Pforte trat er mit dem Verlangen einer Abänderung verschiedener Artikel des Grundgesetzes von 1838 auf. Vor allem forderte er Aufhebung der Bestimmung, daß die Senatoren ohne Einwilligung der Pforte nicht abgesetzt werden dürften. In Konstantinopel jedoch weigerte man sich, irgend ein Recht zu seinen Gunsten aufzugeben. Man nahm vielmehr klagende, von ihm Verfolgte gegen seine Gewaltsamkeiten in Schutz. Die Spannung zwischen dem selbstherrlichen Fürsten

Sein Einzug in Belgrad 6. Febr.

Beseitigung seiner Gegner.

Türkisch-serbische Rüstungen.

und dem mißtrauischen Suzerän wurde so stark, daß im Sommer 1859 auf beiden Seiten bedeutende militärische Rüstungen stattfanden. Sie fielen zeitlich mit den kriegerischen Ereignissen zusammen, die Östreichs Herrschaft in der Lombardei ein Ende machten. Bei einem Gartenfest des französischen Generalkonsuls wurden Hochs auf das Wohl des Kaisers Napoleon, „des Befreiers Europas", auf die Freiheit von Serbien und selbst von Ungarn ausgebracht. Indessen widerstand Miloš Lockungen, sich an die Spitze einer Erhebung slawischer Völker im Südosten des Weltteils zu stellen, die für Östreich nicht weniger Gefahren in sich bergen konnte wie für die Türkei. Ihm kam es in erster Linie auf Festigung seiner Herrschaft und der Herrschaft seines Geschlechtes im eigenen Land an. Zu diesem Zweck gedachte er sich der wiederberufenen Skuptschina zu bedienen.

Wiederberufung der Skuptschina.

Die Wahlen fielen unter seiner Einwirkung großenteils auf ihm anhängliche Bauern. Die Versammlung tagte, um sie vor Berührung mit hauptstädtischen Unzufriedenen zu schützen, seiner Aufforderung nach, in Kragujevacz. Sie ging auf alle seine Anträge willig ein und war mit Freuden bereit, die Erblichkeit der Fürstenwürde in der Familie Obrenović nochmals zu proklamiren. Für den Fall ihres Aussterbens wurde dem Fürsten das Recht der Adoption erteilt, für den Fall der Minderjährigkeit eines Nachfolgers in der Fürstenwürde die Frage einer Regentschaft geregelt. In Konstantinopel bequemte man sich, auf dringende Vorstellungen der Mächte, denen die Erhaltung der Ruhe Europas von einer gesicherten Nachfolge des Sohnes Miloš', Michaels, abzuhängen schien, im März 1860 diesen im voraus anzuerkennen. Aber die Pforte weigerte sich, das Erbfolgerecht der Familie Obrenović überhaupt zu bestätigen. Daraufhin entsandte Miloš eine Deputation nach Konstantinopel, die sein ganzes Programm nationaler Begehren vorlegen sollte.

Denkschrift vom 7. Mai 1860.

Sie waren in einer ausführlichen Denkschrift zusammengefaßt. An ihrer Spitze stand die Forderung der Anerkennung der Erblichkeit des Fürstentums im Hause Obrenović gemäß dem Ferman vom 3. August 1830 (s. V. 360, 361). Dann folgte die Forderung der bisher unterbliebenen Ausführung einer weiteren Zusage jenes Fermans, der gemäß, außer in den Festungen, kein Muselmann auf serbischem Boden wohnen sollte. Endlich wurde die völlige Abschaffung des Ustav von 1838 verlangt, jenes einst oktroyirten Grundgesetzes, das die Selbstverwaltung Serbiens aufhebe und ein unübersteigliches Hindernis für Erhaltung der Ruhe und Anbahnung von Reformen sei. Die Antwort der Pforte war unbefriedigend. Fuad Pascha blieb dabei, die Anerkennung der Erblichkeit der Fürstenwürde des Hauses Obrenović sei unmöglich, wollte nur eine Revision des Ustav von 1838 bewilligen und höchstens mit Bezug auf die Duldung muselmännischer Bewohner Serbien einige Zugeständnisse

machen. Hievon in Kenntnis gesetzt rief Miloš die Deputation mit der Erklärung zurück, er und das serbische Volk betrachte den Inhalt der Denkschrift als ein schon erworbenes Recht, das man nur bestätigt zu sehen gewünscht hätte. Unmittelbar danach am 26. September verschied er.

Tod Miloš'. 26. Sept.

Sein Sohn Michael trat ohne weiteres die Regierung an. Durch Unterricht und Reisen im Ausland gebildet, mit dem Schatz westeuropäischer Ideen vertraut, hatte er einen weiteren Gesichtskreis als der noch halbbarbarische Vater und mehr Verständnis für die Forderungen moderner Civilisation. In der ersten Proklamation an sein Volk versprach er Gerechtigkeit für alle durch die Willkürhandlungen der Regierung seines Vaters Geschädigten und nannte „das Gesetz den einzigen Souverän" des Landes. Der Pforte gegenüber nahm er in einem Schreiben auf den Ferman von 1830 Bezug, der die Erblichkeit der Familie Obrenović zugegeben hatte. In Konstantinopel ging man darüber hinweg und erteilte ihm ohne Erwähnung dieses Punktes die Investitur. Die Urkunde ward ihm am 19. November 1860 durch den Pascha in Belgrad überreicht. In seiner Erwiderung versicherte er den Sultan, als Suzerän, seiner Gefühle der Ergebenheit, hob aber zugleich hervor, daß er als Fürst eifersüchtig „die Rechte und Einrichtungen der Nation" wahren werde. In dem von den Türken, Juden und Zigeunern bewohnten Stadtteil, der bis dahin ausschließlich unter türkischer Aufsicht gestanden hatte, setzte er einen serbischen Polizeikommissär ein. Durch Garaschanin, der unter seinem Vater kein Amt bekleidet, bei ihm als Minister aber wieder Aufnahme gefunden hatte, drang er in Konstantinopel wenn nicht auf Entfernung aller außerhalb der Festungen wohnenden Muselmänner aus dem Land, so doch auf ihre Unterwerfung unter serbische Gerichtsbarkeit. Indessen Garaschanin erreichte nichts. Die türkischen Staatsmänner waren um so weniger gewillt, dem serbischen Lehensfürsten Zugeständnisse zu machen, als er beschuldigt wurde, flüchtige Christen aus Bosnien, aus der Herzegowina, aus Bulgarien in seinem Land aufzunehmen.

Regierungsantritt seines Sohnes Michael.

Investitur. 19. Nov.

Zur Stärkung seiner Regierung und zugleich zur Verteidigung der nationalen Ansprüche berief Michael wieder eine Skuptschina nach Kragujevacz. Dort eröffnete er sie mit einer Rede, welche die Vorlage wichtiger Gesetze ankündigte und dem festen Entschluß, die erkämpften Nationalrechte aufrecht zu erhalten, Ausdruck gab. Auch diese Versammlung erwies sich, obwohl es bei den Wahlen nicht an Opposition gegen die Regierung gefehlt hatte, sehr willfährig. Sie nahm ein neues Statut an, das dem Fürsten allein das Recht zusprach, die Senatoren zu ernennen und abzusetzen, alle Senatsbeschlüsse seiner Bestätigung vorbehielt, die Minister ihm und dem Senat verantwortlich erklärte. Eine gewöhnliche Skuptschina, von ihm zu berufen und zu entlassen, Abgeordnete von je

Zusammentritt der Skuptschina 18 August 1861.

Ihre Beschlüsse.

2000 Besteuerten nach den Bezirken des Landes, sollte jedes dritte Jahr, namentlich zur Einwilligung in Steuerveränderungen zusammentreten, eine außerordentliche, „große" nur, wenn nach seinem Tod kein gesetzlicher Nachfolger da sei. Ein neues Steuergesetz traf durch eine Vermögenssteuer alle Klassen der Bevölkerung, die Geistlichkeit nicht ausgenommen. Ein Wehrgesetz mit Einführung der Dienstpflicht vom zwanzigsten bis zum fünfzigsten Lebensjahr sollte ein Volksheer schaffen, dessen Bestand auf 50 000 Mann berechnet wurde.

Protest der Pforte.

Der Großwezir erhob gegenüber den Vertretern der Mächte lebhaften Einspruch wider diese Beschlüsse, die er als Vorstufe völliger Loslösung Serbiens vom türkischen Reich betrachtete. Östreich und England fanden die türkischen Beschwerden völlig gerechtfertigt. Rußland und Preußen wollten jedenfalls eine einseitige Abänderung des 1856 in Paris garantirten Zustandes nicht gutheißen. Frankreich allein sprach sich entschieden zu Gunsten Serbiens aus. Fürst Michael ging inzwischen ruhig und fest auf der betretenen Bahn weiter. Die Einübung und Bewaffnung des Volksheeres, in das Freiwillige auch aus den benachbarten slawischen Ländern eintraten, wurde in raschem Tempo von ihm betrieben. Er richtete sein Ministerium unter Garaschanins Vorsitz ganz nach westeuropäischem Muster ein. Er übertrug das Kriegsministerium einem ehemaligen französischen Officier. Er nahm Rüstungen vor, die mit einem Aufruhr in der Herzegowina und mit einer neuen Erhebung Montenegros in Verbindung zu stehen schienen. Ihm schwebte ein Programm großserbischer Politik vor Augen, das er schon 1859 in London gegenüber Kossuth entwickelt hatte: Bildung einer Balkankonföderation, um im Augenblick des Zerfalls der Türkei alle Südslawen in eine feste Masse um Serbien zu vereinigen[1]). Da kam es nach vielfachen Reibungen zwischen der türkischen und serbischen Bevölkerung am 15. Juni 1862 während einer Abwesenheit des Fürsten von Belgrad daselbst zu einem förmlichen Kampf, der sich bis in die Nacht fortsetzte und mit der Abwanderung der türkischen Einwohnerschaft in die Festung endigte. Zwar wurde dank der Vermittlung Garaschanins und des Konsularkorps die Waffenruhe hergestellt. Aber am 17. Juni eröffnete der kommandirende Pascha von der Festung aus ein mehrstündiges Bombardement auf die Stadt. Zu ihrer Verteidigung traf der zurückgekehrte Fürst umfassende Maßregeln. Indessen ward durch die Einmischung der Garantiemächte weiteres Blutvergießen vermieden. Ihre Konsuln gingen nach Abrufung des Paschas mit seinem Nachfolger bei der Herstellung der Ruhe in Belgrad

Bombardement Belgrads 17. Juni 1862.

[1]) Z. J. M. Mintschew: Serbien und die bulgarische nationale Bewegung. Bern 1917 nach Kossuth; Souvenirs de mon exil I. 256 ff. Vestnich: Le Prince Michael Obrenowitsch. Ses idées sur la confédération balcanique (Annales internationales d'histoire. Congrès de la Haye. Paris 1899).

Hand in Hand. Ihre Vertreter in Konstantinopel drangen auf Berufung einer Konferenz, in der sie die Schlichtung der Streitfrage über das Zusammenwohnen von Türken und Serben unternahmen. Der französische, unterstützt vom russischen und italienischen, befürwortete Abtretung sämtlicher noch von den Türken besetzten Festungen, aber der östreichische und englische widersetzten sich dieser von der Pforte verworfenen Lösung. Das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen bedeutete doch einen großen Triumph der Sache Serbiens. Die Pforte bewilligte die Räumung des türkischen Stadtviertels in Belgrad und behielt außer der dortigen Festung mit beschränkter Garnison nur noch drei andere Citadellen in ihrem Besitz. Ein neuer Schritt auf der Bahn nationaler Unabhängigkeit Serbiens war gemacht worden. Man brauchte kein großer Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß er nicht der letzte sein werde. —

Konferenz in Konstantinopel 22. Juli.

Protokoll vom 8. Sept.

Während die Fortschritte der nationalen Idee im Südosten Europas dem Pariser Frieden zum Trotz auf dem Boden Europas die Zersetzung des türkischen Reiches beförderten, kam in seinen asiatischen Provinzen der mohammedanische Fanatismus mehrmals mit solcher Gewalt zum Ausbruch, daß sich selbst die Schützer des Sultans im Krimkrieg zum Einschreiten genötigt sahen. Das Blutbad in dem arabischen Hafenplatz Djedda am 15. Juni 1858, dem auch der englische und der französische Konsul erlagen, führte zur Beschießung der Stadt durch ein englisches Kriegsschiff. Ein Aufstand der wilden Drusen im Libanon, der im Mai 1860 über 30 000 Christen das Leben kostete und im Juli ein furchtbares Nachspiel in Damaskus hatte, veranlaßte nach Beschluß der Großmächte die Absendung einer französischen Strafexpedition von 6000 Mann. Immer deutlicher zeigten sich die Schwierigkeiten, Jahrhunderte alte Gegensätze von Rassen und Glaubensgemeinschaften auszugleichen und das aus so vielen ungleichartigen Elementen bestehende Staatswesen durch die bestgemeinten Reformen zu verjüngen. Dazu kam die unausrottbare Verderbnis einer an Bestechung gewöhnten höheren Beamtenschaft und eine Verschleuderung der Einkünfte, die nirgendwo krassere Formen annahm als bei der üppigen Hofhaltung des Sultans. Die Staatsschuld erforderte beinahe zehn Procent der Einnahmen für ihre Verzinsung. Das im Umlauf befindliche Papiergeld verlor immer mehr an Wert. Die Höhe des Fehlbetrags für 1861 ward auf mehr als 100 Millionen Francs berechnet. Es war eine drückende Erbschaft, die Abdulmedjid hinterließ, als er völlig entnervt am 25. Juni 1861 starb. Sie fiel nach altem Recht seinem einunddreißigjährigen, unter Entbehrungen aufgewachsenen Bruder Abdulaziz zu, der anfangs die Mißbräuche der Haremswirtschaft eindämmen zu wollen schien, bald aber an Genußsucht und Verschwendung seinen Vorgänger weit übertraf. Seine Regierung war ganz dazu angethan, den russischen Nachbarn zur Eröffnung eines

Mohammedanischer Fanatismus.

Blutbad von Djedda und Damaskus 15. Juni 1858. 9. Juli 1860.

Die syrische Expedition.

Tod Abdulmedjids 25. Juni 1861.

Mißregierung Abdulaziz'.

neuen Kapitels der Geschichte der orientalischen Frage zu ermutigen. Indessen, ehe es dazu kam, war der Occident Schauplatz von Ereignissen, die in höherem oder geringerem Grad die Teilnahme Europas auf sich zogen. Eine zeitlang hatte es geschienen, als sei der kleinen Schweiz dabei eine wichtige Rolle zugewiesen. Bald danach trat Italien auf den Vordergrund der politischen Bühne. Wie im Südosten des Weltteils, so trug auch im Südwesten das Nationalitätsprincip Erfolge davon.

VI.

Die Schweiz und der Neuenburgerhandel.

Ausgang der Regierung Friedrich Wilhelms IV. von Preußen.

Revision der Bundesverfassung.

Die Schweiz hatte das Glück gehabt, nach Besiegung des Sonderbundes während des Sturmjahres der europäischen Revolution vor jeder fremden Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten geschützt zu bleiben. Sie konnte ungestört das Werk vollenden, dessen Herstellung in den dreißiger Jahren versucht aber, weil verfrüht, damals mißlungen war: Ersetzung des lockeren, veralteten Bundesvertrags von 1815 durch eine starke, neue, bundesstaatliche Verfassung[1]). Bereits im Sommer 1847 hatte die Tagsatzung mit dreizehn Stimmen die Einsetzung einer Kommission zum Zweck der Revision des Bundesvertrags beschlossen (s. VI. 501). Diese Kommission konnte erst nach Herstellung des Friedens ihre Arbeit ernstlich in Angriff nehmen. Aber da die besiegten Sonderbundskantone sich fast ausnahmslos zur Mitwirkung bereit erklärt, bedurfte sie einer starken Ergänzung. Sie begann am 17. Februar 1848 mit Ochsenbein als Präsidenten ihre Sitzungen. Unter dem frischen Eindruck der Umwälzung, die nach Frankreichs Vorgang Deutschland und Östreich erlebten, schritt sie nach anfänglicher Zurückhaltung zu kühneren Einschnitten in die überkommene Ordnung. Zwar dachte keines ihrer Mitglieder an Aufopferung des Föderalismus zu Gunsten des Einheitsstaates. Aber die Mehrheit war von der unerschütterlichen Überzeugung der Notwendigkeit durchdrungen, die Souveränität der Kantone zu Gunsten der eidgenössischen Centralgewalt bedeutend einzuschränken und neben den Kantonen auch dem Volk als Gesamtheit im Bund eine Vertretung zu gewähren. Das Ziel, das man erstrebte, war nach Gottfried Kellers Dichterwort:

Arbeit der Revisionskommission 17. Febr. bis 8. April 1848.

[1]) Der früheren Litteratur reiht sich an Dierauer: Geschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft. Band V. 1917.

Ein neues Recht, ein neues Haus
Doch auf dem alten Plan.

Das amerikanische Vorbild.

Bei diesem Bestreben, zwischen den gewohnheitsmäßigen Anschauungen und den unabweislichen Bedürfnissen des Volkes die rechte Mitte zu finden, das selbständige Leben der Kantone nicht zu ersticken und doch dem Bundesstaat nach außen und innen Kraft zu verleihen, richtete sich der Blick wie von selbst auf die Verfassung der großen Schwesterrepublik jenseits des atlantischen Oceans. Für das Zweikammersystem nach ihrem Muster hatte sich schon 1847 eine anonyme Flugschrift Bluntschlis ausgesprochen. Der zürcherische Regierungsrat und Tagsatzungsgesandte Rüttimann verfocht dieselbe Idee in der Tagespresse. Der Genfer James Fazy und der Solothurner Josef Munzinger vornehmlich verhalfen ihr in der Kommission zum Sieg. Nachdem man sich über diesen Hauptpunkt geeinigt hatte, ging die Arbeit der Revisionskommission in rascherem Tempo vorwärts. Am 8. April war sie beendigt. Der Entwurf der neuen „Bundesverfassung", in seiner abschließenden Form wesentlich der Feder des Thurgauers Kern entflossen, wurde zugleich mit einem ausgezeichneten Bericht des Waadtländers Druey den Kantonsregierungen zu Instruktionen ihrer Gesandten für die nächste Tagsatzung mitgeteilt und der Öffentlichkeit übergeben. Seine Aufnahme im ganzen und großen war günstig, wiewohl es an Einwürfen von Föderalisten und Unitariern der äußersten Richtung nicht fehlte. Aber der Wunsch, das Werk, wennschon es Mängel und Lücken habe, baldmöglichst vollendet zu sehen, herrschte vor.

Beratung der Tagsatzung 15 Mai bis 27. Juni.

In dieser Stimmung kam am 15. Mai die Tagsatzung wieder zusammen, in der nunmehr alle Kantone, auch das republikanische Neuenburg, vertreten waren. Nach vergeblicher Anfechtung von föderalistischer und unitarischer Seite siegte hier gleichfalls das vorgeschlagene Zweikammersystem. Auch die Abgrenzung der Befugnisse der Bundesgewalt und der Kantone ward mit einigen Zugeständnissen für deren Souveränität, nach den Hauptvorschlägen der Revisionskommission normirt. Nicht geringe Schwierigkeiten machte die Feststellung der Artikel, die sich auf die materiellen Fragen bezogen. Doch wurden auch diese überwunden. Am 27. Juni wurden die Beratungen geschlossen. Die Gesandtschaften von dreizehneinhalb Ständen stimmten für Annahme des Entwurfes unter Vorbehalt der Genehmigung durch ihre Regierungen. Die Vertreter von siebeneinhalb Ständen beschränkten sich auf „Heimberichte". Die der drei Urkantone und von Appenzell-Innerrhoden verwarfen den Entwurf und verwahrten ihren hohen Ständen „alle und jede religiösen, politischen und materiellen Rechte". Den Kantonen ward bis zum 1. September Frist gegeben, sich durch Volksabstimmung über Annahme oder Verwerfung der neuen Bundesverfassung auszusprechen. Die

nächsten Monate vergingen in ernster Prüfung des Gebotenen. „Die ganze Schweiz durchwehte, nach den Worten eines Zeitgenossen, ein besonnener, verständiger Geist, der die großen Fortschritte, welche der Entwurf darbot, zu würdigen wußte und sich an das praktisch Erreichbare hielt, anstatt hohlen Theorieen nachzujagen oder sich ängstlich an kantonale Interessen anzuklammern."

Wiederzusammentritt der Tagsatzung 4. Sept.

Als die Tagsatzung am 4. September wieder zusammentrat, ergab sich nach Prüfung der Abstimmung Annahme des Entwurfes durch fünfzehneinhalb Kantone mit einer Bevölkerung von rund 1 890 000 Seelen gegen sechseinhalb Kantone mit einer Bevölkerung von rund 290 000 Seelen, die ihn verworfen hatten. Die Landsgemeindekantone außer Appenzell-Außerrhoden und Glarus, hatten ihn mit großen Mehrheiten abgelehnt. Aber auch die Gesandtschaften der verwerfenden Kantone erklärten, daß man sich einem Mehrheitsbeschluß der Tagsatzung beugen werde. Am 12. September beschloß diese mit sechzehn und zwei halben Stimmen, daß die Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft, wie sie aus den Beratungen der Tagsatzung vom 15. Mai bis zum 27. Juni hervorgegangen, feierlich angenommen sei. Am 22. September, nach Vorkehrung der für Einführung der neuen Verfassung nötigen Maßregeln, beendigte sie ihre Session und damit ihr Dasein.

Verkündung der Annahme der neuen Verfassung 12. Sept.

Inhalt der Verfassung. Allgemeine Bestimmungen.

Die neue Verfassung nannte in ihren allgemeinen Bestimmungen als Zweck des Bundes nicht nur wie der frühere Bundesvertrag Behauptung der Unabhängigkeit gegen außen und Handhabung von Ruhe und Ordnung im Inneren, sondern auch Schutz der Rechte und Freiheiten der Eidgenossen und Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt. Dem Bund allein stand das Recht zu, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen, Bündnisse und Staatsverträge mit dem Ausland einzugehen. Der künftige Abschluß von Militärkapitulationen war verboten, womit dem schon von Zwingli verpönten Fremdendienst die Wurzel abgegraben wurde. Den Mitgliedern eidgenössischer Behörden war die Annahme auswärtiger Pensionen, Geschenke, Titel, Orden untersagt. Nach innen erfuhr die Kantonalhoheit nicht weniger bedeutende Einschränkungen. Die Kantone durften unter sich keine besonderen Bündnisse und Verträge politischen Inhalts eingehen. Bei vorfallenden Streitigkeiten war ihnen jede Selbsthilfe und Bewaffnung untersagt und die bundesrätliche Entscheidung von ihnen anzunehmen. Das Post- und Zollwesen ging völlig in die Hände des Bundes über. Ebenso wurden Münzprägung, Bestimmung des Münzfußes, Einführung gleicher Maße und Gewichte, Fabrikation und Verkauf von Schießpulver ausschließlich Sache des Bundes. Seine Ausgaben waren aus den Zinsen des eidgenössischen Kriegsfonds, aus dem Ertrag der Grenzzölle, der Post- und Pulververwaltung und allfällig aus Bei-

trägen der Kantone zu bestreiten. Die Furcht vor völliger Centralisirung hatte dazu geführt, daß ein großer Teil des Militärwesens noch immer den Kantonen überlassen blieb. Doch wurde die Einwirkung des Bundes auf dasselbe verstärkt. Der altschweizerische Grundsatz allgemeiner Wehrpflicht wurde von Bundeswegen gesetzlich festgelegt. Der Bund durfte über sämtliche Streitkräfte der Kantone verfügen und behielt sich vor: die Organisation des Bundesheeres, den Unterricht der Genietruppen, der Artillerie und Kavallerie, die höhere militärische Ausbildung, die Überwachung des kantonalen Wehrwesens. Auch war ausdrücklich gesagt, daß er nötigenfalls die Centralisation des Militärunterrichtes durch die Gesetzgebung weiter entwickeln könne. Im Interesse der Eidgenossenschaft durfte der Bund öffentliche Werke errichten oder ihre Errichtung unterstützen. Desgleichen ward ihm die Befugnis zur Errichtung einer Universität und einer polytechnischen Schule eingeräumt.

Die Kantone wurden verpflichtet, für ihre Verfassungen die Gewährleistung des Bundes nachzusuchen, die erteilt werden sollte, sofern sie nichts der Bundesverfassung Zuwiderlaufendes enthielten, die Ausübung der politischen Rechte nach republikanischen Formen sicherten und vom Volk angenommen waren. Alle Vorrechte des Ortes, der Geburt, der Familien oder Personen wurden untersagt. Jeder Kantonsbürger war zugleich Schweizerbürger und konnte als solcher in eidgenössischen und kantonalen Angelegenheiten in jedem Kanton die bürgerlichen Rechte ausüben. Das Recht der freien Niederlassung und Gewerbeübung wurde jedem Schweizer christlicher Konfession, die freie Ausübung des Gottesdienstes den anerkannten christlichen Konfessionen im ganzen Gebiet der Eidgenossenschaft vom Bund gewährleistet. Vergeblich hatten einige Stände in der Tagsatzung für die Durchbrechung der konfessionellen Schranken gestimmt, bei deren Aufrechthaltung man die Juden im Auge hatte. Der Bund schützte die Preßfreiheit, das Petitionsrecht, das Recht der Bildung von Vereinen, sofern sie nicht staatsgefährlich seien, und übernahm es, durch seine Gesetzgebung für die Heimatlosen Bürgerrechte auszumitteln. Seinerseits hatte er die Befugnis, Fremde auszuweisen, welche die innere oder äußere Sicherheit gefährdeten. Endlich war es für nötig gehalten worden, das Verbot der Aufnahme des Jesuitenordens in irgend einem Teil der Schweiz durch die Bundesverfassung zu wiederholen.

Bundesbehörden Nationalrat und Ständerat

Als neue Bundesbehörden bestimmte die Verfassung die Bundesversammlung, den Bundesrat, das Bundesgericht. Die oberste Gewalt des Bundes wurde durch die Bundesversammlung ausgeübt, die sich in Nationalrat und Ständerat teilte. Der Ständerat, gewissermaßen die Fortsetzung der alten Tagsatzung, gewährte den Kantonen als Einzelstaaten, von denen jeder, ob groß oder klein zwei Mitglieder und die

Halbkantone je ein Mitglied zu wählen hatte, eine Vertretung am Bunde. Ihm zur Seite trat nun der Nationalrat, nach direkter Wahl eines Abgeordneten auf je 20 000 Seelen für drei Jahre, als Repräsentation des ganzen Schweizervolkes. Für die Giltigkeit eines Bundesgesetzes und Beschlusses war Annahme in beiden Räten durch Stimmenmehrheit Voraussetzung. In beiden stimmten die Mitglieder nicht nach Instruktionen.

Bundesrat.

Der Bundesrat, von der Bundesversammlung für drei Jahre ernannt, war die oberste vollziehende und leitende Behörde der Eidgenossenschaft. Es war die stärkste Abweichung von dem amerikanischen Vorbild, daß diese Behörde aus einem Kollegium von sieben Mitgliedern bestand, dessen Präsident von der Bundesversammlung je für ein Jahr gewählt wurde, ohne übrigens mehr Rechte zu haben als einer seiner Amtsgenossen.

Bundesgericht.

Das Bundesgericht, gleichfalls von der Bundesversammlung gewählt, war zunächst nicht als ständige Behörde gedacht, da der Umfang seiner Geschäfte noch gering war. Er bezog sich vornehmlich auf Entscheidung von Streitigkeiten nicht staatsrechtlicher Natur zwischen Kantonen oder zwischen dem Bund und einem Kanton und auf Klagen wegen Verletzung von der Verfassung garantirter Rechte. Für den Bundesverkehr wurden die drei Hauptsprachen der Schweiz als „Nationalsprachen" zugelassen.

Revision.

Endlich fehlte es auch nicht an einer Vorsorge für eine Revision der Bundesverfassung. Sie konnte entweder von der Bundesversammlung vorgenommen werden, oder die Frage der Revision war auf Verlangen von 50 000 Schweizerbürgern dem ganzen Volk zur Abstimmung zu unterbreiten. Sprach sich die Mehrheit bejahend aus, so waren beide Räte zur Vornahme der Revision neu zu wählen. Die revidirte Verfassung trat in Kraft, sobald sie von der Mehrheit der Schweizerbürger und der Kantone angenommen war. Verglichen mit dem Bundesvertrag von 1815 bedeutete das Verfassungsgesetz von 1848, das den Bundesstaat auf festen Grundlagen errichtete, einen großen Fortschritt. Die Unvollkommenheiten, die dem Werk noch anhafteten, mochten auf dem Weg friedlicher Entwicklung beseitigt werden.

Wahlen für die Bundesversammlung. Ihr Zusammentritt 6. Nov.

In vollkommener Ruhe gingen die Wahlen für die beiden Räte der Bundesversammlung vor sich. Am 6. November vereinten sie sich in dem zeitigen Vorort Bern, durch 155 Kanonenschüsse begrüßt, deren Zahl der der 111 Nationalräte und der 44 Ständeräte entsprach. Nach Prüfung der Wahlakten und Feststellung der Geschäftsordnung schritt die Bundesversammlung am 16. November zur Wahl der sieben Bundesräte.

Wahl des Bundesrats 16. Nov.

Sie erkor fünf Mitglieder jenes Ausschusses, der bei der Vorbereitung der Bekämpfung des Sonderbundes eine Hauptrolle gespielt hatte: den Züricher Furrer, den Berner Ochsenbein, den Waadtländer Druey, den Solothurner Munzinger, den St. Galler Näff und fügte ihnen den Aargauer Frey-

Herosé, 1847 Dufours Stabschef[1]), und den freisinnigen Tessiner Franscini bei. Alle drei Hauptsprachen der Schweiz waren also in diesem ersten Bundesrat vertreten. Die Würde des ersten Bundespräsidenten fiel Jonas Furrer zu, dem Sohn des Winterthurer Schlossers, der sich in seiner bisherigen staatsmännischen Laufbahn durch seine mit Besonnenheit gepaarte Thatkraft hohe Achtung erworben hatte. Noch war die Frage des Bundessitzes, um die sich ein lebhafter Kampf in der Presse entspann,

Bern Bundessitz.

nicht gelöst. Von den drei alten Vororten schied Lucern wegen der sonderbündischen Erinnerungen aus. Der Wettbewerb zwischen Zürich und Bern ward am 28. November von der Bundesversammlung zu Gunsten der Zähringerstadt an der Aare entschieden, deren politische Vergangenheit und deren Lage nahe der Grenzscheide des deutschen und französischen Sprachgebietes ihr den Vorzug sicherten. Damit schloß die erste Session der Bundesversammlung.

Ausführung der Verfassung.

Die nächstfolgende Zeit galt der Ausführung der Verfassung. Sie war reich an gesetzgeberischer Arbeit, die durch eifrige Verwaltungsthätigkeit ergänzt wurde. Den Anfang machte die Übernahme des Post-

Postwesen.

wesens durch den Bund. So lästig die den Kantonen zu zahlenden Postentschädigungen auch waren: die Erleichterung des Verkehrs durch Herabsetzung der Taxen und Einführung neuer Kurse machte sich bald genug wohlthätig fühlbar. Die nächste Aufgabe war die Einrichtung der neuen

Zollgesetz.

Bundeszölle. Der rasche Erlaß des ersten eidgenössischen Zollgesetzes war um so nötiger, da die Haupteinnahmen des Bundes aus dem Ertrag der Grenzzölle zu fließen hatten. In dem Kampf der Verteidiger des Schutzzolls und unbedingter Handelsfreiheit fiel die Entscheidung für die Erhebung eines Finanzzolles. Seine immerhin noch mäßige Höhe war bedingt durch die Notwendigkeit, die finanzielle Selbständigkeit des Bundes zu sichern und ihm Mittel für die Entschädigung der Kantone bei der Abschaffung der Binnenzölle zu verschaffen. Noch aber bestanden als Konsumgebühren die kantonalen „Ohmgelder" fort, die von der Aufhebung der übrigen Binnenzölle ausgenommen waren. Damit wurde der Grundsatz

Münzgesetz.

des freien Verkehrs im Inneren durchbrochen. Nicht ohne Kampf der Meinungen kam dann auch das eidgenössische Münzgesetz zustande, das die Annahme des französischen Münzsystems bestimmte. Ohne Schwierigkeit vollzog sich hierauf die Beendigung des bisherigen Wirrwarrs durch Einlösung der verschiedenen buntscheckigen kantonalen Münzen und durch Prägung des neuen Geldes. Sie wurde zunächst an die Pariser und Straßburger Münzstätten vergeben, bis aus der alten Bernischen Münzstätte eine eidgenössische hervorging. Gleichzeitig wurde die Einheitlichkeit in Maß und Gewicht vorbereitet. Doch dauerte es länger, bis das

[1]) Hans Schmid: Oberst Friedrich Frey-Herosé (Züricher Dissertation) 1915.

Metermaß den Sieg davon trug und die Verwirrung, die noch auf diesem Gebiet herrschte, vollständig überwunden ward.

Telegraph. Des Telegraphen war in der Bundesverfassung noch nicht gedacht. Allein die Wichtigkeit dieses modernen Verkehrsmittels sprang zu sehr in die Augen, als daß man sich nicht dagegen hätte sträuben sollen, es den Kantonen oder der Privatspekulation zu überlassen. Auf das Dringen kaufmännischer Gesellschaften, anfangs mit finanzieller Unterstützung von Kantonen und Gemeinden, übernahm es der Bund. Bald gewann es, hauptsächlich dank dem niedrigen Ansatz der Taxen, in der Schweiz eine Ausdehnung wie kaum in irgend einem anderen Staat Europas.

Eisenbahnen. Es lag nahe, auch eine Centralisation des Eisenbahnwesens von Bundeswegen anzustreben. Dafür hätte der Artikel der Bundesverfassung die Handhabe geboten, der dem Bund das Recht der Errichtung oder Unterstützung öffentlicher Werke von allgemein schweizerischem Interesse zusprach. In der That ward bereits im December 1849 im Nationalrat beantragt und beschlossen, der Bundesrat möge unter Zuziehung von Experten möglichst bald den Plan eines Eisenbahnnetzes vorlegen. An Alfred Escher. der Spitze der Antragsteller stand der dreißigjährige Alfred Escher, der hochbegabte, arbeitsfreudige, redegewandte Sprößling einer alten Züricher Familie, Furrers Nachfolger als Bürgermeister der Vaterstadt und als Präsident des Nationalrates, in seinem Heimatkanton bald von beherrschendem Einfluß, in der Bundesversammlung anerkannter Führer der gemäßigten Radikalen[1]). Der Antrag hatte die Frage, ob Staatsbau oder Privatbau, noch offen gelassen. In Übereinstimmung mit befragten Experten, unter ihnen Stephensons Sohn Robert, der die Nachteile des ausschließlichen Privatbausystems in England kennen gelernt hatte, entschied sich der Bundesrat für den Staatsbau durch Bund und Kantone. Die Mehrheit der Kommission des Nationalrates, geführt von dem Berner Stämpfli, trat dieser Ansicht bei. Aber Alfred Escher, der an der Spitze der Minderheit stand, verhalf im Nationalrat den Verfechtern des Privatbaues zum Siege, und der Ständerat schloß sich dem an. Danach überließ Eisenbahngesetz das erste schweizerische Eisenbahngesetz vom 28. Juli 1852 Bau und 28. Juli 1852. Betrieb von Eisenbahnen den Kantonen oder den von ihnen concessionirten Privatgesellschaften. Die Ohnmacht des Gesamtstaates im Eisenbahnwesen hatte Planlosigkeit in der Anlage der Linien, sowie Reibungen der Gesellschaften untereinander und mit dem Staat zur Folge. Erst beinahe ein halbes Jahrhundert später nach bitteren Erfahrungen und schweren Opfern an Geld und Mühe erlangte der Bund durch Rückkauf, was er damals aus der Hand gegeben hatte.

Öffentliche Arbeiten. Auf einem anderen Gebiet konnte der Bund mit der Errichtung

[1]) E. Gagliardi: Alfred Escher. Vier Jahrzehnte neuerer Schweizergeschichte. Frauenfeld 1919.

und Unterstützung öffentlicher Werke im allgemeinen Interesse von Anfang an Großes an die Hand nehmen. Die Neuordnung der Linthentsumpfung, die Korrektion der Juragewässer, des Rheinthals, der Rhone, der Bau der Brünigstraße, die Anlage des Bündener Straßennetzes, die Herstellung der Fahrwege über die Furka und den Oberalppaß, die Verbindung des Gotthards mit der äußeren Schweiz durch die malerische Axenstraße waren Leistungen, die sich ähnlichen Arbeiten in anderen Militärwesen. Staaten Europas würdig an die Seite stellten oder sie überboten. Im Militärwesen blieben zwar wegen mangelnder Centralisation fühlbare Mängel bestehen. Doch wurden auch auf diesem Feld durch Gründung von Militärschulen für Officiere und Specialwaffen, Vervollkommnung der Bewaffnung, regelmäßige Abhaltung eidgenössischer Übungslager Heimatlose. unverächtliche Fortschritte erzielt. Desgleichen wurden die alten Übelstände, die sich aus der Abschiebung der Heimatlosen „von Ort zu Ort, von Kanton zu Kanton" ergeben hatten, durch allmähliche Einbürgerung tausender dieser Verstoßener mittels eines Bundesgesetzes und des Eingreifens der Bundesbehörden behoben.

Frage der eidgenössischen Universität. Endlich gelang dem Bund auch die Schöpfung einer zukunftreichen eidgenössischen Bildungsstätte, deren Ruhm sich weit über die Grenzen der Schweiz hinaus verbreitete[1]). Allerdings blieb die Errichtung einer eidgenössischen Universität, zu der die Verfassung den Bund ermächtigt hatte, ein frommer Wunsch. Vergeblich setzte Alfred Escher seine ganze Kraft für ihre Gründung in seiner Vaterstadt ein, die dadurch für den Verlust der Vorortschaft gleichsam entschädigt werden sollte. Der Widerstand der Welschschweizer, vor allem der Waadtländer, denen Ultramontane und Konservative zu Hilfe kamen, und die Abneigung der Berner, Basler, Genfer, ihre Hochschulen zu Gunsten Zürichs aufzuopfern, waren unüberwindlich. Ein Beschluß des Nationalrates, Universität und Polytechnikum als eidgenössische Anstalten in Zürich zu errichten, wurde vom Polytechnikum. Ständerat verworfen. Nur das eidgenössische Polytechnikum mit einer Abteilung für philosophische und staatswirtschaftliche Lehrfächer und mit dem Sitz in Zürich konnte gerettet werden. Das Stiftungsgesetz vom 7. Februar 1854 ruhte wesentlich auf dem Entwurf Eschers und der Kappeler und Kern. Verarbeitung desselben durch den Thurgauer Kappeler, den Berichterstatter im Ständerat, unter dessen musterhafter Leitung an der Spitze des Schulrates die Anstalt sich nachmals zur schönsten Blüte entfaltete. Kappelers Vorgänger als erster Schulratspräsident, sein Kantonsgenosse Kern, war der rechte Mann, die Ausführung des Gesetzes zu übernehmen.

Berufungen. Der praktisch und theoretisch geschulte Techniker Deschwanden aus Unter-

[1]) Öchsli: Geschichte der Gründung des eidgenössischen Polytechnikums u. s. w. Teil I. der Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des eidgenössischen Polytechnikums 1905.

walden füllte als erster Direktor der Anstalt seinen Platz würdig aus. Bei den ersten Berufungen des Lehrerpersonals sah man sich fast ganz auf die deutsche Schweiz und auf Deutschland beschränkt, hatte aber das Glück in Arnold Heer, Escher von der Linth, Nägeli, Jakob Burckhardt, Zeuner, Reuleaux, Bolley, Clausius, Friedrich Theodor Vischer, Semper Kräfte ersten Ranges zu gewinnen. Wie Semper, der Erbauer von Barrikaden beim Dresdener Aufstand 1849, und wie später Kinkel als Lehrer des Polytechnikums aus dem Londoner Asyl auf den freien Boden der Schweiz übersiedelten, so gewann sie sogleich in dem italienischen Patrioten Francesco de Sanctis, der Kerker und Verbannung erduldet hatte, und bald danach in dem Franzosen Challemel-Lacour, den sein Protest gegen den Staatsstreich Napoleons ins Exil getrieben, berühmte Märtyrer der Freiheit als Zierden ihrer höchsten Unterrichtsanstalt. Mit Genugthuung und Stolz konnte das schweizerische Volk auf diese Schöpfung blicken, die in der Folge jedes Lebensgebiet befruchtete.

Das kantonale Verfassungsleben.

Alle diese wohlthätigen Wirkungen der neuen Bundesverfassung blieben unberührt durch gleichzeitige Abwandlungen der kantonalen Verfassungsgeschichte. Im ganzen und großen machte sich hier allerdings ein gewisser Stillstand geltend. Indessen kam es in mehreren Kantonen, wie in Thurgau, Schaffhausen, Graubünden, Solothurn zu Neuerungen, die man als Ausgleichung mit den modernen Rechtszuständen ansehen durfte. In anderen, die nach dem Sonderbundskrieg eine liberale Umwälzung erlebt hatten, wie in Wallis und Freiburg, erfolgte ein Rückschlag im Sinn einer ultramontanen Reaktion. Ein starker Umschwung fand statt in Bern, wo die radikale Partei 1850 von der konservativen verdrängt wurde. Erst 1854 schlossen beide einen Waffenstillstand mittels einer „Fusion", die den konservativen Blösch als Präsidenten, den radikalen Stämpfli als Vicepräsidenten an die Spitze der Regierung führte. Doch schied der zweite schon ein Jahr danach aus ihr aus, um einer Berufung in den Bundesrat Folge zu leisten. Während dieser Kämpfe war das Gestirn Ochsenbeins allmählich verblichen. Sein launenhaftes, selbstherrliches Wesen hatte ihm manchen alten Freund entfremdet. Dazu verschoben sich seine Anschauungen immer mehr nach rechts. Als er nach dem Sieg der Konservativen sein Einverständnis mit ihnen nicht verhehlte, ward er von seinen früheren Parteigenossen als Überläufer gebrandmarkt, bei der alljährlichen Wahl des Bundespräsidenten beständig übergangen und Ende 1854 bei der Wiederwahl des Bundesrates zu Gunsten seines Nebenbuhlers Stämpfli ausgeschaltet. Den letzten Rest seines früheren Ansehens büßte er ein, als er, der ehemalige Bekämpfer fremder Solddienste, während des Krimkriegs aus der Hand Napoleons das Patent eines Brigadegenerals annahm, um an die Spitze einer Fremdenlegion zu treten. Allein er mußte, ohne Gelegenheit zur Teil-

Sinken des Ansehens Ochsenbeins

nahme am Kampf gefunden zu haben, mit einer Pension zur Disposition gestellt, in die Heimat zurückkehren, wo er sich landwirtschaftlichen und nationalökonomisch-litterarischen Arbeiten hingab.

Der neue Bundesstaat und das Ausland.

Nach außen erwuchsen dem neuen Bundesstaat in den ersten Jahren mancherlei Schwierigkeiten und Gefahren aus den revolutionären Bewegungen und aus den reaktionären Siegen in den Nachbarländern. Indessen machte sich auch hier die Thatsache einer einheitlichen Leitung statt des unsicheren und schwankenden Verhaltens des früheren Staatenbundes geltend. Nach dem Scheitern der süddeutschen Erhebung hatte ein Bundesratsbeschluß vom 17. Juli 1849, der die militärischen und politischen Führer des Aufstandes auswies, Beschwerden wegen Überspannung des Asylrechtes zuvorzukommen gesucht. Ebenso hatte Mazzini den Boden der Schweiz verlassen müssen. Allein sie entging doch nicht

Die Flüchtlingsfrage.

den Anklagen, ein Herd revolutionärer Propaganda zu sein. Eine von Preußen angeregte Konferenz der Großmächte hielt im Februar 1850 in Paris Beratungen wegen der schweizer Flüchtlingsfrage. Doch verliefen sie dank dem Wohlwollen Englands und der Zurückhaltung Frankreichs im Sande[1]). Der Bundesrat stellte seinerseits in einem Kreisschreiben vom 15. Februar 1850, das als Kundgebung für das In- und Ausland bestimmt war, seinen Standpunkt fest. „Wenn die Schweiz, erklärte er, einerseits nicht zugiebt, daß ihr Boden zum Herd der Propaganda und zu Umtrieben gegen die Nachbarstaaten dienen soll und Maßregeln getroffen hat, welche keineswegs Zugeständnisse, sondern die freiwillige Erfüllung völkerrechtlicher Pflichten sind, wird sie andrerseits jede Zumutung, welche die Grenzen ihrer Pflicht überschreitet, mit der Kraft zurückweisen, welche das Bewußtsein einer guten Sache giebt." Allmählich sank die Zahl der Flüchtlinge auf einige hundert[2]). Mitglieder eines deutschen Arbeitervereins, dem staatsgefährliche Umtriebe schuldgegeben wurden, erfuhren Ausweisung oder polizeiliche Beaufsichtigung. Aber das Verlangen der Mitteilung von Namen an die heimatlichen Regierungen lehnte der Bundesrat ab.

Französische und österreichische Forderungen.

Eine neue Bedrängnis von außen trat nach dem Staatsstreich Napoleons ein. Er, dem selbst einst das Asyl der Schweiz zustatten gekommen war, drohte ihr nun wegen der Aufnahme der vor seiner Gewaltherrschaft entwichenen Republikaner. Damals kam es zu jenem bedrohlichen gemeinsamen Druck Frankreichs und Österreichs, gegen den der Bundesrat sich in würdiger Weise verwahrte (s. VII. 773). Kaum hatte sich dieses Gewölk verzogen, als der durch Mazzini aus seinem Versteck in Lugano angezettelte

[1]) Berichte Barmanns 22., 24., 31. Januar, 1., 2., 5., 7., 12., 18., 28. Febr. 1850. E. Arch. Bern.

[2]) Vgl. meine Arbeit: Politische Flüchtlinge nach der Revolution von 1848 und 1849 (Anzeiger für Schweiz. Geschichte 1919. Nr. 4).

Mailänder Aufstand vom 6. Februar 1853 (s. VII. 599) die stärkste Spannung mit Östreich allein verursachte. In Wien war man wegen Ausweisung lombardischer Kapuziner und Entzug der bischöflichen Herrschaft von Mailand und Como über Priesterseminarien im Tessin ohnehin gegen diesen Kanton gereizt. Man verfügte augenblickliche Verjagung einiger tausend Tessiner aus dem östreichischen Staatsgebiet und Sperrung der Grenze gegen die Schweiz. „Wir sind, gab Buol dem Vertreter der Eidgenossenschaft zu hören, mit der Schweiz im Kriegszustand ... Niemand hätte uns hindern können, den Tessin zu besetzen." Mit knapper Not wurde der Abbruch der diplomatischen Beziehungen vermieden. Erst nach langen peinlichen Verhandlungen kam es 1854 zur Aufhebung der Grenzsperre und im folgenden Jahr, am 18. März, zu einem friedlichen Ausgleich. Östreich ließ sich auf eine Trennung der streitigen Fragen ein und gewährte den vertriebenen Tessinern wieder Aufnahme, wofür der Kanton Tessin jenen lombardischen Kapuzinern eine Entschädigung zusprach[1]). Indessen traten alle diese Händel hinter der Neuenburger Angelegenheit zurück, die sich eine zeitlang bis zu einem kriegerischen Zusammenstoß zu verschärfen schien.

Der Kanton Neuenburg und König Friedrich Wilhelm IV.

Das Zwitterverhältnis des Kantons Neuenburg, der 1815 der republikanischen Eidgenossenschaft zugefügt und doch noch durch Personalunion mit dem preußischen Königshaus verbunden war, hatte schon in den dreißiger Jahren zu den stärksten Reibungen geführt (s. IV. 362 ff., 369). Angesichts der Umwandlung der Schweiz in einen kräftigen Bundesstaat war es vollends unerträglich geworden. Daher hatte die Masse des schweizer Volkes den Sturz der fürstlichen Regierung und die Proklamirung der Republik in Neuenburg, die nach der Februar-Revolution am 1. März 1848 erfolgt war (s. VI. 523) freudig begrüßt. Die eidgenössischen Behörden hatten unverweilt das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Neuenburgs und die von ihr gewählte provisorische Regierung, danach auch die neue Verfassung Neuenburgs anerkannt, die den Kanton für einen demokratischen Freistaat innerhalb der Eidgenossenschaft erklärte und die Souveränität dem Volk zusprach. Ebenso hatte es nicht an einer Bundesgarantie dieser Verfassung gefehlt, die den Bedingungen republikanischer Form und der Aufhebung aller Unterthänigkeitsverhältnisse und Vorrechte entsprach. Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. hatte sich damals mit einem Protest begnügt

[1]) Zur Ergänzung von Gedrucktem Berichte Steigers 14., 15., 24. Febr., 8., 16. März, 9., 23. April, 12., 14., 29. (mit Antwort des Bundesrats vom 30. Mai), 31. Mai, 25. Juni 1853, 31. Jan., 11. Febr., 3., 9., 17. März, 12. April, 4., 22., 29. Mai, 4. Juni, 12. Okt. 1854, 9. April 1855. E. Arch. Bern.

und in einem offenen Schreiben vom 5. April 1848 die ihm treu gebliebenen Royalisten Neuenburgs ermächtigt, „einzig die Lage und das Glück ihres Landes zu Rate zu ziehen, ohne sich durch die Bande, die sie an ihn fesselten, aufhalten zu lassen". Aber der Verlust seiner Neuenburgischen Fürstenwürde war nicht von ihm verschmerzt worden. Die Eidgenossenschaft hatte trotz ihrer Bereitschaft zu Unterhandlungen keine Verzichtserklärung von ihm erlangen können. Als es sich im Frühling 1852 darum handelte, in London seine Zustimmung zur Gutheißung der Thronfolge des Prinzen Christian von Glücksburg in dem dänischen Gesamtstaat zu gewinnen (s. VII. 476), waren die übrigen Großmächte seinen Wünschen so weit entgegengekommen, in einem Protokoll vom 24. Mai mit Bezug auf den Wiener Kongreßvertrag ihm seine früheren „Souveränitätsrechte" auf Neuenburg wieder zuzuerkennen. Zugleich hatten sie ihre Geneigtheit ausgesprochen, „die geeigneten Schritte zu thun, um die schweizerische Eidgenossenschaft anzuhalten, den internationalen Stipulationen Rechnung zu tragen, kraft welcher das Fürstentum Neuenburg unter der Garantie Europas ein Kanton der Schweiz geworden" sei, wogegen der König auf „die Anwendung anderer Maßregeln" zur Rückforderung seiner Rechte verzichtete. Aber bei diesem bloßen Versprechen der Mächte war es geblieben. Vergeblich hatte Friedrich Wilhelm IV. am Vorabend des Krimkriegs bei der englischen Regierung angeklopft, um sich als allfälligen Lohn für geleistete Dienste in den orientalischen Wirren die Wiederherstellung seiner Autorität über sein „liebes, treues, unter die Füße der Gottlosen zertretenes Ländchen am Jura" zusichern zu lassen (s. o. S. 56). Ebenso vergeblich waren die Bemühungen Manteuffels gewesen, die Neuenburger Frage auf dem Pariser Kongreß vorzubringen (s. o. S. 142). Napoleon hatte damals dem preußischen Ministerpräsidenten, der beim Versagen diplomatischer Mittel Selbsthilfe seines Königs androhte, mit der Vertröstung auf einen künftigen neuen europäischen Kongreß abgefunden, wo diese Frage gewiß befriedigend gelöst werden könne.

Das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852.

Indessen die Ungeduld der Neuenburger Royalisten, die teilweise eine völlige Loslösung von der Schweiz ersehnten, war nicht länger zu zügeln. Sie wurden insgeheim von dem Vertreter des preußischen Königs bei der Eidgenossenschaft, Herrn von Sydow, ermutigt, der schon 1850 an den Sieg der konservativen Partei in Bern die Hoffnung auf eine Restauration in Neuenburg geknüpft hatte[1]). Auch in Berlin wurde ihnen Aufmunterung zuteil. Der frühere Staatsrat Graf Wesdehlen, der sich im Frühling dorthin begab und Manteuffel, den Prinzen von Preußen, Leopold von Gerlach sprach, erhielt, wie er nach seiner Rückkehr einem Gesinnungsgenossen berichtete, von dem zuletzt Genannten die Ver-

Die Neuenburger Royalisten.

[1]) Oechelhäuser: Erinnerungen aus den Jahren 1848 bis 1850. Berlin 1892. S. 56 ff.

sicherung, wenn die Royalisten selbst die legitime Gewalt in Neuenburg proklamirten, werde der König gezwungen sein, sie mit den Waffen zu unterstützen, falls die Schweiz, wie zu vermuten, sich einmische, um die Republik wieder herzustellen. Befehle habe der König nicht erteilen wollen, erfuhr ein anderer Landsmann Wesdehlens von ihm, aber er werde die Bewegung mit Vergnügen sehen. Zur Ausführung ihres Planes bedurften die royalistischen Verschwörer eines militärischen Führers. Ihre Wahl fiel auf den Grafen Friedrich Pourtalès-Steiger, früheren eidgenössischen Oberst, der bereits in den Unruhen der dreißiger Jahre der royalistischen Sache gedient hatte. Er hatte zunächst Bedenken, wollte sich vor allem der, wennschon nur stillschweigenden, Einwilligung des Königs und allfälliger Unterstützung der preußischen Regierung versichern und reiste daher im August gleichfalls nach Berlin. Dort bekam er zwar den König nicht zu sehen, sondern verhandelte nur mit einem Adjutanten des Prinzen von Preußen, mit Gerlach und Manteuffel. Aber der König, der durch Gerlach von allem in Kenntnis gesetzt wurde, sprach diesem seine Billigung aus. Pourtalès nahm jedenfalls den Eindruck mit, den er gegenüber einem Vertrauten in die Worte zusammenfaßte: „Meine Mission in Berlin ist über Erwarten gelungen. Ich werde mich mit Freuden an eure Spitze stellen[1])."

Graf Pourtalès in Berlin.

Schon am 14. August war in einer Versammlung von Royalisten beschlossen worden, mit dem Beginn der Erhebung nicht länger zu zögern. In der Nacht vom 2. auf den 3. September überrumpelten ein paar hundert Mann unter Führung des Obersten Meuron das Schloß von Neuenburg, den Sitz der Regierung, nahmen vier Mitglieder des Staatsrates gefangen und pflanzten die schwarz-weiße Fahne auf. Pourtalès besetzte Locle und wandte sich hienach gegen la Chaux-de-Fonds. Sofort aber griffen die Republikaner zu den Waffen, trieben Pourtalès nach Neuenburg zurück und marschierten unter Führung des Obersten Denzler gegen die Stadt. Der Bundesrat hatte auf die erste telegraphische Nachricht des Ausbruches der royalistischen Insurrektion zwei seiner Mitglieder, Frey-Herosé und Fornerod als eidgenössische Kommissäre ab-

Royalistischer Aufstand 2./3. Sept. 1856.

[1]) Die neueste ausführliche Arbeit über die Neuenburger Angelegenheit von Ph. de Vargas: L'affaire de Neuchâtel 1856—57. Les négociations diplomatiques. Lausanne 1913 enthält S. III—V ein Verzeichnis der Bibliographie. Hinzuzufügen wäre noch Hasenclever: Zur Geschichte der Neuenburger Frage in den Jahren 1856 und 1857 (Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 1912. XXVII. 517—544). In Theodors von Bernhardi Tagebüchern 1893. II. 339, findet sich die Notiz des Herausgebers, seines Sohnes, des Generals Friedrich von Bernhardi: „Die reichen Angaben der Tagebücher über die Neuenburger Frage entziehen sich zur Zeit noch der Mitteilung." Auf eine Anfrage habe ich von demselben unter dem Datum „3. November 1919" die gefällige Antwort erhalten: „Ich habe festgestellt, daß es noch nicht an der Zeit ist, die betreffenden Nachrichten zu veröffentlichen."

geordnet, um einen Zusammenstoß der Parteien zu verhindern. Allein ihre Verhandlungen mit Pourtalès und Meuron verliefen ergebnislos.

Seine Beschwichtigung 4. Sept.

Währenddes eroberte Denzler in der Morgenfrühe des 4. September das Schloß, befreite die Staatsräte und nahm ein paar hundert Royalisten mit ihren Führern gefangen. Der Kampf hatte sieben Tote und ein paar Dutzend Verwundete gekostet. Die herbeigerufenen eidgenössischen Truppen fanden nichts mehr zu thun. Nach kurzer Zeit konnten sie wieder entlassen werden. Überall nahmen die verfassungsmäßigen Behörden ihre Thätigkeit wieder auf, während der Bundesrat den eidgenössischen Generalanwalt mit der Einleitung des Processes gegen die Urheber des Attentates betraute. Je nach der Größe des Vergehens wurden die Gefangenen in verschiedene Klassen geteilt, hunderte der weniger Belasteten auf freien Fuß gesetzt, die übrigen aber in Haft behalten.

Einleitung des Processes.

Stimmung Friedrich Wilhelms IV.

Für den König war das Mißlingen des royalistischen Aufstandes ein furchtbarer Schlag. Ihm bangte namentlich vor dem Schicksal seiner gefangenen Getreuen. Die in Preußen am Ruder befindliche Partei wußte dies Gefühl des Herrschers auszubeuten. Sie rechnete darauf, daß er, im Fall die Freilassung der Gefangenen nicht erreicht werden könne, zur Anwendung von Waffengewalt gegen die verhaßte Schweiz schreiten werde. Auch Manteuffel, der eine „vollendete Thatsache“ nicht ungern gesehen hätte, war dafür, „sich durch das Mißlingen gar nicht irre machen zu lassen“ und mit Durchmärschen und Zwangsmaßregeln zu drohen. Damit konnte sich die an sich winzige Neuenburger Sache in eine europäische Angelegenheit verwandeln. Bei dem Bundesrat stieß ein Protest des preußischen Gesandten von Sydow „gegen die alten und neuen Verletzungen der Rechte des Königs als Fürst von Neuenburg“ sowie die Forderung, die Gefangenen frei zu geben und den Proceß einzustellen, sofort auf entschiedene Ablehnung. Friedrich Wilhelm IV. rief gleichzeitig die Vermittlung der vier Großmächte an, die sich durch das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 zu einer platonischen Anerkennung seiner fürstlichen Souveränitätsrechte auf Neuenburg verstanden hatten. Er wandte sich mit eigenhändigen Schreiben an die Staatsoberhäupter der vier Mächte. Aber er mußte hier herbe Enttäuschungen erleben.

Anrufung der Vermittlung der vier Großmächte.

Unbefriedigende Antworten.

In Petersburg bezeugte man warme Teilnahme, bedauerte aber, keine andere Hilfe leisten zu können als durch gute Worte. In Wien drängte man Preußen allerdings zu kräftigem Handeln, hüllte sich aber, was die Art und Weise einer thätlichen Unterstützung anlangte, in Schweigen. In London riet man geradezu, die Befreiung der Gefangenen durch unverweilten Verzicht auf die Souveränität über Neuenburg zu erkaufen. Am wichtigsten war, was von Frankreich zu erwarten sei, auf dessen Verhalten im Fall kriegerischer Verwicklungen das meiste ankam. Walewski zeigte nun wenig Neigung, einen Druck auf die Schweiz auszuüben.

Er nannte, wie Barmann, der schweizer Gesandte erfahren haben wollte, die Anerkennung der Souveränität des Königs von Preußen über ein so weit abgelegenes Fürstentum durch den Wiener Kongreß einen groben Fehler und erklärte, wenn etwa der König von Preußen sich einbilde, Europa werde ins Feld rücken, um das vorhandene Übel zu verewigen, so sei er in einem starken Irrtum befangen. Allein nicht auf Walewski sondern auf den Kaiser Napoleon kam es an. An diesen richtete daher Friedrich Wilhelm IV. „mit blutendem Herzen, die Thränen in den Augen" am 16. September ein zweites, ohne Rücksprache mit Manteuffel verfaßtes, von diesem für wenig würdig erachtetes, Handschreiben. Mit der Versicherung „der Bewunderung" des Kaisers „seit den ersten Tagen seiner Regierung" und mit dem Angebot, ihm „ein ergebener, unbedingt zuverlässiger Freund" werden zu wollen, bat er ihn, die Befreiung der Gefangenen und die Lösung der unglücklichen Neuenburger Frage auf Grund des Londoner Protokolles zu erwirken. Er versprach, wenn die Großmächte „endlich in Unterhandlungen mit ihm eintreten würden", in seiner Friedensliebe so weit gehen zu wollen, wie es seine Ehre erlaube, drohte aber zugleich, falls die Schweiz sich nicht füge und ihm weiterhin „republikanische Grobheiten an den Kopf werfe", mit Anwendung von Waffengewalt[1]).

Friedrich Wilhelms IV. Schreiben an Napoleon 16. Sept.

Napoleon empfing dies Schreiben aus der Hand des preußischen Gesandten Hatzfeld in Biarritz, wo der französische Hof damals weilte. Es war die Zeit, da wegen der Ausführung des Pariser Friedens zwischen England und Frankreich jene Spannung eingetreten war, die erst einige Monate später nachließ (s. o. S. 186). Es mußte Napoleon sehr erwünscht sein, sich den König von Preußen zur Dankbarkeit zu verpflichten, um ihn bei der Schlichtung der orientalischen Streithändel an seine Seite zu ziehen, und zugleich unter dem Schein der Vermittlung seine Vorherrschaft in Europa zu kräftigen. Auch im Hinblick auf seine italienischen Pläne war ihm ein gutes Verhältnis zu Preußen höchst wichtig. Er erzeigte sich daher gegenüber Hatzfeld viel entgegenkommender als Walewski. Wider Hatzfelds Verhoffen schien er sogar nichts dagegen einwenden zu wollen, „daß preußische Truppen eventuell die Schweiz besetzten"[2]). Hievon war freilich in seinem Erwiderungsschreiben vom 24. September nichts zu lesen. Vielmehr gab er dem König zu erwägen, ein bewaffnetes Einschreiten in der Schweiz, deren Neutralität einen großen Teil der französischen Grenzen decke, werde ihn „in eine peinliche Lage versetzen". Übrigens aber erklärte er sich ganz bereit, sich dringend für die Freilassung der Gefangenen zu verwenden und die Neuenburger Frage auf den wegen der orientalischen Angelegenheiten geplanten Konferenzen mit

Seine Antwort 24. Sept.

[1]) Friedrich Wilhelm IV. an Napoleon III. 16. Sept. 1856. Nach einer Kopie des korrigirten Konceptes. Arch. Berlin.

[2]) H. von Poschinger: Preußens auswärtige Politik III. 253.

Seine Mahnungen in Bern.

behandeln zu lassen[1]). In der That ließ er am 30. September durch seinen Gesandten Fénelon in Bern dem Bundespräsidenten Stämpfli mündlich den Wunsch unverweilter Freilassung der Gefangenen mitteilen. Zugleich stellte er für diesen Fall seine Beihilfe für eine glückliche Lösung der Neuenburger Frage in Aussicht. Für den entgegengesetzten Fall wies er aber auf die Gefahr „ernster Verwicklungen" und einer Bedrohung der Schweiz „durch ein Heer von 100 000 Mann" hin. Am 4. Oktober hatte Fénelon das kaiserliche Begehren zu wiederholen. Stämpfli wies es fest und würdig zurück. Er erklärte, der ganze Bundesrat sei in dieser Sache einig, und die Schweiz werde sich bei einem Angriff auf ihr Gebiet wie ein Mann erheben. Die Vertreter Östreichs und Rußlands, die gleichfalls bedingungslose Freilassung der Gefangenen befürworteten, erhielten eine gleichartige Erwiderung. Es war nicht unvernünftige Rechthaberei, was die von der Bundesversammlung einmütig gebilligte Haltung des Bundesrates bestimmte. Es handelte sich für ihn auch nicht bloß um eine Frage der Ehre und des Princips. In erster Linie kam es ihm darauf an, das unschätzbare Pfand für die endgiltige günstige Lösung der Neuenburger Frage, das man mit den gefangenen Royalisten besaß, nicht vorzeitig aus der Hand zu geben[2]).

Erwiderung des Bundesrates

Verhalten Englands.

Eine große Ermutigung bot dem Bundesrat das Verhalten Englands. Die englische Regierung nahm nicht nur als Verkünderin liberaler Grundsätze gegen das reaktionäre Preußen Partei. Sie hatte angesichts der damaligen internationalen Lage ein unmittelbares Interesse, jede Annäherung Preußens an Frankreich zu hintertreiben und Napoleon keine Gelegenheit zu geben, sich den Dank Friedrich Wilhelms IV. zu verdienen. Daher beschränkte sich Clarendon darauf, in Bern das Vertrauen auf den Edelmut des Bundesrates aussprechen zu lassen, ohne auf eine vorgängige Begnadigung der des Urteils Gewärtigen zu dringen. Er widerstand der Forderung Persignys, sich dem Schritt Frankreichs in Sachen der Gefangenen anzuschließen. Er hielt es für unstatthaft, ihre Freilassung vom Bundesrat zu fordern, wenn man ihm nicht feste Zusagen des Verzichtes des Königs von Preußen auf seine Souveränität über Neuenburg machen könne. In diesem Sinn empfahl er eine gemeinschaftliche Vermittlung Frankreichs und Englands, die der Welt nicht das Schauspiel bieten dürften, „in der Schweiz die Legitimität gegen das Princip der Nationalitätssouveränität zu verteidigen"[3]). Er ließ in Bern anfragen, ob die An-

[1]) Napoleon III. an Friedrich Wilhelm IV. 24. Sept. 1856. Kgl. Haus-Archiv Charlottenburg.

[2]) Oechsli: Zu Sybels Darstellung der Neuenburger Verwicklung (Bausteine zur Schweizergeschichte 1890) neben Paul Schweizer: Geschichte der schweizerischen Neutralität unentbehrliche Korrektur der vielen Irrtümer und Ergänzung der vielen Verschweigungen in Sybels Werk: Die Begründung des deutschen Reiches.

[3]) Berichte Persignys 2., 4., 6. Okt. 1856. Arch. Paris.

stände zwischen der Schweiz und Preußen nicht durch Frankreich und England geschlichtet werden könnten, indem von diesen Mächten beiden Parteien gleichzeitig die Bedingungen eröffnet würden, unter denen die Angelegenheit auf ehrenhafte Weise beizulegen wäre, und bot in Berlin Englands gute Dienste an auf Grund eines Abkommens, das Neuenburgs Unabhängigkeit von jeder fremden Macht feststellen würde.

Entgegenkommen des Bundesrates 3. Okt.

Der Bundesrat erklärte sich in seiner Erwiderung schon am 3. Oktober bereit, sobald die vollständige Unabhängigkeit Neuenburgs von jedem auswärtigen Verband gesichert sei, den gesetzgebenden Räten eine Amnestirung der Insurgenten vorzuschlagen. Dagegen lehnte Manteuffel zuerst den englischen Vorschlag rundweg ab. Indessen, da er aus Paris hören mußte, daß Napoleon ohne Befragen Englands schwerlich einen weiteren Schritt unternehmen werde, und da vom Kaiser Franz Josef eine ernstliche Mahnung einlief, wegen „des natürlichen Wunsches, den Neuenburger Rechtsbruch zu ahnden", nicht „den Weltfrieden aufs Spiel zu setzen"[1]), glaubte er am 13. Oktober dem englischen Gesandten Bloomfield im strengsten Vertrauen drei Punkte angeben zu sollen, auf denen der König vor einem Verzicht auf seine Rechte als Souverän Neuenburgs bestehen werde. Sie umfaßten Bewahrung des Titels „Fürst von Neuenburg", Erhaltung des königlichen Privateigentums im Fürstentum, Empfang von Bürgschaften gegen Eingriffe in gewisse kirchliche und mildthätige Stiftungen. Selbstverständlich durfte Manteuffel nur mit Einwilligung des Königs soweit gehen[2]). Übrigens blieb dieser dabei, daß vor jeder Verhandlung die Freilassung der Gefangenen stattfinden müsse. Auch wurde Bismarck angewiesen, am Bundestag zu beantragen, daß der Bund dem Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 sowie dem Verlangen der Freilassung der Gefangenen beitrete und der Schweiz im Fall der Weigerung ernstliche Maßregeln androhe.

Bedingungen des Verzichtes des Königs 13. Okt.

Englische Mitteilung in Bern 25. Okt.

Die Erklärung Manteuffels bot der englischen Regierung eine gute Waffe, um allfälligen neuen Versuchen Napoleons, einseitig seinen Willen in Bern durchzusetzen, zuvorzukommen. Ohne sich eines gerade unmittelbaren Vertrauensbruches schuldig zu machen, ließ Clarendon am 25. Oktober dem Bundespräsidenten Stämpfli die drei von Manteuffel angegebenen Bedingungen eines möglichen Verzichtes Friedrich Wilhelms IV. auf seine Souveränitätsrechte von Neuenburg mitteilen. Der englische Gesandte

[1]) Franz Josef an Friedrich Wilhelm IV. 7. Okt. 1856. Nach Poschinger a. a. O. III. 261 „ist der Wortlaut bisher nicht veröffentlicht". Er findet sich aber in der „Österreichischen Rundschau" und danach in Hiltys „Politischem Jahrbuch der Eidgenossenschaft" 1907. XXI. 388, 389.

[2]) S. zur Aufklärung und auch zur Korrektur Sybels nach Poschinger III. 291 A. von Ruville: Die Lösung der Neuenburger Frage (Beiträge zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Festschrift zu Schmollers 70. Geburtstag 1908, S. 342).

in Bern hatte sich nur auf eine wohlbegründete „Vermutung" seiner Regierung zu beziehen. Daran hatte er die Frage zu knüpfen, ob der Bundesrat diese Bedingungen für annehmbar halte, und ob er, falls der König daraufhin Frankreich und England vertraulich seinen Verzicht zusage, die unverweilte Freilassung der Gefangenen zugeben werde. Der wahre Sachverhalt war leicht zu durchschauen. Der Bundesrat erklärte sich nach Befragen der Regierung von Neuenburg und nach genauerer juristischer Auslegung der drei Punkte am 29. Oktober in zustimmender Weise. Indessen schwand die Aussicht sehr bald, auf diese Art zu einer Verständigung zu gelangen. In Berlin, wo man wieder alles Heil von Napoleons Einschreiten erwarten zu dürfen glaubte, hatte man die Bloomfield gemachten Eröffnungen schon bereut, und in Napoleons Kopf war ein neuer Plan aufgetaucht, demzufolge er allein zum Ziel zu kommen hoffte.

Napoleons Schreiben an Dufour 24. Okt.

Diesmal wandte er sich persönlich in einem Schreiben an seinen „alten Freund" und Lehrer, den ehrwürdigen General Dufour. Er stellte ihm vor, „nur Frankreich könne den Schlag, der die Schweiz bedrohe, abwenden". Er erklärte sich bereit, „durch seine Haltung Preußen an Truppensendung zu hindern" und verbürgte sich dafür, „die Angelegenheit Neuenburgs auf eine für die Schweiz vorteilhafte Weise beizulegen, wenn sie ihrerseits ein wenig guten Willen und Vertrauen in ihn zeige". Dufour sollte dem Bundesrat vertraulich mitteilen, daß er auf den Kaiser „rechnen könne", wenn er auf seine formelle Bitte hin, ohne vorheriges Verlangen einer Verpflichtung des Königs von Preußen, die Gefangenen frei lasse. „Sollte aber, drohte der kaiserliche Briefschreiber, die Schweiz meine Vorschläge zurückweisen und meine Ratschläge verschmähen, so werde ich mich mit der Frage nicht mehr beschäftigen und den Dingen ihren Lauf lassen." Zur Verstärkung dieser Drohung fügte er bei: „Ich werde dem Zusammenzug eines Heeres im Großherzogtum Baden kein Hindernis in den Weg legen. Antworten Sie schnell, denn die Zeit drängt." Stärker ließ sich der Anspruch eines selbstbewußten Protektors kaum ausdrücken. Die Schweiz sollte das Schicksal Neuenburgs schlechtweg in die Hände des Kaisers legen, ohne zu wissen, was er unter einer für sie „vorteilhaften" Lösung verstehe, und ohne irgend welche Sicherheit über die Zugeständnisse des Königs von Preußen zu besitzen.

Übler Eindruck in Bern.

Auf den Bundesrat machte das Schreiben Napoleons einen sehr üblen Eindruck. Indessen wollte er die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen, es unbeachtet zu lassen. Stämpfli faßte den von seinen Kollegen gutgeheißenen Plan, Dufour selbst mit einer vertraulichen Sendung nach Paris zu bevollmächtigen, um den Kaiser über die Sachlage aufzuklären. Zunächst erwiderte Dufour seinem ehemaligen Schüler, daß der Proceß seinen Lauf haben müsse, daß man aber nach dem Urteilsspruch,

Erwiderung Dufours 30. Okt.

wenn gleichzeitig der König von Preußen Verzicht leiste, Gnade üben könne. Seine Reise nach Paris wurde bis zum 10. November verzögert. Man wollte erst das Ergebnis der englischen Vorschläge in Berlin abwarten. Als ihre Ablehnung vorauszusehen war, wurde Dufour angewiesen, in Paris gegen eine Amnestirung der Gefangenen eine gleichzeitige auf bestimmten Grundlagen ruhende Verzichtserklärung des Königs von Preußen zu verlangen. Dieselbe müßte entweder officiell ausgesprochen oder durch England und Frankreich gemäß den jüngsten ihnen zugekommenen Mitteilungen verbürgt oder durch Versicherungen von analogem Wert garantirt werden.

Mission Dufours nach Paris 11. bis 22. November.

Dufour fand bei Napoleon die herzlichste Aufnahme. Der Kaiser bezeugte den lebhaftesten Wunsch, der Schweiz seine Hilfe zu leihen. Er beteuerte, nach der Freilassung der Gefangenen mit ihr zur Herbeiführung der Gegenleistung gemeinsame Sache machen zu wollen, und erklärte, der König von Preußen habe ihn für den Fall der Amnestiebewilligung „des Verzichtes auf seine Rechte versichert". Aber ob dieser Verzicht ein „vollständiger" sein werde, blieb ungewiß, und als eine feste Bürgschaft war die nur mündliche Erklärung des Kaisers nicht zu bewerten. „Wir bewegen uns, schrieb Dufour dem Bundespräsidenten Stämpfli, in einem fehlerhaften Kreise. Von der einen Seite will man eine vorgängige allgemeine Amnestie, um einem Verzicht auf Neuenburg zuzustimmen. Von der anderen will man die Garantie dieses Verzichtes, um die Amnestie zu bewilligen." Er sah in Übereinstimmung mit seinen Weisungen nur einen Ausweg: durch Frankreich und England gegen die Zusage einer Amnestirung der Gefangenen den Verzicht des Königs fordern zu lassen, und betonte, daß sich eine solche Gelegenheit vielleicht nie wieder biete, der Schweiz einen Gewinn zu verschaffen, den selbst ein glücklicher Krieg nicht verbürge[1]). Napoleon hatte, da sich inzwischen die Spannung wegen der Ausführung des Pariser Friedens mit England gelöst (s. o. S. 237), gegen ein Zusammengehen mit dieser Macht nichts einzuwenden und hatte dies durch Cowley, den englischen Botschafter, in London schon wissen lassen. Allein er wünschte noch immer, die Hauptrolle bei der Schlichtung des Streithandels zu spielen. Nach seinem Vorschlag, den Walewski am 14. November Cowley unterbreitete, sollten England und Frankreich in Bern die unverzügliche Freilassung der Gefangenen befürworten und es übernehmen, den Verzicht des Königs von Preußen zu erlangen. Aber Napoleon allein wollte sich vorbehalten, Dufour persönlich des Erfolges dieses Verlangens zu versichern. Diese Zumutung war für das englische Selbstgefühl zu stark. Dufour fand daher bei Cowley nicht

Napoleons Wunsch, die erste Rolle zu spielen.

[1]) Dufour an Stämpfli 15. Nov. 1856. E. Arch. Bern. — Die Berner Akten, die ich benutze, ergänzen Dufour: Campagne du Sonderbund et événements de 1856. Neuchâtel 1876.

das erhoffte Entgegenkommen. Clarendon erklärte, die englische Regierung könne, solange ihr nicht der Verzicht des Königs kundgethan sei, keine Verpflichtungen gegenüber dem Bundesrat auf sich nehmen. Auch dieser war durch den Vorschlag des Kaisers keineswegs befriedigt. „Bei Napoleon, schrieb Furrer dem Freunde Escher, ist es Sache der Eitelkeit und des Interesses, dem König von Preußen zu seinem Zweck, Befreiung der Gefangenen, zu verhelfen ... Wir unsrerseits können uns auf zweideutige diplomatische Versprechen nicht verlassen[1])."

Erweiterung der Instruktion Dufours.

Indessen glaubte der Bundesrat noch einen weiteren Schritt im Sinn der Nachgiebigkeit thun zu dürfen. Er wollte sich ja statt der verlangten Garantieen Frankreichs und Englands mit Zusicherungen von analogem Wert begnügen. Diese sollten nun darin bestehen, daß beide Mächte gemeinsam sich mindestens anheischig machten, auf eine Verzichtleistung des Königs von Preußen hinzuwirken. Falls der König starrsinnig bleibe, sollten England und Frankreich erklären, sich nicht weiter durch das Londoner Protokoll für gebunden zu erachten und einen Angriff Preußens gegen die Schweiz wegen der Ansprüche des Königs auf Neuenburg nicht zugeben zu wollen. In diesem Sinn ward Dufours Instruktion erweitert, wobei es ihm unbenommen blieb, ohne der Ehre und Würde der Schweiz etwas zu vergeben, irgend eine andere Form gutzuheißen. Allein auch dieser Versuch schlug fehl. Von Seite Englands blieb man dabei, da man die Absichten des Königs von Preußen nicht kenne, sich zu nichts anheischig machen zu können[2]). Walewskis letztes Wort aber war: Werden die Gefangenen freigelassen, so haben wir die moralische Gewißheit, in Berlin den Verzicht zu erreichen. Eine officielle an den Bundesrat gerichtete französische Note vom 26. November bewegte sich in demselben Gedankengang. Die Mission Dufours war gescheitert.

Scheitern seiner Mission. Französische Note vom 26. Nov.

Er sprach nach seiner Rückkehr dem Kaiser brieflich sein schmerzliches Bedauern darüber aus, wußte es aber vollkommen zu würdigen, daß der Bundesrat ohne genügende Bürgschaften sein Pfand nicht aus der Hand lassen wollte und Napoleons Forderung ablehnte[3]).

Beschluß des Bundestags 6. Nov.

Mittlerweile war in Frankfurt am Bundestag die von Preußen inscenirte Handlung vor sich gegangen. Indessen verlief sie nicht ganz so, wie Friedrich Wilhelm IV. es ersehnt hatte. Von den Mittelstaaten machten Sachsen und Baiern anfangs Weiterungen, und Östreich gewährte nach Bismarcks Urteil trotz schöner Worte Preußen thatsächlich nur eine „laue Unterstützung". Das Ergebnis der preußischen Begehren war die Annahme eines Beschlusses der Bundesversammlung, gemäß dem sie den

---

[1]) Furrer an Escher 22. Nov. 1856 s. Ziler: Bundesrat Furrer 1907, S. 147.

[2]) Bericht Persignys 22. Nov. 1856. Arch. Paris.

[3]) Dufour an Stämpfli 30. Nov. 1856. E. Arch. Bern. (S. Anhang. V.)

im Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 mit Bezug auf Neuenburg niedergelegten Grundsätzen zustimmte und die bei der Eidgenossenschaft diplomatisch vertretenen deutschen Regierungen ersuchte, namens des deutschen Bundes Preußens Forderung der Freilassung der Gefangenen nachdrücklich zu unterstützen. Am 18. November erfolgte in Bern die verabredete Erklärung. Der preußische Gesandte forderte die vorgängige und bedingungslose Freilassung der Gefangenen als Voraussetzung der Bereitwilligkeit des Königs, mit den übrigen Großmächten hinsichtlich der künftigen Lage Neuenburgs als Kanton der Schweiz in Unterhandlung zu treten. Der östreichische, bairische und badische Gesandte unterstützten diese Forderung im Namen des deutschen Bundes. Stämpfli gab am 21. November eine verneinende Erwiderung, bekundete aber zugleich die Bereitwilligkeit des Bundesrates, zur friedlichen Lösung des auf Neuenburg bezüglichen Streites in Unterhandlung zu treten. In der That ließ er bald danach durch Barmann in Paris bei Hatzfeld mit der Frage anklopfen, ob die Sendung eines schweizer Abgeordneten zum Zweck unmittelbarer Verhandlung, deren Endziel die Anerkennung der Unabhängigkeit Neuenburgs sein müsse, in Berlin genehm sein werde. Aber Hatzfeld weigerte sich, eine amtliche Mitteilung des eidgenössischen Gesandten entgegenzunehmen.

Forderung der Freilassung der Gefangenen in Bern 18. Nov.

Erwiderung des Bundesrats 21. Nov.

In der Seele Friedrich Wilhelms IV. kreuzten sich schwankende Beschlüsse. Er hatte noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben, auf friedlichem Weg, durch Vermittlung Napoleons die vorgängige Freilassung seiner gefangenen Getreuen zu erlangen und wandte sich um deswillen am 11. December in einem neuen Schreiben an den Kaiser[1]). Wäre dieser Punkt in einer seinen Rechten und seiner Würde angemessenen Weise erledigt, so erklärte er sich bereit, im Interesse des allgemeinen Friedens auf Wunsch der Mächte unter gewissen Vorbehalten das Opfer seiner Souveränität des Landes Neuenburg zu bringen. Als diese Vorbehalte nannte er, ähnlich wie Manteuffel früher gegenüber Bloomfield, jedoch mit einer bedeutenden Erweiterung, dauernde Bewahrung des fürstlichen Titels und der Domänen, Erhaltung der ehemaligen vier Bourgeoisieen[2]) und der mit ihnen zusammenhängenden Institute sowie anderer Wohlthätigkeitsstiftungen. Er wollte seine Zustimmung dazu erteilen, daß bis zur endgiltigen Lösung das Fürstentum dem Kaiser, sei es unmittelbar, sei es mittelbar, als dem Mandatar der übrigen Mächte, „in Depot" gegeben werde. Dies alles sollte dem Kaiser im strengsten

Vertrauliches Schreiben Friedrich Wilhelms IV. an Napoleon 11. Dec. 1856.

[1]) Ph. de Vargas irrt in der Angabe des Datums. Das Schreiben (nicht der Entwurf) datirt vom 11. Dec. 1856. Arch. Berlin.

[2]) S. über diese früheren vier politischen Verbände, deren bedeutendste die von Neuchâtel nach dem Testament David Purys über große Reichtümer verfügte, in Kürze Oechsli: Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert I. 70.

Gleichzeitige kriegerische Drohungen.

Geheimnis von ihm anvertraut sein. Gleichzeitig aber hielt er es für unumgänglich, der widerspänstigen Schweiz mit kriegerischen Drohungen zuzusetzen, die sich nach dem Wunsch mancher Mitglieder der Kreuzzeitungspartei unschwer zu kriegerischen Thaten zuspitzen konnten.

Thronrede 29. Nov.

Die Thronrede bei Eröffnung der Kammern am 29. November gab dem Vertrauen des Königs auf den Willen des Volkes Ausdruck, wenn die Umstände es erfordern würden, die Ehre der Krone mit gewohnter Kraft und Hingebung zu verteidigen.

Beschluß vom 2. Dec.

Bei einer Besprechung des von Paris herbeigerufenen Hatzfeld, Manteuffels, Balans und Bismarcks am 2. December einigte man sich darüber, daß der Augenblick eingetreten sei, zu Repressalien, nämlich zur Besetzung von schweizer Gebiet, zu schreiten. Man hatte dabei Schaffhausen, vielleicht auch Basel im Auge. Aus Napoleons Äußerungen, die sein an den König gerichtetes Schreiben vom 3. December zu bestätigen schien[1]), glaubte man schließen zu dürfen, daß er es zunächst geschehen lassen werde, wennschon er nicht unbedingt bindende Zusagen für alle Fälle zu geben geneigt sein möge. Unter allen Umständen aber rechnete man darauf, daß die preußischen Rüstungen ein ihm selbst willkommenes Unterhandlungsmittel der Schweiz gegenüber liefern würden. Als Tag der Mobilmachung eines großen Teiles des Heeres wurde der 2. Januar angenommen.

Ansetzung der Mobilmachung auf den 2. Januar 1857.

Eine an die preußischen Gesandten in Petersburg, Paris, Wien, London gerichtete Cirkularnote Manteuffels bereitete, ohne die Prüfung allfälliger Vorschläge der europäischen Mächte in gemeinsamen Beratungen von der Hand zu weisen, auf die Ergreifung militärischer Maßregeln vor. Der achtundzwanzigjährige Prinz Friedrich Karl entwarf schon einen wohldurchdachten Kriegsplan gegen die Schweiz: das erste Zeugnis seines frühreifen strategischen Urteils[2]). Am 16. December übersandte Sydow von Sigmaringen aus eine Note nach Bern des Inhalts, er habe Befehl, seine officiellen Beziehungen zu den eidgenössischen Behörden abzubrechen. Am 18. December erklärte Bismarck in der Bundesversammlung, nach dem sie die ablehnende Antwort des schweizer Bundesrates erhalten hatte, auftragsgemäß, dem König von Preußen bleibe nunmehr nichts übrig, als seinen gerechten Forderungen durch Aufbietung einer dem Zweck angemessenen Heeresmacht Nachdruck zu verleihen. Man vernahm, daß preußische Officiere sich nach Würtemberg und Baden begaben, um den Durchmarsch der Truppen vorzubereiten. Man ge-

Drohnote Sydows 16. Dec. 1856.

[1]) Napoleon III. an Friedrich Wilhelm IV. 3. Dec. 1856. Kgl. Hausarchiv Charlottenburg. (S. Anhang VI.)

[2]) Wolfgang Förster: Prinz Friedrich Karl von Preußen 1910 I. 366. Französische Zeitungen haben während des Weltkriegs diesen Jahrzehnte lang zurückliegenden Kriegsplan für ein aktuelles Aktenstück ausgegeben. S. Frankfurter Zeitung 1914, 17. Okt., Nr. 288, Abendblatt.

wärtigte, daß General von der Gröben den Oberbefehl des preußischen Heeres übernehmen werde. Die Gelegenheit, Preußen das während des Krimkriegs verlorene Ansehen wieder zu verschaffen und zugleich in der Schweiz der verhaßten Demokratie einen tödlichen Streich zu versetzen, erschien zu verlockend, als daß sie nicht in reaktionären Kreisen innerhalb und selbst außerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle freudig begrüßt worden wäre.

Rüstung der Schweiz zum Widerstand.

Angesichts des heraufziehenden Sturmes rüstete sich die Schweiz zum Widerstand. Dabei bot sie, dank der Energie, Raschheit und Einmütigkeit, mit der es geschah, ein erhebendes Schauspiel patriotischer Begeisterung. Der Bundesrat berief am 19. December eine Anzahl höherer Officiere, an der Spitze Dufour, unter dem Vorsitz des eidgenössischen Militärdirektors Frey-Herosé in Bern zu einem Kriegsrat. Am folgenden Tag beschloß er die Aufstellung von zwei Divisionen und lud die Kantone ein, alle übrigen Truppen, die zum Bundesauszug und zur Reserve gehörten, auf Picket zu stellen. Die Kantone, deutsche und welsche, wetteiferten mit einander an Opferwilligkeit. Alle Stände und Parteien, Radikale und Konservative, scharten sich um das eine gemeinsame eidgenössische Banner. Ergraute Männer und halbwüchsige Knaben drängten sich zu den Fahnen. Die studirende Jugend forderte die Bildung von Freikorps. Die Schweizer im Ausland eilten heimwärts, um am Kampf für das Vaterland teilzunehmen, und schossen bedeutende Summen als Liebesgaben zusammen. Hilfsvereine zur Unterstützung armer Familien von Wehrpflichtigen traten in Thätigkeit. Fabrikherren statteten ihre einberufenen Arbeiter nicht nur mit einem Handgeld aus, sondern zahlten ihnen oder ihren Angehörigen den Lohn weiter. Schulkinder sammelten Geld, Kleider, Wäsche. Frauen und Mädchen verfertigten Uniformen und zupften Charpie. Die ganze Schweiz vom Genfer See bis zum Bodensee, vom Jura bis in das fernste Alpenthal verwandelte sich in ein großes Kriegslager mit einem Heer Hilfsdienstwilliger als Rückhalt.

Allgemeine Opferwilligkeit.

Die Bundesversammlung.

In dieser Atmosphäre entschlossener Kampffreudigkeit vereinigte sich Ende December wieder die Bundesversammlung. Sie hörte die Botschaft des Bundesrates, die einen Rückblick auf den bisherigen Gang der Neuenburger Frage warf, und nahm einstimmig alle seine Anträge an. Sie gab ihm am 30. December Vollmacht, wie bisher jedes Mittel, das mit der Ehre und Würde der Schweiz verträglich sei, zu ergreifen, um die Anerkennung der Unabhängigkeit Neuenburgs von einem auswärtigen Verband herbeizuführen. Sie billigte die getroffenen militärischen Maßregeln. Sie bewilligte zu ihrer Vervollständigung einen unbeschränkten Kredit. Am Abend desselben Tages wählte sie Dufour zum General und Frey-Herosé zum Chef des Generalstabs. Dufour war voller Zuversicht. Er traf durch Aufgebot weiterer Truppen, Brückenschlagen, Anlage von Befestigungen

Annahme der Anträge des Bundesrates 30. Dec.

Wahl Dufours zum General.

bei Basel, Schaffhausen, Eglisau, Rheinfelden, Schutz der Häfen von Rorschach und Romanshorn, Bewaffnung der den Bodensee befahrenden Dampfschiffe alle nötigen Maßregeln der Verteidigung. Zugleich faßte er den kühnen Plan, sich nicht auf diese zu beschränken, sondern von Schaffhausen aus, um diesen seiner Lage jenseits des Rheins nach unhaltbaren Kanton zu retten, einen kräftigen Vorstoß ins Badische zu führen. Dabei konnte die preußenfeindliche Stimmung demokratisch gesinnter Einwohner Badens in Rechnung gezogen werden, die noch an den Erinnerungen von 1849 zehrten.

Sein Kriegsplan.

Die patriotische Aufwallung der Schweiz verfehlte ihre Wirkung nicht im Ausland. Schon die Aufbietung der ersten zwei Divisionen hatte die sämtlichen in Bern residirenden fremden Gesandten veranlaßt, auf Betreiben Fays, des Vertreters der Vereinigten Staaten, am 20. December dem Bundesrat den Eingang einer beruhigenden Kollektivnote in Aussicht zu stellen. Sie wollten durch dieselbe die bestimmte Zusicherung geben, daß, sobald die unmittelbare Niederschlagung des Processes der gefangenen Neuenburgischen Royalisten von den eidgenössischen Behörden kraft der Souveränität der Eidgenossenschaft ausgesprochen sei, ihre Regierungen alles Mögliche thun würden, um den König von Preußen zur Anerkennung völliger Unabhängigkeit Neuenburgs von jedem fremden Verband zu bewegen. Der Bundesrat erklärte sich bereit, darauf einzugehen. Er stellte nur die Bedingung, daß die in Haft befindlichen Angeklagten nach ihrer Freilassung bis zu einer endgiltigen Übereinkunft den Kanton Neuenburg räumten. Allein die beabsichtigte Kollektivnote kam nicht zustande, da mehrere Regierungen, wie vor allem die eigenwillige französische, die nachgesuchte Ermächtigung, ihr beizutreten, verweigerten.

Plan einer Kollektivnote der fremden Gesandten 20. Dec.

Ihre Vereitelung

Inzwischen wurde in Wien, Petersburg, London daran gearbeitet, den kriegerischen Zusammenstoß, der den allgemeinen Frieden Europas zu gefährden drohte, abzuwehren. Östreich, eifersüchtig auf jede Machtentfaltung Preußens und in Sorgen wegen Frankreichs Haltung, bemühte sich unter der Hand, wie Bismarck in Erfahrung brachte, die süddeutschen Kabinette zu bestimmen, den preußischen Truppen den Durchmarsch zu verweigern. Eine Depesche Buols vom 23. December suchte nachzuweisen, daß die Öffnung des Bundesgebietes für diesen Durchmarsch jedenfalls bei dem Bundestag beantragt werden müsse. Zugleich wurde, freilich fälschlicher Weise, die Ablehnung eines solchen Antrags vorausgesetzt, da die Neuenburger Frage vor Anwendung von Waffengewalt in europäischen Konferenzen zu verhandeln sei. Eine Mission Edwin von Manteuffels zum Kaiser Franz Josef hatte trotz der schönen Worte, die er zu hören bekam, nicht den erwarteten Erfolg, und Friedrich Wilhelm IV. war über die „Perfidie" und „Böswilligkeit" Östreichs tief empört. Gorčakov widerriet in Berlin militärisches Einschreiten und sprach gleich-

Bemühungen zur Erhaltung des Friedens Östreich

Rußland

falls den lebhaften Wunsch aus, daß der ganze Streithandel auf friedliche Weise geschlichtet werden möge. Clarendon warnte sehr ernstlich vor einer Verletzung der schweizer Neutralität, erinnerte an die Verpflichtungen, die Preußen durch das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 gegenüber den vier anderen Großmächten übernommen habe, und schlug in seinen „haarsträubenden Depeschen", wie Manteuffel sie nannte, die stärksten Töne an. So viel bewirkten die verschiedenen Abmahnungen, daß Friedrich Wilhelm IV., ohnehin für seine Person nicht rauflustig, den Termin der Mobilmachung bis zum 15. Januar verschob.

England.

Verschiebung der Mobilmachung.

Indessen kam auch jetzt das meiste auf Napoleons Verhalten an. Für ihn erwuchs aus der kriegerischen Wendung der Sache die größte Verlegenheit. Noch am 17. December hatte er im Moniteur der Schweiz einen scharfen Tadel wegen ihrer „bedauerlichen Halsstarrigkeit" und „ihrer vollständigen Gleichgiltigkeit" gegen Frankreichs Ratschläge zuteil werden lassen, zu der „die Mäßigung und höfliche Nachgiebigkeit" des Königs von Preußen in Gegensatz gestellt wurden. „Die Schweiz, schloß dieser Artikel, darf nicht erstaunt sein, wenn sie im Lauf der Ereignisse nicht das Wohlwollen mehr findet, dessen sie sich um den Preis eines kleinen Opfers leicht hätte versichern können." Die Drohung hatte nichts genützt, sondern nur geschadet. Persigny bemerkte in seinem Schriftwechsel mit Walewski vorwurfsvoll, daß Frankreich „das ungeheure Interesse" aufs Spiel setze, das es habe, „die Schweiz gegen jedermann zu verteidigen und für immer zur Freundin, zur Verbündeten, zum Satelliten zu haben"[1]). Auch Napoleon konnte sich der Richtigkeit einer solchen Betrachtung schwerlich verschließen. Dazu kam die begreifliche Scheu, vor seinem eigenen, des Friedens kaum froh gewordenen Lande und vor Europa die Verantwortlichkeit eines Krieges zu tragen, der aus dem winzigen Neuenburger Handel in einem noch unübersehbaren Umfang entbrennen konnte. Genug: er begann einzulenken. Er nahm den östreichischen Gedanken der Einberufung einer Konferenz zur Lösung der Neuenburgischen Frage auf und weigerte sich nicht, die Vermittlerrolle mit anderen zu teilen. Am 24. December hatte er über diesen Gegenstand eine zweistündige Unterhaltung mit Cowley. Sie endete mit dem Beschluß, eine Aufforderung Frankreichs und Englands an den Bundesrat zu richten, um Vorschläge für eine Konferenz zu machen. Bei der weiteren Verhandlung Cowleys und Walewskis ward verabredet, die Konferenz solle auf die Versicherung Preußens hin, daß der König auf seine Neuenburgischen Souveränitätsrechte verzichten wolle, die Freilassung der Gefangenen begehren. Noch aber war das Zustandekommen einer Konferenz und für diesen Fall die Wahl des Ortes ihrer Tagung nicht gesichert. Um keine

Frankreich.

Artikel des Moniteur vom 17. Dec.

Einlenken Napoleons.

Französisch-englischer Plan der Berufung einer Konferenz.

[1]) Persigny an Walewski 18. Dec. 1856. Arch. Paris.

Zeit zu verlieren und um sich die Vorhand zu wahren, forderte Napoleon am 27. December den schweizer Gesandten Barmann auf, persönlich in Bern mit dem Bundesrat Rücksprache zu nehmen und ihm dessen Vorschläge zur Lösung des Streites kund zu thun. Er fügte die Versicherung bei, daß danach Frankreich und England gemeinsam es sich angelegen sein lassen würden, eine für die Schweiz ehrenvolle Erledigung des Konfliktes herbeizuführen.

Barmanns Bericht in Bern.

Barmann machte sich sofort auf den Weg und erstattete dem Bundesrat Bericht. Der Bundesrat beschloß am 31. December, ihn mit genauen Instruktionen zurückzusenden, ihm aber in Anbetracht des Ernstes der Lage als außerordentlichen Gesandten für diese Specialmission Napoleons alten Bekannten, den Ständerat Kern, beizugeben, der sich vor Jahren um den damals in der Schweiz weilenden Prinzen so verdient gemacht hatte (s. V. 275). Die beiden Männern vorgeschriebenen Instruktionen wiesen sie an, als Preis für die Amnestirung und Freilassung der gefangenen Royalisten bestimmtere Zusicherungen bezüglich der Unabhängigkeit Neuenburgs zu fordern, als die französische Note vom 26. November enthalten hatte. Vor allem sei es wünschenswert, schon jetzt die Versicherung zu erhalten, daß der König von Preußen bereit sei, nach geschehener Amnestirung und Freilassung der Gefangenen auf Neuenburg zu verzichten oder wenigstens auf Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit Neuenburgs zu unterhandeln, und daß Frankreich verspreche, für das Zustandekommen einer Übereinkunft in diesem Sinn alle Anstrengungen zu machen. Die Einzelbestimmungen der Übereinkunft dürften nichts enthalten, was der vollständigen äußeren Unabhängigkeit und den verfassungsmäßigen Grundsätzen Neuenburgs und der Schweiz sowie der freien inneren Entwicklung überhaupt zuwider wäre. Die Freigelassenen hätten bis zur endgiltigen Regelung des Abkommens die Schweiz oder wenigstens den Kanton Neuenburg zu verlassen. Man müsse die Zusicherung empfangen, daß Preußen sich jeder weiteren militärischen Demonstration gegen die Schweiz enthalte und daß nach Freilassung der Gefangenen feindliche Maßregeln gegen die Schweiz nicht geduldet würden. Endlich sollte darauf hingewirkt werden, daß auch die englische Regierung alle diese Punkte unterschreibe und dieselben Zusicherungen wie Frankreich gegenüber der Schweiz erteile.

Instruktion für ihn und Kern.

Ihr Empfang durch Napoleon 3. Januar 1857.

Noch am Abend des gleichen Tages traten Barmann und Kern die Reise nach Paris an. Am 3. Januar 1857 wurden sie sehr freundlich vom Kaiser empfangen. Freilich verhehlte er ihnen nicht, daß es ihm unmöglich sei, schon zur Stunde die officielle Zusicherung des Verzichtes des Königs im Fall der Freilassung der Gefangenen zu geben, weil diese Zusicherung ihm unter der formellen Bedingung gemacht sei, daß er sie der Schweiz vor der Freilassung nicht mitteile. Er ging so weit, ihnen einige

der Hauptpunkte des letzten Briefes Friedrich Wilhelms IV. vorzulesen. Auf Kerns Bemerkung, eine Einmischung des Königs in die Gesetzgebung Neuenburgs bezüglich der Bourgeoisieen sei mit dem allfälligen Verzicht auf die Souveränitätsrechte im Widerspruch, erklärte er sich völlig mit ihm einverstanden. Er betonte, nach erfolgter Amnestirung werde er, wenn der König seinen Vorstellungen keine Rechnung trage, die Sache der Schweiz zur seinigen machen „und gerade so handeln, als ob er selbst die Eidgenossenschaft repräsentire". Dem Entschluß, nach der Amnestirung bis zum völligen Austrag der Sache die Amnestirten des Landes zu verweisen, konnte er seine Billigung nicht versagen. Ebenso billigte er den Wunsch, nach der Freilassung der Gefangenen die Konferenz zur endgiltigen Lösung der Frage baldmöglichst versammelt zu sehen. Er hielt es für selbstverständlich, daß Preußen nach Verkündigung der Amnestie jede feindliche Maßregel unterlasse. Am folgenden Tag war Kern in den Tuilerien zu Gast und erhielt nach Tisch im Arbeitskabinet des Kaisers aus dessen Mund weitere ihn befriedigende Aufschlüsse und Zusicherungen.

Französische Note vom 5. Januar.

Hienach kam am 5. Januar die zweite officielle französische Note zustande, die Walewski den beiden Schweizern zustellte. Sie ging über die des 26. November bedeutend hinaus. Die kaiserliche Regierung übernahm nunmehr die förmliche Verbindlichkeit, alle Anstrengungen zu machen, um nach der Freilassung der Gefangenen einen den Wünschen der Schweiz entsprechenden Ausgleich herbeizuführen, der ihr die gänzliche Unabhängigkeit Neuenburgs durch den Verzicht des Königs auf seine vertragsmäßigen Rechte zusichern würde. Zugleich erklärte sie sich mit einer vorübergehenden Entfernung der Angeklagten aus dem Gebiet der Schweiz einverstanden und gab ihre Überzeugung kund, daß Preußen durch keine militärische Demonstration irgend welchen Druck auf die Beratung der Bundesversammlung ausüben werde. Ein Anschluß der englischen Regierung an die Note der französischen war nicht zu erlangen. Verletzt durch das neuerliche einseitige Vorgehen Napoleons und durch die Fügsamkeit der schweizer Unterhändler beschränkte sie sich auf die Wiederholung der Erklärung, daß sie bei aller Bereitschaft, auf eine Lösung der Neuenburger Frage gemäß den Wünschen der Schweiz hinzuwirken, doch keine sichere Verbürgung des Erfolges solcher Schritte übernehmen könne.

Mündliche Berichterstattung Kerns.

Der mündliche Bericht Kerns als Ergänzung der Note Walewskis übte auf den Bundesrat einen entscheidenden Einfluß aus. Nach reiflicher Prüfung fand er die gegebenen Garantieen genügend. Es waren ihm außerdem aus verschiedenen Quellen vertrauenswürdige Nachrichten über Erwägungen des Königs von Preußen hinsichtlich einer allfälligen Verzichtleistung zugegangen, die er nicht gering anschlagen zu dürfen glaubte. Dahin gehörten Berichte des amerikanischen Gesandten Fay,

der in Berlin eine Audienz bei Friedrich Wilhelm IV. gehabt hatte, und Furrers, der in Karlsruhe mit dem für eine Versöhnung thätigen Herzog Ernst von Koburg zusammengetroffen war[1]). Endlich kam auch das Angebot guter Dienste Rußlands und Östreichs zu einer günstigen Lösung der Neuenburger Frage nach vorausgegangener Freilassung der Gefangenen in Betracht. Alles wohl erwogen schien diese nach dem neuen Stand der Dinge der Ehre der Schweiz nicht abträglich zu sein und die Erreichung des Hauptziels, die Unabhängigkeit Neuenburgs, in gewisse Aussicht zu stellen. Der Bundesrat berief daher die kaum auseinander gegangene Bundesversammlung aufs neue für den 14. Januar und beantragte ihr mittels einer ausführlichen Botschaft, in Ausübung der Souveränität der Eidgenossenschaft die Niederschlagung des Processes wegen des Septemberaufstandes und die Entfernung der Angeklagten aus dem Gebiet der Schweiz bis zu vollständiger Erledigung der Neuenburger Angelegenheit beschließen zu wollen.

Botschaft des Bundesrates und Berufung der Bundesversammlung.

In der Bundesversammlung kam eine starke Friedenspartei, geführt von den Zürichern Alfred Escher und Jakob Dubs den Anträgen des Bundesrates entgegen. Aber auch die Gegenpartei, an deren Spitze die Genfer Camperio und Fazy standen, war nicht zu verachten. Es bedurfte vertraulicher Mitteilungen Kerns über die Unterhaltungen mit Napoleon, um am 15. Januar im Nationalrat und am 16. Januar, einen Tag nach dem Ablauf des Termins der preußischen Mobilisirung, im Ständerat der Annahme der bundesrätlichen Anträge eine große Mehrheit zu sichern. In der Nacht vom 17. auf den 18. Januar wurden, um jedes unnötige Aufsehen zu vermeiden, die Neuenburgischen Gefangenen über die Grenze geführt. Bei ihrer Entfernung ward ihnen der Bundesbeschluß verlesen, die Strafe angezeigt, die sie bei seiner Übertretung zu gewärtigen haben würden, und eine unterschriftliche Bescheinigung abgefordert. So hatte man sich gegen eine willkürliche Rückkehr der Ausgewiesenen gesichert, die immer noch als ein gewisses Pfand betrachtet werden konnten. Im Schweizervolk fand der Beschluß der Bundesversammlung nach dem eben erlebten Aufschwung patriotischer Begeisterung nicht ungeteilten Beifall. Hie und da, wie in Genf und im Waadtland, wo man ihn als Zeichen der Schwäche auslegte, kam es zu tadelnden Kundgebungen. Aber General Dufour war wegen des Ausganges nicht verstimmt, und die Wehrmannschaft nahm den Tagesbefehl, durch den er sie entließ, mit voller Ruhe auf.

Die Parteien der Bundesversammlung.

Annahme der Anträge des Bundesrates 15./16. Jan.

Abführung der Gefangenen über die Grenze.

Inzwischen hatte Friedrich Wilhelm IV. schon am 5. Januar auf dem Umweg über Paris erfahren, daß die Freilassung der Gefangenen sicherem Vermuten nach bevorstehe. Noch fürchtete er, daß „der hinkende Bote

[1]) Isler: Furrer S. 152 ff. zur Ergänzung der Memoiren des Herzogs Ernst von Koburg.

nachkomme". Auch fiel es ihm doch schwer auf die Seele, nur der Gunst Napoleons, vor dem Leopold von Gerlach nicht müde wurde zu warnen, alles verdanken zu sollen. Während er den Kaiser nochmals versicherte, auf Verlangen der Mächte zu dem ihm bekannten Opfer bereit zu sein, wünschte er in letzter Stunde durch einen beinahe flehentlichen Brief an die Königin Viktoria noch zu erreichen, daß das „siegreiche Wort für die gute Sache heiligen Rechtes" von England ausgesprochen werde, damit es nicht heiße: „das ist Frankreichs Werk[1])."

Friedrich Wilhelms IV. vergebliches Schreiben an die Königin Viktoria 6. Januar 1857.

Diesem Wunsch blieb die Erfüllung versagt. Man hatte sich zu Gerlachs Kummer „Bonaparte, dem Einzigen, der die Hand bot, in die Arme geworfen" und hatte die Freilassung der Gefangenen in erster Linie seiner Vermittlung zu danken. Hienach unterblieb der Befehl der Mobilmachung und jede weitere militärische Maßregel. Die Frage eines Durchmarsches der preußischen Truppen durch Süddeutschland war gegenstandslos geworden. Auch benachrichtigte Manteuffel noch am 16. Januar die Vertreter Preußens in Paris, London, Wien, Petersburg davon, daß der König durch die Freilassung der Gefangenen die einzige Bedingung erfüllt sehe, von der er seine Teilnahme an Verhandlungen über die künftigen Verhältnisse des Fürstentums Neuenburg abhängig mache.

Zweite Mission Kerns nach Paris.

Man hätte denken sollen, daß nunmehr den in Vorschlag gebrachten Konferenzen kein Hindernis im Weg gestanden hätte. Ihr unverweilter Zusammentritt zum Zweck gütlicher Vermittlung war denn auch der dringende Wunsch des Bundesrates. Da ihm Barmanns diplomatische Fähigkeiten nicht genügten, übertrug er zu dessen Kummer dem in den Tuilerien viel besser gelittenen Kern zum zweiten Mal eine außerordentliche Gesandtschaft, um die Schweiz bei den zu eröffnenden Verhandlungen zu vertreten und gab ihm ausführliche Instruktionen mit auf den Weg. Kern erfuhr auf der Fahrt am 21. Januar von einem Mitreisenden, dem Frankfurter Banquier Emil Erlanger, Bismarck habe ihm in einer Gesellschaft unumwunden erklärt, er wisse, daß der König von Preußen nun auf seine Neuenburgischen Souveränitätsrechte verzichten werde. Der Kaiser ging mit Kern die ihm erteilten Instruktionen durch und äußerte sich im ganzen und großen zu seiner vollen Zufriedenheit[2]). Allein die Geduld Kerns, der außerdem unter Barmanns Empfindlichkeit zu leiden hatte, wie die Geduld seiner Auftraggeber, ward auf eine harte Probe gestellt. Die Zögerungen kamen von Berlin. König Friedrich Wilhelm IV. war aufs höchste dadurch erbittert, daß die Freilassung der Gefangenen keine bedingungslose gewesen, sondern daß sie ausgewiesen und zur

Zögerungen in Berlin.

[1]) Friedrich Wilhelm IV. an die Königin Viktoria Potsdam. Epiphania 1857. Abschrift. Kgl. Hausarchiv Charlottenburg. (S. Anhang VII.)

[2]) Berichte Kerns, Paris 22., 25. Januar 1857. E. Arch. Bern. — Die mir vorliegenden Berichte Kerns dienen als Ergänzung seiner „Politischen Erinnerungen" 1887.

Unterschrift eines Reverses mit Strafandrohung für den Fall ihrer vorzeitigen Rückkehr gezwungen worden seien. Er sah darin „einen neuen Friedensbruch“ und hatte nicht übel Lust, die Kriegsrüstungen wieder aufzunehmen. Vergeblich suchte ihn der sehr gut bei ihm angeschriebene, aus Schaffhausen stammende Professor Gelzer, der Kern versprochen hatte, durch eine Reise nach Berlin in versöhnlichem Sinn zu wirken, milder zu stimmen und den Bundesrat zu rechtfertigen. Der König forderte, ehe er sich auf irgend etwas weiteres einlassen wollte, Genugthuung für diese „Verhöhnung Preußens“[1]). Unter diesen Umständen war an eine vorgängige direkte Unterhandlung der Eidgenossenschaft mit der preußischen Regierung, die der Bundesrat auch wieder ins Auge gefaßt hatte, nicht zu denken.

Walewskis Einladung zu den Konferenzen 9. Febr.

Mittlerweile erließ Walewski, nachdem er sich mit Cowley über ein gemeinsames, den eidgenössischen Wünschen entsprechendes Programm verständigt hatte, am 9. Februar an England, Rußland, Östreich, Preußen die Einladung, ihre Vertreter in Paris, das endgiltig als Sitz der Konferenz in Aussicht genommen wurde, zur Teilnahme an Beratungen über die Angelegenheit Neuenburgs zu bevollmächtigen. Diese Einladung konnte in Berlin nicht unbeachtet gelassen werden. Manteuffel brachte, wennschon nicht ohne Mühe, den König zum Entschluß der Annahme. Auch einsichtsvolle in Berlin weilende Neuenburgische Royalisten, wie Rougemont und Pury, hatten sie dringend empfohlen. Allein der König wollte sich bei der Einwilligung in die Beschickung der Konferenz eine Hinterthüre offen halten. Vorübergehend war früher schon, anscheinend zuerst in Gerlachs Kopf, der Gedanke aufgetaucht, die Konferenz zu benutzen, um als Preis für den Verzicht auf die Souveränität in Neuenburg „die Restauration“ in der Schweiz zu verlangen. Die Schweiz, „welche bisher der Herd der europäischen Revolution gewesen“, sollte „endlich in einen mit der Ruhe von Europa verträglichen Zustand“ gebracht werden. Dazu sollten gehören Amnestie für die politisch Verfolgten, Gewährleistung der Rechte der evangelischen und römischen Kirche, befriedigende Erklärungen über Asylrecht, Sicherung der Kantonalrechte gegen die Bundesgewalt, Schutz gegen Mißbrauch der Preßfreiheit. Der König belobte diesen Gedanken und wünschte ein vorheriges Einverständnis „mit den beiden mächtigen Nachbarstaaten, Frankreich und Östreich“. Manteuffel schenkte dem Plan seinen Beifall, klopfte bei Buol an und fand bei ihm verständnisvolles Entgegenkommen[2]). Indessen hatte man

Annahme Preußens 16. Febr.

Hintergedanken Friedrich Wilhelms IV.

[1]) Gelzer an Kern. Berlin 1. Febr. (Beilage zu Kerns Bericht 5. Febr.) Kern an Gelzer, Kopie 3. Febr., 24. Febr. 1857. E. Arch. Bern. Vgl. Poschinger a. a. O. III. 302, Leopold von Gerlach II. 475, 477. — Friedrich Curtius: Heinrich Gelzer 1892.

[2]) Leopold von Gerlach II. 480, 488, 489. Poschinger a. a. O. III. 301, 306, 308, 312 ff., 319.

sich bald davon zu überzeugen, daß, zu schweigen von Englands sicher zu erwartendem Widerstand, Frankreich für ein solches „Arrangement" nicht zu haben sein werde. So blieb denn nur übrig, was gleichfalls von Leopold von Gerlach, nach Anregung seines Bruders Ludwig, empfohlen und vom König gutgeheißen war: auf den Konferenzen „wegen Erhaltung von Neuenburger Rechtsverhältnissen so viel Bedingungen zu stellen, daß die Erfüllung derselben der Schweiz unmöglich gemacht würde"[1]). Eine zeitlang schien es, als werde Rußland die Teilnahme an den Konferenzen weigern und sie dadurch vereiteln. Wenigstens verschanzte sich Kiselev hinter dem Mangel an Instruktionen. Endlich ward auch dies Hindernis behoben, und die Konferenzen konnten beginnen.

Beginn der Konferenzen in Paris 5. März.

An ihrer ersten Sitzung am 5. März beteiligten sich unter Walewskis Präsidium nur Cowley, Hübner und Kiselev. Sie unterzeichneten nach kurzer Beratung ein Protokoll, in dem das Verhältnis Neuenburgs zur Krone Preußen für eine beständige Gefährdung des Friedens Europas erklärt und als einziges Mittel einer befriedigenden Lösung angegeben wurde, daß der König von Preußen im Interesse Europas und der Ruhe Neuenburgs auf die durch die Verträge hinsichtlich des Fürstentums ihm zugesicherten Rechte verzichte. In der zweiten Sitzung am 7. März wurde Hatzfeld zugelassen, um das vereinbarte Protokoll kennen zu lernen. Er nahm es zur Berichterstattung an seine Regierung entgegen und suchte sich gegen die Anmutung einer baldigen Erwiderung zu verwahren. In der That trat eine zwei- und einhalbwöchentliche Pause der Sitzungen ein, während deren in Berlin die Bedingungen eines Verzichtes auf Neuenburg formulirt wurden. Von den früher erhobenen Forderungen kam allerdings die der Erhaltung der Domänen und der Bourgeoisieen in Wegfall. Dafür enthielt die Liste aber eine ganze Reihe neuer Begehren. So sollte die Eidgenossenschaft alle aus den Septemberereignissen erwachsenen Kosten übernehmen und dem König eine Entschädigung von zwei Millionen Francs zahlen. Eine volle Amnestie für alle politischen und Preßvergehen sollte sich auch auf die Zeit vor dem 3. September erstrecken. Die 1848 mit dem Staatsgut verschmolzenen Kirchengüter sollten ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben werden. Verhandlungen über eine Revision der Verfassung Neuenburgs, wobei an eine Konstituante gedacht war, sollten mindestens um ein halbes Jahr verschoben und im Lande wohnende Schweizerbürger anderer Kantone, entgegen den Bestimmungen der Bundesverfassung, von diesen Verhandlungen ausgeschlossen bleiben. Zur Unterstützung Hatzfelds wurde Rougemont nach Paris entsandt. Am 24. März bei Wiederaufnahme der Konferenzen konnte Hatzfeld die erhaltenen Weisungen mitteilen. Am folgenden

Unterbrechung und Formulirung der Bedingungen des Verzichtes in Berlin.

Wiederaufnahme der Konferenzen 21. März.

[1]) Leopold von Gerlach II. 464.

Tag ward auch Kern zugelassen, der inzwischen nicht müßig gewesen war, beim Kaiser, Walewski und Cowley im Interesse seines Vaterlandes zu arbeiten. Im strengsten Geheimnis übersandte er die ihm mitgeteilten Bedingungen des Königs nach Bern, ohne die Hoffnung auf eine rasche Beendigung der Angelegenheit zu hegen[1]).

Gegenvorschläge des Bundesrates. 28. März.

Der Bundesrat war bereit, die Übernahme eines Teiles der Kosten, die Bewilligung einer umfassenden Amnestie, eine Verbürgung des Fortbestandes der Wohlthätigkeitsanstalten und frommen Stiftungen innerhalb gewisser Grenzen zuzusagen. Dagegen widersetzte er sich der Gewährung von zwei Millionen Francs als Ablösung der bisherigen jährlichen Civilliste von 100 000 Francs, der Rückgabe der Kirchengüter, der vertraglichen Bewilligung einer Fortführung des Fürstentitels, den der König rein nach eigenem Belieben, aber ohne Ableitung irgend welcher Rechtsansprüche, sich zulegen möge, einer Einmischung in die inneren Verfassungsangelegenheiten der Schweiz und Neuenburgs. Vornehmlich um diese vier Punkte drehten sich die Verhandlungen in den weiteren Konferenzen. Kern verteidigte mit Geschick und Zähigkeit Schritt für Schritt die Gegenvorschläge des Bundesrates und fand besonders an Cowley eine Stütze. Doch stieß er namentlich bezüglich der Titel- und Entschädigungsfrage auf nachhaltigen Widerstand. Die Bevollmächtigten Östreichs, Frankreichs, Englands, Rußlands sprachen sich in der fünften Sitzung zu Gunsten des Wunsches des Königs aus, den Titel Fürst von Neuenburg und Graf von Valengin weiter zu führen und wollten ihm eine Geldentschädigung zugebilligt wissen. Da eine Verständigung zwischen der Schweiz und dem König unmöglich schien, so arbeiteten die Vertreter der vier übrigen Großmächte ihrerseits einen Vertragsentwurf aus, der am 20. April Hatzfeld und Kern vorgelegt wurde. Es sollte ihr letztes Wort an die streitenden Parteien sein.

Vertragsentwurf der vier Großmächte 20. April.

Der erste Artikel des Vertragsentwurfes enthielt den dauernden Verzicht des Königs und seiner Nachfolger auf die durch die Wiener Kongreßakte ihm zugesicherten Souveränitätsrechte. Seines fürstlichen und gräflichen Titels wurde im Text des Entwurfes nicht gedacht. Die von ihm geforderte Entschädigungssumme ward auf eine Million Francs ermäßigt. Die übrigen Verpflichtungen der Schweiz betrafen, zum Schutz der Neuenburgischen Royalisten, die Kosten der Septemberereignisse und die Verkündung vollständiger Amnestie, die Verwendung der 1848 eingezogenen Kirchengüter für ihren ursprünglichen Zweck sowie die Achtung von Kapitalien und Einkünften frommer Stiftungen und gemeinnütziger Vergabungen gemäß den Absichten der Stifter. Bismarck, der damals in amtlichem Auftrag, um wegen

[1]) Kerns Berichte 10., 12., 13., 14., 18., 23., 26. Febr., 3., 9., 14., 22., 25., 26., 27. März 1857. E. Arch. Bern.

der dänischen und holsteinschen Frage das Terrain zu sondiren, nach Paris gereist war, erfuhr, daß auch bei dem Zustandekommen des Vertragsentwurfs Cowley gemäß seinen Instruktionen der Schweiz am meisten nachgegeben und bei Buol die nächste Unterstützung gefunden habe, während Walewski bei jedem Punkt den Versuch gemacht, dem englischen Widerspruch Terrain abzugewinnen, sein Verhalten aber dem Bedürfnis untergeordnet habe, die Beziehungen Frankreichs zu England nicht zu kompromittiren. Übrigens riet Bismarck in Berlin dringend einfache Annahme des Vertrags an. Denn die Schweiz habe in den Neuenburger Verbannten „eine Art von Geisel" in Händen, eine Weigerung werde die vier Mächte verstimmen, und, falls die Eidgenossenschaft den Vertrag annehme, sie solidarisch mit dieser gegen Preußen verbinden [1]). Bismarcks Rat der Annahme.

Er hatte richtig vorausgesehen, daß der Bundesrat nicht zögern werde, die dargebotene Hand zu ergreifen. Kern begab sich nach Bern, um in einem mündlichen Bericht nachdrücklich die Annahme des Vertrags zu empfehlen, „da die politischen Verhältnisse Europas wohl nicht leicht wieder so günstig für die Schweiz sich stellen dürften" [2]). Der Bundesrat pflichtete nach Gutheißung des Vertrags durch zwei nach Bern berufene Staatsräte Neuenburgs Kerns Meinung bei und sandte ihn mit der Ermächtigung der Unterzeichnung, unter Vorbehalt der Ratifikation, nach Paris zurück. Wieder aber ergaben sich Zögerungen in Berlin. Der König wollte zwar auf die ermäßigte Zahlung der Schweiz verzichten, da es ihm nicht auf das Geld, sondern auf eine letzte Anerkennung seines Rechtes ankomme, bestand aber auf Berufung einer Konstituante in Neuenburg mit Ausschluß der Kantonsfremden. Manteuffel wie Hatzfeld, die einsahen, daß von den Mächten nichts weiter zu erlangen sei, waren von der Halsstarrigkeit ihres Herrn wenig erbaut. Napoleons Vetter, Prinz Jérôme, der anfangs Mai zum Besuch am Berliner Hof erschien, überbrachte dem König einen Brief des Kaisers, in dem dieser der Hoffnung auf Erhaltung ihrer Freundschaft wie auf festes Zusammengehen in allen europäischen Angelegenheiten, zugleich aber auch der Erwartung einer Annahme des Vertrags Ausdruck gab. Da endlich fügte sich Friedrich Wilhelm IV. schweren Herzens in das Unvermeidliche [3]). Er antwortete Napoleon, daß er Geld von den Schweizern gar nicht haben wolle, im übrigen aber dem Vertragsentwurf beitrete. Am 17. Mai wurde Hatzfeld die Vollmacht der Unterzeichnung übersandt. Am 26. Mai in der letzten Annahme durch den Bundesrat 29. April. Halsstarrigkeit Friedrich Wilhelms IV. Seine Unterwerfung.

[1]) Zur Korrektur der Auffassung und der späteren Angaben Bismarcks s. Paul Schweizer a. a. O. S. 853.

[2]) Protokoll der Sitzung des Bundesrats 24. April 1857 (Beilage Kerns Vortrag, dazu seine vorausgehenden und nachfolgenden Berichte). E. Arch. Bern.

[3]) Napoleon III. an Friedrich Wilhelm IV. 6. Mai 1857. Kgl. Hausarchiv Charlottenburg.

Unterzeichnung des Vertrags 26. Mai.

Konferenzsitzung konnte der Vertrag unterzeichnet werden. Von dem Entwurf unterschied er sich nur durch Weglassung des auf die Geldentschädigung bezüglichen Artikels. Hatzfeld gab, dem Willen des Königs gemäß, zu Protokoll, da die Vertreter der vier Mächte in der fünften Konferenzsitzung dem Grundsatz der Erhaltung des Titels beigestimmt hätten, halte Seine Majestät es nicht für nötig, auf diesen Punkt zurückzukommen. So bedeutungslos diese Erklärung auch war, ließ doch Kern, um nichts zu versäumen, seinerseits die Gegenerklärung in das Protokoll aufnehmen, daß aus der Fortführung des Titels kein Recht irgend welcher Art gegenüber der Schweiz oder dem Kanton Neuenburg abgeleitet werden könne. Am 16. Juni, nach beinahe einstimmiger Genehmigung des Vertrags durch den Nationalrat und Ständerat, fand die Auswechslung der Ratifikationen statt. Am folgenden Tag erließ der Staatsrat von Neuenburg ein Amnestiedekret, das allen Royalisten die Rückkehr und die Wiedereinsetzung in ihre bürgerlichen Rechte sicherte. Am 19. Juni ließ der König von Preußen seinen Verzicht amtlich veröffentlichen und entband die Bürger des Kantons Neuenburg feierlich von dem ihm geleisteten Eide.

Austausch der Ratifikationen 16. Juni.

Veröffentlichung des Verzichtes des Königs 19. Juni.

So endete diese Angelegenheit, welche die europäischen Großmächte in Mitleidenschaft gezogen und zeitweise gedroht hatte, eine kriegerische Wendung zu nehmen. Hatte der König Friedrich Wilhelm IV. persönlich eine schwere Niederlage erlitten, so war die Aufgabe der Souveränität über Neuenburg, „einer Enklave, die in keiner Hinsicht nutzte, sondern nur stete Verlegenheiten bereitete", wie königstreue Männer einsahen[1]), für Preußen doch ein Gewinn. Die Schweiz aber ging mit größtem Vorteil und mit höchsten Ehren aus dem ihr aufgedrungenen Kampf hervor. Von den Großmächten als gleichberechtigter Staat anerkannt, hatte sie für geringfügige Zugeständnisse ihre Hauptforderungen durchgesetzt. Ihre mutige Haltung hatte ihr Ansehen nach außen befestigt. Der umgestaltete Bund hatte die Feuerprobe glänzend bestanden. Mit berechtigtem Stolz durfte Gottfried Keller 1858 in seinem Eröffnungslied zum eidgenössischen Sängerfest rühmen:

Gewinn der Schweiz.

Die grauen Adler schrien wild
Seit wir zuletzt gesungen,
Da ist der Freiheit Silberschild
Gar hell und rein erklungen.

Enttäuschungen Friedrich Wilhelms IV.

Die Neuenburger Angelegenheit hatte das Gemüt König Friedrich Wilhelms IV. aufs tiefste ergriffen. Aber sie war es nicht allein, die ihn während der letzten Jahre seiner Regierung in Erregung setzte und sein

[1]) S. A. von Natzmer: Denkwürdigkeiten IV. 216.

Nervensystem erschütterte. Er konnte das Gefühl der Enttäuschung wegen der Zertrümmerung politischer wie kirchlicher Ideale nicht los werden und hatte das Schauspiel der Zersetzung und der Spaltungen innerhalb des Kreises seiner nächsten Umgebung und der höchstgestellten Beamten vor Augen. Auch der Welt blieben diese „faulen Zustände und Verhältnisse", wie das Haupt der Kamarilla selbst, Leopold von Gerlach, sich einmal in seinem Tagebuch ausdrückte, nicht verborgen. Ein unvergeßliches Beispiel der in den obersten Regionen herrschenden Anarchie hatte schon jener in Gerlachs Wohnung verübte Depeschendiebstahl (s. o. S. 120) geboten. In einem sich daran schließenden Proceß gegen den berüchtigten früheren Zuchthäusler und Litteraten Lindenberg, den der König begnadigte, kam es zu Tage, daß der Thronfolger, der Prinz von Preußen, von der ihm mißtrauenden Kamarilla sorgfältig überwacht wurde. Noch größeres Aufsehen machte das tragische Ende Hinckeldeys, des der Kamarilla und dem Junkertum verhaßten Generalpolizeidirektors, der am 10. März 1856 von dem Herrenhausmitglied und Gardelieutenant Hans von Rochow-Plessow im Duell erschossen wurde. Das Duell war die Folge eines Konfliktes Hinckeldeys mit dem adligen Jockeyklub, gegen dessen Spielhölle er auf Befehl des Königs eingeschritten war. Die Stadt Berlin, die seiner Verwaltung trotz aller seiner Gewaltsamkeiten sehr viel verdankte, feierte das Andenken des uneigennützigen Beamten wie das eines Märtyrers, während das Herrenhaus dem verhafteten Rochow eine Art Ehrenerklärung zuteil werden ließ. Der König aber, der den Zweikampf zu hindern fähig und verpflichtet gewesen wäre[1]), zerfloß am Sarge seines Günstlings in Thränen. Die folgenden Wochen verbrachte er in großer Aufregung. Am 16. Mai wurde zum ersten Mal eine vorübergehende „Geistesschwäche" bei ihm wahrgenommen. Die Königin vertraute dem Hofmarschall und Hausminister Massow weinend ihre schweren Besorgnisse wegen seiner Gesundheit. Rascher Wechsel der extremsten Stimmungen, häufige Zerstreutheit, plötzliches Versagen des Gedächtnisses kündigten die sich entwickelnde Gehirnerweichung an.

Proceß Lindenberg.

Tod Hinckeldeys im Zweikampf 10. März 1856.

Geistesschwäche des Königs.

Nicht zum wenigsten trugen Kummer und Groll wegen der Wandlung der politischen Beziehungen Preußens und Östreichs zu der Reizbarkeit des Königs bei. Ein dauerndes enges Einvernehmen mit dem östreichischen Kaiserstaat wäre ihm nicht nur politisches Bedürfnis sondern Herzenssache gewesen. Aber er hatte schon wiederholt erleben müssen, daß die Fügsamkeit Preußens gegenüber der Donaumonarchie in Wien mit Undank gelohnt wurde. Während des Krimkriegs hatte er in dieser

Sein Kummer wegen des Verhaltens Östreichs.

[1]) S. Näheres bei H. von Petersdorff: Friedrich Wilhelm IV. 1900, S. 219 nach dem Brief des Königs an Westphalen (Histor. Zeitschrift LXXXVII. 466—468). Vgl. Th. von Bernhardi: Tagebücher II. 162 ff. Marie von Bunsen: Georg von Bunsen S. 162 ff.

Hinsicht schmerzliche Erfahrungen gemacht. Die „Perfidie", die seinem Ausdruck nach Österreich bei der Neuenburger Angelegenheit bewiesen hatte, kränkte ihn aufs tiefste. Auf dem Bundestag mußte er häufige Reibungen Österreichs und Preußens wahrnehmen, die sich eben damals in der Frage des Rechtes der Besatzung der Bundesfestung Rastatt zu einem erbitterten Streithandel zuzuspitzen drohten. Je unerquicklicher sich sein Verhältnis zu den Machthabern in Wien gestaltete, desto freundlicher schien seine Stellung zu dem Herrscher an der Seine zu werden. Sein Briefwechsel mit Napoleon hatte in jüngster Zeit einen immer wärmeren Ton angenommen. Um sich der Beihilfe Napoleons zur Befreiung der Neuenburger Getreuen zu versichern, hatte er seinen Widerwillen gegen den revolutionären Emporkömmling bekämpft und seine Sorgen vor bonapartistischen Eroberungsplänen schlummern lassen. Seinerseits hatte Napoleon nichts versäumt, den Gefühlen des Königs zu schmeicheln und die Pflege vertrauter Beziehungen Frankreichs und Preußens zu fördern. Hier setzten nun die Ideen des größten staatsmännischen Genies ein, über dessen Dienste Friedrich Wilhelm IV. gebot, dem aber erst die Zukunft erlaubte, die in ihm schlummernden Gedanken zur That werden zu lassen.

Sein Verhältnis zu Napoleon III.

Bismarck hatte keineswegs als grundsätzlicher Gegner Österreichs seinen Posten in Frankfurt angetreten. Er war im Gegenteil bereit gewesen, Hand in Hand mit Österreich zu gehen, aber unter der Voraussetzung, daß in den Angelegenheiten Deutschlands Preußen von Österreich als gleichberechtigte Macht betrachtet werde. Es hatte nicht lange gewährt, so hatte er sich von der Irrtümlichkeit dieser Annahme überzeugen müssen. Dies war zunächst der Grund persönlicher Zusammenstöße mit seinen österreichischen Kollegen gewesen: zuerst mit dem Präsidialgesandten Thun, dem er immerhin noch freundschaftliche Gesinnungen bewahrte, dann mit Thuns Nachfolger, Prokesch-Osten, den er mit feindlichen Augen betrachtete, und dem er daher nicht selten Unrecht that.[1]) Wichtiger waren die sachlichen Gegensätze, bei deren Verschärfung der alte Genosse der Gerlachs sich immer entschiedener aus den Banden der romantisch-legitimistischen Parteilehre befreite und von der westeuropäischen Politik aus als rücksichtsloser Realist den künftigen Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland ins Auge faßte. Dies hatte wesentlich seine Haltung während der Vorgeschichte und während des Verlaufes des Krimkriegs bestimmt. Die Bewahrung der preußisch-russischen Freundschaft war ihm vor allem unter dem Gesichtswinkel einer Rückendeckung Preußens bei einer späteren Abrechnung mit Österreich erschienen. Auch hegte er damals schon die Idee, daß sich möglicher Weise nach wiederhergestelltem Frieden Frankreich und Rußland die Hand reichen könnten, und daß

Gedankengang Bismarcks.

[1]) Schiemann: Bismarck und Prokesch-Osten. Eine Ehrenrettung (Grenzboten 1914 LXXIII. Nr. 13 ff.).

ein Beitritt Preußens zu diesem Bund seinem Staat greifbare Vorteile bieten möge[1]). Dies war es ohne Zweifel, was, wennschon nur vorsichtig angedeutet, ihm im Frühling 1854 aus dem Munde des Prinzen von Preußen den Tadel zugezogen hatte, er treibe „die Politik eines Gymnasiasten" (s. o. S. 66).

Inzwischen hatte seine Voraussicht sich teilweise bewahrheitet. Napoleon war offenbar bemüht, ohne deshalb die Allianz mit England preiszugeben, sich Rußland anzunähern und fand auf russischer Seite Gegenliebe. Gleichzeitig aber war seine Werbung um die Gunst Preußens unverkennbar. Bei seinem Frühlingsaufenthalt in Paris wurde Bismarck von ihm auffallend ausgezeichnet. Im vertrautesten Gespräch verwahrte der Kaiser sich ihm gegenüber wider die Beschuldigung, nach der Rheingrenze zu streben und wollte selbst über eine kleine Grenzberichtigung, die er vielleicht zur Befriedigung des Nationalstolzes verlangen müsse, mit sich reden lassen. Er verwies, falls er je wieder eines Krieges bedürfen sollte, auf Italien und wollte in einem dortigen Kampf gegen Östreich der Neutralität Preußens versichert sein. Überhaupt aber erklärte er, daß Preußen und Frankreich aufeinander angewiesen seien. Er anerkannte, wie früher schon öfter, daß es für Preußen wünschenswert sei, sich in Norddeutschland, etwa durch Erwerbung Hannovers und Schleswig-Holsteins, zu vergrößern. Hiefür sei eine Verstärkung der preußischen Flotte nötig, die auch im Interesse Frankreichs liege. Denn es fehle an Seemächten zweiten Ranges, die in Verbindung mit der französischen Marine das Übergewicht Englands aufheben könnten.

Seine Unterhaltungen mit Napoleon im Frühling 1857.

Bismarck mußte diese Herzensergießungen großenteils in Harmonie mit seinen eigenen Ansichten finden, hielt sie aber vorläufig noch geheim. Indessen unterließ er es nicht, nach Frankfurt zurückgekehrt, seinem Vorgesetzten, dem Minister Manteuffel, einzuprägen, daß der Kaiser den höchsten Wert darauf lege, mit Preußen gut zu stehen. Zugleich befürwortete er den leicht erratenen Wunsch Napoleons, durch einen Besuch des Königs in dessen Landen das Streben zu bezeugen, mit Preußen „intimer zu werden und zu scheinen", und gab zu verstehen, daß er selbst sich von dem bloßen Schein „erhebliche Vorteile" für Preußen verspreche. Er suchte seine Gesamtauffassung in meisterhaften, Geschichte und Politik miteinander verknüpfenden, Denkschriften zu rechtfertigen, deren Quintessenz war, daß „die nordische Allianz von vor 1848", Rußland, Östreich, Preußen, aufgelöst sei, und daß man bei der Anbahnung neuer Bündnisse sich nicht durch den Popanz schrecken lassen dürfe, „ein Kompromiß mit der Revolution" einzugehen. In demselben Sinn waren die Briefe gehalten, die er an Leopold von Gerlach richtete. Er verwahrte sich gegen

Seine Ratschläge für Manteuffel.

[1]) S. die o. S. 97 angeführte Abhandlung Schiemanns und die Bezugnahme auf den Bericht Glinkas vom 5. Okt. 1854 in Martens: Recueil VIII. 444.

den Vorwurf, „einem vereinzelten Mann das Princip zu opfern“ und tadelte seinerseits, daß der alte Kampfgefährte „in der äußeren Politik die Realitäten ignorire“. Nicht „aus stagnirenden Antipathieen“ wollte er den Maßstab für sein Verhalten gegen fremde Regierungen entnehmen, sondern einzig „aus der Schädlichkeit oder Nützlichkeit für Preußen“, die er ihnen beilege. Sein Bekenntnis war: „Sympathieen und Antipathieen in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienst meines Landes nicht zu rechtfertigen“.

Sein Bruch mit Gerlach.

Gerlach war für die Belehrungen des der Schule entwachsenen Zöglings völlig unempfänglich. Er sah in ihm einen „Abgefallenen“ und verglich die von ihm empfohlene Politik mit der Haugwitzschen zur Zeit Napoleons I. Auch die vertraulichen Äußerungen des Kaisers Napoleon erschienen ihm, als er sie aus Bismarcks Mund erfuhr, nur wie leeres „Geschwätz“. Dagegen auf den Ministerpräsidenten, ebenso auf seinen Vetter Edwin, machten Bismarcks Worte vorübergehend einigen Eindruck. Sogar der König hatte Augenblicke, in denen er, durch Österreich gekränkt, zu Gerlachs Entsetzen, die kühnen Ratschläge seines Bundestagsgesandten als Notwendigkeit zur Erhaltung Preußens würdigte. Einer Zusammenkunft mit Napoleon, die auch dessen Vetter bei seinem Aufenthalt in Berlin warm empfohlen hatte, wäre es auch nur an der Grenze, war er gar nicht abgeneigt. Indessen es kam nicht dazu. Vielmehr gedachte der König, durch persönliche Aussprache mit dem Kaiser Franz Josef noch einen Versuch zu freundschaftlicher Ausgleichung der preußisch-österreichischen Mißhelligkeiten zu machen. Er reiste im Juni nach Marienbad, wo er die Badekur gebrauchte, und begab sich von da nach Wien.

Reise Friedrich Wilhelms IV. nach Marienbad und Wien.

Die Aufregungen des dortigen Aufenthaltes, der ihn enttäuschte, und die drückende Hitze bei der Rückfahrt griffen ihn außerordentlich an. In Pillnitz erlitt er im Juli einen leichten Schlaganfall. Er erholte sich wieder, nahm in Sanssouci das gewohnte Leben auf, stellte sich sogar im September zu den großen Manövern bei Halle ein. Aber dem Herzog von Koburg, der an ihnen teilnahm, erschien er in erschreckender Weise verändert. Eines Tages vom Gefechtsfeld zurückreitend brach er, nach Atem ringend, mit Thränen in den Augen in die dem Herzog unvergeßlichen Worte aus: „Ich bin sehr krank, viel kränker, als man glaubt; Sie werden mich wohl nie wieder sehen, vergessen Sie mich nicht.“ Seine Umgebung bemühte sich, den Ernst seines Zustandes zu verbergen und ihn möglichst von jeder Berührung mit der Außenwelt abzuschließen. Da traf ihn am 6. Oktober in Sanssouci ein neuer Schlaganfall, schlimmer als der in Pillnitz. Sein Zustand schien sich, auf- und abschwankend, dann und wann etwas zu bessern. Aber die Ärzte konnten sich kaum verhehlen, daß es sich um ein unheilbares Gehirnleiden handle.

Leichter Schlaganfall in Pillnitz Juli 1857.

Zweiter Schlaganfall in Sanssouci 6. Okt.

Am Hof und im Kreise der Regierung begann man daher zu beraten, in welcher Weise die unumgängliche Übertragung der Geschäfte an den Nächstberechtigten, den Prinzen von Preußen, stattfinden solle. Dieser erklärte sich bereit, alles zu thun, was das Ministerium ihm entgegentragen werde. Nach Artikel 56 und 58 der Verfassung hatte bei dauernder Verhinderung des Königs, selbst zu regieren, der der Krone am nächsten stehende volljährige Agnat die Regentschaft zu übernehmen, deren Notwendigkeit von den Kammern zu beschließen war, und vor ihnen einen Eid zu leisten, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Übereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren. Eine Regentschaft gestattete ihrem Inhaber unzweifelhaft vollkommene Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Handelns. Anders, wenn bei einem nur vorübergehenden Hindernis in der Ausübung der königlichen Befugnisse die Ernennung eines Stellvertreters erfolgte. Ein solcher hatte lediglich im Sinn seines Vollmachtgebers zu regieren. Diese zweite Lösung war ganz im Interesse der herrschenden Kreuzzeitungspartei und des bestehenden Ministeriums. Auch die Königin Elisabeth, die den Kranken soviel wie möglich schonen und nicht alle Hoffnung auf Besserung aufgeben wollte, drang auf bloße Stellvertretung. Aber um sie herbeizuführen, mußte erst ein Augenblick abgewartet werden, in dem der kranke König fähig war, die nötige Vollmacht auszustellen. Der günstige Moment fand sich am 23. Oktober. Der König unterzeichnete einen von der Königin ihm vorgelesenen, von Manteuffel und Gerlach entworfenen Kabinetsbefehl, kraft dessen er seinem Bruder Wilhelm für drei Monate seine Stellvertretung in der oberen Leitung der Staatsgeschäfte übertrug.

Frage der Regentschaft oder der Stellvertretung.

Stellvertretung des Prinzen Wilhelm für drei Monate 23. Okt.

Der Prinz von Preußen fügte sich mit außerordentlicher Zurückhaltung und bewundernswertem Takt in die undankbare Rolle des Platzhalters seines Bruders. Er führte die Geschäfte mit dessen Ministerium, so wenig es nach seinem Sinn war, in herkömmlicher Weise, ohne Widerspruch, in „korrekt vornehmer Haltung“, wie selbst Leopold von Gerlach anerkannte. Zwar ließ sich sein Mißtrauen gegen manche Glieder der Umgebung des Kranken nicht verbergen, und Manteuffel konnte sich zeitweise eines Vorgefühls seiner unsicheren Stellung nicht erwehren. Aber als die drei Monate sich ihrem Ablauf näherten, fand er den Prinzen willig, auf ein neues ärztliches Zeugnis hin, eine Verlängerung der Stellvertretung, allerdings nicht ohne Zeitbestimmung, wie die Königin es gewünscht hätte, sondern wieder nur für drei Monate zuzugeben. Im Publikum wurden diese Vorgänge mit Spannung verfolgt. Die Presse begleitete sie, soweit ihr Westphalen, der Minister des Inneren, Freiheit verstattete, je nach der Parteirichtung mit sich widersprechenden Kommentaren. Die Kammern nahmen die Mitteilungen des Ministerpräsidenten über das Geschehene ohne Einspruch hin.

Erste Verlängerung der Stellvertretung für drei Monate 6. Jan. 1858.

Der Glaube an die Möglichkeit einer Wiederherstellung des Königs schwand indessen von Tag zu Tag mehr. Auch an einem bedeutungsvollen Familienfest konnte er nur als elender Figurant für einen Augenblick teilnehmen. Sein Neffe Friedrich Wilhelm, der Sohn des Prinzen von Preußen, führte am 9. Februar 1858 die englische Prinzessin Viktoria heim, mit der ihn wahre Herzensneigung verknüpft hatte. Der herrschenden Partei in Preußen war diese Heirat, als Symbol einer Vereinigung mit dem liberalen England, ein Dorn im Auge. Sie suchte allerhand ungünstige Gerüchte über die Fremde in Umlauf zu setzen, und die Freudenbezeugungen des Volkes bei dem Einzug des jungen Paares in Berlin waren ihr äußerst zuwider[1]). Im kerzenstrahlenden Prachtraum des weißen Saales brachte der Prinz von Preußen den Trinkspruch aus nicht nur „auf das hohe neuvermählte Paar", sondern auch „auf die glückliche Allianz zwischen Großbritannien und Preußen". Der kranke König aber hatte mit seiner Gemahlin den Neffen und die Nichte nur flüchtig im Schloß Bellevue begrüßen können und versank dann wieder in dumpfes Hinbrüten. Noch zweimal wiederholte sich, im April und im Juli, das Spiel der Verlängerung der Stellvertretung. Noch weiter aber zu warten, um selbst als Regent die Zügel zu ergreifen, konnte dem Prinzen nicht zugemutet werden. Den Plan einer Mitregentschaft, der schon früher in der Umgebung des Königs aufgetaucht war, wies er entrüstet ab. Er forderte statt der Zulassung eines solchen „Zwitterzustandes", wie er Manteuffel am 13. Juli von Baden-Baden aus wissen ließ, wenn die Ärzte bis zum Herbst keinen bestimmten Zeitpunkt für die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Regierung durch den Kranken angeben könnten, Beschlußfassung der Einsetzung der Regentschaft durch den zurechnungsfähigen König. Am 18. August verlangte er ein Gutachten des Ministeriums darüber, ob der gegenwärtige Zustand ohne Verletzung der Landesgesetze noch ferner verlängert werden dürfe. Da die Legislaturperiode zu Ende ging und Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus bevorstanden, war eine Entscheidung umso dringlicher. Auch die ernsten Fragen der auswärtigen Politik machten sie unerläßlich.

Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm 25. Jan. Einzug in Berlin 9. Febr. 1858.

Zweite und dritte Verlängerung der Stellvertretung 9 April 1. Juli 1858.

Indessen dauerte es noch eine Weile, bis alle Hindernisse überwunden waren. Das Ministerium, das die Angelegenheit beriet, war anfangs gespalten. Manteuffel, Simons, von der Heydt, Massow waren bereit, dem Prinzen zu Willen zu sein. Die übrigen Minister erklärten den vorhandenen Zustand als allein im Recht begründet. Am schärfsten sprach sich Westphalen gegen Übertragung der Regentschaft aus. Zum mindesten

Beratungen des Ministeriums über die Frage der Regentschaft.

[1]) „Die Leute wenden sich der aufgehenden Sonne zu, hoffen auf Änderungen in den Regierungsgrundsätzen" u. s. w. Karl von Manteuffel an eine Frankfurter Freundin, 7. Januar 1858. (Aus dem Briefwechsel des Ministers Karl von Manteuffel, von mir veröffentlicht in den Süddeutschen Monatsheften Mai 1914.)

forderte er Vertagung der Sache bis nach Schluß der Kammerwahlen. Die Königin sträubte sich gegen die Idee, den Gemahl durch eine Regentschaft „unter Kuratel" gestellt zu sehen und fürchtete eine Einmischung des Landtags, dessen Zuziehung bei Errichtung der Regentschaft nach der Verfassung unumgänglich wurde, in alle möglichen auf die königliche Familie bezüglichen Dinge. Auch Leopold von Gerlach, diesmal im Gegensatz zu seinem Bruder Ludwig, brachte wiederholt seine schweren Bedenken gegen eine Regentschaft bei dem Ministerpräsidenten zur Sprache. Er empfahl, um jede Mitwirkung der Kammern auszuschließen, statt der Regentschaft Ausstellung einer neuen, der Zeit nach unbestimmten, erweiterten Vollmacht. Manteuffel aber blieb fest und brachte alle seine Kollegen, außer Westphalen, auf seine Seite. Am 20. September entschied sich das Gesamtministerium in Gegenwart des Prinzen gegen die eine Stimme Westphalens nach einem Rechtsgutachten des Justizministers Simons für Errichtung der Regentschaft. Der letzte, zähe Widerstand der Königin wurde gebrochen. Da die Ärzte einen Winteraufenthalt des Königs im Süden angeraten hatten, benutzte sie diesen Umstand, um ihm am 7. Oktober den verabredeten Kabinetsbefehl vorzulegen. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Reise und die noch fortdauernde Verhinderung, die Regierung selbst zu führen, ersuchte er in dieser Urkunde seinen Bruder, so lange bis er die Pflichten seines königlichen Amtes wieder selbst werde erfüllen können, die königliche Gewalt in seinem Namen als Regent auszuüben. Von den Angelegenheiten seines Hauses waren die seine Person betreffenden seiner eigenen Verfügung vorbehalten. Der König hörte aufmerksam zu, unterzeichnete ohne jede Bemerkung und hielt sich dann weinend beide Hände vor das Gesicht. Einige Tage später erfolgte die Abreise des Königspaares. Die einst mit den höchsten Hoffnungen begrüßte Regierung Friedrich Wilhelms IV. war zu Ende.

Sträuben der Königin.

Entscheidung für die Regentschaft 20. Sept.

Ihre Einsetzung 7. Okt.

Am 9. Oktober verkündete der Prinz von Preußen, daß er in Folge der Aufforderung seines Bruders und auf Grund des Artikels 56 der Verfassung die Regentschaft übernehme und laut der Verfassung den Landtag für den 20. Oktober berufe. Der Erlaß trug die Gegenzeichnung aller Minister außer der Westphalens. Manteuffel hatte gehofft, sein Ministerium in vollem Bestand in die Regentschaft hinüberretten zu können. Daher hatte er einen Brief des Prinzen vom 6. Oktober, der Westphalen unter Anerkennung seiner „Offenheit" und seiner „treuen Dienste" die Entlassung erteilte, zurückgehalten und vom Prinzen nicht ohne Mühe einen Aufschub erlangt. Aber Westphalen selbst führte durch sein widersinniges Verlangen, daß die ersten vom Prinzregenten ausgehenden Erlasse dem König zur Genehmigung vorgelegt werden sollten, den Bruch herbei. Seine Stelle übertrug der Prinzregent nach selbständigem Entschluß, ohne alles Zuthun Manteuffels, vorläufig dem in langjährigem Staats-

Ihre Übernahme. Entlassung Westphalens 7. Okt.

dienst ergrauten, damaligen Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Flottwell. Am 20. Oktober kam der Landtag zusammen. Dem Ansinnen einiger Heißsporne der äußersten Rechten, sich der verfassungsmäßigen Votirung der Regentschaft zu widersetzen, trat auch Bismarck, der sich als Abgeordneter eingestellt hatte, entgegen. Ohne Widerspruch wurde in der vereinten Sitzung beider Kammern am 25. Oktober die Notwendigkeit der Regentschaft anerkannt.

Zusammentritt des Landtags 20. Okt.

Anerkennung der Notwendigkeit der Regentschaft 25. Okt.

Noch blieb die feierliche Handlung der von der Verfassung geforderten Eidleistung übrig. Einem kleinen Kreise Eingeweihter war es bekannt, daß König Friedrich Wilhelm IV. bis zum Ausbruch seiner Krankheit den Gedanken einer Umwandlung der Verfassung in einen, kraft seiner Machtvollkommenheit zu verleihenden „Freibrief", mit Zähigkeit festgehalten hatte. Aus diesem Freibrief sollten die modernen konstitutionellen Bestimmungen, vor allem die allgemeiner Abgabenbewilligung des Landtags ausgemerzt werden. Das Ideal des Königs war noch immer der „Vereinigte Landtag". Er wähnte, daß dieser sich „auf verfassungsmäßigem Wege" wiederherstellen lasse. Was geschehen sollte, wenn dieser Weg sich als ungangbar erwiese, blieb dunkel. Wie früher so hatte Manteuffel auch weiterhin den Plan des Königs entschieden widerraten und statt dessen empfohlen, wie bisher sich durch Ausmerzung, Umgehung, Auslegung einzelner Verfassungsartikel zu helfen (s. VII. 495, 498). In diesem Punkt stimmte Leopold von Gerlach völlig mit ihm überein, so richtig er an sich den Gedanken des Königs fand. Hingegen hatte der Minister Westphalen noch im Sommer 1857 ein Gutachten ganz im Sinn des Königs verfaßt. Durch die Erkrankung desselben war jede weitere Behandlung des heiklen Gegenstandes unterbrochen worden. Aber man hatte auf dem Tisch des Kranken ein versiegeltes Schriftstück gefunden, in dem er letztwillig in den stärksten Wendungen von der Leistung des Verfassungseides abmahnte und auf Umstoßung der Verfassung drang. Dies politische Testament sollte jedem Thronfolger beim Regierungsantritt vorgelegt werden[1]). Nach der Ansicht des Kammergerichtspräsidenten Kleist, der das Aktenstück kannte, des Grafen Eberhard Stolberg, Edwin von Manteuffels wäre es zwar, wie Leopold von Gerlach berichtet, „ein großes Glück" gewesen, „den Verfassungseid los zu werden". Aber an seine „Beseitigung" wurde so wenig von ihnen wie von einem Mitglied der Kreuzzeitungspartei gedacht. Höchstens hatte dieser und jener es für möglich gehalten, dem Eide beim Antritt der Regentschaft „Reser-

Das politische Testament Friedrich Wilhelms IV.

[1]) Kaiser Wilhelm II. hat es eigener Erzählung nach verbrannt und den Umschlag mit dem Vermerk „Inhalt vernichtet" an das königliche Hausarchiv abgegeben. S. die Festrede Hintzes zur Feier seines fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläums am 16. Juni 1913. Berlin 1913. S. 35—37. Vgl. Leopold von Gerlach II. 540, 541, 543, 545, 768.

vationen" beizufügen. Indessen der Prinz von Preußen, dem solche Anmutungen schon im Herbst 1857 gemacht worden waren, ließ sich nicht verlocken, darauf einzugehen. Er leistete, trotzdem mancher Verfassungsartikel ihm seit jeher anstößig gewesen war, am 26. Oktober im weißen Saal des Schlosses vor den vereinigten Kammern den Eid ohne jeden Zusatz in der vorgeschriebenen Form. Hierauf erklärte der Ministerpräsident den Landtag für geschlossen.

Vorbehaltslose Eidleistung des Regenten 26. Okt.

Nach der Eidleistung gewährte der Prinzregent dem Ministerium noch eine kurze Frist, seine Entlassung selbst zu beantragen. Darüber, daß er gesonnen sei, eine Änderung vorzunehmen, ließ er Manteuffel kaum im Zweifel. Noch immer mochte dieser hoffen, es solle sich um eine allmähliche Umgestaltung handeln, die ihm und einigen seiner Kollegen zunächst das Bleiben ermöglichen werde[1]). Am 30. Oktober überreichte er daher dem Prinzregenten auf dessen Wunsch einen schriftlichen Bericht über die allgemeine Lage, in dem die Fortdauer des Ministeriums als für das Staatswohl notwendig erklärt wurde. Die Antwort des Prinzregenten war ein an Manteuffel gerichteter Privatbrief vom 3. November. Bei vollster Anerkennung seiner Verdienste kündigte er ihm wegen mangelnder Übereinstimmung mit seinen eigenen Ansichten den Entschluß an, ein neues Staatsministerium unter Vorsitz des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen zu bilden. Die Erhebung in den Grafenstand und die Berufung in das Herrenhaus auf Lebenszeit nach Stiftung eines erblichen Majorates sollten ein Pflaster für die Manteuffel zugefügte Wunde bilden. Er lehnte dies Anerbieten ab, begnügte sich mit einer Ordensauszeichnung und schied vom Prinzregenten mit dem Gefühl bittrer Kränkung, wennschon mit beiderseitiger Wahrung der höflichsten Formen. Am 6. November erfolgte die amtliche Verabschiedung des Ministeriums und die Ankündigung des neuberufenen, das an seine Stelle trat.

Entlassung des Ministeriums Manteuffel 6. November.

Bereits vor der zweiten Erstreckung der Stellvertretung hatte der Prinz für den Fall der Übernahme der Regentschaft die Umbildung des Ministeriums in Erwägung gezogen. Damals war der frühere Finanzminister, der streng konservative Graf Albensleben als Ministerpräsident von ihm in Aussicht genommen, und dieser hatte Bismarck, über den sich das einstige abschätzige Urteil des Prinzen längst geändert hatte, als Minister des Auswärtigen vorgeschlagen. Allein mit Albenslebens Tod hatte sich diese ganze Kombination zerschlagen. Bei jenem Sommeraufenthalt in Baden-Baden, während dessen der Prinz auf Beendigung des drückenden Zwischenzustandes drang, war dann sein Jugendfreund Rudolf von Auerswald, der Minister des Jahres 1848 und dann durch Kleist-

[1]) S. den oben S. 262 angeführten, von mir herausgegebenen Briefwechsel Karl von Manteuffels S. 244. Vgl. Leopold von Gerlach II. 629, 633.

Retzow verdrängte Präsident der Rheinprovinz, von ihm zu Rate gezogen. Er bestärkte den Prinzen in der Überzeugung der Notwendigkeit eines Wechsels der leitenden Persönlichkeiten. Dieselbe Ansicht vertrat der Freiherr von Schleinitz, der einstige Minister des Auswärtigen unter Brandenburg, Günstling der Prinzessin Augusta und Mitarbeiter an Bethmann-Hollwegs „Preußischem Wochenblatt" (s. VII. 493). Der Prinz eignete sich den Gedanken beider Männer an, als künftigen Vorsitzenden eines neuen Ministeriums den patriotischen, feingebildeten, aufrichtig konstitutionell gesinnten Fürsten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen zu wählen[1]). In der That erging an ihn der Ruf, dem er Folge leistete, das Präsidium des neuen Ministeriums zu übernehmen. Sein Name, als der eines entfernten Verwandten des Königshauses, sollte dem Ministerium Glanz verleihen und zugleich Hohenzollerns Glaubensgenossen, den Katholiken, Befriedigung gewähren. Mit ihm wurde als Minister ohne Portefeuille, aber als die Seele der neuen Regierung, Rudolf von Auerswald ernannt. Das Ministerium des Inneren behielt Flottwell. In das Kriegsministerium zog Bonin wieder ein, der 1854 der russenfreundlichen Partei hatte weichen müssen. Das Auswärtige fiel Schleinitz zu. Außer ihm erschienen Bethmann-Hollweg an der Spitze des Kultus- und Unterrichtsministeriums und Graf Pückler, der Landwirtschaftsminister, als Staatsmänner von der Färbung des „Politischen Wochenblattes". Das Finanzministerium war zuerst Otto Camphausen, dem Präsidenten der Seehandlung, Ludolfs Bruder, angeboten worden. Als er ablehnte, überwand sich der Regent, namentlich auf Auerswalds Empfehlung hin, es Patow, dem einstigen Handelsminister im Ministerium Ludolf Camphausens von 1848, später Führer der Liberalen in der zweiten Kammer, einem hervorragenden Fachmann, zu übertragen. Der Justizminister Simons und sein Schwager, der Handelsminister August von der Heydt wurden in ihren bisherigen Ämtern bestätigt. Mit ihnen sollte, wie der Prinz in einem Rechtfertigungsbrief der Königin Elisabeth schrieb, die Tradition des früheren Ministeriums erhalten werden. Indessen die öffentliche Meinung sah über das Verbleiben dieser beiden Konservativen hinweg. Obwohl nur Patow als entschiedener Parteimann gelten konnte, betrachtete sie doch das ganze Ministerium als das Ministerium einer „Neuen Aera"[2]).

Das Ministerium Hohenzollern.

Die hoffnungsvolle Stimmung, mit der man das Ministerium Hohenzollern-Auerswald begrüßte, ward noch verstärkt durch eine am 8. November an dasselbe gerichtete Ansprache des Regenten, die alsbald

Ansprache des Regenten vom 8. November.

[1]) Zingeler: Karl Anton Fürst von Hohenzollern. 1911.

[2]) Vgl. über die Bildung des Ministeriums und den vermeintlichen Einfluß der Prinzessin Augusta E. Berner: Der Regierungsanfang des Prinzregenten von Preußen und seine Gemahlin. 1902.

bekannt wurde. Man legte kein so starkes Gewicht darauf, daß er in dieser von ihm selbst entworfenen Programmrede vor „absichtlich überspannten Ideen“ und „vor der stereotypen Phrase, daß die Regierung sich fort und fort treiben lassen müsse, liberale Ideen zu entwickeln“, warnte. Auch die Ankündigung der dringenden Notwendigkeit einer, wennschon kostspieligen, Verbesserung des Heerwesens fand nicht die verdiente allgemeine Beachtung. Dagegen weckten die Worte, die sich mit Schärfe gegen die „Orthodoxie in der evangelischen Kirche“, gegen die „Heuchelei und Scheinheiligkeit“, gegen die Mißbräuche der Justizverwaltung wandten, namentlich in den Kreisen des mittleren und kleineren Bürgertums einen wahren Sturm der Begeisterung. Auch vernahm man hier mit Freuden, daß, um „den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen“, an die Kommunalordnung „dereinst die bessernde Hand“ gelegt werden solle. Diesen Sätzen schlossen sich andere auf die auswärtige Politik bezügliche an, die dank der Allgemeinheit und Unbestimmtheit ihres Inhaltes gleichfalls von tausenden freudig aufgenommen wurden. Der Regent bekannte sich zu dem Wunsch freundschaftlicher Beziehungen zu allen Mächten. Er erklärte: in Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist. Er verkündete: „Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist. Ein festes, konsequentes und, wenn es sein muß, energisches Verhalten in der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muß Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Macht allein nicht zu erreichen imstande ist.“ Nicht lange währte es, so wurde er durch den Gang der großen europäischen Politik für die Ausführung dieses letzten Punktes seines Programmes auf die Probe gestellt. Napoleons Wendung gegen Östreich in den Angelegenheiten Italiens mußte auch Preußen eine folgenreiche Entscheidung aufzwingen.

VII.

Die Vorgeschichte des italienischen Krieges.

Frankreich. Machtstellung Napoleons III.

Bei Eröffnung der letzten vor den Neuwahlen stattfindenden Session des gesetzgebenden Körpers am 16. Februar 1857 pries Napoleon in vollen Tönen die Erfolge seiner bisherigen Regierung. Er schloß mit einem Citat aus Thiers' „Geschichte des Konsulates", dem er ein gutberechnetes Kompliment für „den Staatsmann und berühmten Nationalhistoriker" beifügte: „Überall herrschte Zufriedenheit, und wer nicht schlechte Parteileidenschaften im Herzen hegte, freute sich des öffentlichen Glückes." In der That hatte Napoleon Grund, mit Genugthuung auf die Befestigung des Kaiserreichs und auf die Erhöhung seiner Stellung in der Welt zurückzublicken. Frankreich erlebte einen außerordentlichen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Widersacher der aus dem Staatsstreich hervorgegangenen Herrschaft waren zum Schweigen gebracht. Die Geburt des kaiserlichen Prinzen schien die Sicherung der Dynastie zu verbürgen. Nach außen hatte sie durch die Erringung kriegerischer Lorbeeren Glanz erworben, und die Hauptstadt des Landes, zu der fremde fürstliche Besucher herbeiströmten, ward zum unbestrittenen Sitz internationaler Kongresse und Konferenzen. Der kaiserliche Redner sah, mit Berufung auf die Unterstützung des Volkes, dessen Interessen, wie es wisse, jeder seiner Augenblicke gewidmet sei, „eine hoffnungsvolle Zukunft für das Vaterland" voraus.

Wirtschaftliche Krisis 1857.

Indessen deuteten in eben diesem Jahr 1857 einige Anzeichen auf die Notwendigkeit gewisser Einschränkungen der ruhmrednerischen Worte, die von höchster Stelle erklungen waren. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet erfolgte damals ein furchtbarer Rückschlag, der mit einer von Nordamerika ausgehenden Handelskrisis zusammenhing. Der Krimkrieg und der Beginn des Umbaues von Paris hatten große Summen verschlungen. Beim unerwarteten Eintritt der Geldknappheit und bei vorausgegangener Überspekulation in Aktien erkrankte das ganze Geschäftsleben. Die Einnahmen der Eisenbahnen sanken, Bergwerksunternehmungen verkrachten,

Bankhäuser fallirten, industrielle Anstalten gingen zugrunde. Auf dem politischen Gebiet war ein langsames Erwachen der öffentlichen Meinung aus todähnlichem Schlaf bemerklich. Die Opposition hatte ihren tiefsten Stand überwunden und rüstete sich nach der am 28. Mai dekretirten Auflösung der Kammer und nach der Ausschreibung der Wahlen für den 21. Juni zum ungleichen Kampf mit der übermächtigen Regierung. Mit welcher Besorgnis selbst ein ehemaliger Kumpan des Staatsstreiches die künftige Entwicklung der Dinge ins Auge faßte, zeigte ein überraschender Vorschlag des ehemaligen Polizeiministers Maupas, den er schriftlich schon im Mai an den Kaiser hatte gelangen lassen. Er riet ihm, Thiers an die Spitze des Ministeriums zu stellen und neben ihm Bonapartisten wie etwa Persigny, Abbatucci, Canrobert und den Legitimisten Flavigny zu berufen. Zugleich ließ er Thiers durch eine diesem und dem Kaiser nahestehende Engländerin, Lady Holland, sondiren. Thiers, durch die jüngste Schmeichelei des Kaisers aufs angenehmste berührt, war der Idee, dem Kaisertum, wenn es liberale Bahnen betrete, zu dienen, nicht abgeneigt. Aber er beanspruchte das Präsidium des Ministerrates und das Ministerium des Äußeren. Hierauf wollte der Kaiser, falls es ihm überhaupt Ernst damit war, mehr als die weithin sichtbare Unterwerfung Thiers' zu erlangen, sich nicht einlassen. Höchstens das Vicepräsidium des Ministerrates neben dem Auswärtigen und die Aufnahme einiger Parteifreunde sollte, wenn den überlieferten Zeugnissen Glauben zu schenken ist, dem seines Wertes sich bewußten Parlamentarier und Staatsmann zugestanden werden. Die Unterhandlungen zerschlugen sich, und das System des Cäsarismus blieb in voller Kraft bestehen[1]).

Erwachen der politischen Opposition.

Thiers.

Das zeigte sich sofort durch rücksichtslose Anwendung aller Machtmittel bei den Wahlen. Die Präfekten wurden angewiesen, die „officiellen Regierungskandidaten" zu unterstützen. Unter diesen waren fast alle bisherigen Mitglieder der gefügigen Kammer, mit wenigen Ausnahmen, wie Montalembert, verstanden. Die Aufstellung von Gegenkandidaturen ward als ein Akt der Feindseligkeit gegen das Staatsoberhaupt gebrandmarkt. Verbote von Wahlversammlungen, von Wahlkomites, von Anschlag gegnerischer Wahlaufrufe sollten jede Opposition mundtot machen. In der alten republikanischen Partei standen sich drei Ansichten gegenüber. Eine Gruppe war für völlige Enthaltung. Eine zweite war für Beteiligung an den Wahlen, aber Weigerung des Eides durch die Gewählten, als Zeichen des dauernden Protestes gegen den Staatsstreich. Eine dritte war für Eidleistung nach der Wahl, um von der Tribüne des gesetzgebenden Körpers herab das Kaiserreich zu bekämpfen. Ein republikanisches Wahlkomite, das sich in Paris bildete,

Die Wahlen 1857.

[1]) E. Ollivier: L'empire libéral IV. 371 als Ergänzung zu Maupas: Mémoires II. 60.

beschloß Beteiligung an der Wahl und Gewährung freier Entscheidung des Gewählten, je nachdem sein Gewissen ihm vorschreibe, den Eid zu weigern oder zu leisten. Streitigkeiten über die Auswahl der Kandidaten drohten die Thätigkeit dieses Komites zu lähmen. Indessen ergaben die hauptstädtischen Wahlen doch den Sieg von fünf Männern, die zu den ausgesprochenen Gegnern der Regierung gehörten.

Erfolge der Opposition in Paris.

Drei von ihnen, Cavaignac sowie die früheren Minister der Republik, Carnot und Goudchaux, waren wie vormals entschlossen, den Eid zu weigern. Zwei, die als Neulinge die große politische Bühne betraten, waren bereit, ihn zu leisten: Darimon, ein Mitarbeiter der „Presse" und der junge, ehrgeizige Advokat Emile Ollivier, der Sohn jenes demokratisch gesinnten Marseiller Kaufmanns, der einst der Beschützer Mazzinis gewesen war (s. IV. 392), im Frühling 1848 zugleich mit dem Vater Generalkommissär und danach Präfekt des Departements der Rohne-Mündungen.

In der Provinz konnte die Opposition so gut wie nichts ausrichten. Nur in Lyon gelang es, Hénon durchzubringen, der bei den Wahlen im Jahre 1852 zu den Eidweigerern gehört hatte (s. VII. 771), jetzt aber zum Aufgeben seines damaligen Standpunktes gewillt war. Da Cavaignac am 28. Oktober 1857 durch einen Schlaganfall hinweggerafft wurde, ward eine Ersatzwahl nötig. Noch vor ihrer Ausschreibung trat am 28. November, zunächst nur zum Zweck der Wahlprüfungen, der gesetzgebende Körper unter Mornys Präsidium zusammen. Wie vorausgesehen, lief die schriftliche Erklärung Carnots und Goudchaux' ein, daß eine fünfjährige Erfahrung sie an dem Grundsatz der Eidweigerung nicht habe irre machen können. Auch für sie also waren Ersatzmänner zu wählen. Erst im April 1858 wurden die Lücken durch Nachwahlen ausgefüllt. Sie verschafften in Paris zwei Männern den Sieg, von denen der eine, Jules Favre, schon eine politische Berühmtheit war, der zweite, Ernest Picard, Olliviers Studiengenosse, gleichfalls als Rechtsanwalt hochgeschätzt und Mitglied des Aufsichtsrates des „Siècle", beiden ebenbürtig zur Seite trat. Zusammen mit Darimon und Hénon bildeten sie die Gruppe der „Fünf", die, klein an Zahl, aber stark durch ihre Begabung, anfangs beinahe verächtlich gemieden, der gehorsamen Regierungsmehrheit kühn die Stirn bot. Hénon und Darimon traten hinter den drei Genossen in den Schatten. Von diesen trugen Jules Favre und Emile Ollivier durch glühende und geschulte Beredsamkeit die Palme davon, während Picard sie durch Zähigkeit des Willens, praktischen Sinn, Schlagfertigkeit in der Debatte übertraf. In der Verurteilung der cäsaristischen Regierung Frankreichs waren sie alle einig. Aber eine große Frage der auswärtigen Politik drohte vorübergehend ihr Bündnis zu lockern. Es handelte sich um das Eingreifen Napoleons in das Ringen der italienischen Nation,

Zusammentritt des gesetzgebenden Körpers 28. Nov.

Nachwahlen. Die Gruppe der Fünf. Favre. Ollivier. Picard. Darimon. Hénon.

die ihrer Einheit zustrebte, mit der Macht Östreichs, die sich mit aller Kraft dagegen stemmte.

Die italienische Frage.

Seitdem Napoleon im Winter 1855 die Aufforderung an Cavour gerichtet hatte, ihn wissen zu lassen, „was er für Piemont und Italien thun könne“ (s. o. S. 129), wälzte er den Gedanken, auch jenseits der Alpen als Verfechter des Nationalitätsprincips in gewissen Grenzen aufzutreten, unablässig in seiner Seele. Aber vom Gedanken zur That war ein weiter Weg, und Cavours Geduld ward einige Jahre lang auf eine harte Probe gestellt. Vom Pariser Kongreß hinweg hatte er sich nach London begeben, um sich für seine Zukunftspläne zum mindesten auch den moralischen Beistand Englands zu sichern. In dieser Erwartung ward er freilich trotz der freundlichen Aufnahme, die er bei Staatsmännern aller Parteien fand, schmerzlich getäuscht. Die Annäherung Englands an Östreich, die sich damals schon vorbereitete, schloß englische Hilfe jeder Art bei einem allfälligen Kampf um die Lombardei und Venetien vollkommen aus. Cavour kehrte, wie er selbst gestand, „ohne das kleinste Herzogtum in der Tasche“ nach Turin zurück. Aber er durfte es doch als einen Erfolg betrachten, daß er auf die unglückliche Lage Italiens im Pariser Kongreß vor ganz Europa hingewiesen, und daß die Vertreter Frankreichs und Englands die Notwendigkeit, den Leiden Italiens abzuhelfen, anerkannt hätten. Die Berufung hierauf und ein Ausfall gegen Östreichs militärische Okkupationen in verschiedenen Staaten Italiens dienten ihm in der Kammersitzung vom 6. Mai 1856 zur Abweisung von Vorwürfen der äußersten Rechten wie der äußersten Linken, Solaro della Margheritas wie Brofferios. Eine Tagesordnung, welcher dem Sinne nach auch der Senat sich anschloß, billigte die nationale Politik der Regierung und das Verhalten ihrer Bevollmächtigten auf dem Kongreß.

Note Cavours 6. Mai 1856.

Die Antwort Östreichs auf Cavours Kammerrede ließ nicht lange auf sich warten. Eine Note Buols an die östreichischen Gesandten in Rom, Neapel, Florenz, Modena vom 18. Mai, die bald nachher der Öffentlichkeit übergeben wurde, bestritt mit aller Entschiedenheit „die Mission des sardinischen Hofes, seine Stimme im Namen Italiens zu erheben“, das aus „unabhängigen Staaten“ bestehe. Zugleich wahrte Buol Östreich das Recht bewaffneter Einmischung, wenn es von einer italienischen Regierung gegen Unruhestifter um Hilfe angerufen werde. Cavour setzte, um den Bogen nicht vorzeitig zu überspannen, den Streit vor der Welt nicht fort. Er ließ sich auch einen leisen Tadel Walewskis wegen seiner unvorsichtigen Sprache gefallen. Sein Vertrauen in Napoleon blieb, wie er in Paris wissen ließ, unerschüttert. Sein Leitstern war nach wie vor, „der von der Vorsehung Piemont beschiedenen Pflicht, aus allen Kräften die Sache Italiens zu fördern“, zu genügen. Sein Entschluß, wie er dem General Dabormida schrieb, stand fest: „Wenn Östreich uns

Note Buols 18. Mai 1856.

zum äußersten triebe, uns zwischen Entehrung und Krieg stellte, so würden wir zu letzterem greifen." Daß es früher oder später dazu kommen werde, war seine unerschütterliche Überzeugung.

Haltung der übrigen italienischen Regierungen.

Auf eine Mitwirkung anderer italienischer Regierungen selbst bei einem bloßen diplomatischen Feldzug gegen Östreich, geschweige denn für die Gründung eines starken subalpinen Königreiches, durfte er freilich nicht rechnen. Der Großherzog Leopold von Toscana war empört über „das Ärgernis", das Cavour gegeben habe, und seinem Ministerpräsidenten Baldasseroni „gerann das Blut in den Adern wegen so frecher Drohungen". Mit Pius IX., so sehr auch Viktor Emanuel eine Verständigung mit dem Papst ersehnte, blieb die sardinische Regierung in gespanntem Verhältnis. Der Herzog Franz V. von Modena drang in den Kaiser Franz Josef, um der gemeinsamen Würde und um des gemeinsamen Interesses willen der piemontesischen Keckheit rasch einen Zügel anzulegen. Die Herzogin Maria Luisa von Parma, die nach der Ermordung des tyrannischen Herzogs Karls III. (27. März 1854) für ihren minderjährigen Sohn Robert die Regentschaft führte, suchte sich vergeblich der östreichischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes zu entziehen. Sie mußte auch nach dem Abzug der östreichischen Okkupationstruppen die schwarzgelbe Fahne in der Festung Piacenza, als eine dauernde Bedrohung Piemonts, dulden.

Neapel. Ferdinand II.

Am wichtigsten für Cavours Pläne mußte es sein, sich über die Gesinnung König Ferdinands II. von Neapel zu vergewissern. Nach der Abberufung der Gesandten Englands und Frankreichs von Neapel (s. o. S. 188) gab er dem Vertreter des Königs am Turiner Hof, wie er sagte, „als Bürger, nicht als Minister des Auswärtigen", zu verstehen, für die Regierung Ferdinands II. möchte, um sich derer zu erwehren, die sie bedrängten, und von denen zu lösen, die ihr bisher eine Stütze gewesen, eine Annäherung an Piemont ratsam sein. „Neapel und Piemont gut verbunden, fügte er hinzu, würden Italien das Gesetz vorschreiben". Aber der Neapolitaner wies, wie er nach Hause berichtete, den Versucher mit den Worten ab, sein Monarch sei nicht Piemont abgeneigt, aber Piemont seinem Monarchen. „In Neapel, gab er dem Minister Viktor Emanuels zu hören, kennt man keine geheimen und öffentlichen Werkstätten systematischer Verleumdungen und revolutionärer Machinationen gegen den Staat seiner sardinischen Majestät." König Ferdinand II. billigte diese Sprache seines Vertreters durchaus und ließ Cavour antworten, er wünsche sich keiner anderen Macht anzunähern,

Die Muratisten.

sondern mit allen gut zu stehen, vorausgesetzt, daß keine sich in die Verwaltung seines Reiches mische. Eine andere Sorge hinsichtlich Neapels, deren sich Cavour nicht entschlagen konnte, war die Furcht vor der Begünstigung von Anschlägen der Muratistischen Partei, mit der sich selbst

eine Gruppe italienischer Emigranten in Paris eingelassen hatte, durch Napoleon. Er wollte nicht wagen, falls dieser die Erhebung eines Gliedes der Familie Murat auf den Thron Franz II. wirklich wünschte, dem mächtigen Beschützer an der Seine unmittelbar entgegenzuarbeiten. Andrerseits mußte er als italienischer Patriot den Muratistischen Plänen widerstreben und suchte daher unter der Hand Englands Eifersucht zu ihrer Bekämpfung aufzustacheln.

Franz Josef in Mailand und Venedig.

Zu Anfang des Jahres 1857 schien Östreich das Spiel Cavours durch eine Milderung seiner Herrschaft in der Lombardei und Venetien durchkreuzen zu wollen. Franz Josef begab sich mit seiner Gemahlin zu einem mehrmonatlichen Aufenthalt in seine italienischen Lande, und diese Reise wurde durch eine Reihe versöhnlicher Maßregeln bezeichnet. Eine neue, liberale Paßverordnung, der Erlaß von Strafgeldern, eine umfassende Amnestie, der die Aufhebung des über die Güter von Emigranten verhängten Sequesters vorausgegangen war, machten auf einen großen Teil der Bevölkerung einen guten Eindruck. Noch mehr schien die Ersetzung des greisen Radetzky, der mit einundneunzig Jahren in den verdienten Ruhestand trat, durch den zum Generalgouverneur ernannten kaiserlichen Bruder, den humanen, romantisch veranlagten Erzherzog Maximilian zu versprechen. Indessen bald zeigte sich, daß ihm, wie er von Anfang an befürchtet hatte[1]), von Wien aus die Hände gebunden wurden. Eine autonome Verwaltung des lombardisch-venetianischen Königreichs wollte man hier nicht zugeben. Die Fremdherrschaft, die namentlich die gebildeten Klassen der italienischen Provinzen des Kaiserstaates bitter empfanden, stand nach wie vor auf hohlem Boden. Ihre Blicke blieben nach Turin gerichtet, von wo aus gerade während der Anwesenheit des Kaiserpaares jenseits der Alpen Östreich der Fehdehandschuh hingeworfen wurde.

Amnestie 25. Jan. 1857.

Verabschiedung Radetzkys 28. Febr. 1857. Erzherzog Max Generalgouverneur.

Demonstrationen in Turin.

Nach dem Schluß der letzten Session des sardinischen Parlamentes war in Turin eine allgemeine Subskription zum Ankauf von hundert Kanonen für die 1814 von den Östreichern niedergerissenen Festungswerke Alessandrias eröffnet worden. An diesem patriotischen Geschenk hatten sich auch Angehörige anderer italienischer Staaten beteiligt. Die amtliche Turiner Zeitung begleitete ihren Bericht über das günstige Ergebnis der Sammlung mit dem Satz, daß das Land mit Freuden diese Gelegenheit ergriffen habe, um seine Anerkennung für die von der Politik des Königs befolgten Grundsätze der Unabhängigkeit kundzugeben. Nicht genug damit: am Tage des Einzugs Franz Josefs in Mailand beschloß der Stadtrat von Turin ein zur Verherrlichung des piemontesischen Heeres bestimmtes marmornes Ehrendenkmal, zu dessen Herstellungskosten vorzugsweise Lombarden beigetragen hatten, als Symbol der gemeinsamen Sache künftiger Befreiung, auf einem öffentlichen Platz

[1]) Bericht Steigers, Wien 1. März 1857. E. Arch. Bern.

aufzustellen. Die amtliche Zeitung in Mailand antwortete mit heftigen Anklagen der Regierung Viktor Emanuels. Ein paar Tage später erschien der österreichische Geschäftsträger Graf Paar bei Cavour, um ihm eine mit Vorwürfen und versteckten Drohungen gespickte Depesche Buols vorzulesen. Cavour befliß sich, in zweistündiger Unterhaltung mit Paar die Regierung seines Königs zu rechtfertigen, zahlte die gegen die piemontesische Presse gerichteten Anschuldigungen in gleicher Münze zurück und behielt sich eine Erwiderung durch den in Wien weilenden sardinischen Geschäftsträger vor. Indessen schritt Buol, ohne Zweifel in der Hoffnung, das kleine Piemont einschüchtern zu können und von England unterstützt zu werden, am 16. März zur Abberufung Paars von Turin. Cavour hatte das Kommende vorausgesehen und bewahrte kaltes Blut. „Wenn Österreich, schrieb er dem sardinischen Gesandten Villamarina nach Paris, seine Drohungen ausführt, so finden wir nichts Schlimmes daran, vorausgesetzt, daß Frankreich diese Maßregel nicht billigt ... Sollte Österreich weiter gehen und das Schwert ziehen, so würden wir zwar nicht die Offensive ergreifen, aber darauf gefaßt sein, ihm einen guten Empfang zu bereiten."

Österreichische Beschwerden.

Als er darüber vergewissert war, daß Napoleon Buols schroffes Benehmen verurteilte, zögerte er keinen Augenblick, auch den sardinischen Geschäftsträger von Wien abzurufen. Damit war der Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Piemont und Österreich eine vollendete Thatsache.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen Sardiniens und Österreichs.

Mit noch fieberhafterem Eifer als zuvor wurde nun von Cavour daran gearbeitet, für den Fall des Kriegsausbruchs gerüstet zu sein. Die Wiederbefestigung von Alessandria, die Verlegung des Arsenales in den geräumigen Meerbusen von Spezia, die Verstärkung von Heer und Flotte, das großartige Unternehmen der Durchbohrung des Mont-Cenis, das die Eisenbahnverbindung mit Frankreich verbürgte, waren Teilstücke ein- und desselben Programmes. Bei den Streitigkeiten, die sich über die Auslegung des Pariser Friedens erhoben, kam Cavour auf alle Weise Napoleons Wünschen entgegen, und im Prinzen Jérôme, der zur Einweihung der Mont-Cenis-Arbeiten in Savoyen erschien, gewann er den feurigsten Fürsprecher eines gemeinsamen Kampfes gegen Österreich. Gleichzeitig wußte er auch die Regierung des Zaren, die Österreich grollte, günstig zu stimmen. Ein Besuch Viktor Emanuels bei der Mutter Alexanders II., die den Winter in Nizza verbrachte, wurde durch einen Besuch der russischen Großfürsten in Turin erwidert. Aber keiner von ihnen ließ sich in Mailand blicken, wo damals der Kaiser Franz Josef weilte. Die Erteilung der Genehmigung zur Anlage einer russischen Kohlenstation im Hafen von Villafranca konnte als deutliches Zeichen der guten Beziehungen betrachtet werden, die sich zwischen Turin und Petersburg angebahnt hatten.

Sardinische Kriegsvorbereitungen.

Gutes Verhältniß zu Frankreich und Rußland.

Weitaus am wichtigsten aber war es, daß allmählich in ganz Italien

die Zahl der Patrioten, die ihre einzige Hoffnung auf Piemont setzten, anschwoll. Der Übergang aus dem Lager Mazzinis, zumal seit dem kläglichen Ausgang des Mailänder Aufstandes, 6. Februar 1853 (s. VII. 598), kam immer häufiger vor, und alte Anhänger des republikanischen Glaubensbekenntnisses schämten sich mit dem Gedanken des einstigen italienischen Einheitsstaates unter dem Scepter Viktor Emanuels aus. Der erste namhafte Vorkämpfer der Unabhängigkeit und Einigung seines Vaterlandes, der sich dafür aussprach, war Manin. Schon der Anschluß Piemonts an die englisch-französische Allianz während des Krimkriegs hatte in dem ehemaligen Diktator Venedigs, der in Paris unter Sorgen und Entbehrungen mit Würde das Los der Verbannung trug, Hoffnungen auf eine bessere Zukunft geweckt. „Die Soldaten, schrieb er damals, welche unter dem Banner Italiens für dessen Erlösung kämpfen, sind nicht mehr die Soldaten der piemontesischen Provinzen, sondern sie sind die Soldaten Italiens." In einem an Valerio, den Leiter des „Diritto" in Turin, gerichteten offenen Brief vom 5. September 1855 sprach er sich dahin aus: „Überzeugt davon, daß es vor allem notwendig ist, ein Italien zu machen, daß dies die erste allen übrigen vorangehende Frage ist, ruft die republikanische Partei dem Hause Savoyen zu: Schafft ein Italien und ich bin mit euch, wo nicht — nicht ... Ich, ein Republikaner, erhebe das Banner der Einheit. Schart euch um dieses Banner, Ihr alle, die Ihr wollt, daß es ein Italien gebe — und Italien wird sein." „Ich nehme die Monarchie an, erklärte er einige Monate später in einem Zeitungsartikel, wenn sie unitarisch ist, ich nehme das Haus Savoyen an, wenn es ehrlich und thatkräftig dazu mitwirkt, Italien herzustellen ... Die piemontesische Monarchie muß, um ihrer Mission treu zu bleiben, immer das Endziel vor Augen haben: Unabhängigkeit und Einheit Italiens." Gleichzeitig beschwor er seine Landsleute, „die Theorie des Dolches" aufzugeben. „Der große Feind Italiens, erklärte er, ist die Lehre des politischen Mordes." Während des Pariser Kongresses versäumte Cavour es nicht, Manin in seiner ärmlichen Behausung aufzusuchen. Er hatte, wie er Rattazzi berichtete, eine lange Unterredung mit dem berühmten Verbannten, fand zwar in ihm noch immer „ein bißchen vom Utopisten", schied aber mit der Überzeugung von ihm, daß man ihn im Ernstfall benutzen könne[1]). Manin seinerseits glaubte fest daran, daß man für „das italienische Unternehmen" auf Cavour zählen dürfe. „Es wäre, schrieb er dem mißtrauischen Marquis Georg Palla-

Übergang von Republikanern zu Cavour.

Manin.

[1]) Eine wichtige Stelle des Briefes Cavours an Rattazzi vom 12. April 1856: „Crede all' efficacia della stampa in tempi procellosi; vuole l'Unità d'Italia ed altre corbellerie," die Chiala in seiner Ausgabe der Briefe Cavours unterdrückt hat, findet sich bei Emile Ollivier: L'empire libéral III. 442 nach einer Mitteilung Rattazzis.

vicino-Trivulzio, ein großer Verlust, ihn nicht zum Verbündeten, eine noch größere Gefahr, ihn zum Feinde zu haben. Ich meine: man muß ihn vorwärts treiben, nicht aber stürzen wollen."

Pallavicino.

Auf den Lombarden Pallavicino, den Verschwörer von 1821 und den Märtyrer des Spielbergs, der in Piemont ein Asyl gefunden und einen Sitz im Parlament erlangt hatte, machten die Mahnungen Manins tiefen Eindruck. Auch er schlug sich auf die Seite derer, die Cavours Politik mit Wort und Schrift unterstützten. Seine Base, die heldenmütige Fürstin Belgiojoso-Trivulzio, deren Ruhm dank ihrer Thätigkeit während der Jahre 1848 und 1849 noch gewachsen war, immer unterwegs zwischen Paris, Turin, Mailand und ihrer Villa in Locate, stellte sich als geheime politische Agentin in Cavours Dienst und ließ sich von ihm bestimmen, eine dem vaterländischen Zweck angepaßte „Geschichte des Hauses Savoyen" zu schreiben. Mazzinis alter Genosse La Cecilia war schon 1854 von Cavour gewonnen worden. Der Mailänder Giovanni Visconti-Venosta, einst begeistert für den Stifter des „Jungen Italien", wandte sich wie sein Bruder Emilio von ihm ab und erwartete das Zeichen der Befreiung von dem Minister Vittor Emanuels. Der 1849 aus Sicilien nach Turin geflüchtete La Farina, der von hier aus die Pläne der Muratisten bekämpfte, richtete im September 1856 an Cavour die Frage, ob diese Pläne nicht etwa von der piemontesischen Regierung begünstigt würden, ward bei einer persönlichen Zusammenkunft mit ihm in seiner Privatwohnung vollkommen beruhigt und gehörte von diesem Tage an zu seinen vertrautesten Anhängern.

Fürstin Belgiojoso.

La Cecilia G. und E. Visconti-Venosta.

La Farina.

Der italienische Nationalverein.

La Farina war es, der im Bunde mit Pallavicino und Manin im August 1857 den „Italienischen Nationalverein" gründete, dessen Endziel deutlich in folgenden Worten umschrieben war: „Der Nationalverein erklärt, den großen Grundsatz der italienischen Unabhängigkeit und Einigung über jede bevorzugte politische Form, über jedes municipale oder provinzielle Interesse zu stellen, er erklärt, für das Haus Savoyen zu sein, solange das Haus Savoyen in allem, was vernünftig und möglich ist, für die italienische Sache sein wird." Die Unterzeichnung des Programmes des Nationalvereins war eine der letzten Handlungen Manins. Aufgerieben durch körperliche Leiden, aber in festem Glauben an den Triumph der Sache Italiens, starb er am 22. September 1857 und ward in fremder Erde bestattet. Der Vorsitz des Nationalvereins ging von ihm auf Pallavicino über, der einen großen Teil seines Jahreseinkommens dem Verein opferte. La Farina wurde sein Schriftführer, besorgte seine Geschäfte, bildete das geheime Verbindungsglied zwischen dem vielgewandten Staatsmann in Turin und dem übrigen Italien. Seit jener ersten Zusammenkunft mit Cavour schlich er sich oftmals vor Tagesanbruch zu ihm und verschwand, sobald sich jemand im Vorzimmer hören ließ, auf einer

in das Schlafzimmer des Ministers führenden verborgenen Treppe. „Kommen Sie zu mir, hatte Cavour ihm gesagt, so oft Sie wollen, aber in aller Frühe, daß niemand Sie sieht und niemand es weiß. Falls ich im Parlament oder von der Diplomatie darüber befragt werden sollte, werde ich Sie verleugnen wie Petrus und werde sagen: Ich kenne diesen Menschen nicht.“ Die Möglichkeit baldiger Herstellung des italienischen Einheitsstaates, nach seiner damaligen Ansicht eine der „Utopieen“ Manins[1]), zog Cavour zwar auch La Farina gegenüber in Zweifel. Aber für seine nächsten Pläne, Unabhängigkeitskrieg gegen Östreich im Bunde mit Frankreich und Bildung eines starken subalpinen Königreiches war der Nationalverein ihm ein unschätzbares Werkzeug. Er verbreitete das monarchische Ideal unter den Unitariern, trug dazu bei, den Zauber Mazzinis zu mindern, hielt von vereinzelten, gewaltsamen Ausbrüchen zurück.

Seine Ausbreitung.

Mittlerweile breitete der Verein, im Staate Viktor Emanuels offen geduldet, in anderen Gebieten allen Spähern zum Trotz, sich rasch über die apenninische Halbinsel und über Sicilien aus. La Farinas Wochenschrift „Il piccolo Corriere“ fand zahlreiche Leser. Mazzinistische Komites lösten sich auf und machten solchen des Nationalvereins Platz. Die Parole „Einheit und Monarchie, Italien und Viktor Emanuel“, die Manin ausgegeben hatte, erwarb sich immer mehr Anhänger. Die größte Eroberung, die der Nationalverein und zugleich die von Cavour verfochtene Politik machten, war Garibaldi. Der Lieblingsheld des italienischen Volkes, den der Glorienschein der Verteidigung Roms umstrahlte, war nach fünf Jahren der Verbannung und nach wechselndem Aufenthalt in Tanger und New-York, Fahrten auf dem stillen Ocean, angewiesen auf seiner Hände Arbeit und seinen Verdienst als Schiffskapitän, 1854 in die Heimat zurückgekehrt. Auf dem Rückweg hatte er London berührt und dort Mazzini wiedergesehen. Obwohl er keinem erlauben wollte, „an seiner echt republikanischen Gesinnung zu zweifeln“, hielt er es doch für sehr fraglich, ob Italien schon für die Republik reif sei und verhehlte schon damals seine Meinung nicht, „daß der Weg zur Einheit Italiens nur durch Piemont und die Dynastie Savoyen gehen könne“[2]). Etwa ein Jahr lang weilte er mit den Seinigen in Nizza. Dann siedelte er mit ihnen nach dem Felseneiland Caprera unweit der Nordküste Sardiniens über, wo er auf dem von ihm erworbenen Grund und Boden als Landwirt ein freies Leben führte. Dann und wann kam er von da aufs Festland. So traf er am 6. August 1856 in Genua mit seinem Freund Felice

Beitritt Garibaldis.

[1]) S. o. S. 275 Anmerkung.

[2]) Malwida von Meysenbug: Memoiren einer Idealistin II. 174. (Irriger Weise spricht sie von Garibaldis „neuesten“ Heldenthaten in Südamerika.) Vgl. A. Herzen: Erinnerungen II. 84; 275. Auffallender Weise übergeht Guerzoni: Garibaldi diese Episode mit Stillschweigen.

Foresti, dem Leidensgefährten Pallavicinos auf dem Spielberg, zusammen. Er vertraute ihm an, daß er der Aufforderung von Flüchtlingen aus Mittelitalien und Sicilien, sich an die Spitze einer nationalen Bewegung zu stellen, nicht habe Folge leisten wollen, vor allem, weil man die geordneten und freiwilligen Kräfte Piemonts schonen müsse. Die Anregung zu dieser Bewegung, fügte er hinzu, müsse wenigstens mittelbar von der Regierung ausgehen. Er bat den Freund, durch Pallavicino die Meinung Viktor Emanuels und Cavours ergründen zu lassen und bot, wenn er Vorbereitungen sehe und auf Beistand rechnen könne, „seinen Arm, sein Leben Italien und der Krone Savoyen" an. Am 13. August war er mit Foresti in Turin, wurde von Cavour aufs herzlichste empfangen und schied, nach Forestis Zeugnis, von ihm, „wie von einem Freunde, der uns zu einem ersehnten Unternehmen ermutigt und seinen Beistand verspricht". Einige Wochen später dankte er den Bewohnern des Badeortes Voltaggio, die ihm ein Ständchen gebracht hatten, mit einem Hinweis auf die „heilige Mission der Hüter der Alpen", die Einigung Italiens auf dem Schlachtfeld zu erringen. „Die Italiener aller Lande sind bereit, sich um euer ruhmvolles Banner zu scharen, und ich, hocherfreut, Italien mein Gelübde halten zu können, bin bereit, ihm voll Dank gegen Gott

Vicepräsident.

den Rest meines Lebens zu widmen." Er zögerte keinen Augenblick, dem Nationalverein mittels einer öffentlichen Erklärung beizutreten, was mit Recht von Pallavicino als „ein ungeheures Ereignis" betrachtet wurde, und übernahm sogar das Vicepräsidium.

Gegnerschaft Mazzinis.

Mazzini sah mit bitteren Gefühlen die Zahl seiner Anhänger sich lichten. Aber ohne Vertrauen in die ehrlichen patriotischen Absichten der Regierung Viktor Emanuels und seinem Ideal der Einheitsrepublik unentwegt treu, gab er die gewohnte Kampfweise nicht auf und fand immer noch genug gläubige Gefolgsmänner. Der in Turin begünstigten Subskription zum Ankauf von hundert Kanonen für die Armirung von Alessandria setzte er eine andere für die Anschaffung von zehntausend

Komplotte im Königreich beider Sicilien.

Gewehren für die erste aufständische Stadt Italiens entgegen. Ein Hauptfeld seiner unterirdischen Thätigkeit blieb das Königreich beider Sicilien, dessen Mißregierung auch Einheimische zu gewaltsamen Versuchen, sie abzuschütteln, ermutigten. Bereits im November 1856 wagte der Baron Francesco Bentivegno auf der Insel Sicilien einen Aufstand, dessen rasche Unterdrückung ihn das Leben kostete. Am 8. December machte in Neapel der Soldat Agesilao Milano bei einer Truppenschau einen Mordversuch auf König Ferdinand II., der zu neuen polizeilichen Verhaftungen Anlaß gab. Am siebzehnten desselben Monats wurde ein Pulvermagazin in der Nähe des königlichen Palastes in die Luft gesprengt, und am 4. Januar 1857 zerstörte eine Explosion im Hafen von Neapel die Fregatte „Carlo III." mit der gesamten nach Sicilien

bestimmten Munitionsladung und mit einem Verlust von fünfzig Mann der Besatzung.

Ein Unternehmen größeren Stils ward mit Mazzinis Wissen und Willen und unter seinen Augen für den Sommer 1857 geplant. Von Genua aus sollte eine Expedition an der neapolitanischen Küste landen und sich mit den Verschworenen im Reich des Königs Bomba zu seiner Vertreibung und zur Ausrufung der Republik verbinden. Die Führung lag in der Hand Pisacanes, des Generalstabschefs während der Belagerung Roms. Der junge Calabrese Nicotera, der schon in seiner Heimat 1848 unter dem Banner der Revolution gekämpft und gelitten, in Rom unter Garibaldi mitgefochten, dann eine Zuflucht in Piemont gefunden hatte, sowie Falcone, ein Freund des hingerichteten Milano, standen ihm als Befehlshaber zur Seite. Mazzini brachte eine Summe, die seine englischen Freunde beigesteuert hatten, nach Genua mit. Fabrizi, der Patriarch der sicilianischen Verbannten in Malta, und Francesco Crispi, durch die Gewaltherrschaft König Ferdinands II. aus der Heimat vertrieben, waren in den Plan eingeweiht, überließen aber die thätige Mitwirkung ihrem Landsmann, dem feurigen Rosolino Pilo. Am 25. Juni fuhr Pisacane mit zwei dutzend Gefährten, alle mit falschen Pässen und mit Billets nach Tunis versehen, auf der „Cagliari", einem genuesischen Dampfschiff, ab. Infolge eines Mißverständnisses blieb die erwartete Verstärkung von Waffen und Mannschaft aus, die Rosolino Pilo ihnen zuführen sollte. Nichtsdestominder zwangen sie den Kapitän, den Kurs zu ändern, nahmen ein paar hundert auf der Insel Ponza befreite Sträflinge als Waffengefährten an Bord und landeten am Abend des 28. Juni in der Bucht von Sapri. Die „Cagliari" wurde von zwei neapolitanischen Fregatten aufgebracht, mit Beschlag belegt und die Mannschaft ins Gefängnis geworfen. Pisacanes kleine Schar fand bei ihrem Vormarsch keine Hilfe, ward am 30. Juni nach kurzem Kampf mit königlichen Streitkräften zersprengt und von wütenden Bauern verfolgt. Pisacane fiel, Nicotera, schwer verwundet, hatte mit den übrigen Gefangenen unbeschreibliche Qualen zu erdulden. Da sich unter den auf der „Cagliari" Verhafteten auch sardinische und englische Unterthanen befanden, hatte die Sache noch ein Nachspiel in einer gereizten Korrespondenz Cavours und Clarendons mit dem neapolitanischen Minister des Äußeren und wurde erst 1858 nach starken Drohungen Englands ausgeglichen.

Das Unternehmen Pisacanes

Sein Scheitern 30. Juni 1857.

Nach Mazzinis Plan sollte gleichzeitig mit Pisacanes Umwälzung des Königreichs Neapel im Süden eine Erhebung seiner Vaterstadt Genua im Norden, als eines Stützpunktes, um von da aus Piemont zum Kampf für Freiheit und Einheit fortzureißen, durch Eroberung der Forts, der Magazine, des Arsenals, des Dogenpalastes, eines Kriegsschiffes stattfinden. Vergeblich hatten ihn treue Freunde von einem

Mazzinis Aufstandsversuch in Genua.

Unterfangen abgemahnt, das an Wahnsinn grenzte, und die einzige italienische Regierung, die den Verbannten eine Freistatt gewährte und mit der Verfassung die italienische Fahne aufrecht hielt, bloßstellen und gefährden konnte. Er setzte für die Erhebung mit seiner geringen Truppe Mitverschworener, Bürger, Matrosen, Arbeiter, als Termin die Nacht vom 29. auf den 30. Juni fest. Aber der Plan wurde den Behörden verraten. Mazzinis Gegenbefehl kam zu spät, um die zur Einnahme des Forts Diamante bestimmte Abteilung zurückhalten zu können. Mit dieser einzigen That, die dem Kommandanten der Besatzung das Leben kostete, scheiterte das ganze Unternehmen kläglich. Die Polizei nahm massenhafte Verhaftungen vor. Mazzini hielt sich noch in wechselnden Verstecken ein paar Wochen verborgen, bis er wieder den Weg nach dem sicheren Port in England einschlug. In mehreren Artikeln seiner Zeitschrift „L'Italia del Popolo" wiederholte er seine alten Formeln, suchte den Mißerfolg von sich abzuwälzen und überschüttete die „Lauen" und vor allem Cavours gerühmte staatsmännische Kunst mit Gift und Galle.

Sein Scheitern 30. Juni 1857.

Cavour gegen Mazzini.

Cavour zahlte dem unbeugsamen Agitator seinen Haß mit Zinseszinsen zurück. Seit Jahren war sein eifriges Bestreben, seine Sache von der Sache derer völlig zu trennen, die ihre Hoffnung auf Attentate, Verschwörungen und Volksaufstände gesetzt hatten. Europa sollte seiner Meinung nach davon überzeugt werden, daß gerade um den revolutionären Ausbrüchen ein Ende zu machen, das Los Italiens gebessert werden müsse. Der Subskription der Mazzinisten für die Anschaffung von 10 000 Gewehren, die der ersten aufständischen Stadt übersandt werden sollten, war er daher durch Verbote entgegengetreten. Den Mordversuch und die Pulverexplosionen in Neapel hatte er gegenüber dem Abgeordneten Brofferio als „Thaten mitleidwürdiger, unglücklicher Verirrter" bezeichnet, die der nationalen Partei nicht zugeschrieben werden dürften. Unmittelbar nach dem Scheitern des letzten Komplottes in Genua berief er sich in einem nach Genf gerichteten Brief auf die „allgemeine Entrüstung", die es erregt habe, um im voraus zu rechtfertigen, daß man mit aller Strenge gegen die Mazzinisten verfahren werde. In dem lange währenden Proceß, der sich später in Genua abspielte, wurden über eine Anzahl der Verhafteten Galeerenstrafen bis zu zwanzig Jahren verhängt. Mazzini und fünf seiner nächsten Vertrauten, die sich wie er der Verfolgung entzogen hatten, wurden in contumaciam zum Tode verurteilt.

Angriffe gegen Rattazzi.

Für die innere Geschichte Piemonts hatten die letzten Ereignisse die Folge, wesentlich dazu beizutragen, Cavour eines Hauptmitgliedes seines Ministeriums zu berauben. Rattazzi, der Minister des Inneren, so viel Klugheit und Thatkraft er auch bei Gelegenheit der Vorgänge in Genua bewiesen hatte, konnte den Angriffen erbitterter Feinde von rechts und links nicht entgehen. La Farina beklagte den

„Krieg der klerikalen und liberalen Narren“ gegen den Minister und glaubte Beweise dafür zu haben, daß man durch seinen Sturz auch Cavour zu schwächen und dann den Spieß gegen ihn zu kehren gedenke. Cavour dachte noch nicht entfernt daran, sich von seinem Kollegen zu trennen, war aber doch wegen des Ausgangs der bevorstehenden Neuwahlen der Abgeordnetenkammer besorgt. Ihr Ergebnis rechtfertigte seine schlimmsten Befürchtungen. Ein Bund der äußersten und der gemäßigten Rechten, hinter denen der hetzende Klerus stand, und mit denen sich grollende Demokraten vereinten, führte zu einer bedeutenden Schwächung der liberalen Regierungspartei. Noch trat das Ministerium am 14. December in seinem früheren Bestand vor das Parlament. Auch fand die Eröffnungsrede des Königs mit ihrer Zusage der Entwicklung und Anwendung der freiheitlichen Grundsätze, die der Nationalpolitik zur unerschütterlichen Grundlage dienen sollten, lebhaften Beifall. Aber Cavour sah ein, daß er, um den Gegnern Rattazzis ein Opfer zu bringen, ihn über Bord werfen müsse. Ein Zusammenstoß mit dem König, der eben damals schon im Sinn hatte, sich mit seiner Maitresse, der Tambourmajorstochter Rosina, in morganatischer Ehe zu verbinden, trug zur Verschärfung der Krisis bei. Rattazzi war bereit, nach anfänglichem Sträuben, dem Willen des Königs nachzugeben. Cavour, dem es darauf ankam, dies Ärgernis zu vermeiden, und der dem König die Freiheit zu wahren wünschte, eine der Sache Italiens günstige zweite fürstliche Ehe einzugehen, beharrte auf seinem entschiedenen Widerspruch[1]). Nach einiger Überlegung beschloß der König, seinem unentbehrlichen Ministerpräsidenten nachzugeben, und Rattazzi leistete Cavours Appell an seine Selbstverleugnung Folge. Er bat um seinen Abschied, den der König am 13. Januar 1858 genehmigte. Mit seinem Ministerium des Inneren belud sich Cavour. Gleichzeitig trat er das von ihm bisher verwaltete Ministerium der Finanzen an den Unterrichtsminister Lanza, seit 1855 Cibrarios Nachfolger, ab. Unmittelbar darauf durchflog Europa von Paris aus die Kunde der Bluttat eines italienischen Fanatikers, die Cavours Hoffnungen anfangs völlig zu vernichten drohte, dank ihren letzten Wirkungen aber im Gegenteil ihre Verwirklichung in greifbare Nähe rückte.

Neuwahlen 15. Nov. 1857.

Austritt Rattazzis 13. Jan. 1858.

Seit dem Attentat des Romagnolen Pianori auf Napoleon (s. o. S. 24) waren mehr als zwei Jahre vergangen, ehe man wieder etwas von Anschlägen rachsüchtiger Italiener auf sein Leben gehört hatte. Aber am 6. August 1857 erschienen ihrer drei unter dieser Anklage vor

Attentat Tibaldis auf Napoleon s. August 1857.

[1]) Thayer: Life and times of Cavour I. 467 nach Ideville: Journal d'un diplomate en Italie I. 61. und „various inedited sources“. Vgl. Reuchlin: Geschichte Italiens III. 285. E. Ollivier a. a. O. III. 460.

dem Schwurgerichtshof in Paris: Tibaldi, ein Optiker, der seit 1850 in der französischen Hauptstadt wohnte und mehrmals von da nach London gereist war, Grilli und Bortolotti, die erst kürzlich aus England über den Kanal gekommen waren. Drei auf der Post von der französischen Polizei beschlagnahmte Briefe Mazzinis und ein gleichfalls sequestrirter Brief Tibaldis an Mazzini schienen dessen Mitwissenschaft zu beweisen[1]). Tibaldi wurde zu lebenslänglicher Deportation nach Cayenne, jeder seiner beiden Spießgesellen zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Tibaldis Unternehmen im Kopf eines Italieners, dessen Name und dessen Schicksale schon weithin bekannt waren, den Entschluß reifen ließ, in der Hoffnung auf besseren Erfolg, sein Beispiel nachzuahmen.

Orsini. Dies war jener schöne, verschlossene Römer Felice Orsini, der nach stürmischer, an Kerkerqualen und wilden Kämpfen reichen Vergangenheit, in der Verbannung zu London sich eng an Mazzini angeschlossen hatte (s. VII. 639). Nach dem Scheitern des Mailänder Aufstandes vom 6. Februar 1853 hatte er in Mazzinis Auftrag verschiedene Missionen übernommen, deren letzte ihn, verkleidet unter falschem Namen zum Zweck der Aufwiegelung von kaiserlichen Soldaten italienischer Nationalität nach Siebenbürgen führte. Dort fiel er der Polizei in die Hände. Nach Mantua verbracht und in einem Fort der Festung eingekerkert, gelang es ihm auf abenteuerliche Weise zu entfliehen und sich wieder nach London durchzuschlagen. Die dramatische Erzählung seiner Flucht und seiner vorausgegangenen Schicksale, für die er 1857 englische Übersetzer und einen schottischen Verleger fand, ehe sie italienisch erschien, machte allgemeines Aufsehen. Obwohl er sich hier noch als alter Schüler Mazzinis achtungsvoll über ihn äußerte, erlaubte er sich doch eine freimütige Kritik der Methode revolutionärer Propaganda, die von ihm ausging. Dies trug ihm einen heftigen Angriff Campanellis, eines unbedingten Bewunderers Mazzinis, in der „Italia del Popolo" ein. Von der Zeit an erfüllte er sich mit Bitterkeit gegen Mazzini selbst und versagte sich seinem weiteren Dienst. Eine zeitlang glaubte er seinem Vaterland am besten dienen zu können, wenn er sich der Regierung Viktor Emanuels zur Verfügung stelle. In diesem Sinn richtete er am 31. März 1857 ein Schreiben an Cavour, in dem er ihn beschwor, „die Italiener zur Unabhängigkeit aufzurufen" und sich selbst zur „Aufwiegelung der Herzogtümer und der Romagna" erbot. Als er keine Antwort erhielt, sah er sich wieder in die Rolle des Verschwörers zurückgeworfen und beschloß nun, durch eine herostratische, gigantische That, die Napoleons Verbrechen sühnen sollte, seinen Namen unsterblich zu machen.

Seine Abwendung von Mazzini.

[1]) S. über diese Frage Alessandro Luzio: Felice Orsini. Mailand 1914. S. 271 ff. Luzios Werk ergänzt und verbessert alle früheren Biographieen Orsinis.

Er war auf englischem Boden, in London und bei Vortragsreisen, allmählich unter den Einfluß geflüchteter französischer Klubisten geraten, die überzeugt davon waren, daß mit der Hinwegräumung des Kaisers die eine unteilbare socialdemokratische Republik in Frankreich triumphiren und von da ganz Europa umwälzen werde. Unter diesen nahm der ehemalige Marinearzt Simon Bernard die erste Stelle ein. Bernard, in das Geheimnis des Komplottes am tiefsten eingeweiht, gedachte sein sicheres Exil nicht zu verlassen. Aber drei Landsleute Orsinis erboten sich, die Gefahren des Unternehmens mit ihm zu teilen: der waghalsige, eitle Toscaner Pieri, der, 1852 aus Frankreich vertrieben, als Sprachlehrer in England sein Dasein fristete, ein in letzter Stunde gewonnener, ganz herabgekommener aus Belluno stammender Adliger de Rudio und ein armer, beschränkter Neapolitaner Gomez, den Orsini als seinen Diener ausgeben wollte. Als Werkzeug des Mordanschlags sollte eine Art von Bomben dienen, die Orsini in Brüssel gesehen hatte. Ihre Anfertigung erfolgte dank der Vermittlung eines seiner englischen Bekannten durch einen über den Zweck im dunkeln gelassenen Ingenieur in Birmingham. Orsini wußte die Bomben gegen Ende des Jahres 1857, in einzelne Stücke zerlegt, auf dem Weg über Belgien nach Paris einzuschmuggeln. Am 10. Januar 1858 traf er dort mit den drei Helfershelfern zusammen. Die Polizei war durch eine Depesche des französischen Gesandten in Brüssel vor der Ankunft Pieris, als eines gefährlichen Subjektes, gewarnt worden und machte sich auf die Suche nach ihm, ohne ihn zu finden. Ebenso entging ihr Orsini, von dessen Abreise sie mit Angabe seines Signalements von London aus in Kenntnis gesetzt war. Die Verschworenen konnten ungestört für den Abend des 14. Januars, an dem das Kaiserpaar nach Ankündigung der Zeitungen die Oper besuchen wollte, ihre Vorbereitungen treffen.

Seine Verbindung mit Bernard.

Pieri, Rudio, Gomez.

Ankunft der Verschwörer in Paris.

Nach Verteilung der Rollen untereinander stellten sie sich Abends nach acht Uhr, inmitten der herbeiströmenden Menschenmenge, am Eingang der Oper auf. Eine Viertelstunde ehe die kaiserlichen Wagen die Tuilerien verließen, wurde Pieri von Polizeibeamten, denen er verdächtig vorkam, verhaftet. Man fand bei seiner Durchsuchung eine der Bomben, einen geladenen Revolver und einen Dolch. Unbegreiflicher Weise unterblieb nach dieser Entdeckung eine Räumung der dichtgefüllten Straße. Als das Kaiserpaar mit seinem Gefolge anlangte, ertönten rasch nach einander drei Detonationen, die sich mit furchtbarem Jammergeschrei mischten. Lanciers, Gendarmen, Sicherheitsagenten, neugierige Zuschauer wälzten sich in ihrem Blut oder flüchteten. Zehn waren tödlich von den Bombensplittern getroffen, etwa hundertundvierzig mehr oder weniger schwer verwundet. Eine Bombe hatte den kaiserlichen Wagen beschädigt und eines der Pferde getötet. Das Kaiserpaar war unverletzt,

Das Bombenattentat vom 14. Januar 1858.

Rettung des Kaiserpaares.

stieg aus und erschien in seiner Loge: die Kaiserin Eugenie nach Überwindung des ersten Schreckens völlig gefaßt, Napoleon bleich und nervös zitternd. Er machte dem Polizeipräfekten Piétri Vorwürfe, nahm die Glückwünsche der herbeieilenden Minister, Würdenträger, Marschälle schweigend entgegen, behandelte seinen Vetter, den Prinzen Jérôme, der als einer der letzten kam, mit auffallender Kühle. Erst eine Weile nach dem Schluß der Vorstellung kehrte das Kaiserpaar durch die von Truppen abgesperrten Straßen in die Tuilerien zurück. Inzwischen gelang es der Polizei während der Nacht nach Pieris Geständnissen de Rudio in dem Gasthof, in dem er mit ihm abgestiegen war, festzunehmen, desgleichen Gomez in einem Restaurant, wo er sich durch aufgeregtes Benehmen verriet, endlich Orsini, nach Gomez' Angabe seiner Wohnung, wo man ihn durch ein Sprengstück selbst verwundet, in seinem Bett entdeckte.

Verhaftung der Verschwörer.

Eröffnung des gesetzgebenden Körpers 28. Jan.

Am 18. Januar bei Eröffnung des gesetzgebenden Körpers flocht der Kaiser in seiner Rede den Satz ein: „Da ich die Gewalt von der Nation erhalten habe, nicht um eine vorübergehende Popularität zu erlangen, sondern um eines Tages durch Gründung von etwas Dauerhaftem die Billigung der Nachwelt zu verdienen, so fürchte ich mich nicht, heute zu erklären: was man auch sagen möge, die Gefahr liegt nicht in überspannten Prärogativen der Macht, sondern in dem Mangel an Repressivgesetzen." Die Ankündigung von Unterdrückungsmaßregeln und Ausnahmegesetzen war deutlich. Nach den Worten des Herzogs Ernst von Koburg, der damals in Paris weilte und ein Augenzeuge des Attentates Orsinis war, trug allerdings „die officielle Darstellung sofort eine legendenhafte Färbung, bei welcher die Absicht deutlich hervortrat, Frankreich und seine Parteien völlig unbeteiligt erscheinen zu lassen". Ebenso bezeugt Hübner, nach vertraulichen Mitteilungen des Seinepräfekten Haußmann, daß der Polizeipräfekt „sich bemühte, glauben zu machen, das Attentat sei ein vereinzelter Anschlag gewesen, die Stimmung unter den Arbeitern sei gut, und falls der Kaiser getötet worden wäre, hätte das Volk die Unruhen nicht unterstützt". Haußmann selbst aber, der in unmittelbarer Berührung mit den unteren Schichten der Bevölkerung stand, erklärte dem Kaiser gegenüber, „die Stimmung unter den Arbeitern sei schlecht, die Anarchisten, ohne in die Einzelheiten der Verschwörung eingeweiht zu sein, seien doch im voraus davon benachrichtigt worden, um sich an Ort und Stelle einzufinden, und sie hätten sicher die Bewegung unterstützt, wäre das Attentat gelungen". Auch Hübner hielt es für wahrscheinlich, daß die Verschworenen „mit den Häuptern der geheimen Gesellschaften in Frankreich" im Einverständnis waren[1]). Jedenfalls bot das

Ankündigung von Ausnahmegesetzen

[1]) Hübner a. a. O. II. 63.

Attentat Orisinis der kaiserlichen Regierung eine erwünschte Handhabe, ihren Gegnern im Inneren Frankreichs neue wuchtige Schläge zu versetzen.

Unterdrückung von zwei Zeitungen.

Ein Vorspiel dessen, was man an Repressivmaßregeln zu erwarten hatte, war die Unterdrückung von zwei schon öfter verwarnten und suspendirten Journalen: des legitimistischen „Spectateur" und der demokratischen „Revue de Paris". Hierauf folgten Anweisungen für die Polizei zu noch strengerer Überwachung der geheimen Gesellschaften und Verschärfungen der Paßvorschriften. Am 28. Januar veröffentlichte der Moniteur ein Dekret vom vorausgehenden Tag, demzufolge Frankreich in fünf große Militärkommandos mit dem Sitz in Paris, Nancy, Lyon, Toulouse, Tours unter dem Oberbefehl von Marschällen geteilt wurde.

Fünf Militärkommandos 27. Jan.

Sicherheitsgesetz 1. Febr.

Am 1. Februar wurde dem gesetzgebenden Körper ein Gesetzentwurf über Maßregeln für die allgemeine Sicherheit vorgelegt, der die Regierung ermächtigen sollte, ohne jedes gerichtliche Verfahren die ihr gefährlich scheinenden Unterthanen durch Gefängnis, Verbannung, Internirung im Lande oder in Algier unschädlich zu machen. Die lange Liste derer, die seiner Willkür ausgeliefert werden sollten, umfaßte alle durch „ernste Thatsachen" als rückfällig gekennzeichnete Verurteilte, Internirte, Verbannte, Deportirte aus den Tagen des Mai und Juni 1848, Juni 1849, December 1851, alle wegen eines Attentates gegen den Kaiser oder die kaiserliche Familie, wegen eines Versuchs der Erregung des Bürgerkriegs, ungesetzlicher Aufbietung der bewaffneten Macht, Plünderung, Anfertigung falscher Päße Verurteilte, alle diejenigen, die zur Empörung aufreizen, den öffentlichen Frieden stören, Haß und Verachtung gegen die Regierung des Kaiserreichs erregen, Kriegswaffen, Munition, Explosivstoffe fabriciren, verkaufen oder aufbewahren würden.

Regentschaftsanordnung 7. Febr.

Vom gleichen Tage datirte eine an den Senat gerichtete kaiserliche Botschaft, die für den Fall des Todes des Kaisers die Kaiserin zur Regentin ernannte mit einem Geheimrat, als Regentschaftsrat, zur Seite, bestehend aus dem Kardinal Morlot, Erzbischof von Paris, dem Marschall Pélissier, Herzog von Malakov, dem Staatsminister Fould, den Präsidenten des Senates, des gesetzgebenden Körpers, des Staatsrates, Troplong, Morny, Baroche, sowie Persigny, den Prinzen des kaiserlichen Hauses Jérôme, und seinem Sohn.

Zur Anwendung der schneidigen Waffe des Sicherheitsgesetzes erschien die Hand Billaults, des Ministers des Inneren, zu schwach. Den Konservativen aller Schattirungen widerwärtig, bei den Klerikalen übel angeschrieben, und zugleich von seinen ehemaligen liberalen Freunden verachtet, hatte er das Vertrauen des Kaisers eingebüßt. Das Attentat vor dem Opernhaus gab ihm, nach Hübners Ausdruck „den Gnadenstoß". Er reichte seine Entlassung ein. An seine Stelle trat General Espinasse, ein brutaler Brausekopf, dessen Ruhmesthaten in der gewaltsamen

Entlassung Billaults. Espinasse Minister des Inneren 7. Febr.

Schließung der Nationalversammlung nach dem Staatsstreich und in dem unglücklichen Feldzug in der Dobrudscha bestanden hatten. Das Rundschreiben, durch das er seine Ernennung ankündigte, schloß mit den Worten: „Es ist Zeit, daß die Guten sich beruhigen und daß die Schlechten zittern." Indessen ward es doch für gut gehalten, den Entwurf des „Sicherheitsgesetzes", das im erschreckten Publikum mit dem verrufenen „Gesetz der Verdächtigen" aus der Zeit der Schreckensherrschaft verglichen wurde, vor der Beratung im gesetzgebenden Körper durch zwei Amendements des Staatsrates in etwas zu mildern. Es sollte, falls es nicht erneuert würde, als Ausnahmegesetz nur bis zum 31. März 1865 dauern, und keine Internirung oder Ausweisung sollte erfolgen ohne vorgängiges Gutachten des Präfekten, des Generals und des Generalprokurators in dem betreffenden Departement. Auch danach stieß es, trotz der sophistischen Verteidigung Mornys, als Berichterstatters, auf Widerspruch. In der Debatte, die eine zahlreiche Zuhörerschaft anlockte, zeichnete sich namentlich Emile Ollivier durch Bekämpfung der drakonischen Vorlage aus. Aber sie wurde am 19. Februar mit 217 gegen 24 Stimmen angenommen. Im Senat, der bei verschlossenen Thüren beriet, erhob sich die einzige Stimme Mac-Mahons gegen die Gutheißung einer Verletzung der Grundsätze von 1789. Schon vorher waren die Präfekten von Espinasse angewiesen worden, Listen der zur Verfolgung Bestimmten, nach Gutdünken bis zu zwanzig in jedem Departement, anzufertigen. In der Provinz wurden an 500, in Paris etwa 100 Personen verhaftet. Es waren durchweg Republikaner der verschiedensten Berufsstände: Journalisten, Ärzte, Kaufleute, Advokaten, Notare, Arbeiter. Viele von ihnen waren kaum aus der Verbannung zurückgekehrt und lebten seitdem in völliger Zurückgezogenheit. Etwa 400 wurden nach Algier transportirt. Eine zweite Razzia erhöhte die Zahl der Opfer, und wennschon das Gesetz in der Folge nicht mehr angewandt wurde, blieb es doch zunächst als Schreckmittel ein wertvolles Instrument der Regierung des Kaiserreichs.

Amendements zum Sicherheitsgesetz.

Seine Annahme 19.25. Febr

Verhaftungen und Deportationen.

Nach außen bestand die erste Wirkung des Attentates Orsinis in einem Ausbruch gehässiger Anklagen gegen England, von wo er mit seinen Genossen nach Paris gekommen war. Beim Empfang der großen Staatskörper, die sich zur Beglückwünschung des Kaisers wegen seiner Errettung am 16. Januar in den Tuilerien einstellten, sprach der Senatspräsident Troplong in einer geharnischten Rede von den „Citadellen im Herzen Europas, aus denen fanatische Meuchelmörder ausgesandt würden". Morny, der nach Hübners Meinung das Attentat im Sinn des russischen Bündnisses gegen England auszunützen wünschte, legte in seiner Anrede dem französischen Volk die Frage in den Mund, „wieso benachbarte und befreundete Regierungen unfähig sein könnten, wahre Mordwerkstätten

Anklagen gegen England.

zu zerstören". Der Moniteur brachte von Militärs aller Grade unterzeichnete Adressen zum Abdruck, in denen neben dem Gelöbnis unbedingter Hingebung für die Dynastie beleidigende Ausfälle gegen England zu lesen waren. Französische Obersten wollten danach nur auf den Befehl des Kaisers warten, „um die dank den Gesetzen in England beherbergten Ungeheuer bis in ihre Schlupfwinkel zu verfolgen". Walewski richtete am 20. Januar eine Depesche an Persigny nach London, in der alle Attentate aufgezählt waren, die auf englischem Boden geschmiedet seien, und in der es für undenkbar erklärt wurde, daß die englische Gesetzgebung mittels der Gewährung von Asyl noch weiter „Menschen zu schützen fortfahre, die sich außerhalb des gemeinen Rechtes stellten und von der Menschheit geächtet würden". Militärische Adressen.

Mit Sorgen verfolgte Persigny, dem die Erhaltung der englisch-französischen Allianz Herzenssache war, den Eindruck der jüngsten Vorgänge auf das englische Publikum und auf die englische Regierung. Zuerst glaubte er allerdings tiefe Entrüstung der öffentlichen Meinung gegen „die infame Sekte der Mörder" zu bemerken und war der Überzeugung, daß man von der Regierung Maßregeln „gegen die Bande der Schurken" werde erlangen können. Bald aber stiegen ihm Bedenken auf wegen „der Spitzfindigkeiten der Gesetzgebung", mit der man die Frage zu verneinen suche. In Unterhaltungen mit Palmerston, dem Herzog von Cambridge, Derby wurde er wegen der Ansprachen Troplongs und Mornys zur Rede gestellt. Derby äußerte, er glaube nicht, daß man vom Parlament Ausnahmemaßregeln gegen die Fremden werde erlangen können, wenn sie nicht in England selbst gerichtlich eines Verbrechens überführt würden. Der Herzog von Cambridge meinte, die bestehende Gesetzgebung reiche aus zur Verurteilung Angeklagter im Fall eines Schuldbeweises. Palmerston gab zu erwägen, was man Frankreich hinsichtlich Einschränkung des Asylrechtes etwa bewillige, müsse man auch Östreich zugeben, und die Vertreibung Mazzinis und seiner Jünger aus England werde nichts nützen, da sie in New-York ebensogut Attentate vorbereiten könnten. Persigny erwiderte, hier handle es sich nicht um eine juristische, sondern um eine staatsmännische Frage. In einer Rede an die städtische Korporation von London betonte er den Wert des englisch-französischen Bündnisses, dessen Fortdauer ohne Änderung der englischen Fremdengesetzgebung gefährdet sei. Von der Wirkung seiner Worte, vor deren Veröffentlichung er Palmerstons und Clarendons Billigung einholte, hoffte er das beste. Auch schien ihm Palmerston doch geneigt, nach Einholung des Gutachtens der Kronjuristen dem Parlament eine Bill vorzulegen, die Frankreich Genugthuung gewähren könne[1]). Bedenken Persignys.

[1]) Zur Ergänzung von Gedrucktem: Berichte Persignys 18., 19., 21., 27. Januar 1858. Arch. Paris.

Verschwörungs-Bill.

In der That ward im Schoß der Regierung eine Bill ausgearbeitet, derzufolge Verschwörung auf englischem Boden zum Zweck der Ermordung künftig als „Felonie" statt wie bisher als „misdemeanour" betrachtet und mit Deportation oder Zwangsarbeit bestraft werden sollte. Derby, Disraeli, Malmesbury versprachen in mehr oder weniger bindender Form der Bill keinen Widerspruch entgegenzusetzen. Der letzte, der ergebenste Freund des Kaisers, wie Persigny ihn bezeichnete, setzte ihn immer von allem, was der Sache nützen konnte, in Kenntnis. So sehr er die Paßschereien, die beim reisenden englischen Publikum böses Blut machten, und noch mehr die aufreizenden Adressen französischer Officiere mißbilligte, sah er doch der Eröffnung der Parlamentssession ziemlich beruhigt entgegen[1]). Bei ihrem Herannahen ließ sich jedoch ein unbestimmtes Gefühl zunehmender Schwächung der Popularität Palmerstons und wachsender Schwierigkeiten seines Ministeriums nicht abweisen[2]).

Schwächung des Ministeriums Palmerstons.

Allerdings hatten nach Auflösung des Parlamentes im Frühling 1857 Neuwahlen seine Mehrheit noch verstärkt. Gegner wie Cobden und Bright, die für ihr Verhalten im Krimkrieg büßen mußten, verloren ihre Sitze, und die Peeliten teilten ihre Niederlage mit den Radikalen. Aber der Triumph machte Palmerston noch selbstbewußter als vorher. Dies wurde mitunter sogar seinen eigenen Parteigenossen fühlbar. Persönlich hatte er sich außerdem durch Aufnahme Lord Clanricardes, eines durch verschiedene Gerichtsverhandlungen bloßgestellten whigistischen Edelmannes, als Privatsiegelbewahrer in das Ministerium an Harrowbys Stelle, außerordentlich geschadet. Das Versprechen einer Reform-Bill harrte noch der Einlösung. Ein gemeinsam mit Frankreich unternommener Krieg gegen China war trotz der Übergabe Kantons nach Beschießung dieser Stadt noch nicht beendigt. Der beinahe, wenn auch noch nicht ganz niedergeschlagene furchtbare indische Aufstand hinterließ schmerzliche Nachwehen, und Palmerstons Plan, die Regierungsvollmachten der ostindischen Kompanie auf die Krone zu übertragen, stieß auf lebhaften Widerstand. Endlich ließen die finanziellen Verlegenheiten des Ministeriums, das in Folge der großen Handelskrisis von 1857 zeitweise die Bankakte hatte suspendiren müssen, und das die Bürde der Kosten des Krimkriegs, des Krieges gegen China und des indischen Aufstandes zu tragen hatte, durch Ermäßigungen der Einkommensteuer und einiger Zölle sich nicht verschleiern. Dennoch dachte niemand an einen baldigen Sturz der Regierung. Palmerston selbst war bei Eröffnung der Session am 4. Februar voll Siegeszuversicht. Die erste Lesung der „Verschwörungs-Bill" ging fünf Tage später nach kurzer Debatte, da die Tories Wort hielten, glatt vonstatten. Persigny

Erste Lesung der Verschwörungs-Bill 9. Febr. 1858.

[1]) Berichte Persignys 30., 31. Januar, 2., 5., 6. Februar 1858. Arch. Paris.

[2]) Greville: Memoirs VIII. 159. 165.

reiste am 13. Februar, um sich für die Ernennung in den Regentschaftsrat zu bedanken, ohne Arg nach Paris.

Umschlag der Stimmung in England.

Aber während seiner Abwesenheit erfolgte in London ein unerwarteter Umschlag. Die Fortsetzung der Veröffentlichung beleidigender Adressen französischer Officiere durch den Moniteur hatte tausende in England von Tag zu Tage stärker empört. Eine Entschuldigung Walewskis, deren Palmerston bei Vorlage der „Verschwörungs-Bill" gedacht hatte, ließ man nicht als genügend gelten. Man verdachte ihm aufs höchste, daß er Walewskis inzwischen bekannt gewordene Depesche vom 20. Januar, die von Clarendon nur durch einen Privatbrief zurückgewiesen war, keiner amtlichen Antwort gewürdigt hatte. Seinerseits beantragte Palmerston, in Sicherheit gewiegt durch die Annahme der „India-Bill" in erster Lesung, mit äußerster Sorglosigkeit die zweite Lesung der „Verschwörungs-Bill" für den 19. Februar. Mit solcher Bestimmtheit rechnete der ministerielle „Einpeitscher" wieder auf eine große Mehrheit, daß er einer Anzahl liberaler Parteimitglieder gestattete, ohne die übliche „Abpaarung" mit Mitgliedern der Gegenpartei der Sitzung fernzubleiben. Der Radikale Milner Gibson, wie Prinz Albert später von Derby erfahren haben wollte nach Verabredung mit John Russell und Graham, ließ sich dies alles nicht entgehen, um ein Amendement zu beantragen, das zwar die Bereitwilligkeit des Hauses erklären sollte, etwa vorhandenen Mängeln der Strafgesetze abzuhelfen, zugleich aber der Regierung einen Tadel aussprach, weil sie es unterlassen habe, vor Einbringung der „Verschwörungs-Bill" Walewskis Depesche vom 20. Januar zu beantworten. Der laute Beifall, den seine Worte fanden, brachte der Opposition zum Bewußtsein, daß der Augenblick gekommen sei, dem Ministerpräsidenten Schach und Matt zu bieten.

Amendement Milner Gibsons.

Das lahme Zugeständnis George Greys, man werde die Depesche nach der zweiten Lesung erwidern, bestärkte Tories und Radikale in ihrer kampffreudigen Stimmung. Die Mehrheit hatte kein Ohr für die langatmigen Erörterungen der Kronjuristen. Sie bejubelte die donnernden Perioden Gladstones, der sich für das Amendement aussprach. Sie lauschte mit Wohlgefallen den scharfen Worten Disraelis, der die Gründe darlegte, die ihn und seine Freunde bewogen, gegen die zweite Lesung eines Gesetzvorschlags zu stimmen, dessen erste Lesung nur durch ihre Unterstützung möglich geworden war. „Vor zehn Tagen, sagte er, handelte es sich um eine auswärtige Frage, heute um eine innere: ob die verantwortlichen Diener der Krone ihre Pflicht gethan und das Vertrauen dieses Hauses verdienen." Er wollte das Eisen schmieden, so lange es heiß war, und widersprach einer Vertagung der Debatte. Vergeblich setzte Palmerston, der die gewohnte Fassung völlig verlor und seinen radikalen Gegnern sogar mit der Faust drohte, sich leidenschaftlich zur Wehre. Eine Mehrheit

Niederlage und Sturz des Ministeriums Palmerston 19. Febr.

von 234, Tories, Peeliten, Radikale, abgesprengte Liberale, nahm gegen eine Minderheit von 215 Milner Gibsons Tadelsvotum an[1]).

Nach kurzer Überlegung reichte Palmerston seine und seiner Kollegen Entlassung ein. Möglicher Weise zählte er darauf, daß die Schwierigkeiten der Bildung einer neuen Regierung ihn selbst bald wieder wie 1855 ans Ruder zurückführen würden. In der That verkannte Derby, an den die Königin sich wandte, keinen Augenblick das Mißliche seiner Aufgabe, mit einer ausgesprochenen Minorität im Unterhause zu regieren, da die Zufallsmehrheit des 19. Februar nach Palmerstons Sturz sofort wieder zerfiel. Sein Versuch, den Zutritt der Peeliten zu erlangen, scheiterte. Er sah sich auf die engere Genossenschaft seiner streng konservativen Parteiangehörigen beschränkt und besetzte aus ihrer Mitte die Hauptämter. Für die wichtigsten Posten verfügte er über Disraeli als Schatzkanzler und Führer des Hauses der Gemeinen, Malmesbury, Spencer Walpole, General Peel, seinen eigenen ältesten Sohn Lord Stanley, als Minister des Äußeren, des Inneren, des Krieges, der Kolonieen. Am 1. März entwickelte er die Grundzüge seines Programmes im Hause der Lords: Beantwortung der Note Walewskis vom 20. Januar, Verzicht auf die von Palmerston eingebrachte „Verschwörungs-Bill", Vorlage einer neuen „India-Bill", Aufschub der Frage einer Reform-Bill bis zum nächsten Jahr.

Das Ministerium Derby 1. März.

Für Persigny ergab sich aus allem, was sich ereignet hatte, nach seiner Rückkehr eine höchst unbehagliche Lage. Er beklagte aufs tiefste „den Theaterstreich", dem Palmerston zum Opfer gefallen, und machte in seinen Unterhaltungen mit Malmesbury und Derby kein Hehl aus seinen Gefühlen. „Es handelt sich, sagte er dem ersten, nicht mehr um die Frage der Bill, sondern um die Würde Frankreichs. Ihr laßt uns jetzt angesichts der Welt unter dem Eindruck einer moralischen Niederlage." Auf eigene Faust, ohne irgendwie von Walewski dazu angewiesen zu sein, drohte er, der Verzicht auf die „Verschwörungs-Bill" werde den Bruch mit Frankreich herbeiführen. Immerhin ließ er sich dazu herbei, mit Malmesbury über den Text einer Antwort auf Walewskis Depesche vom 20. Januar zu verhandeln, die das Parlament befriedigen könnte. Es war ein angemessener Protest gegen die Anmutungen Walewskis und zugleich ein Fingerzeig für die französische Regierung, auf gute Art den Rückzug anzutreten. Persigny war mit dem Wortlaut nicht zufrieden. Aber Cowley, der sich bewegen ließ, auf seinem Posten zu verbleiben, wurde von Malmesbury ermächtigt, die ihm übersandte Antwortdepesche in

Schwierige Lage Persignys.

[1]) Drastische Schilderungen der denkwürdigen Sitzung bei Vitzthum von Eckstädt: St. Petersburg und London 1886 S. 232, 233, 253 ff. Malmesbury: Memoirs of an Exminister. Tauchnitz-Edition II. 272, 273. Greville: Memoirs VIII. 167. Palmerstons eigener Bericht in Letters of Queen Victoria III. 265, 266.

Paris mitzuteilen. Da Napoleon die Dinge nicht auf die Spitze treiben wollte, schlug er in die ihm gebotene Hand ein. Eine von Walewski am 11. März Persigny übersandte Depesche schloß den Streithandel ab. Walewski wiederholte zwar den Vorwurf der Duldung „einer fremden Sekte von Meuchelmördern in London". Aber er hütete sich, die verblümte Forderung einer Änderung der englischen Fremdengesetzgebung zu wiederholen, und erklärte, „die freundschaftlichen Absichten" Frankreichs seien nach dem Eindruck seiner früheren Depesche vom 20. Januar bedauerlicher Weise verkannt worden. Diese Lösung war für den galligen Persigny ein unerträglicher Schlag. Schon bei den Verhandlungen mit Derby und Malmesbury hatte er sich höchst taktlos benommen. Gleichzeitig war er immer mit Palmerston in Verbindung geblieben und hatte ihn von allem, was die neuen Minister ihm anvertrauten, in Kenntnis gesetzt. Daß Walewski, mit dem er seit lange auf Kriegsfuß stand, hinter seinem Rücken durch Cowley sich mit Malmesbury einigte, versetzte ihn in die äußerste Wut. Er reichte in Paris seine Entlassung ein, ohne Zweifel in der Erwartung, der Kaiser werde den ältesten und treuesten Freund nicht fallen lassen. Napoleon zögerte, wie Malmesbury erfuhr, in der That, das Entlassungsgesuch zu genehmigen. Aber Walewskis Drohung mit seinem eigenen Abschied und der Zauber, den seine Frau auf den Kaiser ausübte, thaten ihre Wirkung. Walewski konnte sich durch lakonische Annahme des Entlassungsgesuches Persignys seines Nebenbuhlers entledigen[1]).

Malmesburys Antwort auf Walewskis Depesche 4. März.

Replik Walewskis 11. März.

Taktlosigkeit Persignys.

Seine Abberufung.

Zum Nachfolger Persignys ward wider Erwarten kein Diplomat ausersehen, sondern ein Kriegsmann, der vom diplomatischen Handwerk so gut wie nichts verstand: Pélissier, der Herzog von Malakov. Indessen die Wahl des tapferen alten Marschalls, dessen herzoglicher Name die Erinnerung an das in der Krim gemeinsam vergossene Blut wachrief, schmeichelte dem englischen Volk und dem englischen Heer. Auch verbarg sich unter seinen rauhen Formen ein gutes Teil bäurischer Schlauheit. Die Aufnahme, die er in England fand, war beinahe enthusiastisch zu nennen. Mit den Ministern verkehrte er auf weit bessere Art als sein Vorgänger, und bei Hof ergötzte er die Königin und den Prinzen Albert durch seine Derbheiten. Freilich erlebte er gleich nach seiner Ankunft die Freisprechung des verhafteten und vor die Geschworenen gestellten, schwer belasteten Bernard, die vom Publikum mit Beifallsrufen und Hüteschwenken begrüßt wurde. Es war, nach Prinz Alberts wohlbegründeter Ansicht, ein nachträglicher Protest gegen die französischen

Pélissier sein Nachfolger.

Freisprechung Bernards 17. April.

[1]) Depeschen Persignys 21., 22., 24., 28. (très confidentielle) Februar. 1., 2., 3. (confidentielle), 5., 6., 8., 9., 12., 16., 19., 23. März 1858. Arch. Paris. — Vgl. Malmesbury a. a. O. III. 215 ff. Vitzthum von Eckstädt a. a. O. S. 234. Ringhoffer: Im Kampf um Preußens Ehre. Aus dem Nachlaß Bernstorffs S. 387, 388.

Drohungen und Versuche der Einmischung in die englische Gesetzgebung. Aber allmählich verblaßte die Erinnerung an die gereizte Stimmung auf beiden Seiten des Kanals, die eine zeitlang die englisch-französische Allianz in ihr Gegenteil zu verwandeln gedroht hatte. Durch einen Besuch, den das englische Herrscherpaar anfangs August Napoleon und der Kaiserin Eugenie in Cherbourg abstattete, schien sie aufs neue befestigt zu werden, mochte auch der Kaiser seinen Unmut über die vorausgegangenen Angriffe der englischen Presse nicht ganz verbergen, und mochte auch Prinz Albert durch die Kraftentwicklung der französischen Marine, die er vor Augen sah, von der Notwendigkeit, Gegenmaßregeln zu treffen, überzeugt werden.

Besuch des englischen Herrscherpaares in Cherbourg 4—6 August.

Hatte sich nach Orsinis Attentat der Hauptsturm französischer Anklagen gegen England gerichtet, so konnten doch die kleinen Nachbarstaaten des Kaiserreichs ihnen gleichfalls nicht entgehen. In Belgien, wo seit dem Herbst 1857 das liberale Ministerium Rogier am Ruder war, suchte man ihnen durch Gesetzesvorlagen über die Fremdenpolizei und Beleidigungen fremder Herrscher die Spitze abzubrechen. In der Schweiz nötigte der Bundesrat die sich sträubende Regierung von Genf zur Entfernung italienischer und französischer Flüchtlinge, die an politischen Verbindungen teilgenommen hatten, aus dem Grenzkanton, erließ ein Dekret der Internirung und verschärfte das Paßwesen[1]). Besonders mißlich war die Lage des Königreichs Sardinien, dessen leitender Staatsmann alles von Napoleons Beistand in einem Kampf für Italiens Unabhängigkeit gegen Östreichs Obmacht erhoffte, und der nun fürchten mußte, durch die von Italienern geschleuderten Bomben seine Hoffnungen zerstört zu sehen. Acht Tage nach Orsinis Attentat richtete Walewski an den französischen Gesandten in Turin, den Prinzen de la Tour d'Auvergne, eine Depesche, in der er unter Hinweis auf Mazzinis jüngstes Genueser Komplot den Staat Vittor Emanuels beschuldigte, „den Feinden der europäischen Gesellschaft Schutz zu gewähren" und Einschreiten gegen deren Journale, vor allem gegen die „Italia del Popolo" forderte. In Paris bekam Villamarina gleiche Vorwürfe von Walewski zu hören. Dem General della Rocca, den Vittor Emanuel mit einem Beileids- und Glückwunschschreiben an Napoleon gesandt hatte, gab dieser deutlich zu verstehen, wenn der König auf das Bündnis mit Frankreich rechnen wolle, müsse seine Regierung schärfere Maßregeln gegen die in Piemont geduldeten verbrecherischen Flüchtlinge treffen. Die französischen Begehren spitzten sich darauf zu folgenden Sätzen zu: Unterdrückung der „Italia del Popolo", Verbot der Aufnahme von Artikeln politischer Flüchtlinge

Französischer Druck auf Belgien, die Schweiz, Sardinien.

Beschwerden in Turin.

Mission della Roccas nach Paris.

[1]) Vgl. zu Schweizer: Geschichte der schweizerischen Neutralität S. 855 noch den Briefwechsel Kerns und Furrers in Zsler: J. Furrer 1907 S. 163—179.

in die Zeitungen, Aburteilung von Preßvergehen der Beleidigung fremder Souveräne und Regierungshäupter durch die ordentlichen Gerichte ohne Zuziehung von Laien und ohne Strafantrag des beleidigten Teiles, Landesverweisung des Lombarden Bianchi-Giovini, des Redakteurs der „Unione", der nach Orsinis Attentat eine unvorsichtige Sprache geführt hatte, und aller unruhestiftenden Flüchtlinge.

Verhalten Viktor Emanuels und Cavours.

König Viktor Emanuel, dessen Blut nach Empfang des Berichtes della Roccas in Wallung geriet, verbat sich eine solche Behandlung „eines treuen Verbündeten" und berief sich darauf, „daß er immer den Weg fleckenloser Ehre gegangen, wofür er nur Gott und seinem Volk verantwortlich sei". Cavour verwahrte sich gegen das Ansinnen des „Staatsstreichs" einfacher Unterdrückung einer Zeitung und des Verbotes für Flüchtlinge, in politische Tagesblätter zu schreiben. Flüchtlingen, die sich der Gastfreundschaft Piemonts unwürdig erzeigen würden, diese zu entziehen, wollte er sich nicht weigern, fand aber, daß man dabei sehr vorsichtig zu Werk gehen müsse. Endlich erklärte er sich bereit, „um dem französischen Kabinet einen Beweis guten Willens zu geben", jede dem Fiskus angezeigte Beleidigung der Person des Kaisers solle genügen, um die Sache durch den Staatsanwalt zur Kenntnis der Gerichte zu bringen. Alles kam für ihn darauf an, die doppelte Aufgabe zu lösen: die Würde des Landes und die französische Allianz zu retten. Eine große Beruhigung konnten ihm della Roccas Berichte über seine Abschiedsaudienz beim Kaiser gewähren. Napoleon, durch Viktor Emanuels freimütigen Brief in keiner Weise verletzt, gab ihm durch della Rocca die vertrauliche Zusicherung, im Fall er mit Östreich in Krieg gerate, werde ihm ein starkes französisches Heer zu Hilfe kommen. Zugleich ließ er Cavour durch den General sagen, er möge „unmittelbar" mit ihm korrespondiren, und er zweifle nicht daran, daß sie „zu einer Verständigung" gelangen würden[1]).

Deforestas Gesetzvorschläge.

Immerhin schien es Cavour ratsam, soweit dies mit Recht und Ehre verträglich, Walewskis dringende Mahnungen nicht ganz zu verachten. Die Freisprechung Ausonio Franchis, eines der Kutte entsprungenen Priesters, der in einer radikalen Zeitung den Tyrannenmord gerühmt hatte, durch die Turiner Geschworenen bot ihm den Anlaß, durch den Justizminister Deforesta dem Parlament Gesetzentwürfe für Verschärfung der Preßgesetzgebung, Bestrafung von Verschwörung gegen das Leben eines fremden Fürsten im Fall des Nachweises vorbereitender Handlungen und für Abänderung des Systems der Auswahl der Geschworenen vorlegen zu lassen. Das Hauptstück dieser Entwürfe war der Vorschlag, Personen, die in der Presse den Fürstenmord verteidigten,

[1]) Autobiografia di un veterano. Ricordi del generale E. della Rocca Bologna 1897 S. 396.

mit Geldbuße und Gefängnis zu strafen. Es war ein eigentümliches Schauspiel zu sehen, wie sich in der Debatte der Abgeordnetenkammer die Sprecher der Rechten, Revel und Solaro della Margherita, mit denen der Linken, Valerio und Brofferio, als Verfechter der bedrohten Preßfreiheit zusammenfanden. Aber Rattazzi, Farini, Mamiani, der berühmte römische Verbannte, und vor allem Cavour selbst in einer seiner glänzendsten Reden, die sich zu einer Verteidigung der ganzen piemontesischen Politik seit dem Regierungsantritt Viktor Emanuels erhob, verhalfen Desorestas Vorlage zum Siege. Mit äußerster Schärfe hatte Cavour in dieser Rede sich aufs neue gegen Mazzini und seine Anhänger gewandt, denen er vorwarf, zur Erreichung ihrer Zwecke nicht einmal vor dem Mord zurückzuschrecken. Gestützt auf eine frühere Mitteilung der Genfer Polizei hatte er sogar den Verdacht geäußert, das Leben Viktor Emanuels sei durch Sektirer bedroht gewesen. Auf diese Anschuldigung antwortete Mazzini mit einem von Entrüstung und Verachtung diktirten offenen Brief, den er in die „Italia del Popolo" einrücken ließ. Bestrafungen des Redakteurs und wiederholte Beschlagnahme hatten dem Blatt bereits hart zugesetzt. Nach einer neuen Konfiskation, die auf die Veröffentlichung des Briefes Mazzinis erfolgte, ward sein Erscheinen eingestellt. Statt seiner kam in London die Zeitschrift „Pensiero ed Azione" heraus, deren Leitung Mazzini selbst übernahm, und an der außer italienischen Verbannten u. a. Herzen, Kossuth, Karl Blind mitarbeiteten.

Ihre Annahme 29. April 1858.

Aufhören des Erscheinens der „Italia del Popolo".

Schon einige Monate vorher war der Proceß Orsinis und seiner Mitverschworenen abgeschlossen worden. Von den Angeklagten bewahrte nur Orsini vor den Geschworenen eine würdige Haltung. Pieri benahm sich wie ein roher, großsprecherischer Klopffechter. Gomez schützte vor, er sei nur der uneingeweihte Diener Orsinis gewesen. De Rudio verschanzte sich dahinter, daß seine Armut ihn für ein paar hundert Francs Sündenlohn dem Komplot zugeführt habe. Orsini allein bot seinen Richtern kühn die Stirn mit dem offenen Bekenntnis, er habe den Entschluß gefaßt, den Kaiser aus dem Weg zu räumen, weil er ihn als Hindernis für die Befreiung seines Vaterlandes betrachtet habe. Er leugnete nur, die dritte Bombe geworfen zu haben, ohne den Namen des Landsmannes anzugeben, dem er diese That zuschreiben wollte. Sein stolzes Auftreten, sein Mut, seine Schönheit machten tiefen Eindruck auf das zahlreich erschienene elegante Publikum. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch die Rede des von ihm gewählten Anwaltes, Jules Favre, der seine früheren Triumphe im Gerichtssaal durch diese seine berühmteste Verteidigung übertraf[1]). Er benutzte die Gelegenheit, um eine ganz

Der Proceß Orsinis und seiner Genossen 25./26. Febr.

Jules Favres Verteidigung.

[1]) Zur Ergänzung von Bekanntem Reclus: Jules Favre 1912 S. 204 ff. mit Benutzung handschriftlichen Materials.

politische Anklage im Interesse eines freien Italiens gegen seine Unterdrücker zu erheben. Die Zurüstungen zu dem Verbrechen, das Verbrechen selbst, das grausige Bild der verstümmelten Opfer: alles verschwand vor der Schilderung des dramatisch bewegten Lebens und der patriotischen Träume seines Klienten, den er als Märtyrer einer erhabenen Idee dem Tode geweiht betrachtete. Mitten in seine Rede verflocht er, wie er ausdrücklich hervorhob, nach eingeholter Erlaubnis des Kaisers, einen Brief, den Orsini wenn nicht nach seinem Diktat so doch nach seiner Billigung[1]) aus dem Gefängnis an Napoleon gerichtet hatte. „Ich beschwöre Eure Majestät, hieß es hier, Italien die Unabhängigkeit zu geben, die seine Kinder 1849 durch die Schuld der Franzosen selbst verloren haben ... Möge Eure Majestät den letzten Wunsch eines auf den Stufen des Schaffots stehenden Patrioten nicht zurückstoßen. Befreien Sie mein Vaterland, und der Segen von 25 Millionen Bürgern wird Ihnen in die Nachwelt folgen." Der österreichische Gesandte Hübner war empört über die Verlesung „des Testamentes des Mörders", das auch im Bericht des Moniteur erschien, und fand die Sache „verdächtig". Indessen ließen die Geschworenen sich nicht beirren. Orsini, Pieri, Rudio wurden zum Tode, Gomez mit Anrechnung mildernder Umstände zu lebenslänglicher Galeere verurteilt. Orsinis erster Brief an Napoleon.

Nachdem das Urteil gefällt war, begann in unmittelbarer Umgebung des Kaisers ein förmlicher Kampf um Orsinis Rettung. Vor allem bemühte sich die Kaiserin Eugenie um sein Leben. Sie machte kein Hehl aus ihrer Bewunderung Orsinis, den sie nicht als einen gewöhnlichen Mörder, sondern als einen „ihrer Achtung würdigen" Mann betrachtet wissen wollte, und beschwor den Gemahl mit Thränen, die Begnadigung auszusprechen, die ihrem Sohne, wie sie sagte, sicher Glück bringen werde. Napoleon suchte solche Scenen wenigstens vor Zeugen zu vermeiden. Er schien unschlüssig und berief, als der Kassationshof den Rekurs der Verurteilten zurückgewiesen hatte, den Geheimrat zur Abgabe eines Gutachtens. Erst nach dessen einstimmiger Meinung bestätigte er das Todesurteil Orsinis und Pieris und verwandelte nur das de Rudios in die Strafe lebenslänglicher Zwangsarbeit. Am 13. März wurden Orsini und Pieri hingerichtet. Orsini, stolz und unbeugsam bis zuletzt, stieß, ehe der Scharfrichter Hand an ihn legte, sein dichtes, schwarzes Haar vom Nacken streifend, den Ruf aus: „Es lebe Italien." Hinrichtung Orsinis und Pieris 13. März.

Zwei Tage vor seiner Hinrichtung hatte er aus seinem Kerker, diesmal ganz selbständig, einen zweiten Brief an Napoleon gerichtet[2]). Er Orsinis zweiter Brief an Napoleon 11. März.

[1]) S. über diese Frage Luzio: Orsini S. 308, 309.

[2]) Die Behauptungen, dieser Brief sei nicht authentisch, vielleicht vielmehr von Napoleon und Cavour verabredet u. s. w. werden widerlegt durch Luzio: Orsini S. 326 bis 332 unter Hinweis auf das im Archiv von Farnborough befindliche Original. Vgl. S. 317.

dankte ihm zunächst für die Erlaubnis der Veröffentlichung seines ersten Schreibens und wollte darin einen Beweis dafür sehen, daß seine zu Gunsten Italiens ausgesprochenen Wünsche im Herzen des Kaisers „ein Echo" gefunden hätten. Dann wandte er sich an die Italiener selbst mit den Worten: „Bald werde ich nicht mehr sein. Ehe ich den letzten Atemzug thue, erkläre ich mit der Offenheit und mit dem Freimut, die ich bis heute nie verleugnet habe, daß der Meuchelmord, mit welchem Vorwand er sich auch bekleide, meinen Grundsätzen fremd ist, und daß ich mich in Folge einer verhängnisvollen geistigen Verirrung dazu habe verführen lassen, das Attentat des 14. Januars ins Werk zu setzen. Mögen meine Landsleute, statt auf den Mord als ein Mittel zu zählen, aus dem Mund eines zum Tode bereiten Patrioten hören, daß ihre Befreiung nur durch ihre Selbstverleugnung, ihre beständige Einigung der Kräfte und Opfergaben und Übung der wahren Tugend erreicht werden kann." Zum Schluß bat er den Kaiser, nicht ihm, aber den beiden mit ihm zum Tode Verurteilten das Leben zu schenken.

Seine Veröffentlichung in der „Gazzetta Piemontese" 31. März.

Napoleon übersandte den Brief nebst Orsinis Testament insgeheim Cavour, mit dem Auftrag, beide Stücke in der „Gazzetta Piemontese", dem officiellen Blatt der sardinischen Regierung, abzudrucken. Eine dem Kaiser treu ergebene Hand, vermutlich die Mocquards, hatte dem Brief das Vorwort beigefügt: „Die italienischen Patrioten können überzeugt davon sein, daß sie nicht durch Verbrechen, welche die ganze civilisirte Gesellschaft verdammt, ihr berechtigtes Ziel erreichen werden, und daß eine Verschwörung gegen das Leben des einzigen ausländischen Souveräns, der Teilnahme für ihre Leiden fühlt, des einzigen, der etwas für das Wohl des unglücklichen Italien zu thun imstande ist, einer Verschwörung gegen das eigene Vaterland gleichkommt." Der doppelte Zweck dieser Sätze war klar: Abschreckung von neuen Attentaten gegen den Kaiser und Hinweis auf seine Absicht, etwas für Italien zu thun. Cavour gab zu bedenken, daß die Veröffentlichung des Briefes in der Amtszeitung einen direkten Angriff nicht nur von Seite Piemonts sondern auch von Seite des Kaisers gegen Östreich bedeute. Aber er ließ den Abdruck mit dem Vermerk „aus sicherer Quelle" und mit einem, dem Sinn nach gleichen, nur der Form nach veränderten, Vorwort zu. Dieser Streich erregte Hübner noch mehr als die Enthüllung Jules Favres. Er führte Klage bei Walewski, der ihm erwiderte, der französische Gesandte in Turin habe mit seiner Billigung die Veröffentlichung strenge getadelt. Walewski, der schon die Bekanntmachung des ersten Briefes bedauert hatte, sprach und handelte in gutem Glauben. Napoleon trieb wieder, wie so oft, persönliche Politik hinter dem Rücken seines Ministers des Auswärtigen. Mehr und mehr machte er sich mit der Idee einer Einmischung in die italienischen Angelegenheiten vertraut. Nicht nur Hübner, auch Cowley

Napoleons persönliche Politik.

bemerkte seine zunehmende Gereiztheit gegen Österreich. Cowley gegenüber bedauerte der Kaiser geradezu, daß er genötigt gewesen sei, Orsini hinrichten zu lassen, und äußerte seine Bewunderung der Ruhe und Kaltblütigkeit, mit der der Italiener gestorben sei. Cavour aber, durch seine Beobachter und Agenten beiderlei Geschlechtes über die auf- und abschwankenden Stimmungen des Kaisers wohl unterrichtet, schöpfte neuen Mut. Er unterließ nichts, einen Druck auf Napoleon auszuüben und ihn in dem Gedanken zu bestärken, ohne Änderung der Zustände Italiens sei sein Leben vor dem Dolch oder der Bombe eines patriotischen Sektirers niemals sicher.

Abschwächung der französischen Ausnahmegesetze.

Um dieselbe Zeit, da die Wirkungen des Attentates vom 14. Januar eine so unerwartete Wendung nahmen, schwächten sich die Maßregeln der Strenge, die es in Frankreich hervorgerufen hatte, allmählich ab. General Espinasse, dessen herrisches Schalten als Minister des Inneren starken Anstoß gab, und dessen Plan eines Zwangsverkaufes aller Güter der milden Stiftungen den Klerus gegen ihn aufbrachte, wurde am 15. Juni durch Delangle, den ersten Präsidenten des kaiserlichen Gerichtshofes in Paris, ersetzt. Noch bezeichnender für das Nachlassen der reaktionären Strömung war die Ernennung des mit seiner liberalen Gesinnung prunkenden, noch vor kurzem sehr kalt behandelten Prinzen Napoleon zum Inhaber eines neugebildeten Ministeriums für Algier und die Kolonieen mit einem Gehalt von 300 000 Francs. Die Paßplackereien ließen nach. Die Presse fühlte sich weniger gefesselt. Den Generalen Bedeau und Changarnier ward die Rückkehr nach Frankreich gestattet. Als Hübner nach kurzem Urlaub von Wien wieder auf seinem Posten in Paris anlangte, fand er, daß Napoleon im Inneren zwar weniger populär als früher, aber doch „gleich stark geblieben" sei, und er hielt die Hoffnungen für ungerechtfertigt, die „ein kleiner Teil der alten Parteien und die Nachzügler der Roten" gehegt hatten. Daher schien ihm „der Fall einer Revolution in Frankreich gänzlich ausgeschlossen". Nicht ganz so bestimmt wollte er die Möglichkeit einer neuen kriegerischen Wendung nach außen abweisen. Doch deutete nach seinen Beobachtungen nichts darauf hin, daß der Kaiser eine solche im Auge habe. Indessen gerade damals traf Napoleon in tiefstem Geheimnis Anstalten, den Kampf gegen Österreich in Italien vorzubereiten. —

Ersetzung Espinasses durch Delangle.

Prinz Napoleon Minister für Algier und die Kolonieen 24. Juni.

Cavours Einladung durch Napoleon.

Schon Ende Mai hatte Napoleons vertrauter Leibarzt Conneau bei flüchtigem Erscheinen in Turin Cavour den Wunsch des Kaisers übermittelt, während seines bevorstehenden Aufenthaltes in dem Badeort Plombières persönlich mit ihm sich zu besprechen. Mit Ungeduld wartete Cavour auf eine bestimmte Aufforderung. Im Juli trat er eine Reise an, scheinbar nur um in der Schweiz, fern von aller Politik, sich zu erholen. In Genf erhielt er durch General de Béville, den Adjutanten Napoleons,

briefliche Nachricht, der Kaiser werde sehr erfreut sein, ihn in Plombières zu sehen. „Das Drama, schrieb er freudig erregt dem außer dem König eingeweihten Freunde Lamarmora, nähert sich seiner Lösung.“ Mit einem Paß, der seinen Namen verbarg, eilte er über Basel und Straßburg nordwärts und langte am Abend des 20. Juli in dem überfüllten Vogesenbad Plombières an, wo er kaum ein Nachtquartier fand. Am folgenden Morgen hatte er eine lange Besprechung mit dem Kaiser, der ihn mit den Worten empfing, er sei entschlossen, Sardinien in einem Krieg gegen Östreich mit allen Kräften zu unterstützen, wenn dieser Krieg für eine nicht revolutionäre Sache unternommen werde, so daß er in den Augen der Diplomatie und besonders vor der öffentlichen Meinung Frankreichs und Europas gerechtfertigt erscheine. Bei einer dreistündigen Spazierfahrt durch die Thäler und Wälder der Vogesen wurde die Unterhaltung fortgesetzt. Nach Erwägung verschiedener möglicher Kriegsgründe kam man überein, Klagen der Bewohner von Massa und Carrara, die sich um Schutz gegen den Herzog von Modena, Östreichs Gefolgsmann, an Viktor Emanuel wenden wollten, als Kriegsursache auszunutzen.

Ihre Zusammenkunft in Plombières 20. Juli.

Als Ziel des Krieges wurde gänzliche Vertreibung der Östreicher aus Italien festgestellt. Für die künftige Organisation Italiens wurden, mit Vorbehalt von Abänderungen gemäß den Kriegsereignissen, folgende Grundzüge vereinbart: Herstellung eines Königreichs Oberitalien unter dem Scepter des Hauses Savoyen mit Einschluß des Pothales, der Romagna, der Legationen, Erhaltung der päpstlichen Herrschaft in Rom und der nächsten Umgebung der Stadt, Bildung eines mittelitalienischen Königreichs aus dem Rest der kirchenstaatlichen Gebiete und Toscana etwa unter der Regierung der Herzogin von Parma, Wahrung der Grenzen des Königreichs Neapel, Stiftung eines Bundes dieser vier italienischen Staaten, nach dem Vorbild des deutschen Bundes unter dem Vorsitz des Papstes.

Ihre Verabredung des Kampfes gegen Östreich.

Was Napoleon als Gegenleistung forderte war Abtretung von Savoyen und Nizza und die früher schon angeregte Vermählung seines Vetters Jérôme mit Viktor Emanuels Tochter, der kaum sechzehnjährigen Prinzessin Klothilde. Hinsichtlich Savoyens, das er nach dem Nationalitätsprincip als überwiegend französisch betrachtete, erhob Cavour keine Einwendungen. Dagegen machte er für das Verbleiben Nizzas bei Piemont Herkunft, Sprache und Gewohnheiten der Einwohner geltend. Napoleon erwiderte, seinen Schnurrbart streichend, mit diesen für ihn nebensächlichen Fragen könne man sich später beschäftigen. Den größten Wert legte er darauf, durch die Ehe seines Vetters mit der savoyischen Prinzessin gleichsam das Siegel auf die französisch-piemontesische Allianz gedrückt zu sehen. Er rechnete auf die Neutralität Englands, auf die Antipathie des Prinzen von Preußen gegen Östreich, auf die

Zusage des Zaren, seinen Plänen in Italien nichts in den Weg zu legen. Er erwog eingehend mit Cavour das nötige Aufgebot der vereinten Streitkräfte, die Finanzfrage, den Kriegsplan und entließ ihn mit den Worten: „Haben Sie Vertrauen zu mir, wie ich Vertrauen zu Ihnen habe."

Cavour in Baden-Baden.

Höchst befriedigt verließ Cavour Plombières. Sein Weg führte ihn über Straßburg nach Baden-Baden. Dort war sein Hauptgeschäft die Abfassung eines langen Berichtes an den König, in dem er mit einem bewundernswerten Aufwand von Überredungskünsten namentlich alle Bedenken zu beseitigen suchte, die der zärtliche Vater der jungen, sittsamen, frommen Tochter gegen ihre Verbindung mit dem abgelebten, cynischen, ungläubigen Napoleoniden hegen mochte. „Ich habe, schrieb er dem getreuen Lamarmora, den König inständig gebeten, das schönste Werk der modernen Zeit um veralteter aristokratischer Skrupel willen nicht aufs Spiel zu setzen ... Willigt er in die Heirat, so habe ich das feste Vertrauen, daß Du in zwei Jahren an der Spitze unsrer siegreichen Scharen in Wien einziehst." Er benutzte seinen Aufenthalt in Baden-Baden, um den Prinzen von Preußen, den König von Würtemberg, die Großfürstin Helene, deutsche und russische Diplomaten zu sprechen, die er Östreich mehr oder weniger abgeneigt fand, fuhr dann über den Bodensee, Sankt Gallen, Zürich, Chur, den Lukmanier heimwärts und langte am 31. Juli wieder in Turin an.

Seine Rückkehr nach Turin 31. Juli.

Kriegsvorbereitungen.

In den nächsten Monaten entfaltete er eine fieberhafte Thätigkeit, um alles für den großen Kampf vorzubereiten. In den Ministerien des Krieges, der Marine, der Finanzen, des Inneren wurde auf sein Geheiß, zumal mit Lamarmoras Hilfe, Tag und Nacht gearbeitet. Er empfing insgeheim die Lombarden Emilio Dandolo, Cesare Giulini, Emilio Visconti-Venosta und gab ihnen Anweisungen für die bevorstehende Erhebung[1]). Er weihte Pasolini, den er bei Lamarmora traf, und Minghetti, den er nach Turin citirte, in den Hauptinhalt der Verabredungen von Plombières ein, die auch Villamarina in Paris nicht verborgen blieben. Er knüpfte durch einen Zwischenträger mit Klapka an, um für den Kriegsfall die Hilfe der ungarischen Emigration gegen Östreich aufzubieten.

Mitwirkung La Farinas

Sein bester Bundesgenosse war La Farina an der Spitze des Nationalvereins. Durch Cavour darüber vergewissert, „daß der Knoten im nächsten Frühjahr zerschnitten werden solle", entsandte La Farina nach allen Seiten Briefe, Rundschreiben, Flugblätter, die zur Rüstung mahnten. Gegen Ende Oktober hatte er einen von Cavour gebilligten Plan ausgearbeitet, demzufolge in der Nacht des 30. April 1859 der Aufstand in Massa und Carrara beginnen sollte. Er sollte sich womöglich über Parma, Modena, die Romagna ausdehnen, während piemontesische Truppen, scheinbar zur Sicherung der Grenzen, Massa und Carrara

[1]) Giovanni Visconti Venosta: Ricordi di gioventù 1904. S. 411 ff.

besetzen würden. Gleichzeitig sollten sardinische Kriegsschiffe in Livorno Truppen ans Land setzen, die Genossen im lombardisch-venetianischen Königreich die Telegraphendrähte durchschneiden, die Eisenbahnen zerstören, die Magazine in Brand stecken. Dies alles mußte zur Kriegserklärung Östreichs und zur Hilfeleistung Frankreichs führen. Für die Verwirklichung von La Farinas Plan war Garibaldi eine bedeutende Rolle zugeteilt. Es konnte nicht fehlen, daß Cavour auch mit ihm sich unmittelbar ins Einvernehmen setzte. Durch La Farina gerufen, traf er am 24. December in Turin ein und hatte eine geheime Zusammenkunft mit dem Minister. Er verabredete mit ihm die Bildung einer Bersaglieri-Truppe aus der Nationalgarde von Genua, in welche Lombarden der nächsten Aushebung aufgenommen werden sollten. Ihre Führung hatte er dem alten Waffengefährten Medici zugedacht. Er war Feuer und Flamme für den von La Farina verfochtenen Gedanken einer Militärdiktatur Viktor Emanuels, warnte seine Freunde vor unzeitigem Losschlagen und kehrte, ungeduldig auf das Signal der Erhebung harrend, nach Caprera zurück.

Einvernehmen mit Garibaldi.

Während dessen war mit Erlaubnis oder selbst unter Zuthun der Regierung in der französischen Presse ein Kreuzfeuer gegen die herrschenden Zustände Italiens eröffnet worden. Der „Siècle“ und die „Presse“ gingen mit Angriffen auf die östreichische Herrschaft im lombardisch-venetianischen Königreich voran. Im Moniteur konnte man Feuilletons des jungen Edmond About lesen, der nach den Erfahrungen eines Aufenthaltes in Rom über das Priesterregiment den Stab brach. Auf Beschwerden der Kurie hin ward freilich das Erscheinen der Artikel eingestellt. Aber in Buchform außerhalb Frankreichs veröffentlicht, fanden sie später ihren Weg zurück über die Grenzen. Napoleon selbst hütete sich, seine Pläne zu verraten. Ende August versicherte er Hübner, man schiebe ihm irriger Weise feindliche Absichten gegen Östreich unter, seine Sympathieen für Piemont und Italien würden niemals den Frieden gefährden. Der nicht eingeweihte Walewski bestätigte dies dem östreichischen Botschafter, mit dem Beifügen, Cavour nütze seinen Besuch in Plombières in den Zeitungen aus und suche ihm eine Tragweite zu geben, die er nicht habe. Nach längerer Abwesenheit im November auf seinen Posten zurückgekehrt, bemerkte Hübner „keine wichtige Veränderung“. In einem Privatschreiben an Buol äußerte er, trotzdem man mit Östreich noch immer in auffälliger Weise schmolle, trage man gleichzeitig ein großes Verlangen zur Schau, den „Frieden zu erhalten“. Denselben Eindruck hatte Cowley trotz fortgesetzter Angriffe französischer Zeitungen gegen Östreich, auf welche von Wiener Blättern in gleichem Ton geantwortet wurde. Auch Palmerston und Clarendon, die im November in Compiègne zu Gast waren, und mit denen Napoleon offen die Reformbedürftigkeit der

Angriffe der französischen Presse gegen Östreich.

Verstellung Napoleons.

italienischen staatlichen Verhältnisse besprach, schieden von ihm, ohne seine Absicht eines nahe bevorstehenden Bruches mit Östreich zu argwöhnen.

Frage nach der Haltung Rußlands.

Mittlerweile hatte der Kaiser Schritte gethan, um sich bei Ausführung des Programmes von Plombières gegenüber den Großmächten Europas den Rücken zu decken. In erster Linie kam für ihn Rußland in Betracht, über dessen Haltung er doch nicht so sicher w r, wie er Cavour hatte glauben lassen. Gegen Ende September entsandte er seinen Vetter, den Prinzen Jérôme, in außerordentlicher Mission zum Zaren nach Warschau. Der Prinz wurde daselbst mit Artigkeiten überhäuft, wohnte Manövern, einer Jagd, Hoffestlichkeiten bei und ward mit einem hohen russischen Orden dekorirt. Die Folge seines Besuches war zwar nicht ein Vertrag, aber eine Verständigung, die Frankreich für den Fall eines Krieges gegen Östreich in Italien Rußlands wohlwollende Neutralität in Aussicht stellte. Der Zar war bereit, einen moralischen Druck auf Deutschland und durch Ansammlung von Truppen an der galizischen Grenze einen materiellen Druck auf Östreich auszuüben, desgleichen eine französische Gebietserweiterung an der italienischen Grenze zuzugeben. Dafür ließ Prinz Napoleon auf Unterstützung Frankreichs bei einer allfälligen Revision des Pariser Friedens hoffen. Einige Monate später wurde die Sendung des Prinzen durch zwei geheime Missionen des Kommandanten La Roncière le Noury, eines seiner Vertrauten, nach Petersburg ergänzt. Er empfing seine Instruktionen persönlich von Napoleon, korrespondirte ohne Dazwischenkunft der französischen Gesandtschaft mit ihm, verhandelte unmittelbar mit Alexander II. und Gorčakov[1]). In seinen Papieren hat sich ein Vertragsentwurf gefunden, der den Warschauer Vorbesprechungen gemäß war[2]).

Prinz Napoleon in Warschau 28. Sept.

La Roncière le Noury in Petersburg.

Frage nach der Haltung Preußens.

Nächst Rußland war Preußen für Napoleons Berechnungen von höchster Wichtigkeit. Zur Sondirung des Prinzregenten und seines Ministeriums bediente er sich eines von Cavour vorgeschobenen Mittelsmannes. Es war der Marchese Gioacchino Pepoli, ein Enkel Murats, nach seiner Vermählung mit seiner Base, Friederike von Hohenzollern-Sigmaringen, mit dem neuen preußischen Ministerpräsidenten, dem Fürsten Anton von Hohenzollern verwandt. Sein amtlicher Auftrag ging dahin, den Prinzregenten der freundschaftlichen Gesinnungen Viktor Emanuels zu versichern und auf ihren gemeinsamen Gegensatz

Mission Pepolis nach Berlin.

[1]) Vgl. Roux: Alexandre II., Gortschakoff et Napoleon III. S. 241 ff. und E. Ollivier: L'empire libéral III. 502 ff. nach Mitteilungen des Prinzen Napoleon selbst.

[2]) Roux a. a. O. S. 245, 246. Nach E. Ollivier III. 505 wäre es bei der zweiten Sendung La Roncière le Nourys zu einem förmlichen „traité de neutralité bienveillante et d'assistance diplomatique", aber ohne Erwähnung des Pariser Vertrags und italienischer Gebietsveränderungen, gekommen.

zu Östreich hinzuweisen. Auf der Durchreise durch Paris empfing Pepoli gleichlautende Instruktionen des Kaisers. Allein in Preußen erreichte er nichts. Man verwies hier unter Beteuerungen der Sympathie für Piemont auf die bestehenden Verträge und übernahm keine Verpflichtung irgendwelcher Art[1]). Noch weniger Förderung seiner Pläne hatte Napoleon von England zu erwarten.[2] In der ersten Zeit seines Bestehens war das neue toryistische Ministerium Derby allerdings fast ganz durch die Angelegenheiten des Reiches und durch innere Fragen in Anspruch genommen. Es hatte einer in sich nicht einigen Opposition, dank einem zwischen Disraeli und Russell geschlossenen Ausgleich, die vielumstrittene India-Bill abgerungen. Dann war es ihm gelungen, die Annahme verschiedener kleinerer Vorlagen zu erreichen, unter denen diejenige, welche Juden den Eintritt ins Parlament ermöglichte, einen mehr als zehnjährigen Kampf im Sinn der Gleichberechtigung ohne Rücksicht auf das Bekenntnis abschloß. Endlich traf es Vorbereitungen zur Einlösung der Zusage einer neuen Reform-Bill. Dies erschien um so nötiger, je kraftvoller John Bright, der beim Freiwerden eines Sitzes in Birmingham wieder ein Mandat erlangt hatte, im Lande für eine radikale Parlamentsreform agitirte. Aber je mehr sich das Jahr 1858 seinem Ende näherte, desto dringender wurden die Sorgen der auswärtigen Politik.

Frage nach der Haltung Englands.

Besorgnis der Regierung.

Malmesbury, den die alten freundschaftlichen Beziehungen zu Napoleon nicht verblendeten, hielt ihn eines Eingreifens in Italien für fähig und drang mit aller Kraft, zur Herstellung eines Gegengewichtes, auf enges Zusammenhalten Östreichs und Preußens[2]). Auch die Königin und Prinz Albert gerieten in Unruhe bei der Voraussicht, daß ein italienischer Krieg Deutschland und Belgien in Mitleidenschaft ziehen und schließlich ganz Europa unter die Waffen rufen könnte. Jedenfalls wurde Napoleon von London aus nicht im Zweifel darüber gelassen, daß er nur bei einer Verständigung mit Östreich zur Herbeiführung von Reformen im Kirchenstaat auf Englands Unterstützung zählen dürfe[3]). Dagegen sollte jede Gebietsveränderung in Italien, die eine Änderung der Verträge von 1815 bedeuten würde, in England auf Widerstand stoßen.

Abmahnungen in Paris.

Des Rückhaltes an Rußland sicher, ließ sich Napoleon durch das kühle Verhalten Preußens und die Abmahnungen Englands nicht beirren. Am 10. December wurde das geheime französisch-piemontesische Bündnis abgeschlossen[4]). Der Kaiser verpflichtete sich für den Fall einer feindlichen

Französisch-piemontesisches Bündnis 10. Dec.

[1]) Massari: Cavour, deutsche Ausgabe 1874 S. 321 ff.

[2]) Ringhoffer a. a. O. S. 397.

[3]) Malmesbury II. 327. Letters of Queen Victoria III. 305, neuerdings ergänzt durch Buckle-Monnypenny: Disraeli 1910 IV. 217 ff.

[4]) S. über das Datum Ollivier a. a. O. III. 522, 527 zur Korrektur Bianchis. Ollivier giebt leider nicht an, woher er das Datum „10. December" hat. Vielleicht vom Prinzen Napoleon?

Handlung Österreichs gegen Piemont 200 000 Mann zur Hilfe zu senden und erst nach völliger Vertreibung der Österreicher aus Italien den Frieden zu unterzeichnen. Das lombardisch-venetianische Königreich, die Herzogtümer, die Legationen sollten mit Piemont zu einem oberitalienischen Königreich vereinigt werden. Dafür war die Abtretung Savoyens an Frankreich bedingt. Über Nizza sollte beim Friedensschluß entschieden werden. Eine Militärkonvention hatte über den Oberbefehl und über das Zusammenwirken beider Heere nähere Bestimmungen zu treffen. Es war dem Wortlaut nach nur ein Defensivvertrag. Aber Cavour glaubte seiner Sache so sicher zu sein, daß er es wagte, dem englischen Diplomaten Odo Russell, damaligen Gesandtschaftssekretär in Florenz und Residenten in Rom, bei seiner Durchreise durch Turin offen zu sagen: „Ich werde Österreich zwingen, uns den Krieg zu erklären." Zur Irreführung der Mächte und des Publikums war unmittelbar vor dem Abschluß des Vertrags, am 4. December, durch den Moniteur den Pariser Zeitungen, „die mit bedauerlicher Hartnäckigkeit den Krieg gegen Österreich führten", ein Verweis erteilt. Einen Tag darauf versicherte der Kaiser James Rothschild, er denke nicht daran, Veränderungen in Italien hervorzurufen, was ein Steigen der Fonds an der Börse zur Folge hatte. In Wien, wo die kriegerischen Fanfaren, die aus der Pariser und Turiner Presse erklungen waren, starken Widerhall gefunden hatten, besserte sich die Stimmung, und die gehegten Befürchtungen schwanden[1]). Immerhin war Hübner auf seiner Hut. Er bemerkte, „daß der Prinz Napoleon Himmel und Erde in Bewegung setze, um zum Kriege zu treiben" und sah seine Stellung für „unhaltbar" an, wenn die Dinge so weitergingen. Die damals in Folge der serbischen Umwälzungen (s. o. S. 216) drohenden Verwicklungen mehrten seine Sorgen. Noch ruhte seine Hoffnung auf den Gegenbemühungen Walewskis. „Er thut gewiß was er kann, verzeichnete er am 28. December in seinem Tagebuch, um seinen Herrn auf der abschüssigen Bahn aufzuhalten." Fünf Tage später bekam er aus Napoleons Mund Worte zu hören, die, durch den Telegraphen mit Windeseile verbreitet, den ganzen Weltteil wie ein Kanonenschuß durchhallten.

Befürchtungen Hübners.

Beim üblichen Neujahrsempfang des diplomatischen Korps in den Tuilerien erwiderte der Kaiser auf die Ansprache des Nuntius: „Ich hoffe, daß das beginnende Jahr unsere Allianzen zur Wohlfahrt der Völker und zu Gunsten des Friedens in Europa nur noch mehr befestigen wird." Dann sich zu Hübner wendend sagte er: „Ich bedauere, daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht mehr so gut sind wie früher,

Napoleons Neujahrsansprache 1. Jan. 1859.

[1]) Berichte Steigers 5., 18. Dec. 1858. E. Arch. Bern.

aber ich bitte Sie, dem Kaiser zu berichten, daß meine persönlichen Gefühle für ihn sich nicht geändert haben." Hübners Kollegen legten die Worte des Kaisers verschieden aus. Einige glaubten in ihnen einen weiteren Beweis der schon in der Antwort an den Nuntius zum Ausdruck gebrachten friedlichen Gesinnung finden zu dürfen. Ganz entgegengesetzt aber war der Eindruck auf das Publikum. In Paris sprach man nur noch von dem bevorstehenden Krieg mit Östreich. In den Salons, in den Klubs, in den Kaffeehäusern, in den Kasernen war dies der ausschließliche Gegenstand der Unterhaltung. In den Kreisen des Kleinbürgertums, das auf die Segnungen des dauernden Friedens gehofft hatte, herrschten Bestürzung und Erbitterung. An der Börse sanken die Kurse, man berechnete die Verluste nach Millionen und hatte Zusammenbrüche von Bankhäusern zu beklagen. Was das übrige Europa betraf, so war wie begreiflich, die Wirkung am stärksten in Wien. Die abenteuerlichsten Gerüchte durchschwirrten die Luft. In den finanziellen Kreisen brach eine förmliche Panik aus, welche an die von 1848 erinnerte. Alles Zutrauen wich, und man malte sich die finsterste Zukunft aus[1]). Nun suchte allerdings Napoleon den Eindruck seiner Worte abzuschwächen. Im Begriff, einen Ausflug nach Rambouillet zu machen, sagte er beim Empfang einiger Mitglieder des Eisenbahnverwaltungsrates am Bahnhof St. Lazare: „Beruhigen Sie sich, meine Herren, zwischen den von mir gesprochenen Worten und dem Krieg liegt ein Abgrund[2])." Eine Note des Moniteur vom 7. Januar bestätigte, daß die Befürchtungen durch nichts in den diplomatischen Beziehungen gerechtfertigt seien. Walewski that das seinige, die allgemeine Aufregung zu beschwichtigen. Ebenso leugnete Buol, daß ein ernster Grund zu Besorgnissen vorliege. Aber nichtsdestominder dauerten in Paris wie in Wien Mißtrauen und Entmutigung der Geschäftswelt an.

Ihr Eindruck auf die öffentliche Meinung.

Versuch der Abschwächung.

Sie erhielten neue Nahrung durch die Rede, mit der Viktor Emanuel am 10. Januar die zweite Session des Parlamentes eröffnete. Cavour hatte vorsichtshalber den Entwurf der Rede nach Paris gesandt. Napoleon fand einige Stellen zu stark und ließ sie durch Mocquard verändern. Aber auch so noch klangen die Hauptsätze herausfordernd genug. „Wenn Piemont, sagte der König, klein an Umfang, im Rate Europas etwas gilt, so kommt das daher, weil es groß ist durch die Ideen, die es vertritt und durch die Sympathieen, die es einflößt. Diese Lage ist ohne Zweifel nicht gefahrlos, und bei aller Achtung der Verträge können wir nicht unempfindlich bleiben für den Schmerzensschrei, der von so vielen Punkten Italiens zu uns dringt. Im Vertrauen auf unsre Eintracht und unser gutes Recht wie auf das unparteiische Urteil der Völker warten

Viktor Emanuels Rede 10. Januar.

[1]) Berichte Steigers, Wien 5., 9., 11. Januar 1859. E. Arch. Bern.

[2]) Bericht Kerns 8. Januar 1859. E. Arch. Bern.

wir ruhig und fest die Beschlüsse der Vorsehung ab.“ Der Sturm des Beifalls, der diese Worte im Turiner Palazzo Madama entfesselte, pflanzte sich über ganz Italien fort. In Mailand kam es bei der Aufführung der „Norma“ in der Scala, als der Druidenchor sein Kriegslied erschallen ließ, in Gegenwart des Generals Gyulai und seines Stabes zu einer begeisterten Kundgebung des Publikums. „Wir haben Östreich, schrieb Cavour dem sardinischen Gesandten nach Bern, in eine Klemme gebracht, aus der es nur heraus kann, wenn es die Kanone abfeuert.“ Wie um die Machthaber in Wien noch mehr zu reizen legte er in der Kammersitzung vom 13. Januar, nachdem man eine patriotische Rede des Präsidenten Rattazzi gehört, einen dringlichen Gesetzentwurf vor, demgemäß die Nationalgarde im Krieg eine weitere Ausdehnung erhalten sollte als in Friedenszeiten. In der That hatte es dessen nicht einmal bedurft, um militärische Maßregeln in Wien hervorzurufen. Schon am 7. Januar hatte die Brigade Ramming der dortigen Garnison Marschbefehl erhalten. Sie zog zur Verstärkung der Besatzung in Mailand ein. Bald folgten ihr weitere Truppenschübe nach. Die Grenze nach Piemont hin wurde scharf bewacht, um das Entweichen Dienstpflichtiger zu verhindern. Aber hunderte junger Lombarden wußten doch hinüberzukommen und ließen sich unter der Fahne Viktor Emanuels einreihen.

Gesetz über Ausdehnung der Nationalgarde.

Militärische Maßregeln Östreichs.

Noch war der Nachhall seines Hinweises auf „den Schmerzensschrei“ Italiens nicht verklungen, als man vernahm, daß der Prinz Napoleon als Bewerber um die Hand der Prinzessin Klothilde in Turin angelangt sei. König Viktor Emanuel hatte auf Cavours Zureden um des Staatswohles willen seine Abneigung gegen diese Ehe überwunden, und die Prinzessin, ein Opfer der Politik, hatte sich demütig seinem Wunsch gefügt. Im Gefolge des Prinzen befand sich General Niel, der am 18. Januar mit Lamarmora insgeheim eine Militärkonvention abschloß. Laut dieser sollten die geplanten Feindseligkeiten nicht früher als Mitte April und nicht später als im Juli beginnen. Der Kaiser, an der Spitze von 200 000 Franzosen, sollte den Oberbefehl über das verbündete Heer innehaben. Die Bildung unregelmäßiger Korps sollte ausgeschlossen sein. Am 29. Januar wurde der Ehevertrag zwischen dem Prinzen Napoleon und der Prinzessin Klothilde unterzeichnet. Vier Tage später reisten die Neuvermählten von Genua, wohin der Hof, Cavour, Lamarmora, sie begleitet hatten, nach Paris. Viktor Emanuel ward in Genua mit jubelnden Rufen „Es lebe Viktor Emanuel, der König von Italien, es lebe der Krieg, es lebe die italienische Unabhängigkeit“ begrüßt und hielt sich selbst nur mit Mühe zurück. Einer Deputation des Stadtrates sagte er: „Ich bin überzeugt, wenn schwere Zeiten kommen sollten, würde Genua keiner anderen Stadt des Königreichs an großmütigen Opfern für den Triumph der gemeinsamen Sache nachstehen.“ Auf den gleichen Ton war eine Rede des

Prinz Napoleons Werbung um die Prinzessin Klothilde.

Französisch-sardinische Militärkonvention 18. Januar.

Der Ehevertrag 29. Januar.

Finanzministers Lanza gestimmt, mit der er am 4. Februar in der Kammer die Vorlage eines Gesetzentwurfes für eine Anleihe von fünfzig Millionen einleitete.

Die Brochüre „Napoleon III. und Italien".

An demselben Tag erschien in Paris eine Brochüre unter dem Titel „Napoleon III. und Italien", die das größte Aufsehen machte. Es war ein offenes Geheimnis, daß sie unter der Inspiration des Kaisers, der selbst die Korrekturbogen überprüfte, einige Sätze veränderte, andere zufügte, von dem namhaften Publicisten Arthur de la Guerronière verfaßt war. Diesem hatte Eugène Rendu, damals ein hoher Beamter im Unterrichtsministerium, der mit hervorragenden italienischen Liberalen in Verbindung stand, den Grundstock geliefert. Das Werk, schon bald nach der Zusammenkunft von Plombières in Angriff genommen und Monate lang zurückgehalten, war ein Loblied auf das Nationalitätsprincip, das zur Wiedergeburt Italiens wie Deutschlands führen werde, und eine warme Empfehlung des italienischen Staatenbundes unter dem Ehrenvorsitz des in seiner weltlichen Macht zu beschränkenden Papstes, mit Ausschluß Östreichs als Hauptbedingung. Dem östreichischen Herrscher wurde zwar nicht mit Krieg gedroht, sondern mit dem Druck der öffentlichen Meinung. Aber Hübner fand, wie er Walewski ins Gesicht sagte, die Schrift sei „eine Kündigung der Verträge, auf welche der Bestand aller Throne und Staaten gegründet sei", und sie bedeute „den Krieg Frankreichs nicht bloß mit Östreich, sondern mit ganz Europa". Walewski hatte die Stirn, zu versichern, daß der Kaiser dieser Schrift ganz fern stehe, und beteuerte, daß er selbst nie an den Krieg geglaubt habe. Hübner aber blieb argwöhnisch und übermittelte Buol Nachrichten über die rege Thätigkeit in den Arsenalen und militärischen Werkstätten Frankreichs sowie über die Ansammlung zahlreicher Kriegsschiffe im Hafen von Toulon.

Fortdauer der östreichischen Rüstungen.

Auch in Wien ließ man sich nicht einschläfern, wennschon zur Beruhigung des Publikums an höchster Stelle jeder Grund zu ernster Besorgnis geleugnet wurde. Die Rüstungen dauerten fort. Ein Anlehen von 60 Millionen Gulden, das mit Rothschild abgeschlossen wurde, half dem dringendsten Geldmangel ab. Anfangs Februar erging ein Verbot der Pferdeausfuhr[1]). Zugleich äußerte sich die kaiserliche Regierung in einer Cirkulardepesche über das Maß moralischer Unterstützung, das sie von ihren deutschen Bundesgenossen erwarten zu dürfen glaubte und drängte in Frankfurt auf Kundgebungen des Bundestags oder einzelner Bundesglieder gegen Frankreich. Stürmische Äußerungen der Presse, vor allem in Süddeutschland, die gemeinsamen Widerstand gegen den welschen Erbfeind forderten, kamen ihr zu Hilfe. Bismarck sprach allerdings in Berlin im Kreise der alten Freunde entschieden gegen ein Zusammen-

Süddeutsche Sympathiebezeugungen.

Standpunkt Bismarcks.

[1]) Berichte Steigers 13., 14., 20., 24. Januar, 1., 3. Februar 1859. E. Arch. Bern.

gehen mit Österreich wegen seiner „schändlichen", Preußen feindlichen Politik und für selbständiges Auftreten, unter Umständen im Bunde mit den protestantischen Staaten Europas, um Österreich zur Nachgiebigkeit gegenüber Preußens Ansprüchen in den deutschen Angelegenheiten zu nötigen. Allein er hatte eben damals seinen Frankfurter Posten dem der Regierung der „Neuen Ära" genehmeren Usedom abzutreten, und wurde, nach Petersburg versetzt, bald danach seinem eigenen Ausdruck nach „an der Newa kaltgestellt". Beim Prinzregenten hatten die kühnen Gedanken, die in ihm gärten, keinen Anklang gefunden. Freilich empfand auch er es bitter, daß Buol, ohne vorherige Verständigung mit Preußen, den deutschen Bund zu Gunsten der österreichischen Machtstellung in Italien aufzubieten versuchte, und sein Minister des Auswärtigen Schleinitz teilte seine Empfindung. Aber sein Wunsch, Preußens Rang in Deutschland zu erhalten und zu erhöhen, steigerte sich nicht zu dem festen Vorsatz, die habsburgische Monarchie im Kampf um ihre italienischen Besitzungen schlechterdings ohne Hilfe zu lassen. Noch neigte er im Gegenteil zu der Ansicht, daß man Österreich, wenn es angegriffen werde, beistehen müsse.

Standpunkt des Prinzregenten.

Am eifrigsten bemühte sich die englische Regierung, das unverkennbar drohende Kriegsgespenst zu beschwören. Das Ministerium der Tories nahm gegenüber den nationalen Bestrebungen in Italien eine viel kühlere Haltung ein als das der Whigs und war noch weniger als dieses gewillt, Österreich, seinen Bundesgenossen im Orient, schwächen zu lassen. Bereits am 10. Januar war eine Note Malmesburys an Cowley nach Paris abgegangen, mit nachdrücklicher Abmahnung von einem Krieg, der das ganze konservative Europa gegen Napoleon aufbieten werde. Nur bei Bemühungen um innere Reformen italienischer Staaten wurde ihm Englands Beistand in Aussicht gestellt. In demselben versöhnlichen Sinn ergingen englische Weisungen nach Wien. Von hier kam die stolze Antwort, man möge nur in Paris und Turin den Frieden predigen, in Italien bedürfe es keiner Änderungen, sondern einzig und allein einer Ausmerzung der Brandstifter. Ebenso wenig beruhigend klangen die Berichte des englischen Gesandten Hudson über seine Unterhaltungen mit Cavour, der die Mahnungen zur Ruhe und Mäßigung durch den Hinweis auf die österreichischen Rüstungen parirte. Gleichzeitig gaben Napoleons sibyllinische Aussprüche Cowley keine vollkommene Sicherheit der Erhaltung des Friedens. Unter diesen Umständen erschien es in London geboten, beim Wiederzusammentritt des Parlamentes am 3. Februar in der Rede der Königin nachdrücklich zu betonen, „die unverletzliche Erhaltung der Verträge bilde einen Gegenstand ihrer nicht nachlassenden Sorge". Bei dieser ernsten Warnung, nicht an den Verträgen von 1815 zu rütteln, auf denen Österreichs Herrschaft in Italien beruhte, ließ man es nicht be-

Friedensbemühungen der englischen Regierung.

Erinnerung an die Heiligkeit der Verträge von 1815.

wenden. Die Königin benutzte die Gelegenheit, die sich ihr bei der brieflichen Anzeige der Geburt eines Enkels in Berlin ungezwungen darbot, ihrem „Freunde“ Napoleon kräftig ins Gewissen zu reden. Ihre Worte waren nach Einholung des Gutachtens von Malmesbury und Derby, teilweise nach dem Diktat des ersten Ministers, sorgfältig abgewogen. „Selten, gab sie dem Kaiser zu hören, war es irgend einem Menschen so wie Eurer Majestät in dem Grade bestimmt, einen persönlichen und mächtigen Einfluß auf das Glück und die Ruhe Europas auszuüben.“ Wieder folgte eine Erinnerung an die Heiligkeit „der Verträge“, mit der Ermahnung, durch die Versicherung, sie aufs genaueste achten zu wollen, Europa zu beruhigen und mit der Versagung englischer Bundesgenossenschaft für den Fall der Erneuerung des Krieges in dem Weltteil.

Napoleon mochte in diesen Worten, die durch die ersten parlamentarischen Verhandlungen bei Übereinstimmung aller Parteien eine Bekräftigung erhielten, eine unmittelbare Aufforderung erblicken, seinerseits bei der Eröffnung der neuen Kammersession unzweideutig seine Friedensliebe kundzugeben. Demnächst konnte ihm nicht entgehen, daß in Frankreich selbst, abgesehen vom Heere, so ziemlich alle Welt gegen den Krieg war. In den Kreisen der Geschäftsleute, in den Salons, im Kleinbürgertum, in den Schichten der Arbeiterbevölkerung wollte man von neuen Opfern an Gut und Blut zu Gunsten einer Vergrößerung Piemonts auf Östreichs Kosten nichts wissen. Der Nuntius, als Sprachrohr der Klerikalen, äußerte gegenüber seiner Tischnachbarin, der Prinzessin Mathilde, bei einem Fest in den Tuilerien, ein italienischer Krieg werde nur „den Revolutionären“ zustatten kommen. Thiers, der die Schwäche der Nachbarstaaten Frankreichs für dessen Größe als wesentlich erachtete und daher die Berufung auf das Nationalitätsprincip jenseits der Grenzen seines Landes verwarf, bekämpfte die kriegerischen Pläne mit Wort und Schrift. Die nächsten Diener des Kaisers, Morny, Persigny, Walewski arbeiteten ihnen entgegen. Fleury sagte ihm, nach Viel-Castels Zeugnis, ins Gesicht: „Sire, als Soldat liebe ich den Krieg, aber in diesem Fall flehe ich Eure Majestät an, sich darüber klar zu werden, wie sehr er den Interessen Frankreichs und Ihrer Dynastie zuwider ist.“

Friedensstimmung in Frankreich.

Napoleons Thronrede 7. Februar.

Zur Beschwichtigung der Erregung im Ausland und im Inland spielte daher Napoleon am 7. Februar in seiner Thronrede auf „die unbestimmte Unruhe“ an, die „ohne sichere Ursache mitunter sich der Geister bemächtige“, und wiederholte das geflügelte Wort: „Das Kaiserreich ist der Friede.“ Freilich sprach er auch von den „Zwistigkeiten mit Östreich in Sachen der Donaufürstentümer“, von „der Innigkeit der Beziehungen zu Piemont“, von der „anormalen Lage der Dinge in Italien“. Aber er fügte hinzu: „Das ist kein genügender Grund, um an den Krieg zu glauben.“ Wenn er beteuerte, seine Politik werde „niemals herausfordernd“

und immer „versöhnlich“ sein, so verwehrte er sich doch auch dagegen, daß sie je „schwächlich“ sein könne. Auf den Orakelspruch: „Ich hoffe, daß der Friede nicht gestört wird,“ ließ er am Schluß die schmetternde Fanfare folgen: „Ich rechne immer vertrauensvoll auf die Unterstützung der Nation, die mir ihre Geschicke anvertraut hat. Sie weiß, daß nie persönliches Interesse oder kleinlicher Ehrgeiz meine Handlungen bestimmen werden. Wenn man, vom Wunsch und vom Gefühl des Volkes getragen, die Stufen eines Thrones hinaufsteigt, so erhebt man sich in Folge der schwersten Verantwortlichkeit über die niedrige Region, in der sich die gewöhnlichen Interessen bekämpfen und hat als erste Beweggründe und letzte Richter: Gott, sein Gewissen und die Nachwelt.“

Schlechter Eindruck.

Im ganzen machte die Thronrede auf das französische wie auf das ausländische Publikum keinen guten Eindruck. Ein friedlicher Kommentar, den Morny im Palais Bourbon, als Präsident des gesetzgebenden Körpers, ihr zuteil werden ließ, konnte diesen Eindruck nicht verbessern. In den regierenden Kreisen Englands blieb auch nach Napoleons Antwort vom 14. Februar auf den Brief der Königin Viktoria wegen mancher Verschweigungen und Zweideutigkeiten des Schriftstückes das äußerste Mißtrauen bestehen. Die Versicherung des Kaisers, „immer die Verträge achten zu wollen“, ward wieder aufgehoben durch den Satz: „Achtung vor den Verträgen kann aber meiner Pflicht nicht zuwiderlaufen, immer die Politik zu befolgen, die am meisten mit der Ehre und den Interessen meines Landes übereinstimmt.“ Derby und Malmesbury verfielen daher auf den Gedanken, durch eine vertrauliche Mission Cowleys nach Wien, mit der auch Napoleon sich einverstanden erklärte, eine Vermittlung zwischen Frankreich und Östreich anzubahnen. Die Vorschläge, die Cowley zu überbringen hatte, liefen auf folgende Hauptpunkte hinaus: Räumung des Kirchenstaates durch die östreichischen und französischen Garnisonen, Verständigung über Reformen in den päpstlichen Gebieten, dauernde Bürgschaften guten Einvernehmens der östreichischen und der sardinischen Regierung, Abschaffung oder Abänderung der Sonderverträge Östreichs und der Herzogtümer Parma und Modena. Cowley machte sich, nachdem er in London genaue Verhaltungsmaßregeln eingeholt hatte, mit einem Handschreiben der Königin an den Kaiser Franz Josef auf den Weg und kam am 27. Februar nach Wien.

Vermittlungsmission Cowleys nach Wien 27. Februar bis 10. März.

Die Aussichten für den Erfolg seiner Mission waren allerdings wenig günstig. Im lombardisch-venetianischen Königreich nahm die Gärung von Tag zu Tag zu. Die Universitäten von Padua und Pavia wurden wegen feindseliger Kundgebungen der Studirenden gegen die Regierung geschlossen. Ebenso ward eine Anzahl von Lyceen gesperrt, deren Direktoren und Lehrer sich durch Unbotmäßigkeit unmöglich gemacht hatten. In Mailand kam es am 22. Februar bei der Beerdigung Emilio Dandolos,

Ihre ungünstigen Aussichten.

Unruhen in Mailand 22. Febr.

des heldenmütigen Mitkämpfers bei der Verteidigung Roms zu lärmenden Auftritten, die zu Verhaftungen führten. Freunde Dandolos, wie die Brüder Emilio und Giovanni Visconti-Venosta, der Marchese Luigi Cribelli und andere, retteten sich durch die Flucht nach Turin, wo sie mit offenen Armen aufgenommen wurden und Cavour wie La Farina wertvolle Dienste leisteten. Beide fuhren fort, im geheimen Einverständnis alles für den Nationalkrieg vorzubereiten. Cavour stachelte den sardinischen Gesandten in Florenz an, vor einer Volkserhebung für Unabhängigkeit und Nationalität durch Petitionen und Demonstrationen der Regierung von Toscana zusetzen zu lassen. La Farina entsandte nach allen Seiten genaue Anweisungen für den Losbruch von Aufständen, nach deren Triumph provisorische Kommissäre für den König Viktor Emanuel eingesetzt werden sollten. Vor allem galt es, die Freiwilligen und die Konskribirten aus der Lombardei, aus Modena, Parma, Toscana, der Romagna, die immer zahlreicher die piemontesischen Grenzen überschritten, insofern sie nicht dem Heer einverleibt wurden, militärisch zu organisiren. Durch die mit Frankreich abgeschlossene Militärkonvention war die Errichtung unregelmäßiger Freischarenkorps verboten. Aber man wußte sich durch Bildung eines Korps der „Alpenjäger" als einer Hilfstruppe des Heeres zu helfen. Das Korps sollte, obwohl zahlenmäßig beschränkt, nach Cavours Ausdruck „alle lebendigen Kräfte Italiens" ohne jede Rücksicht auf politische Antecedentien in sich aufnehmen und gleichsam zum Symbol des Bundes der Volkserhebung und des Königtums werden. Für grundlegende Ordnung des Korps ward, um es möglichst dem regulären Militär anzunähern, ein piemontesischer General, Cialdini, ausersehen. Aber der gegebene Führer einer solchen Truppe war Garibaldi, der am 2. März, von Viktor Emanuel selbst gerufen, in Turin erschien, begeistert von ihm schied, und seinen Getreuen, Medici, Bixio, Sacchi in Genua die Losung gab, sich bereit zu halten.

Tätigkeit Cavours und La Farinas.

Die Alpenjäger.

Garibaldi in Turin 2. März.

Warnungen Mazzinis.

Abseits von der Masse der von enthusiastischen Hoffnungen Erfüllten stand nur Mazzini mit seiner engeren republikanischen Gefolgschaft im Exil. Er hatte von Anfang an seine warnende Stimme gegen das Bündnis mit dem „Despoten" Bonaparte erhoben und sagte voraus, daß dieser „auf halbem Weg" stehen bleiben, daß der Krieg mit „dem Verrat Venedigs" enden werde. Auf der anderen Seite, in Wien, wurde der Drang, den Knoten mit dem Schwert zu durchhauen, täglich stärker. Der länger andauernde bewaffnete Friede erschien wegen des finanziellen Druckes unerträglich. Die Kurse der Staats- und Industriepapiere sanken immer tiefer. Der Silbervorrat der Nationalbank, die erst durch Bruck, als Finanzminister, ihre Selbständigkeit wieder erhalten, ihre Forderungen an den Staat getilgt gesehen und Mittel zur Mehrung ihres Barschatzes empfangen hatte, schwand allmählich hin. In den

Finanzielle Nöte und Rüstungen Östreichs.

regierenden und militärischen Kreisen wurde man der beständigen Spannung überdrüssig, und manche Stimme ließ sich hören, besser sei es jetzt als später den Kampf aufnehmen[1]). Nach und nach wuchsen die zwischen dem Tessin und der Adria sich sammelnden Streitkräfte auf über 100 000 Mann an, denen nach dem Aufgebot der piemontesischen Kontingente zunächst wenig mehr als halb so viel Feinde die Stirn bieten konnten.

Cowleys Verhandlung in Wien.

Trotz aller dieser drohenden Vorzeichen verzweifelte Cowley nicht an einem glücklichen Ergebnis seiner Mission. Der Kaiser Franz Josef nahm ihn sehr huldvoll auf. Buol versicherte ihn der friedlichsten Absichten. Er machte keine Schwierigkeiten, die durch die Kurie selbst schon vorgeschlagene gleichzeitige Räumung des Kirchenstaates von östreichischen und französischen Besatzungen zuzugeben. Auch erklärte er sich ganz bereit, ein durch die Botschafter beider Mächte in Rom vereinbartes Programm administrativer Reformen innerhalb gewisser Grenzen dem Papst vorlegen zu lassen oder an einer gemeinsamen Vorstellung aller Großmächte, ähnlich derjenigen von 1831 (s. IV. 216), teilzunehmen. Hinsichtlich des Verhältnisses zum Königreich Sardinien beteuerte er, daß Östreich die Feindseligkeiten nicht beginnen werde, wenn man sich in Turin eines Angriffs auf das Gebiet Östreichs oder seiner italienischen Verbündeten enthalte. Die mit diesen abgeschlossenen Verträge wollte er zwar ohne schützenden Ersatz nicht preisgeben und er wollte der souveränen Regierung seines Staates unter allen Umständen das Recht gewahrt wissen, solche Verträge einzugehen. Aber er betonte ihren rein defensiven Charakter und gab dem Wunsch Ausdruck, der Notwendigkeit ihrer Ausführung überhoben zu sein, wenn die auswärtige Propaganda, deren Herd Piemont sei, lahmgelegt werde.

Friedlicher Artikel des Moniteur 5. März

Die Hoffnung einer friedlichen Entspannung erhielt eine Bestärkung durch einen Artikel des Moniteur vom 5. März, in dem kriegerische Absichten des Kaisers als Erfindungen des „bösen Willens" gekennzeichnet wurden. Der Kaiser, hieß es hier, habe dem König von Sardinien nur seinen Schutz gegen einen östreichischen Angriff versprochen, und nichts berechtige zu der Befürchtung, daß die Lösung der strittigen Fragen auf diplomatischem Weg mißlingen werde. Der Artikel war, wie Hübner erfuhr, unter persönlichem Einfluß Napoleons von Granier de Cassagnac geschrieben. Er veranlaßte augenblicklich ein Steigen der Kurse an der Pariser Börse. Der günstige Eindruck verstärkte sich, als man am 7. März erfuhr, daß der Prinz Napoleon seine Entlassung als Minister der Kolonieen eingereicht und erhalten habe. In der That war er nach heftigen Streitigkeiten mit Walewski im Ministerrat zu diesem Schritt gedrängt worden, den man als stärkstes Friedenspfand betrachtete. Indessen glaubte Hübner zu bemerken, daß der Kaiser, dessen düsteres, nachdenkliches Wesen allgemein auffiel, nur wider-

Entlassung des Prinzen Napoleon als Kolonialminister 7. März.

[1]) Berichte Steigers 21. Februar, 26. März 1859. E. Arch. Bern.

willig Walewski nachgegeben habe, und daß der Prinz „Himmel und Erde in Bewegung setze", um seinen Einfluß wieder geltend zu machen. Mit Ungeduld sah er der Rückkehr Cowleys entgegen, von der er eine Beendigung des schwankenden Zustandes der Dinge erwartete.

Rückkehr Cowleys nach Paris 16. März.

Cowley langte am Abend des 16. März wieder auf seinem Posten an und erstattete Walewski Bericht über das Ergebnis seiner Mission, das ihm noch einen friedlichen Ausgang zu verheißen schien. Allein er mußte zu seiner Überraschung hören, daß sie inzwischen durch den von Rußland gemachten Vorschlag der Berufung eines Kongresses der fünf Großmächte durchkreuzt worden war. Napoleon stimmte einem von ihm selbst so oft verfochtenen und auch diesmal von Paris aus angeregten Vorschlag sofort eifrig bei. In London trug man anfangs Bedenken, ihn gutzuheißen, da man eine Falle fürchtete. Aber die Zurückweisung schien noch gefährlicher. Am 19. März ward Englands Beteiligung zugesagt, unter der Voraussetzung, daß das Programm des Kongresses auf die zwischen Buol und Cowley verhandelten Punkte beschränkt bleibe. Preußen folgte ohne weiteres dem Beispiel Englands. In Wien aber zögerte man, machte dann Schwierigkeiten wegen der Wahl des Kongreßortes und stellte endlich bei der Annahme des russischen Vorschlags vorläufige Bedingungen: Erhaltung des Besitzstandes in Italien, Abrüstung Sardiniens und Ausschluß dieses Staates, falls überhaupt Vertreter italienischer Regierungen zu den Beratungen zugelassen werden sollten.

Rußlands Kongreßvorschlag.

Zusage Frankreichs.

Zusage Englands und Preußens.

Bedingte Zustimmung Österreichs 21. März.

Cavour, ohnehin durch Walewskis beständige Vermahnungen gereizt, wurde durch die Nachricht des Kongreßvorschlages sehr peinlich berührt. Er bezweifelte die Wirksamkeit dieses Heilmittels. In keinem Fall wollte er sich den Ausschluß seines Staates gefallen lassen. „Will man uns auf dem Kongreß nicht haben, ließ er Malmesbury vermelden, so bezeugt das die Absicht, Italien unter dem eisernen Joch, das es bedrückt, festzuhalten." Um ihn zu beschwichtigen lud ihn Napoleon, ohne Walewskis Vorwissen, telegraphisch ein, nach Paris zu kommen. Er langte am 25. März hier an, sah zuerst den Prinzen Napoleon und erhielt dann die allgemeine Zusicherung des Kaisers, daß er bei seinen freundschaftlichen Gesinnungen für Piemont verharre. Gegenüber den fremden Diplomaten, unter denen der Preuße, Graf Pourtalès, Nachfolger des jüngst verstorbenen Hatzfeld, der italienischen Sache am gewogensten schien, trug er eine sorglose Miene zur Schau. In Wahrheit aber war er von den Eindrücken, die er empfing, nicht eben erbaut. Brieflich vertraute er Lamarmora seine Sorgen an. Wennschon er den Krieg, und zwar „am Rhein wie am Po", für gewiß hielt, glaubte er doch, daß er mindestens um zwei Monate verschoben sei. Eine letzte Unterhaltung, die er am 29. März mit dem Kaiser in Gegenwart Walewskis hatte, konnte ihn nicht befriedigen. Ehe er am folgenden Tage Paris verließ, beschwor er den Kaiser, sich

Cavour in Paris 25. bis 30. März. Seine Sorgen.

Walewskis Ratschlägen zu versagen, stellte ihm die voraussichtliche Nutzlosigkeit eines Kongresses vor Augen und malte ihm in grellen Farben die Lage seines Königs aus, der zur Abdankung gezwungen sein werde, wenn der Kaiser ihn im Stich lasse[1]). Vor Freunden machte er kein Geheimnis daraus, daß er versucht sei, falls Napoleon seine Zusage breche, aus dem Amt zu scheiden und ihn als Privatmann durch Enthüllungen der früheren Verhandlungen vor der Welt bloßzustellen.

Napoleons Kriegswille.

Im Ernst hatte er keinen Wortbruch Napoleons zu fürchten und war selbst seiner Sache wohl sicherer, als er sich den Anschein gab. Aus Cowleys Gesprächen mit dem Kaiser entnahm man denn auch in London, daß er „zum Krieg fest entschlossen" sei, und nur beabsichtige, „Zeit zu gewinnen und Östreich ins Unrecht zu setzen". In der That behielt Napoleon diese Ziele fest im Auge, ohne Rücksicht auf die Verlegenheiten, die durch Ungewißheit und Zögerungen Cavour bereitet wurden. Dieser bedurfte in den ersten Aprilwochen, da ihn fast stündlich Telegramme und Noten mit diplomatischen Friedensmahnungen, Anfragen, Vorwürfen bedrängten, während die Ungeduld der zuströmenden Freiwilligen kaum zu bändigen war, und der Beginn insgeheim vorbereiteter Volkserhebungen nur mit Mühe zurückgehalten werden konnte, der ganzen Spannkraft seiner Nerven, um in der aufreibenden Arbeit und unter den wechselnden Eindrücken von Furcht und Hoffnung nicht zusammenzubrechen. Er rief sich den alten Gefährten Massimo d'Azeglio zu Hilfe, der sich ihm ganz zur Verfügung gestellt hatte, und entsandte ihn nach London, um dort den Ministern klar zu machen, ohne Unterstützung Piemonts und der nationalen Bestrebungen werde nur der Revolution in die Hände gearbeitet. Den Höhepunkt erreichte seine fieberhafte Erregung, als plötzlich nach einem überraschenden Entschluß Napoleons der Krieg, auf den man in Turin ganz gefaßt war, wieder völlig in weite Ferne gerückt zu sein schien.

Es handelte sich um die Frage der Abrüstung vor dem Zusammentritt des Kongresses, dessen Zustandekommen nun vor allen England betrieb. Das Verlangen einseitiger Abrüstung Piemonts wies Cavour unbedingt zurück. „Lieber besiegt mit den Waffen in der Hand fallen, schrieb er am 15. April dem Prinzen Napoleon, als elend in der Anarchie untergehen oder genötigt sein, die öffentliche Ruhe durch die Gewaltmittel des Königs von Neapel aufrechtzuerhalten." Napoleon billigte diese Zurückweisung, riet aber, in London wissen zu lassen, an einer allgemeinen Entwaffnung werde Sardinien sich beteiligen, wenn es auf dem Fuß der Großmächte Zutritt zum Kongreß erhalte. Cavour befolgte den Rat und fügte noch bei, wenn Östreich mit weiteren Truppensendungen nach Italien aufhöre, verpflichte sich Sardinien, die Reserven nicht unter

Frage der Abrüstung.

Cavours Antwort 17. April.

[1]) Bianchi: La politique du Comte de Cavour 1885. S. 329, 330.

die Waffen zu rufen, sein Heer nicht zu mobilisiren, seine Truppen nicht aus den bisher von ihnen bezogenen Verteidigungsstellen zu entfernen. Inzwischen aber war den Machthabern in Wien die Geduld gerissen. Eine nach London gerichtete Note Buols vom 12. April hatte Klipp und klar kundgethan, man werde unmittelbar von dem Turiner Kabinet verlangen, die piemontesische Armee binnen kurzer Frist auf den Friedensfuß zu setzen und die italienischen Freiwilligen zu entlassen sowie ihm die ganze Verantwortung für die Folgen allfälliger Weigerung dieser Forderung zuschieben. Unmittelbar danach vernahm man, daß sich zwei östreichische Divisionen von Mailand gegen die piemontesische Grenze in Bewegung setzten. Daraufhin erging von Paris aus der Befehl, alle verfügbaren Truppen in Lyon zu sammeln. Angesichts der Gefahr einer plötzlichen Entladung des aufgehäuften Zündstoffes machte Malmesbury am 17. April einen letzten Vermittlungsvorschlag: Allgemeine, gleichzeitige Entwaffnung Östreichs, Frankreichs, Sardiniens vor dem Zusammentritt des Kongresses, Einladung an Sardinien, mit den übrigen italienischen Staaten an demselben teilzunehmen, gemäß dem Vorgang des Laibacher Kongresses von 1821 (s. II. 150), auf dem sie wesentlich zur Entgegennahme der Entscheidungen der Großmächte zugelassen waren. Napoleon erklärte sich, in richtiger Berechnung der Halsstarrigkeit Östreichs, zur Annahme dieses Vorschlags bereit und forderte durch ein an Latour d'Auvergne, seinen Gesandten in Turin, gerichtetes Telegramm Walewskis die unverzügliche Zustimmung Sardiniens.

Östreichische Forderungen.

Vermittlungsvorschlag Malmesburys.

Das Telegramm Walewskis langte tief in der Nacht vom 18. auf den 19. April in Turin an und wurde sofort durch einen Sekretär der französischen Gesandtschaft Cavour überbracht. Aus dem Schlaf aufgeschreckt durchflog er es und rief unter dem ersten Eindruck der ihm gemachten Zumutung aus: „Jetzt bleibt mir nichts mehr übrig, als mir eine Kugel durch den Kopf zu schießen." Am folgenden Morgen fand ihn Latour d'Auvergne etwas ruhiger. Doch sprach er davon, da er seinem König nicht raten könne, von der bisherigen Politik abzuweichen, werde er sich zur Einreichung seiner Entlassung gezwungen sehen. Indessen zögerte er nicht, nach Paris zu telegraphiren, Sardinien stimme der dem Kongreß vorgängigen Entwaffnung zu, wenn sie auch üble Folgen für Italien haben könne. Hierauf verschloß er sich in sein Zimmer, verbrannte viele Papiere, erklärte dann aber dem Freunde Michelangelo Castelli, der sich Zutritt zu ihm erzwang, er werde „allem die Stirn bieten". Allmählich erlangte er seine volle Fassung wieder, wurde durch Telegramme des Kaisers, des Prinzen Napoleon, Massimo d'Azeglios noch mehr beruhigt und gab diesem am 20. April in einer langen Depesche nach einem historischen Rückblick zu verstehen, der angerufene Präcedenzfall des Laibacher Kongresses von 1821 setze jedenfalls vollkommene Gleichheit aller Teil-

Cavours Befürchtungen und Beruhigung.

nehmer voraus[1]). Mittlerweile that Öſtreich ſelbſt das Nötige, ſeine Sorgen gänzlich zu zerſtreuen und die Berechnungen Napoleons wahr zu machen.

Unverſöhnlichkeit Öſtreichs.

In Wien war man des längeren Wartens müde geworden und wollte von einem Kongreß nichts mehr wiſſen. Man hielt den Kongreßvorſchlag überhaupt für ein abgekartetes Spiel, das zur Vervollſtändigung der noch nicht beendeten Rüſtungen Frankreichs in Scene geſetzt ſei. Loyalitätsadreſſen, wie die des böhmiſchen Adels, der ſich zu jedem Opfer für den Länderbeſtand des Reiches bereit erklärte, ermutigten zum Widerſtand gegen alle Mahnungen, auf Verſöhnlichkeit bedacht zu ſein. Die Berichte über die Sympathieen ſämtlicher ſüddeutſcher und nicht weniger norddeutſcher Regierungen und Bevölkerungen klangen fortdauernd vielverheißend. So wenig man mit der bisherigen Haltung Preußens zufrieden war, ſo hoffte man doch, durch eine außerordentliche Miſſion des Erzherzogs Albrecht, der am 11. April nach Berlin abgereiſt war, den Prinzregenten zu kriegeriſchem Vorgehen zu beſtimmen[2]). Der Erzherzog ſollte eine raſche Beſiegung Piemonts vor Ankunft franzöſiſcher Hilfe in ſichere Ausſicht ſtellen, zugleich aber die Bedrohung Frankreichs am Rhein durch eine imponirende deutſche Heeresmacht vorſchlagen, zu der unter gemeinſamer Führung des Kaiſers und des Prinzregenten, Öſtreich und Preußen je 250 000 Mann aufbieten würden. Während der Moniteur am 21. April die allgemeine Entwaffnung und die bevorſtehende Eröffnung des Kongreſſes ankündigte, waren die Würfel in Wien ſchon gefallen. Der letzte engliſche Vermittlungsverſuch wurde zurückgewieſen. Von einer Beteiligung Sardiniens an einem Kongreß, unter welchem Titel auch immer, wollte man nichts wiſſen. Nach Turin ſollte ein ſchriftliches Ultimatum mit dreitägiger Bedenkzeit ergehen.

Miſſion des Erzherzogs Albrecht nach Berlin 11. bis 19. April.

Beſchluß des Ultimatums in Wien

Selbſt Buol war durch die Plötzlichkeit des Entſchluſſes überraſcht worden. Er war hinter ſeinem Rücken unter dem Einfluß des erſten Generaladjutanten Grafen Grünne unmittelbar aus der Militärkanzlei des Kaiſers hervorgegangen. Vor ganz Europa erſchien damit Öſtreich als Friedensbrecher. Cowley war aufs höchſte beſtürzt und verhehlte ſeinem Kollegen Hübner nicht, daß nunmehr England gezwungen ſein werde, für Piemont und vielleicht ſelbſt für Frankreich Partei zu ergreifen. Derby verurteilte den Schritt Öſtreichs, indem er ihn der Königin Viktoria meldete, als einen „ruchloſen Entſchluß, den Krieg zu beginnen", der durch nichts

Verurteilung des Schrittes durch England, Preußen, Rußland.

[1]) Irriger Weiſe ſagt Thayer: The Life of Cavour I. 599 „He wrote a last appeal to the emperor" mit Berufung auf Chiala: Lettere di Cavour III. 46. Hier handelt es ſich aber, wie er ſelbſt angiebt, um den 20. März, nicht 20. April 1895.

[2]) Als Ergänzung zu Gedrucktem: Berichte Steigers 13., 29. März, 9., 11., 17., 19., 27. April 1859. E. Arch. Bern. — Berichte des Erzherzogs Albrecht 13.—19. April 1859. Archiv Wien. Auszüge daraus im Anhang VII.

gerechtfertigt werden könne. Sie selbst beklagte in einem Schreiben an ihren Oheim, den König Leopold von Belgien, „den Wahnsinn und die Blindheit" der Wiener Regierung, die sich ins Unrecht gesetzt und das allgemeine Gefühl in England zu ihren Ungunsten gewandt habe. In Berlin, wo man schon die Vorschläge des Erzherzogs Albrecht ziemlich kühl aufgenommen, für die Stellung von Anträgen am Bundestag Preußen die Initiative vorbehalten und erwartet hatte, der Kaiser Franz Josef werde dem Prinzregenten mindestens den alleinigen Oberbefehl eines Teiles der Bundesarmee als Preis seiner Hilfe zugestehen, war man im höchsten Grade verletzt durch Verschweigung des Ultimatums, das am Tage der Abreise des Erzherzogs erging, und protestirte gegen jede Übernahme einer Verantwortlichkeit[1]). Noch schärfer lautete das Urteil über Österreichs plumpes Vorgehen in Petersburg, wo man schadenfroh alle Fehlschritte der seit dem Krimkrieg bitter gehaßten Macht verfolgte, die man über die eigenen Absichten in die Irre zu führen gesucht hatte[2]). Cavour aber jubelte auf, als ihm die erste Kunde zukam, daß ein herausforderndes österreichisches Ultimatum unterwegs sei, das der von ihm ersehnten Kriegserklärung gleichkomme. Aus Paris erhielt er die Versicherung, er könne auf die entschiedenste Unterstützung Frankreichs zählen. Die beste Bestärkung dieser Versicherung lieferte ihm der Moniteur mit den Angaben über die Verteilung der Kommandos der „Alpenarmee".

Freude Cavours.

Bewilligung der Diktatur für Viktor Emanuel 23. April.

Am 23. April erschien er vor der rasch aus den Osterferien einberufenen Kammer in Turin, gab einen Überblick der bisherigen Verhandlungen und forderte Annahme eines Gesetzes, das dem König Viktor Emanuel für den Kriegsfall diktatorische Gewalt erteilte. Die Kammer bewilligte ungesäumt die verlangten Vollmachten. Cavour, von der Ankunft zweier österreichischer Officiere benachrichtigt, verließ die Sitzung unter den brausenden Rufen „es lebe der König, es lebe Italien". Nachmittags empfing er die beiden Officiere, den Baron Kellersperg und den Grafen Ceschi di Santa Croce, die das in Mailand kurze Zeit zurückgehaltene Ultimatum überbrachten, im Ministerium des Auswärtigen. Es forderte binnen dreitägiger Frist eine Antwort mit Ja oder Nein auf das kategorische Begehren unverzüglicher Versetzung des sardinischen Heeres auf den Friedensfuß und unverzüglicher Entlassung der italienischen Freiwilligen. Cavour zog nach Durchlesung des Buolschen Schriftstückes die Uhr aus der Tasche. Es war halb sechs. Er bat die Österreicher, sich nach drei Tagen um dieselbe Stunde wieder einfinden zu wollen. Sie waren während dieser drei Tage ihres Turiner Aufenthaltes Augenzeugen der ruhigen und würdigen Haltung der Bevölkerung und der Begeisterung bei der

Überreichung des österreichischen Ultimatums in Turin 23. April.

[1]) Bericht Steigers 24. April 1859. E. Arch. Bern.

[2]) S. die Andeutungen in Ernst von Kolbing: Aus meinem Leben II. 480, 481.

Abfahrt der Truppen. Auch konnten sie noch die einstimmige Annahme des Diktaturgesetzes im Senat und die Nachricht der Ankunft der ersten französischen Kolonnen in Chambéry erfahren. Am 26. April punkt halb sechs stellten sie sich wieder im Ministerium des Auswärtigen ein. Cavour überreichte Kellersperg seine Antwort, in der er auf die von Europa gewürdigte Annahme des letzten Vorschlags der Mächte durch Sardinien verwies und Östreich, das statt dessen ein Ultimatum gestellt habe, die Verantwortlichkeit für die Folgen überband. „Ich hoffe, sagte er Kellersperg zum Abschied, daß wir uns unter glücklicheren Umständen wieder sehen." Dann wandte er sich zu den im Vorzimmer harrenden Freunden mit den Worten: „Alea jacta est, wir haben Geschichte gemacht, nun wollen wir zum Essen gehen."

Seine Zurückweisung 26. April.

Selbst jetzt noch gab die englische Regierung ihre Anstrengungen für Erhaltung des Friedens nicht auf. Mit Berufung auf jenes Protokoll des Pariser Kongresses, das sich im Fall eines ernsten Zwiespaltes zweier Staaten vor Anwendung der Waffengewalt für die Wünschbarkeit der guten Dienste einer befreundeten Macht ausgesprochen hatte (s. o. S. 143), bot Malmesbury Östreich und Frankreich die Vermittlung Englands zum Zweck einer unmittelbaren Verständigung an und forderte zugleich eine Vertagung des Angriffs auf Piemont. Diese Forderung lehnte Buol zwar ab, wollte sich aber die guten Dienste Englands für weitere Verhandlungen gefallen lassen. Hingegen Napoleon verhielt sich spröde und wies Walewski an, zu verlangen, daß Östreich zunächst auf seine Sonderverträge mit italienischen Staaten verzichte, seine Truppen vom linken Ufer des Po, aus Piacenza, Ferrara, Comacchio zurückziehe und in gleichzeitige Entwaffnung mit Frankreich und Piemont willige. Für ihn, dessen vertragsmäßiger Beistand von Turin aus angerufen war, gab es kein Zurück mehr.

Letzter vergeblicher englischer Vermittlungsversuch 25. April.

Soweit gelangt, konnte er unmöglich die Mitwirkung des gesetzgebenden Körpers zur Bewilligung von Soldaten und Geldmitteln entbehren. Die Abgeordneten wurden aus den Osterferien herbeigerufen und vernahmen am 26. April aus Walewskis Mund eine ganz im Sinn des Kaisers gefärbte Darstellung der bisherigen Verhandlungen. Zwei Gesetzesvorlagen forderten ihre Ermächtigung der Erhöhung der nächsten Aushebung von 100 000 auf 150 000 Mann und der Aufnahme eines Anlehens von 500 Millionen. Morny, bis dahin wie Walewski ein entschiedener Gegner der italienischen Politik seines Herrn, entledigte sich mit nicht geringerem Eifer wie Walewski der Aufgabe, an das Gefühl der nationalen Ehre zu appelliren. „Blicken wir nicht rückwärts, rief er der Versammlung zu, vor uns weht die Fahne Frankreichs." Die gehorsame Mehrheit, so gering ihre Begeisterung für den Krieg auch war, folgte dieser Parole. Nur wenige ihrer Mitglieder, denen Baroche namens

Bewilligungen des gesetzgebenden Körpers in Paris 26. April.

der Regierung antwortete, wagten Bedenken zu äußern. Sie waren teilweise in der Furcht begründet, die weltliche Herrschaft des Papstes erschüttert zu sehen. Am gespanntesten durfte man sein, die Meinung der Oppositionsgruppe der „Fünf" zu hören. Hier drohte nun ihrer Einmütigkeit eine Klippe. Ollivier, in dessen väterlichem Haus Mazzini einst Gastfreundschaft genossen (s. IV. 392), der alle Schmerzen und Sorgen der italienischen Patrioten geteilt hatte, war allerdings dem Gedanken der Vertreibung der Östreicher aus der appeninischen Halbinsel von Herzen zugethan. Aber ein Kampf für die Vergrößerung der Monarchie Viktor Emanuels widerstrebte seinem republikanischen Gefühl. Picard stimmte ihm bei und äußerte insbesondere Besorgnisse einer Rückwirkung des Krieges zu Gunsten der Verstärkung der absoluten Gewalt des Kaisertums im Inneren. Sie kamen überein, da sie ein bejahendes Votum unmöglich, ein verneinendes zu schroff dünkte, sich mit Angabe der Gründe der Abstimmung zu enthalten. Darimon schloß sich ihrer Abrede an. Schwieriger war es, Jules Favre und Hénon gleichfalls dafür zu gewinnen. Der erste, bezaubert durch die Idee der Befreiung Italiens, wollte bei dieser Gelegenheit die Fahne der Opposition zusammenrollen und ein bejahendes Votum abgeben. Der zweite, von noch stärkeren Besorgnissen erfüllt als Picard, wollte die Kredite und die Erhöhung des Kontingentes verweigern. Schließlich aber beugten sich beide, um der Welt nicht das unerwünschte Schauspiel einer dreifachen Spaltung zu geben, der Entscheidung ihrer Mitstreiter, die Ollivier und Favre in glänzenden Reden rechtfertigten[1]).

Enthaltung der Gruppe der „Fünf".

Spannung in Turin.

Mittlerweile waren Tage ängstlicher Spannung in Turin verstrichen. Man hatte befürchten müssen, daß die Östreicher, ehe französische Hilfe nahe, den Tessin überschreiten und sich auf das mit seinen militärischen Vorbereitungen noch nicht fertige Piemont werfen würden. Indessen bis zum 29. April blieben die östreichischen Truppen unbeweglich am linken Ufer des Flusses stehen. Erst am Morgen dieses Tages gingen sie ober- und unterhalb von Pavia über den Fluß und besetzten Novara, Vercelli, Tortona. Ein Manifest Franz Josefs an seine Völker, aus der Feder Bernhard Meyers, des ehemaligen, in Bachs Ministerium angestellten Führers des Sonderbundes (s. VII. 700), vom 28. April war ihnen vorausgeflogen. Der Kaiser berief sich auf die dem Königreich Sardinien vor mehr denn zehn Jahren bewiesene Großmut, auf seine eigene Friedensliebe, auf die Treulosigkeit und die wühlerische Aufreizung der Nachbarn an den Grenzen des lombardisch-venetianischen Königreiches. Er beschuldigte den Feind, „im Bunde mit der Partei

Manifest Franz Josefs 28. April.

[1]) Vgl. die sich ergänzenden Darstellungen in E. Ollivier: L'empire libéral IV 98 ff. und Reclus: Jules Favre S. 218 ff.

des allgemeinen Umsturzes" zu stehen, den Herrscher Frankreichs, „unter nichtigen Vorwänden in die völkerrechtlich geregelten Verhältnisse Italiens sich einzumischen" und beanspruchte für sein Schwert die Weihe, „eine Wehr zu sein" nicht nur „für die Ehre und das gute Recht Östreichs", sondern auch „für die Rechte aller Völker und Staaten, für die heiligsten Güter der Menschheit". In diesem Kampf auf einem Boden, „der auch mit dem Blute des deutschen Brudervolkes gedüngt" und „als eine seiner Schutzwehren errungen" sei, hoffte er, „nicht allein zu stehen". Als „Fürst im deutschen Bunde", wies er hin auf „die gemeinsame Gefahr", deren Gefühl „auch jetzt die deutschen Gaue, von der Hütte bis zum Throne, von einer Grenze zur anderen durchziehe".

Manifest Viktor Emanuels 29. April.

Am 29. April, ehe er zum Heere abging, erließ auch Viktor Emanuel mit Ernennung seines Vetters, des Prinzen Eugen von Savoyen-Carignan, zum Regenten, eine Ansprache an sein Volk und eine andere an die Italiener. „Östreich überfällt uns, rief er seinen Piemontesen zu, mit einem mächtigen Heer, das es, den Frieden heuchelnd, zum Angriff in den unglücklichen, von ihm unterjochten Provinzen angesammelt hat. Da ihm das Beispiel unserer bürgerlichen Ordnungen unerträglich ist, und da es sich dem Urteil eines europäischen Kongresses über die Leiden und Gefahren, die es allein über Italien gebracht hat, nicht unterwerfen will, ... macht es aus einem Gebot der Ehre einen Kriegsfall. Östreich erkühnt sich, von uns die Verminderung unseres Heeres und die Auslieferung der hochherzigen Jünglinge, die aus ganz Italien zur Verteidigung der heiligen Fahne der nationalen Unabhängigkeit herbeigeströmt sind, in seine Gewalt zu fordern.... Mit meinen Soldaten werden die tapferen Krieger des Kaisers Napoleon, meines großmütigen Verbündeten, für Freiheit und Gerechtigkeit in den Kampf ziehen." Die Gesamtheit der Italiener aber hörte aus dem Munde des Königs, daß er das Schwert ergreife, nicht nur zur Verteidigung seines Thrones und seines Landes, sondern auch zur Verteidigung „der Ehre des italienischen Namens" und „des Rechtes der ganzen Nation". „Vertrauen wir auf Gott und auf unsere Eintracht, vertrauen wir auf die Tapferkeit der italienischen Soldaten, auf das Bündnis mit dem hochherzigen Frankreich, vertrauen wir auf die Gerechtigkeit der öffentlichen Meinung. Mich beseelt kein anderer Ehrgeiz als der, der erste Soldat der italienischen Unabhängigkeit zu sein."

Proklamation Napoleons 3. Mai.

Als letzter nahm Napoleon am 3. Mai das Wort durch eine Proklamation, die Hübner unmittelbar vor seiner Abreise von Paris noch zu Gesicht bekam. „Indem Östreich, hieß es hier, sein Heer in das Gebiet des Königs von Sardinien, unsres Verbündeten, eindringen läßt, erklärt es uns den Krieg. Es verletzt die Verträge, die Gerechtigkeit und bedroht unsre Grenzen. ... Östreich hat die Dinge dahin getrieben, daß es ent-

weder bis zu den Alpen herrschen oder daß Italien bis zur Adria frei werden muß. ... Möge Frankreich sich bewaffnen und Europa sagen: Ich will keine Eroberungen, aber ich will ohne Schwäche meine nationale und überkommene Politik aufrecht halten, ich achte die Verträge, vorausgesetzt, daß man sie nicht gegen mich verletzt, ich achte das Gebiet und die Rechte der Neutralen, aber ich gestehe laut mein Mitgefühl für ein Volk, dessen Geschichte sich mit der unsrigen verkettet, und das unter fremder Unterdrückung seufzt. ... Wir gehen nicht nach Italien, um die Unordnung anzufachen oder die Macht des heiligen Vaters zu erschüttern, den wir wieder auf seinen Thron zurückgeführt haben, sondern um ihn dem fremden Druck zu entziehen, der auf der ganzen Halbinsel lastet, und um dort zur Herstellung einer Ordnung der Dinge beizutragen, die auf der Befriedigung berechtigter Interessen ruht. Wir gehen endlich in dieses klassische, durch so viele Siege verherrlichte Land, um die Spuren unsrer Väter wieder zu finden. Gebe Gott, daß wir ihrer würdig seien! ... Also Mut und Eintracht. Unser Land wird der Welt wieder zeigen, daß es nicht entartet ist. Die Vorsehung wird unsre Anstrengungen segnen, denn die Sache ist in den Augen Gottes heilig, die sich auf die Gerechtigkeit, die Menschheit, die Vaterlandsliebe und Unabhängigkeit stützt." Die Herrscher der Staaten, die sich Fehde ansagten, hatten gesprochen. Nun hatten die Kanonen das Wort.

VIII.

Der italienische Krieg von 1859 und seine nächsten Folgen.

Der Ausbruch des Krieges fand Österreich im Rate der europäischen Mächte völlig vereinzelt. Es zog in den Kampf ohne Bundesgenossen. Zwar glaubte der Kaiser Franz Josef nach den Worten seines Manifestes im Hinblick auf die in weiten Kreisen des deutschen Volkes herrschende Stimmung der sicheren Hoffnung Ausdruck geben zu dürfen, „nicht allein zu stehen". In der That kam die von Wien aus fieberhaft betriebene Propaganda, den deutschen Bund zum Kriege mit fortzureißen, nachdem die Entscheidung gefallen war, den Gefühlen tausender noch mehr entgegen als früher. In Süddeutschland war die Augsburger Allgemeine Zeitung ihr vorzüglichstes Sprachrohr. In den Rheinlanden wurde nicht nur die katholische, sondern zeitweise auch ein Teil der von konfessioneller Färbung freien liberalen Presse aus Furcht vor französischer Invasion auf Österreichs Seite geführt[1]). Die patriotische Aufwallung kam der großdeutschen Partei zustatten, zu der selbst Heinrich von Gagern, enttäuscht durch die preußische Politik seit 1849 und unter dem Einfluß seines in österreichische Dienste übergegangenen Bruders Max, sich hinwandte. Ihre Schlagworte, die sich auch u. a. Julius Fröbel, der in die Heimat zurückgekehrte ehemalige Genosse Robert Blums, aneignete, fanden wieder ein stärkeres Echo als seit lange. Dagegen verwahrten sich die Kleindeutschen, vor allem in Norddeutschland, wider die Zumutung, daß Deutschland in Italien dessen Unabhängigkeits- und Einheitsbestrebungen starken Sympathieen begegnete, für Österreich die Kastanien aus dem Feuer hole. Der Wunsch ihrer Führer ging dahin, daß Preußen baldmöglichst sein Heer mobilisire, den Österreichern zuvorkommend das ganze Rheinufer besetzen, auf diese Weise der Wiener Hofburg den Wind des nationalen Aufschwungs aus den Segeln nehmen und ihr alsdann

Vereinzelung Österreichs.

Die großdeutsche Partei.

Die kleindeutsche Partei.

[1]) K. H. Grosse-Freese: Die Rheinische liberale Presse im Jahr 1859 (Bonner Dissertation 1914). Vgl. Th. Scheffer: Die preußische Publicistik im Jahre 1859 unter dem Einfluß des italienischen Krieges. Leipzig 1901.

bestimmte Forderungen stellen möge. Diesen Gedanken entwickelte z. B. Max Duncker, der damals dem Rufe folgte, seine Tübinger Professur mit einer Anstellung im preußischen auswärtigen Amt als Leiter der halbamtlichen Presse zu vertauschen, in einer an den Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenzollern gerichteten Denkschrift. Sein Parteifreund Theodor von Bernhardi faßte als Inhalt des wünschenswerten preußischen Programmes zusammen: Parität am Bundestag, wechselndes Präsidium, Abschluß von Militärkonventionen der Kleinstaaten mit Preußen, Herstellung des gestörten Rechtszustandes in Schleswig-Holstein, Kurhessen, Hannover, Besitznahme der Führerschaft in Deutschland. Dies sollte den Preis der Teilnahme Preußens für Östreich bilden.

Die deutsche Demokratie und Socialdemokratie.

Später erst kam, vorzüglich in Manifesten Geflüchteter und Verbannter, die deutsche Demokratie und Socialdemokratie zum Wort. Für jene sprachen u. a. Ludwig Bamberger und Karl Vogt in ihren Flugschriften „Juchhe nach Italien!" und „Studien zur gegenwärtigen Lage Europas", um zu beweisen, daß nicht am Po und am Mincio das Bollwerk deutscher Größe zu finden sei, sondern in der Verwirklichung der von Östreich bekämpften deutschen Einheit, und daß Napoleon „augenblicklich einer guten Sache diene". Für die Socialdemokratie trat zuerst Engels auf mit der Schrift „Po und Rhein", in der, ohne irgend ein Entgegenkommen gegen den Mann des Staatsstreichs, nicht minder entschieden betont wurde, daß deutsche Interessen nicht die Erhaltung, sondern die Beseitigung der östreichischen Fremdherrschaft in Italien geböten. Karl Marx sekundirte ihm in seinen der „New York Tribune" übersandten Artikeln und Lassalle in einer eigenen Flugschrift. Diese erhielt nur dadurch eine abweichende Note, daß Lassalle Preußen den Beruf zuschrieb „das Princip der Nationalitäten", das Napoleon im Süden Europas proklamirt habe, im Norden gegen Dänemark zu verfechten, und daß er Preußen bei einem solchen Kampf die Hilfe der Demokratie zusagte.

Haltung Preußens. Schleinitz.

Inzwischen lag es der preußischen Regierung fern, sich nach dem Beispiel der Monarchie Viktor Emanuels der nationalen Bewegung kühn zu bemächtigen. Schleinitz, der Minister des Auswärtigen, ein feiner Kopf, geschmeidig und liebenswürdig im persönlichen Verkehr, vorsichtig und ängstlich abwägend als Staatsmann, war nicht gemacht für eine energische Realpolitik, wie Bismarck sie ersehnte, wie fast mit Bismarcks Worten Konstantin Rößler, damals Professor in Jena, sie in der Flug-

Usedom.

schrift „Preußen und die italienische Frage" verfocht. Usedom, Bismarcks Nachfolger in Frankfurt, obwohl in vielen anderen Dingen von ihm geschieden, stimmte zwar in der schwebenden Frage mit ihm überein, konnte aber seine Meinung in Berlin nicht zur Geltung bringen. Der

Bonin. Hohenzollern.

Kriegsminister Bonin war bedenklich, Preußens Streitkräfte aufs Spiel zu setzen, und Auerswald teilte seine Bedenken. Der Fürst von Hohen-

zollern, den Weite und Unbefangenheit des Blickes am ehesten zur Empfehlung kräftiger Entschlüsse befähigt hätten, setzte sich doch nicht mit voller Entschiedenheit bei seinen Amtsgenossen dafür ein. Den schwankenden Ansichten seiner Minister stellte der Prinzregent, obwohl sehr empfänglich für die Idee der Erringung gesamtdeutscher militärischer Führung, in seiner Gewissenhaftigkeit keinen überlegenen Willen entgegen. Seiner Neigung entsprach es, einen Mittelweg zu betreten. Er versagte es sich, Österreichs Notlage sofort durch Drängen auf Zugeständnisse im preußischen Interesse auszunutzen. Aber er lehnte auch ein Eingreifen gegen Frankreich, wie es durch die Mission des Erzherzogs Albrecht von Wien aus hatte angeregt werden sollen, für den Augenblick ab. Nächst dem am 23. April gemeinsam mit Österreich in Frankfurt gestellten und zum Beschluß erhobenen Antrag, das Bundesheer marschbereit zu halten und die Bundesfestungen zu armiren, war das einzige, was zunächst geschah, die gleichzeitige Anordnung der Kriegsbereitschaft von drei preußischen Armeekorps. Eine Woche später wurde diese Maßregel auf die ganze Armee ausgedehnt. „Österreich, schrieb der Fürst von Hohenzollern an eben diesem Tag dem Herzog von Koburg, darf, wird und soll uns brauchen, aber die Form und das Maß unsrer Hilfeleistung kann kein Diktat, sondern muß das Ergebnis eigenster Selbstbestimmung sein."

Der Prinzregent.

Marschbereitschaft des Bundesheeres 23. April.

Kriegsbereitschaft des preußischen Heeres.

Noch weniger hatte Österreich von England irgend welche augenblickliche Unterstützung zu erwarten. Zwar glaubte man hier von einem russisch-französischen Geheimvertrag, dessen Abschluß man mutmaßte, üble Folgen befürchten zu müssen, und traf Vorsichtsmaßregeln zur Verstärkung der Flotte. Allein von einer thatsächlichen Wendung gegen Frankreich und Rußland konnte keine Rede sein, und der Unmut wegen Österreichs überstürzter Durchkreuzung des englischen Vermittlungsvorschlags blieb bestehen. Derby versicherte der Königin, alles, was geschehen könne, sei Aufrechthaltung strengster Neutralität Englands hinsichtlich der Angelegenheiten Italiens. Wie der Prinzgemahl über die große Frage des Tages dachte, entnahm der damals in London weilende sächsische Minister Beust zu seinem Kummer einem Gespräch mit ihm. Prinz Albert ging soweit, seiner Überzeugung Ausdruck zu geben, „es werde ein wahres Glück für Deutschland sein, daß Österreich so geschwächt würde, um den deutschen Regierungen keinen Anhalt mehr bieten zu können und bei einer Neugestaltung Deutschlands aus demselben herausgedrängt zu werden", und er erklärte „den Besitz der Lombardei für eine Verlegenheit und Last, nicht aber für einen Vorteil"[1]). Vollends in Petersburg hatte Österreich nicht auf Mitgefühl zu rechnen. Die Vereinzelung, in der es sich befand, ward ihm hier von Herzen gegönnt.

Neutrale Haltung Englands.

Haltung Rußlands. Mobilisirung von vier Armeekorps.

[1]) Graf Beust: Aus dreiviertel Jahrhunderten I. 250.

Um in Wien Eindruck zu machen wurden vier russische Armeekorps mobilisirt. Bernhardi brachte sogar in Erfahrung, daß sich in den Donaufürstentümern, in Serbien, in Montenegro ein Aufstand vorbereitete, der losbrechen solle, so bald von Petersburg das Zeichen dazu gegeben werde. Östreich erntete die Früchte der schwankenden Politik des Grafen Buol, und er selbst fiel jetzt als ihr Opfer. Die gegen sein Wissen erfolgte Sendung des Ultimatums nach Turin hatte ihm den Gedanken an Einreichung seiner Entlassung schon nahe legen müssen. Er erhielt sie am 4. Mai, wie allgemein angenommen wurde, weil man hoffte, dadurch Rußland versöhnen zu können. An seine Stelle trat Graf Rechberg, der bisherige Bundespräsidialgesandte. Dieser, Sprosse eines schwäbischen Adelsgeschlechtes, hatte, äußerlich nichts weniger als imponirend, aber geschäftskundig und arbeitsam, sich in östreichischem Dienst auf diplomatischen Posten diesseits und jenseits des Oceans hervorgethan und vor seiner Berufung nach Frankfurt als Civiladlatus Radetzkys zwei Jahre an der Spitze der Verwaltung des lombardisch-venetianischen Königreichs gestanden. Er war ein aufrichtiger Bewunderer und gelehriger Schüler Metternichs, der vor seinem Hinscheiden (11. Juni) die ersten Niederlagen des östreichischen Heeres noch erlebte, etwas hitzigen Temperamentes, doch Kompromissen nicht abgeneigt.

Entlassung Buols 4. Mai. Sein Nachfolger Rechberg 21. Mai.

Tod Metternichs 11. Juni.

Wie die auswärtige Politik Östreichs zu Beginn des Krieges die Monarchie in eine schwierige Lage gebracht hatte, so versetzte er ihren finanziellen Zuständen die empfindlichsten Stöße. Mit großer Mühe, in stetem Ringen um Ersparnisse mit der Militärverwaltung, gehemmt durch die schwere Handelskrisis von 1857, hatte Bruck als Finanzminister den alljährlichen Fehlbetrag im Staatshaushalt herabzumindern gesucht. Zugleich war sein eifriges Bestreben darauf gerichtet gewesen, durch Ermäßigung des Zolltarifes und Gründung der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe die Volkswirtschaft zu heben, sowie zur Herstellung der Valuta die Wiederaufnahme der Barzahlungen der Nationalbank zu sichern. Freilich hatte er dabei zu den verzweifelten Mitteln gegriffen, das 1854 ausgeschriebene Nationalanlehen ohne Benachrichtigung des Publikums um mehr als hundert Millionen Gulden über den gesetzlich bestimmten Betrag zu überschreiten und die dem Staat gehörigen Südbahnen mit ihren teils vollendeten, teils im Bau begriffenen Linien für hundert Millionen Silber an eine ausländische Gesellschaft unter Führung der Häuser Rothschild zu verkaufen. Dafür hatte er die Genugthuung gehabt, daß am 30. August 1858 eine kaiserliche Verordnung ergehen konnte, die der Nationalbank vorschrieb, spätestens am 1. November ihre Noten gegen Bargeld umzuwechseln. Wirklich geschah dies auch einige Wochen lang mit nochmaliger staatlicher Unterstützung durch Überweisung von Wertseffekten. Zur Sicherung der Einlösbarkeit der Banknoten war

Östreichs Finanzschwierigkeiten.

Verzweifelte Maßregeln Brucks.

Vorübergehende Barzahlung der Bank.

bestimmt worden, daß künftig wenigstens ein Drittel der Noten mit Silbermünzen oder Silberbarren, Goldmünzen und Goldbarren und der Rest mit bankmäßigen Effekten bedeckt sein müsse. Die unheilvolle Papiergeldwirtschaft konnte demnach als überwunden betrachtet werden. Bruck glaubte dieser Sorge für immer entledigt zu sein und plante nunmehr die Aufnahme eines Anlehens in England zunächst zur Bedeckung des Jahresdeficits von 56 Millionen Gulden. Aber der Neujahrsgruß Napoleons, die Panik der nächsten Wochen, die Kriegserklärung, gegen die er sich mit aller Kraft gestemmt hatte, machten einen dicken Strich durch alle seine Berechnungen. Das englische Anlehen war ein vollkommener Mißerfolg. Ein Zwangsanlehen im lombardisch-venetianischen Königreich erwies sich als unthunlich. Man mußte sich endlich zu einer Anleihe von 100 Millionen Gulden, begründet auf den lombardisch-venetianischen „Monte", die Landesschuldenkasse des Königreichs, entschließen. Die Bank stellte ihre Barzahlungen wieder ein. Um Geld für die Ausrüstung und Verpflegung des Heeres zu beschaffen, mußte Bruck ihren Silberschatz angreifen, sie für ein neues zu begebendes Anlehen zu einer Notenausgabe von 133 Millionen Gulden ermächtigen[1]), später sogar die Bareinlösung der Coupons des Nationalanlehens suspendiren. Aufs tiefste niedergeschlagen, sah er alle seine Hoffnungen, Ordnung in den Staatshaushalt zu bringen, begraben.

Mißerfolg des englischen Anlehens.

Wiedereinstellung der Barzahlungen der Bank.

Auch in der Bevölkerung der Monarchie war die Begeisterung für den bevorstehenden Kampf in der westlichen Reichshälfte nicht durchgängig auf gleicher Höhe und in der östlichen im ganzen überhaupt nur künstlich erzeugt. Die Ungarn hatten sich trotz der 1857 ergangenen Gewährung weit bemessener Amnestie mit der auf ihnen lastenden Gewaltherrschaft nicht versöhnt. Daher konnte ihre Erhebung im französisch-sardinischen Lager ernstlich ins Auge gefaßt werden. Klapka war, nachdem er den Prinzen Napoleon und Cavour gesprochen, schon im Januar zu Kossuth nach London gereist, um ihm darauf abzielende Mitteilungen zu machen. Der Prinz Napoleon stellte die Überlassung von Geld, Waffen, Schiffen und selbst die Hilfe einer französischen Division in Aussicht, die freilich nicht ins Innere vordringen, sondern nur zur Deckung der Operationsbasis eines Landungskorps ungarischer Emigranten und Überläufer dienen sollte. Kossuth verlangte stärkere Bürgschaften, vor allem wirkliche Beteiligung französischer Truppen am Kampf für Ungarns Unabhängigkeit und Proklamation derselben durch Napoleon gemäß der Unabhängigkeitserklärung von 1849. Aber er billigte, daß Klapka am 17. Februar eine Zusammenkunft mit dem Kaiser hatte. Durch seinen Lands-

Stimmung der Bevölkerung. Ungarn.

Französische Verhandlungen mit Klapka und Kossuth.

[1]) Das Publikum halbirte und viertelte die Noten wieder wie 1848. Bericht Steigers 3. Juni 1859. E. Arch. Bern.

mann Szarvady in Paris, der Cavour während dessen kurzen Aufenthaltes Ende März dort sprach, ward er auf dem laufenden erhalten. Als Bedingungen für seine Mitwirkung forderte er, im Vollbewußtsein seines persönlichen Einflusses und seiner „Verantwortlichkeit" gegenüber seinem Vaterland, mittels einer Szarvady gesandten Denkschrift Überlassung der Leitung der Bewegung in seine Hand, unmittelbare Verhandlung mit ihm selbst, Erscheinen einer starken französischen Heeresmacht in Ungarn vor dem Beginn eines Aufstandes. Obwohl Republikaner, erklärte er sich gleichzeitig bereit, um den Preis der Erringung „der Unabhängigkeit" Ungarns, sich auch der Empfehlung einer konstitutionellen Monarchie nicht widersetzen zu wollen. Cavour erhielt noch in Paris Kenntnis von Kossuths Denkschrift. Auch dem Prinzen Napoleon, zu dem dessen Freund, der ehemalige französische Handelsminister Alessandro Bixio die Brücke schlug, kam sie zu Gesicht, ebenso dem Kaiser.

Kossuth bei Napoleon 5. Mai 1859.

Anfangs Mai, nach einer Verständigung Klapkas und Telekis mit dem Prinzen, fuhr Kossuth selbst über den Kanal, wurde durch den Prinzen in tiefstem Geheimnis beim Kaiser eingeführt und empfing von ihm die Zusage des Erlasses einer Proklamation in dem gewünschten Sinn. Dagegen äußerte der Kaiser starke Bedenken gegen die Entsendung eines französischen Truppenkorps nach Ungarn hauptsächlich im Hinblick auf die torystische Regierung Englands, die in solchem Fall schwerlich bei der Neutralität verharren werde. Kossuth seinerseits verbürgte sich dafür, er werde durch seine Agitation am Sturz dieser schon wankenden Regierung und an ihrer Ersetzung durch ein Ministerium der Whigs mitarbeiten und schied aus den Tuilerien mit der Versicherung des Kaisers, „damit werde das Haupthindernis der Verwirklichung seiner patriotischen Wünsche beseitigt werden". Der Kaiser hatte ihm den Senator Pietri als Vertrauensmann für alles weitere bezeichnet. Er traf mit diesem, mit Klapka und Teleki beim Prinzen Napoleon zusammen, gesellte sich seine beiden Landsleute als Glieder eines ungarischen Nationalkomites zu, kehrte dann nach London zurück und überließ ihnen zunächst die Aufgabe, auf piemontesischem Boden die Bildung einer ungarischen Legion an die Hand zu nehmen. Von diesen Vorgängen hatte man in Wien schwerlich Kunde. Aber über die in Ungarn vorwaltende Stimmung konnte man sich nicht täuschen. Man suchte durch kleinliche Äußerlichkeiten, wie Veröffentlichung des Kriegsmanifestes in ungarischer Sprache, Gestattung des bisher verpönten Ratoczimarsches und der Landesfarben für die freiwilligen Husarenregimenter, die dumpfe Erbitterung zu beschwichtigen. Indessen die Gegensätze spitzten sich von Tag zu Tage schärfer zu. Nur die strengste Censur der Zeitungen konnte Äußerungen der Feindseligkeit gegen die despotische Regierung hindern.

Endlich sah es auch mit dem vielgerühmten östreichischen Heerwesen

nicht zum besten aus. Zwar an der Tapferkeit des Offizierskorps wie der Soldaten war nicht zu zweifeln. Aber seit der 1853 erfolgten Aufhebung des Kriegsministeriums war unter der Leitung des ersten kaiserlichen Generaladjutanten Grafen Grünne eine Militärbureaukratie, gegen die sich Radetzky häufig gestemmt hatte, allmächtig geworden. Eine provisorische Anordnung hatte die andere gejagt, und die Unstetigkeit hatte in manchem Zweig der Verwaltung, wie z. B. im Verpflegungswesen, sehr üble Folgen gezeitigt. Die lange Dienstzeit der Ausgehobenen, immer noch zehn Jahre in der Linie und in der Reserve, hatte ein System des Loskaufs nach sich gezogen, das wegen der Höhe der Loskaufsumme besonders der bäuerlichen Bevölkerung verhaßt war und nicht selten zur Bestechung gewissenloser Militärärzte führte. Dazu war eine Protektionswirtschaft ins Kraut geschossen, welche die Mittelmäßigkeit förderte, und der tüchtige, noch im besten Mannesalter stehende Offiziere bürgerlicher Abkunft zum Opfer fielen, um jungen, unerfahrenen Adligen Platz zu machen. Die Besetzung der obersten Posten mit Sprößlingen der hohen Aristokratie ohne Rücksicht auf hervorragende Begabung war beinahe zur Regel geworden. Ein Günstling Grünnes war auch der mit der Führung des italienischen Heeres Betraute. Man hatte erwartet, dem Feldzeugmeister Heß, Radetzkys erprobten Waffengefährten, diese Aufgabe übertragen zu sehen. Statt dessen fiel sie dem Grafen Gyulai zu, der, ohne je ernste Proben seines Könnens abgelegt zu haben, vornehmlich seiner aristokratischen Herkunft und seinem Reichtum das rasche Emporsteigen auf der Staffel militärischer Würden verdankte und der sich selbst, ängstlich und bedenklich, seiner Stellung nicht gewachsen fühlte. Allerdings stand ihm einer der ausgezeichnetsten österreichischen Offiziere als Generalstabschef zur Seite. Es war der in den Freiherrnstand erhobene Oberst Franz Kuhn, der hohe wissenschaftliche Bildung mit praktischer, 1848 und 1849 auf den Schlachtfeldern Italiens erworbenen Erfahrung vereinte. Aber Kuhn sah sich in seinen ursprünglichen Plänen durch unüberwindliche Hindernisse gehemmt, und als er sie einschränken mußte, fand er bei Gyulai, den eigene und fremde Rechtfertigungsversuche nur teilweise entlasten können[1]), nicht das erwünschte Entgegenkommen.

Mängel des österreichischen Heerwesens.

Gyulai Höchstkommandierender.

Kuhn Generalstabschef.

Schon Ende Februar hatte Kuhn dem Feldzeugmeister Heß eine Denkschrift überreicht, in der er für den Krieg gegen Frankreich und Sardinien in Italien 300 000 Mann und schleunigen Beginn des Kampfes forderte, um das piemontesische Heer vor Ankunft der Franzosen zu erdrücken und diese dann bei ihrem Vormarsch einzeln zu schlagen. Indessen die Führung der auswärtigen Politik, die durch diplomatische Verhand-

Durchkreuzung seiner Pläne.

[1]) Molinski: Gyulais Verhalten bei der Eröffnung des lombardischen Krieges 1859. Ein Beitrag zur Würdigung des Feldzeugmeisters (Berliner Dissertation 1917) zur Ergänzung der bisherigen weitschichtigen Litteratur.

lungen kostbare Zeit verlor, verursachte in erster Linie eine Hinauszögerung des Angriffs, bis er dann plötzlich in übereilter Weise über den Kopf Buols hinweg beschlossen wurde. Der Irrwahn, man werde Preußen alsbald zum gemeinsamen Feldzug gegen Frankreich am Rhein fortreißen können, hatte sodann zur Folge, daß ein großer Teil der verfügbaren Truppen nicht in Italien eingesetzt wurde. Statt der von Kuhn geforderten 300 000 Mann standen hier, nach Abzug der Festungsgarnisonen, nur etwa 110 000 Mann in fünf Armeekorps gegliedert, unter Führung des Grafen Philipp Stadion, Thomas von Zobels, des Grafen Degenfeld, den nach einigen Wochen Benedek ablöste, der Fürsten Edmund Schwarzenberg und Eduard Liechtenstein, kampfbereit. Auch damit hätte Gyulai noch eine erdrückende Übermacht gegen die höchstens 65 000 Piemontesen gehabt. Nach den Vorschlägen Kuhns sollten diese daher vor Ankunft der ersten französischen Truppen geschlagen, oder es sollten, falls sie sich zur Schlacht nicht stellen würden, ihre Hauptstützpunkte, die Festungen Alessandria und Casale, gewaltsam erobert werden. Als Endtermin der zum Losschlagen geeigneten Zeit war von ihm der 15. April in Aussicht genommen. Wieder aber kam von Wien der Befehl zum Abwarten und wieder u. a. mit der Begründung, man behalte ununterbrochen im Auge, „den großen Krieg, sobald die politischen Zustände es zulassen, an den Rhein zu verlegen". Gyulai beklagte in einem am 25. April nach Wien gesandten Bericht, daß ein energisches Vorgehen gegen die Piemontesen nunmehr zu spät kommen werde, um sie vor Ankunft der Franzosen zu zertrümmern, und bat dringend um Verstärkungen, falls man doch Italien als primären Kriegsschauplatz zu betrachten habe. Endlich nach Ablehnung des Ultimatums in Turin war der Augenblick zum Handeln für ihn gekommen. Aber nun ließ er drei Tage verstreichen, bis er den Tessin überschritt. Die Eroberung Alessandrias und Casales war, nachdem der rechte Moment zum Losschlagen verpaßt war, nicht mehr möglich. Ein rascher Angriff gegen Valenza und San Salvatore, wie Kuhn ihn nunmehr befürwortete, wurde von Gyulai nicht gewagt. Ebenso wenig wollte er die Verantwortlichkeit eines kräftigen Vorstoßes gegen Turin auf sich nehmen. Es blieb bei einer drohenden Bewegung gegen Norden, die bald ins Stocken geriet. Am 9. Mai nahm Gyulai nach nutzloser Hin- und Herschiebung seiner Korps und nach Räumung Vercellis das Heer hinter die Sesia in die Lomellina zurück. Am 12. Mai bezog er eine Verteidigungsstellung bei Mortara.

Verspäteter östreichischer Angriff.

Vorrücken auf der Turiner Straße 5. Mai.

Verteidigungsstellung bei Mortara 12. Mai.

Währenddes hatte in Turin die fieberhafte Spannung angedauert. Cavour, der nach Lamarmoras Abgang ins Hauptquartier provisorisch auch noch das Kriegsministerium übernahm und sich kaum ein paar Stunden Schlaf gönnte, sah mit Ungeduld der Ankunft der französischen Truppen entgegen. Allein, trotzdem ihr Erscheinen auf dem Kriegsschau-

platz von Napoleon möglichst beschleunigt wurde, mußte doch geraume Zeit bis zu ihrer Ansammlung verstreichen. Das für den italienischen Feldzug bestimmte Heer in der Stärke von 150 000 Mann, mit der neuen artilleristischen Waffe, gezogenen Kanonen, versehen, sollte außer dem Gardekorps unter Regnault de St. Angely vier Armeekorps unter Baraguay d'Hilliers, Mac Mahon, Canrobert, Niel umfassen. Ein fünftes unter dem Prinzen Napoleon war für spätere abgesonderte Operationen ausersehen. Im Hinblick auf Deutschland sollte für alle Fälle ein Observationskorps bei Nancy zusammengezogen werden. Zu seinem Befehlshaber war Pélissier bestimmt, dessen Botschafterposten in London Persigny wieder einzunehmen hatte. Zur Überführung nach Italien wurde für Baraguay d'Hilliers' und Mac Mahons Korps sowie für die Infanterie der Kaisergarde der Seeweg nach Genua, für Canroberts und Niels Korps der schwierigere Weg über die Pässe des Mont Cenis und des Mont Genèvre gewählt. Canrobert und Niel eilten ihren Truppen, deren Spitzen am 29. April in Susa ankamen, voraus nach Turin. Auf Canroberts Rat wurde beschlossen, ohne Rücksicht auf die Bedrohung der Hauptstadt des Königreichs die gesamte Streitmacht um Alessandria und Casale zu koncentriren. Dorthin richtete sich der Marsch des dritten und vierten französischen Armeekorps. Das erste und zweite, die in Genua gelandet waren, folgten ihnen nach. Diese Ansammlung feindlicher Streitkräfte in ihrer Flanke war es vor allem, die den verspäteten Vorstoß der Östreicher gegen Turin lähmte.

Das französische Heer.

Ankunft der Spitzen in Susa 29. April.

Sammlung um Alessandria und Casale.

Bereits vor der ihnen so ungünstigen Wendung auf dem Kriegsschauplatz hatten jenseits der piemontesischen Grenzen politische Ereignisse stattgefunden, die für den Erfolg der nationalen Sache unschätzbaren Gewinn versprachen. Die Städte Massa und Carrara, deren Aufstand ursprünglich nach den Verabredungen von Plombières den Vorwand für den Kriegsbeginn hatte bieten sollen, hatten am 27. und 28. April das Wappen des Herzogs von Modena abgerissen, seine Garnisonen vertrieben und die Diktatur Viktor Emanuels proklamirt. Diesem Beispiel folgte Parma am 1. Mai. An die Stelle der mit ihren Söhnen nach Mantua geflüchteten Herzogin-Regentin Luisa trat eine provisorische Regierung. Freilich konnte sie sich noch nicht behaupten, da die Truppen der Herzogin treu blieben und ihr am 5. Mai die Rückkehr ermöglichten. Allein zweifellos hing die Dauer der herzoglichen Gewalt von den kriegerischen Entscheidungen im Norden ab. In Toscana dagegen erfolgte der Fall der großherzoglichen Regierung, ohne daß man auf sie gewartet hätte. Hier hatte der Nationalverein in dem Marchese Ferdinando Bartolommei, Pietro Cironi, Giuseppe Dolfi, dem volkstümlichen herkulischen Florentiner Bäcker, aus der Mitte der demokratischen Partei Anhänger geworben, die den Abmarsch von Freiwilligen nach Piemont

Erhebung von Massa und Carrara 27./28. April.

Parmas 1. Mai. Rückkehr der Herzogin 2. Mai.

Toscana. Demokraten und Liberale

beförderten, unter den Soldaten agitirten und alles für den Sturz der lothringischen Dynastie vorbereiteten. Im Unterschied von ihnen hofften die patriotischen Altliberalen, wie Bettino Ricasoli, Celestino Bianchi, Gino Capponi, Cosimo Ridolfi, Ubaldino Peruzzi durch Gewinnung des Großherzogs für Zusammengehen mit Viktor Emanuel im Unabhängigkeitskrieg und für Herstellung der Verfassung einen vollkommenen Bruch zu vermeiden. Das Mittelglied zwischen beiden Parteien, die sich über ein gemeinsames Programm nicht verständigen konnten, suchte der sardinische Gesandte Boncompagni zu bilden.

Leopolds II. Wunsch der Neutralität.

Der Großherzog Leopold II. wähnte, im Vertrauen auf Östreichs Übergewicht und von Argwohn gegen Viktor Emanuel erfüllt, durch Beharren bei thatloser Neutralität dem drohenden Sturm ausweichen zu können. Zweimal, zuerst im März, sodann am 24. April, wies er Cavours Aufforderung zum Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit dem Königreich Sardinien zurück. Von seinen Ministern hatte keiner den Mut oder die Einsicht, ihm die Augen zu öffnen. In der Nacht vom 25. auf den 26. April kam es zu Tumulten in den Forts, am folgenden Tag zu einer eindrucksvollen Versammlung, bei der Soldaten und Bürger fraternisirten, vor der Porta San Gallo. Für den Morgen des 27. April war eine noch stärkere Kundgebung der Volksmassen auf der großen, nördlich vom Dom gelegenen Piazza di Barbano angesetzt. Im Palazzo Pitti lief eine Warnung nach der anderen ein. Die Großherzogin und ihre jüngeren Kinder wurden von dem Erbprinzen in das Fort Belvedere verbracht, dessen Kommandant ihm erklärte, im Fall eines Aufstandes werde er dem Befehl eines Bombardements der Stadt nicht gehorchen.

Kundgebungen in Florenz 26.–27. April.

Verspätete Nachgiebigkeit Leopolds II.

Der Großherzog, durch ein Schreiben Ridolfis gedrängt, zu Gunsten seines Erstgeborenen abzudanken, entschloß sich endlich, den national Gesinnten Neri Corsini, Marchese von Lajatico, mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu bevollmächtigen und den Beitritt zu dem piemontesischen Bündnis sowie die Herstellung der Verfassung nach dem Kriege zuzusagen. Aber es war zu spät. Die Volksmasse auf der Piazza Barbano rief: „Es lebe der Krieg, es lebe die Unabhängigkeit, es lebe Viktor Emanuel" und schwoll unter dem Rauschen dreifarbiger Fahnen immer mehr an. Auch auf den Forts San Giorgio und San Giovanni wurde die Trikolore aufgezogen. Corsini fand bei Boncompagni Vertreter beider Parteien, deren Ultimatum als ersten Punkt die Abdankung des Großherzogs enthielt. Mit dieser Nachricht eilte er in den Palazzo Pitti zurück, wo er die Minister und das diplomatische Korps um den Großherzog versammelt fand. Dieser erklärte, seine Ehre erlaube ihm nicht, abzudanken, vielmehr sei er entschlossen, unter Vorbehalt aller Rechte seiner Dynastie, mit seiner Familie das Land zu verlassen. Zugleich bat er die Gesandten um Schutz für sich und die Seinigen während der Abreise.

In Wahrheit dachte niemand daran, ihm oder einem Mitglied des bisherigen Herrscherhauses ein Haar zu krümmen. Die Volksmasse, untermischt mit Soldaten, vernahm freudig Leopolds II. Entschluß, durchzog jubelnd die Straßen, brachte dem französischen und dem sardinischen Gesandten stürmische Huldigungen dar. Beim Einbruch der Dämmerung konnte die großherzogliche Familie, begleitet von einigen Höflingen und Gesandtschaftssekretären, völlig unbelästigt von der Rückseite des Palazzo Pitti abfahren und auf Umwegen die große Appenninenstraße erreichen. Von Ferrara, der ersten östreichischen Garnison aus, erließ der unrühmlich geflohene letzte lothringisch-habsburgische Nachfolger der Mediceer, unter Berufung auf die Verträge von 1815, einen Protest gegen die Vergewaltigung seiner Souveränität und erklärte alle ihr zuwiderlaufenden Akte im voraus für null und nichtig.

Abreise der großherzoglichen Familie 27. April.

In Florenz war noch am Abend des 27. April von der städtischen Municipalität eine provisorische Regierung, bestehend aus Peruzzi, dem Advokaten Malenchini und dem Major Danzini proklamirt worden. Dies Triumvirat wandte sich sofort an Viktor Emanuel mit dem Ersuchen, während des Krieges unter Vorbehalt der Autonomie Toscanas in dieser Zeit, die Diktatur zu übernehmen. In dieser Form ward freilich das Anerbieten, wie Cavour am 30. April mit Dankesäußerung des Königs zurückschrieb, „wegen wichtiger politischer Rücksichten" abgelehnt. Man wollte einerseits in Paris keinen Anstoß geben und andrerseits dem Verlangen der Autonomie Toscanas die Spitze abbrechen. Der König erklärte sich daher bereit, den militärischen Oberbefehl und das Protektorat der Regierung Toscanas zu übernehmen. Zu diesem Zweck erhielt sein bisheriger Gesandter in Florenz, Boncompagni, mit dem Titel eines außerordentlichen königlichen Kommissärs während der Dauer des Unabhängigkeitskrieges die nötigen Anweisungen. Die provisorische Regierung legte ihre Macht in die Hände Boncompagnis nieder. Dieser ernannte am 8. Mai nach eingehenden Verhandlungen mit den hervorragendsten politischen Persönlichkeiten in Florenz ein Ministerium, in dem Ricasoli für das Innere, Ridolfi für das Auswärtige und den Unterricht die wichtigsten Posten inne hatten. Bartolommei wurde Gonfalonier von Florenz. Die erste Handlung des Ministeriums war die Einsetzung einer „Staatskonsulta" von 42 Vertrauensmännern unter dem Vorsitz des ehrwürdigen Gino Capponi. Das ganze Land fügte sich willig der neuen Ordnung, die der endgiltigen Gestaltung der Dinge nicht vorgriff, und die Toscaner konnten sich einer Umwälzung rühmen, während deren kein Tropfen Blutes vergossen war.

Provisorische Regierung 27. April.

Boncompagni Kommissär Viktor Emanuels. Sein Ministerium 8. Mai.

Diese Ereignisse hatten noch vor Napoleons Ankunft in Italien stattgefunden. Ehe er sich auf den Kriegsschauplatz begab, nahm er einen Ministerwechsel vor, der manchen seiner Getreuen überraschte. Delangle, der das Justizministerium übernahm, wurde durch den Herzog von Padua,

Französischer Ministerwechsel 4. Mai.

einen Vertrauten König Jérômes, als Minister des Inneren ersetzt. Der Marschall Vaillant, dem Vernachlässigungen in der Ausführung der Mobilisation vorgeworfen wurden, mußte das Kriegsministerium an den Marschall Randon abtreten und trat an dessen Stelle als Generalstabschef. Mit ihm, dem Prinzen Jérôme und zahlreichem Gefolge verließ Napoleon am 10. Mai unter jubelnden Zurufen der Volksmenge „es lebe der Kaiser, es lebe Italien" seine Hauptstadt. Seitdem die Frage des Krieges entschieden war, gingen die Stimmen derjenigen, die ihm widerstrebten, in dem Chor der Begeisterung für den Entschluß des Kaisers unter. „Der gallische Geist ist wieder erwacht, bemerkte Mérimác, es herrscht ein Enthusiasmus, der etwas Großartiges, aber auch etwas Erschreckendes hat. Das Volk begrüßt den Krieg mit Freuden, es ist voll Vertrauen und Schwung. Die Soldaten ziehen ab, als ginge es zum Tanz. ... Der Kaiser ist populärer als je." Lauter Jubel umbrauste ihn am 12. Mai bei seiner Landung in Genua, wo ihn der Prinz von Carignan, Cavour und sein alter Freund Graf Arese empfingen. In Alessandria, wo er sein Hauptquartier aufschlug, traten ihm allerdings die Mängel der Kriegsvorbereitungen seines Heeres noch deutlicher entgegen. Indessen suchte er ihnen durch Aufstachelung Randons nach Kräften abzuhelfen und erhielt dank Gyulais Zögerungen Zeit, eine diesem überlegene Streitmacht zu sammeln. Mit Einschluß der Piemontesen standen ihm nach wenig Tagen etwa 160 000 Mann am rechten Ufer des Po und an beiden Ufern des Tanaro zur Verfügung, denen das östreichische Heer, obwohl verstärkt durch das neunte Armeekorps unter Graf Schaffgotsch, zahlenmäßig nicht gewachsen war.

Napoleons Abreise nach Italien 10. Mai.

Landung in Italien 12. Mai.

Napoleon III. war kein Feldherrgenie. Er hatte sich vor seiner Abreise von Paris bei dem achtzigjährigen General Jomini, dem berühmten gelehrten Strategen, der zurückgezogen in Passy lebte, Rat erholt. Er erwog, auf dem Kriegsschauplatz angelangt, mit Vaillant und dessen nächstem Untergebenen, dem General Martimprey, mit General Leboeuf, dem Chef der Artillerie, wie mit den Führern der einzelnen Armeekorps alle Möglichkeiten eines Angriffsplanes, kam aber lange zu keiner klaren Entscheidung. Im östreichischen Hauptquartier mutmaßte man, die verbündeten Franzosen und Piemontesen beabsichtigten, am rechten Ufer des Po vorzurücken, den Strom vielleicht bei Piacenza zu überschreiten und von da aus in die Lombardei einzudringen. Um darüber ins klare zu kommen, befahl Gyulai, der sein Hauptquartier nach Garlasco verlegt hatte, dem Kommandanten des fünften Korps, dem Grafen Stadion, mit fünf Brigaden, zusammen etwa 20 000 Mann, auf der Straße von Stradella nach Voghera eine starke Rekognoscirung vorzunehmen. Am 20. Mai stieß Stadion bei Montebello auf die feindliche Vorhut, sechs Schwadronen piemontesischer Reiterei. Sie mußten den

Ungewisse Angriffspläne.

Gefecht bei Montebello 20. Mai.

Ort räumen, erhielten aber Unterstützung durch die Division Forey vom ersten französischen Armeekorps. Die Östreicher zersplitterten ihre Streitkräfte. Forey nahm in hartnäckigem Kampf Montebello wieder. Stadion zog sich mit einem Verlust von über 1400 Mann an Gefallenen, Verwundeten, Zersprengten, beinahe doppelt so viel als der gegnerische, nach Casteggio zurück. Gyulai wollte in seinem amtlichen Bericht zwar nicht zugestehen, daß es sich, da nur eine Rekognoscirung beabsichtigt gewesen sei, um eine Niederlage handle. Aber der moralische Eindruck dieses ersten feindlichen Zusammentreffens war für die östreichische Sache sehr ungünstig.

Die nächstfolgenden Ereignisse waren ganz dazu angethan, ihn zu verstärken. Während das Gefecht von Montebello Gyulai in der Annahme befestigte, der Gegner beabsichtige nach Überschreitung des Po eine Umgehung seines linken Flügels, faßte Napoleon nach manchen Schwankungen den Entschluß, gemäß dem vorzüglich von Jomini empfohlenen Plan, durch einen Flankenmarsch über Vercelli und Novara die Umgehung des rechten östreichischen Flügels anzubahnen[1]). Hinter den piemontesischen Truppen, die gleichsam den schützenden Vorhang der heimlichen Bewegung bildeten, schoben sich die französischen Heeresmassen nach Norden. Zu Viktor Emanuels Freude, der seine Kampflust kaum hatte bezähmen können, war seinen Truppen die Ehre des ersten Übergangs über die Sesia und des ersten Angriffs zugedacht. Am 30. Mai warf die Division Cialdinis die überraschten Östreicher aus dem Dorf Palestro heraus. Die Divisionen Durando, Fanti, Castelborgo setzten sich in Vinzaglio, Confienza und Casalino fest. Am folgenden Tag versuchte Zobel mit Unterstützung einer Division des Korps Liechtensteins Palestro und Confienza zurückzugewinnen. Vor allem um Palestro entspann sich ein wilder Kampf. Den bedrängten Piemontesen kam das dritte Regiment der Zuaven von Canroberts Korps zu Hilfe. Ihr stürmischer Bajonettangriff war unwiderstehlich. Viktor Emanuel selbst, der feindlichen Kugeln nicht achtend, schloß sich ihnen an, und sie erwählten ihn nach erfochtenem Sieg zu ihrem „Korporal". Der Tag hatte die Östreicher an 2000 Mann, etwas mehr als die Verbündeten, und acht Kanonen gekostet. Wohl oder übel mußten sie nun die Ansammlung der feindlichen Heere auf dem linken Ufer der Sesia geschehen lassen. Canrobert hatte noch am 31. Mai den Übergang seines ganzen Korps vollendet. Ihm folgte die Garde, Mac Mahon und Niel marschirte bereits gegen Novara. Am 1. Juni langte Baragnay d'Hilliers von Vercelli aus auf dem jenseitigen Ufer an. Novara wurde von der schwachen östreichischen Garnison

Französischer Flankenmarsch.

Gefecht bei Palestro 30./31. Mai.

[1]) S. zur Ergänzung und Verbesserung früherer Darstellungen Germain Bapst: Le maréchal Canrobert III. 304 ff. vgl. 217, 218. 1912.

geräumt. Napoleon konnte hier am Abend des 1. Juni sein Hauptquartier aufschlagen.

Garibaldi und die Alpenjäger.

Nicht minder günstig für die Verbündeten schien der Verlauf der Dinge auf einem Nebenschauplatz des Krieges sich zu gestalten. Beinahe drei Wochen lang hatte Garibaldi, zum Rang eines piemontesischen Generals erhoben, mit seinem kleinen Korps der Alpenjäger unthätig am Po stehen bleiben müssen. Trotzdem es sich auf nicht mehr als 3500 Mann belief, genügender Ausrüstung, Kavallerie und Artillerie ermangelte, brannte er darauf, es vor den Feind zu führen. An der Spitze der drei Regimenter, in die es zerfiel, standen die Helden der Verzweiflungskämpfe von Venedig und Rom, Cosenz und Medici, und ein piemontesischer Veteran von 1821, der Oberst Arduino. Unter ihnen nahmen die Träger glänzender Namen, wie Sacchi, Marocchetti, Nino Bixio, Bronzetti, Benedetto Cairoli die Posten von Bataillons- und Kompanieführern ein. Garibaldis Freund, der treffliche Doktor Bertani, leitete das Ambulanzwesen. Neben narbenbedeckten Freiheitskämpfern sah man die Blüte der gebildeten italienischen Jugend, Studenten, Schriftsteller, Advokaten, in den Reihen des Korps, das ihr Führer in kurzer Zeit zu schulen und an Zucht zu gewöhnen wußte. Am 8. Mai empfing er den eigenhändigen Befehl des Königs, über Ivrea nach Biella abzumarschiren, von dort am Lago Maggiore gegen den rechten Flügel der Östreicher zu operiren, mit der Vollmacht, so viel Freiwillige wie möglich anzuwerben. Aber nochmals verging nach Erlaß von Gegenbefehlen eine Wartezeit an der Sesia.

Einrücken in Biella 18. Mai und in Varese 23. Mai.

Erst am 18. Mai konnte Garibaldi in Biella anlangen. Sein Marsch nach Arona, und sein Einbruch in die Lombardei glückten über alles Erwarten. Am 23. Mai zog er in Varese ein und rief von hier die Lombarden in einer glühenden Proklamation zur Erhebung auf. Aus zahlreichen Gemeinden strömte die Jungmannschaft mit der Trikolore geschmückt auf seinen Ruf herbei. Um auch hier die revolutionäre Bewegung in die gewollte Bahn zu leiten, sandte Cavour den Lombarden Emilio Visconti-Venosta als königlichen Kommissar zu ihm ab.

In Mailand wie im Hauptquartier Gyulais würdigte man die Bedeutung des kecken Vordringens des Volkshelden und seiner kleinen Schar, rechnete aber bestimmt auf ihre baldige Vertreibung. Mit dieser

Gegenaktion Urbans.

Aufgabe ward der Feldmarschallieutenant Urban beauftragt, der seinen Namen 1849 in Ungarn und jüngst in der Lomellina durch rücksichtslose Härte gefürchtet gemacht hatte. Er sammelte in Como vier Infanteriebataillone, zwei Reiterschwadronen und eine Batterie und verschwor sich, „Garibaldi und alle seine Briganten" zu fangen und aufzuhängen. Am

Gefecht bei Varese 26. Mai.

Morgen des 26. Mai versuchte er, die Alpenjäger in Varese zu überfallen. Aber der Versuch mißlang. Garibaldi trieb die Angreifer zurück und wagte am folgenden Tag sogar einen Vorstoß gegen Como. Nach einem hart-

näckigen Gefecht mußte Urban, obwohl durch frische Truppen verstärkt, die Außenposten von Como aufgeben und sich nach Monza zurückziehen. Como war frei. Unter Glockengeläute wurde Garibaldi im Triumph zum Kommunalpalast getragen. Er gönnte sich nicht lange Ruhe, ließ eine kleine Besatzung in Como zurück, erschien wieder in Varese, wo er vier ihm zugesandte Haubitzen vorfand, und tauchte plötzlich unweit Laveno auf. Hier freilich mißglückte ihm die geplante nächtliche Überraschung der Feinde. Auch Varese ging ihm zunächst wieder verloren, da der zurückgekehrte Urban mit überlegenen Streitkräften sich der Stadt inzwischen bemächtigt hatte, die er durch Auflage einer schweren Kontribution, Forderung von Geiseln, Bombardement ihren Abfall büßen ließ. Indessen Garibaldi entschlüpfte ihm, und die Abberufung Urbans zum Hauptheer gab ihm alsbald freie Hand zu neuen Thaten. Was er mit seiner kleinen Schar bis dahin geleistet hatte, hob den Mut der italienischen Patrioten und riß sie zu ungeteilter Bewunderung hin.

Abberufung Urbans 1. Juni.

Hingegen hatte ein Schritt des französischen Verbündeten ein gewisses Mißtrauen bei ihnen erregt. Die Frage der Zukunft Toscanas war bis dahin offen gelassen. Indessen hatte Napoleon noch während seiner Anwesenheit in Alessandria dem bei ihm erschienenen, ihm persönlich schon bekannten toscanischen Staatsmann Salvagnoli kein Geheimnis daraus gemacht, daß er entschlossen sei, seinem Vetter eine Expedition nach Toscana zu übertragen. Er leugnete jede politische Absicht und erklärte auch Cavour, der Verdacht schöpfte, daß er nicht daran denke, einen französischen Prinzen auf einen mittelitalienischen Thron zu setzen. Auch aus dem Munde des Prinzen Napoleon selbst vernahm Cavour beruhigende Versicherungen. Er beeilte sich, sie Boncompagni mitzuteilen, suchte aber zugleich die neuen Machthaber in Florenz vertraulich davon zu überzeugen, wie wünschenswert es sei, vorbehaltlich der Wahrung unabhängiger innerer Verwaltung Toscanas, die diplomatische und militärische Leitung des Landes der sardinischen Regierung zu überlassen. Am 23. Mai landete der Prinz, nach Einwilligung des Kaisers dem Kommando Viktor Emanuels unterstellt, mit dem größten Teil des fünften Armeekorps in Livorno. Er bestätigte in einem Manifest, daß er nur aus Gründen militärischer Erwägung gekommen sei, und daß der Kaiser sich nie durch Familienrücksichten leiten lassen werde. Von Livorno begab er sich nach Florenz und betrieb mit geräuschvollem Eifer, nicht ohne Vorwürfe wegen bisheriger Lässigkeit, die Vervollständigung der toscanischen Rüstung. Immerhin herrschte über die endgiltigen Absichten des Kaisers in Betreff Toscanas noch eine peinliche Ungewißheit, die auch durch das Benehmen des Prinzen nicht beseitigt werden konnte.

Expedition des Prinzen Napoleon nach Toscana.

Landung in Livorno 23. Mai.

Indessen drängten die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz alle anderen Gedanken in den Hintergrund. Im Hauptquartier Gyulais hatte

Kuhns Angriffsplan.

man endlich die volle Bedeutung des feindlichen Flankenmarsches erkannt. Noch war die Concentration der gegnerischen Streitkräfte am 2. Juni nicht vollendet. Sie standen in zwei getrennten Massen gruppirt: die Piemontesen, die Korps Canroberts und Baraguay d'Hilliers' um Palestro und vor Vercelli, die Korps Mac Mahons, Niels und die Garde in der Umgebung Novaras. Kuhn befürwortete den Plan, sie ungesäumt einzeln

Gyulais Schwanken.

anzugreifen. Aber Gyulai kam aus dem Schwanken zwischen widerstreitenden Entschlüssen nicht heraus und befahl schließlich den Rückzug über den Tessin. In der Aufwallung des Unmuts reichte Kuhn seine Entlassung ein und ließ sich nur durch Andringen des Kaisers bewegen, vorläufig die Generalstabsgeschäfte weiter zu führen. Am liebsten wäre es Gyulai gewesen, bis in das Festungsviereck zurückzuweichen. Doch trat dem der Feldzeugmeister Heß entgegen, der zum Heer entsandt war,

Rückzug hinter den Tessin.

um Gyulai, wenn er es wünsche, zu beraten. Man beschloß, dem Feind den Weg nach Mailand streitig zu machen und hinter dem Tessin die Schlacht anzubieten. Für diese standen in Folge des Hin- und Herschiebens der Truppen nur die Korps Zobel, Liechtenstein, Schwarzenberg und das kürzlich erst angelangte erste Korps unter Führung des Feldmarschallieutenants Eduard Clam-Gallas zur Verfügung. Außerdem wurde der von der Verfolgung Garibaldis abberufene Urban erwartet. Die Korps Stadion und Benedek waren erst im Anmarsch von Süden begriffen. Das Korps Schaffgotsch stand noch weiter entfernt bei Piacenza.

Nachrücken des französisch-piemontesischen Heeres.

Im französisch-piemontesischen Heer wirkte die Gewißheit des Rückzugs der Östreicher über den Tessin ermutigend. Schon am 3. Juni folgten ihnen auf dem Fuß die Voltigeure der Garde und das Korps Mac Mahons, das nordwärts bis Turbigo am Kanal Naviglio Grande vordrang und ein siegreiches kurzes Gefecht bei Robechetto bestand. Am 4. Juni sollte die ganze Armee übergesetzt werden. Den Piemontesen war gleichfalls Turbigo als nächstes Ziel vorgeschrieben. Die Garde überschritt die nur halbzerstörte, wiederhergestellte Brücke von San Martino. Ihm nach rückte das Korps Canrobert. Das Korps Niels hatte sich anzuschließen. Am weitesten entfernt war das Korps Baraguay d'Hilliers'.

Als Treffpunkt war der Flecken Magenta östlich von Buffalora bezeichnet, bei dem zwei Straßen und die Eisenbahnlinie in der Richtung nach Mailand sich vereinten. Aber der Ausführung des Planes standen in der räumlichen Trennung der Heeresgruppen, in dem Hindernis des Naviglio Grande, dessen Brücken teilweise gesprengt waren, in der Beschaffenheit des von kleinen Kanälen durchschnittenen, überwachsenen

Schlacht bei Magenta 4. Juni

Landstriches sehr große Schwierigkeiten im Wege. Mac Mahon brach nach einem ersten vergeblichen Vorstoß auf dem linken Flügel für einige Stunden den Kampf ab. Der Kaiser mit der Garde und Canrobert ge-

rieten währenddes im Centrum und auf der Rechten, trotz der Einnahme von Buffalora und Ponte Nuovo in die schwerste Bedrängnis. Siebenmal stürmte das oberösterreichische Regiment Hessen gegen diesen Schlüssel der feindlichen Stellung. Fünfmal ging das Dorf Ponte Vecchio von einer Hand in die andere über. Canrobert wäre beinahe in die Gefangenschaft der Husaren des Obersten Edelsheim geraten. Napoleon harrte Stunden lang in angstvoller Spannung auf Nachricht von Mac Mahon. Endlich verkündete die neue Kanonade von Norden her sein Eingreifen in die Schlacht. Er war Nachmittags wieder zum Angriff geschritten und zertrümmerte den rechten Flügel der Österreicher unter Clam-Gallas, dessen erschöpfte ungarische Regimenter dem Ansturm nicht standhielten. Die Division La Motterouge drang westlich von Buffalora her, die Division Espinasse nördlich über Marcallo in Magenta ein. General Espinasse fiel im Straßenkampf. Beim Anbrechen des Dunkels langte noch die Division Fanti an. Die Masse des piemontesischen Heeres verspätete sich und kam nicht ins Feuer. Mit der Einnahme Magentas war der Tag entschieden. Sie trug Mac Mahon nebst dem Marschallsstab, der auch Baraguay d'Hilliers wegen der Tapferkeit der Garde zuteil ward, den Titel eines Herzogs von Magenta ein. Die Verluste waren auf beiden Seiten bedeutend: auf französischer über 4000 Tote, Verwundete, Vermißte, auf österreichischer an 10 000, worunter etwa 4000 Gefangene.

Verzicht der Österreicher auf Fortsetzung des Kampfes.

Da das Centrum und der linke Flügel der Österreicher ungebrochen waren und man noch auf den Zuzug der Korps von Benedek und Stadion rechnen konnte, riet Kuhn, den Kampf am folgenden Morgen fortzusetzen. Gyulai willigte ein, und Kuhn diktirte sofort die Verhaltungsmaßregeln zur Wiederaufnahme des Kampfes. Aber zu seiner Entrüstung meldete Clam-Gallas, die ihm unterstellten Truppen seien in so vollständiger Auflösung, daß er ganz außerstande sei, die erhaltenen Aufträge zu erfüllen und daher den schon begonnenen Rückzug fortsetzen müsse. Diese Meldung machte auf Gyulai einen so tiefen Eindruck, daß er den mit Kuhn verabredeten Beschluß widerrief. Das ganze Heer erhielt den Befehl, mit Preisgebung Mailands ostwärts hinter die Adda zu ziehen. Das Korps Benedeks hatte den Rückzug zu decken. Zwei seiner Brigaden leisteten bei Melegnano, dem alten Marignano, am 8. Juni dem Korps Baraguay d'Hilliers hartnäckigen Widerstand und verloren in dem Kampf gegen eine überwältigende Übermacht viele Opfer, darunter den General Boer.

Rückzug hinter die Adda

Einzug Napoleons und Viktor Emanuels in Mailand.

An eben diesem Tage hielten Napoleon und Viktor Emanuel ihren Einzug in Mailand. Die Nachricht der österreichischen Niederlage bei Magenta, der Anblick der abgehetzten Versprengten und Verwundeten, die Räumung des Kastells und der Stadt hatten die Bevölkerung in fieberhafte Aufregung versetzt. Noch ehe die letzten Österreicher abzogen, war durch den Municipalrat der Erlaß einer Adresse an Viktor Emanuel beschlossen

worden, die ihm die „Erneuerung des Vertrags von 1848", den Anschluß der Lombardei an Piemont, kundthat. Dann hatte man am 7. Juni die Ankunft Mac Mahons und seiner Regimenter mit Jubel begrüßt. Er steigerte sich zu wahrer Freudetrunkenheit bei der Ankunft des Kaisers und des Königs. Für Napoleon bedeutete dieser Tag vielleicht den Höhepunkt seines Lebens. Wo er sich blicken ließ, auf der Straße, beim feierlichen Tedeum im Dom, bei einer Festvorstellung in der Scala begrüßten ihn die Rufe: „Es lebe unser Befreier, unser Retter, unser Wohlthäter." Die Mailänderinnen knieten vor ihm nieder und küßten ihm die Hände. Sein Weg war mit Blumen bestreut. Sein königlicher Verbündeter trat hinter ihm beinahe in den Schatten. Von Mailand aus erließ er eine Ansprache an seine Soldaten, die an die des ersten Napoleon von 1796 erinnerte, und eine andere an die Italiener, die ganz dazu geeignet war, ihm die Herzen noch mehr zu gewinnen. Er beteuerte, daß er nicht „mit einem vorgefaßten System" gekommen sei, „die Fürsten zu entthronen" oder dem Volk „seinen Willen aufzuzwingen". Er versicherte, daß sein Heer sich nur „mit Niederkämpfung der Feinde und Aufrechthaltung der inneren Ordnung" beschäftigen, aber „der freien Kundgebung der berechtigten Wünsche" kein Hindernis in den Weg legen werde. „Benutzt das Glück, rief er den Italienern zu, das sich euch darbietet. Euer seit so langer Zeit geäußerter und so oft getäuschter Wunsch der Unabhängigkeit wird verwirklicht werden, wenn Ihr euch derselben würdig zeigt. Vereinigt euch also in dem einen Streben: Befreiung des Landes. Organisirt euch militärisch. Eilt unter das Banner des Königs Viktor Emanuel, der euch schon auf so edle Weise den Weg der Ehre gezeigt hat. Seid dessen eingedenk, daß es ohne Disciplin kein Heer giebt und, beseelt vom heiligen Feuer der Vaterlandsliebe, seid heute nur Soldaten, um morgen freie Bürger eines großen Landes zu sein." —

Proklamationen Napoleons.

Die Folgen des Tages von Magenta machten sich zunächst im Norden der Lombardei geltend. Durch Urbans vorläufigen Abzug aus einer üblen Lage befreit, wandte sich Garibaldi mit seiner kleinen Schar von Como über Lecco nach Bergamo, wo er am 8. Juni einrückte. Unter anderen Mitkämpfern fand sich der Ungar Türr, der 1849 schon in Piemont, und danach in Baden gefochten (s. VII. 360), bei ihm ein. Er selbst eilte für einen Tag nach Mailand, wo er von Viktor Emanuel sehr gnädig empfangen ward, aber keine Weisungen für ein Zusammenwirken mit dem Hauptheer erhielt. Ohne Zweifel war es Napoleons Wunsch, den heldenmütigen Verteidiger der römischen Republik, der von nun an unter den unmittelbaren Befehl des piemontesischen Generalstabs gestellt wurde, möglichst fern zu halten. Nach Bergamo zurückgekehrt, brach er am 11. Juni von hier auf und marschirte auf gefahrvollen Pfaden, Urban wieder zur Seite, durch die Berge nach Brescia. Sein Erscheinen in dieser Stadt,

Garibaldi in Bergamo 8. Juni.

Einzug in Brescia.

in der die Erinnerung an das einstige Schreckensregiment Haynaus nachzitterte, erfüllte die heiße Sehnsucht der ihn vergötternden Bewohner. In der Nacht vom 14. auf den 15. Juni empfing er den Befehl, mit zugesagter Unterstützung einer Kavalleriedivision, die jedoch ausblieb, sich gegen den Chiese zu wenden. Ein Teil seines Korps bestand bei Treponte ein heißes Gefecht, in dem Bronzetti, Garibaldis römischer Mitkämpfer, tödlich, Türr schwer verwundet ward, und wurde mit starken Verlusten in die Flucht geschlagen. Allein das persönliche Eingreifen Garibaldis, die Umsicht von Cosenz, das Nahen des Vortrabs Cialdinis zwangen Urbans Truppen zum Rückzug. Am westlichen Gestade des Gardasees angelangt, hoffte Garibaldi danach, auf das andere Ufer übersetzen, den Volkskrieg zwischen Verona und Trient entfesseln und zur Eroberung Venetiens mitwirken zu können. Aber aus dem Hauptquartier, wo man einen Vorstoß der Östreicher über das Stilfser Joch befürchten mochte, kam ihm der Befehl zu, verstärkt durch ein seit kurzem gebildetes Regiment der „Jäger der Apenninen", die Thäler des Veltlin zu bewachen. Hier schlugen sich seine Leute mit den östreichischen Vorposten herum, bis es Medici gelang, durch einen kühnen Handstreich am 2. Juli sich Bormios zu bemächtigen.

Gefecht bei Treponte 15. Juni.

Garibaldi im Veltlin.

Südlich vom Po äußerte sich die Rückwirkung der Niederlage der Östreicher bei Magenta alsbald durch die Zurückziehung ihrer Garnisonen aus Piacenza, Ravenna, Ferrara, Comacchio, Ancona, Bologna. Der Herzog Franz V. von Modena fühlte sich danach in seinem Lande nicht mehr sicher. Er begab sich unter militärischer Bedeckung und unter Mitnahme der Staatskasse nach Mantua, wohin er einen großen Teil der Kunstschätze seiner Residenz und die politischen Gefangenen schon vorausgeschickt hatte, und von da nach Verona. Eine bei seiner Abreise von ihm ernannte Regentschaft wurde verjagt. Die Modenesen erklärten die 1848 beschlossene Verschmelzung mit Piemont als wieder in Kraft getreten und nahmen mit Freuden den von Cavour als königlichen Gouverneur ihnen zugesandten Farini auf. Die Herzogin von Parma hoffte durch Gewährung einer liberalen Gemeindeverfassung ihren Thron retten zu können. Aber die drohende Haltung der Bevölkerung und die Erkenntnis völliger Schutzlosigkeit nach dem Zusammenbruch der östreichischen Militärherrschaft bewogen auch sie, ihr Land zu verlassen. Diesmal begab sie sich, um dem Kriegslärm zu entgehen, in die Schweiz. Auch in Parma wurde, nach Einsetzung einer provisorischen Regierung, mit Berufung auf die Abstimmung von 1848, das Wiederaufleben der Fusion mit dem Königreich Sardinien verkündet. Piacenza ahmte, nach dem Abzug der Östreicher, Parmas Beispiel nach. Eine Huldigungsdeputation ging nach Turin, von wo der Staatsrat Graf Pallieri als Gouverneur dieser Gebiete abgeordnet wurde.

Flucht des Herzogs von Modena 11. Juni.

Farini Gouverneur Viktor Emanuels in Modena.

Flucht der Herzogin von Parma.

Abzug der Östreicher aus Bologna 12. Juni.

Die nationale Bewegung, der Napoleons Mailänder Proklamation starken Vorschub leistete, breitete sich mit Windeseile auch in der Romagna aus. Die eingeschüchterten päpstlichen Behörden und Soldaten standen ihr machtlos gegenüber. Kaum hatten die östreichischen Truppen in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni Bologna verlassen, als der große Platz vor St. Petronio sich mit einer Menschenmenge füllte, deren Rufe „Es lebe Italien, es lebe Viktor Emanuel, es lebe die Fusion" durch die Stadt widerhallten. Der Stadtrat ernannte eine provisorische Regierung mit dem Marcheje Pepoli an der Spitze, die Cavour die telegraphische Meldung zukommen ließ, daß sich Bologna der Diktatur Viktor Emanuels, des italienischen Helden, anvertraue. Die päpstlichen Wappen wurden abgerissen und in allen Straßen flatterte die grün-weiß-rote Fahne. Imola, Faenza, Forli, Cesena, Ravenna, Ferrara schlossen sich an. In den Marken und in Umbrien pflanzten Fano, Sinigaglia, Ancona, Fossombrone, Citta di Castello, Perugia, Orvieto gleichfalls die Trikolore auf. Doch fehlte hier den gebildeten Patrioten ein starker Rückhalt in der Masse der stumpferen, so lange gegängelten Bevölkerung. Ancona, wo die unbesetzt gebliebenen Festungswerke von Schlüsselsoldaten eingenommen wurden, mußte sich wieder unterwerfen. Gegen Perugia rückte von Spoleto eine Streitmacht, deren Kern das erste päpstliche Fremdenregiment unter Führung des Schweizeroberſten Schmid bildete. Er brach am 20. Juni, nach vorausgegangener Kanonade gegen die Vorstadt St. Pietro, in die Stadt ein, und seine Leute, an Zahl den bewaffneten Verteidigern dreifach überlegen, verübten selbst nach deren Waffenstreckung durch Mordthaten, Plünderungen, Brandstiftungen Greuel, die durch eine amtliche Turiner Mitteilung noch übertrieben wurden. In Folge dessen sahen sich zahlreiche Schweizer in Piemont, Toscana, Modena und in der Lombardei Beschimpfungen und Bedrohungen ausgesetzt, gegen die der Bundesrat seine Landsleute nach Kräften in Schutz zu nehmen suchte. Gleichzeitig verfügte er, da die letzten neapolitanischen Militärkapitulationen zu Ende gingen, Entfernung des Schweizer Wappens aus den Fahnen der Regimenter. Dies rief in Neapel am 7. Juli einen Aufstand der Schweizer hervor, der blutig unterdrückt wurde und die völlige Auflösung der Regimenter zur Folge hatte. Unter dem Eindruck der Kunde dieser Fahnenmeuterei ward dann am 30. Juli in Bern ein Bundesgesetz erlassen, das nicht nur die Werbung, sondern auch den Eintritt in fremde Kriegsdienste bei schwerer Strafe verbot und nur den Eintritt in die Nationaltruppen eines fremden Staates freiließ[1]).

Provisorische Regierung der Romagna.

Bewegung in den Marken und Umbrien.

Gemetzel in Perugia 20. Juni.

Aufstand der Schweizer Truppen in Neapel 7. Juli.

Unterwerfung der Marken und Umbriens.

Die grausame Züchtigung Perugias verbreitete Schrecken unter

[1]) S. alles Nähere bei A. Maag: Geschichte der Schweizer Truppen in neapolitanischen Diensten 1909.

den Städten der Marken und Umbriens. Eine nach der anderen wurde wieder der päpstlichen Regierung unterworfen. Die Romagnolen aber, denen in den Manifesten Pius IX. Bannflüche und Strafen der Empörung zugedacht waren, hielten um so fester an der Verbindung mit Piemont. Indessen sah sich Viktor Emanuel durch die Mahnung Napoleons gehindert, die ihm angetragene Diktatur der Legationen anzunehmen. Cavour mußte der nach Turin entsandten Deputation der Romagnolen antworten, daß der König, einzig von dem Gedanken erfüllt, Italien vom Joch der Fremdherrschaft zu befreien, ihrem Wunsch nicht nachkommen könne, weil dadurch diplomatische Verwicklungen entstehen möchten, welche die Erreichung jenes hohen Zieles erschweren würden. Doch fügte er sogleich die Zusage der Absendung eines königlichen Kommissärs bei, der im Namen Viktor Emanuels für Aufbietung der romagnolischen Streitkräfte zum Unabhängigkeitskrieg und für Erhaltung der Ordnung sorgen solle. Dieser Posten war Massimo d'Azeglio zugedacht, der sich in der That bereit fand, ihn anzunehmen.

Massimo d'Azeglio Kommissär Viktor Emanuels in der Romagna.

Wie in der Romagna, so blieb es auch in Toscana zunächst bei einer halben Lösung der unabweisbaren Frage des Verhältnisses zum Königreich Sardinien. Der Abzug der östreichischen Garnisonen aus den Nachbargebieten machte das Verweilen des fünften französischen Armeekorps auf dem Boden Toscanas unnötig. Prinz Napoleon erhielt daher den Befehl, mit diesem seinem Armeekorps und mit den toscanischen Truppen zum Hauptheer zu stoßen. Schon vor seinem Weggang war eine Adresse für den Anschluß an Piemont in Florenz aufgelegt. Auch Ricasoli und Salvagnoli, seit kurzem Kultusminister, hatten sie unterzeichnet. Ihre vorher nicht befragten Kollegen, unter ihnen namentlich Ridolfi, nahmen dies übel. Noch gewichtiger war der entschiedene Einspruch des französischen Gesandten[1]). Ricasoli hielt es deshalb für ratsam, eine im Sinn der Fusion geplante große öffentliche Kundgebung zu hindern. Statt dessen waren die Minister am 12. Juni mit Boncompagni übereingekommen, gemeinsam ein Dekret zu unterzeichnen, demzufolge die Staatskonsulta für den 16. Juni berufen werden sollte, um ihr Gutachten über die „Proklamation der nationalen Souveränität" des Königs Viktor Emanuel abzugeben. Gemäß Boncompagnis Vorschlag sollte die Veröffentlichung dieses dem König telegraphisch übermittelten Dekretes erst nach seiner Billigung erfolgen. Ein paar Tage der Spannung vergingen, bis aus Turin die Antwort einlief. Inzwischen aber hatte Cavour bei einem kurzen Aufenthalt in Mailand sich davon überzeugen müssen, daß Napoleon die endgiltige Lösung der toscanischen Frage bis zum Frieden verschieben

Abzug des Armeekorps des Prinzen Napoleon aus Toscana.

Übereinkunft der toscanischen Minister mit Boncompagni 12. Juni.

Einspruch Napoleons.

[1]) Tabarrini: Lettere del Barone Ricasoli III. 92 zur Ergänzung von Poggi: Memorie storiche.

wolle. Wohl oder übel mußte er nach Florenz die Weisung ergehen lassen, das Dekret dürfe, um während des Krieges dem Kaiser keine Verlegenheiten zu bereiten, nicht veröffentlicht werden.

Königreich beider Sicilien.

Eine Enttäuschung anderer Art ward ihm in Neapel zuteil. Hier konnte es sich freilich nicht um einen Wechsel der Herrschaft handeln. Denn eine baldige Entwurzelung der bourbonischen Dynastie, so unwürdig sie sich auch seit Menschengedenken erzeigt hatte, schien angesichts des schlaffen Zustandes der Volksmassen im Süden und im Hinblick auf die europäische Gesamtpolitik nicht zu erhoffen. Sie war sogar vom italienischen Standpunkt aus wegen der Umtriebe der Muratisten zunächst nicht zu wünschen. Genug, wenn das Königreich beider Sicilien wenigstens seinen Beitrag zum Kampf für die nationale Unabhängigkeit leistete. Von Ferdinand II. war dies seiner ganzen Vergangenheit nach niemals zu erwarten gewesen. Es war schon viel, daß er sich zu Anfang des Jahres 1859, als das Kriegsgewitter sich ankündigte, bewogen fühlte, eine Anzahl der zu lebenslänglicher Haft verurteilten Freiheitsmärtyrer, die seit Jahren als Galeerensträflinge in den gräulichen Kerkern schmachteten (s. VII. 583), darunter Poerio, Settembrini, Nisco, Agresti, zur Verbannung nach Südamerika zu begnadigen. Unterwegs gelang es ihnen, von Cadiz aus sich nach England zu retten. Poerio eilte von da nach Turin, um Cavour seine Dienste anzubieten. Währenddes hatte

Neutralitätserklärung 28. April 1859.

Ferdinand II. beim Beginn des Krieges sich für Innehaltung strengster Neutralität erklärt. Er war seinem Ende schon nahe, als er diese Erklärung kundgab. Noch war es ihm möglich gewesen, in Bari der Feier der Vermählung seines Sohnes aus seiner ersten Ehe, des Thronerben Herzogs Franz von Calabrien, mit der bairischen Prinzessin Marie, Schwester der Kaiserin von Östreich, beizuwohnen. Seitdem hatte sich sein Leiden,

Tod Ferdinands II. 22. Mai.

die Folge einer Blutvergiftung, zu unerträglicher Qual gesteigert, bis ihn am 22. Mai in Caserta der Tod erlöste.

Franz II.

Sein Nachfolger, der dreiundzwanzigjährige Franz II., in jesuitischem Drill erzogen, von seiner ehrgeizigen Stiefmutter, der Östreicherin Marie Theresia, streng überwacht, den Staatsgeschäften so gut wie fern gehalten, mit einem Hang zum Mysticismus und vom Glauben an die Vortrefflichkeit der väterlichen Regierungsweise erfüllt, bot keine Gewähr für Beseitigung der bisherigen Mißwirtschaft. Vergeblich hofften die Westmächte, die den diplomatischen Verkehr mit Ferdinand II. 1856 ab-

Rückkehr der westmächtlichen Gesandten.

gebrochen hatten (s. o. S. 188), durch die schon diesem zugesagte Wiederkehr ihrer Gesandten einen gewissen Einfluß in liberalem Sinn auf den jungen Fürsten ausüben zu können. Auch Milderungen einzelner Härten und Änderungen des Ministeriums, die nach seiner Thronbesteigung stattfanden, blieben ohne wesentliche Rückwirkungen auf die inneren Zustände. Als nach der Schlacht bei Magenta die patriotische Jugend

Neapels vor dem Haus des sardinischen Gesandten und vor dem Palast des königlichen Oheims und Schwagers des Prinzen von Carignan, des freigesinnten Grafen von Syrakus, eine lärmende Kundgebung veranstalteten, wurde der energische, 1855 aus Sicilien abberufene General Filangieri (s. VII. 558) an Stelle des servilen Ferdinando Troja mit dem Vorsitz des Ministeriums betraut. Aber auch er, obwohl überzeugt von der Notwendigkeit, mit dem bisherigen System zu brechen, konnte gegen die Übermacht der Kamarilla und gegen das Widerstreben verstockter und schwachmütiger Kollegen nichts ausrichten. Ministerium Filangieri 12. Juni.

Am Tage seiner Ernennung erschien ein außerordentlicher Abgeordneter der sardinischen Regierung in Neapel: Graf Salmour, ein bewährter Jugendfreund Cavours. Sein officieller Auftrag bezog sich auf die Bezeugung des Beileids wegen des Ablebens Ferdinands II. und auf die Beglückwünschung Franz II. zu seiner Thronbesteigung. Darunter aber barg sich der Versuch, den jungen König für die nationale Sache zu gewinnen. Die neapolitanischen, in Turin weilenden Verbannten Poerio, Scialoja, Massari waren von Cavour ins Geheimnis gezogen. Der Hauptinhalt der von ihm am 25. Mai[1]) für Salmour ausgefertigten Instruktionen war: Vorschlag eines Bündnisses mit gegenseitiger Verbürgung der Integrität der Staaten, baldiger Kriegserklärung an Östreich und Entsendung eines Teiles des neapolitanischen Heeres an den Po und an die Etsch, ungesäumter Zusage der Wiederherstellung der Verfassung von 1848 nach dem Kriege, vollständiger Amnestirung der Verbannten und wegen politischer Verbrechen Verurteilten. Filangieri zeigte Verständnis für Salmours Anträge einer Allianz und war der Einführung einer Verfassung, wennschon nicht der einfachen Wiederherstellung des Statutes von 1848, geneigt. Aber der immer noch bei Hof und im Staatsrat höchst einflußreiche Troja, an den Filangieri den Boten Cavours verwies, lehnte seine Vorschläge voller Entrüstung ab. Auch die verlockende Aussicht allfälliger Vergrößerung des Königreiches Neapel durch päpstliche Gebiete, die Salmour ihm eröffnete, konnte ihn nicht anderen Sinnes machen. Von ihm beraten, wies Franz II. die Anträge Filangieris mit solcher Schärfe zurück, daß dieser nur mit Mühe davon abgehalten wurde, seine Entlassung zu nehmen. Der Empfang Salmours im Palast beschränkte sich auf bloßen Austausch von Höflichkeitsformeln. Zwar verweilte Salmour, von den Liberalen gefeiert, noch einige Zeit in Neapel. Aber in Erkenntnis des Scheiterns seiner geheimen Mission schrieb er Cavour: „Von dieser Regierung ist nichts zu hoffen, wenn man Mission Salmours nach Neapel. Ihr Scheitern.

[1]) R. de Cesare (Memor): La fine d'un regno, der viel Neues namentlich aus Archiven in Neapel beibringt, 1900 II. 40 bemerkt mit Recht, daß bei Bianchi VIII. 517 irrtümlich die Instruktionen vom 25. Juni datirt sind. Auch Reuchlin IV. 106 hat sich dadurch irre machen lassen. Dagegen findet sich bei Bianchi VIII. 126 das richtige Datum 25. Mai.

es nicht mit Gewalt durchsetzt. ... Der junge König ist noch schlimmer als sein Vater, er hat nicht seinen Verstand, aber alle seine schlechten Instinkte."

Verhalten Preußens.

Für den Gang des Krieges mochte das Verharren Neapels bei der Neutralität gleichgiltig sein. Ein unvergleichlich höheres Interesse hatte die Frage, ob die Großmacht Preußen diesen Standpunkt behaupten werde. Nachdem die Sendung des Erzherzogs Albrecht nach Berlin ergebnislos verlaufen war, hatte man es hier zunächst bei der Anordnung der Kriegsbereitschaft des Heeres bewenden lassen. Indessen fanden doch schon Beratungen über mögliche Operationen jenseits des Rheines statt. Moltke, der vom Prinzen Wilhelm zum Generalstabschef ernannt war, entwickelte bereits am 12. Mai im Gespräch mit Bernhardi einen Plan des Feldzugs gegen Frankreich, falls es zum Kampfe komme. Der Prinzregent, obwohl in seinen konservativen Gefühlen durch die Vorgänge in Toscana und in den Poherzogtümern sowie durch Napoleons Proklamation vom 3. Mai tief verletzt, verblieb in seiner bisherigen zu wartenden Haltung. Dem ihn vorwärts drängenden Leopold von Gerlach erklärte er am 7. Mai, noch sei kein Vorwand zum Kriege mit Frankreich gegeben, aber sobald ein französischer Soldat die östreichische Grenze überschreite, sei der Krieg da.

Anerbieten bewaffneter Vermittlung in Wien. Mission Willisens.

Vorläufig bot er in Wien seine bewaffnete Vermittlung des Friedens an und entsandte zu diesem Zweck Mitte Mai den General Adolf von Willisen, den jüngeren Bruder Wilhelms von Willisen, dorthin. Willisen überbrachte die Zusage des Eintretens Preußens für den östreichischen Länderbesitz in Italien. Dafür hatte er aber allfällige uneingeschränkte Verfügung Preußens über das Bundesheer zu verlangen, insoweit nicht ein östreichisches Heer im Verein mit den süddeutschen Truppen den Oberrhein decke. Rechberg führte zuerst gegenüber Willisen eine sehr stolze Sprache. Er begehrte Preußens Eintreten nicht nur für die östreichische Herrschaft in der Lombardei und in Venetien, sondern auch für die Fortdauer der Schutzverträge mit den italienischen Staaten, für die Demütigung des Königreichs Sardiniens, bis zur Preisgebung seiner Verfassung, für einen Krieg gegen Frankreich bis zum Sturz Napoleons. Als die Annahme dieses reaktionären Programmes in Berlin geweigert wurde und die erste östreichische Niederlage bei Montebello

Forderung eines Vertrags durch Rechberg.

erfolgte, wich Rechberg einen Schritt zurück. Er erklärte sich nun mit den preußischen Vorschlägen einverstanden, forderte aber Festlegung der beiderseitigen Verpflichtungen durch schriftlichen Vertrag mittels eines Notenaustausches. Diese Forderung lehnte Schleinitz am 14. Juni mit der Begründung ab, daß nach dem Eingehen eines solchen Vertrages

Mobilmachung von sechs preußischen Armeekorps 14. Juni.

Preußen unmöglich die Rolle eines Vermittlers werde spielen können. Immerhin erging am gleichen Tag in Berlin der Befehl der Mobilmachung von sechs Armeekorps. Danach wurde von Preußen am Bundestag

der Antrag auf Bildung eines Observationskorps von 60 000 Mann aus den beiden süddeutschen Bundeskorps eingebracht, das mit der preußischen Aufstellung am Rhein in planmäßigem Zusammenhang stehen sollte. Dies alles deutete auf die Absicht des Prinzregenten, sein Schwert in die Wagschale zu werfen, und war ganz dazu angethan, Napoleon stutzig zu machen.

Drohungen Rußlands.

Hingegen durfte er sich nach wie vor für berechtigt halten, auf Rußlands wohlwollende Haltung zu rechnen. Der Zar versicherte dem französischen Gesandten, der Kaiser könne auf ihn zählen, er werde innerhalb der ihm passend erscheinenden Grenzen alles thun, um ihn zu unterstützen. Seiner Schwester, der Kronprinzessin von Würtemberg, schrieb er, falls Preußen, gedrängt durch den Bund, für Östreich Partei nehme, werde ein russisches Heer in Galizien und Ungarn einrücken. Der russische Gesandte in Berlin ward angewiesen, Schleinitz zu erklären, so lange der Krieg in Italien „lokalisirt" bleibe, werde das Kabinet von St. Petersburg in der Neutralität verharren, aber sein Verhalten werde sich ändern, wenn Preußen und Deutschland, ohne daß das Bundesgebiet angegriffen sei, sich an Östreichs Seite stellten[1]). Im gleichen Sinn war ein Rundschreiben Gorčakovs vom 15. Mai an die Vertreter Rußlands bei den deutschen Höfen abgefaßt, dem durch die Veröffentlichung die weiteste Verbreitung gegeben wurde. Gorčakov maßte sich an, durch eine Verwarnung, die besonders den deutschen Mittelstaaten galt, daran zu erinnern, daß der deutsche Bund „eine rein und ausschließlich defensive Kombination" sei und daß seine feindliche Handlung gegen Frankreich „den Zweck seiner Einrichtung fälschen und den Geist der Verträge, auf denen sein Dasein beruhe, verkennen würde".

England.

Ebenso erwünscht für Napoleon lauteten die Nachrichten aus England. Die Prophezeiung Kossuths, die Regierung der Tories werde stürzen, und seine Agitation werde zu ihrem Sturz beitragen, hatte sich erfüllt. Am 1. April war das Ministerium Derby im Unterhaus durch Annahme eines Amendements Russells zu einer von Disraeli vorgelegten Reformbill geschlagen worden. Es hatte durch Auflösung des Parlamentes und durch Appell an die Wähler noch eine Galgenfrist gewonnen. Während der Wahlen verfocht Kossuth, als Verbündeter der Radikalen, in großen Versammlungen, vor denen er sich hören ließ, den Satz, den Tories sei beim Fortgang des Krieges, und namentlich, falls er nach Ungarn übergreife, doch noch ein Eintreten für Östreich zuzutrauen. Fielen ihnen auch etwa zwei Dutzend neue Sitze zu, so waren ihnen doch Whigs und Radikale zusammengenommen an Zahl etwas überlegen. Zwischen beiden Parteien kam es nach Verhandlungen ihrer Führer, wie Russell und Palmerston,

Niederlage Derbys 1. April. Auflösung des Parlaments 23. April.

[1]) Roux: Alexandre II. Gortschakoff et Napoléon III. S. 252.

die sich aussöhnten, von der einen, Bright und Milner Gibson von der anderen Seite, zu einer vollkommenen Verständigung. Gemeinsam brachten sie am 10. Juni in der Adreßdebatte dem Ministerium Derby eine Niederlage bei. Ein Mißtrauensvotum, das sich zum Teil auf die Anschuldigung verfehlter und unzuverlässiger auswärtiger Politik gründete, erhielt eine Mehrheit von dreizehn Stimmen. Nach dem unverzüglichen Rücktritt des Ministeriums Derby suchte die Königin zunächst, um sich die peinliche Wahl zwischen Palmerston und Russell zu ersparen, durch Granville, den Führer der Liberalen im Hause der Lords, die Bildung einer neuen Regierung zu erreichen. Indessen fand Granville, da er sich mit Russell über die Ämterverteilung nicht einigen konnte, seine Aufgaben unlösbar. So wurde denn doch wieder Palmerston mit der Herstellung des Ministeriums betraut, die in wenig Tagen zustande gebracht war.

Verständigung von Whigs und Radikalen.

Mißtrauensvotum 10. Juni.

Rücktritt des Ministeriums Derby.

Ministerium Palmerston.

Seine Hauptmitglieder waren außer ihm John Russell, nach Verzicht Clarendons, für das Auswärtige, Cornewall Lewis für das Innere, Gladstone, der damit die endgiltige Trennung der Peeliten von der konservativen Partei vollzog, für das Amt des Schatzkanzlers. Das Handelsamt war Cobden zugedacht, der, während er noch auf einer Reise in Amerika weilte, bei den Wahlen aufs neue einen Sitz im Unterhaus für Rochdale erlangt hatte. Allein, als grundsätzlicher Gegner Palmerstons und der von diesem für nötig erachteten Rüstungsausgaben, lehnte er das Angebot ab. Statt seiner trat sein Freund Milner Gibson ein, womit der radikalen Partei die zugesagte Vertretung zuteil wurde. Im ganzen war es ein Ministerium, stark durch die Verbindung glänzender Namen, und nach der vorausgegangenen Verabredung auf die Innehaltung strengster Neutralität in dem auf italienischem Boden entbrannten Krieg verpflichtet. Napoleon erhielt die Nachricht des Sturzes der torystischen Regierung, noch ehe er Mailand verließ, um die Operationen gegen die Östreicher wieder aufzunehmen. Sie hatten währenddes ihren Rückzug fortgesetzt und machten erst hinter dem Mincio Halt, um sich innerhalb des berühmten Festungsvierecks Mantua, Peschiera, Verona, Legnago zu neuen Kämpfen zu sammeln. In Verona war Kaiser Franz Josef angelangt, der selbst nach Verabschiedung Gyulais den Oberbefehl übernahm. Ihm zur Seite stand als Generalstabschef der Feldzeugmeister Heß. Die Gesamtmasse der durch Nachschübe verstärkten östreichischen Streitkräfte wurde in zwei Armeen geteilt. Die erste, unter dem Kommando des Feldzeugmeisters Grafen Wimpffen, der sich 1848 und 1849 auf dem italienischen Kriegsschauplatz ausgezeichnet, seitdem aber geistig und körperlich viel Kräfte eingebüßt hatte, umfaßte die Armeekorps Schwarzenberg, Schaffgotsch, Liechtenstein, und ein neu angekommenes Weigl, sowie eine mit Clam-Gallas angelangte Reservekavalleriedivision. Der zweiten Armee unter Oberbefehl des Feldzeugmeisters Grafen Schlick,

Wiederaufnahme der kriegerischen Operationen.

Franz Josef Oberfeldherr. Heß Generalstabschef.

der sich im Kampf gegen die Ungarn mit Ruhm bedeckt hatte, wurden die Armeekorps Benedek, Stadion, Clam-Gallas, Zobel und die Reservekavalleriedivision Mensdorff zugewiesen. An Zahl der für eine Schlacht im offenen Feld verfügbaren Truppen waren die Östreicher den Verbündeten nunmehr gleich, wenn nicht überlegen. Doch frug sich, ob die Zweiteilung ihrer Heeresmacht sich bewähren, und ob sich der junge Kaiser der Leitung des erfahrenen greisen Heß überlassen werde, dessen Rat dahin ging, sich zunächst im Festungsviereck auf die Verteidigung zu beschränken.

Zweiteilung des östreichischen Heeres.

Das verbündete französisch-piemontesische Heer passirte inzwischen, ohne Widerstand zu finden, die Adda und den Oglio. Am 18. Juni bezog es Quartiere in und um Brescia. Hier erhielt es eine beträchtliche Verstärkung durch die Ankunft der Gardekavallerie, die bis dahin, da sie den langen Weg über die Corniche nach Italien genommen hatte, zurückgeblieben war. Wo der Feind sich dem Angriff stellen würde, ob zwischen dem Chiese und dem Mincio oder ob erst am linken Ufer des Mincio, war ungewiß. In der That wechselten die Entschlüsse im östreichischen Hauptquartier von einem Tag zum andern. Während Heß bei seiner Meinung verblieb, den Raum zwischen dem Festungsviereck nicht zu verlassen, drang General Ramming, der an der Spitze seiner Operationskanzlei stand, auf baldigen Angriff jenseits des Mincio. Der Kaiser Franz Josef schwankte zwischen beiden Ratschlägen. Zweimal wurden Heeresteile über den Mincio geführt und wieder zurückgezogen. Endlich siegte die Ansicht Rammings, der damit Heß überhaupt die Zügel aus der Hand nahm. Die Schlacht, von der man sich die Entscheidung versprach, sollte am Chiese ausgefochten werden. Am 23. Juni erhielt Napoleon die Meldung, daß östreichische Kolonnen wieder auf das rechte Ufer des Mincio übergegangen seien. Man war jedoch in seinem Hauptquartier auf einen Zusammenstoß der gesamten Heeresmassen schon für den folgenden Tag nicht gefaßt. Ebensowenig rechnete die östreichische Armeeleitung darauf. Doch waren bei dem Vormarsch wenigstens Maßregeln der Art getroffen, daß die Überlegenheit der Stellung fast durchaus auf östreichischer Seite sein mußte, als wider Erwarten beider Parteien am Morgen die Heere, jedes in einer Stärke von etwa 160 000 Mann, aufeinander prallten. Dafür gereichten der französisch-piemontesischen Armee der wegen der Sommerhitze angeordnete frühere Aufbruch und bessere Fürsorge der Verpflegung der Truppen zum Vorteil.

Stellung des französisch-piemontesischen Heeres.

Schwankende Pläne Franz Josefs.

Die Östreicher hielten das Hügelland südlich vom Gardasee bis gegen die Ebene hin besetzt. Das Dorf Solferino und der steile Gipfel mit dem weithin sichtbaren Turm, „Spia d'Italia", diente ihrem Centrum unter dem Oberbefehl Stadions, der sich zunächst wesentlich auf die Verteidigung zu beschränken hatte, zum hauptsächlichsten Stützpunkt. Südwärts boten

Schlacht bei Solferino. 24. Juni.

ihnen San Cassiano und das Dorf Cavriana Deckung. Auf ihrem linken Flügel, wo nicht weniger als drei Armeekorps in der Richtung von Guidizzolo auf Medole vordringen sollten, lag die Leitung in der Hand Wimpffens. Ihren rechten Flügel kommandirte Benedek, der bis zum 23. Juni durch Unwohlsein in Verona festgehalten und erst um Mitternacht wieder bei seinem Armeekorps angelangt war. Ihm waren die nördlichsten Straßen, die über die Anhöhe von San Martino führten, zum Vormarsch angewiesen. Die Schlacht entwickelte sich anfangs ohne einheitlichen Plan auf beiden Seiten, später mit überlegener Führung auf französischer Seite und zerfiel in drei beinahe unverbundene Kämpfe. Dem östreichischen Centrum gegenüber hatte Baraguay d'Hilliers bei seinem Angriff eine schwere Aufgabe. Je deutlicher aber Napoleon und sein Stab erkannten, daß hier die Entscheidung liege, desto mehr Kräfte wurden eingesetzt, um die feste Stellung des zäh sich verteidigenden Gegners zu sprengen. Erst das Eingreifen der Garde machte den decimirten Divisionen Ladmiraults, Forey's und Bazaines Luft. Aber Stunden lang wütete der Kampf um Solferino und um die nordwestlich vorgelagerten Hügel weiter. Währenddes hatte Mac Mahon auf dem rechten französischen Flügel sich der Meierei Casa Morino bemächtigt. Mit weiterem Vorgehen gegen San Cassiano hatte er gezögert, bis er Gewißheit hätte, daß Niel zu seiner Rechten sich gegen Guidizzolo wenden könnte. Dieser aber hatte anfangs einen harten Stand gegen die östreichische Übermacht, und wartete vergeblich auf kräftige Unterstützung Canroberts, deren er sehr benötigte. Allein Wimpffen, den dringende Befehle des Kaisers Franz Josef mahnten, das in heißem Kampf ringende Centrum durch einen energischen Vorstoß gegen die feindliche Rechte zu entlasten, versagte und erklärte sich sogar für unfähig, sich zu behaupten. Zu seiner Entmutigung mochte beitragen, daß seine Reservekavallerie in Folge des kopflosen Verhaltens ihres zeitweiligen Führers, des Barons Lauingen, das Schlachtfeld verlassen hatte. Endlich erschienen auch größere Teile von Canroberts Korps, wie namentlich eine Brigade der Division Trochu, zur Hilfe Niels.

Niederlage der Östreicher auf dem linken Flügel und im Centrum.

Um dieselbe Zeit, Nachmittags gegen zwei Uhr, brach das östreichische Centrum zusammen. Das Korps Stadions war in der glühenden Junihitze erschöpft und hatte gutenteils seine Munition verbraucht. Die ungarischen Regimenter des Korps Clam-Gallas wichen vor dem Ansturm der Feinde. Der Kirchhof von Solferino, das alte Kastell, der Turm „Spia d'Italia", fielen in ihre Hand. Südwärts nahm die Vorhut Mac Mahons San Cassiano. Unterstützt von Gardeabteilungen, bahnten sich seine Kolonnen Schritt vor Schritt den Weg nach Cavriana, dem Hauptquartier des Kaisers Franz Josef. Schon aber hatte dieser den Befehl zum allgemeinen Rückzug gegeben. Ein verspäteter, frucht-

loser Gegenstoß, zu dem sich Wimpffen doch noch aufraffte, konnte daran nichts mehr ändern. Während Mac Mahon in Cavriana eindrang, brach ein furchtbarer Gewittersturm los, dessen Donner sich mit den letzten Kanonenschüssen vermengte. Eine Verfolgung des geschlagenen Feindes ließ die Ermattung der Sieger nicht zu.

Benedeks Widerstand bei San Martino.

Ganz anders gestaltete sich das Schlachtbild auf dem rechten Flügel der Östreicher. Hier hatte die vorderste Marschkolonne des Korps Benedek frühmorgens jenseits des Dorfes Pozzolengo die vom Gardasee vorrückende piemontesische Division Mollard zurückgeworfen und bis gegen San Martino hin verfolgt. Diese hochgelegene Ortschaft und ihre hügelige Umgebung ersah sich Benedek zur Stätte der Verteidigung. Sie wurde zur Stätte seines Ruhmes. Stunden lang so gut wie unabhängig von einem höheren Willen, umsichtig und voll Selbstvertrauen, wie gewohnt von der Hingebung seiner Officiere und der Soldaten getragen, konnte er sich der an Zahl ihm weit überlegenen, aber nicht einheitlich zusammengefaßten feindlichen Streitkräfte siegreich erwehren. In wiederholten Stürmen mühten die Piemontesen sich ab, die Hochebene zurückzugewinnen. Erst, als eine zweite ihrer Divisionen, die Cucchiaris, zur Stelle war, gelang es ihnen, hinaufzuklimmen und sogar das Gehöft Contracania zu erobern. Aber das Beispiel Benedeks, der mit dreien seiner Brigadiers sich selbst an die Spitze stellte, wirkte hinreißend auf seine Truppen. Sie zwangen den Feind zum vollständigen Weichen. Die längere nunmehr eintretende Kampfespause benutzte Benedek jedoch nicht zur Verfolgung der Zurückgeworfenen. Er wähnte, daß ihm eine noch größere Heeresmasse gegenüberstehe, als es der Fall war, und zog auch die zweifelhafte Wendung, die schon der Kampf bei Solferino zu nehmen schien, mit in Rechnung[1]). So richtete er sich durch zweckmäßige Verteilung seiner Batterieen und durch vorsichtige Seiten- und Rückendeckung nur zur Abwehr ein. Aufforderungen, womöglich das Centrum zu unterstützen, die ihm nach Mittag von Schlick und vom Kaiser zukamen, glaubte er, um einem neuen drohenden Angriff gewachsen zu sein und um die Straße nach Pozzolengo zu decken, nicht nachkommen zu dürfen. Da erreichte ihn, nachdem Solferino verloren gegangen, der kaiserliche Befehl des allgemeinen Rückzuges. Er sandte dem Kaiser die Antwort: „Die Waffenehre verbietet mir, mich in diesem Augenblick zurückzuziehen“ und erwartete kaltblütig den Massenangriff, zu dem sich Viktor Emanuel nach dem Rat seines Generalstabschefs della Rocca mit Freuden entschlossen hatte. Diesmal sollte auch die Division Fanti und die Division Durando, die bis dahin südlich von San Martino festgehalten waren, mitwirken. Das Losbrechen des Unwetters verzögerte den Angriff, zu dem nur ein Teil der Division Fanti sich rechtzeitig einfand. Die erste Linie der Öst-

[1]) Friedjung: Benedeks nachgelassene Papiere S. 247.

reicher, denen die Hagelkörner ins Gesicht flogen, geriet dann freilich ins Wanken. Aber ihre Batterieen wurden nicht durchbrochen, und gegen Abend warfen sie die Vorgedrungenen mit dem Bajonett wieder von der Höhe hinab. Länger durfte Benedek mit dem Abmarsch jedoch nicht säumen. Den nachdrängenden Feinden stürzte er, als letzter auf dem Schlachtfeld, an der Spitze des ungarischen Regimentes Dom Miguel sich entgegen. Dann führte er unverfolgt bei vollkommener Dunkelheit die Nachhut seines Korps nach Pozzolengo, das Dank der Umsicht seines Generalstabschefs Litzelhofer vor Durandos Anfall gesichert war. Nach vierzehnstündigem heißen Kampf hatte er sein siegreiches Korps mit den Verwundeten und vierhundert Gefangenen in Sicherheit gebracht. Am 25. Juni ging es wie die ganze östreichische Armee wieder über den Mincio.

Sein notgedrungener Abmarsch.

Die Schlacht von Solferino war in Anbetracht des Stärkeverhältnisses beider Parteien eine der opferreichsten der neueren Geschichte Europas. Der Gesamtverlust der Verbündeten betrug nach der geringsten Schätzung etwa 17 000, der der Östreicher etwa 13 000 an Toten und Verwundeten. Über alle Beschreibung entsetzlich war beim Fehlen genügender ärztlicher Hilfe, Verbandmittel, Medikamente der Zustand der improvisirten Ambulanzen und Lazarette. Auch die Hospitäler der nächstbelegenen Städte waren trotz des Wetteifers aufopfernder Pfleger und Pflegerinnen völlig unzureichend. Damals entstand im Kopf des jungen Schweizers Henri Dunant, eines Augenzeugen dieses Jammers, der menschenfreundliche Gedanke, die mit dem Kriege verbundenen Leiden möglichst zu mildern, ein Gedanke, der fünf Jahre später unter dem Zeichen des roten Kreuzes in der Genfer Konvention seine Verwirklichung fand. Auf Napoleon, dessen Nerven empfindlicher waren, als man gewöhnlich annahm, wirkte der grauenvolle Anblick des Schlachtfeldes niederdrückend. Auch verstimmte ihn der Zwist Niels, den er mit dem Marschallstitel auszeichnete, und Canroberts. Beide ließen es nicht an gegenseitigen Vorwürfen fehlen, und bald danach verhinderte nur ein persönliches Eingreifen des Kaisers, daß sie sich im Zweikampf gegenübertraten. Zudem konnte er sich nicht verhehlen, daß die errungenen Siege keine Entscheidung gebracht, und daß die schwerste Aufgabe, die Bezwingung des Festungsvierecks, innerhalb dessen die Östreicher neue Kräfte sammeln konnten, noch zu lösen sei. Während das Hauptheer nach einigen Ruhetagen den Mincio überschritt, die Piemontesen sich zur Belagerung Peschieras anschickten, Prinz Jérôme mit dem fünften Armeekorps und einer toscanischen Division zur Verstärkung erschien, erwog der Kaiser die Ratlichkeit einer baldigen Beendigung des Krieges.

Beiderseitige Verluste.

Stimmung Napoleons.

Schon seit einiger Zeit waren ihm aus Frankreich mehr oder weniger deutliche Mahnungen in diesem Sinn zugekommen. Briefliche Äußerungen

Seine Beweggründe zur Beendigung des Krieges.

der Kaiserin, die er auch seinem Verbündeten Viktor Emanuel nicht vorenthielt, rückten ihm die Gefahr einer Verwicklung mit Deutschland vor Augen. Der Kriegsminister Randon wehrte sich gegen eine Entblößung der Ostgrenze durch weitere Truppensendungen nach Italien. Klerikale Wortführer wiesen auf die Bedrohung der weltlichen Macht des Papstes hin. Was bis dahin in Mittelitalien zu Gunsten der diktatorischen Gewalt Viktor Emanuels geschehen war, legte Befürchtungen hinsichtlich einer über das kaiserliche Programm hinausgehenden Politik Cavours nahe, zu deren Zerstreuung eine auffallende amtliche Notiz des Moniteur nötig erschien. Vor allem war es die Haltung Preußens, die Napoleon mit wachsenden Besorgnissen erfüllte. Am 24. Juni, dem Schlachttag von Solferino, ließ der Prinzregent durch eine nach London und Petersburg gerichtete Depesche England und Rußland zur Teilnahme an einem Vermittlungsversuch auffordern. Für denselben war noch keine bestimmte Grundlage angegeben. Nur im allgemeinen wurde angedeutet, wenn auch Österreich im Interesse des europäischen Gleichgewichtes nicht zu sehr geschwächt werden dürfe, sei doch sein Verzicht auf die italienischen Schutzverträge und die Durchführung von Reformen in Nord- und Mittelitalien unerläßlich. Gleichzeitig wurde die Mobilmachung des ganzen preußischen Heeres angeordnet und am 4. Juli in Frankfurt die Aufbietung der beiden norddeutschen Bundeskorps sowie die Übertragung des Oberbefehls über die ganze deutsche Streitmacht an Preußen beantragt.

Preußischer Vermittlungsantrag in London und Petersburg 24. Juni.

Mobilmachung des ganzen preußischen Heeres und Anträge in Frankfurt.

Napoleon war von Petersburg aus über Preußens Haltung unterrichtet und zugleich gemahnt worden, durch rechtzeitiges Einlenken eine Ausdehnung des Krieges zu vermeiden[1]). Gorčakov ließ ihn wissen, zur Verhinderung eines schrecklichen Zusammenstoßes mit Deutschland sei der baldige Beginn von Friedensverhandlungen mit Österreich ratsam. Denselben Rat übermittelte er Walewski, bei dem er auf vollstes Einverständnis rechnen konnte. Unter diesen Umständen glaubte Napoleon, zunächst den Beistand Englands in Anspruch nehmen zu sollen. Erzeigte diese Macht sich ihm willfährig und erreichte er durch ihre Boten- und Hilfsdienste seinen Zweck, so entging er dem Druck der drohenden bewaffneten Vermittlung Preußens. Auf seinen telegraphischen Befehl bezeichnete daher Persigny scheinbar aus eigenem Antrieb Russell als Grundlage eines Ausgleiches: Überlassung der Lombardei und Parmas an das Königreich Sardinien, Errichtung eines unabhängigen Staates Venetien mit Modena unter einem österreichischen Erzherzog, Rückgabe Toscanas an den Großherzog, Trennung der Legationen vom Kirchenstaat und ihre Regierung unter Oberlehnsherrlichkeit des Papstes durch einen

Russische Mahnungen.

Persignys Vorschläge in London.

[1]) Roux a. a. O. S. 257 ff.

Statthalter Viktor Emanuels, Vereinigung aller italienischen Staaten in einem Bund unter Vorsitz des Papstes[1]). Das Programm „Frei bis zur Adria" war damit aufgegeben.

Ihre Zurückweisung.

Indessen Persigny hatte mit seinen Eröffnungen in London kein Glück. Das neue englische Ministerium zählte in Palmerston, Russell, Gladstone, Milner Gibson Mitglieder, die lebhafte Sympathieen für Italien hegten. Erkünstelte Pläne direkt zu unterstützen, welche die Hoffnungen der Italiener schwer enttäuschen mußten, wäre ihnen unmöglich gewesen. „Wenn der Kaiser kriegsmüde ist, war Palmerstons Meinung, so möge er selbst formelle Vorschläge machen, wie er will und wem gegenüber er will, aber er möge uns nicht auffordern, bei seinen Entwürfen Pate zu stehen und uns die Verantwortlichkeit für sie zuzuschieben." Auf der anderen Seite wollte er, da die englische Regierung sich für neutral erklärt hatte, auch dem Kaiser von Östreich nicht zumuten, Venetien, das noch fest in seiner Hand war, ohne weiteres aufzugeben. Von Persignys Mißerfolg benachrichtigt, beschloß Napoleon darauf, unverzüglich durch unmittelbare Verhandlung mit Franz Josef sein Ziel zu erreichen. Vorstellungen seines Vetters, der auf die Bevölkerung Mittelitaliens wegen mangelhafter militärischer Hilfe schlecht zu sprechen war, und briefliche Mahnungen des Zaren, die dessen Adjutant, Graf Peter Suvolov überbrachte[2]), um des Friedens willen sich mit weniger, als ursprünglich beabsichtigt gewesen, zu begnügen, thaten ein übriges, ihn in seinem Entschluß zu bestärken. Allein vor der Welt sollte er geheim bleiben, bis er von Erfolg gekrönt wäre. Daher wurden die Vorbereitungen eines Angriffs auf das Festungsviereck mit Eifer fortgesetzt. Die Flotte, die zur Belagerung Venedigs im adriatischen Meer eingelaufen war, ward verstärkt, der Hafen von Klein-Lüssin am Eingang des Quarnerobusens besetzt und eine Rekognoscirung von Fiume ausgeführt.

Napoleons Entschluß unmittelbarer Verhandlung mit Franz Josef.

Scheinbare Vorbereitungen zur Fortsetzung des Kampfes.

Im Zusammenhang hiemit schien endlich auch der Plan, den Krieg auf den Boden Ungarns zu verpflanzen, seiner Verwirklichung entgegenzugehen. Nach dem Übertritt und der Gefangennahme zahlreicher ungarischer Soldaten war mit der Bildung einer ungarischen Legion Ernst gemacht worden. Allerdings hatten Klapka und Teleki dabei manche Hindernisse zu überwinden. Aber nachdem Kossuth am 22. Juni in Genua angelangt war und sich mit Cavour und dem Prinzen Napoleon ins Benehmen gesetzt hatte, schien etwas mehr Zug in die Sache zu kommen. Am 3. Juli empfing der Kaiser selbst in Pietris Beisein Kossuth in seinem Hauptquartier Valeggio. Er billigte den Entwurf einer von ihm verfaßten Proklamation

Die ungarische Legion.

Kossuth im französischen Hauptquartier 3. Juli.

[1]) Die Wiedergabe der Vorschläge bei H. von Sybel: Begründung des Deutschen Reiches II. 327 enthält Unrichtigkeiten.

[2]) Nach Fleury: Souvenirs II. 103 (1898) langte er am 4. Juli in Valeggio an. Danach wäre Reuchlin III. 350, 354 zu verbessern.

an die ungarischen Soldaten trotz ihres stark revolutionären Anstrichs und ermächtigte Pietri, bei Cavour ohne alle diplomatischen Rücksichten auf kräftige Unterstützung der Ungarn zu dringen. Kossuth eilte mit Pietri nach Turin zurück. Hier ward alles für die Ausrüstung der auf mehr als viertausend Mann angeworbenen Legionare geordnet. Schon hegte Kossuth die Hoffnung, binnen kurzem mit ihnen an der Seite einer französischen Armee sein Vaterland wieder betreten und die Erhebung seines Volkes zum neuen Unabhängigkeitskampf erleben zu dürfen. Freilich hatte der Kaiser ihm erklärt, „falls ganz Europa ihm durch eine bewaffnete Vermittlung einen annehmbaren Frieden aufdringe", könne die Expedition nach Ungarn nicht stattfinden. Aber die Haltung Englands und Rußlands schloß nach Kossuths wohlbegründetem Urteil eine bewaffnete Vermittlung „von ganz Europa" vollkommen aus. Da traf ihn in Turin eine überraschende Nachricht, die alle seine Hoffnungen unbarmherzig vernichtete.

Fleurys Mission zu Franz Joseph 6. Juli.

Am Abend des 6. Juli nach Beendigung einer gründlichen Rekognoscirung des Geländes, die auf die Absicht des allgemeinen Angriffs für den folgenden Tag hinzudeuten schien, betraute Napoleon in Gegenwart Viktor Emanuels seinen seit Jahren ihm eng verbundenen Adjutanten, den General Fleury, mit einer geheimen Mission an den Kaiser Franz Joseph. Er machte ihm aus dem Inhalt des Briefes, den er diesem nach Verona überbringen sollte, kein Geheimnis und gab ihm mündliche Weisungen, auf welche Art er seinen Vorschlag eines Waffenstillstandes, zur Vorbereitung von Friedensverhandlungen, zu begründen hätte. Einen geeigneteren Boten hätte er nicht wählen können. Denn Fleury war selbst von dem Gedanken durchdrungen, daß es nötig sei, dem Krieg ein baldiges Ende zu machen. Die Schwierigkeiten eines Kampfes um das Festungsviereck, die bedrohlichen Rüstungen Preußens, die Befürchtung, durch eine Insurgirung Ungarns das Mißtrauen Rußlands wegen der Gefahr einer Ansteckung Polens zu wecken: alles das war schon längst ein immer wiederkehrendes Thema in dem Briefwechsel mit seiner Frau. „Es ist Zeit, hatte er ihr bereits am 1. Juli geschrieben, daß die Diplomatie ihr Handwerk beginne. Das Heer hat Ruhm genug erworben." Er hatte in Walewski gedrungen, durch Anrufung der Großmächte auf Erwirkung einer Waffenruhe hinzuarbeiten und den Prinzen Jérôme in seinem Bemühen, dem Kaiser die Gefahr eines europäischen Krieges vor Augen zu führen, bestärkt. Nun sah er den Kaiser selbst für die gleiche Meinung gewonnen und unterzog sich mit Freuden dem ihm gewordenen Auftrag.

Waffenstillstand 8. Juli.

Franz Joseph ließ den Boten Napoleons noch während der Nacht vor sich. Am folgenden Morgen übergab er ihm seinen Antwortbrief, in dem er sich zur Annahme des Waffenstillstandsvorschlags bereit erklärte.

Am 8. Juli wurden in der Ortschaft Villafranca zwischen Heß und Mensdorff von der einen, Vaillant und Martimpré unter Zuziehung della Roccas von der anderen Seite die Bedingungen des Waffenstillstandes vereinbart. Er sollte bis zum 15. August gelten. Während der Waffenruhe durften die Eisenbahnen zur Verproviantirung Mantuas und binnen zwei Tagen Peschieras benutzt werden und alle Handelsschiffe auf dem adriatischen Meer frei verkehren. Zwei Demarkationslinien, die ein neutrales Stück Land einschlossen, begrenzten das Gebiet, auf dem sich beide Parteien während des Waffenstillstandes zu halten hatten. Sofort nach der Unterzeichnung des Vertrags ersuchte Napoleon in einem zweiten Schreiben den Kaiser Franz Josef, einen Bevollmächtigten zur Besprechung der Friedenspräliminarien nach Valeggio zu senden. Viktor Emanuel machte gute Miene zum bösen Spiel. Über die Tragweite des Entschlusses seines Verbündeten konnte er sich nicht täuschen. Auch eine beschwichtigende Notiz des Moniteur, es handle sich nur um eine Kampfpause, die trotz der Ermöglichung von Verhandlungen das Ende des Krieges noch nicht absehen lasse, konnte ihn nicht blenden. Er fand sich, wie schwer es ihm fallen mochte, mit der harten Wirklichkeit der Dinge ab[1]). Anders Cavour, den die telegraphische Kunde des Geschehenen und die Voraussicht des Kommenden aufs tiefste erregten.

Cavours Ankunft im Hauptquartier 10. Juli.

Begleitet von seinem vertrauten Sekretär Nigra und von Alessandro Bixio, dem Freunde des Prinzen Jérôme, machte er sich am Abend des 9. Juli auf den Weg und erreichte frühmorgens am 10. Juli Desenzano. Hier mußte er hören, daß eine persönliche Zusammenkunft der beiden Kaiser für den folgenden Tag in Villafranca bevorstehe. In der That war Franz Josef zur Abkürzung der Verhandlung auf diesen Vorschlag Napoleons eingegangen. Cavour eilte mit Nigra nach Monzambano, dem Hauptquartier Viktor Emanuels, und hatte mit ihm eine stürmische Unterredung. Nicht weniger stürmisch verlief seine Zusammenkunft mit dem Prinzen Napoleon. Er gab ihm bittere Klagen zu hören. Er forderte die Erfüllung gemachter Versprechungen. Er drohte sogar, sich an die Spitze einer revolutionären Bewegung stellen zu wollen, wenn der Kaiser auf halbem Weg stehen bleibe. Aber er vermochte den Lauf der Dinge nicht zu wenden.

Napoleons Verwertung eines Telegrammes Persignys.

Vor der Zusammenkunft mit Franz Josef machte Napoleon noch einen letzten Versuch, sich wenigstens den „moralischen" Beistand Englands zu sichern. Palmerston und Russell waren geneigt, diesen durch Persigny übermittelten Wunsch zu erfüllen. Aber die Königin Viktoria,

[1]) S. zur Berichtigung früherer Darstellungen A. Roviglio: Vittorio Emanuele II., Cavour e i preliminari di Villafranca. Udine 1912. Es ist zu bemerken, daß die Berichte della Roccas (Autobiografia) und Arrivabenes (Lettere di Cavour III. S. CCXVII) nicht ganz übereinstimmen.

beraten vom Prinzen Albert, verwahrte sich entschieden gegen das geringste Hinausgehen über die Linie strengster Neutralität. Nichtsdestominder wußte Napoleon, dank einem gewagten Telegramm Persignys, dessen Verhandlungen mit den englischen Ministern zu verwerten, um auf Franz Josef einen Druck auszuüben, den er durch Hinweise auf angebliche Übereinstimmung Englands mit Rußland und Preußen noch verstärkte[1]).

Seine Zusammenkunft mit Franz Josef in Villafranca 11. Juli.

Am Morgen des 11. Juli traf er halbwegs zwischen Valeggio und Verona in Villafranca mit seinem jugendlichen Gegner zusammen. Ihr einstündiges Gespräch unter vier Augen in einem bescheidenen Zimmer der Casa Morelli schloß mit einer mündlichen allgemeinen Verständigung. Die schriftliche genaue Formulirung des Präliminarfriedens fand erst Abends in Verona statt, wohin zu diesem Zweck Prinz Napoleon mit einem eigenhändigen Vertragsentwurf des Kaisers entsandt wurde[2]).

Der Präliminarfriede.

Nach zäher Verteidigung einzelner Einwendungen unterschrieb Franz Josef die Urkunde, die der Prinz nach Valeggio überbrachte. Das Schriftstück besagte: Beide Herrscher werden die Schöpfung eines italienischen Bundes unter dem Ehrenvorsitz des Papstes begünstigen. Der Kaiser von Östreich wird dem Kaiser der Franzosen seine Rechte auf die Lombardei, mit Ausnahme der Festungen Mantua und Peschiera abtreten, und der Kaiser der Franzosen wird die abgetretenen Gebiete dem König von Sardinien überliefern. Venetien, das unter der Krone des Kaisers von Östreich verbleibt, wird einen Teil des italienischen Bundes bilden. Der Großherzog von Toscana und der Herzog von Modena kehren unter Gewährung einer allgemeinen Amnestie in ihre Staaten zurück. (Den von Napoleon aufgezeichneten Zusatz, daß dabei die Anwendung von Waffengewalt ausgeschlossen sein sollte, lehnte Franz Josef unbedingt ab.) Beide Kaiser werden vom Heiligen Vater die Einführung unvermeidlicher Reformen fordern. Beide Teile gewähren den Personen, die sich bei Gelegenheit der letzten Ereignisse in den Gebieten der Kriegführenden kompromittirt haben, vollständige Amnestie. Des Herzogtums Parma wurde nicht gedacht. Aber die Zuführung desselben zum Königreich Sardinien ward stillschweigend von Franz Josef zugestanden.

Beweggründe Franz Josefs zu seinem Abschluß.

Die Gründe, die ihn zur Preisgebung der Lombardei unter Verzicht auf weiteren Kampf bestimmten, sind längst kein Geheimnis mehr. Sie waren teils militärischer, teils politischer Natur. Der Zustand seines Heeres war keineswegs so Vertrauen erweckend, wie viele Uneingeweihte an-

[1]) Letters of Queen Victoria III. 352 ff. zur Ergänzung von Martin: Life of the Prince Consort u. a. und Malmesbury: Memoirs of an ex-minister III. 64 (21. Juli 1859).

[2]) Prince Napoléon: Les préliminaires de la paix 11. Juillet 1859. Journal de ma mission à Vérone auprès de l'empereur de l'Autriche (Revue des Deux Mondes 1909. 1. Août.) Vgl. Bianchi VIII. 147 ff. und E. Ollivier: L'empire libéral IV. 235 ff.

nahmen[1]). Seine notwendige Ergänzung machte Schwierigkeiten. Das unzuverlässige Korps Clam-Gallas, das großenteils aus Ungarn bestand, hatte in das Innere Österreichs zurückgesandt werden müssen, und zur Niederhaltung Ungarns war ein ganzes Armeekorps unentbehrlich. Beinahe die Hälfte der Truppen war nach Einberufung der Urlauber noch ungeschult, und es fehlte an Officieren wie an der Ausrüstung. Eine zweite Armee am Rhein, früheren Versprechungen gemäß, aufzustellen, wäre nicht möglich gewesen. Unter den politischen Gründen wog der Widerwille gegen die Einmischung Preußens weitaus am schwersten. Wohl hatte sich der Prinzregent bereit gezeigt, für die Erhaltung der österreichischen Herrschaft in dem lombardisch-venetianischen Gesamtgebiet einzutreten. Aber sein Beistand konnte nur durch Zugeständnisse in Deutschland erkauft werden, die von Österreichs Machthabern höher eingeschätzt wurden als der Verlust der einen italienischen Provinz. Daher hatte denn auch dem preußischen Antrag in Frankfurt, das ganze Bundesheer einfach Preußens Oberbefehl zu unterstellen, durch den österreichischen Gegenantrag vom 7. Juli, den Prinzregenten zum Bundesfeldherrn unter vorgeschriebener Aufsicht des Bundes zu wählen, die Spitze abgebrochen werden sollen. Schon vorher war der nach Berlin entsandte greise Fürst Windischgrätz beauftragt worden, die zaudernde dortige Regierung vor jeder Vermittlung zu einer kriegerischen Bewegung am Rhein zu drängen. Mit dem Abschluß des Präliminarfriedens von Villafranca veränderte sich das ganze Bild. Der Prinzregent konnte Windischgrätz seine Überraschung nicht verhehlen, und dieser kam mit seinem Vorschlag „eines österreichisch-preußischen Schutz- und Trutzbündnisses" zu spät[2]). Der Kaiser Franz Josef hatte für Preußens Hilfe keinen Preis zu zahlen und verhüllte doch, wie es bald danach in einem an seine Völker gerichteten Manifest geschah, den wahren Hauptgrund des demütigenden Friedens durch die unwahre Anklage, im Kampf für sein gutes Recht von seinem ältesten und natürlichsten Bundesgenossen im Stich gelassen zu sein.

Befriedigung Napoleons.

Napoleon war hocherfreut, den von Franz Josef unterzeichneten Präliminarvertrag zu empfangen. Viktor Emanuel konnte seinen Unmut nicht verbergen, faßte sich aber mit Würde. Anders Cavour, der noch einen Versuch machte, seinen König von der Unterzeichnung zurückzuhalten. In seiner verzweifelten Stimmung ließ er sich zu Ausbrüchen der Erbitterung fortreißen, die den König aufs tiefste verletzten. Sein Entschluß, nicht länger Minister zu bleiben, stand fest. Er wollte einen Vertrag nicht mit seinem Namen decken, der das Gebäude seiner Hoffnungen zertrümmerte und die Prophezeiung Mazzinis wahr machte, der Fürstenkrieg

Erbitterung und Rücktritt Cavours.

[1]) Vgl. Friedjung: Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland I. 29 ff.

[2]) Berichte des Fürsten Windischgrätz. Berlin 4., 5., 7., 8., 12. Juli 1859. Arch. Wien.

werde statt mit der Befreiung Italiens nur mit einer Vergrößerung Piemonts am Mincio enden. Am 12. Juli kehrte er mit Nigra nach Desenzano und von da über Mailand nach Turin zurück. Den dortigen Freunden erschien er nach Abwesenheit von drei Tagen um Jahre gealtert. Kossuth, gleich ihm um alle seine Hoffnungen betrogen, der ihn mit Pietri aufsuchte, fand ihn zornglühend und hörte ihn sagen: „Aus diesem Frieden wird nichts ... Ich werde im Notfall Solaro della Margherita die eine Hand reichen und Mazzini die andere. Ich werde zum Verschwörer, zum Revolutionär werden. Aber dieser Vertrag bleibt unausgeführt."

Seine Rückkehr nach Turin.

Seine bitteren Worte hatten wohl so viel Eindruck auf Viktor Emanuel gemacht, daß dieser darauf bestand, seiner Unterschrift unter dem Präliminarvertrag die Klausel beifügen zu dürfen: „Ich nehme an, so weit es mich betrifft." Napoleon hatte gegen diese ihn harmlos dünkende Grille nichts einzuwenden, und so wanderte die Urkunde, mit den Namen der beiden Verbündeten versehen, nach Verona zurück. Ein Tagesbefehl Napoleons kündete seinen Truppen an, er habe ihnen auf ihrer Siegeslaufbahn nur deshalb Einhalt geboten, weil der Kampf eine den Interessen Frankreichs nicht entsprechende Ausdehnung zu nehmen gedroht habe. Eine Proklamation Viktor Emanuels an die Lombarden vom 14. Juli, schon aus Mailand datirt, vermeldete ihnen, daß sie gemäß ihren oft ausgesprochenen Wünschen von nun an eine einzige freie Familie mit seinem alten Staat bilden würden. Dann reisten die beiden verbündeten Fürsten zusammen nach Turin, wo Viktor Emanuel ebenso herzlich wie Napoleon merklich kühl empfangen wurde. Hier bekam auch Cavour, bis zur Bildung eines neuen Ministeriums noch im Amt, den Kaiser zu sprechen. Napoleon suchte ihm gegenüber den Präliminarfrieden, der in Zürich auf neutralem Gebiet seine endgiltige Gestalt erhalten sollte, nur aus militärischen Gründen zu rechtfertigen. Cavour beschränkte sich darauf, einige Bemerkungen über das traurige Los Modenas, Toscanas, der Romagna zu machen, die ihren früheren Herrschern aufs neue anheimfallen sollten. Die Versicherung Napoleons, er werde auf dem ihm vorschwebenden europäischen Kongreß ihr Fürsprecher sein und mehr noch sein Rat, sie möchten inzwischen die Rückkehr der alten Dynastieen nicht zulassen, richteten ihn wieder auf. „Viel ist gewonnen, schrieb er Lamarmora, wenn wir die Restaurationen vor dem Kongreß verhindern." Wenige Tage, bis nach einem vergeblichen Versuch Arèses das neue Ministerium mit Lamarmora als Präsident und Kriegsminister, Rattazzi als Minister des Inneren, Dabormida als Minister des Äußeren gebildet war, weilte er noch in Turin. Dann zog er sich in die Einsamkeit seines Landgutes Leri zurück und reiste von da durch Savoyen zu den Freunden am Genfer See. In der Schweiz, „diesem Hospital politisch Verwundeter", wie er

Proklamation Viktor Emanuels 14. Juli.

Napoleons Zusammenkunft mit Cavour in Turin.

Ministerium Lamarmora 10. Juli.

sich ausdrückte, fand er seine volle Ruhe und seine alte Elasticität wieder. Er bereute es nicht, für den Augenblick von der öffentlichen Bühne zurückgetreten zu sein und auf „unnützen Verbrauch seiner Kräfte in nutzlosen Agitationen" zu verzichten. Aber er war bereit, „dem Rufe des Vaterlandes" zu folgen, so bald der günstige Augenblick dafür eintrete und inzwischen „wenn nicht als Pilot, so doch als einfacher Matrose bei der Lenkung des Staatsschiffs behilflich zu sein".

Eindruck des Friedens von Villafranca.

Der überraschende Friede von Villafranca wurde von den nicht unmittelbar beteiligten Großmächten Europas mit sehr verschiedenartigen Gefühlen aufgenommen. In Petersburg bezeigte man lebhafte Genugthuung wegen eines Ergebnisses, zu dem man nach Kräften beigetragen hatte, und das den Wünschen Rußlands vollkommen entsprach. Man sah Östreich schadenfroh zu Gunsten Piemonts geschwächt, ohne befürchten zu müssen, daß der revolutionären Bewegung in Italien freier Lauf gelassen würde. Zugleich war man glücklich, der Verlegenheit enthoben zu sein, entweder durch Hinderung einer Einmischung des Prinzregenten die guten Beziehungen zu Preußen zu verscherzen oder durch Duldung eines deutschen Angriffs auf Frankreich sich dieses für die Zukunft zu entfremden. Der Zar machte gegenüber Montebello, dem französischen Botschafter, aus seiner Freude kein Hehl, und Gorčakov versäumte nicht, ihm zu Gemüt zu führen, daß Rußland alle von ihm eingegangenen Verpflichtungen ehrlich erfüllt habe. Anders war die Stimmung in Berlin. Mochte der Prinzregent auch, wie er dem Herzog von Koburg einige Monate später schrieb, in seinem Gewissen sich völlig frei von allen ihm gemachten Vorwürfen fühlen: daß seine Pläne der Vermittlung für Deutschland und Preußen ganz unfruchtbar geblieben waren, konnte er sich nicht verbergen. Schmerzlicher war die Empfindung aller derer in Deutschland, die in den Zögerungen und Halbheiten der preußischen Politik den Grund ihres Mißerfolges zu erkennen glaubten. Von ihnen jedoch unterschied sich Bismarck, der in Petersburg aus der Ferne mit Sorgen den Gang der Ereignisse verfolgt hatte. Ihm fiel ein Alp von der Brust, als er nicht mehr zu befürchten brauchte, daß „mit dem ersten Schuß am Rhein der deutsche Krieg die Hauptsache werden", und daß Preußen „sich geradeswegs für Östreich opfern" werde.

Befriedigung Rußlands.

Enttäuschung Preußens.

Urteil Bismarcks.

Enttäuschung Englands.

In London war die Enttäuschung, wennschon aus anderen Ursachen, noch größer als in Berlin. Beinahe die gesamte Tagespresse verurteilte den hastig abgeschlossenen Vertrag von Villafranca, der nach so viel Blutvergießen nur einen unfertigen und anfechtbaren Zustand schaffe. Palmerston und Russell, deren gute Dienste eben erst von Napoleon angerufen waren, empfanden das hinter ihrem Rücken Geschehene fast

wie eine persönliche Kränkung. Der erste erklärte Persigny, durch Östreichs Teilnahme an einem italienischen Bund sei Italien dieser Macht mit Händen und Füßen ausgeliefert, und alles sei von vorn zu beginnen. Er hatte sogar nicht übel Lust, einen förmlichen Protest gegen den Präliminarfrieden einzulegen. Dies wurde ihm allerdings von der Königin Viktoria verwehrt. Zugleich gab sie ihm nicht ohne Ironie zu verstehen, „sie habe nie seine sanguinischen Hoffnungen geteilt, daß der Staatsstreich und das Kaiserreich der Errichtung unabhängiger Nationalitäten und der Ausbreitung der Freiheit dienlich sein würden". Einen Stachel ließ aber der Vertrag von Villafranca auch in ihrem und des Prinzen Albert Geist zurück. Sie bemerkte, daß Napoleon gegenüber Östreich gerade so gehandelt habe wie gegenüber Rußland nach dem Fall Sebastopols, und daß er vermutlich wie damals Rußland nun Östreich umschmeicheln und dessen Rachsucht gegen Preußen anreizen werde, um sich schließlich zum Herrn des Festlandes Europas zu machen.

Französische Urteile.

Napoleon konnte die Mißstimmung, die der Vertrag von Villafranca in weiten Kreisen Deutschlands und Englands erweckte, nicht entgehen. Aber auch in Frankreich fehlte es nicht ganz an kritischen Stimmen. Namentlich aus dem Lager der demokratischen Partei ließen sie, soweit das erlaubt wurde, sich hören. Abgesehen davon, so empfänglich man für den Glanz der neuen militärischen Ruhmesthaten war: der Aufwand an Opfern schien doch nicht im richtigen Verhältnis zu dem Erreichten zu stehen. Auf Landgewinn, wie in Plombières verabredet, hatte der Kaiser, da er seine Zusagen nur teilweise erfüllt, verzichten müssen. An Savoyen und Nizza durfte er vorläufig in Turin nicht erinnern. Er erschien schlechthin in der Rolle des sich mäßigenden Siegers, dem es schwer gefallen, sein Programm, „Italien frei bis zur Adria", einzuschränken, der sich aber angesichts der Gefahr einer Ausdehnung des Krieges bis zum Rhein durch das Interesse Frankreichs habe leiten lassen müssen. Diesen Ton, der aus seinem letzten Tagesbefehl an die Truppen schon bekannt war, wußte er wieder mit Geschick nach seiner Heimkehr beim Empfang der großen Staatskörper in St. Cloud anzuschlagen. Mit ähnlichen Worten erwiderte er die Glückwünsche des diplomatischen Korps. Seine Versicherung, er hoffe auf eine lange Dauer des Friedens, trug ihm den Beifall der Geschäftswelt ein. Dann kam der Festtag des fünfzehnten August, an dessen Vorabend unter einem Regen von Blumen die aus Italien zurückgekehrten Truppen in Paris einzogen, und der Kaiser selbst rauschende Huldigungen empfing. Zwei Tage später veröffentlichte der Moniteur ein Amnestiedekret, durch das er allen wegen politischer Verbrechen und Delikte Verurteilten Verzeihung gewährte. Die Grenzen Frankreichs öffneten sich den noch Verbannten und Flüchtlingen. Mochten einige der Namhaftesten, wie Viktor Hugo, Louis Blanc, Felix Pyat,

Napoleons Ansprache beim Empfang der großen Staatskörper 19. Juli.

Amnestiedekret 16. August.

Charras, Quinet, Proudhon, mit dem Gelöbnis, nur ein „freies Frankreich“ wieder betreten zu wollen, das Gnadengeschenk des Kaisers verschmähen: seine Handlung gereichte ihm doch in den Augen der Masse zur Ehre und steigerte sein Ansehen.

Verlegenheiten Napoleons.

Indessen blieben ihm auf der Höhe des Ruhmes ernste Verlegenheiten nicht erspart. Sie entsprangen hauptsächlich aus den Verhältnissen Italiens, dessen Drang nach nationaler Unabhängigkeit er gefördert, aber nicht befriedigt hatte. An ihm und eben hier bewahrheitete sich das Dichterwort, daß er die Geister, die er gerufen, nicht los wurde. Cavours Prophezeiung, der Vertrag von Villafranca werde nicht ausgeführt werden, ging, soweit es sich um die Bildung eines italienischen Bundes und das Schicksal Mittelitaliens handelte, sofort in Erfüllung. Er selbst hatte, noch ehe er aus dem Amt schied, das Seinige gethan, dies Ergebnis vorzubereiten. Er hatte nicht als Minister, aber als einfacher Bürger, die königlichen Gouverneure und Kommissäre in Modena, Parma, Florenz, Bologna angefeuert, die Rückkehr der früheren Machthaber zu hindern und ihnen vor allem die Sorge um Verstärkung der Rüstung ans Herz gelegt. Das Schauspiel, das patriotische Energie und Einsicht an jenen Orten boten, mußte ihn, nachdem er das Steuer in Turin andern Händen überlassen hatte, mit Stolz und Freude erfüllen. Am gefährdetsten erschien Modena. Der auf östreichisches Gebiet entwichene Herzog stand bereit, mit ein paar tausend Mann seiner früheren Streitmacht, die er durch Anwerbung zu verstärken hoffte, in sein verlorenes Land einzudringen. Hier aber behauptete Cavours Freund, der unbeugsame, für das Vaterland sich aufreibende Farini seinen Platz. Als das neue Ministerium Viktor Emanuels notgedrungen seine Vollmachten widerrief, ergriff er auf Antrag des Stadtrates unter Zustimmung der Bevölkerung vorläufig mit dem Titel eines Diktators die Zügel. Er betrieb eine Aushebung, organisirte ein Freiwilligenkorps, schrieb ein Anlehen aus. Nach seiner Anordnung ward alsdann eine Landesversammlung gewählt, die am 20. August einstimmig beschloß, Franz V. von Östreich-Este sowie jeden anderen Fürsten des lothringisch-habsburgischen Stammes für immer von der Herrschaft auszuschließen. Tags darauf erklärte sie, die Union mit dem Hause Savoyen um jeden Preis aufrechthalten zu wollen. In Parma übergab Graf Palmieri nach seiner Abrufung durch Dabormida seine Vollmachten dem populären Advokaten Manfredi. Dieser ließ noch einmal durch eine Volksabstimmung den Anschluß an Piemont bestätigen. Dann aber leistete er auf seine Stelle zu Gunsten Farinis Verzicht. Ihm boten die Stadträte des Herzogtums die provisorische Diktatur auch ihres Landes an, und er nahm, unter Vorbehalt getrennter Verwaltung Modenas und Parmas, die doppelte Bürde auf sich.

Mittelitalien. Volksabstimmungen.

Modena. Farini.

Parma. Manfredi.

Romagna.

In der Romagna hatte bis dahin Massimo d'Azeglio als Kommissär

Viktor Emanuels die Ordnung aufrecht erhalten und für bestmögliche Rüstung gesorgt. Auch ihn trafen die Kunde des Friedens von Villafranca und der Befehl, seinen Posten zu verlassen, wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Einige Tage zögerte er, um erst noch militärische Vorsichtsmaßregeln zur Deckung der Südgrenze gegen die Schlüsselsoldaten und zum Schutz der in Bologna eingesetzten provisorischen Regierung zu treffen. Dann begab er sich nach Turin und erhielt hier volle Billigung seines Verfahrens durch den König. Die provisorische Regierung in Bologna erwählte statt seiner einen zeitweiligen Generalgouverneur in der Person Leonetto Cipianis, eines erprobten toscanischen Patrioten[1]), der als Oberst im Generalstab Napoleons den Feldzug mitgemacht hatte. Cipriani verkündete in einem Manifest, daß er sich verpflichte, das Land zu verteidigen und die Rechte der Romagna vor Europa geltend zu machen, nahm sich der Bewaffnung von Milizen und Truppen an und berief auf breiter Grundlage des Wahlrechts eine Nationalversammlung zur Entscheidung über die Frage der Souveränität. Cipriani.

Noch rascher war das Tempo der nationalen Bewegung in Toscana. Toscana. Ricasoli.
Hier wurde, nachdem Boncompagni seine Vollmacht dem Ministerrat übergeben hatte, der „eiserne" Baron Ricasoli die treibende Kraft. Aus einer anderen socialen Schicht hervorgegangen wie Farini, aber selbst- und bedürfnislos, unermüdlich arbeitsam und thatkräftig wie dieser, hatte er sich zu dem Gedanken der Notwendigkeit der Einheit Italiens „wenigstens von den Alpen bis zum Garigliano"[2]) unter der Regierung des Hauses Savoyen durchgerungen. „Nur in der Einheit, hatte er schon kurz vor dem Frieden von Villafranca dem Freunde Peruzzi geschrieben, besteht die Kraft. ... Mit der Einheit ist allen Revolutionen und allen Kriegen der Weg versperrt, mit einem starken Italien wird die Nation für sich selbst stehen ohne auf Verträge und Protektoren angewiesen zu sein." Nach der herben Enttäuschung, die auch ihm das Übereinkommen Napoleons und Franz Josefs bereitete, wurde er in seiner Meinung noch bestärkt und verfocht sie mit Zähigkeit, imponirend durch sein festes Auftreten gegen heimische Autonomisten, Klerikale, Republikaner, wie gegen fremde Agenten jeden Ranges. Zur Verteidigung des Rechtes Toscanas auf Selbstbestimmung vor den Großmächten entsandte er diplomatische Vertrauensmänner, wie den Marchese Corsini di Lajatico, der in London die beste Aufnahme fand, und Ubaldino Peruzzi, der in Paris gegenüber dem Übelwollen Walewskis einen schweren Stand hatte. Zur Kundmachung des Volkswillens berief er auf Grund des verbesserten Wahlgesetzes von 1848 eine

[1]) Reuchlin III. 395 und Bulle: Geschichte des zweiten Kaiserreiches S. 244 nennen ihn irrtümlich einen „Corsen".

[2]) Ricasoli: Lettere III. 139 „almeno dalle Alpi al Garigliano, lasciando Napoli cuocersi nel suo brodo finchè li piacerà."

Abgeordnetenversammlung in Florenz 11. April.

Abgeordnetenversammlung nach Florenz, die sich am 11. August nach feierlichem Zug zum Dom im großen Saale des Palazzo Vecchio vereinte. Der Verzicht Leopolds II. zu Gunsten seines ältesten Sohnes (21. Juli), der für einen Anhänger Östreichs galt, hatte der lothringischen Dynastie nichts genützt. Die erdrückende Mehrheit der gewählten Abgeordneten war gegen ihre Zurückrufung und für den Anschluß Toscanas an Piemont. Die wenigen, die diesem Anschluß widerstrebten, wie der nach Beteiligung am Krieg unter Garibaldi wieder heimgekehrte Montanelli, fehlten in der entscheidenden Sitzung vom 20. August. An diesem Tag ward einstimmig beschlossen, daß Toscana einen Teil eines starken italienischen Königreichs unter dem konstitutionellen Scepter Viktor Emanuels bilden solle. Schon war zwischen Modena und Toscana, dessen Kontingent aus der Lombardei zurückgekommen war, eine militärische Liga geschlossen worden. Der Beitritt von Parma und der Romagna zu diesem Kriegsbündnis ließ nicht lange auf sich warten. Ganz Mittelitalien sollte seine Wehrkraft vereinigen, um die Rückkehr der früheren Regierungen unmöglich zu machen.

Beschluß der Annexion an Piemont 20. August.

Militärische Liga Toscanas, Modenas, Parmas, der Romagna.

Ein anderer Artikel des Präliminarfriedens, derjenige, der sich auf die Bildung einer italienischen Konföderation unter dem Ehrenvorsitz des Papstes bezog, stand gleichfalls in der Luft. Die mittelitalienischen Bevölkerungen und ihre Wortführer wollten ebensowenig von einem Bund etwas wissen, dem Östreich für Venetien angehören sollte, wie der König Viktor Emanuel. Der von Latour d'Auvergne, dem französischen Gesandten, in Turin vorgelegte Plan eines solchen Bundes ward dort ohne weiteres zurückgewiesen. Die sardinischen Bevollmächtigten, die zu den Verhandlungen nach Zürich abgeordnet wurden, erhielten Befehl, in den endgiltigen Friedensvertrag mit Östreich kein Wort über den Bund aufnehmen zu lassen. Vom König beider Sicilien, an dessen Beitritt zum Bund ebenfalls gedacht war, ließ sich aus anderen Gründen Widerstand erwarten. Er hätte in einer Teilung der Bundesleitung zwischen seiner Krone und der Viktor Emanuels, wie Latour d'Auvergnes Entwurf sie vorsah, eine Schwächung seiner Würde gesehen, und war überhaupt nicht gewillt, seine Souveränität irgendwie gesamtitalienischen Rücksichten anzupassen. Aber auch der Papst, dem der Ehrenvorsitz des Bundes zugedacht war, verhielt sich spröde. Napoleon hatte Pius IX. schon am 14. Juli in einem eigenhändigen Brief gemahnt, um des Ruhmes der Religion willen müsse Seine Heiligkeit über den Geschicken Italiens walten „gleich dem Dogen von Venedig, der fähig erschienen sei, durch eine Handbewegung die Fluten des adriatischen Meeres zu heben und zu besänftigen". Zugleich hatte er ihm, „als ergebener Sohn der Kirche, der die Erfordernisse seiner Zeit begreife", dringend ans Herz gelegt, den Legationen und Marken aus freien Stücken eine gesonderte Ver-

Scheitern des Planes einer italienischen Konföderation.

Widerstand und Klagen Pius' IX.

waltung mit einer von ihm ernannten Laienregierung zu gewähren, was die Ruhe seines Staates verbürgen und den Schutz durch fremde Truppen unnötig machen werde. Indessen der Papst dankte für das ihm zugedachte Ehrenpräsidium eines italienischen Bundes. Er verbat sich die politischen Ratschläge des ergebenen Sohnes der Kirche. Er erklärte, rebellischen Unterthanen überhaupt keine Zugeständnisse machen zu können. Seiner Weigerung fügte er die Klage hinzu, daß bei der Erhebung in der Romagna Verwandte des Hauses Bonaparte beteiligt seien, und richtete durch den französischen Botschafter, den Herzog von Gramont, die Forderung an den Kaiser, die Revolutionäre öffentlich durch ein Machtwort in ihre Schranken zu weisen.

Napoleons Plan eines europäischen Kongresses.

Angesichts dieser Schwierigkeiten suchte Napoleon sich Englands Beistand zu verschaffen, um auf einem europäischen Kongreß womöglich eine Korrektur des Präliminarvertrags von Villafranca durchzusetzen. In diesem Sinn war Cowley schon im Juli von Walewski bearbeitet und Persigny zur Einreichung von Vorschlägen in London angewiesen worden. Allein durch ihre Annahme hätte sich England in schroffen Gegensatz zu Östreich gestellt und die bisherige neutrale Haltung aufgegeben. Wie innig auch Palmerston und Russell wünschen mochten, durch eine Änderung des Präliminarvertrags von Villafranca der Sache der italienischen Nationalpartei zu nützen: sie mußten sich dem Verlangen der Königin fügen, dem vorzeitigen, „gefährlichen Experiment eines Kongresses in Bezug auf die Angelegenheiten Italiens“ auszuweichen. In jedem Fall sollte zunächst die Unterzeichnung des endgiltigen Friedens in Zürich abgewartet werden. Demgemäß fiel am 24. Juli die Entscheidung des Kabinets. Bei dieser verblieb es am 29. August nach einem vergeblichen Antrag der beiden Minister, durch englische Einmischung der Teilnahme Östreichs für Venetien an einem italienischen Bund entgegenzuarbeiten und den Artikel zu beseitigen, der die Rückkehr der alten Beherrscher von Toscana und Modena in Aussicht nahm.

Zurückweisung durch England.

Vereinigung der Friedensbevollmächtigten in Zürich 8. August.

Inzwischen hatten sich die Bevollmächtigten Östreichs, Frankreichs, Sardiniens, Colloredo und Meysenbug, Bourqueney und Banneville, Desambrois und Jocteau am 8. August in Zürich vereinigt. Ihre erste gemeinsame Handlung war die notwendig gewordene Verlängerung des Waffenstillstandes. Bei einem Festmahl, das die Züricher Regierung ihnen in Anwesenheit der Bundesräte Frey-Herosé und Pioda im Hotel Baur am See gab, wurden die schönsten Reden gewechselt. Aber das Werk, zu dessen Vollendung die Diplomaten berufen waren, rückte Monate lang nicht vor. Währenddes ging die Bewegung in Mittelitalien für Anschluß an das sardinische Königreich und Abwehr jeder Störung von außen oder im Inneren unaufhaltsam weiter. Ricasoli und Farini, ihre Hauptleiter, hatten dabei nicht immer leichtes Spiel. Einige Sorge

Stocken ihrer Verhandlungen.

Mazzini in Florenz.

mochten ihnen die Anhänger Mazzinis bereiten, deren Übereifer mit ihren Plänen sich nicht vertrug. Mazzini selbst war anfangs August von London nach Florenz gekommen, wo er sich im Hause Dolfis verborgen hielt. Ricasoli kannte seinen Aufenthaltsort und stand sogar mit ihm in Verkehr. Er übersandte ihm „allgemeine Normen", die er zur Nachachtung für die Beamten der toscanischen Regierung aufgestellt hatte, und erhielt sie von dem großen Agitator, mit ausführlichen Randbemerkungen versehen, zurück. Als Unitarier konnte er sich grundsätzlich mit Mazzini verstehen. Wenn dieser aber mit dem Glauben an Sieg in Rom und Neapel, ohne Furcht vor fremder Einmischung, vor allem darauf drang, die Revolution unverzüglich weiter als bisher nach Süden zu tragen, so mußte er ihm seiner festen Überzeugung und politischen Einsicht nach Widerstand leisten.

Garibaldi.

Mazzinis Propaganda für Aufwiegelung des Südens vom Centrum aus konnte gefährlich werden, wenn er an Garibaldi, als Befehlshaber militärischer Streitkräfte, einen Rückhalt fand. Garibaldi hatte die Nachricht des Präliminarvertrags von Villafranca in seinem Hauptquartier Lovere am Iseo-See erhalten. Zuerst hielt er den Abschluß des Friedens noch nicht für gesichert, sondern glaubte, es handle sich nur um eine Waffenruhe[1]). Als ihm aber kein Zweifel mehr über die Beendigung des Krieges bleiben konnte, folgte er einem ihm zugekommenen Ruf, das Kommando der toscanischen Division zu übernehmen. Er erbat seinen Abschied aus dem piemontesischen Dienst und eilte von einigen Getreuen, wie Medici, Cosenz, Bixio begleitet, auf seinen neuen Posten. Er mochte gehofft haben, mit dem Oberbefehl sämtlicher Streitkräfte der mittelitalienischen Militärliga betraut zu werden. Allein man hielt es für ratsam, hierfür einen Mann von weniger stürmischem Temperament sowie von strengerer militärischer Schulung zu wählen und fand ihn in dem Modenesen General Manfredo Fanti, der als Jüngling an der Erhebung von 1831 teilgenommen, dann unter den Fahnen der Cristinos gekämpft, 1848 nach Italien zurückgekehrt, im sardinischen Heer Ruhm und Ehren erlangt hatte. Fanti schied, unter Vorbehalt seines Grades und seiner Anciennitätsansprüche, mit Zustimmung der Regierung in Turin zeitweilig aus dem Verband der Armee Viktor Emanuels aus und begann in seiner neuen Stellung alles möglichst nach dem Muster des regulären Militärwesens Piemonts einzurichten. Seine Erfahrung und sein Organisationstalent trugen die besten Früchte. Auch verdiente er sich durch die Ernennung Garibaldis zum zweiten Oberbefehlshaber der vereinigten mittelitalienischen Streitmacht hohes Lob. Aber dieser Dualismus hatte an sich etwas Bedenk-

Kommandant der toscanischen Division.

Fanti Oberbefehlshaber der mittelitalienischen Militär-Liga.

Garibaldi, zweiter Befehlshaber.

[1]) Mögling: Ein Besuch bei Garibaldi im Sommer 1859. Zürich 1864, S. 99. Vgl. den von mir in den „Süddeutschen Monatsheften" 1907, Heft 5 und in der Rivista d'Italia 1907, Juli, S. 157 veröffentlichten Brief Garibaldis an Hoffstetter 17. Juli 1859.

liches, und das Naturell wie die militärischen Anschauungen beider Männer waren allzu verschieden, als daß sich Reibungen zwischen ihnen hätten vermeiden lassen.

Unter diesen Umständen mußte eine rasche Durchführung des Anschlusses der mittelitalienischen Gebiete an Piemont von höchstem Wert erscheinen. Auch war man in Turin gefaßt darauf, in Bälde entsprechende Anträge zunächst aus Florenz, Parma und Modena zu erhalten. Aber ehe man sich über eine Antwort entschied, wollte man sich der Zustimmung Napoleons versichern. Zu diesem Zweck wurde sein Jugendfreund, Graf Arese, zu ihm entsandt. Es war die zweite Geheimmission, mit der ihn das Ministerium Lamarmora-Rattazzi betraute. Schon anfangs August hatte er den Kaiser in Saint-Cloud zu sondiren gehabt, damals aber nur die Zusage einer Gewährung der Annexion Parmas erhalten. Ende August machte er sich wieder auf den Weg, um Napoleon in den Pyrenäen aufzusuchen, wo der französische Hof in Saint-Sauveur verweilte. Diesmal fand er seinen kaiserlichen Freund etwas freigebiger. Zwar verweigerte Napoleon einem Entwurf der allfälligen Antwort des Königs Viktor Emanuel, der die Annahme der Annexion erklärte und der Hoffnung der Anerkennung des neuen Zustandes der Dinge durch Europa Ausdruck gab, durchaus seine Zustimmung. Aber einen zweiten Entwurf, demgemäß der König sich verpflichten würde, das durch das Votum der Bevölkerungen ihm übertragene Recht zur nachdrücklichen Unterstützung ihrer Sache bei den Großmächten und insbesondere beim Kaiser der Franzosen zu gebrauchen, wollte er sich gefallen lassen. Man wußte also in Turin, wie weit man gehen dürfe.

Areses Mission zu Napoleon.

Ihr Ergebnis.

Am 3. September empfing der König die toscanische Deputation, die von Livorno über Genua gekommen und überall auf ihrem Weg mit Jubel begrüßt worden war. Die Erwiderung Viktor Emanuels entsprach durchaus den Winken Napoleons. Die Toscaner befolgten den Rat Cavours, die von ihm gebilligten Worte des Königs „im weitesten Sinn zu deuten" und ließen sich bei Banketten in Turin und in Mailand, wohin sie eingeladen wurden, als Brüder feiern. In Florenz ging man noch weiter, zog eine Fahne mit dem Wappen des Hauses Savoyen auf dem Turm des Palazzo Vecchio auf, hieß die Truppen dem erwählten König Viktor Emanuel Treue schwören und schickte sich zur Einführung von Gesetzen, Münz- und Gewichtssystem des Königreichs Sardinien an. Auch ließ man sich durch französische Warnungsstimmen nicht einschüchtern. Napoleon hatte nach der Abreise Areses von Saint-Sauveur den neuernannten östreichischen Botschafter, den Fürsten Richard Metternich, empfangen und mit ihm die italienischen Angelegenheiten durchsprochen. Als Ergebnis dieser Unterhaltung deutete er am 5. September im Vertrauen durch Arese in Turin als mögliche Lösung an: Rückberufung

Empfang der toscanischen Deputation in Turin 3. Sept.

des Großherzogs von Toscana, Vereinigung Parmas und Piacenzas mit Piemont, Überlassung Modenas an die Herzogin von Parma, rein italienische Verwaltung und Armee nebst Provinzialrat für Venetien[1]).

Warnungsartikel des Moniteur 9. Sept.

Danach gab er durch einen Artikel des Moniteur zu verstehen, daß Frankreich seine Aufgabe in Italien „erfüllt habe". Aber die italienischen Patrioten sahen in dieser Sprache nur ein unvermeidliches und unverbindliches Zugeständnis gegenüber Östreich. Viktor Emanuel empfing sechs Tage nach dem Erscheinen jenes Moniteurartikels eine Abordnung aus Modena und Parma und erwiderte ihre Übermittlung der Volkswünsche beider Herzogtümer mit denselben wenn schon bedingten Verheißungen wie kurz zuvor die Adresse der Toscaner.

Empfang einer Abordnung aus Modena und Parma in Turin 15. Sept.

Noch fehlte eine gleichartige Kundgebung der Romagnolen, aber sie ließ nicht lange auf sich warten. Am 7. September hatte eine nach Bologna berufene Nationalversammlung, unter dem Vorsitz Minghettis, auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes, nach Verwerfung der weltlichen Regierung des Papstes, die Annexion an das Königreich Sardinien beschlossen. Am 24. September brachte eine romagnolische Deputation dem König Viktor Emanuel in seinem Schloß Monza diesen Beschluß zu Gehör und bat ihn, denselben vor Europa zu verfechten. Hier handelte es sich um bisherige Unterthanen einer Regierung, die nicht wie die Toscanas und der Poherzogtümer verschwunden war, und in deren Hauptstadt noch ein Vertreter Viktor Emanuels weilte. Nichtsdestominder wiederholte der König in seiner Erwiderung fast Wort für Wort, was er den Abgesandten Toscanas, Parmas und Modenas gesagt hatte. Neu war einzig die Versicherung, daß er „als katholischer Fürst unter allen Umständen die tiefe unwandelbare Ehrfurcht für das Oberhaupt der Kirche bewahren werde". Die Kurie mochte diese Versicherung wie einen Hohn empfinden. Eine Allokution Pius IX. im Konsistorium der Kardinäle erklärte alle Beschwerden der verirrten Romagnolen für freche Lügen und beteuerte seine heilige Pflicht, seine weltliche Souveränität unverletzt seinen Nachfolgern zu überliefern. Gleich danach stellte Antonelli dem interimistischen Gesandten Viktor Emanuels seine Pässe zu, da die Würde des Heiligen Vaters den Aufenthalt eines Vertreters des Königs von Sardinien in Rom nicht mehr gestatte.

Beschluß der Annexion in Bologna 7. Sept.

Deputation der Romagnolen in Monza 24. Sept.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rom und Turin 1. Okt.

Die strafenden Worte des Papstes fanden Widerhall. Schon seit dem Sommer war auf der Kanzel und durch die Presse im weiten Umkreis des katholischen Glaubens der Kreuzzug gegen die Kirchenräuber und ihre Beschützer gepredigt worden. Neuerdings erhoben namentlich Würdenträger der französischen Hierarchie und ultramontane Schriftsteller, wie Dupanloup, der Bischof von Orléans, Pic, der Bischof von Poitiers, Veuillot, der Herausgeber des Univers, scharfe

[1]) Grabinski: Un ami de Napoléon III. Le Comte d'Arese 1897. S. 177.

Proteste gegen das bisher Geschehene. Der Regierung des Kaisers waren sie offenbar unbequem. Veuillot wurde durch Verwarnungen zur Mäßigung ermahnt. An den hohen Klerus wandte der Kaiser sich selbst, als er auf dem Rückweg von Biarritz in Bordeaux eine Ansprache des dortigen Erzbischofs Donnat erwiderte. Dieser hatte ihn beschworen, „der christlichen Politik", die seinen Namen zu einem gesegneten mache, treu zu bleiben und „den Beängstigungen der katholischen Welt ein Ziel zu setzen". Der Kaiser verflocht in seine ehrfurchtsvolle Antwort den Ausdruck der Hoffnung, „für die Kirche werde sich eine neue Aera des Ruhmes eröffnen, wenn alle Welt seine Überzeugung teile, daß die weltliche Macht des Heiligen Vaters mit der Freiheit und Unabhängigkeit Italiens nicht im Widerspruch stehe". Er spielte auf die Möglichkeit einer Räumung des Kirchenstaates durch die französischen Truppen an und schloß mit einer erbaulichen Bitte an die Vorsehung, „die Völker und Fürsten hinsichtlich des weisen Gebrauchs ihrer Rechte und des Umfangs ihrer Pflichten zu erleuchten".

Ansprache des Erzbischofs von Bordeaux an Napoleon und dessen Erwiderung 11. Okt.

Nach Paris zurückgekehrt, lehnte er es allerdings ab, eine Deputation der Romagnolen zu empfangen. Aber den Abgesandten Toscanas und Parmas gewährte er Audienzen und ließ sich auf eine eingehende Besprechung ihrer Wünsche ein. Diesen gab er die beinahe gewisse Zusicherung ihrer Verbindung mit Piemont. Jenen erklärte er, hinsichtlich Toscanas wie Modenas sei er durch den Vertrag von Villafranca gebunden. Jedoch fügte er bei, er werde niemals dulden, daß den Bevölkerungen Gewalt angethan werde. Als die Toscaner ihre Bereitschaft kundgaben, „wenn Europa es verlange, eine neue Probe des Volkswillens abzulegen", meinte er, auch über dieses Mittel werde sich reden lassen. Im ganzen erhielten die Abgeordneten den Eindruck, daß seine Sympathieen für sie seien. Jedenfalls unterschied sich seine Sprache sehr von der Walewskis. Es gab offenbar, wie auch Palmerston bemerkte, „wieder eine doppelte Politik" in Frankreich: die des Kaisers und die seines Ministers des Auswärtigen.

Empfang von Deputationen Toscanas und Parmas durch Napoleon.

Indessen zeigte sich sehr bald, daß die Sympathieen Napoleons ihre bestimmte Grenze hatten. Da man in Florenz, Modena, Bologna und selbst in Parma vorläufig auf die unmittelbare Verbindung mit dem sardinischen Staat unter dem Scepter Viktor Emanuels verzichten mußte, so gewann der Gedanke an Boden, den Prinzen Eugen von Savoyen-Carignan zum gemeinsamen Regenten zu wählen. Cavour, nach seiner Heimkehr unaufhörlich von Ratsuchenden angegangen, war mit diesem Plan sehr einverstanden. Doch hielt er ihn nur für ausführbar, wenn die Regierung Viktor Emanuels ganz aus dem Spiel bleibe. Allein dem Ministerium in Turin fehlte der Mut, ohne Einwilligung Napoleons mit der Regentschaft eine vollendete Thatsache schaffen zu lassen. Daher

Plan der Regentschaft Carignans in Mittelitalien.

Dabormidas Mission nach Paris.

ward Dabormida nach Paris entsandt, wo er die toscanische Deputation noch antraf. Er hatte auch über den Ersatz der Kriegskosten zu verhandeln und mußte zu seiner peinlichen Überraschung aus dem Munde Napoleons vernehmen, daß dieser für die Abtretung Savoyens, wie sie ursprünglich vertragsmäßig festgesetzt sei und in Savoyen selbst von einem großen Teil der Bevölkerung gewünscht werde, zum Verzicht auf jede Kriegsentschädigung bereit sei. Auf den Einwurf Dabormidas, daß die Abtretung Savoyens die vollständige Befreiung Italiens voraussetze und mit den früheren selbstlosen Äußerungen des Kaisers in Widerspruch stehe, willigte Napoleon ein, die savoyische Frage „für den Augenblick" bei Seite zu lassen.

Napoleons Brief an Viktor Emanuel 20. Okt.

Um so entschiedener aber weigerte er sich, seine Billigung einer allfälligen Regentschaft des Prinzen von Carignan in den mittelitalienischen Gebieten auszusprechen. Er übergab Dabormida bei seiner Abreise einen Brief an Viktor Emanuel, der bald danach auch durch die Presse bekannt wurde und der sein italienisches Programm für den geplanten Kongreß festzulegen schien. Es entsprach beinahe völlig den durch Arese anfangs September übermittelten Vorschlägen. Nur dadurch erfuhren sie eine Erweiterung, daß Mantua und Peschiera zu Festungen des italienischen Bundes erklärt werden sollten. Von einer Regentschaft der mittelitalienischen Gebiete war keine Rede und als einzige Annexion an Piemont wurde die Parmas und Piacenzas zugegeben. Die vom Ministerrat gebilligte Erwiderung Viktor Emanuels, die gleichfalls nicht geheim blieb, war sehr würdig. Der König beteuerte, daß er bei der Verfechtung der Annexionen nicht durch persönliche Interessen, sondern durch die Ehre und Pflicht gegenüber seinem Hause, seinem Volk und Italien geleitet sei, und daß er deshalb das Programm des Kaisers verwerfen müsse. „Das Vertrauen und die Liebe dieses edlen unglücklichen Volkes, erklärte er, bewegen mich in tiefster Seele, und lieber als mich ihm versagen, zerbreche ich meinen Degen und werfe wie mein erhabener Vater die Krone hin."

Erwiderung Viktor Emanuels

Mittlerweile drohte in Mittelitalien eine gewaltsame Wendung der Dinge. Die Ungeduld Mazzinis und seiner Anhänger wuchs von Tag zu Tage. Der große Verbannte hatte aus seinem Florentiner Versteck einen offenen Brief an Viktor Emanuel gerichtet, in dem er ihn beschwor, „sich an die Spitze der nationalen Revolution zu stellen", das Netz der Diplomatie zu zerreißen, das Joch des französischen Protektors abzuschütteln und den Kampf um die Einheit und Freiheit auf eigene Faust fortzusetzen. Er hatte sich sogar bereit erklärt, um diesen Preis auf die Entfaltung des republikanischen Banners zu verzichten. Als aber jede Aussicht auf Ermutigung oder Unterstützung seiner Pläne schwand, schürte er so fieberhaft das Feuer eines Aufstandes im Süden, daß Rica-

Mazzinis offener Brief an Viktor Emanuel 20. Sept.

soli es für nötig hielt, an seine Verhaftung zu denken[1]). Mazzini wich ihr durch seine Entfernung nach Lugano aus, von wo er bald darauf nach London zurückkehrte. Wie weit Garibaldi mit ihm übereinstimmte, bleibt dunkel. Gewiß aber ist es, daß auch Garibaldis Wünsche auf eine Ausbreitung der Bewegung über die Grenzen der Romagna abzielten. Farini und Fanti ließen sich ebenfalls dafür gewinnen, und dies um so eher, da sie auf eine neue Erhebung in den Marken und Umbrien rechneten und einen Einbruch bei Pesaro gesammelter päpstlicher Söldner fürchteten. Im Einverständnis mit Farini ermächtigte daher Fanti am 19. Oktober Garibaldi, mit der toscanischen und modenesischen Division einen Angriff nicht nur abzuwehren, sondern den Feind womöglich, mit Herbeirufung anderer Truppen der Liga, über die Grenze zu verfolgen und jeder aufständischen Stadt des Kirchenstaates Hilfe zu leisten. Ricasoli und Cipriani, denen es unbedingt auf Erhaltung der Ruhe und auf Vermeidung von Konflikten ankam, waren nicht ins Geheimnis gezogen worden. Aber sobald sie Kenntnis von Fantis Weisungen erhielten, drangen sie in ihn, sie zu widerrufen. Fanti weigerte sich zwar, Befehle anzunehmen, die nicht von den vier vereinigten Regierungen ausgingen. Indessen ein Brief Viktor Emanuels vom 29. Oktober, der ihm riet, zur Vermeidung von Reibungen lieber seine Entlassung einzureichen, machte tiefen Eindruck auf ihn. Auf Garibaldi, welcher der Einladung zu einer Besprechung in Turin Folge leistete, suchte der König persönlich zu wirken. Doch konnte er keine feste Zusage von ihm erhalten, beim Ausbruch eines Aufstandes in den Marken die Grenze nicht zu überschreiten[2]). Garibaldi kehrte nach Rimini zurück und stand vorläufig von Angriffsplänen ab, mit denen er sich getragen hatte. Allein endgiltig hatte er sie nicht aufgegeben und er mochte glauben, falls ihm der Sieg beschieden sei, nachträglich nicht einmal die Mißbilligung des königlichen Mentors zu erfahren.

Seine Entfernung nach Lugano und London.

Fantis kriegerische Weisungen für Garibaldi 19. Okt.

Garibaldi in Turin.

Alles in allem genommen fühlten die leitenden Persönlichkeiten in Mittelitalien immer dringender, daß es notwendig sei, durch die Regentschaft des Prinzen von Carignan das bisher Geschaffene zu befestigen. Ricasoli, Farini, Cipriani verständigten sich darüber. Am 9. November wählte die Abgeordnetenversammlung in Florenz auf Grund einer meisterhaften, von Ricasoli verfaßten Botschaft mit allen gegen eine einzige Stimme den Prinzen zum Regenten Toscanas, „damit er es im Namen des erwählten Königs regiere". Die Versammlungen in Modena, Parma und Bologna hatten das gleiche gethan. Der Wortlaut der von ihnen beschlossenen Formel wich nur darin von dem der toscanischen ab, daß sie dem Prinzen, ohne ihn als Repräsentanten des Königs zu bezeichnen,

Wahl (Carignans zum Regenten Toscanas 9. Nov.

Seine Wahl in Modena, Parma, Romagna.

[1]) Ricasoli: Lettere III. 415.

[2]) Ricasoli: Lettere III. 493, 494 nach Mitteilung Minghettis. Vgl. IV. 12.

Rücktritt Cipriani's.

von sich aus alle Vollmachten des Regenten übertrugen. Unmittelbar nach vollzogener Wahl legte Cipriani seine Würde als Gouverneur der Romagna mit der Begründung nieder, daß sie unnötig geworden sei. In Wahrheit bestimmte seinen Entschluß ohne Zweifel die Voraussicht von Schwierigkeiten, denen er sich nicht gewachsen fühlte. Statt seiner erwählte die Versammlung in Bologna Farini, der nunmehr das ganze nach der alten Römerstraße benannte Gebiet der „Emilia", Modena, Parma und die Romagna, bis zur erwarteten Ankunft des Regenten beherrschte. Abordnungen der Versammlungen schickten sich an, die gefaßten Beschlüsse nach Turin zu überbringen. Alles schien auf dem besten Wege einer erwünschten Lösung zu sein. Da brachte ein Ausspruch des großen Orakels an der Seine die Regentschaft Carignans zum Scheitern.

Farini Gouverneur der „Emilia".

Napoleons Einspruch gegen Carignans Regentschaft 9. Nov.

Das ängstliche Ministerium in Turin hatte wieder auf einer vorherigen Anfrage in Paris bestanden. Napoleons Antwort vom 9. November lautete ablehnend. Der König solle, so ließ er ihn durch eine Depesche wissen, die Regentschaft verweigern, „da diese den bevorstehenden Kongreß, der allein die vorhandenen Schwierigkeiten lösen könne, unmöglich machen werde". Beinahe drohend klang die zugefügte Bemerkung, Viktor Emanuel werde sich mit der Erlaubnis für Carignan, die Regentschaft anzunehmen, ins Unrecht setzen, Italien ins Verderben stürzen, und der Kaiser werde ihn nicht retten können. Diese Antwort ward in Turin einem Ministerrat vorgelegt, an dem auch Azeglio, Boncompagni und Cavour teilnahmen. Auf Cavours Rat ward gegen des zaghaften Dabormida Meinung beschlossen, einen Mittelweg einzuschlagen. Der Prinz sollte nach Florenz, Modena, Parma, Bologna die Antwort ergehen lassen, angesichts des Zusammentrittes eines Kongresses verböten ihm hohe politische Rücksichten die Annahme der Regentschaft, doch mache er von den durch das Votum der Versammlungen ihm erteilten Befugnissen den Gebrauch, die Sorge für den Gang der politischen Angelegenheiten in Mittelitalien Boncompagni zu übertragen. Peruzzi und Minghetti, die sich gerade in Turin befanden, gaben für Toscana und die Emilia ihre Zustimmung. Auch Farini war mit dem Beschlossenen einverstanden. Anders Ricasoli, der, erzürnt wegen dieser Abmachung, unbedingt an der Losung festhalten wollte: „Den Prinzen oder nichts." Was ihn besonders gegen die Preisgebung dieser Losung einnahm, war die Furcht, ein Privatmann, wie Boncompagni, werde der Bildung eines eigenen mittelitalienischen Staates, etwa unter der Herrschaft des Prinzen Napoleon, kein gleich starkes Hemmnis bereiten wie ein savoyischer Prinz. Es bedurfte erst einer persönlichen Verhandlung des eigenwilligen toscanischen Barons mit dem König und mit den Ministern in Turin, um alle seine Bedenken durch einen förmlichen Vertrag mit Boncompagni aus dem Wege zu räumen. Dann erst trat Boncompagni mit dem Titel eines „General-

Beratung in Turin.

gouverneurs der vereinigten Provinzen Mittelitaliens" seinen neuen Posten an, auf dem er dazu berufen war, „die Bande der Eintracht zwischen den beiden Regierungen diesseits und jenseits des Appenins untereinander und mit der Regierung des erwählten Königs zu erhalten". Poncompagni Generalgouverneur Mittelitaliens.

Noch während die Frage der Regentschaft schwebte, rüstete sich Garibaldi zu einem Einfall in die Marken. Die erste Kunde eines Aufstandes jenseits der Grenzen der Romagna sollte ihm dazu die Handhabe bieten. Farini, der seinen vorzeitigen Losbruch fürchtete, citirte ihn nach Bologna. Hier nahm er ihm in Gegenwart Fantis und des von Turin angelangten Generals Solaroli das Versprechen ab, bis auf weiteres sich ruhig zu verhalten. Aber kaum hatte er es gegeben, als es ihn reute. In Imola kam ihm die Nachricht einer Erhebung der Marken zu. Unbegründet, wie sie war, genügte sie, ihn zu rascher That zu entflammen. Er befahl der Vorhut seiner Division, in der Nacht des 12. November die Grenze zu überschreiten. Die ganze Division sollte folgen. Indessen ein Gegenbefehl Fantis hielt den Marsch auf. Zornglühend eilte Garibaldi nach Bologna zurück, machte Fanti und Farini die bittersten Vorwürfe, forderte sogar das höchste und unumschränkte Kommando für sich. Hinter ihm stand eine Anzahl von Anhängern Mazzinis, die mit dem Ruf „es lebe Garibaldi, der Diktator" das Volk fortzureißen suchten. Aber Farini blieb fest. Er erklärte, ehe er einem militärischen Aufruhr weiche, müsse man ihn aus dem Fenster herabstürzen. Um die Beschwichtigung der Massen machte sich La Farina verdient, der während des Krieges königlicher Kommissar im Venetianischen gewesen war und nun zur Wiederbelebung des Nationalvereins in Mittelitalien weilte. Garibaldi selbst bot seine Entlassung an und ließ sich auch durch den Vorschlag einer Teilung der Gewalten zwischen ihm, als Oberbefehlshaber, und Fanti, als Kriegsminister, nicht beschwichtigen. Schließlich folgte er wieder einem Ruf des Königs nach Turin.

Garibaldis Verhandlung mit Farini.

Grenzüberschreitung durch Garibaldis Vorhut 12. Nov. Gegenbefehl Fantis.

Garibaldis Konflikt mit Farini und Fanti.

Er hatte mit ihm am 17. November eine Unterredung, deren Ergebnis war, daß er auf seinen Posten in Mittelitalien verzichtete, um sich, bis Viktor Emanuel seine Dienste wieder in Anspruch nehme, nach Caprera zurückzuziehen. Seinen Gefühlen machte er in einem flammenden Manifest Luft, das er am 18. November aus seiner Vaterstadt Nizza an die Italiener richtete. Er beklagte sich darin, daß man „die Freiheit seiner Handlungen" durch „heimtückische Kunstgriffe" habe einzwängen wollen, und daß er deshalb „für den Augenblick" den Kriegsdienst verlasse. Er brach, ohne Zweifel mit einer Anspielung auf Napoleon, den Stab über „den elenden Fuchs, die Politik, die den majestätischen Gang der italienischen Angelegenheiten störe". Aber er forderte zugleich alle Italiener auf, sich um Viktor Emanuel, „den tapferen, getreuen Soldaten der italienischen Unabhängigkeit, zu scharen", und

Seine Unterredung mit Viktor Emanuel 17. Nov. und sein Rücktritt.

versicherte, daß er selbst an dem Tage, da der König seine Krieger zur Befreiung des Vaterlandes wieder zusammenrufe, eine Waffe und einen Platz an der Seite seiner tapferen Kameraden finden werde.

Der Friede von Zürich 10. Nov. 1859.

Eine Woche vorher waren endlich die Bevollmächtigten Östreichs, Frankreichs und Sardiniens in Zürich mit dem Friedenswerk fertig geworden. Sein Abschluß hatte sich namentlich durch das Feilschen in Geldfragen verzögert. Am 10. November, dem Tag des Schillerfestes, konnten die drei Verträge, der erste zwischen allen drei Staaten, der zweite zwischen Östreich und Frankreich, der dritte zwischen Frankreich und Sardinien im Züricher Rathaus unterzeichnet werden. In dem ersten wurden die genauen Grenzen zwischen dem Östreich verbleibenden italienischen Gebiet und Piemont festgestellt, die gegenseitigen Zusagen der Amnestie bestätigt, die Übernahme eines Teiles der auf dem ehemaligen lombardisch-venetianischen Königreich lastenden Schulden durch das Königreich Sardinien und eine Anzahl anderer wirtschaftlicher Angelegenheiten geregelt. In dem zweiten Vertrag ward zunächst der Verzicht des Kaisers von Östreich auf die Lombardei, mit Ausnahme der Festungen Peschiera und Mantua, ausgesprochen. Darauf folgte die Verpflichtung beider Kaisermächte, sich um die Bildung eines Bundes der italienischen Staaten, unter Teilnahme Venetiens und unter dem Ehrenvorsitz des Papstes, zu bemühen, sowie ihre Anstrengungen zu vereinigen, um bei Seiner Heiligkeit zu erwirken, daß die Notwendigkeit der Einführung als unvermeidlich anerkannter Reformen von seiner Regierung in Erwägung gezogen werde. Die Rechte des Großherzogs von Toscana, des Herzogs von Modena, des Herzogs von Parma wurden ausdrücklich vorbehalten, da die Grenzen der unabhängigen italienischen Staaten, die am Kriege nicht teilgenommen, nur unter Mitwirkung der Mächte geändert werden könnten, die ihr Dasein anerkannt hätten. Der dritte Vertrag endlich betraf die Abtretung der Lombardei durch den Kaiser der Franzosen an den König von Sardinien und die Zahlung einer Kriegskostenentschädigung von 60 Millionen Francs, die dieser jenem zu leisten versprach.

Rundschreiben Walewskis.

Ein Rundschreiben Walewskis rühmte das Friedenswerk sowie die Uneigennützigkeit und den Edelmut der kaiserlichen Regierung, die dadurch kundgethan seien. Zugleich ward hier hinsichtlich einer Verständigung über die vorbehaltenen Rechte der drei mittelitalienischen Souveräne auf die Beratungen eines Kongresses der Unterzeichner der Wiener Akte von 1815 verwiesen. Hingegen protestirte Dabormida durch eine vertrauliche, nach Paris gerichtete Note sofort gegen die ohne Zuthun Sardiniens aufgenommenen Artikel, die sich auf die Bildung eines italienischen Bundes und den Vorbehalt der Rechte der drei mittelitalienischen Fürsten bezogen. Er erklärte mit Entschiedenheit, auf dem bevorstehenden

Protest Dabormidas.

Kongreß werde die Regierung seines Königs ohne Zögern die Sache der Bevölkerungen verteidigen, die sich für die Vereinigung mit Sardinien ausgesprochen hätten. So standen sich die Rücksicht auf das einst in Wien von den Diplomaten am grünen Tisch Beschlossene und die Berufung auf den freien Volkswillen gegenüber. Die Frage war, ob es gelingen werde, auf einem Kongreß zwischen dem alten Recht, das den Grundsatz der Nationalität nicht kannte, und dem neuen, das ihn als Fundament der modernen Staatsbildung betrachtete, einen Ausgleich zu finden.

Die Stellung der Mächte zur Kongreßfrage. Östreich.

Bei den europäischen Großmächten fand der Plan der Berufung eines Kongresses eine verschiedenartige Aufnahme. In Wien war man wohl bereit, gemeinsam mit Frankreich die Einladung zu seinem Zusammentritt ergehen zu lassen. Aber man bäumte sich auf gegen eine Anerkennung des Grundsatzes der Volkssouveränität, wie er in den Beschlüssen der mittelitalienischen Versammlungen zu Tage getreten war. Man beklagte sich über die Ermutigung der Revolution durch die sardinische Regierung. Man forderte Wiedereinsetzung des Papstes in den vollen Umfang seiner weltlichen Macht. In Berlin zeigte man sich zwar nicht unempfänglich für die Idee der Bildung eines starken italienischen Königreiches und war einer Beschränkung der weltlichen Macht des Papstes nicht abgeneigt. Aber der Prinzregent wollte doch, wie Schleinitz dem Vertreter Viktor Emanuels zu verstehen gab, den Boden der Legitimität nicht verlassen.

Preußen.

In Petersburg, wohin Napoleon schon im Herbst seinen Ordonnanzofficier, den Obersten Reille, mit einem eigenhändigen Schreiben an den Zaren entsandt hatte, schien man bereit zu sein, ein Auge zuzudrücken, wenn die Annexion Toscanas und der Poherzogtümer an Piemont eine vollendete Thatsache werde, und nährte vielleicht die Hoffnung, auf einem Kongreß die sehnlich begehrte Revision des Pariser Friedensvertrags anbahnen zu können[1]). Allein den Umsturz der mittelitalienischen Throne zu billigen, war man weit entfernt und man behielt sich vor, ohne fest bestimmtes Programm auf dem Kongreß zu erscheinen.

Rußland.

England.

Die einzige Großmacht, von der erwartet werden konnte, daß sie eine Änderung der Verträge von Villafranca und Zürich entschieden befürworten werde, war England. Je mehr Napoleon den Schein zu wahren wünschte, zur Lockerung der ihm peinlichen Verpflichtungen dieser Verträge gedrängt zu werden, desto eifriger suchte er daher eine Verständigung mit England zu erreichen.

Stimmung der englischen Regierung und Volkskreise.

Hiebei hatte er freilich das Mißtrauen weiter englischer Volkskreise in seine Absichten zu überwinden. Auch die leitenden Mitglieder der englischen Regierung, wie vor allem Palmerston und Russell, hatten ihm den übereilten Abschluß des Präliminarfriedens noch nicht verziehen. Indessen war es von wesentlicher Bedeutung, daß gerade sie die Bestimmungen dieses Vertrages, soweit sie den nationalen Bestrebungen der Italiener

[1]) Roux: Alexandre II., Gortschakoff et Napoléon III. 1913, S. 269.

widersprachen, von jeher verdammt hatten. Die Königin Viktoria, welche die Befürchtung nicht los werden konnte, England solle für Napoleon „die Kastanien aus dem Feuer holen", wies auf die Gefahr hin, dadurch im Fall eines neuen Krieges zur Bundesgenossenschaft gegen Östreich gezwungen zu werden. Sie bemühte sich, den Eifer der beiden Minister zu zügeln und hatte gegen die Privatkorrespondenzen Palmerstons mit Persigny ernste Bedenken. Mittlerweile ließ Napoleon keine Gelegenheit unbenutzt, sich um die Wiederanknüpfung guter Beziehungen zu dem alten Verbündeten des Krimkriegs zu bemühen. Er stellte sich bei einem Feldzug gegen China an Englands Seite. Er unterstützte die englische Politik in Madrid, als Spanien mit Marokko in einen Kampf geriet und sich in Tanger an der Meerenge von Gibraltar festzusetzen drohte. Auch erwog er schon den Abschluß eines französisch-englischen Handelsvertrags mit Durchbrechung des Schutzzollsystems, für welchen ihn der damals in Frankreich weilende Cobden zu gewinnen suchte. In England selbst begünstigte die öffentliche Meinung immer sichtlicher die italienischen Einheitsbestrebungen, die in Panizzi, dem aus seinem Vaterland vertriebenen Direktor des Britischen Museums, einen beredten Fürsprecher fanden. Man pries sie in der Tagespresse, in Versammlungen, in den Salons der Hauptstadt. Es galt für Ehrensache, sie auf einem europäischen Kongreß in Schutz zu nehmen. Das Kabinet willigte ein, ihn zu beschicken, unter der Bedingung, daß gegen die mittelitalienischen Bevölkerungen, die sich von ihren Regierungen losgesagt hatten, in keinem Fall ein Zwang ausgeübt werde.

Einladung zum Kongreß 21. Nov

Hierauf ergingen am 21. November die Einladungen zu dem Kongreß für den Januar nach Paris. Als sein Zweck wurde angegeben: Mitteilung des Vertrags von Zürich und Erwägung der Pacifikation von Mittelitalien. Die Einladungen richteten sich auch an die Regierungen von Turin, Rom und Neapel. An einzelnen Stellen wurden bereits die Namen der Staatsmänner genannt, denen die Vertretung auf dem Kongreß anvertraut werden sollte. Als erster Bevollmächtigter Sardiniens kam vor allem Cavour in Frage. Freilich setzten seine radikalen Gegner, deren Treiben Rattazzi nicht ungern sah, in Turin alle Hebel an, um seine Wahl zu vereiteln. Auch Viktor Emanuel, der ihm die stürmische Scene in Monzambano (s. o. S. 354) nicht vergessen hatte, war gegen seine Ernennung eingenommen. Jedenfalls wollte er erst der Zustimmung Napoleons versichert sein. Als dieser durch den Grafen Vimercati, Viktor Emanuels Geheimagenten, sagen ließ, daß er Cavours Sendung empfehle, erhielt Dabormida am 21. December die Genehmigung des Königs, Cavour neben Desambrois, dem neuen Gesandten in Paris, zum Bevollmächtigten auf dem Kongreß zu ernennen. Nigra überbrachte Cavour die Botschaft auf sein Landgut Leri. Cavour reiste nach Turin, hatte eine

Cavours Ernennung zum ersten sardinischen Bevollmächtigten

Audienz beim König und war bereit, wie er Farini schrieb, „das Opfer zu bringen, von einer Regierung, die ihm ebensowenig Achtung wie Zutrauen einflößte, ein Mandat anzunehmen".

Die Broschüre „Der Papst und der Kongreß."

Indessen die Verwirklichung des Kongreßplanes zerschlug sich. Den Hauptteil der Schuld daran trug sein Urheber selbst. Am 22. December erschien in Paris eine anonyme Broschüre unter dem Titel „Der Papst und der Kongreß". Es war ein offenes Geheimnis, daß ihr Verfasser La Guéronnière seine Feder wieder dem Kaiser Napoleon zur Verfügung gestellt, und daß dieser ihn zum Dolmetscher eigener Gedanken gemacht hatte. Der Hauptinhalt der Schrift war der Versuch des Beweises, der Papst dürfe zur Ausübung seiner erhabenen geistlichen Macht nur mit einem beschränkten weltlichen Gebiet belastet werden, ohne durch seine Souveränität verpflichtet zu sein, „eine politische Rolle zu spielen". Die Lostrennung der Romagna wurde als nicht wieder rückgängig zu machende Thatsache anerkannt, die der Kongreß nur zu bestätigen habe. Einzig die Stadt Rom mit einer sich selbst verwaltenden Municipalität und das Patrimonium Petri sollten dem Papst von den Großmächten verbürgt, die Kosten des Kultus in seinem Staat durch die katholischen Mächte gemeinsam getragen, sein Schutz den Truppen des italienischen Bundes anvertraut werden. Danach wäre also der Papst nur noch weltlicher Herrscher mit äußerst beschränktem Umfang seines Gebietes und ohne Möglichkeit wahrhafter Ausübung seiner weltlichen Herrschaft geblieben. Nach der Behauptung „des aufrichtigen Katholiken", als welcher der Verfasser sich ausgab, bedeutete dies einen idealen Zustand, der eine „Oase" der Ruhe und des Friedens im Herzen Europas zu schaffen versprach.

Geteilte Aufnahme der Schrift.

Die Schrift machte allgemeines Aufsehen, fand aber eine sehr geteilte Aufnahme. Mit größter Befriedigung wurde sie jenseits des Kanals begrüßt. Sie entsprach den Gefühlen vieler protestantischen Bewohner Großbritanniens und deckte sich mit Wünschen, wie sie namentlich John Russell im Schoße der englischen Regierung hegte. Auch gehörte nicht viel Scharfblick dazu, um zu erkennen, daß Napoleon seinen höchsten Trumpf ausspielte, um sich wieder der Freundschaft Englands zu versichern. „Der Kaiser, unterteilte der über diese Wendung verstimmte Graf Viel-Castel, hat den Papst auf dem Altar der englischen Allianz verbrannt." Mit heller Entrüstung wandten sich die Verfechter der Kirche in Frankreich gegen die in La Guéronnières Schrift ausgesprochenen Vorschläge. Aus dem Kreise des hohen Klerus eröffnete Dupanloup, der Bischof von Orléans, den Reigen mit einer heftigen Gegenschrift. Pic, der Bischof von Poitiers, verdammte durch einen Hirtenbrief die Irrtümer des anonymen Druckwerkes. Veuillots Blatt, der „Univers", forderte die Gläubigen auf, durch Adressen an den Papst ihren Abscheu kundzuthun.

Entrüstung der Klerikalen.

Das schon gelockerte Bündnis zwischen dem Kaisertum und den Klerikalen schien in die Brüche zu gehen.

Empörung des Vatikans.

Vollends in Rom kannte die Empörung keine Grenzen. Das Organ des Vatikans, das „Giornale di Roma" bezeichnete die Pariser Broschüre als „eine wahre Huldigung für die Revolution, eine den Schwachen, die das darin verborgene Gift nicht zu unterscheiden wissen, gestellte Falle, einen Gegenstand des Schmerzes für alle guten Katholiken". Pius IX. äußerte beim Neujahrsempfang des Generals Goyon, des Oberbefehlshabers des französischen Okkupationskorps, er bitte Gott, den Chef dieses Heeres erleuchten zu wollen, damit er die Irrtümer eines jüngst erschienenen Machwerkes erkenne, das man „ein hervorragendes Denkmal der Heuchelei und ein unwürdiges Gemälde von Widersprüchen" nennen müsse. Ein nachträglich vom 31. December datirter, aber erst am 8. Januar 1860 nach Rom gelangter und am 11. Januar im Moniteur veröffentlichter Brief des Kaisers an den Papst goß Öl ins Feuer. Unter Versicherungen des aufrichtigen Bedauerns über „die unerbittliche Logik der Thatsachen" riet Napoleon dem Papst, „um der Ruhe Europas willen" das Opfer der abgefallenen Provinzen der Romagna zu bringen und dafür eine Verbürgung des Restes seiner Staaten durch die Mächte zu erbitten. Die Antwort des Papstes lautete, was nicht ihm gehöre, könne er nicht abtreten, und eine Bürgschaft der Mächte für den Rest seiner Staaten sei wertlos, da der Sieg der Revolutionäre in der Romagna die der übrigen Provinzen antreiben werde, ihr Beispiel nachzuahmen. Am 19. Januar erneuerte der Papst in einer Encyklika seine feierliche Protestation. Die hochgestellten klerikalen Wortführer in Frankreich fühlten sich dadurch zu weiteren Angriffen gereizt. Sie ließen sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, durch Mahnungen ängstlicher Genossen, wie Bonnechose, des Erzbischofs von Rouen, und des Kardinals Morlot, des Erzbischofs von Paris, nicht zügeln. In der Presse blieb Veuillot ihr Bannerträger, bis ein ministerielles Dekret vom 30. Januar den „Univers", da hier die jüngste Encyklika ohne Einholung der Erlaubnis veröffentlicht war, unterdrückte.

Schreiben Napoleons an Pius IX. 31. Dec. 1859.

Antwort Pius' IX. 9. Jan. 1860.

Encyklika vom 19. Jan

Unterdrückung des „Univers" 30. Jan.

Scheitern des Kongresses.

Eine Folge des Erscheinens der vielberufenen Flugschrift, die sich schon vorher geltend machte, war das Scheitern des Kongresses. Östreich forderte von Frankreich die Zusage, bei seinem Zusammentritt an dem Bestand der weltlichen Herrschaft des Papstes in ihrem alten Umfang nicht rütteln lassen zu wollen. Da sie ihm nicht gegeben wurde, verzichtete man in Wien auf weitere Beteiligung. Der Kongreß wurde daher auf unbestimmte Zeit vertagt. Napoleon hatte sich bereits damit abgefunden. Als nächstes Ziel seiner Politik schwebte ihm neuerdings die Erwerbung von Savoyen und Nizza, eine Gegenleistung für sardinische Erwerbungen in Mittelitalien, vor Augen. Für diese Schwenkung, die Viktor Emanuel

Schwenkung der Politik Napoleons.

kein Geheimnis blieb, war aber Walewski, der ausgesprochene Gegner der nationalen Bestrebungen in Mittelitalien und einer Ausdehnung des Königreichs Sardinien, nicht zu brauchen. Am 4. Januar 1860 erhielt er seinen Abschied, reich ausgestattet mit Geld und Gut, was er, wie böse Zungen behaupteten, besonders seiner Frau, einer der „kaiserlichen Sultaninnen", verdankte. Auf seinen Posten wurde Thouvenel, der Botschafter in Konstantinopel, berufen. Thouvenels reiche Erfahrungen im diplomatischen Dienst und als ehemaliger Leiter der politischen Angelegenheiten im auswärtigen Amt rechtfertigten diese Wahl. Schon früher war er dem Kaiser durch die Gewandtheit bei Formulirung seiner eigenen Gedanken wert geworden. Napoleon konnte darauf rechnen, in der Verfolgung seiner Pläne hinsichtlich Italiens bei ihm jede irgend denkbare Unterstützung zu finden. Thouvenel war der Ansicht, „daß eine Wiederherstellung der Dynastieen in den Herzogtümern und in Toscana sowie, in geringerem Grade, die Rückkehr der Legationen unter die Herrschaft des Heiligen Stuhles zu den Unmöglichkeiten gehörten"[1]). Er hielt die Annexion der Herzogtümer und Toscanas an Piemont nach Volksabstimmung, unter der Bedingung der Abtretung von Nizza und Savoyen an Frankreich, für ratsam und erwog, wie wohl aus den Legationen ein päpstlicher „Vasallenstaat" unter einem „weltlichen Statthalter" gebildet werden könne, als welcher selbstverständlich Viktor Emanuel gedacht war. Verlangte der Kaiser etwa in einzelnen Punkten eine Änderung dieses Programms, so war Thouvenel hinlänglich geschmeidig, sich dem zu fügen. Indessen die Ersetzung Walewskis durch Thouvenel konnte Napoleon nicht genügen. Er mußte wünschen, auch in Turin einen Mann an der Spitze zu sehen, der ohne Groll und ohne Skrupel auf seine Ideen eingehe, und der zugleich die Kraft habe, ihm die Entrichtung des von ihm geforderten Lohnes zu verbürgen. Der einzige, der dieser Aufgabe gewachsen zu sein schien, war Cavour.

Entlassung Walewskis 4. Jan.

Sein Nachfolger Thouvenel.

Rattazzi hatte in Cavour bereits seit geraumer Zeit den überlegenen Nebenbuhler gefürchtet. Er konnte sich die zunehmende Schwäche des Ministeriums, dessen Seele er war, nicht verhehlen. Aus verschiedenartigen Elementen zusammengesetzt, schwankend in seinen Entschlüssen, unfähig, den Strom der nationalen Bewegung einzudämmen, büßte es allmählich an Achtung und Ansehen ein. In der Lombardei zog es sich durch Ernennung mißliebiger Beamten und Verkündung unerwünschter Dekrete, auf Grund der noch bestehenden diktatorischen Gewalten des Königs, scharfen Tadel zu. In Mittelitalien warf man ihm Mangel an Kühnheit und Thatkraft vor. Um seine Stellung zu verstärken, hatte Rattazzi, noch als es sich um Cavours Wahl als Vertreter auf dem Kongreß handelte,

Schwäche des Ministeriums Rattazzi.

Annäherung Rattazzis an die äußerste Linke.

[1]) L. Thouvenel: Le secret de l'Empereur 1889, I., 8 ff.

sich wieder der äußersten Linken der piemontesischen Parlamentarier angenähert. Er ernannte zwei ihrer Führer, Valerio und Depretis, die ihre Abneigung gegen Cavour nicht verleugnet hatten, zu Gouverneuren zweier Provinzen des Königreichs. Er ließ sich von Brofferio, den er kurz vorher mit Valerio in geheimer Mission nach Mittelitalien entsandt hatte, beraten und unterstützte im stillen das von ihm gegründete Blatt „Die italienische Standarte", dessen erste Nummer schon einen heftigen Angriff auf Cavour eröffnete. Brofferios Journal war das Organ eines neugestifteten politischen Vereins „Die freien Wahlen", dessen Programm eine Verschmelzung sämtlicher liberalen Fraktionen anstreben zu wollen vorgab. In Wahrheit war es auch hier darauf abgesehen, bei den bevorstehenden Wahlen eine Mehrheit durchzubringen, die Cavours Führung ablehne und statt seiner Rattazzi als Haupt anerkenne. Indessen verdarben die Gegner Cavours durch seine Verunglimpfungen ihre Sache. Zahlreiche Abgeordnete zogen ihre Zusage, dem neuen Verein beizutreten, wieder zurück. Die „Opinione" nahm sich des beschimpften Cavour kräftig an und warnte zugleich Rattazzi vor der Hilfe unwürdiger Bundesgenossen.

Intrigue gegen Cavour. Vorschiebung Garibaldis.

Mittlerweile ward unter Billigung Rattazzis von den Widersachern Cavours eine neue Intrigue angesponnen. Sie suchten sich des großen Namens Garibaldis zu bedienen und veranlaßten ihn zur Parteinahme. Der zürnende Held hatte nur einen kurzen Abstecher nach Caprera gemacht und war Mitte December nach dem Festland zurückgekehrt. Anderthalb Wochen hielt ihn eine romantische Liebesgeschichte, die einen schmerzlichen Abschluß fand, in der Villa des Marchese Raimondi bei Como fest[1]). Von da eilte er nach Turin, in der Hoffnung, sich mit dem König und mit Rattazzi über die Organisation der mobilen Nationalgarde der Lombardei zu verständigen. Gleichzeitig, am 29. December, verzichtete er auf das Ehrenpräsidium des „Nationalvereins", an dessen Spitze Cavours treuer Verbündeter La Farina stand. Statt dessen übernahm er, von Brofferio angestachelt, den Vorsitz des neuen Vereins „Die freien Wahlen", der sich in eine „Gesellschaft der bewaffneten Nation" umwandelte. In deren Namen veröffentlichte er am 31. December eine zur Einigkeit mahnende Proklamation „an die freisinnigen Italiener". Alles war darauf angelegt, der Partei Cavours den Boden zu entziehen, seine Rückkehr zur Macht zu hindern, Rattazzi die Volksgunst zuzuwenden. Allein das Spiel derer, deren Werkzeug Garibaldi war, schlug fehl. Kein

Sein Präsidium der „Gesellschaft der bewaffneten Nation".

[1]) S. zur Ergänzung der Biographieen Garibaldis die von Viel-Castel: Mémoires sur le règne de Napoleon III. Band VI. 36 (18. Januar 1860) mitgeteilten Worte aus einem Briefe Viktor Emanuels an den Kaiser: „Je l'ai envoyé se marier avec la fille du marquis Raimondi et j'espère que pour quelque temps il se tiendra en repos" vgl. a. a. O. S. 44, 45. Die Marchesa Raimondi ist achtzigjährig im April 1918 gestorben.

ehrenhaftes Mitglied der alten liberalen Mehrheit ließ sich durch den Nimbus Garibaldis zum Eintritt in die „Gesellschaft der bewaffneten Nation" bewegen. Garibaldi selbst löste sie nach fünf Tagen tief erbittert auf, und begnügte sich damit, den italienischen Patrioten eine Geldsammlung für die Anschaffung einer Million von Gewehren ans Herz zu legen.

Ihre Auflösung 4. Jan. 1860.

Rattazzi versicherte allerdings, an allem Vorgefallenen keinen Anteil gehabt zu haben. Aber er fand keinen Glauben und sah das Ministerium selbst von vielen seiner bisherigen Anhänger verurteilt. Immerhin machte er noch einen Versuch, seinen Sturz zu beschwören und den gefürchteten Rivalen bei Seite zu schieben. Cavour sollte auf Andringen des Prinzen Napoleon und John Russells eine Mission nach Paris und London übernehmen, um, wie er seinem Genfer Verwandten William de la Rive schrieb, „den gordischen Knoten in Mittelitalien zu lösen". Als Bedingung der Annahme dieses Auftrags stellte er, um dem Zustand der Diktatur ein Ende zu machen, die Forderung der Ausschreibung der Wahlen und der Berufung der Kammer spätestens für den März. Verhandlungen über die Erfüllung dieser Bedingung drohten sich zu zerschlagen, bis Hudson, der englische Gesandte, sich ins Mittel legte. Eine ihm von Cavour diktirte Note stellte gleichsam dessen Ultimatum dar. Hierin aber sahen die Minister den Versuch fremder Einmischung, den sie mit Einreichung ihres Entlassungsbegehrens erwiderten. In Wahrheit wichen sie dem Druck der öffentlichen Meinung, die mit Ungestüm die Rückberufung Cavours an die Spitze der Regierung forderte. Viktor Emanuel konnte sich dieser Einsicht nicht verschließen. Er unterdrückte seine persönlichen Empfindungen und betraute Cavour mit der Neubildung des Ministeriums. Sie gelang ihm ohne Schwierigkeit. Er selbst übernahm neben dem Vorsitz das Äußere, die Marine und vorläufig, bis Farini aus der Emilia abkommen könne, das Innere. Das Kriegsministerium fiel dem General Fanti zu, den Cialdini in Mittelitalien ablösen sollte, das Unterrichtsministerium Mamiani, dem römischen Philosophen und Staatsmann, der eine Zuflucht in Piemont gefunden hatte, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten dem jungen hochbegabten Lombarden Jacini. Die übrigen Mitglieder der Regierung waren mehr oder weniger geschulte Geschäftsmänner.

Plan einer Mission Cavours nach Paris und London.

Rücktritt des Ministeriums Rattazzi. 16. Jan. 1860.

Das neue Ministerium Cavour 20. Jan.

In ganz Nord- und Mittelitalien wurde Cavours Wiederberufung an die Spitze der Regierung des Königsreichs Sardinien freudig begrüßt. Auch aus London kamen ihm sehr ermutigende Worte zu. Aber sein Weg war mit Dornen besät. Im Inneren mußte so rasch wie möglich vom Regiment der unbedingten Vollmachten zu dem der konstitutionellen Freiheit übergegangen werden. Nach außen galt es, die Vereinigung Toscanas und der Emilia mit dem oberitalienischen Königreich durchzuführen, ohne den Feinden einen Vorwand zur Einmischung zu geben

Günstiger Eindruck. Schwierigkeiten.

und ohne die Gefühle der Freunde und Bundesgenossen zu verletzen. Dazu stand Napoleons Forderung der Abtretung Savoyens und Nizzas, wennschon sie bisher noch nicht amtlich in aller Form gestellt war, drohend im Hintergrund. Es bedurfte der ganzen Energie, Verschlagenheit, Geduld und Zähigkeit, über die Cavour gebot, um das ihm vorschwebende Ziel zu erreichen. Hinsichtlich Mittelitaliens beschloß er, den Stier bei den Hörnern zu fassen. Durch ein an die sardinischen Vertreter im Ausland gerichtetes Rundschreiben vom 27. Januar kündigte er unverhohlen an, daß wegen Vertagung des Kongresses ein längeres Abwarten unmöglich sei. Er berief sich auf das Pflichtbewußtsein der Regierung Viktor Emanuels, die im Interesse des italienischen Vaterlandes und der Pacifikation Europas die von den Bevölkerungen Mittelitaliens geforderte Annexion zulassen müsse. Zugleich setzte er sich mit Ricasoli und Farini ins engste Einvernehmen. Er ließ durch La Farina im Nationalverein eine drohende Sprache führen. Er benutzte alle Mittel, um die Künste der Diplomatie durch den Druck des Volkswillens zu unterstützen.

Cavours Rundschreiben vom 27. Jan.

Seine nächste Sorge war, durch innigen Anschluß an die englische Regierung, die völlig für die Zufügung sämtlicher herrenloser mittelitalienischer Gebiete an Piemont gewonnen war, auch auf Napoleons Entschlüsse einzuwirken und ihm die Zustimmung zu den Annexionen zu entreißen, noch ehe ihm als Preis Savoyen und Nizza überliefert würden. Nun hatte John Russell bereits am 15. Januar vier Vorschläge nach Paris gelangen lassen, auf die hin, auch ohne Zusammentritt des Kongresses, ein Abkommen mit Östreich über die italienischen Dinge zu erzielen sei. Danach sollten Frankreich und Östreich auf jede Einwirkung in die inneren Angelegenheiten Italiens verzichten, wenn sie nicht einstimmig von den Großmächten dazu aufgefordert würden. Der Kaiser sollte sich mit dem Heiligen Vater über die Räumung des Kirchenstaates nach Organisation einer zur Erhaltung der Ruhe genügenden päpstlichen Streitmacht verständigen und in angemessener Frist auch seine noch in Norditalien stehenden Truppen zurückziehen. Jede Einmischung der Großmächte in die innere Regierung Venetiens blieb ausgeschlossen. England und Frankreich sollten gemeinsam den König von Sardinien auffordern, keine Truppen nach Mittelitalien zu senden, bevor nicht die verschiedenen Staaten und Provinzen mittels nochmaliger Abstimmung ihrer neugewählten Versammlungen feierlich ihre Wünsche erklärt hätten. Sprächen sie sich zu Gunsten der Annexion an das Königreich Sardinien aus, so sollten Frankreich und England sich dem Einmarsch sardinischer Truppen nicht widersetzen. In Paris wurden diese Vorschläge im großen und ganzen, mit dem Vorbehalt einer Feststellung einzelner Punkte, gebilligt. Doch wünschte Napoleon keine Änderung des bisherigen Zustandes, bis er Zeit gehabt habe, die Einwilligung Östreichs sowie die

Anschluß an England.

Russells vier Vorschläge 15. Jan.

Ihre Annahme durch Napoleon.

stillschweigende Zustimmung Rußlands und Preußens zu erlangen. Cavour seinerseits war schon mit dem Ergebnis des Vorgehens Englands sehr zufrieden und nährte die feste Überzeugung, daß die Annexion von nun an „eine vollendete Thatsache" sei.

Sendung Nigras und Arese's nach Paris Febr.

Um in Paris das heiße Eisen zu schmieden, entsandte er seinen vertrauten Sekretär Nigra, zunächst mit dem bescheidenen Titel eines Geschäftsträgers, in Wahrheit als Nachfolger Desambrois', dorthin. Ihm folgte auf dem Fuß als Helfer Graf Arese, der wieder eine außerordentliche Mission zu seinem kaiserlichen Freund übernahm. Diesem Boten ward auch insbesondere die heikle Verhandlung über Savoyen und Nizza anvertraut. Ein eigenhändiges Schreiben Napoleons an Viktor Emanuel hatte inzwischen die Zufügung dieser Lande an Frankreich als „Sicherheitsmaßregel" im Fall der Bildung eines Königreiches von mehr als zehn Millionen Seelen an einer der französischen Grenzen gefordert. Die dienstbeflissene officiöse Presse des Kaiserreichs suchte die Zugehörigkeit beider Gebiete zu Frankreich nach Sprache und Sitte schon zu erweisen und rief dadurch Gegenkundgebungen hervor. So schmerzlich es Viktor Emanuel auch war, auf Savoyen, das Stammland seiner Väter, und auf das beinahe rein italienische Nizza, Garibaldis Geburtsort, verzichten zu sollen: er war bereit, Italien „dies größte Opfer, das man von ihm fordern konnte"[1]), zu bringen. Indessen sollte Arese dem Kaiser erklären, der König könne jene alten Provinzen nicht wie ein Privateigentum abtreten, sondern nur versprechen, die freie Willensäußerung ihrer Bevölkerungen hinsichtlich ihrer Verbindung mit Frankreich nicht hindern zu wollen. Dies war alles, dessen Napoleon bedurfte. Vorausgesetzt, daß der schrankenlosen Propaganda französischer Agenten kein Hemmnis bereitet werde, glaubte er des Ergebnisses eines Plebiscites völlig sicher zu sein. Vorläufig ging er darauf ein, die Angelegenheit noch ruhen zu lassen. Hingegen in Betreff Mittelitaliens führte er wider Willen eine ungeahnt rasche Entscheidung herbei.

Die Frage der Abtretung Savoyens und Nizzas.

Rechbergs Note vom 17. Febr.

Die Antwort, die ihm Rechberg auf die Übermittlung der vier englischen Vorschläge erteilte, lautete ablehnend. Wennschon Östreich augenblicklich notgedrungen auf eine Einmischung in Italien verzichtete, weigerte es sich doch, sich dauernd für die Zukunft zu binden. Sei es, daß Napoleon eine Beschwichtigung des Partners von Villafranca für unumgänglich hielt, sei es, daß er die Klerikalen versöhnen zu können hoffte, sei es, daß er mit sich feilschen lassen wollte, um der geforderten Belohnung in vollem Umfang, Nizza mit Savoyen, sicherer zu sein, sei es, daß alle diese Gründe zusammenwirkten: die Vergrößerung des Königreichs Sardinien, wie er sie verbürgen wollte,

[1]) Worte Viktor Emanuels in der Unterhaltung mit Türr zur Übermittlung an Garibaldi. Chiala: Lettere di C. Cavour IV. p. XV.

blieb hinter den Ansprüchen Viktor Emanuels und hinter den Willensäußerungen der mittelitalienischen Bevölkerungen weit zurück. Die volle und unmittelbare Annexion wurde nur für Parma und Modena zugestanden. Für die Romagna ward ein Vikariat des Königs von Sardinien unter nomineller Oberlehnsherrlichkeit des Papstes mit Verpflichtung einer Tributzahlung an ihn in Aussicht genommen. Toscana sollte als selbständiger Staat unter einem Prinzen des Hauses Savoyen wiederhergestellt werden. Weise der König diese Vorschläge zurück, so thue er das auf eigene Gefahr und müsse des Abzugs der französischen Truppen aus der Lombardei gewärtig sein.

Napoleons Entscheidung.

Festigkeit Cavours.

Cavour empfing dies „mit Rosenwasser geschriebene Ultimatum", wie Arese es nannte, durch einen Brief desselben in Mailand, wo er festliche Tage mit Viktor Emanuel verlebte. Aber er ließ sich keinen Augenblick einschüchtern. „Rechnen Sie auf meine Ergebenheit und im Notfall auf meine Kühnheit," telegraphirte er Ricasoli nach Florenz. „Ehe wir Toscana aufgeben, ließ er den sardinischen Gesandten in London wissen, wollen wir es allein mit den Östreichern aufnehmen." Er trieb den General Fanti an, weder Kosten noch Mühe für geheime Rüstungen zu sparen und mahnte La Farina, auf allgemeine Volksbewaffnung hinzuwirken. Ebenso fest war er entschlossen, auf der vollen Annexion der Romagna zu bestehen, nachdem ein Versuch unmittelbarer Verständigung mit Pius IX. gescheitert war. Viktor Emanuel hatte dem Papst anfangs Februar seinen Almosenier, den Abbate Stellardi, zugesandt, mit dem Ersuchen, ihm das Vikariat nicht nur der Legationen, sondern auch der Marken und Umbriens zu übertragen. Der Papst jedoch hatte diesen Vorschlag mit noch größerer Entrüstung abgewiesen als den von Napoleon befürworteten, der sich nur auf die Romagna bezog. Hier sollte unverweilt wie in Toscana und in den Herzogtümern eine endgiltige Entscheidung herbeigeführt werden. Über ihre Vorbereitung besprach sich Cavour mit Farini in Cremona. Schriftlich und durch den gemeinsamen Freund Massari verständigte er sich mit Ricasoli. Das Recept, das er zur Vermeidung weiterer Zögerungen anzuwenden gedachte, war einfach genug: Nochmalige Aufrufung der Bevölkerung, ihren Willen kundzuthun, und zwar durch allgemeine Abstimmung aller männlichen im Besitz der bürgerlichen Rechte befindlichen Volljährigen. Ergab sich, wie bestimmt zu erwarten war, ein großes Mehr für die Annexion, so konnten sofort in allen jenen mittelitalienischen Gebieten auf Grund des sardinischen Wahlgesetzes wie in Piemont und in der Lombardei die Abgeordnetenwahlen für die Kammer ausgeschrieben werden. Die englische Regierung, die früher ein Votum neu zu wählender Versammlungen statt eines Plebiscits empfohlen hatte, sah, wie Cavour aus London erfuhr, in diesem jetzt „das einzige Mittel, um Frankreich zu entwaffnen".

Scheitern des Versuchs einer Verständigung mit Pius IX.

Plan der Plebiscite in Mittelitalien.

Napoleon konnte eine überwältigende Kundgebung des „allgemeinen Stimmrechts", auf dem seine eigene Herrschaft beruhte, das er selbst in Savoyen und Nizza anrufen wollte, unmöglich mißachten. Man nahm ihm damit, wie Cavour nach Paris Nigra schrieb, „jeden Vorwand des Widerstandes" und gewann zugleich gegen alle Prätendenten und ihre Beschützer für immer eine schneidige Waffe.

Thouvenels Depesche nach Turin 24. Febr.

So gerüstet, mit Farini und Ricasoli einig, durch England gedeckt, dessen Gesandten er doch die Verhandlung über Savoyen und Nizza nicht offen verraten durfte, nahm Cavour unvermerkt Napoleon die Leitung der Dinge aus der Hand. Die Mahnungen Thouvenels, der ihm durch Talleyrand-Périgord, den französischen Gesandten in Turin, das kaiserliche Ultimatum zukommen ließ, beantwortete er mit meisterhafter Feinheit. Er durchschaute die Verlegenheit des Kaisers, der bei Eröffnung der Session des gesetzgebenden Körpers am 1. März der Mitteilung seines italienischen Programmes nur den Ausdruck „der Hoffnung auf Lösung der Schwierigkeiten" hinzuzufügen, aber keineswegs in siegesgewissem Ton zu sprechen wagte. Wie verabredet, legte Boncompagni am 2. März seine Würde als Generalgouverneur der vereinigten Provinzen Mittelitaliens nieder. Dem Protest des französischen Geschäftsträgers in Florenz zum Trotz ward sodann in Toscana und ebenso in der Emilia für den 11. und 12. März das Plebiscit über die Frage „Vereinigung mit der konstitutionellen Monarchie Viktor Emanuels oder getrenntes Königreich" angeordnet. Für die Vereinigung waren in Toscana 366 571 gegen 14 925, in der Emilia 426 006 gegen 756 Stimmen. Das Volk hatte gesprochen. Es hatte nach einem Ausdruck Ricasolis „die Nationalität auf den unerschütterlichen Grundlagen des neuen öffentlichen Rechtes" festgestellt. Als das Ergebnis bekannt war, durchwogten freudig bewegte Massen die Straßen von Florenz und Bologna. Farini überbrachte am 18. März die Urkunde der Abstimmung der Emilia nach Turin und empfing die Antwort des Königs, daß er diese Provinzen von nun an als Teil seines Königreiches betrachte. Vier Tage später überreichte Ricasoli im Schloß zu Turin Viktor Emanuel die Akte des toscanischen Plebiscites. Der König nahm sie mit berechtigtem Stolz entgegen und sprach die Überzeugung aus, daß das Parlament durch freiheitliche Gesetze Toscana die Wohlthaten der Verwaltungsautonomie sichern werde.

Rücktritt Boncompagnis 2. März.

Die Plebiscite für Annexion 11./12. März.

Am 25. März traten die Wahlkollegien in sämtlichen alten und neuen Provinzen zusammen. Gleichzeitig rückten piemontesisch-lombardische Regimenter in Mittelitalien ein. Am 2. April eröffnete Viktor Emanuel „das nationale Parlament", das die Abgeordneten Piemonts, der Lombardei, Parmas, Modenas, der Romagna und Toscanas zum ersten Mal vereinte. Unter den neuen Senatoren, die er ernannt hatte, glänzten die ehrwürdigen Gestalten Manzonis und Gino Capponis. Noch hieß sein

Die Wahlen 25. März

Eröffnung des nationalen Parlamentes 2. April.

Königreich nicht „das italienische“. Aber seine Aufforderung, „dem Wohl des Volkes und der Größe Italiens“ dienstbar zu sein, galt dem ganzen Vaterland. „Es ist, so schloß er, nicht mehr das Italien der Römer, auch nicht das des Mittelalters, es darf nicht mehr das Feld sein, das fremdem Ehrgeiz offen steht, sondern es muß sein das Italien der Italiener.“

Napoleons Thronrede vom 1. März. Ankündigung der Forderung der Annexion von Savoyen und Nizza.

Napoleon hatte das Ergebnis der Volksabstimmung in Toscana und in der Emilia nicht abgewartet, um auf die Bewilligung seiner Forderung hinsichtlich Savoyens und Nizzas zu drängen. In seiner Thronrede vom 1. März hatte er sie vor ganz Europa enthüllt. Angesichts der Umwandlung des nördlichen Italien in einen mächtigen Staat, behauptete er, müsse Frankreich seiner Sicherung wegen, „die französischen Abhänge der Alpen zurückfordern“. Darin liege nichts, was Europa beunruhigen könne. In einem Rundschreiben Thouvenels vom 13. März ging den Mächten die amtliche Mitteilung zu. Aus ihrer Zahl fühlte sich keine so hart durch das französische Gelüste einer Gebietsvergrößerung getroffen wie die verbündete englische. Allerdings war es schon seit Ende Januar auch in London kein Geheimnis mehr. John Russell hatte damals Cowley in Paris angewiesen, alles aufzubieten, um den Kaiser von einem Vorhaben abzubringen, das seinen früheren Beteuerungen der Selbstlosigkeit widersprach. Allein Cowleys Berichte ließen keinen Zweifel darüber, daß Napoleon auf seinem Sinn bestand. Ging Thouvenel in seinen Gesprächen mit Cowley über Nizza auch mit Stillschweigen hinweg, so erklärte er doch die Annexion von Savoyen für unerläßlich. Er leugnete, daß sie Frankreich irgendwelchen Machtzuwachs geben werde, und wollte sie, wie er bald danach in seinem Rundschreiben wiederholte, nur als Mittel einer Grenzsicherung betrachtet wissen. Russell war über diese Beschönigung der französischen Ansprüche tief empört. „Mit denselben und noch stärkeren Gründen,“ schrieb er der Königin Viktoria, könnte Frankreich die Rheingrenze fordern, „denn die deutschen Heere werden immer viel furchtbarer sein als die Piemonts, der Lombardei und Toscanas“. „Wir sind, erwiderte ihm die Königin, regelrecht zum Narren gehalten. Die Rückkehr zur Allianz mit England, allgemeiner Friede, Achtung vor den Verträgen, Handelsverbrüderung, das alles war nur ein Deckmantel, um vor Europa eine Politik der Beraubung zu verhüllen.“

Entrüstung in England.

Mittlerweile war am 24. Januar das Parlament zusammengetreten, und die Minister hatten einen schweren Stand bei der Beantwortung von Interpellationen in Sachen Italiens. Das Mißtrauen gegen die französische Politik steigerte sich von Tag zu Tag und kam auch in einem großen Teil der Presse zum Ausdruck. Napoleon konnte seine Empfindlichkeit dem gegenüber nicht verbergen. Er machte am 6. März nach einem Konzert in den Tuilerien angesichts des ganzen diplomatischen Korps Cowley eine Scene, die an berühmte Vorbilder

Mißtrauen gegen Frankreich.

aus der Zeit Napoleons I. erinnerte[1]). Noch heftiger äußerte sich, der Reizbarkeit seines Naturells gemäß, Persigny in London. Auf der anderen Seite zog auch John Russell stärkere Saiten auf. Er erklärte im Unterhaus, England könne um Frankreichs willen seine Allianzen im übrigen Europa nicht opfern. Selbst Palmerston, der Napoleon immer die Stange gehalten hatte, und dem schuldgegeben wurde, hinter dem Rücken seiner Kollegen in geheimem Briefwechsel mit ihm gestanden zu haben, machte aus seiner Verstimmung gegen den kaiserlichen Freund kein Hehl.

Zurückhaltung Östreichs.

Indessen hatte Napoleon nicht zu fürchten, daß die englische Regierung sich zu Thaten aufraffen werde. Auch fand sie bei keiner der übrigen Großmächte wirksame Unterstützung. Östreich trat aus seiner Zurückhaltung nicht heraus. Auf die Frage des englischen Gesandten in Wien, wie er die französischen Annexionen ansehen werde, antwortete Rechberg kühl und ironisch: ebenso wie die sardinischen in Mittelitalien. Ein in London weilender östreichischer Diplomat meinte sogar, man sehe eine Schwächung Piemonts und eine Entblößung seiner Grenze nach Westen hin in Wien gar nicht ungern. Von Petersburg verlautbarte die Antwort, jeder Souverän habe das Recht, einem anderen sein Land abzutreten.

Hilfeleistung Rußlands.

Rußland erzeigte sich in der Frage der Annexion Frankreich so hilfreich, daß Thouvenel sich im stillen beängstigt frug, „welchen Lohn es dafür verlangen werde“[2]). Nur in Berlin betrachtete man das französische Vorgehen nicht gleichgiltig. Bernstorff ward angewiesen, die englischen Minister zu fragen, „ob und in wie weit man auf England rechnen könne, falls die geographische Notwendigkeit der natürlichen Grenzen auch auf Deutschland ausgedehnt werden sollte“[3]). Der Prinzregent ließ sich gegen den Prinzen Albert brieflich darüber aus, daß Preußen und Deutschland das größte Interesse an der Frage hätten, „da das linke Rheinufer, als geographische Schutzgrenze gedacht, genau dem Abhang der Alpen entspreche“. Er hielt einen Protest gegen Napoleons Annexionspläne für geboten, damit ihre Billigung nicht eines Tages als Präcedenzfall verwertet werden könne. Aber bei diesem Herzenserguß hatte es sein Bewenden. Napoleon in den Arm zu fallen, war man auch in Berlin nicht gesonnen.

Besorgnisse Preußens.

Die Schweiz.

Ein förmlicher Protest erfolgte nur von Seite eines europäischen Kleinstaates: der schweizer Eidgenossenschaft[4]). Durch Beschluß des

[1]) Letters of Queen Victoria III. 390 ff.

[2]) Thouvenel: Le secret de l'empereur I. 120. Vgl. E. Ollivier: L'empire libéral IV. 399 ff.

[3]) Bitzthum von Eckstädt a. a. O. S. 43.

[4]) S. alles Nähere bei Schweizer: Geschichte der Schweizerischen Neutralität S. 884 ff. mit Litteraturangaben, die noch durch Hinweis auf Bitzthum von Eckstädt a. a. O. II. zu ergänzen wären. Ebenda S. 862 ff. über die französische Verletzung der savoyischen Neutralität während des Krieges von 1859.

Wiener Kongresses und durch die Neutralitätsakte vom 20. November 1815 (s. I. 33) war das nördliche Savoyen in den Schutz der schweizer Neutralität aufgenommen worden. So manche Unklarheiten diese Bestimmung enthielt, die genauer Festsetzung über die Art und Weise der Ausführung ermangelte: es war unbestreitbar, daß durch einfache Abtretung Savoyens an das mächtige französische Reich das Recht der Schweiz verletzt und insbesondere der Kanton Genf im höchsten Grade gefährdet wurde. Kern, der achtsame Vertreter der Schweiz in Paris, hatte denn auch schon seit Monaten ein scharfes Auge auf Napoleons Annexionspläne gehabt und den Bundesrat auf dem laufenden über sie erhalten. Graf Arese war von Cavour angewiesen worden, bei seinen Verhandlungen in Paris die Rechte der Schweiz in Erinnerung zu bringen, und Thouvenel hatte in der That die Sicherung ihrer Interessen in dem nach Turin gerichteten Ultimatum vorbehalten. Napoleon erklärte sich anfangs bereit, der Schweiz durch allfällige dauernde Überlassung der nordsavoyischen Bezirke Chablais und Faucigny diese Sicherung zu gewähren. Allein die Abneigung der übrigen Bezirke Savoyens gegen eine Zerstückelung ihres Landes und vorzeitiges Drängen seitens der Eidgenossenschaft auf schriftliche Feststellung mündlicher Zusicherungen brachten diese Lösung der Frage, woferne sie überhaupt ernstlich gemeint gewesen war, zum Scheitern. Von Argwohn gegen Napoleons Pläne erfüllt und unter dem Druck einer leidenschaftlichen, namentlich in der Westschweiz gegen Frankreich einsetzenden Bewegung, gab der von Stämpfli beherrschte Bundesrat seine bisherige Politik gütlicher Vorstellungen auf.

Die Frage der Neutralität Nordsavoyens.

Protest des Bundesrats 16. März.

Am 15. März übermachte Kern erhaltenem Auftrag nach Thouvenel einen Protest gegen die Absicht, vor Aussprache der europäischen Mächte die neutralisirten Bezirke Nordsavoyens an Frankreich zu annektiren. Am 19. März richtete der Bundesrat eine Note an alle Unterzeichner der Neutralitätsakte und an alle Bürgen der Neutralität Nordsavoyens, durch die er sie sich zu Hilfe rief. Damit verband er die Erklärung, daß nur eine Zuweisung der neutralisirten savoyischen Gebiete an die Schweiz diese befähige, ihre eigene Neutralität und Unabhängigkeit mit Aussicht auf Erfolg zu verteidigen. In London fand der schweizer Hilferuf Widerhall. Russell benutzte ihn als Waffe in seinen hitzigen Wortgefechten mit Persigny[1]). Napoleon seinerseits erhielt einen Vorwand, den Beleidigten zu spielen. Er versicherte einer savoyischen Deputation, daß er keine Zerreißung ihres Landes zulassen werde und erklärte sich in Unterredungen mit Kern und mit dem diesem zur Unterstützung beigegebenen General Dufour durchaus gegen die Abtrennung der nördlichen Distrikte Savoyens. Gleichzeitig führte er in Turin die Entscheidung herbei.

Note vom 19. März.

[1]) Vitzthum von Eckstädt St. Petersburg und London: II. 50.

Vergeblich hatte Cavour in seinen Verhandlungen mit Talleyrand sich bemüht, in letzter Stunde wenigstens noch Nizza zu retten. Am 12. März ward, nach Vernichtung des alten, so häufig abgeleugneten Geheimvertrags vom 10. December 1859 (s. o. S. 302), ein neuer entworfen, der unter Voraussetzung vorgängiger Erklärung des freien Willens der Bevölkerung, die Vereinigung ganz Savoyens und des Bezirkes Nizza mit Frankreich zugab. Sardinien war zur Ausführung des Vertrags, sobald er durch das Parlament bestätigt worden, verpflichtet. Hinsichtlich der neutralisirten Teile Nordsavoyens sollte eine Verständigung Frankreichs mit den Unterzeichnern der Wiener Kongreßakte und mit der Eidgenossenschaft über eine Verbürgung des vertragsmäßigen Rechtszustandes vorbehalten bleiben. Cavour wünschte die Unterzeichnung und die Bekanntmachung des Vertrags bis zur Eröffnung der Kammer hinauszuschieben. Aber in Paris hatte man Eile. Man wollte jede weitere Kundgebung gegen die Annexion in den begehrten Gebieten abschneiden und wollte sie dem französischen Volk als Entschädigung für den Machtzuwachs des sardinischen Königreichs in Mittelitalien möglichst bald vor Augen führen. Thouvenel entsandte Benedetti, den gewandten politischen Direktor im auswärtigen Amt, mit strengsten Vollmachten zur Unterstützung Talleyrands nach Turin, um Cavour zur unverzüglichen Unterzeichnung zu nötigen. Benedetti ließ sich auf kein Abhandeln ein. Cavour konnte nicht einmal die Feststellung der genauen Grenzen erreichen und mußte zugeben, daß sie später zu berufenden gemischten Kommissionen überlassen bleibe. Schweren Herzens setzte er am 24. März nebst Farini, dem neuen Kollegen im Ministerium, seinen Namen unter das Aktenstück, das seinem König zwei Provinzen entriß, deren eine die Wiege des Hauses Savoyen war[1]). Dem Vertrag war ein geheimes Protokoll beigefügt, das die Ersetzung der sardinischen Behörden in Savoyen und Nizza durch eingeborene, dem Kaiser genehme Notabeln und den Abzug der sardinischen Truppen bestimmte. Das Ganze war eine Schwergeburt gewesen, zu deren Erfolg der Kaiser Thouvenel beglückwünschte. „Ich weiß nicht, schrieb dieser spottend dem Herzog von Gramont nach Rom, wie sich Herr von Cavour nach seiner Niederkunft befindet, aber meine Hand ist durch das achtundvierzig Stunden lange Halten der Zange ermüdet."

Französisch-sardinischer Vertrag vom 12. März.

Benedettis Mission nach Turin.

Unterzeichnung des Vertrags 24. März.

Am 25. März wurde das Geschehene durch den Moniteur bekannt. Am 1. April verkündete es Viktor Emanuel durch eine Proklamation den Bewohnern von Savoyen und Nizza. Er machte aus seinen schmerz-

Proklamation Viktor Emanuels.

[1]) E. Ollivier a. a. O. IV. 594 verweist die in viele Geschichtswerke übergegangene Anekdote ins Reich der Legende, derzufolge Cavour nach der Unterzeichnung Talleyrand zugeflüstert hätte: „Maintenant nous sommes complices", ebenso die Behauptung Hudsons, daß Benedetti mit Besetzung von Bologna und Florenz gedroht habe.

lichen Gefühlen im Hinblick auf die bevorstehende Trennung, falls „freie Zustimmung" sie bestätige, kein Hehl. Aber er verwies zugleich auf „die ungeheuren Verdienste", die sein erhabener Verbündeter, der Kaiser Napoleon, sich um Italien erworben habe, und auf die engen Beziehungen der Abstammung, der Sprache, der Sitten, des Handels, die zwischen Savoyen und Nizza auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite beständen. Dieselbe Note schlug er in seiner Rede bei Eröffnung des Parlamentes an. Hier hatte Cavour eine Interpellation Garibaldis abzuwehren, der von seiner Vaterstadt Nizza zum Abgeordneten gewählt war. Die Kammer ging über die Interpellation zur Tagesordnung über, „im Vertrauen darauf, daß die Regierung die verfassungsmäßigen Bürgschaften aufrecht erhalten und für die Freiheit der Volksabstimmung in den Provinzen Savoyen und Nizza Vorsorge treffen werde". Garibaldi aber verließ, von bitterem Groll gegen Cavour erfüllt, die parlamentarische Arena, um durch neue Thaten dem Vaterland zu dienen und sich in Sicilien und Neapel unsterblichen Ruhm zu erwerben. Die Debatte über den Vertrag selbst wurde, da die Kammer sich vertagte, bis zum Mai verschoben.

Interpellation Garibaldis wegen Nizzas 12. April.

Sein Austritt aus der Kammer 25. April.

Vorbereitung der Volksabstimmung.

Währenddes waren von Seite Frankreichs alle Hebel angesetzt worden, um in Savoyen und Nizza ein möglichst glänzendes Ergebnis der Volksabstimmung vorzubereiten. Zu dem Zweck waren als Vertrauensmänner des Kaisers die Senatoren Laity und Pietri dorthin entsandt worden. Sie fanden in Kaufleuten, Gewerbetreibenden, Grundeigentümern, Geistlichen, Lehrern willige Helfershelfer und für ihre Versprechungen wirtschaftlicher Vorteile gläubige Hörer[1]). Der Erfolg ihrer Thätigkeit spiegelte sich in dem überwältigenden Mehr der Stimmen, das sich für die Vereinigung mit Frankreich aussprach: 130 533 gegen 235 in Savoyen, 25 743 gegen 160 bei 1072 Enthaltungen in Nizza. Viktor Emanuel mußte sich für den Verlust beider Gebiete durch die begeisterte Aufnahme zu trösten suchen, die er in den neuen Provinzen seines Reiches fand. Am 16. April hielt er hoch zu Roß seinen Einzug in Florenz, den Prinzen Carignan, den er zum Statthalter, und Ricasoli, den er zum Generalgouverneur Toscanas ernannt hatte, zur Seite. Es war ein Festtag, wie ihn die Stadt Dantes seit Menschengedenken nicht erlebt hatte. Mit Ricasoli besuchte der König einige der übrigen Städte Toscanas, ehe er sich in die Romagna, das abgefallene Gebiet des Kirchenstaates, begab. Erst wenige Wochen vorher, am 26. März, hatte Pius IX. gegen „alle Teilnehmer, Anstifter, Helfer, Berater und Anhänger der gottlosen Rebellion, Usurpation, Okkupation oder Invasion seiner Staaten" die große Exkommunikation ausgesprochen und ins-

Ihr Ergebnis für die Annexion in Nizza 15. April, in Savoyen 22. April.

Einzug Viktor Emanuels in Florenz 16. April.

[1]) Ein Zeugnis des auf die Bevölkerung ausgeübten Druckes z. B. bei W. J. Stillman („myself a resident in Savoy"): The union of Italy. Cambridge 1898. S. 308.

besondere „die hinterlistigen, schlechten Machinationen der subalpinischen Regierung“ gebrandmarkt. Es war die schroffste Antwort auf ein neues Ersuchen Viktor Emanuels, ihn unter nomineller Wahrung der Souveränität des apostolischen Stuhles mit dem Vikariat der Legationen zu betrauen. Nichtsdestominder begrüßte bei dem jubelnden Empfang in Bologna auch ein Teil des Klerus den vom Papst Gebannten in St. Petronio mit feierlichem Tedeum. Sein Empfang in Bologna.

Cavour hatte den König nach Florenz begleitet und war ihm nach Bologna nachgereist. Von da nach Turin zurückgekehrt, hatte er wegen Garibaldis kühner Expedition nach dem Süden Zeiten schwerer Sorge durchzumachen und sich auf die bevorstehenden parlamentarischen Debatten zu rüsten. Um sich für diese einen Rückhalt zu schaffen und um die Bedenken des Kriegsministers Fanti zu beschwichtigen, hatte er versucht, durch Arese hinsichtlich der Grenzen der abgetretenen Gebiete Zugeständnisse von Napoleon zu erlangen, die den militärischen Interessen Piemonts einigermaßen gerecht würden. Doch war ihm dies nur teilweise gelungen. Am 26. Mai stand er in der Kammer den Hauptgegnern der Aufopferung von Savoyen und Nizza, für die er die ganze Verantwortung auf sich nahm, mannhaft Rede. Gegen Rattazzi, den verdrängten Nebenbuhler, und gegen Bertani, den Freund Garibaldis, bedurfte er aller Künste virtuoser Verteidigung, um ihre Anklagen zurückzuweisen. Leichteres Spiel hatte er mit Guerrazzi, dem vor Jahren aus seinem Heimatstaat Verbannten, der auch als Abgeordneter im Turiner Parlament die schwülstige Sprechweise des republikanischen Tribunen beibehielt. Am 29. Mai bestätigte die Kammer den Abtretungsvertrag mit 229 gegen 33 Stimmen, während sich 23, der Mehrzahl nach Savoyarden, der Abstimmung enthielten. Vornehmlich die starke Hilfstruppe aus Mittelitalien hatte Cavours glänzenden Sieg entschieden. Am 10. Juni schloß der Senat sich dem Votum der Kammer an. In Frankreich wurde die Vereinigung von Nizza und Savoyen mit dem Kaiserreich am 12. Juni durch einfaches Senatskonsult als vollzogen verkündet. Wenige Tage später erfolgte die Besitznahme der neuen Gebiete durch französische Behörden und französisches Militär.

Cavours Versuche einer Grenzberichtigung.

Seine Verkündigung des Vertrags in der Kammer 26. Mai.

Bestätigung 29. Mai. 10. Juni.

Französisches Senatskonsult 12. Juni.

Während des hatte die Schweiz erregte Zeiten durchgemacht. Der Bundesrat, in dem Stämpfli das Übergewicht besaß, hatte am 29. März von der Bundesversammlung Vollmachten gefordert, die ihm freie Hand geben sollten, zur Verhinderung einer französischen Besitznahme der neutralisirten nordsavoyischen Bezirke alle Mittel anzuwenden. Darunter war, selbst auf die Gefahr eines Krieges mit Frankreich und Sardinien hin, auch militärische Besetzung verstanden. Aber die Berichterstatter der Kommissionen des Nationalrates und des Ständerates, die beiden Züricher Alfred Escher und Jakob Dubs, wußten, allen Anfeindungen

Aufregung in der Schweiz.

Vollmachten des Bundesrates 4. April.

zum Trotz den ungestümen Eifer der Kriegspartei zu zügeln. Die Bundesversammlung bewilligte am 4. April die begehrten Vollmachten nur, nachdem sie die Gewißheit erlangt hatte, daß von ihnen ausschließlich zur Verteidigung des eigenen Gebietes der Eidgenossenschaft Gebrauch gemacht werden sollte. In der That hatte es bei der Einberufung einiger westschweizerischer Bataillone zu Wiederholungskursen sein Bewenden. Der abenteuerliche Zug einer kleinen Genfer Schar gegen Thonon und Evian war harmlos verlaufen. Hierauf ersuchte der Bundesrat durch eine Note vom 5. April, gemäß dem Protokoll des Aachener Kongresses vom 15. November 1818 (s. I. 466) die Großmächte um baldige Einberufung einer Konferenz. Die Antworten der Mächte waren lau. Trotz Anerkennung der Pflicht, die Rechte der Schweiz gemäß den Verträgen zu schützen, wollte keine „recht anpacken und für die Konferenz die Initiative ergreifen“[1]). Die Mehrzahl vertröstete die Schweiz auf die von Frankreich in dem Vertrag mit Sardinien zugesagte internationale Verständigung. „Abgesehen von London, glaubte Thouvenel sagen zu dürfen, lacht alle Welt über die Proteste der Schweiz[2]).“ Aber auch in London begnügte sich die Regierung zur Beruhigung der Opposition mit starken Worten. „So wird, klagte der Vertreter der Schweiz in Wien, an der Zerfahrenheit und Ohnmacht der europäischen Politik das gute Recht der Schweiz verlassen und die gegebenen Garantieen sinken zu leeren Versprechungen herab[3]).“

Vergebliche Forderung einer Konferenz 6. April.

Inzwischen ward die Annexion Savoyens nach dem für Frankreich so glänzenden Ergebnis des Plebiscits zur That. Das Angebot unbedeutender Scheinzugeständnisse Napoleons, die der Schweiz keine feste strategische Grenze gewährt hätten, wurde vom Bundesrat zurückgewiesen. Es blieb ihm nichts übrig als ein letzter Protest und die Wiederholung des Ersuchens um Beschleunigung der Konferenz. Mochte diese nun auch von Frankreich selbst noch am 20. Juni vorgeschlagen werden: die Aussichten auf ihren Zusammentritt schwanden immer mehr. Der Augenblick ihrer Berufung erschien einigen der Mächte nicht geeignet. Östreich nahm noch dazu an der von Frankreich befürworteten Teilnahme Sardiniens Anstoß. Größere Ereignisse drängten das Interesse an dieser Sache in den Hintergrund, die von Anfang an für die Schweiz nicht entfernt so günstig stand wie ein paar Jahre zuvor die Neuenburger Angelegenheit.

Letzter Protest des Bundesrates.

---

[1]) Worte Furrers in einem Brief an Escher s. A. Isler: Bundesrat Furrer 1907 S. 184.

[2]) Thouvenel: Le secret de l'empereur I. 126.

[3]) Bericht Steigers 14. April 1860. E. Arch. Bern. In früheren Berichten vom 24. und 25. März erwähnt er als englischen Vorschlag, „der in das Reich der Utopieen gehört“, aus Savoyen einen selbständigen Staat unter einem Prinzen des Hauses Savoyen zu machen.

IX.

Österreich nach dem italienischen Krieg.

Oktoberdiplom und Februarverfassung.

Zusammenbruch des alten Regierungssystems.

Wie der Krimkrieg für Rußland, so bedeutete der italienische Krieg für Österreich den Bankerott des alten Regierungssystems. Schon vor der letzten großen Niederlage der österreichischen Heeresmacht war es von der öffentlichen Meinung entschieden verurteilt. „Reformen müssen kommen, das ist die allgemeine Überzeugung", meldete ein fremder Beobachter nach Hause. Er bezeichnete die allmächtige Herrschaft der Bureaukratie und des Ultramontanismus, die sich in Bach und Rauscher verkörperten, das Protektionswesen im Heer, wie es durch Grünne großgezogen, als „die fressenden Übel an der Wurzel eines sonst so lebenskräftigen Staates". Nachdem der Friede von Villafranca unterzeichnet war, berichtete er: „Der Nimbus, der den Kaiser bis jetzt umgab, ist selbst in den unteren Schichten des Volkes gefallen", und er gab der Ansicht Ausdruck, das „durch und durch faule System", das bisher aufrecht erhalten worden, müsse weichen[1]). Am Sitze der Regierung selbst ward die Notwendigkeit gründlicher Reformen von dem Finanzminister Bruck klar erkannt. Dies bezeugte eine von ihm ausgearbeitete Denkschrift „Die Aufgaben Österreichs", die in dem Verlangen einer „nicht auf altständische Gliederung" begründeten „gesamtstaatlichen Institution", als „lebensfähigen Gegengewichts der Provinzialstände" gipfelte[2]). Die Denkschrift Brucks wurde jedoch nur in wenigen Exemplaren gedruckt, zuerst dem Kaiser überreicht, danach in die Hände guter Freunde des Ministers gelegt.

Reformvorschläge Brucks.

Das Laxenburger Manifest 15. Juli 1859.

An Kaiser Franz Josef waren die ernsten Lehren des Sommers 1859 allerdings nicht spurlos vorübergegangen. Nach der Schlacht von Solferino richtete er von Laxenburg aus ein Manifest an seine Völker, das „zeitgemäße Verbesserungen in der Gesetzgebung und Verwaltung"

[1]) Berichte Steigers. Wien. 30. Juni, 13. Juli. E. Arch. Bern.

[2]) Charmatz: Minister Freiherr von Bruck. 1916. S. 241 ff.

verhieß. Aber es war ihm unmöglich, sich mit einem Mal von den anerzogenen Grundsätzen der Regierungsweisheit frei zu machen, und kein kraftvoller Mentor, der klare Erkenntnis der Zeitbedürfnisse und imponirendes Ansehen in sich vereinigt hätte, stand ihm zur Seite. Wohl ließ sich Graf Rechberg dazu herbei, dem ehemaligen Hofkanzler Siebenbürgens, dem Baron Josika, der die Herstellung der Verfassung in Ungarn anriet, Gehör zu schenken, und aus der Hand des Grafen Emil Dessewffy ein beide Reichshälften umfassendes Reformprogramm entgegenzunehmen. Aber er war nicht gewillt, Ansichten bei dem Monarchen zu vertreten, die ihm als „Schwärmereien" erschienen. Woche auf Woche verging, ohne daß etwas geschah, um die hochgespannten Erwartungen zu befriedigen. Erst am 22. August erfolgte die Neubildung des Ministeriums, die wenigstens durch Ausscheiden von zwei Hauptstützen der bureaukratischen Allmacht Bedeutung erhielt. Der Polizeiminister Feldmarschall-Lieutenant von Kempen, der Schöpfer des gefürchteten Gendarmeriekorps, mußte dem ehemaligen Botschafter in Paris, Alexander Hübner, der vorübergehend in Neapel und Rom diplomatisch thätig gewesen war, Platz machen. Mit Kempen fiel Bach, dessen Rücktritt in der ganzen Monarchie wie eine wahre Erlösung begrüßt wurde. Er wurde mit dem Botschafterposten in Rom abgefunden. Sein Sturz war wesentlich dem Eingreifen Rechbergs zuzuschreiben, dem es doch nicht entging, daß Bach zur Zielscheibe des allgemeinen Hasses geworden war. Rechberg selbst übernahm zu dem seit dem Frühling von ihm verwalteten Ministerium des Auswärtigen das Präsidium. Zu Bachs Nachfolger als Minister des Inneren erkor er den polnischen Grafen Agenor Goluchowski, den bisherigen Statthalter Galiziens, dem der Ruf eines eingefleischten Aristokraten von föderalistischen Neigungen vorausging. Diese Änderungen der höchsten Stellen wurden vervollständigt durch die Entlassung des Handelsministers Toggenburg und durch die Aufhebung seines Amtes, dessen Geschäfte auf die Ministerien der Finanzen, des Äußeren und des Inneren verteilt wurden.

Entlassung Kempens und Bachs

Ihre Ersetzung durch Hübner und Goluchowski

Entlassung Toggenburgs.

Nur ein Personenwechsel hatte stattgefunden. Der absolutistisch-ultramontane Kurs blieb allem Anschein nach derselbe. Ein deutliches Zeichen dafür glaubte man in dem oktroyirten Protestantenpatent vom 1. September zu erkennen, durch das der Kultus- und Unterrichtsminister Graf Thun die Brandfackel nach Ungarn schleuderte. Unter dem Deckmantel einiger materieller Vorteile barg es die Handhabe zur Vernichtung der bisherigen Autonomie der lutherischen und reformirten Kirchen im Gebiet der Stephanskrone. Sie sollten in möglichst strenge Abhängigkeit von dem Oberkirchenrat in Wien geraten, der seinerseits für ein Werkzeug in der Hand des Ministers gelten durfte. Thuns neuer Kollege Hübner, auf den Dessewffys Denkschrift Eindruck gemacht hatte, konnte es unmöglich billigen, daß dem grollenden Ungarn durch diesen Gewaltakt eine

Thuns Protestantenpatent 1. Sept. 1859.

unkluge Herausforderung zugeschleudert wurde. In einem Vortrag beim Kaiser wagte er auszusprechen: „Der eigentliche Magyare würde nur durch eine Konstitution für Ungarn, Herabsetzung der Steuern, Aufhebung des Tabakmonopols und Einführung der ungarischen Sprache als Geschäftssprache völlig zufriedengestellt werden[1])." Er ging sogar soweit, umfassende liberale Maßregeln im Inneren für die ganze Monarchie zu empfehlen. Als Ziel seines Ehrgeizes schwebte ihm die Verdrängung Rechbergs aus dem Ministerium des Äußeren vor. Da ihm dies mißlang und da zugleich seine Vorschläge an höchster Stelle und im Ministerrat Widerstand fanden, sicherte er sich durch Einreichung seiner Entlassung einen schönen Abgang. Das große Publikum, dem die geheimen Vorgänge unbekannt waren, betrachtete ihn beinahe wie einen Märtyrer der Freiheit. Es wurde in dieser Ansicht durch die Berufung des Barons Thierry, bisherigen Hofrates im auswärtigen Amt, an Hübners Stelle bestärkt, der sich durch Verkündung einer neuen scharfen Presseverordnung alsbald unliebsam einführte. Auch ward der Eindruck der Entlassung Hübners durch die gleichzeitige Enthebung Grünnes von dem Posten des ersten Generaladjutanten nicht verwischt. Nur ungern trennte sich der Kaiser von diesem gewandten und thätigen Günstling. Aber er brachte der öffentlichen Meinung, die Grünne die Hauptschuld aller offenbar gewordenen Mängel des Heerwesens beimaß, das Opfer und gab ihm in dem beliebten und geachteten Grafen Crenneville einen Nachfolger.

Austritt Hübners 22. Okt.

Entlassung Grünnes 22. Okt.

Inzwischen suchte das Ministerium die herrschende Ungeduld durch Abschlagszahlungen zu beschwichtigen. Zu ihnen gehörte die Berufung von Kommissionen, deren Mitglieder, als „Vertrauensmänner", nur teilweise aus den Kreisen des höheren Beamtentums stammten. Eine Immediatkommission unter dem Vorsitz des Grafen Hartig sollte die Reform der direkten Besteuerung anbahnen. Eine Staatsschuldenkommission sollte zunächst den Stand des Tilgungsfonds (s. I. 261), der als unzweckmäßig am 23. December aufgelöst wurde, feststellen und dem Kaiser halbjährlich über die Höhe der Staatsschulden öffentlich Bericht erstatten. Die Rekrutenstellung für das Jahr 1860 ward aufgehoben und durch Einschränkung des Heeresbestandes der Weg der Ersparungen beschritten. Die Juden, auf die Goluchowski besonders in Galizien und in der Bukowina ihrer Seelenzahl nach Rücksicht nehmen mußte, da er die Vereinigung beider Kronländer zu einer Statthalterei anstrebte, erlangten Befreiung von manchen Ausnahmegesetzen und unter einigen Einschränkungen, in einer Reihe von Kronländern, die Berechtigung zum Erwerb von Grundstücken[2]). Am fühlbarsten war die friedliche Umwälzung,

Berufung von Kommissionen.

Ermäßigung der Ausnahmegesetze für die Juden.

Gewerbegesetz 20. Dec. 1859.

[1]) E. von Wertheimer: Graf Julius Andrassy I. 115 (auch für vieles Folgende wichtig).

[2]) S. Näheres bei Rogge: Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart. II. 17, 18.

die mit dem Gewerbegesetz vom 20. December 1859 erfolgte. Es ruhte auf mehrjährigen Vorarbeiten, die noch unter Toggenburg, als Handelsminister, begonnen waren. Zwar wurde sein Entwurf in einzelnen Punkten verschlechtert. Aber im ganzen bedeutete das Gesetz doch den Übergang von dem verrotteten Zunftwesen zur zeitgemäßen Gewerbefreiheit.

Patent vom 5. März 1860. Verstärkter Reichsrat.

Endlich wurde als „Krone" der versprochenen Reformen nach dem Ausdruck der amtlichen Wiener Zeitung durch kaiserliches Patent vom 5. März 1860 ein „verstärkter Reichsrat" eingesetzt, der periodisch berufen werden sollte. Außer den ordentlichen ständigen Reichsräten sollte er aus lebenslänglich in unbeschränkter Zahl vom Kaiser Berufenen, wie Erzherzogen, kirchlichen Würdenträgern, ausgezeichneten Größen des Civil- und Militärdienstes sowie der bürgerlichen Gesellschaft, und aus 38 auf sechs Jahre nach einem Dreiervorschlag für jede Stelle von den Landesvertretungen der Kronlande bezeichneten Mitgliedern bestehen. Vorläufig und bis zur Einführung der Landesvertretungen wurden diese 38 Mitglieder nach freiem Belieben vom Kaiser ernannt. Der Beratung des verstärkten Reichsrats waren zu unterziehen: Feststellung des Staatshaushaltsvoranschlags, Prüfung der Staatsrechnungsabschlüsse, die Anträge der Staatsschuldenkommission, alle wichtigen Entwürfe in Sachen der allgemeinen Gesetzgebung, die Vorlagen der Landesvertretungen. Die Initiative der Gesetzgebung wurde der Körperschaft ausdrücklich abgesprochen und der Erlaß ihrer Geschäftsordnung der Regierung vorbehalten. Alles in allem genommen konnte diese Schöpfung des verstärkten Reichsrates als ein erster aber nur schüchterner Versuch betrachtet werden, die Bahn des Absolutismus zu verlassen. Die Verordnung vom 5. März, welche den Beweis liefern sollte, daß es der kaiserlichen Regierung Ernst sei, mit ihm zu brechen, rief eher Enttäuschung als Befriedigung hervor[1]). Die Ankündigung der Berufung des verstärkten Reichsrats für den Mai vermochte die obwaltende Erregung der Geister nicht zu beschwichtigen. Sie erhielt vielmehr neue Nahrung durch einige tragische Ereignisse, die sich fast gleichzeitig in den höchsten Regionen des Beamtentums abspielten.

Verhaftung Eynattens.

Am 23. Februar nach der Entdeckung zahlreicher Unterschleife bei Lieferungen während des letzten Krieges war der Feldmarschall-Lieutenant Freiherr von Eynatten, der das Militärverpflegungswesen verwaltet und einige Wochen lang sogar die Stellvertretung des Oberkommandos innegehabt hatte, bisher ein persönlicher Günstling Grünnes, auf die Anklage der Unterschlagung hin, in Haft genommen worden. In der Nacht vom 7. auf den 8. März entzog er sich, nachdem er sich in einer letztwilligen Erklärung als schuldig bekannt, durch Erhängen im Gefängnis dem Richterspruch. In Folge der gegen ihn angestrengten Untersuchung war auch

Sein Selbstmord 8. März 1860.

[1]) Bericht Steigers 6. März 1860. E. Arch. Bern.

der Direktor der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe Franz Richter und eine Anzahl angesehener Triester Kaufleute, die bei den Lieferungsgeschäften beteiligt gewesen, als angebliche Mitschuldige Eynattens hinter Schloß und Riegel verbracht worden. Zu den Triestern gehörte der Banquier Baron Revoltella, ein naher Freund Brucks. Dieser selbst hatte seit dem Ende des italienischen Krieges, der alle seine Hoffnungen, den Staatshaushalt zu ordnen, zu begraben schien, schwere Zeiten bei der Führung seines Amtes durchlebt. Am 10. Oktober 1859 hatte die Wiener Zeitung die willkürliche Überschreitung des Betrags jenes 1854 ausgeschriebenen Nationalanlehens (s. o. S. 324) enthüllt. Man wußte nicht, daß Bruck vergeblich beim Kaiser wiederholt auf frühere Veröffentlichung gedrungen hatte, und beschuldigte ihn absichtlicher Täuschung. Dann war die Einsetzung der Staatsschuldenkommission erfolgt, die unleugbar auch zur Überwachung des Finanzministers dienen sollte. Dazu sah er sich bald danach schwer enttäuscht durch das Mißlingen eines von ihm angeordneten Lotterieanlehens, dessen Erlös in erster Linie zur Rückzahlung an die Nationalbank für die von ihr geleisteten Vorschüsse verwendet werden sollte, das aber statt der erwarteten 200 Millionen nur 76 Millionen Gulden ergab.

Sorgen Brucks.

Inmitten seiner Sorgen ward er am 20. April durch das Erscheinen des Untersuchungsrichters in Sachen der Heereslieferungen überrascht, der im Präsidialbureau des Finanzministeriums ein Verhör mit ihm anstellte. Sein Gewissen war vollkommen rein, aber der Verdächtigung wurde ein weites Feld geöffnet. Bruck hielt es für nötig, am folgenden Tag beim Kaiser um eine Audienz zu bitten, kehrte in gehobener Stimmung von dieser zurück, zeigte sich auch am 22. April heiter bis spät Abends. Da empfing er ein kaiserliches Handschreiben, das ihm in ungnädiger Form ohne ein Wort der Anerkennung seine Entlassung ankündigte. Ohne Zweifel hatten seine Feinde, deren er im Adel, in der Bureaukratie, im Klerus nicht wenige hatte, die Gelegenheit benutzt, den Glauben an seine Ehrenhaftigkeit beim Kaiser zu erschüttern. Von dem Gefühl der Kränkung übermannt, brachte der stolze, von seiner Höhe herabgestürzte Mann mit einem Rasirmesser sich tödliche Wunden bei. Sein Kammerdiener fand ihn morgens im Blute schwimmend. Am 23. April gegen Abend hatte er ausgelitten. Leichtgläubige und Böswillige erklärten seinen Selbstmord wie den Eynattens fälschlich als Beweis der Schuld. Diese Annahme ward verstärkt durch eine Mitteilung der amtlichen Wiener Zeitung, derzufolge Bruck als Zeuge „mit andern Zeugen und Mitbeschuldigten" hätte konfrontirt werden sollen. Zwar mußte das Blatt zwei Tage später sich selbst berichtigen und das verleumderische Wort „Mitbeschuldigten" auf einen Druckfehler statt des richtigen „mit Beschuldigten" zurückführen. Allein diese

Sein Verhör 20. April.

Sein Selbstmord 23. April.

Seine Ehrenrettung durch Plener.

plumpe Ausrede machte den Verdächtigungen noch kein Ende. Erst ein Jahr später verhalf Brucks Nachfolger, zunächst provisorisch mit der Leitung der Finanzen betraut, der Ehrenrettung seines genialen Vorgängers zum Siege. Es war Ignaz von Plener, ein erprobter Beamter, der sich in Eger, Preßburg und Lemberg durch seine Leistungen auf dem Gebiet der Finanzverwaltung Verdienste erworben und Goluchowski seine Erhebung zum Staatsrat verdankt hatte.

Stellung Ungarns zum verstärkten Reichsrat. Deak.

Unter den lange nachzitternden Eindrücken der letzten erschütternden Vorgänge sah man dem Zusammentritt des verstärkten Reichsrates entgegen. Von Anfang an war die wichtigste Frage, wie sich Ungarn zu dieser Verlegenheitsschöpfung stellen werde. Begreiflicher Weise war von Franz Deak, dem „Weisen der Nation", wie eine immer größere Zahl seiner Landsleute ihn nannte, nicht zu erwarten, daß er sie anders als eine Spottgeburt betrachten würde. Er stand nach wie vor auf dem Rechtsboden der 1848 für Ungarn errungenen Verfassung. Wie er dachte Eötvös und der 1857 begnadigte und in sein Vaterland heimgekehrte Graf Julius Andrassy. Aber selbst ein Konservativer wie Graf Emil Dessewffy weigerte sich, um dem heimischen Recht nichts zu vergeben, Mitglied des verstärkten Reichsrates zu werden. Wollte man für diese Körperschaft überhaupt Persönlichkeiten von jenseits der Leitha gewinnen, so war es unumgänglich, den Ungarn einige Zugeständnisse zu machen. Die Aufregung, die Thuns Protestantenpatent hervorgerufen, hatte immer weitere Kreise gezogen und alle nationalgesinnten Volksgenossen ergriffen. Die anfangs rein kirchliche Bewegung verwandelte sich in eine das ganze Land umfassende politische Kundgebung des Widerstandes. Durch Processe, Verurteilungen, Gefangenschaft wurden Märtyrer geschaffen. Der Tod des Grafen Szechenyi, der zwei Wochen nach dem plötzlichen Hinschied seines Freundes Josika, wie man annahm, in einem Anfall von Verzweiflung über die Lage seines Vaterlandes, in der Heilanstalt zu Döbling am

Selbstmord Szechenyis.

8. April 1860 sich erschoß, bot der leidenschaftlichen nationalen Propaganda frische Nahrung. In ganz Ungarn wurden für den großen Patrioten Todesfeiern abgehalten, die ebensoviele Proteste gegen die auf dem Lande lastende Herrschaft waren. Man hatte in Wien nur die Wahl zwischen militärischer Unterdrückung oder Einlenken. Im Hinblick auf die Berufung des verstärkten Reichsrates wählte man das zweite.

Abberufung des Erzherzogs Albrecht als Statthalter Ungarns.

Am 19. April ward der Erzherzog Albrecht, der als unbeugsamer Vertreter des Centralismus galt und der sich schon früher aus Ungarn hinweggesehnt hatte, seiner Stelle als Statthalter enthoben. Weder der Bruder des Kaisers, der Erzherzog Max, noch der Erzherzog Rainer, der Sohn des ehemaligen Vicekönigs von Lombardo-Venetien, wollte sich

Benedek sein Nachfolger.

mit der ihnen angetragenen Nachfolgerschaft beladen. Sie fiel bis auf weiteres dem Feldzeugmeister Benedek zu, dem Helden von San Martino,

der jüngst erst nach Heß' Rücktritt Generalstabschef des Heeres geworden war. Zwar sträubte sich Benedek gegen die Zumutung, die höchste Civil- und Militärgewalt, wie sie vordem der Erzherzog Albrecht innegehabt hatte, in seiner Hand zu vereinigen. Allein der Regierung empfahl sich der Sprößling einer protestantischen ungarischen Adelsfamilie in dieser Doppelstellung durch seine Herkunft, seine Beherrschung der Landessprache, seine kernige Natur und Volkstümlichkeit. Auch sollte Benedek nicht mit leeren Händen kommen. Der Erlaß vom 19. April hob die Zerspaltung des Königreichs Ungarn in fünf Distrikte (s. VII. 51) wieder auf und verfügte die Vereinigung der gesamten Verwaltung zu einer Statthalterei mit dem Sitz in Ofen. Außerdem enthielt er die Zusage der Einführung von Komitatsverwaltungen, Komitatskongregationen, Ausschüssen nach Organisirung der Statthalterei, und den Befehl, sobald Gemeindeordnung und Komitatsverfassung in Wirksamkeit getreten seien, Anträge hinsichtlich eines Landtags vorzubereiten. Im ersten Augenblick fand der Erlaß freudige Aufnahme. Bald aber sah man in der Wiederherstellung des ungeteilten Königreiches ohne den gesetzlichen Reichstag nur „ein Almosen der Kaisergnade" und begann an dem Ernst der gegebenen Versprechungen zu zweifeln.

Vereinigung der Verwaltung in Ofen 19. April 1860.

Größere Befriedigung rief die Zurücknahme der drückendsten Bestimmungen des Protestantenpatentes hervor, zu der sich die Regierung am 15. Mai entschloß. Sie verknüpfte damit volle Amnestie für alle aus Anlaß der kirchlichen Wirren in Untersuchung Gezogenen oder Verurteilten. Allerdings lehnten trotz dieser Zugeständnisse drei von den sechs ernannten außerordentlichen ungarischen Mitgliedern des verstärkten Reichsrates, Somssich, Eötvös, Vay, Berühmtheiten der liberalen Partei, die ihnen zugedachte Ehre ab. Nur die drei Altkonservativen, die Grafen Georg Apponyi und Barkoczy nebst dem jüngeren Grafen Georg Mailath, dem Sohn des ehemaligen Hofkanzlers, ließen sich zur Annahme des Mandates bereit finden. Doch machten sie die Ersetzung jener drei durch andere Landsleute zur Bedingung. Diese Bedingung ward durch Berufung der Grafen Georg Andrassy und Szecsen sowie des Bacser Bischofs Korizmics erfüllt. Ein Zugeständnis, das sich auf das jenseits der Alpen der Monarchie noch verbliebene Gebiet bezog, sollte auch dem Eintritt von zwei italienischen Mitgliedern in den verstärkten Reichsrat Freunde gewinnen. Durch kaiserliche Verordnung vom 31. Mai war der venetianischen Centralkongregation innerhalb gewisser Grenzen in Verwaltungsangelegenheiten statt des bisherigen beratenden Votums ein entscheidendes Votum verliehen. Aber die Bevölkerung nahm dies gleichgiltig auf und schenkte dem parlamentarischen Trugbild in Wien so gut wie gar keine Beachtung.

Zurücknahme des Protestantenpatentes 15. Mai.

Eintritt altkonservativer Ungarn in den verstärkten Reichsrat.

Fernbleiben der Venetianer.

Nach solchen Vorbereitungen wurde am 31. Mai im Saal des Gebäudes der niederösterreichischen Statthalterei der verstärkte Reichsrat er-

Eröffnung des verstärkten Reichsrates 31. Mai.

öffnet. Der ihm vom Kaiser vorgesetzte Präsident, Erzherzog Rainer, als kenntnisreicher, von regem Interesse für die Wissenschaft erfüllter, freigesinnter Fürst und Feind aller steifen Förmlichkeiten allgemein beliebt, verwies in seiner Eröffnungsrede auf „die ernste Lage des Vaterlandes" und auf „die Wichtigkeit der vorliegenden Aufgaben", als deren größte er die Abgabe eines Gutachtens über die Regelung des Staatshaushaltes bezeichnete. Am folgenden Tag empfing der Kaiser, umgeben von seinem Hofstaat, die Versammlung. Er ermahnte sie, immer im Auge zu behalten, daß die Geschicke der einzelnen Teile des Reiches aufs innigste mit einander verflochten seien, und daß Versuche, dies Band zu lockern, nur zum Nachteil des Ganzen wie seiner Teile führen könnten. Die Geschäftsordnung war ihr schon vorher aufgedrungen worden. Sie schloß die Öffentlichkeit aus und verpflichtete die Reichsräte, keinerlei Privatmitteilungen über die Verhandlungen zu machen. Nur die Ergebnisse der jeweiligen Beratung sollten auszugsweise durch die Präsidenten in der Regierungszeitung bekannt gemacht werden. Nach diesen Auszügen, denen bald allerdings ein großer Spielraum gewährt wurde[1]), hatte sich das Publikum über den Gang der Verhandlungen zu unterrichten.

Charakter der Versammlung.

Der Charakter der Versammlung und die Gruppirung ihrer Mitglieder blieben nicht lange im dunkeln. Unbestreitbar war das Übergewicht der aristokratischen Masse von Fürsten, Grafen, Baronen und Excellenzen. Unter den ordentlichen Reichsräten, durchwegs namhaften, in der Zeit der Reaktion berufenen Staatsdienern, konnte wohl nur der als hervorragender Jurist gepriesene, aber in Erinnerung an die italienischen Hochverratsprocesse der zwanziger Jahre viel gescholtene Salvotti für eine politisch hervorstechende Persönlichkeit gelten. Sein Kollege, der Freiherr von Lichtenfels, wie er eine juristische Koryphäe, seiner Gesinnung nach ein Josefiner von unerbittlicher Strenge gegen Schwankende und Laue, entwickelte sich erst in der Folgezeit zum hervorragenden Staatsmann. Hingegen befanden sich unter den außerordentlichen, vom Kaiser auf Lebenszeit Berufenen Männer von stark ausgeprägtem öffentlichen Charakter, wie der Kardinal-Erzbischof Rauscher, Graf Franz Hartig, Graf Georg Apponyi. Unter den auf sechs Jahre als Vertreter der Kronlande der westlichen Reichshälfte Ernannten waren die bedeutendsten Graf Anton Auersperg, der als Anastasius Grün den Lorbeer des Freiheitssängers errungen hatte, und Graf Heinrich Clam-Martinitz, der Sohn des 1840 verstorbenen Generaladjutanten, Schwager Leo Thuns, nahe verwandt mit den Schwarzenbergs, der feurige Verfechter des Ultramontanismus und stolze böhmische Feudalherr, der es nicht verschmäht

[1]) S. Alfred von Arneth: Aus meinem Leben. II. 145 ff.

hatte, zeitweise Bach seine Dienste zu leisten. Eine Gruppe für sich bildeten die Ungarn unter der gewandten Führung der Grafen Apponyi und Szecsen. Sie hatten den Vorteil parlamentarischer Schulung und traten sofort mit einem bestimmten Programm auf den Plan. Der verstärkte Reichsrat bot ihnen eine Tribüne, um gegen die bisherige Behandlung ihres Vaterlandes Einspruch zu erheben und seine alten „legitimen Ansprüche" zu verfechten. Gleich in der Eröffnungssitzung machten sie ihr Bleiben davon abhängig, daß der zu leistende Eid sich nicht auch, wie die Regierung gefordert hatte, auf die oktroyirte Geschäftsordnung erstrecke. Danach gaben Apponyi und Georg Andrassy im Namen ihrer Kollegen die Erklärungen zu Protokoll, daß sie nicht als Repräsentanten Ungarns zu betrachten und daß sie dem Ruf Seiner Majestät nur gefolgt seien, im Vertrauen darauf, nach dem Erlaß vom 19. April in der Versammlung jene Meinungen geltend machen zu können, zu denen sie sich auf Grundlage ihrer „historischen Rechte" im Interesse der Krone und des Gesamtstaates bekennen müßten. Nicht lange währte es, so bildete sich ein Bündnis zwischen den konservativen Ungarn und den Vertretern des Feudaladels der westlichen Reichshälfte. Graf Szecsen reichte dem Grafen Clam-Martinitz zu gemeinsamer Bekämpfung der unumschränkten centralisirenden Bureaukratie und zu gemeinsamer Verteidigung der „historisch-politischen Individualitäten" die Hand. Für den ersten bedeutete diese Lehre der „historisch-politischen Individualitäten": Herstellung eines selbständigen ungarischen, vom Adel beherrschten Reichstags in Pest, Hegemonie der Magyaren über die anderen Nationalitäten im Bereich der Stephanskrone, Wiederzufügung der serbischen Wojwodina sowie des Temeser Banates und Einverleibung Kroatiens sowie Siebenbürgens in ihr Gebiet. Für den zweiten zielte sie ab auf Zersplitterung der Erblande in provinzielle Landtage, Wiedergewinnung adliger Vorrechte, Preisgebung des freisinnigen deutschen Bürgertums an eine Liga klerikal-slawisch-feudaler Bundesgenossen.

Bündnis der konservativen Ungarn und der Feudalaristokratie des Westens.

Szecsen und Clam-Martinitz.

Die Minister hatten unter diesen Umständen selbst gegenüber einer so sorgfältig gesiebten und gegängelten Versammlung von Notabeln keinen leichten Stand. Sie unterwarf das System Bachs einer Kritik, wie sie schärfer eine freigewählte Volksvertretung nicht hätte üben können. Besonders der Justizminister Graf Nadasdy, Karl von Krauß' Nachfolger, bekam bittere Worte zu hören. Das Publikum, das anfangs kein großes Interesse für die Verhandlungen zeigte, begann ihnen mit gespannter Aufmerksamkeit zu folgen. Die Ungarn lehnten, getreu ihrer Taktik, die Begutachtung von Gesetzesvorlagen rundweg ab und wollten sich nur auf eine Prüfung des Staatshaushaltes einlassen. Diese ward in Abweichung von der Geschäftsordnung zunächst einem großen Ausschuß von 21 Mitgliedern überwiesen. Dann trat, nachdem vier Plenarsitzungen gehalten

Schwerer Stand der Minister.

Wahl eines Ausschusses 3. Juni.

waren, eine lange Pause ein. Erst am 19. Juli wurde sie durch die Berufung einer außerordentlichen Sitzung unterbrochen. In dieser verlas der Erzherzog-Präsident ein Handschreiben des Kaisers, das seinen Entschluß ankündigte, künftig die Einführung neuer Steuern und Auflagen, sowie die Erhöhung der bestehenden direkten Steuern und Gebühren, endlich, ausgenommen den Fall einer Kriegsgefahr, die Aufnahme neuer Anlehen nur mit Zustimmung des verstärkten Reichsrates anzuordnen. Dies Zugeständnis war wesentlich auf das Drängen Pleners zurückzuführen, der die Gesundung der Finanzen nur von einer parlamentarischen Kontrolle erwartete. Seine Berichte über die Finanzlage des Reiches vom 9. und 15. August wurden gleichfalls auf Befehl des Kaisers dem Reichsrat vorgelegt. Sie ergaben als Summe der Kriegskosten an 200 Millionen Gulden, als Erfordernis im Jahre 1859 für Militär und Marine allein 301 Millionen und als Betrag des Deficits jenes Jahres 280 Millionen. Für die Jahre 1860, 1861 und 1863 glaubte die Regierung nur mit Fehlbeträgen von 56, 34 und 19 Millionen rechnen zu müssen. Ein ergänzender Bericht Pleners über die Verhältnisse der Nationalbank und die Herstellung einer festen Valuta erklärte die Einführung „zeitgemäßer politischer Institutionen für das Gesamtreich" als „die allein mögliche Bürgschaft der Festigung des öffentlichen Vertrauens und der Begründung einer dauerhaften Ordnung".

Zugeständnisse der Regierung 19. Juli.

Pleners Berichte über die Finanzlage 9./15. August.

Zu dem gleichen Schluß war schon vorher der große Ausschuß des verstärkten Reichsrates gekommen, der die Prüfung des Staatshaushaltes vorgenommen hatte. Aber nach dem Bericht, den Graf Szecsen am 10. September bei der Wiederaufnahme der Plenarsitzungen erstattete, spaltete sich der Ausschuß hinsichtlich der Vorschläge der Einführung „zweckmäßiger Institutionen" zur Belebung „des öffentlichen Geistes" und „der moralischen Kraft" des Reiches in eine Majorität und eine Minorität. Die Majorität sah das Heilmittel in der „Anerkennung der historisch-politischen Individualität der einzelnen Länder der Monarchie", in der „Begründung lebenskräftiger municipaler Institutionen" durch „die möglichste Anknüpfung an die früher bestandenen Institutionen und Rechtszustände". Dieser vorzugsweise föderalistischen und reaktionären Auffassung, die dem Bund der ungarischen Magnaten und der östreichischen Feudalherren entsprach, setzte die Minorität eine andere von mehr centralistischer und liberaler Färbung entgegen. Sie ersuchte den Kaiser, „aus eigener Machtvollkommenheit allergnädigst zu geruhen, Institutionen ins Leben zu rufen, durch die bei möglichster Entwicklung freien Selbstverwaltungsrechts in allen Kronländern und bei vollständiger Wahrung der Einheit des Reichs und der Legislation sowie der Exekutivgewalt der Regierung, dann bei wirksamer und unabhängiger Kontrolle des Staatshaushaltes alle Interessen der Bevölkerung in

Bericht des Ausschusses 10. Sept.

Majoritäts- und Minoritätsgutachten.

der Kommune, im Landtag und im Reichsrat ihre geeignete Vertretung fänden".

Debatte. Fünf Sitzungen hindurch dauerte die Redeschlacht über die beiden Gutachten nach ihrer Verteidigung durch den selbstbewußten, herausfordernden Grafen Clam-Martinitz für die Mehrheit und durch den ihm nicht gewachsenen, beinahe zaghaften Doktor Hein, ehemaliges Mitglied des Kremsierer Reichstags, Advokat und Vicebürgermeister von Troppau, für die Minderheit. So begeistert für die Idee eines starken österreichischen Gesamtstaates einzelne Redner, wie z. B. Lichtenfels, auch die Meinung der Minderheit zu Gehör brachten: sie ließ es doch an Klarheit eines scharf umrissenen politischen Programmes fehlen. In ihrem Namen verwahrte sich Hein in der vorletzten Sitzung ausdrücklich gegen den Vorwurf, als ob einer aus ihrer Mitte je beabsichtigt habe, „auch nur im entferntesten auf eine Repräsentativverfassung in modernem Zuschnitt und nach französischen Grundsätzen hinzudeuten". Einzig der Vertreter des Siebenbürger Sachsenlandes Maager, Präsident der Kronstädter Handels- und Gewerbekammer, hatte den Mut gehabt, das zündende Wort „Konstitution" auszusprechen. Er bezeichnete eine freisinnige Reichsverfassung als das einzige Rettungsmittel der Monarchie. Dadurch ward der an sich nicht eben bedeutende Mann der Held des Tages. Selbst die Mode bemächtigte sich seiner und „Maager-Hüte, Maager-Frisuren, Maager-Seife" kamen in Schwung[1]).

Maagers Förderung einer „Konstitution".

Annahme des Majoritätsgutachtens 27. Sept. Am 27. September, nach einer stürmischen Sitzung, in der sich Szecsen und Barkoczy sogar Ordnungsrufe des Präsidenten zuzogen, wurde das Gutachten der Mehrheit mit 34 gegen 16 Stimmen angenommen und damit die Thätigkeit des verstärkten Reichsrates geschlossen. Der Kaiser verabschiedete ihn zwei Tage danach mit einer dankenden Ansprache, in welche er die der Mehrheit erfreulichen Worte einfließen ließ: „Ich werde Ihr Gutachten ungesäumt in Erwägung ziehen und meine Entschließung in kürzester Frist erlassen." Noch verstrichen drei Wochen, bis die Wünsche der Clam-Martinitz und Apponyi in Erfüllung gingen. In Ungarn hatte Benedek währenddes bei Inspektionsreisen durch freundliches Entgegenkommen und freie, mitunter derbe Redeweise die Herzen zu gewinnen gesucht, ohne sich durch die an der Oberfläche herrschende Ruhe täuschen zu lassen. In der That fanden am 20. August,

Unzufriedenheit in Ungarn.

[1]) L. von Przibram: Erinnerungen eines alten Österreichers. 1910. I. 88. — Berichte Steigers 21., 25., 28. Sept. 1860. E. Arch. Bern. Nach Steigers Bericht vom 4. Okt. 1860 wurde Maager, als der verstärkte Reichsrat entlassen war, vom Kaiser empfangen, der ihm herzlich dafür dankte, wie er seine Mission erfüllt habe. „Herr Maager entwickelte dem Kaiser neuerdings seine Ansichten, welche er mit Interesse anhörte und hierauf bemerkte, er wolle seine Ansichten nicht bestreiten, obgleich sie mit seinen Anschauungen nicht ganz übereinstimmen" u. s. w.

am Stephanstag, in Pest wieder bedenkliche Ansammlungen statt. Die Verbote von Aufzügen und Waffentragen blieben ohne Wirkung. Die Zeichen der Unzufriedenheit in den höheren Schichten der Gesellschaft und der Unzuverlässigkeit der Massen wurden immer drohender. Daher drangen die am Wiener Hof einflußreichen ungarischen Altkonservativen auf weitere Schritte des Entgegenkommens.

Einfluß Szecsens.

Ihr Wortführer war Szecsen, ein Mann von ungewöhnlicher geistiger Regsamkeit, historischer Bildung und einschmeichelnder Beredtsamkeit, dessen Vater Oberhofmeister der Mutter Franz Josefs gewesen war. Er hatte den Kaiser im August bei seiner Fahrt nach Salzburg zur Eröffnung der Westbahn begleitet und ihn schon damals für das Wiederaufleben der alten Verfassungszustände Ungarns gewonnen. Vorbedingung dafür war die Ersetzung der von Bach dem Lande aufgedrungenen fremden, insonderheit deutschen Beamten durch ungarische, von den Komitaten zu wählende Behörden. Benedek widerriet diese Maßregel aufs dringendste, aber er konnte sich keines Erfolges rühmen. Szecsen ließ zu seiner Unterstützung andere ungarische Mitglieder des jüngst verabschiedeten verstärkten Reichsrates und einige seiner Freunde nach Wien kommen. Auch Dessewffy eilte herbei, um seine Reformpläne annehmbar zu machen, was ihm jedoch nur teilweise gelang. Endlich ward auf Befehl des Kaisers telegraphisch der Baron Vay herbeschieden, der hervorragende Führer der ungarischen Protestanten, wegen seiner Thätigkeit während der Revolution in Siebenbürgen kriegsgerichtlich zum Tode verurteilt und dann zu mehrjähriger Festungshaft begnadigt, den die Altkonservativen, um von seiner Volkstümlichkeit Nutzen zu ziehen, als ungarischen Hofkanzler in Vorschlag brachten. Täglich fanden unter Vorsitz Rechbergs oder des Kaisers lange Beratungen statt, um den Wortlaut der verschiedenen Erlasse festzustellen. Man hatte um so größere Eile, da eine Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren und dem Prinzregenten von Preußen in Warschau unmittelbar bevorstand. Hier aber sollte und wollte Franz Josef mit dem Hinweis auf eine Besserung der inneren Zustände seines Reiches auftreten, durch die auch eine heilsame Entwicklung seiner Stärke nach außen verbürgt werde[1]).

Beratungen in Wien.

Mit Ungeduld ward in Wien wie in Pest das Ergebnis der nicht geheim bleibenden Verhandlungen erwartet. Die Spannung löste sich, als am Tage der Abreise des Kaisers nach Warschau in der amtlichen Wiener Zeitung ein kaiserliches Manifest an die Völker der Monarchie, ein Diplom zur Regelung ihrer inneren staatsrechtlichen Verhältnisse und eine Anzahl ergänzender Dekrete erschienen. Das Manifest hob

Das Oktoberdiplom 20. Okt. 1860.

[1]) Zur Ergänzung der gedruckten Litteratur verwerte ich, auch für das Folgende, die Berichte Steigers 10., 17., 20., 24., 27. Okt. 1860. E. Arch. Bern.

hervor, daß nach den Erschütterungen der Revolution „eine strengere Koncentrirung der Regierungsgewalt" notwendig gewesen sei, statt deren nunmehr eine ausgleichende Verbindung „der Erinnerungen, Rechtsanschauungen und Rechtsansprüche" der einzelnen „Länder und Völker" mit „den thatsächlichen Bedürfnissen der Monarchie" eintreten sollte. Das Diplom sollte „ein beständiges und unwiderrufliches Staatsgrundgesetz" bilden, durch das der Herrscher sich verpflichtete, nur unter Mitwirkung der gesetzlich versammelten Landtage, beziehungsweise des Reichsrates Gesetze zu geben, abzuändern und aufzuheben. Der Reichsrat, in dem sich die Zahl der von den Landtagen zu entsendenden Mitglieder auf hundert erhöhte, hatte alle Gegenstände zu erledigen, die allen Königreichen und Ländern der Gesamtmonarchie gemeinsam waren. Doch stand ihm in Fragen der Gesetzgebung und der Prüfung des Staatshaushaltes nur das Recht der Beratung zu. Allein die Erhebung neuer Steuern und die Aufnahme von Anlehen waren an seine Zustimmung gebunden. Alle anderen Gegenstände der Gesetzgebung waren in und mit den betreffenden Landtagen zu erledigen, und zwar „in den zur ungarischen Krone gehörigen Ländern im Sinn ihrer früheren Verfassungen in allen übrigen Kronländern gemäß ihren Landesordnungen". Indessen behielt der Kaiser sich vor, Gegenstände, deren gemeinsame Behandlung nur die westliche Reichshälfte berührte, unter verfassungsmäßiger Mitwirkung eines engeren Reichsrates mit Ausschluß der Mitglieder aus den Ländern der ungarischen Krone erledigen zu lassen. Das Oktoberdiplom war ein Triumph des Föderalismus über die centralistische Bureaukratie. Zugleich verhieß es den Ungarn die Wiedererweckung ihrer alten Verfassungszustände, während die übrigen Reichsangehörigen auf die noch zu erlassenden Landesordnungen verwiesen und vorläufig mit den mageren, dem Reichsrat zugestandenen Gerechtsamen abgefunden wurden. Trotz der Berufung auf die „Notwendigkeit gemeinsamer Behandlung der höchsten Staatsaufgaben" leistete das Oktoberdiplom daher doch dem Dualismus den stärksten Vorschub.

Erfolg des Föderalismus.

An die Verkündung des neuen Staatsgrundgesetzes reihte sich eine Fülle kaiserlicher Handschreiben. Die Ministerien der Justiz, des Unterrichtes und Kultus, des Inneren als Centralbehörden wurden aufgehoben und dafür die ungarische und siebenbürgische Hofkanzlei wiederhergestellt. Desgleichen sollten die früheren ungarischen Komitatsverfassungen, die Gerichtsverwaltung innerhalb des Königreichs, der Gebrauch des Ungarischen als Geschäfts- und Amtssprache wieder aufleben. Wie verabredet, wurde Vay mit der Würde des ungarischen Hofkanzlers betraut und als solcher nebst Szecsen, der kein eigenes Portefeuille inne hatte, in das Ministerium aufgenommen. Zugleich ward Benedek, von seinem Posten in Pest abberufen, als Höchstkommandirender in Venetien, Kärnten,

Herstellung der ungarischen und siebenbürgischen Hofkanzlei, der Komitatsverfassungen u. s. w.

Vay ungarischer Hofkanzler.

Benedeks Versetzung nach Mailand.

Krain, dem Küstenland, Tirol nach Mailand versetzt. Für die westliche Reichshälfte ward die oberste Leitung der administrativ-politischen Angelegenheiten einem „Staatsminister" übertragen, als welcher Goluchowski eine bedeutende Erhöhung seiner Stellung erfuhr. Ihm war auch die Ausarbeitung der neuen Landesordnungen zugeteilt. Mit der Aufhebung des Ministeriums des Unterrichtes und Kultus empfing Thun seinen Abschied. Ebenso trat der Justizminister Nadasdy zurück. Die Leitung der Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten erhielt der bisherige Unterstaatssekretär Helfert, die der Justizsachen der bisherige Sektionschef Lasser. Den mißliebigen Polizeiminister Thierry löste Baron Mecsery, der frühere Statthalter Böhmens, ab. Das 1853 aufgehobene Kriegsministerium wurde wieder hergestellt und dem Feldmarschall-Lieutenant Grafen Degenfeld überwiesen.

Goluchowski „Staatsminister".

Verabschiedung Thuns und Nadasdys.

Degenfeld Kriegsminister.

Die erste Aufnahme des Oktoberdiploms in den beiden Reichshälften war nicht gleichartig. Wien war am Abend nach seinem Bekanntwerden festlich beleuchtet. Herrschte auch kein großer Enthusiasmus, so gestanden doch viele ruhig Denkende, „daß ein großer Schritt geschehen sei, indem das absolute Regiment gebrochen sei und eine neue Zeit begonnen habe, welche für Österreich eine glückliche Zukunft in sich berge"[1]). Dieser Stimmung gab der Trientiner Dichter und Politiker Carneri in seiner Schrift „Neuösterreich" mit den Worten Ausdruck: „Das System der Centralisation ist aufgegeben und mit ihm hat Österreich die Zeit des Schlaraffentums hinter sich." Allein wenige Wochen genügten, um einen Umschlag der Meinung in den Kreisen des freisinnigen Bürgertums hervorzurufen. Es konnte sich nicht darüber täuschen, daß ihm auf der politischen Bühne in ganz Cisleithanien nur eine bescheidene Rolle zugewiesen sein solle. Den besten Beweis dafür erbrachten die vier von Goluchowski veröffentlichten Landesstatute für Steiermark, Kärnten, Salzburg und Tirol. Hier fand man die Schöpfung von Landtagen, in denen dem Großgrundbesitz und der Geistlichkeit beinahe durchweg fast ebenso viele Sitze eingeräumt waren wie den von den Gemeindevertretern und Gemeindevorstehern zu wählenden Bürgern und Bauern. Zur deutlichen Kennzeichnung der Bevorzugung des Adels ward außerdem den mit einem Mandat betrauten adligen Besitzern landtäflicher Güter das Erscheinen in der alten ständischen Uniform gestattet. Diesen feudal gefärbten Landtagen sollten die Wahlen zum Reichsrat obliegen, und zwar der Art, daß sie dem Kaiser Dreiervorschläge unterbreiteten, nach denen er die Abgeordneten ernannte. Die Mißstimmung wegen der unglücklichen Arbeit Goluchowskis verbreitete sich in der ganzen westlichen Reichshälfte. Sie wurde auch durch die am 13. November erfolgende Aufhebung der

Verschiedenartiger Eindruck des Oktoberdiploms.

Die Landesstatute 30. Okt. bis 15. Nov.

Ungünstige Aufnahme.

[1]) Bericht Steigers 24. Okt. 1860. E. Arch. Bern.

bis dahin üblichen Preßverwarnungen nicht beseitigt. In Graz, Salzburg und anderen größeren Städten beschlossen die Gemeinderäte, die zur Zeit der Reaktion der Bürgerschaft aufgedrungen waren, zurückzutreten und Neuwahlen zu fordern. So mächtig setzte diese Bewegung ein, daß Goluchowski nichts übrig blieb, als in den deutschen Kronländern am 26. November das von Bach suspendirte Stadionsche Gemeindegesetz (s. VII. 508, 518) wieder in Wirksamkeit zu setzen und auf Grund desselben die Vornahme neuer Gemeinderatswahlen anzuordnen.

Einen noch ungünstigeren Verlauf für die Regierung nahmen die Dinge in Ungarn. Die Statthalterei in der ungarischen Hauptstadt erhielt zuerst nur eine ungenaue, durch den Telegraphen verstümmelte Wiedergabe des Oktoberdiploms. Daraufhin empfahl der Magistrat von Pest eine allgemeine Illumination. Als man aber aus der amtlichen Wiener Zeitung ersah, daß Ungarn auch den Wiener Reichsrat beschicken, und daß der ungarische Landtag diesem das Recht der Steuer- und Rekrutenbewilligung abtreten solle, warfen Studenten und Volkshaufen die beleuchteten Fenster ein. Die Garnison hatte wieder Straßen und Plätze mit dem Bajonett zu säubern. Benedek drohte vor seinem Abgang nach Italien und vor der Ankunft des zu seinem Nachfolger bestimmten Grafen Georg Mailath den städtischen Behörden, die er für die Erhaltung der Ruhe verantwortlich machte: „Ihr kennt den Benedek nur halb, das nächste Mal frage ich nicht, wie viele fallen." Vergeblich suchte Dessewffy die Einwürfe Deaks und Eötvös' gegen die aufgedrungene Gabe des Herrschers zu widerlegen. Sie waren zwar bereit, alle Vorteile, die sie bot, auszunutzen. Aber ihre Forderung, den gesetzmäßigen Zustand von 1848 wiederhergestellt zu sehen, blieb unwandelbar. Dieser Parole folgte das Land. Noch hegte Vay die Hoffnung, durch Vernichtung der fremden Verwaltungsbehörden und durch Herstellung der Komitate die Nation mit dem Oktoberdiplom aussöhnen zu können. Die deutschen und slawischen Beamten wurden vertrieben, Grundbücher und Gerichtsakten auf die Straße geworfen. Bei der Ernennung der neuen Obergespane waltete keine Rücksicht auf ihre politische Vergangenheit. Schon hiebei erfuhr die Regierung zufolge der Ablehnung mancher Ernannten, wie Julius Andrassys, Tiszas, Lonyays, eine herbe Enttäuschung.

Tumulte in Pest.

Deaks und Eötvös' Forderung der Herstellung der Verfassung von 1848.

Die Instruktionen, die Vay sodann am 26. November an die Obergespane richtete, durch die er der Autonomie der Komitate namentlich für die Steuereintreibung und Rekrutenaushebung engere Grenzen zu ziehen suchte, wurden fast überall völlig mißachtet. Weit und breit traten die Generalkongregationen zusammen, setzten die Komitatsbehörden in voller Wirksamkeit ein, wählten mit Vorliebe Männer, die sich 1848 einen Namen gemacht hatten, darunter sogar Flüchtlinge und Verbannte, zu ihren Vorstehern. Die Altkonservativen, die durch das Oktoberdiplom

Zusammentritt der Generalkongregationen.

eine Beruhigung der Geister zu erreichen gehofft hatten, verloren völlig den Boden unter ihren Füßen. „Ich bin, schrieb einer von ihnen nach Wien, wie ein General ohne Armee, umgeben von Feinden, mit trostlosem Blick für die Gegenwart und noch trauriger für die Zukunft[1])." Eine Zusammenkunft mit Führern der vereinten liberalen Opposition, die auf Vorschlag Apponyis stattfand, verlief ganz ergebnislos. Der Widerstand gegen die östreichische Herrschaft wuchs von Tag zu Tag. In Debreczin wurden die kaiserlichen Adler von allen öffentlichen Gebäuden herabgerissen. In Pest beschloß die Generalkongregation des dortigen Komitates, bis zur Berufung des Landtags auf Grundlage der Gesetze von 1848 mit der Einziehung der Steuerrückstände innezuhalten. In Gran sprach sich die vom Kardinal-Primas dorthin berufene Versammlung von Notabeln, die ein Gesetz für die Wahlen zum Landtag ausarbeiten sollte, einmütig für einfache Herstellung des Wahlgesetzes von 1848 aus. Wohin man blickte, sah man den Sturm, den das Oktoberdiplom hatte beschwören sollen, stärker werden.

Wachsen des Widerstandes.

Unter diesen Umständen wurde die Stellung des Staatsministers Goluchowski, der die Gesamtregierung mit seinem Namen deckte, unhaltbar. Mit Rechberg, dem seine Hinneigung zu föderalistischer Ausgestaltung der Monarchie in ihren einzelnen Teilen zu weit ging, stand er nicht auf dem besten Fuß, und seine ungarischen Kollegen hatten sich ganz mit ihm überworfen. Man munkelte schon seit einiger Zeit von einer Ministerkrisis und nannte bereits den Mann, der dazu berufen werden solle, Goluchowski abzulösen. Es war Schmerling, der ehemalige Ministerpräsident des Reichsverwesers in Frankfurt, der bewährte Justizminister unter Schwarzenberg, seit seinem Rücktritt, den ihm die Treue gegen die Verfassung geboten hatte, in zehnjähriger würdiger Zurückgezogenheit vom öffentlichen Leben erster Senatspräsident des obersten Gerichtshofes, die Hoffnung der liberalen Deutsch-Östreicher, aber damals auch von den ungarischen Altkonservativen als kraftvoller Verbündeter betrachtet. „Er ist, berichtete der schweizer Geschäftsträger nach Hause, der Mann, ja ich möchte sagen, der einzige Mann, welcher in der hiesigen Bevölkerung Vertrauen genießt und dem man zutraut, daß er offen und wahr dem Kaiser die traurigen Verhältnisse ungeschminkt darstellen wird[2])." Schmerling verständigte sich in mehreren Audienzen direkt mit dem Kaiser und erhielt danach seine Ernennung an Goluchowskis Stelle. Gleichzeitig ward Plener endgiltig zum Finanzminister ernannt.

Unhaltbarkeit der Stellung Goluchowskis.

Schmerling.

Seine Ernennung zum Staatsminister 13. Dec.

Das Programm, mit dem Schmerling sich einführte, war in einem amtlich veröffentlichten Rundschreiben an die Statthalter der Kronländer

[1]) Bericht Steigers 28. Nov. 1860. E. Arch. Bern.
[2]) Bericht Steigers 12. Dec. 1860. E. Arch. Bern.

vom 23. December skizzirt. Er bediente sich dafür der Feder seines geistreichen, vielseitig gebildeten, enthusiastischen Freundes, des Tirolers Hans von Perthaler, der sich als juristischer und publicistischer Schriftsteller einen Namen gemacht, 1849 als Ersatzmann im Frankfurter Parlament die großdeutsche Idee verfochten hatte, Lehrer der Erzherzoge Ferdinand Max und Karl Ludwig in den staatsrechtlichen Wissenschaften gewesen und im Justizdienst bis zum Oberlandesgerichtsrat aufgestiegen war. Perthalers Schriften, „Palingenesis“ und „Neue Briefe“ waren erfüllt von den Ideen des Centralismus und Liberalismus, die er als Grundlage der Neugestaltung des Reiches betrachtete. In derselben Richtung bewegte sich der Gedankengang des kühleren Staatsmannes Schmerling. Scheinbar knüpfte sein Rundschreiben an das Oktoberdiplom an. In Wahrheit ging es entschieden über dasselbe hinaus und setzte sich sogar zu demselben in wesentlichen Punkten in Widerspruch. Es verkündete als weitere Grundlinien der Verfassungsarbeit: erstens Erlaß von Landesstatuten, nach denen die Landesvertretungen gemäß dem Princip der Interessenvertretung auf Grundlage eines ausgedehnten Rechtes der Wahl und Wählbarkeit zusammengesetzt sein sollten, mit dem Recht der Initiative und mit Öffentlichkeit der Verhandlungen, zweitens Schaffung eines stattlichen Reichsrates, gleichfalls mit dem Recht der Initiative und der Öffentlichkeit seiner Verhandlungen, unter Preisgebung des Dreiervorschlags aus freier Wahl der Landtage hervorgehend, als Reichsvertretung zur Behandlung der gemeinsamen gesetzgeberischen Arbeiten. Damit verknüpften sich Zusagen der Verbürgung persönlicher Freiheit, Gleichheit aller vor dem Gesetz, freier Religionsübung, der Sorge für geistige Bildung und wirtschaftliches Gedeihen, des Aufhörens jedes präventiven Eingriffes in die Presse, völliger Trennung der Justiz von der Verwaltung. Die Durchführung dieses Programms sollte „wie allenthalben, so auch den Bewohnern der Länder der ungarischen Krone, die Überzeugung einflößen, daß es der Regierung in den anderen Ländern mit den verheißenen politischen Institutionen nicht minder voller Ernst sei“.

Sein Programm verfaßt von Perthaler 23. Dec.

Schmerlings Rundschreiben wurde, wie man leicht bemerken konnte, von der Partei der Feudalen und Klerikalen in der westlichen Reichshälfte nicht günstig aufgenommen, um so freudiger aber von der Masse des freisinnigen, namentlich des deutschen Bürgertums. Einzelne Wendungen, wie das Francis Bacon von Perthaler entlehnte Wort „Wissenschaft ist Macht“, riefen insbesondere in den Kreisen der akademischen Jugend Jubel hervor. Dagegen in Ungarn schienen die Hoffnungen, die man auf die Wirkung der Worte des neuen Staatsministers gesetzt hatte, nicht in Erfüllung zu gehen. Die Entrichtung der Steuern wurde nach dem vom Pester Komitat gegebenen Beispiel aller Orten verweigert. Ohne Rücksicht auf das Tabakmonopol ward der Tabak öffentlich verkauft. Auf die

Freudige Aufnahme durch das deutsche Bürgertum.

Wirkungslosigkeit in Ungarn.

Vertreibung der fremden Beamten folgten Angriffe gegen die ganze nach der Revolution von Wien aus eingeführte Gesetzgebung. In Beratungen des Ministeriums über die jenseits der Leitha zu treffenden Maßregeln schien das bisherige Einvernehmen Schmerlings und seiner ungarischen Amtsgenossen, Vay und Szecsen, schon brüchig zu werden. Der Kaiser wünschte vor jeder Entscheidung Deak und Eötvös zu sprechen.

Deaks und Eötvös' vergebliche Audienz 27. Dec.

Aus seiner Audienz vom 27. December nahm Deak den Eindruck hinweg, daß Franz Josef „Verstand und Herz" habe, und der Kaiser bezeichnete Deak gegenüber Vay als einen „vom Scheitel bis zur Sohle ehrlichen, von starken Überzeugungen durchdrungenen Mann". Aber ein Ausgleich war unmöglich, da Deak, sich selbst getreu, als erste Bedingung desselben mit alter Zähigkeit die volle Wiederherstellung der Gesetze von 1848 forderte. Dieser Forderung widersetzte sich, mit Schmerling einig, der Kaiser, da er die Verfassung von 1848 durch die Erhebung Ungarns gegen Östreich und durch den Kampf von 1849 für verwirkt erachtete.

Versagen der Versöhnungsmittel.

Daneben verfehlten alle Versöhnungsmittel, zu denen er sich verstand, ihren Zweck. Er begnadigte großmütig den unter falschem Namen aus der Verbannung nach Dresden gelangten und von der sächsischen Regierung ausgelieferten Grafen Ladislaus Teleki auf dessen ehrenwörtliches Gelöbnis, „sich nie mehr in politische Umtriebe einzulassen"[1]). Er gewährte die Wiedereinverleibung der serbischen Wojwodschaft und des Temeser Banats in das Königreich Ungarn. Er bewilligte eine provisorische Wahlordnung für den Landtag im wesentlichen nach den Anträgen der Graner Konferenz. Er hob die ungarische Abteilung des obersten Gerichtshofes in Wien wieder auf und stellte die Septemviraltafel in Pest als höchstes Forum wieder her. Aber der Widerstand der Komitate wurde nicht entwaffnet. Endlich raffte sich Vay, ohne Zweifel von Schmerling gedrängt, dazu auf, durch ein scharfes Reskript vom 16. Januar 1861 die Komitatsbehörden zu bedeuten, daß „die Revolution, möge sie offen auftreten oder sich heuchlerisch in das Gewand legaler Formen kleiden", nicht geduldet werden könne. Demnach wurden alle Wahlen im Ausland lebender Hochverräter kassirt, alle Beschlüsse, die Eintreibung von Steuern zu hindern, neue Steuern selbständig auszuschreiben, die Wirksamkeit bestehender Gerichtsbehörden und Gesetze zu hemmen, aufgehoben, alle Versuche, die Gesetze von 1848 auf eigene Faust ins Leben treten zu lassen, untersagt. Für den Fall des Widerstandes wurde den Komitatsausschüssen Suspension oder Auflösung, nötigenfalls unter Anwendung materieller Gewalt, angedroht. Vay ersuchte den Kardinal-Primas durch ein bewegliches Schreiben, mit seinem bekannten Patriotis-

Reskript gegen die Komitate 16. Jan. 1861.

[1]) S. Näheres bei Eduard von Wertheimer a. a. O. I. 151. Nach dem Bericht Steigers vom 1. Januar 1861, E. Arch. Bern, hatte Teleki sein Ehrenwort gegeben „auf seine aufrührerischen Pläne verzichten zu wollen".

mus auf Anerkennung der väterlichen Absichten Seiner Majestät und auf gehorsame Erfüllung seiner Anordnungen hinzuwirken. In der That kam der Kardinal-Primas durch ein an alle Komitate gerichtetes Cirkular vom 20. Januar 1861 diesem Ersuchen nach. Aber schon drei Tage später unterzeichnete er als erblicher Obergespan des Komitates von Gran eine Vorstellung desselben, die in dem Verlangen gipfelte, die Gesetze von 1848 herzustellen und allen Verurteilten die Heimkehr zu gestatten. Die Mehrzahl der Komitate folgte diesem Beispiel. Sie ließ sich auch dadurch nicht umstimmen, daß der zum Iudex curiae ernannte Apponyi die Leitung des ganzen ungarischen Justizwesens übernahm. Vay machte noch einen letzten Versuch der Aussöhnung. Er lud sämtliche Obergespane zu einer Konferenz nach Pest, um „mit Schonung der Gefühle des Landes Ausgleichsmittel zu beraten". Aber so schöne Worte man auch für Vays Persönlichkeit hatte: diese Konferenz ging am 14. Februar ergebnislos auseinander.

Ihr Widerstand.

Fruchtlose Konferenz vom 14. Febr.

Mittlerweile war in der westlichen Reichshälfte die Ungeduld, mit der man Thaten erwartete, von Woche zu Woche gewachsen. Man konnte es nur als eine kleine Vertröstung für die Zukunft betrachten, daß eine Verordnung Schmerlings vom 5. Januar für die Wahlen der städtischen und ländlichen Abgeordneten der Landtage die engen Vorschriften Goluchowskis erweiterte. Die unerhörte Verteuerung des Silbers steigerte die Mißstimmung in sämtlichen Schichten der Gesellschaft. Der Finanzminister Plener, der die Handelskammern zur Abgabe von Gutachten über die Herstellung der Valuta aufgefordert hatte, erhielt von allen ein und dieselbe Antwort: eine liberale Verfassung sei das einzige Mittel, die traurigen Finanzverhältnisse zu verbessern und Österreich vor seinem Untergang zu bewahren. Die Spannung nahm zu, als eine am 4. Februar vollzogene Änderung des Ministeriums bekannt wurde. Dem Erzherzog Rainer wurde an Stelle Rechbergs, dem das Auswärtige verblieb, der Vorsitz übertragen. Das Justizministerium übernahm Schmerlings Freund und früherer Gehilfe, der Freiherr von Pratobevera. Lasser sollte mit dem Titel eines Verwaltungsministers die Geschäfte des Ministers des Inneren führen, während Schmerling selbst als Staatsminister die Gesamtleitung und die Behandlung der Verfassungsfragen sich vorbehielt. Endlich ward das Handelsministerium unter dem Grafen Wickenburg, dem ehemaligen verdienten Gouverneur der Steiermark, wiederhergestellt. Seit dieser Neubildung des Ministeriums wurde die Beratung einer Verfassungsurkunde eifrig gefördert. Schmerling hatte zu diesem Zweck Lasser, Plener, Perthaler und Josef von Kalchberg, einen der erfahrensten Beamten, der als Sektionschef ins Handelsministerium eintrat, zu einem kleinen Komite berufen. Auch hier fiel Perthaler die Hauptaufgabe zu. Nach dem Geständnis in Kalchbergs Lebenserinnerungen

Wachsende Ungeduld im Westen.

Änderung des Ministeriums. Erzherzog Rainer. Pratobevera. Lasser. Wickenburg.

Beratung einer Verfassungsurkunde.

war die wichtigste, praktische Frage, mit der man sich beschäftigte, „was zur Zeit erreichbar sei". Bei der Beantwortung dieser Frage hatte auch er, der in vieler Hinsicht freier dachte, als die Mehrzahl der übrigen Ausschußmitglieder, manchen Wunsch zu opfern. Das Ergebnis der Beratungen trat am 26. Februar in einem kaiserlichen Patent, einem Grundgesetz über die Reichsvertretung und den Landesordnungen für Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Kärnten, Steiermark, Krain, Triest, Görz, Istrien, Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, die Bukowina und Dalmatien zu Tage.

Das Patent vom 26. Febr. 1861.

Das Februarpatent berief sich allerdings, wie Schmerling es in seinem Rundschreiben vom 23. December gethan hatte, auf das Oktoberdiplom. Aber es entfernte sich in Wirklichkeit noch weiter von dieser föderalistischen Urkunde und überbot sie durch liberale Zugeständnisse. Die jährlich zu berufende „Vertretung" des Gesamtreichs, für die der Name Reichsrat beibehalten wurde, zerfiel in zwei Kammern. Das Herrenhaus sollte die Erzherzöge, Erzbischöfe, Fürstbischöfe, erbliche, großjährige Häupter der durch ausgedehnten Grundbesitz hervorragenden Adelsgeschlechter und, ohne Beschränkung der Zahl, auf Lebenszeit vom Kaiser ernannte, um Staat, Kirche, Wissenschaft und Kunst verdiente Männer umfassen. Das Abgeordnetenhaus sollte aus 343 Mitgliedern bestehen, von denen nach den Gruppen Großgrundbesitz, Städte, Märkte und Industrialorte, Handels- und Gewerbekammern, Landgemeinden die cisleithanischen Landtage 203, die venetianischen Kongregationen 20, die Landtage Ungarns, Kroatiens, Siebenbürgens je 85, 9 und 26 Abgeordnete zu entsenden hatten. Wenn ausnahmsweise die Beschickung des Abgeordnetenhauses durch einen Landtag nicht zum Vollzug kam, behielt der Kaiser sich vor, den Vollzug der Wahl unmittelbar durch die Gebiete, Städte und Körperschaften anzuordnen. Die Mandatsdauer der Abgeordneten währte wie die Legislaturperiode der Landtage sechs Jahre. Präsidenten und Vicepräsidenten beider Häuser ernannte der Kaiser. Die Sitzungen des Reichsrats waren öffentlich. Seine Befugnisse umfaßten sämtliche Gegenstände der Gesetzgebung, die sich auf allen Königreichen und Ländern gemeinschaftliche Rechte, Pflichten und Interessen bezogen, mit dem Rechte der Initiative, der Kontrolle der Staatsschuld, der Votirung des Budgets. Doch blieb ohne verfassungsmäßige Änderung die Forterhebung der bestehenden Steuern und Abgaben von wirklicher Bewilligung unabhängig. Eine Verantwortlichkeit der Minister war nicht vorgesehen. Durch den Paragraph 13 des Grundgesetzes wurde sogar bestimmt: Wenn zur Zeit, da der Reichsrat nicht versammelt sei, „in einem Gegenstande seines Wirkungskreises dringende Maßregeln getroffen werden müßten", sei das Ministerium nur verpflichtet, „dem nächsten Reichsrat die Gründe und Erfolge der Verfügung

Sein Inhalt.

vorzulegen". Schärfer noch als in dem Oktoberdiplom wurde zwischen dem „gesamten Reichsrat" und einem „engeren Reichsrat" unterschieden. Dieser hatte, mit Ausschluß der Mitglieder aus den Ländern der ungarischen Krone, als Centralparlament zur Behandlung von Gegenständen zu gelten, die nur das gemeinsame Interesse aller Lande der westlichen Reichshälfte berührten. Demnach gehörten zur Befugnis des engeren Reichsrats alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche nicht ausdrücklich durch die Landesverordnungen den einzelnen im engeren Reichsrat vertretenen Landtagen zugewiesen waren. Dasselbe galt auch rücksichtlich solcher den Landtagen vorbehaltenen Gegenstände, wenn die gemeinsame Behandlung von dem betreffenden Landtag beantragt wurde.

Gesamt-Reichsrat und engerer Reichsrat.

Die siebzehn Landesordnungen, unter denen die vier schon von Goluchowski erlassenen umgeändert und erweitert wurden, waren im ganzen und großen mit gewisser Verwertung Bachscher Entwürfe nach ein und demselben Muster zugeschnitten. Die Landtage, in einer einzigen Versammlung vereinigt, setzten sich nach dem Grundsatz der Interessenvertretung zusammen. Sie bestanden, abgesehen von einigen Virilstimmen der hohen Geistlichkeit und Universitätsrektoren, aus den drei Kurien des landtäflichen, ehemals herrschaftlichen Großgrundbesitzes, der Städte- und Handelskammern, der Landgemeinden. Fast durchweg lag die Entscheidung im Plenum der Landtage beim Großgrundbesitz, dem immer noch eine unverhältnismäßig starke Vertretung gewährt war, und dessen Zutritt zu einer der anderen Kurien jedem Beschluß die Mehrheit sicherte. Die Wahlberechtigung in der zweiten und dritten Kurie war an einen ziemlich hohen Census geknüpft, das Wahlverfahren in jener unmittelbar, in dieser mittelbar. Höchst künstlich und wenig gerecht war die Einteilung der Wahlkreise in den gemischtsprachlichen Gebieten. In Böhmen wurde den deutschen städtischen und ländlichen Landtagsvertretungen ein zahlenmäßiger Vorzug vor den czechischen eingeräumt. In Galizien wurden die polnischen Wählerschaften zurückgesetzt. Sollte auch die Kompetenz des Reichsrates die Regel und die der Landtage die Ausnahme bilden, so blieb ihnen für die Gegenstände der Landesgesetzgebung und der Landesfinanzen kein unbedeutender Wirkungskreis. Auch konnten unter Umständen durch den vom Landtag gewählten und ihm verantwortlichen Landesausschuß bei der Verwaltung von Landesvermögen und Landesanstalten Eingriffe des staatlichen Beamtentums abgewehrt werden.

Die Landesordnungen.

Den Schlußstein des neuen Gebäudes bildete die Wiederherstellung des 1848 verschwundenen Staatsrates. Er sollte unter einem Präsidenten mit dem Rang eines Ministers die Stelle des für aufgelöst erklärten „ständigen und verstärkten Reichsrates" einnehmen. Seine wichtigste Aufgabe war nächst der Entscheidung von Kompetenzkon-

Wiederherstellung des Staatsrates.

flikten die Begutachtung aller Gesetzentwürfe, die zur Vorlage für die Vertretungen des Reiches oder für die Landtage bestimmt waren oder aus ihrer Initiative hervorgingen.

Beurteilung des Februarpatentes.

So sah, alles zusammengefaßt, die Februarverfassung aus, als deren „Vater" Schmerling fortan bezeichnet wurde. Es war ein Werk sorgfältigster Überlegung, sehr geeignet, unter der Hülle des Konstitutionalismus die bleibende Ohnmacht der Regierung zu verbergen, darauf berechnet, durch vorsichtig abgewogene liberale Zugeständnisse die nationalen Gegensätze auszugleichen, kunstvoll angelegt auf Befestigung der durch das großbürgerliche Deutschtum gestützten Centralisation. Die wichtigste Frage war, ob sich die Ungarn den Einheitsstaat aufdrängen lassen, ob sie ihm ihre nationale Selbständigkeit opfern, ob sie sich zur Beschickung des Gesamtreichsrates bequemen würden. Ein Handschreiben des Kaisers an den ungarischen Hofkanzler Vay forderte diesen auf, Anträge zu stellen, nach welchen die Entsendung von Abgeordneten des ungarischen Landtags zum weiteren Reichsrat zu bewerkstelligen wäre. Jener wurde für den 6., dieser für den 29. April berufen. Indessen fiel es auf, daß gerade Vays Name unter den ministeriellen Unterzeichnern des Februarpatentes

Zurückhaltung Vays.

fehlte. Die amtliche Wiener Zeitung gab als Erklärungsgrund an, Vay sei durch Abwesenheit im allerhöchsten Dienst verhindert gewesen, den abschließenden Beratungen beizuwohnen, und seine Rückkehr von Pest nach Wien sei durch Krankheit verzögert worden. In Wahrheit aber hatte er von vornherein um Erlaß seiner Unterschrift gebeten[1]). Er mochte hoffen, größeren Einfluß auf seine Landsleute auszuüben, wenn er die Verantwortlichkeit für eine Gabe nicht auf sich nahm, die ihnen als ein

Verwerfung durch Deak.

Danaergeschenk erscheinen mußte. Als solches bezeichnete sie sofort Franz Deak mit dem scharfen Wort, die oktroyirte Verfassung trage nur „die Maske der Freiheit".

Beifällige Aufnahme durch die Deutschen.

Ganz entgegengesetzt war im allgemeinen der Eindruck des Geschehenen bei der Mehrzahl der politisch Denkenden, wenigstens der Deutschen, in der westlichen Reichshälfte. Hier, wo man sich nicht auf einen vielhundertjährigen, durch die 1848 errungenen Zugeständnisse befestigten und erweiterten Rechtszustand berufen konnte, war man geneigt, über die Lücken und Zweideutigkeiten der Februarverfassung hinwegzusehen. Auch stieß man sich nicht allzusehr daran, daß sie von oben herab einseitig verliehen sei. Mancher meinte sogar, daß sie als eine freiwillige kaiserliche Gewährung besser gesichert sei, als wenn sie der Regierung im Kampf abgerungen wäre. In jedem Fall erschien mit

[1]) Eduard von Wertheimer a. a. O. I. 147. Im Publikum wurde die Erklärung der Wiener Zeitung sofort „als Ausflucht gestempelt". Bericht Steigers 1. März 1861. E. Arch. Bern.

ihr, die den Volksvertretern die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und die Aufsicht über den Staatssäckel einräumte, die konstitutionelle Bahn betreten. Man fühlte sich von dem Alpdruck des Absolutismus befreit. Allenthalben zeigte sich neues Leben. „Die Hoffnung, wie ein Zeitgenosse rückblickend sich ausdrückt, regte ihre Flügel, die Begeisterung bemächtigte sich der Gemüter, das Allheilmittel glaubte man mit Aufhissung der Flagge der Verfassungsmäßigkeit gefunden zu haben[1])."

Die Wiener Stadterweiterung.

Für die Hauptstadt fiel dieser Stimmungswechsel zeitlich mit den Anfängen der baulichen Umwandlung zusammen, die auf die 1857 vom Kaiser verfügte Niederlegung der Wälle und Bastionen erfolgte[2]). Es war gleichsam symbolisch, daß die veralteten Festungswerke verschwanden, die von der Regierung lange, wenn nicht mehr als Abwehrmittel gegen äußere Feinde, so doch als Mittel zur Beherrschung der Residenz betrachtet worden waren. Am 29. März 1858 war von der Bastei am Rotenturm der erste Ziegelstein abgebrochen. Dann machte man sich an die Anlage der Ringstraße von der Hofburg gegen den Schwarzenbergplatz. Allmählich erstanden Prachtbauten, schloß sich Zeile an Zeile zur Ausfüllung der Lücke zwischen Stadt und Vorstädten auf den neugewonnenen Gründen und auf dem ehemaligen Glacis, wo man noch vor kurzem Spaziergänger lustwandeln und Ziegen weiden gesehen hatte. Den großen Architekten Hansen, Schmidt, Ferstel kam der rege Wetteifer von Wiener Bürgern zu Hilfe. Nicht in letzter Reihe standen wohlhabende jüdische Geschäftsleute, denen durch Aufhebung von Ausnahmegesetzen das Recht verliehen war, ein eigenes Heim besitzen zu dürfen. Die Stadterweiterung diente aber nicht nur der Verschönerung, sondern auch der Bereicherung der bis dahin durch den Festungspanzer eingeschnürten Hauptstadt. Alle Gewerbekreise wurden in stärkere Thätigkeit gesetzt. Die Abstreifung der Fesseln des Zunftzwangs beförderte sie in jeder Weise und der Aufschwung des Handels folgte ihr bald nach.

Geistiger Aufschwung in Wien.

Noch auffälliger war der eigenartige geistige Zug, der mit einem Mal in die Wiener Bevölkerung gekommen war. Zwar schenkte sie wie ehedem der Musik und dem Theater ihre warme Teilnahme. Das Burgtheater, auf dessen Brettern endlich „Kabale und Liebe" wie „Wilhelm Tell" unverkürzt gegeben werden durften und das moderne sociale Schauspiel einen Ehrenplatz einnahm, konnte sich unter Laubes energischer Leitung einer wahren Blütezeit rühmen. Aber das Interesse für die Fragen des öffentlichen Lebens machte dem Interesse für die Darbietungen der Kunst den Rang streitig. Zum Beweis dafür dienten das wachsende Ansehen und die wachsende Macht der Presse. Trotz aller Hemmnisse, die ihr noch

Zeitungen.

[1]) Przibram a. a. O. I. 93.

[2]) S. alles Nähere bei Friedjung: Östreich von 1848 bis 1860. II. 1. S. 420 ff. Vgl. Friedrich Uhl: Aus meinem Leben 1908. S. 137 ff.

bestehende Vorschriften der reaktionären Gesetzgebung bereiteten, wie Forderung behördlicher Konzession und Kautionserlegung, Verbot des Einzelverkaufs und Stempelpflicht, war die Entwicklung des Zeitungswesens nicht aufzuhalten. Die 1848 von dem erfindungsreichen August Zang gegründete „Presse" hatte in Michael Etienne und Max Friedländer sehr begabte Leiter gewonnen und leistete der Sache des Liberalismus und der Reichseinheit an hervorragender Stelle ihre Dienste. Erst durch den Austritt dieser beiden Hauptmitarbeiter und die Gründung der „Neuen Freien Presse" im Jahre 1864, an der sie besonders beteiligt waren, wurde die „Presse" überflügelt. Neben ihr und in gleicher Richtung wirkte die „Ostdeutsche Post", deren Redaktion Kuranda 1853 wieder hatte übernehmen können. Auf der entgegengesetzten Seite stand das 1860 von der klerikalen und aristokratischen Partei gegründete „Vaterland", das sich den Grafen Leo Thun und Clam-Martinitz als Sprachrohr darbot. Recht eigentlich zur Unterstützung des Ministeriums Schmerling dienten die „Österreichische Zeitung" und „Der Botschafter". Für diesen ward in dem, nach Besiegung des Oktoberaufstandes kaum dem Henker entronnenen Julius Fröbel, der seit 1859 (s. o. S. 321) in großdeutschem Sinn für die östreichische Regierung überaus thätig war, eine wertvolle Hilfskraft gewonnen. Je lebhafter die politischen Angelegenheiten die Öffentlichkeit beschäftigten, desto größer wurde die Zahl der hauptstädtischen Tageszeitungen. Auch der Provinz kam ihre Vermehrung allmählich zustatten. Mit den Zeitungen wetteiferten politische Broschüren, die freilich die wichtigsten Probleme häufiger aufwarfen als lösten. Männer, in denen die Erinnerung an die Erhebung von 1848 fortlebte, wie Berger, Fischhof, Unger gehörten zu ihren Verfassern. Bald reihte sich ihnen Schuselka an, der Präsident des 1859 in Wien gegründeten Schriftstellervereins „Concordia".

„Presse."

„Neue Freie Presse."

„Ostdeutsche Post."

„Vaterland."

„Österreichische Zeitung." „Botschafter."

Die „Concordia".

Wahlversammlungen.

Am deutlichsten kam das neu erwachte politische Leben in den Wahlversammlungen zum Ausdruck, in denen sich die Kandidaten für die Wahlen zu den Landtagen vorstellten. „Als wäre allen Denkenden ein Papagenoschloß vom Munde genommen, berichtet ein Augen- und Ohrenzeuge, sprudelte allenthalben der Quell der politischen Beredsamkeit." Auch hier ging die Hauptstadt voran. Man hatte eine so große Teilnahme der Bevölkerung, einen so starken Durchbruch des freien Wortes, einen so glänzenden Sieg der Liberalen nicht erwartet. Dabei überraschte auch in den Vororten, „wo sich mehr das kleine Bürgertum an die improvisirten Tribünen drängte, die Fülle von gesundem Menschenverstand, die in nicht gerade demosthenischer Form, aber in kräftigen, lebhaften Worten, ohne Fanatismus, aber doch mit Feuer vorgebracht wurde"[1]).

[1]) Przibram a. a. O. I. 91.

„Im Jahre 1848, urteilte ein fremder Beobachter, haben sich die Ideen überstürzt ... Diesmal nimmt die Entwicklung einen gesünderen Charakter an. Man will aufbauen, jedoch sollen alle Stämme Östreichs an dieser Regeneration des Kaiserreichs teilnehmen[1])."

Popularität Schmerlings.

Inmitten dieses lebhaften Treibens bildete Schmerling gleichsam die Centralfigur. Er stand damals auf dem Gipfel seines Ansehens. Wenn der hochgewachsene, kräftige Mann in militärischer Haltung stolz und vornehm durch die Straßen wandelte, blieb alles stehen und blickte ihm nach. Schwächen und Fehler, die ihm anhafteten, wurden entweder übersehen oder waren der großen Masse noch verborgen: sein mit dem Machtbewußtsein gepaarter Hochmut, seine Geringschätzung gegnerischer Kräfte, sein Mangel an Menschenkenntnis, der Widerspruch seiner freisinnigen Worte und seiner Bereitwilligkeit, sie, wenn es ihm nötig schien, durch die That zu verleugnen. Er war vorerst in weiten Kreisen beliebt und verehrt. Man drängte sich zu seinen Empfangsabenden in den Sälen des Ministeriums des Inneren, wo er auch den leutselig Herablassenden zu spielen wußte. An dem Erzherzog Rainer, dem Ministerpräsidenten, der keineswegs ein bloßer Figurant war, hatte er eine zuverlässige Stütze. Von seinen Kollegen leistete ihm namentlich der arbeitsame, erfinderische, nie aus der Fassung gebrachte, durch versöhnliches, biedermännisches Wesen gewinnende Lasser unschätzbare Dienste. Der zum Präsidenten des Staatsrates ernannte Lichtenfels, der im Ministerrat ein Konsultativvotum hatte, trat mit größter Entschiedenheit auf seine Seite. Außerhalb des Ministeriums war der getreue Perthaler bis zu seinem frühen Tod stets bereit, für wichtige Staatsakte ihm seine Feder zur Verfügung zu stellen.

Protestantenpatent für die Erblande und Venedig 8./9. April.

Nicht wenig trug der Erlaß eines kaiserlichen Protestantenpatentes für alle Gebiete Cisleithaniens außer Dalmatien, das Schmerling zu erwirken wußte, zur Mehrung seines Ruhmes als Bahnbrecher einer neuen Zeit bei. Freilich konnte, solange das Konkordat bestand, von einer thatsächlichen Gleichberechtigung evangelischer und katholischer Staatsbürger keine Rede sein. Aber es war schon ein Fortschritt, daß das Patent alle Beschränkungen der Errichtung von Kirchen, der Begehung religiöser Feierlichkeiten, der Ausübung der Seelsorge außer Kraft setzte, und, ergänzt durch eine unmittelbar nachfolgende Verordnung, den Evangelischen volle Selbstständigkeit in der Verwaltung ihrer konfessionellen Angelegenheiten gewährte. Sie erlangten eine Presbyterial- und Synodalverfassung, die sie zur Zeit des Ministeriums Thuns vergeblich erbeten hatten. Den klerikalen Tirolern war das Protestantenpatent ein Dorn im Auge. Der Fürstbischof von Brixen, der schon vorher einen Adressen-

[1]) Berichte Steigers 17., 20. März 1861. E. Arch. Bern.

sturm für Erhaltung der Glaubenseinheit entfesselt hatte, bekämpfte es bald danach unter Zustimmung der Mehrheit auf dem Innsbrucker Landtag. Aber Schmerling fühlte sich gegen solche Angriffe aus dem ultramontanen Lager gefeit. Einer Deputation der Wiener Protestanten, die ihm ihren Dank abstattete, erwiderte er mit deutlichem Hinweis auf seine weitergehenden Absichten: „Sie müssen uns, meine Herren, die verloren gegangenen Sympathieen in Deutschland zurückerobern helfen."

Schmerlings Optimismus.

Getragen von der Volksgunst, erfüllt von kühnem Selbstvertrauen, umgeben von zuverlässigen Mitarbeitern sah er mit unverwüstlichem Optimismus in die Zukunft. Indessen hatte er manche unliebsame Erfahrung zu machen, die wohl geeignet gewesen wäre, ihm einige Sorgen zu bereiten. In den ersten Tagen des April traten die Landtage in den Kronlanden diesseits der Leitha und jenseits der Leitha, auch der ungarische und kroatische, zusammen. Nur das Großfürstentum Siebenbürgen, wo es noch an Vollendung der Neuordnung fehlte, war damit im Rückstand. Den Ungarn war jedes gesonderte Dasein Siebenbürgens in Beziehung auf Gesetzgebung und Verwaltung widerwärtig. Sie heischten unverzügliche Herstellung der Union, wie sie auf dem Landtag in Klausenburg am 30. Mai 1848 beschlossen war (s. VII. 145), und Beschickung des Pester Reichstags durch siebenbürgische Abgeordnete. Die Rückgabe der seit Alters streitigen drei früheren siebenbürgischen Komitate (s. VII. 519) hatte die Kraft ihrer Forderungen nur gesteigert. Während einer kurzen Abwesenheit Schmerlings von Wien erlangten die ungarischen Minister Vay und Szecsen im Bunde mit dem siebenbürgischen Hofkanzler Kemeny den Erlaß eines kaiserlichen Handschreibens, demzufolge die Beschlüsse des ungarischen Iudex curiae auch auf Siebenbürgen ausgedehnt werden sollten. Das wäre der erste Schritt zur erneuten unbedingten Einschließung des Großfürstentums in den Bereich der Stephanskrone gewesen. Schmerling und seine deutschen Kollegen, hinter deren Rücken dies vorgegangen war, reichten augenblicklich ihre Entlassung ein. Nur der Vermittlung des Erzherzogs Rainer, wie man wissen wollte[1]), gelang es, durch Rücknahme des kaiserlichen Handschreibens den Bruch zu verhindern.

Die Frage der Union Siebenbürgens.

Ministerkrisis und ihre Ausgleichung 29. März bis 2. April.

Die Stimmung in Ungarn wurde dadurch noch verschlechtert. Die Wahlen zum ungarischen Landtag, für den die Ungarn die alte Bezeichnung eines „Reichstags" beanspruchten, fielen fast durchweg auf Parteihäupter des Jahres 1848 und entschiedene Gegner des Februarpatentes. Es war vorauszusehen, daß man auf das Erscheinen ungarischer Abgeordneter im Wiener Reichsrat werde verzichten müssen. Bei der Inaugurirung des Reichstags in der Königsburg zu Ofen wagte selbst der Iudex curiae Graf Apponyi in seiner Eröffnungsrede nur eine ver-

Oppositionelle Wahlen zum ungarischen Reichstag.

Seine Eröffnung 4. April.

[1]) Bericht Steigers 2. April 1861.

schämte Hindeutung auf das Februarpatent. Als sodann die Sitzungen, wie verlangt und zugegeben war, in Pest begannen, zeigte sich sofort bei Magnaten und Abgeordneten ein Geist der Unnachgiebigkeit. Der Alterspräsident des Magnatenhauses feierte in seiner Antrittsrede den 1849 hingerichteten Ludwig Batthyani als Muster des ungarischen Patriotismus. Bei den Abgeordneten konnte es sich nur darum handeln, ob nach der Ansicht Nyaris, Tiszas und des jüngst erst begnadigten Teleki jede Berührung mit „dem ungekrönten König" vermieden und ein bloßer „Beschluß" über die Forderungen der Nation gefaßt werden, oder ob nach Deaks, Eötvös', Andrassys Meinung dem König eine „Adresse", die sie aufzählte, überreicht werden sollte.

Die nationale Partei in Kroatien.

Für das Widerstreben der Ungarn bot sich nicht einmal eine Entschädigung in Kroatien-Slavonien. Allerdings widersetzte sich hier die nationale Partei, die immer noch dem Traum des unabhängigen „dreieinigen Königreiches" (s. VI. 380, VII. 522) nachhing, mit Leidenschaft jedem Ansinnen einer Wiederherstellung früherer Bande mit Ungarn. Einem versöhnlichen Osterartikel Deaks im „Pesti Naplo", in dem er ihr ein „weißes Blatt" hingehalten hatte, auf das sie ihre Wünsche schreiben sollten, schenkte sie kein Gehör. Auf dem am 15. April eröffneten Landtag zu Agram wies sie die Einladung kroatisch-slavonischer Magnaten zur Beschickung des Reichstags in Pest schroff zurück. Aber ebensowenig wollte sie etwas von einer Vertretung im Wiener Reichsrat wissen. Sie war empört über den in Wien verfügten Ausschluß der Militärgrenze von den Wahlen zum Agramer Landtag. Noch tiefer hatte sie die Verneinung der Frage wegen der Union Dalmatiens mit Kroatien-Slavonien auf dem Landtag von Zara verletzt. Sie hatte erleben müssen, daß sich hier die Mehrheit gegen die Union aussprach, und daß auch aus Fiume, wo man die Wiedervereinigung mit Ungarn forderte, kein einziger Abgeordneter in Agram erschienen war. Dies alles wirkte dermaßen verbitternd, daß der kroatische Landtag den Banus um Einstellung der Veröffentlichung des Februarpatentes ersuchte.

Landtag in Agram 15. April.

Die deutsch-slawischen Landtage.

Die Landtage der deutsch-slawischen Gebiete in der westlichen Reichshälfte boten im allgemeinen ein erfreuliches Bild. Fast alle beschlossen, dem Kaiser durch Adressen ihren Dank für die Gewährungen des Februars auszusprechen, und erledigten in der Regel ohne große Kämpfe vorschriftsmäßig die Wahlen für den Reichsrat. Doch fehlte es nicht an Reibungen der verschiedenen Nationalitäten. In Innsbruck erschienen nur zwei Abgeordnete aus Welschtirol, weil die Italiener hier die Lostrennung von Nordtirol und die Einrichtung eines selbständigen Verwaltungsgebietes forderten. Der Landtag von Triest begnügte sich noch mit dem Beschluß, die italienische Sprache als Unterrichtssprache in den Schulen einzuführen. Anspruchsvoller benahm sich der Landtag von Istrien,

Welsch- und Nordtiroler.

Czechen und Deutsche.

der die beantragte Dankadresse verwarf und die Wahl von Abgeordneten für den Reichsrat verweigerte. Auf dem böhmischen Landtag trat der Gegensatz von Deutschen und Czechen zu Tage. Diese hatten mit den jüngst unter Leitung der Brüder Julius und Eduard Gregr gegründeten „Narodni Listy" wieder ein einflußreiches Organ erhalten und stellten den liberalen Deutschen Herbst, Schmeykal, Brinz, Hasner auf dem Landtag eine Kohorte leidenschaftlicher Redner entgegen. Rieger, der Schwiegersohn Palackys, protestirte gegen die Kurieneinteilung. Palacky war dafür, daß die Czechen sich überhaupt nicht an den Reichsratswahlen beteiligen sollten. Schließlich ließ er sich durch den Kardinal-Erzbischof von Prag bewegen, seinen Widerstand aufzugeben. Aber bei dem Wahlakt gab die czechische Partei eine Erklärung zu Protokoll, in der sie beklagte, daß Böhmen durch die ohne Mitwirkung wahrer Vertrauensmänner des böhmischen Volkes zustande gekommenen Ordnungen des Februars nicht das gebührende „Maß von Autonomie" erhalten, und daß die böhmisch-slawische Mehrheit der Bevölkerung durch eine ungerechte Wahlordnung auf dem Landtag „künstlich in Minorität gestellt worden" sei. Zugleich verwahrte sie sich gegen jeden Rechtsnachteil, falls „die künstlich gebildete Majorität" des Landtags von ihrer Macht „zur Unterdrückung des böhmischen Elementes" Gebrauch machen wolle. Schon vorher war durch die Vermittlung Tomeks, eines der treuesten Schüler und Mitarbeiter Palackys, ein Bündnis des böhmischen Hochadels und der czechischen Nationalpartei zustande gekommen. Der stolze Feudalherr, Graf Clam-Martinitz und der demokratische Tribun Franz Rieger reichten sich die Hand. Der Boden, auf dem sie sich zusammenfanden, war der des dehnbaren „Böhmischen Staatsrechtes". Auf diesen Boden stellte sich auch der Kardinal-Erzbischof Schwarzenberg, dessen Antrag, den Kaiser um seine Krönung als König von Böhmen zu ersuchen, vom Landtag angenommen wurde.

Das „Böhmische Staatsrecht"

Polen und Ruthenen.

Auf dem Landtag in Lemberg hatte man es mit dem Gegensatz von Polen und Ruthenen zu thun. Der alte Hader zwischen ihnen war in der Ära des Absolutismus neu entbrannt. Unter seiner Herrschaft war die ruthenische Bauerschaft gegenüber der polnischen Aristokratie und der polnischen städtischen Intelligenz von der Regierung sichtlich bevorzugt worden[1]). Erst das Oktoberdiplom ihres Landsmannes Goluchowski hatte die Polen nicht weniger befriedigt wie die von ihm vollzogene Aufhebung der unter Bach verfügten administrativen Zweiteilung Galiziens. Goluchowskis Ersetzung durch Schmerling erfüllte sie mit Besorgnis wegen dessen deutsch-centralistischen Tendenzen. Schon vor Erlaß des Februarpatentes, anfangs Januar, war eine polnische Deputation unter Führung des Fürsten Sapieha, des Grafen Dziedus-

[1]) Smolka: Die reußische Welt. Wien 1916. S. 345.

zyki und Smolkas, des tapferen Reichstagspräsidenten der Revolutionsjahre, der während der Reaktion mit Internirung bestraft worden war, in Wien angelangt, um die Wünsche der Polen dort zu Gehör zu bringen. Sie zielten ab auf Berufung eines autonomen Landtags, Besetzung des Statthalterpostens durch einen Polen, Einführung der polnischen Sprache in den Schulen, Gerichten, Verwaltungsbehörden. Unmittelbar danach erschien eine von der ruthenischen Geistlichkeit ausgehende Deputation bei dem Kaiser, die sich im entgegengesetzten Sinn vernehmen ließ. Auf dem Landtag sträubten sich die Polen anfangs gegen Vornahme der Wahlen für den Reichsrat, von dem sie eine Gefährdung der Landesrechte befürchteten, während die Ruthenen gerade von ihm ihr Heil erwarteten. Endlich fand sich doch eine Mehrheit für die Wahlen von Reichsratsabgeordneten. Aber sie bestand wie die in Prag auf einer Rechtsverwahrung, durch die sie dem Landtag allein die Gewalt zuerkannte, über die Angelegenheiten Galiziens zu entscheiden und die Erwählten verpflichtete, die dem Lande gebührenden „historischen Rechte" zu wahren. Ganz vergeblich war die Hoffnung der Regierung, auch Abgeordnete aus Venetien, oder wie noch immer die amtliche Bezeichnung lautete, aus dem lombardisch-venetianischen Königreich, in Wien zu sehen. Die Centralkongregation weigerte sich, die Wahlen vorzunehmen, da der wahre Wille des Landes sich aus den verschiedenartigsten Beschlüssen der Provinzialkongregationen und aus den Minderheitswahlen der Gemeinden nicht erkennen lasse. Als die Regierung hierauf die Abgeordneten selbst bestimmte, wiesen alle von ihr Bezeichneten das Mandat zurück[1]).

Wahlenthaltung in Venetien.

Unvollständig wie der Reichsrat auch war: es war doch ein großer Tag in der Geschichte Österreichs, an dem der Kaiser ihn in dem Ceremoniensaal der Burg mit einer schwungvollen Rede eröffnete. Von Schmerlings Freund Perthaler verfaßt, betonte sie den festen Willen, „unter Wahrung der Grundsätze der Gleichberechtigung aller Völker des Reiches, der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz und der Teilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung" und zugleich „auf Grundlage jener Einheit, welche durch die notwendige Machtstellung des Reiches gefordert" werde, eine „heilbringende Umgestaltung der Gesamtmonarchie" durchzuführen. Sie gab der Erwartung Ausdruck, daß auch die Frage einer Vertretung der Königreiche Ungarn, Kroatien, Slavoniens und des Großfürstentums Siebenbürgen im Reichsrat „bald eine günstige Lösung erlangen werde", und schloß mit dem feierlichen Gelöbnis, „die Gesamtverfassung als das unantastbare Fundament des einigen und unteilbaren Kaiserreiches" mit aller Macht schützen zu wollen. Nach der Er-

Eröffnung des Reichsrats 1. Mai 1861.

[1]) C. Occioni-Bonaffons: Le elezioni nelle provincie Venete la primavera del 1861. (Nuovo Archivio Veneto XXXII. 358 ff. 1916.)

Das Herrenhaus.

öffnung durch den Kaiser begannen beide Häuser ihre Sitzungen. Das Herrenhaus tagte wie vorher der verstärkte Reichsrat im Haus der niederösterreichischen Stände. Der Kaiser hatte 56 erbliche und 39 lebenslängliche Mitglieder ernannt, unter denen nicht wenige berühmte Namen trugen: Lichtenfels, der Präsident des Staatsrats, Graf Hartig, General Clam-Gallas, die Kirchenfürsten Rauscher und Schwarzenberg, Palacky, Graf Leo Thun, Freiherr Münch-Bellinghausen und Graf Anton Auersperg, die als Friedrich Halm und Anastasius Grün mit Grillparzer Dichtung und Litteratur vertraten. Das Haupt der fürstlichen Linie Auersperg, Karl oder Carlos, „der erste Kavalier des Reiches", wie er sich gerne nennen hörte, zum Vorsitzenden berufen, leitete die Verhandlungen mit Strenge und Würde und verleugnete keinen Augenblick seine Hingabe an die Ideen des Liberalismus und der Staatseinheit.

Das Abgeordnetenhaus.

Für die Abgeordneten war in aller Eile vor dem Schottenthor ein Holzbau errichtet worden, den der Wiener Gassenwitz als „Schmerlingtheater" bespöttelte. Die Mitglieder wählten ihre Sitzplätze nicht sowohl nach politischen Parteiunterschieden als nach Landsmannschaften, gesellschaftlichen Verbindungen und nationalen Gruppirungen[1]). Die vordere Bank des Centrums, die sogenannte „Grafenbank" enthielt eine Anzahl hochgeborener Herren, die wie Belcredi, Khuenburg, Brints zumeist nur widerwillig zur Verfassung standen und dem Oktoberdiplom im stillen Thränen nachweinten. Weiter saßen im Centrum Beamte, Industrielle, Großgrundbesitzer aus deutsch-böhmischen und mährischen Landen. Auf den obersten Bänken erblickte man die Ruthenen in ihrem Nationalkostüm unter Führung ihres griechischen Bischofs Litwinowic, dessen Wink sie andächtig folgten. Auf der Rechten nahmen Czechen und Polen, Feudale und Ultramontane Platz. Hier sah man den feurigen, wuchtigen Rieger, den streitbaren, formgewandten Grafen Clam-Martinitz, den auf Vergangenheit und Gegenwart traurig hinblickenden, aber für die Zukunft Polens bessere Tage erhoffenden Smolka, den Tiroler Pater Greuter, dessen kapuzinerartige, grobe Beredsamkeit das Haus nicht selten erheiterte. Auf der Linken erschienen alte Achtundvierziger wie Giskra, der sich als Advokat in Brünn niedergelassen hatte, ein Meister der Improvisation und des theatralischen Pathos, Berger, der witzige, gefürchtete Dialektiker, Mühlfeld mit dem Napoleonskopf, schon halb erblindet, aber von staunenswertem Gedächtnis und schlagfertiger Beredsamkeit, die auch den, der an seinem Privatleben gerechten Anstoß nahm, zur Bewunderung hinriß, Brestel der sich auch hier durch Verstandesschärfe und Gewissenhaftigkeit hervorthat, Kuranda, der mannhafte Begründer der „Ostdeutschen Post". Zu ihnen gesellte sich Pater Greuters Hauptgegner,

Das Centrum.

Die Rechte.

Die Linke.

[1]) Kalchberg a. a. O. S. 337.

Schindler, der unter dem Namen Julius von Traun als Schriftsteller und Dichter bekannt war, das Prager Professorentrio Herbst, Hasner, Brinz, aus dessen Mitte der erste sich bald zur führenden Stellung aufschwang, der Niederösterreicher Winterstein, ein gewiegter Kenner aller volkswirtschaftlichen Fragen. Sie alle und ihre starke Gefolgschaft waren strenge Centralisten, aber großenteils durch die Vorenthaltung weiterer Zugeständnisse im Sinn des Liberalismus unbefriedigt. Eine Gruppe für sich bildeten die „deutschen Autonomisten", an deren Spitze die Steiermärker Moriz von Kaiserfeld und Karl Rechbauer standen: jener 1849 für kurze Zeit als Ersatzmann Mitglied des Frankfurter Parlamentes, beide während der Reaktion in voller Zurückgezogenheit, an Reinheit des Charakters und glänzender parlamentarischer Begabung einander gleich. An eine ferne Vergangenheit mahnte die Gestalt des greisen Freiherrn von Pillersdorff. Nach der Auflösung des Kremsierer Reichstags hatte er eine schmähliche Behandlung seitens der Regierung erdulden müssen. Seine Mitbürger suchten ihn durch Erwählung zum Abgeordneten zu entschädigen, und er rechtfertigte, namentlich als Obmann des Finanzausschusses, bis zu seinem Tode (Februar 1862) in vollem Maß ihr Vertrauen. Zum Präsidenten dieser an Talenten unleugbar nicht armen Versammlung war der Schlesier Hein ernannt, über dessen parteiische Geschäftsleitung die Rechte, und vor allem die Gruppe der Czechen, häufig bittere Klage zu führen hatte.

Die „deutschen Autonomisten".

Es war ein Vorspiel späterer Kämpfe, wenn sämtliche katholische im Reichsrat sitzende Erzbischöfe und Bischöfe schon am 6. Mai eine Adresse an den Kaiser richteten, die sich wie eine Kriegserklärung gegen Schmerling ausnahm. Er hatte auf den Erlaß des Protestantenpatentes die Ankündigung von Vorlagen über die Regelung der interkonfessionellen Verhältnisse von Katholiken und Protestanten folgen lassen. Liberale Wortführer drängten ihn weiter durch die Forderung der Aufhebung des Konkordates. Der Episkopat antwortete darauf mit der Anklage, die Partei der Bewegung verlange, „den katholischen Charakter des Kaisertums Österreich zu verleugnen" und übe „wider die katholische Kirche die roheste Intoleranz". Insonderheit wurde der Kaiser gebeten, „den eigentümlichen Verhältnissen Tirols und dem einstimmigen Wunsche eines getreuen, biederen Volkes huldvolle Rücksicht zu schenken". Zum Schluß bezeichneten die Bittsteller die „Sache des Heiligen Stuhles" als „die Sache der Kirche, des Völkerrechtes und der europäischen Ordnung, welche kraft der Grundsätze, denen die italienische Revolution huldige, in den Krieg aller gegen alle verwandelt würde". Sie sprachen die Hoffnung aus, daß „der Herr früher oder später Hilfe bringen", und daß er den Kaiser Franz Josef berufen möge, „in dem Nachfolger des Heiligen Petrus das Reich Gottes auf Erden zu beschützen". Eines Erfolges konnten

Adresse des Episkopates 6. Mai.

sie sich freilich nicht rühmen. Ihr Ausschreiben blieb unbeantwortet und wurde nur an unscheinbarer Stelle in der „Wiener Zeitung“ abgedruckt. Aber bei der Adreßdebatte fanden die Klerikalen Bundesgenossen an den Föderalisten.

Adreßdebatten.

Indessen erfocht diese Bundesgenossenschaft nicht den Sieg. Das Herrenhaus lehnte mit 44 gegen 33 Stimmen den Antrag des Grafen Leo Thun ab, auszusprechen, daß „Östreich der Hort des Katholicismus sei“ und genehmigte den Adreßentwurf des Grafen Anton Auersperg. Das Abgeordnetenhaus verwarf mit 127 gegen 48 Stimmen alle föderalistischen Amendements und wies in vorsichtiger Weise auf die Mängel der „dem Reiche gegebenen konstitutionellen Formen“ hin, „deren Vervollständigung durch Einrichtungen, die anderwärts mit gedeihlichem Erfolge bestehen“, es ermöglichen werde, „Gesetze zu schaffen, die den Bedürfnissen und Wünschen aller Völker des Reiches entsprechen“. In der Adreßdebatte besiegt, suchten die Föderalisten aus der Abwesenheit der Abgeordneten aus dem Gebiet der Stephanskrone Kapital zu schlagen. Smolka drängte durch seine Frage, ob der gegenwärtig tagende Reichsrat als der weitere oder engere zu betrachten sei, Schmerling am 5. Juni zu der zweischneidigen Erklärung, die Regierung sehe die Versammlung als den engeren Reichsrat an, dem nur die nach dem Grundgesetz bestimmten Befugnisse zuständen. Rieger beeilte sich darauf, unter stürmischen Protesten der Deutschen auf der Linken und im Centrum, Vertagung des Reichsrats und unverzügliche Wiederberufung der Landtage zu beantragen. Das war nun freilich nach dem Ausdruck Heins „ein Theaterstreich[1]), der ohne praktische Folgen blieb. Aber die Kluft, welche die Parteien trennte, schien doch unüberbrückbar zu sein.

Vorstöße der Föderalisten.

Beschwerden. Heiße Wortkämpfe.

Auch sonst fehlte es nicht an Gegenständen heißer Wortkämpfe. Beschwerden über fortdauernde Verletzung des Briefgeheimnisses erzwangen die Aufhebung des sogenannten „schwarzen Kabinets“, während Gesetzvorlagen zum Schutz des Hausrechtes und der persönlichen Freiheit, die von Seite der Centralisten ausgingen, in Folge scheinbarer Übertrumpfung durch die Föderalisten verschleppt wurden. Die kirchlichen Angelegenheiten kamen in einer von der Linken bejubelten Rede Mühlfelds wider die Herrschsucht des Klerus und in einer dringlichen Interpellation des liberalen Tirolers Pfretzschner wegen der Agitation gegen das Protestantenpatent in seinem Heimatland aufs Tapet. In der Debatte über die wichtige Gesetzvorlage der Aufhebung des Lehensverbandes platzten die Geister so heftig aufeinander, daß die ganze Rechte mit Rieger an der Spitze unter Protest gegen das diktatorische Verhalten des Präsidenten den Saal verließ. „Die Lage der Parteien, berichtete der schweizer Geschäfts-

Zeitweiliger Austritt der Rechten 26. Juli.

[1]) Bericht Steigers 15. Juni 1861. E. Arch. Bern.

träger nach Haus, wird immer schroffer. Die Regierung ist in allen ihren Handlungen durch dies Zerwürfnis gelähmt[1])."

Ungarn.

Mittlerweile trieben die Dinge in Ungarn dem unheilbaren Bruch entgegen. Nur für kurze Zeit war im Pester Reichstag die Entscheidung zwischen der unversöhnlichen „Beschlußpartei" und der milderen „Adreßpartei" (s. o. S. 417) durch ein tragisches Ereignis verzögert worden. In der Nacht, die dem Tag vorausging, an dem Deaks Adressenentwurf verlesen werden sollte, machte Graf Teleki, nervös und seelisch zerrüttet, durch einen Pistolenschuß seinem Leben ein Ende. Die Erregung hierüber ging so tief, daß Deak erst am 13. Mai sein Werk verteidigen konnte. Er that es in einer meisterhaften Rede, in der er vor der ganzen Nation und vor ganz Europa die Gründe darlegte, die Ungarn mit seiner eigenen Verfassung von 1848 zur Ablehnung des Februarpatentes zwängen. Zugleich aber verwahrte er sich gegen die Zumutung Tiszas, alle Brücken zu einer Verständigung abbrechen und das Volk wieder auf die Bahn gewaltsamer Erhebung drängen zu wollen. Wochenlang drehten sich die Debatten der Abgeordneten um die Frage, ob „Adresse" oder „Beschluß". Endlich ward am 5. Juni, wenngleich nur mit drei Stimmen Mehrheit, die Annahme von Deaks Adressenentwurf, als Grundlage der Specialdiskussion, gutgeheißen. Ein neuer, nicht minder heftiger Streit entbrannte hinsichtlich des Titels, der dem noch nicht gekrönten Monarchen in der Adresse zu geben sei. Man entschied sich schließlich für die unverbindliche Anrede „Allerdurchlauchtigster Herr". Die Magnaten traten den Beschlüssen der Abgeordneten bei, und die Präsidenten beider Häuser, Apponyi und Ghyczy, machten sich zur Überreichung der Adresse auf den Weg nach Wien.

Selbstmord Telekis 8. Mai.

Debatte der „Adreßpartei" und der „Beschlußpartei".

Annahme der Adresse Deaks 5. Juni.

Hier waren die ungarischen Vorgänge in den herrschenden Kreisen mit wachsender Entrüstung verfolgt worden. In beinahe täglichen Ministerkonferenzen wurde erwogen, wie man sich zu ihnen stellen solle. Rechberg war der Meinung, man müsse diesem Zustand ein Ende machen, ein weiteres Nachgeben sei eine Unmöglichkeit und werde nur dazu beitragen, die Opposition der Czechen und Polen zu stärken. Schmerling drohte sogar mit Einreichung seines Abschiedsgesuches im Fall der Annahme der Adresse durch den Kaiser. Andrerseits boten Szecsen und Vay für den Fall, daß er sie zurückweise, ihre Entlassung an. Der Kaiser weigerte sich jedoch, sie anzunehmen. Er erklärte Vay, daß dieser ihm seiner Zeit versprochen habe, dem Februarpatent in Ungarn Achtung zu verschaffen, er erwarte daher, daß er ausharre und seinen Einfluß für eine Verständigung geltend mache[2]). Schließlich befolgte er den Rat Rech-

Ministerkonferenzen in Wien.

[1]) Berichte Steigers 27. Juli, 2. August 1861. E. Arch. Bern.

[2]) Berichte Steigers 3., 18., 23. Juli 1861. E. Arch. Bern. Zur Ergänzung von Ed. von Wertheimer: Andrassy I. 156 ff.

bergs und Schmerlings. Er erließ am 30. Juni ein Reskript an Apponyi, durch das er die Annahme der Adresse in der vorgelegten Form verweigerte und ihre Unterbreitung in angemessener, seiner Würde entsprechender Fassung forderte. Daraufhin brachte Andrassy in Pest eine Revision der Adresse zuwege, dergemäß dem Monarchen die Anrede „Allerdurchlauchtigster Kaiser und König" gewährt wurde. Am 8. Juli konnten Apponyi und Ghyczy dem Kaiser die formell abgeänderte Adresse überreichen. Inzwischen aber hatte die Mehrheit des Herrenhauses und der Abgeordneten des Reichsrates ihrer Empörung über die angebliche Verletzung der Ehre des Kaisers lebhaften Ausdruck gegeben, und die deutschen Minister bestanden darauf, gegenüber den Ungarn, die durch die Revolution die Verfassung von 1848 verwirkt hätten, unerschütterlich am Februarpatent festzuhalten. In diesem Sinn wollten sie die Antwort des Kaisers auf die Adresse gefaßt wissen. Umsonst bestrebten sich ihre ungarischen Kollegen, in dieser Antwort eine gewisse, wennschon beschränkte Anerkennung der Gesetze von 1848 einzuflechten. Ebenso vergeblich waren ihre Bemühungen, zu erwirken, daß das Antwortreskript im Sinn der Adresse Deaks die Union Siebenbürgens mit Ungarn gutheiße und auch die Entsendung kroatischer Abgeordneter nach Pest zum Zweck staatsrechtlicher Verständigung zulasse. Unfähig, ihrer Ansicht beim Kaiser gegen die Schmerlings und Rechbergs zum Sieg zu verhelfen, erbaten und erhielten sie ihre Entlassung.

Entlassung Vays und Szecsens 18. Juli.

Ersatzmänner für beide waren schon gefunden. An Vays Stelle als ungarischer Hofkanzler trat Graf Forgach, bisher Statthalter von Böhmen, wo er sich allgemeine Achtung erworben hatte, ein Ungar von Geburt, aber bei vielen seiner Landsleute übel angeschrieben, weil er beschuldigt wurde, 1849 als östreichischer Kommissär die Russen begleitet zu haben. Für Szecsen als Minister ohne Portefeuille ward Graf Moriz Esterhazy berufen, der als Diplomat aus der Schule Metternichs, zuletzt auf dem Botschafterposten in Rom, Proben scharfsinniger Beobachtung und geschickter, wennschon sehr sprunghafter Geschäftserledigung abgelegt hatte. Mit ihm erschien eine an Widersprüchen reiche, aber viele Angehörige der höchsten Regionen, und namentlich den Kaiser, fascinirende Persönlichkeit in seinem Rat: ein Ungar, der bei langem Aufenthalt im Ausland seine Muttersprache beinahe vergessen hatte, bald von rastloser Gedankenarbeit verzehrt, bald in krankhaftem Hinbrüten für jede Thätigkeit unbrauchbar, an einem Tage liebenswürdig und anziehend, am andern mürrisch und abstoßend. Etwas Geheimnisvolles haftete dem unscheinbaren, kleinen Grafen an, vor dem sich alle Thüren und Schlösser öffneten, der im Ministerrat als „steinerner Gast", wie man ihn nannte, selten das Wort ergriff, um so eifriger aber hinter den Kulissen Ränke spann. Erfüllt von absolutistischen und ultramontanen

Ihre Ersetzung durch Forgach und Moriz Esterhazy

Gefühlen, die er zeitweise zu verbergen wußte, verabscheute er im Grunde seines Herzens die Februarverfassung. Ihr Schöpfer Schmerling zog sich mit ihm, ohne es zu ahnen, den gefährlichsten Feind groß, der geduldig den günstigen Augenblick abwartete, um ihm ein Bein zu stellen.

Kaiserliches Antwortreskript 21. Juli.

Forgach und Esterhazy unterzeichneten am 21. Juli das kaiserliche Antwortreskript. Es erklärte, daß die Gesetze von 1848, in soweit sie nur eine Personalunion Ungarns mit Österreich begründet hätten, niemals anerkannt werden würden. Er forderte ihre Revision, beziehungsweise ihre Aufhebung. Er stellte die, wie es hieß, ohne freie Zustimmung der Rumänen und Sachsen beschlossene Union Siebenbürgens mit Ungarn in Abrede und behielt allerhöchster Entscheidung vor, was auf dem Wege der Verständigung mit dem kroatisch-slavonischen Landtag angebahnt werden müsse. Damit verknüpfte sich die nochmalige dringende Aufforderung, zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie ohne Aufschub Abgeordnete zum Reichsrat zu entsenden. Aufs schroffste stellte die Berufung auf die oktroyirte Februarverfassung sich der ungarischen Berufung auf die Rechtskontinuität entgegen. Die Antwort der ungarischen Landesvertretung auf dies Reskript war eine zweite von Deak verfaßte Adresse, die am 8. August ohne jede Debatte beinahe einstimmig angenommen wurde. Sie erklärte, daß Ungarn auf das konstitutionelle Recht der Nation, auf ihrem eigenen Reichstag über ihre Steuern und über ihr Militär zu verfügen, niemals verzichten und die einseitige Aufhebung sanktionirter Gesetze niemals zugeben könne. Sie gab dem Schmerz darüber Ausdruck, daß durch das Allerhöchste letzte Reskript jede gegenseitige Verständigung unmöglich gemacht und deren Faden endgiltig abgerissen sei. In ergreifenden Worten verkündete Deak, als Sprecher seines Volkes, am Schluß: „Wenn die Nation dulden muß, so wird sie dulden, um den Nachkommen die konstitutionelle Freiheit zu retten, die sie von den Ahnen ererbt hat. Ohne Kleinmut wird sie dulden, wie ihre Ahnen geduldet und gelitten haben, um die Rechte des Landes verteidigen zu können ... Sie wird dulden in der Hoffnung auf eine schönere Zukunft und im Vertrauen auf die Gerechtigkeit ihrer Sache." So blieb er fest auf dem gesetzlichen Boden, gleich entschieden gegen die Wiener Regierung wie gegen Kossuths Aufreizungen zur gewaltsamen Erhebung.

Zweite von Deak verfaßte Adresse 8. August.

Entgegennahme 14. August.

Der Kaiser nahm am 14. August die zweite Adresse des ungarischen Reichstags entgegen. Ihr Inhalt bestärkte ihn und seine Räte in dem Entschluß, die Pester Versammlung aufzulösen. Der dazu bestimmte Kommissär, General Graf Haller, hatte den Befehl, im Fall der Widersetzlichkeit die Abgeordneten selbst mit Waffengewalt zu vertreiben. Dazu kam es allerdings nicht. Aber vor seinem Auseinandergehen beschloß der Reichstag am 21. August auf Antrag Deaks, gestützt auf den

Auflösung und Protest des Pester Reichstags 21. August.

vierten Gesetzartikel von 1848, der eine Auflösung des Reichstags vor der Vorlage und Erledigung des Budgets verbot[1]), einen feierlichen Protest gegen die bevorstehende Willkürhandlung. Ebenso wurde noch in aller Eile vorliegenden Gesetzentwürfen betreffend die Ansprüche der im Lande wohnenden nichtmagyarischen Nationalitäten, die Gleichberechtigung der Juden, die Ablösung noch bestehender Urbariallasten, die grundsätzliche Zustimmung erteilt. Am nächsten Tag erfolgte die Auflösung. Daran schloß sich die Auflösung der Komitatsausschüsse. Kaiserliche Kommissäre übernahmen wieder die Verwaltung der Komitate. Gewaltsame Rekrutirung und Steuereintreibung mit militärischer Hilfe wurden aufs neue die Regel. Am 5. November wurde der Statthaltereirat wieder unter die Kanzlei gestellt und der Feldmarschall-Lieutenant Graf Moriz Palffy, ein unbeugsam strenger Soldat, aus der Zeit der Revolution her in weiten Kreisen Ungarns verhaßt, zum Statthalter ernannt. Er setzte in den Komitaten und in den aufgelösten Stadtbehörden neue Beamte ein, beschränkte die Preßfreiheit, überwies die Aburteilung der politischen und Preßdelikte Militärgerichten. An die Stelle der kaum einjährigen „kleinen Freiheit" trat „das Provisorium", dessen Ende sich nicht absehen ließ. Das gleiche war in Kroatien der Fall, wo der Landtag nach seiner Vertagung am 12. November 1861 nicht wieder einberufen wurde. In Siebenbürgen endlich ward die Berufung eines Landtags noch immer verzögert, da sich keine Aussicht zeigte, die dortigen Magyaren zu gewinnen und einzig die Bewohner des Sachsenlandes sich für die Februarverfassung erklärten.

Ernennung Palffys zum Statthalter 5. Nov.

Vertagung des kroatischen Landtags 12. Nov.

Indessen hielt Schmerling, der die treibende Kraft innerhalb der Regierung war, an der Zuversicht fest, die ungarische Nation werde sich eines besseren besinnen und, mürbe gemacht, zur Berufung eines gefügigeren Reichstags in Pest die Hand bieten. Seine Parole war auch mit Bezug auf Ungarn das stolze Wort, das er einmal bei Beratung des Preßgesetzes den Abgeordneten in Wien zurief: „Die Regierung kann warten." Was ihn in seiner trügerischen Siegesgewißheit bestärkte, war die fortdauernde Zustimmung, die sein Verhalten gegenüber Ungarn im Reichsrat fand. Die kaiserliche Botschaft, die diesem unter ausführlicher Begründung die Auflösung „des ungarischen Landtags" mitteilte, führte zu Debatten, in denen diese Handlung die vollste Billigung der überwiegenden Mehrheit erfuhr. Zwar nahmen im Herrenhaus Thun und Palacky wie im Abgeordnetenhaus Smolka „die historischen Rechte" Ungarns warm in Schutz. Aber in beiden Häusern wurden mit großer Mehrheit Adressen angenommen, die dem Kaiser den Dank dafür aussprachen, daß er gleichzeitig sein angestammtes Recht bewahren und

Zuversicht Schmerlings.

Zustimmungsadressen des Reichsrates 30. August 3. Sept.

[1]) S. Marczali: Ungarische Verfassungsgeschichte S. 142.

an dem konstitutionellen Princip für alle Länder der Monarchie unverbrüchlich festhalten wolle. Es war eine Gutheißung des im Centrum, auf der Linken und auf den Gallerieen des Abgeordnetenhauses stürmisch bejubelten, in der Adreßdebatte von Schmerling abgelegten „politischen Glaubensbekenntnisses“: „Die Regierung läßt sich deshalb, weil ein Teil der Bewohner Östreichs die Verfassung noch nicht acceptirt hat, nicht im geringsten irre machen, an dieser Verfassung festzuhalten, sie appellirt von dem übel berichteten Volke an ein besser unterrichtetes, mit Ruhe den Moment abwartend, wo die Überzeugung in alle Herzen der östreichischen Bewohner gedrungen sein wird, daß mit einem aufrichtigen konstitutionellen Vorgehen Raum genug im östreichischen Parlament ist für alle Stämme, für alle Völker des Reiches“.

Frage der Budgetbehandlung.

Nach der Weigerung der Ungarn, den Reichsrat zu beschicken, wäre er verfassungsmäßig nicht befugt gewesen, das Budget für 1862 zu erledigen. Denn die Februarverfassung erklärte für alle Finanzfragen nicht den „engeren“, sondern nur den gesamten Reichsrat für kompetent. Indessen entschloß sich die Regierung, nachdem schon durch kaiserliches Patent die direkten Steuern für 1862 ausgeschrieben waren, nach langem Zögern und nach vertraulichen Unterhandlungen mit Mitgliedern beider Häuser, dem unvollständigen Reichsrat das Budget für das nächste Jahr zu unterbreiten. Schmerling suchte am 17. December 1861 diesen Schritt sophistisch durch den Hinweis darauf zu rechtfertigen, daß die Regierung freiwillig auf ihre Befugnis verzichte, nach § 13 des Grundgesetzes den Staatsvoranschlag für 1862 durch bloße Verordnung festzustellen. Erst einige Monate zuvor, als ein Antrag Giskras hinsichtlich gesetzlicher Einführung der Ministerverantwortlichkeit auf der Tagesordnung stand, hatte er ihm mit Berufung auf die Inkompetenz des engeren Reichsrates erfolgreich widersprochen. Diesmal, da es sich um Anziehung der Steuerschraube und um Ausfüllung des Abgrundes der Fehlbeträge handelte, kannte seine Weitherzigkeit in der Auslegung der Verfassung keine Grenzen. Die föderalistische Minderheit verwahrte sich entschieden gegen diese Auslegung. Die centralistische Mehrheit aber ließ sie gelten. Sie sprach dem engeren Reichsrat das Recht der Finanzgesetzgebung für Cisleithanien zu und wählte einen Ausschuß zur Beratung der von Plener eingebrachten Vorlagen[1]).

Erklärungen Pleners.

Nach seinen Mitteilungen ergab sich ein Deficit von 109,5 Millionen Gulden bei einem Erfordernis von 354,6 Millionen. Hiervon bedurfte die Erhaltung der italienischen Armee und der Marine allein 52,2 Millionen. Der Eindruck dieser Angaben war ein sehr peinlicher. Plener suchte ihn

[1]) S. für das Folgende neben Beer: Die Finanzen Östreichs im 19. Jahrhundert besonders den Artikel „Plener“ von seinem Sohn in Bettelheims biographischem Jahrbuch XVI. 1911.

am 5. Februar 1862 abzuschwächen durch Erklärungen im Abgeordnetenhaus. Danach sollte für das erste Quartal des Finanzjahres 1862 beim Militärbudget eine Ersparnis von 15 Millionen erzielt werden. Zugleich schlug er als Hauptmittel der Bedeckung des Deficits vor: Erhöhung des 1859 auf die direkte Steuern gelegten Zuschlags, Erhöhung der Salz- und Zuckersteuer, die Branntweinsteuer in „geschlossenen Städten" eine neue Stempelsteuer auf Promessen. Die Czechen und Polen erhoben aufs neue Einsprache gegen die Kompetenz des engeren Reichsrats und verließen das Haus. Auch in der Folge nahmen sie an den finanziellen Verhandlungen nicht teil. Während derselben erfuhr die Regierung, zuerst im Finanzausschuß, dann im Plenum scharfe Angriffe. Es kam zu einer grellen Beleuchtung der früheren Verwaltung und zu manchen Abstrichen an aufgestellten Budgetposten und Steuervorlagen. Um nur die dringendsten Bedürfnisse zu decken, mußte sich Plener im Sommer 1862 die Ermächtigung erbitten, nach vorausgehender Verständigung mit der Nationalbank, fünfzig Millionen Gulden durch vorläufige Veräußerung ihr verpfändeter Lose des Lotterieanlehens von 1860 oder sonst im Kreditweg zu verschaffen.

Seine Vorschläge 5. Febr. 1862.

Enthaltung der Czechen und Polen.

Kritik der Finanzvorschläge.

Mitten in der Specialberatung des Voranschlags für 1862 wagte er es, bereits das Budget für 1863 vorzulegen. Dies erregte noch größeres Befremden als das für 1862. Das Erfordernis ohne das Extraordinarium des Kriegsbudgets sollte 362,5 Millionen betragen. Die Einnahmen waren mit 304,3 veranschlagt. Danach ergab sich ein Fehlbetrag von 58,2 Millionen. Die Stimmung vieler, auch durchaus verfassungstreuer Abgeordneten, war um so gereizter, da sie bisher beschlossene Abstriche nicht berücksichtigt fanden und die Beifügung genauer Nachweise vermißten. Die vorberatende Kommission des Finanzausschusses ging nur mit einer Stimme Mehrheit, nach Drohungen Schmerlings mit allfälliger Benutzung des Verordnungsweges und nach entschuldigenden Erläuterungen Pleners, darauf ein, daß überhaupt die Beratung des Budgets für 1863 vorgenommen werden solle. Dieser Antrag ward nach erregter Debatte mit knapper Mehrheit unter neuem Protest der Czechen und Polen im Abgeordnetenhaus angenommen. Als es nach mehrwöchentlicher Vertagung wieder zusammentrat, war jedoch die Willfährigkeit der Abgeordneten größer. Sie wurden durch einige günstigere Mitteilungen Pleners über die Finanzlage und durch Zugeständnisse des Kriegsministers Degenfeld einigermaßen befriedigt. Am 2. November, nach Zustimmung des Herrenhauses zu den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, konnte das erste konstitutionelle Finanzgesetz für das Jahr 1862 vom Kaiser genehmigt werden. Die Beratung über das Budget für 1863 im Ausschuß schritt nun rasch vorwärts. Am 25. November begann sie im Plenum des Abgeordnetenhauses und wurde hier in wenig Sitzungen

Vorlagen und Kritik des Budgets für 1863.

Genehmigung des Finanzgesetzes für 1862 2. Nov.

erledigt. Die Regierung mußte sich einen Abstrich von 14 Millionen beim Kriegsbudget gefallen lassen. Die Gesamtauslagen wurden auf 367 Millionen festgesetzt, die Gesamteinnahmen auf 304,6 Millionen Gulden veranschlagt. Zur Deckung des größten Teils des Deficits sollte in erster Linie die Verdoppelung des außerordentlichen Zuschlags auf die direkten Steuern dienen, sodann der Erlös aus dem Rest der von der Nationalbank dem Staat zu überliefernden Obligationen des Anlehens von 1860. Am 13. December trat das Herrenhaus den Beschlüssen der Abgeordneten bei. Nach langwierigen Kämpfen schien wenigstens die Hoffnung allmählicher Herstellung des notwendigen Gleichgewichtes von Ausgaben und Einnahmen aufzudämmern.

Beendigung der Beratung des Budgets für 1863 13. Dec.

Im engsten Zusammenhang mit den Budgetberatungen stand die Erledigung der zweiten großen dem Finanzminister obliegenden Aufgabe: die Lösung der Bankfrage. Sie war schon wegen der bei der Nationalbank verpfändeten Obligationen des Anlehens von 1860 mit der Frage der Deckung des Deficits verquickt. Nächst dem Deficit aber war die neue Entwertung der Valuta, die nach dem italienischen Kriege in Folge übermäßiger Ausgabe von Banknoten eingetreten war, der Gegenstand der Hauptsorge Pleners. Die Grundzüge seines Reformplanes waren: Verlängerung des Bankprivilegs durch den Staat bis 1890, als Preis dafür Überlassung eines Darlehens von 80 Millionen, mit zwei Procent verzinslich und in fünf Jahresraten bis zum Ablauf des Monopols zurückzuzahlen, Tilgung der Wiener Währungsschuld bis 1870, Rückerstattung des Silbervorschusses von 20 Millionen, Begleichung der Restschuld zunächst durch die Erträgnisse der in der Verwaltung der Bank befindlichen Staatsgüter, Einziehung von ungefähr 188 Millionen umlaufender Noten, metallische Deckung bei einem Notenumlauf bis 330 Millionen mit einem Drittel, bis 440 Millionen zur Hälfte und darüber hinaus zu vollem Betrag. Plener schloß daraufhin ein Übereinkommen mit der Bank ab und legte es mit den neuen Bankstatuten am 13. März dem Abgeordnetenhaus vor.

Die Bankfrage.

Pleners Übereinkommen mit der Bank.

Hier aber, wie in der Öffentlichkeit, fand es eine sehr ungünstige Aufnahme. Man machte der Bank ein eigennütziges Geschäftsgebahren zum Vorwurf, von dem angeblich allein eine kleine Zahl ihrer Kunden Vorteil gehabt hätte, und wollte ihr nur viel ungünstigere Bedingungen gewährt wissen. Herbst, der Wortführer der Mehrheit des Finanzausschusses, sprach sich grundsätzlich für Verwerfung des Übereinkommens aus. Ihrerseits setzte sich die Bank in mehreren Denkschriften zur Wehre. In der Plenarverhandlung hatte Plener einen harten Stand. Versuche des Herrenhauses, die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses abzuändern, drohten die Angelegenheit noch mehr zu verwickeln. Endlich gelang eine Einigung beider Häuser, der sich auch die Bank nach vergeblichem Widerstreben fügte. Am 29. December 1862 kam die Bankakte zustande. Mit allen

Kritik desselben durch Herbst.

Zustandekommen der Bankakte 29. Dec. 1862.

Abänderungen der Regierungsvorlage, wie Verlängerung des Bankprivilegs nur auf zehn Jahre, Herabsetzung der Verzinsung des Darlehens von 80 Millionen, blieben die Grundgedanken der Regierungsvorlage, Herstellung der Unabhängigkeit der Bank und Hinarbeit auf Verminderung des Notenumlaufs, doch bestehen. Unmittelbar vor dem Schluß der Session ward auch noch ein Gesetz über die Staatsschuldenkontrolle verkündet, das einer dauernden Kommission des Reichsrates die Überwachung der gesamten Staatsschuld zuwies.

Gesetz über Staatsschuldenkontrolle 13. Dec.

Andere Gegenstände der Beratungen.

Hinter der Erledigung der großen finanziellen Aufgaben traten die sonstigen Ergebnisse der zwanzigmonatlichen Session des Reichsrates zurück. Auch waren sie teilweise unvollständig, wenn es nicht bei bloßen Anläufen blieb. So fiel ein umfangreiches, von Mühlfeld ausgearbeitetes Religionsedikt, das im schärfsten Widerspruch zum Konkordat alle kirchlichen und interkonfessionellen Verhältnisse nach dem Grundsatz der Unabhängigkeit der bürgerlichen und politischen Rechte vom Religionsbekenntnis regelte, trotz der Beantragung der Annahme im Abgeordnetenhaus durch den Ausschuß für religiöse Angelegenheiten unter Smolkas Vorsitz auf Nimmerwiedersehen in den Papierkorb. Die Verantwortlichkeit der Minister auch gegenüber der Reichsvertretung wurde zwar am 1. Mai 1862 grundsätzlich durch eine kaiserliche, von Schmerling verlesene Botschaft zugestanden. Aber ein Gesetz, das sie verbürgt und durch Einzelbestimmungen verwirklicht hätte, ließ auf sich warten. Zur Ordnung des Gemeindewesens wurden gesetzliche Richtlinien, die liberalen Wünschen entsprachen, festgestellt. Aber ihre praktische Anwendung blieb den einzelnen autonomen Landtagen überlassen. Immerhin waren mit der Aufhebung der drückenden Lehensreste, mit der Verleihung der Immunität für die Redefreiheit der Reichsrats- und Landtagsmitglieder, mit einem Gesetz zum Schutz des Hausrechts und der persönlichen Freiheit wichtige Forderungen des Freisinns erfüllt worden. Nach heftigen Kämpfen, unter notgedrungenem Verzicht auf Behandlung von Preßdelikten vor Schwurgerichten und unter notgedrungener Annahme einer drakonischen Strafgesetznovelle, war auch in elfter Stunde ein Preßgesetz zustande gekommen, das die Hauptgebrechen der reaktionären Preßordnung Bachs, den Knebel polizeilicher Verwarnungen und den Zwang der Einholung von Konzessionen für Zeitungsherausgeber, beseitigte. Außerhalb des engeren politischen Gebietes lag die Annahme des nach gründlichen Beratungen vollendeten, jenseits der schwarz-gelben Grenzpfähle zur Geltung gekommenen deutschen Handelsgesetzbuches.

Mühlfelds Entwurf eines Religionsediktes.

Frage der Ministerverantwortlichkeit.

Richtlinien des Gemeindewesens 5. März.

Habeas-Corpus-Akte und Preßgesetz Okt.

Der Kaiser schloß am 18. December die Session des Reichsrats mit dem Ausdruck „der Zuversicht auf das Gedeihen des mit gemeinsamer Kraft unternommenen Werkes". Er warf einen Blick auf die Reihe vereinbarter Gesetze und auf die angebahnte Ordnung des Staatshaus-

Schluß der Reichsratssession 18. Dec. 1862.

haltes. Er betonte seinen festen Entschluß, „des Reiches Einheit zu wahren und das begonnene Werk zu Ende zu führen", und erwähnte, daß sich „das Vertrauen auf die Kraft Östreichs" auch im Ausland „mächtig gehoben" habe. Der hoffnungsvolle Glaube, der aus seinen Worten sprach, war unzweifelhaft echt. Auch Schmerling fühlte sich immer noch durch die Woge glücklichen Gelingens getragen. Indessen konnten tiefer Blickenden die brüchigen Stellen des Werkes, das seinen Namen trug, nicht entgehen. Ganz abgesehen von dem Wahn, den passiven Widerstand Ungarns doch noch besiegen zu können: Venetien mußte beständig durch das Aufgebot einer großen Kriegsmacht bewacht werden, und in den deutsch-slawischen Gebieten der westlichen Reichshälfte grollten Widersacher, die sich unter nationaler, feudaler und klerikaler Fahne zusammenfanden. Selbst von der deutschliberal-centralistischen Partei, die an der Februarverfassung mehr das zu schätzen wußte, was sie nach ihrer Meinung vorbereiten sollte, als was sie gab, hatte die Regierung keine unbedingte, dauernde Gefolgschaft zu erwarten. Schon in dem Prolog zur Verfassungsfeier, der schwungvollen Dichtung des in Wien ganz heimisch gewordenen Friedrich Hebbel, hatte sich mit dem Lobspruch:

Bedenkliche Aussichten des Werkes Schmerlings.

> Es ist ein Jahr, da ward der Bann gesprengt,
> Der winterschwer uns alle eingezwängt

die Klage vermischt, daß

> Ein gewalt'ger Volks- und Zungenstreit
> Erstickte gleich die holde Einigkeit.

Man hatte damals erleben müssen, daß der Kardinal-Erzbischof von Prag die ihm vom Landesausschuß zugemutete Abhaltung eines feierlichen Hochamtes verweigerte, und daß mehrere andere Bischöfe Böhmens seinem Beispiel folgten. In Wien aber waren czechische und polnische Abgeordnete und eine Anzahl deutscher gräflicher Herrenhausmitglieder dem Tedeum im Stephansdom fern geblieben[1]). „Gegen Ende des Jahres 1862 war, nach dem Zeugnis in Kalchbergs Lebenserinnerungen, so viel Zwietracht ausgesäet, daß die Freunde des dirigirenden Staatsministers immer spärlicher und lauer wurden und die Gegner immer entschiedener hervortraten." „Der liberalisirende Bureaukratismus war, mit demselben Gewährsmann zu sprechen, nicht geeignet, das konstitutionelle Steuerruder mit fester Hand zu führen, er schob nicht, sondern wurde geschoben. Es fehlte die entschlossene, aber dabei besonnene Triebkraft und darum kam das Staatsschiff nicht vorwärts, sondern lavirte, bis es festsaß." Während somit im Inneren Reibungen und Hemmungen unvermeidlich waren, drohte von außen eine Gefahr, die durch das mit der Februar-

Abnahme seiner Anhängerschaft.

[1]) Bericht Steigers 27. Febr. 1862. E. Arch. Bern.

verfassung gesteigerte Machtbewußtsein der östreichischen Staatslenker vergrößert wurde. Östreichs herrschender Einfluß in Deutschland sollte um jeden Preis erhalten bleiben und für den in Italien erlittenen Verlust entschädigen. In Deutschland aber fand man sich Preußen gegenüber, das seiner Entwicklung nach dahin strebte, Östreich den Rang streitig zu machen. Kam diese Macht dem nationalen Einheitsdrang entgegen, bot sie dem deutschen Volk die Aussicht einer Umwandlung des alten, morschen Bundes in einen jungen, kräftigen Staatskörper, so mußte sich die Frage einer Reform dieses Bundes früher oder später zu einem Kampf zwischen Preußen und Östreich zuspitzen.

Drohende Rivalität Preußens.

X.

Deutschland. Die neue Aera in Preußen und ihr Ende.

In Deutschland hatte die mit der Regentschaft des Prinzen Wilhelm einsetzende „Neue Aera" Hoffnungen erweckt, die nicht auf die Grenzen Preußens beschränkt blieben. Zunächst jedoch genoß man hier vor allem das Gefühl der Befreiung von dem lähmenden Druck der Reaktion. Man deutete einige Personalveränderungen in der Verwaltung, wie die Entlassung Kleist-Retzows, des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Milderungen bei der Beschlagnahme von Preßerzeugnissen, duldsamere Behandlung der freien Gemeinden, trotz aller Schwankungen und Widersprüche der polizeilichen Praxis, als günstige Zeichen. Man zog aus der programmatischen Ansprache des Regenten an sein Ministerium vom 8. November (s. o. S. 266) überschwängliche Folgerungen. Man wähnte, allmählich die Durchlöcherungen und Verstümmelungen der Verfassung wieder beseitigt zu sehen, wenn man sich nur bescheiden und vertrauensvoll zu gedulden wisse. „Nur nicht drängen" war die Losung, die in der Masse des Bürgertums ausgegeben wurde. Dieser Losung entsprach ihr Verfahren bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Die „Neue Aera" in Preußen.

Die ganze liberale Partei mit Einschluß der äußersten Linken war diesmal bereit, sich mit voller Kraft an den Wahlen zu beteiligen. Der schnell verbreitete Ausspruch des Prinzregenten, er wünsche Freiheit der Wahlen, begünstigte die Sammlung der Konstitutionellen in Stadt und Land, die Aufstellung von Wahlprogrammen, die ihre dringendsten Forderungen umfaßten, die Wahl von Wahlmännern, die diesen zustimmten. Als es sich aber um die Wahl der Abgeordneten selbst handelte, übte man die Entsagung, um der Regierung, wie man zu verstehen gab, gegenüber „der Rückschrittspartei" keine Schwierigkeiten zu bereiten, die Namen der hervorragendsten demokratischen und liberalen Führer von 1848 ausfallen zu lassen. Waldecks Kandidatur wurde nicht aufgestellt, die Johann Jacobys wieder zurückgezogen. Schulze-Delitzsch, Die Wahlen.

Rodbertus, Unruh verzichteten freiwillig auf die Annahme von Mandaten. Die im ganzen und großen noch aus der Reaktionszeit stammende Beamtenschaft arbeitete zwar häufig, teils öffentlich, teils geheim, trotz der Abmahnung Flottwells, des Ministers des Inneren, vor Begünstigung „extremer politischer Richtungen", für die Wiederwahl konservativer Heißsporne. Aber ihre Bemühungen waren meistens vergeblich. Die frühere Regierungsmehrheit verwehte wie Spreu im Winde. Auf die ihrer Führer Gerlach und Wagener beraubte Rechte schmolz auf ein paar dutzend Mitglieder zusammen. Die Zahl der Landräte, unter denen manche liberale an Stelle von konservativen getreten waren, verminderte sich von einigen 70 auf 27. Von den entlassenen Ministern errang nur der frühere Ministerpräsident Otto von Manteuffel einen Sitz. Dagegen wurden Alfred von Auerswald viermal, Schwerin und Patow je dreimal, Harkort zweimal gewählt. Die überwältigende Mehrheit des Abgeordnetenhauses setzte sich aus Altliberalen zusammen, deren Hauptmasse sich gewöhnte, den wieder in der Arena erscheinenden heißblütigen, herrischen Vincke als ihren Führer zu betrachten. Dieser Fraktion schlossen sich auch zwei bald durch innige Freundschaft verbundene Männer an, deren Namen damals zuerst in der parlamentarischen Geschichte Preußens auftauchten: der kluge, an ruhiges Abwägen des Möglichen gewöhnte, aber immer von idealen Beweggründen bestimmte Westfale Max von Forckenbeck, der sich 1848 als Glogauer Stadtrichter im dortigen konstitutionell-demokratischen Klub hervorgethan hatte und dann durch den Justizminister Simons als Rechtsanwalt in das kleine ostpreußische Städtchen Mohrungen verpflanzt war, und der unbeugsame, äußerlich kalte, aber von dem Feuer demokratischer Überzeugung durchglühte, trotz seines Adelstitels nur auf die Bürgerkrone stolze ermländische Landwirt, Freiherr von Hoverbeck[1]).

Niederlage der früheren Mehrheit.

Altliberale Mehrheit. Vincke.

Forckenbeck.

Hoverbeck.

Die Thronrede, mit der am 12. Januar 1859 der Prinzregent den Landtag eröffnete, betonte das Festhalten am „Königtum von Gottes Gnaden", aber ebenso an „Gesetz und Verfassung" und forderte die Volksvertreter auf, ihn auf dem Weg zu unterstützen, den er „im Hinblick auf Preußens Aufgabe, seine glorreiche Geschichte und die vaterländischen Traditionen" eingeschlagen habe. Das Abgeordnetenhaus erkor zu seinem Präsidenten den Grafen Schwerin, zu Vizepräsidenten die Führer der katholischen Fraktion und der Fraktion des „Preußischen Wochenblattes", August Reichensperger und Mathis. Die aus der Macht verdrängten Vorkämpfer der Reaktion befürchteten das Schlimmste von der liberalen Mehrheit. „In unseren inneren Verhältnissen, schrieb am 4. März 1859

Thronrede 12. Jan. 1859.

Präsidium Schwerins.

[1]) Philippson: Max von Forckenbeck 1898 (Ergänzungen nach ungedruckten Briefen, Deutsche Revue XXIII., XXIV. 1898. 1899). Parisius: Freiherr von Hoverbeck: 3 Bände 1897—1900.

Karl von Manteuffel einem süddeutschen Freund, scheint sich der flachste und modernste Konstitutionalismus immer mehr zu befestigen ... eigentlich regiert schon jetzt nicht mehr der Prinz, sondern der Herr von Vincke[1])." Indessen blieb auch die liberale Mehrheit der Parole treu, die Regierung nicht durch Forderungen von Reformen zu drängen. Man wartete geduldig auf ihre Vorlagen. Von diesen hatten nur zwei allgemeine Bedeutung: ein Gesetzentwurf, der gemäß Artikel 101 der Verfassung die Befreiungen von der Grundsteuer abschaffen sollte, und ein anderer, der die Einführung der „Notcivilehe" als Auskunftsmittel für Fälle vorschlug, in denen orthodoxe evangelische Geistliche bei der Wiederverheiratung gesetzlich Geschiedener ihre Mitwirkung weigerten. Nur dies Ehegesetz wurde im Abgeordnetenhaus verabschiedet. Die liberale Mehrheit hätte der Einführung der obligatorischen Civilehe den Vorzug gegeben. Aber als das Ministerium unter dem Druck von höchster Stelle aus der Annahme des Vorschlags der Notcivilehe eine Kabinetsfrage machte, erteilte sie dem eingebrachten Gesetzentwurf ihre Zustimmung. Im Herrenhaus, das es an Bekundungen des Widerwillens gegen das Ministerium und die zweite Kammer nicht hatte fehlen lassen, kam es vor dem Ende der Session nicht mehr zu einer Beschlußfassung.

Annahme des Ehegesetzes im Abgeordnetenhaus 13. April.

Verliefen somit die Verhandlungen des Landtags von 1859 ohne wertvolle gesetzgeberische Früchte, so war doch von Seite der Regierung wie von Seite der Abgeordnetenmehrheit der gute Wille gezeigt, zusammenzuarbeiten. Die Hoffnungen der Liberalen erhielten im Sommer eine Verstärkung durch die Berufung eines ihrer Chorführer zum Minister des Inneren. Diesen wichtigen Posten räumte am 3. Juli der dreiundsiebzigjährige, ruhebedürftige, von den übernommenen Räten seines Vorgängers mehr oder weniger abhängige Flottwell dem seit seinem Auftreten im Vereinigten Landtag hochangesehenen Grafen Schwerin. Er galt nach seinem ehrenvollen Verhalten während der Revolution und während der Reaktion als der Staatsmann, der die politische Richtung der neuen Aera am besten bezeichnete. Man erwartete von ihm ein energisches Dringen auf Änderungen innerhalb des großenteils mit dem alten System verwachsenen Beamtentums und auf durchgreifende Reformen der Gesetzgebung. Freilich schien im Gegensatz zu seiner Ernennung der einige Monate später erfolgende Wechsel im Kriegsministerium zu stehen. Hier mußte Bonin, dem die Zuneigung der Liberalen gesichert war, dem Generallieutenant Albrecht von Roon, der ihr nicht ungerechtfertigtes Mißtrauen erweckte, den Platz räumen.

Schwerin Minister des Inneren 3. Juli.

Roon Kriegsminister 6. Dec.

Immerhin blieb die Hoffnung auf eine gründliche Wandlung der

[1]) Aus dem Briefwechsel des preußischen Ministers Karl von Manteuffel (von mir veröffentlicht in den Süddeutschen Monatsheften 1. Mai 1914).

inneren Verhältnisse Preußens durch die Regierung der neuen Aera in weiten Kreisen noch unerschüttert. Dagegen hatte ihre auswärtige Politik während des italienischen Krieges manche herbe Enttäuschung hervorgerufen. Der Prinzregent, im Gefühl, den rechten Weg gegangen zu sein, mochte dem Herzog Ernst von Koburg schreiben: „Was die Vergangenheit betrifft, so würde ich, wenn ich dieselbe noch einmal zu durchleben hätte, sie ganz genau ebenso, wie geschehen, durchleben und durchhandeln.“ Aber weit und breit herrschte die Meinung vor, daß Preußen durch schwankende und verspätete Maßregeln sich zwischen zwei Stühle gesetzt habe. Es hatte Östreich erbittert, Frankreich gereizt, die großdeutschen Anhänger der habsburgischen Monarchie erzürnt, für die Mobilmachung seines Heeres unnütze Kosten aufgewandt, ohne weder für sich noch für Deutschland irgend einen Gewinn davongetragen zu haben. Indessen war durch die kriegerischen Ereignisse des Sommers 1859 nach zehnjährigem Schlummer der nationale Gedanke in Deutschland wieder zu voller Kraft erweckt worden. Das Schreckbild eines möglichen Zusammenstoßes mit dem unberechenbaren Herrscher jenseits des Rheins hatte tausenden die Zerrissenheit des Vaterlandes, die Mangelhaftigkeit des Bundes, die Notwendigkeit einer straffen Zusammenfassung der politischen und militärischen Gewalt mahnend vor Augen gerückt. Die Erinnerung an den Einheitstraum von 1848 und 1849 wurde wieder lebendig und mit ihr die Überzeugung der Notwendigkeit, Preußen an die Spitze zu stellen. Wollte die preußische Regierung selbst, dem Programm des Prinzregenten gemäß, sich auf „moralische Eroberungen“ beschränken, war der Druck äußerer Gefährdung zunächst weggefallen, so sollte doch die Idee der Einigung Deutschlands unter preußischer Vorherrschaft dem Bewußtsein des Volkes immer tiefer eingeprägt werden. Dieser Aufgabe unterzog sich die liberale Partei durch die Gründung des „Nationalvereins“[1]).

Enttäuschungen der auswärtigen Politik.

Wiederbelebung des nationalen Gedankens.

Rasch nacheinander, am 17. und 19. Juli, tagten in Eisenach und in Hannover zwei Versammlungen, die eine angeregt von Schulze-Delitzsch, die andere von Rudolf von Bennigsen, die unabhängig von einander durch ihre Beschlüsse Ersetzung der Bundestags durch eine kräftigere Centralgewalt und Berufung eines deutschen Parlamentes forderten. Dort wurde Preußen mit der Initiative hiefür die unverweilte provisorische Übernahme der Leitung der deutschen Militärkräfte und der diplomatischen Vertretung nach außen angemutet. Hier ward nur der Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung der neuen Aera zur Herbeiführung der Berufung eines deutschen Parlaments und zur einheitlicheren

Versammlungen in Eisenach und Hannover 17./19. Juli 1859.

[1]) Hermann Oncken: Rudolf von Bennigsen 1910, daselbst I. 441 Litteraturangaben zur Geschichte des Nationalvereins.

Organisation der militärischen und politischen Kräfte Deutschlands in nächster Zeit Schritte thun möge. Im Anschluß an jene beiden Versammlungen fand nach Übereinkunft ihrer Leiter am 14. August eine dritte in Eisenach statt, bei der sich auch einige Süddeutsche einstellten. Anfangs herrschte zwischen ihnen und den Norddeutschen keine rechte Vertraulichkeit. „Erst bei Tisch und bei einem Glase Wein, berichtet Unruh, einer der Teilnehmer, schmolz die Eisrinde." Die von der Versammlung erlassene Erklärung stimmte wesentlich mit der ersten Eisenacher überein. Eine Abschwächung war nur darin zu sehen, daß sie statt der unverweilten provisorischen Übertragung der militärisch-politischen Leitung auf Preußen diese allein für den Fall einer abermaligen Kriegsgefahr von außen forderte. Sie mahnte „alle deutschen Vaterlandsfreunde", möchten sie „der demokratischen oder der konstitutionellen Partei" angehören, „für die Errichtung einer kräftigen Verfassung Deutschlands in Eintracht zusammenzuwirken". Eine von beinahe allen Teilnehmern unterzeichnete Erläuterung des Eisenacher Programms aus der Feder des Darmstädter Metz enthielt die wohlklingende Versicherung, „kein echtes Glied des deutschen Volkes" ausschließen zu wollen, neben dem Glaubensbekenntnis, daß Preußen als der Staat erscheine, der augenblicklich „in sehr vorteilhaftem Gegensatz zu andern Staaten und insbesondere zu Östreich" am meisten dem vorgesteckten Ziel nachstrebe.

Versammlung in Eisenach 14. August.

Hierauf erfolgte am 15. und 16. September in Frankfurt am Main in einer an den zweiten Kongreß der deutschen Volkswirte sich anschließenden Versammlung unter Bennigsens Vorsitz die förmliche Bildung des „Deutschen Nationalvereins". Den Süddeutschen zu Gefallen beschränkte man sich auf ein ziemlich farbloses Statut, das den Hauptstreitpunkt, preußische Spitze und dadurch bedingten Ausschluß Deutsch-Östreichs, halb verhüllte. Man hatte zuerst die Absicht gehegt, Frankfurt zum Sitz des Vereins zu machen. Aber der Frankfurter Senat verweigerte ohne Angabe von Gründen die nachgesuchte polizeiliche Erlaubnis. Daraufhin ward in einer Ausschußsitzung Koburg zum Sitz des Vereins erkoren und gleichzeitig ein Vorstand mit Bennigsen an der Spitze gewählt. Herzog Ernst von Koburg hatte sich den Stiftern des Vereins schon früher als Bundesgenossen angeboten. Er hatte vor Jahren unter Mitwirkung Gustav Freytags die Gründung eines „litterarisch-politischen Vereins" angeregt, den er als Vorstufe des Nationalvereins angesehen wissen wollte. Seinen Neigungen und Ideen entsprach es durchaus, diesen in Schutz zu nehmen, wiewohl sein ursprünglicher Plan eines Geheimbundes unter Leitung eines hochgestellten Mannes, der er selbst vermutlich sein sollte, keinen Anklang gefunden hatte. Mit so vielen europäischen Herrscherhäusern verwandt, lebhaften Geistes, für die Strömungen der Zeit empfänglich, aber keineswegs gegen un-

Stiftung des „Deutschen Nationalvereins" in Frankfurt a. M. 15./16. Sept.

Koburg Sitz des Vereins.

Herzog Ernst von Koburg.

erwartete Absprünge von festgesteckten Zielen gefeit, sehr bereit, mit der Demokratie zu kokettiren, aber selbst alles andere eher als ein Demokrat, war er seit jeher von dem brennenden Ehrgeiz erfüllt, wie als dilettirender Musiker, Maler, Dichter, Kriegsmann[1]), auch als Politiker eine Rolle zu spielen. Sein Benehmen in den Jahren der Revolution und Reaktion, während deren er wie manchem anderen den in seinen Dienst aufgenommenen Schleswig-Holsteinern Samwer und Francke ein Asyl gewährt hatte, sein nahes Verhältnis zu liberalen Schriftstellern und Parlamentariern, sein ungezwungenes, höfische Etikette verschmähendes Wesen hatten ihm viele Freunde gemacht, die ihm persönliche Schwächen und Untugenden nachsahen. Seine damalige politische Gesinnung war schon vor der Stiftung des Nationalvereins durch die Antwort gekennzeichnet worden, die er einer Adresse zahlreicher Gothaer hatte zuteil werden lassen. Sie hatten ihm den Wunsch ausgedrückt, „die Bildung einer großen nationalen Partei zu befördern, deren Ziel ein Bundesstaat mit Volksvertretung sei, unter der militärischen und diplomatischen Führung Preußens". In seiner zustimmenden Erwiderung erinnerte der Herzog daran, daß er bereits bei der Gründung der Centralgewalt 1848 sowie bei der Konstituirung der Union 1850 aus freiem Antrieb sich erboten habe, „seine Opfergabe auf den Altar des Vaterlandes niederlegen". Dies trug ihm scharfe Vorwürfe in einer Note Rechbergs ein. Seine Ansichten erschienen nach dem Urteil des östreichischen Ministers „im Munde eines souveränen Fürsten ganz besonders tadelnswert".

Hinderung der Ausbreitung des Nationalvereins.

Herzog Ernst ließ sich dadurch nicht beirren, dem Verein seine Gunst zu bezeigen. Indessen ging es mit demselben nur langsam vorwärts. Die Regierungen Östreichs und der meisten deutschen Mittel- und Kleinstaaten wandten alle polizeilichen und behördlichen Kunstgriffe an, um seiner Ausbreitung Hindernisse in den Weg zu legen. In Süddeutschland war zunächst, weil bei Verwirklichung des Gedankens preußischer Vorherrschaft immer eine Preisgebung der Deutschen Östreichs befürchtet werden mußte, die Beteiligung sehr schwach. Auch im Norden blieb sie hinter den gehegten Erwartungen noch weit zurück. In dem vertraulichen Briefwechsel der Leiter des Vereins kamen lebhafte Klagen über Lauheit und Schlaffheit wiederholt zum Ausdruck. Es bedurfte ihrer ganzen Geduld und Zähigkeit, um den Mut nicht zu verlieren. Diese Eigenschaften

Rudolf von Bennigsen.

besaß in hohem Grade der Vorsitzende Rudolf von Bennigsen. Der Sohn eines vielseitig gebildeten hannoverschen Officiers, durch die Revolutionsjahre 1848 und 1849 tief ergriffen, nach dem Austritt aus dem Staatsdienst 1856, der einen Bruch mit seiner Vergangenheit bedeutete, ganz dem öffentlichen Leben gewidmet, hatte Bennigsen im Bunde mit den

[1]) S. VII. 406 die Litteratur über seinen Anteil am Kampf bei Eckernförde.

Freunden Gottlieb Planck und Johannes Miquel an der Spitze der Kammeropposition gegen das reaktionäre Ministerium Borries (s. VII. 484), weit über die Grenzen seines Heimatstaates hohes Ansehen bei allen Liberalen erworben. Dieser Edelmann, der die Rechte und Interessen von Bürgern und Bauern gegen die überspannte Macht königlicher Gewalt, adliger Privilegien, bureaukratischer Willkür vertrat, hatte erkannt, daß die hannoversche und deutsche Frage untrennbar verknüpft seien. Ohne ein Unitarier zu sein, der das völlige Aufgehen der deutschen Dynastieen und Stämme in ein Einheitsreich gefordert hätte, heftete er den Blick auf das gemeinsame Ziel, Freiheit und Einheit der Nation in Form eines deutschen Bundesstaates unter Leitung Preußens: eine ächt niedersächsische Natur, gelassen und überlegend, zurückhaltend und besonnen, Kämpfen nicht ausweichend, aber gütlichen Vergleichen zugänglich, dabei von feinen Umgangsformen und ein Meister würdiger, wirkungsvoller Rede, wie gemacht zum umsichtigen, staatsklugen Leiter.

Als Geschäftsführer, dem die Korrespondenz, das Kassenwesen, die Ausführung der Vorstands- und Ausschußbeschlüsse oblag, stand ihm der Koburger Rechtsanwalt Streit zur Seite, ein thüringischer Demokrat, der enge Beziehungen zu seinen alten, teilweise in der Verbannung lebenden Parteigenossen bewahrte. Unter den Publicisten des Vereins standen an erster Stelle der Braunschweiger Ludwig von Rochau, einst als Burschenschafter am Frankfurter Wachensturm beteiligt (s. IV. 329), namentlich durch sein Werk „Grundsätze der Realpolitik" bekannt geworden, Herausgeber der „Wochenschrift des Nationalvereins", und der Franke Karl Brater, Abgeordneter Nürnbergs im bairischen Landtag, der in München mittels der „Süddeutschen Zeitung" den harten Kampf für das Programm der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung begann. Im Vorstand und im Ausschuß gewann neben Bennigsen nach und nach eine Anzahl von Mitgliedern aus vielen deutschen Gauen wachsende Bedeutung: sein beredter, vielgewandter, geschmeidiger Landsmann Miquel, damals Advokat in Göttingen, der die Jugendsünde seiner engen Verbindung mit Karl Marx (s. VII. 642) längst bereut hatte, verzehrt von Ehrgeiz, feurigen, durch diplomatische Schlauheit gezügelten Temperamentes, der Württemberger Rechtshistoriker und Abgeordnete Reyscher, der Darmstädter Anwalt Metz, der streitbare Gegner des Ministeriums Dalwigk, und vor allem Schulze-Delitzsch, nach seinem schlichten Äußeren und nach seiner markigen Sprechweise das Urbild eines Volksmannes, als Schöpfer des Genossenschaftswesens von tausenden im Stande der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden hoch verehrt, unermüdlich thätig, von einem Ende Deutschlands bis zum anderen auf der Wanderschaft, makellos und uneigennützig im Denken und Handeln. Zu ihm, dem Demokraten, und zu Unruh, dem Konstitutionellen von 1848, gesellten

Streit. Rochau. Brater. Miquel. Reyscher. Metz. Schulze-Delitzsch. Unruh u. s. w.

sich später von hervorragenden preußischen Parlamentariern auch Forckenbeck, Hoverbeck, Franz Duncker, der Verleger der „Volkszeitung". Die Hauptmasse der Anhänger des Vereins rekrutirte sich aus dem mittleren und kleinen Bürgerstand. Aber allmählich gewann er auch unter wohlhabenden Kaufleuten, Großindustriellen, Gutsbesitzern Freunde.

Feier des hundertsten Geburtstags Schillers 10. Nov. 1859.

Nicht geringen Vorschub leistete seinen Bestrebungen die Feier von Schillers hundertstem Geburtstag am 10. November 1859. Die Schillerfeier, die mit einmütiger Begeisterung im ganzen deutschen Sprachgebiet begangen wurde, war weit mehr als ein litterarisches Ereignis. Sie war ein Nationalfest mit stärkstem politischem Einschlag. Mochte man den Dichter des Tell als Freiheitssänger preisen oder seiner Mahnung gedenken: „Seid einig, einig, einig": durch alle Reden unter freiem Himmel oder in geschlossenen Räumen, bei Schulfeiern, Banketten, Theaterveranstaltungen klang die freiheitlich-vaterländische Note durch und fand in unzähligen Herzen der Hörer Widerhall. Seitdem ward die politische Färbung an sich unpolitischer Feste gang und gäbe. Schützen-, Turner- und Sängerfeste boten reichliche Gelegenheit, dem Unmut über die Mangelhaftigkeit öffentlicher Zustände und Einrichtungen, der Hoffnung auf Erfüllung der Einheits- und Freiheitswünsche Ausdruck zu leihen. Man schwelgte in idealer Ausmalung einer glücklicheren Zukunft und versprach sich im Überschwang der Festfreuden den Sieg über harte Thatsachen der Wirklichkeit. Bei der Versammlung der thüringischen Gesangvereine in Gotha im April 1860 wurde das patriotische und politische Lied mit Vorliebe aufgenommen. Bei der Versammlung der deutschen Turner in Koburg im Juni desselben Jahres gab die in Trauerflor gehüllte Fahne der Schleswig-Holsteiner das Signal zu feurigen Kampfreden gegen die fremden Unterdrücker. Immer entschiedener kamen, wo sich deutsche Männer in Massen zusammen fanden, die Bestrebungen wieder zum Ausdruck, die auf Herstellung eines in Freiheit und Einheit verbundenen Volkstums abzielten.

Schützen-, Turner-, Sängerfeste.

Ausschußsitzung des Nationalvereins in Berlin März 1860.

Mittlerweile gewann der Nationalverein langsam Schritt für Schritt Boden. Im März 1860 fand eine Ausschußsitzung in Berlin statt, der ein zu Bennigsens Ehren gegebenes Bankett vorausging. Zum erstenmal hielt er auf preußischem Boden eine Rede, die in den Hochruf „Auf die historische Mission Preußens und die Wiederherstellung eines deutschen Reiches" ausklang. Die von Napoleon erzwungene Abtretung Savoyens und Nizzas rief eine Erklärung des Ausschusses hervor, die jede Gebietserweiterung Frankreichs als einen die deutschen Interessen gefährdenden Akt bezeichnete, jedes Attentat auf deutsches Gebiet mit dem Widerstand des ganzen Volkes bedrohte und die Mahnung daran knüpfte, ihm durch Schaffung einer Centralgewalt und eines Parlamentes endlich die nötigen Machtmittel zu verleihen. Wenige Wochen später weckte ein unbedachtes

Erklärung wegen Savoyens 13. März.

Wort des Ministers Borries einen Sturm der Entrüstung, der ganz dazu geeignet war, die Segel des Nationalvereins zu schwellen. Der hannoversche Staatsmann sprach am 2. Mai in einer Sitzung der zweiten Kammer über ihn sein Verdammungsurteil aus und fügte hinzu, Versuche, deutsche Fürsten zu Gunsten einer preußischen Centralgewalt ihrer Rechte zu berauben, könne sie selbst zu Bündnissen mit außerdeutschen Staaten drängen, die sehr zufrieden sein würden, die Hand in Deutschlands Angelegenheiten zu bekommen. Er erhielt sofort eine geharnischte Antwort durch eine am 6. Mai auf einer Tagung in Heidelberg beschlossene Erklärung, die jeder deutschen Regierung, die in Fragen nationaler Entwicklung bei auswärtigen Mächten Hilfe suchte, das Schicksal von „Verrätern" androhte. Neben den Namen der Führer des Nationalvereins trug diese Erklärung auch die von Koryphäen der Erbkaiserpartei an der Spitze. Bennigsen überreichte sie, nach Hannover zurückgekehrt, der Kammer. Aus hunderten von deutschen Städten liefen Zustimmungsadressen ein. Die Erhebung in den erblichen Grafenstand, durch die Georg V. seinen Minister bald danach auszeichnete, sollte ihn für die Brandmarkung der öffentlichen Meinung entschädigen. Aber er wurde den Makel nicht los und mußte sich sagen, wider Willen dem verhaßten und verfemten Nationalverein zu frischem Leben verholfen zu haben.

Erklärung gegen Borries 6. Mai.

Vom 3. bis 5. September 1860 hielt dieser in Koburg seine erste Generalversammlung, die von etwa 500 Mitgliedern aus allen Teilen Deutschlands besucht wurde. Die Führer hatten in einer Ausschußsitzung eine Resolution hinsichtlich der deutschen Frage vorberaten, die nach gründlicher Debatte mit Zurückziehung oder Verwerfung abweichender Anträge fast wörtlich einstimmig angenommen wurde. Demnach ward erklärt, das deutsche Volk werde „seinen Anspruch auf bundesstaatliche Einheit", der in der Reichsverfassung von 1849 „seinen rechtlichen Ausdruck" gefunden habe, „nimmermehr aufgeben". Dem Nationalverein ward der Beruf zugesprochen, „auf die Schaffung einer einheitlichen Centralgewalt und eines deutschen Parlaments mit allen gesetzlichen Mitteln hinzuwirken". Er erwartete, „daß jeder deutsche Volksstamm" willig die zur Erreichung der Einheit Deutschlands nötigen Opfer bringen werde. Er baute darauf, daß, wenn die preußische Regierung „die Interessen Deutschlands nach jeder Richtung thatkräftig wahrnehme und die unerläßlichen Schritte zur Herstellung der deutschen Macht und Einheit thue", das deutsche Volk „gewiß vertrauensvoll die Centralgewalt dem Oberhaupt des größten rein deutschen Staates übertragen sehen werde". Er wollte keinen Teil des deutschen Bundesgebiets aufgeben und mit Freude den Augenblick begrüßen, der „den Anschluß der deutschen Provinzen Östreichs an das geeinigte Deutschland" möglich mache. Aber, falls „die Macht der Verhältnisse" dies zunächst verbiete, wollte er sich

Erste Generalversammlung des Nationalvereins 3. bis 6. Sept. 1860.

dadurch nicht hindern lassen, „die Einigung des übrigen Deutschlands anzustreben". Trotz ehrenvoller Erwähnung der Reichsverfassung von 1849, die man in Wirklichkeit nicht als Panier aufzustecken wagte, trotz scheinbar bindender Vorschrift von Bedingungen der Vorherrschaft Preußens und trotz grundsätzlichem Festhalten an Alldeutschland, mit Einschluß Deutsch-Östreichs, bekannte man sich zu dem kleindeutsch-liberalen Programm: Bundesstaat unter preußischer Leitung und deutsches Parlament.

Debatte über das Verhältnis zur italienischen Einheitsbewegung.

In der letzten Hauptsitzung vom 5. September wurde nach dem Antrag des Berichterstatters Gabriel Riesser der Bevölkerung Kurhessens und Schleswig-Holsteins die lebhafteste Sympathie in ihrem Kampf für ihr Recht ausgesprochen. Danach kam es zu einer großen Debatte über das Verhältnis der deutschen Einheitsbewegung zur italienischen. Die Ähnlichkeit beider war unverkennbar. Niemand konnte leugnen, daß der italienische Nationalverein für den deutschen das Muster abgegeben hatte. Auch war diesem von jenem schon gegen Ende des Jahres 1859 der Vorschlag der Vereinigung in allen Schritten für das italienische und deutsche Vaterland und der Herstellung eines regelmäßigen Briefwechsels gemacht worden. Trotz der Ablehnung dieses Vorschlags versuchte der italienische Nationalverein wiederholt nochmals Anknüpfungen mit dem deutschen. Während der Koburger Generalversammlung erhielt Bennigsen ein Schreiben La Farinas, des Präsidenten des italienischen Nationalvereins, vom 30. August, das dem deutschen Nationalverein einen brüderlichen Gruß übermittelte, aufrichtige Wünsche für die Einheit und Freiheit Deutschlands aussprach, zugleich aber vor den „Sophismen Östreichs" warnte und diese Monarchie bezichtigte, „Deutschland getrennt zu halten", weil sie dieser Trennung bedürfe, „um Italien in Knechtschaft zu halten". Als Antwort übersandte Bennigsen mit einem Privatbrief den Beschluß der Versammlung, gemäß der früheren Erklärung des Ausschusses, dem italienischen Volk in seinem Kampf um Einheit und Freiheit die Sympathieen des deutschen Volkes auszudrücken, aber zugleich den deutschen Standpunkt durch Verdammung jeder Landabtretung an Frankreich und jeder allfälligen Verletzung deutschen Bundesgebietes zu wahren. Vergeblich suchte Miquel die Versammlung zur Annahme der einfachen Erklärung ohne Klauseln fortzureißen: „Das deutsche Volk hat Sympathieen für die Bestrebungen eines Brudervolkes, das hoffentlich mit ihm in nicht ferner Zukunft Hand in Hand gehen wird." Die Furcht vor „dem lauernden Feinde jenseits des Rheins" und die Rücksicht auf Östreich, dessen italienisches Festungsviereck namentlich viele Süddeutsche noch immer zum Schutz Südtirols unentbehrlich dünkte, überwogen.

Bennigsens Antwort an La Farina.

Der Zwiespalt der Meinungen in Bezug auf das Verhältnis zu Öst-

reich setzte überhaupt den deutschen Nationalverein von vornherein in Nachteil gegenüber seinem Vorgänger jenseits der Alpen. Dort hatte man in der Bekämpfung der Fremdherrschaft, die sich in der habsburgischen Monarchie verkörperte, ein klares Ziel. Hier mußte man, um der Deutsch-Östreicher willen, häufig zu Verschweigungen und Unbestimmtheiten seine Zuflucht nehmen. Ein anderer Unterschied, der eine Schwäche des deutschen Vereins gegenüber dem italienischen bedingte, ergab sich aus dem ungleichartigen Ursprung der die Einheit hindernden Einzelregierungen hier wie dort. In Italien waren die Herrschergeschlechter, abgesehen vom Königreich Sardinien, Fremde, und wo es sich nicht um ein erbliches Fürstentum handelte, wie im Kirchenstaat, förderte der Druck des Priesterregimentes den Einheitsdrang, dem auch revolutionäre Mittel dienstbar gemacht wurden. In Deutschland bestanden angestammte mit dem Lande verwachsene Fürstenhäuser, und selbst, wo sie wie in Kurhessen oder Hannover grobe Rechtsbrüche verschuldet hatten, lag der loyalen und partikularistisch gesinnten Bevölkerung der Gedanke ganz fern, den Sonderstaat dem in Wort und Lied gepriesenen Einheitsideal aufzuopfern. Endlich aber, was das Wichtigste war, in Italien ging die Regierung, für die der dortige Nationalverein arbeitete, Hand in Hand mit ihm. Sein Präsident wurde von Cavour, dem leitenden Minister Viktor Emanuels, im Morgengrauen empfangen, erhielt von ihm Weisungen, erstattete ihm über seine Thätigkeit Bericht. In Deutschland dagegen fehlte es an einer unmittelbaren Verbindung zwischen der preußischen Regierung und dem Nationalverein. Man mußte zufrieden sein, wenn sie ihn nur gewähren ließ und Verfolgungen, denen er anderswo ausgesetzt war, mißbilligte.

Nachteil des deutschen Nationalvereins im Vergleich zu dem italienischen.

Schon im Sommer 1859 hatte Unruh den Minister Auerswald befragt, ob der Verein sich eine Förderung von oben versprechen dürfe. Die Erwiderung des Ministers war ausweichend. Er wollte die guten Absichten des Vereins nicht verkennen, betonte aber, wie viele Rücksichten man zu nehmen habe. Danach erhielt Unruh in Auerswalds Auftrag eine von Max Duncker verfaßte Denkschrift, die zwar Preußens Bereitschaft bekundete, an einer Reform des Bundes, mit Inbegriff einer Vertretung des deutschen Volkes, zu arbeiten, zugleich aber den Gedanken „eines Ausschlußes Östreichs aus dem Bundesverhältnis" abwies. Einige Wochen nachher wurde die Antwort bekannt, durch die Schwerin namens des Prinzregenten die Bitte der Stettiner Bürgerschaft um Herstellung einer neuen deutschen Centralgewalt gemäß der Eisenacher Erklärung (s. o. S. 437) erledigte. Sie gab zwar der Überzeugung Ausdruck, „daß die Unabhängigkeit und Macht Deutschlands nach außen und die Entwicklung seiner geistigen und materiellen Kräfte im Inneren ein festes und energisches Zusammenfassen dieser Kräfte und eine Umgestaltung der Bundesver-

Verhältnis zur preußischen Regierung.

fassung in diesem Sinn voraussetze". Aber sie bezeichnete zugleich als Richtschnur der Regierung „gewissenhafte Achtung vor fremdem Rechte und Rücksicht auf das zur Zeit Mögliche". In diesem Rahmen wurde neben der „Befestigung gesicherter Rechtszustände in dem ganzen Bundesgebiet" als Gegenstand praktischer Politik „die Stärkung der deutschen Wehrkraft" inbegriffen.

Der Prinzregent und die Frage einer Reform der deutschen Wehrverfassung.

In der That lag dem Prinzregenten unter vorläufigem Verzicht auf eine Gesamtreform des Bundes vor allem diese beschränkte Frage nach den jüngst gemachten Erfahrungen am Herzen. Sein Plan lief in Kürze hinaus auf gründliche Verbesserung des Bundesheeres nach preußischem Muster und auf Zweiteilung des Oberbefehls bei einem Bundeskrieg, an dem Östreich und Preußen in voller Macht sich beteiligten, mit Feststellung eines gemeinsamen Operationsplans und mit Unterordnung der beiden süddeutschen Korps unter östreichisches, der beiden norddeutschen unter preußisches Kommando[1]). Dadurch wurden aber die deutschen Mittelstaaten zu entschiedenem Widerstand gereizt.

Die Würzburger Konferenzen der Mittelstaaten.

Im Herbst 1859 hatten sie selbst unter Führung von Beust und Pfordten auf Konferenzen in München und Würzburg die Frage eines Ausbaues der Bundesverfassung und in erster Linie einer Revision der Bundeskriegsverfassung erörtert. Eine zweite Würzburger Konferenz im November und December beschäftigte sich mit demselben Gegenstand. Das mittelstaatliche Heilmittel war strengste Wahrung der militärischen Selbständigkeit der Einzelstaaten und allfällige Bildung eines eigenen dritten Heereskörpers neben den östreichischen und preußischen unter Oberbefehl eines Bundesfeldherrn. Da auch Östreich, das eine Unterordnung Baierns unter sein Kommando nicht erwarten durfte, sich gegen die preußischen Anträge aussprach, so war ihr Schicksal im Militärausschuß des Bundestags und im Bundestag selbst im voraus besiegelt.

Ablehnung der preußischen Vorschläge durch die Militärkommission des Bundestags 2. Mai 1860.

Nicht viel besser stand es zunächst mit der Erfüllung des zweiten Teiles des deutschen Programmes der preußischen Regierung, mit der Zusage, die „Befestigung gesicherter Rechtszustände in dem ganzen Bundesgebiet" erwirken zu wollen. Der Prinzregent hatte in seiner Thronrede bei der Wiedereröffnung des preußischen Landtags am 12. Januar 1860 auf zwei wunde Punkte dieser Rechtszustände hingewiesen: auf Kurhessen und auf Schleswig-Holstein. In Kurhessen hatte der Kampf der Kammern gegen die aufgedrungene neue Verfassung von 1852 (s. VII. 470) auch nach Entlassung Hassenpflugs, der 1855 dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. selbst lästig geworden war, nicht geruht. Doch hatten sie sich, ohne Hoffnung auf Hilfe, zu einigen Zugeständnissen bereit erklärt. Ein Ausschuß

Der Verfassungskampf in Kurhessen.

[1]) Bailleu: Der Prinzregent und die Reform der deutschen Kriegsverfassung (Historische Zeitschrift LXXVIII. 1896).

des Bundestags beantragte im August 1859, um die leidige Sache endlich aus der Welt zu schaffen, nach Ablehnung kurfürstlicher Verschärfungsvorschläge und nach Streichung einiger ständischer Begehren nebst Billigung der übrigen, dem Kurfürsten die gewünschte Garantie der Verfassung von 1852 in Aussicht zu stellen. Preußen aber forderte, vornehmlich auf Betreiben seines Bundestagsgesandten Usedom, Wiederherstellung der willkürlich beseitigten Verfassung von 1831, aus der höchstens etwa bundeswidrige Artikel auszumerzen seien. Das Eintreten des Prinzregenten für das alte Landesrecht belebte den Mut der kurhessischen Bevölkerung, bewirkte die Zurücknahme früherer Zugeständnisse und befeuerte die Teilnahme der liberalen Partei in ganz Deutschland. Dagegen ward es in Wien und von der Mehrzahl der deutschen Regierungen, die Preußen einen Zuwachs an Popularität mißgönnten, sehr abfällig beurteilt. Nach langen Verhandlungen der Regierungen und nach einer erneuten Beratung im Ausschuß glaubte der Bundestag einen Mittelweg einschlagen zu sollen. Er beschloß am 24. März 1860, ohne irgendwie dazu befugt zu sein, mit 12 gegen 7 Stimmen, den Text der Verfassung von 1852 für giltig zu erklären, jedoch mit Aufnahme nicht bundeswidriger, von den kurhessischen Kammern früher beantragter Artikel. Preußen protestirte gegen den Beschluß, da er auf einer Kompetenzüberschreitung ruhe, und erklärte ihn für unverbindlich. Der Kurfürst aber, so widerwärtig die Ablehnung seiner eigenen Vorschläge ihm war, ließ am 30. Mai 1860 auf Grund des Bundestagsbeschlusses die umgearbeitete Verfassung von 1852 als endgiltig mit einem neuen Wahlgesetz veröffentlichen. Die Wahlen zur zweiten Kammer fanden jedoch nur unter dem Vorbehalt des alten Rechtes statt. Die Gewählten erklärten sich in überwiegender Mehrheit, weil nicht auf Grund der Verfassung von 1831 und auf Grund des Wahlgesetzes von 1849 berufen, für unzuständig. Sofort erfolgte die Auflösung der zweiten Kammer. Aufs neue entbrannte der kurhessische Verfassungskampf, in dem der aus der Fremde zurückgekehrte Rechtsanwalt Friedrich Ötker, einer der zahllosen durch die heimische Willkür Verfolgten, die Führung übernahm.

Eintreten Preußens für die Verfassung von 1831.

Beschluß des Bundestags 24. März 1860.

Kurhessische Wahlen unter Vorbehalt.

Auflösung der Kammer 8. Dec. 1860.

Ebenso verletzend für das Gefühl von tausenden war der Stand der schleswig-holsteinschen Frage [1]). Auf den Erlaß der Provinzialverfassungen für die Herzogtümer (s. VII. 478) war am 26. Juli 1854 die Verkündung der seit lange verheißenen Gesamtverfassung für die dänische Monarchie erfolgt. Sie schuf kraft einfacher, königlicher Machtvollkommenheit als gemeinsame Vertretung einen Reichsrat mit der eingeschränkten Befugnis, nur für die Bewilligung neuer Steuern und für die Abänderung

Die schleswig-holsteinische Frage.

Die dänische Gesamtverfassung 28. Juli 1854.

[1]) Vgl. zur Darstellung in Sybel III. und Samwer: Schleswig-Holsteins Befreiung 1897, besonders Neergaard: Under Junigrundloven II. Kopenhagen 1916.

der Gesamtverfassung eine beschließende Stimme zu haben. Von seinen 50 Mitgliedern sollten 20 vom König ernannt, 18 von Dänemark, 5 von Schleswig, 6 von Holstein, einer von Lauenburg gewählt werden. Allein die demokratische Partei brachte das Ministerium und die von ihm verteidigte Gesamtverfassung zu Fall. Ein neues Ministerium, in dem Scheel, seit 1846 als Bekämpfer des Deutschtums seinen Landsleuten verhaßt (s. VI. 226), überwiegenden Einfluß gewann, legte dem dänischen Reichstag den Entwurf einer neuen Gesamtverfassung vor, die nach dessen Zustimmung, aber wieder ohne Befragen der Stände der Herzogtümer, am 2. Oktober 1855 verkündigt wurde. Sie übertrug die volle Gewalt für Gesetzgebung und Finanzen in allen gemeinsamen Angelegenheiten dem König und einem beschließenden Reichsrat. Er sollte aus 20 ernannten und 60 gewählten Mitgliedern bestehen. Von diesen entfielen 47 auf Dänemark, 13 auf Schleswig, 18 auf Holstein, 2 auf Lauenburg. Damit war einer festen dänischen Mehrheit die Möglichkeit gegeben, den Wirkungskreis der schleswig-holsteinischen Provinzialstände unter Vorschützung der Annahme, daß es sich um gemeinsame Angelegenheiten handle, immer mehr einzuengen.

Die neue Gesamtverfassung 2. Okt. 1855.

Dies zeigte sich vornehmlich auf finanziellem Gebiet. Die neue Verfassung hatte die Verwaltung der Domänen zu einer gemeinsamen Angelegenheit gestempelt. Die großen Domanialeinkünfte der Herzogtümer, die vertragsmäßig ihnen zugesichert waren, flossen nun in den gemeinsamen Säckel. Der Reichsrat ermächtigte die Regierung sogar zu Veräußerungen des Staatsgutes der Herzogtümer und Lauenburgs zu Gunsten des gemeinschaftlichen Schatzes. Die Einsetzung eines gemeinsamen Ministers des Inneren widersprach ebenfalls den vertragsmäßigen Bestimmungen von 1852, durch die den Herzogtümern die Verwaltung der inneren Angelegenheiten durch zwei nur dem König verantwortlichen Sonderminister zugesagt war. Zudem blieben die polizeilichen Quälereien in den Herzogtümern und die Maßregeln, die in Schleswig der Verdrängung der deutschen Sprache im Unterricht und in der Kirche dienen sollten, nach wie vor in Kraft. Der Widerspruch der Stände verhallte in Kopenhagen ungehört. Vertrauliche Mahnungen Österreichs und Preußens an die Versprechungen von 1852 wurden ausweichend beantwortet. Endlich rief im Oktober 1857 eine Beschwerde der Ritter- und Landschaft Lauenburgs, die den Schutz des deutschen Bundes erbaten, die Bundesversammlung auf den Plan.

Schädigung der Herzogtümer.

Anrufung des Bundestags Okt. 1857.

Bismarck, der damalige Vertreter Preußens in Frankfurt, hatte schon im Frühling 1856, als eine Beschwerde der lauenburger und holsteiner Stände in Aussicht stand, Zweifel daran geäußert, ob den Herzogtümern selbst durch einen vollkommen günstigen Bundestagsbeschluß geholfen werden könne. Er hatte darauf hingewiesen, daß Däne-

Erwägung Bismarcks.

marks Entschlüsse ohne Zweifel davon abhängen würden, ob es glauben könne, in letzter Instanz auf den Schutz auswärtiger Mächte rechnen zu dürfen. Auch entging ihm nicht, daß eine Einmischung des Bundes die Gefahr mit sich bringen könne, die Trennung Holsteins von Schleswig noch schärfer als bisher auszuprägen, da der Bund sich unmittelbar nur mit dem Bundesland Holstein-Lauenburg zu befassen hatte. Indessen erfolgte nach langen Verhandlungen am 11. Februar 1858 auch unter seiner Mitwirkung ein Beschluß der Bundesversammlung, demgemäß die dänische Regierung ersucht wurde, in Holstein und Lauenburg einen dem Bundesrecht und den erteilten Zusicherungen entsprechenden Zustand herbeizuführen und der Bundesversammlung baldigst über darauf bezügliche Verfügungen Anzeige zu erstatten. In Kopenhagen fühlte man sich durch den 1857 errungenen Erfolg der Ablösung des Sundzolles sehr gehoben. Sie sicherte Dänemark dreißig Millionen Thaler zu, die vom Reichsrat gegen die deutschen Stimmen als dänisches Sondergut erklärt wurden. Dieser Erfolg war noch in die letzten Tage des Ministeriums Scheel gefallen. Aber im Frühling 1857 war Scheel, der es mit den Verfechtern der panskandinavischen Idee, mit den Eiderdänen, und mit fast allen seinen Kollegen verdorben hatte, zum Rücktritt genötigt worden. Ihm folgte Hall, bisher schon Kultusminister, als Ministerpräsident, der sich, von einer kurzen Unterbrechung abgesehen, bis zum Ende des Jahres 1863 an der Spitze der Regierung behauptete.

Beschluß der Bundesversammlung 11. Febr. 1858.

Dänisches Ministerium Hall 13. Mai 1857.

Hall, ein ausgezeichneter Jurist, von scharfem Verstand und thatkräftigem Willen, neigte sich der eiderdänischen Partei zu und war nicht gesonnen, die Souveränität Dänemarks durch Einsprüche des deutschen Bundestags einschränken zu lassen. Es war bezeichnend, daß er, trotz der Nachwirkungen einer schweren Handelskrisis, anfangs 1858 den Reichsrat mit der Vorlage einer Verstärkung der Streitkräfte und einer Befestigung der Hauptstadt befaßte. Demnächst erging eine Erklärung nach Frankfurt, die in keiner Weise dem Ersuchen der Bundesversammlung vom 11. Februar genügte. Als der Bundestag aber bei seinem Beschluß beharrte und die fremden Großmächte in Kopenhagen Entgegenkommen anrieten, erklärte sich die dänische Regierung, in der Hall das Auswärtige übernahm, am 15. Juli bereit, die Gesamtverfassung für Holstein und Lauenburg einstweilen als außer Wirksamkeit gesetzt zu betrachten, wenn Verhandlungen zwischen dem Bund und Dänemark einfach die endgiltige Festsetzung der verfassungsmäßigen Stellung Holsteins und Lauenburgs im Gesamtstaat zum Zweck haben sollten. Östreich und einige der Mittelstaaten, wie Baiern, Sachsen, Würtemberg waren geneigt, sich auf die von Dänemark vorgeschlagenen Verhandlungen einzulassen. Aber die Mehrheit entschied am 12. August, besonders auf Anträge Preußens hin, die Hannover noch nicht weit genug gingen, Dänemark solle bei Meidung von Bundesexekution er-

Beantwortung des Bundestagsbeschlusses.

Erklärung vom 15. Juli 1858.

Drohung der Bundesexekution 12. August.

klären, ob mit der Gesamtverfassung auch die Verordnungen über das Ministerium des Inneren und das Domanialgut sowie die ersten sechs Paragraphen der holsteinschen Provinzialverfassung (s. VII. 477) außer Wirksamkeit treten würden.

Ein paar Monate vergingen mit Zuwarten auf befriedigende Eröffnungen von dänischer Seite. Endlich, als man in Frankfurt im Begriff war, das Exekutionsverfahren einzuleiten, liefen daselbst Patente König Friedrichs VII. vom 6. November ein, durch die er dem Wortlaut der Forderungen der Bundesversammlung Genüge leistete. Zugleich aber wurde durch sie ein Provisorium geschaffen, das den Wünschen der eiderdänischen Partei entsprach. Die Gesamtverfassung für Holstein und Lauenburg, aber nur für diese Herzogtümer, ward aufgehoben, während sie für Dänemark und Schleswig fortbestand. Die für den 3. Januar 1859 nach Itzehoe berufenen holsteinschen Stände sollten sich über die Stellung Holsteins in der Gesamtmonarchie aussprechen. Dem Bundestag blieb nun nichts anderes übrig, als am 23. December das eingeleitete Exekutionsverfahren einstweilen zu sistiren. Fürs erste war die Angelegenheit damit zu Ende.

Patente Friedrichs VII vom 6. Nov. 1858.

Sistirung des Exekutionsverfahrens 23. Dec.

Bald aber zeigte sich, wie zweischneidig die Novemberpatente für die Herzogtümer waren. Die holsteinschen Stände verwahrten sich gegen den Erlaß von Gesetzen über gemeinschaftliche Angelegenheiten mit Wirksamkeit für das Herzogtum ohne ihre vorherige Zustimmung und forderten, ohne dem Recht auf dauernde Verbindung mit Schleswig etwas zu vergeben, Schaffung einer anderen Gesamtverfassung auf Grundlage des Manifestes vom 28. Januar 1852 (s. VII. 473). Die schleswigschen Stände führten Klage über Rechtsverletzungen sowie über die Unterdrückung der deutschen Sprache und nahmen zahlreiche Petitionen entgegen, die auf Wiederherstellung der alten Verbindung mit Holstein drangen. In Deutschland hatte der italienische Krieg die Teilnahme an dem Geschick der nordalbingischen Herzogtümer für kurze Zeit abgelenkt. Aber nach dessen Beendigung war sie mit erneuter Kraft durchgebrochen. Auch der Bundestag erhielt wieder Gelegenheit, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Die dänische Regierung hatte ihm eigenmächtig interimistisch getroffene, auf Holstein bezügliche Maßregeln mitgeteilt und die Absicht kundgegeben, Abgeordnete Holsteins mit Vertretern der übrigen Reichsteile zur Beratung der zweckmäßigsten Gestaltung des Gesamtstaates einzuberufen. Die Bundesversammlung begnügte sich am 8. März 1860 damit, von dem eingeleiteten Exekutionsverfahren weiterhin Abstand zu nehmen unter der Bedingung, daß den Ständen von Holstein und Lauenburg während des Provisoriums für die gemeinsamen Angelegenheiten dieselben Befugnisse eingeräumt würden wie dem für Dänemark und Schleswig bestehenden Reichsrat.

Zweischneidigkeit der Novemberpatente.

Erklärung des Bundestags 8. März 1860.

Gegen die vorgeschlagene Berufung von Abgeordneten hatte sie nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß diese aus allen Sondervertretungen gewählt würden und daß denen von Holstein und Lauenburg nicht nur beratende, sondern gleich den übrigen beschließende Stimme zustehe.

Willkürliche Veröffentlichung des dänischen Staatsbudgets 3. Juli 1860.

Indessen veröffentlichte die dänische Regierung am 3. Juli 1860 das Staatsbudget für das Finanzjahr vom 1. April 1860 bis zum 31. März 1861, ohne daß es den Ständen von Holstein und Lauenburg vorgelegt war. Darauf ward in Frankfurt, diesmal von Oldenburg, Vollziehung der Bundesexekution beantragt. Nochmals aber faßte man sich in Geduld, als Hall erklärte, das Budget vom 3. Juli sei kein Gesetz, sondern nur eine Wiederholung einer früher bezüglich Holsteins allein vom König festgesetzten Aufstellung. Einige Wochen vorher hatte er in einem Notenwechsel mit Schleinitz dessen Beschuldigung, Dänemark habe hinsichtlich Schleswigs seine internationalen Verpflichtungen nicht erfüllt, im Ton gekränkter Unschuld zurückgewiesen. Dieser Notenwechsel war durch einen einstimmigen Beschluß des preußischen Abgeordnetenhauses verursacht worden, man erwarte, daß die Regierung im Verein mit ihren deutschen Bundesgenossen nichts unterlassen werde, um den Herzogtümern Schleswig und Holstein endlich zum vollen Genuß ihrer schon gekränkten Rechte zu verhelfen. Aber die Erfüllung des Wunsches schien mehr als je in weitem Felde zu stehen.

Preußisch-dänischer Notenwechsel.

Nachlassen der Reaktion in Sachsen und Baiern.

Für die Enttäuschungen hochfliegender Hoffnungen, die deutsche Patrioten zur Zeit der „neuen Aera" Preußens auf eine Wendung der Dinge in Kurhessen und Schleswig-Holstein gesetzt hatten, mußten sie durch ein Nachlassen des reaktionären Regimentes in einigen anderen mittel- und kleinstaatlichen Gebieten sich schadlos halten. In Sachsen, wo der leitende Staatsmann Beust gegen Ende des Jahres 1858 formell den Vorsitz des Ministeriums erhalten hatte, erfolgte eine kleine Verbesserung des 1850 wiederhergestellten ständischen Wahlgesetzes und eine gewisse Milderung in der Behandlung der Presse. In Baiern, wo das Ministerium von der Pfordten in einen heftigen Streit mit der zweiten Kammer geraten war, wurde dem durch ihren Widerstand tief verletzten König Maximilian II. der Gedanke eines Staatsstreichs nahe gelegt. Aber der königliche Schirmherr der Dichter und Gelehrten überwand sich, die Bahn des Konstitutionalismus nicht zu verlassen. Pfordten selbst, der vom Platze wich, soll ihm das berühmt gewordene Wort eingegeben haben: „Ich will Frieden haben mit meinem Volk"[1]). Der bisher führende Minister wurde mit dem Gesandtschaftsposten am Bundestag abgefunden.

Entlassung Pfordtens 26. März. Ministerium Schrenck 9. April 1859.

[1]) S. H. von Sybel: Die Begründung des deutschen Reiches II. 301. Doch ist jedenfalls seine Behauptung irrig, daß dies in einem „Manifest" gestanden habe. Vgl. den Hinweis in Büchners „Geflügelten Worten" auf Nr. 137 der „Neuen Münchener Zeitung" von 1859.

Seine Stelle als Minister des Auswärtigen und des Handels übernahm der Freiherr von Schrenck, Baierns bisheriger Vertreter in Frankfurt. Dadurch ward die Versöhnung der Regierung und des Landtags hergestellt und mancher Fortschritt der Gesetzgebung ermöglicht.

Baden.

Weitaus am bedeutendsten waren die Vorgänge in Baden. Hier herrschte nach dem Hinschied seines Vaters Leopold seit dem 24. April 1852, zuerst als Prinzregent für den geisteskranken Erbgroßherzog Ludwig, dann als Großherzog sein jüngerer Bruder Friedrich[1]). Dieser Fürst brachte eine seltene Fülle angeborener und erworbener Gaben für seinen hohen Beruf mit: Klugheit und Festigkeit, Gewissenhaftigkeit und Wohlwollen, lebendiges Interesse für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst, eigene auf den Universitäten Heidelberg und Bonn, im Militärdienst, durch Reisen und Lektüre gewonnene, ausgebreitete Kenntnisse. Seine nationale Empfindung war gepaart mit dem Glauben, daß nur die Eintracht Östreichs und Preußens heilbringend für Deutschland sei. Dabei war er für Anregungen des um acht Jahre älteren Schwagers, des vielgeschäftigen Herzogs von Koburg, nicht unempfänglich und dem Prinzen von Preußen, dessen Tochter Luise er am 20. September 1856 zu glücklichstem Ehebund heimführte, in herzlicher Ergebenheit zugethan. Für die Triaspolitik der „Würzburger", die ihm im Lichte eines „Sonderbundes" erschien, war er nicht zu haben.

Erbprinz und Großherzog Friedrich.

In seinem Lande hatte er sich seit dem Beginn seiner Regierung erfolgreich bemüht, die Nachwehen der revolutionären Erschütterung zu heilen und durch ein versöhnliches Regiment die Herzen des Volkes zu gewinnen. Dann freilich mußte er die bitteren Erfahrungen des Kirchenstreites durchkosten, der 1859 eine für den Staat demütigende Übereinkunft mit der Kurie zeitigte (s. VII. 695). Als aber dies sogenannte Konkordat, das für einzelne Artikel noch der Zustimmung der Kammern bedurfte, von protestantischer wie von katholischer Seite durch eine täglich wachsende Agitation angefochten wurde, und als am 30. März 1860 eine große Mehrheit der zweiten Kammer dem ohne Mitwirkung der Stände abgeschlossenen Vertragswerk die Rechtsverbindlichkeit absprach, entließ er noch vor Abgabe des aller Voraussicht nach gleichlautenden Votums der ersten Kammer die Minister von Stengel und von Meysenbug, in deren Einverständnis ohne sein Wissen allen Amtsvorständen der bestimmte Wille der Regierung, den Vertrag zu vollziehen, verkündet war. In echt konstitutioneller Weise gab er ihnen die Führer der parlamentarischen Opposition zu Nachfolgern: den Freiburger Rechtslehrer Professor Lamey, den feurigsten Bekämpfer des Konkordates in der zweiten Kammer, und den Oberhofrichter Stabel, der als Berichterstatter der

Angriffe gegen das Konkordat.

Entlassung Stengels und Meysenbugs 2. April 1860.

Ministerium Lamey-Stabel.

[1]) Alfred Dove: Großherzog Friedrich von Baden 1902.

ersten Kammer bereits eine Denkschrift im Sinn der Ablehnung des Vertrags ausgearbeitet hatte. Eine eigenhändig entworfene Proklamation des Großherzogs vom 7. April bezeugte seinen festen Vorsatz, einen Verfassungsstreit zu vermeiden, zugleich mit seinem entschiedenen Willen, dem Grundsatz „der Selbständigkeit der katholischen Kirche in Ordnung ihrer Angelegenheiten" volle Geltung zu verschaffen. Der evangelisch-protestantischen Kirche ward ebenfalls eine „möglichst freie Entwicklung" in Aussicht gestellt mit dem Wunsch, daß der gleiche Grundsatz auch auf anderen Gebieten des Staatslebens fruchtbar werde.

Proklamation vom 7. April 1860.

Diese Proklamation war ein offenes Bekenntnis zur liberalen Politik nicht nur auf kirchlichem, sondern auch auf staatlichem Gebiet. Sie wurde mit lautem Jubel im ganzen badischen Land begrüßt. Nicht geringeren Jubel weckten die Worte, mit denen der Großherzog am 30. August den Landtag schloß: „Ich wollte nicht trennen, was zusammengehört und sich wechselseitig ergänzt: Fürst und Volk, unauflöslich vereint unter dem gemeinsamen, schützenden Banner einer in Wort und That geheiligten Verfassung." Mittlerweile hatten die Kammern gegen den Widerspruch des Erzbischofs Vicari von Freiburg eine Reihe kirchenpolitischer Gesetze angenommen, welche innerhalb der staatlichen Ordnung und mit Sicherung gegen klerikale Übergriffe den beiden christlichen Kirchen und kirchlichen Vereinen eine weit bemessene Selbständigkeit gewährten. Für die evangelische Landeskirche wurde sie durch die Errichtung des Oberkirchenrates verwirklicht. Das Ministerium erhielt im Mai 1861 die wertvollste Ergänzung durch den Zutritt des erst sechsundzwanzigjährigen Freiherrn von Roggenbach, an den Stabel unter Beibehaltung der Justiz das Auswärtige abgab. Roggenbach[1]), seit der Heidelberger Studienzeit persönlich mit dem Großherzog befreundet, ein Mann von freier Gesinnung, kühnem Gedankenflug und Charakterstärke, durch seinen Idealismus über manche Forderungen des Alltagslebens hinweggetäuscht, lebte und webte in dem Gedanken des kleindeutschen Bundesstaates mit preußischer Spitze und gleichzeitiger vertragsmäßiger Verbündung mit Österreich. Daneben beteiligte er sich mit Hingebung an der Reformarbeit seiner Amtsgenossen im engeren Umkreis der badischen Gesetzgebung. Zu ihren Hauptstücken gehörten die von modernem Geist durchwehten Neuerungen in der Gerichtsverfassung, Civil- und Strafproceßordnung, die Bildung von Bezirksräten aus den Einwohnern, als Organen der Selbstverwaltung, die gesetzliche Feststellung von Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, die völlige bürgerliche Gleichstellung der Juden. Durch dies stetige Fortschreiten auf der Bahn der Reformen verdiente sich Baden im Urteil der Liberalen das rühmende Beiwort eines „Musterstaates".

Freudige Aufnahme.

Kirchenpolitische Gesetze.

Eintritt Roggenbachs ins Ministerium 2. Mai 1861.

Gesetzgeberische Reformen.

[1]) Karl Samwer: Zur Erinnerung an Franz von Roggenbach. 1909.

Zusammenkunft Napoleons und des Prinzregenten in Baden-Baden 16./17. Mai 1860.

Das Jahr 1860, in dem der innere Umschwung in Baden stattfand, legte dem Großherzog Friedrich die Pflicht auf, eine glänzende Versammlung fürstlicher Gäste als Hausherr in seinem Lande zu begrüßen. Napoleon, seit der Annexion Savoyens und Nizzas allgemein, und nicht am wenigsten in Deutschland wegen vorausgesetzter Absichten einer Änderung der Karte Europas zu Gunsten Frankreichs beargwöhnt, hatte schon mehrmals den dringenden Wunsch einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Prinzregenten von Preußen geäußert. Als Vorwand dieses Wunsches diente ihm das Bestreben, die Gemüter in Deutschland zu beruhigen. Zugleich aber hoffte er vielleicht, Gelegenheit zur Besprechung von Zukunftsplänen zu finden, zu denen wie früher gegen gewisse Zugeständnisse an Frankreich, wie Abtretung des Kohlendistriktes bei Saarbrücken, eine Vergrößerung Preußens in Norddeutschland gehören mochte[1]). Der Prinzregent wich der Aufforderung Napoleons lange aus. Als er ihr mit der Verabredung des Stelldicheins in Baden-Baden endlich nachkam, that er es unter der Voraussetzung, daß von Gebietsveränderungen keine Rede sein solle, und daß auch die süddeutschen Könige anwesend sein würden. Dies erregte den König Georg von Hannover der Art, daß er schleunigst nach Berlin reiste, wo er für sich und den König von Sachsen gleichfalls eine Einladung erwirkte. Die Großherzoge Karl Alexander von Weimar und Ludwig III. von Hessen-Darmstadt, die Herzoge von Nassau und Koburg stellten sich gleichfalls ein. So trat der Prinzregent, gleichsam als Sprecher von Gesamtdeutschland, in vaterländischer Haltung „dem gefährlichen Mann", dem Kaiser der Franzosen, gegenüber. Napoleon war durch die Anwesenheit so vieler deutscher Fürsten einigermaßen überrascht, benahm sich aber im Verkehr mit ihnen gemessen und liebenswürdig. In einem einstündigen Gespräch mit dem Prinzregenten unter vier Augen beteuerte er seine Friedensliebe. Den König von Hannover, der sich zuerst vor ihm hatte verleugnen lassen, bezauberte er bei einem Besuchsüberfall durch Überreichung des Großkordons der Ehrenlegion und durch beredtes Bekenntnis seiner konservativen Gesinnung. Am Abend des 17. Juni reiste er wieder ab, ohne Zweifel durch die kühle Aufnahme, die er bei der Bevölkerung gefunden hatte, und durch den Mangel eines greifbaren politischen Gewinns nicht sehr befriedigt.

Teilnahme anderer deutscher Fürsten.

Nachspiel der Zusammenkunft.

Indessen hatte seine Zusammenkunft mit dem Prinzregenten noch ein Nachspiel, bei dem sich zwei Gruppen der übrigen anwesenden deutschen Fürsten unterscheiden ließen. Herzog Ernst von Koburg einigte sich mit seinem Schwager, dem Großherzog von Baden, und mit dem Groß-

[1]) S. über seine darauf bezüglichen Gespräche mit dem preußischen Gesandten Grafen Albert Pourtalès die Mitteilungen von J. von Gruner: Rückblick auf mein Leben. (Deutsche Revue 1901. XXVI. 81.)

herzog von Weimar auf ein deutsches Programm, für das sie den Fürsten von Hohenzollern zu gewinnen wünschten. Nach ihrer Ansicht sollte versucht werden, unter Führung Preußens ein Schutz- und Trutzbündnis aller deutschen Fürsten mit Österreich zu schließen und diesem die Garantie seiner sämtlichen Provinzen unter der Voraussetzung anzubieten, daß es zeitgemäße Reformen einführe und Preußen eine größere Machtstellung im Bunde einräume. Auch die Berufung eines deutschen Parlamentes bildete einen Hauptpunkt ihres Programmes. In ganz anderen Bahnen aber bewegten sich die Beratungen der vier Könige, denen der Großherzog von Hessen und der Herzog von Nassau sich anschlossen. Sie gedachten, in ihrer Mehrzahl, wennschon über die Art des Vorgehens nicht vollkommen einig, beim Prinzregenten auf Zurückziehung seiner Vorschläge hinsichtlich der Reform der Bundeskriegsverfassung zu wirken und ihn zur energischen Unterdrückung des Nationalvereins aufzufordern. Der Prinzregent war durch die Nachricht aller dieser Verhandlungen etwas verstimmt und gesonnen, jede weitere politische Kundgebung zu vermeiden. Allein auf Zureden der drei liberalen Fürsten und Hohenzollerns entschloß er sich, in einer Ansprache, deren Sinn nicht geheim bleiben sollte, wenigstens eine gewisse Aufklärung über die Ergebnisse der Badener Zusammenkunft zu bieten.

Ansprache des Prinzregenten an die Fürsten.

Am 18. Juni, dem Gedenktag von Waterloo, versammelten sich auf seine Einladung die Fürsten um ihn im Schloß. Er verlas eine von Max Duncker entworfene Rede[1]), in der er für die ihm gewährte Unterstützung dankte, den Wert der bewiesenen Einigkeit nach außen hervorhob und es nachdrücklich als Aufgabe der Politik Preußens bezeichnete, den Territorialbestand sowohl des Gesamtvaterlandes wie der einzelnen Landesherren zu schützen. Die Frage einer Reform des Bundes, erklärte er, könne nur unter gewissenhafter Wahrung der Interessen aller erstrebt werden. Er fügte den Ausdruck der Hoffnung hinzu, auf dem betretenen Wege seiner inneren und deutschen Politik sich mit allen deutschen Regierungen mehr und mehr zu begegnen, und auch eine Verständigung zwischen Preußen und Österreich angebahnt zu sehen. Der König von Württemberg, als ältester der anwesenden Fürsten, dankte dem Prinzregenten für seine Worte. Dann aber, mit den drei anderen Königen näher herantretend, brachte er ihm vor den Ohren des Herzogs von Koburg einen Protest gegen „die revolutionären Elemente“ und namentlich gegen den Nationalverein zu Gehör. Die drei anderen Könige stimmten mehr oder weniger lebhaft ein. Dagegen brach der Prinzregent unter Berufung auf seine

Erwiderung des Königs von Württemberg.

[1]) Unglaubwürdig ist die auf den Herzog von Koburg zurückgehende, aber in seinen Memoiren nicht vorkommende Angabe bei Bernhardi IV. 22, er habe die Rede entworfen. Vgl. Haym: Max Duncker S. 215. Bei Sybel fehlt jede Erwähnung der Ansprache vom 18. Juni.

eben verlesene Ansprache jede weitere Erörterung ab und löste die Versammlung durch rasche Entfernung von seinem Platz auf.

Verhandlung des Königs von Baiern mit dem Prinzregenten.

Am folgenden Tag, nach der Abreise der übrigen Herrscher, nahm der König von Baiern nochmals Anlaß, die Meinungen seiner fürstlichen Gesinnungsgenossen beim Prinzregenten zu vertreten[1]). Indessen fand er bei ihm wenig Geneigtheit für die Billigung seiner Vorschläge. Eine Verfolgung des Nationalvereins, so lange er sich gesetzwidriger Handlungen enthalte, lehnte der Prinzregent ab. Eine Dreiteilung des Bundesheeres nach dem Recept der Würzburger erklärte er für völlig unannehmbar. Er beklagte sich über das Mißtrauen deutscher Regierungen, die trotz einer fünfundvierzigjährigen gegenteiligen Erfahrung Preußen Absichten der Vergrößerung auf ihre Kosten zuschrieben und darin beständig von Östreich bestärkt würden. Er machte zur Bedingung einer Annäherung an die habsburgische Monarchie, daß sie endlich aufhöre, Preußen als einen Emporkömmling zu betrachten und es ehrlich als eine ebenbürtige Großmacht anerkenne. Doch zeigte er sich erbötig, mit dem Kaiser Franz Josef zusammenzutreffen, wenn dieser nach seinem verletzenden Laxenburger Manifest den ersten Schritt dazu thue. Dabei machte er den Vorbehalt, daß er auf vorzeitige Bündnisse und Länderverbürgungen nicht eingehen könne, gab aber zu, daß sich Beratungen bestimmter Kriegsmöglichkeiten, bei denen Preußen und Östreich in Verbindung mit Deutschland vereint aufzutreten hätten, wohl denken ließen.

Annäherungsschritte in Wien.

Der König von Baiern ergriff mit Freuden diese Handhabe, um in Wien auf Versöhnung mit Preußen hinzuarbeiten. Je mehr man hier durch die Einheitsbestrebungen Italiens geängstigt und durch die inneren Verhältnisse beengt war, desto eher war man zum Entgegenkommen bereit. Der Prinzregent erleichterte es dem Kaiser Franz Josef durch ein Schreiben, in dem er die Badener Vorgänge schilderte und daraus den Nutzen eines Zusammengehens Östreichs und Preußens in der europäischen Politik folgerte. Dies Schreiben beantwortete der Kaiser mit der Aufforderung zu einer persönlichen Zusammenkunft. Die Gegenwart mittelstaatlicher Könige, die sich auch gerne wie zuvor in Baden eingestellt hätten, wurde vom Prinzregenten nicht gewünscht. Seinem Vorschlag gemäß fand er sich am 26. Juli in Teplitz mit Franz Josef allein zusammen. Im Gefolge der Monarchen befanden sich ihre Minister des Auswärtigen. Zu schriftlichen Abmachungen kam es jedoch nicht. Auch mündlich band der Prinzregent sich nicht, unter allen Umständen, wie etwa bei feindlichem Vorgehen Viktor Emanuels allein, eine von Östreich gewünschte Garantie

Zusammenkunft des Prinzregenten und Franz Josefs in Teplitz 26. Juli 1860.

[1]) S. Bruchstücke der eigenhändigen Aufzeichnung des Prinzregenten über dies Gespräch bei Sybel II. 362 ff. Wilhelm Oncken: Das Zeitalter Kaiser Wilhelms I. Band I. S. 459 ff. und: Unser Heldenkaiser S. 67 ff. Hermann Oncken: R. von Bennigsen I. 425 ff. nach Gustav Freytags Brief an Bennigsen vom 28. August 1860.

für Venetien zu übernehmen. Nur für Abwehr eines französischen Angriffs auf ihre Gebiete oder für Widerstand gegen französische Gelüste von Annexionen schweizer, belgischer, holländischer Lande wollten beide Herrscher gemeinschaftlich handeln, und eine Verletzung deutschen Bundesgebietes durch Sardinien sollte von Preußen als Kriegsfall betrachtet werden. Was Franz Josef als Gegenleistung Österreichs zusagte, blieb hinter den Vorschlägen des Prinzregenten zurück. Dem Wunsch des Fortschreitens auf der Bahn innerer Reformen und der Gewährung der Rechtsgleichheit von Protestanten und Katholiken schenkte er, ohne sich auf Einzelheiten einzulassen, wohl Gehör. Aber den regelmäßigen Wechsel im Vorsitz des Bundestags lehnte er ab und in Sachen einer Reform des Bundeskriegswesens willigte er nur in eine Prüfung der Frage der Zwei- oder Dreiteilung des Bundesheeres durch eine Konferenz österreichischer und preußischer Generale. Das Hauptergebnis der Zusammenkunft war die Herstellung eines guten persönlichen Verhältnisses. Immerhin war Franz Josef durch die Erklärungen des Prinzregenten auch sachlich befriedigt. Wenige Wochen später bei der Eröffnung der Westbahn in Salzburg gedachte er des Tages, da er die Hand seines Bundesgenossen zur Bekräftigung einmütiger Gesinnungen ergriffen habe, und brachte sein Hoch „der Einigkeit der Fürsten und Völker Deutschlands"[1]).

Warschauer Zusammenkunft 22. bis 26. Okt. 1860.

Auf die Teplitzer Zusammenkunft folgte im Oktober unter Teilnahme des Zaren Alexander eine neue in Warschau. Sie war wesentlich durch den Wunsch einer Verständigung über die Angelegenheiten Italiens veranlaßt worden, wo inzwischen dank dem Zusammenwirken Garibaldis und Viktor Emanuels ein völliger Umsturz in Neapel und im Kirchenstaat stattgefunden hatte. In Warschau gelang Franz Josef vorläufige Wiederanknüpfung freundlicher Beziehungen zu dem Beherrscher des nordischen Nachbarreiches. Übrigens aber blieben Versuche Österreichs erfolglos, das russisch-französische Einvernehmen durch lockende Hindeutungen auf allfällige Beihilfe zu einer Revision des Pariser Vertrags zu stören. Die Besprechungen der Fürsten und ihrer Minister drehten sich vornehmlich um eine von Thouvenel nach Petersburg übersandte Denkschrift, in der Napoleon die Hauptpunkte seines italienischen Programms aufzählte: für den Fall eines italienischen Angriffs auf Venetien Weigerung seiner Hilfe und Forderung der Neutralität Deutschlands, Aufrechthaltung der Abtretung der Lombardei, Berufung eines Kongresses zur Ordnung der italienischen Angelegenheiten, mit Ausschluß des auf Savoyen und Nizza bezüglichen Vertrages. Zu irgend welchen entscheidenden Beschlüssen kam es nicht. Auch der nachfolgende schrift-

Napoleons italienisches Programm.

[1]) Berichte Steigers Wien 31. Juli, 1., 13. August 1860. E. Arch. Bern.

liche Gedankenaustausch von Rechberg, Schleinitz und Gorčakov hatte kein faßbares Ergebnis. Indessen erhob sich trotzdem namentlich in England das Geschrei einer Erneuerung der „heiligen Allianz“[1]). In Deutschland insbesondere trug die Warschauer Zusammenkunft nicht dazu bei, die Sympathieen des liberalen Lagers für Preußen zu verstärken.

Enttäuschungen der inneren Politik Preußens.

Auch im Inneren blieben selbst die gemäßigtsten Wünsche der Liberalen unerfüllt. Das Herrenhaus verwarf im Frühling 1860 die vom Abgeordnetenhaus angenommenen Grundsteuervorlagen und danach zum zweiten Mal das Ehegesetz. Die Minister arbeiteten nach Bernhardis Ausdruck „in Flickschneider-Art an einzelnen Maßregeln ohne inneren Zusammenhang“ und beließen die Regierung „in den Händen ihrer Gegner“. Namentlich Schwerin, als Minister des Inneren, scheute sich, unter den reaktionären Beamten aufzuräumen. Man frug sich, ob es den Männern der „Neuen Aera“ am guten Willen oder an der nötigen Kraft fehle, wahr zu machen, was von ihnen erwartet war. Als ein Zeichen der veränderten Stimmung konnte es angesehen werden, daß

Wahl Waldecks.

im December bei einer Nachwahl Waldeck, dem Bannerträger der Demokratie von 1848, in Bielefeld ein Mandat zufiel. Eben damals waren durch einen Proceß gegen den Polizeidirektor Stieber und die sich daranschließenden Enthüllungen auf die der Regentschaft vorausgegangene Verwaltung die grellsten Schlaglichter geworfen worden. Der bloßgestellte Justizminister Simons, der sich bis dahin über Wasser gehalten

Austritt Simons' 14. Dec. 1860.

hatte, mußte am 14. December seinen Posten räumen und August von Bernuth, einem hohen richterlichen Beamten von erprobter Unabhängigkeit des Charakters und altliberaler Gesinnung, Platz machen. Aber bei dieser einzigen Änderung hatte es vorläufig sein Bewenden.

Tod Friedrich Wilhelms IV. 2. Januar 1861.

Wenige Wochen nachher, am 2. Januar 1861, ward Friedrich Wilhelm IV. von dem Leiden erlöst, das seinen Geist seit Jahren umnachtet hatte. Sein Bruder, bis dahin Regent, war nun, dreiundsechzigjährig, König, und schien als solcher für die Erfüllung in ihn gesetzter Hoffnungen vollkommen frei zu sein.

König Wilhelm I.

Wilhelm I. war nicht für den Thron erzogen und hatte ehedem selbst nicht daran gedacht, Herrscher zu werden. Lange Zeit war seine Bildung eine einseitig militärische gewesen. Als Soldat erwarb er sich eine Sachkunde, die das Größte wie das Kleinste umfaßte, und die soldatischen Tugenden strenger Erfüllung obliegender Pflichten, spartanischer Abhärtung, körperlicher und seelischer Spannkraft blieben ihm sein Leben

[1]) Zur Ergänzung der gedruckten Litteratur über die Warschauer Zusammenkunft, wie namentlich Roux: Alexandre II., Gortchakoff et Napoléon III. 1913, S. 298 ff. verwerte ich die Berichte Steigers 10., 21., 28., 31. Okt., 1. Nov. 1860. E. Arch. Bern.

hindurch eigen. Allmählich im Getriebe der Welt, bei der Teilnahme an den Staatsgeschäften, unter dem Einfluß seiner weimarischen Gemahlin, hatte sich der Kreis seiner Interessen erweitert, seine Menschenkenntnis geschärft, der Schatz seiner praktischen Erfahrungen bereichert. Dabei behielt er unverwischbare Grundzüge seines Naturells, die geeignet waren, ihm bei Hoch und Niedrig Freunde zu erwerben: aufrichtigen, allen Winkelzügen abgeneigten Sinn, herzliches Wohlwollen gegen seine Mitmenschen, herablassende Leutseligkeit bei taktvoller Wahrung seiner Würde, Verachtung des leeren Scheins und aufdringlichen Prunkes, gleichmäßige, nur dann und wann durch starke Gefühlsäußerungen erschütterte Heiterkeit. Er war erfüllt von festem Gottvertrauen, ein gläubiger evangelischer Christ, aber kein Pietist und ohne mystischen Anflug. Er gebot nicht über die schweifende Phantasie seines entschlafenen Bruders und wußte nicht wie dieser durch rhetorischen Bilderschmuck zu blenden, aber er wirkte durch die Schlichtheit klarer Auffassung und konnte, wenn er wollte, den vollen Ton warmer Empfindung anschlagen. Vieles, was die moderne Zeit mit sich brachte, stieß seinen an enge Schranken gebundenen, in älteren Anschauungen wurzelnden Geist ab. Allein mit seinem nüchternen Verstand und mit seinem ungetrübten Blick für das wirklich Erreichbare und Notwendige wußte er sich schließlich auch in jede neue Lage zu finden. Seine Bedachtsamkeit und Schwerbeweglichkeit bildeten für ihn das starke Gewicht, das ihn in allem Wandel um ihn her in sich gefestet erhielt.

Änderung seiner Beurteilung.

In dem Jahrzehnt von 1848 bis 1858 hatte sich das Urteil der öffentlichen Meinung über den Mann, der nun preußischer König geworden war, völlig geändert. Viele, die den vor der siegreichen Revolution nach England Geflüchteten ehemals gehaßt und verwünscht hatten, betrachteten ihn als ein Opfer der reaktionären Kamarilla und sahen seine Gestalt von einem verklärenden Nimbus umwoben. Indessen begingen die, welche ihm etwa auch nur gemäßigt liberale Gesinnungen andichteten, den stärksten Irrtum. Wilhelm hatte sich allerdings mit dem preußischen Konstitutionalismus ausgesöhnt und verurteilte die Durchlöcherung der Verfassung nach Manteuffels Methode. „Wo Konstitutionen existiren, äußerte er in jenem Gespräch zu Baden-Baden (s. o. S. 454) gegenüber dem König von Baiern, soll man sie halten und nicht durch gezwungene Interpretationen verfälschen.“ Aber er betrachtete ein starkes preußisches Königtum, dessen Ministerium von der wechselnden Kammermehrheit unabhängig sein müsse, als eine unbedingte Notwendigkeit und klammerte sich mit Zähigkeit an die ererbten konservativen Grundsätze. Es schien sogar, als ob die Pietät für den unglücklichen Bruder ihm als König noch lebhafter zum Bewußtsein gekommen sei und eine Stimmung begünstigte, die eine schärfere Betonung dieser Grundsätze hervorrufen konnte. Eben-

Sein politischer Standpunkt.

so irrig war die Meinung derer, die ihm zutrauten, er werde als Monarch aus eigener Kraft wahr zu machen versuchen, was er im Frühling 1849 in die Worte gekleidet hatte: „Wer Deutschland regieren will, muß es sich erobern" (s. VII. 367). Sein fürstlicher Ehrgeiz ging nicht dahin, „Deutschland zu regieren". Er blieb zunächst darauf beschränkt, für die Regierung Deutschlands innerhalb des Rahmens einer verbesserten Bundesverfassung volle Gleichberechtigung für Preußen mit Östreich zu fordern. Aber im Gefühl der auf ihm lastenden Verantwortung gedachte Wilhelm I. auch dies Programm nicht mit Waffengewalt durchzuführen, geschweige denn, daß ihm die Idee vorgeschwebt hätte, zur Erringung der Vorherrschaft in Deutschland jemals das Schwert zu ziehen.

Seine Proklamation vom 7. Jan. 1861.

Die Proklamation des neuen Königs an sein Volk vom 7. Januar umschrieb seine Ziele für das Innere und Äußere: Aufrechterhaltung der Verfassung, Stärkung der Wehrkraft, Kräftigung Preußens in der Stellung, die es vermöge seiner ruhmvollen Geschichte und seiner entwickelten Heeresorganisation zum Heile aller unter den deutschen Staaten einnehmen müsse. Ähnliche Töne erklangen in der Thronrede bei Eröffnung des Landtags am 14. Januar. Die Verhandlungen desselben und ihr Widerhall im Lande erfüllten den König jedoch mit der Sorge, über die von ihm selbst gezogenen Linien der Politik hinweggedrängt werden zu sollen. Zwar die Adresse des Herrenhauses, welche die Unentbehrlichkeit eines starken und selbständigen preußischen Königtums betonte, entsprach vollkommen seinen eigenen Anschauungen. Auch ließ diese Vertretung des Junkertums unter dem Druck eines mäßigen Pairsschubs am 7. Mai sich endlich dazu herbei, gegen eine bedeutende Entschädigung die Grundsteuervorlage anzunehmen. Die Abgeordneten aber machten in der Adreßdebatte aus ihrem Mißvergnügen kein Hehl. Sie forderten durchgreifende Änderungen im Inneren, kräftiges Vorgehen, wie in Sachen der Anerkennung des Königreichs Italien, nach außen. Manches Wort, das sich aus ihrer Mitte gegen die Schwäche der Regierung richtete, verletzte den König aufs tiefste. Er wollte die Entfernung mißliebiger und unzuverlässiger Beamten, da sie seinem Bruder treu gedient hätten, nicht zugeben. „Nicht der König soll regieren, warf er im Gespräch mit Bernhardi den Abgeordneten vor, sie wollen regieren", das könne und dürfe aber in Preußen nicht sein. Erst nach Monate langem Widerstreben willigte er in die Entfernung des reaktionären schwer belasteten Berliner Polizeipräsidenten von Zedlitz. Nur nach harten Kämpfen genehmigte er einige wenige der längst verheißenen, liberalen Gesetzesvorlagen, so gemäßigt ihr Inhalt auch war, deren Verwerfung durch das Herrenhaus aber trotzdem mit Sicherheit vorausgesehen werden konnte.

Thronrede 14 Jan.

Pairsschub 7. Mai. Annahme der Grundsteuervorlage.

Adreßdebatte der Abgeordneten.

Mittlerweile hatte sich während der Adreßdebatte aus der Masse der Fraktion Vincke eine kleine, weiter links stehende Gruppe abgelöst,

Bildung der Fraktion „Jungsitauen" 2. März 1861.

der die Mehrheit nicht entschieden genug und der das Verhalten Vinckes zu anmaßend war. Hoverbeck und Forckenbeck waren ihre Führer. Sie bestand zumeist aus Ostpreußen, was ihr aus Vinckes Mund den Spottnamen „Junglitauen" eintrug. Auch Schulze-Delitzsch, der bei einer Berliner Nachwahl ein Mandat erlangt hatte, und Waldeck traten ihr bei. Aus diesem kleinen Kern entwickelte sich die große „deutsche Fortschrittspartei", deren Programm am 9. Juni, vier Tage nach dem Schluß der Session, verkündigt wurde. Es war aus Beratungen hervorgegangen, an denen sich neben Politikern, wie Schulze-Delitzsch, Hoverbeck, Forckenbeck, Unruh u. a., auch Gelehrte wie Mommsen und Virchow, sowie Redakteure liberaler Zeitungen beteiligt hatten und entsprach dem nach Schulze-Delitzschs und Werner Siemens' Anträgen gewählten Parteinamen.

Bildung der deutschen Fortschrittspartei 9. Juni.

Mit der Voranstellung des Wortes „deutsch" bekannte die Partei sich zu dem Satz, daß „die Existenz und die Größe Preußens" abhänge von einer festen Einigung Deutschlands. Diese erschien ihr wie dem Nationalverein nicht möglich „ohne eine starke Centralgewalt in den Händen Preußens und ohne gemeinsame deutsche Volksvertretung". Für die inneren Einrichtungen aber sollte der „Fortschritt", den man forderte, durch eine „feste liberale Regierung" verbürgt werden, welche die Verwirklichung des Rechtsstaates, ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit, eine auf Gleichberechtigung und Selbstverwaltung gestützte Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassung, Aufhebung der gutsherrlichen Polizei, Beseitigung der Unterrichtsregulative, Annahme der obligatorischen Civilehe, gründliche Reform des Herrenhauses durchzuführen hätte. Ein Teilstück des Programms betraf die große Streitfrage über die Neuordnung des Heeres, welche die Geister schon erhitzte. Größte Sparsamkeit für den Militäretat im Frieden, Aufrechthaltung der Landwehr, erhöhte Aushebung bei zweijähriger Dienstzeit waren hier die hauptsächlichen Schlagworte.

Ihr Programm.

Das Ministerium der neuen Aera, dem mit dem Kriegsminister Roon ein feindliches Element beigemischt war, auf der einen Seite durch die Feudalpartei offen und im geheimen bekämpft, auf der anderen Seite wegen seiner Thatlosigkeit von vielen Liberalen bitter getadelt, geriet unter diesen Umständen in eine immer schwierigere Lage. Schleinitz, dessen lahme auswärtige Politik nicht bloß im liberalen Lager Anstoß erregte, behauptete sich nur auf seinem Posten, weil noch kein passender Nachfolger für ihn gefunden war, und wünschte selbst wegen seiner leidenden Gesundheit zurückzutreten. Auch Schwerin hatte während der Angriffe, die manche seiner alten Freunde unter den Abgeordneten gegen ihn gerichtet hatten, schon einmal sein Entlassungsgesuch eingereicht. Er wiederholte es, als der König ganz im Sinn der Feudalpartei forderte,

Schwierige Lage des Ministeriums.

Die Frage der Erbhuldigung.

daß nach seiner Thronbesteigung die Huldigung in alter Weise durch Deputirte der drei Stände vor sich gehen müsse. Dieser Forderung, die nach Einführung der Repräsentativverfassung als unberechtigt erschien, widersprach auch die Mehrzahl von Schwerins Amtsgenossen. Endlich kam es zu dem Ausgleich, daß statt der Erbhuldigung eine Krönung in Königsberg stattfinden sollte. Aber die Kämpfe um diese Frage hatten das Ministerium belehren können, daß auch nach oben seine Stellung nicht mehr sicher sei. Hatte doch während des Ringens Roon bereits dem König den Auftrag entrissen, sich nach Ersatzmännern für seine bedeutendsten liberalen Ratgeber umzusehen. Der Termin der Krönung war auf den 18. Oktober festgesetzt.

Entscheidung für die Krönung.

In den Monaten, die bis dahin verstrichen, ward von zwei Seiten auf den König eingewirkt, um ihn zu entschiedenerem Vorgehen in der deutschen Frage zu bestimmen. In Baden-Baden, wo am 14. Juli ein überspannter Student, Oskar Becker, in Nachahmung Orsinis unter der vorher niedergeschriebenen Begründung, daß König Wilhelm „nicht genug für Deutschlands Einheit thäte", einen Mordversuch gegen ihn machte, stellte sich, von seinem Petersburger Posten beurlaubt, Bismarck bei ihm ein. Wie früher schon Fürst Hohenzollern die Aufmerksamkeit des Monarchen auf diesen genialen Diener, als möglichen Nachfolger von Schleinitz, gelenkt hatte, so hatte ihn sein Freund Roon während der letzten Krisis als ministeriellen Kandidaten und Kampfgenossen für das Innere ins Auge gefaßt. Nach der Lösung der Spannung durch den getroffenen Vergleich konnte freilich davon keine Rede mehr sein. Wohl aber bot sich Bismarck Gelegenheit, dem König den Entwurf einer bald danach ausgearbeiteten Denkschrift vorzulegen, die in vorsichtiger Weise, mit Verhüllung seiner letzten Ziele, ein über den Rahmen bloß „moralischer Eroberungen" hinausgehendes Zukunftsprogramm preußischer Machtpolitik entwickelte. Herstellung einer neuen, von den Regierungen zu bildenden Centralgewalt und neben ihr eine Vertretung des Volkes aus Delegirten der Landtage, die aber die Regierungsgewalt im Inneren jedes Staates unverkümmert belassen würde: darauf sollten sich Preußens offene Vorschläge in Frankfurt richten. Bis zu ihrer Verwirklichung hätten, unter Verzicht auf den ungangbaren Weg am Bundestag, freie Vereinigungen außerhalb des Bundes zur Hebung der Wehrkraft und zu Gunsten der materiellen Interessen mittels Militärkonventionen nach dem Muster eines jüngst mit Koburg-Gotha abgeschlossenen Vertrags und mittels eines durch Ausschüsse der Einzellandtage gebildeten Zollparlamentes Ersatz zu bieten. Von Baden-Baden begab sich der König nach Ostende. Dorthin folgten ihm der Großherzog von Baden und Roggenbach. Dieser hatte in Baden-Baden den Entwurf von Bismarcks Denkschrift kennen gelernt und seinerseits einen diesem verwandten

Attentat Beckers 14. Juli.

Bismarck beim König in Baden-Baden.

Sein Zukunftsprogramm.

Denkschrift Roggenbachs.

Plan eines kraft freier Vereinbarung neben Östreich zu gründenden engeren Bundes unter Leitung Preußens mit starker Centralgewalt, verantwortlichem Ministerium und einheitlichem Parlament skizzirt. Doch dachte er sich das Parlament aus Volkswahlen hervorgehend und mit weniger eingeschränkter Befugnis als Bismarck annahm. In Ostende vertrat er seine Vorschläge in Beratungen, an denen außer Schleinitz auch der schon zu dessen Nachfolger bestimmte Graf Bernstorff, der preußische Gesandte in London, teilnahm. Der erste äußerte die schwersten Bedenken gegen Roggenbachs Plan. Der zweite billigte, obwohl er im einzelnen manches auszusetzen hatte, doch die Grundidee. Noch entgegenkommender sprach sich der König aus. Man verabredete, daß Roggenbach eine Ausarbeitung seiner Skizze in Berlin zur endgiltigen Prüfung vorlegen sollte.

Beratungen in Ostende.

Wenn Preußen den Gedanken des engeren Bundesstaates Östreich zum Trotz ernstlich wieder aufnehmen wollte, so konnte es nur nützlich sein, möglichst gute Beziehungen zu Napoleon zu erhalten und nicht von vornherein in grundsätzliche Gegnerschaft zu dem kaiserlichen Frankreich zu treten. Anderer Meinung war allerdings ein großer Teil des höheren preußischen Beamtentums, das auf die auswärtige Politik Einfluß ausübte. So verfocht der unter Manteuffel aus dem Staatsdienst entlassene, unter der Regentschaft als Schleinitz' Gehilfe wieder angestellte Unterstaatssekretär Justus von Gruner leidenschaftlich die Ansicht, alle Unterschiede auf dem Gebiete der deutschen Bundespolitik zwischen Preußen und Östreich seien der Aufgabe gemeinsamer Sammlung des Widerstandes gegen Frankreich unterzuordnen. „Jede andere Politik, hatte er erst vor kurzem Bernstorff geschrieben, scheint mir Wahnsinn“[1]). Indessen war Bernstorff genug Realpolitiker, um einer Verletzung Napoleons vorzubeugen, wie sie in der Weigerung eines Gegenbesuches gelegen haben würde. Ihm selbst fiel der Auftrag zu, das Programm der Besprechungen aufzuzeichnen, die in Compiègne, dem erwählten Ort der Zusammenkunft beider Herrscher auf französischem Boden, etwa stattfinden würden. Hier verlief alles in den Formen höfischer Freundlichkeit. Napoleon vermied jede längere politische Unterredung. Er berührte nur kurz einzelne Gegenstände, wie die Frage des Abschlusses eines deutsch-französischen Handelsvertrags, die schleswig-holsteinsche Angelegenheit, die Anerkennung des Königreichs Italien, die Thätigkeit des Nationalvereins. König Wilhelm benahm sich zurückhaltend, ließ aber seinen kaiserlichen Gastfreund darüber nicht im Zweifel, daß er die Anerkennung des Königreichs Italien von der Pacificirung der

Frage des Verhältnisses Preußens zu Frankreich.

Gegenbesuch König Wilhelms in Compiègne 11./12. Okt.

[1]) S. Ringhoffer: Im Kampf für Preußens Ehre. Aus dem Nachlaß des Grafen A. von Bernstorff. 1906. S. 438, vgl. dies Werk auch für das Folgende S. 439. Aufzeichnung König Wilhelms über die Zusammenkunft mit Napoleon.

ganzen apenninischen Halbinsel abhängig mache und daß er nicht gewillt sei, durch die Vertreibung seiner Mitfürsten das Beispiel Viktor Emanuels nachzuahmen.

Die Krönung in Königsberg 18. Okt.

Unmittelbar auf die Zusammenkunft in Compiègne erfolgte mit großem Gepränge seine Krönung in Königsberg. Seit der Krönung des ersten Königs von Preußen im Jahre 1701 hatte man eine solche Feier nicht gesehen. Die Wiederauffrischung altertümlicher Ceremonieen, die ziemlich untergeordnete Rolle, die dabei den Mitgliedern des Landtags zugewiesen war, die Ansprache des Königs an die Vertreter des Heeres vor dem Krönungsakt, in der er ihre Treue gegen alle Feinde, „von welcher Seite" sie auch kommen möchten, anrief, die starke Betonung des Gottesgnadentums seiner Würde in einer Rede des Gekrönten: das alles machte im ganzen und großen keinen günstigen Eindruck. Indessen verfiel König Wilhelm, auch nachdem er die Krone „vom Tisch des Herrn" genommen hatte, doch nicht der politischen Romantik seines Bruders. Dies zeigte sich nicht zuletzt in seiner durch die in Fluß gekommene Frage der Bundesreform bedingten Haltung. Der damalige Wechsel im Ministerium des Auswärtigen schien ihre größere Energie zu verbürgen. Schleinitz, der sich auf den Posten des Hausministers zurückzog, überließ es endgiltig dem Grafen Bernstorff. In Wien, wo Fürst Schwarzenberg ehemals diesen Diplomaten als „extremen Radowitzianer" von seinem Platz als Gesandten verdrängt hatte (s. VII. 461), konnte diese Wahl bedenkliche Erinnerungen wecken. In der That entsprach das Programm deutscher Politik, das Bernstorff bei Antritt seines Ministeriums entworfen hatte, in keiner Weise den an der Donau gehegten Wünschen. Es nahm die Gründung eines deutschen Bundesstaates mit preußischer Leitung des Kriegswesens, der Marine, der Diplomatie und einem gemeinsamen Parlament von Delegirten der Einzelkammern in Aussicht. Für Östreich war kein Platz in diesem Bundesstaat, der nach Bernstorffs schließlich zum Durchbruch gelangter Ansicht mit der habsburgischen Monarchie, unter gegenseitiger Garantie aller Besitzungen, lediglich eine Allianz abschließen sollte[1]). Das Programm Bernstorffs blieb Bennigsen, mit welchem der Minister durch den ehemaligen, aus England heimgekehrten Demokraten Rudolf Schramm (s. VII. 159) Fühlung zu gewinnen suchte, nicht unbekannt[2]). Der liberale Führer des Nationalvereins glaubte sich danach von dem konservativen Staatsmann trotz wesentlicher Meinungsverschiedenheiten etwas versprechen zu dürfen. Auch Roggenbach rechnete darauf, daß Bernstorff mehr Mut zeigen werde als sein Vorgänger. Verabredetermaßen sandte er eine Ausarbeitung seines Planes eines

Bernstorff Minister des Auswärtigen 10. Okt.

Sein Programm eines deutschen Bundesstaats.

Hoffnungen Bennigsens und Roggenbachs.

[1]) S. Ringhoffer a. a. O. S. 424, 425.

[2]) Oncken: R. von Bennigsen I. 540 ff. Vgl. den Artikel „Schramm" in der Allg. Deutschen Biographie XXXII. 446 ff.

engeren Bundesstaates in Form eines daraufhin an die deutschen Regierungen zu richtenden badischen Rundschreibens nach Berlin. Hier ward ihm vorläufig die Genugthuung zuteil, daß der König, unter Vorbehalt weiterer Sicherung der preußischen Machtstellung, im allgemeinen seine Zustimmung dazu gab. Dagegen erfolgte von Wien, wohin Roggenbach den Entwurf seines Rundschreibens vertraulich mitteilte, eine scharfe Zurückweisung. Sein alter Bekannter, der Freiherr von Biegeleben, 1850 vom Fürsten Schwarzenberg für den östreichischen Dienst gewonnen, Referent des Wiener Ministeriums für die deutschen Angelegenheiten, als feuriger Großdeutscher und strenger Katholik ganz erfüllt von der Idee der Größe und Ehre der Bundespräsidialmacht, erklärte unumwunden, Östreich könne niemals auf seine historische Stellung als erste deutsche Macht verzichten und werde daher jedem neuen Versuch eines engeren deutschen Bundes unter preußischer Leitung immer entschiedenen Widerstand leisten. Da nun auch die gehoffte Unterstützung von Berlin auf sich warten ließ, hielt die badische Regierung ihre seit Wochen fertige Cirkularnote zurück.

Beusts Vorschlag einer Bundesreform 15. Okt. 1861.

Mittlerweile war am 15. Oktober der Vorschlag einer Bundesreform an die Öffentlichkeit gelangt, der dem Kopf des betriebsamen Ministers von Beust entstammte. Gedrängt durch ein Votum der zweiten Kammer des sächsischen Landtags, auf Herstellung einer kräftigen Centralgewalt mit Volksvertretung hinzuwirken, und durch den Wunsch König Johanns, eine Verständigung zwischen den beiden ihm befreundeten Höfen von Wien und Berlin herbeizuführen, war Beust ganz selbständig, ohne vorheriges Einvernehmen mit den verbündeten „Würzburgern" vorgegangen. Bei der Mitteilung der Grundzüge seines Planes in Wien war er durch Äußerungen des Kaisers Franz Josef und Rechbergs, der jedoch das Gutachten des damals erkrankten Biegeleben vorbehielt, einigermaßen ermutigt worden. Die Hauptpunkte seines Vorschlags bestanden in Folgendem: an Stelle des bisherigen Frankfurter Bundestags sollte eine neue Bundesversammlung treten, die jährlich zweimal, für längstens vier Wochen, das einemal in Regensburg unter Östreichs, das anderemal in Hamburg unter Preußens Vorsitz zu tagen hätte. In der Zwischenzeit von einer Tagung zur anderen sollten Östreich und Preußen abwechselnd die Präsidialgeschäfte führen. In derselben Zwischenzeit sollte eine Bundes-Exekutivbehörde, bestehend aus dem Kaiser von Östreich, dem König von Preußen und einem dritten durch Wahl oder auf andere Art zu bestimmenden Bundesfürsten die Ausführung der Bundesbeschlüsse überwachen und für den Eintritt außerordentlicher politischer Umstände mit ausgedehnten Vollmachten, auch militärischer Natur, versehen werden. Endlich sollte der Bundesversammlung eine Versammlung von Delegirten der Einzellandtage, 30 für Preußen, 30 aus der Landesvertretung

der deutschen Provinzen Österreichs, 10 für Baiern, je 6 für Sachsen, Hannover, Würtemberg u. s. w. zur Seite stehen, aber nicht regelmäßig, sondern nur nach Bedürfnis von der Bundesversammlung berufen, und nur zu dem Zweck, über vorgelegte allgemeine Gesetze Beschluß zu fassen oder Eröffnungen über getroffene außerordentliche Maßregeln der Bundesversammlung entgegen zu nehmen.

Allgemeiner Widerspruch.

Diese künstlich ausgesonnenen Gebilde befriedigten niemanden. In den nationalen und liberalen Kreisen des deutschen Volkes stimmte man dem Urteil Roggenbachs bei, daß Beust ihm „für seinen Hunger einen Stein statt eines Stückes Brot biete". Die Regierungen der Mittelstaaten hatten an dem einseitigen Vorgehen des alten Genossen mancherlei auszusetzen, woferne sie nicht wie Georg V. von Hannover in der unantastbaren Bundesakte von 1815 das einzig mögliche und rühmenswerte Bindemittel für Deutschland sahen. In Wien, wo der wiedergenesene Biegeleben durch sein Gutachten den Kaiser und Rechberg beeinflußte, erhob man Einwendungen, deren gewichtigste darin bestand, Österreich könne ohne Verbürgung seiner außerdeutschen Besitzungen durch den Bund als Gesamtmacht, seiner Stellung als „erste deutsche Macht" nicht entsagen und daher auch nicht auf das Ehrenrecht des bleibenden Präsidiums verzichten. Der Wiener Vorgang erleichterte der Regierung in Berlin die Ablehnung. Die nach Dresden gerichtete, im Ministerrat von König Wilhelm durchgesetzte Antwort Bernstorffs vom 20. December gab unter zweideutigen Komplimenten für den „sinnreichen" Plan des sächsischen Kollegen unumwunden der Meinung Ausdruck, bei der Macht- und Interessenverschiedenheit der Bundesglieder seien auf den ganzen Bund bezügliche Reformvorschläge in bundesstaatlicher Richtung von vornherein unausführbar und Verbesserungen nur durch Bildung eines Bundesstaates innerhalb des Staatenbundes auf dem Wege freier Vereinbarung zu erreichen. Preußen bekundete damit in aller Form die Rückkehr zur alten Unionspolitik.

Antwort Österreichs 6. Nov.

Antwort Preußens 20. Dec.

Österreichische Entrüstung.

Die Entrüstung über dies Bekenntnis war nicht geringer in der Hofburg wie an den Höfen der deutschen Mittelstaaten. Rechberg erklärte dem badischen Gesandten, es sei eine Herausforderung ohne gleichen. Von derselben Stimmung war Schmerling beseelt. Man beschloß in Wien, in dem diplomatischen Feldzug gegen den gefürchteten Nebenbuhler, den die gesamte großdeutsche Presse mit Vorwürfen überhäufte, die Führung zu übernehmen. Als Vertrauensmann der österreichischen Regierung wurde der junge Graf Blome in die mitteldeutschen Hauptstädte entsandt, um sie zu gemeinsamen Vorgehen gegen Preußen zu bestimmen. Das Ergebnis der gepflogenen Beratungen war die Überreichung identischer Noten Österreichs, Baierns, Würtembergs, Hannovers, Hessen-Darmstadts, Nassaus vom 2. Februar 1862 in Berlin. Sie ent-

Mission Blomes.

Die identischen Noten vom 2. Febr. 1862.

hielten einen scharfen Protest gegen Preußens Zurückkommen auf den Gedanken einer bundesstaatlichen „centralisirten Verfassung unter einem Oberhaupt", erinnerten an „die unheilvollen Folgen", die dies Bestreben „schon in einer früheren Epoche" über Deutschland heraufzubeschwören gedroht habe und forderten zu Beratungen über die Begründung einer wirksameren Exekutivgewalt mit Zuziehung einer Delegirtenversammlung für die Angelegenheiten gemeinsamer deutscher Gesetzgebung auf. Sachsen schloß sich, mit dem Ausdruck der Hoffnung, die Grenzen der anzustrebenden Reform noch weiter ausgedehnt zu sehen, in einer eigenen Depesche der Verwahrung gegen das preußische Programm des engeren Bundes an.

Haltung Bernstorffs.

Die preußische Antwort auf die identischen Noten ließ nicht lange auf sich warten. Bernstorff, gestützt durch das Vertrauen des Königs, bewahrte kaltes Blut. „Ich habe schon erklärt und werde immer wieder erklären, schrieb er dem Prinzen Reuß, Preußens derzeitigem Vertreter in Paris, daß wir nicht beabsichtigen, irgend jemand Gewalt anzuthun, daß wir aber fest entschlossen sind, nicht wieder wie 1850 dem Kriege auszuweichen, wenn er uns von der andern Seite aufgedrungen wird, sondern ihn aufzunehmen." In seiner Erwiderungsnote vom 14. Februar an die beim Erlaß der identischen Noten beteiligten Regierungen wies er die erhobenen Vorwürfe zurück und lehnte die Beschickung der vorgeschlagenen Konferenzen ab. In einem den preußischen Gesandten bei sämtlichen deutschen Höfen zugesandten, für die Öffentlichkeit bestimmten Rundschreiben vom 21. Februar verteidigte er dann nochmals das Recht der einzelnen deutschen Staaten, unbeschadet ihrer Souveränität, einen engeren Bund, mit Übertragung der militärischen und diplomatischen Leitung auf dessen Vorstand, zu begründen. Aber bei diesem theoretischen Ausspruch ließ er es bewenden. Wohl mochte Bennigsen in jener Zeit bei einem Festessen der Fortschrittspartei auf einen Toast Virchows erwidern, er sei überzeugt davon, daß Preußen einst wieder wie 1813 der nationalen Bewegung voranschreiten werde. Die Ungeduld aller derer, die statt der Worte Thaten sehen wollten, war kaum noch zu zügeln. Mit den Forderungen der äußeren Politik verschlangen sich aber die Kämpfe im Inneren, wegen der Reorganisation des Heeres, die sich damals in Preußen immer mehr verschärften. Sie vor allem waren es, die der neuen Aera, an welche die Hoffnungen so vieler liberal und national Gesinnter geknüpft gewesen waren, ein Ende bereiteten. —

Preußische Erwiderungsnote 14. Febr.

Preußisches Rundschreiben 21. Febr.

Beim Beginn der neuen Aera ruhte die preußische Heeresverfassung trotz einzelner Änderungen wesentlich noch auf den grundlegenden Gesetzen von 1814 und 1815. Danach bestand allgemeine Wehrpflicht vom zwanzigsten bis zum fünfzigsten Jahr mit einer Dienstzeit von drei Jahren im stehenden Heer, von zwei Jahren in der Reserve, von je sieben Jahren

Die preußische Heeresverfassung.

in der Landwehr ersten und zweiten Aufgebotes, schließlich im Landsturm. Im Kriegsfall bildeten Linie und Landwehr des ersten Aufgebotes, diese unter eigenen Officieren, großenteils früheren Einjährig-Freiwilligen, in besonderen Regimentern geordnet, die Feldtruppen, die Landwehr des zweiten Aufgebotes die Festungsbesatzungen. Die Friedensziffer des stehenden Heeres war nach der Zahl und Stärke der Regimenter in enge Grenzen eingeschlossen und bewegte sich von 1820 bis 1857 zwischen

Ihre Mängel.

130 000 und 140 000 Mann. Im Lauf der Zeit waren besonders drei Übelstände hierbei zu Tage getreten. Zunächst hatte das Wachstum der Bevölkerung von 11 auf 18 Millionen seit 1820 und die Steigerung der Zahl der waffenfähigen jungen Männer auf etwa 65 000 Mann bei einer jährlichen Aushebungsziffer von ungefähr nur 40 000 Rekruten bedingt, daß tausende junger, unverheirateter Wehrfähiger wegen Mangels an Raum in den Kadres dienstfrei blieben. Andrerseits mußte bei jeder Mobilmachung die ganze Landwehr ersten Aufgebotes, darunter tausende von Familienvätern, die ihrem Erwerb entrissen wurden, und deren Familien in vielen Fällen auf die öffentliche Fürsorge angewiesen waren, sofort ins Feld rücken. Endlich litt die Schlagfertigkeit des Heeres im Fall der plötzlichen Einberufung dieser Landwehrleute zum Felddienst, die Jahre lang im bürgerlichen Beruf gestanden hatten, und deren Officierskorps nicht wie das der Linie an stetigen Dienst gewohnt und fest mit der Truppe verwachsen war.

Prinz Wilhelm und die Frage der Heeresreform.

Alle diese Mängel waren seit lange vom Prinzen Wilhelm schmerzlich empfunden worden. Immer wieder während der Regierung seines Vaters und seines Bruders, in Wort und Schrift, hatte er auf ihre Besserung gedrungen[1]). Als Stellvertreter des erkrankten Friedrich Wilhelms IV. hatte er die Frage der Heeresreform sogleich in Angriff genommen.

Vorschläge Clausewitz Febr. 1858.

Ein im Februar 1858 aus dem Kriegsministerium ihm eingereichter Plan des Oberstlieutenants von Clausewitz, eines Neffen des berühmten Trägers dieses Namens, der eine Verdoppelung der Infanterieregimenter und eine Verbindung des jüngsten Jahrgangs der Landwehr mit der Reserve in Aussicht nahm, konnte ihm doch wegen Empfehlung der zweijährigen Dienstzeit und einer Herabsetzung der Friedensstärke der Bataillone nicht genügen. Dagegen fand er seine eigenen Grundgedanken in Hinsicht der Reform gutenteils wieder in einer im Juli 1858 ihm übersandten

Denkschrift Roons Febr. 1858.

Denkschrift des Generals von Roon, damaligen Brigadekommandeurs in Posen, den er während des badischen Feldzugs schätzen gelernt und zur

[1]) Militärische Schriften Kaiser Wilhelms 1897. Im übrigen s. namentlich H. von Sybel: Die preußische Heeresreform von 1860 (Vorträge und Abhandlungen 1897). Die gesamte übrige Litteratur bei Löwenthal: Der preußische Verfassungskonflikt Münchener Dissertation) 1914. Doch fehlt daselbst H. Witte: Die Reorganisation des preußischen Heeres. Halle 1910.

Abgabe seines Gutachtens aufgefordert hatte. Hier wurde die dreijährige Dienstzeit festgehalten und zugleich eine Einverleibung der ganzen Landwehr ersten Aufgebotes in die Linie, eine Verstärkung der Kadres, eine Vermehrung der Officiere und Unterofficiere von Beruf und des Präsenzstandes an Gemeinen, eine Vergrößerung der Kadettenanstalten, als Wohlthätigkeitseinrichtungen für die Söhne unvermögender Officiere und des armen Adels, gefordert. Nach dem Eintritt der Regentschaft und der Ernennung Bonins zum Kriegsminister wurden beide Entwürfe im Kriegsministerium sorgfältig geprüft. General von Voigts-Rhetz, der neue Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements, empfahl wie Clausewitz eine Verdoppelung der Infanterieregimenter und in Erweiterung von dessen Vorschlag die Überweisung der drei jüngsten Jahrgänge der Landwehr ersten Aufgebotes zur Reserve, während die vier ältesten für die Festungsbesatzung dienen sollten. Mit Roon stimmte er zwar in der Befürwortung der dreijährigen Dienstzeit überein, verwarf aber dessen Forderung der Einverleibung des ganzen ersten Aufgebotes der Landwehr in die Linie und setzte die Kriegsstärke der Bataillone von 1002 auf 802 Mann herab. Bonin, der während seiner ersten Amtsführung als Kriegsminister 1852 selbst Grundzüge einer Neuordnung des Heeres entworfen hatte, hegte namentlich das Bedenken, daß Roon aus einseitig militärischen Rücksichten die wirtschaftlichen Gesichtspunkte zu sehr vernachlässige. Auch befürchtete er, daß durch die Verwirklichung seiner Vorschläge das Heer „als ein für sich bestehendes Ganze" vom Lande „getrennt" werde. Seine wohl begreifliche Zurückhaltung empörte Roon, der darin nur den bösen Willen sah, die Angelegenheit zu verschleppen.

Prüfung im Kriegsministerium Febr 1859.

Bonins Bedenken gegen Roon.

Durch den italienischen Krieg wurde ihre weitere Verhandlung unterbrochen. Aber die damalige, vom Prinzregenten befohlene Mobilmachung, welche die Schwächen des bestehenden Wehrsystems mit Deutlichkeit gezeigt hatte, bot ihm die Handhabe, die thatsächliche Neugestaltung des Heeres zu beginnen. Bei der Aufhebung der Mobilmachung ließ er es nicht in den Friedensstand zurücktreten. Vielmehr sollte die Kriegsbereitschaft vorläufig fortdauern und nur eine Entlassung der älteren Jahrgänge der Landwehr stattfinden. Die jüngeren Jahrgänge mit der Reserve nebst einigen Linientruppen sollten den Grundstock für 36 neue Infanterieregimenter neben den 36 alten und für 10 neue Kavallerieregimenter bilden. Gleichzeitig wurden die Vorarbeiten für die endgiltige Reorganisation wieder aufgenommen. Am 30. August übermittelte Bonin dem Prinzregenten einen im Kriegsministerium ausgearbeiteten Plan, der sich wesentlich an Voigts-Rhetz' Vorschläge anschloß. Die Mehrkosten wurden auf etwas über 7 Millionen Thaler jährlich und auf beinahe 9 Millionen für die erste Einrichtung veranschlagt. Der Prinzregent ließ den Plan durch Roon, der inzwischen Divisions-Kom-

Thatsächlicher Beginn der Neugestaltung Sommer 1859.

Plan des Kriegsministeriums 30. Aug. 1859.

mandeur in Düsseldorf geworden war, mit dem Kriegsministerium beraten und berief ihn dann zum Vortrag zu sich nach Baden-Baden.

Verschärfung durch den Regenten.

Von da überbrachte Roon anfangs Oktober Weisungen des Regenten nach Berlin, die den ministeriellen Vorschlag in wichtigen Punkten verschärften. Vor allem hielt der Regent gegen die Ansicht Bonins und seiner Räte an einer Kriegsstärke der Bataillone von 1002 Mann fest und wollte die aus Ersparnisgründen empfohlenen Beurlaubungen eines Teiles der Truppen während des Winters nicht zugeben. In seine Hauptstadt zurückgekehrt, setzte er sich selbst mit Energie für alle Verschärfungen ein. Er berief eine Kommission von Generalen unter dem Vorsitz des Feldmarschalls Wrangel zur Abgabe ihres Gutachtens über eine Reihe streitiger Punkte. Er brach das Widerstreben Bonins, indem er die Kommission unter seinem eigenen Vorsitz nochmals versammelte und ihr befahl, nicht die finanziellen, sondern nur die militärischen Seiten der Vorlage zu beurteilen. Er gab dem Minister endlich am 28. November unmutig die erbetene Entlassung, als dieser sich weigerte, den Plan mit den von ihm mißbilligten Verschärfungen vor dem Landtag zu vertreten.

Entlassung Bonins 28. Nov. 1859.

In allen diesen Kämpfen hatte Roon, im Bunde mit seinem Freund, dem General Gustav von Alvensleben, und mit dem Chef des Militärkabinets, dem alten Günstling Friedrich Wilhelms IV., Edwin von Manteuffel, dem Prinzregenten zur Seite gestanden. Er erschien als der gegebene Nachfolger Bonins. Nach Annahme des vom Prinzregenten persönlich in ausführlichem Vortrag verfochtenen Planes durch das gesamte Ministerium erhielt er am 5. December seine Ernennung. Albrecht von Roon, Soldat mit Leib und Seele und als geographischer Schriftsteller wissenschaftlich hochverdient, ehemals militärischer Mentor des Prinzen Friedrich Karl, in jeder Stellung, die er bisher eingenommen, ein Muster von Arbeitskraft und Pflichttreue, galt längst im Kreise seiner Bekannten als einer der hervorragendsten Officiere. Ein stolzes Selbstgefühl und eine übermäßige Reizbarkeit paarten sich in ihm mit einfältiger Frömmigkeit und warmer Empfindung für die Seinigen. Nach außen erschien er für gewöhnlich streng und herbe, durch Selbstzucht und Willenskraft befähigt, sein leidenschaftliches Naturell zu bändigen, der rednerischen Waffen anfangs ungewohnt, bald ihrer vollkommen mächtig, bereit zum Kampf für das, was zwar bedeutend von seinen früheren Vorschlägen abwich, das er aber, ein treuer Diener seines königlichen Herrn, als dessen „eigenstes Werk", mit äußerster Kraft durchzuführen entschlossen war. Mit seinen politischen Ansichten war er öffentlich noch nicht hervorgetreten. Aber er hatte, um mit ihm selbst zu sprechen, „von der ganzen konstitutionellen Wirtschaft niemals etwas gehalten". Ein in der Wolle gefärbter Konservativer und Aristokrat war er, wie sein Freund Perthes richtig bemerkte, in dem Ministerium der neuen Aera, das sich seine Ernennung

Roon sein Nachfolger 5. Dec.

stillschweigend gefallen ließ, „eine fremdartige Erscheinung". Auch konnte er selbst auf die Dauer unmöglich nur die Rolle des „Fachministers" spielen. „Seine Stunde wird kommen, prophezeite Leopold von Gerlach, wenn er sich richtig nimmt. So kann er vielleicht das Ministerium überleben."

Die Wehrvorlage vor dem Landtag.

Zunächst hatte er die Wehrvorlage, welche die Thronrede am 12. Januar ankündigte, vor dem Landtag zu vertreten. In ihrer endgiltigen Fassung enthielt sie folgende Hauptpunkte: volle dreijährige Dienstzeit bei der Fahne, und sogar vierjährige für die Reiterei, Zufügung der drei jüngsten Jahrgänge der Landwehr ersten Aufgebotes als Reserve zur Linie, Ausscheiden der vier älteren aus dem Verband der Feldarmee, Aufhebung der unzulänglichen Landwehrkavallerie, Vermehrung der Regimenter ungefähr durch Verdoppelung. Durch alles dies sollte der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht wieder der Verwirklichung näher gebracht, die jährliche Aushebung auf rund 63000 Köpfe gesteigert, eine Entlastung der älteren Mannschaften und der Unterstützung ihrer Familien, eine Verjüngung und Erhöhung der Schlagfertigkeit des Heeres erreicht werden. Die Kosten der Umgestaltung wurden für das Jahr 1860 auf etwas über sieben Millionen Thaler, für die Dauer, von verschiedenen im voraus nicht zu berechnenden Ausgaben abgesehen, auf jährlich neuneinhalb Millionen Thaler veranschlagt. Zu ihrer Deckung sollten Steuerzuschläge, Bestände des Staatsschatzes, voraussichtliche Mehreinnahmen dienen.

Kommissionsberatung unter Vorsitz Vincks.

Die beiden Gesetzentwürfe über die Reorganisation des Heeres und die Geldforderung wurden vom Abgeordnetenhaus einer Kommission überwiesen, die Vincke zu ihrem Vorsitzenden und den General außer Diensten Stavenhagen, einen Veteranen der Befreiungskriege, Mitglied des Frankfurter Parlamentes und sachverständigen Vertrauensmann der liberalen Partei, zum Berichterstatter wählte. Mit ihm war die Mehrheit der Kommission ganz bereit, eine Verstärkung der jährlichen Aushebung und eine Vermehrung der Linienregimenter zu bewilligen.

Beanstandung der Kosten und der Zurückdrängung der Landwehr.

Aber man beanstandete die Höhe der Kosten, zumal damals die Grundsteuervorlagen noch nicht vom Herrenhaus angenommen waren, und mißbilligte die Zurückdrängung der Landwehr. Was den ersten Punkt betraf, so fand selbst ein der Reform im ganzen so wohlgeneigter Beurteiler wie Bernhardi, die Vorlage gehe über die Geldkräfte des Landes hinaus. Vieles, wie „die Vermehrung der Garderegimenter, der übermäßige Präsenzstand der Gardebataillone im Frieden, die vierjährige Dienstzeit bei der Reiterei", erschien ihm unnötig, und sogar der Ministerpräsident, der Fürst von Hohenzollern, gab ihm dies zu[1]). Hinsichtlich

[1]) Th. von Bernhardi: Tagebücher III. 263, 276.

des zweiten Punktes, des geplanten gänzlichen Ausscheidens der Landwehr aus dem Feldheer, kam das tief verletzte Gefühl aller derer in Frage, die darin eine Verleugnung des heiligen Vermächtnisses der Befreiungskriege erblickten. Die Landwehr hatte während derselben nach der herrschenden Legende das Beste gethan. Mit ihrer Einschränkung schien das stehende Heer, in dessen Officierskorps ohnehin der Adel bevorzugt war, sein volkstümliches Gepräge immer mehr verlieren zu müssen. In der That hoffte Leopold von Gerlach, der Angriff gegen die Landwehr, „das gründlichst liberale Institut der preußischen Monarchie", werde dahin führen, „es zu tödten"[1]. Auch Roon hatte in seiner Denkschrift von 1858 die Landwehr schlechtweg als „eine politisch falsche, militärisch falsche und schwache Institution" bezeichnet und nur geraten, „schon aus Rücksichten für das historische Gewissen der Nation" sie „nicht dem Namen nach aufzuheben".

Forderung der zweijährigen Dienstzeit.

Vermutlich hätte sich, trotz der erhobenen Bedenken, doch eine Mehrheit für das Wehrgesetz gefunden, wenn statt der dreijährigen Dienstzeit die zweijährige zugestanden worden wäre. Sie war unter Friedrich Wilhelm III. bei der Infanterie versuchsweise eingeführt worden (s. V. 105) und hatte thatsächlich beinahe zwei Jahrzehnte hindurch bestanden. Erst 1852 war man zur zweieinhalbjährigen Dienstzeit übergegangen, 1856 zur dreijährigen zurückgekehrt. Viele hohe Officiere hatten diese für unnötig erklärt. General Stavenhagen war derselben Ansicht. Er vertrat die Meinung, zwei Jahre seien, wenigstens für die Ausbildung der Infanterie, genügend, damit könne entweder ein Drittel der Kosten gespart oder die Zahl der ausgebildeten Mannschaften um ein Drittel erhöht werden.

Festhalten des Prinzregenten an der dreijährigen Dienstzeit.

Aber für den Prinzregenten war das starre Festhalten an der dreijährigen Dienstzeit ein Glaubenssatz. Es waren nicht nur militärisch-technische Gründe, die ihm das dritte Dienstjahr als unentbehrlich erscheinen ließen. Von jeher hatte er in diesem die Bürgschaft dafür gesehen, den Soldaten an die „Disciplin, den blinden Gehorsam" zu gewöhnen, „damit im Augenblick der Gefahr der Monarch sicher auf die Truppe rechnen könne". Noch in seinem Vortrag vor dem Staatsministerium am 3. December 1859 hatte er die Worte wiederholt, die er einst dem General Grolmann entgegengehalten: „Zwei Jahre hindurch würde der Soldat durch Dressur und Instruktion vollständig übermannt, erst im dritten Jahre lerne er sich fühlen, bekäme er Sinn für die Würde des Rocks, für den Ernst des Berufes und zöge der Standesgeist bei ihm ein, ohne welchen eine Armee nicht bestehen könne".

Seine Gereiztheit.

Abgesehen von seinem festen Entschluß, in diesem Punkt keinen Schritt zurückzuweichen, nahm er die Verhandlungen der Kommission des Abgeordnetenhauses, deren Vorsitzender Vincke in leidenschaftlicher

[1] Leopold von Gerlach: Tagebücher II. 709.

Rede mit Roon manchen Strauß ausfocht, sehr übel auf. Die zahlreichen Abstriche, die sie vorschlug, erbitterten ihn aufs tiefste. Er wollte nicht das Mindeste nachgeben und äußerte, wenn die Vorlagen nicht unverändert durchgingen, müsse er entweder „die Kammer nach Hause schicken" oder die Regierung niederlegen und die Sache seinem Sohn überlassen. Seine persönliche Umgebung, vor allem Edwin von Manteuffel, suchte seine gereizte Stimmung noch zu steigern. Mit diesem ebenso ehrgeizigen wie einflußreichen, in der Stille auf die Erreichung politischer Ziele hinarbeitenden Hochkonservativen hoffte die Junkerpartei bei diesem Anlaß das Ministerium sprengen und sich den Weg zur Macht bahnen zu können. Unter den Liberalen selbst fehlte es nicht ganz an Warnern, die sich dieser Gefahr bewußt waren und daher vom Widerstand gegen die Regierungsvorlagen abrieten. Simson, der Nachfolger Schwerins auf dem Präsidentenstuhl des Abgeordnetenhauses, meinte, man dürfe die Verantwortung vor dem Lande nicht scheuen und sich nicht vor den Wählern fürchten. Max Duncker beklagte, daß seine Parteigenossen ihren Gegnern blindlings in die Hände arbeiteten. Ludwig Häusser und Heinrich von Sybel, die damals in Berlin weilten, tadelten die schroffe Haltung, die sie unter Vinckes Führung gegenüber einem Ministerium einnähmen, das zu entwurzeln doch nicht ihr Wunsch sein könne. Indessen lief der Bericht der Kommission des Abgeordnetenhauses auf eine gründliche Veränderung des Regierungsentwurfes hinaus. Vor allem ward nach Stavenhagens Anträgen zweijährige Dienstzeit der Infanterie und Erhaltung der Landwehr im Feldheer gefordert. An der Zustimmung des Plenums zu diesen Anträgen war nicht zu zweifeln. Um sich nicht einer Niederlage auszusetzen, zog das Ministerium den Entwurf des Wehrgesetzes zurück.

Vergebliche Warnungen.

Der Kommissionsbericht.

Zurückziehung des Entwurfes 5. Mai 1860.

Von nun an begann eine Reihe von Mißverständnissen und Selbsttäuschungen, die der Regierung und den Abgeordneten gleicher Weise, wennschon nicht zu gleichen Teilen zur Last fielen. Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, für die Fortdauer der schon angeordneten Maßregeln eines neuen Dienstpflichtgesetzes gar nicht zu bedürfen. Aus dem Gesetz von 1814, das allgemeine Wehrpflicht, dreijährige Dienstzeit bei den Fahnen und Stärke von Heer und Landwehr „nach den jedesmaligen Staatsverhältnissen" bestimmte, glaubte der Regent das Recht selbständigen Vorgehens ableiten zu können. Dem Landtag sollte nur das Recht der Bewilligung der Mehrkosten verbleiben. Zunächst erbat der Finanzminister von Patow, außer den im gewöhnlichen Budget vorgesehenen Mitteln, die Bewilligung von neun Millionen Thalern zur Aufrechterhaltung und Vervollständigung derjenigen Maßnahmen, welche für die fernere Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres bis zum 1. Juli 1861 erforderlich und auf den bisherigen gesetzlichen Grundlagen thunlich seien. Er versicherte der Kommission, es handle sich nur

Mißverständnisse.

Das „Provisorium".

um ein Provisorium, die Frage der Dienstzeit, der Ausdehnung der Reserveverpflichtung, der Stellung der Landwehr bleibe unberührt. Wenngleich er bei der Verhandlung im Plenum den Sinn des verhängnisvollen Wortes „Provisorium" einzuschränken suchte, herrschte doch bei der Mehrheit der Eindruck vor, als handle es sich nur um vorübergehende Maßregeln, deren Zurücknahme bei einer künftigen Weigerung der Mittel sich von selbst verstehe. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit des einstweiligen Fortbestehens der Kriegsbereitschaft angesichts der Unsicherheit des Friedens Europas wurden daher am 15. Mai die geforderten 9 Millionen beinahe einstimmig bewilligt. Das Herrenhaus trat dem Beschluß bei, aber unter Beifügung einer Resolution, welche die Regierung beschwor, an ihrem ursprünglichen Plan festzuhalten.

Bewilligung von 9 Millionen Thalern 15. Mai.

Mit der Genehmigung des Provisoriums begaben sich die Liberalen der Möglichkeit, auf die endgiltige Gestaltung des Heerwesens einzuwirken. Jedenfalls konnte an eine Beseitigung der neuen Regimenter, sobald sie einmal aufgestellt waren, im Ernst nicht gedacht werden. Der Regent mochte wähnen, das Abgeordnetenhaus habe mit der Bewilligung der neun Millionen nur seinen Rückzug decken wollen. Er verband beim Schluß des Landtags am 23. Mai mit seinem Dank für sie den Ausdruck der Hoffnung, „daß die Notwendigkeit der Heeresreform endlich richtig gewürdigt und die Lösung der zurückgestellten Frage in kürzester Frist gelingen werde". Vincke aber war so verblendet, daß er bei einem Abschiedsessen seiner Fraktion „den Sieg" des Abgeordnetenhauses über die Regierung, die vor einem bloßen Kommissionsbericht gewichen sei, bejubelte. Schon die nächsten Wochen und Monate zeigten wie es mit diesem „Sieg" beschaffen war. Die 36 Infanterie-Landwehrregimenter des Heeres wurden in Linienregimenter umgewandelt, zehn neue Kavallerieregimenter geschaffen, die Officiere und Unterofficiere ernannt, den Regimentern ihre Fahnen und Standarten verliehen. Die feierliche Einweihung dieser Feldzeichen war eine der ersten Handlungen des nach dem Tod des Bruders König Gewordenen.

Schluß des Landtags 23. Mai.

In seiner Thronrede bei Eröffnung des Landtags am 14. Januar 1861 sprach er von der Umbildung des Heerwesens wie von einer unwiderruflich fertigen Einrichtung. In dem den Abgeordneten zukommenden Etat erschien der für die Wehrmacht veranschlagte jährliche Mehrbedarf, „als wäre alles in Ordnung und ein neues Wehrdienstgesetz überflüssig"[1]). In breiten Schichten des Volkes aber verstärkte sich der Glaube, daß man betrogen sei, indem man statt provisorischer Maßnahmen unabänderliche hinnehmen solle. Man murrte auch über die Zumutung, drückende Steuern zahlen zu sollen, ohne zugleich eine Erleichterung

Thronrede König Wilhelms 14. Jan. 1861.

[1]) Worte Robert von Keudells: Fürst und Fürstin Bismarck S. 106.

der Dienstpflicht zu erlangen. Besonders gegen Manteuffel, den Chef des Militärkabinets, der gleichsam als der böse Geist des Königs betrachtet wurde, richtete sich ein weit verbreiteter Unwille. Der heißblütige Berliner Stadtgerichtsrat Twesten gab diesem Gefühl Ausdruck in einer Aufsehen erregenden Schrift „Was uns noch retten kann", die Manteuffel mit dem einst allmächtigen österreichischen Grafen Grünne verglich[1]) und als „einen unheilvollen Mann in unheilvoller Stellung" bezeichnete. Die Folge war ein Duell, das Twesten einen Schuß in den rechten Arm und dank der Volkstümlichkeit, die er sich erwarb, bald danach einen Sitz im Abgeordnetenhaus eintrug.

Duell Twesten-Manteuffel. 27. Mai.

Hier verliefen die Verhandlungen im ganzen ruhiger, als sich hätte erwarten lassen. Zwar trat eine kleine Gruppe von etwa fünfzig Mitgliedern, die sich um Waldeck scharte, für vollständige Ablehnung der Mehrkosten ein. Umgekehrt wünschten die Konservativen unter Führung Moriz von Blanckenburgs und des wiedergewählten Hermann Wagener die Bewilligung im Ordinarium gemäß der Regierungsvorlage. Schließlich bewilligte die Mehrheit nach einem Abstrich von 750 000 Thalern noch einmal die Mittel zur weiteren Aufrechterhaltung der thatsächlich schon durchgeführten Neuordnung, aber nur im Extraordinarium, als einmalige und vorübergehende Ausgabe. Sie fügte außerdem, gleichsam zur Rettung ihres Gewissens, dem Etat eine von Vincke beantragte Resolution hinzu, durch welche die Regierung aufgefordert wurde, dem nächsten Landtag ein neues Gesetz über die Dienstpflicht vorzulegen, das für die Einreihung der jüngsten Jahrgänge der Landwehr in die Reserve der Linie vor dem Beginn eines Krieges unerläßlich sei. Durch diese Halbheiten wurde der König in seiner Meinung, das Werk der Reorganisation in Sicherheit gebracht zu haben, bestärkt und der Bruch mit dem Ministerium der neuen Aera, dessen Sturz herbeizuführen die Mehrheit sich scheute, noch vermieden.

Verhandlungen im Abgeordnetenhaus.

Nochmalige Bewilligung im Extraordinarium.

Resolution Vincke.

Schluß des Landtags 5. Juni.

Mittlerweile setzte Roon alle Hebel an, die Grundlage dieses Ministeriums zu erschüttern und seine Kollegen von altliberaler Gesinnung zu verdrängen. Er benutzte nicht nur den Militärkonflikt, sondern jede andere sich darbietende Gelegenheit, um mit kluger Berechnung, in der Sprache des schmerzbewegten Officiers seinen königlichen Kriegsherrn gegen die Anforderungen von Ratgebern „der konstitutionellen Doktrin" hart zu machen, die sich erkühnten, durch „Parteipflichten" gebunden, „einen andern Willen über seinen eigenen zu stellen". In Denkschriften und Briefen, die er hinter ihrem Rücken an den König gelangen ließ, hielt er ihm das Beispiel „Friedrichs des Einzigen, Friedrich Wilhelms

Roons Untergrabung des Ministeriums.

[1]) Diesen Vergleich zieht später noch auch der Fürst von Hohenzollern s. Zingeler a. a. O. S. 282.

des Gerechten" vor Augen. Er warnte vor Nachgiebigkeit gegen „ministerielle Vormundschaft", die zum Erlöschen „des specifischen Glanzes der preußischen Königskrone" und zum „Scheinkönigtum Belgiens, Englands oder Louis Philipps" führen werde. Er wagte es sogar, die Lehre zu verfechten, „die Verheißungen der Verfassung" seien „nicht als unaufschiebliche Vertragsverbindlichkeiten zu erfüllen, sondern vielmehr als freiwillig übernommene Verpflichtungen für die Zukunft, deren thatsächliche Erfüllung an fernere freie königliche Entschließungen geknüpft sei". „Man hat Euer Majestät einzuschüchtern versucht durch das laute Geschrei des Tages. Allen unglücklichen Königen, von denen die Geschichte meldet, ist es ebenso ergangen. Nur weil sie an das Gespenst glaubten, schreckte es, ruinirte es sie. Ich beschwöre Euer Majestät, glauben Sie nicht daran. Sprechen Sie ein Wort, und das Phantom verschwindet. Dieses Wort heißt ‚Ministerwechsel', nicht ‚Systemwechsel'. Nicht Ihr System, sondern nur die Person Ihrer in Parteifesseln liegenden Minister mögen Sie wechseln."

Beeinflussung König Wilhelms.

Der König fühlte sich gegenüber Roon wegen seines „Freimuts" zum „aufrichtigsten Dank für ewige Zeiten" verpflichtet. Er vertagte auf seinen Antrieb hin die Genehmigung zur Vorlage von Gesetzentwürfen zum „Ausbau der Verfassung", wie über die Ministerverantwortlichkeit und die Oberrechnungskammer. Er schenkte ihm während jener Krisis des Sommers, als es sich um die Frage der Erbhuldigung handelte, sein höchstes Vertrauen und trat damals dem von ihm angeregten Gedanken eines Ministerwechsels näher (s. o. S. 460). Er lieh nach Überwindung jener Krisis Roons Einflüsterungen Gehör, daß er, „ohne mit seiner eigenen Vergangenheit zu brechen", nimmermehr „den Bahnen seines doktrinären Ministeriums" folgen dürfe, welches selbst unmöglich „der verderblichen, wiewohl natürlichen Anlehnung an die Demokratie" absagen könne. „In diesem krassen Dilemma, schloß Roon seine geheime Mahnung, giebt es doch nur eine Lösung: der König kann nicht abtreten, das Ministerium kann es." Seinen Versuchen, das Ministerium der neuen Ära zu untergraben kam es zustatten, daß der Präsident desselben, Fürst Karl Anton von Hohenzollern, wegen seiner erschütterten Gesundheit im Herbst Urlaub nehmen mußte. Er reiste nach Südfrankreich, wo er schwer erkrankte. Von der Notwendigkeit der Umgestaltung des preußischen Heerwesens vollkommen überzeugt, war er doch ein Feind alles „junkerlichen Exklusivismus" und sah in „der Gewährung konstitutioneller Erweiterungen" einen Preis, um den „das siegreiche Durchbringen der Militärfrage nicht zu hoch erkauft" werde[1]). Sein vermittelnder Ein-

Urlaub und Erkrankung Hohenzollerns

[1]) S. seine Briefe an den König und an den Großherzog von Baden bei Zingeler: Karl Anton Fürst von Hohenzollern S. 118, 151.

fluß konnte sich im Ministerium aber nicht mehr geltend machen. Vollends wurde dessen Stellung aufs schwerste erschüttert durch die nach dem Erlöschen der Legislaturperiode anfangs December stattfindenden allgemeinen Neuwahlen der Abgeordneten. Allgemeine Neuwahlen 6. Dec. 1861.

Sie ergaben einen glänzenden Sieg der Fortschrittspartei, die über achtzig Sitze eroberte. Zu den neuen Wortführern der Partei gehörte Virchow. Die Zahl der Konservativen sank auf zwei dutzend. Ihre Führer, Hermann Wagener und Moriz von Blanckenburg, Roons Neffe, fielen durch. Die altliberale Fraktion Vincke, deren Leiter, an sich selber irre geworden, zu allgemeinem Erstaunen jede Kandidatur abgelehnt hatte und erst bei einer Nachwahl ein Mandat annahm, zerfiel beinahe ganz. Bald sammelte sich ihr rechter Flügel um den alten freisinnigen Parlamentarier, den Prenzlauer Oberbürgermeister Grabow, ihr linker um den gleichfalls längst im öffentlichen Leben und in der Verwaltung bewährten, unter dem Ministerium Manteuffel zurückgesetzten Westfalen, den Oberregierungsrat von Bockum-Dolffs. Eine geschlossene Mehrheitspartei, auf die das Ministerium sich hätte stützen können, gab es nicht. Gleich bei der Besetzung des Präsidiums im Abgeordnetenhaus zeigte sich der Ruck nach links. An Stelle Simsons, des ersten Präsidenten, der auf eine Wiederwahl verzichtete, trat Grabow. Zu Vicepräsidenten wurden Behrend, ein Mitbegründer der Fortschrittspartei, und Bockum-Dolffs gewählt. Die Regierung hatte, um der bei den Wahlen kundgegebenen öffentlichen Meinung einige Zugeständnisse zu machen, Gesetzentwürfe über Aufhebung der gutsherrlichen Polizei in den sechs östlichen Provinzen und über eine Reform der Kreisordnung, mit Einschränkung der Privilegien der Rittergutsbesitzer, vorgelegt. Zugleich wurden endlich Gesetzentwürfe über die Ministerverantwortlichkeit und die Oberrechnungskammer eingebracht. Aber das Gesamturteil der Abgeordnetenmehrheit über diese Vorlagen lautete durchaus nicht befriedigend. In dem Gesetzentwurf über die Oberrechnungskammer vermißte man u. a. eine Berücksichtigung der Mitwirkung der Landesvertretung. Nach dem Gesetzentwurf über die Ministerverantwortlichkeit sollte unter Abänderung des Verfassungsartikels, der jedem Haus des Landtags das Recht der Ministeranklage zusprach, dieselbe nur dann gestattet sein, wenn beide Kammern darüber einig wären. Aber von der geforderten Umgestaltung des Herrenhauses, wo der 1858 berufene Kleist-Retzow nach Stahls Tod die Führung hatte, war keine Rede, und bei der augenblicklichen Zusammensetzung dieses hohen Hauses erschien die Verwerfung der beiden ersten Gesetzentwürfe gewiß.

Großer Sieg der Fortschrittspartei.

Zerfall der Fraktion Vincke.

Präsident Grabow.

Kritik vorgelegter Gesetzentwürfe.

Indessen war die brennende Frage der neuen Session wiederum die militärische. Entsprechend dem Wunsch des vorigen Abgeordnetenhauses legte die Regierung eine Novelle zum Dienstpflichtgesetz von 1814 vor.

Novelle zum Dienstpflichtgesetz von 1814.

Danach sollte die Dienstzeit im stehenden Heer sieben Jahre, davon drei unter den Fahnen, vier in der Reserve, und neun Jahre in der Landwehr ersten und zweiten Aufgebotes betragen. Die Gesamtkosten des Heeres für 1862 waren wieder in den allgemeinen Etat aufgenommen. Das Herrenhaus stimmte der Novelle am 1. Februar ohne weiteres zu. Das Abgeordnetenhaus verwies sie an eine Kommission, die sich zu ihren Beratungen Zeit ließ. Als sie dieselben begann, stellte sie die Forderung der zweijährigen Dienstzeit der Infanterie, trotzdem Roon eine Nachgiebigkeit in diesem Punkt für ausgeschlossen erklärte, in den Vordergrund. Inzwischen drängte die Mehrheit die Regierung zu entschiedenem Vorgehen, um in Kurhessen mit allen Mitteln auf Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes hinzuwirken. Auch Bernstorffs akademische Antwort auf die identischen Noten Östreichs und der Mittelmächte that ihr kein Genüge. Sie forderte unverzügliches thatkräftiges Handeln im Sinn des Nationalvereins. Hierfür setzte sich vor allem die Fortschrittspartei ein, der die innere freiheitliche Entwicklung Preußens und die Bildung eines deutschen Nationalstaats unter Leitung Preußens unlöslich mit einander verknüpft erschienen. Vornehmlich auf ihren Antrieb einigte sich eine Kommission des Hauses gegen Bernstorffs Einwendungen, mit ziemlich unverblümter Berufung auf die Reichsverfassung von 1849 und scharfer Betonung der Ohnmacht des seit 1848 „nicht mehr zu Recht bestehenden Bundestags", zu dem Antrag, das Haus der Abgeordneten möge einen weiteren Bund der östreichischen Bundesgebiete und des übrigen Deutschland und innerhalb dieses weiteren Bundes einen engeren Bund Preußens und der übrigen Staaten mit einer durch Preußen geführten Regierung und einem gemeinsamen Parlament für notwendig erklären.

Zustimmung des Herrenhauses 1. Febr.

Kommissionsberatung der Abgeordneten.

Plan der Auflösung.

An dem Tag, an welchem im Plenum die Debatte über diesen Antrag stattfinden sollte, erfolgte die Auflösung des Abgeordnetenhauses. Roon, unterstützt von Bernstorff und von der Heydt, hatte auf sie hingedrängt. Der ihm erwünschte Anlaß bot sich bei der Verhandlung einer scheinbar rein formalen Frage. Man durfte als gewiß annehmen, daß das Herrenhaus einem den liberalen Forderungen entsprechenden Oberrechnungskammergesetz seine Zustimmung versagen werde. Um gleichwohl das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses für die Zukunft besser zu sichern, beantragte der Berliner Stadtkämmerer Hagen, ein Mitglied der Fortschrittspartei in der Budgetkommission, auf eine größere Spezialisirung der Posten zu dringen [1]). Der Finanzminister von Patow erklärte sich namens der Regierung gewillt, bei Aufstellung des nächsten Etats der

Antrag Hagen in der Budgetkommission.

[1]) S. die Korrekturen einzelner Angaben H. von Sybels bei Pacjius: Hoverbeck II. 1. S. 18 ff. 27, 28.

Erfüllung dieses Wunsches grundsätzlich nicht entgegenzutreten. Er widersprach aber wegen technischer Schwierigkeiten einer Umgestaltung des Etats für 1862. Die Kommission beruhigte sich dabei, nicht aber die Fortschrittspartei. Im Bunde mit den ihr nahe stehenden Fraktionen brachte sie am 6. März den Antrag Hagen in neuer Fassung im Hause ein. Ihre Wortführer, Hoverbeck, Schulze-Delitzsch, Virchow, Twesten u. a., hoben nachdrücklich hervor, daß es sich um das wichtigste Recht der Landesvertretung, die Kontrolle der im Namen des Landes bewilligten Gelder, handle. Man warnte davor, diese Angelegenheit gleich der der Heeresumgestaltung von einem Jahr auf das andere zu verschieben und rechtfertigte die Bedenken gegen eine allzuweite Fassung der Etattitel damit, daß der Kriegsminister aus den nur für ein Jahr bewilligten Mitteln Officiere und Unterbeamte endgiltig auf Lebenszeit angestellt habe. Patow erklärte, komme es zu einem Konflikt, so berühre dieser das Gesamtministerium und widersetzte sich in dessen Namen dem eben erst zur Kenntnis der Regierung gelangten Antrag. Nichtsdestominder wurde er mit 171 gegen 143 Stimmen angenommen. Das Ministerium bat daraufhin den König am 8. März um seine Entlassung. Der König lehnte sie ab und forderte weitere Ratschläge. Ausgenommen Bethmann-Hollweg, der auf seiner Entlassung bestand, kamen die übrigen Minister zunächst zu dem Schluß, die Auflösung des Hauses zu empfehlen.

Wiederholung im Plenum 3. März.

Annahme.

Auflösung des Abgeordnetenhauses 11. März.

Nach der Mitteilung von der Heydts in der Schlußsitzung des Abgeordnetenhauses am 11. März hatte das Ministerium die Annahme des Antrags Hagen als ein Mißtrauensvotum aufgefaßt. Noch denselben Tag wurde der Präsident des Herrenhauses, Fürst von Hohenlohe-Ingelfingen, an Stelle des abwesenden, erkrankten Fürsten Hohenzollern, zum Präsidenten des Ministeriums ernannt. Der besonnene und gemäßigte Harkort, der den Antrag Hagen unterstützt hatte, schrieb dem ihm befreundeten Max Duncker, der seit dem Frühling 1861 vortragender Rat des Kronprinzen geworden war: „Die Abstimmung über das Amendement Hagen ist nur ein gesuchter Vorwand, um die jetzige Krisis herbeizuführen. Das Haus verfuhr nach Recht und Pflicht. Die Ausführbarkeit gab der Finanzminister zu und schien nur die Vertagung zu wünschen. Der eigentliche Kern des Streites ist die Militärfrage." Mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses war die Krisis noch nicht zu Ende. Die Minister Schwerin, Auerswald, Patow, Pückler, Bernuth reichten dem König ein Programm ein, das sich gegen eine Begünstigung der Konservativen bei den Wahlen aussprach, eine größere Specialisirung des Etats schon für 1862 befürwortete, weitergehende Reformgesetze nicht ausschließen sollte und bei voller Aufrechthaltung der Reorganisation des Heeres doch eine Beschränkung der Ausgaben forderte. In vollem Gegensatz dazu stand das von Roon, von der Heydt, Bernstorff unterzeichnete Programm, das

Hohenlohe-Ingelfingen Ministerpräsident.

Einreichung von Programmen der ministeriellen Mehrheit und Minderheit.

auf Wunsch seiner beiden konservativen Kollegen von Bernstorff aufgesetzt war[1]). Der König, der von „weitgehenden Zugeständnissen" nichts mehr wissen wollte und eine „gesetzliche Beeinflussung der Wahlen" für unbedingt nötig hielt, verwarf das Programm seiner fünf altliberalen Ratgeber. Damit entschied sich ihr Rücktritt. Das Ministerium der neuen Aera war zu Ende. Von Anfang an gelähmt durch die Besorgnis des streng konservativ gesinnten Herrschers vor der Nötigung, seinen Grundsätzen etwas zu vergeben, bekämpft von der Feudalpartei, mit der Aufnahme politischer Gegner in sich gespalten, unfähig, den heraufziehenden Konflikt rechtzeitig zu beschwören, ohne Halt nach oben wie nach unten, brach es zusammen und hinterließ mehr durch das, was es erstrebt, als durch das, was es erreicht hatte, ein dauerndes Andenken. Mit seinem Sturz verflog vollends der schöne Traum aller derer, die gewähnt hatten, den preußischen Beamten- und Militärstaat in der neuen Aera auf friedliche Weise nach den Forderungen des Liberalismus verjüngt zu sehen.

Rücktritt der altliberalen Mehrheit 17. März.

Das neue Ministerium Hohenlohe 18. Mai.

Das neue Ministerium fand bei den Konservativen eine sehr freundliche Aufnahme. Ludwig von Gerlach glaubte sich sogar etwas voreilig zu dem freudigen Urteil berechtigt, daß es „bis hart an die Kreuzzeitungspartei heranreiche". Fürst Hohenlohe, der dem Namen nach an der Spitze stand, war ein kränklicher, bequemer Mann. Thatsächlicher Leiter des Ministeriums wurde von der Heydt, der wie Roon und Bernstorff seinen Platz behauptete und auch noch die Finanzen übernahm. Minister des Inneren wurde der Breslauer Polizeipräsident Gustav von Jagow, Justizminister der Oberstaatsanwalt am Kammergericht Graf zur Lippe, Kultusminister der Sohn des früheren Justizministers Heinrich von Mühler, in weiten Kreisen als Dichter munterer Trinklieder bekannt, Landwirtschaftsminister Graf Heinrich Itzenplitz. Ihnen gesellte sich wenig später, als Heydt das Handelsministerium abgab, Herr von Holzbrinck, bisher Regierungspräsident in Münster, bei. Eine hervorragende politische Vergangenheit hatte keiner der fünf neu Eintretenden. Aber sie waren sämtlich waschechte Konservative. Die nächste Aufgabe des Ministeriums bestand in der Vorbereitung des Wahlfeldzugs. Der König hatte ihnen eingeschärft, mit Anwendung „aller gesetzlichen Mittel", aber ohne „Einschüchterungen und Drohungen seitens der Behörden", auf die Wahlen zu wirken. Bei der Ausführung seines Befehls wurden alle Grenzen überschritten. Der neue Minister des Inneren gab in einem Rundschreiben an sämtliche Oberpräsidenten und Regierungen die Losung

Heydt Roon. Bernstorff.

Jagow.

Lippe.

Mühler.

Itzenplitz.

Holzbrinck.

Druck auf die Wahlen.

---

[1]) S. zur Ergänzung von früher Bekanntem: Ringhoffer a. a. O. S. 516 ff. Etwas abweichende Inhaltsangabe der beiden Programme bei Ludwig von Gerlach II. 245.

aus, „die demokratische Partei", die dem königlichen Regiment zu Gunsten einer sogenannten parlamentarischen Regierung Abbruch thun wolle, unter welcher „irreführenden Benennung" sie auch auftrete, überall zu bekämpfen und warnte die Beamten davor, sich mit dem ihrem König geleisteten Treueid in Widerspruch zu setzen. Ähnliche Anweisungen erließen die übrigen Minister. Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte gaben diese Parole weiter. Kreis- und Polizeibeamte, Ortsvorsteher, Geistliche, Lehrer wurden „zur Belehrung" der Urwähler aufgeboten. Mit der „Belehrung" verknüpften sich nicht selten Schmähungen und Verdächtigung des aufgelösten Abgeordnetenhauses. Auch die Kontrollversammlungen der Landwehr wurden zu politischer Einwirkung verwertet. Dies plumpe Eingreifen der Behörden erregte im ganzen Lande Entrüstung. Universitäten und Stadtbehörden protestirten dagegen. Mit jedem Tage ward es wahrscheinlicher, daß das von den Ministern angewandte Mittel eine ihrer Absicht entgegengesetzte Wirkung haben werde.

Finanzielle Versprechungen.

Der vielgewandte, in allen Sätteln gerechte Finanzminister von der Heydt war denn auch darauf bedacht, gleichzeitig die Wähler mit Versprechungen zu kirren[1]). Schon am 21. März hatte er durch ein ausführliches Schreiben an Roon, „um die Wahlen im Sinn der Regierung zu fördern" und der Fortschrittspartei das brauchbarste „Agitationsmittel" zu nehmen, den Verzicht auf Forterhebung der Zuschläge zur Einkommen- und Klassensteuer, sowie zur Mahl- und Schlachtsteuer dringend empfohlen. Hierüber sollten noch vor dem Wahltermin „bestimmte Zusicherungen" gemacht werden. Er hatte vorgeschlagen, den größten Teil des Ausfalls bis zu günstigerer Gestaltung der Finanzfrage durch Ersparnisse bei der Heeresverwaltung von mindestens $2\frac{1}{2}$ Millionen Thalern zu decken, und hatte es Roons Ermessen anheimgestellt, auf welche Weise diese Ersparnisse zu erzielen seien. Es machte gewaltiges Aufsehen, als dieser vertrauliche Brief von der Vossischen Zeitung, der auf Umwegen durch zwei Intendanturbeamte eine Abschrift zugegangen war, am 5. April veröffentlicht wurde. Roon bezeichnete die Bekanntmachung des Aktenstückes im Gespräch mit Bernhardi als „ein sehr unangenehmes Intermezzo". Bernhardi selbst hatte den Eindruck, daß Heydt, „um sich populär zu machen, nach der andern Seite herumschwenke". Auch Bismarck äußerte von Petersburg aus den Verdacht, der Brief sei „für die Veröffentlichung geschrieben, ein Manifest in Rechnung auf die Zukunft". Wie dem auch war: der Ausfall der Wahlen wurde durch das Vorkommnis nicht im mindesten beeinflußt. Auch die amtliche Ankündigung des Verzichtes auf die Forterhebung der Steuerzuschläge verfehlte ihren Zweck. Ebenso

Ihre Bedeutungslosigkeit für die Wahlen.

[1]) Vgl. Bergengrün: Staatsminister Freiherr von der Heydt 1908 S. 286 ff.

fruchtlos blieben Hindeutungen der halbamtlichen „Sternzeitung" auf die Absicht der Regierung, dem Landtag den Etat von 1862, genau wie der Antrag Hagen es verlangt hatte, in größerer Specialisirung und zugleich schon den Etat für 1863 in specieller Nachweisung vorzulegen. Die Woge des Unwillens, der die Wähler den Parteien der Linken zutrieb, ließ sich nicht eindämmen.

Unversöhnlichkeit der Gegensätze.

Im tiefsten Grunde handelte es sich um Gegensätze, die über alle bis dahin vorgekommenen Reibungen weit hinausgriffen. Der alte, ehrwürdige Harkort hatte sie in jenem nach der Auflösung an Duncker gerichteten Schreiben treffend bezeichnet: „Es geht eine große Bewegung durch das deutsche Bürgertum von Kurland bis zu den Alpen. Sie wird nicht ruhen, bis das Ziel der Einigung und verfassungsmäßigen Freiheit erreicht ist ... Die übergroße Majorität der Nation denkt nicht im entferntesten daran, die Rechte der Krone zu schwächen, allein sie will keinen Militärstaat, sondern den Rechtsstaat und ein Volk in Waffen, an dessen Spitze der Vater des Vaterlandes steht und nicht ein Heerkönig des Mittelalters." Ähnlich äußerte sich Max Duncker selbst etwas später gegenüber Theodor von Bernhardi: „Es ist nicht mehr ein Kämpfen um einzelne Artikel der Verfassung, es ist ein Ständekampf daraus geworden, ein Kampf des Bürgertums gegen das Junkertum." In der That, es war das nach dem Ende der Reaktion wieder auf den Plan getretene Bürgertum, das seine Ansprüche nach den europäischen Vorstellungen des Konstitutionalismus im Staat durchsetzen wollte. Mit dem Bürgertum verbanden sich, wie Moriz von Blankenburg schon bei den letzten Wahlen sogar in Pommern, der alten Hochburg seiner Partei, hatte wahrnehmen müssen, die, wie er meinte, „von Kreisrichtern und Juden aufgeregten Bauern". Für beide Stände war das Schlagwort: „Kampf gegen die Junker", und als wichtigste Bürgschaft einer Abwendung der „Junkerherrschaft" galt ihnen ein volkstümliches Heer mit Erhaltung des alten Charakters der Landwehr, verkürzter Dienstzeit, Einschränkung der Bevorzugung des Adels.

Bürgertum und Junkertum.

Schwere Wahlniederlage der Regierung 6. Mai.

Bei den Wahlen erlitt die Regierung eine schwere Niederlage. Keiner der Minister wurde gewählt. Die Konservativen, die katholische Fraktion, die Altliberalen verloren viele Sitze an die Fortschrittspartei und an das linke Centrum. Diese zählten zusammen über 230 Mitglieder, unter denen auch Johann Jacoby wieder auf der parlamentarischen Bühne erschien, machten also etwa zwei Drittel des Hauses aus. Der König eröffnete den Landtag nicht selbst. Statt seiner verlas der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe die Eröffnungsrede. Sie gedachte des Fortfalls der Steuerzuschläge und der größeren Specialisirung des Etats und verwies auf „vorübergehende" Ersparnisse im Militäretat, die eine Kommission von Generalen bei voller Aufrechterhaltung der Reorganisation

Eröffnung des Landtags 19. Mai.

und nur provisorisch für thunlich erklärt, die der König aber dann noch mehr eingeschränkt hatte. Sie stellte ferner Erledigung der früher eingebrachten Gesetzentwürfe in Aussicht und beteuerte, daß die Regierung, „unbeirrt durch den Drang wechselnder Parteiungen" die Rechte der Krone wie die verfassungsmäßigen Rechte der Landesvertretung gewissenhaft wahren werde. Das Haus wählte sein letztes Präsidium wieder. In seiner Antrittsrede legte Grabow unter lebhaftem Beifall der Mehrheit gegen „den in das verfassungstreue Volk hineingeschleuderten Wahlruf ‚ob Königtum ob Parlament' Verwahrung ein". Unmittelbar danach zerfiel die stark zusammengeschmolzene Fraktion, die Grabows Namen trug, in Folge eines Zwistes zwischen ihm und Vincke in drei Teile. Ein Teil ging zum linken Centrum über, das schon vorher durch Zutritt von Männern wie Heinrich von Sybel und Rudolf Gneist wertvolle Hilfskräfte erhalten hatte. Ein Teil sammelte sich als „freier parlamentarischer Verein" unter Grabow und dem Juristen Ludwig von Rönne. Eine dritte kleine Gruppe, der Graf Schwerin und Simson angehörten, leistete als „Fraktion der Konstitutionellen" Vincke, der seine frühere schroffe Haltung aufgab, zunächst noch Gefolgschaft. Aber die große politische Rolle des von so vielen seiner alten Anhänger Verlassenen war ausgespielt.

Präsidialrede Grabows.

Zerfall seiner Fraktion.

Die gereizte Stimmung der Mehrheit kam in den Adreßdebatten zum Durchbruch. Der schärfste Tadel traf die Wahlerlasse und die Versuche der Einwirkung auf die Wahlen durch die Minister und die Beamten. Auch in der Adresse, die schließlich wesentlich nach einem Entwurf Twestens angenommen wurde, nahm dieser Gegenstand einen Hauptplatz ein. Übrigens war sie voll von Versicherungen der Loyalität. Sie stellte eine Stärkung der Krone für den Fall des „Ausbaus der Verfassung" im Innern und bei Verfolgung „einer kräftigen und vorwärtsschreitenden Politik" nach außen in Aussicht und erinnerte in dieser Hinsicht, besonders mit Bezug auf die kurhessische Frage an den Satz in dem Programm des Prinzregenten vom 9. November 1858: „Die Welt muß wissen, daß Preußen überall bereit ist, das Recht zu schützen." Der König verlas bei Entgegennahme der Adresse eine kurze Antwort, in der er wiederholte, daß er unverändert auf dem Boden der beschworenen Verfassung stehe, und die Abgeordneten aufforderte, zur Erkenntnis seiner Gesinnungen sich sein ganzes Programm von 1858 Zeile für Zeile einzuprägen. Nach Erteilung dieser Antwort zog er sich sofort ziemlich ungnädig zurück.

Adreßdebatte und Annahme der Adresse 7. Juni.

Antwort des Königs.

Indessen trat in den nächsten Wochen noch keine Verschärfung in dem Verhältnis der Abgeordnetenmehrheit zur Regierung ein. Im Gegenteil verliefen die ersten parlamentarischen Verhandlungen beinahe ganz ohne Zusammenstöße. Teilweise lag das daran, daß die Beratung des Militäretats noch hinausgeschoben wurde. Teilweise mochten der Regierung einige Ergebnisse der auswärtigen Politik zustatten kommen.

Erste Verhandlungen.

Die kurhessische Frage.

Eben für jene kurhessische Frage, auf welche die Adresse angespielt hatte, rückte eine befriedigende Lösung näher. Nach dem Scheitern aller Versuche des Kurfürsten, auf Grund der aufgedrungenen neuen Verfassung einen gefügigen Landtag zu erhalten (s. o. S. 445), hatte sich Östreich bereit erklärt, gemeinschaftlich mit Preußen auf die Herstellung eines gesicherten Rechtszustandes in Kurhessen hinzuwirken. So sehr sich auch der Gegensatz beider Mächte nach Überreichung der identischen Noten vom 2. Februar und ihrer Beantwortung zugespitzt hatte: Graf Rechberg trug doch Bedenken, angesichts der Teilnahme des deutschen Volkes an dem zähen Widerstand der tapferen Kurhessen gegen den bösen Willen des Kurfürsten von ihrer Verteidigung sich gänzlich auszuschließen. Daher war am 8. März in Frankfurt ein gemeinsamer östreichisch-preußischer Antrag gestellt worden, die Bundesversammlung wolle den Kurfürsten auffordern, die Verfassung von 1831, vorbehaltlich der zur Übereinstimmung mit den Bundesgesetzen auf verfassungsmäßigem Weg zu vereinbarenden Abänderungen, wieder in Wirksamkeit zu setzen.

Östreichisch-preußischer Antrag am Bundestag 8. März.

In Frankfurt wurde die Sache auf die lange Bank geschoben. Die Antwort des Kurfürsten bestand in der Versagung des Stimmrechtes für jeden Wähler, der nicht vorher ausdrücklich die Verfassung von 1860 anerkenne, und allen Protesten seiner Unterthanen zum Trotz in der Ausschreibung der Landtagswahlen gemäß dieser Verordnung. Eine solche Nichtachtung ihres Eingreifens war den beiden Großmächten denn doch zu stark. Am 10. Mai beantragten sie gemeinsam in Frankfurt, die kurhessische Regierung aufzufordern, das nach Maßgabe der jüngsten Verordnung eingeleitete landständische Wahlverfahren zu sistiren. Dagegen war in Wien der preußische Vorschlag einer gemeinsamen Sendung zweier Generale nach Kassel abgelehnt worden. Als der Kurfürst am Bundestag einen Aufschub der Beschlußfassung erlangte, was ihn in seinem Trotz bestärkte, ging Preußen selbständig vor[1]). General von Willisen wurde mit einem eigenhändigen Schreiben König Wilhelms am 11. Mai nach Kassel gesandt. Der Kurfürst warf im Beisein von zweien seiner Minister das Schreiben des Königs uneröffnet bei Seite und lehnte Willisens mündliche Mahnungen in schroffster Weise ab. Zwei Tage später erhob die Bundesversammlung den östreichisch-preußischen Antrag der Sistirung der Wahlen mit großer Mehrheit zum Beschluß. Noch aber blieb es ungewiß, ob der Kurfürst sich beugen und ob er Preußen für sein beleidigendes Benehmen Genugthuung leisten werde. König Wilhelm brach daher den diplomatischen Verkehr mit Kassel ab, befahl die Marschbereitschaft zweier Armeekorps und forderte die Entlassung

Bedingte Ausschreibung der kurhessischen Wahlen 3. Mai.

Antrag ihrer Sistirung 10. Mai.

Sendung Willisens nach Kassel.

Beschlußfassung in Frankfurt 13. Mai.

Preußische Drohungen.

[1]) Zur Ergänzung bisheriger Darstellungen wie H. von Sybels s. Ringhoffer a. a. O. S. 461 ff. und W. von Hassell: Geschichte des Königreichs Hannover II. 1. S. 471 ff.

des bisherigen kurhessischen Ministeriums. Die preußischen Drohungen riefen in Wien starke Aufregung hervor, bewirkten aber in Frankfurt am 24. Mai den beinahe einstimmigen Beschluß, auf die Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831 zu dringen. Eine zeitlang sträubte sich der starrsinnige Kurfürst, sich zu unterwerfen. Erst am 22. Juni, auch von Wien aus zur Nachgiebigkeit gemahnt, setzte er die Verfassung von 1831 wieder in Wirksamkeit und berief, wenn auch kein liberales, so doch ein neues Ministerium, das die Landtagswahlen nach dem Wahlgesetz von 1849 anordnete. Wenige Tage später erschien ein kurhessischer General mit einem Entschuldigungsschreiben des Kurfürsten beim König Wilhelm. Die schon ergangenen Befehle einer Koncentration der beiden Armeekorps wurden daraufhin zurückgenommen. Dieser und jener, wie Bernhardi, mochte beklagen, daß Preußen den richtigen Augenblick verpaßt habe, seinen Drohungen durch Einrücken in Kurhessen die That folgen zu lassen. Aber unleugbar war doch der durchschlagende Erfolg, den Preußen davon getragen hatte.

Forderung der Wiederherstellung der Verfassung von 1831 24. Mai.

Unterwerfung des Kurfürsten 22. Juni.

In der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, die nicht minder wie die kurhessische das deutsche Nationalgefühl erregte, konnte freilich von einem Erfolg nicht gesprochen werden. Immerhin war dafür gesorgt, daß sich die preußische Regierung ihrer annahm. Auch dabei zog Bernstorff seinen östreichischen Kollegen Rechberg, der die Unterstützung der volkstümlichen Sache dem deutschen Nebenbuhler allein nicht überlassen wollte, mit sich. Zu Beginn des Jahres 1861 hatte der Bundestag Dänemark mit der Wiederaufnahme des Exekutionsverfahrens gedroht. Nach dem Scheitern neuer Verhandlungen der dänischen Regierung mit den holsteiner Ständen schien es endlich Ernst mit der Exekution werden zu sollen. Doch wurde sie auf dänische Zusagen hin, die sich bald als beinahe wertlos erwiesen, nochmals auf unbestimmte Zeit verschoben. Der eiderdänischen Partei konnten die wiederholten Beweise deutscher Geduld zur Ermutigung dienen. Schon besaß sie in Monrad, dem Kultusminister, einen namhaften Vertreter im Ministerium Hall. Durch die Aufnahme Orla Lehmanns als Minister des Inneren im September 1861 machte Hall ihr ein weiteres Zugeständnis. Indessen versuchte er, namentlich auf Andringen Englands, durch unmittelbare Verhandlungen mit Preußen und Östreich den sich hinschleppenden Streithandel aus der Welt zu schaffen. Dies hatte zur Folge, daß der deutsche Bundestag sich zunächst ganz bei Seite geschoben sah. Dafür mochte man es in Deutschland als einen Gewinn betrachten, daß die beiden Großmächte mit Berufung auf die dänischen Zusagen von 1852 nicht nur für Holstein, sondern auch für Schleswig in die Schranken traten. In der That geschah dies in beinahe gleichlautenden Noten. Hall aber lehnte es in seiner Erwiderung vom 26. December 1861 entschieden ab, sich auf Verhandlungen über die

Die schleswig-holsteinische Angelegenheit.

Drohung und Verschiebung der Bundesexekution 12. Aug. 1861.

Orla Lehmann Minister 15. Sept.

Verhandlungen zwischen Dänemark und den deutschen Großmächten Okt.

inneren Verhältnisse Schleswigs einzulassen, da der König von Dänemark mit Rücksicht auf dies Herzogtum die souveränen Rechte seines Reiches zu wahren habe. Auf die Frage Preußens und Östreichs, ob Dänemark die Zusagen von 1852 noch als bindend anerkenne, und auf ihre im eigenen und im Namen des Bundes eingelegten Rechtsverwahrungen erwiderte er am 12. März 1862 ausweichend, verbat sich aber wieder eine Einbeziehung Schleswigs in die schwebenden Verhandlungen.

Ausweichende Erklärung Halls 12. März 1862.

Mittlerweile waren dem Reichsrat in Kopenhagen verschiedene Vorlagen zugegangen, die sich auf das Ausscheiden Holsteins und Lauenburgs sowie auf Änderungen der nur noch für Dänemark-Schleswig als giltig betrachteten Gesamtverfassung bezogen. Zwei der für Schleswig gewählten Mitglieder, Führer der deutschen Mehrheit im schleswigschen Landtag, die gegen die Befugnis des Reichsrates für Schleswig protestirten, da die Verfassung von 1855 nach ihrer Aufhebung für Holstein und Lauenburg nicht mehr bestehe, wurden wegen dieses Protestes vom Reichsrat ausgeschlossen. Ein skandinavisches Studentenfest in Kopenhagen, ein Besuch König Karls XV. von Schweden, des Nachfolgers Oskars I., ebendaselbst, eine dänische Siegesfeier in Idstedt steigerten die Leidenschaften und die Hoffnungen der eiderdänischen Partei, Schleswig als dänische Provinz dem Königreich vollkommen einverleibt zu sehen. Indessen war die preußische Regierung nicht gesonnen, die bisherigen dänischen Ausflüchte ruhig hinzunehmen. In einer nach Kopenhagen gerichteten Depesche vom 22. August forderte Bernstorff Aufhebung der ohne Anhörung der holsteinischen und schleswigschen Stände und ohne Mitwirkung der lauenburgischen Ritter- und Landschaft ins Leben gerufenen gemeinschaftlichen Verfassung von 1855 auch für Schleswig, Beratung eines neuen Verfassungsentwurfes, in dem der unbedingte Grundsatz der Repräsentation nach der Volkszahl aufgegeben werde, durch die beschließenden Sondervertretungen aller Teile der Monarchie, vorläufige Einräumung eines gleichmäßigen Einflusses dieser Sondervertretungen auf die gemeinsamen Angelegenheiten, Wiederherstellung des Zustandes von 1847 zur Wahrung der Gleichberechtigung der Nationalitäten in Schleswig und sodann eine gesetzliche Regelung desselben unter Zustimmung der schleswigschen Stände. Eine Depesche Rechbergs vom 26. August war so ziemlich in gleichem Sinn abgefaßt. Mit Spannung sah man in Deutschland den weiteren Entschlüssen Dänemarks entgegen.

Eiderdänische Thaten und Hoffnungen.

Preußische und östreichische Depeschen 22. 26. Aug.

In der kurhessischen und in der schleswig-holsteinischen Sache hatten Östreich und Preußen ein Zusammenwirken möglich gefunden. Indessen trat ihr Gegensatz wieder in voller Schärfe bei einer handelspolitischen Angelegenheit zu Tage, welche die Glieder des Deutschen Bundes in zwei feindliche Lager spaltete. Mit dem Abschluß des englisch-französischen Handelsvertrages hatte der Grundsatz des Freihandels einen großen

Handelspolitischer Gegensatz Östreichs und Preußens.

Triumph gefeiert. Belgien war im Begriff, diesem Anstoß zu folgen. Für den deutschen Zollverein, dessen Zolltarif schon längst einer Revision bedurfte, mußte es von höchstem Wert sein, zunächst durch einen Vertrag mit Frankreich gemäß der Klausel gegenseitiger Behandlung auf dem Fuß der „meistbegünstigten Nation" die Gleichstellung seiner Einfuhren mit den englischen und belgischen zu erreichen. In Paris war man ebenfalls zu Verhandlungen geneigt. Im Januar 1862 wurde ein äußerst sachkundiger französischer Kommissär nach Berlin entsandt und im Frühling konnte das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen den Vereinsregierungen mitgeteilt werden. Es gab allerdings in den Zollvereinsstaaten, besonders in Süddeutschland, eine starke schutzzöllnerische Partei. Indessen würde ihr Einfluß nicht hingereicht haben, den Vertrag mit Frankreich zu gefährden, wenn nicht von Wien aus das Feuer der Zwietracht geschürt worden wäre. Preußisch-französische Verhandlungen.

Für Österreich war und blieb der Wunsch, Preußen die handelspolitische Vorherrschaft in Deutschland zu entreißen, maßgebend. Zu dem Zweck hatte Rechberg 1860 die in dem Februarvertrag von 1853 auf jenen Termin hin vertagte Frage einer Zolleinigung Österreichs mit dem Zollverein (s. VII. 503) wieder angeregt. Von Berlin aus war er aber bedeutet worden, daß man nicht in der Lage sei, sich darauf einzulassen. Ein Vertrag des Zollvereins mit Frankreich, wie er beabsichtigt war, mußte vollends bei dem nach Brucks Tod wieder vorherrschenden Einfluß der österreichischen Schutzzöllner eine deutsch-österreichische Zolleinigung in unabsehbare Ferne rücken. Eine österreichische am 15. September 1861 sämtlichen Zollvereinigungen übergebene Denkschrift suchte daher nachzuweisen, daß ein solcher Vertrag mit dem Geist des Februarvertrags, wie er in Wien aufgefaßt wurde, unvereinbar sei. Noch stärkeres Geschütz wurde in Wien aufgefahren, als nach längerer Unterbrechung die preußisch-französischen Unterhandlungen am 29. März 1862 durch Unterzeichnung von vier Sonderverträgen zum Abschluß gediehen. Es war die Zeit, da der Streit über die deutsche Frage wieder entbrannt war, und Preußens Antwort auf die identischen Noten die deutschen Mittelstaaten in ihrem Souveränitätsgefühl aufs neue verletzt hatte (s. o. S. 465). Österreich suchte sie davon zu überzeugen, daß Preußens Übereinkommen mit Frankreich die Aufrichtung einer unzerstörbaren Scheidewand zwischen seinem Wirtschaftsleben und dem der Vereinsstaaten, mit anderen Worten die Verwirklichung des Unionsgedankens auf handelspolitischem Gebiet, bezwecke. Es versprach ihnen seinen politischen Schutz gegen Preußens unitarische Bestrebungen, forderte dafür aber Weigerung ihrer Zustimmung zu dem Übereinkommen mit Frankreich. In München, Stuttgart, Darmstadt, Wiesbaden, Hannover machten die österreichischen Vorstellungen Eindruck. Dagegen stellte sich Sachsen, mit seiner hochentwickelten In- Österreichische Denkschrift 15. Sept. 1861. Abschluß des preußisch-französischen Handelsvertrags 29. März 1862.

dustrie trotz des politischen Antagonismus gegen Preußen als einziger Mittelstaat auf dessen Seite. Baden, Thüringen und die norddeutschen Kleinstaaten folgten ihm. Diese Gruppirung bildete sich, als Östreich am 7. Mai auf Grund des Februarvertrags von 1853 dem Zollverein geradezu das Recht bestritt, einseitig und noch dazu durch Vertrag mit einer dritten Macht eine umfassende Herabsetzung seines Tarifes vorzunehmen und Frankreich vermöge der Meistbegünstigungsklausel künftig dieselben Vorrechte zu gewähren, die bisher nur Östreich genossen habe.

Proteste Östreichs 7. Mai.

Von preußischer wie von sächsischer Seite wurde der östreichische Anspruch entschieden zurückgewiesen. Die zweite sächsische Kammer erklärte sich einstimmig für Annahme der Verträge mit Frankreich. Die erste schloß sich diesem Votum an. Die badische Regierung legte dem Landtag das Vertragswerk mit der Empfehlung zur Annahme vor. An der baldigen Zustimmung der preußischen Kammern sowie der Regierungen und Vertretungen zahlreicher Kleinstaaten war nicht zu zweifeln. In immer weiteren Kreisen erkannte man in dem Abschluß mit Frankreich, wie Rudolf Delbrück, als preußischer Ministerialdirektor vor allen an dem Zustandekommen beteiligt, in seinen Lebenserinnerungen sich ausdrückt, die „größte handelspolitische That Preußens seit Gründung des Zollvereins". Mittlerweile holte Östreich zu einem Gegenschlag aus, von dem es sich wie 1852 die Erschütterung der handelspolitischen Vormachtstellung Preußens in Deutschland versprechen mochte. Am 10. Juli schlug die östreichische Regierung den Zollvereinsstaaten einen Präliminarvertrag vor, nach dem mit bedeutenden handelspolitischen Opfern von seiner Seite, aber unter Beibehaltung des bisherigen Zollvereinstarifs bis 1865 ein enger Handels- und Zollbund des Kaiserstaates und des Zollvereinsgebietes auf breitester Grundlage geschaffen werden sollte. Nach Annahme dieses Vorschlags sollten Östreich und Preußen zu gemeinsamen Verhandlungen mit Frankreich, und unter Umständen auch mit England, über den Abschluß von Handelsverträgen ermächtigt werden. Es war ein Schachzug, der auf Belebung des großdeutschen Gedankens berechnet war und Preußens Gegnern die Ablehnung des französischen Handelsvertrags, auf die Gefahr einer Sprengung des Zollvereins hin, erleichtern konnte.

Annahme des Vertrags in den sächsischen Kammern 14./24. Juni.

Östreichs Vorschlag eines Präliminarvertrags.

In Berlin wurden die östreichischen Vorschläge, worüber man in Wien schon vorher nicht im unklaren sein konnte, rundweg abgelehnt. Am 25. Juli nahm das Abgeordnetenhaus mit allen gegen 12 Stimmen, am 1. August das Herrenhaus einstimmig den Handelsvertrag mit Frankreich an. Am 2. August wurde er von Preußen unterzeichnet. In Kraft treten konnte er freilich vorläufig noch nicht. Denn Baiern, Würtemberg, Hannover lehnten ihren Beitritt ab. Nassau und Hessen-Darmstadt folgten ihrem Beispiel. Preußen war seinerseits bis zum Ablauf der Zoll-

Annahme des Vertrags in den preußischen Kammern 25. Juli, 1. August.

vereinsverträge, der erst am 31. December 1865 stattfand, an den alten Tarif gebunden. Es erklärte aber sofort, daß es die Ablehnung der Verträge mit Frankreich nur als den Ausdruck des Willens auffassen könne, den Zollverein nicht fortzusetzen.

Diese Vorgänge hatten in voller Deutlichkeit die Spannung, die zwischen den beiden deutschen Großmächten herrschte, wieder offenbart. Sie verstärkte sich noch durch die lange verzögerte, damals erfolgende preußische Anerkennung des Königreichs Italien. Graf Bernstorff, obwohl in der Anschauung aufgewachsen, daß Österreich die Vorherrschaft über ein zerstückeltes Italien gebühre, hatte sich doch zu der Meinung bekehrt, daß die Anerkennung des unter dem Scepter Viktor Emanuels geeinigten Königreichs „als Waffe gegenüber Österreich zur Nachgiebigkeit in deutschen Fragen benutzt werden könne“[1]). In seiner Meinung wurde er durch Bismarck bestärkt. „Meiner Überzeugung nach, hatte ihm dieser schon im Januar 1862 von Petersburg aus geschrieben, müßten wir das Königreich Italien erfinden, wenn es nicht von selbst entstände ... Wenn es erst fertig auf eigenen Füßen steht, so kann ich mir keine willkommenere Schöpfung für preußische Politik denken.“ Dem König Wilhelm fiel es allerdings schwer, die Sache der verjagten italienischen Fürsten aufzugeben und einen Schritt zu thun, der Österreich verletzen mußte. Der Masse der Konservativen und der katholischen Fraktion, mit deren Führern der Unterstaatssekretär Gruner befreundet war, galt der neue Staat jenseits der Alpen als ein Geschöpf der Revolution, das womöglich wieder vernichtet werden müsse. Indessen fühlte sich Bernstorff durch den Abgang des erkrankten, auf eigenen Wunsch im Juli zur Disposition gestellten Gruner „wesentlich erleichtert“, das Widerstreben des Königs wurde wenn auch nicht ohne Mühe gebrochen, als Gorčakov die Zumutung an Preußen stellte, als blinder Gefolgsmann Rußlands in Turin aufzutreten. Nachdem hier Zusicherungen einer friedlichen Politik im Inneren und nach außen, mit Bezug auf den Kirchenstaat und Venetien, gegeben waren, zögerte man in Berlin nicht länger mit der Anerkennung des Königreichs Italien. Eine Depesche Rechbergs machte aus Österreichs Ärger über diese Thatsache kein Hehl und spottete über die italienischen Zusicherungen, die nicht so viel Wert hätten wie das Blatt Papier, auf dem sie geschrieben seien. Bernstorff blieb ihm in seiner Antwort nichts schuldig. Er erklärte, daß Preußen sich in Zukunft jeder ähnlichen Rücksichtnahme auf österreichische Interessen, soweit sie nicht durch Bundespflichten bedingt sei, für überhoben erachten werde.

Frage der Anerkennung des Königreichs Italien.

Ihre Vollziehung durch Preußen 21. Juli.

In allen diesen Fragen der auswärtigen Politik hatte die Regierung auf die Zustimmung der Abgeordnetenmehrheit zählen können. Sobald die Militärfrage zur Verhandlung kam, trat der alte Zwiespalt wieder

Die preußische Militärfrage.

[1]) Ringhoffer a. a. O. S. 501 daselbst Weiteres für das Folgende.

unverhüllt zu Tage. Aus den Zeitungsberichten über die gemeinsamen Beratungen der Fortschrittspartei und des linken Centrums war zu ersehen, daß die Mehrheit ohne Verkürzung der gesetzlichen Dienstzeit die Heeresreorganisation niemals gutheißen würde. Aber gerade in diesem Punkt war König Wilhelm unnachgiebiger als je. Mancherlei kam zusammen, um ihn in dem Glauben zu bestärken, daß der Widerstand gegen „sein eigenstes Werk" einen vollkommenen Umsturz der Staatsordnung bezwecke. Im Nationalverein, dem so viele Führer der Fortschrittspartei angehörten, war nach Ausgabe der Parole „Erziehung des Volkes zum Kriege" die Gründung von Wehrvereinen empfohlen worden, denen Turner und Schützen angehören sollten. Eine von Streit in Koburg gegründete „Wehrzeitung" suchte den Wehrvereinen einen radikalen Geist einzuflößen, und der Garibaldische Oberst Wilhelm Rüstow, der einst aus Preußen entwichene Officier, dessen Begnadigung König Wilhelm entschieden verweigert hatte, übermittelte seine Ratschläge für die Bildung deutscher Freiwilligenkorps[1]). Dann fand in Frankfurt am Main vom 12. bis 22. Juli 1862 das große deutsche Schützenfest statt, auf dem die Wogen patriotischer Begeisterung noch höher gingen als während irgend einer der früheren Festversammlungen. Neben dem Herzog von Koburg, dem Ehrenpräsidenten des Schützenbundes im einfachen Schützenkleid, der von kindlichen Bewunderern wohl als „künftiger deutscher Kaiser" bejubelt ward, erschien auch eine Anzahl preußischer Abgeordneter, deren Reden teilweise von der Umgebung des Königs gegen die Fortschrittspartei ausgebeutet wurden. Namentlich galt dies von einer Rede Schulze-Delitzschs, der im Hinblick auf das ersehnte deutsche Parlament davon gesprochen hatte, die dauernde Entwicklung konstitutioneller Zustände sei nur möglich, wenn ein Volksheer hinter dem Parlamente stehe. Hocherzürnt forderte der König den Herzog von Koburg auf, sich wegen der von dessen Gegnern verbreiteten Anschuldigung einer Ermutigung der Bekämpfung der Militärreorganisation zu rechtfertigen. Er glaubte es „seiner Armee schuldig zu sein", zu wissen, wie ein Souverän Deutschlands, Chef eines preußischen Regimentes, über ihre Organisation denke, ob er wirklich gesonnen sei, sie nach Schulzes und seiner Kollegen Forderung „einer Parlamentsarmee" gegen den Willen seines Königs „zu ruiniren" und wurde erst durch ein ausführliches Rechtfertigungsschreiben des Herzogs beruhigt. Aber seine Meinung, daß „Fortschrittsmänner, Demokraten und Ultraliberale den Monarchen mit ihren stehenden Heeren den Kampf auf Leben und Tod geschworen", blieb unerschüttert[2]).

Unnachgiebigkeit des Königs in Sachen der zweijährigen Dienstzeit.

Die Wehrvereine.

Das Frankfurter Schützenfest 11. bis 22. Juli 1862.

Beschuldigung und Rechtfertigung des Herzogs von Koburg.

[1]) S. C. Lorenz: Kaiser Wilhelm u. s. w. S. 40 ff., 560 ff. H. Oncken: A. von Bennigsen I. 534 ff.

[2]) S. seinen Brief an August von Sauden-Julienfelde vom 30. August 1862 bei Parisius: Hoverbeck II. 1. S. 67.

In dieser Stimmung erhielt er Kunde von den Beschlüssen der Budgetkommission hinsichtlich der Militärfrage. Hier hatten unter dem Präsidium von Bockum-Dolffs die Beratungen über den Heeresetat am 4. August begonnen. Die Kommission schied sogleich einstimmig die von der Regierung wieder in den ordentlichen Etat aufgenommenen Mehrkosten der Neugestaltung aus und verwies sie wie im Vorjahr in das Extraordinarium. Dann erklärte sie ebenso einstimmig den nur auf einem Provisorium beruhenden Heeresetat ohne wesentliche Änderungen für unannehmbar. Endlich, noch mehr gereizt durch das herausfordernde Auftreten eines Kommissärs des Kriegsministers, beschloß sie am 22. August mit großer Mehrheit, dem Hause die Streichung der größtenteils schon verausgabten Gesamtkosten der Reorganisation im Betrag von etwas über sechs Millionen Thalern zu beantragen und es der Regierung zu überlassen, einen anderen Plan auf gesetzlicher Grundlage vorzubringen. Die halbamtliche Sternzeitung sah schon die Möglichkeit voraus, daß überhaupt kein Etatgesetz zustande komme. Ein solcher Fall, erklärte sie am 14. August, sei in der Verfassung nicht vorgesehen, sie enthalte „eine Lücke", für deren Ausfüllung die Regierung, im Interesse der unabweislichen staatlichen Erfordernisse unter Umständen sorgen müsse. Diese „Lückentheorie" wurde von den Liberalen unverweilt einmütig mit Entrüstung abgewiesen. Im Ministerium nahmen von der Heydt und Bernstorff an ihrer Befürwortung starken Anstoß. Ihre Amtsgenossen wagten keinen Widerspruch. Am 9. September erging an den in Baden-Baden weilenden König ein Bericht des gesamten Staatsministeriums, der zu dem Schluß kam, daß die Leistung von Ausgaben auf Grund des alten Etats, wenn kein Etatgesetz vereinbart werde, verfassungswidrig sei, und „angesichts der drohenden Krisis" auf eine nochmalige Auflösung des Abgeordnetenhauses als einzigen Ausweg hinwies. Der König, vollkommen von der Rechtmäßigkeit der Regierungsmaßregeln überzeugt, schickte dem Staatsministerium den Bericht mit dem Ausdruck unangenehmer Überraschung zurück. Er lehnte, unter Berufung auf frühere „Unterredungen", die Verfassungsbedenken der Minister ebenso ab wie den Rat nochmaliger Auflösung, der bisher als „das Untunlichste" erschienen sei und behielt alles weitere der Beratung in einem Conseil nach seiner Rückkehr vor.

Beschlüsse der Budgetkommission 22. August.

Die Theorie der „Verfassungslücke".

Bericht des Ministeriums an den König 9. Sept.

Zu den Unterzeichnern des Ministerialberichtes gehörte auch Roon. Der Kriegsminister war zu staatsmännisch, um sich von Bernstorff und von der Heydt offen zu trennen. Im Herzen aber war er, wie Kleist-Retzow dem Freunde Ludwig von Gerlach anvertraute, allenfalls auch zu einer budgetlosen Regierung bereit. Schon im März hatte er gegen Bernhardi geäußert, man könne vielleicht bald in eine Lage kommen, in der, so unerwünscht das sei, ein Staatsstreich unvermeidlich werde.

Gedankengang Roons.

Seine Rechnung auf Bismarcks Bundesgenossenschaft.

Sein Hauptwunsch war und blieb, in Bismarck, dessen Name als Ministerkandidat so häufig genannt war, einen Kampfgenossen zu erhalten, mit dem er sich in allen Grundanschauungen einig wußte und auf dessen Thatkraft, Mut und Unternehmungsgeist er zählen konnte. Mit diesem Freund an der Spitze der Regierung hoffte er allen drohenden Stürmen widerstehen zu können. Im Frühling war Bismarck aus Petersburg abberufen und nach Berlin citirt worden[1]). Bereits damals war in unmittelbarer Verhandlung mit dem König von seinem Eintritt als Ersatzmann des kränklichen amtsmüden Hohenlohe die Rede gewesen. Aber die ganze Lage der Dinge hatte nichts Verlockendes, und der Vorsitz ohne gleichzeitige Übertragung des Ministeriums des Äußeren, das noch in Bernstorffs Händen war, hatte keinen Reiz für ihn. Der König seinerseits schrak vor dem Gedanken zurück, einem Mann das Auswärtige anzuvertrauen, von dem er noch 1859 gemeint hatte, „er werde alles auf den Kopf stellen“[2]). Bernstorff, der eine zeitlang geschwankt hatte, ob er die Bürde seines Amtes abwerfen solle oder nicht, entschied sich für vorläufiges Bleiben. Endlich trat von der Heydt, der selbst, bereits Stellvertreter Hohenlohes, den Vorsitz des Ministeriums erstrebte, im stillen als Bismarcks Nebenbuhler auf.

Widerstreben des Königs.

So zerschlug sich der Plan, ihn, wie er seiner Frau schrieb, für das Ministerium „einzufangen“. Statt dessen erhielt er auf sein Drängen, seiner Ungewißheit ein Ende zu machen, den Gesandtschaftsposten in Paris. Indessen behielt sich der König ausdrücklich seine Berufung ins Ministerium vor. Roon versäumte nichts, mit aller Kraft für diese zu arbeiten. Bernstorff, dessen Wunsch, auf seine Londoner Stelle zurückzukehren, während des Sommers lebhafter wurde, sprach gleichfalls dafür. Aber der König konnte zu keinem Entschluß kommen. Wenn Bismarck über eine Unterhaltung mit Napoleon berichtete, in der dieser „die unzüchtigsten Bündnisvorschläge auf der Zunge hatte“, und wenn er ohne ein Bündnis mit Frankreich „auf bestimmte Artikel“ zu empfehlen, den Rat hinzufügte, jedenfalls nie eine Politik zu treiben, bei der Preußen „auf treue Bundesgenossenschaft Östreichs gegen Frankreich“ zählen wolle, so mochte ihn ein geheimes Grauen vor seinem Gesandten überkommen, der leichtfertig mit dem Feuer zu spielen schien. Er ließ ihm durch Bernstorff sagen, daß er sich nie zu einer Allianz mit Frankreich verstehen werde. Eine Entscheidung über seine endgiltige Bestimmung schob er möglichst hinaus. Er bewilligte ihm nur einen Urlaub, der ihn fern von aller Politik zu stärkender Badekur nach Biarritz führte. Auf dem Rückweg von dort fand er in Toulouse ein Schreiben

Bismarck Gesandter in Paris 21. Mai.

Sein Urlaub 17. Juli.

[1]) Für alles Folgende s. Promnitz: Bismarcks Eintritt in das Ministerium (Historische Studien LX.) 1908. Daselbst Litteraturangaben und Behandlung der vielfachen Streitfragen.

[2]) Ernst von Sachsen-Koburg: Erinnerungen II. 97.

Roons, nach dem sein Schicksal noch ebenso ungewiß war wie früher. So standen die Dinge, als die Verhandlungen im Plenum des Abgeordnetenhauses eine entscheidende Wendung herbeiführten.

Beginn der Verhandlungen im Plenum 11. Sept.

Sie begannen am 11. September und boten das Schauspiel eines Redeturniers, an dem die Hauptkämpen aller Parteien nebst den Ministern Roon, von der Heydt, Bernstorff teilnahmen. Außer dem Antrag der Budgetkommission auf Streichung der Gesamtkosten der Reorganisation wurden dem Hause zwei Anträge vorgelegt. Der eine, von den Brüdern Reichensperger unterzeichnet, zielte darauf ab, die Regierung aufzufordern, zunächst vor der Beratung der einzelnen Posten ein Gesuch der Indemnität für die bisher ohne Zustimmung der Landesvertretung gemachten Ausgaben einzubringen. Für diesen Antrag stimmte nur die kleine katholische Fraktion. Ein zweiter Antrag der Abgeordneten Stavenhagen, Twesten, Sybel wollte für 1862 die im Kommissionsbericht ausgesonderten Kosten zur weiteren provisorischen Aufrechthaltung der Reorganisation des Heeres, mit Ausnahme einer geringfügigen Summe, im Extraordinarium genehmigen, um dann für 1863 nach gesetzlicher Vereinbarung der zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie unter Erhaltung der neuen Regimenter den verkürzten Etat endgiltig bewilligen. Für diesen Antrag sprachen außer den Antragstellern mit Wärme die Wortführer der altliberalen Partei, an ihrer Spitze Georg von Vincke. Er legte für die Reorganisation, die er früher bekämpft hatte, vorbehaltlich der Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine Lanze ein. Die ehemaligen Minister von Patow und Graf Schwerin unterstützten ihn. Auch Twesten, obwohl ein hervorragendes Mitglied der Fortschrittspartei, äußerte sich im Sinn der Vermittlung. Allein von Seite der Regierungsvertreter hörte man kein Wort des Entgegenkommens. Vielmehr vernahm man die unverblümte Warnung vor der Herbeiführung von Umständen, unter denen etwas geschehen müsse, was vielleicht nicht ausdrücklich in der Verfassung geschrieben sei. Die Mehrheit, für die u. a. Waldeck, Virchow, Hoverbeck, Gneist, Schulze-Delitzsch, Forckenbeck gesprochen hatten, blieb dem gegenüber unerschüttert. Nach dem Schluß der Generaldebatte wurde am 16. September mit 273 gegen 68 Stimmen der erste in das Extraordinarium verwiesene Posten abgelehnt.

Starrheit der Regierung.

Streichung des ersten Postens 16. Sept.

Am folgenden Tag trat ein unerwarteter Zwischenfall ein. Zur Überraschung des Hauses erklärte Roon, daß die Regierung, die keinen Konflikt suche, um den Beweis der Irrigkeit dieser Voraussetzung zu liefern, für 1862 das Amendement Stavenhagen, Twesten, Sybel annehme, hinsichtlich desselben Amendements für 1863 aber, selbst wenn sie auf eine faktische Verkürzung der Dienstzeit eingehe, ernstlich an unerläßliche Kompensationen denken müsse. Hätte man geahnt, was hauptsächlich unter diesen „Kompensationen" verstanden war, Steigerung der

Unerwartetes Entgegenkommen Roons 17. Sept.

Die Frage der „Kompensationen".

Zahl der Kapitulanten zu der Höhe, daß etwa ein Drittel des Heeres durch „Berufssoldaten“ gebildet worden wäre, so wäre die Enttäuschung ohne Zweifel groß gewesen[1]). So aber hielt man sich nur an das erste Zeichen der Willfährigkeit der Regierung, durch das allfällige Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit einen Ausgleich herbeizuführen. Versuche dazu waren im geheimen von Abgeordneten der Minorität, namentlich von der altliberalen Partei schon längst gemacht worden. Vincke und Max Duncker, der politische Berater des Kronprinzen, hatten mit dem Minister von der Heydt darüber verhandelt. Dieser hatte Bernstorff und Holzbrinck für den Gedanken gewonnen, eine Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus um den Preis des Zugeständnisses der zweijährigen Dienstzeit beim König zu vertreten[2]). Schließlich hatte auch Roon, um womöglich einen Bruch zu vermeiden, diesem „Versöhnungsversuch“, obwohl er ihn „schwächlich“ fand, zugestimmt und „die Hauptrolle“ bei seiner Anregung übernommen. Der König muß, ohne sich zu binden, in einem Conseil am Abend zuvor wenigstens seine Einwilligung zu Unterhandlungen gegeben haben.

Annäherungsversuche Vinckes und Max Dunckers

Der Eindruck der entgegenkommenden Worte Roons war so groß, daß die Kammer ihre Sitzung unterbrach, um die Budgetkommission nochmals im Beisein des Kriegsministers und des Finanzministers zusammentreten zu lassen. Hier führte Roon seine Mitteilung etwas weiter aus, erklärte sich aber erst für den folgenden Tag zu endgiltigen Äußerungen imstande. Nachmittags traf der König von Babelsberg wieder in Berlin ein und versammelte die Minister zum Conseil um sich. Mag er nun von sich aus bereut haben, so weit gegangen zu sein, mag der Rat seines Bruders Karl, Alvenslebens oder anderer von „der reinen Militärpartei“, wie Max Duncker sie nennt, ihn beeinflußt haben: er sprach sich mit aller Entschiedenheit gegen fernere Nachgiebigkeit aus. Er erklärte, Pflicht und Gewissen verböten ihm, auf die neue Organisation mit dreijähriger Dienstzeit zu verzichten; wenn seine Minister ihn hiebei verließen, werde er auf der Stelle den Kronprinzen berufen und abdanken. Die Minister beschworen ihn sämtlich, diesen Gedanken aufzugeben. Aber in der lebhaften Diskussion ward ihr Zwiespalt offenbar. Die Mehrheit mit Roon war bereit, sich dem Willen des Königs zu beugen. Sie erhob auch keinen Widerspruch, als er dabei blieb, das Fortregieren mit dem alten Budget, wenn kein neues zustande komme, über das laufende Etatjahr hinaus

Nochmaliger Zusammentritt der Budgetkommission.

Ministerconseil

[1]) S. Wahl: Beiträge zur Geschichte der Konfliktszeit. Tübingen 1914. S. 93 ff. Vgl. die während des Druckes erschienene Arbeit von Bergsträßer: Kritische Studien zur Konfliktszeit. (Histor. Vierteljahrschrift XIX. 3. Heft. 1919.)

[2]) Wohl auf seinen Antrieb fand durch Simsons Vermittlung eine Verhandlung mit Forckenbeck statt. Philippson a. a. O. S. 12 und Philippson: Das Leben Kaiser Friedrichs III. 2. Auflage 1908.

gemäß der „Lückentheorie" sei vollkommen statthaft. Die Minderheit, von der Heydt, Bernstorff, Holzbrinck, hielt an der in dem Ministerialbericht vom 9. September verteidigten Meinung fest, daß eine solche Regierung verfassungswidrig sei, und ließ sich durch den Ausspruch des Königs, wer ihm auf dem bezeichneten Weg nicht folgen könne, möge ausscheiden, nicht irre machen.

Roons Zurücknahme seiner Erklärung 18. Sept.

Die nächste Folge des Conseils war, daß Roon am 18. September mit Berufung auf technisch-militärische Gründe alles Wesentliche seiner Erklärungen zurücknahm. Der Kommission erschienen diese Gründe nicht als stichhaltig. Auf Hoverbecks Antrag beschloß sie einstimmig die Fortsetzung der Beratungen über den Etat von 1862 im Plenum. Hier bekam Roon am 19. September wegen seiner Ausflüchte harte Worte zu hören. Die Sitzung schloß mit der Ablehnung eines zweiten in das Extraordinarium verwiesenen Postens. Am 23. September, nachdem jede Aussicht auf eine Verständigung geschwunden war, wurden die Ausgaben für die Heeresreorganisation im Ordinarium des Etats von 1862 mit 308 gegen 11 Stimmen vollständig gestrichen. Darauf ward das Amendement Stavenhagens, Twestens, Sybels mit großer Mehrheit abgelehnt. Mittlerweile war ein letzter Versuch von der Heydts, den König in der Frage der Dienstzeit zur Nachgiebigkeit zu bewegen, gescheitert. Ebenso wenig hatte der Kronprinz ausgerichtet, der vom Vater telegraphisch aus Reinhardsbrunn, wo er mit seiner Familie weilte, herbeigerufen, am 18. September spät Abends in Berlin eingetroffen war. Der König in Babelsberg war fester entschlossen als je, nicht nachzugeben. Aber vor dem Kampf zurückbebend, neigte er dazu, den oft geäußerten Gedanken der Thronentsagung wahr zu machen. Er hatte die Abdankungsurkunde, der nur die Unterschrift fehlte, schon aufgesetzt. Sein Sohn jedoch weigerte sich, die Urkunde auch nur einzusehen. Er besprach die Lage mit von der Heydt, Bernstorff, Schleinitz, die sämtlich das Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit für unerläßlich erklärten. Er wohnte Abends einem Ministerrat bei, in dem die Meinungen der Mehrheit und der Minderheit nochmals heftig aufeinander platzten. Er fuhr am folgenden Tag wieder nach Babelsberg und kehrte dann, ohne daß ihm eine Vermittlung gelungen wäre, nach Reinhardsbrunn zu den Seinigen zurück. Gleichzeitig sah sich der König von Bernstorff, von der Heydt, Holzbrinck verlassen, die auf ihrem Abschied bestanden. Er war ratlos, im Innersten erschüttert und hatte noch immer die Abdankung, als letztes Auskunftsmittel, vor Augen.

Ablehnung der Ausgaben für die Heeresreorganisation im Ordinarium 23. Sept.

Vermittlungsversuch des Kronprinzen 18. bis 20. Sept

Abdankungsurkunde.

Abschiedsgesuch Bernstorffs, Heydts, Holzbrincks.

Bismarcks Herbeirufung durch Roon.

Indessen war der Retter aus der Not ihm schon nahe[1]). Noch ehe er in dem Conseil vom 17. September seine Absicht, der Krone zu entsagen,

[1]) Zur Kritik der verschiedenen Berichte Bismarcks über das Folgende s. Promnitz a. a. O. namentlich als Ergänzung von Lenz und Ulmann. (Historische Vierteljahrschrift 1902. 1. S. 65 ff.)

kundgegeben, hatte Roon, angesichts der wahrscheinlichen Unabwendbarkeit des Konflikts, durch ein Telegramm Bismarck herbeicitirt. Der Gedanke der Abdankung des Königs mußte ihm die Anwesenheit des Freundes noch dringlicher erscheinen lassen. Denn wenn es wirklich zum Übergang der Regierung auf den Kronprinzen kam, der anderen politischen Anschauungen huldigte als sein Vater, so war zugleich mit der Herstellung eines Ausgleichs im Sinn der Mehrheit der Abgeordneten auch ein Triumph des Liberalismus wahrscheinlich. Einzig die Gegenwart des willensstarken Freundes, dessen Hand der König in seiner Zwangslage ergreifen müsse, konnte Roons Bedünken nach diese Gefahr beschwören. In einem zweiten Telegramm vom 18. September mahnte er Bismarck daher zur Eile, da „Gefahr im Verzug" sei. Bismarck erhielt Roons Telegramme bald nach seiner Ankunft in Paris. Das zweite hieß ihn keinen Augenblick zögern. Er bestieg den Eilzug und erreichte nach fünfundzwanzigstündiger Fahrt in der Morgenfrühe des 20. Septembers Berlin. Sein erster Gang war zu Roon, der ihm Aufschlüsse über die ganze Lage der Dinge geben konnte. Wie dieser betrachtete er die Absicht der Abdankung als die größte Gefahr und stellte sich ihm unbedingt zur Verfügung. Im Laufe des Tages sah er noch die alten Freunde Kleist-Retzow und Blanckenburg, machte einige ministerielle und diplomatische Besuche und hatte Abends eine Audienz beim Kronprinzen, der ihn vor seiner Abreise nach Reinhardsbrunn zu sprechen wünschte. Gegenüber dem Thronfolger verhielt er sich sehr zurückhaltend. Er hatte die natürliche Empfindung des Herrschers zu schonen, der erwarten durfte, daß er sich zunächst mit ihm aussprechen werde.

Mahnung zur Eile 18. Sept.

Bismarcks Ankunft in Berlin 20. Sept.

Bis dahin hatte der König noch immer gezögert, sich zu der Aufnahme Bismarcks ins Ministerium zu entschließen. Selbst in den letzten Tagen waren Hinweise Roons auf den zum Helfer wie kein anderer geeigneten Diener vergeblich gewesen. Dem Kronprinzen hatte der König noch eben gestanden, eine innere Abneigung gegen den Mann zu empfinden, den dieser als „einen Parteigänger Frankreichs" bezeichnete. Aber am 21. September gelangte Roon zum Ziel. Vom König in Babelsberg empfangen, appellirte er ohne Zweifel nochmals an das Pflichtgefühl seines Herrn, das die Abdankung verbiete, solange es noch ein Rettungsmittel gebe, und bezeichnete als solches die Berufung Bismarcks. Auf den Einwurf des bedrängten Königs, Bismarck sei nicht da und werde jetzt nicht wollen, konnte er erwidern: „Er ist hier, er wird Euer Majestät Ruf bereitwillig folgen." Damit hatte er gewonnenes Spiel. Bismarck wurde nach Babelsberg berufen. Am 22. September fanden zwischen ihm und dem König im Schloß und im Park die denkwürdigen Gespräche statt, die ihren Bund besiegelten. Bismarck erklärte sich bereit, die Militärvorlage mit Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit auch gegen die

Roon in Babelsberg 21. Sept.

Besprechung des Königs und Bismarcks 22. Sept.

Mehrheit des Landtags und ohne Budget zu verteidigen. Seine Versicherungen unbedingter Ergebenheit eines treuen Lehnsmanns bewogen den König, ein ausführliches Programm der inneren Politik, das er aufgesetzt hatte, zu zerreißen. In einer Audienz am folgenden Tage ward er auch über Bismarcks Haltung in den Fragen der auswärtigen Politik beruhigt. Er mochte glauben, ebenfalls auf diesem Feld „dem treuen Lehnsmann" Schranken gesetzt und sich die volle Freiheit seines Willens gesichert zu haben. Am 24. September konnte Bismarck seiner Frau schreiben, daß er zum Minister mit interimistischem Vorsitz ernannt sei und später auch das Auswärtige übernehme. Seine endgiltige Ernennung zum Ministerpräsidenten und zum Minister des Äußeren erfolgte erst vierzehn Tage darauf nach der formellen Enthebung Hohenzollerns von der thatsächlich längst aufgegebenen Stelle des Vorsitzenden und nach der bis dahin verschobenen Entlassung Bernstorffs, der als Botschafter auf seinen Londoner Posten zurückkehrte. So ergriff Bismarck die Zügel: ein Ereignis von unvorhergesehenen Nachwirkungen nicht nur für die Geschichte Deutschlands, sondern für die Geschichte Europas.

Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten 23. Sept. (8. Okt.).

XI.

Hauptströmungen des geistigen Lebens.

Politische und Geistesgeschichte.

Die politische Geschichte nicht nur eines einzelnen Volkes, sondern einer ganzen Gruppe von Völkern während eines bestimmten Zeitraumes mag sich dem von der Hochwacht universalhistorischer Betrachtung Zurückblickenden mehr oder weniger deutlich als Ausdruck einer allgemein gefaßten Formel darstellen. So könnte man den gemeinsamen Hauptinhalt des staatlichen Lebens einer Reihe von Völkern Europas während des sechsten und siebenten Jahrzehntes des neunzehnten Jahrhunderts in dem immer stärker werdenden Drang nach nationaler Selbstbestimmung und Einigung finden. Aber die gleichzeitigen Strömungen des geistigen Lebens widerstreben dem Zwang der Unterordnung unter ein Schlagwort. Wollte der Geschichtschreiber sich eines solchen Zwanges vermessen, so würde er Gefahr laufen, nach Wilhelm von Humboldts Worten „der Wirklichkeit eigenmächtig geschaffene Ideen anzubilden oder auch nur über dem Suchen des Zusammenhanges des Ganzen etwas von dem lebendigen Reichtume des Einzelnen aufzuopfern". Dennoch bleibt es auch für die genannte Periode europäischer Geschichte eine reizvolle und lohnende Aufgabe, Verbindungsfäden nachzuforschen, die von dem Gebiet des Handelns auf der öffentlichen Schaubühne zu dem der Schöpfungen der Künstler und Denker hinüberführen.

Realistische Anschauung.

Bei diesem Versuch drängt sich zunächst die Beobachtung auf, daß hier wie dort der Realismus fortschreitende Eroberungen macht. Die politische Geschichte zeigt das Bild einer allmählichen Befreiung von Völkern, Gesellschaftsklassen, Parteien aus dem Bann unklarer, oft utopischer Vorstellungen und eines erfolgreichen Durchringens zu schärferem Erfassen der Bedingungen und Ziele der Wirklichkeit. Dasselbe realistische Gepräge trägt die zeitlich neben ihr herlaufende Geschichte des geistigen Lebens in vielen Haupterscheinungen. Die spekulative Philosophie hat fast durchaus der Naturwissenschaft den Vorrang abgetreten.

Die Geschichtswissenschaft schenkt den wirtschaftlichen und socialen Faktoren viel größere Beachtung als früher oder sucht in höherem Maß auf die Erziehung der Leser zu Nutz und Frommen der Gegenwart zu wirken. Novellisten wählen ihre Stoffe mit Vorliebe aus der gewohnten Umgebung des Kleinbürgertums oder des Landvolkes. Romane spiegeln politische, sociale, kirchliche Kämpfe des Tages wider. Das historische Gemälde und die heroische Landschaft treten zurück hinter dem Sittenbild aus dem heimatlichen Volkstum und hinter der Schilderung der vertrauten heimatlichen Natur. Weit und breit macht sich ein Grundzug der geistigen Strömungen geltend, der von dem klassischen Ideal nicht weniger abweicht wie von dem der Romantik.

Schöne Litteratur. Deutschland.

Während Heine, dessen letzte poetische Gabe der „Romanzero" gewesen war, in seiner Matratzengruft an der Seine elend dahinsiechte, feierte der Realismus in Deutschland in der schönen Litteratur wachsende Triumphe. Hier konnte Gustav Freytag als Chorführer der realistischen Schriftsteller gelten. Der in solider, schlichter Umgebung groß gewordene Schlesier, ganz erfüllt von preußischem Staatsbewußtsein und von warmer Empfindung für die wechselnden Geschicke des ganzen deutschen Vaterlandes hatte aus gelehrten Studien und akademischer Thätigkeit den Weg zu freiem künstlerischen Schaffen gefunden und zugleich das Feld publicistischer Wirksamkeit betreten. Dem Dichter der vormärzlichen Dramen „Die Valentine" und „Graf Waldemar", die seine bürgerlich-liberale Gesinnung nicht verleugneten, dem Herausgeber der von Kuranda übernommenen „Grenzboten" (s. VI. 354), zu deren Leitung er sich im Sturmjahr 1848 mit Julian Schmidt verbunden hatte, gelang bald danach der glückliche Wurf, in seinem Lustspiel „Die Journalisten" gewisse Erscheinungen der jüngst erlebten deutschen Revolution, wie sie sich im Treiben der Parteien und der Presse darstellten, ohne jede verletzende Tendenz mit Überleitung in das Reich harmlosen Humors festzuhalten. Als Dramatiker trug er einen ähnlichen Erfolg nicht mehr davon. Aber mit seinem Roman „Soll und Haben" entfesselte er drei Jahre später Beifallsstürme, die er vor allem seiner poetischen Verklärung der deutschen Bourgeoisie der fünfziger Jahre zu danken hatte. Er machte sich die von seinem Freunde Julian Schmidt ausgegebene Losung zu eigen: „Der Roman soll das deutsche Volk da suchen, wo es in seiner Tüchtigkeit zu finden ist, nämlich bei seiner Arbeit." Dafür bot seiner genügsamen Phantasie, der kühne Hochflüge versagt waren, das wohlbestallte Breslauer Geschäftshaus mit seinem Kontor und seinen Magazinen ein erwünschtes Modell. Man mußte allerdings auf großartige Bilder des Welthandels verzichten und die etwas spießbürgerliche Bravheit vieler Charaktere mit in Kauf nehmen. Aber man war entzückt von dem planvollen Aufbau der Handlung, die an Walter Scotts Muster erinnerte,

Gustav Freytag.

Die Journalisten 1852.

Soll und Haben 1855.

von der humoristischen Färbung christlicher und jüdischer Nebenfiguren, wiewohl sie eine bewußte Nachahmung Dickens' verriet, von der plastisch herausgearbeiteten Schilderung des Widerspiels polnischer genialleichtfertiger Wirtschaft und deutscher gediegener Kolonistenleistung. Ein schwächeres Gegenstück zu diesem Gemälde praktischer Arbeit bildete der erst 1864 vollendete Roman „Die verlorene Handschrift", der die gelehrte Arbeit, verkörpert im Professorentum, vor Augen führen sollte. Hier schadete der Einheit der Fabel das Hineinspielen abseits liegender Probleme, wie des Gegensatzes von Stadt und Dorf, höfischer und akademischer Kreise, und die Erfindung verlor an Ursprünglichkeit und Einfachheit. Dafür fand sich Freytag ganz auf einem seiner Begabung angemessenen Gebiet wieder mit den „Bildern aus der deutschen Vergangenheit", einer meisterhaften Sammlung kulturhistorischer Zeugnisse vornehmlich in der Form farbenreicher Einzelporträts.

Die verlorene Handschrift 1864.

Otto Ludwig.

Ein minder glückliches Los als dem kerngesunden, durch harmonisches Schaffen in sich befriedigten Freytag fiel dem ihm befreundeten, gleichstrebenden Otto Ludwig zu. Sein Leben wurde durch ein qualvolles, mit Ergebung getragenes körperliches Leiden zerrüttet. Sein Dichten litt unter dem Hang grüblerischer Reflexion. Auch er fühlte sich mit seiner freudigen Erfassung des wirklichen Lebens, im doppelten Gegensatz zum Idealismus der klassischen Periode und zur Romantik, die nur auf seine frühesten Erzeugnisse einwirkte, als Realist und sprach sogar von dem „naturalistischen Tic", der ihm von Haus aus zu eigen gewesen sei. Dabei war er wie Freytag von dem „jungen Deutschland" durch den Widerwillen gegen die Geltendmachung irgend welcher Tendenz in der künstlerischen Hervorbringung geschieden. Aber gerade auf dem Gebiet, für dessen Beherrschung er sich vorzüglich geschaffen glaubte, blieben ihm Enttäuschungen und Zweifel an sich selbst nicht erspart. Seine Vertiefung in Shakespeare stellte ihm als Ziel eine Eroberung der Bühne vor Augen, die ihm nur ausnahmsweise mit dem „Erbförster" (1849) gelang. Es war, wie er einem Freunde schrieb, „eine Kriegserklärung gegen die Unnatur und konventionellen Manieren der jetzigen Theaterpoesie". Indessen auch in diesem „Warnungsbild", wie er das unter den Eindrücken der Februar-Revolution verfaßte, in so vielen Einzelzügen bewundernswerte Stück nannte, hat seinem eigenen vorwurfsvollen Geständnis nach „der tragische Held", der sich eigensinnig an sein vermeintliches Recht klammert, kein Bewußtsein, von dem „was er soll, was er thut, was er mag und leidet, was er muß". In den „Makkabäern", so großartig die Anlage im ganzen und die Zeichnung mancher Charaktere auch war, wurde doch dem Urteil des unbefangenen Zuschauers durch Häufung und Dunkelheit der Motive, Unwahrscheinlichkeit einzelner Vorgänge, gewaltsame Behandlung des erhabenen Gegenstandes zu

Dramen.

Erbförster 1849.

viel zugemutet, als daß das Drama sich dauernd auf der Bühne hätte behaupten können. Sein Größtes leistete Ludwig in den beiden Erzählungen die „Heiterethei" und „Zwischen Himmel und Erde". Hier bewegte er sich in voller Freiheit auf dem ihm vertrauten Boden des thüringschen Dorf- und Kleinstadtlebens, formte die Figuren mit sicherer Hand, brachte es zu einer unvergleichlichen Anschaulichkeit der Geschehnisse und ihres Hintergrundes. Wenn in der „Heiterethei" noch hie und da das Behagen am Ausmalen kleiner Einzelheiten und Nebendinge etwas überwog, so zeigte „Zwischen Himmel und Erde" eine straffe Führung der unerbittlich fortschreitenden Handlung, die sich mit erschreckender Wahrheit zu einem Konflikt von tragischer Gewalt steigert.

Heiterethei 1854. Zwischen Himmel und Erde 1855.

Mit dem Dramatiker Otto Ludwig teilte sein von ihm befehdeter Rivale Friedrich Hebbel (s. VI. 181) die angeborene Neigung, durch bewußte Reflexion den naiven Trieb poetischer Schaffensfreude zu verkümmern. Dies gereichte auch vielen Gaben seiner lyrischen Muse zum Nachteil. Aber der nach Wien, in größere Verhältnisse und anregende Umgebung verpflanzte, und nicht durch jahrelanges Siechtum gequälte Dithmarsche fand doch mehr Kraft, den Reichtum seiner Gedanken und Pläne auszuschöpfen und wenigstens in einigen seiner späteren Werke die ihm vorschwebende Idee der Macht unmittelbarer Empfindung unterzuordnen. Galt dies mit einigen Einschränkungen von der Tragödie „Gyges und sein Ring" und von dem Fragment „Demetrius", so in noch höherem Maß von der zwei Jahre vor seinem Tod vollendeten Trilogie der „Nibelungen". Ihre erste Aufführung in Weimar brachte ihm einen vollen Erfolg. Vor allem prägte sich die reckenhafte und doch menschlich verständliche Gestalt des grimmen Hagen dem Zuschauer mit unauslöschlichen Zügen ein. Wenn das gigantische Unternehmen, das nationale Epos in ein nationales Drama umzuwandeln, dennoch in einzelnen Punkten, wie in der Erfindung einer mythischen Maschinerie, in der schattenhaften Erscheinung blutleerer Nebenfiguren, in Übertreibungen und Stillosigkeiten der Sprache, die höchsten Anforderungen nicht erfüllte, die der Dichter an sich selbst stellte, so trug daran die Sprödigkeit des Stoffes wohl nicht weniger Schuld als die Begrenzung seines Könnens.

Hebbel.

Nibelungen 1861.

Völlig entgegengesetzt dem tendenzlosen Schaffen Freytags, Ludwigs und Hebbels war die Hinwendung Gutzkows zum kulturhistorischen Zeitroman. Unbefriedigt durch die ungleichen Erfolge seiner Thätigkeit als Dramatiker und Dramaturg in Dresden, kehrte er auf das Feld der erzählenden Dichtung zurück. Aber unter dem Einfluß von Eugène Sue, der den Gesamtbau der modernen Gesellschaft in allen ihren Stockwerken von der Kellerwohnung bis zum Palast durch ein einziges riesiges Freskobild umspannt hatte, konstruirte er sich ein ästhetisches Gesetz, das den „Roman des Nebeneinander" als realistisches Erfordernis statt des alten „Romanes

Gutzkow.

des Nacheinander" bedingen sollte. Dieser neue Roman des Nebeneinander sollte die ganze Fülle der Wirklichkeit in sich fassen und zugleich dem gegenwärtigen Geschlecht zur Mahnung und Erhebung dienen. Der Dichter sollte bei der Entwerfung des bunten ungeheuren Bildes seiner Zeit als „Missionär der Freiheit und des Glaubens" zu seinen Mitmenschen sprechen. So bezeichnete Gutzkow sich selbst in der Vorrede seines neunbändigen Romans „Die Ritter vom Geist". Hervorgegangen aus einer Mischung der Gefühle schmerzlicher Entsagung und ungewisser Hoffnung, die nach dem Scheitern der Revolution und beim Ausblick auf die Zukunft so viele Gemüter erfüllten, war das Werk gleichsam ein Aufruf, sich zu einem geistigen Ritterbund im Dienst der Humanität gegen den reaktionären Staat und gegen den Mißbrauch der physischen Gewalt zu sammeln. Ein noch weiterer Rahmen umschloß den gleichfalls neunbändigen Roman „Der Zauberer von Rom". Hier bildeten die Gefährdung der modernen Kultur durch die jüngst mächtig erstarkte Hierarchie des Katholicismus, die Notwendigkeit einer Reform der Kirche und ihrer Versöhnung mit der natürlichen Welt das Grundthema. Beide Werke boten eine Fülle typischer Figuren, in denen man mitunter zeitgenössische Portraits erkannte, geistreicher Unterhaltungen, großzügiger Ideen. Aber die künstlerische Ausführung blieb hinter der guten Absicht zurück. Der riesenhafte Apparat in ein Knäuel verwickelter Familiengeschichten und abenteuerlicher Unwahrscheinlichkeiten verwirrte. Das gewollte „Nebeneinander" verwandelte sich in ein kaum übersehbares „Durcheinander". In dieser Beziehung wurde Gutzkow von Immermann, dessen „Epigonen" einst gleichfalls ein realistisches Zeitbild hatten darstellen sollen, ohne Frage übertroffen. Seine ungeheuerlichen Schöpfungen teilten das Schicksal mehrerer der symbolisch-historischen Berliner Wandgemälde des ihm geistesverwandten, gleich ihm im Strom der Zeitideen schwimmenden Wilhelm von Kaulbach, deren Ruhm nicht dauerte, da ihnen die innere Einheit fehlte und da sie nur eine verstandesmäßig berechnete opernhafte Schaustellung darboten.

Die Ritter vom Geist 1850 bis 1852.

Der Zauberer von Rom 1858 bis 1861.

Indessen wirkte Gutzkows Beispiel unwiderstehlich nach. Berthold Auerbach, der mit „Diethelm von Buchenberg" vielleicht den Gipfelpunkt seiner „Dorfgeschichten" (s. VI. 181) erreicht hatte, wagte sich nach dem ersten Versuch „Neues Leben" mit dem Zeitroman „Auf der Höhe" an Probleme, in denen politische und kirchliche Fragen mit ethischen und philosophischen verknüpft waren. Erschien er in der Sicherheit der Technik und in der Reinheit des Stils seinem Vorgänger überlegen, so blieb bei ihm das Lokal- und Zeitkolorit verschwommener. Auch störte die Gesuchtheit der Sprechweise und die spinozistische Lehrhaftigkeit, die hier aufdringlicher war als in mancher seiner früheren Schöpfungen. Solche Schwächen traten noch deutlicher in dem Roman „Das Landhaus am

Auerbach.

Auf der Höhe 1865.

Rhein“ (1867—69) zu Tage, der außerdem an Sorgfalt der Komposition und der Zeichnung der Charaktere viel zu wünschen übrig ließ. Mittlerweile erschien mit Friedrich Spielhagen der Hauptvertreter jener von Gutzkow bevorzugten Litteraturgattung des Zeitromans, dem das empfängliche Publikum über ein Jahrzehnt lang Lorbeeren wand. Man verzieh dem Dichter der mit andauernder Spannung verschlungenen Werke „Problematische Naturen“, „Die von Hohenstein“, „In Reih und Glied“ die Parteilichkeit bei der Idealisirung seiner liberalen Lieblinge und bei der Karikirung ihrer junkerlichen Gegenbilder, die Überschwänglichkeit bei der Verherrlichung seiner gottbegnadeten Helden, die gewaltsame, mitunter völlig phantastische Wendung vieler ihrer Erlebnisse. Man hielt sich an die reizvolle Schilderung pommerscher Buchenwälder und Ostseeküsten, an die glühende Freiheitsliebe des seine Subjektivität niemals verleugnenden Erzählers, an die einem Kinkel und Lassalle abgelauschten rhetorischen Prachtstücke, an die farbenprächtige Schilderung heroischer Barrikadenschlachten der Revolution.

Spielhagen.

Problematische Naturen. Die von Hohenstein. In Reih und Glied 1860 bis 1866.

Möglichst weitab von dem Staub und Getümmel der Tageskämpfe, erfüllt von der Sehnsucht nach reiner Schönheit, deren Spuren sie auch in der fremdländischen Litteratur alter und neuer Zeit emsig verfolgten, suchte sich die Poetenschar zu halten, die in dem feierlich-formenstrengen Emanuel Geibel (vgl. VI. 185) ihren gebietenden Führer verehrte. Seit der König Maximilian von Baiern ihn 1852 in seine Hauptstadt berufen hatte, sammelte sich um Geibel die glänzende Tafelrunde, der u. a. Bodenstedt, der Sänger „der Lieder Mirza Schaffys“, Graf Schack, der Kunstfreund und Nachempfinder persischer, arabischer, spanischer Dichtung, der ruhelose, wild-geniale Schweizer Heinrich Leuthold angehörten. In diesen Kreis trat Paul Heyse, strahlend in Jugendanmut und Jugendlust, von früh an durch ein glückliches Geschick getragen, in norddeutscher Berliner Luft aufgewachsen und durch gelehrte Studien geschult, aber seinem Naturell nach ein Kind des sonnigen Südens und im Feenland der Phantasie heimatberechtigt. Ihn reizte es nicht, mit kühner Hand ein zeitgenössisches Weltbild zu entwerfen und mit der Teilnahme des nachfühlenden Dichters thatkräftig in die großen Konflikte der Gegenwart einzugreifen. Seine Kunst wurzelte auf enger umgrenztem Boden. Seine Losung war, dem Ausleben der Persönlichkeit dichterisches Recht zu verschaffen. Aber auch dabei lag seinem weichen, versöhnlichen Wesen der Gedanke eines revolutionären Kampfes gegen herrschende Moralbegriffe, wie er George Sands Jugendwerke durchglühte, fern. Wie für Mörike blieb für ihn der Leitstern: durch die Kunst zu ersetzen, was die Wirklichkeit versagte. Seit dem Erscheinen des ersten Bandes seiner „Novellen“ bewies er durch eine Jahrzehnte hindurch unerschöpflich quellende Erfindungsgabe seine Meisterschaft in eben dieser ihm völlig

Der Münchener Dichterkreis. Geibel.

Paul Heyse.

Novellen 1855.

kongenialen Kunstgattung. Auch seine Lyrik, befruchtet durch feinsinniges Versenken in die Volkspoesie und Litteratur so vieler Nationen, bot köstliche Früchte, und im Drama gelangen ihm, neben manchen erfolglosen Versuchen, mit stofflich wirksamen Volksstücken, wie „Hans Lange“ und „Kolberg“, einige glückliche Treffer. Aber seine Stärke war und blieb die knappe Erzählung mit der Schürzung und Lösung eines bestimmten psychologischen Knotens, mit der Darstellung einfacher malerischer Situationen, bei möglichster Vermeidung alles Häßlichen, auf dem Hintergrund stimmungsvoller Landschaft, besonders reizvoll, wenn er sich in das italienische Leben versenkte. Dazu paßte der Wohlklang einer Sprache, die mitunter nur zu edel und vornehm im Munde von Bauern und Tagelöhnern klang, und die Glätte der Komposition, die Härten und Kanten hie und da zu willkürlich abschliff. Auch als er später an Romanen seine Kraft versuchte, stand, wie mit Recht gesagt worden ist, der Novellist dem Romanschriftsteller im Wege.

Hans Lange. Kolberg. 1866. 1868.

Scheffel.

Auf anderen Pfaden flüchtete der Badenser Josef Viktor Scheffel aus der Prosa der Gegenwart in das Reich der Poesie. Seit gemeinsam in Sorrent und Capri verlebten glücklichen Tagen der Jugend innig mit Heyse verbunden, vorübergehend auch ein Glied des Münchener Dichterkreises, stand er doch seinem Wesen und Schaffen nach zu dem „Erben Goethes“, wie schmeichlerische Bewunderer den Meister der Novelle nannten, in sichtlichem Gegensatz. Anlage zur Melancholie, unglückliche Ehe, reizbares Rechtsgefühl, krankhaftes Ruhebedürfnis machten aus dem lebensfrohen Jüngling, der überall willkommen gewesen war, einen oft verschlossenen, selbstquälerischen Mann. Auch umspannten nur wenige Jahre die Hauptmasse seiner poetischen Schöpfungen. Auf sie folgte eine Zeit beinahe völliger Dürre. Losgelöst von den Fesseln des Beamtentums, die er als Jurist unlustig getragen, hatte er in Italien, wohin er als Maler gewandert war, sein dichterisches Talent entdeckt. Die erste Frucht dieser Entdeckung war „Der Trompeter von Säckingen“, ein unter südlichem Himmel erklungener Sang vom Oberrhein, eingegeben durch die Erinnerung an den heimatlichen Schwarzwald und an die heimatliche Sage. Mochte der Inhalt des gefühlvoll-humoristischen Epos mit den ihm eingeflochtenen Liedern an Hauff, die Form an Heine gemahnen: die Zwanglosigkeit der Erzählung, die Behaglichkeit der Grundstimmung, die Mischung von Ernst und Schalkhaftigkeit übten auf die breite Masse des erholungsbedürftigen Publikums eine erstaunliche Wirkung aus. Nicht geringere Gunst schenkte es mit der Zeit dem ins graue Mittelalter zurückgehenden Roman „Ekkehard“ trotz des gelegentlichen Durchschimmerns gelehrter Vorarbeit und trotz mancher Schwankungen der Sprache zwischen altertümlichen und modernen Wendungen. Man bewunderte die Kunst, mit der aus dem Mosaik zerstreuter Chroniknotizen eine treuherzig vor-

Der Trompeter von Säckingen 1854.

Ekkehard 1855.

getragene Geschichte geformt war, und atmete mit Genuß die gesunde Luft der anmutigen alemannischen Landschaft, die alle Gestalten des Romans umwob. Den höchsten Grad der Popularität erreichte Scheffel mit den in seinem lieben Alt-Heidelberg gedichteten Trinkliedern, die erst 1867 unter dem Titel „Gaudeamus" herausgegeben wurden. Großenteils in dem feucht-fröhlichen Kreise des „Engeren" entstanden, dessen Seele Ludwig Häusser war, burschikos und ironisch, besonders originell bei witziger Parodie der Naturwissenschaften, wurden diese sangbaren, mit ansprechenden Melodieen ausgestatteten Lieder namentlich dank ihrer Verbreitung durch die akademische Jugend zum Gemeingut tausender. Gaudeamus 1867.

Für eine gewisse Spanne von Jahren durfte man Paul Heyse und Scheffel als die Lieblingsdichter der Nation bezeichnen. Ihre Werke erlebten eine Auflage nach der anderen. Dennoch wird man wohl sagen dürfen, daß vom Zeitgeschmack unabhängiger manche Schöpfungen zweier mühsamer sich Bahn brechender Genien höher standen, von denen einer dem äußersten südlichen deutschen Sprachgebiet angehörte, der andere im nördlichen niedersächsischen Boden wurzelte. Der Zürcher Handwerkersohn Gottfried Keller, in ungeregelter Jugend ohne rechten Halt, aber schon mit den Grundzügen eines knorrigen, urwüchsigen Naturells, hatte wie Scheffel als Maler begonnen, und es dauerte lange, bis die Schwesterkunst der Poesie endgiltig bei ihm den Sieg davontrug. Zwanzigjährig war er, um sich in der Malerei zu vervollkommnen, nach München gepilgert, hatte dann, arm am Beutel krank am Herzen zur Mutter zurückgekehrt, sechs Jahre, die er selbst als „verlorene" bezeichnete, in der Heimat verbracht, bis ein neuer Aufenthalt in Deutschland, wo dem Lernbegierigen Heidelberg und Berlin die stärksten Anregungen boten, 1848 bis 1855 für sein Talent entscheidend wurde. Gottfried Keller.

Den Lyriker Keller hatte bereits 1846 die erste, vom deutschen Publikum wenig beachtete Sammlung seiner Gedichte offenbart. Neben zarten Liebesliedern und vollendeten Naturstimmungsbildern glänzten mannhafte und rührende Vaterlandsgesänge des leidenschaftlichen, freisinnigen schweizer Patrioten, der selbst beim zweiten Freischarenzug gegen Luzern nicht hatte fehlen wollen (s. VI. 480). In den „Neueren Gedichten" trat die politische Poesie fast ganz zurück. Dafür waren sie um so reicher an naturfrischen volksliedmäßigen Gaben, denen sich Sonette und Ghaselen anreihten. Als Hauptwerk aber entstand in Berlin „Der grüne Heinrich" in erster Fassung, der klassische deutsche Bildungsroman des neunzehnten Jahrhunderts, wie „Wilhelm Meister" der des achtzehnten war. Mit seinem starken autobiographischen Einschlag, mit der Verflechtung eigener Herzensbekenntnisse und freier, nie versagender Erfindung, mit der Darstellung des Ringens ästhetisch-übersinnlicher Romantik und moderner, wirklichkeitsfreudiger Weltanschauung war das Werk nicht nur ein Zeugnis Gedichte 1846. 1851. Der grüne Heinrich 1851 bis 1855.

sieghafter poetischer Gestaltungskraft, sondern zugleich ein Kulturbild ersten Ranges. Auch fand sich hier eine Plastik des Stils, eine Schärfe der Charakterzeichnung, eine Anschaulichkeit bei der Beschreibung von Großem und Kleinem, ein unerschöpflicher Bilderreichtum, wie sie in gleichem Maße keinem zeitgenössischen deutschen Dichter eigneten.

Die Leute von Seldwyla I 1856.

Diese Merkmale einer künstlerischen Individualität von seltenstem Gepräge, gepaart mit den Überraschungen rastloser Fabulirlust, traten auch in dem ersten Teil der Novellensammlung hervor, die den Titel „Die Leute von Seldwyla" trugen. Unter diesem Namen verbarg sich ein Stück vaterländischen Bodens, auf den der schweizer Dichter, nicht ohne Einwirkung seines Landsmannes Jeremias Gotthelf, die Gestalten und Einfälle seiner Phantasie verpflanzte: bald burlesk-satirisch wie in den „Drei gerechten Kammachern", bald mit tragischer Gewalt wie in „Romeo und Julia auf dem Dorfe". In „Pankraz der Schmoller" und „Frau Regel Amrain" hinwieder war eine didaktisch-pädagogische Auffassung der Poesie, die sich später noch bei Keller verschärfte, unverkennbar, und „Spiegel das Kätzchen" zauberte ein Märchen mit Wirklichkeitszügen vor Augen. Auch dieser Novellenband teilte lange das Schicksal des „Grünen Heinrich", nur von einem kleinen Kreis verständnisvoller Kenner nach Verdienst gewürdigt zu werden. Zu ihnen zählte Berthold Auerbach, für dessen „Volkskalender" Keller 1861 „Das Fähnlein der sieben Aufrechten", dies Kleinod bodenständiger Heimatkunst, beisteuerte. Damals war er, nach dem Abschluß seiner Lehr- und Wanderjahre ausgereift, schon seit ein paar Jahren wieder in der Vaterstadt ansässig. Die ehrenvolle Ernennung zum ersten Staatsschreiber des Kantons Zürich bewahrte ihn vor der Mißlichkeit eines ungebundenen Schriftstellerlebens, und der Zwang zur vaterländischen Arbeit hinderte ihn doch nicht, aus dem Füllhorn seiner Phantasie kostbare, bisher verborgene und neue Gaben auszuschütten, deren Würdigung über den zeitlichen Rahmen dieser litterarhistorischen Skizze hinausgeht.

Fritz Reuter.

Rauhere Pfade führten Fritz Reuter auf die Höhe des deutschen Parnasses. Der Sohn des Bürgermeisters und Stadtrichters des mecklenburgischen Städtchens Stavenhagen, wie Keller in der Jugend steuer- und ziellos, und wie dieser lange Zeit des Glaubens, zum Maler berufen zu sein, war als Jenenser Burschenschafter ein Opfer jener wahnwitzigen Verfolgung geworden, die ihn sieben Jahre lang der Freiheit beraubte (s. V. 99). Als er 1840 nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. dem bürgerlichen Leben zurückgegeben wurde, mittellos, vereinsamt und mit dem unheilbaren Leiden periodischer Trunksucht behaftet, dem er in der Gefangenschaft anheimgefallen war, suchte er vergeblich als Landwirt, Privatlehrer, Journalist festen Boden zu gewinnen. Was ihn rettete, war die aufopfernde Liebe seiner Luise, die ihm vertrauensvoll die Hand

reichte, und die Erkenntnis seiner wahren, erst spät zum Durchbruch gelangten Begabung. Das Beispiel des Dithmarschen Klaus Groth, der 1852 seinen „Quickborn" herausgegeben hatte, reizte ihn zu poetischer Verwendung der plattdeutschen Mundart. Aber nicht als zartempfindender Lyriker, wie Groth, sondern als behaglicher Erzähler schnurriger Anekdoten und als naturwahrer Portraitist eroberte er sich mit der ersten Sammlung seiner „Läuschen und Rimels" zunächst in Mecklenburg und Pommern die Herzen. Zwar erwuchsen ihm Gegner in Klaus Groth selbst und aus dessen Anhängerschaft, die ihm Unreinheit der Sprache und Erniedrigung des Dialektes zu überderber Verwendung in seinen Schwänken vorwarfen. Aber er ließ sich nicht entmutigen, that mit der gereimten, mitunter allzu drastischen Erzählung „De Reis' nah Belligen" den ersten glücklichen Griff bei der Darstellung der Bauernseele und schuf in „Kein Hüsung", der Leidensgeschichte eines mecklenburgischen Leibeigenen, eine erschütternde, zur höchsten Tragik gesteigerte Dichtung, die er eigenem Zeugnis nach „mit seinem Herzblut" geschrieben hat.

Läuschen und Rimels 1853.

De Reis' nah Belligen 1855.

Kein Hüsung 1857.

Immer noch beschränkte sich Fritz Reuters Erfolg auf die plattdeutschen Grenzen. Jenseits derselben verhalf ihm, wiewohl nur sehr langsam, sein erster Prosaroman „Ut de Franzosentid" zur Anerkennung. Hier zeigte sich die ihm eigentümliche künstlerische Größe: Widerspiegelung einer greifbaren Wirklichkeit, einfacher, gleichsam selbstverständlicher Aufbau der Handlung, Leibhaftigkeit der in sie verflochtenen Personen, herzergreifende Mischung komischer und rührender Scenen, und das alles auf einem großen immer durchschimmernden historischen Hintergrund. Mit der Vogel- und Menschengeschichte „Hanne Nüte un de lütte Pudel" kehrte Reuter 1860 noch einmal zur Versdichtung zurück. Aber dieser Versuch, mit Klaus Groth auf dessen eigenem Gebiet zu wetteifern, konnte trotz vieler reizvoller einzelner Partieen nicht als durchaus gelungen gelten. Hingegen gewann der nächste Prosaroman „Ut mine Festungstid" mit seiner wohlthuenden Mischung von Dichtung und Wahrheit, seiner humoristischen Erhellung der Nacht des Gefangenendaseins, seiner Offenbarung eines tiefen, auch im Zorne reinen Gemütes weit und breit uneingeschränkten Beifall. Den Höhepunkt der dichterischen Schöpferkraft Reuters bildete der mehrbändige Roman „Ut mine Stromtid". Er war wie Kellers „Grüner Heinrich" reich an autobiographischen Erinnerungen und ein unvergleichliches realistisches, kulturgeschichtliches Zeitbild. Die ganze bunte Fülle heimatlicher Zustände und Gesellschaftstypen, der Gegensatz der Stände und ihre Versöhnung, der Wellenschlag des Revolutionsjahres auf engem norddeutschem Bezirk wurden in diesem ungereimten Epos, dem es bei scheinbar lockerer Komposition an innerer Einheit nicht fehlte, zu lebensvollster Anschauung gebracht. Die Abklärung bitterer Satire zu mildem Humor, der unter Thränen lacht,

Ut de Franzosentid 1860.

Ut mine Festungstid 1862.

Ut mine Stromtid 1862 bis 1864.

erquickte den Leser, und mit der Zeichnung der Prachtgestalt Onkel Bräsigs, seiner Lieblingsverkörperung niedersächsischen Volkstums, feierte der Dichter Triumphe, die ihm auch von entfernten Stammverwandten nicht vorenthalten wurden. Seit er, wohlhäbig und mit Ehren bedacht, nach Eisenach übergesiedelt war, wo er sich am Fuß der Wartburg ein behagliches Heim erbaute, begann sein schöpferisches Vermögen zu erlahmen. Aber „der auserwählte Volksdichter", wie Bismarck den einst als Hochverräter zum Tode Verurteilten nannte, hatte sich für immer die Liebe der Deutschen in Nord und Süd erworben. —

England.

In England stellte sich die Einwirkung der die Geister mächtig erregenden Zeitideen auf die schöne Litteratur vielleicht am deutlichsten in dem

Kingsley.

Schaffen Charles Kingsleys dar. Der thatkräftige, kampflustige Pfarrerssohn, selbst das Muster eines Seelsorgers einer kleinen verwilderten Gemeinde, ehe er als feuriger Agitator der Massen auftrat, gehörte mit Maurice und Ludlow zu den Hauptträgern der sogenannten christlich-socialen Bewegung, die unter dem Eindruck des letzten Aufflackerns des Chartismus 1848 entstand[1]). In jedem Wirkungskreis, als Kleriker, Schriftsteller, Redner, Professor suchte er voll stürmischer Begeisterung, zürnend und klagend wie ein Prophet des alten Testamentes die oberen Klassen mit Verständnis für das Bedürfen und Streben der unteren zu erfüllen und diese aus ihrer grollenden, feindlichen Haltung herauszureißen, um den Abgrund, der beide noch trennte, überbrücken zu helfen.

Yeast 1848 (in Buchform 1850). Alton Locke 1850.

Dieser Absicht dienten seine ersten Romane „Yeast" und „Alton Locke". Sie waren ganz im Banne Carlyles und der socialen Romantik geschrieben: ausgesprochene Tendenzdichtungen, aber trotz der Mischung von Erzählung und Deklamation, der Mängel in der Charakterzeichnung, der Gebrechen des Aufbaues durch die packende Schilderung des Elends ländlicher und städtischer Arbeiterzustände, die anschauliche Beschreibung der Scenerie, die eindringliche, ungekünstelte Beredsamkeit

Hypatia. Westward Ho 1853. 1855.

des Verfassers ganz dazu gemacht, die wärmste Teilnahme der empfänglichen Jugend zu wecken. Mit „Hypatia" und „Westward Ho" ging Kingsley zum historischen Roman über. Das einemal fesselte er, ungeachtet aller Übertreibungen und Parteilichkeiten, durch farbenglühende Darstellung der kirchlichen Kämpfe und Kulturgegensätze auf dem Boden Alexandrias im nachchristlichen fünften Jahrhundert, das anderemal durch Verherrlichung des Heldenmutes und des Unternehmungsgeistes im Zeitalter der Königin Elisabeth. Mit dem Roman „Vor zwei Jahren" kehrte er als Hindeuter auf vorhandene sociale Übel weniger erfolgreich zu zeitgenössischen Gegenständen zurück. Von seinen späteren poetischen Werken konnten sich auf die Dauer nur wenige in der Gunst des großen

[1]) Lujo Brentano: Die christlich-sociale Bewegung in England (Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft u. s. w., VII. 1883).

Publikums behaupten, und als Professor der Geschichte in Cambridge gab er sich starke Blößen. Aber jene früheren Romane blieben neben einer Anzahl prächtiger Balladen, Hymnen und Märchen Gemeingut der kommenden Geschlechter.

Dickens. Währenddes war immer noch Dickens (s. V. 46) der bevorzugte Liebling zahlloser Leser. Er übertraf sogar seine früheren Erfolge mit „David Copperfield", in dessen buntes Gewebe er so viele seiner Jugenderinnerungen verflocht, und schuf sich einen Sprechsaal in der Wochenschrift „Das Familienblatt", die später durch eine andere Zeitschrift „Fürs ganze Jahr" abgelöst wurde. Daneben fand er Zeit, ein Liebhabertheater zu gründen, auf Reisen umherzuschweifen und als Vorleser seiner Werke in England und später in Amerika sein Einkommen zu vermehren. Indessen die Ruhelosigkeit seines Lebens und häusliches Unglück wirkten ungünstig auf seine schriftstellerische Thätigkeit. In seinen Romanen „Harte Zeiten", „Klein Dorrit", „Zwei Städte", „Große Erwartungen", „Unser gemeinsamer Freund" gewahrte man hie und da ein Nachlassen seiner Kraft und ein stärkeres Hervortreten der Schattenseiten seiner glänzenden Begabung. Zwar blieben ihm die Fähigkeit feiner psychologischer Beobachtung, der Zauber eines naturwüchsigen, oft kindlichen Humors, die Kunst der Verklärung des Kleinlebens, der heilige Ernst, mit seiner Feder für Besserung des Loses der Armen und Verwahrlosten zu wirken, der unerschütterliche Glaube an die Güte der menschlichen Natur bis zur Neige seines arbeitsvollen Lebens treu. Aber die weichliche Rührseligkeit, das theatralische Pathos, die Sucht grotesker Übertreibungen, die Weitschweifigkeiten der Erzählung, die schon in manchen seiner Erstlingswerke aufgefallen waren, erfuhren eine Steigerung, und der überquellende Reichtum seiner Phantasie verführte ihn mehr und mehr dazu, die Haupthandlung und die Hauptpersonen seiner Gebilde durch ein Rankenwerk von Nebendingen überwuchern zu lassen.

David Copperfield 1850.

Spätere Romane 1854 bis 1865.

Thackeray. Schon längst war neben Dickens mit Thackeray der Mann auf den Plan getreten, der ihm, wennschon er nie denselben Grad der Volkstümlichkeit erreichen konnte, den Lorbeer des größten zeitgenössischen Romandichters seines Landes streitig machte. Thackeray, als einziges Kind eines vermögenden Beamten in Kalkutta geboren, nach dem frühen Tode des Vaters in England erzogen, durch Besuch der Universität Cambridge und festländische Reisen vielseitig gebildet, hatte nicht wie Dickens eine harte Jugendzeit durchzumachen und lernte nicht wie dieser von Grund aus die untersten Schichten des Volkes kennen. Er verkehrte, ohne den Zwang eines einträglichen Berufes, nur zeitweise journalistisch thätig, im Inland wie im Ausland in den besten Gesellschaftskreisen. Der Verlust seines Vermögens in Folge verfehlter Spekulationen, des Fallissements einer indischen Bank, eigener Verschwendung und Spielerleidenschaft

nötigte ihn, statt in Mal- und Zeichenstudien zu dilettiren, endgiltig mit der Feder sein Brot zu verdienen. Als Redaktionsmitglied von „Frasers Magazine", Mitarbeiter des Punch und anderer Zeitschriften, veröffentlichte er, fast durchweg anonym, Aufsätze, Skizzenbücher, Erzählungen, Reisebilder, die er während einer zwölfwöchentlichen Fahrt zu den Inseln und Küsten des mittelländischen Meeres gesammelt hatte, und offenbarte dabei eine staunenswürdige Kraft und Leichtigkeit der Arbeit. Die bedeutendste dichterische Leistung dieser Jahre, vom großen Publikum nicht nach Gebühr gewürdigt, war „Barry Lyndon", die spannende Geschichte eines Glücksritters auf dem Hintergrund des achtzehnten Jahrhunderts. Erst der Roman „Eitelkeitsmarkt", der nach dem Muster von Dickens' Pickwickiern in monatlichen Einzelnummern und unter Thackerays Namen erschien, hob ihn mit einem Schlag auf die Höhe des Ruhmes. Auf ihr behauptete er sich mit dem autobiographischen Roman „Pendennis", dessen Erscheinen wieder in Einzelnummern durch eine längere Krankheit unterbrochen, sich bis zum Ende des Jahres 1850 hinzog.

Barry Lyndon.

Eitelkeitsmarkt 1848.

Pendennis 1850.

Diese beiden Werke wiesen schon in aller Schärfe die unterscheidenden Merkmale von Thackerays und Dickens' Temperament, Denkart und Kunstweise auf. Wie Dickens so war auch Thackeray bei Smollett und Fielding in die Schule gegangen. Aber was sich bei dem Moralisten Dickens als harmlose Verspottung menschlicher Schwächen und Thorheiten gab, verwandelte sich bei dem Moralisten Thackeray in schneidende, mitunter bittere Satire. Der eine sah das Leben als ein Schauspiel an, in dem das Gute der Regel nach das Böse überwindet. Der andere war geneigt, dem unter der oberflächlichen Hülle der Erscheinungen verborgenen Bösen und Niedrigen nachzuspüren, und obwohl er sich gegen den Vorwurf des Cynismus völlig gefeit wußte, seiner zersetzenden Kritik die Zügel schießen zu lassen. Jener fühlte sich, so gut er die Nachtseiten des Lebens kannte, in seinem wahren Element bei der Vorführung edler Charaktere und schöner Handlungen. Dieser, so manche zarte und rührende Scene er darzustellen wußte, entfaltete gleich Balzac seine Hauptkraft bei der Ausmalung von Schlechtigkeiten und Trugbildern. Dazu kam, daß Dickens sich mit Vorliebe in der Umwelt der unteren Gesellschaftsklassen bewegte, die er durch Idealisirung in den Augen der Leser hob, während Thackeray die mittleren und höheren Schichten durch seinen unbarmherzigen Realismus bewußt erniedrigte. Unbestechlich in seiner Bewertung gepriesener Einrichtungen und Zustände, schwang er seine Geißel über Kirche, Schule, Parlament, Universität, geistliche Anmaßung, aristokratischen Hochmut, Gelehrtendünkel. Hiebei verwandte er viel weniger Sorgfalt als Dickens auf die Schilderung der Umgebungen seiner Helden und Heldinnen, vertiefte sich aber um so mehr in die Aufdeckung ihres Innenlebens und bezeugte eine Meisterschaft reinen,

kräftigen, biegsamen Stils, die ihn nach dem Urteil von Kennern zu einem der vorzüglichsten Prosaisten machte.

Mit „Henry Esmond", dem ersten seiner Werke, das sogleich als Ganzes in Buchausgabe erschien, bot er wieder in Form kunstvoll komponirter Erzählung ein treues, an geschichtlichen Erinnerungen reiches Zeitgemälde der vornehmen Welt des achtzehnten Jahrhunderts. Schon vor Vollendung dieses Werkes war er nach Dickens' Beispiel als Vorleser in den größten Städten Englands und Schottlands aufgetreten und setzte diese gewinnreiche Thätigkeit bei einer Vortragsreise in Amerika fort. Auf dieser Reise begann er den Roman „Die Newcomes", den er in Paris vollendete: ein unübertrefflich anschauliches Kulturbild des englischen Lebens in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, wenn schon ohne straffen künstlerischen Plan, wie das bei dem wieder beliebten stückweisen Erscheinen in einzelnen illustrirten Nummern nur allzu erklärlich war. Nach einer zweiten amerikanischen Vortragsreise und nach einem mißglückten Versuch, Parlamentsmitglied zu werden, wandte sich Thackeray wieder der Dichtung zu. Aber die Romane „Die Virginier", mit Wiederholungen der Gesellschaftsbilder in „Esmond", und „Die Abenteuer Philipps", die in dem von ihm gegründeten „Cornhill Magazine" erschienen, bekundeten ein Versiegen seiner Erfindungsgabe. Seine Kraft war durch aufreibende Arbeit und Zerstreuung gebrochen. Nur kurze Zeit konnte er sich des mit allem Luxus ausgestatteten Wohnsitzes erfreuen, den er sich in Kensington hatte erbauen lassen. Am Weihnachtsmorgen 1862 fand man ihn, durch einen Schlaganfall hinweggerafft, tot im Bett.

Henry Esmond 1852.

Die Newcomes 1854 bis 1855.

Die Virginier 1858. 1859.

So manche Nachahmer Thackeray auch hatte: die gleiche Fähigkeit, mit scharfen, wenn nicht überscharfen Strichen das Sittenbild der höheren Klassen Englands in jüngster Vergangenheit und lebendiger Gegenwart zu zeichnen, erbte doch keiner von ihnen. Er konnte neben Dickens, dem Epiker des vierten Standes, als Hauptvertreter der Kunstgattung des Gesellschaftsromans im Viktorianischen Zeitalter gelten. Man hat indessen bemerkt, daß für beide die poetische Wiedergabe elementarer Ausbrüche der Leidenschaft im Verhältnis beider Geschlechter zu einander wenig zählte und, wo sie erfordert wurde, sich gewöhnlich in ziemlich konventionelle Formen kleidete. Diese Lücke füllte eine Dichterin aus, deren Roman „Jane Eyre", noch ehe man den Namen der Verfasserin kannte, begeisterte Aufnahme fand. Charlotte Brontë, die älteste von drei ungewöhnlich begabten Töchtern eines armen, im Alter erblindeten Landpfarrers, schon als Kind von erfinderischer Phantasie, als Gouvernante und Lehrerin reich an bitteren Erfahrungen, ergoß alles, was sie ersehnt und gelitten, Liebe, Stolz, Kummer, Kränkung in ihr Buch. Sie enthüllte in dem kleinen Stückchen Menschendasein, das sie beleuchtete, mit überzeugender

Charlotte Brontë. Jane Eyre 1847.

Aufrichtigkeit, in glühenden Worten, nie ohne stimmungsvolle Anpassung der Handlung an die örtliche Umgebung ihr eigenes seelisches Erleben. Ähnliche Töne schlug sie nach dem Tode der Schwestern in den Romanen „Shirley“ und „Villette“ an. Die Ursprünglichkeit ihrer hinreißenden Erzählungen ließ naive Mißgriffe, die ihrer Unkenntnis der großen Welt entsprangen, stilistische Entgleisungen, Mängel der Komposition vergessen. Zu reifer Künstlerschaft sich zu entwickeln, war ihr versagt. Nach kurzem Eheglück starb sie neununddreißigjährig. Aber sie hinterließ den Eindruck einer edlen und starken schriftstellerischen Persönlichkeit und zugleich den der Verkünderin einer neuen Zeit für ihr Geschlecht, für dessen moralische und wirtschaftliche Selbständigkeit sie, wie einst Mary Wollstonecraft, den Kampfruf hatte erschallen lassen.

Shirley. Villette 1849. 1853.

Wie Dickens und Thackeray, so forderten Charlotte Brontë und George Eliot, die zweite große englische Romandichterin der Zeit, von selbst zur Vergleichung heraus. Wie jene so unterschieden sich diese nach ihrem Wesen, ihrer Bildung, ihrer Schaffensweise aufs stärkste. Mary Ann Evans, die unter ihrem Autornamen George Eliot berühmt wurde, die Tochter eines methodistischen Baumeisters und Liegenschaftsagenten, dem sie nach dem Tode der Mutter musterhaft den Haushalt führte, war weicher und gleichmäßiger als ihre unbeugsame, leidenschaftliche Vorgängerin. Während diese über ein beschränktes Maß von Erlerntem verfügte, eignete jene sich dank unstillbarem Wissensdurst und nie befriedigter Leselust umfassende, zu den höchsten philosophischen Problemen vordringende Kenntnisse an. Über den engen Gesichtskreis der gottesfürchtigen, ihrer Kirche ergebenen armen Pfarrerstochter wurde sie, durch den Umgang mit einer befreundeten freidenkerischen Familie dem Glauben entfremdet, die Übersetzerin von Strauß' Leben Jesu, Spinozas „politisch-theologischem Traktat“, Feuerbachs „Wesen des Christentums“, ebenso wie über die Schranken eines bestimmten Bekenntnisses hoch hinweggehoben. Was für die Verfasserin von „Jane Eyre“ im Grunde den einzigen Gegenstand schöpferischer Gestaltung bildete, das leidenschaftliche Gefühl des Frauenherzens, trat bei George Eliot hinter der Fülle großer Fragen zurück, die ihre Zeit bewegten und die in ihrer Seele nach künstlerischer Formgebung rangen.

George Eliot.

Indessen erst als sie beinahe das vierte Jahrzehnt ihres Lebens vollendet hatte, wurde sie sich ihrer dichterischen Begabung voll bewußt. Nach dem Tode des Vaters verbrachte sie ein Jahr in Genf, wo sie sich namentlich naturwissenschaftlichen und mathematischen Studien hingab. Nach England heimgekehrt, wurde sie Mitherausgeberin des „Westminster Review“ und Mittelpunkt eines litterarischen Kreises, dem der Philosoph Herbert Spencer und George Henry Lewes angehörten. Diesem geistvollen Weltmann, den seine leichtfertige junge Frau verlassen hatte,

reichte sie, obwohl seine Ehe nicht geschieden war, die Hand, um seinen drei kleinen Knaben eine zweite Mutter zu werden. Sie verbrachte mit Lewes einige Zeit in Weimar und Berlin, wo er an seinem „Leben Goethes“ arbeitete, und kehrte mit ihm nach London zurück. Seinem Zureden gelang es, sie davon zu überzeugen, daß der Roman das wahre Feld für ihre Feder sei. Auf einen glücklichen Versuch mit der Erzählung „Amos Barton“ ließ sie die „Scenen aus dem geistlichen Leben“ folgen, die sofort Dickens', Thackerays, Carlyles Aufmerksamkeit erregten. Den ersten großen Erfolg brachte ihr dann „Adam Bede“, wie der Held der Dichtung, der willensstarke, pflichtgetreue Tischlergeselle sich nannte. Dieser Erfolg steigerte sich noch nach dem Erscheinen der „Mühle am Fluß“, teilweise einem Spiegelbild eigener rührender Jugenderlebnisse, und von „Silas Marner“, der ergreifenden Geschichte des armen, vielgeprüften, in einer kleinen Dissenter-Gemeinde aufgewachsenen Webers. Der reiche Ertrag ihrer Werke ermöglichte George Eliot eine mit Lewes unternommene Reise nach Italien. Hier entwarf sie den Plan ihres historischen Romans „Romola“, der in das Florenz Savonarolas zurückführte. Im stärksten Gegensatz dazu stand „Felix Holt“: ein kühner Griff in die moderne Zeit der Kämpfe um die Reformbill von 1832. Nach einigen wenig glücklichen Ausflügen auf das Gebiet der gebundenen Rede machte sich die Unermüdliche an ihr großes Werk „Middlemarch“, mit dem sie erst 1872 neue Triumphe feierte.

Scenen aus dem geistlichen Leben 1858.
Adam Bede 1859.
Die Mühle am Fluß 1860.
Silas Marner 1861.
Romola 1863.
Felix Holt 1866

Wenn Gustav Freytag nach Julian Schmidts Anweisung in seinen Romanen das Volk bei seiner Arbeit suchte, so könnte man, abgesehen von dem glänzenden, auf gründlichsten Vorstudien ruhenden Florentiner Geschichtsbild, dasselbe von George Eliot sagen. Indessen wählte sie bei der dichterischen Verherrlichung der Arbeit ihre Typen gewöhnlich aus niedereren Regionen als der Deutsche und gab ihnen häufig eine religiös-moralische Färbung, die ihren ästhetischen Grundsätzen wie der Auffassung ihres schriftstellerischen Berufes entsprach. Ihr eingestandenes Streben war, durch ihre Dichtung die Augen des Lesers für das Nächste und Gewöhnliche, aber in unscheinbarer Form Edle und Erhabene, zu öffnen und „Mitgefühl mit den Verwirrungen des Alltagslebens zu erwecken“. Ihre Kunst, vergleichbar der jener von ihr vorzugsweise bewunderten niederländischen Maler, sollte mit treuester Naturwahrheit ohne irgendwelche Verschönerungsmittel zeigen, „wie freundlich auch auf Alltagsgesichter das Licht des Himmels fällt“. Sie verwendete äußerste Sorgfalt auf vertiefstes psychologisches Eindringen. Sie suchte jede menschliche Spielart in allumfassender Duldsamkeit zu verstehen. Sie erwies ihre Meisterschaft nicht zuletzt in der Aufdeckung des kindlichen Seelenlebens und ließ Nebenfiguren, ohne sie vorzudrängen, über der Charakteristik der hie und da etwas eintönigen Hauptpersonen nicht zu kurz kommen.

Mit derselben Naturwahrheit zeichnete sie jede Örtlichkeit, jede Beschäftigung, jedes Gerät. Ihren realistischen, mitunter von leichtem Humor überhauchten Schilderungen, namentlich des englischen Provinzlebens in Stadt und Land, dankte sie ihre Beliebtheit auch in den Kreisen, die gelegentlich eingestreute wissenschaftliche Bemerkungen nicht zu schätzen wußten. In der ersten Periode müheloſen Gestaltens bewahrte ihr künstlerischer Takt sie vor einem Zuviel solcher lehrhafter Zuthaten. Erst in ihren späteren Romanen, besonders unter dem Einfluß der positivistischen Lehre Comtes wurde die Freiheit ihres poetischen Schaffens hie und da über Gebühr durch philosophische Betrachtung eingeschränkt.

Meredith. Auf diesem Weg folgte George Meredith als begeisterter Anhänger der Evolutionstheorie ihr nach. Sein Meisterwerk lieferte er 1859 in dem Erziehungsroman „Die Feuerprobe Richard Feverels". Bald wagte er, noch höhere, unerhörte Forderungen an den Roman zu stellen. Er sollte nach ihm „das Fuhrwerk der Philosophie" sein, und die Erzählung sollte als etwas ganz Nebensächliches gelten[1]). Diese überspannte Auffassung, mit der sich ein oft gezierter, unnatürlicher Stil verband, schloß freilich die Möglichkeit aus, daß der von Feinschmeckern hoch gepriesene Schriftsteller mit seinen Romanen jemals wahrhaft volkstümlich wurde. Dasselbe Schicksal teilten seine tiefsinnigen, mitunter an Shelleys Vorbild gemahnenden Schöpfungen in gebundener Rede.

Wie in Deutschland, so war jedoch damals auch in England der reine Strom der Dichtung nicht versiegt, der nur in geringem Maße abspiegelte, was die Zeit in Leben und Lehre bewegte. Insbesondere Lyrik. galt das von der Lyrik im weitesten Sinn des Wortes. Auf diesem Gebiet erlangte das Ehepaar Browning, das Jahre lang auf italienischem Boden weilte, allmählich eine Wertschätzung, die nicht ohne Anfechtung errungen wurde und der es auch später an Widerspruch nicht fehlte. Lange vor Elisabeth und Robert Browning. ihrem Mann konnte sich Elisabeth Barrett, wie sie mit ihrem Mädchennamen hieß, eines, immerhin noch ziemlich engen, Kreises von Bewunderern rühmen. Zumal in ihren Sonetten fand man eine seltene Verbindung seelenvollen Inhalts und vollendeter Form. Robert Browning, dem kosmopolitischen, ebenso vielseitigen wie fruchtbaren Dichter, der Menschentypen jeder Art, unabhängig von ihrer socialen und politischen Umwelt darzustellen und zu zergliedern suchte, wurden erst geraume Zeit nach ihrem Tode Huldigungen und Ehren zuteil. Doch hatte man zu beklagen, daß groteske Schroffheiten, Dunkelheiten des Stils, Rauhheiten des Versmaßes die große Menge der Leser abschreckten. Der unbändige Reichtum der Phantasie und die ungeheure Masse der Kenntnisse Brownings erschwerten ihm die künstlerische Beherrschung seiner allen Zeiten

[1]) B. Fehr: Streifzüge durch die neueste englische Litteratur 1912 S. 15, 17—56.

und allen Lebenslagen entnommenen Stoffe. Immerhin war seine Einwirkung auf andere Geister nicht gering.

Rossetti. Man hat sie selbst in einigen Gedichten Dante Gabriele Rossettis wiederfinden wollen, der das Haupt der „Präraffaeliten" wurde. An-

Ruskin. fangs heftig befehdet, fanden diese einen begeisterten Verteidiger in Ruskin, dem Verfasser der Epoche machenden Werke „Moderne Maler", „Die sieben Lampen der Architektur", „Die Steine Venedigs", der eine diktatorische Stellung als Kunstkritiker und Kunsterzieher erlangte. Dante Gabriel Rossetti, der Sohn des 1821 vor der Rachsucht Ferdinands I. aus Neapel geflüchteten, in England heimisch gewordenen Gabriel Rossetti (s. II. 541) hatte als jugendlicher Maler mitsamt seinen Freunden Hunt und Millais die naive, naturtreue vorraffaelische Kunst der Primitiven der herrschenden Konvention und Unwahrheit entgegengestellt. Derselbe Protest wider die prosaische, nüchterne Gegenwart bildete die Grundnote seiner von Sinnlichkeit gesättigten, in ihrer allegorisirenden Weise auf Dante zurückgehenden Poesieen. Gesammelt erschienen sie freilich erst 1870 nach der wieder ausgegrabenen Handschrift, die Rossetti der geliebten, nach nur zweijähriger Ehe ihm entrissenen Frau in den Sarg gelegt hatte. Aber vereinzelt waren sie teilweise lange vorher bekannt geworden, und angefangen mit seiner Schwester Christina Georgina bis zu Algernon Charles Swinburne stand eine ganze Schar poetischer Genien unter seinem Einfluß.

Tennyson. Indessen nahm unter allen Nebenbuhlern des Viktorianischen Zeitalters auf dem Gebiet der gebundenen Rede Alfred Tennyson, dessen erste Gedichtsammlung anfangs wenig beachtet worden war (s. V. 43), eine unbestrittene Herrscherstellung ein. Der frühreife, durch seine Persönlichkeit bezaubernde Pfarrerssohn, der die Universität verlassen hatte, ohne einen akademischen Grad erlangt zu haben, und, unbeirrt durch Enttäuschungen, im Glauben an seine künstlerische Zukunft einen bürgerlichen Beruf verschmähte, gewann mit den zwei Bänden seiner Gedichte 1842 lang entbehrten Beifall und erklomm acht Jahre später mit der Totenklage „In Memoriam", die dem Andenken seines Freundes Arthur

In Memoriam 1850. Hallam gewidmet war, die höchste Staffel des Ruhmes. Nach Wordsworths Tod von der Königin zum Poeta laureatus ernannt, durch die Gunst des Hofes und des Adels ausgezeichnet, bewahrte er sein einfaches, schlichtes Wesen und setzte seinen Stolz vornehmlich darein, bis zu den breiten Schichten seines Volkes durchzudringen. Gelang ihm dies auch nicht

Königsidyllen 1869 ff. ganz mit den „Königsidyllen", einer etwas matten Wiederauffrischung der bretonischen Artussage, und mit dem versificirten Roman „Maud", einem gewagten Versuch, mit den aus dem modernen Leben geschöpften zeitgenössischen Prosadichtungen zu wetteifern, so doch mit den lyrischen Einlagen des moralisirenden Märchens „Die Prinzessin", mit manchem

volksliedmäßigen Prachtstück und vor allem mit dem rührenden, Meerluft atmenden Idyll „Enoch Arden". Der Ausdruck tiefster Leidenschaft und die überwältigende Kraft urwüchsigen Gestaltens waren ihm allerdings versagt. Dafür gebot er im stärksten Gegensatz zu Browning über sanfte Töne träumerischer Schwermut, über eine sich einschmeichelnde melodiöse Sprache, über einen außerordentlichen Wohllaut des Rhythmus. In manchem Zug erinnerte er an Emanuel Geibel. Auch hatte er wie dieser, trotzdem er mit mehreren Tragödien heißes Bemühen auf die Eroberung der Bühne wandte, keine dramatische Ader. Endlich glich er dem Deutschen darin, daß er, obwohl kein Parteimann, im stolzen Bewußtsein der Großthaten seines Volkes, sein patriotisches Gefühl in Verse von bestrickender Gewalt ausströmen zu lassen wußte. Er dankte seine Popularität nicht zum wenigsten Gedichten wie der Ode auf den Tod des Herzogs von Wellington oder auf den Angriff der leichten Reiterei in der Schlacht von Balaklawa. Allein eine bestimmte politische Tendenz lag dem Dichter fern. Noch weniger dürfte man ein sociales Programm in seinen Werken suchen, das irgendwie über das allgemeine Bestreben hinausginge, „den gemeinsamen Interessen der Zeit und der Menschheit" zu dienen[1]). —

Enoch Arden 1864.

Die schöne Litteratur Englands in dieser Periode, so reich an höchst wertvollen Hervorbringungen sie war, hatte eine fühlbare Lücke. Tennyson war nicht der einzige, der vergeblich nach dem Lorbeer rang, welcher im Vaterland Shakespeares verdorrt war. Auch Browning, den manche seiner Bewunderer das größte dramatische Genie Englands im neunzehnten Jahrhundert genannt haben, und der selbst viele seiner lyrischen Dichtungen als „dramatisch" charakterisirte, hat nie ein bühnengerechtes Stück geschrieben. In Frankreich dagegen nahm unter dem zweiten Kaiserreich die dramatische Dichtung einen neuen Aufschwung. Die Bühne wurde dabei nicht selten zur Kanzel, von der herab sociale Lehren verkündet werden sollten. Als Rückschlag gegen das romantische Drama, in Verschmelzung der Hauptelemente von Balzacs Romanen und Scribes Intriguenstücken, entstand die moderne französische Sittenkomödie. Ihr Gegenstand ward immer dem wirklichen Leben und der Gegenwart entnommen. Gewöhnlich handelte es sich um den Gegensatz zwischen den socialen Gesetzen und der Leidenschaft oder zwischen der neuen und alten Gesellschaft Frankreichs. Häufig wurden beide ineinander verwoben.

Frankreich. Die Sittenkomödie.

Als Begründer dieser neuen Kunstgattung traten der jüngere Dumas und Augier auf. Alexandre Dumas, der uneheliche Sohn des berühmten Romanschreibers, dessen excentrische Phantasie er gutenteils geerbt,

Der jüngere Dumas.

[1]) William Clark Gordon: The social ideals of Alfred Tennyson as related to his time. Chicago 1906.

dankte seine Lebensanschauung vornehmlich der Unregelmäßigkeit seiner Herkunft, unter der er viel zu leiden hatte, und der oft unsauberen Umgebung, in der er aufwuchs. Das Vorurteil gegen den Bastard, die unerlaubte Liebe der Kurtisane, die Zerstörung der Familie durch den Ehebruch: diese Probleme reizten ihn vorzugsweise. Er bäumte sich auf gegen die Ungerechtigkeiten der Gesellschaft und der Gesetzgebung, in Folge deren dem unehelichen Kind wirksamer Schutz versagt und dem verletzten Teil nach dem Treubruch keine Freiheit der Scheidung gewährt wurde. Indessen war er doch vor allem Künstler von scharfer Beobachtungsgabe, je nach dem Erfordernis Meister des natürlichen, geistreichen, witzigen Dialogs, fähig, das Publikum durch überraschende Wendungen der Handlung zu fesseln, zu blenden und zu rühren. Die beliebtesten seiner Stücke waren diejenigen, in denen er der Neigung zu moralisiren am meisten Widerstand leistete und nur nebenbei auf die sittlichen Anschauungen seiner Zuschauer hinzuwirken suchte. Dies galt trotz des Übermaßes melodramatischer Deklamation von dem schon 1849 nach einem früher erschienenen Roman in acht Tagen niedergeschriebenen Schauspiel „Die Kameliendame". Es konnte erst 1852 auf die Bühne gebracht werden, da die Censur sich lange der Aufführung des „unmoralischen Stückes" widersetzte, in dem eine schwindsüchtige, mit den edelsten Gefühlen ausgestattete Dirne die Hauptrolle spielte. Die dramatische Technik stand höher und der moralische Standpunkt war deutlicher in Dumas' zweitem Hauptstück „Die Halbwelt". Mit dieser glücklichen Wortschöpfung bezeichnete er diejenige großstädtische Damenwelt, die einen Schein äußerer Anständigkeit zu wahren weiß, aber thatsächlich vom Laster lebt. Mit den Dramen „Der uneheliche Sohn", „Der Frauenfreund", „Die Principien der Frau Aubray" (1867) lenkte er in die Bahn der „Thesenstücke" ein. Durch diese sollte ein bestimmter Satz bewiesen werden, der mit dem socialen Gefüge in Widerspruch stand. Dabei konnte es an mancherlei Sophismen, Fehlschlüssen vom Sonderfall auf das Allgemeine, Künsteleien und Wiederholungen der Charaktere und Situationen nicht fehlen. Auch versetzte dieser Verteidiger der Tugend die Zuschauer häufig in eine ungesunde, schwüle Atmosphäre und stattete das Laster hie und da mit allzu verführerischen Reizen aus. Aber er rechnete sich dennoch zum Ruhm an, für die höheren Interessen der Gesellschaft, deren Grundlage die Familie sei, seine dichterische Kraft eingesetzt zu haben und verteidigte seine „Thesen" zum Überfluß in beredten Vorworten seiner gedruckten Bühnenwerke.

Die Kameliendame 1849.

Die Halbwelt 1855.

Der uneheliche Sohn 1858.

Der Frauenfreund 1861.

Emile Augier, der Abkömmling einer wohlhabenden bürgerlichen Familie der Provinz, nach regelrechtem Bildungsgang auf der Schule und Universität, wo er juristische Studien trieb, der Schriftstellergilde zugeführt, hatte einen engeren Horizont und weniger Kühnheit der Ideen

Augier.

als Dumas. Auch war bei ihm die Tendenz nicht so fühlbar und die Sittenschilderung nicht so grell wie bei diesem. Aber auch er glaubte an die moralische Wirkung des Theaters und strebte, nachdem er mit Komödien in Versen, wie „Gabrielle“ und „Philiberte“ der Romantik abgesagt hatte, bewußt auf sie hin. Er behandelte mit Vorliebe das Problem des Geldes, in dessen übertriebener Wertschätzung er die Gefahr einer Entsittlichung der Familie und der Gesellschaft erkannte. In diesen Rahmen gehörte die Frage der Mitgift, des Luxus der Frauen, der Spekulation der Männer. Daneben zog ihn der Gegensatz und die Verflechtung der aus der großen Revolution hervorgegangenen Gesellschaftsklassen an. Vorzüglich gelangen ihm die Typen des eleganten, frivolen, verschuldeten Aristokraten und des plumpen, prosaischen, arbeitsamen Bourgeois, die er mit sicherer Hand und gerechter Abwägung lebenswahr zu gestalten wußte. Dies bewies sein Meisterwerk „Der Schwiegersohn des Herrn Poirier“, in welchem dem Vertreter der ehrenhaften, tüchtigen Bourgeoisie das letzte Wort verblieb. Die folgenden Stücke „Der goldene Gürtel“, „Die Heimat Olympias“, „Die armen Löwinnen“ bezeugten schon etwas vom Einfluß Dumas. In den Komödien „Die Unverschämten“, „Der Sohn Giboyers“, „Löwen und Füchse“, die eine Art Trilogie bildeten, geißelte Augier die Verderbnis von Zeitgenossen, die nach dem Muster so vieler Großen des zweiten Kaiserreichs aus der Politik ein oft anrüchiges Geschäft machten. Einen anderen Gegenstand seiner zürnenden Muse, die Blasirtheit und die materialistische Gesinnung der Jugend, behandelte das Drama „Die Ansteckung“ (1866). Von geringerer Erfindungsgabe als Dumas bediente er sich mitunter der Hilfe von Mitarbeitern. Aber das Gepräge drückte er selbst dem Rohstoff auf, und für Jüngere, wie Sardou, Hervieu, Brieux, ward er neben Dumas der Wegweiser.

Der Schwiegersohn des Herrn Poirier 1854.

Der goldene Gürtel 1856.

Die armen Löwinnen 1858.

Folgende Komödien 1861 bis 1869.

Neben der Sittenkomödie entwickelte sich das Vaudeville, diese so viel tiefer stehende Kunstgattung, in einer ganz neuen Form. Von Haus aus nur darauf angelegt, durch das Mittel einer abenteuerlichen, unwahrscheinlichen Handlung die Lachmuskeln zu reizen, verwandelte es sich unter Beihilfe der Musik in die Operette und fand den größten Beifall, wenn es mit ausgelassener, frivoler Parodirung dessen, was nach der Überlieferung achtbar, ehrwürdig und erhaben war, sich an die niederen Instinkte des Publikums wandte. Auf diesem Gebiete waren für die Erfindung des Librettos Meilhac und Halévy die Meister des Handwerks. Sie fanden in dem vielseitig begabten, in der Jugend nach Paris verschlagenen Kölner Jacques Offenbach, der sich durch anmutige kleine Singspiele schon einen Namen gemacht hatte, einen unschätzbaren Gehilfen. Offenbach stellte sein reiches Talent in den Dienst einer Zeitströmung, in welcher die Kunst, statt der Menschheit Würde zu bewahren, hie und da

Das Vaudeville.

Meilhac und Halévy.

Offenbach.

bis zu schamloser Frechheit erniedrigt wurde. Die „Offenbachiade", die mit „Orpheus in der Unterwelt", der „Schönen Helena", „Der Herzogin von Gerolstein" ihre Triumphe feierte, war ganz nach dem Geschmack der verlotterten, genußsüchtigen, dank dem Staatsstreich des prinzlichen Glücksritters in die Höhe gekommenen Gesellschaft, der in erster Linie mit Nervenreiz und Sinnenkitzel gedient war. Daß sie selbst von dem musikalischen Satiriker in zügelloser Weise verlacht und verhöhnt wurde, schien ihr nicht zum Bewußtsein zu kommen. Auf die tiefste Stufe vollends sanken die theatralischen Darbietungen an der Seine mit sinnlosen Feenmärchen und Ausstattungsstücken, die Gelegenheit zur Verwendung durchsichtiger Trikots und schlüpfriger Scenen darboten. Allerdings hätte man der Moral des französischen Volkes in seiner Gesamtheit schweres Unrecht gethan, wenn man aus dem Geschmack an dieser leichten Ware oder an der Beliebtheit der Ehebruchsdramen Rückschlüsse auf die allgemeinen sittlichen Zustände hätte ziehen wollen. Aber man versteht Baudelaire. es, wie sich in der Fäulnisluft des zweiten Kaiserreichs die „Giftblumen" Baudelaires (1857) entfalten konnten, der, angeekelt von der Welt und der Menschheit, vom Geist rebellischer Verneinung beseelt, mit krankhafter Phantasie in seinem grausamen Bekenntnisbuch die heimlichen Gefühle und Laster einer entarteten Zeit zu gespensterhaftem Dasein erweckte.

Mittlerweile verschafften sich auch unter der Herrschaft des Cäsarismus neben der Lyra des stoischen, pessimistischen Leconte de Lisle, um den sich das jüngere Dichtergeschlecht der „Parnassier" gruppirte, die Stimmen der großen poetischen Genien Frankreichs Gehör, auf die man schon Jahrzehnte lang vorher gelauscht hatte. Nachdem Viktor Viktor Hugo. Hugo aus der Verbannung seine satirischen Blitze gegen den Usurpator geschleudert hatte (s. o. S. 22) nahm er mit den „Betrachtungen" den Betrachtungen 1856. abgerissenen Faden der unpolitischen Dichtung wieder auf. Teilweise in früheren friedlichen Zeiten am gewohnten häuslichen Herd, teilweise erst nach der Vertreibung aus dem Vaterland in der insularen Einsamkeit der Fremde entstanden, übertrafen sie durch formvollendeten Ausdruck wechselnder Gefühle nach allgemeinem Urteil alles, was seine Lyrik bis dahin geboten hatte. Die gleichsam apokalyptische Inspiration, von der sich der Dichter angesichts des unbegrenzten Oceans beseelt fühlte, die hier zum erstenmal in die Erscheinung trat, durchhauchte auch die erste Sammlung der „Legende der Jahrhunderte", eine Mischung epischer, Legende der Jahrhunderte 1859. lyrischer, didaktischer Poesieen, in der die Entwicklung des menschlichen Geschlechtes von Jahrhundert zu Jahrhundert aufgezeigt werden sollte. In einer Sprache, die bald an die Bibel, bald an Dante erinnerte, je nachdem heroisch oder volkstümlich war, ließ der gleichsam durch die Phantasie eines Visionärs berauschte Sänger längst vergangene Civilisationen, Völker und Helden wieder aufleben. Zwar fehlte es nicht an

geschichtlichen Entstellungen, rhetorischen Deklamationen, bizarren Dunkelheiten, ermüdenden Aufzählungen und Antithesen: Mängel, die bei der späteren Fortsetzung der „Legende" noch fühlbarer wurden. Aber in der ersten Sammlung überwogen die Perlen der Epik und Lyrik, die aus der farbenprächtigen Stickerei dieses poetischen Riesengobelins hervorleuchteten.

Die Elenden 1862.

Von einer ganz neuen Seite zeigte sich Viktor Hugo in dem drei Jahre später erscheinenden achtbändigen Prosawerk „Die Elenden". Ohne Zweifel durch das Beispiel und den Erfolg Eugène Sues angereizt, suchte er durch einen großen socialen Roman alles Vorausgegangene dieser Art zu überbieten. Aber er wollte und konnte sich nicht mit einer aufregenden, melodramatischen Erzählung begnügen. Wenn er das sociale Elend in jeder Gestalt den Lesern vor Augen führte, so sollten sie dazu gebracht werden, sein Gefühl tiefen Mitleids zu teilen und in der brüderlichen Liebe des Nächsten das Hauptmittel der Heilung gesellschaftlicher Leiden zu erkennen. Diese von praktischen Lösungen ganz absehende Tendenz, verbunden mit der Neigung, seine eigene Persönlichkeit vorzudrängen, seine Ideen auseinanderzusetzen, mit seinen Kenntnissen zu glänzen, that der künstlerischen Ausgestaltung des Romans unstreitig Eintrag. Dazu war seine innere Einheit durch die Geschichte der Verfolgung Valjeans durch Javert nur scheinbar hergestellt. Er war überladen mit ablenkenden Episoden, und viele der auftretenden Personen trugen, statt lebendige Individualitäten zu sein, eine bestimmte Etikette, durch die sie zu bloßen Symbolen eines Lasters oder einer Tugend wurden. Dennoch übten die unvergleichliche Kraft zahlreicher Scenen, der Wechsel erschütternder und rührender Bilder, die Spannung, in die man sich bei dem Bericht von Straßenkämpfen, Gerichtsverhandlungen, Verbrechen und Heldenthaten versetzt fühlte, eine fascinirende Wirkung aus. In Viktor Hugos nächstem Roman „Die Arbeiter des Meeres" war sein Prunken mit zusammengerafften gelehrten Einschiebseln noch lästiger. Hatte er in dem vorausgehenden Werk dem Leser eine Abhandlung über das Rotwelsch der Gauner nicht geschenkt, so mußte man hier Streifzüge in das Gebiet der Geologie und der Ingenieurwissenschaft mit in Kauf nehmen. Auch hinderte Viktor Hugos ungezügelte, abschweifende Phantasie hier nicht weniger die Einfachheit eines übersichtlichen Gesamtplanes. Aber bewundernswert war die Schilderung des Oceans, der wie eine dämonische Personifikation in seiner majestätischen Ruhe und in seiner entfesselten Wut die beherrschende Rolle spielte, und die Verflechtung des Waltens der Naturmächte mit dem Schicksal des für andere sich aufopfernden Helden.

Die Arbeiter des Meeres 1866.

George Sand.

In Frankreich selbst streute George Sand aus ihrem unerschöpflichen Füllhorn eine Gabe nach der anderen aus. Nach dem Schiffbruch so vieler Hoffnungen politischer und socialer Weltverbesserung lebte sie

zumeist auf ihrem Landgut Nohant, mütterlich besorgt für die Ihrigen, stets hilfsbereit für ihre Freunde, in der abgeklärten Stimmung des nahenden Alters, aber immer noch begeistert für die Ideale ihrer Jugend, voll Abscheu vor Unduldsamkeit jeder Art und durchdrungen von dem Glauben an die Würde ihres schriftstellerischen Berufes. „Ich bin und war immer, schrieb sie einmal Mazzini, vor allem Künstlerin, ich weiß, daß die rein politischen Menschen den Künstler verachten, weil sie ihn nach einigen Typen von Bänkelsängern beurteilen, welche die Kunst entehren. Aber Sie, mein Freund, wissen, daß der wahre Künstler ebenso nützlich ist wie der Priester und der Krieger, und daß er, wenn er das Wahre und Gute achtet, einen Weg wandelt, auf dem ihm der Segen Gottes nie fehlt." Man hatte die Meisterin des idealistischen Romans früher als Verfasserin von Bühnenwerken kaum gekannt. Seit 1849 schuf sie aber eine Reihe von Schauspielen, die Beifall fanden, und von denen namentlich die Dramatisirung ihres Dorfidylls „François le Champi" einen großen Erfolg davontrug. Sie ließ gleichsam ein romantisches Pastorale auf den Brettern erklingen und legte ihren Personen mitunter Worte in den Mund, die moralische Lehren im Gegensatz zu engherzigen herrschenden Ansichten der Gesellschaft enthielten. Mochte sie den natürlichen Sohn zum Helden machen oder das verführte Mädchen, dessen Ehre wiederhergestellt wird, zur Heldin, oder mochte sie die Mésalliance in Schutz nehmen: immer kämpfte sie auch auf der Bühne gegen sociale Vorurteile. Man hat gefunden, daß sie durch ihren Vorgang einen gewissen Einfluß auf Dumas ausgeübt habe[1]). Ist dies richtig, so zahlte er später durch die Mithilfe bei der Dramatisirung ihres Romans „Der Marquis de Villemer" seine Schuld mit Zinsen zurück. Aus der Masse anderer, nicht immer gleichwertiger Prosadichtungen ihrer Spätzeit ragte „Der Schneemann" hervor. Auch hier konnte man aus dem Mund des Helden Christian eine zugleich sociale und metaphysische Lehre vernehmen, die ihre eigene war: „Ich sage, daß es nichts Kleines und nichts Großes vor dem giebt, der alles ist, und daß in einem Ocean der Liebe immer Raum sein wird, um eine arme kleine menschliche Thräne gütig aufzunehmen."

Dramen.

Der Schneemann 1859.

Unter den jungen Talenten, zu denen George Sand im Verhältnis einer mütterlichen Freundin stand, nahm Gustave Flaubert, der Sohn eines ausgezeichneten Arztes aus Rouen und selbst vor seinem Übergang zur Litteratur Mediciner, eine der ersten Stellen ein. Zwar waren sie in vieler Hinsicht völlig entgegengesetzte Naturen. Aber vielleicht eben dadurch zogen sie einander an. George Sand, kerngesund und gesellig, war geneigt, alles in rosigem Licht zu sehen, Flaubert, seit seinem

Flaubert.

[1]) Albert le Roy: George Sand et ses amis 1903. S. 504, 505. Doumic: George Sand 1909. S. 316 ff.

zwanzigsten Jahr epileptischen Anfällen unterworfen, ein vereinsamter Misanthrop, überließ sich für gewöhnlich einer pessimistischen Weltanschauung. Sie liebte das Volk, er fand es verächtlich. Sie predigte die Klassenversöhnung, und war von ihrer Möglichkeit überzeugt, er glaubte, „daß der Haß der Armen gegen die Reichen und die Furcht der Reichen vor den Armen ewig dauern werde". Nicht minder verschieden waren ihre künstlerischen Individualitäten. George Sand blieb, so geschmeidig sie sich auch neuen Zeitströmungen anzupassen wußte, dem idealen Zug dichterischen Gestaltens treu. Sie ergoß dabei in ihre Werke, was sie bewegte, und meinte, „man müsse für alle schreiben, die den Durst des Lesens empfinden und von guter Lektüre Nutzen ziehen können". Flaubert war der Ansicht, man dürfe seine Bücher nicht mit dem Herzen machen, müsse mehr Wert auf die Form als auf den Inhalt legen und sich nur an einen kleinen Kreis Auserwählter wenden. In seiner Jugend stand er noch ganz im Bann der Romantik. Auch verblieb ihm die Abneigung des Romantikers gegen das Zeitalter der Eisenbahnen und des Fabrikbetriebs sowie gegen die philisterhafte, banale Bourgeoisie sein Leben lang. Aber viel bewußter als Balzac, mit Abstreifung und Verachtung aller romantischen Extravaganzen, im Bestreben, wie er selbst einmal sagte, „die Kunst über alle persönlichen Neigungen zu erheben und ihr durch eine mitleidlose Methode die Zuverlässigkeit der Naturwissenschaften zu geben", ward er der Schöpfer des naturalistischen Romans. Als solcher schenkte er der Welt sein Meisterwerk: „Madame Bovary".

Madame Bovary 1857.

Mit dem Erscheinen dieses Buches, der Frucht langer, sorgsamer Arbeit, begann eine neue Epoche in der französischen Litteratur. Niemals zuvor hatte man alles, was die Romantiker vom göttlichen Recht der Liebe, von der Vorherbestimmung der Seelenverwandtschaft, vom Zwang „der großen Leidenschaft" gesagt hatten, mit einer solchen Lauge von Ironie übergossen gesehen wie hier. Auch war niemals zuvor das Psychologische so folgerecht aus physiologischen Vorbedingungen abgeleitet und jeder Strich so genau nach gleichsam dokumentarischen Einzelstudien gezogen worden wie in dem Gemälde dieses Mikrokosmus einer normannischen Landstadt mit ihren kleinbürgerlichen Typen von Thorheiten, Seichtheiten, Vulgaritäten verschiedener Schattirung. So tief war der Eindruck der Seelenkunst dieses Beobachters, die sich namentlich bei der unerbittlichen Charakteristik seiner Heldin bewährte, daß der Staatsanwalt glaubte, wie beinahe gleichzeitig gegen Baudelaire, eine Anklage wegen Verletzung der guten Sitten gegen Flaubert anstrengen zu müssen.

Für Flaubert wurde das Aufsehen, das sein Roman machte, in gewissem Sinn zum Martyrium seiner ganzen späteren litterarischen Laufbahn. Der Traum „der großen unpersönlichen wissenschaftlichen Kunst" und das quälende Bewußtsein, doch niemals die Höhe ursprünglicher

großer schöpferischer Genies erklimmen zu können, verließ ihn nicht mehr und verbitterte seine Tage. Mühevoll, ein Polyhistor ersten Ranges, sammelte er für seine folgenden Werke Jahre lang den Rohstoff. Nicht minder mühevoll, höchst empfindlich für jeden Mißklang im Satzbau oder Tonfall, feilte er an der Form. Daß aber mit alledem ein gleicher Erfolg nicht gesichert sei wie der seines Erstlingswerkes, zeigte sich nach dem Erscheinen von „Salambbo". Für die genaue Schilderung des alten Karthagos und seiner Umgebung hatte er es sich nicht verdrießen lassen, sich in die ganze historische, archäologische, ethnographische Litteratur zu vertiefen und sogar eine Reise nach Afrika unternommen. Auch wurde dem Leser eine genaue Aufzählung aller Münzsorten und Edelsteine in der Schatzkammer Hamilkars nicht erspart. Aber das Buch roch, wie Sainte Beuve dem Verfasser vorhielt, „zu sehr nach der Öllampe", und so großartig einzelne Bilder des Grausens und der Lüsternheit von dem Hintergrund der orientalischen Landschaft sich abhoben, soviel menschliche Teilnahme einzelne Kapitel erweckten: als Ganzes war dies Epos in Prosa doch zu eintönig und schwerfällig. Mit dem Roman „Die sentimentale Erziehung" stellte sich Flaubert wieder auf den Boden naturalistischer Zeichnung des modernen Lebens, ohne nur entfernt die Vollendung seines ersten Werkes zu erreichen. Ebensowenig gelang ihm dies mit seinen späteren Arbeiten, wie mit der „Versuchung des heiligen Antonius", für die er ein Menschenalter hindurch Kirchenväter, Konciliengeschichten, Religionsbücher zu Rate zog. Aber sein Einfluß auf eine ganze litterarische Schule, von den Goncourts bis zu Zola, war überaus bedeutend. —

Salambbo 1862.

Eine Welt für sich und doch nicht ohne Berührung mit dem Westen bildete die gleichzeitige schöne Litteratur Rußlands. Deutlicher als in den übrigen Ländern Europas ward sie hier zum Spiegelbild der Hoffnungen, Befürchtungen, Schmerzen des Tages und zum Sammelpunkt aller geistigen Interessen. Sie ersetzte gleichsam das Parlament, die Kanzel, den Gerichtssaal und bis zu einem gewissen Grade zeitweise sogar die Universität und die Presse. Der Romanschreiber wurde der Führer und Lehrer, der Dichter wurde der Priester und Prophet des Volkes. Gemeinsam mit der westeuropäischen Dichtung war dabei der russischen der Grundzug des aus dem Bann der Romantik sich lösenden Realismus, dem zuerst Gogolj die Bahn gebrochen hatte. Seinen Spuren war Goncarov schon mit seiner dem alltäglichen Leben entnommenen Erzählung „Eine gewöhnliche Geschichte" gefolgt (s. V. 17). Die verschärfte Beobachtung der ihn umgebenden Welt zeigte sich in dem spannenden, humorvollen und ergreifenden Roman „Oblomov", und er schuf mit dieser plastisch herausgearbeiteten Gestalt des Helden seines Buches nicht nur eine neue Figur, sondern auch ein neues Wort für das Lexikon. „Oblomov" wurde aus einem Eigennamen zu einem Gattungs-

Rußland. Gogolj. Goncarov. Oblomov 1859.

begriff der Trägheit, des Sichgehenlassens, der Träumerei. Sein Nährboden, „Oblomovka", war das alte, heilige Rußland mit seinen verfallenden Gutshöfen, seinem herumlungernden Gesinde, seinem Behagen an Essen und Trinken, seinem tiefen, geistigen Schlaf. Dem Geschlecht, das auf diesem Boden erwachsen war, sprach Gončarov, ohne sich aufdringlich zum Richter aufzuwerfen, doch ein vernichtendes Urteil. Sein letzter Roman „Der Absturz" zeigte ein Nachlassen seiner Kraft und trug ihm einen entschiedenen Mißerfolg ein. Seitdem hüllte er sich, für die neue Zeit nicht mehr empfänglich, in Schweigen.

Der Absturz.

Unmittelbar an Gogolj's Satire knüpfte Saltykov an, der unter dem Schriftstellernamen Ščedrin berühmt wurde. Sohn eines wohlhabenden Landedelmannes, Beamter im Kriegsministerium, unter Nikolaus I. wegen zweier harmloser Novellen nach Vjatka verwiesen, wo er in der Kanzlei des Gouverneurs angestellt war, unter Alexander II. wieder in Petersburg im Staatsdienst thätig, hatte er die beste Gelegenheit, die fressenden Schäden der russischen Verwaltung zu studiren. Seine „Gouvernements-Skizzen", die von 1856 an im „Russischen Boten", dem damals liberalen vielgelesenen Blatt, erschienen, enthüllten die vor dem Krimkrieg unter dem eisernen Regiment des Zaren Nikolaus verschleierte Fäulnis. Man erhielt durch diese mit scharfem Griffel gezeichneten Skizzen Einblick in das Innere der Gefängnisse und der Strafkolonieen, durchschaute das heuchlerische, oberflächliche Treiben bureaukratischer Schurken oder Schmarotzer und fühlte mit dem einfachen, armen, zu den heiligen Stätten wallfahrtenden Volk. Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft, beim Anbruch des Zeitalters der Reformen verspottete Saltykov in seinen „Satiren in Prosa" und in den „Unschuldigen Geschichten" die durch die Sturzwelle der Neuerungen überraschten Glieder der alten russischen Gesellschaft. In den „Zeichen der Zeit" und „Briefen aus der Provinz" geißelte er mit zunehmender Bitterkeit eingebildete und egoistische angebliche Hüter des Gemeinwohls, die großenteils dem Zaren Alexander das Befreiungsmanifest von 1861 nicht verziehen hatten. Eine zeitlang wirkte er als Mitredakteur der „Vaterländischen Blätter" mit Nekrasov zusammen. Dieser Abkömmling einer vornehmen, begüterten Familie, der auf dem Lande und in der Stadt, seinem Stand entsagend, die Leiden der niederen Volksklassen gründlich kennen gelernt hatte, war zum Dichter des Proletarierelends geworden. Seine „Muse", wie er selbst in dem so betitelten Liede sagte, „schrie nach Rache" und eröffnete einen Blick in „die Abgründe finsterer Gewalt, schwerer Arbeit und des Hungers". Tiefe Liebe zum Volk sprach aus vielen seiner schönsten Gedichte. Als Journalist, zuerst in der Redaktion des „Zeitgenossen", dann in der der „Vaterländischen Blätter", diente er mit Feuereifer der Sache der Aufklärung und des Fortschritts. Doch gereichte diese entschiedene

Saltykov-Ščedrin.

Gouvernements-Skizzen 1856 ff.

Satiren. Unschuldige Geschichten 1863.

Zeichen der Zeit. Briefe aus der Provinz 1869.

Nekrasov Gedichte.

Hingabe des Publicisten an eine bestimmte Tendenz der naiven Ursprünglichkeit des Künstlers namentlich in seinen späteren Gedichten dann und wann zum Nachteil.

Pisemskij.

Dem Vorwurf, hie und da der Tendenz zu viel an künstlerischer Unbefangenheit zu opfern, konnte auch Pisemskij nicht entgehen, der Realist von durch und durch nationalem Gepräge, wie es namentlich seinen „Dorfgeschichten" aufgedrückt war. In seinem Roman „Tausend Seelen" stellte er die reaktionäre russische Aristokratie und Beamtenschaft an den Pranger und wetteiferte dabei in der pessimistischen Beurteilung der gewöhnlichen Begriffe von Liebe, Treue, Ehrlichkeit mit Balzac. Fünf Jahre später aber warf er mit dem Roman „Das aufgeregte Meer" dem nihilistischen jungen Rußland den Fehdehandschuh hin. Von ausgesprochener demokratischer und socialistischer Tendenz und eben deshalb für lange das Evangelium jenes nihilistischen jungen Rußland, war Černiševskijs in der Gefangenschaft niedergeschriebener, künstlerisch freilich sehr minderwertiger Roman „Was thun". Auch das Theater wurde von der Strömung der neuen Zeit ergriffen, für welche Volkstum und Reform die Losungsworte waren. Ostrovskij, aufgewachsen inmitten der am Herkommen hängenden Moskauer Kaufmannschaft, deren mitunter bedenkliche Unternehmungen sein Vater, ein im Handelsamt beschäftigter Jurist, zu überwachen hatte, brachte in seiner Komödie „Der Bankerott" ihre Schliche ans Tageslicht und versetzte schon dadurch einer der Stützen der alten Ordnung einen Stoß. Später stürzte er sich in den Strudel der Reformbewegung, schilderte in seinem Drama „Der Pflegling" (1859) die Grausamkeiten der Leibeigenschaft, in dem folgenden „Das Gewitter" den Zwiespalt des brutalen elterlichen Despotismus und einer gegen unduldsame Konvention sich empörenden Frauenseele und beleuchtete in unermüdlicher Schaffenskraft durch seine Volksdramen die Zustände der ganzen russischen Gesellschaft.

Tausend Seelen 1858.

Das aufgeregte Meer 1863.

Černiševskij. Was thun? 1863.

Dramen. Ostrovskij.

Indessen heller als die Namen aller Genannten erstrahlten die des Dreigestirns Turgenev, Tolstoj, Dostoevskij. Ivan Turgenev, der Sprößling einer altadligen Familie, nach dem Besuch der Universität Petersburg Student in Berlin, durch Reisen und Lektüre mit dem Ausland und ausländischer Litteratur ganz vertraut geworden, teilte mit seinen Verwandten Nikolaus und Alexander (s. III. 25, 34) von früh an liberale und westliche Überzeugungen. Er verleugnete sie nicht in seinen bedeutendsten, den gärenden Ideen und tiefempfundenen Zeitbedürfnissen entgegenkommenden poetischen Schöpfungen, von denen zuerst die 1852 in der Blütezeit der nikolaitischen Regierung als „Tagebuch eines Jägers" gesammelten Erzählungen seinen Ruf begründeten. Hier bekam man auf dem Hintergrund köstlicher Naturschilderungen charakteristische Genrebilder vornehmlich aus dem Leben des Adligen und des Bauern zu sehen, wie sie sich

Turgenev.

Tagebuch eines Jägers 1852.

dem scharf beobachtenden Auge des Jägers bei seinen Wanderungen eingeprägt hatten. Jeder Leser mußte die fürchterliche Wahrheit erkennen, daß die Leibeigenschaft Herren wie Knechten zum Fluche gereiche. Das Buch erregte Anstoß bei der Censurbehörde. Turgenev, ohnehin wegen seines Umgangs mit „Schlechtgesinnten" anrüchig, ward in Polizeihaft genommen und dann für einige Jahre aus Petersburg auf seine Güter verwiesen. Die neue Berührung mit der heimischen Scholle, auf der ihm das mit dem Bauerntum verwachsene Thun und Treiben des Landadels persönlich nahe trat, bot seiner Phantasie frische Anregungen. Er verfaßte eine Reihe von Novellen, in denen er eine vollendete Kunst seelischer Analyse bekundete. Nach dem Regierungsantritt des Zaren Alexander II. belebte ihn das geistige Erwachen Rußlands mit neuen Kräften. An der Schwelle der Übergangszeit nahm der Held
Rudin 1855. seines Romans „Rudin" die Herzen gefangen: der enthusiastische, durch seine Beredsamkeit berauschte und berauschende, aber haltlose Idealist, der Gedanken verkündigt, deren Verwirklichung zu sehen ihm versagt ist, und der auf den Barrikaden in Paris während der Februar-Revolution
Ein adliges Nest 1858. endet. Bald danach stellte der Roman „Ein adliges Nest" in Lisa und Lavèreti Charaktere vor Augen, die von dem neuen Zeitgeist ergriffen sind, aber doch nicht wagen, die Schranken der Moral und des Herkommens zu durchbrechen. Anders Helene, die Heldin der Novelle „Am Vorabend" (1859), gleichsam der vorausgeahnte Typus des Geschlechtes heldenmütiger Frauen, die in dem Befreiungskampf der russischen Gesellschaft nachmals eine so große Rolle spielten.

Väter und Söhne 1862. Mit dem Roman „Väter und Söhne", der ein Jahr nach Aufhebung der Leibeigenschaft erschien, einem seiner Hauptwerke, griff der Dichter wieder zu einem größeren Vorwurf aus der socialen Sphäre. Er suchte den Gegensatz der alten und der neuen Generation unparteiisch, ohne Verhüllung der beiderseitigen Schwächen, klar zu machen, rückte aber den Vertreter der neuen Lebensanschauung, den Plebejer Basarov, in den Mittelpunkt des Interesses. Für diesen mit den Waffen der Naturwissenschaft und des Materialismus sittliche und religiöse Vorstellungen trotzig bekämpfenden Theoretiker, für den Verneiner von Gefühlen und Überlieferungen, der jedoch im wirklichen Leben mit seiner Theorie in Widerspruch gerät, prägte Turgenev, ohne damit einen Vorwurf verbinden zu wollen, jenes Wort „Nihilist", das in Rußland lange Zeit an die Stelle der früheren Bezeichnungen „Voltairianer", „Jakobiner", „Carbonaro" trat. Er hatte schwer darunter zu leiden, daß er, gröblich mißverstanden, wegen dieses Romans von der liberalen russischen Jugend mit Anklagen überschüttet wurde, während die Konservativen ihm ihr Lob spendeten. Vorübergehend dachte er daran, der Schriftstellerei ganz zu entsagen. Dazu kam es nicht, aber auf mancher seinen nächsten Schöpfungen lag

der Widerschein herber Enttäuschung und bitterer Skepsis. Sie entstanden im Ausland, wo der Dichter, gefesselt durch die Freundschaft mit der genialen Pauline Viardot-Garcia, von nun an den größten Teil seines Lebens verbrachte. Namentlich in dem socialen Roman „Rauch" Rauch 1867.
wurde das Gespinnst einer Liebesgeschichte durchwoben mit satirischen Schilderungen des faden und nichtigen Treibens frondirender Landsleute, für die er in seiner nächsten Umgebung, in Baden-Baden, brauchbare Modelle fand. Bei alledem blieb er der gute Patriot und der große Künstler, kein himmelstürmender, aus tiefster Leidenschaft seine Kraft schöpfender Titane, weich und duldsam, auch in seinen am weitesten ausgesponnenen Erzählungen im Grunde nur Novellist, in der Technik fast immer mehr oder weniger westlichen Vorbildern angenähert, aber von sicherem Verständnis für Maß und Harmonie in der realistischen Darstellung, zumal ein Meister in der Wiedergabe zarter und starker Züge weiblicher Liebe, mit Fernhaltung jeder niedrigen oder lüsternen Zugabe.

Der mächtige epische Fluß, der Turgenevs Werken fehlte, fand Tolstoj.
sich bei dem um zehn Jahre jüngeren Tolstoj. Auch war dieser als Künstler von westeuropäischen Einflüssen bei weitem unabhängiger und strengem Festhalten an russischen Eigentümlichkeiten viel mehr geneigt. So hoch beide Männer sich gegenseitig schätzten, konnten doch gelegentliche harte Zusammenstöße zwischen dem gleichmütigen, weltmännisch gebildeten Älteren und dem leicht aufbrausenden, rechthaberischen Jüngeren nicht ausbleiben. Doch schlossen sie mit dauernder Versöhnung ab. Graf Leo Tolstoj, früh verwaist, mit den Geschwistern unter der Vormundschaft einer Verwandten in hergebrachter Weise erzogen, hatte sich in der Abgeschiedenheit des väterlichen Landgutes, die nur kurze Zeit durch den Besuch der Universität Kasan unterbrochen wurde, entwickelt. Mit seinen nachbarlichen Standesgenossen kam er auf der Jagd und am Spieltisch in lustiger und lockerer Gesellschaft zusammen. Aber inmitten des alltäglichen Treibens, befördert durch die Lektüre Rousseaus setzte seine Selbstanalyse ein, die ihn auf eine neue Bahn führte. Dann verbrachte er als Officier ein paar Jahre im Kaukasus, schöpfte hier aus dem Anblick der wilden Natur und des urwüchsigen Volkslebens Motive, die er später dichterisch verwertete, und war mithandelnder Augenzeuge der Belagerung von Sebastopol, der er jene früher erwähnte Schilderung von anschaulicher Natürlichkeit, voll warmer Empfindung, ohne jedes falsche Pathos, widmete (s. o. S. 119). Aus dem Militärdienst entlassen, schärfte er sein Auge im Getriebe der hauptstädtischen Gesellschaft, ging aber dabei seine eigenen Wege. Zwei Reisen, die ihn 1857 und 1860 nach Deutschland, Frankreich, in die Schweiz, nach Italien und England führten, erweiterten seinen Gesichtskreis.

Aber die westeuropäische Civilisation im ganzen hinterließ bei ihm ungünstige Eindrücke. Nach Beendigung seiner Wanderjahre fand er Rußland in die große Reformbewegung eingetreten. Er übernahm nach Aufhebung der Leibeigenschaft das Amt eines „Friedensvermittlers“ und gewann dabei das Vertrauen der Bauern. Er begründete Musterschulen für ihre Belehrung auf seinem Gut und gab eine pädagogische Zeitschrift heraus, in der er seine eigenartigen Ansichten über den Volksunterricht verteidigte. In glücklicher Ehe lebte und arbeitete er, wie der „Levin“ seines Romans „Anna Karenina“, auf seinem eigenen Grund und Boden pflichtgetreu und selbstlos mit seinen Leuten, immer den Leitstern vor Augen, daß der Mensch nur durch aufopfernde Thätigkeit für seine Mitmenschen glücklich wird.

Kindheit. Knabenalter. Jünglingsjahre 1852 ff.

Mittlerweile hatte seine schriftstellerische Individualität feste Gestalt gewonnen. In den aus Dichtung und Wahrheit zusammengewobenen Geschichten „Kindheit“, „Knabenalter“, „Jünglingsjahre“ hatte er sich selbst nach seiner seelischen Entwicklung und seinen Gemütswandlungen mit unbestechlicher Ehrlichkeit geschildert. Eine Anzahl von Novellen führte ein hier angeschlagenes Thema, die Darstellung der Folgen verfehlter Erziehung und bitterer Lebenserfahrungen edel angelegter Naturen aus den Kreisen der russischen Aristokratie, mit treffender Charakteristik weiter aus. Andere Novellen, von denen die 1862 niedergeschriebene „Die Kosaken“ wohl die Perle genannt werden darf, zeichneten, frei von schönfärbender, schwärmerischer Romantik, in strenger Wirklichkeit naive Kinder des Volkes mit ihren gesunden Empfindungen im Gegensatz zu Angehörigen der Sphäre überfeinerter Kultur und konventioneller Denkweise. Immer war es das Natürliche, Einfache, Ungekünstelte, das Tolstoj, in mannichfaltigen Figuren reizvoll verkörpert, als Ideal aufstellte. Mit einer tiefen Abneigung gegen alles Gemachte und Unwahre verband sich in mancher seiner Novellen ein ebenso liebevolles Eingehen auf das Seelenleben der von der höheren Gesellschaft oft hochmütig betrachteten und behandelten Mühseligen und Beladenen.

Novellen.

Krieg und Frieden 1865 bis 1868.

Das großartigste Denkmal der sittlichen Weltanschauung und der realistischen Kunst während der ersten Schaffensperiode des Dichters bildete die mehrbändige Romanepopöe „Krieg und Frieden“. Ursprünglich hatte Tolstoj beabsichtigt, die Dekabristen zum Vorwurf eines Romans zu wählen. Bei seinen Studien der Geschichte ihrer Verschwörung wurde er aber dazu verlockt, noch weiter zurückzugreifen und das Erwachen des nationalen Geistes im Kampf mit Napoleon zu verherrlichen. So entstand unter seiner Hand das Riesengemälde der russischen Gesellschaft und des russischen Lebens in dem Zeitraum von 1805 bis 1812 mit den eingestreuten meisterhaften Portraits von Fürsten, Staatsmännern, Feldherrn, Beamten, vornehmen Damen, Bürgern und Bauern, mit den lose ver-

bundenen dramatischen Scenen, die das Schlachtfeld und das Lazaret, den Palast und die Hütte, den Salon und die Schenke zum Schauplatz hatten: dies alles ohne Idealisirung, mit peinlich genauer Ausführung des Einzelnen innerhalb des den gewaltigen Stoff umspannenden Rahmens. Der Held des Romans aber war keine einzelne Person, sondern der Gesamtgeist des pflichtbewußten, opfermutigen Volkes. Denn für den Dichter waren die vereinte Willenskraft der schlichten Leute und ihr unberühmtes Heroentum die treibenden Faktoren der Geschichte, nicht die sogenannten großen Männer, denen es, wie er zu verstehen gab, unmöglich ist, gegen den Strom zu schwimmen, und die nur dadurch emporgehoben werden, daß sie den Gefühlen, Hoffnungen und Forderungen ihrer Zeit Ausdruck verleihen. Zehn Jahre dauerte es, bis er in dem zweiten großen Roman „Anna Karenina", der nicht mehr in den zeitlichen Umkreis dieses Geschichtswerkes fällt, seine unvergleichliche epische Kunst aufs neue bewährte. Indessen traten schon hier Spuren der sich vollziehenden Umwandlung Tolstojs zu Tage, die den großen Künstler allmählich hinter dem Bibelforscher, dem Moralisten, dem Erzieher seines Volkes, dem Buße und Entsagung predigenden Apostel in Schatten treten ließ. Anna Karenina.

Dostoevskij, sieben Jahre älter als Tolstoj, war an formeller künstlerischer Reife und an Feinheit des poetischen Gehalts weder mit diesem noch mit Turgenev zu vergleichen. Aber in ihm lernte man den genialsten Ausdeuter des verwickelten russischen Seelenlebens kennen, und seine Werke eröffneten den tiefsten Einblick in sociale Nachtseiten seines seit lange von so vielen Qualen heimgesuchten großen Vaterlandes. Eben das mit den Jahren bei ihm sich verstärkende Gefühl, im Dienst der nationalistischen Idee zu arbeiten und der messianische Glaube an die Besserung der Menschheit durch den slawischen Osten verschärften seinen Gegensatz gegen die ganze westliche Bildung und insonderheit gegen „den Westler" Turgenev, in dem er schließlich nur den zersetzenden Kritiker russischen Wesens erblickte. Indessen auch von der Eigenart Tolstojs, der klar und gesund, auf festem Boden stehend, sich selbst beherrschend, harmonische Kunstwerke schuf, war er, von Haus aus krankhaft angelegt, unfähig, seine Leidenschaft zu zügeln und in einer furchtbaren Schule des Duldens erwachsen, durch eine breite Kluft getrennt. Als Sohn eines unbemittelten Arztes des Moskauer Marienspitals, einer Anstalt für bedürftige Kranke, erhielt er schon während der Kindheit unverwischbare Eindrücke der Armut und des Elends. Nach dem Verlassen der militärischen Laufbahn zum Schriftsteller geworden, dem seine Feder in der üppigen Residenz Petersburg kaum Lebensunterhalt verschaffen konnte, offenbarte er sich als würdigen Nachfolger Gogoljs in jener Novelle „Arme Leute" (s. V. 17), die den Auftakt seiner nächsten, aus dem Leben der hauptstädtischen unteren Dostoevskij. Erste Novellen 1846 ff.

Klassen geschöpften Erzählungen bildete. Dann folgten die entsetzlichen Jahre, während deren er, als Teilnehmer der Petraševskijschen Verschwörung zum Tode verurteilt, durch den Zaren Nikolaus zu Zwangsarbeit in Sibirien begnadigt (s. VII. 615 u. o. S. 153), mit Mördern und Dieben zusammengesperrt war, bis er als gemeiner Soldat dem Heer eingereiht wurde. Durch den Zaren Alexander amnestirt, kehrte er mit zerrütteten Nerven nach Petersburg zurück und entfaltete eine fieberhafte journalistische Thätigkeit. Aber die übermenschliche Arbeit, die stete Wiederholung epileptischer Anfälle, der Tod teurer Familienglieder und Freunde, die Last drückender Schulden setzten seinen Kräften zu. Nach dem Zusammenbruch der zweiten, von ihm herausgegebenen slawophilen Zeitschrift flüchtete er vor seinen Gläubigern ins Ausland und verbrachte hier mehrere Jahre mit seiner Familie in unaussprechlichem Elend.

Die geistige Spannkraft, die er sich unter diesen Widerwärtigkeiten zu wahren wußte, war bewundernswert. Noch in Petersburg veröffentlichte er die „Memoiren aus dem toten Hause“: nach seinen eigenen Erlebnissen im Zuchthaus mit dem Blute seines Herzens geschrieben, mitunter an Dantes „Hölle“ erinnernd, eine Anklageschrift gegen das ganze barbarische, überkommene Gerichts- und Strafverfahren, dem damit in der öffentlichen Meinung ebenso der Boden entzogen wurde wie früher der Leibeigenschaft durch Turgenevs „Tagebuch eines Jägers“. Dostoevskij nahm der Ausmalung grauenhafter und rührender Bilder seiner schlichten Erzählung jedes persönliche Motiv, vermied jede Note des Grolles oder der Verbitterung und wirkte um so tiefer durch den Aufruf, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Brüderlichkeit walten zu lassen. Der Roman „Die Erniedrigten und Gekränkten“, den er darauf folgen ließ, zeigte im ganzen mehr eine Wiederholung früherer Typen als die Entfaltung einer neuen dämonischen Kraft. Um so stärker trat diese in dem Roman „Schuld und Sühne“ ans Licht, der die Leser nicht sowohl durch den grausigen Stoff als durch die zwingende Wahrheit der psychologischen Analyse in höchste Spannung versetzte. Hier fand sich eine einzigartige, durch Selbstbeobachtung gesteigerte Fähigkeit, die feinsten Schattirungen krankhafter Seelenzustände zu ergründen, das Herauswachsen der Geschehnisse aus den verborgenen animalisch-elementaren Wurzeln der Persönlichkeit zu erklären, im Zwiegespräch der handelnden Menschen mit Nuancirung sprachlicher Eigentümlichkeiten oder des Stimmklangs ihr Inneres zu enthüllen. Flauberts ausstudirter Naturalismus wurde durch den angeborenen Naturalismus Dostoevskijs weit übertroffen. Nicht weniger gekünstelt erschien Viktor Hugos Fürsprache für „die Elenden“ neben seiner aus einem mystisch-religiösen Drang hervorgegangenen Zuversicht auf Rettung der Sünder durch Mitleid anderer und eigene Selbstbefreiung.

Memoiren aus dem toten Hause 1862.

Schuld und Sühne 1866.

Auch in der Folge beschäftigte sich seine dichterische Phantasie vor allem mit seelischer Zergliederung des nicht normalen, aus dem physischen, moralischen und geistigen Gleichgewicht herausgeschleuderten Menschen. Angefangen von dem Roman „Der Idiot", in dem er sich selbst teilweise als Modell benutzte, bis zu seinem großartigen letzten, unvollendet gebliebenen Werk „Die Brüder Karamasov" wetteiferte er dabei nicht selten mit dem Irrenarzt und mit dem Kriminalrichter. Er versetzte viele seiner Helden mit Vorliebe in verzweifelte Lebenslagen, führte sie durch Abgründe des Verfalls und der Qualen zu Verbrechen, Schwachsinnigkeit, Wahnsinn, Selbstmord. Man fühlte, wenn man sich seinen Erzählungen hingab, einen Druck, der jede Freude am Leben zu vernichten drohte. Aber trotz der zunehmenden Weitschweifigkeiten und Planlosigkeiten, durch die sie hinter plastisch abgerundeten Kunstwerken in Schatten traten, fesselten sie wie wenige sonst durch den Aufbau einer Gedankenwelt von überwältigender Kühnheit und Wahrheitstreue. Zugleich blieb der Dichter ein Allerbarmer, dessen Liebe besonders den Armen, Rechtlosen, Verfolgten galt, der auch im Verbrecher, im Trunkenbold, in der Dirne noch den Funken des hilfsbedürftigen Menschen glühen sah. Später als Turgenev, der zuerst für das westliche Europa zum Bahnbrecher der Kenntnis moderner russischer Dichtung ward, später selbst als der jüngere Tolstoj feierte Dostoevskijs Genius mittels Übersetzungen seiner Werke jenseits der Grenzen des russischen Reiches von Jahr zu Jahr wachsende Triumphe. Sein Name wurde neben den ihren eine Zierde der Weltlitteratur.

Der Idiot 1868.

Auch im Bereich der Wissenschaften während dieses Zeitraumes der Geschichte Europas, zumal insofern sie Zusammenhang mit dem öffentlichen Leben hatten, waren mannichfaltige gleichartige Hauptströmungen unverkennbar. In Deutschland hatte einst die Philosophie die herrschende Stellung in der Republik der Wissenschaften eingenommen. Unter dem Gestirn Hegels war sie die Ratgeberin von Königen und Ministern, der Kompaß für Staat und Kirche gewesen. Bei der Zersetzung der Schule Hegels in eine Rechte und Linke (s. V. 35 ff.) war sodann der radikale Rückschlag gegen seine „Staatsphilosophie" erfolgt, bis beim Vordringen des Materialismus, wie ihn Moleschott, Ludwig Büchner, Karl Vogt verkündeten, die Philosophie überhaupt bei der Masse der Gebildeten in gänzlichen Mißkredit geriet. Eine Ausnahme bildete die Philosophie des greisen Denkers, der Jahrzehnte lang, ohne jemals den Glauben an seinen Sieg zu verlieren, verkannt und vereinsamt, es noch erlebte, dank der Rührigkeit begeisterter Apostel, eine langsam, aber stetig sich mehrende Anhängerschaft erwachsen zu sehen. Von Arthur Schopenhauers 1818 vollendetem Hauptwerk „Die Welt als

Wissenschaftliche Litteratur Deutschland.

Erfolge der Philosophie Schopenhauers († 20. Sept. 1860).

Wille und Vorstellung" hatte der Verleger wegen des völligen buchhändlerischen Mißerfolges ehemals die meisten Exemplare zu Makulatur einstampfen lassen. Aber der Verfasser behielt recht mit der stolzen Prophezeiung, es werde „nachher Quelle und Anlaß von hundert andern Büchern werden". Was namentlich viele aus dem jüngeren Geschlecht in den Schriften des Frankfurter Weisen unwiderstehlich anzog und was sie über alle seine Widersprüche und Inkonsequenzen hinwegsehen ließ, war neben dem bezaubernden Stil, den aufrichtigen Bekenntnissen, den treffenden ästhetischen Urteilen, den geistreichen Paradoxieen, jene pessimistische Verneinung des Willens zum Leben, in der seine Lehre gipfelte. Die Zeit der Enttäuschungen und des Druckes nach der Lähmung des Aufschwungs der Revolutionsjahre machte manchen aller Teilnahme an der Politik Entsagenden für die quietistische Heilsbotschaft des „Nirwana" sehr empfänglich. Vielleicht die größte Eroberung machte Schopenhauer, der die Kunst und vor allem die Musik als Mittel wunschloser Erlösung von der Welt gepriesen hatte, an dem nach dem Dresdener Maiaufstand (s. VII. 350) geflüchteten Richard Wagner. Der Dichter und Komponist von „Tannhäuser" und „Tristan und Isolde", der im „Ring des Nibelungen" sein Ideal des dramatischen Kunstwerks verwirklichen wollte, in dessen Seele schon der Gedanke an „Parsifal" schlummerte, fühlte sich aufs tiefste durch die Ideen Schopenhauers ergriffen und blieb auch, als ihm die Rückkehr in das Vaterland möglich wurde, in ihrem Bann.

Einfluß auf Richard Wagner.

Wenn sonst die Philosophie im deutschen Geistesleben nicht mehr die früher bevorzugte Stellung behauptete, so wurde dafür die Geschichtswissenschaft dem lebenden Geschlecht um so näher gerückt. Durch sie ward ein immer engeres Band zwischen Gegenwart und Vergangenheit geknüpft. Dies geschah völlig unbewußt in Jakob Burckhardts Meisterwerk, das die grundlegende Bedeutung der italienischen Renaissance für die geistige Entwicklung der modernen Welt mit künstlerischer Sicherheit aus der Fülle historischer Kenntnisse zur Anschauung brachte. So selbständig Burckhardts Genius sich entwickelt hatte: man erkannte doch, wie früher schon, die Geistesverwandtschaft mit seinem Lehrer Ranke. In den beiden auf die Revolution folgenden Jahrzehnten entstanden dessen zwei große Werke: die französische und die englische Geschichte. Der die Schwelle des Greisenalters überschreitende Historiker, der gemäß den vorzugsweise von ihm benutzten Quellen vor allem die Stellung der herrschenden Gewalten zu den Tendenzen ihrer Zeit ins Auge faßte, bewährte seine Meisterschaft in der Aufdeckung universalhistorischer Zusammenhänge, in der Analyse bedeutender Charaktere, in der Berichtigung bisher geltender Vorstellungen. Aber so wenig er sich den Eindrücken des Tages entziehen konnte, schloß doch seine jedem Stoff gegenüber

Geschichtswissenschaft.

Jakob Burckhardt: Die Kultur der Renaissance 1860.

Ranke. Französische Geschichte 1852 bis 1861. Englische Geschichte 1859 bis 1868.

gewahrte Objektivität die Möglichkeit unmittelbarer Nutzanwendung wissenschaftlicher Ergebnisse auf zeitgenössische Fragen und Aufgaben so gut wie völlig aus. Anders Gervinus' Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, von der im Lauf von elf Jahren acht Bände, abbrechend mit der Darstellung der nächsten Folgen der Juli-Revolution, erschienen. Man mochte vermuten, daß die traurigen Erfahrungen, die ihm die Veröffentlichung der Einleitung zu diesem Geschichtswerk eingetragen hatte (s. VII. 480), auf seine Darstellung einwirken würden. Gegen diese Beargwöhnung seiner wissenschaftlichen Wahrheitsliebe setzte er sich in der Widmung an seinen Lehrer Schlosser zur Wehre. Aber zugleich leugnete er nicht, daß sein Buch „im Dienste der politischen Bedürfnisse der Gegenwart und des Vaterlandes geschrieben" sei. In der That trug Gervinus' von liberalen Grundanschauungen durchtränkte Erzählung, in der zum erstenmal ein so gigantischer neuzeitlicher, spröder Stoff, wiewohl mit unvollständiger Kenntnis der Quellen, behandelt wurde, in vielen Partieen zur Ermutigung der Geister gegen die reaktionären Gewalten bei.

Gervinus. Geschichte des 19. Jahrhunderts 1855 bis 1866.

Ein hervorstechender Zug seines Geschichtswerkes war die herbe, nicht immer ganz gerechte Beurteilung der Zustände und der Politik Alt-Östreichs. Mitunter konnte man glauben, wieder den ehemaligen Herausgeber der „Deutschen Zeitung" sprechen zu hören, dessen Programm die Gründung eines konstitutionell-monarchischen Bundesstaates unter preußischer Leitung gewesen war. Inzwischen entstand eine ganze Schule von Historikern, die von östreichischen und großdeutschen Gegnern als „Kleindeutsche Geschichtsbaumeister" verdächtigt und angegriffen wurden. Als ihren Gründer durfte man Droysen betrachten. Der Darsteller der Geschichte Alexanders des Großen und der Diadochen hatte schon als Professor in Kiel in seinen Vorlesungen über die Freiheitskriege dem neuen, durch Steins Reformen verjüngten Preußen ein Loblied gesungen (s. VI. 180). Nach der Mitwirkung an den Ereignissen von 1845 und 1849 war ihm in Jena eine Zufluchtsstätte und ein Wirkungskreis gewährt worden. Dort vollendete er seine Biographie Yorks, in der er der matten Gegenwart an einer typischen Gestalt ein Bild des preußischen Heldentums und Pflichtbewußtseins vorhalten wollte. Angewidert durch die reaktionäre Herrschaft unter Manteuffel blieb er dem Ideal des preußischen Staates, wie es ihm vorschwebte, treu und folgte nach dem Eintritt der neuen Aera 1859 mit Freuden einem Ruf nach Berlin. Hier widmete er neben seiner Lehrthätigkeit seine Hauptkraft der schon in Jena begonnenen Riesenarbeit, der vielbändigen „Geschichte der preußischen Politik". Es war die Frucht staunenswerten Fleißes, der sich namentlich in der methodischen Durchforschung des überreichen Berliner Aktenmaterials bekundete. Mit Sicherheit wurden die großen Linien der Entwicklung festgehalten und die Schwierigkeiten der Verwertung des ungefügen Rohstoffes,

„Kleindeutsche" Historiker.

Droysen.

Das Leben Yorks 1851 ff.

Geschichte der preußischen Politik 1855 ff.

wenigstens in den ersten Bänden, durch anschauliche Darstellung glücklich überwunden. Freilich zog Droysen sich schon nach ihrem Erscheinen den Vorwurf zu, den deutschen Beruf der Hohenzollern in Zeiten zurückverlegt zu haben, denen er fremd war. Ebenso wurde später seine Auffassung einer bewußt nationalen Politik des großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen selbst aus dem Kreise seiner Schüler beanstandet. Aber mochte auch bei seiner Deutung der Beweggründe brandenburgisch-preußischer Politik der Historiker dem Publicisten allzuviel nachgeben: sein Nachweis der Unmöglichkeit einer Besserung der Reichszustände durch die Habsburger und der Vorzüge des Regimentes der Hohenzollern kam den Fürsprechern der preußischen Spitze im Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland nicht wenig zustatten.

Sybel. Einen größeren Leserkreis als Droysen mit seiner langatmigen „Geschichte der preußischen Politik" gewann Heinrich von Sybel mit seinem Hauptwerk, dessen erste Bände damals erschienen. Von allen Schülern Rankes der bedeutendste als Geschichtschreiber, wich er dadurch entschieden von seinem Meister ab, daß er nicht wie dieser auf historisch-politische Werturteile Verzicht leisten wollte und daß er sehr ernstlich auf Bekehrung des Publikums zu seinen Ansichten bedacht war. Ihn selbst, als Mitglied des Vorparlamentes, des kurhessischen Landtags und des Erfurter Parlamentes, hatte die Politik in den Jahren 1848 bis 1850 in ihre Kreise gezogen. Später, nach seiner Verpflanzung von München nach Bonn, auf Dahlmanns verwaisten Lehrstuhl, führte sie ihn als Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses wieder auf die öffentliche Bühne. Eine Frage der Tagespolitik war es denn auch, die ihm den ersten Anlaß zu seiner größten historiographischen Leistung, zugleich der größten der ganzen liberal-nationalen Schule in Deutschland, geboten hatte. Er hatte zur Bekämpfung zeitgenössischer Radikaler nach dem Vorüberbrausen des Sturmes von 1848 eine Broschüre über die verderblichen kommunistischen Tendenzen der großen französischen Revolution schreiben wollen. Aus der Broschüre wurde die mehr als zwanzigjährige Arbeit der Geschichte der Revolution selbst. Was sie vor allen bisherigen Darstellungen auszeichnete, war die sorgfältige, kritische Sichtung und Benutzung der Quellen, deren Kenntnis allmählich durch archivalische Forschung eine ungemeine Erweiterung erfuhr, die Zerstörung nicht weniger in Frankreich noch vorherrschender Legenden, die Verfolgung der Wechselwirkungen von wirtschaftlicher und staatlicher Umwandlung, von innerer Entwicklung und auswärtigen Beziehungen. Dazu kam eine lebendige, durchsichtige Erzählung, eine übersichtliche Gruppirung des Stoffes, eine erwärmende ethische Auffassung der Menschen und Dinge. Allerdings mußte Sybel sich auch vorwerfen lassen, daß er die elementaren Kräfte der Revolution nicht hinreichend gewürdigt habe, dem patriotischen

Geschichte der Revolutionszeit 1853 ff.

Aufschwung der jungen französischen Republik nicht gerecht geworden, bei seinem scharfen Tadel der Politik Österreichs durch seine Parteilichkeit für Preußen geleitet worden sei. Aber als Ganzes wirkte sein Buch, wie Gustav Freytag bemerkte, erzieherisch auf das deutsche Volk, dem die Notwendigkeit einer starken nationalen und liberalen aber gegen anarchische Auswüchse gefeiten Regierung klar gemacht werden sollte.

Noch unmittelbarer mit der Politik des Tages hing Sybels Beurteilung der nationalen Bedeutung des mittelalterlichen Kaisertums zusammen. Er war der romantischen Verherrlichung desselben, wie sie in Giesebrechts „Geschichte der deutschen Kaiserzeit" durchschimmerte, schon in einer Münchener akademischen Festrede entgegengetreten. Auf einen wuchtigen Protest des Innsbrucker Professors Ficker in der Schrift „Das deutsche Königreich in seinen universalen und nationalen Beziehungen" (1861) antwortete er von Bonn aus mit der Gegenschrift: „Die deutsche Nation und das Kaiserreich". Hier trat die Schwäche wie die Stärke seiner realistischen Richtung zu Tage. Sein den politischen Kämpfen der Gegenwart entnommenes Urteil machte ihn, wie eine Replik Fickers nochmals darthat, befangen gegenüber Erscheinungen der Vergangenheit. Andrerseits gewährte ihm der feste politische Maßstab, den er an sie anlegte, die Möglichkeit schärferer Erfassung staatlicher Probleme und zugleich eine Waffe für die politischen Aufgaben der Gegenwart. Seine Wertung der mittelalterlichen Kaiser verknüpfte sich mit einer Betrachtung ihrer habsburgischen Nachfolger. Diese aber nötigte ihm die Schlußfolge ab, „kein Mittel der Überredung, der Diplomatie und im schlimmsten Fall der Waffengewalt" dürfe gescheut werden, um neben einem weiteren Bund mit Österreich einen engeren Bund unter Preußen in Deutschland herzustellen. „So sicher wie die Ströme seewärts fließen, verkündete er im Vorwort, wird es zu einem engeren deutschen Bunde unter Leitung seines stärksten Mitglieds kommen."

Sein Streit mit Ficker.

Die deutsche Nation und das Kaiserreich 1862.

An die Seite des Rheinländers Heinrich von Sybel stellte sich der Pfälzer Ludwig Häusser. Auch er war Mitglied des Erfurter Parlamentes gewesen und griff als Führer der liberalen Mehrheit der zweiten badischen Kammer, der er nur zeitweise während der Reaktion ferngeblieben war, tief in die politischen Verhandlungen ein. Das Vertrauen auf die geschichtliche Mission Preußens zur Leitung Deutschlands stand bei ihm nicht minder fest wie bei Sybel. Auch wünschte er wie dieser Historie und Politik zu verbinden und sein Publikum durch seine Wissenschaft politisch zu bilden. Dabei wandte er sich, warmherziger, maßvoller und weniger systematisch, unmittelbarer an das Gefühl und brachte durch das gesprochene Wort noch größere Wirkungen hervor als durch das geschriebene. Das unübertroffene Muster eines akademischen Lehrers, dem in freier Rede alle Töne, vom schlichten Erzählen bis zum hinreißenden Pathos

Häusser.

und zu schneidender Ironie zu Gebote standen, machte er seinen Heidelberger Lehrstuhl zu einer Kanzel und Tribüne. Der größte Hörsaal der Universität reichte für die jungen und alten sich Zudrängenden kaum aus. Durch seine Vorlesungen wurde in die Herzen zahlreicher Hörer aus allen Gauen Deutschlands der Keim patriotischer Gesinnung gelegt.

Deutsche Geschichte 1854 ff.

Der Schriftsteller Häusser bot sein Bestes in der vierbändigen „Deutschen Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des Deutschen Bundes". Dies Werk, mit dem Häusser einem wissenschaftlichen und einem nationalen Bedürfnis entgegenkam, wurde ein Lieblingsbuch im Norden wie im Süden und erlebte rasch nacheinander drei Auflagen. Man folgte mit vaterländischer Teilnahme der warmen, frischen, wenngleich mitunter etwas weitschweifigen, stilistisch nicht immer ausgefeilten Darstellung des Processes von Untergang und Neubildung des deutschen Staatswesens. Man lernte schon aus der reif durchdachten Einleitung die Entstehung des Dualismus Östreichs und Preußens kennen. Man begleitete die Erzählung des Zusammenstoßes Deutschlands mit der französischen Revolution und mit ihrem Bändiger, der schmachvollen Rheinbundszeit, der Wiedergeburt Preußens mit wechselnden Empfindungen. Man fühlte dem mitten in den Tageskämpfen stehenden Historiker den Schmerz darüber nach, daß auf dem Wiener Kongreß die Bundesakte in Sachen Deutschlands die wurmstichige Frucht aller Verhandlungen gewesen war. Wie eine Entdeckung, namentlich für Süddeutschland, nahm sich die preisende Schilderung der Erhebung Preußens aus, für die dem Verfasser auch das reichste archivalische Material zuströmte. Wußte er sich in der Beurteilung Östreichs besser vor Einseitigkeit zu hüten wie andere seiner kleindeutschen Gesinnungsgenossen, so konnte doch nicht bezweifelt werden, daß der Gedanke an Preußens Aufgabe, Deutschlands Einigung an die Hand zu nehmen, ihm bei der Abfassung seines Werkes vorgeschwebt hatte.

Seit dem Jahr 1858 besaß die kleindeutsche Partei ein publicistisches Organ, das binnen kurzem eine große Bedeutung erlangte. Es waren die unter Leitung von Rudolf Haym im Reimerschen Verlag in Berlin herausgegebenen „Preußischen Jahrbücher"[1]). Sie sollten neben dem wöchentlich erscheinenden Leipziger „Grenzboten", wie Haym selbst in seinen Lebenserinnerungen erklärt, „die Sache des nationalen Liberalismus, den Gedanken des preußisch-deutschen Einheitsstaates vertreten und ihn als Glaubensbekenntnis der gebildeten Kreise des ganzen Deutschland unaufhörlich werbend verkündigen". Eine Schar bedeutender älterer und jüngerer Historiker, wie Max Duncker, Richard Röpell, Rein-

Die Preußischen Jahrbücher.

[1]) O. Westphal: Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. Eine Untersuchung über die Preußischen Jahrbücher u. s. w. 1919.

hold Pauli, Hermann Baumgarten, Anton Springer, welche alle im Grunde dieselbe Gesinnung beseelte, leistete dem Werberuf Haym's für die „Preußischen Jahrbücher" Folge. Hier verdiente sich Heinrich von Treitschke die Sporen: eben der Mitarbeiter, den Haym suchte, damals Privatdocent in Leipzig, wo schon hunderte von Zuhörern seinem feurigen Wort lauschten, seit dem Herbst 1863 Professor auf dem vorgeschobenen süddeutschen Posten in Freiburg. Nur vorübergehend nach Erscheinen einer ungesetzlichen Preßverordnung des Ministeriums Bismarck löste er in erster Aufwallung der Entrüstung seine Verbindung mit den der Gewalt sich fügenden „Preußischen Jahrbüchern". Nach Wiederaufnahme seiner Mitarbeiterschaft prägte er durch den Schwung seiner Aufsätze, die damals gleichzeitig Freiheitsliebe und Patriotismus atmeten, der Zeitschrift immer deutlicher den Stempel seines Geistes auf. Eine erste Sammlung seiner historisch-politischen Arbeiten bezeugte seine gelehrte Vielseitigkeit, seine glänzende Sprachgewalt, seine entschiedene politische Stellungnahme. Der Sohn des sächsischen Generals war ganz und gar zum Unitarier geworden und geriet darüber mit dem Vater in harte Kämpfe. Er ersehnte und prophezeite für Deutschland die Schaffung des Einheitsstaates durch Preußen im Kampf mit Östreich nach dem Vorgang Italiens, dessen größtem modernen Staatsmann Cavour er ein leuchtendes biographisches Denkmal setzte. Durch eine Geschichte des deutschen Bundes in der Zeit von 1815 bis 1848, aus deren Vorbereitung sein späteres Hauptwerk erwuchs, wollte er seinem Volk vor Augen führen, daß es nur durch die Vernichtung der Kleinstaaterei aus politischer Ohnmacht gerettet werden könne. In diesem Streben fühlte er sich nicht nur als publicistisch-wissenschaftlicher Erzieher, sondern auch als begeisterter, glaubensstarker Apostel.

Treitschke.

Historisch-politische Aufsätze 1864 ff.

Zu den eifrigsten Befürwortern der Idee, durch Begründung einer Zeitschrift nach Art der „Preußischen Jahrbücher" die Wissenschaft in den Dienst der liberal-nationalen Propaganda zu stellen, hatte Theodor Mommsen gehört. Das politische Programm des streitbaren Schleswigers, der 1848 mit seiner Feder in der heimatlichen Tagespresse gewirkt, beim Beginn der Reaktion seiner Professur in Leipzig entsetzt, in Zürich einen neuen Wirkungskreis gefunden hatte (s. VII. 479, 490), bis ihm zuerst in Breslau, dann in Berlin ein preußischer Lehrstuhl zuteil wurde, stimmte, wiewohl demokratischer gefärbt, mit dem der kleindeutschen Historiker wesentlich überein. Aber für seine Geschichtschreibung galt, wie das ihr Gegenstand bedingte, in höherem Maß das Gebot der reinen Wissenschaft. Mommsen war nach fruchtbarer italienischer Wanderschaft vom Juristen zum Sprachforscher, Epigraphiker, Numismatiker geworden und hatte auf allen diesen Gebieten schon Großes geleistet und begonnen, ehe er sich mit seiner in kühnem Wagemut unternommenen „Römischen Geschichte" den be-

Mommsen.

Römische Geschichte 1854 bis 1856.

deutendsten Historikern aller Zeiten anreihte. Die eindringliche Beschäftigung mit den Rechtsquellen und mit monumentalen Zeugnissen befähigte ihn, das Gesamtbild des altrömischen Staats- und Volkslebens viel schärfer und wahrer zu fassen als es den gewöhnlich aus der philologischen Schule stammenden Geschichtsschreibern möglich gewesen war. Niemals zuvor war die Entwicklung der verschiedenen Triebkräfte, die Bedingtheit der politischen Wandlungen durch die socialen Umgestaltungen so klar aufgezeigt worden wie in dieser Geschichte des Übergangs der antiken Stadtverfassung zur Herrschaft über die antike Welt. Auch die divinatorische Genialität, mit welcher der Nachfolger Niebuhrs, noch viel kritischer als dieser, in den älteren Partieen Lücken der Überlieferung auszufüllen und eigene Konstruktionen an Stelle fremder Phantasieen zu setzen wagte, suchte ihres gleichen. Nicht zuletzt hob die eigentümliche Künstlerschaft der Darstellung Mommsens Geschichtswerk auf eine unvergleichliche Höhe. Unter seiner Feder lebten Staatseinrichtungen und Sitten, Religionsbräuche und Wissenschaftsformen, Menschen und Landschaften wieder auf. Eine wunderbare Gestaltungskraft kam ihm bei der Entwerfung der Portraits seiner Helden zu Hilfe. Sein Stil, von allem rhetorischen Beiwerk frei, war immer pittoresk, seine Ausdrucksweise realistisch, durch ein Brillantfeuerwerk von Geist und Witz in bewußtem, mitunter allzu starkem Gegensatz zu altmodischer Gemessenheit und Würde. Was von früher her an solche Gewöhnte ihm besonders zum Vorwurf machten, was aber gerade tausende der jungen Generation entzückte, war die sehr weit getriebene Modernisirung antiker Bezeichnungen, die „Klubs“ und „Meetings“, „Bürgermeister“ und „Generale“ auf den Boden des alten Rom versetzte. Ihm aber kam es gerade darauf an, wie er dem Freunde Henzen schrieb, „vor allem die Alten herabsteigen zu machen von dem phantastischen Kothurn, auf dem sie der Masse des Publikums erscheinen, sie in die reale Welt, wo gehaßt und geliebt, gesägt und gezimmert, phantasirt und geschwindelt wird, zu versetzen“.

Einem feurigen Naturell wie dem Mommsens wäre die kühle Objektivität Rankes unmöglich gewesen. Er sprach wie ein Mitlebender über zwei Jahrtausende zurückliegende Ereignisse. Er begleitete die Kämpfe der Plebejer gegen „das Junkertum“ der Patrizier mit leidenschaftlicher Anteilnahme. Er versetzte sich in die von ihm vorgeführten Einzelpersönlichkeiten mit seiner Liebe und mit seinem Haß und hob sie dadurch in lebensvoller Fülle aus der Masse der Ereignisse heraus. Das tiefste Geheimnis seiner Wirkung lag in der Wärme seines menschlichen Mitfühlens, die in die Herzen der Leser überströmte. Dennoch that man ihm Unrecht, wenn man ihn bewußter Parteilichkeit zieh. Er betrachtete jede Abweichung von der „Wahrhaftigkeit“ als „Sünde wider den Heiligen Geist“. Er legte den höchsten Wert, wie er selbst sich einmal ausdrückt,

auf die „im Großen wie im Kleinen vor keiner Mühe scheuende, keinem Zweifel ausbiegende, keine Lücke der Überlieferung oder des eigenen Wissens übertünchende, immer sich selbst und anderen Rechenschaft ablegende Wahrheitsforschung". So durfte er sich auch mit Recht gegen die Anklage verteidigen, daß seine Römische Geschichte, weil sie Cäsars Werk als „notwendig und heilsam" pries, in eine Verherrlichung des Cäsarismus ausmünde. Vielmehr sah er in der „absoluten Militärmonarchie" nur „den notwendigen Schlußstein" alles Vorhergegangenen und in dem großen „Werkmeister" nur den Vollzieher eines „ausgefällten Spruches der vollzogenen Entwicklung". Er bekannte sich zu dem Satz: „Jede noch so mangelhafte Verfassung, die der freien Selbstbestimmung einer Mehrzahl von Bürgern Spielraum läßt, ist unendlich mehr als der genialste und humanste Absolutismus." Aber zugleich ergoß er seinen bitteren Spott über die Legitimisten aller Art mit den Worten: „Wenn eine Regierung nicht regieren kann, hört sie auf, legitim zu sein, und es hat wer die Macht auch das Recht sie zu stürzen." Insofern kam auch er mit seinem Werk, das ein Schatz der deutschen und durch zahlreiche Übersetzungen ein Bestandteil der Weltlitteratur wurde, den Zeitideen entgegen. Er glaubte an die Verwirklichung des nationalen Gedankens durch eine starke, vom liberalen Bürgertum getragene Staatsgewalt und wollte ihr das Recht zugestanden wissen, hohle Formen legitimer Herrschaft, wie die des Bundestags oder des Kleinfürstentums, schonungslos zu zertrümmern.

England.

In England hatten die Historiker es nicht nötig, nach Art der kleindeutschen Fachgenossen das Volk zu nationaler Gesinnung erziehen zu wollen. Der beliebteste und gelesenste englische Geschichtschreiber der Zeit, Macaulay, dessen Ruhm sofort das ganze weite Gebiet der englischen Sprache erfüllte, fühlte sich darin mit der Masse seiner Landsleute von Haus aus vollkommen eins. Mit Mommsen teilte er die Verachtung altmodisch würdevoll-geschraubter Darstellung, die Fähigkeit, jeder Einzelheit Leben einzuhauchen, das Vergangene bis ins Kleinste vor dem Auge des Nachlebenden wieder auferstehen zu lassen, die Klarheit und Anschaulichkeit der Schilderung von Menschen und Vorgängen. Seiner virtuosen Erzählungskunst war er so sicher, daß er sich mit vollem Erfolg vermaß, mit seiner „Geschichte Englands" für einige Tage den neuesten Moderoman auf dem Tisch der jungen Damen verdrängen zu wollen. Indessen stand die wissenschaftliche Bedeutung seines Werkes nicht entfernt im Verhältnis zu seinem unerhörten litterarischen Triumph. Wenn es auch viel zu weit ging, seine Geschichte mit Bezug auf seine eigene Prophezeiung „einen guten Roman" zu nennen, so war doch die Überwucherung der historischen Wahrheit durch halb und halb romanhafte Zuthaten unleugbar. Dies zeigte sich in der oft höchst ungerechten Verteilung

Macaulay.

Geschichte Englands 1849 bis 1861.

von Licht und Schatten bei der Zeichnung von Einzelportraits, in der übermäßigen Verwendung von Superlativen und vor allem in der, gemäß der politischen Stellung des Verfassers, parteiischen Darstellung desjenigen Ereignisses, das den Mittelpunkt des Bruchstück bleibenden Werkes bildete: der „glorreichen" Revolution von 1688. Durch dieses Musterbeispiel sollte, ohne tiefere universalhistorische Begründung, gleichsam der Beweis für die Allgemeingiltigkeit der Vorzüge des Whigismus erbracht werden. Als Ranke nachmals mit seiner „Englischen Geschichte" denselben Gegenstand behandelte, ward ihm von Engländern selbst das Lob gespendet, Wahrheit und Maß an Stelle von Karikatur und Übertreibung Macaulays gesetzt zu haben. Was es diesem erschwerte, sich auf einen höheren Standpunkt zu erheben, war die seiner Geistesart entsprechende Beschränkung auf bloßes Beschreiben statt tiefgründiger Erklärung socialer und politischer Wandlungen, sowie seine mangelhafte Kenntnis festländischer historischer Erscheinungen. Daher trug ihm sein aus unreinen Quellen geschöpfter, an schiefen Urteilen überreicher Essay über Friedrich den Großen u. a. eine zermalmende Erwiderung Ludwig Häussers ein. Ganz und gar in seinem Element bewegte er sich bei dem Bericht von Parlamentsdebatten oder Kabinetsverhandlungen. Hier kam ihm seine langjährige Erfahrung in Staatsgeschäften überaus zustatten. Er wußte die verwickeltsten Angelegenheiten der Politik mit spielender Leichtigkeit für das allgemeine Verständnis durchsichtig zu machen und dankte dieser Meisterschaft, sich kreuzende Fäden von Intriguen und Plänen zu entwirren, nicht am wenigsten seinen Erfolg.

Grote

Gründliche Kenntnis des thätigen Lebens und rege Teilnahme an den öffentlichen Dingen schärften auch Grote den Blick für die Lösung einer großen historischen Aufgabe. Es war die „Geschichte Griechenlands", die ihn neben seinem Bankgeschäft und seiner parlamentarischen Wirksamkeit seit lange angezogen hatte, und die er, nach Abstreifung aller ihn hemmenden Fesseln völlig der Arbeit hingegeben, in zwölf gewichtigen Bänden vollendete. Das monumentale Werk, auf ausgebreiteten Vorstudien ruhend, mit Verwertung namentlich der deutschen gelehrten Forschung, verschmähte zwar die Reize glänzender stilistischer Kunst. Aber die männliche, ungeschminkte, in manchen Partieen freilich nur zu wenig straffe Darstellung überzeugte und machte den Eindruck der Zuverlässigkeit. Die Hauptblöße, die Grote der Kritik darbot, war die Vernachlässigung wirtschaftlicher Einflüsse und die Überschätzung staatlicher Formen und Rechtssatzungen. Dafür entschädigte der in der Praxis geschulte Historiker durch realistische Betrachtung politischer Kämpfe und Begriffe. Darin konnte der Deutsche Ernst Curtius, der bald danach in seiner Griechischen Geschichte, auf dem Hintergrund im Geist Karl Ritters meisterhaft entworfener Schilderung des Landes, ein poetisch verklärtes Idealbild des

Geschichte Griechenlands 1846 bis 1856

alten Griechentums erstehen ließ, mit dem nüchterneren englischen Vorgänger nicht wetteifern. Den Kern des Werkes Grotes bildete die Geschichte der athenischen Volksherrschaft. Ohne für manche ihrer Schwächen blind zu sein, behandelte er sie doch mit unverkennbarer Vorliebe und verteidigte sie mit Wärme gegen frühere Anschuldigungen aristokratisch-konservativ gesinnter Forscher. Er versenkte sich in die Vergangenheit nicht als überzeugter Whig wie Macaulay, sondern als philosophischer Radikaler und fand in der Glanzzeit der athenischen Demokratie vieles von dem erfüllt, was sein eigenes politisches Glaubensbekenntnis an für ihn unverrückbaren Sätzen enthielt. Grote war ein Geistesverwandter John Stuart Mills, des weitherzigsten Schülers Benthams, des Hauptwortführers der Utilitarier im modernen England, dessen Schriften einen außerordentlichen Einfluß auf seine Zeitgenossen ausübten. Von frühester Jugend an nach einer Art Treibhauskultur durch seinen berühmten Vater James Mill vielseitig gebildet und streng geschult, machte er sich als Philosoph, als Nationalökonom, als Socialpolitiker einen Namen. Mit seiner festen Überzeugung von der unbegrenzten Besserungsfähigkeit des Menschen durch Erziehung wurde er zum enthusiastischen Apostel der Freiheit und der Gleichberechtigung der Frau. Ohne daß er selbst eine zusammenfassende geschichtliche Arbeit unternommen hätte, befruchtete er doch auch die Geschichtswissenschaft durch anregende Gedanken. Dahin gehörte vor allem sein Hinweis auf die Notwendigkeit, die psychologische Entwicklung der Menschen als Masse zum Gegenstand einer besonderen Disciplin zu machen. Er berührte sich dabei mit Auguste Comte und leistete seinen Beitrag zur Abgrenzung des Gebietes der Socialpsychologie.

John Stuart Mill.

Die einseitige Hinwendung zu dieser Weise geschichtlicher Betrachtung wurde maßgebend für Henry Buckle. Der Sohn eines wohlhabenden Schiffsreeders, Privatgelehrter in unabhängiger Stellung, auf Reisen und durch eine staunenswerte Belesenheit zum autodidaktischen Vielwisser geworden, hegte er den Ehrgeiz, durch Aufdeckung allgemein giltiger Gesetze die Geschichte zum Range einer Wissenschaft nach Art der Naturwissenschaften zu erheben. Dabei knüpfte er unmittelbar an die jüngsten Untersuchungen der Moralstatistik, mit denen der Belgier Quetelet vorangegangen war, über die Gesetzmäßigkeit in den scheinbar willkürlichen menschlichen Handlungen an. Der freie Wille wurde nach ihm durch die Abhängigkeit des Menschen von ehernen Gesetzen ausgeschlossen, die Macht der sittlichen Einwirkungen auf ein Mindestmaß eingeschränkt. Alle Fortschritte der Kultur ruhten nach seiner Behauptung einzig auf der Entwicklung des Intellektes. Dagegen erklärte er die moralischen Antriebe und Grundsätze seit Jahrtausenden für so gut wie feststehend und höchstens durch vollkommenere Einsicht, aber nicht durch veredelte

Buckle.

Geschichte der Civilisation in England 1857 bis 1861.

Gesinnung veränderlich. Den größten Feind des intellektuellen Fortschritts und damit des Fortschritts der Civilisation erblickte er in dem Geist der Bevormundung von Regierungen und Kirchen. Buckles Werk blieb ein Torso. Er konnte nur die Fundamente zu dem ihm vorschwebenden Bau legen und nach einer weit ausholenden Einleitung, gestützt auf eine Fülle angesammelter Zeugnisse, in glänzender Weise die intellektuelle Entwicklung Englands, Frankreichs, Spaniens, Schottlands skizziren. Während einer Erholungsreise nahm der Tod dem erst Vierzigjährigen in Damaskus die Feder aus der Hand. Es war nicht schwer, Buckle zahlreiche Irrtümer, Fehlschlüsse, Lücken, starke Überschätzung gewisser Faktoren in der Geschichte der Menschheit und noch viel stärkere Unterschätzung anderer nachzuweisen. Auch war sein Ausgangspunkt, die Anwendung des statistischen Gesetzes „der großen Zahl" auf die verwickelten Thatsachen des geschichtlichen Lebens, ohne weiteres anfechtbar. Daher lehnte die Mehrheit der Fachhistoriker, teilweise in wegwerfender Weise, seine anspruchsvolle Arbeit ab. In Deutschland unterzog sich vor allem Droysen der Aufgabe, sie zu kritisiren. Indessen konnte dadurch die mächtige Wirkung Buckles auf weite Leserkreise Europas und jenseits des Weltmeeres nicht verhindert werden[1]). Sein Werk wurde durch die naturwissenschaftliche Strömung der Zeit getragen und hinterließ, dank der kühnen Angriffe gegen herrschende Meinungen und dank der eindringlichen Hinweise auf hochgesteckte Ziele, auch in der Geschichtschreibung

Lecky.

tiefe Spuren. Ein erstes Beispiel dafür boten des Irländers Lecky „Geschichte des Aufkommens und des Einflusses des rationalistischen Geistes in Europa" (1865) und „Geschichte der europäischen Moral von Augustus bis zu Karl dem Großen" (1869). Zwar hütete sich Lecky besser als Buckle vor unbeweisbaren Verallgemeinerungen und voreiligen Schlüssen. Aber in der Stellung der Aufgabe, die zu lösen er sich vorsetzte, war er von ihm abhängig.

Carlyle.

Im stärksten Gegensatz zu Buckle, der die treibenden Kräfte der Geschichte in gesetzmäßigen Erscheinungen der Masse suchte und dem Eingreifen genialer Einzelpersönlichkeiten, als bloßer „Werkzeuge", nur eine nebensächliche Bedeutung beimaß, stand Carlyle, der Geschichtschreiber von visionärer Phantasie, der Priester des einseitigen „Heroenkultus" (s. V. S. 48). Nicht minder tief war die Kluft, die den schwerblütigen, finsteren Verächter des „Maschinenzeitalters" von dem weltfreudigen, optimistischen Macaulay trennte. Als Historiker unternahm er es schon in vorgerückten Jahren, durch seine dickleibige

Geschichte Friedrichs des Großen 1858 bis 1865.

Geschichte Friedrichs des Großen wieder gut zu machen, was Macaulay in seinem vielangefochtenen Essay gefehlt hatte, und seinen eigenen früheren Ge-

[1]) Nach Donald Mackenzie Wallace: Rußland (Deutsche Übersetzung 1906 II. 120) gab es vier russische Übersetzungen. Er fand Buckles Werk selbst bei Bauern.

schichtswerken damit die Krone aufzusetzen. Aber, so glänzend sich auch hier seine Kraft dramatischer Darstellung, wie bei der Beschreibung von Schlachten oder bei der Entwerfung von Charakterbildern bewährte: die Masse des rein Anekdotischen überwog, die wissenschaftliche Verwertung der Quellen war oft unkritisch, die gewaltige Arbeit der Fridericianischen inneren Staatsverwaltung erhielt eine ganz ungenügende Würdigung. In der Gesamtauffassung der Geschichte, als einer Geschichte der „großen Männer", und in der Anwendung poetischer Kunstgriffe, um das Gefühl der Leser in Mitleidenschaft zu ziehen, reihte sich Froude mit seiner „Geschichte Englands vom Fall Wolseys bis zur Niederlage der Armada" dem ihm innig befreundeten Carlyle an. Wußte er sich auch von dessen stilistischen Excentricitäten frei zu halten, so übertraf er ihn an Willkürlichkeiten und Entstellungen. Übrigens war Carlyles historiographische Eigenart durchaus nicht dazu gemacht, eine Schule zu hinterlassen. Auch ruhte seine fortwirkende Bedeutung weit mehr in seiner starken Persönlichkeit. Im Kampf gegen Rationalismus, Manchestertum und Demokratie ließ er nicht ab, seine zürnende Stimme zu erheben, selbst wenn sie wie die seines stürmischen Jüngers, des zum Socialpolitiker gewordenen Ruskin, gar oft die Stimme eines Predigers in der Wüste war. —

Froude. Geschichte Englands u. s. w. 1856 bis 1870.

In Frankreich hatte die Gründung des zweiten Kaiserreichs der napoleonischen Legende auch in der historischen Litteratur zunächst neue Kraft verliehen. Die auf Napoleons III. Geheiß unternommene Sammlung der Korrespondenz des großen Kaisers, unvollständig und nicht immer vertrauenswürdig wie sie war, leistete ihr bedeutenden Vorschub. Das 1862 vollendete Werk von Thiers, mit allen seinen Mängeln ungenügender Wertschätzung der moralischen Kräfte, rein äußerlicher Verkettung der Ereignisse, lückenhafter Kenntnis außer französischer Dinge, erwarb sich vornehmlich dank der leichtflüssigen Erzählung eine Popularität, die der von Macaulays „Englischer Geschichte" beinahe gleichkam. Indessen fehlte es dem Verherrlicher des ersten Kaisers auch nicht an Kritikern aus den Reihen seiner eigenen Landsleute. Charras und Quinet, die der Staatsstreich in die Verbannung getrieben hatte, griffen die von Thiers festgehaltene Legende des „Verrates" von Waterloo an. Einige Jahre später unternahm es Lanfrey, seiner Gesamtauffassung entgegenzutreten und das napoleonische Idol von der Höhe, auf die es emporgehoben worden war, herabzureißen. Ehrliche Überzeugung, Feinheit der psychologischen Analyse, kraftvolle Darstellung waren Lanfrey nicht abzustreiten. Aber im ganzen nahm sich sein nicht zu Ende geführtes Werk wie eine Anklageakte aus. Der Historiker verwandelte sich in einen Staatsanwalt, der ein Kreuzverhör vornahm und alle mildernden Umstände ausschloß. Auch war es unverkennbar, daß der unversöhnliche Freiheitsfreund beim

Frankreich.

Thiers. Geschichte des Konsulates und des Kaiserreiches 1845 bis 1862.

Charras. Quinet.

Lanfrey. Geschichte Napoleons 1867 ff.

Studium der Vergangenheit an die Gegenwart dachte. Seine Leser sollten sich mit Abscheu vor der Willkürherrschaft erfüllen, und die Hiebe, die er gegen den ersten Kaiser führte, galten auch dem Mann des Staatsstreichs, der sich zu seinem Erben aufgeworfen hatte.

Neben der napoleonischen Legende bestand die revolutionäre noch fort, obwohl der Deutsche Heinrich von Sybel ihr so viel von ihrem Schimmer zu nehmen gesucht hatte. Michelet schloß 1853 sein nationales Epos der Revolutionsgeschichte ab, um dann, mit scharfen Angriffen gegen das absolute Königtum und den Klerikalismus, der Geschichte Frankreichs von Karl VIII. bis 1789 seine Feder zu widmen. Louis Blanc vollendete 1862 im Exil, mit Benutzung der Schätze des Britischen Museums, seine unter Louis Philipp begonnene ausführliche Erzählung, in der die auftretenden Persönlichkeiten, je nachdem sie ihm als Bekenner „des Individualismus" oder „der Brüderlichkeit" erschienen, mit seiner Abneigung oder mit seiner Zuneigung bedacht wurden. Quinet befliß sich 1865 in einer mehr philosophischen als historischen Studie, die guten und die üblen Elemente der Revolution von einander zu trennen und nachzuweisen, daß die Fehler und Missethaten ihrer jakobinischen Führer dem Despotismus die Thore geöffnet hätten. Alle diese Arbeiten aber traten in Schatten gegen den ersten Band des Werkes von Alexandre de Tocqueville, „Das Ancien Régime und die Revolution", der leider der einzige bleiben sollte.

Michelet.

Louis Blanc.

Quinet.

Tocqueville. Das Ancien Régime und die Revolution 1856.

Tocqueville hatte nach dem Staatsstreich die politische Bühne endgiltig verlassen. Er suchte Trost in der Wissenschaft, während er sein Vaterland mit Schmerz einer „unglaublichen moralischen Entkräftung" verfallen sah. Sein Buch war in gewissem Sinn eine Erweiterung seiner früheren Forschungen über die Demokratie in Amerika. Hatte er in diesen die eigentümlichen Bedingungen insbesondere der amerikanischen Demokratie bloßgelegt, so wollte er nun an dem Beispiel Frankreichs, nicht in Form der Erzählung sondern der Betrachtung, den Nachweis führen, daß demokratische Gesellschaften ohne Ergänzung der Gleichheit durch die Freiheit niemals bürgerliche und nationale Größe erzeugen könnten. Dabei ergab sich ihm die überraschende Thatsache, daß zwischen dem Ancien Régime und der Revolution, vor allem in der Ausgestaltung der centralisirten Verwaltung, ein bis dahin verkannter enger Zusammenhang bestehe. Wo andere einen schroffen Bruch gesehen hatten, sah er eine logische Fortsetzung. Wie in diesem Punkt, so drang er überall von der äußeren Erscheinung, ohne willkürliche Konstruktion, ohne Parteileidenschaft, mit Verzicht auf rhetorische Wirkungen zum inneren Kern der Dinge vor. Seine Absicht war, in einem zweiten Teil die Entstehung und die Gestalt der neuen französischen Gesellschaft zu schildern. Wertvolle Stoffsammlungen und Skizzen dafür ruhten in seinem Pult. Aber, ehe der große historische Denker

zu ihrer Verarbeitung schreiten konnte, entschlief er, seit lange kränkelnd, 1859 in Cannes.

Tocqueville stand die geschichtliche Wahrheit zu hoch, als daß er als ihr Priester publicistische Nebenzwecke hätte verfolgen sollen. Indessen ergab sich beim Studium seines Werkes die Nutzanwendung für die Gegenwart von selbst. Er war sich dessen sehr wohl bewußt und weit entfernt davon, es für gleichgiltig zu halten. „Wenn mein Buch, schrieb er während der Arbeit einem Freunde, ohne je den Anspruch der Lehrhaftigkeit zu machen, den Lesern nicht fortwährend vor Augen führt, welche Gefühle, Ideen und Sitten allein das Glück und die Freiheit im öffentlichen Leben erzeugen können und welche Laster und Irrtümer im Gegenteil dem unwiderruflich im Weg stehen, so hätte ich mein hauptsächliches, ja sozusagen mein einziges Ziel nicht erreicht." „Mein Buch verkauft sich, berichtete er gleich nach dem Erscheinen der ersten Auflage einem andern Freunde, mit einer bei uns ungewohnten Schnelligkeit. Und doch hat nie ein Buch so sehr in Widerspruch mit dem Geist der Epoche gestanden, da es die entmutigten Seelen und die müden Herzen zu freien und energischen Gefühlen zurückzuführen sucht." In der That wurde Tocquevilles Werk ein Gesundbrunnen, aus dem sich für den Kampf um das hohe Gut der Freiheit unter dem Regiment des Cäsarismus Kraft schöpfen ließ. Denselben Dienst leisteten namentlich der studirenden Jugend neben älteren und neueren Schriften Michelets einige andere, in denen gleichfalls nur zwischen den Zeilen Anspielungen auf die herrschenden Zustände Frankreichs zu finden waren.

Jules Simon. Die Freiheit 1859.

Jules Simon, Mitglied der Konstituante, nach dem Staatsstreich als Eidverweigerer seiner Professur an der Sorbonne beraubt, sprach als lehrhafter Moralist von der „Pflicht" und von der „Freiheit" auf allen Stufen und in allen Kreisen der Gesellschaft. Seine Studien über das Leben des Proletariats verliehen seinem Namen auch in den Arbeiterklassen einen guten Klang. Vacherot, gleichfalls Mitglied der Nationalversammlung und nach dem Staatsstreich gleichfalls von seinem Lehrstuhl an der Sorbonne verdrängt, suchte, auf Tocquevilles Spuren wandelnd, die Bedingungen aufzudecken, unter denen das Recht des Staates und das Recht des Individuums in der Demokratie miteinander in Einklang gesetzt werden könnten. Für diese aber nahm er die Form der Republik als einzig folgerichtig in Anspruch und mußte sein Bekenntnis mit drei Monaten Gefängnis und Verlust der politischen Rechte büßen.

Vacherot. Die Demokratie 1859.

Laboulaye, Professor der vergleichenden Rechtsgeschichte am Collège de France, hielt seinen Landsleuten in seiner „Geschichte der Vereinigten Staaten" gleichsam einen Spiegel vor und gab ihnen in seinen satirischen Romanen „Paris in Amerika" (1863) und „Prinz Pudel" (1869) heilsame Wahrheiten zu hören.

Laboulaye. Geschichte der Vereinigten Staaten 1855 ff.

Mittlerweile gewannen die geschichtsphilosophischen Lehren Comtes, die schon ein paar Jahrzehnte früher, vor seinem Übergang in das mystische Reich der Zukunftsreligion als Oberpriester der Humanität, verkündigt worden waren (s. V. 9), in seinem Vaterland einen ihnen ehemals versagten Einfluß. Comte hatte in seinem Kursus der positiven Philosophie die Daseinsbedingungen des gesellschaftlichen Lebens, „die sociale Statik" aufzuzeigen, sowie die Gesetze der Entwicklung und des Fortschritts innerhalb des gesellschaftlichen Organismus, „die sociale Dynamik" nachzuweisen gesucht. Hinsichtlich der socialen Statik maß er neben individuellen Anlagen nach Montesquieus und Condorcets Vorgang namentlich der Race, dem Klima, den schon vorhandenen Kulturelementen eine oft verkannte Wichtigkeit bei und schob die Bedeutung der großen Persönlichkeiten hinter der des socialen Zustandes ihrer Zeit zurück. Für die sociale Dynamik räumte er der erstarkenden Geltung des Intellektes bestimmenden Einfluß ein und unterschied demnach drei Stadien, das erste der theologischen, das zweite der metaphysischen, das dritte der wissenschaftlichen oder „positiven" Denkart, welche die Gesamtentwicklung der menschlichen Gesellschaft wie die Entwicklung der einzelnen Völker in gesetzmäßiger Abfolge durchlaufe. Comtes „Positivismus", durch eine verkürzte Übersetzung von Harriet Martineau und durch ein Buch von George Henry Lewes in England eingeführt, hatte hier ein vielfaches Echo hervorgerufen. Vor allem fand der Entwicklungsgedanke seiner socialen Dynamik jenseits des Kanals lebhaften Anklang. Herbert Spencer, wiewohl er einzelne Sätze Comtes bekämpfte, beschritt dieselben Pfade wie er. Buckle nahm aus dem Schatz seiner Ideen, nicht ohne sie zu vergröbern und willkürlich zuzuspitzen, vieles auf. Selbst der englische Roman, wie bemerkt worden ist (s. o. S. 512), ward, zuerst unter der Hand der Positivistin George Eliot, mitunter zum Gefäß des Comteschen Entwicklungsgedankens.

Einfluß Comtes.

Der Positivismus.

In Frankreich war es besonders seine positivistische Lehre der „socialen Statik", die auf fruchtbaren Boden fiel. Ihr Hauptanhänger und Fortbildner wurde Hippolyte Taine. Er war Philosoph, Historiker, Kunsthistoriker, Litteraturhistoriker, Humorist, Kritiker in einer Person, in jungen Jahren Lehrer in Nevers und Poitiers, wegen seiner freien Ansichten von der Regierung chikanirt, 1852 nach Paris übergesiedelt, wo ihm später eine Professur der Kunstgeschichte an der Ecole des Beaux-Arts zuteil wurde. Sein bescheidenes und einförmiges Gelehrtendasein wurde nur hie und da durch größere Reisen zu Studienzwecken unterbrochen, und lieber als der aufreibende gesellige Verkehr der Hauptstadt war ihm der Verkehr mit der Natur in den heimatlichen Ardennen oder in den Wäldern von Fontainebleau. Diese Koncentration seiner Kräfte machte dem oft durch Krankheit Heimgesuchten eine unermüdliche litterarische Thätigkeit von staunenswerter Vielseitigkeit möglich. Taine lenkte

Taine

zuerst die Aufmerksamkeit durch drei Werke auf sich, in denen er, von nationalen Vorurteilen frei, ohne sich auf den Standpunkt einer bestimmten Partei zu stellen, ein Virtuose in der Behandlung des weichsten wie des sprödesten Stoffes, idealistischen geistesgeschichtlichen Konstruktionen den Krieg erklärte. Lafontaine, Livius, die französische Philosophie des neunzehnten Jahrhunderts waren die Gegenstände, an denen er zunächst seine „naturwissenschaftliche", „induktive" Methode, wie sie ihm vorschwebte, erprobte. Sie bestand darin, von der genauen Beobachtung und Sammlung bezeichnender kleiner Thatsachen zur Zusammenfassung überzugehen, alle geschichtlichen Erscheinungen als Ergebnis der Race, des Klimas, der Umgebung, des augenblicklichen Zeitpunktes zu betrachten und nach Aufsuchung der „Haupteigenschaft" historischer Einzelpersönlichkeiten daraus das Wesen des ganzen Menschen, seiner Volksgemeinschaft, seiner Zeit abzuleiten. Namentlich operirte Taine, in ähnlicher Weise wie der Schöpfer des naturalistischen Romans, mit dem schon von Comte formulirten Begriff des „Milieu", bei dem er den Einfluß der Naturumgebung und der menschlichen Umgebung schärfer unterschied. Zur Anwendung seiner Methode im großen wählte er die Geschichte der englischen Litteratur. Hier sollte die Psychologie eines ganzen Volkes von den ältesten Zeiten an bis zur Gegenwart aus den Erzeugnissen seiner Litteratur erklärt und die Umwandlung des angelsächsischen Barbaren in den Engländer des neunzehnten Jahrhunderts als eine Folge unvermeidlicher historischer Entwicklung gemäß der aufgestellten Theorie nachgewiesen werden. Das Werk, überreich an feinen Beobachtungen und farbenprächtigen Charakteristiken, anschaulichen Schilderungen typischer Geisteszustände, imponirend durch die Selbständigkeit des Urteils in einem Stil von bezwingender Kraft und Frische geschrieben, war Taines Meisterleistung. Indessen zeigte es bereits Spuren von Mängeln, die seiner Gesamtauffassung anhafteten. Sie waren es auch, die von anderen Flecken abgesehen, in manchen Partieen seiner letzten, hier nicht mehr in Betracht kommenden, großen Arbeit über „Die Ursprünge des zeitgenössischen Frankreich" der Kritik die stärksten Blößen boten.

Frühere Arbeiten.

Geschichte der englischen Litteratur 1863 ff.

Mit seiner hervorragenden Neigung und Fähigkeit der Abstraktion geriet der strenge Logiker und Klassifikator Taine in Gefahr, die vielgestaltigen geschichtlichen Erscheinungen in eine beengende Formel einzuzwängen. Obwohl er sich der Anwendung der induktiven Methode rühmte, ging er nicht selten, ohne sich dessen selbst bewußt zu sein, von vorgefaßten Ideen aus. Er kümmerte sich bei der Sammlung von Thatsachen nicht immer genügend um ihre Glaubwürdigkeit und ließ es bei ihrer Benutzung oft an gehöriger Vorsicht fehlen. Er unterschätzte wie Buckle den selbständigen Wert genialer Persönlichkeiten und wurde insbesondere trotz seines feinen Kunstverständnisses der Eigentümlichkeit

künstlerischer Individualitäten nicht voll gerecht, deren Entstehung, Wachstum und Schöpfungen der wissenschaftlichen Analyse Trotz bieten mußten. Indessen was sich auch gegen viele Beweisführungen Taines einwenden ließ: man schuldete ihm eine Fülle zündender Gedanken, die er mit glühender Überzeugungskraft durch formvollendete Schriften in Umlauf setzte. Die studirende Jugend, der hohlen Schlagworte müde, heißhungrig nach Wissenschaft, die ihr unter dem Druck des Cäsarismus für freiheitlichen Thatendrang Ersatz bieten sollte, dieselbe Jugend, die zu den Füßen Pasteurs, Claude Bernards, Berthelots saß, gab sich mit Entzücken der positiven Betrachtung historischer und kunsthistorischer Gegenstände hin, wie Taine mit scheinbar streng geschlossener Begründung sie lehrte. Seine oft mißverstandenen Schlagworte „Race", „Milieu", „Zeitpunkt" verbreiteten sich in Schulen, Malerateliers, Vortragssälen, Zeitschriften. Sie äußerten ihre Nachwirkung in Wissenschaft und Dichtung. Von den Lehrkanzeln der Hochschulen bis in die Tagespresse machte sich Taines Einfluß fühlbar. Auch blieb er nicht auf Frankreich beschränkt. Vornehmlich dank seiner bestechenden Darstellung drang der Geist des Positivismus durch die verschiedensten Kanäle in die europäische Litteratur. Nicht selten vermischten sich seine Lehrsätze mit denen der materialistischen Geschichtsauffassung, der zuerst Karl Marx und Friedrich Engels im kommunistischen Manifest Ausdruck gegeben hatten (s. VI. 303) und die von Marx 1859 in der Vorrede der Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie" näher begründet wurde. Wer die ganze bisherige Geschichte als eine Geschichte der Klassenkämpfe ansah, konnte sich jedenfalls in der Bewertung von Ereignissen und Individuen, als unvermeidlicher Erzeugnisse der historischen Entwicklung, mit den Jüngern der positivistischen Lehre einig fühlen.

Taines Einfluß auf die Jugend.

Renan.

Unter den führenden Geistern des damaligen Frankreich nahm Renan unzweifelhaft neben Taine einen gleichwertigen Rang ein, so sehr sich beide nach ihrem Wesen, ihrer Arbeitsweise, ihren Darstellungsmitteln unterschieden. Ein Kind der frommen Bretagne, für den geistlichen Stand bestimmt, aber durch religiösen Zweifel vom Studium der Theologie zu dem der orientalischen Sprachen geführt, wurde Renan, nachdem er dem geistlichen Beruf endgiltig entsagt hatte, zuerst durch seine vergleichende Geschichte der semitischen Sprachen bekannt. An vielfältige andere sprachgeschichtliche Studien schlossen sich, unter starkem Einfluß deutscher Gelehrsamkeit, Forschungen auf dem Gebiet der Religionsgeschichte, Übersetzungen des Buches Hiob, des Predigers Salomos, des Hohen Liedes, moralische und kritische Essays. Auf einer ihm übertragenen wissenschaftlichen Expedition nach Syrien und Palästina, während deren er seine geliebte Schwester in Beyrut verlor, sammelte er einen Schatz inschriftlicher und archäologischer Funde. Bis dahin in einer

Vergleichende Geschichte der semitischen Sprachen 1855.

bescheidenen Stellung an der Nationalbibliothek, ward er 1862 zum Professor des Hebräischen, Chaldäischen, Syrischen an das Collège de France berufen. Seine Antrittsrede „Über den Anteil der semitischen Völker an der Geschichte der Civilisation" war ein Ereignis. Noch viel tiefere Nachwirkungen hatte sein im folgenden Jahr veröffentlichtes „Leben Jesu".

Leben Jesu 1863.

Es war das erste Mal, daß dieser Gegenstand vom Standpunkt eines gelehrten katholischen Laien aus, frei von jeder supranaturalistischen Voraussetzung in einem für das große Publikum bestimmten Buche behandelt wurde. Während in David Friedrich Strauß' Epoche machendem Werk ein streng wissenschaftlicher, wenngleich keineswegs trockener Ton festgehalten war, hörte man hier die bestrickenden Klänge phantasiereicher Erzählung. Das Bild des Heilands, als das eines liebenswürdigen Propheten, der im Kampf gegen Pharisäer und Priester ein dem Tode geweihter Schwärmer wird, hob sich ergreifend vom Hintergrund der Renan aus eigener Anschauung bekannten, reizend ausgemalten biblischen Landschaft ab. So vorsichtig er auch seine ketzerische Gesinnung zu verhüllen gesucht hatte, der „europäische Gotteslästerer", wie Pius IX. ihn brandmarkte, erregte einen Sturm der Entrüstung im klerikalen Lager. Im Gewühl der gegen ihn gerichteten Streitschriften wuchs der Sturm zum Orkan. Die kaiserliche Regierung war so schwach, ihm zu weichen. Sie entzog Renan seine Professur und bot ihm dafür als Ersatz einen höheren Posten an der Nationalbibliothek. Er aber wies das Anerbieten des Unterrichtsministers im biblischen Stil mit den Worten zurück „Behalte dein Geld". In Muße setzte er das große Werk fort, dessen Einleitung das Leben Jesu hatte bilden sollen. Später wurde es unter dem Titel „Geschichte der Ursprünge des Christentums" zusammengefaßt und danach durch die „Geschichte des Volkes Israel" ergänzt. Neben der gelehrten Arbeit behandelte Renan zeitgenössische Fragen aller Art: glücklich im Genuß einer wohlverdienten Popularität, in harmonischer Ehe mit der Tochter des Malers Ary Scheffer, ein gesuchter Gast in den Pariser Salons, auch als Weltmann im geselligen Verkehr stets bereit, die Perlen seines Wissens mit Grazie verschwenderisch auszustreuen. Als Politiker war er unermüdlich in der Bekämpfung von Plattheit und Mittelmäßigkeit innerhalb der demokratischen Gesellschaft, ein Warner vor dem „verhängnisvollen Cirkel der Revolutionen" und vor den „krankhaften Anfällen nationaler Eigenliebe". Er beklagte, daß „die unendlichen Kräfte Frankreichs aus Mangel an freier Luft und Raum erstickten", und wagte es, seinen Landsleuten „die Schulen, die Universitäten, die moralische Erziehung, die Behandlung religiöser Fragen in Deutschland" als Muster anzupreisen.

Geschichte der Ursprünge des Christentums und des Volkes Israel.

Für seinen beweglichen Geist hatten die Formeln des Positivismus etwas Abstoßendes. Im Gegensatz zu Taine, der bei ihrer Anwendung

der Versuchung nicht entging, feinere Schattirungen zu verwischen, legte er gerade auf ihre Hervorhebung Wert. Als Historiker ließ er sich nicht auf Abstraktionen ein, die den Thatsachen beim Aufstieg vom Einzelnen zum Allgemeinen zu entnehmen wären. Auch scheute er sich, auf Grund minutiöser Quellenstudien rücksichtslos mit dem Messer der Kritik tiefe Einschnitte in alte Überlieferungen zu machen. Vielmehr gewährte es ihm einen ästhetischen Genuß, sich absichtslos und anempfindend in das Fühlen entschwundener Zeiten zu versenken, mit dem entsagungsvollen Eingeständnis, daß es unendlich abgestufte Grade von Wahrscheinlichkeit gebe, aber nur ein eng begrenztes Feld der Gewißheit. Dieselbe Abneigung, sich auf bestimmte Sätze festzulegen und endgiltige Urteile zu fällen, zeigte er bei der Behandlung religiöser und philosophischer Probleme. Dies zog ihm freilich den Tadel zu, daß er sich unter dem Vorwand allumfassender Weitherzigkeit und Erkenntnisliebe in einen Nebel von Widersprüchen hülle und einem skeptischen Dilettantismus huldige. Er aber konnte die Tadler durch den Hinweis auf sein ernstes Streben entwaffnen, nur der Wahrheit zu dienen und für sich wie für seine Leser nach dem hohen Gut der geistigen Freiheit zu ringen. In der That war und blieb er für Frankreich, das im Klerikalismus den gefährlichsten Feind seiner Bildung zu fürchten hatte, der vornehmste Dolmetscher des freien Gedankens. Als solcher eroberte er sich die Geister durch eine Sprache, deren Zauber auch Widerstrebende sich nicht leicht entziehen konnten. Sein Stil war geschmeidiger und biegsamer als der Taines. Seine einfache und doch eigenartige Schreibweise, bald empfindsam, bald ironisch, immer gewählt, selten rhetorisch, für die schlichte Erzählung ebenso geschaffen wie für verwickelte geschichts-philosophische Betrachtungen, wurde jeder Stimmung gerecht. Diese künstlerische Meisterschaft trug ihm den Ruhm ein, „der erste Schriftsteller" des zeitgenössischen Frankreich zu sein.

Die Zukunft der Wissenschaft 1848 (1890).

In seiner Jugend, nach dem Bruch mit dem Glauben seiner Väter, hatte Renan ein Werk über „Die Zukunft der Wissenschaft" geschrieben, das damals ungedruckt blieb und erst 1890, zwei Jahre vor seinem Tode, von ihm der Welt geschenkt wurde. Es war gleichzeitig eine Rechtfertigung seiner damaligen Überzeugungen, ein Hymnus auf die geistige Befreiung, eine enthusiastische Vision der neuen Zeit, für welche der Wissenschaft die Kraft zugeschrieben wurde, die Menschheit über Irrwahn, Vorurteile, Ungerechtigkeiten hinweg zu heben und das Leben im Sinn des Guten und Schönen umzugestalten. In diesem prophetischen Loblied war ein Hinweis auf die Macht der Naturwissenschaften nicht verabsäumt worden.

Die Naturwissenschaften.

So viel war gewiß: neben den historischen Disciplinen im weitesten Wortsinn erschienen sie auf dem Gebiet der Wissenschaft als der wichtigste Gradmesser des Genius der Zeit. Ihr Vorwiegen und ihre Popularisirung

verliehen den geistigen Hauptströmungen derselben vielleicht die entschiedenste Färbung. Der Versuch, dies im einzelnen nachzuweisen, würde jedoch ein Buch für sich erfordern. Bei jeder großen naturwissenschaftlichen Entdeckung jener Jahrzehnte wäre zu fragen, ob und inwieweit sie auf die Weltanschauung des ihnen angehörigen und des heranwachsenden Geschlechtes eingewirkt habe. Hiebei käme ohne Zweifel der gesicherten Feststellung des Gesetzes der „Erhaltung der Kraft", wie Helmholtz' berühmter Vortrag von 1847 betitelt war, eine hervorragende Bedeutung zu. Noch augenfälliger ist der in unzähligen Wellen nachzitternde Anstoß der Lehren Charles Darwins.

Der Darwinismus.

Im Jahre 1859 erschien in London sein Buch „Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl oder die Erhaltung begünstigter Rassen im Kampfe ums Dasein". Der große, aber der Grenzen seiner Erkenntnis sich wohl bewußte, englische Naturforscher begann damit die Behandlung eines Gegenstandes, der ihn schon Jahre lang seit der Heimkehr von einer wissenschaftlichen Seefahrt ergriffen hatte, und dessen Grundgedanke durch frühere Forschungen wie durch Erfahrungen und Anforderungen der Gegenwart bereits vorbereitet war. Indessen beschränkte sich der Siegeszug des Darwinismus, obwohl er auf seinem eigensten Feld nicht unangefochten blieb, keineswegs auf den Kreis der Naturwissenschaften. Berufene und unberufene Propheten der Lehre Darwins übertrugen sie auch auf andere Gebiete. Es lag in der That nahe, die Theorie der natürlichen biologischen Entwicklung, wie Spencer und die Comtisten es bereits unternommen hatten, auf die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft anzuwenden. Die Darwinistischen Schlagworte vom „Kampf ums Dasein", von der „Vererbung und Anpassung", von der „Auslese der Tauglichsten" drangen von nun an in den allgemeinen Sprachgebrauch der Geisteswissenschaften ein. Geschichtsforscher, Sociologen, Nationalökonomen, Ethnographen, Ethiker teilten sich, je nachdem sie der Anwendung des Darwinismus auf die Erscheinungen und Bethätigungen der menschlichen Gesellschaft uneingeschränkten Raum gaben oder nicht, in zwei feindliche Lager. Mit den Jahren nahm ihr Gegensatz gleich dem alter und neuer Träger der schönen Litteratur immer schärfere Formen an. So gewährt dieselbe Zeit, in der sich gewaltige politische Änderungen innerhalb der Staatenwelt Europas vollzogen und vorbereiteten, auch das Bild heftiger Reibung und starker Bewegung der geistigen Hauptströmungen.

Anhang.

I.

Schreiben des Kaisers Franz Josef von Österreich an den Sultan Abdulmedjid. Wien 22. Januar 1853.

(Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien.) Vgl. o. S. 38.

Sérénissime et très puissant Prince!

Guidé par ma confiance dans la sagesse et dans les sentiments élevés de Votre Majesté, je me suis décidé à une dernière démarche pour faire disparaître autant que cela dépend de moi, au moyen d'une mission extraordinaire et directe les embarras qui encombrent déjà que trop longtemps les voies d'une entente satisfaisante entre les deux Empires. Le but de cette démarche est trop étroitement lié à nos intérêts réciproques, pour que je puisse douter de l'accueil qu'elle rencontrera auprès de Votre Majesté. J'ai choisi pour être le porteur de mes paroles le Lieutenant Général Comte de Linange, un des officiers les plus distingués de mes armées et qui par sa haute naissance, par les services qu'il m'a rendus et par son dévouement au trône, mérite tout particulièrement l'honneur d'approcher la personne de Votre Majesté. Ce n'est pas une mission de courtoisie dont je le charge. La conduite que Votre Gouvernement a tenue vis-à-vis de moi dans ces dernières années ne le comporte pas. Il aura à exposer à Votre Majesté les griefs nombreux que mon Gouvernement est en droit de faire valoir; il aura à porter des avertissements; il aura même à articuler des avis qu'une juste prévoyance me dicte et auxquels, je l'espère, une saine appréciation des intérêts de l'Empire Ottoman ne refusera pas la valeur qu'ils méritent.

Je dois donc prier Votre Majesté de permettre à mon Envoyé de Lui exposer avec franchise mes sentiments et d'ordonner aussi à Ses Ministres de vouer aux paroles du Lieutenant Général Comte de Linange la plus sérieuse attention. Il ne sortira rien de sa bouche qui ne tende, en dernière analyse, à la gloire et à l'avantage de Son Empire.

Je forme des voeux pour que les nuages qui traversent l'accord désirable entre les deux gouvernements se dissipent et que les relations mutuelles se rétablissent sur l'ancien pied et surtout telles qu'elles étaient sous le règne glorieux de feu mon grand-père dont la mémoire m'est chère et sacrée. Mais pour que ce désir se réalise il faut que tout soit net entre nous et que la confiance et l'estime que je porte à Votre Majesté soient à la fois l'expression de mes sentimens personnels et le résultat de la marche suivie par les organes de Sa volonté Souveraine.

Tel est le motif et le but de la mission du Lieutenant Général Comte

de Linange. Je le recommande à l'accueil gracieux de Votre Majesté, saisissant avec plaisir l'occasion pour La prier de recevoir l'assurance de la très haute considération avec laquelle je suis

de Votre Majesté

le bon voisin.

Vienne, le 22. Janvier 1853.

II.

Bericht Perſignys an Napoleon III. London 19. Oktober 1855.

(Archives du Ministère des Affaires Etrangères. Paris. Kopie im Beſitz des Eidgenöſſiſchen Archivs Bern.) Vgl. o. S. 123. Anm. 3.

Sire,

Je remercie Votre Majesté des renseignements qu'Elle a bien voulu me transmettre. Je n'ai pu les communiquer au gouvernement Anglais qu'aujourd'hui parce que les principaux membres du cabinet étaient absents de Londres. Mais ils ont été reçus avec un grand intérêt, parce que, quelques tristes qu'ils soient en réalité, ils permettent au moins d'apprécier la situation avec connaissance de cause.

On regrette ici comme à Paris que le magnifique plan de Votre Majesté, en supposant qu'on ne dût pas rencontrer devant Simphéropol cette muraille naturelle qui protège si extraordinairement la ligne d'opération des Russes, n'ait pas été entrepris au printemps dernier. Mais ce n'est pas aux généraux exclusivement qu'on en fait le reproche; mais un peu à tout le monde, plus particulièrement à l'administration militaire des deux pays, ou plutôt aux circonstances extraordinaires de cette guerre, qui n'ont jamais permis d'avoir réuni en temps opportun les préparatifs nécessaires à deux grandes opérations à faire à la fois, c'est-à-dire le siège et la campagne. On en décharge surtout le général Pélissier, qui de l'aveu de l'administration militaire française, n'a jamais eu dans ses mains au moment nécessaire les moyens d'agir.

Le sentiment que je trouve ici fortement enraciné est celui-ci, que la cause de tout le mal, cause terrible et fatale, a été dans la faute commise dès le premier moment par le général Canrobert et le général Raglan en entreprenant un siège méthodique contre une place non investie et qui par conséquent devait avoir bientôt pour défense toutes les forces vives de la Russie. L'opinion unanime est que, une fois ce malheureux siège entrepris et notre armée engagée dans cet immense développement de tranchées et de lignes de circonvallation, il fallait ou lever le siège pour pouvoir disposer de toute l'armée ou le continuer, si l'on n'avait pas une immense supériorité de forces, ce qu'on n'a jamais eu au moment opportun; mais qu'une fois forcés par le manque de préparatifs nécessaires à poursuivre la prise de la ville, la conduite des généraux a été aussi sensée, aussi logique qu'énergique et vigoureuse.

La fatalité nous a conduit par la main au pied de cette chaîne de montagnes qui se montre escarpée et terrible de notre côté, tandis qu'elle

s'arrondit en pente douce et accessible du côté des Russes. Pour tourner cette épouvantable muraille en même temps que l'armée Russe, Eupatoria serait une base d'opération excellente sans le manque d'eau. Mais à défaut d'Eupatoria, ne pourrait on pas s'emparer d'un point plus favorable sur la côte, c'est-à-dire d'une position sur l'un des débouchés des rivières de Bulganak, d'Alma, de Matcha ou de Belbek; s'y établir et s'y fortifier pour de là, réunissant les forces d'Eupatoria, marcher par les plateaux sur Simphéropol ou Batchi-Sérai, selon le point de départ?

Quoi qu'il en soit et quels que soient les plans adoptés, on a confiance ici dans le maréchal Pélissier, ce qui est un grand avantage, par ce qu'on a de cette manière un seul général pour les deux armées. On pense que ne pouvant pas occuper la ville, il est préférable de détruire immédiatement les docks, ce qu'on ne pourrait plus faire si de nouvelles conférences s'ouvraient. Une fois les docks détruits, l'esprit public sera peut-être moins disposé à garder la ville. Mais cependant on ne pense pas aujourd'hui qu'après avoir annoncé et entrepris de plus grands desseins, on puisse aisément revenir en arrière. Autant il aurait été facile de faire immédiatement après la prise de Sébastopol autant aujourd'hui il serait difficile, après avoir entrepris de chasser l'armée russe de Crimée, de paraître reculer devant elle.

Du reste on n'a pas ici perdu confiance. Les routes entreprises par l'armée française sur la gauche des Russes ont paru ici très habilement tracées pour assurer notre armée contre les dangers d'une marche de flanc, et on espère ou que l'armée finira par découvrir quelque passage pour forcer la ligne russe ou que les mouvements d'Eupatoria aménéront un changement de position des Russes. Jusques là tout le monde s'arme de patience.

III.

Auszug aus dem Bericht Persignys an Walewski. London 18. September 1855.

(Archives du Ministère des Affaires Etrangères. Paris. Kopie Eidgen. Archiv Bern.)
Vgl. o. S. 125.

Comme j'ai eu l'honneur de vous le mander hier par le télégraphe le cabinet a partagé l'opinion de lord Clarendon sur la proposition contenue dans votre dépêche No. 136. Le cabinet a été unanime à rendre hommage à la pensée qui a inspirée cette proposition, mais il a été tout aussi unanime à voir le danger de cet engagement qui ne servirait suivant lord Palmerston qu'à inquiéter l'Europe et les puissances alliées sans offrir aucun avantage. De deux choses l'une, dit lord Palmerston, ou les événements nous mettront en position de faire cette demande dans des conférences futures et alors il suffira de nous entendre là-dessus au moment même des conférences ou nous ne serons pas en mesure d'exiger une si grosse chose et dans ce cas pourquoi nous imposer cette nouvelle obligation et la faire peser d'avance sur l'esprit de toute l'Europe? Si l'on avait dit à la France et à l'Angleterre, a ajouté lord Palmerston, au moment de l'expédition de Sébastopol, que la prise de cette ville exigeait un siège d'un an accompagné de trois batailles rangées, la dépense de tant d'argent

et le sacrifice de tant de victimes, croit-on que le sentiment public eût approuvé une pareille expédition? Eh bien! si nous annoncions d'avance que nous ne traiterons de la paix qu'à la condition contenue dans la proposition, ce serait démoraliser l'opinion, faire reculer le but au lieu de l'avancer et nous ôter peut-être non seulement le moyen d'arriver au nouveau but proposé, mais d'achever même l'entreprise actuelle.

Lord Palmerston a ajouté que la question était du reste hautement sympathique à tout le conseil, que si les circonstances se montreraient favorables ce n'est pas du côté de l'Angleterre que se rencontreraient les difficultés, que personnellement il n'était pas opposé à ce qu'au moment même des négociations on remît cette question sur le tapis, ne fût-ce que comme tactique et pour se menager de meilleurs avantages sur d'autres sujets, mais que prendre un engagement dès aujourd'hui lui paraîtrait excessivement dangereux et surtout inutile ...

IV.

Auszug aus dem Bericht Persignys an Walewski. London 20. Juli 1857.

(Archives du Ministère des Affaires Etrangères. Paris. Kopie Eidgen. Archiv Bern.) Vgl. o. S. 196.

... Nous sommes loin du grand rôle d'arbitrage dont je parlais hier et je le regrette. Quelque grand que soit ce rôle, je comprendrais pourtant qu'il ne pût pas suffire à une âme ardente et passionnée. Un esprit absolu ou impatient, jetant les yeux sur les provinces du Rhin, sur l'Italie, sur la Pologne ou la Hongrie pourrait avoir la pensée de changer la face de l'Europe. Assurément je déplorerai pour la dynastie impériale qu'une pareille idée germât dans la tête de l'Empereur, car la dynastie actuelle n'a pas besoin de gloire mais de temps et le temps ne peut être remplacé par rien. Si donc je voyais la France lancée dans un système de grandes actions et de grandes choses, je le regretterais, je le répète, comme autant de périls inutiles, la plus belle action du monde ne pouvant rien ajouter à la gloire Napoléonenne et encore moins donner vingt ans à l'héritier de l'Empire. Mais enfin je comprendrais à la rigueur que même sans nécessité la France tirât l'épée pour de grandes choses. Ce que je ne puis concevoir c'est que sans but, sans intérêt réel elle engage son honneur dans des questions aussi peu importantes. A Dieu ne plaise que je veuille faire ici la critique de mon gouvernement car rien n'est plus éloigné de ma pensée. Mais dans des circonstances aussi graves, quand les événements semblent marcher en dépit des conseils de la sagesse et de la raison, le gouvernement de l'Empereur permettra à un serviteur fidèle et dévoué d'exprimer son sentiment. L'Empereur ne s'étonnera pas que celui qui le premier parmi ses ministres, alors qu'il s'agissait de grands intérêts et de grandes choses, conseilla la résolution et l'énergie, soit aujourd'hui dans des circonstances toutes différentes le conseiller des mesures de prudence et de modération. Car Dieu merci, pour changer avec le temps de voies et de moyens, mon patriotisme n'a pas changé de nature ...

V.

Schreiben des Generals Dufour an den Bundespräsidenten Stämpfli. Genf 30. November 1856.

(Eidgenössisches Archiv Bern. Kopie.) Vgl. o. S. 242.

Monsieur le Président!

J'ai l'honneur de vous accuser réception et de la lettre du Conseil fédéral en date du 26. courant pour laquelle je lui adresse tous mes remerciements, et de celle que vous avez pris la peine de m'écrire le lendemain pour m'expliquer les motifs du refus d'acquiescement aux propositions du gouvernement Français. Tout en regrettant que la combinaison qu'il proposait comme moyen de sortir de l'impasse où nous nous trouvons, sans porter atteinte à l'honneur, n'ait pas eu un meilleur succès, je comprends parfaitement que le Conseil fédéral n'ait pas trouvé des garanties suffisantes dans les ouvertures qui lui ont été fait pour en proposer l'adoption à l'assemblée fédérale et couvrir sa responsabilité. Personne en Suisse ne songera, je pense, à l'en blâmer; moi-même, qui ai et dois avoir une si grande confiance dans les paroles de l'Empereur par la connaissance intime, que j'ai depuis longtemps de sa parfaite loyauté, de la noblesse de ses sentiments et de son attachement sincère à notre pays, moi qui me trouvais par là même disposé à entrer dans ses vues bienveillantes, je crois que si j'eusse été membre du Conseil fédéral, je n'aurais pas agi autrement qu'il n'a fait.

Cela est pourtant fâcheux parceque la France est le seul état de qui nous püissions attendre un appui réel et efficace. J'espère toutefois que l'Empereur, à qui j'ai expliqué très en détail toutes les circonstances qui commandent impérieusement notre situation, ne sera pas blessé du refus et nous continuera malgré cela ses bienveillantes dispositions. Bien que je lui aie dit, que je lui aie même laissé par écrit tout ce qui pourrait s'opposer à l'acceptation de ses offres pour un arrangement dont il serait l'intermédiaire, je lui donne néanmoins connaissance du contenu de votre lettre, selon l'autorisation que j'en ai reçu par la dite lettre, afin que dans sa sagesse et son impartialité il juge de la force de vos motifs, qui du reste seront sans doute reproduits dans la réponse que vous aurez à faire à la note officielle qui vous sera remise.

VI.

Schreiben Napoleons III. an Friedrich Wilhelm IV. Paris 3. December 1856.

(Königl. Haus-Archiv Charlottenburg.) Vgl. o. S. 244.

Monsieur mon frère. Je viens remercier Votre Majesté de son aimable envoi. J'ai reçu avec une vive satisfaction les magnifiques chevaux que vous avez bien voulu m'envoyer[1]), car ils sont une preuve des sentimens

[1]) Vgl. Poschinger a. a. O. III. 267.

d'amitié que Votre Majesté me porte. Lorsque votre lettre, Sire, m'est parvenue j'allais écrire à Votre Majesté pour lui dire que tous mes efforts auprès du gouvernement helvétique avaient échoué. Je n'avais rien épargné pour remplir la mission que je m'étais imposée d'après le désir de Votre Majesté, mais prières, conseils, menaces mêmes rien n'a pu changer la détermination du conseil fédéral et je suis un peu mortifié de voir que mon langage ait eu si peu de poids à Berne. Aussi Votre Majesté peut être persuadée que je ne mettrai aucun obstacle aux justes démarches qu'elle croira devoir faire, pour amener un résultat conforme à sa dignité et à ses intérets. S'il m'est permis d'avoir un avis je crois que la conférence qui va se réunir à Paris pourrait examiner la question, formuler une décision qui serait ensuite exécuté d'un commun accord. Quoique jusqu'à présent je n'aie pas pu satisfaire complétement à vos désirs j'espère néanmoins que Votre Majesté verra dans la conduite que j'ai tenue la preuve de mon désir de lui être agréable et de répondre dignement à la confiance qu'Elle m'a témoignée. Je saisis cette nouvelle occasion de témoigner à Votre Majesté l'assurance de la haute estime et de la sincère et inaltérable amitié avec lesquels je suis.

Monsieur mon frère
de Votre Majesté
le bon frère

Napoléon.

Aux Tuileries, le 3 Dec. 1856.

VII.

Aus den Berichten des Erzherzogs Albrecht während seiner Mission nach Berlin an den Kaiser Franz Josef 13. bis 16. April 1859.

(Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien.) Vgl. o. S. 315.

13. April. Gespräch mit dem Prinzregenten ... Die letzte Moniteur-Note[1]) scheint hier mißfallen zu haben, aber ungeachtet alles dessen trat dennoch der dringende Wunsch beim Regenten hervor, daß Österreich ja nicht früher Piemont zur Entwaffnung zwinge, bevor nicht der Congreß zusammengetreten sey. Ein sehr wenig strategisches Argument dieser Absicht bestand darin, daß ein zu frühzeitiges Losschlagen Österreichs gegen Sardinien als das Einrücken Frankreichs in Italien verwehrend sogleich die ganze französische Armee gegen den Rhein ziehen könnte. Meine Gegengründe, die Nothwendigkeit hervorhebend, uns nicht erschöpfen zu lassen, die Hinweisung auf unsere stets festgehaltene ausdrückliche Bedingung, den Congreß nicht früher zusammentreten zu lassen, als Piemont entwaffne, schienen ihm nicht zu genügen; obwohl er meine militärischerseits geltend gemachten anerkannte und zugab, daß man Frankreich nicht die Zeit lassen dürfe, seine Rüstungen zu vervollständigen, um dadurch gegen das noch ungerüstete Deutschland leichteres Spiel zu haben, so erschienen ihm doch seine politischen Motive gewichtiger zu seyn.

[1]) Vgl. P. la Gorce: Histoire du second empire II. 421.

Der feste unabänderliche Entschluß Eurer Majestät, dem falschen Spiel durch die im Notfall erzwungene Entwaffnung Piemonts ein Ende zu machen, schien auf ihn Eindruck zu machen, um so mehr als ich es als eine Ehrensache darstellte und sein point d'honneur dabei vibriren ließ, indem ich ihn offen befragte, ob er nicht ebenso handeln würde und müßte, wenn man sich Preußen gegenüber ein ähnliches Vorgehen erlaubt hätte. Er wendete jedoch ein, der Congreß würde ohnehin spätestens am 30. April, hoffentlich aber schon in zehn Tagen zusammentreten und bis dahin könnte unser Vorgehen „gegen den kleinen Kläffer, welchen wir mit unserer großen Armee augenblicklich zerquetschen könnten", verschoben werden u. s. w. ... Heute früh langte der Herzog von Sachsen-Coburg hier an und besuchte mich sogleich[1]). Er versicherte mich auf die Nachricht von meiner Ankunft in Berlin hierhergeeilt zu seyn, glaubt sehr viel Credit hier zu besitzen und entwickelt in deutschen Angelegenheiten eine vielleicht allzugroße Thätigkeit, weshalb ich auch möglichst gegen ihn zurückhielt, ihm jedoch übrigens alle Dankbarkeit für seine Bereitwilligkeit erwies. Er versicherte mich bei seiner letzten Anwesenheit habe man hier sicher darauf gerechnet, Österreich in Italien so vollauf beschäftigt zu sehen, daß es keinen Mann seines Bundes-Contingents werde zur Disposition stellen können, der Regent habe nur einen Wunsch: Bundes-Oberfeldherr zu werden, alle détails hierüber seyen hier schon abgesprochen worden, der Herzog habe es auch nach Wien geschrieben und aus der erhaltenen Antwort entnommen, daß dort kein Hindernis dagegen obwalte.

Eure Majestät, meinte er, würden, wie man hier vermuthete, ohnehin das Ober-Commando in Italien führen. Ich versicherte den Herzog, nichts hierüber zu wissen, nachdem meine Mission in derlei Gegenstände nicht eingreife. Ich machte ihm jedoch, als rein privative von mir ausgehend, und bloß als Soldat gesprochen, die Bemerkung, daß Österreich, so viel ich wüßte, einschließlich den Bundesfestungen schon im ersten Augenblick über 250 000 Mann für Deutschland, also mehr als für Italien bestimme, daß militärisch gesprochen von dem Augenblick an, in welchem der Krieg am Rhein ausbreche, der italienische Kriegsschauplatz ein ganz secundärer würde und namentlich wenn eine französische Invasion aus Italien einmal über die Alpen zurückgeschlagen sey, eine jede höhere Bedeutung verlieren müsse, daß daher Eure Majestät auch schwerlich daselbst verweilen würden. — Ich fügte hinzu, daß, ohne die Absicht Eurer Majestät im geringsten zu kennen, ich ein ruhiges Verbleiben von Allerhöchstdenselben in Wien während eines großen Theiles des Krieges umsomehr zu bezweifeln Ursache hätte, als Kaiser Franz, ohne wie Euere Majestät selbst Soldat zu seyn, ja auch seine Armeen in solchen Fällen stets begleitet habe.

Übrigens wäre wohl für ein gekröntes Haupt die Übernahme einer Oberfeldherrnstelle im Sinne der deutschen Bundes-Kriegsverfassung eine Unmöglichkeit, wogegen es jedenfalls zur Erzielung der dann so nöthigen Einigkeit höchst wünschenswerth sey, daß beide hohe Herren in einem solchen Falle in nächster Nähe voneinander wären. Ich wiederholte übrigens über alle diese Dinge keineswegs instruirt zu seyn, es sey dies bloß meine Privatansicht, deshalb bäte ich ihn, sie ganz für sich zu behalten; ich könne ihn aber versichern, daß Östreich alles, was in seinen Kräften sey, thun werde, um Preußen, insbesondere dem Regenten Beweise des innigen Wunsches zu geben, vereinigt mit ihm das große Werk der

[1]) Vgl. Ernst II. Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha: Aus meinem Leben II. 472 ff.

Friedensherstellung, sey es auf gütigem Wege, sey es durch die Gewalt der Waffen zu bewirken. —

So glaubte ich, ohne [über] den wahren Zweck der Mission irgend etwas zu verlautbaren, seinen guten Willen und Eifer nicht abstoßen zu sollen ...

Der Prinz-Regent wird die Frage der Ernennung zum Bundes-Oberfeldherrn gewiß nie persönlich in Anregung bringen; aber es wäre die größte Täuschung, glauben zu wollen, daß er sich nicht bereits vollkommen sichere Rechnung auf die Erlangung dieser Würde gemacht habe. Ich erbitte mir daher von Euer Majestät auf das dringendste mittelst Courier die Weisung, in wie fern es mir gestattet ist, die durch meine Ankunft und durch die Kenntniß von Eurer Majestät Absichten, eine so bedeutende Armee in Deutschland aufzustellen in ihm sicher rege gewordenen Zweifel an der Möglichkeit einer Realisirung seines entschiedenen Lieblingswunsches auf geeignete Weise zu beschwichtigen oder wenigstens durch die Versicherung auf ihn beruhigend wirken zu können, daß die preußische Armee in ihrer Totalität gewiß nie einem andern Kommando als dem seinigen untergeordnet würde ...

15. April. ... Ich hatte gestern eine lange Unterredung mit dem Minister-Präsidenten Fürsten zu Hohenzollern. Ohne ein bedeutender Mann zu seyn, gilt er doch für einen durchaus ehrenvollen jeder Falschheit unfähigen Charakter, der zudem nichts Ultra-Preußisches an sich hat und sich mehr süddeutschem Wesen zuneigt. Intimer Freund des Prinzen von Preußen und ebenso der ihren Einfluß unmerklich erhöhenden Prinzessin (er duzt beide) entnahm ich doch aus seinen Äußerungen, daß er nicht vollständig mit der bisher beobachteten ängstlichen Haltung übereinstimme. Er gab mir aber unaufgefordert sein Ehrenwort, daß der Prinz durchaus keine Arrière Pensée hege, sondern, wenn es einmal kracht, offen und ehrlich mit uns gehen werde; dafür bürge schon sein biederer, ritterlicher Charakter. Ich erlaube mir beizufügen, daß nur die bekannte Bornirtheit des Prinz-Regenten Schuld daran trägt, wenn diese Charakterzüge sich nicht in dem Gange und der Politik seiner Regierung offenbaren.

Heute hatte ich abermals eine lange Besprechung mit dem Herzog von Coburg, der morgen Abends nach England geht, wo er im guten Sinne zu wirken beabsichtigt und wenigstens die Neutralität der Nordsee- und Ostseeküsten im Falle eines Krieges zu erlangen hofft; ob ihm dies jetzt gelingen wird, ist allerdings sehr zweifelhaft, aber es wäre das beste Mittel, die Besorgnisse Preußens vor einem Kriege wenigstens theilweise zu beschwichtigen, denn man sagt mir hier ganz offen, daß die Küsten der verwundbarste Fleck seyen.

Aus allem entnehme ich aber, daß meine vertrauliche Sendung hieher, wenn sie sechs Wochen früher erfolgt wäre, jedenfalls zu besseren Resultaten geführt hätte, daß Ende Jänner eine viel bessere Stimmung für Österreich hier geherrscht hat wie mich auch der Herzog von Coburg versicherte. Seither glaubt Preußen in den gewechselten Noten etwas zu scharf behandelt worden zu seyn, und dies mag viel dazu beigetragen haben, daß die hiesige Stimmung umschlug, die Regierung sich an England und Rußland anschloß und sich mit diesen Mächten engagirte, so daß sie nunmehr die sogenannte und vielgerühmte freie Hand in Wahrheit vielleicht nicht mehr ganz besitzt. Dieser Umstand dürfte auch fernerhin und selbst für die weitere Zukunft nicht aus den Augen gelassen werden, um dem Prinzen die Mittel zu bieten, sich auf gute Art aus der gegenwärtigen Stellung zu ziehen und ihn an uns zu ketten.

16. April ... Nach Erhalt des allerhöchsten Telegramms vom 15ten begab ich mich noch denselben Abend zum Prinz-Regenten, um ihm die mir aufgetragene positive Erklärung abzugeben. Erst um Mitternacht nach Hause zurückgekehrt, schrieb ich ihm am folgenden Morgen ein Billet, worin ich ihm den Entwurf meines Telegramms an Euer Majestät mit der Bitte mittheilte, selbes nöthigenfalls zu korrigiren, damit es als vollständiger Ausdruck seiner Ansichten gelte und selbe späterhin nicht desavouirt oder verleugnet werden könnten. Erst gegen Mittag sandte er mir ein Billet, worin er mir ein, dem Wesen und der Form nach ganz verschiedenes, die Verpflichtungen Preußens weit weniger bestimmt präcisirendes und im vagen Style der bisherigen preußischen Noten gehaltenes Telegramm sendete. Meiner ersten Inspiration zu Folge wollte ich den Prinzen gleich aufsuchen, und ihm erklären, daß ich das Telegramm nicht absenden würde, um Euer Majestät durch den Inhalt desselben nicht zu verstimmen, verschob jedoch dieses etwas scharfen Schritt, um so mehr bis auf heute, als sich inzwischen der Minister des Äußeren von Schleinitz um eine Unterredung mit mir bewarb ...

Gespräch mit Schleinitz ... Schleinitz blieb lange bei mir, er hat angenehme Formen und wird allgemein als ein durchaus redlicher und ehrenwerther, aber etwas träger und unentschlossener Mann geschildert. Wir droschen leeres Stroh zusammen; er blieb dabei, daß Österreich den Congreß beschicken möge und dies zwar um so mehr, als das Princip der Entwaffnung von allen Großmächten anerkannt sey und den ersten Gegenstand der Congreß-Verhandlungen bilden werde. Der Aufschub, den unser Ultimatum und unsere Aktion dadurch erleiden würden, könne ohnehin nur wenige Tage betragen und es handle sich vor allem darum, daß man Österreich auch nicht einmal einen „tort moral" vorwerfen könne, wenn es sich um Erhaltung des Friedens handle. Ich hielt ihm den moralischen und finanziellen Nachtheil entgegen, der für Österreich aus jedem Aufschub entspringen müßte, hob aber vor allem den Ehrenpunkt und die Unmöglichkeit hervor, Österreich und Sardinien, das stets Verträge und Völkerrecht mißachtet, auf eine Linie zu stellen ... Vor der eben erwähnten Conferenz mit Schleinitz hatte ich eine anderthalbstündige Besprechung mit der Prinzessin von Preußen. So sehr auch die Prinzessin nicht ohne Ostentation bestrebt ist, sich als der Politik durchaus fremd und fernstehend hinzustellen, so ist doch ihr Einfluß unverkennbar und namentlich Schleinitz als ihr Vertrauensmann zu betrachten. Sie setzte alle Hebel des Gemüths und der Gefühlspolitik in Bewegung, um mir die dringende Nothwendigkeit des Friedens ans Herz zu legen und im Sinne der Erhaltung desselben zu wirken. Wiewohl ich darin durchaus nicht ihren Ansichten beipflichten konnte, schieden wir dennoch auf das herzlichste und freundschaftlichste. Die Prinzessin soll in beständigem und sehr lebhaftem Verkehr mit der Königin Victoria stehen, sowie ich denn überhaupt glaube, daß man hier mit England zu weit engagirt ist, um selbständig handeln zu können, daher alle hier versuchten Schritte bestimmt wenig Aussicht auf Erfolg haben, wenn nicht gleichzeitig kräftig in London gearbeitet und dadurch mittelbar auf die hiesigen Entschlüsse gewirkt wird ...

Seither besuchte mich der Prinz-Regent. Ich brachte die durch gestrigen Courier erhaltenen Aufträge zur Sprache und sagte ihm ganz offen, daß ich das Eingangs erwähnte Telegramm nicht abgesandet hätte, weil ich überzeugt sey, daß es unangenehm berühren würde und im beiderseitigen Interesse läge, jeden Anlaß zu einer Verstimmung sorgsam hintanzuhalten. Der Prinz dankte mir herzlich dafür und gab mir heute eine ganz andere günstige Antwort für den Fall eines Krieges, welche ich seither zu Papier brachte und dem Prinzen beim Familien-

Diner des Prinzen Albrecht übergab. Erst nach erfolgter Approbation durch den Prinz-Regenten werde ich es als Telegramm nach Wien senden ... Die Oberkommando-Frage abordirte ich ganz offen und mit Euer Majestät eigenen Worten. Der Regent fragte mich gleich, ob E. M. nicht (wie man es früher hier hoffte) sich zur Armee nach Italien begeben würden. Ich erwiderte, daß es bei einem Kriege, der uns sogleich nach Frankreich führen könnte, wo es möglicherweise zu entscheidenden Waffenstillständen, ja zu Friedensabschlüssen kommen dürfte, unmöglich sey, daß einer der beiden Souveräne dabei fehlen würde, wie auch 1813 die drei Monarchen zum Heile des Ganzen anwesend waren. Ich machte ihm den Vorschlag der beiden Gruppen, wobei ich hervorhob, daß er nur 50- bis 70 000 Mann mehr als Eure Majestät befehligen würde: den Vorschlag, wechselseitig ein Corps auszutauschen, welcher dem Fürsten Hohenzollern als ein besonders glücklicher erschien, goutirte der Prinz nicht, ebensowenig jenen, das 9te Corps des Bundesheeres etwa gegen ein österreichisches auszutauschen. Hingegen warf er hin, daß das 8te Bundes-Armee-Corps gelegentlich der Operationen möglicherweise in seine Gruppe fallen dürfte, was ich anscheinend gleichgültig hinnahm, was aber in der Wirklichkeit wohl vermieden werden kann und muß, wenn wir rechtzeitig am Rheine erscheinen. Mir scheint eben, daß der Prinz womöglich alle deutschen Bundestruppen mit Ausnahme der mißliebigen Baiern unter sein Kommando vereinigen möchte. E. M. dürften manchmal zum Heile des Ganzen die Selbstverleugnung des Fürsten Carl Schwarzenberg vom Jahre 1813/14 nachzuahmen beschieden seyn ...

Schließlich erlaube ich mir, Euer Majestät den Entwurf jenes Telegrammes zu unterbreiten, welcher seither als formulirter Vorschlag des Prinz-Regenten Allerhöchst demselben bereits telegraphisch vorliegen dürfte. Aus der Verschiedenheit beider Handschriften dürften Euer Majestät den Unterschied zwischen meiner die ursprünglichen Worte des Regenten zusammenfassenden Stylisirung und den vom Prinz-Regenten heute Abends beigefügten Modificationen geneigtest entnehmen, wobei ich mir die Bemerkung erlaube, daß ich dem Prinz-Regenten gegenüber in schonender, aber bestimmter Weise sogleich hervorhob, wie mir Preußens keineswegs bedürften, um im Falle der Bedrohung des Bundesgebietes den § 47 der Wiener Schluß-Akte sofort zur Geltung zu bringen*) und dessen Berathung am Bundestage anzuregen.

Beilage zum Bericht vom 16. April.

Wenn Österreich in Piemont einrückt*) und Frankreich letzteres unterstützt, so wird dem Bundestag der § 47 zur Berathung gestellt. Wird die Gefährdung außerdeutschen Bundesgebietes ausgesprochen, so wird (jedenfalls) das deutsche Bundesheer in seiner normalmäßigen einfachen Stärke zusammengestellt und zwar das preußische am Rhein, das österreichische am Schwarzwald. — Sowie

a) deutsches Bundesgebiet
b) die Neutralität Belgiens

*) Der § 47 der Wiener Schlußakte lautet: „In den Fällen, wo ein solcher Bundesstaat [der zugleich außerhalb des Bundes Besitzungen hat] in seinen außer dem Bunde belegenen Besitzungen bedroht oder angegriffen wird, tritt für den Bund die Verpflichtung zu gemeinschaftlichen Vertheidigungsmaßregeln oder zur Teilnahme und Hülfsleistung nur insofern ein, als derselbe nach vorgängiger Beratung durch Stimmenmehrheit in der engeren Versammlung Gefahr für das Bundesgebiet erkennt u. s. w."

c) die Neutralität der Schweiz einschließlich des durch die Traktate neutral erklärten Theiles Savoyens verletzt wird, so ist es Bruch der Verträge und casus belli für Preußen und Deutschland[2]), wenn nichts durch diplomatisches Einschreiten zu erlangen ist, was Preußen früher[3]), früher? — (Jeden Tractaten-Bruch hat Preußen stets als nicht zu dulden erklärt, was bei diesem Bruch also auch geschehen würde) in Paris erklären wird. Dann wird Preußen mit seiner ganzen Macht (höchstens eine oder zwei Divisionen gegen Polen stehen lassend) in voller Stärke auftreten und im Verein mit dem übrigen Deutschland und Oesterreich in zwei Gruppen getheilt, zum[4]) Kampfe bereit seyn. —

Anmerkungen.

[1]) Nach „einrückt" von der Hand des Prinzregenten am Rande bemerkt: „und Frankreich — so wird es". —

[2]) Nach „Deutschland" von der Hand des Prinzregenten am Rande: „wenn nichts — zu erlangen ist".

[3]) Nach „früher" von der Hand des Prinzregenten am Rande „früher? — geschehen würde". —

[4]) Nach „zum" (ursprünglich „zur") für getilgtes „Offensive" von der Hand des Prinzregenten überschrieben: „Kampf" und am Rande bemerkt: „Die Offensive oder Defensive wird sich nach den Umständen erst ergeben".

Weiter unten von der Hand des Prinzregenten: „Wenn diese Zusätze aufgenommen werden, so bin ich einverstanden mit dem Inhalte."

B. 17. 4. 59. Wilhelm.

Berichtigungen und Zusätze.

S. 127 hinter der zweiten Randnote zuzufügen: „14. November".

S. 251 Anm. 1 ist zu lesen „S. Abdruck bei Poschinger a. a. O. III. 296" statt „(S. Anhang VII)".

S. 258 Zeile 9 v. u. ist zu lesen: „von der Warte europäischer Politik" statt „von der westeuropäischen Politik". — Ebenda in der Fußnote: „Schemann" statt „Schiemann".

Erst nach Vollendung des Druckes kam zu meiner Kenntnis das Werk von Bolléa: Una „silloge" di lettere del Risorgimento. Turin, Bocca 1920, das viele großenteils bisher unbekannte Briefe Viktor Emanuels, Cavours, Lamarmoras, Nigras, M. Azeglios, des Prinzen Napoleon, des Kaisers Napoleon III. zum Abdruck bringt.

Author Stern, Alfred
Title Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871. Vol.8.
191261
HMod
S839g
DATE.
NAME OF BORROWER.

University of Toronto Library

DO NOT REMOVE THE CARD FROM THIS POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU